



This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

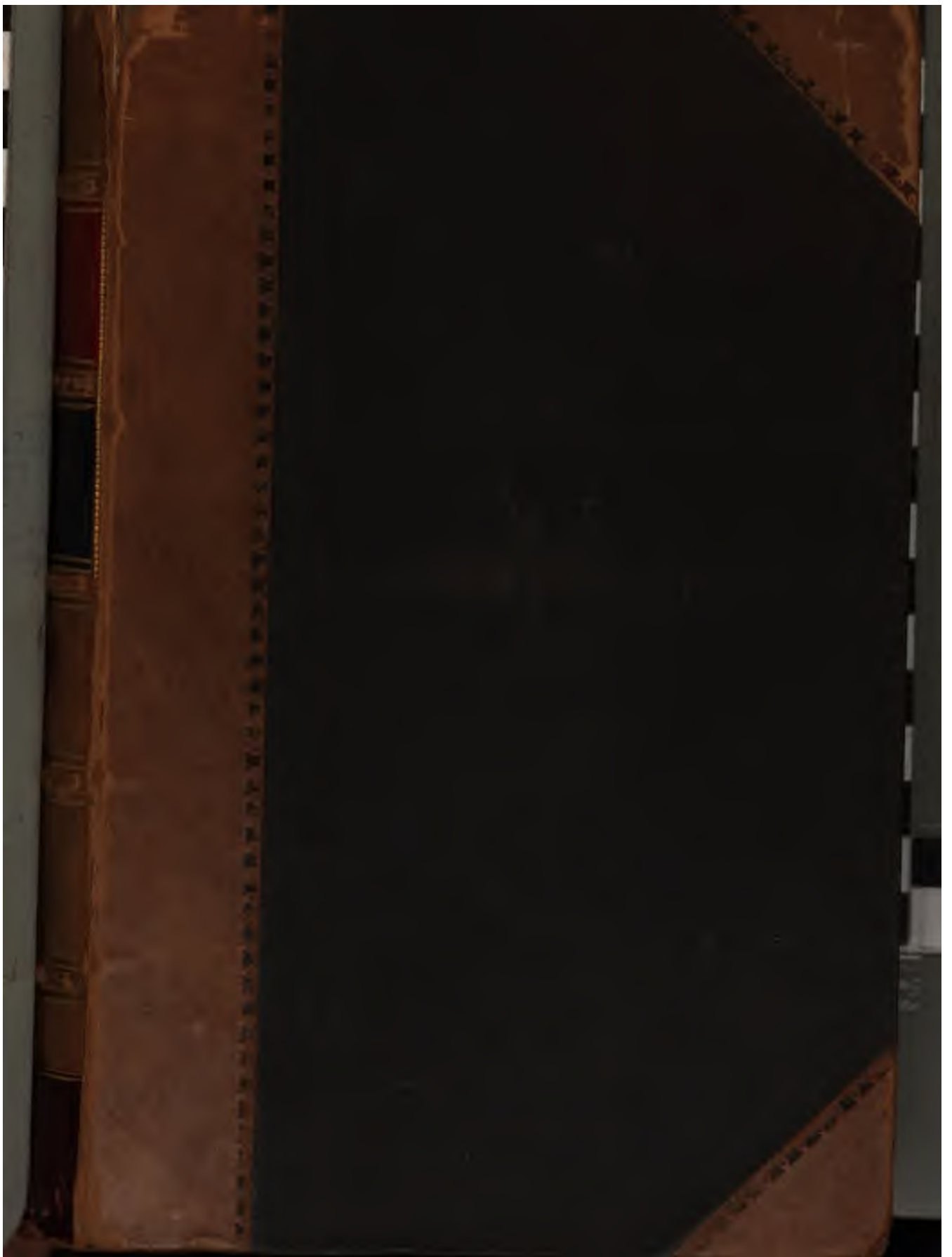
Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

- + *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.
- + *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.
- + *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.
- + *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at <http://books.google.com/>





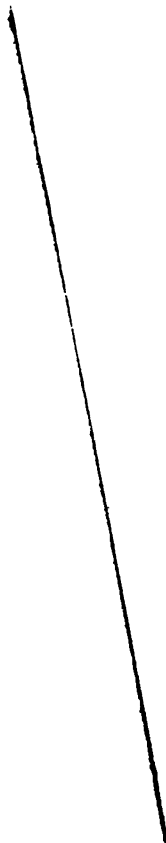
600034986-



Handwritten text, possibly bleed-through from the reverse side of the page. The text is extremely faint and illegible due to low contrast and blurring. It appears to be a list or series of entries, possibly names or dates, arranged in a vertical column.







GESCHICHTE

3

DREISSIGJÄHRIGEN KRIEGES

VON

ANT^N GINDELY.

3TE ABTHEILUNG:

GESCHICHTE 3 BÖHMISCHEN AUFSTANDES
VON 1618.

DRITTER BAND.

PRAG, 1878.

VERLAG VON F. TEMPSKY.

GESCHICHTE
DES
BÖHMISCHEN AUFSTANDES
VON 1618

VON
ANTON GINDELY.

DRITTER BAND.

PRAG, 1878.
VERLAG VON F. TEMPSKY.

240 . 2 116

Das Recht der Uebersetzung wird vorbehalten.

Druck der Bohemia, Actiengesellschaft für Papier- und Druckindustrie.

V o r w o r t.

Ich habe mich entschlossen meine Arbeiten über den 30jährigen Krieg durch den Abdruck einzelner Aktenstücke von hervorragender Bedeutung zu vervollständigen, und bedauere, dass ich dies nicht schon bei den vorangehenden Bänden gethan habe, weil ich damit einen wesentlichen Beitrag zur Kenntniss der Vergangenheit geliefert und meine Leser in den Stand gesetzt hätte zu beurtheilen. in welcher Weise ich das mir vorliegende und zum grössten Theile noch nie benützte Materiale verwerthe. Bei dieser Publication will ich die Methode befolgen, dass ich nur zwei bis drei der wichtigsten Fragen eines jeden Bandes aufgreife und die entsprechenden Akten mittheile. Es dürfte manchen Leser interessiren, bezüglich des von Mansfeld beabsichtigten Verraths an Böhmen, über den ich am Schlusse dieses Bandes berichte, das Beweismateriale einzusehen, da trotz der eingehenden Forschungen einzelner Historiker die Angelegenheit noch immer in Dunkel gehüllt ist. Ich werde in der zweiten Abtheilung des 30jährigen Krieges (im vierten Bande) die betreffenden Aktenstücke

VI

mittheilen, da die Verhandlungen zwischen Mansfeld und den kaiserlichen Unterhändlern sich noch in das Jahr 1621 hinzogen und ich das urkundliche Material auf einmal beibringen will.

Unter den Quellenpublicationen der neuesten Zeit nehmen eine hervorragende Stelle die von d'Elvert unter dem Titel „Beiträge zur Geschichte der Rebellion, der Reformation, des 30jährigen Krieges und der Neugestaltung Mährens im 17. Jahrhundert“ veröffentlichten drei Bände ein. Obwohl diese Aktenarbeit viel zu spät in den Druck kam, als dass sie mich auch nur theilweise der Mühe der eigenen Forschung für die J. 1618—1620 enthoben hätte, so erspart sie mir doch für das J. 1621 einen Theil meiner Arbeit, und ich bin um so dankbarer für die mannigfachen Aufschlüsse, die mir das Werk gerade für diese Zeit bietet, als mir einzelne der Aktenstücke sonst unzugänglich geblieben wären.

PRAG, am 26. März 1878.

Inhalt.

Erstes Kapitel.

Der französische Vermittlungsversuch und der Vertrag von Ulm.

- I Die Bemühungen des englischen Gesandten in Paris. Der ligistische Geist in Frankreich. Fürstenberg in Paris. Gerüchte über die Unterstützung des Kaisers. Der Beichtvater des Königs. Ludwig XIII erklärt sich zur Unterstützung Ferdinands bereit. Herbert vertheidigt die Interessen des Pfalzgrafen. Jeannins Memoire. Es wird die Absendung einer Gesandtschaft beschlossen. Börstel und Rustorf in Paris. Der kaiserliche Gesandte Kurz. Seine Unterredung mit Nevers . . . 1
- II Unklare Haltung Frankreichs in Bezug auf die Grundlage der Vermittlung. Reise der französischen Gesandten nach Deutschland. Rüstungen der Union und Liga. Die Zusammenkunft des Grafen von Nassau und des Markgrafen von Anspach. Angriffspläne der Union. Der Markgraf von Baden. Verhandlungen über den Durchzug des kaiserlichen und ligistischen Volkes. Camerarius in München. Die bairischen Gesandten bei dem Unionstage in Ulm 17
- III Die französischen Gesandten in Ulm. Verhandlungen derselben mit der Union und den bairischen Gesandten. Die Union ist erbötig, mit der Liga einen Neutralitätsvertrag abzuschliessen. Vertrag von Ulm. Abreise der französischen Gesandten. Ihr Empfang in Lauingen, Linz und Wien. Verhandlungen mit dem Kaiser und seinen Räten 28

Zweites Kapitel.

Jakob von England.

- I Unfreundliche Haltung Jakobs gegen seinen Schwiegersohn. Bemühungen, den König umzustimmen. Dohna's Audienz bei Jakob. Aufträge an Doncaster. Berichte Trumbulls und Carletons. Cottington in Spanien. Jakob beschliesst die Absendung eines zweiten Gesandten nach Spanien. Jakob lehnt jede Unterstützung seines Schwiegersohnes ab. Dohna arbeitet an einem Memoire, welches die Rechtmässigkeit der böhmischen Königswahl beweisen soll. Friedrich lässt seinen Schwiegervater um Geldhilfe und um die Gestattung von Truppenwerbungen ersuchen. Buwinkhausen in London. Noël de Caron. Der König ertheilt die Erlaubniss zu den Werbungen für den Pfalzgrafen 42

VIII

- II Graf Gondomar, der spanische Gesandte, reist nach London. Seine Audienz bei Jakob. Wirkung seiner Anwesenheit in England. Vergebliche Bemühungen Dohna's in der City um ein Darlehen. Freiwillige Darlehen. Auch Jakob zeigt sich zu einem Geschenke erbötig 55
- III Die Union bittet den König Jakob vergeblich um Unterstützung. Verwendung des in England für den Pfalzgrafen zusammengebrachten Geldes. Wahl des Kommandanten der in England geworbenen Truppen. Jakob entscheidet sich nur für die Vertheidigung der Pfalz. Die Verhandlungen im Haag. Jakobs Verhandlungen über ein mit Spanien gegen Holland abzuschliessendes Bündniss 63

Drittes Kapitel.

Der Krieg im Winter und Frühjahr 1620.

- I Lage der böhmischen Armee nach dem Rückzuge von Wien. Die niederösterreichischen Protestanten vereinigen ihre Truppen mit den böhmischen. Dampierre und Buquoy. Stellung der feindlichen Armeen. Kriegsplan Buquoy's. Anhalt in Prag und Tabor. Einmarsch des italienischen Volkes in Böhmen. Böhmisches Werbungen 75
- II Die Kämpfe um Nikolsburg. Das Treffen bei Langenlois. Buquoy gibt seine Absicht auf Oberösterreich auf. Die polnischen Kosaken. Marradas und seine Erfolge in Böhmen. Bestürzung in Prag. Anhalt in Eggenburg. Buquoy zieht gegen Meissau. Der Kaiser wünscht, dass Buquoy nach Böhmen ziehe. Buquoy lehnt den Vorschlag ab 87
- III Die durch das Kriegsvolk in Oesterreich verursachten Leiden. Man beschliesst in Prag den Abmarsch Mansfelds nach Oesterreich. Kriegsrath der Bundesgenerale. Anhalts Abreise nach Prag. Raubscenen in Immenndorf. Ueberfall von Sinzendorf 101
- IV Die ungarische Gesandtschaft in Prag. Taufe des Prinzen Rupert. Der Generallandtag in Prag. Verhandlungen über das ungarische Bündniss. Berathungen über die Herbeischaffung des zur weiteren Kriegführung nöthigen Geldes. Die darauf bezüglichen Landtagsverhandlungen. Beschlüsse bezüglich der verarmten Gutsbesitzer. Die böhmischen Landesschulden. Der älteste Sohn des Königs wird zum Nachfolger designirt 106

Viertes Kapitel.

Der Krieg bis zum Einmarsch der ligistischen Truppen in Oesterreich.

- I Mansfeld marschirt nach Oesterreich. Zustände in der böhmischen Armee bei Eggenburg nach dem Treffen bei Sinzendorf. Die Niederösterreicher und das mansfeldische Regiment. Das Gefecht bei Gars. Soldzahlung. Zuzug der Ungarn. Meuterei in der böhmischen Armee. Hadersdorf. Zerrüttete Verhältnisse während der Monate Juni und Juli 1620 116

- II Marradas greift Prachatitz an. Aufrührische Bewegungen unter den böhmischen Banern bei Tabor und Umhoscht. Mansfeld wird nach Böhmen zurückgeschickt. Er erobert Moldautein. Noth in dem mansfeldischen Heere. Das von den Niederösterreichern entlassene mansfeldische Regiment in Prag. Mansfeld in Gefahr 127
- III Thurn in Prag. Zerrüttete Verhältnisse daselbst. Anfeindung der Katholiken. Bemühungen Geld in Prag zusammenzutreiben. Wenzel Wechynský 136

Fünftes Kapitel.

Der Reichstag in Neusohl.

- I Der Reichstag in Neusohl. Seine Beschickung durch die böhmischen Länder und durch Oesterreich. Schreiben des Kaisers an den neusohler Reichstag. Der kaiserliche Gesandte Laminger von Albenreut. Bethlens Proposition an den Reichstag 148
- II Kneesebeck in Neusohl. Kriegsplan Bethlens. Bethlen fordert von Böhmen Geld. Der ungarische und türkische Gesandte in Prag. Antwort auf die Forderungen Bethlens. Plessen und Jesenius überbringen dem Bethlen 100.000 Gulden. Plessens Gespräche mit Bethlen. Die kaiserlichen Gesandten in Neusohl. Ihre und der polnischen Gesandten Abreise von Neusohl. Königswahl in Neusohl 156
- III Bemühungen des Kaisers Mathias den Frieden mit der Türkei zu erhalten. Mollarts Reise nach Konstantinopel. Seine Verhandlungen mit den türkischen Staatsmännern. Der siebenbürgische Gesandte Miko de Hidugk. Stephan Corlath und Franz Balassi in Konstantinopel. Die feindliche Gesinnung gegen den Kaiser gewinnt in Konstantinopel die Oberhand. Elende Lage des kaiserlichen Gesandten. Böhmen und Oesterreich entschliessen sich zur Absendung von Gesandten nach Konstantinopel. Die für die Türkei bestimmten Geschenke. Zusagen der türkischen Staatsmänner. Waizen 170

Sechstes Kapitel.

Die Entwicklung des Aufstandes im Erzherzogthume Oesterreich bis zur Absetzung Ferdinands.

- I Beginn neuer Ausgleichsverhandlungen zwischen den horner Ständen und dem Kaiser. Bedingungen der Horner. Die horner Deputirten bei Buquoy. Der Kaiser ertheilt den Deputirten eine Audienz. Kufstein in Horn. Kufstein und Traun ersuchen den Kaiser um die Gewährung eines allgemeinen Waffenstillstandes. Die oberösterreichische Deputation in Wien. Kufsteins Unterredung mit Liechtenstein und Breuner. Wiederholte Audienzen bei dem Kaiser. Ueberreichung einer Schrift, in welcher die Horner ihre Bedingungen für die Huldigung stellen 185
- II Der Kaiser empfängt am 11. April die Stände von Niederösterreich. Mittheilungen an dieselben. Verhandlungen über diese Mittheilungen.

X

- Absendung eines Gesandten nach Retz. Ueberreichung einer Denkschrift an den Kaiser. Fernbergers Rückkehr aus Retz. Die zwei kaiserlichen Dekrete vom 16. Mai. Kufsteins Audienz beim Kaiser. Antwort des Kaisers auf die horner Bedingungen vom 3. April . . . 198
- III Kufstein und Traun reisen nach Retz. Die retzer Stände sind zur Absetzng Ferdinands entschlossen. Letzter Versuch derselben, den Kaiser zur Annahme ihrer Forderungen zu vermögen. Das Drohschreiben an die Geheime Räte. Kufstein und Meggau. Die kaiserliche Audienz. Kufstein wird aus Wien ausgewiesen. Die wiener Protestanten legen für Kufstein eine Fürbitte ein. Verhandlungen in Wien, in wie weit man den Protestanten ihre bisherigen Freiheiten sicher stellen solle. Huldigung der niederösterreichischen Stände am 13. Juli 1620. Kufstein schliesst sich dem Kaiser an 210
- IV Rauber in Prag. Die Retzer beschliessen den König von Böhmen zu ihrem Schutzherrn zu erwählen. Eidesleistung der retzer Stände. Antwort Friedrichs. Strafdekrete Ferdinands 225

Siebentes Kapitel.

Herzog Maximilians Einmarsch in Oesterreich.

- I Verhandlungen zwischen Baiern und Sachsen über den Kriegsplan. Die Stärke der ligistischen Armee: Herzog Maximilian von Baiern wünscht zum Obercommandanten der kaiserlichen Armee ernannt zu werden. Haimhausen und Herliberg marschieren gegen Furt. Marsch der Hauptarmee nach Oberösterreich. Die Oberösterreicher bitten in Prag um Hilfe. Beginn der Verhandlungen der Oberösterreicher mit Maximilian. Schreiben Ferdinands an Maximilian. Antwort des letzteren. Maximilian in Linz. Die Stände machen die Huldigung von gewissen Bedingungen abhängig, geben aber zuletzt nach. Bericht des sächsischen Gesandten über Maximilian. P. Dominicus a Jesu Maria 231
- II Abmarsch Maximilians aus Linz. Freistadt, Kaplitz, Zwettel. Anhalts Rückzug aus Eggenburg. Kriegsrath der kaiserlichen und ligistischen Anführer. Der kaiserliche Gesandte Graf Hohenzollern. Einwendungen des Kaisers gegen den in Horn vereinbarten Kriegsplan. Der Kaiser verlangt die Zusendung von einigen Tausend Mann 251

Achtes Kapitel.

Die französische und englische Gesandtschaft in Wien.

- I St. Catharine bei Anhalt. Sigogné in Neusohl. Die englischen Gesandten Conway und Weston in Brüssel. Erklärungen des Erzherzogs Albrecht bezüglich der Verwendung des in den spanischen Niederlanden stationirten Heeres. Weiterreise der englischen Gesandten. Das spanische Heer greift die Pfalz an. Die engl. Gesandten in Dresden 261
- II Der für den kaiserlichen Hof bestimmte Gesandte Wotton reist nach Wien. Seine Audienz bei Ferdinand, seine Verhandlung mit den

französischen Gesandten und mit Eggenberg. Beginn einer unfreundlichen Haltung der Franzosen gegenüber den kaiserl. Ansprüchen. Wotton schickt einen Boten nach Prag. Der Pfalzgraf lehnt die von Wotton angebotene Vermittlung ab. Die französische Gesandtschaft schickt sich zur Abreise nach Pressburg an. Kämpfe zwischen Bethlen und Dampierre. Dampierre's Tod. Angoulême erkundigt sich, auf welcher Grundlage die bisherigen Verhandlungen zwischen Ferdinand und Bethlen gepflogen wurden. Angoulême und seine Begleiter in Pressburg. Das Resultat ihrer dortigen Verhandlungen 272

III Spinola rückt in die Pfalz ein. Achaz von Dohna sucht Jakob vergeblich für die Unterstützung des Pfalzgrafen zu gewinnen. Schreiben Jakobs an die Union. Buckingham's Brief an Gondomar. Gesandtschaft der Union an Christian IV und die Generalstaaten. Conway und Weston in Prag. Sie gewinnen die Ueberzeugung von der Vergeblichkeit aller Ausgleichsverhandlungen. Jakob verhält sich theilnamlos bei aller Noth seines Schwiegersohnes 284

Neuntes Kapitel.

Der Krieg in Böhmen während der Monate Juli bis October 1620.

I Befestigungsarbeiten in Prag. Thurns Rede bei einem Banket. Die Stärke der Armee in Böhmen. Anschlag auf Budweis. Die Schanze bei Wallern. Thurn zieht sich von Wallern in das Innere von Böhmen zurück. Aufbietung des Landesaufgebots. Errichtung eines Kriegsraths in Prag. Friedrich entschliesst sich zur Armee zu gehen. Seine Abreise 293

II Die kaiserliche und ligistische Armee in Gratz, Budweis, Prachatz, Wodnan und Pisek. Die böhmische Armee erscheint in der Nähe dieser Bundesarmee. Die Bundesarmee vor Pilsen. Verhandlungen mit Mansfeld. Versuch Friedrichs mit Maximilian Verhandlungen einzuleiten. Die Verwüstung in Böhmen. Bauernaufstände. Maximilian und Buquoy marschiren nach Rakonitz. Zusammenstoss mit dem böhmischen Heere. Abmarsch des kaiserlichen und ligistischen Heeres gegen Prag 309

Zehntes Kapitel.

Die Schlacht auf dem weissen Berge.

I Beide Heere marschiren gegen Prag. Die Schlachtordnung des kaiserlichen und ligistischen Heeres. Berathung vor der Schlacht. Buquoy zögert sie anzunehmen, gibt aber zuletzt seine Zustimmung. Verlauf der Schlacht. Die Flucht der ungarischen Reiter. Wer trug zur Entscheidung am meisten bei 329

II Friedrichs Verhalten während der Schlacht. Seine Flucht auf die Altstadt. Berathung daselbst. Die Nacht auf den 9. November. Botschaften an den Herzog Maximilian. Flucht aus Prag 348

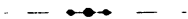
XII

- III Spätes Anlangen der Nachricht von dem Siege auf dem weissen Berge in Wien. Dankbarkeit Ferdinands gegen die obersten Anführer. Kirchliche Festlichkeiten aus Anlass des Sieges. Die Ursachen der böhmischen Niederlage auf dem weissen Berge 358
- IV Maximilian und Buquoy ziehen in Prag ein. Plünderungen. Die Deputation der Stände. Unterwerfung. Flucht eines Theiles des böhmischen Heeres aus Prag. Der Rest wird zum Abzug gezwungen. Trostlose Verhältnisse in Prag. Die englischen Gesandten bei Maximilian. Abreise Maximilians von Prag 367

Eilftes Kapitel.

Die Unterwerfung von Mähren, Schlesien und den Lausitzen.

- I Mähren. Beschlüsse der mährischen Stände in Bezug auf die weitere Vertheidigung. Man will mit dem Kaiser verhandeln. Drohungen Bethlens. Seine eigene Haltung. Schmid in Brünn. Die mährische Gesandtschaft reist nach Wien. Ihre Instruction. Rathschläge der kaiserlichen Kommissäre bezüglich Mährens. Kardinal Dietrichstein. Audienz der Gesandten beim Kaiser. Beantwortung ihrer Bitten. Thurn. Verhandlungen mit dem mährischen Kriegsvolk. Ausbeutung des Landes 379
- II Die Lausitze. Rüstungen Kursachsens. Grünthal in Bautzen. Belagerung und Einnahme von Bautzen. Einnahme niederlausitzer Städte. Der Markgraf von Jägerndorf und seine Armee. Ferdinands Schreiben an Kursachsen. Graf Schlick. Die Oberlausitzer treten in Unterhandlung mit Johann Georg und unterwerfen sich. Huldigung der Stände in Kamenz und Lübau. Der Accord 397
- III Schlesien. Friedrich will Unterhandlungen mit Kurfürst Johann Georg von Sachsen anknüpfen. Der Fürstentag in Breslau und seine Beschlüsse. Friedrich und die Stände Schlesiens beginnen mit Kursachsen zu unterhandeln. Abreise Friedrichs aus Breslau. Bethlen Gabors Vorwürfe. Schwere Stellung des Oberhauptmanns Johann Christian von Liegnitz. Bedingungen, unter denen Friedrich auf die böhmische Krone verzichten will. Wie will man in Wien den Sieg ausbeuten? Graf Hohenzollern wird zu dem Herzoge von Baiern geschickt. Stellung, die der Herzog bezüglich der Ächtung des Pfalzgrafen einnimmt. Publication der Acht wider den Pfalzgrafen und seine Anhänger. Die schlesische Gesandtschaft in Dresden. Bedingungen, unter denen der Kurfürst die Unterwerfung Schlesiens annehmen will. Fürstentag in Liegnitz. Der Accord. Ferdinands Einwürfe wider den Accord. Erzherzog Karl und Hannibal von Dohna in Dresden. Der Kurfürst besteht auf dem Accord. Schlussverhandlungen des Kurfürsten mit den Schlesiern 410
- Urkundenbeilagen 440



Erstes Kapitel.

Der französische Vermittlungsversuch und der Vertrag von Ulm.

- I Die Bemühungen des englischen Gesandten in Paris. Der ligistische Geist in Frankreich. Fürstenberg in Paris. Gerüchte über die Unterstützung des Kaisers. Der Beichtvater des Königs. Ludwig XIII erklärt sich zur Unterstützung Ferdinands bereit. Herbert vertheidigt die Interessen des Pfalzgrafen. Jeamins Memoire. Es wird die Absendung einer Gesandtschaft beschlossen. Börstel und Rustorf in Paris. Der kaiserliche Gesandte Kurz. Seine Unterredung mit Nevers.
- II Unklare Haltung Frankreichs in Bezug auf die Grundlage der Vermittlung. Reise der französischen Gesandten nach Deutschland. Rüstungen der Union und Liga. Die Zusammenkunft des Grafen von Nassau und des Markgrafen von Anspach. Angriffspläne der Union. Der Markgraf von Baden. Verhandlungen über den Durchzug des kaiserlichen und ligistischen Volkes. Camerarius in München. Die bairischen Gesandten bei dem Unionstage in Ulm.
- III Die französischen Gesandten in Ulm. Verhandlungen derselben mit der Union und den bairischen Gesandten. Die Union ist erbötig, mit der Liga einen Neutralitätsvertrag abzuschliessen. Vertrag von Ulm. Abreise der französischen Gesandten. Ihr Empfang in Lauingen, Linz und Wien. Verhandlungen mit dem Kaiser und seinen Räthen.

I

Wir haben in der bisherigen Erzählung ein Bild von den zu Gunsten des Kaisers sich entwickelnden Allianzen entworfen und gezeigt, wie Spanien, der Papst, der König von Polen und die katholischen Fürsten und Bischöfe von Deutschland Vorbereitungen trafen, um ihren Schützling in den Stand zu setzen gegen seine Feinde erfolgreich auftreten zu können. Dass man es zu gleicher Zeit an Bemühungen nicht fehlen liess auch Frankreich zur Hilfeleistung zu vermögen und

dass diese nicht vergeblich waren, ist gleichfalls erwähnt worden. In der That vervollständigte Frankreich den katholischen Bund, der sich gegen die protestantischen Angriffe in Böhmen gebildet hatte, und wenn es auch nicht alle Hoffnungen erfüllte, die man auf dasselbe gesetzt hatte, so trug es doch das Seinige zur Niederlage des Pfalzgrafen und der Böhmen bei.

Schon bei Lebzeiten des Kaisers Mathias bewahrte der französische Hof gegen die deutschen Habsburger eine freundliche Haltung und machte aus seiner Missbilligung des böhmischen Aufstandes kein Hehl. Nach dem Tode des Kaisers wurde es zwar mit den Freundschaftsversicherungen etwas stiller, aber wohl nur aus dem Grunde, weil Ferdinand keinen Gesandten in Frankreich unterhielt und Niemand also da war, der das ohnehin matt brennende Liebesfeuer geschürt hätte. Zudem gab sich der englische Gesandte in Frankreich Sir Edward Herbert alle erdenkliche Mühe, den französischen Hof für den Pfalzgrafen zu gewinnen, und wenn ihm dies auch nicht gelang, da König Ludwig auf die Nachricht von der Wahl desselben auf den böhmischen Thron sich beeilte, ihn vor der Annahme der Krone zu warnen, so glaubte Herbert dieser Warnung doch keine Bedeutung beimessen und mindestens die Neutralität Ludwigs erwarten zu dürfen, da ein übergrosser Geldmangel demselben keine aktive Politik erlaube und eine bedeutende Partei im Lande dem Pfalzgrafen günstig gesinnt sei. *) Herbert hätte mit dieser Annahme wohl Recht gehabt und vielleicht würde Frankreich dem Pfalzgrafen gegenüber eine freundlichere Haltung angenommen haben, wenn der König von England die gleichzeitigen Allianzangebotungen Ludwigs XIII nicht zurückgewiesen hätte. Anfangs Oktober 1620 fand sich nämlich der Herzog von Luynes bei Jakob ein und bot ihm die Hand der Prinzessin Henriette für den Prinzen von Wales an, offenbar um die beabsichtigte Heirat des letzteren mit der spanischen Infantin zu vereiteln.**)

*) Gardiner: Herbert to Sir Ed. Naunton dd. 31. August a. St., 29. September a. St. 1619.

***) Herbert to Sir Robert Naunton dd. 29. September a. St. 1619 bei Gardiner.

Antrag, der im Falle der Annahme für die Sache des Pfalzgrafen von den günstigsten Folgen hätte sein können, erwiederte Jakob nichts und verwundete so die französische Eigenliebe. *)

Die Folgen dieser unklugen Haltung sollte Herbert bald genug empfinden, als ihn der Pfalzgraf um seine guten Dienste bei dem Könige von Frankreich ersuchte. Herbert beeilte sich, diesem Wunsche nachzukommen und besuchte zu diesem Ende den Grosssiegelbewahrer und den Präsidenten Jeannin. Obwohl er sich alle Mühe gab, die Sache des Pfalzgrafen in das beste Licht zu stellen, so konnte er die französischen Staatsmänner doch zu keinen günstigen Erklärungen bewegen; sie nahmen seine Mittheilungen mit höflicher Ruhe entgegen und wenn sie ja eine Auskunft verlangten, schien dieselbe keine dem Pfalzgrafen günstige Stimmung anzudeuten.***) Die ablehnende Haltung Jakobs entband sie der Rücksichtnahme auf dessen Schwiegersohn, sie konnten sich jetzt um so mehr in ihrer Eigenschaft als Söhne der katholischen Kirche fühlen, da kein Sully mehr da war, um die politischen Vortheile einer Begünstigung des Pfalzgrafen ins rechte Licht zu setzen. Zudem erhob die katholische Geistlichkeit ihre Stimme zu Gunsten der Habsburger mit einer Beharrlichkeit, die an die Tage der Liga erinnerte und namentlich machten sich die Jesuiten als Stimmführer in diesem Chorus geltend. Auch der Nuncius vertrat eifrig und energisch die Sache der in Böhmen gefährdeten Kirche: mit einer sehr fadenscheinigen Geschichtskennntniss ausgerüstet suchte er nachzuweisen, dass die Habsburger, seitdem sie sich in zwei Linien getheilt, nie etwas Feindseliges gegen Frankreich unternommen hätten, während das pfälzische Haus sich zur Zeit der Ligue als ein grimmiger Feind erwiesen habe.***)) Gegenüber dieser Übereinstimmung in der katholischen Gesellschaft Frankreichs wäre es den französischen Staatsmännern, auch wenn sie gewollt hätten, schwer gewesen, ihr Augenmerk bloß auf die politischen Vortheile zu richten, die die Fort-

*) Herbert an Naunton dd. Merlon, 29. September 1619 a. St. bei Gardiner.

***) Gardiner: Herbert an Naunton dd. Merlon 25, Oktober a. St. 1619.

***)) Mémoires secrets du règne de Louis XIII.

dauer des böhmischen Aufstandes für Frankreich haben mochte. Sie mussten in ihrer Politik den katholischen Sympathien Rechnung tragen und so entstand in ihnen der Plan zwischen den streitenden Parteien zu vermitteln, also ungefähr dieselbe Rolle zu übernehmen, mit der der König von England zur Zeit der Kaiserwahl gescheitert war. Der Staatssekretär Puy-sieux benachrichtigte den französischen Vertreter am Hofe von Heidelberg, St. Catherine, von diesem Entschlusse. „Der König,“ so schrieb er, „werde von beiden streitenden Theilen um Hilfe ersucht, wolle aber neutral bleiben und die Vermittlung zwischen ihnen übernehmen.“*)

Bevor das französische Cabinet an die Verwirklichung seiner vermittelnden Absichten ging, stellte sich in Paris ein 2. Dez. Abgesandter Ferdinands II in der Person des Grafen Wrat-
1619 slaw von Fürstenberg ein, der im Namen seines Herrn den König Ludwig um bewaffneten Beistand ersuchen sollte. Die französischen Minister, die sich eben für die vermittelnde Rolle entschieden hatten, waren von diesem Gesuche nicht angenehm berührt und zeigten dies unverholen in der Behandlung des Gesandten. Statt ihn, wie es die Sitte jener Zeit erheischte, die ersten Tage nach seiner Ankunft reichlich mit Lebensmitteln und Leckerbissen zu versehen, war seine Bewirthung knapp und karg zugemessen und die Antworten, die er auf seine Vorträge und Bitten bei den Ministern zu hören bekam, waren so geschraubt und voller Hinterhalt, dass er die Sache seines Herrn schon nach einigen Tagen verloren gab. Auch der König, der ihn zweimal vorliess, erklärte, dass er dem Kaiser nur mit seiner Vermittlung behilflich sein könne. Vergeblich wies der Graf Fürstenberg dieses Anerbieten mit der Bemerkung zurück, dass es sich seinem Herrn nicht um die Beseitigung diplomatischer Schwierigkeiten, sondern um die Eroberung des ihm entrissenen Königreiches handle. Ludwig blieb bei seiner Erklärung. Es mag wohl bei dieser Gelegenheit geschehen sein, dass der König von Frankreich seine Frau, die Tochter Philipps III, einmal in Thränen fand

*) Puy-sieux an St. Catherine dd. Fontainebleau, 23. Nov. 1619, Pariser Nationalbibliothek. MS. 9291/11 - 4121.

über seine gleichgiltige Haltung gegenüber der Noth ihres Hauses und sie zur Ruhe wies, indem er sagte: „Seien Sie zufrieden, Madame, dass sie Königin von Frankreich sind.“ Herbert gab sich alle Mühe, um einen möglichen Erfolg Fürstenbergs zu durchkreuzen; er zeigte Jedermann eine Erklärung des Pfalzgrafen, worin dieser den Katholiken Böhmens volle Religionsfreiheit verhiess, und suchte so den Beweis zu führen, dass der Krieg in Böhmen kein Religions-, sondern ein politischer Krieg sei. Er glaubte damit einen Eindruck auf die französischen Staatsmänner gemacht zu haben und die Versicherung abgeben zu können, dass Frankreich sich nicht auf die Seite Ferdinands stellen werde. Ludwig XIII werde eine Vermittlung anzubahnen suchen und zuletzt über jenen herfallen, der sich den angebotenen Bedingungen nicht fügen werde.*)

Trotz dieser für den Pfalzgrafen beruhigenden Sachlage tauchte plötzlich in Paris das Gerücht auf, Frankreich wolle Ferdinand mit 10.000 Mann zu Hilfe kommen und die Kosten für den Unterhalt dieses Heeres werde die Geistlichkeit auf sich nehmen. Das Gerücht mag wohl daher entstanden sein, dass der Herzog von Nevers sich im königlichen Rathe eifrig der Sache Ferdinands annahm und sich sogar erbot, dem Kaiser im Verein mit einigen katholischen Edelleuten Frankreichs, die einen Bund geschlossen hatten, zu Hilfe zu eilen. Es heisst, dass dieser Vorschlag von den Prinzen von Guise und Condé bekämpft worden sei. Guise wollte den Kaiser nicht hilflos lassen, aber er meinte, dass, wenn der König demselben indirekt helfen wolle, er sich hiebei nicht seiner Unterthanen, sondern befreundeter Fürsten, etwa des lothringischen Hauses bedienen dürfe. Dagegen war Condé gegen jede wie immer geartete Unterstützung des Kaisers, nach seiner Meinung sollte der König vollständige Neutralität halten und wenn er dies nicht thäte, die Umstände benützen, um die Kaiserkrone zu erringen.**) Zu einem Beschluss scheint es vorläufig noch nicht gekommen zu sein.

*) Gardiner, Herbert an Naunton dd. Paris 3./13. Dezember 1619, dd. 31. Dezember 1619/10. Januar 1620.

**) *Mémoires secrets du règne de Louis XIII.*

Obwohl also das Gerücht von einer Ferdinand zuge-
 dachten Truppenhilfe keinen thatsächlichen Grund hatte, so bereitete
 sich doch am französischen Hofe ein günstiger Umschwung
 für ihn vor. Fürstenberg hatte sich nach anfänglicher Ver-
 zweiflung aufgerafft und im Verein mit dem Nuncius, dem
 spanischen Gesandten und den Agenten anderer katholischer
 Höfe, die ihm bereitwillig beistanden, an allen Thüren ange-
 klopft, durch die er einen freundlicheren Zugang zum Könige
 zu finden hoffte. Es gelang ihm zuletzt auch den königlichen
 Beichtvater, den Jesuiten Arnould, für sich zu gewinnen; viel-
 leicht hatte derselbe, was wahrscheinlich ist, von Rom die
 Weisung erhalten, sich zu Gunsten Ferdinands zu verwenden,
 jedenfalls unterzog er sich dieser Aufgabe. Am Weihnachts-
 feste stellte er dem Könige die Verpflichtung vor, dem um
 der Religion willen bedrängten Kaiser beizustehen, und
 so mag er bei Ludwig einen ähnlichen Erfolg errungen
 haben, wie ehemals Bernhard von Clairveaux, als er am Weih-
 nachtsfeste vom Altare aus den König Konrad III zum Kreuz-
 zuge ermahnte. Am Abend desselben Tages fand sich der
 königliche Geheimsekretär bei Fürstenberg ein und hinter-
 brachte ihm die Nachricht, dass nicht bloss der König, sondern
 auch die Minister für eine thatkräftige Unterstützung des Kaisers
 gewonnen seien. Ein Befehl werde an die verschiedenen
 1620 Regimenter ergehen, sich im Monat März in der Champagne
 zu concentriren; gleichzeitig werde eine Botschaft nach Deutsch-
 land abgeordnet werden, welche die katholischen Fürsten zur
 Unterstützung Ferdinands auffordern, den Unionsfürsten aber
 jede weitere Vorschubleistung des Pfalzgrafen abrathen werde.*)

Man kann sich die Ueberraschung und Freude Fürsten-
 bergs beim Empfange dieser Nachricht denken; sie wurde
 jedoch bald etwas gedämpft, da er sich vergeblich bemühte,
 eine schriftliche Erklärung über diese Hilfeleistung zu er-
 langen, und so der Verdacht in ihm rege wurde, dass man den
 kaum gefassten Beschluss schon wieder bereue. Doch erlangte
 er wenigstens vom Könige, dass dieser in einem offenen Patente
 allen Franzosen unter Strafe des Hochverraths jede Theil-

*) Wiener StA. Frankreich. Fürstenberg an Ferdinand dd. 24. Dec. 1619.

nahme am Kriege zu Gunsten der Böhmen verbot. Es war dies das erste unzweifelhafte Zeichen der für Ferdinand günstigen französischen Neutralität, bald folgten andere. In der französischen Kanzlei wurden an die einzelnen Fürsten der Union die versprochenen Abmahnungsschreiben ausgefertigt und der Pfalzgraf von dem Staatssekretär Puyseux wegen seines Bündnisses mit Bethlen Gabor verwarnt.*)

Hatte Herbert sich früher bemüht, den französischen Hof für die Sache des Pfalzgrafen günstig zu stimmen, so bekämpfte er jetzt mit noch grösserem Eifer die seinem Schützling feindselige Stimmung, obwohl er weder für jenes noch für dieses von Jakob einen Auftrag erhalten hatte. Gegen allfällige Vorwürfe für seine Eigenmächtigkeit suchte er sich dadurch den Rücken zu decken, dass er von seinem Thun getreuen Bericht erstattete. In zahlreichen Gesprächen mit den französischen Staatsmännern, zu denen er leichten Zutritt hatte, erörterte er die böhmische Angelegenheit und suchte nachzuweisen, dass durch die Annahme der böhmischen Krone von Seite des Pfalzgrafen das Recht nicht verletzt sei. In Bezug auf die nach französischer Anschauung gefährdeten katholischen Interessen deckte sich Herbert mit der oben erwähnten Erklärung des Pfalzgrafen zu Gunsten der böhmischen Katholiken wie mit einem Schilde und glaubte zuletzt den Schluss ziehen zu dürfen, dass Frankreich, wenn es sicher sei, dass der Pfalzgraf gerecht gegen die Katholiken sein würde und nicht nach der Kaiserkrone strebe, neutral bleiben werde. Er hatte also abermals von der Wirkung seiner Ueberredungskunst eine bessere Meinung, als sie sich thatsächlich bisher bewährt hatte.**)

Die Wärme, mit der sich Herbert der Interessen des Pfalzgrafen annahm, widersprach aber zu sehr den Absichten Jakobs, als dass dieser seinem Staatssekretär Naunton nicht den

*) Gardiner, Herbert to Sir Edw. Naunton dd. 14./24. Dezember 1619. — Bericht Fürstenbergs an Ferdinand, geschrieben im Januar 1620, Wiener StA., Frankreich 1620. — Pariser Nationalbibl. M.S. 9291/11—4121 Puyseux an St. Catherine dd. Paris, 31. Dezember 1619. — Haager A. Ludwig XIII an einzelne Fürsten der Union dd. 10. Januar 1620.

**) Gardiner, Herbert to Sir Edward Naunton dd. 31. Dezember 1619/10. Januar 1620.

Auftrag gegeben hätte, Herbert zu warnen, auf dass sein königlicher Name nicht durch das Auftreten des Gesandten kompromittirt werde. Auf diese Warnung erwiderte Herbert mit der Versicherung, dass er nie im Namen des Königs gesprochen habe, aber er fügte hinzu, dass, wenn Jakob sich nicht irgendwie für den Pfalzgrafen in Bewegung setze, die Neutralität Frankreichs nicht von Dauer sein und dem Schein eines Bündnisses mit Ferdinand Platz machen werde.*) Dem Zweifel an der Richtigkeit seiner frühern Prophezeiungen bezüglich der künftigen Haltung Frankreichs, der sich zum erstenmal in diesem Schreiben ausspricht, gab er schon fünf Tage später einen etwas bestimmteren Ausdruck. Er gestand, dass die katholische Partei für die Unterstützung Ferdinands wirke, seine Hoffnung setze er jetzt nur auf die Beharrlichkeit des Königs, der ihn durch seinen obersten Ceremonienmeister habe versichern lassen, dass er in der böhmischen Angelegenheit keinen Schritt ohne Rücksichtnahme auf den König von England thun werde. Bald traute er auch dieser Versicherung nicht mehr, als er von dem Befehle Kunde erhielt, der zur Ausrüstung der Cavallerie gegeben wurde**) und den er als einen Schritt zu Gunsten Ferdinands deutete; vollends mit Furcht erfüllte ihn die Antwort, welche der König von Frankreich dem Kaiser zukommen liess, zu deren Kenntniss er durch Bestechung gelangte. Wie sehr er sich auch Mühe geben mochte aus den Worten Ludwigs möglichst wenig Feindseligkeit gegen den Pfalzgrafen herauszulesen, so viel war doch aus dem Briefe mit Gewissheit zu entnehmen, dass der König dem Kaiser Hilfe schicken wolle und dass man nur über die Bedingungen derselben noch zu keiner Einigung gelangt sei.***) So drängte sich Herbert die traurige Ueberzeugung auf, dass die Haltung Jakobs für den Pfalzgrafen eine von Tag zu Tag nachtheiligere Wirkung ausübe. Zu dem Schaden gesellte sich auch der Spott. Der Herzog von Guise bemerkte eines Tages in höhnischer Weise gegen den englischen Gesandten, dass

*) Gardiner, Herbert to Sir Edward Naunton, dd. Paris, 8./18. Januar 1619.

***) Gardiner, Herbert to Sir Edward Naunton dd. 13./23. Januar 1620.

****) Engl. StA., Herbert an Jakob I. dd. Paris, 20./30. Januar 1620.

die Sache des Pfalzgrafen schlecht sein müsse, sonst würde sich sein Schwiegervater für ihn erklärt haben. Herbert blieb zwar die Entgegnung nicht schuldig, allein wie konnte sie anders als lahm ausfallen, da die Thatsachen zu laut sprachen. Er musste es sogar erleben, dass er zum zweitenmale von England aus gewarnt wurde, bei seinem Bestreben, dem Pfalzgrafen zu dienen, seinen eigenen Herrn nicht zu kompromittiren. Diese mädchenhafte Sorge für seinen guten Namen, die den König je länger je mehr zum Preisgeben der Sache seines Schwiegersohnes trieb, erfüllte Herbert mit Trauer und er erwiderte, dass er wohl nur durch seinen für den Pfalzgrafen bewiesenen Eifer Frankreich zur Neutralität vermocht habe, denn Alles sei im Begriffe gewesen, sich auf die Seite des Kaisers zu stellen.

Damit legte sich Herbert wohl etwas zu viel Verdienst bei, denn nur die alten Traditionen der französischen Politik sowie die Sympathien, die man in Frankreich für die Unionsfürsten hatte, nicht aber die Rücksicht auf die Vorstellungen des englischen Gesandten hatten die bisherige Schonung des Pfalzgrafen empfohlen und hatten selbst Männer wie den Prinzen von Orléans über Mittel und Wege nachdenken lassen, wie die bevorstehende Allianz mit den Habsburgern durchkreuzt werden könnte. Von ihm rührt wenigstens der Vorschlag her, dass der Pfalzgraf im Besitze von Böhmen bleiben, der kurfürstliche Titel dieses Landes aber auf Baiern übergehen solle.*) Vorläufig übte jedoch weder dieser Vorschlag noch ein anderer, der die Ertheilung des königlichen Titels an den Pfalzgrafen empfahl, wofür dieser auf Böhmen verzichten sollte, einen Einfluss auf die Haltung der französischen Regierung aus, deren Parteinahme für Ferdinand sich wieder in einem bestimmten Falle geltend machte. St. Catherine hatte nach Hause berichtet, dass der Pfalzgraf sich weigere, einen Gesandten zu empfangen, der ihm nicht den königlichen Titel geben würde und sich von seiner Regierung Verhaltungsmaßregeln erbeten. Puy sieux rieth zwar dem Herrn von St.

* Herbert to Sir Edward Naunton dd. Paris 5./15. Februar 1620. Englisches Staatsarchiv.

Catherine ein kluges und versöhnliches Auftreten an, schlug aber die Erlaubniss zur Ertheilung des königlichen Titels ab und richtete gleichzeitig eine noch dringendere Warnung an die Unionsfürsten, in der er ihnen die Gefahr vor Augen stellte, dass durch ihr Bündniss mit dem Pfalzgrafen Deutschland der Schauplatz eines furchtbaren Krieges werden könnte. Auf keinen Fall liess er sie darüber im Zweifel, dass Frankreich von den Plänen des Pfalzgrafen nichts wissen wolle.*)

Aber so sehr die französische Regierung in allen diesen für Deutschland bestimmten Weisungen die Interessen Ferdinands vertheidigte, so scheint sie doch schon im Monat Januar das Versprechen der Waffenhilfe bereit zu haben, da sich in Frankreich selbst jene feindlichen Bewegungen gegen den König vorbereiteten, an denen bekanntlich die Königin-Mutter theilhaftig war. Schon Ende Januar oder Anfangs Februar war man zu dem Entschlusse gelangt, nur mit friedlichen Mitteln für Ferdinand zu wirken, also nur das zu thun, was man ihm gleich bei der Ankunft Fürstenbergs versprochen hatte, nur mit dem Unterschiede, dass man es jetzt aufrichtiger meinte. Der Präsident Jeannin erhielt den Auftrag, ein Memoire über die politische Sachlage auszuarbeiten, welche das Substrat einer sich daran anschliessenden Berathung im königlichen Staatsrath bilden sollte.

Jeannin kam dem Auftrage nach und rechtfertigte zuerst die bisher gegen das Haus Habsburg beobachtete Politik mit der Erklärung, dass nur die übergrosse Macht dieses Hauses die französischen Könige genöthigt habe, die deutschen Protestanten in allen ihren Streitigkeiten mit den habsburgischen Fürsten zu unterstützen. Jetzt sei aber die Besorgniss vor diesem ehemals so mächtigen und gefürchteten Hause grundlos geworden, die Habsburger seien alt geworden, ihre Macht völlig gebrochen und der Kaiser nahe daran, seinen ganzen Besitz zu verlieren. Würden die Feinde des Kaisers zum Siege

*) St. Catherine an Puyseux dd. Heidelberg, 4. Januar 1620. — Pariser Nationalbibliothek MS. 9291/44—114. — Ebendasselbst MS. 9291/11—4121 Puyseux an St. Catherine dd. 26 Januar 1620.

gelangen, so würden sie die katholische Religion in Deutschland unterdrücken und die geistlichen Staaten unter sich theilen. Da der Sieg der Protestanten für Frankreich nicht ohne Folgen bleiben und die Hugenotten zu neuen Unternehmungen aufmuntern würde, so müsse der König auf jede Weise dem Kriege ein Ende zu machen und einen erträglichen Friedensstand herbeizuführen suchen. Auf welcher Grundlage dieser Friede herbeizuführen sei, ob durch vollständige oder theilweise Restitution Ferdinands in seinen Besitz, darüber liess sich Jeannin nicht aus. Er glaubte aber den Vortheil Frankreichs durch einen Sieg Ferdinands besser gewahrt, da letzterer auch künftig so schwach sein werde, dass er sich nur mit Anstrengung werde behaupten können. Um den Frieden auf einer passenden Grundlage herzustellen, sei es am zweckmässigsten, wenn man eine aus einigen hervorragenden Persönlichkeiten bestehende Gesandtschaft nach Deutschland abschicken und durch diese die Unterhandlungen einleiten würde. Man würde dadurch von vornherein einen mächtigen Einfluss auf den Krieg gewinnen, indem man die Anhänger des Pfalzgrafen von diesem trennen und so zwischen dem fast darniederliegenden Kaiser und seinem Gegner eine gewisse Gleichheit der Kräfte herstellen könnte. Der Kaiser würde gewiss den Friedensvorschlägen Gehör schenken und etwas von seinen Rechten ablassen, da er ja Gefahr laufe, alles zu verlieren. Worin diese Nachgiebigkeit Ferdinands bestehen sollte, ob in der Anerkennung der böhmischen Forderungen oder in der Abtretung gewisser Gebiete, darüber liess sich Jeannin nicht aus; sein Memoire lässt sowohl die eine wie die andere Deutung zu. Wenn der Kaiser zum Frieden erbötig sei, seine Gegner aber beharrlich sich weigern würden, denselben anzunehmen, dann sei der Moment für Frankreich gekommen, seine Macht zu Gunsten Ferdinands in die Wagschale zu werfen.

Als Jeannins Memoire *) in einer Sitzung des Staatsrathes, an der sich auch der König betheiligte, vorgelegt wurde, fand

*) Das Memoire ist in der Ambassade extraordinaire, einem Werke, das über die Verhandlungen der später abgeschickten französischen Gesandtschaft Bericht erstattet, abgedruckt.

der darin ertheilte Rathschlag die allgemeine Billigung, und
 1620 man beschloss (wahrscheinlich Anfangs Februar) die Absen-
 dung einer feierlichen Gesandtschaft nach Deutschland, um das
 Vermittlungsgeschäft in die Hand zu nehmen.

Wenige Tage später bezeichnete man den Herzog von Angoulême und die Grafen von Bethune und Préaux als jene Personen, denen dieses Amt übertragen werden sollte. Der Herzog von Angoulême, ein natürlicher Sohn Karls IX, war wohl nur gewählt worden, um das Ansehen der Gesandtschaft zu heben, denn der eigentliche geistige Leiter der Verhandlungen war Herr von Bethune, der seine Sporen im diplomatischen Dienste unter Heinrich IV erworben und als politischer Schriftsteller durch die Feinheit seiner Beobachtungen und Bemerkungen Beweise seiner hervorragenden Tüchtigkeit abgelegt hatte. *)

Als Anfangs Januar 1620 zu den Unionsfürsten und zu dem Pfalzgrafen die erste Nachricht von dem am französischen Hofe zu ihren Ungunsten sich vorbereitenden Umschwunge gelangte, verursachte sie zwar nicht geringe Bestürzung, aber man sah doch eine Allianz zwischen den Bourbonen und Habsburgern für eine so ungeheuerliche und unmögliche Sache an, dass man an der Wahrheit derselben zweifelte. Um jedoch nichts zu versäumen und die frühern Beziehungen zum französischen Hofe fester zu knüpfen, beschlossen die Unionsfürsten die Absendung eines Gesandten in der Person des Herrn von Rustorf. Als derselbe in Paris eintraf, fand er daselbst einen Agenten des Fürsten von Anhalt, einen gewissen Börstel vor und ersuchte im Verein mit diesem um eine Audienz bei dem
 26. Feb. 1620 Könige. Sie wurden ohne Zögern vorgelassen, erlangten aber keinerlei beruhigende Versicherungen, denn die Erwiderung, die ihnen von Ludwig auf ihre Angaben und Bitten zu Theil wurde, bestand nur in der Mittheilung, dass er eine Gesandtschaft abordnen wolle, welche die Unionsfürsten mit seinen Absichten bekannt machen werde. Ebensovienig liess sich der Herzog von Luynes, dem Rustorf und Börstel ihre Aufwartung machten, in eine Unterhaltung ein, die der Union

*) L'Ambassade française.

bessere Hoffnungen gemacht hätte, auch er suchte sie nur mit allgemeinen Phrasen abzuspeisen und verwies sie auf die nach Deutschland abzusendende Gesandtschaft. Mit diesen Vertröstungen wollten sich die beiden Gesandten nicht begnügen und verlangten eine offene Mittheilung über die Verpflichtungen, welche der König in Bezug auf die deutschen Angelegenheiten bisher eingegangen sei. Börstel wollte wissen, was von den Allianzgerüchten zwischen den Habsburgern und den Bourbonen und von der französischen Kriegshilfe zu halten sei. „Wenn,“ so erklärte er, „der König von Frankreich entschlossen sei, „gegen seine alten Verbündeten aufzutreten, so möge der Herzog dies offen gestehen, die Ereignisse würden es ohnehin „bald an den Tag bringen. Sei dies aber nicht der Fall, so „erfordere es die Ehre des Königs und der Vortheil der Unionsfürsten, dass die Wahrheit bekannt werde und die feindlichen „Gerüchte als falsch gebrandmarkt würden.“ Wie sehr aber Börstel seine Beredtsamkeit aufbieten und sich in Gründen erschöpfen mochte, er brachte Luynes nicht zum Sprechen und die Unterhaltung endigte resultatlos.

Ebensowenig konnten die deutschen Gesandten andere französische Grosswürdenträger, wie z. B. den Grosssiegelbewahrer und den Herrn von Puyzieux zu einer offenen Sprache über die wahren Intentionen Frankreichs bewegen, Puyzieux namentlich verweigerte rundweg jede nähere Erklärung. Nur der Präsident Jeannin liess sich etwas deutlicher aus, indem er erklärte, dass die Franzosen zwar stets auf Seite des Pfalzgrafen, des Feindes der Habsburger seien, aber diesmal ihren Sympathien Schweigen gebieten müssten, denn die katholische Kirche sei durch die Vorgänge in Böhmen und Ungarn in grosse Gefahr gesetzt. Vergeblich bemühten sich Börstel und Rustorf die den Katholiken drohenden Gefahren als nichtige Hirngespinnste hinzustellen. Jeannin nahm diese Versicherungen mit ungläubigem Lächeln auf und bemerkte, dass der Pfalzgraf und seine Anhänger zu klug seien, um jetzt mit den Katholiken aufzuräumen; allein sobald der Sieg in ihren Händen sei, würden sie nicht anders handeln, als dies z. B. in England geschehe, wo die Katholiken jeglicher Unterdrückung preisgegeben seien. Der König, so schloss er seine Mitthei-

lungen, wolle durch seine Gesandtschaft einen Vergleich zwischen den Katholiken und Protestanten in Deutschland herbeiführen und den Frieden sichern. Aus dieser Erklärung glaubte wenigstens Börstel die allerdings richtige Vermuthung schöpfen zu dürfen, dass Ludwig XIII noch nicht an ein bewaffnetes Einschreiten zu Gunsten der Katholiken denke, sondern die Gesandtschaft dazu benutzen wolle, um die Absendung der dem Kaiser zugesagten Kriegshilfe zu verzögern und vielleicht ganz hintanzuhalten. *) Dass aber schon die Absendung der Gesandtschaft der Sache des Pfalzgrafen Abbruch thun werde, das verhehlten sich die diplomatischen Agenten der Union ebenso wenig wie ihre Auftraggeber und deshalb beeilte sich der Pfalzgraf, durch ein eigenes Schreiben an Ludwig diesen um die Aufrechterhaltung der alten Allianz zu ersuchen. Wiederum war er so kühn, zu versichern, dass er nichts gethan habe, um die böhmische Krone an sich zu bringen, „weder durch Wünsche, noch durch Kabalen, noch durch unerlaubte Mittel“ habe er nach derselben getrachtet, darin sei sein Gewissen ganz rein, ihn habe keine andere Absicht geleitet, als die Beförderung des allgemeinen Besten. **)

Dieses Schreiben des Pfalzgrafen brachte jedoch ebensowenig einen Umschwung in der französischen Politik zu Wege wie die Bemühungen des württembergischen Rathes Buwinkhausen, den die Union im März mit demselben Auftrage nach Frankreich abordnete, mit dem soeben Rustorf gescheitert war. 12. Apr. Da sich der König gerade in Orléans befand, folgte ihm 1620 Buwinkhausen dahin nach und überreichte ihm ein Memoire, worin er auseinandersetzte, dass die Union nur zu ihrer Vertheidigung die Waffen ergreifen müsse und dabei auf die Unterstützung des Königs vermöge der alten, zwischen ihr und ihm bestehenden Allianz hoffe. Allein weder in Orléans, noch in Fontainebleau, noch in Paris, wohin er dem Hofe nachzog, erlangte er eine günstige Antwort. Ludwig XIII blieb bei seinem Vorsatze, eine Gesandtschaft abzuschicken, von der

*) Münchner St.A. 399/19, Börstel an die Unionsfürsten dd. 29. Februar/10. März 1620. — Ebend. 425/5 Rustorf an die Unionsfürsten dd. 21./31. März 1620.

**) Münchner St.A. 40/8, Friedrich an Ludwig XIII dd. 24. März/3. April 1620.

Buwinkhausen nur das ungünstigste Resultat erwartete. Seine schwarzen Ahnungen fanden dadurch eine Bestätigung, dass Boissise, dessen sich Heinrich IV bei den Unterhandlungen mit der Union im J. 1610 bedient hatte und der den Herzog von Angoulême gleichfalls begleiten sollte, seine Theilnahme an der Gesandtschaft abschlug, weil das Ziel derselben ein seiner früheren politischen Thätigkeit gerade entgegengesetztes sei. *)

Uebrigens musste die französische Regierung ihr Gesandtschaftsprojekt nicht bloss gegen die Union vertheidigen, bald musste sie dies auch gegen den Kaiser thun. In Wien war man im Februar keiner anderen Meinung, als dass sich gleich im Beginne der besseren Jahreszeit 20—24.000 Franzosen nach Deutschland in Bewegung setzen und der Befehle des Kaisers gewärtig sein würden. Der vertraute Rath des Kaisers, der Freiherr von Harrach, benachrichtigte hievon den Grafen von Buquoy als von einer sicher zu gewärtigenden Thatsache, die er ins Bereich seiner militärischen Combinationen ziehen könne.**) Ferdinand, der noch keine Ahnung davon hatte, dass die französische Hilfe sich in ein Friedensvermittlungsgeschäft auflösen solle, schickte nach der Rückkunft des Grafen von Fürstenberg einen neuen Gesandten nach Paris in der Person des Reichshofraths Kurz von Senftenau, um durch diesen dem^{24.Feb.} Könige für die gemachten Versprechungen zu danken und ihn¹⁶²⁰ um die schleunige Absendung der Kriegshilfe zu ersuchen. Als Kurz am französischen Hofe erschien und wissen wollte, wann, wo und in welcher Anzahl die Hilfstruppen zu Ferdinands Diensten bereit sein würden, bedeutete ihm Ludwig, dass er hierüber in wenigen Tagen sichere Auskunft erhalten werde. In der That wurde ihm dieselbe durch Herrn von Puyseux Anfangs April zu Theil, aber sie lautete durchaus nicht so wie sie der Kaiser gewünscht hatte. Es hiess, der König habe Befehl gegeben, dass sich seine Truppen aus den verschiedenen festen Plätzen gegen die deutsche Grenze in Bewegung setzen und bei Metz concentriren sollten; aber über die Stärke der-

*) Haager A. Frankreich 1620. Memoire Buwinkhausens dd. 12. April 1620. Orléans. Ebend. Buwinkhausens Schreiben vom 19. April 1620.

***) Gratzner Archiv. Harrach an Buquoy dd. 9. März 1620.

selben, sowie über die Person, welche das Obercommando führen solle, hüllte man sich in Schweigen. Der Gesandte bemerkte gegen Herrn von Puyzieux, dass diese Mittheilungen nicht weiter gingen als jene, die man vor drei Monaten dem Grafen von Fürstenberg gemacht habe und dass der Kaiser jedenfalls gehofft habe, man würde ihm einen bestimmten Tag bezeichnen, an dem er über die französischen Streitkräfte würde verfügen können. Darauf erwiderte Puyzieux, dass die Antwort auf die vom Kaiser gestellte Frage jedenfalls zu Ende April ertheilt werden würde. Kurz von Senftenau witterte aus dieser Zugeknöpftheit des französischen Diplomaten nichts Gutes für seinen Herrn und da er mittlerweile über das Gesandtschaftsprojekt genau berichtet worden war, so fürchtete er, dass durch die Absendung der Gesandtschaft die thatsächliche Unterstützung des Kaisers auf die lange Bank geschoben und vielleicht nie zur Ausführung kommen werde. Er gab seinem Verdruss gegen Herrn von Puyzieux Ausdruck, wurde aber von diesem durch vielfache Versicherungen, dass Ludwig es mit der Unterstützung des Kaisers aufrichtig meine und die versprochene Hilfe leisten werde, zu trösten gesucht.

Bevor Kurz nach Hause zurückreiste, trat er in Unterhandlungen mit dem Herzoge von Nevers, den Fürstenberg als denjenigen bezeichnet hatte, der für den Kaiser ein Heer zu werben bereit war. Die Mittel zur Bestreitung der Werbekosten und der ersten Unterhaltung sollte ein Orden hergeben, über den uns keine hinreichenden Nachrichten vorliegen. Nach der Weise, wie über diesen Orden gesprochen wird, scheint er eine Art französischer Filiale des christlichen Vertheidigungsbundes gewesen zu sein, an dessen Begründung soeben in Deutschland durch Arnoldin gearbeitet wurde. Der Herzog liess sich in der Unterhaltung mit Kurz dahin aus, dass er für den Kaiser 6000 Mann zu Fuss und 2000 Reiter werben und die ersten Auslagen gegen seinerzeitige Rückerstattung leisten wolle; dafür aber nehme er neben dem Oberkommando über diese Truppen auch die Befugniss in Anspruch, die sämtlichen Officierstellen mit Gliedern des betreffenden Ordens besetzen zu dürfen. Kurz fand, dass dem Kaiser auf diese Weise keine besondere Hilfe geleistet würde, wenn ihm nicht

die Opferwilligkeit des Ordens einen Theil der Kriegskosten erspare, er verlangte deshalb von dem Herzog, dass er im Verein mit dem Orden die Auslagen für die Werbung, Bewaffnung und für die Unterhaltung im ersten Monate bestreite und von dem Kaiser keine Nachzahlung verlange. Es scheint nicht, dass der Herzog und der ins Dunkel gehüllte Orden die zugemutheten Opfer auf sich nehmen wollten, denn weder betheiligte sich später Nevers an dem Kampfe in Böhmen, noch wurden die Werbekosten für die aus Lothringen und Frankreich für die Liga herbeiströmenden Truppen von jemandem anderen getragen als von der Liga selbst. Als Kaiser Ferdinand bezüglich der französischen Hilfe so wenig tröstliche Nachrichten erhielt, beeilte er sich an den spanischen Gesandten in Paris zu schreiben und ihn um seine guten Dienste in dieser Angelegenheit zu ersuchen,*) aber er gelangte auch durch diesen zu keinem besseren Resultate.

II

Auf diese Weise hatten also weder die Vorstellungen der Union noch die Bitten des Kaisers um unmittelbare Kriegshilfe in dem Beschlusse der französischen Regierung bezüglich der Absendung einer Gesandtschaft eine Aenderung hervorgebracht. Bei der Ausarbeitung der Instruction, die den Gesandten bei den Verhandlungen als Richtschnur dienen sollte, war sich aber dieselbe noch immer nicht klarer geworden als zu der Zeit, da Jeannin sein Memoire verfasste. Ebensowenig als dieser sich bestimmt ausgedrückt hatte, ob Frankreich für die vollständige Restitution Ferdinands in Böhmen eintreten solle oder nicht, eben so vermied es auch die Instruction feste

*) Wiener Staatsarchiv, Frankreich 1620. Instruction für Kurz von Senftenau dd. 24. Februar 1620. — Ebend. Ferdinands Schreiben an den Cardinal Retz. Ferdinand an Maria von Medici. Ferdinand an Anna von Oesterreich u. s. w. Alle diese Briefe sind datirt vom 24. Februar 1620. — Ebend. Gesandtschaftsbericht Kurz' von Senftenau dd. 20. April 1620. — Ebend. Ferdinand an den spanischen Gesandten in Paris dd. 22. April 1620.

Bestimmungen zu geben. Es wurde den Gesandten nur aufgetragen, mit den einzelnen katholischen und protestantischen Fürsten Deutschlands in Verhandlung zu treten, sie zum Frieden zu mahnen und einen allgemeinen Waffenstillstand vorzuschlagen, während dessen Dauer die Friedensverhandlungen stattfinden könnten. Ueber die Bedingungen des künftigen Friedens wurde nichts gesagt; wenn man aber aus dem Geist der Instruction sich eine Vermuthung über die uneingestanden Wünsche der Franzosen erlauben darf, so scheinen sie darauf gerichtet gewesen zu sein, den Kaiser zu stützen, aber den Pfalzgrafen in der böhmischen Streitfrage nicht ganz zu Grunde gehen zu lassen. Denn wenn man auch jene Stellen der Instruction, wo die Gesandten gemahnt werden, den zwischen den Lutheranern und Calvinern bestehenden Hass zum Nachtheile der letzteren auszunützen, nur in einem für den Pfalzgrafen feindseligen Sinne auffassen kann, so lässt dagegen eine andere Stelle der Instruction nur eine dem Kaiser abträgliche Deutung zu, jene nämlich, in der den Gesandten der Auftrag ertheilt wird, sich in Unterhandlungen mit dem Pfalzgrafen einzulassen, ohne dass derselbe vorher auf Böhmen Verzicht geleistet habe. *)

1620 Gegen Ende April traten der Herzog von Angoulême, die Herren von Bethune und Préaux ihre Reise an und lenkten alsbald die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich. Der Markgraf von Anspach beeilte sich an die Gesandten, während sie noch auf französischem Boden weilten, die Bitte zu stellen, dass sie ihre Schritte nach Heilbronn richten möchten, weil sich die Union daselbst versammeln würde. Die Bitte wurde später geändert, da Ulm statt Heilbronn zum Versammlungsorte gewählt wurde. Von kaiserlicher Seite war es der Erzherzog Leopold, welcher mit den Gesandten in einer Stadt in der Nähe von Strassburg zusammenkam und durch seine Ergebenheit für Ludwig, dem er seine Dienste als Soldat, Jäger oder Bischof anbot, **) einen günstigen Eindruck auf

*) Die Instructionen in der Ambassade extraordinaire.

**) Schreiben der französischen Gesandten an den König dd. 3. Juni 1620 (in der Ambassade).

sie auszuüben trachtete. Noch auffälliger gab der Kaiser selbst kund, welches Gewicht er der Gesandtschaft beilege, denn als er erfuhr, dass der Herzog von Angoulême mit seinen Begleitern in Heilbronn eine Zusammenkunft mit der Union haben werde, schickte er rasch einen Courier ab, um die Gesandten zur möglichsten Beschleunigung ihrer Reise zu mahnen; er fürchtete offenbar, dass sie ungünstigen Eindrücken ausgesetzt sein würden und wollte sie deshalb in seiner Nähe in Wien wissen. Trotz der dringenden Mahnung beeilten sich jedoch die Franzosen nicht im geringsten, sondern liessen sich in aller Bequemlichkeit in Ulm nieder, als die Union dahin ihre Zusammenkunft verlegte und mit der Liga Verhandlungen begann, die die Fortdauer des Friedens in Deutschland zum Zwecke haben sollten.

Wir müssen hier etwas ausholen und zuerst erzählen, wie es kam, dass in Ulm Verhandlungen zwischen der Union und der Liga angeknüpft wurden, bevor wir über die von den französischen Gesandten begonnene Vermittlung weiter berichten. Die veranlassende Ursache war der Herzog von Baiern, der versichert sein wollte, dass ihm von der Union kein Angriff bevorstehe, wenn er dem Kaiser gegen Böhmen helfen würde. Auf einen solchen Angriff war er den ganzen Winter gefasst gewesen, da er befürchtete, dass die Union der in Nürnberg ausgesprochenen Drohung die That auf dem Fusse folgen lassen werde, und wenn man erfährt, unter welchen Schwierigkeiten die Anwerbung und die Concentration der ligistischen Streitkräfte vor sich ging, so wird man die Besorgnisse nicht für unbegründet halten.

Während des vergangenen Winters waren nämlich in Mittel- und Süddeutschland auf katholischer und protestantischer Seite die umfassendsten Vorbereitungen für die Anwerbung und Ausrüstung eines möglichst zahlreichen Heeres getroffen worden. Alle Burschen, die jung und kräftig und nach Abenteuern lüstern waren, sagten dem friedlichen Erwerbe Lebewohl und liessen sich auf der einen oder anderen Seite anwerben, je nachdem sie ihre Ueberzeugung da- oder dorthin führte. Es war ein eigenthümliches Schauspiel, wenn man sie haufenweise zu den Werbeplätzen ziehen und auf ihrem Marsch sich mit anderen

Burschen kreuzen sah, die sich der entgegengesetzten Fahne anzuschliessen im Begriffe standen. Dieses Schauspiel konnte man in Süddeutschland, wo die verschiedenen Territorien in tausendfachen Windungen an einander grenzten, täglich sehen. Schon jetzt kam es oft zu Zusammenstössen, bei denen es blutige Köpfe absetzte und die friedlichen Bewohner des Landes aus ihrer Sicherheit aufgeschreckt wurden, und noch schlimmer ging es auf den Sammelplätzen zu, die mit ihrer Umgebung den Räubereien der zügellosen Burschen ausgesetzt waren.*) Doch zeigte sich bei Allen noch eine gewisse Anhänglichkeit an den ererbten Glauben und dieser bestimmte die Fahne, der man folgte, denn damals machte sich bei den Soldaten in Deutschland noch nicht jener Grad sittlicher Verkommenheit geltend, wie er schon seit längerer Zeit bei dem böhmischen und kaiserlichen Heere zu Tage trat; erst die folgenden Jahre machten aus allen Soldaten, mochten sie welchem Glauben und welchem Heere immer angehören, wahre Teufel in Menschengestalt.

Was die Concentration der geworbenen Truppen betrifft, so erfreute sich die Union eines bedeutenden Vorthells vor ihren Gegnern, da die Gebiete der Unionsmitglieder einander ziemlich nahe lagen und binnen wenigen Tagen die einzelnen Regimenter an einem Punkt versammelt werden konnten. Minder günstig gestalteten sich die Verhältnisse für die Liga. Maximilian von Baiern und die Bischöfe geboten allerdings über weit grössere Mittel als ihre Gegner, aber diese hatten vor ihnen die centrale Lage voraus, während sich das Gebiet der ligistischen Fürsten im weiten Kreise um das der Union schloss. Die Werbungen der Ligisten geschahen gleichzeitig in Baiern, in den fränkischen Bisthümern, in Flandern, in den rheinischen Bisthümern, in Lothringen und im Elsass. Bezüglich der Concentration der gesammten Mannschaft hatte Maximilian den Plan gefasst, die Truppen des Bischofs von Würzburg und seiner benachbarten Amtskollegen (ungefähr 6000 Mann) direkt nach Böhmen über Furt und Taus marschiren zu lassen, während er selbst den grösseren Theil des ligistischen Heeres, also ungefähr 24.000 Mann an der Donau bei Lauingen und

*) Münchner StA. Kurköln an Max dd. 15. Apr. 1620.

Günzburg sammeln und mit ihnen dann nach Oesterreich vorrücken wollte. Die schwierigste Frage, die fast täglich von ihm erörtert wurde, war nun die, auf welchem Wege er die am Rheine und in Flandern geworbenen Truppen an sich ziehen sollte. Ursprünglich wollte er das Regiment des Freiherrn von Anholt und eine Reiterabtheilung (alles in allem 4000 Mann), die am Rheine geworben worden waren, den Marsch über Würzburg gegen den Süden antreten lassen, allein er ging von diesem Plane ab, als diese Mannschaft bei Frankfurt am Main angelangt war, weil er fürchtete, dass sich die Union auf die im Elsass, Lothringen und Flandern angeworbenen Truppen mit überlegenen Kräften werfen und sie zerstreuen würde. Trotz aller Bitten und Beschwörungen, die der Erzbischof von Mainz an ihn richtete,*) befahl er deshalb dem Freiherrn von Anholt, den Rückmarsch anzutreten, in den Bisthümern Mainz und Trier vorläufig Halt zu machen und sich von dort aus nach dem Elsass zu wenden, um sich mit den anderen Truppen zu vereinigen und den Rhein bei Breisach mit oder gegen die Zustimmung der Unionsfürsten zu übersetzen.

Die Union verfolgte die ligistischen Werbungen mit Aufmerksamkeit und hätte gern störend in dieselben eingegriffen, da sie im Anfang des Jahres 1620 in ihren Rüstungen vielleicht weiter vorgeschritten war. Wäre sie rücksichtslos zum Angriffe übergegangen und hätte sie so die Drohung verwirklicht, die sie von Nürnberg aus den Katholiken zugeschleudert hatte, so würde vielleicht ein Erfolg ihre Anstrengungen gekrönt haben. Aber Friedrich schreckte vor dem Angriffe zurück, da sich seine Lage durch den mittlerweile zwischen dem Kaiser und Bethlen abgeschlossenen Waffenstillstand sehr verschlimmert hatte und er sie durch den Krieg in Deutschland nicht noch mehr gefährden wollte. Als er sich in Breslau zur Entgegennahme der Huldigung aufhielt, schrieb er deshalb an den Grafen Johann von Nassau, den Befehlshaber seiner Streitkräfte in der Niederpfalz, und befahl ihm, dafür Sorge zu tragen, dass die Unionsfürsten nirgends zum Angriff wider die

*) Münchner Staatsarchiv, Kurmainz an Maximilian dd. 14. Februar 1620.
— Ebend. Kurköln an Max dd. 8. März 1620.

ligistischen Streitkräfte schreiten, sondern sich nur in der Defensive halten sollten.

März
1620 Der Graf von Nassau theilte dem Markgrafen von Anspach, dem Ober-General der unionistischen Streitkräfte, auf einer Zusammenkunft den Befehl Friedrichs mit, fand diesen aber nicht geneigt, demselben nachzukommen. Der Markgraf hatte noch nichts von jenem Muthe eingebüsst, mit dem er zu allen Zeiten und namentlich noch in Nürnberg die Pläne des Pfalzgrafen unterstützt hatte; er fand hiebei an dem Markgrafen von Baden einen ebenso entschlossenen und, wie wir gleich hinzufügen wollen, weit beharrlicheren Bundesgenossen. Der Ober-General missbilligte also bei jener Zusammenkunft die scheue Zurückhaltung des Pfalzgrafen und war der Ansicht, dass man die im fränkischen Kreise aufgestellten ligistischen Truppen angreifen und über die Donau nach Baiern treiben müsse. Bei diesem Angriffe würde man Gelegenheit bekommen, sich Donauwörth zu bemächtigen und so diese Stadt aus den Händen ihrer bisherigen Bedränger befreien. Der Markgraf von Anspach wollte nicht selbst das Kommando über die bei diesem Angriffe zu verwendenden Truppen übernehmen, weil er seine Anwesenheit in der Niederpfalz für nothwendiger hielt, und da er auch den Markgrafen von Baden nicht entbehren konnte, weil dieser den Oberrhein bewachen sollte, so forderte er den Grafen von Nassau auf, den Oberbefehl über die betreffende Truppenabtheilung zu übernehmen. Der Graf lehnte diesen Antrag vorläufig ab, da er von Friedrich mit der Bewachung der Niederpfalz betraut worden sei und einen neuen Auftrag nicht ohne dessen Zustimmung übernehmen könne. Indem er über seine Verhandlung mit dem Markgrafen von Anspach an den Pfalzgrafen Bericht erstattete, zeigte er sich aber mit dem gemachten Vorschlage einverstanden und wies auf die finanziellen Vortheile hin, welche die Verwendung des Unionsvolkes auf fremdem Gebiete im Gefolge haben würde. Auch der Gewinn an Macht und Ansehen war nach seiner Meinung nicht gering anzuschlagen. Trotzdem kam es nicht zu dem vorgeschlagenen Angriff, weil, bevor noch die Erlaubniss anlangen konnte, die ligistischen Werbungen einen solchen Umfang an-

genommen hatten, dass ein Erfolg in Franken nicht zu erwarten stand. *)

Dagegen schien es durch längere Zeit und zwar während der Monate März und April, als ob es am Oberrhein bei Breisach zu einem Zusammenstosse zwischen der Union und der Liga kommen würde. Der Markgraf von Baden hielt da mit seinen Truppen, zu denen auch ein Theil des anderen Unionsvolkes gestossen war, Wache, und liess keine feindlichen Truppen den Rhein passiren. Als er erfuhr, dass dieselben ihre Schritte nach Breisach lenkten und auf der daselbst befindlichen Brücke den Rhein übersetzen wollten, rückte er am 10. März vor die Rheinbrücke, um die Ligisten an dem Uebergang zu hindern. Auf seinem Marsche berührte er nicht nur das Gebiet der österreichischen Vorlande, sondern nahm in ihnen auch sein Quartier bei Offenburg und nöthigte die dortigen Bewohner, seinen Soldaten Nahrungsmittel in reichlichem Masse zu verabfolgen.**) Einige Tage, nachdem der Markgraf diese Massregel getroffen und sie trotz aller Proteste der vorderösterreichischen Regierung aufrecht erhalten hatte, fand sich bei ihm Humprecht von Wessenberg als Deputirter derselben ein und ersuchte ihn, wenigstens dem kaiserlichen Volk, das zur Verstärkung des waldsteinischen Reiterregiments angeworben wurde, den Marsch über die Rheinbrücke zu gestatten.***) Allein der Markgraf schlug nicht nur die begehrte Erlaubniss ab, sondern richtete zugleich an Breisach und einige andere österreichischen Städte einen Drohbrief, in dem er ihnen die unverweilte Entlassung ihrer neugeworbenen Garnisonen anbefahl, weil die Union keinen Angriff gegen sie beabsichtige. †)

Anfangs April besann er sich jedoch eines anderen und erklärte sich bereit, dem kaiserlichen Volke den Durchmarsch zu gestatten, nur das ligistische wollte er auch jetzt ausge-

*) Münchner RA. Johann von Nassau an Friedrich dd. 8./18. März 1620.

**) Innsbrucker Statthaltereiarchiv. Die ortenburgischen Beamten an Erzherzog Leopold dd. 15. März 1620.

***) Ebd. Instruction für Humprecht von Wessenberg dd. 17. März 1620.

†) Die vorderösterreichische Regierung an Erz. Leopold dd. 18. März 1620 ebend.

schlossen wissen. *) Da die Truppen, die für Rechnung des Kaisers geworben wurden, nur äusserst gering an Zahl waren, so hatte die ihnen gewährte Erlaubniss zum Weitermarsche für die kaiserliche Sache wenig oder keinen Werth. Die Union, die in diesen Tagen eine Versammlung in Schwäbisch-Hall abhielt; machte durch ihren Obergeneral dem Kaiser davon Anzeige und suchte ihr feindliches Verhalten gegen die Liga mit den gewöhnlichen Gründen zu entschuldigen. *) Die ligistischen Truppen, die sich immer zahlreicher im Elsass ansammelten, würden jetzt wohl im Stande gewesen sein, den Durchzug mit Gewalt zu erzwingen, allein darauf wollte es Maximilian vorläufig nicht ankommen lassen, da er den Frieden in Deutschland zu erhalten wünschte, so lange die böhmische Streitfrage nicht erledigt war. Er verlangte deshalb vom Kaiser Ferdinand und vom Erzherzog Leopold, dass sie sich mit der ihnen Truppen gegebenen Erlaubniss nicht begnügen, sondern darauf dringen sollten, dass sie auch auf die ligistischen ausgedehnt werde. **)

Das Schreiben Maximilians hatte den Erfolg, dass der Kaiser sich entschloss, alles im Elsass versammelte und auf den Uebergang über den Rhein harrende Volk als zu seinem Dienst geworben zu erklären und auf diese Angabe hin den Markgrafen von Baden um die Freilassung des Durchzuges zu ersuchen. Es zeigte sich nun, wie die Union Schritt für Schritt alle ihre Angriffspläne fahren liess und allmählig in eine immer kläglichere Haltung hineingeriet. Der Markgraf von Baden beantwortete jene geradezu lächerliche Erklärung in so zahmer Weise, dass seine baldige Nachgiebigkeit vorauszusehen war. Er wies nämlich die Forderung Ferdinands nicht geradezu ab und forderte nur einige Zeit bis zur endgiltigen Entscheidung, weil er zuvor die Meinung des Markgrafen von

*) Joachim Ernst von Brandenburg an Georg Friedrich von Baden dd. 14./24. April 1620, Innsbrucker Statthaltereiarhiv. — Ebend. Joachim Ernst von Brandenburg an den Kaiser dd. 14./24. April 1620. — Georg Friedrich von Baden an Erzherzog Leopold dd. 29. April/9. Mai 1620.

**) Ebend. Maximilian an den Kaiser dd. 2. Mai 1620. — Ebend. Max an Leopold dd. 2. Mai 1620.

Anspach einholen müsse. *) Einige Tage später gab der Markgraf die verlangte Erlaubniss mit der Bemerkung, dass es nicht die Absicht der Union sei, den kaiserlichen Truppen den Durchzug zu verwehren und da alle am Oberrhein liegenden Truppen „nach der Erklärung des Kaisers als in seinem Dienst befindlich anzusehen seien,“ **) so werde ihrem Uebergang kein Hinderniss in den Weg gelegt werden.

Rasch benützten nun die ligistischen Truppen die ihnen gewährte Erlaubniss und rückten nach Lauingen und Günzburg vor, wo der Herzog von Baiern seine gesammten Streitkräfte zu Ende Mai versammelte. Da der Markgraf von Baden nichts mehr am Rhein zu bewachen hatte, war auch er von Breisach weggezogen und hatte sich mit den übrigen Streitkräften der Union vereint und mit ihnen bei Ulm ein Lager bezogen. Beide feindlichen Armeen standen also in unmittelbarer Nähe einander gegenüber. Die Ligisten, die ungefähr 24.000 Mann stark waren, waren ihren Gegnern fast um das Doppelte überlegen, denn das Heer der Union zählte nicht mehr als 13.000 Mann, und es ist bei diesem Ziffernverhältniss begreiflich, dass sich die Union dem Rheinübergange nicht widersetzte.

Friedrich von der Pfalz, der von dem Vormarsche der ligistischen Streitkräfte Kunde erhielt, versuchte noch im letzten Augenblicke, ob er den Herzog von Baiern nicht von dem voraussichtlichen Angriffe auf Oesterreich und Böhmen zurückhalten könnte. Sein Rath und nunmehriger Vicekanzler Camerarius fand sich deshalb gegen Ende Mai in München ein und ersuchte den Herzog um seine Unterstützung für die Erwirkung eines Waffenstillstandes, der sich über Oesterreich, Ungarn und Böhmen erstrecken sollte; dabei deutete er auch die Bedingungen an, unter denen der Pfalzgraf zum Frieden erbötig sei und die darauf hinausliefen, dass Ferdinand auf Ungarn und Böhmen verzichtete und nur die österreichischen Alpenländer behalten, ausserdem aber noch an Bethlen eine jährliche Contribution zur Erhaltung der ungarischen Grenzfestungen zahlen solle. Der Herzog lehnte es ab, sich zum Ueberbringer derartiger

*) Ebend. der Markgraf von Baden an Erzherzog Leopold dd. 12./22. Mai 1620.

**) Abels Bericht dd. 26. Mai 1620, Ebendaselbst.

Bedingungen zu machen, die allerdings in dem letzten Punkte jeder Rücksicht entkleidet waren. Die kalte Art und Weise, wie Camerarius in München behandelt wurde, die mannigfachen Nachrichten, die ihm da zukamen, liessen ihm keinen Zweifel darüber, dass Maximilian mit dem Kaiser verbündet und zum Kriege gegen den Pfalzgrafen entschlossen sei. Zum erstenmale leuchtete diesem pfälzischen Rathgeber die furchtbare Gefahr ein, die seinem Herrn in seinem ererbten Besitzthum drohte, und er beeilte sich, ihn von München aus zu beschwören, dass er alles thun solle, um einen Angriff auf die Pfalz abzuwehren, sei es, indem er auf dieselbe zu Gunsten seines Bruders, allerdings gegen die Versicherung seinerzeitiger Wiederabtretung Verzicht leiste *), sei es, indem er sie seinem Sohne unter einer vormundschaftlichen Regierung abtrete.**)

Dagegen glaubte wiederum Maximilian aus des Camerarius Haltung und aus dem ganzen Verlaufe der Ereignisse den Schluss ziehen zu dürfen, dass die Union den Pfalzgrafen in der Behauptung der böhmischen Krone unterstützen werde. Er war darauf gefasst, ihren Truppen in Böhmen zu begegnen — vorausgesetzt, dass die aus Flandern gegen die Pfalz heranziehenden spanischen Truppen ihr dazu Zeit lassen würden — aber in Deutschland wollte er sich und seine ligistischen Bundesgenossen vor ihren Angriffen sichern. Nach des Camerarius Abreise beschloss er deshalb, direkt mit der Union in Unterhandlung zu treten und ihr in Deutschland die Aufrechthaltung des Friedens anzubieten und das gleiche von ihr zu verlangen. Zu diesem Ende schickte er die Herren von Donnersperg und Wensin nach Ulm, wo sich die Union zunächst ihrer eigenen Angelegenheiten wegen versammelt hatte, und hier entledigten sich die beiden Herren am 10. Juni ihres Auftrages. Bei der Schwäche ihres Heeres gegenüber dem ligistischen konnte die Union die angebotenen Verhandlungen nicht einfach ablehnen, so bitter auch das Resultat sein mochte, aber für sie war es

*) Wiener StA. Boh. 1620. Camerarius' Werbung bei Max dd. 23. Mai 1620. Ebd. Antwort Maximilians dd. 25. Mai 1620. Sächs. StA. Extract der Instruction des Camerarius.

**) Münchner StA. 348/13 Camerarius an Volrad von Plessen dd. 18/28. Mai 1620, München.

nicht so einfach die Frage zu beantworten, wie sie gestellt wurde. Die Unionsfürsten wären gern erbötig gewesen, die gewünschte Friedenszusage zu geben und ihre Wünsche nach Vergrößerung ihres deutschen Besitzstandes vorläufig zu vertragen, und jetzt zu thun, was sie früher dem Pfalzgrafen gegenüber abgelehnt hatten, nämlich ihre Truppen nur in Böhmen zu verwenden und daselbst zur Entscheidung des Kampfes beizutragen. Aber das war nur möglich, wenn sie nicht bloss gegen einen Angriff von Seite der Liga gesichert waren, sondern wenn ihnen eine gleiche Versicherung auch von dem Erzherzoge Albrecht zu Theil wurde, dessen Rüstungen nun weltbekannt geworden waren. Zwar behaupteten die Katholiken in ihren vertraulichen Mittheilungen, dass das in Flandern angesammelte Heer nur gegen die Pfalz verwendet werden sollte und gewiss würde der Angriff nur ihr allein gegolten haben, wenn die Union ihr Schicksal von dem des Pfalzgrafen getrennt und ihn sich selbst überlassen hätte. Das konnte aber die Union nicht thun und deshalb gab sie dem bairischen Gesandten zur Antwort, dass sie den angebotenen Frieden nur dann annehmen könne, wenn er ihr voll geboten würde, d. h. von keiner Seite ein Angriff gegen das Unionsgebiet, mithin auch gegen die Pfalz versucht und Niemand sich zur Durchführung einer allfälligen Achtserklärung hergeben würde.

Die Antwort der Union befriedigte die bairischen Gesandten nicht und sie erneuerten deshalb ihre Forderung nach einem bedingungslosen Friedensvertrag zwischen der Union und der Liga. Indem sie die von Flandern drohende Gefahr nicht in Abrede stellten, bemerkten sie, dass der Bund, den Maximilian mit einer Anzahl deutscher Fürsten geschlossen habe, nicht alle katholischen Fürsten umfasse und der Herzog von Baiern den nicht dazu gehörigen nicht vorschreiben könne, was sie thun und unterlassen sollten. Weder der König von Spanien noch der Erzherzog Albrecht wurden in dieser Gegenantwort genannt, aber Niemand war darüber im Zweifel, dass darunter jene Fürsten verstanden werden müssten, für deren Vorgehen Maximilian jede Verantwortung ablehnte. Die Erklärung seiner Gesandten rief bei der Union einen Sturm hervor; man bezeichnete sie als „hitzig und weitgehend“ (d. i.

auf weitgehende Pläne deutend) und beschloss in derselben
 1620 Weise zu antworten. In dieser Antwort, die am 16. Juni
 überreicht wurde, wünschte die Union volles Licht über die
 Stellung Erzherzog Albrechts, der nach ihrer Ansicht zur Liga
 gehöre, weil er auch auf dem würzburger Convente vertreten
 gewesen sei. *)

Es war klar, dass die Interessen der beiden Parteien zu
 sehr gegen einander verstießen, als dass die Verhandlungen
 nicht dem Bruche zugeneigt hätten. Dass dieser nicht er-
 folgte, ist zunächst das Werk der französischen Gesandten, die
 1620 am 6. Juni in Ulm angekommen waren und jetzt die Ver-
 mittlung energisch in die Hand nahmen.

III

Unmittelbar nach der Ankunft der französischen Gesand-
 ten in Ulm hatte es nicht den Anschein, als ob sie eine ent-
 scheidende Rolle spielen würden, denn Anfangs traten sie nur
 in Beziehungen zur Union und liessen auch hier einen und
 den anderen Tag verstreichen, ehe sie den Unionsfürsten einen
 Besuch abstatteten. Bald aber traten sie aus ihrer Zurückhal-
 tung heraus und wünschten zu wissen, unter welchen Bedin-
 gungen ein allgemeiner Friede erreichbar wäre. Auf diese
 13 Juni Anfrage schickte die Union eine Deputation zu ihnen, in deren
 1620 Namen Buwinkhausen das Wort führte und die bisherigen
 Rüstungen mit den zahlreichen Uebergriffen, die sich der Kaiser
 im Reiche erlaubt hätte, zu rechtfertigen suchte. Die Gesandten
 unterbrachen den Redestrom mit der Versicherung, dass sie
 bei ihrer Ankunft in Wien dem Kaiser über die Beschwerden
 der Union Bericht erstatten würden und wollten dagegen in

*) Ulmer Verhandlungen. Die verschiedenen Reden und Gegenreden und
 Antworten und Gegenantworten, die in Ulm gehalten und gegeben wurden,
 sind im Wiener StA. Bohem. 1620 enthalten. Dazu kommen die Akten
 des Münchner StA. über denselben Gegenstand und ein Schreiben Pastoires
 an den Pfalzgrafen Johann (Münchner StA. 548/12 dd. 18./28. Juni 1620.
 — Weiter bieten die londorpsischen Akten und zuletzt die Ambassade
 Aufschluss über die ulmer Verhandlungen.

bestimmter Weise über die Haltung unterrichtet sein, welche die Union dem böhmischen Aufstande gegenüber einzunehmen gedenke. Buwinkhausen erwiderte, dass er zu einer Antwort nicht bevollmächtigt sei, dass er aber über diese Frage an die Union berichten wolle. Schon am folgenden Tage fanden sich von Seite der letzteren einige Abgeordnete bei den Gesandten ein und gaben die Erklärung ab, dass die böhmische Angelegenheit für sie eine fremde sei. Dass diese Erklärung nicht aufrichtig war, zeigte schon der Nachsatz, in dem die Versicherung gegeben wurde, dass die Union keinen Angriff auf die erblichen Besitzungen des Pfalzgrafen dulden werde. Denn eben nur durch diese Versicherung hatte sie den Pfalzgrafen zu dem Wagstück in Böhmen angefeuert: weil er seinen Rücken gedeckt glaubte, hatte er Lust bekommen nach der Krone zu greifen. Zum Schlusse erklärte die Deputation, dass die Union gern zu Unterhandlungen bereit sei, durch die ein passender Ausgleich in dem böhmischen Streite angebahnt werden könnte. In welcher Weise der Ausgleich verstanden wurde, darüber liess ein Mitglied der Deputation — wie wir vermuthen Camerarius — die Gesandten nicht im Zweifel, indem er das Recht der Böhmen vertrat, über ihre Krone nach freier Wahl verfügen zu können.

Angoulême und seine Kollegen beantworteten diese Mittheilungen am folgenden Tage, indem sie den Pfalzgrafen tadelten, dass er sich zur Annahme der böhmischen Krone entschlossen habe; nach ihrer Ansicht wäre es viel besser gewesen, wenn er wie Bethlen den königlichen Titel abgelehnt und nur als Fürst die Regierung angetreten hätte, viel leichter hätte sich dann ein Ausgleich mit dem Kaiser treffen lassen. Einzelne Abgesandte der Union vertheidigten den Pfalzgrafen trotzdem bezüglich der Annahme der böhmischen Krone. Buwinkhausen erklärte aber auch jetzt, dass die Union nur insofern ein Interesse an dem Pfalzgrafen nehme, als es sich um die Vertheidigung der Pfalz handle. Als die französischen Gesandten von der Union die kategorische Erklärung verlangten, dass sie sich auf die Vertheidigung der Pfalz beschränken wolle (und also den Pfalzgrafen in Böhmen nicht unterstützen werde), wenn der Kaiser ihren Beschwerden ab-

14. Juni
1620

helfen würde, gab die Deputation diese Erklärung nicht ab, sondern brach die Conferenz mit der Bemerkung ab, dass sie hierüber die Weisungen der anderen Unionsmitglieder einholen müsse.

Es war den Vertretern der Union unangenehm, von den französischen Gesandten zu dem Geständniss gedrängt zu werden, dass es sich ihnen nicht bloss um die Pfalz, sondern auch um Böhmen insofern handle, als sie dem Pfalzgrafen daselbst zu Hilfe eilen wollten, sobald die Liga ihre Streitkräfte mit denen des Kaisers verband. Da jedoch keine weiteren Ausflüchte
 1620 möglich waren, beschlossen sie, offen aufzutreten: am 16. Juni übergaben sie den Vertretern des Herzogs von Baiern jene Schrift, worin sie über die Stellung des Erzherzogs Albrecht Auskunft verlangten, um, wenn die Antwort nach ihren Wünschen ausfiel, dem Pfalzgrafen in Böhmen zu helfen, und am 17. fand sich eine Deputation aus ihrer Mitte bei den französischen Gesandten ein, um auch vor diesen ihre künftige Theilnahme an dem Kampfe in Böhmen einzugestehen. Buwinkhausen leitete die von den Franzosen mit gespannter Aufmerksamkeit erwartete Mittheilung damit ein, dass er erklärte, der Pfalzgraf habe die böhmische Krone nicht angenommen, ohne die geistlichen Kurfürsten und den Herzog von Baiern hievon in Kenntniss zu setzen, und er habe von dem letzteren im Namen der Liga zur Antwort erhalten, dass er (Max) sich in die böhmische Angelegenheit nicht einmischen wolle und gleiche Zuschriften hätten auch die Bischöfe von Speier und Würzburg nach Heidelberg gerichtet. Würden nun der Herzog von Baiern und die Liga trotz dieser Erklärung den Pfalzgrafen angreifen, so wahre sich auch die Union das Recht, ihn zu vertheidigen; sie denke zwar ihre Truppen nur in Deutschland zu verwenden, aber das Verhalten der Liga könnte sie zwingen, dies auch anderswo (d. h. in Böhmen) zu thun. — Die französischen Gesandten stellten nun die Frage, ob man von pfälzischer Seite zu keinem Opfer zu Gunsten des Kaisers entschlossen sei. Buwinkhausen verneinte dies nicht offen, zeigte aber wenig guten Willen und verschob die endgiltige Antwort auf die späteren Conferenzen.

Als sich am Abend desselben Tages die Unionsfürsten

bei dem Herzog von Angoulême einfanden, wurde das Gespräch bezüglich der dem Kaiser zu leistenden Genugthuung fortgesetzt und nun machte sich der Markgraf von Anspach zum Anwalt des Pfalzgrafen, indem er behauptete, derselbe habe die dargebotene böhmische Krone annehmen müssen, wenn er nicht wollte, dass sie in die Gewalt der Türken oder Bethlens fallen solle. Ohne Zweifel werde der Pfalzgraf jede Gelegenheit zu einem friedlichen Ausgleich mit Freuden ergreifen und er selbst (der Markgraf) werde gern das seinige dazu beitragen, aber die Schwierigkeit liege nicht da, sondern bei den böhmischen Ständen, deren Gemüther sich von dem Hause Oesterreich so abgekehrt hätten, dass sie jedes Elend eher ertragen würden als die Wiederaufrichtung der Herrschaft dieses Hauses.

Bisher hatten die französischen Gesandten zumeist ohne Widerspruch die verschiedenen Mittheilungen der Union entgegengenommen, jetzt aber glaubten sie für den Kaiser Partei ergreifen zu müssen. Während Maximilian von der Union das Versprechen verlangte, dass sie die deutschen Katholiken nicht angreifen würde, aber es ihr freistellte, ihre Truppen nach Böhmen zu werfen, verlangten jetzt die Franzosen, dass sie auch versprechen solle, sich in den böhmischen Streit nicht einzumischen. Sie schilderten deshalb mit lebendigen Farben alle die Gefahren, welche die Union laufe, wenn sie den Pfalzgrafen in der Behauptung der böhmischen Krone stützen würde, erreichten aber damit nur so viel, dass der Markgraf von Anspach erklärte, die böhmische Angelegenheit gehe wohl nur den Pfalzgrafen an, aber die Union könne nicht ablassen, ihn in derselben zu schützen. Alle weiteren Reden und Gegenreden brachten keine Uebereinstimmung in den Anschauungen hervor, und so nahm auch diese Conferenz ein Ende, ohne dass die Gesandten für Ferdinand die gewünschten Zugeständnisse erlangt hätten.

Die Gesandten liessen sich durch die bisherige Erfolglosigkeit ihrer Bemühungen nicht abschrecken, nochmals zu versuchen, ob sie nicht vielleicht die Union und durch diese den Pfalzgrafen zu Concessionen bewegen könnten, durch

die der böhmische Streit doch noch in friedlicher Weise bei gelegt werden könnte. Während zahlreicher Besuche, die sie den einzelnen Unionsmitgliedern abstatteten, suchten sie dieselben zu überzeugen, dass der Pfalzgraf sich zu einem Opfer entschliessen müsse. In diesen abseits und getrennt geführten Verhandlungen wurde endlich den französischen Gesandten die Mittheilung gemacht, unter welchen Bedingungen der Pfalzgraf zu einem Ausgleich bereit sei. Er wolle den Titel eines Königs von Böhmen aufgeben, der Kaiser solle ihn fortan allein führen und auch die königlichen Einkünfte geniessen, aber weder seinen Aufenthalt in Böhmen aufschlagen, noch auch die Regierung in Anspruch nehmen. Diese sollte von den Ständen bis zu seinem Tode geführt werden, worauf der Pfalzgraf in den Besitz der ihm durch die Wahl gewordenen Rechte treten würde. Für den Fall, dass der Kaiser auf diese Bedingung eingehen würde, wollte der Pfalzgraf dafür sorgen, dass Oesterreich unter seine Botmässigkeit zurückkehre und dass auch mit Ungarn ein — nicht näher bezeichnetes — Abkommen getroffen werde.

Obwohl die französischen Gesandten eine vollständige Restitution des Kaisers nicht wünschten, so erschienen ihnen diese Bedingungen denn doch zu hart. Deshalb waren ihnen die Nachrichten willkommen, die soeben in Ulm über die Stärke des in Flandern angesammelten Kriegsheeres einliefen, so wie über die Vorbereitungen desselben zum unmittelbaren Antritt des Feldzuges weil sie glaubten, dass dieselben die Union zu einer grösseren Nachgiebigkeit zwingen würden. Als Buwinkhausen sich bei ihnen über die von Flandern drohende

^{20. Juni}
1610 Gefahr beklagte, gaben sie ihm keine andere Antwort, als dass sie die Union vor der Verkettung ihres Schicksals mit dem des Pfalzgrafen und vor den Eroberungsplänen Spaniens warnten. Nicht genug mit dieser allgemein lautenden Warnung gab der Herzog von Angoulême in einer Zusammenkunft mit den Unionsfürsten, die Versicherung ab, dass Spanien in der Eroberung der Pfalz einen Ersatz für das ohnedies verlorene Böhmen suche. Als die erstaunten Unionsmitglieder darauf bemerkten, dass es im Interesse Frankreichs liege, dieses zu verhindern,

erwiderte er, dass dies zunächst eine Pflicht der Union sei. *) Einer der Unionsfürsten, dessen Namen uns leider nicht bekannt ist, der aber des steten Geredes überdrüssig sein mochte, erklärte lachend alle diese Verhandlungen für eitle Mühe: so lange nicht Blut geflossen sei, werde es zu keinem friedlichen Ausgleich kommen. Diese Hartnäckigkeit liess die Gesandten an dem gewünschten Resultate ihrer Mission verzweifeln, sie wollten die Verhandlungen abbrechen und unmittelbar nach Wien abreisen.

Es kam gleichwohl noch nicht zu der angedrohten Abreise, da die Gesandten von den bairischen Vertretern um ihre Vermittlung in den Verhandlungen mit der Union, die seit dem 16. Juni abgebrochen waren, ersucht wurden. Sie waren er- 1620
bötig diese Bitte zu erfüllen, um wenigstens dem Kaiser die Hilfe der Liga zu sichern, da sie ihn nicht vor dem Angriffe der Union schützen und keine passende Ausgleichsbasis in dem böhmischen Streite schaffen konnten. Aber auch jetzt wollte die Union nur dann mit der Liga Frieden halten, wenn die Pfalz von einem Angriff von Seite der spanischen Truppen verschont bleiben würde, ja die Union spannte ihre Forderungen höher als früher, indem sie verlangte, dass die Liga im Verein mit ihr jeden Friedensbrecher in Deutschland, also selbstverständlich die Angreifer der Pfalz, zurückweisen solle. Die Franzosen, übel gelaunt durch die Haltung der Union, wurden durch diese Forderung noch mehr gereizt; sie vertraten mit steigendem Eifer die Liga und erklärten zuletzt den von Flandern drohenden Angriff auf die Pfalz als das beste Mittel, um den Pfalzgrafen zu einer grösseren Nachgiebigkeit zu zwingen. Die Forderung der Union verwarfen sie als unbillig und unerfüllbar und machten dieselbe für alle folgenden Uebel verantwortlich. Es half nichts, dass die Union den französischen Gesandten abermals vorstellte, dass ein Angriff auf die Pfalz die französischen Interessen gefährde und dass der Pfalzgraf als treuer Allirter der französischen Krone eine solche Behandlung nicht verdiene; auf alle diese auf den Eigennutz und auf das Mitleid berechneten Vorstellungen bekamen ihre Vertre.

*) Münchner StA. Pastoir an den Pfalzgrafen Johann dd. 18./28. Juni 1620.

Gindely: Geschichte des 30jährigen Krieges. III. Band.

ter keine andere Antwort, als dass man sie für die Ausbreitung des Krieges verantwortlich machte *). Die Missstimmung erreichte beiderseits einen so hohen Grad, dass man den Abbruch aller Verhandlungen befürchtete **).

Mittlerweile war jedoch die Standhaftigkeit zweier massgebenden Mitglieder der Union wankend geworden, sie wollten sich nicht so weit für den Pfalzgrafen blossstellen, um neben der Feindschaft von Oesterreich auch die von Frankreich auf sich zu laden. Es waren dies der Markgraf von Anspach, bisher der treueste Bundesgenosse des Pfalzgrafen, und der Herzog von 1620
Württemberg, die sich, wie wir vermuthen, am 29. Juni bei dem Herzog von Angoulême einstellten und ihn mit einigen Einschränkungen versicherten, dass die Union auf Grund der gebotenen Bedingungen einen Vergleich mit der Liga treffen werde. Man darf bei der Stellung, die Frankreich einnahm, den beiden Fürsten keine Vorwürfe darüber machen, dass ihre Entschlossenheit zu Ende war; doch verdient es jedenfalls Tadel, dass sie es jetzt an Angriffen gegen den Pfalzgrafen nicht fehlen liessen, indem sie den Vertreter desselben, Camerarius, beschuldigten, dass er sie mit Gewalt zu der bisherigen Haltung genöthigt habe. Die Folge dieses unklugen, um nicht zu sagen, illoyalen Verfahrens war, dass die Franzosen auch in den böhmischen Angelegenheiten weitere Zugeständnisse verlangten, allein diesmal erreichten sie nichts mehr, als dass die beiden Fürsten sich bereit erklärten, über allfällige Vorschläge der französischen Gesandtschaft in Unterhandlung zu treten. ***)

Zwei Tage nach dieser Conferenz übermittelten die bairischen Vertreter den Franzosen den Entwurf des zwischen der Union und Liga abzuschliessenden Vertrages. Als dieser Entwurf durch die französischen Gesandten den Unionsmitgliedern vorgelegt wurde, erhoben diese mannigfache Einwendungen gegen denselben und jeder brachte da und dort eine Correctur an. Die Franzosen fertigten in Folge dessen einen neuen Entwurf

*) Lettre au Roy par Mess. les Ambassadeurs 7. Juli 1620 in der Ambassade.

***) Wiener StA. Sulz und Donnersperg an Max von Baiern dd. 28. Juni 1620

***) Brief der französischen Gesandten dd. 7. Juli 1620, der bairischen Gesandten an Max dd. 30. Juni im Wiener StA.

an, in dem sie den ligistischen und unionistischen Forderungen nach Möglichkeit gerecht zu werden suchten, verlangten aber entschieden die Annahme dieses neuen Entwurfes. Die Union hatte auch jetzt gewichtige Bedenken, allein nur in untergeordneten Punkten wurde denselben nochmals Rechnung getragen und zuletzt der so revidirte Vertrag von beiden Seiten angenommen. In einem Tone, als ob sie einen Sieg erfochten hätten, berichteten die Gesandten an Ludwig XIII, dass durch ihre Vermittlung der Friede zwischen der Union und Liga gesichert sei und dass der Herzog von Baiern dem Kaiser jetzt mit seinem Heere zu Hilfe eilen werde. Dem letzteren war in der That der grösste Dienst geleistet worden.

Was den Inhalt des ulmer Vertrages betrifft, so gaben beide Parteien, die Union und die Liga, die Versicherung ab, mit einander in Frieden leben zu wollen; die letztere verpflichtete sich, die Erbländer des Pfalzgrafen mit jedem Angriffe zu verschonen, nur Böhmen wurde ausdrücklich ausgenommen, dahin sollte sie also ihre Waffen kehren dürfen*). Des Erzherzogs Albrecht geschah in dem Vertrage keine Erwähnung, ihm blieb es freigestellt, die unter Spinola vereinte Truppenmacht entweder nach Böhmen oder nach der Pfalz marschiren zu lassen. — Als der Vertrag zur Kenntniss des Pfalzgrafen kam, dürfte er sich wohl schweren Sorgen um sein Erbland hingegeben haben, doch ist uns nicht bekannt, wie er sich dabei geäussert hat. Seine Frau geriet dagegen in völlige Verzweiflung, sie weinte und rautte sich die Haare aus, und mag wohl ihre Feinde und Freunde in gleicher Weise verwünscht haben. Da sie sich bewusst war, ihren Gemahl zu dem gefährlichen Wagstück in Böhmen mitverleitet zu haben, wälzte sie von vornherein die Schuld des etwaigen Misslingens auf die Schultern der Union.**)

Drei Tage nach der Unterzeichnung des ulmer Vertrages traten die französischen Gesandten ihre Reise nach Wien an, nachdem sie noch das Lager der Unionstruppen besucht und sich daselbst von den Unionsfürsten verabschiedet hatten. Der

*) Der Vertrag bei Londorp II, 48.

**) Münchner RA. Avisen aus Prag dd. 20. Juli 1620.

Herzog von Angoulême wollte darauf den Weg nach Dillingen, dem Hauptquartier des Herzogs von Baiern, einschlagen, aber dieser eilte ihm nach Lauingen entgegen und begrüßte ihn und seine Begleiter in dieser Stadt. Es versteht sich, dass es Maximilian an Schmeicheleien gegen die Gesandten bezüglich ihrer Thätigkeit nicht fehlen liess, dagegen versicherten sie ihn, dass sie sich bei den österreichischen und ungarischen Ständen um die Wiederaufrichtung der kaiserlichen Herrschaft bemühen würden, bezüglich Böhmens glaubten sie jedoch keine Hoffnung machen zu dürfen, und in der Art, wie sie dies sagten, schienen sie dem Wunsche Ausdruck zu geben, dass sich sowohl Ferdinand wie der Pfalzgraf zu Opfern entschliessen möchten. Es war klar, dass sie durch ihr Verhalten in Ulm das äusserste für den Kaiser gethan zu haben glaubten, nun wollten sie auch den Pfalzgrafen nicht preisgeben und vielleicht schienen ihnen die Anerbietungen, die Camerarius in Ulm gemacht, und die sie dort als völlig ungenügend verworfen hatten, jetzt nicht mehr so verwerflich *).

Von Lauingen ging die Reise nach Linz, wo die oberösterreichischen Stände eben versammelt waren und die Gesandten für sich zu gewinnen suchten; doch war ihre Bemühung nicht von Erfolg begleitet, denn abgesehen davon, dass die Unterwerfung Oesterreichs unter die Herrschaft des Kaisers auf dem französischen Programm stand, übten auch die Gründe, welche die Oberösterreicher für ihren Aufstand vorbrachten, nur einen geringen Eindruck aus. Als die Franzosen darauf zu Schiffe nach Wien fuhren und in der Nähe dieser Stadt anlangten, wurde ihnen von dem Kaiser ein Empfang bereitet, wie er bei der Ankunft des Königs von Frankreich selbst nicht glänzender hätte sein können. Dreihundert Edelleute mit dem Marschall Losenstein an der Spitze standen in Reih und Glied, als die Gesandten das Schiff verliessen; alle Mitglieder des Hofstaates hatten sich zu Ross auf dem Landungsplatze eingefunden und hier waren achtzig Karossen, jede mit 6 Pferden bespannt, aufgestellt, um die Gesandten und ihr Gefolge sammt jenen hochgestellten Personen, die sich zu ihrer Begrüssung

*) Wiener StA. Graf von Zollern an den Kaiser dd. Dillingen 8. Juli 1620.

eingefunden hatten, aufzunehmen, denn neben den hervorragenden österreichischen Würdenträger liessen es auch die in Wien beglaubigten Vertreter fremder Mächte an Aufmerksamkeit nicht fehlen und hatten sich entweder persönlich am Landungsplatze eingefunden oder ihre Sekretäre abgeschickt. So glänzend empfangen und geleitet und in ihrer Eigenliebe nicht wenig geschmeichelt hielten die Franzosen ihren Einzug in Wien, wo ihre Behausung in Folge eigener Sorgfalt des Kaisers auf das prächtigste eingerichtet worden war. *)

Den zweiten Tag nach ihrer Ankunft wurden sie von Ferdinand in feierlicher Audienz empfangen. Der Empfang war von Seite des Kaisers voller Höflichkeit, wie das nicht anders zu erwarten war, aber er war nur eben höflich und weit entfernt von jeder Vertraulichkeit. Ferdinand frug nach den täglichen Beschäftigungen Ludwigs XIII, bemerkte von sich selbst, dass er ein guter Jäger sei und liess sich überhaupt über die edle Waidmannskunst aus; den Gegenstand jedoch, um dessentwillen die französischen Gesandten ihre Reise gemacht hatten, erwähnte er nur insofern, als er sie auf einige seiner Rätthe verwies, die er ihnen zuschicken werde.**)

Waren die Gesandten durch diese kühle Zurückhaltung unangenehm berührt, so befremdete sie der Umstand vollends, dass zwei Tage vorübergingen, ohne dass sich die verheissenen Rätthe eingefunden hätten. Sie suchten nach einer Erklärung für dieses Benehmen und glaubten sie zuletzt darin zu finden, dass die kaiserlichen Minister sich vorher mit dem Grafen Oñate, der zu Buquoy abgereist war, berathen wollten. Dies war jedoch nicht der Grund, um dessentwillen sie nicht in jener zuvorkommenden Weise aufgenommen wurden, auf die sie einen Anspruch zu haben glaubten. Der Grund lag einzig darin, dass man jetzt in Wien an der thatsächlichen Hilfeleistung Frankreichs verzweifelte und von den diplomatischen Diensten keine besonderen Vortheile erwartete. Man war

*) Brief der französischen Gesandten dd. 21. Juli 1620 an Ludwig XIII in der Ambassade.

***) Ambassade. Lettre écrite au Roy par Mess. les Ambassadeurs dd. 7. Aug. 1620.

am kaiserlichen Hofe nur darüber in Verlegenheit, wie man es den Gesandten in passender Weise zu verstehen geben sollte.

Am 25. Juli fanden sich endlich in der Behausung der
 1620 Gesandtschaft der Erzbischof von Gran, der Kanzler Lobkowitz
 der Reichsvicekanzler Ulm und Herr von Trauttmandorff
 ein. Nach einer einleitenden Ansprache des Herrn von Ulm
 ergriff der Erzbischof das Wort, um das Wesen des ungarischen
 Aufstandes zu erörtern, wobei er es an Anschuldigungen gegen
 Bethlen nicht fehlen liess und schliesslich erklärte, dass mit
 einem solchen Menschen, der jeden Glauben annehme, sobald
 sein Vortheil damit verknüpft sei, keine Unterhandlungen ge-
 führt werden könnten. Nach ihm sprach der böhmische Kanzler,
 der sich in ähnlicher Weise über den böhmischen Aufstand
 ausliess; auch er fand, dass nur die Waffen dem Kaiser einen
 Dienst leisten könnten. Herr von Ulm betonte darauf mit
 noch grösserer Energie die Unfruchtbarkeit aller weiteren Ver-
 handlungen, der Kaiser könne nur von den Waffen ein günsti-
 ges Resultat erwarten, und es sei demnach an dem Könige
 von Frankreich, das wiederholt gegebene Versprechen einer
 bewaffneten Hilfe zu erfüllen, damit es nicht den Anschein
 habe, als ob dieselbe durch die Absendung der Gesandtschaft
 geflissentlich verzögert werde. *)

Die Gesandten, die in der Einbildung, befangen waren,
 dass das Ansehen ihres Herrn gross genug sei, um sie in Wien
 dieselbe Rolle spielen zu lassen wie in Ulm, und dass nun
 die entscheidenden Verhandlungen beginnen würden, waren
 durch diese Mittheilungen nicht wenig gereizt und wollten in
 Folge dessen keine Erklärungen über ihre Ansichten abge-
 ben. Auch jetzt glaubten sie das schroffe Ablehnen der wei-
 teren Verhandlungen dem spanischen Gesandten zur Last legen
 und ihn überhaupt als das einzige Hinderniss ihrer erfolgrei-
 chen Thätigkeit ansehen zu müssen. Ihre Berichte zeugen von
 dem steigenden Grolle, der sich ihrer gegen Oñate bemächtigte;
 sie sahen nicht ein, dass ihn die Rücksicht auf die habsburgi-
 schen Interessen zu einem Gegner der Friedensverhandlungen

*) Ambassade. Lettre écrite au Roy etc. dd. 7. Aug. 1620.

made, sondern beharrten bei der Annahme, dass ihn nur der Eigennutz dazu treibe. Er bereicherte sich nach ihrer Behauptung an den Subsidien, die Philipp III nach Oesterreich schickte, indem er das spanische Gold in österreichisches von leichterem Währung ummünzen lasse und die Differenz in seine Tasche stecke. Wie weit diese Beschuldigung begründet war, wissen wir nicht anzugeben; aber angenommen, dass dieselbe begründet war, so hatte der Geldgewinn höchstens die Wirkung auf Oñate, dass er das, was seine Pflicht war, nämlich die Wahrung der Interessen des habsburgischen Hauses nur um so eifriger sich angelegen sein liess. Friedensverhandlungen konnten dieselben nur dann fördern, wenn sie den Gegner täuschten und seine Kräfte lahm legten, in letzter Reihe konnte aber nur ein vollständiger Sieg Ferdinand vor dem Untergange bewahren. Die almer Verhandlungen waren für den Kaiser erspriesslich, weil sie ihm die Hilfe der Liga sicherten, weitere Verhandlungen konnten aber nur nutzlos, wenn nicht gar schädlich sein. Das sahen aber die französischen Vermittler nicht ein oder wollten es nicht einsehen, weil sie mit ihrer Vermittlung jetzt nicht mehr die vollständige Restitution des Kaisers in seinen ehemaligen Besitz bezweckten.

Noch am Abend nach der geschilderten Verhandlung fand sich Oñate bei Lobkowitz ein, um sich über die weiteren Absichten der französischen Gesandtschaft Bericht erstatten zu lassen. Da der Kanzler ihm keine Nachricht geben konnte und auch vom Kaiser keine Auskunft zu erlangen war, weil er mit den Franzosen nur einige Höflichkeitsphrasen gewechselt hatte, so bewog Oñate den letzteren, den Gesandten für den folgenden Tag eine Audienz zu bewilligen, ohne dass diese darum angesucht hatten. Als die Gesandten bei dem Kaiser vorgelassen wurden, machten sie die Bemerkung, dass in dessen Antlitz die Freundlichkeit einer gewissen Strenge Platz gemacht habe, und da sie entschlossen waren, ihm die Anknüpfung der Verhandlungen mit seinen Gegnern anzurathen, konnten sie dies allerdings als kein günstiges Anzeichen für den Erfolg ihrer Bemühung deuten. Der Herzog von Angoulême ergriff das Wort und suchte den Kaiser für die Anknüpfung von Friedensverhandlungen dadurch geneigt zu machen,

dass er der in Ulm erlangten diplomatischen Erfolge gedachte und die Gefahren eines längeren Krieges ins rechte Licht setzte. Da der Herzog nur französisch sprach, der Kaiser aber diese Sprache nur wenig verstand, wiederholte der Graf von Bethune die Rede Angoulême's in italienischer Sprache.

Auf alle von den Franzosen vorgebrachten Gründe erwiderte Ferdinand jedoch nur kurz und ausweichend, indem er der vorgeschlagenen Verhandlungen mit keinem Worte gedachte und nur sein Bedauern darüber ausdrückte, dass er von dem König Ludwig wegen der in Frankreich ausgebrochenen Unruhen vorläufig keine Hilfe erhalten könne. Diese Sprache liess keine andere Auffassung zu, als die Ablehnung der französischen Vermittlung; auch die Gesandten deuteten sie nicht anders, sie sahen ihre Mission als gescheitert an und erklärten dies dem Kaiser mit dem Beisatze, dass ihnen nichts anderes übrig bleibe als nach Hause zu reisen. *)

Als Ferdinand im Kreise seiner Vertrauten über den Verlauf der Audienz berichtete, schrak man doch vor der ange drohten Rückreise zurück, weil damit die Allianz mit Ludwig wie eine Luftblase zerplatzt wäre und die deutschen Katholiken zu einer zögernden Haltung veranlasst werden konnten. Vielleicht war es Oñate selbst, der zur Wiederanknüpfung der Verhandlungen mit dem Herzog von Angoulême riet; jedenfalls hatte er seinen Antheil an dem Beschlusse, der in dieser Richtung von dem Kaiser gefasst wurde. Der brüssler Agent Bruneau, dessen wir bereits erwähnt haben, **) fand sich bei dem französischen Residenten am wiener Hofe, Baugy, ein und stellte Namens des Kaisers an seine Landsleute die Bitte, die Unterhandlung mit Bothlen aufzunehmen; auch bezüglich Böhmens wurde dasselbe Verlangen gestellt, doch mit einer gewissen Kälte, die deutlich den Unterschied zeigte, den man in Wien zwischen Ungarn und Böhmen machte. ***) Angoulême liess bei Herrn von Eggenberg anfragen, ob Bruneau die Wünsche des Kaisers getreu berichtet habe, und als er hierüber

*) Ambassade. Lettre écrite etc. dd. 7. Aug. 1620.

**) Bd. II. S. 381.

***) Ambassade. Lettre écrite etc. dd. 7. Aug. 1620.

beruhigt wurde, beschloss er mit seinen Kollegen, das Vermittlungsgeschäft wieder in die Hand zu nehmen. Die Freude an ihrem Werke, die sich ihrer durch den ulmer Erfolg bemächtigt hatte, war aber durch die zögernde Nachgiebigkeit des wiener Hofes gestört worden und sie hatten fortan zu dem weiteren Resultat ihrer Thätigkeit kein Vertrauen.



Zweites Kapitel.

Jakob von England.

- I Unfreundliche Haltung Jakobs gegen seinen Schwiegersohn. Bemühungen, den König umzustimmen. Dohna's Audienz bei Jakob. Aufträge an Doncaster. Berichte Trumbulls und Carletons. Cottington in Spanien. Jakob beschliesst die Absendung eines zweiten Gesandten nach Spanien. Jakob lehnt jede Unterstützung seines Schwiegersohnes ab. Dohna arbeitet an einem Memoire, welches die Rechtmässigkeit der böhmischen Königswahl beweisen soll. Friedrich lässt seinen Schwiegervater um Geldhilfe und um die Gestattung von Truppenwerbungen ersuchen. Buwinkhausen in London. Noël de Caron. Der König ertheilt die Erlaubnis zu den Werbungen für den Pfalzgrafen.
- II Graf Gondomar, der spanische Gesandte reist nach London. Seine Audienz bei Jakob. Wirkung seiner Anwesenheit in England. Vergebliche Bemühungen Dohna's in der City um ein Darlehen. Freiwillige Darlehen. Auch Jakob zeigt sich zu einem Geschenk erbötig.
- III Die Union bittet den König Jakob vergeblich um Unterstützung. Verwendung des in England für den Pfalzgrafen zusammengebrachten Geldes. Wahl des Kommandanten der in England geworbenen Truppen. Jakob entscheidet sich nur für die Vertheidigung der Pfalz. Die Verhandlungen im Haag. Jakobs Verhandlungen über ein mit Spanien gegen Holland abzuschliessendes Bündniss.

I

Mancher unserer Leser dürfte sich gewundert haben, dass wir bei der Schilderung der Allianzen, die sich zu Gunsten des Kaisers entwickelten, und bei den Nachrichten, die wir über die Verhandlungen von Ulm brachten, nichts über Jakob von England und eine etwaige Unterstützung seines Schwiegersohnes berichtet haben. Denn welche Bedenken Jakob auch gegen eine Unterstützung der revolutionären Bewegung in Böhmen haben mochte, er musste sie jetzt fallen lassen, weil das Schicksal seiner Tochter und seiner Enkelkinder mit dem Ausgange des böhmischen Streites auf das innigste verknüpft und gleichzeitig auch das protestantische Interesse dadurch betroffen

war. Er durfte nach der damals sich geltend machenden Anschauung ebensowenig zögern, seinem Schwiegersohne die verlangte Hilfe zu leisten, wie dies Philipp III von Spanien aus denselben, wenn auch entgegengesetzten Gründen in Bezug auf Ferdinand that. Nur der einzige Fall, wenn nämlich England selbst jede Theilnahme an den böhmischen Kämpfen abgelehnt hätte, würde die Neutralität Jakobs ausreichend entschuldigt haben, denn gegen den Willen des Parlaments konnte er sich nicht der Gefahr aussetzen, bei der Unterstützung seines Schwiegersohnes einen Krieg mit Spanien heraufzubeschwören. Aber sowohl das Parlament wie das Volk von England nahmen für den Pfalzgrafen Partei; die Opposition, der der König in seinem Staatsrathe begegnete, als er von der Annahme der böhmischen Krone von Seite seines Schwiegersohnes nichts wissen wollte, verbreitete sich allgemach über immer weitere Kreise, als die Nachrichten von den Vorgängen am königlichen Hofe ruckbar wurden. Die Erinnerungen an die Gefahren, mit denen Philipp II England durch seine unüberwindliche Armada bedroht hatte, waren noch zu frisch in Aller Gedächtniss, der Name Spaniens und seines ganzen Anhangs überall gehasst; man konnte es demnach kaum begreifen, weshalb Jakob mit seiner Entscheidung zu Gunsten seines Schwiegersohnes zögere. Der Erzbischof Abbot, der sich zum Dollmetscher der herrschenden Gesinnung *) machte, trat in einem an den Staatssecretär Naunton gerichteten Briefe auf das wärmste für Friedrich auf, ihm schien seine Sache mit der des Evangeliums auf das innigste verknüpft zu sein und sonach jede Zögerung in der nothwendigen Hilfeleistung verwerflich. Er versicherte, dass das Parlament gern helfen würde und dass, wenn es nöthig sein sollte, die von der Königin Elisabeth hinterlassenen Juwelen veräußert werden könnten. Wir bemerken hier, dass nicht alle Gründe, welche die Engländer zur innigen Theilnahme an dem Schicksale des Pfalzgrafen verleiteten, so idealer Natur waren wie die von Abbot angegebenen. Die englischen Kaufleute wünschten z. B. vor allem desshalb die Unterstützung des Pfalzgrafen, weil im Falle des Krieges mit Spanien der

*) Gardiner, Prince Charles etc. I, 293.

Handel dieses Landes voraussichtlich zerstört werden würde, wodurch den englischen Schiffsherren grosse Beute und Bereicherung winkte. Was immer aber auch der Grund der englischen Sympathien sein mochte, der König konnte auf sie für seinen Schwiegersohn rechnen und vom Parlament eine grosse Opferwilligkeit erwarten.

Obwohl sich Jakob taub für alle diese Mahnungen zeigte, wurde es ihm doch schwer, seine bisherige Haltung zu bewahren, als sich der holländische Gesandte Noël de Caron bei ihm einstellte und ihm im Namen der Generalstaaten ein Schreiben überreichte, worin sich diese für die Sache des Pfalzgrafen zu Opfern bereit erklärten, aber zugleich von Jakob verlangten, er solle sich an die Spitze des gegen die Habsburger gerichteten Bundes stellen. Der König nahm die Anerbietungen der Generalstaaten, soweit sie seinen Schwiegersohn betrafen, mit Dank an, sie seien ihm so werth und lieb, als wären sie ihm selbst geschehen, allein die Aufforderung, selbst an die Spitze der mit Friedrich verbündeten Staaten zu treten, lehnte er ab. Er müsse sich mehr Zeit gönnen, um über diesen Gegenstand nachzudenken, der Winter sei vor der Thür, viel könne nicht mehr auf dem Kriegsschauplatze geschehen, und so sei Zeit genug, um guten Rath zu pflegen und die besten Mittel zur Beilegung des Streites ausfindig zu machen. Dabei kam er auf die Gesandtschaft Lord Doncasters zu sprechen und wie es schimpflich für ihn wäre, wenn er sich schon jetzt auf die Seite der Kriegspartei stellte, er, der eben den Frieden vermitteln wollte. Eine solche Hast und Ueberstürzung widerstrebe seinen Absichten und seiner Ueberzeugung. „Ich bin zu sehr König und muss in meinen Worten und Handlungen wahr und aufrichtig sein; ich will damit nicht sagen, dass ich meine Kinder verlassen will, aber um den modus handelt es sich und ich muss auf einen anderen und besseren Weg sinnen, um ihnen zu helfen.“ Er erzählte nun, wie er den Freiherrn von Dohna beauftragt habe, ihm eine Belehrung über das Recht der böhmischen Stände zur Absetzung eines Königs zu schaffen; habe er diese, dann könne er einen beliebigen Entschluss fassen, ohne gegen seine Ehre zu verstossen.

Der holländische Gesandte nahm aus dieser Audienz den

Eindruck mit, dass Jakob nur Zeit zu gewinnen suche, um mit Anstand auf die Seite seines Schwiegersohnes treten zu können. Dieser Eindruck wurde noch verstärkt durch die gleichzeitigen Unterredungen, die Caron mit Buckingham, den Earls von Arundel und Kelly und anderen Würdenträgern hatte; sie alle versicherten ihn, dass der König den besten Willen habe, seinen Kindern zu helfen und dass er sie gewiss nicht verlassen werde. Caron eilte deshalb zu dem Freiherrn von Dohna und theilte ihm seine Hoffnungen mit *). Dieser vernahm die tröstlichen Versicherungen wohl gern, aber der Glaube an sie wurde durch die Abschiedsaudienz, die ihm Jakob am 6. October 1619 in Gegenwart des Prinzen von Wales und des Herzogs von Buckingham ertheilte, mehr als zerstört. Nicht ein einziges Wort, das zu Gunsten seines Eidams gedeutet werden konnte, verliess auch diesmal die Lippen des Königs; er wollte nur wissen, welche Gründe die Böhmen bei ihrer Wahl gelehrt hätten, für die Uebersendung einer diese Gründe erörternden Schrift sollte Dohna sorgen. Dohna fühlte, dass sich hinter diesem Auftrag mehr eine Ausflucht als eine Verheissung berge, und verliess England, um seinem Herrn eine traurige Botschaft zu überbringen **). Wenn sein Bericht die Hoffnungen Friedrichs noch nicht ganz zerstörte, so musste es das Schreiben thun, das Jakob gleichzeitig an seinen Schwiegersohn richtete und dessen Ueberbringer wahrscheinlich Dohna war. Den Eingang desselben bildeten die nun stereotyp gewordenen Klagen, dass die böhmische Königswahl in dem Augenblicke stattgefunden habe, als Jakobs Gesandter in Deutschland weilte; „werde da nicht der Verdacht rege, dass Jakob seine Hand im Spiele gehabt, und beflecke dieser Verdacht nicht seine Ehre, für deren Reinheit ein Fürst ebenso besorgt sein müsse wie ein Privatmann“? Er könne demnach nicht früher eine Meinungsäusserung über die Sache des Pfalzgrafen abgeben, als bis er die Gründe kenne, welche die Böhmen für die Absetzung Ferdinands gehabt hätten; er müsse auch wissen, ob sich ein

*) Die Generalstaaten an Jakob I dd. 21. Sept. 1619. — Noël de Caron an die Generalstaaten dd. 23. Sept./3. Oct. 1619, bei Gardiner.

***) Voigt, Dohna's Gesandtschaftsleben a. a. O.

solcher Fall der Absetzung und aus welchen Gründen schon einmal in Böhmen ereignet oder mehrmals wiederholt habe *).

Dass die minder günstige Auffassung von Jakobs künftiger Haltung richtiger sei, als die von Caron vermuthete, ergab sich aus dem Auftrage, den Doncaster unmittelbar nach der dem niederländischen Gesandten ertheilten Audienz von seinem Könige erhielt. Doncaster, der damals noch in Deutschland weilte, sollte nach dem Haag reisen und daselbst im Namen Jakobs den Dank für die Hilfe aussprechen, welche die Generalstaaten seinem Schwiegersohne und der Union so rasch und bereitwillig leisteten. Ihre Aufforderung, dass er (Jakob) sich an die Spitze der gegen das Haus Habsburg gerichteten Bewegung stelle und mit seinen Mitteln den Bund unterstütze, sollte er aber ablehnen, denn nichts sei dem König so theuer wie seine Ehre und diese würde durch seine thatsächliche Parteinahme in dem böhmischen Streit einen Schandfleck erhalten, weil man glauben würde, dass sein Schwiegersohn nur im Einverständniss mit ihm die Krone angenommen habe. Gott kenne seine Unschuld, er wolle aber dafür Sorge tragen, dass es aller Welt klar werde, wie weit er davon entfernt sei, öffentlich den Frieden zwischen einem König und seinen Unterthanen zu vermitteln und heimlich seine Absetzung zu betreiben. Sobald seine Ehre von jedem Verdachte gereinigt sei, dann und nicht eher wolle er sich auch erklären, welche Haltung er in dem grossen Streite einzunehmen gedenke **).

Statt diesem Befehle nachzukommen und seine Reise nach dem Haag anzutreten, glaubte Doncaster zuerst einen früheren Auftrag erfüllen zu müssen und reiste dem zu Folge, wie wir berichtet haben, zuerst nach Wien, Graz und Nürnberg, und kam erst gegen Ende Dezember nach dem Haag. Die Haltung Jakobs war für den Pfalzgrafen von der schädlichsten Wirkung, schon erklärten die Generalstaaten, dass sie die weitere Subsidienzahlung zu Gunsten des böhmischen Aufstandes einstellen würden. Andererseits erhöhte die Feigheit Jakobs den

*) Gardiner, Jakob an Friedrich dd. Ende September oder Anfang October 1619.

***) Gardiner, Jakob an Doncaster dd. Theobalds, 23. September/3. October 1619.

Muth und die Spottsucht der Gegner des Pfalzgrafen. Der englische Gesandte in Brüssel, Trumbull, musste Ohrenzeuge aller Lästerungen und Spöttereien sein, die man sich gegen seinen König erlaubte; er vergoss Thränen der Wuth und Scham, weil er sah, wie der Muth der spanischen Partei wuchs, und weil er hörte, wie man unverholen davon sprach, dass man die Unterpfalz angreifen werde, um den Pfalzgrafen für die Annahme der Krone zu bestrafen*). Trumbull tröstete sich einzig damit, dass wenn die Klugheit den König von England noch nicht dazu gebracht habe, den Pfalzgrafen zu unterstützen, die Nothwendigkeit ihn dazu zwingen werde. Aber seine Klagen halfen ebensowenig als die Berichte Carletons, des englischen Gesandten im Haag, der von der bevorstehenden Einstellung der weiteren Subsidienszahlung und von dem wachsenden Staunen Kunde gab, das sich der Generalstaaten in Folge der Nachrichten bemächtigte, die von Caron im Haag einliefen und in denen dieser von seiner früheren für Jakob günstigen Meinung vollständig abwich. Es war Gepflogenheit, dass derartige Gesandtschaftsberichte an die einzelnen Provinzen verschickt wurden, aber diesmal beschlossen die Generalstaaten, die betreffende Mittheilung nicht zur allgemeinen Kenntniss zu bringen, weil sie ein zu schlimmes Urtheil über Jakobs Haltung hervorgerufen hätte**). Zahlreiche angesehenere Persönlichkeiten besuchten Carleton und hofften von ihm im Privatgespräche bessere Andeutungen über Jakobs eigentliche Absichten zu erlangen; allein die trostreichen Versicherungen, die er im amtlichen Verkehr nicht bieten durfte, konnte er auch im privaten Gespräche nicht geben und so scheiterte den eindringlichen Frägern gegenüber seine Kunst in ausweichenden Antworten.

Alle diese Nachrichten liess sich Jakob wenig kümmern; seine Sorge war jetzt einzig und allein darauf gerichtet, ob das spanische Kabinet ihn nicht einer Theilnahme an den böhmischen Vorgängen beschuldigen werde. Da die Berichte des spanischen Agenten in London die Unschuld Jakobs ausser Zweifel setzten,

*) Gardiner, Trumbull to Sir Dudley Carleton dd. Brussels 6./16. October 1619.

***) Carleton to Sir Robert Naunton dd. The Hague 13./23. Oct. Derselbe an denselben dd. 25. Oct./4. Nov. 1619 bei Gardiner.

so wurde seinen Zuschriften in Madrid eine freundliche Aufnahme zu Theil und sie mit der Versicherung beantwortet, dass man auf die Freundschaft Jakobs den grössten Werth lege. Da jedoch die Erklärungen des englischen Königs auch von der Klage begleitet waren, dass Ferdinand auf die Friedensvorschläge Doncasters wenig Gewicht gelegt, den Waffenstillstand abgelehnt und so die Sachen selbst zum Aeussersten gebracht habe, so fühlte sich das spanische Kabinet bewogen, auch darauf eine Antwort zu geben und Ferdinand zu rechtfertigen. Es war das allerdings eine schwere Aufgabe, da Ferdinand zu keiner Zeit dem Lord Doncaster auch nur ein verblühtes Versprechen gegeben hatte, dass er auf Grund des vorgeschlagenen Waffenstillstandes die Friedensvermittlung zulassen wolle. Unglücklicherweise hatte aber Doncaster sich selbst grosse Blößen gegeben in der Art, wie er dem Auftrage seines Gebieters nachgekommen war. Er hatte sich, den Wünschen des Pfalzgrafen entsprechend, um die Verschiebung der Kaiserwahl und nicht um ihre Förderung bemüht und als es ihm damit nicht glückte, hatte er die Nachricht von der böhmischen Königswahl in Lüttich, wo er sich eben aufhielt, durch ein Freudenfeuer verherrlichen wollen und war nur durch die Dazwischenkunft der Stadtabrigkeit daran gehindert worden. Um eine derartige Vermittlung hatte Philipp den König Jakob gewiss nicht ersucht, aber die unkluge Haltung des Gesandten bot jetzt dem spanischen Kabinete eine willkommene Handhabe, um das Misslingen des Ausgleichs auf seine Schultern zu wälzen und von Ferdinands Haltung nichts zu erwähnen*). Cottington, der englische Gesandte, wurde von dem spanischen Ministerium zur Entgegennahme einer Mittheilung eingeladen und als er sich zu diesem Behufe einfand, ihm das Sündenregister Doncasters zur weiteren Berichterstattung an seinen Herrn übergeben.

Als der betreffende Bericht in die Hände Jakobs gelangte, wurde sein Eifer, sich der spanischen Gunst würdig zu machen, noch mehr aufgestachelt, da er die Richtigkeit der gegen seinen Gesandten erhobenen Vorwürfe nicht

*) Ce qu'on a déclaré à Mr. Cottington le 18me d'Octobre 1619. Bei Gardiner.

bestreiten konnte. Als ihm demnach in den ersten Tagen des J. 1620 die beiden in London anwesenden Agenten Philipps III Sanchez de Ulloa und P. Diego de la Fuente eine von Ofiate überschickte Abhandlung über das Recht Ferdinands auf die böhmische Krone überreichten, erklärte Jakob vor den beiden Herren, „wie auf der einen Seite seine Kinder und Verwandten in ihn drängen, sich für Friedrich zu erklären, wie aber auf der andern Seite die Wahrheit und die Freundschaft mit dem Könige von Spanien und dem Hause Oesterreich stehe und ihn von diesem Schritte zurückhalte.“*) Aber nicht einmal mit dieser Erklärung begnügte sich Jakob, er beschloss die Absendung eines eigenen Gesandten an Philipp in der Person Sir Walter Astons, damit dieser aus der Seele seines königlichen Freundes jedes Misstrauen entferne. Aston sollte dem Könige von Spanien die bereits hundertmal wiederholte Versicherung überbringen, wie tief es Jakob gräme, dass auf ihn der Verdacht fallen könnte, als ob er bei der Wahl und Annahme der böhmischen Königskrone von Seite seines Schwiegersohnes irgendwie seine Hand im Spiele gehabt. Zum Beweise seiner Unschuld schickte er dem Könige von Spanien eine Abschrift der gesammten Korrespondenz zu, die er mit der Union und überhaupt in den deutschen Angelegenheiten gepflogen hatte, damit Philipp selbst sehe, „wie sich der Verlauf der Dinge gestaltet habe, wie verschieden von demselben Jakobs Rathschläge und Mahnungen gewesen seien und wie weit entfernt er von jeder vorangehenden Mitwissenschaft gewesen sei.“ — Sollte Aston finden, dass trotz der vorgelegten Beweise irgend ein Zweifel an der Wahrheit dieser Versicherungen bei Philipp oder den ersten Ministern zurückgeblieben sei, dann solle er nichts unterlassen, um diesen Zweifel mit der Wurzel auszureissen. Er sollte die über Doncaster erhobenen Klagen zu entkräften suchen und zwar zum Theil dadurch, dass er die minder freundliche Haltung des Gesandten als Folge der noch unfreundlicheren Haltung erklären sollte, mit der er von Ferdinand empfangen und das englische Vermittlungsgeschäft abgelehnt wurde. Die gegen Doncaster erhobene Anschuldigung, dass er die

*) Gardiner: Diego de la Fuente an Philipp III dd. London, 4./14. Febr. 1620.

Wahl Friedrichs zum König von Böhmen durch ein Freudenfeuer habe feiern wollen, glaubte Jakob in das Bereich unbegründeter Behauptungen zurückweisen zu müssen.*)

So blieb sich der König in dem Entschlusse, auf dem betretenen Wege auszuharren und an dem Kampfe seines Schwiegersohnes keinen Antheil zu nehmen, auch ferner treu; er hielt seine Zunge im Zaume, um sich nicht eine oder die andere Aeussereung herauslocken zu lassen, die die Freunde des Pfalzgrafen zu seinen Gunsten hätten deuten können. Man drang auch vergeblich in ihn, dass er seinen Schwiegersohn wenigstens als König von Böhmen anerkennen und ihm den königlichen Titel gewähren möchte. Statt diesem Wunsch nachzugeben, ertheilte er dem Bischof von London einen Verweis, als dieser es wagte, am Weihnachtsfeste in der Paulskirche für den „König von Böhmen“ zu beten. Die Generalstaaten, die an eine derartige Verkehrtheit Jakobs nicht glauben konnten, hatten ihrem Gesandten abermals den Auftrag gegeben, dem König wo möglich eine andere Gesinnung beizubringen, und Caron hatte diesem Auftrage zufolge um eine Audienz nachgesucht. Was er aber auch immer zu Gunsten des Pfalzgrafen vorbringen und wie sehr er sich bemühen mochte, den innigen Zusammenhang zwischen seiner Sache und der Niederlage des Papstthums darzulegen, es half alles nichts, die Hartnäckigkeit des Königs liess sich nicht bezwingen und das Versprechen einer Unterstützung war nicht abzuringen.**) Auf alle Vorstellungen antwortete Jakob, dass er die Lage seines Schwiegersohnes jetzt weder so gefährdet finde, noch eine Verschlimmerung derselben im Laufe des Jahres befürchte und dass somit ein bestimmter Entschluss von seiner Seite nicht nothwendig sei. Dieselbe kühle Haltung behauptete Jakob auch gegenüber dem Freiherrn Achatius von Dohna, den Friedrich an die Stelle Christophs von Dohna nach England schickte. Zwar durfte der Gesandte sich diesmal nicht darüber beklagen, dass der König ihm kein Gehör schenke, er empfing ihn zwei-

*) Gardiner: Instruction for Sir Walter Aston dd. Whitehall, 5./15. Jan 1620. — Nethersole to Carleton dd. London, 8./18. Jan. 1620.

***) Caron an die Generalstaaten dd. 14./24. Jan. 1620. Bei Gardiner.

mal und erörterte mit ihm des langen und breiten die angeblichen Rechte der Böhmen auf die vorgenommene Königswahl, erklärte sich aber durch die von Dohna beigebrachten Beweise für nicht hinreichend belehrt und verlangte nach weiteren. Um den Gesandten vollends in Verzweiflung zu bringen, brachte er auch die österreichischen Vorgänge zur Sprache und äusserte sich sehr unzufrieden über das Beginnen der österreichischen Stände und über ihre Rebellion gegen Ferdinand. Der niederdrückende Eindruck, den diese Bemerkungen auf den Gesandten machten, wurde noch verstärkt, als er vom König jene Abhandlung Oñate's über das Erbrecht Ferdinands in Böhmen und noch eine zweite in ähnlichem Sinne gehaltene und von Brüssel überschickte mit der Aufforderung erhielt, eine Widerlegung derselben zu verfassen.*)

Dohna kam dem gewordenen Auftrage nach und schrieb, so gut er konnte, eine Widerlegung der beiden Streitschriften und schickte sie an Jakob. Es schien, als ob er mit seiner Arbeit einen Eindruck gemacht hätte, denn als er sich wenige Tage darauf bei Jakob einfand, erfreute er sich eines äusserst gnädigen Empfanges. Jakob zeigte sich befriedigt von den Beweisen, die Dohna für das böhmische Wahlrecht vorbrachte; er glaubte jetzt überzeugt zu sein, dass Böhmen kein Erbreich sei, wie Spanien behauptete, aber darüber wollte er noch aufgeklärt sein, ob die Böhmen zur Absetzung eines gewählten Königs, was doch Ferdinand zum mindesten war, berechtigt gewesen seien. Ueber diesen Punkt sollte ihn Dohna noch belehren und damit wurde er gnädig entlassen.**) Dohna glaubte zwar, dass dieser Punkt entschieden sei, sobald kein Zweifel über das böhmische Wahlrecht bestehe; allein die Zweifelsucht des Königs liess sich nicht so leicht verscheuchen und so musste er sich abermals an den Schreibtisch setzen und auch über das Recht der Böhmen zur Absetzung eine Abhandlung niederschreiben.

*) Gardiner: Girolamo Laudo an den venetianischen Dogen dd. London, 20./30. Jan. 1620. — Nethersole an Carleton dd. 18./28. Jan. 1620.

**) Girolamo Laudo an den Dogen dd. 10./20. Febr. und 11./21. Febr. 1620. — Noël de Caron an die Generalstaaten dd. 11./21. Febr. 1620. — Nethersole an Carleton dd. 20. Febr./1. März 1620 bei Gardiner.

Gleich seinem Bruder war auch Achatius von Dohna nach England gekommen, um den König zu einer ausgiebigen Geldhilfe zu vermögen, deren Friedrich bei der trostlosen Beschaffenheit der böhmischen Finanzen so dringend bedurfte. Trotz der kühlen Haltung, die Jakob bei der ersten Audienz an den Tag legte, säumte Dohna nicht, den König und seine Minister von der Noth und den Wünschen Friedrichs in Kenntniss zu setzen. Er wurde zu diesem eiligen Vorgehen durch die Aufnahme veranlasst, die er in der englischen Gesellschaft erfuhr, von allen Lippen vernahm er Aeusserungen der lobhaftesten Sympathie mit der Sache des Pfalzgrafen, alle Welt schien zu Opfern entschlossen, um sein Unternehmen zu unterstützen. Dohna begann also mit den Kaufleuten der City Verhandlungen wegen eines Darlehens im Betrage von 100.000 Pfund Sterling und stellte an den König nur die Bitte die Anlehensverhandlungen durch seine Empfehlung zu unterstützen. Aber darauf wollte Jakob nicht eingehen, ja er duldete nicht einmal, dass Buckingham oder andere hervorragende Minister die Anlehensverhandlungen unterstützten, und verweigerte es sogar, die Erklärung abzugeben, dass ihm eine Hilfeleistung zu Gunsten Friedrichs nicht missfallen würde.*) In Bezug auf seine theoretischen Bedenken war Jakob im Zurückweichen begriffen, jede Forderung aber, die ihn zu einer praktischen Bethätigung dieser seiner bessern Meinung von der Sache des Pfalzgrafen mahnte, wies er mit derselben Beharrlichkeit wie früher zurück.

Gleichzeitig mit der Geldforderung wagte sich Friedrich mit einer zweiten Bitte an seinen Schwiegervater heran, er wünschte, dass ihm in England Truppenwerbungen gestattet würden. Mit diesem Gesuche betraute Friedrich nicht den Herrn von Dohna, sondern einen eigenen Boten, den Schottländer John Gray, dem er das Kommando eines Regiments verliehen hatte, das mit Jakobs Billigung in England geworben werden sollte. Gray wurde von Jakob in einer Audienz empfangen und überreichte demselben ein Schreiben seines Schwiegersohnes, das die betreffende Bitte enthielt. Im Lauf der Unter-

*) Gardiner Letters etc. Nethersole an Carleton dd. 20. Febr./1. März 1620.

redung zog er noch ein zweites Schreiben hervor und überreichte es dem König; es war ein Brief seines fünfjährigen Enkels, in dem derselbe in beweglichen Worten seinen Grossvater um Hilfe für seine Eltern anfehte. Beim Anblick dieses kindlichen Schreibversuches konnte sich Jakob einer tiefen Rührung nicht erwehren oder that wenigstens so, denn die Rührung war sogleich zu Ende, als er auf die Bitten Friedrichs zu sprechen kam. Er lehnte jede thatkräftige Unterstützung ab; alles, wozu er sich herbeiliess, war, dass er seinem Gesandten in Brüssel den Auftrag geben wollte,*) gegen einen allfälligen Einzug spanischer Truppen in der Niederpfalz zu protestiren.

Indessen drohte schon von anderer Seite ein neuer Angriff auf Jakobs bisherige Haltung und zwar von Holland und von der Union. Die Unionsfürsten, die sich nicht verhehlen konnten, dass sich gegen sie oder gegen die Niederpfalz ein Angriff von Spanien vorbereite, wie das ja später bei den ulmer Verhandlungen klar zu Tage trat, glaubten den Fall gekommen, wo sie die Hilfe ihrer Bundesgenossen in Anspruch nehmen könnten. Buwinkhausen wurde beauftragt nach dem Haag und nach London zu reisen und das Ansuchen der Union an beiden Orten vorzutragen. Die Generalstaaten waren erbötig vom 1. März 1620 der Union 50.000 Gulden monatliche Subsidien zu zahlen; einige Schwierigkeiten erhoben sie dagegen, als Buwinkhausen noch ausserdem die Zusendung von 4000 Mann verlangte. Es gebrach ihnen nicht an gutem Willen, sie sahen die Nothwendigkeit einer derartigen Hilfe ein, allein es empörte sie, dass der König von England, das Haupt der Union, noch immer seiner Zauderpolitik treu blieb; sie wollten sich daher zu keinen weiteren Anerbietungen verstehen, wenn sich Jakob nicht auch zu bindenden Zusagen herbeilassen würde. Als Noël de Caron bei dem König um eine Audienz ansuchte, um ihm diesen Beschluss mitzuthemen, erhielt er zur Antwort, dass er nicht vorgelassen werden könne,

*) Gardiner: The Spanish Marriage I 309. Gardiner: Letters and Documents: Friedrich an Jakob dd. Prag 16./26. Jan. 1620; Noël de Caron dd. London 18./28. Jan. 1620.

weil Jakob mit Geschäften von ausserordentlicher Schwierigkeit überhäuft sei. Es war dies natürlich nur eine Ausrede. Die Art und Weise, mit der Jakob die Boten seines Schwiegersohnes behandelte, konnte er bei dem holländischen Gesandten nicht in Anwendung bringen und so schaffte er sich wenigstens dadurch Ruhe, dass er seinen Empfang möglichst hinausschob. *)

Fast zu gleicher Zeit traf Buwinkhausen in London ein. Ihm gegenüber konnte der König zu keinen Ausflüchten Zuflucht nehmen und so bewilligte er dem Unionsgesandten die angesuchte Unterredung. Aber gleich im Beginn derselben gab er seinen ganzen Zorn über das ununterbrochene Drängen, dem er seit Monaten in den deutschen Angelegenheiten ausgesetzt sei, zu erkennen; er schimpfte über die Kriegsgelüste der Union und liess den Gesandten kaum zu Wort kommen, als dieser die Sache seiner Auftraggeber vertheidigen wollte. Alles, was Buwinkhausen von Jakob erreichen konnte, war, dass er zuletzt etwas milder wurde, aber von Versprechungen oder gar von einer wirklichen Unterstützung war keine Rede. Einen solchen schlimmen Empfang hatten nicht einmal die Gesandten des Pfalzgrafen erfahren.**)

Gleichwohl schien sich in den nächsten Tagen ein Umschwung in der bisherigen Haltung Jakobs vorzubereiten; er liess nämlich — wir wissen nicht, ob in Folge des Andringens der verschiedenen Gesandten oder der immer lauter werdenden Sympathien seines Hofes — von seiner bisherigen schroffen Unnachgiebigkeit gegen die Wünsche des Pfalzgrafen ab: dem Obersten John Gray wurde die verlangte Erlaubniss zu den Werbungen ertheilt; 1000 Mann sollte er in England und 1000 Mann in Schottland werben dürfen. Auch der Geldnoth seines Schwiegersohnes wollte Jakob abhelfen, aber nicht aus eigener Tasche; er wollte seinen Schwager den König von Dänemark ersuchen, dem Pfalzgrafen ein Darlehen zu ge-

*) Noël de Caron an die Generalstaaten dd. South Lambeth 18./28. Febr. 1620; Carleton an Naunton dd. Haag 17./27. Febr. 1620. Londoner Staatsarchiv.

***) Gardiner The Spanish Marriage I 310 und Letters etc. Trumbull an Carleton dd. 7./17. März 1620.

währen, das jedoch nur zur Vertheidigung der Pfalz verwendet werden dürfe. Damit war aber das Mass der Gunst, die er dem Pfalzgrafen zuwandte, erschöpft; er fühlte jetzt die Verpflichtung auch die spanische Wagschale mit einer freundlichen Erklärung zu belasten, um den Ruf seiner königlichen Unparteilichkeit und Gerechtigkeitsliebe nicht zu gefährden. Er versicherte demnach, dass er auch jetzt nur die Herstellung des Friedens in Deutschland vor Augen habe und lehnte damit namentlich die ihm mittlerweile durch Caron mitgetheilte Aufforderung der Generalstaaten zu einer thätigen Parteinahme in dem beginnenden Kampfe ab. Er dankte ihnen herzlich für alles, was sie für seinen Schwiegersohn thun wollten, erklärte aber, dass er selbst nichts für ihn thun könne, da alle seine Sorgfalt der Herstellung des Friedens gewidmet sei.*)

II

Diejenigen, welche den eitlen, selbstgefälligen und halsstarrigen Charakter dieses Königs nicht kannten, wollten es nicht glauben, dass dies sein letztes Wort sei und hofften, dass er sich trotzdem auf die Seite seines Schwiegersohnes stellen würde. Auch der König von Spanien fürchtete, dass die englische Allianz in die Brüche gehen würde und dass sich Jakob doch schliesslich zu denselben Opfern für seine Tochter und seinen Schwiegersohn entschliessen werde, die er (Philipp) für die Aufrechthaltung der alten Herrschaft seines Hauses auf sich zu nehmen bereit war. Um dies wo möglich zu hindern oder doch noch hintan zu halten, entschloss man sich in Spanien zur Absendung eines Mannes nach England, der daselbst schon bewährte Dienste geleistet hatte. Es war dies Don Diego Sarmiento de Acuña, der von Philipp III bereits im J. 1613 als Gesandter nach England geschickt worden war und wegen der grossen Verdienste, die er sich in dieser Stellung erworben hatte, in den Grafenstand unter dem seither be-

*) Gardiner Letters etc.: Naunton an Carleton dd. Whithall 10./20. März 1620. Derselbe: Prince Charles etc. I 310.

kanteren Namen Gondomar erhoben worden war. Er war ein begabter und kluger Kopf. Vorsichtig in seinen Reden und wohl wissend, wann und was er zu sprechen und was er zu verschweigen habe, wusste er bei allen Gelegenheiten, wo er als Diplomat nicht aufzutreten brauchte, die Gesellschaft durch seine glänzende Unterhaltungsgabe zu beleben. Von der befangenen Anschauung über die Machtverhältnisse der europäischen Staaten, unter der die Spanier seiner Zeit litten, hatte er sich allmählig freigemacht. Als er in den Dienst seines Königs trat, war er gleich dem übrigen Adel seines Landes von dem Vertrauen in die alles bewältigende Grösse Spaniens erfüllt. Nichts dünkte ihm zu schwierig oder zu gefahrvoll, dass sein König nicht zuletzt Herr darüber werden könnte, alle Misserfolge galten ihm nur als vorübergehende Unglücksfälle, die nicht eingetroffen wären, wenn sein König die rechte Energie aufgeboten hätte. Die Erfahrungen während seiner langen Dienstzeit übten jedoch ihre Wirkung auf Gondomar aus, er verhehlte sich nicht die Gefahren, die sein Vaterland von allen Seiten umringten und die schlimmen Folgen kriegerischer Verwicklungen, sein früheres Vertrauen machte einer vorsichtigen, um nicht zu sagen furchtsamen Erwägung Platz.

Man wird es demnach sehr begreiflich finden, dass Gondomar, als die Aufforderung an ihn erging sich wieder nach England zu begeben, um die guten Beziehungen zwischen Jakob und Philipp III, für die er bisher so viel geleistet hatte, zu erhalten, sich trauriger Ahnungen nicht entschlagen konnte. Der Vortheil Englands, wenn es die von Elisabeth betretene Bahn wieder einschlug und den Handel Spaniens auf alle Weise störte, lag auf der Hand. In England wünschte man den Krieg mit Spanien; konnte er hoffen denselben aufzuhalten, wenn die persönlichen Beziehungen Jakobs und das Interesse seiner eigenen Kinder ihn erheischten? Nach seiner Auffassung bestand die Religion Jakobs in nichts anderem als in der wärmsten Anhänglichkeit an das eigene Interesse. „Stets werde man ihn auf der Seite derjenigen finden, die die Macht in Händen haben, und so werde er sich, wie es in der

Welt jetzt stehe, nicht auf Spaniens Seite stellen.“*) Liess sich endlich noch erwarten, dass Jakob den tausendfachen Ausflüchten Philipps in Bezug auf die vorgeschlagene Heirat ruhig zuzusehen werde? Diese und ähnliche Gedanken mögen das Gemüth Gondomars verdüstert haben; er hatte nach seinem eigenen Geständniss keine Hoffnung den Frieden mit England zu erhalten, aber er wollte seine Pflicht thun, wie er sie durch 36 Jahre gethan hatte.

Als Jakob von Gondomars bevorstehender Rückkehr nach England benachrichtigt wurde, liess er eigens einen Palast in Hatton Garden für denselben herrichten. Wenn diese Aufmerksamkeit den Gesandten als ein günstiges Zeichen erfreuen und die Hoffnung in ihm erwecken musste, dass er die alte Gunst beim Könige wieder finden werde, so machte er dagegen auch andere Erfahrungen, die seine traurigen Vorahnungen zu bestätigen schienen. Kaum hatte er von seiner neuen Wohnung Besitz genommen, so scheuchten ihn Trommelschläge auf, die den Werbungen für den König von Böhmen galten, und an seinem Hausthor fand er ein Plakat angenagelt, das die Aufforderung an alle Kriegslustigen enthielt, sich für den böhmischen Krieg auwerben zu lassen. Doch wusste er seine Sorge vor den englischen Höflingen, die sich wahrscheinlich an seinem Zorne weiden wollten, hinter einer scherzhaften Bemerkung zu verdecken. Der Kurfürst von der Pfalz, sagte er, habe keinen besseren Freund als ihn, denn kaum sei er in London angelangt, so habe der Pfalzgraf die Erlaubniss zu den Werbungen erhalten, um die er wochenlang vergeblich angesucht habe. — Ihm selbst war aber nicht scherzhaft zu Muthe, denn wenn er die Veränderungen betrachtete, die seit seiner Abwesenheit am Hofe Platz gegriffen hatten und die alle im antispansischen Sinne erfolgt waren, so musste er annehmen, dass die Erlaubniss zu den Werbungen nur der erste Schritt einer innigen Allianz Jakobs mit seinem Schwiegersohn sei. Bei den Bemühungen ihn von derselben zurückzuhalten, fand Gondomar keinen anderen Bundesgenossen unter den englischen Staatsmännern als Lord Digby, ein zu geringes

*) Gardiner: The Spanish Marriage I. 301.

Gegengewicht gegen die grosse Menge anderer Herren, die sich auf die entgegengesetzte Seite neigten. Gondomars letzte Hoffnung beruhte auf seiner genauen Kenntniss von Jakobs Charakter, ihn musste er um jeden Preis bei seiner bisherigen Politik festzuhalten suchen.

Die erste Audienz, die Jakob dem spanischen Gesandten
 1620 gewährte, fand am 22. März in feierlicher Weise in Gegenwart des ganzen Hofes statt und liess demnach zu einer vertraulichen Besprechung weder Zeit noch Raum. Unmittelbar nach dieser Audienz wurde er jedoch für den folgenden Tag zu einer privaten Unterredung mit dem Könige eingeladen. Als er sich zu derselben einfand und auf den Ruf des Königs wartete, trat Digby zu ihm und bat ihn, die Dinge nicht zum äussersten kommen zu lassen. Spanien habe in England nur einen einzigen Freund, das sei er; der ganze Hof schwärme mit den Puritanern. Wie wohlgemeint auch die Bemerkungen Digby's waren, so übersah er doch, dass Gondomar sie nicht berücksichtigen konnte, da für Spanien oder eigentlich für die Habsburger die Allianz mit Jakob nur dann einen Werth hatte, wenn dieser sich das Aeusserste gefallen liess, also dem Kaiser den Angriff auf die Pfalz nicht wehrte, insofern nur auf diese Weise Böhmen wiedergewonnen werden konnte. Das Betreten eines Mittelweges, zu dem Digby riet, war hier nicht möglich. Gondomar wollte demnach nichts davon wissen, dass sein Herr irgend einen Schritt zurückthun solle, ihm sei vielmehr von Jakob, der seine Versprechungen gebrochen habe, Unrecht geschehen. In diesem Augenblicke wurde Digby zum Könige beschieden und benachrichtigte denselben ohne Zweifel von der stolzen Art und Weise, mit der der spanische Gesandte jede Nachgiebigkeit im Namen seines Herrn ablehnte.

Als Gondomar in das königliche Gemach eintrat, ergriff Jakob mit einem Eifer das Wort, als ob er dem Gesandten den Mund verschliessen wollte. „Ich habe von Buckingham gehört, erzählte er, dass Ihr ihm bei der Begrüssung seinen kranken Finger so stark gedrückt habt, dass Ihr ihn verletzt.“ Indem er noch von einem ähnlichen Falle berichtete, machte er aus dieser doppelten Erzählung die Schlussfolgerung, dass auch er in einer schwierigen Lage sei und nicht

zu hart gedrückt werden dürfe. Er habe alles gethan, was in seiner Macht gelegen sei, um den König von Spanien und den Kaiser zufrieden zu stellen. Niemandem habe er Unrecht gethan und trotzdem klage Jedermann über ihn. Und doch könne der König von Spanien das vollste Vertrauen zu ihm haben, denn, so setzte er hinzu: „Ich gebe Euch mein Wort als König und Edelmann, sowie als Christ und als ein Mann, der auf seine Ehre hält, dass ich keinen anderen Wunsch habe, als meinen Sohn mit der Tochter Eures Herrn zu verheiraten und dass ich keine andere Allianz suche, als die mit Spanien.“ Gondomar, der aus diesen Reden entnahm, dass Jakob weit davon entfernt sei, die Sache des Pfalzgrafen zu vertreten, verbarg seine Freude unter Versicherungen der Theilnahme mit der traurigen Lage, in der sich der König befinde. Er hielt aber nicht mit der Bemerkung zurück, dass Jakob der Herr sei und sich folglich Ruhe schaffen könne und dass seine klagenden Worte nutzlos seien, wenn er ihnen nicht Thaten folgen lasse. Der König, der bei diesen Worten eröthete, drückte jetzt den Wunsch aus, sich mit Gondomar über die brennende Tagesfrage zu besprechen und that dies, indem er frug, ob der Kaiser wohl einen Angriff gegen die Pfalz im Sinne habe. Diese Frage bedeutete, dass er jedes Vorgehen Ferdinands gegen Böhmen gutheissen wolle; nur solle derselbe seinen Angriff nicht gegen die Pfalz richten. Gondomar beantwortete die Frage des Königs mit einer anderen Frage: „Was würden Euer Majestät thun, wenn sich Jemand Londons bemächtigt hätte?“ Er deutete damit an, dass Ferdinand seinen Gegner auf alle Weise, selbst in seinem erbten Besitz bekämpfen dürfe, so wie dies Jakob thäte, wenn ihn Jemand in London angreifen würde. Jakob antwortete darauf nichts anderes, als dass er hoffe, Gott werde alles aufs Beste einrichten und entliess darauf den Gesandten. *)

Die Wirkung von Gondomars Anwesenheit in England und seiner Verhandlungen mit Jakob erfuhren zuerst Buwinkhausen und die Unionsfürsten. Den Unionsfürsten liess Jakob ein Schreiben zukommen, worin er erklärte, dass er sich durch

*) Gardiner Prince Charles I 316.

den mit ihnen abgeschlossenen Bund keineswegs zu einer Unterstützung verpflichtet fühle, da dieselbe nur für den Fall bestimmt sei, wenn sie angegriffen würden, von einem Angriffe gegen sie aber keine Rede sei. Zudem sei er jetzt im Begriffe, sich mit dem Könige von Frankreich zur Herstellung des Friedens in Deutschland zu verbinden und die Hoffnung, dass dieses gemeinsame Bestreben von Erfolg begleitet sein werde, sei begründet. Auf Buwinkhausens immer von Neuem wiederholte Bitten um Unterstützung für die Union erklärte Jakob endlich, dass er ihr ebenso wie seinem Schwiegersohne die Anstellung von Werbungen gestatten wolle.*) Die Frage Buwinkhausens, was der König der Union rathen würde, wenn der Kaiser mit Androhung der Acht gegen sie auftreten und sie zur Entlassung ihrer Truppen nöthigen wollte, beantwortete Jakob folgendermassen: so lange der Kaiser bei seinem Vorgehen nicht die Reichsgesetze verletzen würde, werde er den Fürsten nie zum Ungehorsam rathen. Als wenige Tage später Buwinkhausen von London abreiste und sich von Jakob verabschiedete, gab derselbe seinen Willen in noch strengerer und rücksichtsloserer Weise kund. Werbungen wolle er der Union gestatten, aber Geld dürfe sie von ihm nicht erwarten, da ihm die Ueberzeugung fehle, dass sie sich nicht mit aggressiven Plänen trage. Wenn sie sich zur Vertheidigung der Pfalz gegen die katholischen Angriffe berechtigt glaube, so möge sie es thun; wenn aber der Kaiser die Auflösung der Union verlange und dieses Verlangen im Gesetze begründet sei, dann möge sie sich lieber dieser Aufforderung unterwerfen. Nur dann, wenn diese Forderung nicht im Gesetze begründet sei, werde er ihr helfen. Empört über diese Gleichgiltigkeit wollte Buwinkhausen das Silbergeschirr, das ihm Jakob nach der damaligen Sitte bei der Abreise zum Geschenke machte, nicht annehmen, sondern schickte es dreimal zurück.**)

*) Londoner St. Archiv. Die Antwort an Buwinkhausen hat sich nicht vollständig erhalten, wohl aber gibt der Inhalt derselben unter dem Titel = Notes by Sir George Calvert of the Kings reply to the forgoing letter = Buwinkhausens Brief vom 14./24. März 1620. State Papers German: Jakob an die Unionsfürsten dd. Westminster 14./24. März 1620.

**) Gardiner: Prince Charles I, 317.

Unter diesen Verhältnissen kann es nicht Wunder nehmen, dass die von Dohna fortgesetzten Anstrengungen, ein Anlehen von 100.000 Pfund Sterling in der City abzuschliessen, kein günstiges Resultat hatten. Einmal schien wohl der König seine Mithilfe nicht versagen zu wollen, nur machte er die Bedingung, dass sein Name nicht genannt werde. Obwohl diese Bedingung eigentlich eine Ablehnung jeder Mithilfe in sich schloss, machten sich Dohna und Buwinkhausen, der damals noch in London weilte, auf den Weg nach der City, um mit Hinweisung auf Jakobs Billigung die reichen Kaufleute um das Anlehen zu ersuchen. Sie fanden ein geneigtes Gehör, aber der Lord Mayor wünschte doch die Meinung des Königs über diesen Gegenstand genauer zu kennen und ersuchte deshalb um eine Audienz bei demselben. „Ich will euch nichts befehlen, noch auch um etwas bitten; wenn ihr aber etwas für meinen Schwiegersohn thun wollt, so soll es mich freuen,“ mit diesen Worten beantwortete Jakob die an ihn gestellte Frage. Die Vorsteher der verschiedenen Innungen wurden darauf vom Lord Mayor aufgefordert, von ihren Innungsgenossen die entsprechenden Beiträge zu dem Anlehen aufzutreiben, allein dieselben weigerten sich, dem Befehle nachzukommen, da ihnen die kühle und bloss mündliche Erklärung des Königs nicht genügte. Sie wollten einige Sicherheit für die Rückzahlung haben und diese glaubten sie nur in einem Parlamentsbeschluss oder in einer vom Geheimrath ausgestellten Aufforderung zu finden.

Minder vorsichtig war der Clerus, der die Anlehensfrage mehr als ein Opfer betrachtete, das zur Ehre Gottes gebracht werden müsse. Deshalb forderte der Erzbischof von Canterbury durch ein Circular, auf dem zwei Bischöfe mitunterzeichnet waren, die Geistlichkeit zur Betheiligung an dem zu Gunsten des Pfalzgrafen abzuschliessenden Anlehen auf.*) Sie kam dieser Bitte nach und gab einiges Geld, mehr aber in der Form eines Geschenkes als eines Anlehens; auch der hohe Adel betheiligte sich an dieser Sammlung, so gab der Earl von Dorset 500 Pfund Sterling und versprach, durch

*) Spanish Marriage I, 316.

fünf auf einander folgende Jahre denselben Beitrag zu leisten, wenn der Krieg so lange währen würde. Jakob nahm an dieser Art der Unterstützung seines Schwiegersohnes, die zu keiner Rückzahlung verpflichtete, Gefallen und wollte sie durch seine
 1620 Empfehlung fördern. Am 5. April wohnte er einer Predigt bei, in der der Bischof von London seine Zuhörer zu Geldbeiträgen für die Kathedralkirche aufforderte. Die Zuhörer glaubten gleichzeitig gewisse Worte des Bischofs als eine Aufforderung zur Unterstützung des Pfalzgrafen verstehen zu dürfen und auch König Jakob schien diesen Eindruck empfangen zu haben. Als er die Kirche verliess und einem der Vorsteher der City begegnete, munterte er ihn auf, dem Beispiele des Klerus zu folgen und in der That hatte diese Aufmunterung zur Folge, dass sich auch die londoner Bürgerschaft an den Sammlungen
 1620 betheiligte. Trotzdem belief sich der Ertrag derselben Anfangs Mai nur auf 13000 Pfund Sterling und blieb also tief unter der Summe von 100000 Pfund, welche der Pfalzgraf nöthig hatte und die er sich durch Dohna ausleihen wollte.*)

Die Beitragsleistungen waren von allen dabei Betheiligten ohne jede weitere Bedingung geschehen, keiner dachte daran, den Pfalzgrafen in der Verwendung dieses Geldes irgendwie zu beschränken, er mochte damit thun, was ihm gut dünkte. Nicht so dachte aber Jakob, obwohl er, so viel bekannt ist, keinen Heller beigesteuert hatte; er erklärte dem Herrn von Dohna, dass dieses Geld nur für die Pfalz verwendet werden dürfe, und als in diesen Tagen die Nachricht ankam, dass der König von Dänemark sich zu einem Anlehen von 50000 Pfund verstehen wolle, verlangte Jakob, dass auch dieses Geld in Heidelberg deponirt werden solle, wiewohl der König von Dänemark erbötig war, dasselbe in Hamburg anzuweisen. Und während er das Geld nur für die Pfalz verwendet wissen wollte, sann er doch wieder auf neue Hindernisse, um die Vertheidigung der Pfalz zu erschweren. Denn als im königlichen Rathe darüber verhandelt wurde, ob man dem Pfalzgrafen neben den Werbungen für Böhmen auch solche für die Pfalz gestatten solle, brach sich der Widerstand Jakobs erst bei der Bemer-

*) Gardiner, Prince Charles I, 321.

kung, dass man ehemals anstandslos Werbungen dem Könige von Schweden und Dänemark, den Holländern und dem Erzherzoge Albrecht gestattet habe; wie könne man sie nun verweigern, wo es sich um den Schwiegersohn des Königs handle? Er schämte sich jetzt und wollte seinen Fehler damit gutmachen, dass er das Versprechen gab, er werde seinem Schwiegersohne zu Weihnachten 25000 Pfund zur Vertheidigung der Pfalz zuschicken. Nach so vielen Bitten war dies die erste Hilfe, zu der er sich für seinen Schwiegersohn verstand; leider bestand sie nur in einem Versprechen, zahlbar erst nach langer Sicht. Auch jetzt glaubte er für Spanien etwas thun zu müssen, denn er beauftragte den Herzog von Buckingham, dem spanischen Gesandten die Versicherung zu geben, dass er durch die Gestattung der Werbungen keinesfalls auf die Seite der Union trete, und dass, wenn der König von Spanien jetzt oder zu jeder beliebigen Zeit Werbungen in England anzustellen wünsche, er ihm hiezu aus vollem Herzen die Erlaubniss geben werde.*)

III

Kurz vordem war von den in Schwäbisch-Hall versammelten Unionsfürsten ein neues Mahnschreiben eingelaufen, in dem Jakob trotz des abschlägigen Bescheides, den er Buwinkhausen ertheilt hatte, abermals um Hilfe ersucht wurde. Bezüglich seines Schwiegersohnes hatte er, wie wir eben berichteten, die frühere starre Haltung aufgegeben und sich wenigstens zu einem Versprechen aufgeafft; bezüglich der Union blieb er aber bei seinem einmal gefassten Entschlusse und deutete dies in einer rücksichtslos gehaltenen Antwort an. Er habe nicht erwartet, so schrieb er, dass er nach den vielfachen Audienzen, die er Buwinkhausen ertheilt und in denen er seine Ansichten klar auseinandergesetzt habe, und nach den zahlreichen schriftlichen Erklärungen, die er abgegeben, doch noch durch ein neues Schreiben der Unionsfürsten belästigt werden

*) Buckinghams Brief an den Grafen Gondomar dd. 20. Juni 1620, Münchner Staatsarchiv 292/4.

würde. Er könne nicht anders als annehmen, dass Buwinkhausen ihnen nicht getreuen Bericht erstattet habe und aus dieser Ursache wolle er ihnen nochmals die Gründe vorlegen, um derentwillen er jede Geldhilfe versagen müsse. Zuerst verpflichte ihn der Vertrag mit der Union nur dann zu einer Geldhilfe, wenn sie angegriffen würde: das sei aber nicht der Fall, und selbst wenn es der Fall wäre, würde er zu nichts verpflichtet sein, denn die Fürsten sollten nur darüber nachdenken, ob sie durch ihr Betragen ihren Nachbarn nicht selbst Ursache zum Angriffe gegeben hätten. Bei einem von ihnen selbst hervorgerufenen Angriff fühle er sich aber nicht verpflichtet, das Bündniss aufrecht zu erhalten und anderen Fürsten feindlich gegenüber zu treten, mit denen er selbst eine Allianz unterhalte. Ferner sollten sie bedenken, zu welchem Zwecke die Union begründet worden sei. Sie sei begründet worden zum Schutz des evangelischen Glaubens, zur Aufrechterhaltung des Friedens und des Glanzes des deutschen Reiches und seines Hauptes, des Kaisers, endlich zur Ordnung der jülicher Successionsfrage. Welche Beziehung bestehe nun zwischen diesen Unionszwecken und zwischen ihrer Forderung um Geld? Der Freiherr von Dohna sei dessen Zeuge, dass er vor der Erneuerung des Bündnisses mit der Union durch den Herzog von Lenox und durch den Staatssekretär Naunton habe erklären lassen, dass die Unionsfürsten nur dann auf seine Hilfe rechnen könnten, wenn sie ihm die Ueberzeugung beibringen würden, dass sie im Widerspruche mit den Gesetzen des Reiches in einer gerechten Sache angegriffen und verfolgt würden; wenn sie aber ohne Grund zum Angriffe schreiten würden, dann müsse er sie den Folgen dieses Schrittes überlassen. Als er im vorigen Jahre bei einem bestimmten Anlasse die Ueberzeugung gewann, dass Dohna diese Erklärung nicht getreu wiedergegeben habe, habe er sie selbst den Unionsfürsten mitgetheilt. Habe man diese seine erneuerte Erklärung beachtet, als man zur böhmischen Frage Stellung nahm? Wenn er sich nun, nachdem ihn das eigenmächtige Betragen der Unionsfürsten von jeder Verpflichtung befreit habe, doch noch an ihre Seite stellen würde, würde er dadurch nicht Anlass zu einem grossen Kriege geben und den Frieden, den er

durch Absendung Doncaster's vermitteln wollte, nicht selbst stören und seine Ehrlichkeit vor aller Welt bloss stellen? Er müsste dann auch alle ihm theuren Allianzen lösen und Pläne preisgeben, deren Realisirung ihm lange vor Beginn der gegenwärtigen Unruhen am Herzen gelegen sei.*)

Da die im Mai veranstalteten Sammlungen 13000 Pfund betragen hatten, Christian von Dänemark 50000 Pfund leihen und Jakob 25000 Pfund hergeben wollte, so belief sich die ganze Unterstützung, auf die Friedrich hoffen konnte, auf 88000 Pfund, eine Summe, die wenn er gleich über sie hätte verfügen können, vielleicht dem Kriege in Böhmen eine andere Wendung gegeben hätte, so aber tropfenweise fließend den Todeskampf daselbst nur verlängerte. Das bereits vorhandene Geld, die mehrerwähnten 13000 Pfund, kamen übrigens nur zum kleinsten Theil in die Hände des Pfalzgrafen; den grösseren Theil der Summe, 7000 Pfund, hatte die Anwerbung jener 2000 Mann unter Oberst Gray verschlungen, und noch war diese Mannschaft nicht weiter als bis Gravesend gekommen, so dass der Rest des Geldes für die Kosten des Weitermarsches berechnet werden musste. Diese Angaben zeigen übrigens, dass die 13000 Pfund trotz Jakobs Verbot nur für Böhmen verwendet wurden, da Gray mit seinen Truppen sich nach diesem Lande verfügte. Man muss aber die in England angestellten Werbungen für das unglücklichste Auskunftsmittel ansehen, zu dem der Pfalzgraf in seinen Verlegenheiten griff. Was durch die Werbekosten nicht verzehrt wurde, verschlang die weite Reise und die englische Mannschaft traf nur in Böhmen ein, um die Zahl der über die Nichtbezahlung des Soldes empörten Soldaten zu vermehren.

Der Fehler, der durch die Werbungen Gray's begangen wurde, sollte jetzt fortgesetzt werden, da Jakob vorzugsweise den Engländern die von Dänemark dargeliehenen 50.000 Pfund zu Gute kommen lassen wollte. Er selbst drang in Dohna, eine Person zu bezeichnen, welche mit dem Kommando der nach der Pfalz bestimmten englischen Hilfstruppen betraut werden sollte. Dohna

*) Jakob I an die Unionsfürsten dd. Greenwich den 22. Mai/1. Juni 1620. State Papers Germany. London.

nannte den Grafen von Southampton, erlangte aber zu dieser Wahl nicht die Zustimmung Jakobs, der ihm den Grafen von Dorset oder den Obersten Cecil, zuletzt den Obersten Vere vorschlug. Durch seine Einmischung in die Wahl des Kommandanten fügte Jakob abermals seinem Schwiegersohne einen beträchtlichen Schaden zu, denn wenn Southampton das Kommando übernommen hätte, so wäre der englische Adel zu weiteren Geldopfern bereit gewesen*). Ob aber durch seine Reden, Zögerungen oder Einmischungen seinem Schwiegersohne ein Nachtheil zugefügt werde oder nicht, darum kümmerte sich Jakob äusserst wenig, da sich sein Groll gegen Friedrich wegen der vielen Unbequemlichkeiten, die er von ihm erdulden musste, täglich steigerte. Als in diesen Tagen die Nachricht nach England kam, dass Friedrich in Verhandlungen mit den Türken getreten sei, um sie gegen den Kaiser zu hetzen, war Jakob hierüber auf das äusserste empört und diesmal wollen wir glauben, dass seine Empörung auf edlen Motiven beruhte. Er gab ihr den schärfsten Ausdruck: „Wenn das wahr ist,“ rief er aus, „so will ich mich selbst gegen meinen Schwiegersohn erklären und wenn ich sterbe, sollen meine Gebeine an der Spitze der Armee geführt werden, welche ihn angreifen soll.“ — Den Grafen Gondomar machte er in einer vertraulichen Unterhaltung zum Zeugen seines tiefen Unwillens über die steten Geldforderungen seines Schwiegersohnes. „Ihr habt Recht,“ sagte er unter Anderem zu ihm, „wenn ihr euch über die Behandlung, welche die Katholiken in England erfahren, und über die Unterstützung zur Vertheidigung der Pfalz beklagt. Es ist dies aber nicht mein Fehler, das thun die Verräther, von denen ich ringsum umgeben bin. Bezüglich des Unrechts, das den Katholiken geschieht, müsst ihr euch an den Erzbischof (Abbot) wenden, der ein gottloser Puritaner ist. Auch der Pfalzgraf ist ein gottloser Mann und Usurpator, er soll keine Hilfe von mir bekommen. Ein junger Mann wie er soll auf einen alten Mann wie ich hören und thun, was Recht ist, nämlich Böhmen aufgeben, nicht aber mich in eine

*) Münchner Staatsarchiv 52-7. Gesandtschaftsbericht des Achatius von Dohna dd. 23. Mai 2. Juni 1620. Ebend. Dohna's Bericht dd. 25. April 5. Mai 1620.

schlechte Sache verwickeln. Die Unionsfürsten bitten mich ebenfalls um meine Hilfe, aber ich gebe euch mein Wort, sie bekommen nichts von mir^a *).

So hatte Jakob allmählig seine Politik in Bezug auf den Pfalzgrafen dahin bestimmt, dass er ihm nur bei der Vertheidigung der Pfalz behilflich sein wollte und dies vorläufig nur mit Versprechungen aber keineswegs mit den Mitteln, über die er als König von England verfügte, und zwar nicht bloss deshalb, weil ihm der Friede lieb war und weil er das verhasste Parlament nicht berufen wollte, sondern vor Allem deshalb, weil er jene nicht als seine Feinde ansah, die er im Bunde mit dem Pfalzgrafen hätte bekämpfen müssen. Demgemäss lautete auch seine Antwort auf die holländischen Anträge und Forderungen, die er durch Carleton Ende März den General-¹⁶²⁰staaten zukommen liess, ablehnend und in dieser Stellung verharrete er trotz aller Aufforderungen, mit denen er immer von Neuem bestürmt wurde **).

Wenn Jakob aber gehofft hatte, dass er sich durch die unverholene Kundgebung seines Entschlusses Ruhe schaffen werde, so sollte er bald genug gründlich enttäuscht werden, als gegen Ende Mai die Gefahr eines spanischen Angriffes auf die Pfalz klar zu Tage trat. Jakob hatte seine Zusagen in Betreff der Pfalz immer nur in der Hoffnung gethan, dass die Pfalz nicht angegriffen werden würde, obwohl ihm die Bemerkungen Gondomars diese Hoffnung benehmen mussten und obwohl er auch durch seinen Gesandten in Turin auf den von Spanien beabsichtigten Angriff auf die Niederpfalz aufmerksam gemacht wurde. Denn als Philipp III die vom Herzog von Savoyen erlangte Erlaubniss benützte und 8000 Mann theils italienischer, theils spanischer Truppen durch Savoyen in die Franche Comté nach Norden ziehen liess, konnten diese Truppen bei der Richtung ihres Marsches nicht gegen Böhmen, sondern nur gegen die Pfalz und die Länder der Unionsfürsten bestimmt sein ***). Da sonach die Möglichkeit vorlag, dass er an die Er-

^a) Gardiner: Prince Charles I, 324 u. fg.

^{**) Londoner Staatsarchiv: Carleton an Naunton dd. 28. März/7. April 1620.}

^{***) Gardiner MS. Wake an Naunton dd. Turin 2./12. Mai 1620.}

füllung seines bezüglich der Pfalz gegebenen Versprechens gemahnt werden dürfte, so beschloss Jakob, dieser Gefahr durch die Absendung einiger Gesandten zu begegnen, von denen sich zwei über Brüssel und Dresden nach Prag, der dritte nach Wien begeben sollten, um durch dieselben vor dem allfälligen Angriffe der Pfalz zu warnen, gleichzeitig aber auch seine Dienste für eine friedliche Beilegung des Kampfes anzubieten. Auf diese Weise wollte der König der französischen Gesandtschaft Concurrenz machen, denn er konnte sich nicht mit dem Gedanken befreunden, dass die Ehre, den Frieden herbeigeführt zu haben, jemandem andern zu Theil werden sollte als ihm.

Auch nach Haag war mittlerweile die Nachricht gelangt, dass das in Flandern versammelte Kriegsvolk gegen die Pfalz bestimmt sei, und wiewohl man dem König Jakob viel Niedrigkeit der Gesinnung zutraute, so glaubte man doch nichts anderes, als dass er zum Schwert greifen werde. Die holländischen Staatsmänner sprachen gegen Carleton diese Erwartung aus, indem sie sich mit der Geringfügigkeit ihrer eigenen Kräfte entschuldigten, wenn sie den Kampf mit Spanien nicht allein aufnahmen. In Flandern ständen zwei ausgerüstete Armeen: die eine unter Spinola's Kommando sei zum Angriff gegen die Niederpfalz, oder wenn dieser aus Rücksicht auf Jakob vielleicht noch verschoben würde, zum Angriff gegen die in der Nähe der Niederpfalz gelegenen Reichsstädte bestimmt, um von da aus einen weitem Angriff vorzubereiten; die andere unter Velasco's Kommando diene zur Beobachtung Hollands und zur allfälligen Bekämpfung einer von dort ausgehenden Diversion. Ihre Forderungen an Jakob waren trotz allem dem bescheiden. Da sich das Gerücht verbreitet hatte, dass sich die englischen Werbungen für die Niederpfalz auf 4000 Mann belaufen würden, so verlangten sie, dass ihre Zahl auf 6000 erhöht werde. Wenn sie hiezu ihre eigene Truppenzahl, die sie nach der Niederpfalz abschicken wollten, und eine kleine Beihilfe der Union hinzurechneten, so glaubten sie über 16.000 Mann verfügen zu können, genug um Spinola die Spitze zu bieten und die Unionsfürsten mit ihren fast ungeschmälerten Kräften in den Stand zu setzen, den Herzog von Baiern von

dem Angriffe auf Böhmen abzuhalten. Der Prinz von Oranien wünschte gleich seinen holländischen Landsleuten eine entschiedener Theilnahme Jakobs, der Prinz allerdings mehr aus einem egoistischen Grunde, als aus jener patriotischen Begeisterung, welche die holländischen Staatsmänner leitete. Er wollte nämlich über den geistlichen Besitz am Niederrhein herfallen, sich der Städte Köln und Lüttich bemächtigen, um aus der gemeinsamen Beute auch ein Stück für sich zu holen.*)

Am 22. Juni hatte Carleton die ihm im Haag ge- 1620
 machten Mittheilungen an den Staatssekretär Naunton berichtet, zwei Tage später schrieb er an Jakob selbst, da die Verhandlungen, die er während dieser Zwischenzeit mit den holländischen Staatsmännern geführt hatte, ihm so bedeutend erschienen, dass er über dieselben unmittelbar an seinen Herrn berichten zu müssen glaubte. Er hatte einen ganzen Tag (den 22. Juni) in Berathungen mit dem Prinzen von Oranien zugebracht, als er in denselben von einer Deputation unterbrochen wurde, die im Namen der Generalstaaten bei ihm erschien und eine bestimmte Erklärung verlangte, in welcher Weise König Jakob die Unionsfürsten und den Pfalzgrafen in der Vertheidigung der Niederpfalz unterstützen wolle, und hiebei die oben erwähnten Vorschläge vorbrachte.

Mit diesen Mittheilungen von Seite der Deputation der Generalstaaten endete die Conferenz am 22. Juni, um am folgenden Tage wieder aufgenommen zu werden. Carleton begann die Verhandlungen damit, dass er seinerseits die Deputirten um eine formelle Erklärung bezüglich dessen, was sie zur Vertheidigung der Pfalz zu thun gedächten, ersuchte, er wolle dieselbe dem Könige unterbreiten, damit dieser seinen Entschluss darnach fassen könne. Ihre Antwort lautete: wenn der König sich ihnen nicht mit einer Truppenzahl, die seiner Macht entspreche, anschliessen würde, so würden sie ihr Heer zu Hause behalten, weil sie zu schwach seien, um etwas ordentliches durchzuführen. Carleton gab sich alle mögliche Mühe, um diese ihm unerwartete, aber nach dem Verhalten Jakobs nur zu erklärliche

*) Londoner Staatsarchiv: Carleton an Naunton dd. Haag 12./22. Juni 1620; State Papers Hollands.

Vorsicht zu bekämpfen; er stellte ihnen vor, dass ihr eigenes Beispiel auf ihre Freunde abschreckend wirken würde, er erinnerte sie daran, wie durch sie die Böhmen zum Widerstande aufgemuntert und zur Wahl eines Königs veranlasst worden und wie dadurch allein die Verwicklungen in Deutschland entstanden seien; er bemerkte, dass sie erst vor kurzem dem Gesandten der Unionsfürsten Buwinkhausen die glänzendsten Hoffnungen auf Unterstützung gemacht und sich namentlich zur Truppenhilfe verpflichtet hätten, wenn die Union von Spanien angegriffen würde. Welchen Eindruck würde es nun machen, wenn die Generalstaaten plötzlich dem beginnenden Kampfe theilnahmlos zusehen würden? Dass König Jakob sich bisher von der Theilnahme am Kampfe fern halte, habe seine Berechtigung: er sei an der gegenwärtigen Verwirrung unschuldig, habe Niemandem Hilfe versprochen, wie die Generalstaaten es gethan. Alles wohl betrachtet, sei es demnach in ihrem Interesse gelegen, ihre Armee zum Schutze der Pfalz in Bewegung zu setzen.

Die Auseinandersetzungen Carletons schienen ihre Wirkung auf die holländischen Staatsmänner verfehlt zu haben, denn als sie am folgenden Tage ihre Verhandlungen mit dem Gesandten fortsetzten, liess sich einer ihrer Wortführer wohl in nähere Erörterungen über die Kriegsbereitschaft der Niederlande aus, gab aber kein Versprechen ab, dass dieselbe sich ohne Jakobs Unterstützung in den Krieg einlassen werden. Man habe, sagte er, zu den alten Truppen 4000 Mann neu ausgehoben und die gesammte Macht etwas näher an die Grenzen geschoben. Alles sei wohl vorbereitet; die Artillerie, die Pferde für den Train und die Schiffe für die Rheinfahrt, so dass binnen zehn Tagen die ganze Armee kriegsbereit sich auf den Marsch begeben könne. Die Auslagen für die Anschaffung der Pferde und der Transportwagen seien jedoch zu gross für die Niederlande, man scheue sich sie zu thun, so lange man nicht wisse, welche Hilfe der König leisten wolle. *)

Neben diesen Gründen, um derentwillen die Generalstaaten

*) Carleton an Jakob I dd. Haag 14./24. Juni 1620, State Papers. Londoner Staatsarchiv.

die Theilnahme am Kriege ohne Jakobs Unterstützung ablehnten, bestanden noch andere, die sich nicht minder geltend machten, wenn sie auch nicht offen eingestanden wurden. Sie fürchteten sich vor den Folgen eines Missgeschicks, weil es innere Unruhen nach sich ziehen konnte. Noch wohnten in den freien Niederlanden zahlreiche Katholiken, die bei jedem Misserfolg im Kriege gefährlich werden konnten, und zu diesen gesellten sich die noch zahlreicheren Arminianer, die in vielen Städten die Uebermacht hatten und gegen den siegreichen strengen Calvinismus mit bitterem Hass erfüllt waren. Nicht blos der Spanier wegen musste man also Truppen im Lande behalten, auch wegen dieses inneren Gegners durfte das Land nicht von Truppen entblösst werden.

Carleton war wie alle englischen Gesandten in dieser Zeit von der Meinung erfüllt, dass jede neue Depesche, die er nach Hause schicke, dem Zögern Jakobs ein Ende machen und er sich nun der Sache des Pfalzgrafen anschliessen werde. In einem Brief, den er am 29. Juni an Naunton richtete, ¹⁶²⁰ rühmte er die Opferwilligkeit der Holländer über die Massen und setzte binzu, dass von ihnen nicht mehr erwartet, ja sogar nicht mehr gewünscht werden könne. Welche Nutzenanwendung dies für England ergab, verstand sich wohl von selbst. Carleton blieb dieselbe nicht schuldig und bemerkte, wenn Jakob nicht mehr als 4000 Mann nach der Pfalz senden wolle, so würde er in den Augen seiner nächsten Freunde seiner Ehre die tiefste Wunde schlagen und die Bundesgenossen zu verzweifelten Entschlüssen treiben. Er glaubte, dass sein Herr die protestantischen Interessen nicht preisgeben werde und hoffte mit Zuversicht, dass seine scharfe Sprache zu Hause die gewünschte Wirkung haben würde.

Jakobs Gesinnung änderte sich aber trotz aller dieser Vorstellungen keineswegs: war er taub gegen die Bitten seines Schwiegersohnes, so kümmerten ihn die Berichte seines Gesandten vollends nichts, ja er war gemein genug, sich gerade in diesen Tagen an einer Intrigue zu betheiligen, die gegen Holland gerichtet war. Den Anlass hiezu bot eine Nachricht, die Mitte Mai aus Ostindien eingelaufen war und in der von Gewaltthätigkeiten, die sich die Holländer gegen englische

Schiffe erlaubt hatten, berichtet wurde. Jakob war darüber erbittert und auch sein Liebling Buckingham, der Lord Oberadmiral von England empfand diesen Vorfall als eine persönliche Beleidigung. Als nun der letztere gegen Ende Juni in Begleitung Lord Digby's dem Grafen Gondomar einen Besuch abstattete, klagte er über die den englischen Schiffen widerfahrenen Misshandlungen und drückte in seinem Aerger die unvernünftige Hoffnung aus, dass der König von Spanien den Waffenstillstand mit den Generalstaaten, der im Jahre 1621 zu Ende gehen sollte, nicht mehr erneuern werde. Wäre es nicht Pflicht des Königs von England auch seinerseits den Holländern den Krieg zu erklären, bemerkte Gondomar auf diese seltsame Aufforderung. Der hingeworfene Köder wurde von Buckingham gierig erfasst und es begannen nun Verhandlungen zur Abschliessung einer Allianz zwischen Spanien und England zur gemeinsamen Bekämpfung von Holland. Gondomar versicherte, dass sein Herr für die Dienste, die ihm Jakob durch seine Allianz bei der Bezwingung der aufrührerischen Niederlande leisten würde, nicht undankbar sein werde, ein oder zwei Provinzen dürften den Beuteantheil Englands bilden. Die beiden Engländer wollten damit zufrieden sein, nur verlangten sie, dass Holland und Seeland die betreffende Beute bilden sollten.

Wie zwei hochgestellte Engländer so charakterlos sein konnten, auf derartige Unterhandlungen einzugehen, ist schwer begreiflich und allein durch den schlimmen Einfluss erklärlich, den die niedrige Gesinnung Jakobs auf seine Umgebung ausübte. Es war ebenso ungeschickt wie schamlos, wenn Buckingham eine Allianz mit Spanien auf dieser Grundlage für möglich hielt; bedachte er nicht, dass ein Schrei der Entrüstung durch ganz England ertönen würde, wenn der König statt Holland gegen die spanischen Angriffe zu schützen, es in Gemeinschaft mit Philipp III angreifen würde, hiess dies nicht die glorreichen Erinnerungen aus den Tagen Elisabeths mit Füßen treten? Durch solche Betrachtungen liess sich jedoch Buckingham nicht stören, seine Sorge war nur, wie Jakob in das Geheimniss dieser Verhandlungen eingeweiht werden könnte, ohne dass dasselbe verletzt würde. Er fand sich bei ihm

ein und liess ihn zuerst schwören, dass er die Mittheilung, die er ihm zu machen habe, Niemandem verrathen wolle. Der König schwor und vernahm nun Buckingham's Bericht. Er schien vergnügt zu sein über das, was er hörte, und bat, dass die Sache dem Prinzen von Wales mitgetheilt werde. Buckingham ging darauf zu Gondomar und forderte ihn auf über die Verhandlungen nach Hause zu berichten und die Willensmeinung seines Herrn einzuholen, da Jakob mit Vergnügen auf den vorgelegten Plan eingehe.*) In der That begann Jakob sogar über diesen Gegenstand mit Gondomar zu verhandeln, er entwarf einen Kriegsplan und glaubte dadurch einen entscheidenden Schlag gegen Holland führen zu können, wenn er den Engländern, die im holländischen Heere Dienste genommen hatten und deren Zahl auf 8000 Mann berechnet wurde, den Befehl zukommen lassen würde, den Holländern den Gehorsam aufzukündigen und sich der festen Plätze zu bemächtigen, in denen sie stationirt waren. Eine grosse Flotte unter Buckingham's Commando mit einem tüchtigen Landungsheere an Bord sollte jeden weiteren Widerstand niederschlagen. Diesen Inhalt hatten die Unterhaltungen und Zwiegespräche zwischen Jakob und Gondomar zu einer Zeit, wo sich auf dem Continent ein entscheidender Kampf zwischen Katholizismus und Protestantismus vorbereitete. Es war allerdings nichts mehr als elendes Geschwätz von Seite Jakobs, und als solches behandelte es auch Erzherzog Albrecht, als ihm Philipp von diesen Verhandlungen Mittheilung machte und ihn um seine Meinung befragte. Albrecht erwiderte, dass der König von England kein Geld habe, um eine Flotte und ein Heer auszurüsten und dass sich die englischen Soldtruppen gegen die Holländer nicht erheben würden und dass sonach der ganze Plan nichts werth sei.**)

Mittlerweile hatte Jakob seinen Plan bezüglich der abzuschickenden Gesandtschaft verwirklicht und zur Reise nach Brüssel und Prag und einigen deutschen Fürstenresidenzen die Herren

*) Gardiner Prince Charles I 334; Gondomar berichtet über diese Vorgänge in einem Schreiben am 7. Juli 1620.

***) Gardiner a. a. O. I 335.

Conway und Weston bestimmt, während er nach Wien den im diplomatischen Dienste bereits erfahrenen Wotton abschickte und ihm bei dieser Gelegenheit auch befahl einige süddeutsche Fürsten und Reichsstädte zu besuchen.*) So traf Jakob nochmals Anstalten, um durch seine Vermittlung den böhmischen Streit zu schlichten, wiewohl ihn das Scheitern seiner Bemühungen im vorigen Jahre von dem Betreten desselben Weges hätte zurückhalten können. Wotton musste mit der französischen Gesandtschaft entweder in Deutschland oder in Oesterreich zusammentreffen. Bei seinem nicht klar präcisirten Auftrage, der theils zu Gunsten des Kaisers, theils zu Gunsten Friedrichs lautete, stimmte derselbe so ziemlich mit jener Rolle überein, die die Franzosen nach den ulmer Verhandlungen zu spielen begannen und so begegneten sich die beiden Gesandtschaften, als sie in Wien zusammentrafen, in ihren beiderseitigen Wünschen und Bestrebungen.

*) Wiener Staatsarchiv, Jakob an Ferdinand dd. 5. Juni 1620. — Münchner Staatsarchiv Jakob an Friedrich dd. 29. Juni 1620. — Ebend. Abraham Williams an? dd. 1. Juli 1620.

Drittes Kapitel.

Der Krieg im Winter und Frühjahr 1620.

- I Lage der böhmischen Armee nach dem Rückzuge von Wien. Die niederösterreichischen Protestanten vereinigen ihre Truppen mit den böhmischen. Dampierre und Buquoy. Stellung der feindlichen Armeen. Kriegsplan Buquoy's. Anhalt in Prag und Tabor. Einmarsch des italienischen Volks in Böhmen. Böhmisches Werbungen.
- II Die Kämpfe um Nikolsburg. Das Treffen bei Langenlois. Buquoy gibt seine Absicht auf Oberösterreich auf. Die polnischen Kosaken. Marradas und seine Erfolge in Böhmen. Bestürzung in Prag. Anhalt in Eggenburg. Buquoy zieht gegen Meissau. Der Kaiser wünscht, dass Buquoy nach Böhmen ziehe. Buquoy lehnt den Vorschlag ab.
- III Die durch das Kriegsvolk in Oesterreich verursachten Leiden. Man beschliesst in Prag den Abmarsch Maunsfelds nach Oesterreich. Kriegsrath der Bundesgenerale. Anhalts Abreise nach Prag. Raubscenen in Immenhof. Ueberfall von Sinzendorf.
- IV Die ungarische Gesandtschaft in Prag. Taufe des Prinzen Rupert. Der Generallandtag in Prag. Verhandlungen über das ungarische Bündniss. Berathungen über die Herbeischaffung des zur weiteren Kriegführung nöthigen Geldes. Die darauf bezüglichen Landtagsverhandlungen. Beschlüsse bezüglich der verarmten Gutsbesitzer. Die böhmischen Landesschuldner. Der älteste Sohn des Königs wird zum Nachfolger designirt.

I

Im Winter und Frühling des Jahres 1620 hatte sich der Kaiser, wie aus den bisherigen Mittheilungen ersichtlich ist, mit Erfolg um die Hilfe zahlreicher Freunde bemüht und alle Vorbereitungen getroffen, um im darauffolgenden Sommer einen Hauptschlag gegen seine Feinde zu führen. Die Anstrengungen des neuen Königs von Böhmen, auch seinerseits Bundesgenossen zu finden, hatten wenig Erfolg, da die Union schliesslich ihre Streitkräfte zur Vertheidigung der Pfalz verwenden musste und die Geldunterstützungen, die dem König aus Dänemark und England zukamen, zum grossen Theil zu gleichem Zwecke

verwendet werden mussten und alle Anstrengungen Venedig zur Zahlung von Subsidien zu vermögen resultatlos blieben. *) Ebenso wenig Erfolg hatten die Bitten und Versuche der böhmischen Stände Steiermark, Kärnthen und Krain zum Anschluss an die gemeinsame Sache des Aufstandes und zum Wiedergewinn der verlorenen religiösen Freiheit zu vermögen, da die angerufenen Stände dieser Länder trotz aller persönlichen Wünsche sich zu keinem solchen Wagniss verstehen wollten. Nach dem Rückzuge der böhmischen und ungarischen Armee von Wien im Monate Dezember 1619 waren die böhmischen Kronländer um so mehr auf ihre eigenen Kräfte angewiesen, als auch Bethlen vorläufig mit dem Kaiser einen Waffenstillstand schloss. Nur Friedrich und Anhalt mit ihren Ersparnissen und Einkünften und die Holländer mit ihrer monatlichen Unterstützung von 50.000 Gulden standen dem Aufstande treu zur Seite und erst als Bethlen sah, dass der Kaiser den mit ihm abgeschlossenen Waffenstillstand nicht auf Böhmen ausdehnen wollte, schickte er seinen Freunden einige Tausend
 1620 Mann zu Hilfe. Da dies jedoch erst gegen Ende April geschah, so waren die böhmischen Länder durch fünf Monate auf sich allein angewiesen, und nur der Anschluss der Oester-
 1620 reicher, die endlich im Januar die Waffen gegen Ferdinand erhoben, bot ihnen einige Hilfe in dieser kritischen Zeit, über deren Kämpfe und ihren Verlauf wir nun berichten wollen.

Als im Dezember 1619 die Böhmen und Ungarn sich von Wien zurückzogen, mussten die ersteren gegen 14 Tage am rechten Donauufer vor Pressburg verweilen, weil die Schiffbrücke wegen des reissenden Stromes abgebrochen worden war und nur mit Mühe wieder hergestellt werden konnte. Wie gross die Verwüstung war, welche die Ungarn bei ihrem Einfall in Oesterreich rings umher verbreitet hatten, erfuhren jetzt die böhmischen Truppen zu ihrem Schaden. Alle Dörfer waren menschenleer, da die Einwohner, um sich vor Raub und

*) Münchner StA. Inhalt der Antwort, welche der Rath zu Venedig gegeben dd. 26. Juli 1620. Ebend. Teicheneck an Friedrich von der Pfalz dd. 31. Juli 1620. Ebend. des Königs von Böhmen Negotiation mit Venedig. Ebend. Teicheneck an Friedrich dd. 15. 25. Sept. 1620.

Misshandlung zu retten, geflohen waren; in den leeren Häusern fand der Soldat nicht einmal Schutz gegen die Unbilden der Witterung, denn die Ungarn hatten in sinnloser Wuth alle Fenster und Oefen bei ihrem Marsch gegen Wien zertrümmert. Oberstlieutenant Schlammersdorf, einer von den hervorragenden Offizieren des böhmischen Heeres, der diesen Rückzug mitgemacht und allen Jammer desselben mit erlebt hat, berichtete an den Fürsten von Anhalt, dass einzelne Truppenabtheilungen durch acht bis zehn Tage keinen Bissen Brod und höhere Befehlshaber keinen Tropfen Wein bekommen hätten. Man musste zu Wurzeln und Gemüse greifen, um den Hunger zu stillen, und seinen Durst mit dem Donauwasser oder mit dem Wasser der verunreinigten Brunnen löschen. Da es im böhmischen Heere auch wieder an der nöthigen Bekleidung gebrach, so stieg das Elend zu einer Höhe, die an die rudolfstädter Schreckentage mahnte. Die Krankheiten wütheten in einer Weise, dass die blutigste Schlacht nicht mehr Opfer hätte fordern können. Das Regiment Thurns, das sich zur Zeit seiner Werbung auf 3000 Mann belief, sank jetzt auf 1200 Mann herab, wobei mindestens der halbe Verlust auf Rechnung der jüngsten Ereignisse zu setzen war, und im selben Verhältnisse waren die Verluste der übrigen Regimenter *), so dass man im Ganzen nicht mehr als 5000 Mann zu Fuss und 2000 Reiter unter den Fahnen zählte: alles übrig lag krank darnieder oder war zu Grunde gegangen. Das war der Rest einer Armee, die vor einem Monat sich auf mehr als das doppelte belaufen hatte. Auch die mährischen und schlesischen Truppen litten ensatzlich, obwohl die Noth bei ihnen geringer war, da ihnen der Sold regelmässiger ausgezahlt wurde.

Von Prag geschah nichts, um dem um sich greifenden Elend in der Armee, das schon im November eine bedrohliche Höhe erreicht hatte, abzuhelfen, man war froh, dass die Trup-

*) Münchner R. A. Böhmen tom. III. Schlammersdorf an Anhalt dd. 7./17. Dec. 1619. -- Münchner StA. Zeitung aus Prag dd. 16. Dezember 1619. Sächs. StA. Aus Pressburg dd. 8. Dezember 1619. Aus Wien dd. 15. und 18. und 25. Dezember 1619. Lebzelters Briefe aus Prag, dd. 10./20., 14./24., 19./29. und 23. Dezember 1619/2. Januar 1620. — Innsbrucker Statthalt. Archiv. Aus Wien dd. 17. Dec. 1619.

pen nicht im Lande waren und nicht mit Repressalien drohen konnten, weil der im August versprochene dreimonatliche Sold noch nicht bezahlt war. Als nun Thurn in seinen Berichten die Nothlage mit immer grelleren Farben schilderte, gleichwohl aber aus den einlaufenden Steuern kein genügender Betrag verfügbar war, half man sich damit, dass man den Fürsten von Anhalt um ein Darlehen ersuchte, und von diesem in der That 60.000 Gulden erhielt. Indem man diese Summe ergänzte, verfügte man über einen Monatssold und dieser wurde Anfangs Dezember dem Heere nachgeschickt. *) Aber die mit der Ueberbringung betrauten Herrn fürchteten sich, von den Ungarn beraubt zu werden, weil diese den Uebergang über die Donau bei Pressburg besetzt hielten und man bei ihnen vorbeipassiren musste, wenn man zu den am rechten Donauufer befindlichen Böhmen kommen wollte. So blieb das Geld in Mähren und man kann es wohl begreiflich finden, dass die böhmischen Soldaten jenen fluchten, die zu dem Zuge über die Donau gerathen hatten. Wir können den Tag nicht angeben, an dem dieser Strom endlich von den vereinigten Böhmen, Mähnern und Schlesiern überschritten wurde, jedenfalls geschah es vor dem Weihnachtsfeste. Während sich die Böhmen nun zunächst bei Ulrichskirchen lagerten und die Mährer gegen Neumühl und Brünn zogen, gingen die Schlesier nach Hause, wo ein Theil der Truppen entlassen und der Rest zur Abweh-
 1619 rung der von Polen drohenden Gefahr verwendet wurde. **) Graf Thurn aber, statt bei dem Heere zu bleiben und die Leiden desselben durch seinen Zuspruch und sein Ansehen zu mildern, hielt sich zuerst in Pressburg auf, wo er mit Bethlen Zukunftspläne ausheckte, und ging darauf nach Prag, wo er die Weihnachtstage zubrachte und über die geringe Opferwilligkeit der Stände schimpfte. Er verlangte frische Mannschaft, Pulver und sonstige Kriegsvorräthe und

*) Sächs. StA. 9173, XX, 192. Lebzelter an Schönberg dd. 9./19. Dezember 1619. — Ebd. Thurns und Hohenlohe's Schreiben dd. 20. November 1619. — Münchner R. A. tom. 2. Hier wird über die Verhandlungen, durch die Anhalt zu jenem Darlehen vermocht wurde, berichtet.

**) Skála, III, 424. — Sächs. StA. Lebzelters Bericht dd. 18./28. Dezember 1619

erklärte auch in einem Anfall von Ueberdruss, dass er das Kommando niederlegen wolle.

Die schlimme Lage, in der sich die böhmische Armee befand, verbesserte sich Anfangs Januar wenigstens dadurch, 1620 dass sich die Niederösterreicher dem Aufstand anschlossen und ihre Truppen den Böhmen zur Verfügung stellten. Ferdinand gab sich alle Mühe, die Stände von diesem feindlichen Beschlusse zurückzuhalten und verhiess ihnen die Bestätigung ihrer politischen und Glaubensfreiheiten, wenn sie sich zur Huldigung bequemen würden. Auch Herr von Traun, der Präsident der hornor Versammlung, suchte das Gewicht seines Ansehens geltend zu machen und warnte die Stände vor allzu weitgehenden Beschlüssen, aber alle eine Vermittlung befürwortenden Anstrengungen scheiterten an dem Widerstande des bekannten Herrn von Thonradel, der mit leidenschaftlichem Eifer die Stände zum entschlossenen Vorgehen zu bereden suchte und hiebei an einigen älteren und angesehenen Herren der Versammlung beredete Unterstützung fand. Die furchtbaren Kriegseliden, unter denen jetzt Niederösterreich litt, und durch welche die Armuth in die Häuser jener kam, die sich sonst keine Genüsse zu versagen brauchten, hatten einen tiefen Hass erzeugt, so dass man nicht mehr davor zurückschrack, auch sein Leben in die Schanze zu schlagen. Zu diesem äussersten Entschlusse mag auch Herr von Tschernembl *) beigetragen haben, der im Auftrage der oberösterreichischen Stände nach Pressburg reiste, um daselbst ein Bündniss mit den ungarischen Ständen abzuschliessen, und auf dem Wege Horn berührte. So fasste denn am 14. Januar die Mehrheit der niederöster- 1620 reichischen Stände den Beschluss, die kaiserlichen Truppen als Feinde anzusehen und demgemäss zu behandeln, das Bündniss mit Böhmen auch auf Ungarn zu erweitern und zu diesem Zwecke Gesandte nach Pressburg abzuschicken. **)

Was Oberösterreich betrifft, so hatte es gleich nach dem Tode des Kaisers Mathias den Beschluss gefasst, seine Truppen mit den böhmischen zu vereinigen und hatte zu

*) Sächs. StA. Aus Linz dd. 10. Januar 1620.

**) Sächs. StA. Lebzelters Bericht dd. 11./21. Januar 1620.

zu diesem Ende das Kloster Hohenfurt besetzt. Wenn es zwischen den österreichischen und den kaiserlichen Truppen bisher zu keinen bedeutenderen Gefechten gekommen war, so hatte dies darin seinen Grund, dass die ersteren hauptsächlich die Zugänge in ihr Land bewachten und so die dem Kaiser aus Deutschland und Italien zu Hilfe ziehenden Truppen zur Aenderung ihrer Marschrichtung nöthigten. Ober- und Niederösterreich vermehrten jetzt die Zahl des böhmischen Kriegsvolkes um etwa 9000 Mann. Die niederösterreichischen Truppen bestanden aus drei Regimentern — einem Reiterregiment unter Späths, einem Regiment Fussknechte unter Stadel's Kommando und einem auf Mansfeld's Namen geworbenen Reiterregimente, das von dem Oberstlieutenant Carpezon kommandirt wurde. Zum obersten Anführer dieser Truppen mit dem Titel eines Generals wurde Herr von Hofkirchen erwählt. Die Oberösterreicher hatten das Kommando über ihre Truppen dem Herrn Gotthard von Starhemberg übertragen. Sowohl Starhemberg wie Carpezon gingen eifrig daran, die festen Plätze in Oesterreich, in denen eine kaiserliche Besatzung lag, in ihre Gewalt zu bringen. Der Anschlag auf Krems und Göttweih misslang jedoch, nur Ips fiel in die Hände der Oberösterreicher.*) Gleichzeitig trafen sie bei Engelszell Vorkehrungen, um den Vormarsch der in Passau lagernden italienischen Truppen zu hindern, und ersuchten die Böhmen um ähnliche Vorkehrungen am goldenen Steig.

Wenn auch das kaiserliche Heer keine solche Noth litt wie die Böhmen, weil dessen Sold zum guten Theil von Spanien bezahlt wurde, so machte sich doch auch in Wien das finanzielle Elend in solcher Weise geltend, dass man zu Erpressungen Zuflucht nehmen musste. Ein kaiserliches Dekret verpflichtete die wiener Kaufleute zu einem Geschenke oder einem Darlehen von 34.000 Gulden und bedrohte sie im Falle der Nichtzahlung mit der Sperrung ihrer Gewölbe. Da von einem ordentlichen Handel nicht mehr die Rede war, so liessen die Kaufleute lieber die angedrohte Eventualität über sich er-

*) Sächs. StA. Lebzelters Bericht dd. 10. 20. Dezember 1619 und 28. Dez. 1619, 7. Januar 1620 und andere Berichte.

gehen, als dass sie die verlangte Zahlung geleistet hätten, und so blieb dem Kaiser nichts übrig, als ihnen wieder die Erlaubniss zur Oeffnung ihrer Gewölbe zu geben, ohne dass sie gezahlt hatten.*) Man musste sich jetzt beeilen, die Armee aus der Umgebung der Stadt zu entfernen und sie in das Gebiet des Feindes einfallen zu lassen, wo sie zum Theil auf dessen Kosten leben konnte. Es wurde demnach bestimmt, dass Dampierre und Buquoy, die ohnedies in schlechter Harmonie mit einander lebten, sich wieder trennen sollten; der erstere sollte sich nach Ungarn begeben und der letztere sich gegen Oberösterreich wenden, um den Truppen, die Philipp III seinem Vetter zu Hilfe geschickt hatte und die in Passau eingetroffen waren**), die Hand zu reichen. Dampierre zog nach Eisenstadt und versuchte von da aus (vor dem 24. Dezember) ¹⁶¹⁹ einen Angriff auf Oedenburg, der ihm auch gelang; da er sich jedoch aus der Stadt zurückzog, so bemächtigten sich die bethlen'schen Truppen derselben wieder. Seit dem Anfange des J. 1620 ruhten die Waffen zwischen Oesterreich und Ungarn, weil Waffenstillstandsverhandlungen eingeleitet wurden und Ferdinand dieselben durch weitere Angriffe nicht stören mochte.

Buquoy betrieb mittlerweile seit Mitte Dezember den Abzug seiner Armee von Wien und setzte dieselbe auf dem rechten Donauufer gegen Krems in Bewegung. Da er die böhmische Armee nicht zu fürchten brauchte, weil diese damals noch bei Pressburg lag, so durfte er hoffen, dass es ihm ohne besondere Mühe gelingen werde, bis nach Oberösterreich vorzudringen und den bei Passau lagernden italienischen Truppen die Hand zu reichen. Der Plan Buquoy's wäre vielleicht gelungen, wenn der Winter nicht hindernd dazwischen*getreten wäre. Die überaus kalte Witterung lähmte aber die Kraft und Ausdauer der Mannschaft und so kam er in seinem Vormarsch nicht einmal über Krems hinaus, als bereits die böhmische Armee bei Langenlois, also in der Nähe dieser Stadt ange-

*) Sächs. StA. Nachrichten aus Wien im Dezember 1619 und Januar 1620.

**) Bd. II S. 369.

langt war. *) Da wenige Tage später die österreichischen Stände mit ihren Truppen sich den böhmischen anschlossen, so war für Buquoy der angestrebte Erfolg nicht mehr so leicht zu erreichen, besonders da die Oberösterreicher, wie erwähnt wurde, bei Engelhartzell alle Anstalten trafen, um das Vorrücken der passauer Truppen zu hindern, so dass die letzteren aus ihrer Stellung bei Hafnerszell nicht vorrücken konnten. **) Ueberhaupt wurden in Oberösterreich alle Vorkehrungen getroffen, um den Einmarsch des Feindes zu hindern, alle Strassen wurden unwegsam gemacht, die Pässe zu Abgründen umgestaltet und die Bauern darauf eingeübt, dass sie auf ein gegebenes Sturmzeichen aus nah und ferne herbeieilen sollten, um den Feind abzuwehren. Bei einer Art Probevorstellung, die man zu diesem Zwecke anordnete, liefen an 6000 Bauern mit allerlei Wehren bewaffnet zusammen; die späteren Ereignisse zeigten jedoch, dass sich dieses Schaustück nicht wiederholte, als es zum Ernst kam.

Um die Mitte des Monats Januar hatten die verschiedenen Armeen folgende Stellungen inne: Buquoy stand mit seinen Truppen am rechten Donauufer und hatte die wichtigen, die Donauübergänge beherrschenden Städte Krems und Mülk in seinem Besitz. Die böhmische Armee hatte ihre Quartiere zwischen Langenlois und Horn, die Niederösterreicher standen am linken Donauufer und in den Städten Emersdorf, Aggspach, Spitz und Wochendorf. Die mährischen Truppen hatten sich nach Mähren zurückgezogen, um den voraussichtlichen Angriff Dampierre's abzuwehren, dessen Truppen zwar noch immer bei Eisenstadt lagerten, der aber bereits in Wien weilte, um den Angriff auf Mähren vorzubereiten. ***) Die Oberösterreicher standen in ihrer Provinz, doch wissen wir nicht genau, wo ihre Quartiere waren. Die Schlesier waren nach

*) Sächs. StA. Aus Linz dd. 6. Januar 1620 und zahlreiche Schreiben aus dem Monate Dezember 1619 im genannten Archiv. — Münchner R. A. Colonna von Fels an Anhalt dd. 30. Dezember 1619.

**) Sächs. StA. Aus Linz dd. 10. Januar 1620.

***) Archiv von Gratzen, Aviso dd. 10. Januar 1620. — Sächs. StA. Wien dd. 12. Januar 1620.

Hause gezogen und schickten ihr Contingent erst im März wieder zur böhmischen Armee.

Der Kaiser war um diese Zeit durch ein trauriges Ereigniss in seiner Familie schmerzlich berührt. Am 26. Dezember 1619 starb in Graz sein ältester Sohn und deshalb traf er Anfangs Januar Vorbereitungen zu einer Reise dahin, um dem Leichenbegängnisse beizuwohnen, doch verzögerte sich seine Abreise von Tag zu Tag wegen der ungarischen Verhandlungen, die bereits ihren Anfang genommen hatten und seine Entfernung 1620 nicht gestatteten. Auch bezüglich der weiteren Kriegführung wandten sich Buquoy und Dampierre mit zahlreichen Gesuchen an ihn und letzterer kam zu diesem Ende wiederholt nach Wien. Doch scheint es nicht, dass der Kaiser eine besondere Thätigkeit entfaltet habe, wenigstens vermerkten es die ungarischen Geisseln, die in dieser Stadt verweilten, sehr übel, dass er auch jetzt seiner Leidenschaft für die Jagd nachgab und die wichtigsten Angelegenheiten nach Bequemlichkeit erledigte.*)

Trotz der ungünstigen Jahreszeit begnügte sich Buquoy nicht damit, seinen Truppen in ihren neuen Quartieren einige Ruhe zu gönnen, sondern traf Anstalten, um die Stadt Ips, deren sich soeben die Oberösterreicher bemächtigt hatten, wieder in seine Gewalt zu bringen, was ihm auch gelang.**)

Die oberösterreichischen Stände, denen der Einbruch des passauer Kriegsvolkes ohne Unterlass als drohendes Gespenst vorschwebte, wurden durch diesen Schlag vollends aufgeschreckt. Sie hatten zu Ende 1619, als bloss die passauer Gefahr im Anzuge war, den Herrn Erasmus von Starhemberg nach Prag geschickt und um die in der Conföderation vereinbarte Hilfe ersuchen lassen. Da die Antwort, die ihrem Gesandten zu Theil wurde, nur Ausflüchte enthielt und so wenig Tröstliches in sich schloss, und Ips gerade verloren ging, beschlossen sie die Absendung eines neuen Boten, um durch

*) Sächs. StA. Aus Wien dd. 22. Januar 1620.

***) Ferdinand gibt von der Wiedereroberung von Ips in einem Brief an Max dd. 15. Jan. 1629 Nachricht. Münchner StA.

diesen die frühere Bitte noch dringender zu wiederholen^{*)}. Man sprach in Prag davon, dass man dem Grafen Thurn, der wieder zu den Truppen zurückgekehrt war und sein Hauptquartier in Kirchberg aufgeschlagen hatte, den Befehl ertheilen wolle, durch Oberösterreich gegen Passau vorzurücken, die dortigen Truppen anzugreifen und so den Kriegsschauplatz auf ein bisher unverwüstetes Gebiet zu verlegen. Vielleicht
 1620 wollte auch der Fürst von Anhalt jetzt das Kommando selbst übernehmen und den Krieg energisch betreiben, denn am 7. Januar schickte er den Herrn Christoph von Dohna zu der böhmischen Armee ab, um sich von ihm einen genauen Bericht über den Zustand derselben erstatten zu lassen.^{**)} Ohne den Bericht seines Gesandten abzuwarten reiste er darauf am 14. Januar nach Tabor ab, setzte aber die Reise nicht fort, sondern richtete seine Schritte plötzlich nach Anspach.^{***)} Was ihn zur Aenderung seiner Reiseroute bewogen haben mag, ob die ihm mittlerweile zugekommenen schlimmen Nachrichten von dem Zustande des böhmischen Heeres, dessen Mannschaft zum Theil der Beschuhung und Kleidung entbehrte und in Folge dieses Mangels neben den sonstigen Krankheiten auch dem Erfrieren preisgegeben war, oder die Nachricht, dass die Passauer ihre Schritte nach Böhmen lenkten, bleibt dahingestellt: jedenfalls mag er es für nöthig erachtet haben, den Markgrafen von Anspach, der die Unionstruppen kommandirte, um eine energischere Hilfe zu ersuchen, als die Union auf dem Korrespondenztage in Nürnberg in Aussicht gestellt hatte.

Von den in Passau stationirten italienischen Truppen waren 1500 Mann in der That nach Budweis vorgedrungen und hatten die dortige Garnison gegen jeden Angriff gesichert und nun
 1620 rückten (seit Ende Januar) nach und nach die übrigen Italiener in Böhmen ein. Das Ungewitter, das sich zuerst über

*) Sächs. StA. Lebzelters Briefe dd. 26. Dezember 1619/5. Januar 1620, dd. 1./11. Januar und 6./16. Januar 1620.

***) Münchner RA. Böhmen, tom. III, 281, Aufträge für Dohna.

***) Sächs. StA. Lebzelters Bericht dd. 6./16. Januar 1620. Es ist schwer die eigentliche Ursache der plötzlichen Abreise Anhalts von Tabor nach Anspach ausfindig zu machen, wir können, wie wir dies im Texte gethan, nur Vermuthungen anstellen.

Oberösterreich zu entladen drohte, war also über Böhmen heringebröchen. Man machte auf kaiserlicher Seite alle Anstrengungen, um diesen Einmarsch zu erleichtern und einen gangbaren Weg zwischen Wallern und Krumau herzustellen; die Bauern wurden mit Geld und Gewalt zur Abräumung der künstlichen Hindernisse, namentlich der in den Wäldern angelegten Verhaue genöthigt und so gelangten unter dem Kommando des Obersten Marradas 22 Fähnlein italienischen Volkes trotz des rauhen Wetters nach Krumau, von wo der Marsch nach Budweis keinen besonderen Schwierigkeiten mehr unterlag. Nur ungefähr 3000 Mann blieben noch in Passau zurück. Thurn und Fels, die diese Thatsachen an den Fürsten von Anhalt berichteten, verlangten, dass man die Oberösterreicher ermahnen solle, ihre Truppen nach Böhmen marschiren zu lassen. *) Für wie gefährdet man die Sache des Aufstandes um diese Zeit hielt, zeigt die Siegeszuversicht, der sich einige hervorragende Personen auf kaiserlicher Seite hingaben. Michna, der ehemalige Sekretär der böhmischen Statthaltereı, der jetzt zum Generalintendanten des kaiserlichen Heeres ernannt worden war, spottete über den neuen König von Böhmen und stellte dessen Verjagung bis Pfingsten in sichere Aussicht.

Die Nachrichten von dem Einmarsch des italienischen Volkes riefen in Prag keine geringe Bestürzung hervor. Anhalt, der am 22. Januar aus Anspach zurückgekehrt war, beriet 1620 sich auf das eifrigste mit den obersten Landesoffizieren und mit dem Grafen Mansfeld, der auch in Prag erschienen war, über die zu ergreifenden Massregeln. Was nützten aber alle Berathungen, wenn nur Geld allein helfen konnte und dieses mangelte! War ja doch die Anwesenheit Mansfelds in Prag nur dadurch veranlasst worden, dass er bei seinem Regiment keinen Gehorsam mehr finden konnte, weil den Soldaten kein Sold bezahlt wurde, so dass sich ihre Soldrückstände bereits auf 800.000 Gulden beliefen. Statt das Land

*) Münchner RA. Thurn und Fels an Anhalt dd. 21. und 22. Januar 1620. Ebend. Aus Wittingau dd. 27. Januar 1620.

gegen den Feind zu schützen, waren die Reiter dem Grafen nachgezogen und hatten sich in Königsaal — zwei Meilen von Prag — einquartirt und daselbst und in der Umgebung offenen Raub getrieben. Was konnte es Angesichts dieser Noth helfen, wenn Anhalt auf die Nothwendigkeit neuer Werbungen hinwies, weil der Stand der böhmischen Armee gegen October 1619 um mehr als die Hälfte, ja in einzelnen Regimentern um mehr als zwei Drittel gesunken war! Wohl strengte man sich in Prag auf das Aeusserste an, brachte 40.000 Gulden zusammen, mit denen man die mansfeldischen Soldaten beschwichtigte, und traf auch Anstalten, um etwas für die in Oesterreich stationirten Truppen zu thun; allein alles dies stand in keinem Verhältnisse zum Bedürfniss. *) Auch Werbungen wurden angestellt, mit dem Herzog Johann Ernst von Weimar wurde ein Vertrag abgeschlossen, wornach ihm die Ausrüstung eines Regiments Fussknechte in Holland übertragen wurde, und gleiche Verträge wurden mit dem Grafen Styrum und dem Obersten Sidon abgeschlossen, so dass mit Zuzählung des in England unter Gray erworbenen Regimentes Verstärkungen in der Grösse von ungefähr 10.000 Mann vorbereitet wurden. Da diese Verstärkungen erst im Mai oder Juni auf dem Kampfplatze eintreffen sollten, so suchte man der Noth durch die unmittelbare Anwerbung von 2000 Musketieren, die schon 1620 am 4. Februar in Prag gemustert wurden**), abzuhelfen, allein die Hoffnung, die man auf die Leistungen dieser Mannschaft setzte, wurden durch die erhöhten Zahlungsschwierigkeiten mehr als aufgewogen. Nicht bloss also der Wunsch, die Mährer und Schlesier zu hohen Zahlungen zu veranlassen, um damit den Forderungen Bethlens zu genügen, auch die traurigen Verhältnisse in der böhmischen Armee nöthigten den Pfalzgrafen Ende Januar zur Reise nach Brünn und Breslau, um die Stände dieser Länder zu energischeren Rüstungen zu ermahnen.

*) Sächs. St.A. Lebzelters Berichte im Januar, namentlich dd. 15., 25. Jan. 1620.

***) Wiener St.A. Zeitungen aus Böhmen dd. 4. Februar 1620.

II

Der erste nennenswerthe Zusammenstoss zwischen der kaiserlichen Armee und den Truppen der böhmischen Kronländer fand im Beginne des Jahres 1620 in Mähren statt. Die mährischen Truppen unternahmen unter dem Kommando Friedrichs von Tiefenbach einen Angriff gegen die Stadt Nikolsburg, die dem Kardinal Dietrichstein gehörte. Der Angriff wurde mit um so grösseren Eifer betrieben, als man grosse Reichthümer in ihr vermuthete und nicht fürchten musste, von Dampierre, dessen Truppen noch immer in der Nähe von Eisenstadt standen, daran gehindert zu werden. Da jedoch die Stadt eine starke Besatzung hatte und sich tapfer wehrte, so gelangte Tiefenbach erst nach einer Belagerung von 18 Tagen in ihren Besitz. Aber die ersehnten Reichthümer fielen damit noch nicht in seine Hände, da sich die Besatzung in das Schloss zurückzog und dasselbe mit gleicher Hartnäckigkeit vertheidigte, so dass sie den Belagern im Ganzen einen Verlust von 600 Mann zufügte. Als die Nachricht von der Nikolsburg bedrohenden Gefahr nach Wien gelangte, bemühte sich der Kardinal, der um den Rest seines im Schlosse aufbewahrten Vermögens besorgt war, den Kaiser zu entsprechenden Befehlen für den Entsatz zu vermögen, die ohne Zweifel ertheilt wurden. Da jedoch Dampierre wegen des Treibeises auf der Donau an einer raschen Uebersetzung dieses Stromes verhindert wurde, so musste er Nikolsburg sich selbst überlassen. Die Besatzung wehrte sich, bis ihr der Mangel an Pulver die weitere Vertheidigung unmöglich machte und sie sich in Unterhandlungen einlassen musste, in Folge deren sie das Schloss am 1. Februar gegen freien Abzug übergab. Die vermutheten¹⁶²⁰ Schätze an Gold und Silber wurden in Nikolsburg zwar nicht gefunden, nichtsdestoweniger war die Beute gross, denn sie bestand in 36 Kanonen, in grossen Vorräthen an Getreide und Wein, in der prachtvollen Einrichtung des Schlosses und in einer grossen Masse werthvoller Kleider und sonstiger Gegenstände, welche die benachbarten Gutsbesitzer zu ihrer ver-

meinten Sicherheit in Nikolsburg aufbewahrt hatten. *) dies der letzte Ort in Mähren, in dem noch die kaiserlichen Fahnen geweht hatten; mit dem Verluste desselben schied die hoffnungsreiche Gemüther die kaiserliche Herrschaft bei Nikolsburg zu sein.

Dieser bei Nikolsburg erlangte Sieg wurde bald von anderen rasch auf einander folgende Unglücksfälle mehr als aufgewogen. Zuerst gelang es, wie wir bei Gelegenheit der böhmischen Huldigungsfeier berichtet haben**), dem König von Böhmen seinem Versprechen nachzukommen und eine berittene Reiterabtheilung von 4000 Mann dem Kaiser zu Hilfe zu senden. Von Krakau begab sich diese Schaar, durch die Hoffnung auf Beute gestachelt, auf den Weg nach Schlesien und dort fiel da wie ein Blitz aus heiterem Himmel in Städte und Schlösser ein und nützte die Gelegenheit zur Plünderung in vollster Masse aus. Allen Nachstellungen zum Trotz setzte sie ihren Marsch nach Oesterreich fort und gelang glücklich bis an die Donau, wo sie sich dem Kaiser in seine Verfügung stellte. Ihre Zahl belief sich jetzt auf 3500 Mann und wiewohl sie gegen die besser geschulten böhmischen Truppen nur schlecht Stand zu halten wussten, so ließen sie sich als leichte, überall hinstreifende und den Feind plündernde Truppe dem Kaiser vortreffliche Dienste. ***)

Zu diesem ersten Erfolg auf kaiserlicher Seite, der eine bessere Organisation der mährischen Truppen wohl hätte verhindern können, gesellte sich am 6. Februar der Verlust von Nikolsburg, das also kaum eine Woche von den Mähren abgetrennt worden war. Es war dies die erste That Dampfers, der bei Korneuburg mit einem Theil seiner Armee über die Donau setzte, daselbst die Kosaken an sich zog und

*) Skála, III, 433. — Innsbrucker Statth. A. Dietrichstein an E. Leopold dd. 10. Februar 1620.

**) Bd. II, 332.

***) Münchner StA. Ferdinand an Max dd. 5. Februar 1620. — Skála — Innsbrucker Statthaltereiarchiv. Schöffens an Erzherzog Leopold dd. 10. Februar 1620. — Sächs. StA. Extract aus einem vertraulichen Schreiben aus Wien dd. 11./21. Februar 1620.

vereinte Mannschaft mit dem Angriffe Nikolsburgs betraute. Ein grosser Theil der von Tiefenbach in Nikolsburg gemachten Beute ging wieder verloren, da man namentlich die Getreidevorräthe und die Geschütze nicht in Sicherheit gebracht hatte*).

Buquoy, der sich einige Tage in Wien aufgehalten und daselbst über seine weiteren Unternehmungen berathen hatte, reiste am 7. Februar in Begleitung des waldstein'schen Regi-¹⁶²⁰ments ab, zog seine zwischen Molk und Krens zerstreuten Truppen zusammen und liess sie in der Stärke von ungefähr 8000 Mann die Donau bei Krens überschreiten. Da er die^{10.Feb. 1620} Oesterreicher und Böhmen, deren vereinte Truppen wir fortan als die Bundesarmee bezeichnen wollen, anzugreifen gedachte, schickte er an demselben Tage eine Truppenabtheilung gegen ihr Lager bei Langenlois ab, um sie aus ihren Quartieren herauszulocken; er selbst aber nahm mit dem Reste seiner Armee eine gedeckte Stellung ein, von wo er das feindliche Heer bei einem etwaigen Rückzuge überfallen wollte. Seine Berechnung schlug jedoch in etwas fehl, denn der Feind wurde rechtzeitig von der Stellung benachrichtigt, die er eingenommen und griff ihn nun selbst an. Allein auch jetzt geriet die Bundesarmee nach einem halbtägigen Kampfe in einen Hinterhalt, in Folge dessen gegen 1200 Mann am Platze blieben und 200 Mann in Gefangenschaft gerieten, während sich der Verlust der Kaiserlichen nur auf 400 Mann belief.**)

Herr von Fels, der in Abwesenheit der höheren Befehlshaber das böhmische Heer bei Langenlois kommandirte und in diesen Tagen selbst krank war, rettete sich nur mit Mühe nach Horn, wo er um Mitternacht in Begleitung einiger Reiter ankam und durch die Nachricht von der erlittenen Niederlage grossen Schrecken unter den niederösterreichischen Ständen verbreitete.

Noch hatte Ferdinand nicht die Nachricht von dem Erfolg

*) Münchner StA. Camerarius an den Kanzler von der Grün dd. 8. Febr. 1620, Brünn.

**) Bericht Buquoy's über das Treffen bei Langenlois dd. 12. Februar 1620, — Wiener StA. — Ausserdem Skála III, 477. — Sächs. StA. Aus Horn dd. 12. Febr. — Ebend. Lebzelters Bericht dd. 13./23. Februar 1620. Die verschiedenen Nachrichten stellen die bedeutende Niederlage der Bundesarmee ausser Zweifel.

bei Langenlois erhalten, als ihm hinterbracht wurde, dass die Kosaken bei Aspern einen Angriff der Mäher zurückgeschlagen und sich so tüchtig gewehrt hätten, dass ihr Verlust hinter dem des Feindes zurückgeblieben sei. Da er zu gleicher Zeit erfuhr, dass das böhmische und mährische Heer, so weit es in Oesterreich stand, nicht mehr als 9000 Mann zähle und er selbst seine unter Buquoy und Dampierre stehenden Truppen auf mindestens 15—18000 Mann berechnen konnte, so glaubte er von der Vereinigung Buquoy's mit Dampierre die besten Erfolge erwarten zu können, und befahl deshalb dem letzteren, mit dem Reste seiner Truppen bei Korneuburg am 14. Februar über die Donau zu setzen. Er berichtete dies zu gleicher Zeit dem Grafen Buquoy mit dem Auftrage, dass er seinen Marsch donauabwärts richten solle, um Dampierre die Hand zu reichen und so mit vereinter Kraft den Gegner anzugreifen. *)

Buquoy war mit diesem Plane, der Niederösterreich zum Kriegsschauplatz machen sollte, nicht einverstanden, er wollte seine Schritte von Mülk nach Oberösterreich lenken, den Rest der in Passau weilenden Italiener an sich ziehen und dann Böhmen angreifen. Dieser Plan war von Buquoy während seiner Anwesenheit in Wien erörtert und damals vom Kaiser gebilligt worden. Nach seiner Abreise glaubte man jedoch einen besseren Erfolg von jenem Plan hoffen zu können, den Ferdinand dem Grafen Buquoy in dem obigen Schreiben mitgeteilt hatte und Harrach bekam den Auftrag, in dieser Beziehung nochmals und ausführlich an Buquoy zu schreiben. Die Gründe, die Harrach gegen den Feldzug in Oberösterreich anführte, bestanden hauptsächlich in der im Winter gesteigerten Unwegsamkeit dieser Provinz, während alle Anzeichen für den günstigen Fortgang einer gegen Mähren gerichteten Angriffsbewegung sprächen.**) Durch diese wiederholten Mahnungen aus Wien mag Buquoy von seinem

*) Wiener StA. Peter'sche Akten, Ferdinand an Buquoy dd. 11. Febr. 1620.
— Innsbrucker Statth. A. Drach an Erzherzog Leopold dd. 12. Febr. 1620.
Sächs. StA. Aus Wien dd. 12. Febr. 1620.

**) Wiener StA. Harrach an Buquoy dd. 14. Febr. 1620. — Gratzner Arch. Ferdinand an Buquoy dd. 14. Febr. 1620.

gegen Oberösterreich gerichteten Feldzugsplane abgelenkt worden sein, jedenfalls hat aber der glückliche Ausgang des Treffens bei Langenlois einen entscheidenden Einfluss auf seine schliessliche Nachgiebigkeit ausgeübt.

Sowohl von Buquoy wie von Ferdinand wurden nun alle Vorbereitungen getroffen, um den Plan, über den man sich geeinigt hatte und der auf einen weiteren Angriff gegen das Bundesheer abzielte, durchzuführen. Aber mancherlei Schwierigkeiten wirkten verzögernd. Es zeigte sich bald, dass der Kaiser voreilig die bestimmte Versicherung gegeben hatte, dass Dampierre mit seinen Truppen am 14. Februar über die Donau setzen würde, es vergingen viele Tage, bis dieses Versprechen zur Wirklichkeit wurde; noch am 16. Februar und wahrscheinlich noch mehrere Tage später weilte Dampierre in Wien und erst gegen den 26. Februar *) war die Hauptmasse der kaiserlichen Truppen über die Donau gezogen. Dass so lange Zeit vorüberging, ohne dass sich der für den 14. Februar angesagte Uebergang verwirklichte, lag hauptsächlich in dem wüsten und jeder Disziplin spottenden Auftreten der polnischen Kosaken. Statt auf den ihnen angewiesenen Plätzen zu verharren und weitere Befehle gewärtig zu sein, benützten sie die Zeit zu allerlei Raubzügen. So überfielen sie den an der Donau gelegenen Marktstellen Orth, plünderten denselben, drangen dann in das Schloss und raubten hier alles aus. Der Besitzer, ein dem lutherischen Glauben angehöriger Herr, der von Podagra gefesselt krank auf einem Stuhle lag, wurde ermordet und von den Wütherichen alles niedergehauen, was ihnen in den Weg kam. Zwei Tage darauf griffen sie das dem Herrn Teufel gehörige Schloss Eckershausen an, doch wurden sie diesmal von der Besatzung mit blutigen Köpfen heimgeschickt. Man wird diese Schandthaten vielleicht milder beurtheilen, wenn man weiss, dass die Kosaken nicht bloss auf den mit dem Kaiser vereinbarten Sold gewiesen waren, sondern dass ihnen ausdrücklich das Eigenthumsrecht auf die bei dem Feinde gemachte Beute zugestanden wurde. Anfangs verlangten sie zu wissen,

*) Sächs. St. A. Aus Wien dd. 26. Februar 1620. — Gratzner Archiv, Ferdinand II an Buquoy dd. 21. Februar 1620.

wer lutherisch sei, um ihn auszuplündern, aber zuletzt wurde ihre Raubgier so zügellos, dass sie ihr gegen Jedermann ohne Unterschied fröhnten. Diejenigen Kosaken, die in den Vorstädten Wiens stationirt waren, belagerten den ganzen Tag die Wirthshäuser, machten die Strassen unsicher und bobten in ihrem trunkenen Uebermuth selbst vor einem Mord auf offener Strasse nicht zurtück. Wenn sie nüchtern waren, boten sie den gemachten Raub, Kleider oder Schmucksachen, feil, um sich von neuem dem Trunke zu ergeben oder in freventlicher Ausgelassenheit ihren Pferden Wein in silbernen Schüsseln reichen zu lassen. *) Die Musterung, die mit den Kosaken vorgenommen wurde, um darnach die Zahlung zu bemessen, zeigte, dass eigentlich nur 1500 Mann kriegstüchtig seien, der Rest, fast ebenso zahlreich, bestand aus Gesindel, das nur im Rauben sich ebenso hervorthat wie die wehrhaften Männer.***) Bei solchen Verhältnissen wird man begreifen, dass die Kosaken sich nicht beeilten über die Donau zu ziehen, weil sie da in eine Gegend kamen, die ihnen viel zu wenig Beute verhieß.

Mittlerweile verbreitete sich in Prag das Gerücht, dass Buquoy mit Vernachlässigung des ihm gegenüberstehenden Feindes seinen Marsch nach Prag einschlagen wolle. Wiewohl der kaiserliche General nicht der Mann war, der trotz der ihm gegenüberstehenden Armee einen kühnen Zug unternommen hätte, so mochte dem Fürsten von Anhalt diese Nachricht doch nicht so unglaubwürdig erscheinen und seine Sorge steigerte sich noch mehr, als er vernahm, dass Marradas, der nunmehrige Kommandant der in Böhmen stationirten Truppen, die aus Passau angelangten Verstärkungen zu einigen rasch auf einander folgenden Angriffen gegen befestigte Plätze ausnützte.***) In

*) Sächs. StA. Aus Wien, dd. 16. Februar 1620. — Ein zweites Schreiben von gleichem Datum. Ebend. dd. 11., 21. und 23. Februar 1620, Wien. — Gratzner Archiv, Ferdinand an Buquoy dd. 21. Februar 1620.

***) Sächs. StA. Aus Wien dd. 23. Februar 1620. — Gratzner Archiv, Ferdinand an Buquoy dd. 21. 1620.

***) Skála III, 477. — Marradas an Buquoy dd. 3. März 1620. Gratzner Archiv.

der That hatte derselbe am 22. Februar einen Angriff auf das 1620 an der Moldau nördlich von Budweis gelegene Städtchen Moldautein unternommen und die kleine Besatzung von 150 Mann gegen freien Abzug zur Uebergabe der Stadt und des höher gelegenen Schlosses genöthigt. *) Dieser Erfolg erhöhte seinen Muth und er traf nun Vorbereitungen, um das Schloss Wittingau, das an Widerstandsfähigkeit, Stärke der Besatzung und tüchtiger Ausrüstung alle anderen böhmischen Plätze mit Ausnahme Pilsens überragte, in seine Gewalt zu bekommen. Da er seine Absicht durch einen Ueberfall besser zu erreichen hoffte als durch eine regelrechte Belagerung, zu der ihm auch theilweise die Mittel fehlten, machte er sich in der Nacht von Faschingsdienstag auf Aschermittwoch von Budweis auf den Weg in Begleitung von 700 Mann zu Fuss und 200 Reitern, um die Vorstadt von Wittingau anzugreifen, und wenn die Gelegenheit günstig sein würde, in die Stadt und das Schloss selbst einzudringen. Der Erfolg seines gut geplanten Angriffes wurde aber von vornherein durch eine furchtbare Kälte beeinträchtigt, in Folge deren fast die Hälfte der Soldaten — zumeist Italiener oder Wallonen — auf dem Wege liegen blieb und Marradas so bedeutend geschwächt um 2 Uhr Morgens vor Wittingau anlangte. Nichtsdestoweniger gelang der Angriff auf die Vorstadt, die dortige Besatzung wurde niedergehauen und wohl wäre auch der weitere Angriff von Erfolg begleitet gewesen, wenn die übergrosse Kälte nicht die Angreifer gelähmt und Marradas gezwungen hätte, auf seine eigene Sicherheit bedacht zu sein. Er begnügte sich demnach mit dem erlangten Erfolge und trat, nachdem er die Vorstadt in Asche gelegt und reichliche Beute an Pferden und Waffen gemacht hatte, den Rückweg an. *)

3./4.
März
1620

Die prager Regierung geriet durch die Nachricht von diesem Vorfall in die grösste Bestürzung. Da der König sich gerade in Schlesien befand, gaben ihm die von ihm eingesetzten Statthalter von demselben Kunde und benachrichtigten ihn zugleich, dass sie alle Anstalten getroffen hätten, um das Aufgebot des zwanzigsten Mannes ins Werk zu setzen und

*) Marradas an Buquoy dd. 6. März 1620. Gratzner Archiv.

so ein neues Heer zur Vertheidigung des Landes auszurüsten. Man befürchtete jetzt mehr als je, dass Buquoy seine Schritt nach Böhmen lenken werde, obwohl ihm diese Absicht fern lag und er überdies von dem Kaiser gemahnt wurde, sobald seinen Plan gegen das ihm gegenüberstehende feindliche Heer durchgeföhrt haben werde, seinen Angriff nicht auf Böhmen und Mähren, sondern auf Oberösterreich zu richten **) Würd' Buquoy Böhmen trotzdem angegriffen haben, so würde er nur einem geringen Widerstande begegnet sein, da sich da Niemand beeilte, dem Befehl wegen des Landesaufgebots nachzukommen. Vierzehn Tage nach der Veröffentlichung d' betreffenden Patente hatte sich auf den in einzelnen Kreisen angeordneten Sammelplätzen noch kein Mann eingefunden. Ebenso wenig beeilte man sich, für die vom Landtag angeordnete bessere Befestigung von Pilsen Sorge zu tragen. Sta 1000 Arbeiter, die täglich an den Festungsmauern arbeiteten, sollten, wurden im Monate März daselbst 14 beschäftigt, und alle Klagen Mansfelds, dass er nicht genug Pulver habe, und dass man ihm von Prag kein Geld schicke, verhallten ungehört. ***) Es half nichts, dass Thurn, der jetzt wieder in Brünn statt auf dem Schlachtfelde weilte und daselbst krank geworden war, gegen den Kleinmuth des Adels und seine geringe Opferwilligkeit donnerte und dass er den Rath gab „man solle alle, die sich dem Teufel ergeben, beim Halben nehmen und nach altem böhmischen Gebrauch behandeln.“ Die Länder waren durch den Krieg und die elende Verwaltung ausgesaugt und keiner bedeutenden Anstrengung mehr fähig. †

Die beste Hilfe für die Böhmen in ihrer kritischen Lage war die unerträgliche Langsamkeit und Vorsicht Buquoy's, der nie einen Schlag wagen wollte, als wenn er, wie man von ihm

*) Böhmisches Statth. Archiv, Friedrich an das Oberamt in Schlesien. - Sächs. StA. Lebzelter an Schönberg dd. 7. März 1620.

**) Gratzner Archiv, Ferdinand an Buquoy, dd. 7. März 1620. — Schreiben des Stiftes Passau dd. 21. Februar 1620 ebend.

***) Mansfeld an Anhalt dd. 26. März 1620.

†) Münchner RA. Thurn an Anhalt dd. 28. Februar 1620. — Münchner Statthalter Peblis an Anhalt dd. 17. März 1620.

sagte, den Feind im Sacke hatte. So liess er auch nach dem bei Langenlois erlangten Erfolge drei Wochen verstreichen, ehe er einen neuen Angriff versuchte, obwohl sich sein Heer durch den Anschluss Dampierre's und der Polen bedeutend verstärkt hatte. Am 7. März brach er endlich auf und zog ¹⁶²⁰ nach Meissau, um diese Stadt sammt dem vom Feinde besetzten Schlosse einzunehmen.

Jetzt hatte sich endlich Anhalt bei der Armee eingefunden und hatte das Kommando über dieselbe übernommen. Mit ihm war Hofkirchen und wahrscheinlich auch Hohenlohe gekommen, sie alle waren von der Armee abwesend gewesen und hatten auf diese Weise ihre Truppen nur Unterbefehlshabern überlassen.

Auf die Nachricht von der dem Schlosse Meissau drohenden Gefahr rückte Anhalt aus dem nahen Eggenburg heran und zwang dadurch den kaiserlichen Feldherrn, von der weiteren Bedrohung Meissaus abzulassen. Buquoy zog sich jedoch nicht zurück, sondern postirte seine Truppen auf einem Berg, der zwischen Meissau und Burg-Schleinitz liegt, nachdem sich die böhmische Armee, die ihren Vortheil nicht gehörig wahrte, von da zurückgezogen hatte, allerdings nur um ihre Vereinigung mit den niederösterreichischen und mährischen Truppen zu beschleunigen. Den ganzen Tag fanden zwischen den feindlichen Armeen Vorpostengefechte statt, am Abend zogen sich beide wieder in ihre Stellungen zurück, die kaiserliche auf den erwähnten Berg, die Bundesarmee hauptsächlich hinter Burg-Schleinitz.

Am folgenden Tag rückte Buquoy wieder heran und griff den Kirchhof bei Burg-Schleinitz an und da die Besatzung sich zu schwach zum Widerstande fühlte, so zog sie sich zurück, zündete aber den Ort Schleinitz an, um dem Grafen Buquoy die Möglichkeit, sich daselbst festzusetzen, abzuschneiden; die Burg selbst blieb besetzt und vertheidigte sich gegen das kaiserliche Heer. Den ganzen Tag standen beide Armeen einander gegenüber, jede den Angriff der anderen erwartend und sich gegenseitig mit Kanonenschüssen bestreichend, am Abend zogen sich beide wieder in die Stellungen des vorigen Tages zurück. Von böhmischer Seite wird behauptet, dass Buquoy an diesem

Tage eine günstige Gelegenheit zur Schlacht versäumt habe, und diese Ansicht dürfte auch von Dampierre getheilt worden sein, wenn man die Vorwürfe berücksichtigt, die er später gegen Buquoy aus Anlass der Gefechte bei Meissau erhob.

Die Befehle, die Buquoy am folgenden Tag, den 10. März gab, schienen darauf hinzudeuten, als ob er die böhmische Armee rechts liegen lassen und nach Horn marschiren wolle, wenigstens bewegten sich seine Truppen gegen Ruprechtspölla, welches in der Richtung nach Horn zu liegt. Als man auf böhmischer Seite davon Kunde erhielt, folgte man ihm und postirte sich ihm gegenüber bei Kühringen und hier entspann sich abermals ein Artillerie- und Vorpostenkampf, der den ganzen Tag währte und wobei die wechselseitigen Verluste beträchtlicher waren als an den vorhergehenden Tagen.

1620 Am 11. März bemächtigte sich der Fürst von Anhalt einer Anhöhe, die Tags vorher von der kaiserlichen Armee gehalten worden war und die Buquoy aufgegeben hatte, weil er jetzt seinen Marsch nach Horn richtete. Mangel an Munition und Lebensmitteln zwangen ihn jedoch zum Rückzuge und er trat ihn in der Nacht auf den 12. in der Richtung nach Langenlois und Krems an. Anhalt wollte Anfangs an den Rückzug nicht glauben, er hielt ihn für eine Finte und wartete deshalb in voller Schlachtordnung bis zum Mittag des andern Tages, ohne sich vom Platze zu rühren. Als ihm die unzweifelhafte Gewissheit von dem Rückzuge wurde, beeilte er sich, den Feind zu verfolgen, und wiewohl er sich viel zu spät dazu entschlossen hatte, fügte er ihm doch noch empfindlichen Schaden zu. Die Zahl der Gefallenen an allen diesen Gefechts-tagen belief sich auf kaiserlicher Seite auf 1000 Mann, dagegen auf böhmischer Seite nur ungefähr 200 Mann gefallen sein dürften. Dampierre hatte sich in den Kämpfen bei Meissau tapfer benommen, es war ihm ein Pferd unter dem Leib erschossen worden und er war nur dadurch vor der Gefangenschaft bewahrt worden, dass ihm ein Kosak das seinige lieh. Nach Dampierre's Ansicht hatte Buquoy in unverzeihlicher Weise die Gelegenheit zu einer Schlacht versäumt; voll Erbitterung verliess er desshalb die Armee und eilte nach Wien

um da Klage zu führen.*) Wie begründet auch die Klagen Dampierre's sein mochten, er fand in Wien kein Gehör; doch glaubte der Kaiser den Grafen Buquoy wenigstens zu energischerer Fortsetzung des Krieges mahnen zu dürfen.

Buquoy machte nach dem Misserfolge bei Meissau dem Kaiser den Vorschlag, dass der Rest des in Passau stationirten Volkes nach Böhmen rücken, die Strasse von Budweis nach Oesterreich einschlagen und sich mit ihm verbinden solle. Der Kaiser missbilligte diesen Plan, weil er fürchtete, dass die Italiener auf dem Marsche durch die schneebedeckten und gebirgigen Gegenden zu viel Schaden leiden würden. Er gab dem Grafen zu bedenken, ob es nicht besser wäre, wenn er in Krems und Stein eine Besatzung zurückliesse und so die Donauübergänge verwahre, und selbst mit seiner Armee nach Böhmen zöge. Man war um diese Zeit in Wien äusserst fruchtbar in der Entwerfung neuer Kriegspläne und äusserst leichtfertig in dem Aufgeben gefasster Entschlüsse. Der Kaiser wollte auf den Schutz verzichten, den ihm die Anwesenheit Buquoy's in Oesterreich bot, und war überzeugt, dass die Bundesarmee Oesterreich sogleich verlassen würde, sobald Buquoy seinen Marsch nach Böhmen richten würde. Der Vorschlag des Kaisers verdiente erwogen zu werden, wenn man bedenkt, dass Buquoy seine ohnedies dem Feinde überlegenen Kräfte durch seinen Marsch nach Böhmen noch vermehrte, da er dort mindestens eine Verstärkung von 6—7000 Mann an sich zog, und zwar 3—4000 Mann, über die Marradas in Budweis und anderen Plätzen verfügte, und 3000 Mann, die noch in Passau weilten. Dem gegenüber konnte die Bundesarmee nur durch die Truppen, die unter Mansfelds Kommando bei Pilsen und Tabor standen, und durch das neue Landesaufgebot eine weit geringere Verstärkung erlangen.

Buquoy war jedoch kein Mann der kühnen That; seine

*) Actorum Bohemicorum dritter Theil. — Sächs. StA. Extract eines Schreibens aus Pulka dd. 14. März 1620. — Ebend. Aus Wien dd. 15. März 1620. — Ebend. Aus Wien dd. 18. März 1620. — Ebend. Aus Wien dd. 25. März 1620. — Anhalts Tagebuch bei Aretin, Beiträge III. — Skála III, 378. — Innsbrucker Statthaltereiarhiv. Ambrasische Akten. Drach an Erzherzog Leopold dd. 18. März 1620.

Gindely: Geschichte des 30jährigen Krieges. III. Band.

gesicherte Stellung an der Donau wollte er nicht gegen **Unternehmen** voll unberechenbarer Gefahren aufgeben und in seiner Unentschlossenheit liess er auch die Italiener Passau liegen. Denn vergebens ersuchte ihn **Marradas**, möchte ihnen den Befehl geben, wenigstens nach Böhmen marschiren und versprach mit ihrer Hilfe glänzende That auszuführen, ein Versprechen, auf dessen Einhaltung man diesem tapferen und entschlossenen Führer rechnen konnte. **Buquoy** lehnte aber die Erfüllung dieser Bitte ab, weil nicht wusste, ob er sich nicht gegen Oberösterreich kehr und von dort aus die passauer Truppen an sich heranziehen könnte. Die Folge war, dass die Italiener noch einige Zeit in träger Ruhe in Passau zubrachten *), bis sie endlich Anfangs April auf neue Weisungen hin ihren Marsch nach Böhmen einschlugen und so **Marradas** verstärkten. **)

Für **Buquoy** lag übrigens die Möglichkeit nahe, dass in kurzer Zeit den Zug nach Böhmen mit geringeren Schwierigkeiten anstellen konnte, als unmittelbar nach Empfang des kaiserlichen Schreibens; er durfte sich nämlich der Erwartung hingeben, dass sich die feindliche Armee wegen der steigend Verwüstung der nördlichen Theile von Niederösterreich selbst zurückziehen und ihm so bei seinem Marsch keine Hindernisse in den Weg legen würde. Die Bundesarmee verbreitete meilenweit Noth und Elend um sich her, da trotz aller vorangegangenen Zusagen kein Sold gezahlt wurde und die Soldaten durch Zwangsrequisitionen ihre Bedürfnisse decken mussten. Auch die kaiserlichen Truppen und unter ihnen namentlich die Kosaken geberdeten sich als wahre Teufel und verwüsteten die Güter der lutherischen Herren in schonungsloser Weise. In einer Klagschrift, die dieselben trotz ihrer Theilnahme an Aufständen an den Kaiser richteten, beschuldigten sie die Wallonen und Kosaken der muthwilligen Einäscherung zahlreicher

*) Gratzner Archiv, Ferdinand an Buquoy dd. 19. März 1620. — Marradas an Buquoy dd. 20. März 1620, zwei Briefe von demselben an denselben dd. 21. März 1620.

***) Marradas an Buquoy dd. 11. April 1620, Wiener StA. — Lebzelter an Schönberg dd. 15. April 1620. Sächs. StA.

Dörfer und Städte (darunter auch Stockerau's), der Beraubung von Arm und Reich, der Schändung von Knaben und Mädchen und der Verübung unmenschlicher Grausamkeiten, um Geld zu erpressen. „Man binde Männer und Frauen an Stricke und rüttle sie dann, man presse sie zwischen Hölzer, reisse ihnen mit der Zange Fleisch aus dem Leibe, bohre ihre Kinnbacken, Schienbeine und Kniescheiben an und hänge sie an den Händen und Füßen auf.“ Tausende von Personen seien den mannigfachen Qualen erlegen, da man Niemanden schone, der lutherisch sei.*) Ferdinand war aber damit zufrieden, wenn der Krieg in furchtbarer Weise auf seinen Gegnern lastete, und hatte demnach auf ihre Klagen keine andere Antwort, als dass er für die Sicherheit seiner Unterthanen besorgt sein werde, wenn sie zum Gehorsam zurückkehren würden.

Die Ruhe Ferdinands wurde jedoch aufgescheucht, als ihn jetzt auch seine Anhänger und Freunde mit Klagen überschütteten. Von dem Abte von Mölk, also von einer Person, an deren Treue kein Verdacht und kein Makel klebte, lief Ende März die Klage ein, dass sich täglich eine grosse Anzahl kaiserlicher Soldaten, Polen, Wallonen, Italiener und Deutsche, in die Schlösser, Märkte und Dörfer, mögen sie Geistlichen oder Laien gehören, eindrängten und sich weder um eine schriftlich ertheilte *Salva Guardia*, noch um einen aufgestellten Schutzmann kümmerten, sondern überall nach Herzenslust raubten, die Leute „in unerhörter Weise schädigten, marterten und niederhieben“ und zum Raub zuletzt den Brand hinzufügten.**) Noch schlimmer lauteten die Klagen der Bewohner der kaiserlichen Kammergüter in Niederösterreich, also derjenigen, deren Wohl im speziellen Interesse des Kaisers lag und die ihm keinen Anlass gegeben hatten, an ihrer Treue zu zweifeln. In einer Eingabe, die sie im Monate März an den Kaiser richteten, 1620 klagten sie über die Beraubungen, denen sie bei den Durchzügen der kaiserlichen und rebellischen Truppen ausgesetzt seien.

*) Zuschrift der niederösterreichischen Stände an den Kaiser dd. 19. Mai 1620. — Acta Bohemica III. — Raupach, Beilagen zu Bd. I. S. 57.

***) Der Abt von Mölk an Buquoy dd. 28. März 1620. Gratzner Archiv.

Wenn ihnen auch nichts anderes übrig geblieben sei als ih Felder und Weingärten, so hätten sie sich doch der Hoffnu hingegeben, dass sie unter dem Schutze der kaiserlichen Waf beides bebauen und so das nackte Leben weiter fristen würd aber die Schmach, die ihnen jetzt widerfahre, mache ihn das Leben unerträglich. Täglich zögen die Kosaken in Schaar von 200 bis 300 Mann nach allen Richtungen und begnügt sich nicht mit dem Raube, sondern hieben Mann und Weib u Kind in den Feldern erbarmungslos nieder oder misshandelte Frauen und Mädchen in bestialischer Weise. „Lieber wollt sie tausendmal todt sein, als noch länger diese an ihrem Fleis und Blute verübte Schmach ertragen . . . Mit gebogenen Knien und aufgehobenen Händen bäten sie den Kaiser, si des so viel vergossenen unschuldigen Blutes zu erbarme und an den Grafen Buquoy die entsprechenden Weisungen erlassen. „Sie seien gern erbötig, an Lebensmitteln alles h zugeben und sie hinzuschaffen, wohin man wolle, aber m solle dafür auch das Niederhauen und Würgen unschuldig Leute abstellen.“ Ja noch mehr, sie boten dem Kaiser ih Arme als Mithilfe gegen seine Feinde an, nur um eini Sicherheit zu erlangen.*)

Diese Bitten und Vorstellungen blieben auf Ferdinand nic ohne Wirkung und während er früher den Grafen Buquoy ziemlich kühler Weise um die Achtung der von ihm ertheilt Schutzbriefe ersucht und die Gegner jeder weiteren Mis handlung preisgegeben hatte, richtete er jetzt eine etwas ener schere Mahnung an ihn, wenigstens dafür zu sorgen, dass i kaiserlichen Truppen sich nicht so bestialischen Excessen hi gäben, wie ihm dies von allen Seiten berichtet würde, so n mentlich, dass „Kinder bis zum Tode missbraucht und da auf die Gasse geworfen würden.“ Solche Excesse müssten i Strafe Gottes unmittelbar nach sich ziehen und er könne si keine Hoffnung auf das Glück seiner Waffen machen, sonde schwebe in steter Furcht und Sorge, dass ihn ein gerecht

*) Die sieben kaiserlichen Kammergüter Gravensdorf, Hohen-Rückersd u. s. w. an den Kaiser dd. März 1620.

Verhängniss ereilen werde. Er wolle zwar Buquoy nicht beschuldigen, aber jedenfalls habe er es an der nöthigen Strenge fehlen lassen.*) Wir bemerken hier nur, dass alle diese Mahnungen nichts fruchteten und dass Niederösterreich und Böhmen den bitteren Kelch der Kriegsleiden bis auf die Hefe leeren mussten. Die Leiden nahmen nur da ein Ende, wo die Menschen die heimische Scholle verlassen hatten und Oede an die Stelle fleissiger Geschäftigkeit getreten war.

III

Der Erfolg bei Meissau verursachte in Böhmen eine grosse Freude, da man ihn hauptsächlich dem Verdienst des Fürsten von Anhalt zuschrieb und in diesem Manne endlich den rechten Feldherrn gefunden zu haben glaubte. Wenn man weitere Erfolge erwartete, so täuschte man sich vorläufig, da Anhalt seine Zeit in Berathungen mit seinen Generalen, namentlich mit Hohenlohe und Hofkirchen und dem Obersten Stubenvoll zubrachte und den Angriff hinausschob. So zeichneten sich auch die Gegner Buquoy's weder durch Thatkraft, noch durch schnelle Ausnützung zufälliger Vortheile aus, sie hatten die allerdings traurige Ausrede für sich, dass ihr Truppenmaterial weniger verlässlich sei als das feindliche. Man beschloss also nicht Buquoy entgegenzugehen und das Glück der Waffen gegen ihn zu versuchen, sondern die Stadt Retz anzugreifen und sich so wenigstens den Rücken zu sichern. Dieser Beschluss wurde am 20. März ausgeführt. Die schwache Besatzung 1620 übergab gegen die Zusage freien Abmarsches die Stadt, deren Besitzergreifung die Zufuhr der Lebensmittel aus Mähren sicherte und auch dadurch von Vortheil war, dass man in ihr einen ziemlichen Vorrath an Lebensmitteln fand.**)

Man beschloss jetzt im böhmischen Hauptquartier, dass der Graf von Hohenlohe nach Prag reisen solle, um bei dem dort eben zusammenberufenen Generallandtage die Interessen

*) Ferdinand an Buquoy dd. 22. März 1620. Gratzner Archiv.

***) Tageluch Anhalts bei Aretin.

des Heeres zu vertreten und namentlich dessen Bezahlung 1620 betreiben. Er reiste am 28. März *) ab und seiner Anwesenheit in der genannten Stadt glauben wir es zuschreiben müssen, dass man sich daselbst entschloss, den Grafen Mansfeld mit seinen Truppen und mit den Schaaren, endlich in Folge des Landesaufgebotes versammelt hat Niederösterreich zu schicken, um die Armee Anhalts zu stärken und dadurch der des Grafen Buquoy überlegen zu machen. Gegen Marradas glaubte man gesichert zu sein, er die meisten seiner Truppen als Besatzung in den okkupirten Plätzen zurücklassen musste und sonach kaum mehr als 1000 Mann zum freien Gebrauch verfügte, auf ihm sein Zug nach Wittingau nachträglich einen grossen Verlust zugefügt, da Hunderte seiner Soldaten an Händ- und Füßwunden operirt werden mussten und Krankheiten alle Folge dessen in Budweis ausbrachen.***) Diese Berechnungen galten allerdings nur bis Ende März. Anfangs April hat Marradas aus Passau, wie oben berichtet, fast 3000 Mann Verstärkung an sich gezogen; doch glaubte man auf böhmischer Seite, dass die englischen Hilfstruppen und das niederländische Regiment, über das der Herzog von Sachsen-Weimar Kommando führte, bald in Böhmen anlangen und so jene Gefahr beseitigen würden. Wenn auf diese Weise das anhaltische Heer durch den Zuzug Mansfelds verstärkt werden konnte, so erfuhr es noch vor Ende März eine Verringerung, in dem oberösterreichischen Truppen, die in der Stärke von 15000 Mann am 18. März herangezogen waren, schon acht Tage später nach Oberösterreich zurückkehrten, wahrscheinlich weil sie die Nachricht erhielten, dass aus Deutschland keine weiteren Truppen im Anzuge seien, deren Passage durch Oberösterreich um jeden Preis verhütet werden sollte.***)

Anfangs April berief Anhalt wiederholt einen Kreis zusammen, an dem sich neben Fels, Hofkirchen und d

*) Tagebuch Anhalts.

**) Marradas an Buquoy dd. 20. März 1620, Gratzner Archiv.

***) Anhalts Tagebuch ad 18. und 26. März 1620.

gen Obersten auch der Graf von Thurn betheiligte, der von seinem Unwohlsein, das ihn in Brünn befallen hatte, genesen war und sich wieder bei dem Heere eingefunden hatte. Der Kriegsrath einigte sich über einen doppelten Beschluss: dem Grafen von Mansfeld wurde die Weisung gegeben, statt unmittelbar nach Oesterreich vorzurücken, zuerst die kaiserliche Armee im Süden von Böhmen in allen ihren Quartieren zu überfallen, die Strasse, die von Passau nach Böhmen führt, zu verhaun und überhaupt ungangbar zu machen und dann nach Oberösterreich vorzurücken. Der zweite Beschluss ging dahin, dass man das waldstein'sche Kavallerieregiment, das in Schildern lag, überfallen solle.*) Der Anschlag sollte in der Nacht auf den 4. April durchgeführt werden und es wurden zu diesem Behufe 14 Reitercornets und 800 Musketiere aufgeboden und der Zug um 6 Uhr Abends angetreten. Als man an den Kampfluss kam und denselben überschreiten wollte, fand man ihn zu sehr angeschwollen und da man für den Rückzug fürchtete, wenn der Angriff misslingen sollte, beschloss man, lieber unverrichteter Dinge zurückzukehren.

Nach diesem resultatlosen Zuge verliess Anhalt das Heer ^{5. Apr.} und reiste nach Prag,**) vielleicht um auch seinerseits einen ¹⁶²⁰ Einfluss auf die Verhandlungen des Generallandtages auszuüben, vielleicht auch um dem Lagerleben, das täglich unerquicklicher wurde, für einige Zeit den Rücken zu kehren. Ein oberstes Kommando in der Bundesarmee fehlte nun ganz und gar. Fels, Thurn und Hofkirchen kommandirten die böhmischen, mährischen und niederösterreichischen Truppen in völlig selbstständiger Weise. Die Verwirrung war jetzt in der Bundesarmee der wahre General en chef, Wochen lang dachte Niemand daran, auf welche Weise ein Schlag gegen den Feind durchzuführen sei. Dagegen liess man den Soldaten doppelt Zeit und Musse ihrer Raublust zu fröhnen. Schrieb doch schon wenige Tage nach der Abreise Anhalts Thurn an ihn, dass der Unfug, den das böhmische Heer in Niederösterreich an-

*) Münchner Staatsarchiv, Entwurf über das, was von böhmischer Seite zu geschehen habe, Anfangs April. Anhalts Tagebuch 1.—4. April.

***) Anhalts Tagebuch.

richte, entsetzlich sei und man befürchten müsse, dass Niederösterreicher ihre Truppen gegen die Böhmen kellen würden.*)

In der That hatten den Tag nach Anhalts Abreise Reiter, die dem wchynsky'schen Regiment angehörten, sammt Musketieren, die sich aus verschiedenen Regimentern rekrutirt hatten, einen Raubzug nach dem bei Retz gelegenen Innsdorf unternommen und nicht blos die Dorfleute ausgeplündert sondern auch das dem Herrn von Rauber gehörige Schloss überfallen. Sie begnügten sich nicht mit dem Getreide, ihnen der Besitzer anbot, sondern drangen ins Schloss ein, raubten, was an Silbergeschirr, Kleidern und Hausrath vorhanden und von benachbarten Edelleuten daselbst aufgehoben worden war und nahmen ausserdem 150 Stück Rindvieh, 2000 Schafe und grosse Vorräthe an Hafer und Weizen mit sich, wobei ihnen die Bauern Vorspanndienste leisten mussten. Und nicht zufrieden mit dieser Beute vernichteten Alles, was sie nicht mitnehmen konnten: die Federbetten wurden zerschnitten und die Federn zerstreut, das zurückgelassene Getreide mit Asche vermischt, den Weinfässern der Boden geschlagen, das ganze Schloss verwüstet und weder Thür noch Fenster noch Ofen unversehrt gelassen. Dass dabei die Frauen und Mädchen, deren man habhaft werden konnte, geschändet wurden, verstand sich beinahe von selbst. Der Herrschaftsverwalter, der wie alle übrigen Leute aller Kleider beraubt worden war, flüchtete nur mit einer Kotze bekleidet nach Znaim. Und diese Unthaten geschahen auf dem Gute eines protestantischen Edelmannes, der mit den böhmischen Ständen auf das innigste verbunden war. Aehnlich erging es auch dem Reichspfenniger Schmid auf seinen beiden Gütern. Herr Rauber eilte nach Prag, um dort Klage zu führen; allein die Erzählung der eben geschilderten Unthaten führte zu nichts weiterem als zur Erneuerung seines Schmerzes.**)

*) Münchner Staatsarchiv, Thurn an Anhalt. Der letztere bekam die Nachricht Schreiben am 14. April in Prag.

***) Die geschilderten Unthaten sind ausser allem Zweifel, denn es ist blos Skála IV, 80, berichtet über dieselben, sondern auch Lebzelt

Die einzige Schutzwehr für das auf Raub statt auf die Bekämpfung des Feindes ausgehende Heer der Aufständischen war die immer mehr zu Tage tretende und bei den gegenwärtigen für den Kaiser so günstigen Verhältnissen nicht zu entschuldigende Unthätigkeit Buquoy's. Dennoch entschloss auch er sich endlich zum Angriff, da er unzweifelhaft von der steigenden Zerrüttung im böhmischen Lager benachrichtigt worden war und ein partieller Erfolg ihm nahezu mit Gewissheit winkte. Er beschloss, die Quartiere des weit zerstreuten böhmischen Heeres zu überfallen und trat deshalb in Begleitung Dampierre's mit 3000 Reitern und 1000 Musketieren in der Nacht auf den 13. April den Marsch an und langte gegen 1620 Tagesanbruch vor dem in der Nähe von Meissau gelegenen Flecken Sinzendorf an. Von hier aus schickte er einige hundert Kosaken voraus und liess durch sie den Ort in Brand stecken, während er selbst in einem Walde mit seiner Mannschaft stehen blieb und daselbst einen Pass besetzt hielt. Als der böhmische Feldmarschall Herr von Fels von dem Treiben der Kosaken benachrichtigt wurde, eilte er trotz der Warnung des Generalwachtmeisters Bubna mit nur vier Reitercornets heran und versäumte auch den verabredeten Kanonenschuss, der das ganze Heer allarmiren sollte, abfeuern zu lassen. Bei seinem Herannahen ergriffen die Kosaken die Flucht und da Fels dadurch in seiner Vermuthung bestärkt wurde, dass er es nur mit einer kleinen Abtheilung des feindlichen Heeres zu thun habe, so folgte er ihnen eilig nach, geriet aber in den von Buquoy gelegten Hinterhalt und fand hiebei seinen Tod und mit ihm der grösste Theil seiner Begleiter. 1500 Mann, theils Reiter theils Fussvolk, die ihm nachzogen, brachten keine Hilfe mehr, sondern wurden nur in die Niederlage verwickelt. Unter den Gefallenen, die sich auf 600 Mann beliefen, befanden sich ausser Fels noch 60 Personen, die dem böhmischen Adel angehörten, so dass die Niederlage in Prag

Schönberg dd. 15. April 1620 (Sächs. Staatsarchiv) nach den Mittheilungen, die er von Rauber erhalten. — Sächs. Staatsarchiv Lebzelter an Schönberg dd. 12. April 1620. — Ebendaselbst derselbe an denselben dd. 15. April 1620.

doppelt schmerzlich empfunden wurde; an Gefangenen fielen ungefähr 300 Mann in die Hände des Feindes. Diese Verluste trafen am schwersten das Kavallerieregiment des verstorbenen Wchynský, das nahezu aufgerieben wurde. Buquoy, der nach übereinstimmenden Nachrichten keinen grösseren Verlust als ungefähr 30 Mann erlitt, hatte sich auf diese Weise für die Niederlage bei Meissau gerächt. Frohlockend berichtete der Kaiser über den erlangten Erfolg an den Kurfürsten von Sachsen. *)

IV

Zwei Wochen vor der Niederlage bei Sinzendorf war in Prag der vielbesprochene Generallandtag zusammengetreten, an dem sich auch diesmal nicht bloss die Länder der böhmischen Krone, sondern auch Ober- und Niederösterreich betheiligten. Er war hauptsächlich aus dem Grunde berufen worden, um die Bündnisverhandlungen mit Ungarn, die auf dem pressburger Reichstage begonnen worden waren, zum Abschlusse zu bringen, zu welchem Ende man auch eine ungarische Deputation erwartete. In der That hatte Bethlen eine Gesandtschaft nach Prag abgeordnet und an ihre Spitze den Grafen Emerich Thurzo gestellt und diesem gleichzeitig seine Vertretung bei der Taufe des Prinzen übertragen, von dem die Königin zu Ende des Jahres 1619 entbunden worden war.

1620 Am 30. März langte Thurzo mit einem Gefolge von 100 Personen in der Hauptstadt Böhmens an, wo man bereits voll Sehnsucht seiner harrte, da man seinetwegen die Taufe von Tag zu Tag verschoben hatte. Seine Ankunft machte der Verlegenheit ein Ende und schaffte dem königlichen Ehepaare neuerdings Gelegenheit seiner Neigung zu fröhnen und durch öffentliches Gepränge die neugewonnene Majestät zur Schau zu stellen. In feierlichem Zuge, umgeben von einer zahlreichen

*) Actorum Bohemicorum, III. — Skála, IV, 77. — Sächs. Staatsarchiv, Ferdinand an Kursachsen dd. 15. April 1620. — Statthaltereiarhiv von Innsbruck, Dampierre an Erzherzog Leopold dd. 17. April 1620.

Dienerschaft, begleitet von befreundeten Fürsten, von dem ungarischen Gesandten und seinem Gefolge, von den zum Generallandtage versammelten Personen, sowie von den obersten Beamten, begab sich der König aus dem Schlosse in die Domkirche. Der Täufling wurde von Frau Berka, der Gattin des Oberstburggrafen, in die Kirche getragen, während acht Edelfräulein die anderthalb Klafter langen Zipfel der kostbaren Decke hielten, in die er gehüllt war. In der Kirche nahm Graf Thurzo als Vertreter des Pathen das Kind in seine Arme, ihm zur Seite stellten sich eine Anzahl von Vertretern sämtlicher Länder der böhmischen Krone auf, die als Mitpathen fungirten. Bei der Taufe bekam der Prinz den Namen Ruprecht. Viele Jahre später machte dieser selbe Prinz seinen Namen zu einem populären in England, wo er sich als ein tapferer und umsichtiger Krieger bewährte und so Eigenschaften an den Tag legte, die seinem unglücklichen Vater gänzlich abgingen.

Nach der Taufe stellten sich die Pathen mit Geschenken ein. Thurzo übergab im Namen seines Herrn dem Könige einen kostbaren Edelstein und ein prachtvoll gezäumtes türkisches Pferd von untadelhafter weisser Farbe, der Königin einige werthvolle orientalische Stoffe, dem Täufling aber ein kostbares mit Edelsteinen besetztes Schwert.*) Die böhmischen Stände brachten einen golddurchwirkten Beutel, in welchem eine Schuldverschreibung auf 24.000 Thaler steckte, zahlbar binnen Jahresfrist. In ähnlicher Weise bestanden die Pathengeschenke der Stände von Mähren und Schlesien aus Schuldverschreibungen von je 18.000 Thalern, aber von allen diesen auf die Zukunft ausgestellten Summen bekamen weder der König noch der Täufling je einen Heller zu Gesicht. Besser benahmen sich die lausitzer Stände, die dem Könige eine prachtvolle, mit Goldmünzen gefüllte Schüssel, die einen Werth von 10.000 Thalern repräsentirte**), überreichten.

Die Tauffeierlichkeiten unterbrachen für einen Tag die Verhandlungen des böhmischen Generallandtages, der am 27.

*) *Cotona* XXX, 362.

**) *Skála* IV.

1620 März, gleichfalls unter Entfaltung des vom Könige so sehr geliebten Pompes, eröffnet worden war. Vom Thronessel aus, — der für ihn prachtvoll hergestellt worden war, da ihm der von den Habsburgern hinterlassene wohl allzu abgenützt erschien — verlas er in deutscher Sprache eine Rede, in der er den Ständen für ihr bereitwilliges Erscheinen dankte und sie zur Ausdauer und Energie im weitem Kampfe ermahnte, da auch er es seinerseits nicht an Opfern und Anstrengungen fehlen lassen werde. Der oberste Kanzler wiederholte diese Rede in böhmischer Sprache, worauf der Landtag in herkömmlicher Weise von den Gegenständen in Kenntniss gesetzt wurde, über die verhandelt werden sollte. Die wichtigsten unter ihnen betrafen die Berathung über die im Januar mit Ungarn abgeschlossene Conföderation und die daran geknüpften Folgen, ferner die Herbeischaffung der nöthigen finanziellen Mittel, die Versorgung der sich von Tag zu Tag mehrenden invaliden Krieger, die Festsetzung eines Moratoriums in der Zahlung der böhmischen Landesschulden und die Confiscation der Güter jener Personen, die mit Ferdinand in Verbindung standen. Nach Verlesung dieses Berichtes ergriff der Oberstburggraf das Wort und dankte dem König für die Gnade, dass er den Landtag persönlich eröffnet habe und versicherte ihm der Opferwilligkeit der Stände. Nach jedem Satze seiner Rede machte der Oberstburggraf eine Pause, während welcher der oberste Kanzler dem Könige das Gesagte ins Deutsche übertrug.

Die Verhandlungen über das ungarische Bündniss nahmen nun ihren Anfang; Emerich Thurzo erschien im Landtagssaal und mahnte sämtliche Vertreter der böhmischen Länder aufs dringendste zur raschen Vornahme derselben. Indem er darauf einen Entwurf der Bündnissbedingungen vorlegte, in dem die Beitragsleistungen und die gegenseitige Truppenhilfe festgesetzt waren und die Nothwendigkeit der Absendung von Gesandten an den Sultan betont wurde, unterliess er es nicht, den Weisungen Bethlens gemäss, für den Frieden eine Lanze zu brechen und die Stände zu bitten, sich auf alle Weise um den Abschluss eines Waffenstillstandes mit dem Kaiser zu be-

nähen.*) Er deutete dabei auf das Beispiel der Mässigung an, das Bethlen gegeben habe, indem er die ihm in Pressburg angebotene Krone nicht angenommen und zu den Friedensverhandlungen mit dem Kaiser die Hand geboten habe. Dieses Beispiel sollten König Friedrich und die Stände von Böhmen beherzigen und dem Kaiser bei dem Ansuchen um den Waffenstillstand jede Ehrerbietung bezeugen. — Wollte Thurzo durch diese Rede andeuten, dass es zweckmässig wäre, wenn Friedrich dem Kaiser in den Friedensverhandlungen reelle Vortheile, wenn auch nicht die vollständige Herrschaft in Böhmen einräumen würde? Man könnte aus seiner Rede diesen Wunsch herauslesen, da sie sich nur in allgemeinen Phrasen hielt, das von Bethlen gegebene Beispiel betonte und den Böhmen den Beginn der Verhandlungen mit dem Kaiser dringend empfahl. Als einer der wichtigsten Gründe, um dessentwillen der Friede der weiteren Kriegführung vorzuziehen sei, wurde die Gefahr bezeichnet, mit der die Türken ununterbrochen die Christenheit bedrohten. Thurzo sah auf diese Weise den Widerspruch nicht ein, in den er sich verwickelte, wenn er die Türken eine doppelte Rolle spielen liess, einmal als Schutzmacht, dann als drohendes Gespenst.**)

Die Aufforderung zum Beginn der Friedensverhandlungen fand bei Friedrich nur insoferne einen Anklang, als er dem Fürsten Bethlen jenen Vorschlag überschickte, von dem bereits an einer anderen Stelle***) die Rede war und der dem Kaiser höchstens eine kleine Geldentschädigung bot. Die böhmischen Stände liessen sich in die Erörterung des Friedensvorschlages gar nicht ein, sondern begannen alsbald über das Bündniss mit Ungarn zu verhandeln. Die Geldfrage gab zwar zu mancherlei Debatten Anlass, schliesslich einigte man sich über eine jährlich an Ungarn zu leistende Zahlung von 103.000 Thalern, die die einzelnen Länder nach Massgabe ihrer Grösse und Einkünfte unter einander theilten sollten. Auch die in

*) Catona XXX, 310 u. figd.

***) *Persuasio legati Hungarici ad pacem cum Caesare Ferdinando a confederatis faciendam.* Archiv von Kuttenberg. Landtag 1620.

****) Band II, S. 363.

Prag anwesenden ober- und niederösterreichischen städtischen Gesandten nahmen an diesen Verhandlungen Antheil und schlossen sich dem ungarischen Bündnisse an, indem sie sich in gleicher Weise zur Leistung eines Geldbetrages verstanden. Oberösterreich erbot sich zur Zahlung von jährlich 30.000 Thalern,*) Niederösterreich war auch gewillt, eine ähnliche Summe beizusteuern, verlangte jedoch für dieses Jahr Nachsicht von jeder Zahlung wegen der furchtbaren Verheerungen, die es erlitten habe. Gleichzeitig fanden auch Berathungen über die Kriegshilfe statt, mit der Ungarn, Böhmen und Oesterreich sich wechselseitig unterstützen sollten und es wurde beschlossen, dass Ungarn 7000 Mann, Böhmen 4200 Mann und Ober- und Niederösterreich 3000 Mann zum gegenseitigen Beistand aufstellen sollten. Der Antheil, der auf Siebenbürgen entfallen sollte, wurde nicht ausgemessen, da dieses in die Conföderation nicht eingeschlossen war und hierüber eigens mit Bethlen verhandelt werden musste. Zuletzt beschloss man auch die Absendung einer Gesandtschaft an den Sultan, die sich im Verein mit einem Gesandten Bethlens auf den Weg nach Konstantinopel begeben sollte.

Als man im böhmischen Landtage daran ging den Text des ungarischen Bündnisses in die Landtafel einzutragen und die Herren und Ritter dem uralten Herkommen gemäss einige Personen aus ihrer Mitte mit diesem Geschäfte betrauten, verlangten auch die Städte zu dieser sogenannten Landtagsrelation zugelassen zu werden. Man wies sie mit diesem Gesuch ab, da sie es aber dennoch erneuerten, erhob sich der Oberstburggraf und tadelte ihr Benehmen als eine ungehörige Ueberhebung. „Sollen wir,“ rief er zuletzt den Städtern zornig zu, „vor euch keinen Vorzug haben! Wenn es nach euch ginge, würde man bald nicht mehr unterscheiden können, wer der höhere und wer der niedrigere ist.“**) In dieser schroffen Weise wurden vor 200 Jahren die Ansprüche des Bürgerstandes zurückgewiesen, der sich dadurch allerdings einschüchtern liess.

25. Apr.
1620

Nachdem die Berathungen über die ungarische Conföde-

*) Sächs. StA. Literae legatorum superioris Austriae ad legatum principis Transylvaniae.

**) Skála IV, 47.

tion ihr Ende erreicht hatten und sie allseitig angenommen worden war, sollte sie feierlich in der Domkirche verlesen werden. Umgeben von seiner prachtvoll gekleideten Leibcompagnie und gefolgt von mehreren Fürsten, von der ungarischen Geandtschaft und den Vertretern der verschiedenen Länder betrat sich der König vom Schlosse in die Kirche, wo Scultetus die Bedeutung des Bündnisses in längerer Rede erörterte. Nachdem er geendigt hatte, erhob sich Thurzo und hielt eine dem Augenblicke angemessene lateinische Ansprache, auf die Ruppia in derselben Sprache antwortete. Beide Redner wurden wegen der Eleganz und Leichtigkeit bewundert, mit der sie sich ausdrückten. Darauf wurde der Text des gemeinsamen Bündnisses verlesen und einige Höflichkeitsphrasen zwischen dem Könige und dem Grafen Thurzo in lateinischer Sprache ausgetauscht.*) Damit war die kirchliche Feier beendet und man schritt nun zu einem jener monströsen Ess- und Trinkgelage, wie sie zu Anfang des 17. Jahrhunderts üblich waren. Auf diese Weise fröhnte der König seiner Eitelkeit, die Stände ihren Gelüsten und das zu Tausenden herbeigeströmte Volk seiner Schaulust, der Sorge über die Zukunft scheint sich Jedermann entschlagen zu haben. Graf Thurzo reiste darauf nach ^{27. Apr.} Ungarn zurück, reich beschenkt von Friedrich und von den ¹⁶²⁰ böhmischen Ständen, die ihm trotz der argen Geldnoth auch ein prachtvolles Silbergeschirr für Bethlen mitgaben, dessen Werth auf 20.000 Thaler veranschlagt wurde.**)

Während der Verhandlungen über die ungarische Conföderation war Anhalt nach Prag gekommen und hielt täglich Beratungen mit dem Pfalzgrafen, mit Hohenlohe, Solms, Christoph Dohna und Camerarius über die zur weiteren Kriegführung nöthigen Geldmittel, da Thurns Nachrichten keinen Zweifel darüber liessen, dass das Heer meutern werde, wenn man nicht einen Theil der Soldrückstände bezahlen würde. Man beschloss einerseits die böhmischen Stände um eine energischere Anspannung ihrer Kräfte zu ersuchen, andererseits gedachte man

*) Münchner Reichsarchiv, Solms an Anhalt dd. 15./25. April 1620. — Pariser Nationalbibliothek MS. 1171 Bericht über die Feier des Bündnisses.

**) Sächs. Staatsarchiv, Lebzelter an Schönberg dd. 18./28. April 1620.

sich abermals an Kursachsen zu wenden, und zwar diesmal mit der Bitte um die Vermittlung eines Friedens mit dem Kaiser. Graf von Hohenlohe hatte zu diesem Zwecke mit dem sächsischen Gesandten in Prag eine Unterredung, in der er von Schmeicheleien für den Kurfürsten überfloss und frug, ob Johann Georg nicht die Vermittlung zwischen Böhmen und dem Kaiser — allerdings unter Aufrechthaltung der Herrschaft des Pfalzgrafen — in die Hand nehmen wolle. Es braucht wohl nicht erst gesagt zu werden, dass diese Bitte ganz vergeblich war.*)

Alle diese Beschlüsse hatte die Berathungskommission gefasst, bevor noch die Nachricht von der sinzendorfer Niederlage nach Prag gelangt war. Als dieser Unfall bekannt wurde, beschloss man den Folgen desselben in doppelter Weise zu begegnen: einerseits durch eine noch grössere Anspannung der böhmischen Stände zu neuen Steuerleistungen, andererseits durch unverweilte Durchführung des Beschlusses, der bezüglich der Absendung Mansfelds nach Oesterreich gefasst worden war.

In Bezug auf die Herbeischaffung der nöthigen Geldmittel entschlossen sich die böhmischen Stände zur Fortzahlung der im Jahre 1615 bewilligten Steuern und ausserdem noch zu folgenden Abgaben: jeder Gutsbesitzer sollte anderthalb Thaler für jeden Bauer auf seinem Grunde zahlen, die Städte aber eine Gesamtsumme von 78.250 Thalern entrichten. Jeder Bauer wurde gleichfalls mit einer Steuer von 1½ Thalern belastet, auch den Juden eine eigene Steuer auferlegt und ebenso der Verkauf von Fisch und Fleisch, von Getreide, Wolle, Wein, Bier, Holz und Krämerwaaren besteuert. Bei den Berathungen über diese Steuersätze kam es bei einem Punkte abermals zu einem argen Zerwürfniss zwischen dem Adel und den Städten. Der Adel erbot sich wegen der steigenden Noth des Kriegsheeres einen Naturalbeitrag an Getreide und Pferdefutter abzuliefern und verlangte von der Städten, dass diese sich dafür zur Zahlung einer Geldsumme verpflichten sollten.

*) Sächs. Staatsarchiv, Lebzelter an Schönberg dd. 15. und 20. April 1620. Man erschöpfte sich um diese Zeit wieder in Schmeicheleien gegen Kursachsen, da man durch Nachrichten von seiner Verbindung mit dem Kaiser geängstigt wurde.

Diese Aufforderung schlugen die Städte rundweg ab und verbarren bei ihrer Weigerung trotz wiederholten Drängens und mannigfacher gegen sie ausgestossener Drohungen, so dass der Adel sich zu den betreffenden Naturallieferungen ohne eine entsprechende Gegenleistung der Städte entschliessen musste.

Zwischen den Berathungen über die Steuern tauchte ein anderer Gegenstand auf, der schon bei der letzten Landtags-session zur Verhandlung gekommen, damals aber vertagt worden war. Er betraf die Entschädigung jener Gutsbesitzer, welche durch den Krieg in arger Weise gelitten hatten und jedes Einkommens beraubt waren, was namentlich bei jenen Edelleuten der Fall war, deren Güter im südlichen Böhmen lagen. Ihre Getreidevorräthe und ihr gesammter Viehstand waren ihnen geraubt worden, so dass die wenigsten im Jahre 1620 an die Bebauung ihrer Felder gehen konnten. Ihr Loos war zwar nicht härter als das von Tausenden von Bauern, die unter der Last des Krieges zu Grunde gingen, aber sie befanden sich in der bessern Lage, dass ihre Klagen bei ihren Standesgenossen gewürdigt wurden. Der Landtag räumte den verarmten Gutsbesitzern jene Landgüter zum Nutzgenuss ein, die den Anhängern Ferdinands entzogen worden waren. Zugleich wurde ein Zahlungsmoratorium beschlossen, vermöge dessen weder Kapital noch Interessen gegen jene eingeklagt werden konnten, die durch den Krieg Schaden gelitten hatten. Das gleiche Moratorium wurde auch bezüglich der Zahlung der Landesschulden festgesetzt und ausserdem bestimmt, dass das öffentliche Schuldenregister einer Revision unterzogen werden solle, da die früheren Könige einzelnen begünstigten Personen Schuldverschreibungen ausgestellt hätten, zu deren Zahlung das Land nicht mehr verhalten werden könne. Man berechnete die böhmischen Landesschulden im J. 1620 auf 3,300,000 fl. und glaubte die Bezahlung von mindestens 1.500,000 fl. aus diesem Grunde ablehnen zu dürfen.*) Zu gleicher Zeit wurde ein früherer Beschluss erneuert, wornach mit dem Verkauf der confiscirten geistlichen Güter fortge-

*) Skála IV. Sächs. StA. Lebzelter an Schönberg dd. 3./13. Mai 1620.

fahren werden sollte und endlich noch bestimmt, dass das Kloster Strahow zur Unterbringung verwundeter Krieger hergerichtet und in allen Kirchen des Königreiches Sammlungen für die letzteren angestellt werden sollten.

Gegen das Ende der Generallandtagsverhandlungen trat der Oberstburggraf zur Ueberraschung der Anwesenden mit dem Vorschlage auf, man solle den ältesten Sohn des Königs zum Nachfolger im Besitz der böhmischen Krone wählen. Ueber diesen Gegenstand hatten vertrauliche Beratungen zwischen einigen Häuptern der böhmischen Regierung und dem Könige stattgefunden und wenn man sich zuletzt dahin einigte auf dem Landtage den eben erwähnten Vorschlag zu thun, geschah dies nicht, um einem Wunsche des Königs zu entsprechen, sondern um dadurch auf den König von England einen Eindruck zu machen, da man erwartete, dass diese seinerseits so freundliche Haltung der böhmischen Stände Jakob veranlassen werde, mit seiner ganzen Macht zu Gunsten seines Schwiegersohnes aufzutreten. Der oberste Hofmeister Wilhelm von Lobkowitz, der in das Geheimniss nicht eingeweiht war, wollte den Antrag des Oberstburggrafen durchkreuzen, indem er vorschlug, den jüngeren Sohn des Königs, den eben getauften Prinzen Ruprecht zum Nachfolger zu wählen; sein Vorschlag fand jedoch keinen Anklang und wurde von Ruppá energisch bekämpft. Dieser rühmte die trefflichen Eigenschaften des Prinzen Friedrich Heinrich, der sich die böhmische Sprache bereits mit Eifer anzueignen suche und mit richtiger Betonung die Worte „die Furcht Gottes ist der Weisheit Anfang (bázeň Páně jest počátek moudrosti)“ auszusprechen vermöge, vor allem wies er aber auf den Eindruck hin, den diese Wahl auf den König von England und die Union machen werde.

Ruppá's Fürsprache hatte zur Folge, dass der Landtag sich dem Vorschlage des Oberstburggrafen anschloss, und dass auch die Vertreter der böhmischen Nebenländer beistimmten und sich so von keiner Seite ein Widerspruch erhob, wurde 1620 die Wahl des Prinzen Friedrich am 29. April als rechtlich vollzogen vom Oberstburggrafen in offener Landtagssitzung proklamirt. Gleich darauf verfügten sich die obersten Beamten gefolgt von den Ständen zu dem Könige, der sie in Gegen-

urt des Prinzen und seines Hofmeisters, sowie des Markgrafen von Jägerndorf empfing. Der Oberstburggraf setzte ihn in der Wahl seines Sohnes zu seinem Nachfolger in Kenntnis, worauf sich Friedrich in herzlicher Weise für den guten Willen der Stände bedankte. Als die Landtagsmitglieder darauf zu dem Prinzen traten, ihn beglückwünschten und ihm nacheinander die Hand reichten, legte der kaum sechs jährige Knabe eine so gewinnende Freundlichkeit an den Tag, dass sein Vater aus Freude über die schöne Haltung seines Sohnes im Saale herumsprang.*) Zu welchen abfälligen Urtheilen dieses kindische Gebahren des Königs Anlass bot, ist nicht begreiflich.



*) Skála IV, 57 u. fg. Sächs. StA. Lebzelter an Schönberg dd. 17./27. April und 21. April/1. Mai 1620.

Viertes Kapitel.

Der Krieg bis zum Einmarsch der ligistischen Truppen in Oesterreich.

- I Mansfeld marschirt nach Oesterreich. Zustände in der böhmischen Armee bei Eggenburg nach dem Treffen bei Sinzendorf. Die Niederösterreicher und das mansfeldische Regiment. Das Gefecht bei Gars. Soldzahlung. Zustand der Ungarn. Meuterei in der böhm. Armee. Hadersdorf. Zerrüttete Verhältnisse während der Monate Juni und Juli 1620.
- II Marradas greift Prachatitz an. Aufrührische Bewegungen unter den böhmischen Bauern bei Tabor und Unhoscht. Mansfeld wird nach Böhmen zurückgeschickt. Er erobert Moldautzin. Noth in dem mansfeldischen Heere. Das von den Niederösterreichern entlassene mansfeldische Regiment in Prag. Mansfeld in Gefahr.
- III Thurn in Prag. Zerrüttete Verhältnisse daselbst. Anfeindung der Katholiken. Bemühungen Geld in Prag zusammenzutreiben. Wenzel Wchynský.

I

Als die Nachricht von der sinzendorfer Niederlage in Prag anlangte, wollte man daselbst den schon früher wegen der Absendung Mansfelds nach Oesterreich gefassten Entschluss unverweilt ins Werk setzten. Der Graf selbst hatte sich um diese Zeit in Prag eingefunden und da um die Uebertragung der Würde eines Feldmarschalls, die durch den Tod des Herrn von Fels erledigt war, ersucht, war aber mit seinem Begehren abgewiesen worden. *) Er reiste darauf am 19. April 1620 nach Bechin ab**), und benachrichtigte von da aus den Grafen Hohenlohe, dass er alle seine Streitkräfte sammle, um mit ihnen nach Oesterreich aufzubrechen, dass er sich aber der Sorge für die von ihm nur mit schwacher Besatzung versehenen Plätze nicht erwehren könne. Mansfeld berechnete seine Truppenzahl auf 4400 Mann Fussvolk. von denen 1000

*) Sächs. Staatsarchiv, Lebzelter an Schönberg dd. 16. April 1620.

**) Sächs. Staatsarchiv, Lebzelter an Schönberg dd. 20. April 1620.

Mann dem Landesaufgebote, und 1100 Reiter, von denen 250 dem Landesaufgebote entnommen waren. Alles in allem konnte er also das böhmische Heer bei Eggenburg um 5500 Mann verstärken.*) Den Marsch dahin trat er gegen Ende April an.**) Da er alle seine Ersparnisse zur Erhaltung seiner Truppen hergeliehen hatte und ihn nachgerade Verpflichtungen aller Art drängten, so mögen seine Sorgen um diese Zeit die höchste Stufe erreicht haben und er schrieb deshalb von Počátek, wo er während des Marsches einige Tage rastete, an den böhmischen Kanzler Herrn von Ruppá und verlangte die Bezahlung dessen, was er für sich und seine Truppen von den böhmischen Ständen zu fordern habe. Nebenbei verlangte er auch nochmals die Feldmarschallswürde und erklärte schliesslich, dass, wenn diesem seinem doppelten Verlangen nicht genügt würde, er entschlossen sei, aus dem böhmischen Dienste zu treten.***) Seinem zweiten Wunsche war bereits willfahrt worden, als er an Ruppá schrieb, denn schon am 2. Mai hatte ihn Anhalt benachrichtigt,†) dass er von dem Könige zum Feldmarschall ernannt worden sei; auf seine Geldforderungen erhielt er aber nichts anderes als Vertröstungen. Von Počátek setzte Mansfeld am 3. oder 4. Mai seinen Marsch fort und langte ungefähr am 7. Mai bei 1620 Eggenburg an.††)

In Eggenburg hatte mittlerweile der Graf Thurn, der, wenn er auch nicht den Rang des Fürsten von Anhalt einnahm, doch während Anhalts Abwesenheit seine Stelle vertrat, schwere Tage erlebt. Nach der Affaire von Sinzendorf steigerte sich die Gefahr einer völligen Auflösung der böhmischen Armee von Tag zu Tag. Die Soldaten wollten von einer Bekämpfung des Feindes nichts wissen, sondern gaben sich immer ärgeren Räubereien hin. Die bedrohlichen Anzeichen einer offenen Meuterei häuften sich, bis sie endlich in vollen

*) Mansfeld an Hohenlohe dd. 21. April 1620, Münchner Reichsarchiv.

***) Mansfeld an Friedrich dd. 28. April 1620, Počátek, Münchner Reichsarchiv. — Mansfeld an Ruppá dd. 3. Mai 1620, Münchner Staatsarchiv.

***) Mansfeld an Ruppá dd. 3. Mai 1620, Münchner Staatsarchiv.

†) Anhalt an Mansfeld dd. 2. Mai 1620, Münchner Reichsarchiv.

††) Wir schliessen auf dieses Datum seiner Ankunft, weil die Nachricht davon am 10. Mai in Prag anlangte. Anhalts Tagebuch.

Flammen aufschlug. Das Regiment des Grafen Thurn, welches das herbe Elend der zwei Kriegsjahre bis zur Neige durchgekostet hatte, versagte gegen Ende April den Gehorsam und alle Bemühungen Thurns, der herbeilte und die Soldknechte an ihre Pflicht mahnte, waren vergeblich. Mit Verzweiflung im Herzen theilte er dieses neue Unglück dem Fürsten von Anhalt mit. *)

Noch hatte der letztere diese traurige Kunde nicht erhalten, als ihm ein neuer Unfall berichtet werden musste, der das im Dienste der niederösterreichischen Stände stehende mansfeldische Reiterregiment betraf. Durch das Gefecht bei Langenlois hatte dasselbe sehr stark gelitten; die Misachtung, in die es seitdem bei den Oesterreichern gerathen war, trug zu seiner Auflösung fast noch mehr bei als die erlittene Niederlage. Man legte die mansfeldischen Truppen nur in jene Quartiere, wo bereits von anderen Truppen alle Vorräthe aufgezehrt worden waren. Dieses Uebelwollen und die gleichzeitige Nichtbezahlung des Soldes steigerte die Unbotmässigkeit der Mansfelder in solchem Grade, dass täglich einige ausrissen und zum Feinde übergingen, während die zurückgebliebenen laut erklärten, dass sie sich gegen den Feind nicht wehren, sondern bei seiner Ankunft die Waffen werfen würden.**)

Die Niederösterreicher nahmen sich die Drohungen zu Herzen, zahlten den Mansfeldern einen halben Monatssold aus und versprachen ihnen, sie fortan mit genügenden Lebensmitteln zu versehen. Dafür aber verlangten sie, dass die Soldaten fortan das Rauben aufgeben und Gehorsam leisten sollten. Auf diese Bedingungen hin entschloss sich das Regiment, den niederösterreichischen Ständen Treue zu schwören, wünschte aber zugleich, dass man die Absendung einer Deputation an den Grafen Mansfeld gestatte, um mit demselben die bisherigen Forderungen ins Reine zu bringen. Die Erlaubniss wurde gegeben und so hatte die Meuterei für den Augenblick ein Ende. ***)

*) Münchner Staatsarchiv, Thurn an Anhalt dd. 28. April 1620.

**) Kraus an Mansfeld dd. 29. Februar 1620, Münchner Reichsarchiv.

***) Münchner Reichsarchiv, Einigung zwischen dem mansfeldischen Regiment und den niederösterreichischen Ständen dd. 21. März 1620.

Gegen dieses fast auf die Hälfte zusammengeschrumpfte und jedenfalls demoralisirte Regiment richtete nun Dampierre seinen Angriff, indem er das Städtchen Gars, wo die Mansfelder mit ungefähr 1000 Mann Fussvolk ihren gemeinschaftlichen Lagerplatz hatten, am 30. April mit doppelt überlegenen Streitkräften überfiel. Sein Angriff gelang ihm vollkommen, an 400 Mann wurden in Gars niedergehauen und der Rest zur Flucht über den Fluss Kamp genöthigt, wobei noch eine bedeutende Anzahl der Flüchtlinge ihren Tod in den Wellen fand.*) Der Oberstlieutenant Carpezon, der für Mansfeld das Regimentskommando führte, fiel als Gefangener in die Hände Dampierre's und konnte sich auf ein schlimmes Schicksal gefasst machen, da er sich aus einer früheren Gefangenschaft durch die Flucht befreit hatte. Vorläufig wurde er nach Krems gebracht**) und wenn er daselbst keine harte Behandlung erfuhr, so mag es daher gekommen sein, weil er dem Grafen Buquoy Hoffnung auf die Gewinnung Mansfelds machte. Denn bei den späteren Verhandlungen zwischen Buquoy und Mansfeld, durch welche der letztere die böhmische Sache verrathen sollte, spielte Carpezon eine Hauptrolle; es dürfte demnach die Vermuthung nicht zu gewagt sein, dass er sich dazu schon jetzt in Krems erboten hatte.

Mit der Niederlage bei Gars hatte die Reihe der Unglücksfälle, durch welche die Sache der aufständischen Länder mehr und mehr gefährdet wurde, vorläufig ein Ende, der Monat Mai liess sich unter besseren Auspicien an, so dass man wieder auf die Besiegung Buquoy's rechnen konnte, bevor ihm Maximilian von Baiern mit den ligistischen Truppen zu Hilfe gekommen sein würde. Das erste Ereigniss von entscheidender Wichtigkeit war, dass man endlich eine dreimonatliche Soldzahlung in Prag zusammenbrachte und dieselbe am 30. April

*) Sächs. Staatsarchiv, Aus Wien dd. 6. Mai 1620. — Ebend. Lebzelter an Schönberg dd. 9. Mai 1620. — Skála, IV, 124. Doch gibt Skála fälschlich den 9. Mai als den Tag des Ueberfalles an, der Ueberfall geschah am 30. April. In Actorum Boëmicorum III ist gleichfalls ein falsches Datum, der 11. Mai angegeben.

**) Sächs. Staatsarchiv, Aus Wien dd. 6. Mai 1620.

an die böhmische Armee abschickte, und zwar einen zweimonatlichen Sold in baarem Gelde und den dritten Monatsold in Kleidungsstücken. Es war dies die erste Bezahlung seit Dezember 1619 und auch diese war nur dadurch zu Stande gekommen, dass der Fürst von Anhalt 60.000 und der Pfalzgraf 200.000 Gulden aus eigenem Vermögen dazu hergeliehen hatten. Was mit den böhmischen Steuererträgen, die, wenn auch unordentlich und bedeutend geschmälert, aber dennoch einliefen, seit Jahr und Tag geschah und wofür die Summen verwendet wurden, deren man sich durch Confiscation bemächtigte, darüber können wir keinen Aufschluss geben, denn die theilweise von Böhmen bestrittene Verpflegung der Truppen, die Anschaffung der Munitionsvorräthe können unmöglich diese Geldsummen aufgezehrt haben.*) Für die Armee war es jedoch gleichgiltig, woher die Zahlung geflossen war, sie fühlte sich seit mehr als Jahresfrist endlich wieder etwas befriedigt. Zwar fehlte es auch jetzt nicht an meuterischen Reden, man verlangte mehr, aber gab sich zuletzt mit dem Versprechen zufrieden, dass von nun an die Zahlungen regelmässig sein würden. Auf die österreichischen und mährischen Truppen erstreckte sich die Abschlagszahlung nicht, da sie aber nicht so viel Anlass zu Klagen hatten wie die böhmischen, so konnte man für den Monat Mai auf den Gehorsam der gesammten Armee rechnen.

Aber nicht bloss auf einen willigeren Gehorsam bei ihren Truppen konnten Anhalt und Hohenlohe zählen, als sie beide, der eine am 15., der andere am 16. Mai**), von Prag zur Armee nach Eggenburg reisten; durch Anhalts Fürsorge waren auch bedeutende Verstärkungen im Anzuge, denn abgesehen von dem mansfeldischen Corps, das bereits seit einigen Tagen in Niederösterreich einmarschirt war, kamen jetzt auch aus Schlesien 1500 Musketiere und 1000 Reiter herangezogen.***)

*) Sächs. Staatsarchiv, Lebzelter an Schönberg dd. 1. und 9. Mai 1620. — Böhm. Statthaltereiarhiv, die böhmischen Landesbeamten an Thurn dd. 30. April 1620. — Ebend. dieselben an denselben dd. 9. Mai 1620.

**) Anhalts Tagebuch, Lebzelter an Schönberg dd. 17. Mai 1620. Sächs. Staatsarchiv.

***) Lebzelter an Schönberg dd. 13. Mai 1620. Sächs. Staatsarchiv.

Das wichtigste Ereigniss war aber, dass Bethlen sich wieder den Böhmen anschloss. Mit welcher bangen Sorge Anhalt dem Ende der 25tägigen Frist entgegengesehen haben mag, die Bethlen dem Kaiser für die Annahme des Waffenstillstandes mit Böhmen gesetzt hatte, kann man sich leicht denken, denn jetzt musste es sich offenbaren, ob der Fürst von Siebenbürgen seinen Versprechungen nachkommen werde oder nicht. Zu seiner Freude erfuhr Anhalt schon Anfangs Mai, dass seine Wünsche erfüllt seien und dass Graf Stanislaus Thurzo sich am 28. April mit 3000 Mann gegen die mährische Grenze ¹⁶²⁰ in Bewegung gesetzt habe. In der That überschritten Anfangs Mai 1600 ungarische Reiter die March, von denen ein Theil sich unter dem Kommando Bornemisza's dem Heere bei Eggenburg anschloss und der andere Theil zum Grafen Thurn stiess, der wieder in Mähren kommandirte. Diesen folgten bald weitere 800 Reiter, die sich gleichfalls dem Heere Thurns anschlossen. Die Nachricht von dem Zuzuge der ungarischen Truppen wurde jedöch dem Fürsten von Anhalt durch einen bittern Zusatz vergällt, da gleichzeitig von ihm verlangt wurde, für die Zusendung von 25.000 Gulden als Abschlagszahlung für den Sold dieser Truppen Sorge zu tragen. Der Pfalzgraf, der von Bethlens Forderung in Kenntniss gesetzt wurde, entschuldigte sich bei Emerich Thurzo, er habe das Geld noch nicht geschickt, weil die böhmischen Stände noch nicht die Erlaubnis hiezu gegeben hätten. Mit diesen Ausflüchten wurden Bethlens Forderungen vorläufig zurückgewiesen und die traurigen finanziellen Zustände in Prag verdeckt. *)

Die Stärke der aus den verschiedenen Ländercontingenten bestehenden Bundesarmee wurde Anfangs Juni auf 36.000 Mann angegeben, wohl eine übertriebene Angabe, da der jüngere Fürst von Anhalt, der mit der Stärke der Armee genau bekannt war, die Zahl sämmtlicher Bundestruppen am 9. Juni nur auf ¹⁶²⁰

*) Münchner Reichsarchiv, Stanislaus Thurzo an Thurn dd. 28. April 1620. — Münchner Reichsarchiv Emerich Thurzo an Anhalt dd. Bitsch den 9. Mai 1620. — Münchner Reichsarchiv Stanislaus Thurzo an Anhalt dd. 9. Mai 1620. — Ebend. derselbe an denselben dd. 30. Mai 1620. — Ebend. Anhalt an Stanislaus Thurzo dd. ? Mai 1620. — Böhm. Statthalt. Archiv Friedrich an Emerich Thurzo dd. 3. Juni 1620.

23—25.000 Mann berechnet. *) Aber selbst bei dieser geringeren Anzahl waren die Truppen der aufständischen Länder den Kaiserlichen überlegen. Was jedoch die Mannschaft selbst betraf, so bestand das kaiserliche Heer mit Ausnahme der Kosaken durchwegs aus Leuten, die das Kriegshandwerk verstanden und gut einexercirt waren, während dies von dem mit Mansfeld angekommenen Armeecorps nicht behauptet werden konnte. Auch mit den ungarischen Truppen hatte man eine durchwegs undisziplinierte Horde bekommen, auf die bei einer Schlacht kein sicherer Verlass war, da sie schlecht bewaffnet und schlecht einexercirt waren. Aber deshalb waren die Ungarn doch nicht zu verachten; von dem Augenblick an, wo sie in das böhmische Lager eingezogen waren, bedrängten sie Tag für Tag den Feind durch plötzliche Angriffe und Ueberfälle und fügten ihm täglich grössere oder kleinere Verluste bei. Es hätte nur eines tüchtigen Anführers, regelmässiger Schulung und ordentlicher Zahlung bedurft, und die Ungarn hätten schon damals als Reiter jene Ueberlegenheit gezeigt, durch die sie in den Tagen Maria Theresia's ihren Gegnern so furchtbar wurden.

Anhalt, durch dessen Bemühung hauptsächlich die verschiedenen Verstärkungen angelangt waren, war für einige Tage guten Muthes. Er hoffte, mit seinen Kräften dem Feinde einen entscheidenden Schlag versetzen und den Kriegsschauplatz in die Nähe von Wien verlegen zu können und dann vielleicht zu Stande zu bringen, was zweimal vergeblich versucht worden war, nämlich die Einnahme dieser Stadt. Seine grössere Zuversicht zeigte sich vor allem darin, dass er nicht länger in dem Lager bei Eggenburg weilen und den Angriff des Feindes abwarten, sondern selbst zur Offensive übergehen wollte. Als er nach Hadersdorf aufbrechen wollte, verweigerten ihm jedoch die Truppen den Gehorsam, weil sie einen weitem dreimonatlichen Sold verlangten. Nur durch Drohungen und eine Nachgiebigkeit, die die Disciplin schwer gefährdete, brachten 1620 er sie wieder zum Gehorsam. Am neunten Juni rückte er

*) Anhalts Tagebuch ad 9. Juni 1620.

Abends mit der ganzen Armee aus seinen Standquartieren und marschirte in der Nacht in der Richtung nach Hadersdorf, wo er einen Theil der feindlichen Truppen zu überfallen und aufzureißen hoffte, da nicht anzunehmen war, dass Buquoy mit seinen übrigen, in Langenlois, Elzdorf und anderswo stationirten Truppen rechtzeitig herbeikommen werde. Als er am Tage vor Hadersdorf anlangte, zeigte es sich, dass er bei seinen Combinationen nicht die Befestigungen in Anschlag gebracht hatte, die Buquoy daselbst angelegt hatte und die jeden Ueberfall unmöglich machten. Auch war es den Kaiserlichen möglich geworden, über den Kampfluss ein Regiment Fussvolk und einige hundert Reiter den Hadersdorfern als Verstärkung zuzuschicken und dadurch jede Gefahr zu beseitigen. Wenn der Fürst von Anhalt den beabsichtigten Ueberfall aufgeben musste, so gab er deshalb doch nicht alle Hoffnung auf einen Erfolg auf. Er erwartete, dass Buquoy mit seiner ganzen Armee heranziehen und so sich die Gelegenheit zu einer Schlacht bieten würde. Aber auch in dieser Erwartung sah er sich getäuscht, da Buquoy sich mit der Verstärkung der hadersdorfer Besatzung begnügte. Da Anhalt nicht lange vor diesem Orte verharren konnte, weil es daselbst an Trinkwasser fehlte und die Sonne an diesem Tage furchtbar brannte, er aber doch nicht unverrichteter Dinge in seine frühere Stellung zurückkehren wollte, so griff er noch zu einem Mittel, um die ersehnte Schlacht herbeizuführen. Wie in den alten Ritterzeiten ordnete er (statt eines Herolds) einen Trompeter an Buquoy ab und forderte ihn zur Schlacht auf. Allein Buquoy entgegnete auf diese Aufforderung in ablehnender Weise, er habe diesmal keinen Auftrag von dem Kaiser, seinem Herrn, eine Schlacht zu wagen, er werde den Fürsten aber jedenfalls zu rechter Zeit besuchen und aufwecken.*) So blieb also dem Fürsten von Anhalt nichts anderes übrig, als mit seinen von Hitze und Durst ermatteten Truppen den Rückzug anzutreten.

In den folgenden Tagen wurde die böhmische Armee durch abermalige Ergänzung der alten Regimenter und durch

*) Anhalts Tagebuch, Lebzelter an Schönberg dd. 18. Juni 1620. Sächs. Staatsarchiv.

die wiederholten Zuzüge frischer ungarischer Reiterabtheilungen verstärkt und dadurch die Lücke ausgefüllt, die durch den Abmarsch Mansfelds herbeigeführt wurde. Derselbe musste nämlich wegen der steigenden Gefahr in Böhmen mit einem Theile seines Corps wieder dahin abziehen. Obwohl also Anhalt dem Grafen Buquoy gegenüber über eine hinreichend starke Armee gebot, um neue Gelegenheiten zur Schlacht aufsuchen zu können, so war doch davon in den folgenden Wochen keine Rede mehr, da seine Aufmerksamkeit einerseits von neuen Verhandlungen mit Bethlen, die diesen zur vollen Anspannung seiner Kräfte vermögen sollten, und von den Berathungen der niederösterreichischen Stände, die dem König von Böhmen auch die Herrschaft über ihr Land übertragen wollten, zu sehr gefesselt war, andererseits die mangelhafte Soldzahlung wieder die ärgsten Zerwürfnisse unter seinen Truppen zur Folge hatte. Es verging fortan kein Tag, ohne dass ihn dieselben wegen des Soldes gemahnt hätten, kein Tag, wo sie nicht mit Meuterei drohten, und kein Tag, wo nicht wenigstens ein Versuch zu derselben gemacht wurde. Am ärgsten geberdete sich wieder das thurnische Regiment, man ergriff wohl einige der Wortführer und schaffte sie auf heimliche Weise aus dem Wege, allein man bewirkte damit nur, dass die übrigen um so lauter schrienen. Anhalt konnte sich einmal nur dadurch helfen, dass er aus eigenen Mitteln einige Hundert Gulden zur Befriedigung des Regiments hergab. Der Oberstlieutenant Mario und der Hauptman Büna, die aus dem Lager nach Prag geschickt wurden, um eine neue Geldsendung zu beschleunigen, fanden nicht Worte genug, um das Elend der Soldaten, ihren Trotz und ihre Erbitterung zu beschreiben. *)

Die von den Soldaten wiederholt angedrohte allgemeine Revolte brach endlich am 30. Juni aus. Das Regiment Thurn weigerte sich, einen neuen Obersten in der Person des Grafen Solms anzunehmen und in gleicher Weise sagten die mährischen Regimenter den Gehorsam auf, obwohl ihre Soldrückstände im Ver-

*) Sachs. S. A. Lebzelters Bericht dd. 26. Jun. 6. Juli. Ebend. Lebzelters Bericht dd. 22. Jun. 2. Juli. 1620. - Sachs. S. A. Lebzelters Bericht dd. 8. 18. Juli. 1620.

gleiche zu den Forderungen der böhmischen Truppen nur unbedeutend waren, und nun folgte dem gegebenen Beispiel auch das Regiment Hohenlohe. Durch Versprechungen und Verhandlungen und durch den Hinweis auf die nach Prag geschickte Gesandtschaft brachte man nach zwei oder drei Tagen die Soldaten wieder zum Gehorsam, allein schon am 9. Juli konnte man nicht im Zweifel sein, dass derselbe von keiner Dauer sein werde. An diesem Tage sagte das thurnische Regiment abermals den Gehorsam auf und nur durch die äusserste Anstrengung des Grafen Hohenlohe wurde es besänftigt. Die Cavallerie des böhmischen Landesaufgebots wollte auch meutern, unterliess es aber, nachdem das thurnische Regiment sich hatte beschwichtigen lassen. Als jedoch die Nachricht in Eggenburg anlangte, dass Maximilian von Baiern in Oberösterreich eingedrungen sei, lösten sich wieder die Bande der Ordnung. Das Beispiel gab diesmal das mährische Regiment Žerotín, welches am 27. Juli alle seine Offiziere verjagte. Auf alle Aufforderungen und Zusprüche Anhalts erwiderten die Meuterer, dass sie nur noch die Rückkehr der Boten, die der Fürst nach Prag um Geld geschickt hatte, bis zum morgigen Tag erwarten wollten.*)

Da diese Boten am folgenden Tage nicht kamen, so rückte das Regiment Žerotín aus seinen verschiedenen Quartieren nach Stockerau, wählte einen einfachen Musketier, der Katholik war, zu seinem Obersten und erklärte, dass es fortan die kaiserlichen Truppen nicht als Feinde ansehen werde. Die Meuterer erwarteten, dass sich das thurnische und hohenlohische Regiment ihnen anschliessen würden, da dies aber nicht geschah, traten sie ihren Marsch nach Znaim an, um sich mit Gewalt in Mähren bezahlt zu machen. Ihr Auftreten und wahrscheinlich die Wahl eines Katholiken zum Obersten fand diesmal nicht die Billigung der übrigen Truppen, sie wurden sogar von dem thurnischen Regiment als Verräther bezeichnet und dies brachte ihnen Theil von ihnen wieder zur Besinnung. Denn als Anhalt ihnen Oberstlieutenant an sie abschickte, um sie an ihre Pflicht zu mahnen, bereuten viele das gegebene Aergerniss,

*) Anhalts d. J. Tagebuch.

und zwei Tage später waren sie bereit, den neuernannten Obersten, den Herrn von Kapliř, als solchen anzuerkennen. Dagegen wurde es dem Fürsten von Anhalt jetzt wieder schwer, das thurnische Regiment bei seiner bessern Gewinnung zu erhalten, denn als er dasselbe besuchte und wegen seiner Haltung belobte, antworteten ihm die Soldaten, dass sie nur noch drei Tage auf die Befriedigung ihrer Forderungen warten und im Fall der Nichtbefriedigung nach Böhmen aufbrechen und sich bezahlt machen würden.*)

In dem Augenblicke also, wo Maximilian gegen Linz im Anzuge war, lag die Gefahr nahe, dass ein Theil der Bundesarmee das Lager von Eggenburg verlassen werde, und dass dies die vollständige Auflösung derselben im Gefolge haben müsste, war vor auszusehen. Diese Gefahr wurde durch die am 1620 2. August erfolgte Rückkehr der anhaltischen Boten aus Prag**) vorläufig beseitigt, da sie die Nachricht brachten, dass ein dreimonatlicher Sold für die Armee auf dem Wege sei. Wir bemerken zum Schlusse nur noch, dass Buquoy in diesen Wochen die Anschuldigung, die man gegen seine Fähigkeiten erhob, in hohem Grade verdiente, denn wenn er einer derartig desorganisirten Armee gegenüber keinen Angriff versuchte, so mangelte es ihm jedenfalls an der für einen Feldherrn nöthigen Initiative. Thatsächlich behaupteten im Juni und Juli nur die von Bethlen den Böhmen zugeschickten Ungarn das Feld. Tag für Tag versuchten sie einen Angriff und Tag für Tag konnten sie von einem Misserfolge oder einem Siege berichten, sie und die Kosaken auf kaiserlicher Seite kamen allein der Aufgabe nach, für die man sie erworben hatte.

*) Anhalt d. J. Tagebuch. — Sächs. StA. Lebzelters Bericht dd. 9./19. und 11./21. Juli 1620. — Vertrauliches Schreiben aus Eggenburg dd. 30. Juli 1620. — Ebend. Lebzelters Bericht dd. 28. Juli/7. Aug. und 1./11. Aug. 1620. — Ebend. Lebzelters Bericht dd. 10./20. Aug. 1620.

**) Anhalt d. J. Tagebuch.

II

Unter welchen Schwierigkeiten man in Böhmen das Geld für die Soldzahlung aufbrachte, wird erst begreiflich, wenn man weiss, in welcher Weise sich die Kriegslage in diesem Lande gestaltet hatte. Wir haben berichtet, dass auf wiederholtes Andringen des Obersten Marradas Buquoy seine Zustimmung dazu gegeben hatte, dass sich der Rest der Italiener von Passau nach Budweis begeben durfte. Marradas war dadurch bedeutend verstärkt worden und erneuerte in Folge dessen die Angriffe gegen die in der Nähe von Budweis gelegenen Orte. So zog er am 1. Mai gegen Soběslau und Bechin und fügte den dortigen Besatzungen, die sich aus der Stadt zogen und ihm im freien Felde zu begegnen wagten, eine tüchtige Schlappe zu; darauf rückte er vor die Mauern von Wodňan und forderte auch da die Besatzung auf, sich ihm im freien Felde zu stellen. Dieser Aufforderung, die mit spöttischen Bemerkungen begleitet war, glaubte ein Theil der Besatzung folgen zu müssen, und so verliessen 300 Musketiere die schützenden Mauern, nicht ohne eine Stellung zu nehmen, die ihnen den Rückzug sichern sollte. Allein durch einige geschickte Manöver vereitelte Marradas ihre Vorsorge, so dass in dem folgenden Kampfe an 200 Mann ihren Tod fanden.*) Diese Erfolge gedachte Marradas durch einen neuen Schlag zu vermehren, der ein für allemal die Verbindung des kaiserlichen Heeres mit Deutschland sichern sollte. Zwischen Budweis und Wallern liegt die Stadt Prachatitz, die noch immer in böhmischen Händen war und von der aus die Proviantzufuhr und der Zuzug der Truppen aus Passau gehemmt werden konnte. Marradas bot nun alle seine verfügbaren Truppen auf und brachte auf diese Weise, nachdem er in den von ihm besetzten Plätzen nur kleinere Garnisonen zurückgelassen hatte, gegen 2000 Mann zusammen, mit denen er am 18. Mai vor Prachatitz anlangte. Da er auch 8 Kanonen mitgenommen hatte, glaubte er, der Stadt bald Herr werden zu können, aber sein Angriff scheiterte diesmal an der

*) Wiener Staatsarchiv, Marradas an Buquoy dd. 7. Mai 1620.

Wachsamkeit und Entschlossenheit des mansfeldischen Hauptmannes Sigmund Teufel, der zwar kaum über 800 Mann verfügte, von denen noch überdies die grössere Hälfte nur Bauern waren, der aber das Herz auf dem rechten Flecke hatte. Da man auf böhmischer Seite, sobald man von der Prachatitz bedrohenden Gefahr vernommen hatte, das frisch geworbene Regiment Sidon der Stadt zu Hilfe schickte*) und eine von den
21. Mai 1620 Kompagnien dieses Regiments in einer Nacht trotz grosser Gefahr in die Stadt eindrang und die Besatzung verstärkte, so sah Marradas seinen Plan vereitelt und musste sich unverrichteter Dinge zurückziehen.

Die Nachricht von dem misslungenen Angriffe des Marradas war kaum in Prag angelangt und hatte daselbst einige Befriedigung hervorgerufen, als wieder eine Hiobspost neuen Schrecken verbreitete. Die Landleute im südlichen Böhmen hatten bisher in den unerhörten Leiden, von denen sie seit zwei Jahren heimgesucht wurden, eine Geduld und Ergebung gezeigt, die sie als ein verkommenes Geschlecht und nicht als die Nachkommen der Husiten erscheinen liessen. Die Raubzüge des Marradas und die fast noch ärgeren Durchmärsche des mansfeldischen und des neugeworbenen sidonschen Kriegsvolkes, vor allem aber einige in Tabor stationirte Reiterkompagnien, wahre Hyänen, hatten jedoch das Mass der Geduld zum Ueberfliessen gebracht und in der Umgebung dieser Stadt die Bauern zu einer gewaltsamen Erhebung getrieben**), die sich rasch über den bechiner und prachiner Kreis verbreitete, und die bald andere Ziele ins Auge fasste als die blosser Sicherheit des Eigenthums. Der Kommandant der taborer Besatzung, Oberst Frank, suchte durch freundliches Zureden dem beginnenden Aufrehr zu steuern und erlangte wenigstens so viel, dass die Bauern sich bereit erklärten, in Verhandlungen einzutreten. Von Prag beeilte man sich sofort Kommissäre an sie abzuschicken, denen die Bauern die Bedingungen auseinandersetzen, unter welchen sie wieder zur Ruhe zurückkehren wollten. Sie

*) Skála, IV, 125. — Sächs. Staatsarchiv: Aus Prachatitz dd. 24. Mai 1620. — Lebzelter an Schönberg dd. 21. und 24. Mai 1620. — Münchner Staatsarchiv: Friedrich an Anhalt dd. 26. Mai 1620.

**) Sächs. StA. Lebzelter an Schönberg dd. 20., 24., 28. Mai und 2. Juni 1620.

verlangten die Aufhebung der Leibeigenschaft, die Uebersiedlung auf nicht verwüstete Ländereien und fortan Schutz ihres Eigenthumes, und bemerkten zur Unterstützung ihres Gesuches, dass ihnen vom Kaiser alle diese Bedingungen namentlich die Aufhebung der Leibeigenschaft zugestanden würden, wenn sie sich für ihn erklärten. Ob diese Angabe auf Wahrheit beruhte, glauben wir bezweifeln zu müssen: auf kaiserlicher Seite begrüßte man den Bauernaufstand wohl mit Freuden, aber dass man den Bauern die Emancipation als Lohn für ihren Anschluss verheissen hätte, das widerstrebte zu sehr allen Anschauungen, die damals bei den wiener Staatsmännern herrschten. Die aus Prag herbeigekommenen Commissäre suchten sich bei den Verhandlungen mit Versprechungen zu helfen, sie verhiessen den Bauern Ersatz für den erlittenen Schaden, in der Leibeigenschaftsfrage wollten sie aber nichts von einer Gewährung ihrer Wünsche wissen, und doch hätte der böhmische Adel wahrlich gut daran gethan seinen Unterthanen die Freiheit zu gewähren und sie dadurch zum Widerstande gegen den Kaiser zu entflammen; man hätte rasch den Landtag einberufen und einen entsprechenden Beschluss fassen können. Allein es mangelte in jener Zeit ebenso an Opferwilligkeit wie an rascher Entschlossenheit, trotzdem dass das Verderben im Anzuge war, und so antworteten die Commissäre auf die Bitten der Bauern um Freiheit, dass dies eine schwere Forderung sei, die vielfache Erwägung verdiene und nicht in so kurzer Zeit erledigt werden könne.*)

Obgleich die Bauern auf diese Weise nur mit Versprechungen abgespist worden waren, so verlor doch schon nach zwei Wochen ihre Zusammenrottung den gefährlichen Charakter. Es heisst, dass sie Anfangs in der Stärke von 1200 Mann, und bald darauf sogar von 4000 Mann aufgetreten seien. Anfangs Juni scheinen sie sich jedoch aufgelöst und nur in kleineren 1620 Abtheilungen dem Raube obgelegen zu haben. Die Ursache dieses Verlöschens des Bauernaufstandes ist leicht zu finden: da die Truppen, die im südlichen Böhmen stationirt waren,

*) Skála, IV, 126. — Frenk an Anhalt dd. 19. Mai 1620, Münchner Reichsarchiv. — Wiener Staatsarchiv: Aus Prag dd. 1. Juni 1620.

die nöthigen Lebensmittel nur mit äusserster Anstrengung, sei es durch Zufuhr aus grösserer Ferne, sei es durch Requisitionen, herbeischaffen konnten, so begreift man, dass eine nach Tausenden zählende Bauernschar kaum länger als eine Woche bei einander bleiben konnte, weil der Mangel an Proviant sie wieder auseinander treiben musste.

Dennoch blieb das bei Tabor gegebene Beispiel nicht ohne Wirkung und stachelte wenige Tage später die Bauern aus der Umgebung von Unhoscht zu ähnlichen Repressalien auf. Durch diesen zwei Meilen westwärts von Prag gelegener Ort war ein Theil des frisch geworbenen styrumischen aus Niederländern bestehenden Reiterregiments gezogen, um sich nach dem Kriegsschauplatz zu begeben. Auf dem Marsche hatten sich die Soldaten allerlei Räubereien zu Schulden kommen lassen, in Unhoscht erreichte ihre Frechheit aber den Höhepunkt: sie verursachten daselbst eine Feuersbrunst, bei der mehrere Häuser zu Grunde gingen und benützten darauf die allgemeine Verwirrung zur Beraubung der Einwohner. Da sie auch mit dem weiblichen Geschlechte in der rohesten Weise umgingen, so erhoben sich die Bauern aus der ganzen Umgebung und zogen einige Tausend Mann stark in mehr oder weniger primitiver Weise bewaffnet nach Prag und verlangten, dass die Reiter augenblicklich nach dem Kriegsschauplatz abmarschiren sollten. Der Pfalzgraf wollte, dass sie durch Prag ziehen sollten, um sich an ihrem Anblicke zu erfreuen, allein er musste von seinem Wunsche abstehen, da die Bauern drohten, dass sie sie nicht lebend passiren lassen würden. So musste man eilig einige Boten an die Reiter abschicken, welche sie nach Königsaal führten und dort die Moldau übersetzen liessen.*) In Prag machte das entschlossene Auftreten der Bauern ausserordentliches Aufsehen, man sah, dass man mit diesem bisher schonungslos niedergetretenen Theile der Bevölkerung rechnen müsse und diese Einsicht gab sich jetzt nicht bloss in eitlen Versprechungen kund. Man stellte den Bauern keinen Schadenersatz in Aussicht, aber man bevollmäch-

8. Juni
1620

*) Skála, IV, 186. — Münchner Reichsarchiv. Avisen aus Prag dd. 14. Juni 1620.

tigte sie zum Widerstande gegen ihre Bedrücker. Oeffentliche Patente wurden in Prag angeschlagen, durch welche ihnen das^{18 Juni 1620} Recht gegeben wurde, sich gegen die Raubsucht der Soldaten zur Wehr zu setzen, sie niederzuschlagen oder gefänglich einzuziehen und nach Prag abzuliefern. Diese Vorgänge waren dem Ansehen des Königs ausserordentlich abträglich, in Prag erlaubte man sich höhnische Bemerkungen gegen ihn und sein Regiment. Als er in diesen Tagen in Begleitung^{17. Juni 1620} der Königin und seines Sohnes mit zahlreichem Gefolge nach Brandeis fuhr, verbreitete sich das Gerücht, dass er heimlich das Land verlassen wolle,^{*)} weil er sich den Schwierigkeiten nicht gewachsen fühle.^{**)}

Auf die Kriegsoperationen bei Eggenburg äusserten die Bauernaufstände trotz ihrer kurzen Dauer einen entscheidenden Einfluss, da sich die Nothwendigkeit geltend machte, die frisch geworbenen Regimenter in Böhmen zu behalten, um durch dieselben jeden Aufstand im Keime niederzuschlagen. Da man aber zugleich gegen die Angriffe des Obersten Marradas gerüstet sein musste, so ersuchte der König den Fürsten von Anhalt um die Zusendung eines Theiles der bei Eggenburg stationirten Truppen und bat ihn zugleich um seine Meinung, wer wohl zum Oberkommandanten über die sämtlichen Streitkräfte in Böhmen am besten taugen würde. Da er vermuthete, dass Anhalt den Grafen von Mansfeld nennen würde, bemerkte er, dass derselbe nicht besonders beliebt sei, ja dass mancher wünsche, er wäre nie nach Böhmen gekommen.^{***)} Es scheint nicht, dass Anhalt nach den gemachten Erfahrungen für Mansfeld besonders eingenommen gewesen sei, da aber die Noth in Böhmen drängte, schickte er ihn dahin zurück, ohne sich vorläufig in der Frage wegen des Oberkommandanten zu äussern. Zugleich gab er ihm ein Kavallerieregiment sowie 1000 ungarische Reiter und einen Theil des Fussvolkes mit, mit dem Mansfeld ursprünglich nach Oesterreich gezogen war, so dass sich das neu kombinirte Corps auf etwas mehr als

^{*)} Münchner Reichsarchiv: Avisen aus Prag dd. 19. Juni 1620.

^{**)} Münchner Reichsarchiv: Avisen aus Prag dd. 29. Juni 1620.

^{***)} Münchner Staatsarchiv: Friedrich an Anhalt dd. 26. Mai 1620.

4000 Mann Reiterei und Fussvolk belief *). Erst einige Tage nach dem Abmarsch Mansfelds theilte Anhalt dem König mit, dass er es am passendsten finden würde, wenn man dem Grafen Thurn das Oberkommando anbieten würde **) und sein Vorschlag wurde im Laufe des Monats Juli durch die 1620 Berufung Thurns auch wirklich erfüllt. In der Zwischenzeit sammelte Mansfeld eine zahlreiche Armee um sich, indem er die Regimenter Sidon, Styrum und Herzog von Weimar an sich zog und sich durch neue Abtheilungen des böhmischen Landesaufgebots verstärkte, so dass man seine Armee gegen Ende Juli auf 10.000 Mann veranschlagte und damit sicherlich der Wahrheit nahekam.***)

Die Zeit, in der Mansfeld allein das Kommando führte, benützte er in seiner gewohnten kühnen Weise. Schon auf dem Marsche aus Oesterreich nach Böhmen hielt er sich vor Weitra auf und wollte sich dieser von einer Anzahl kaiserlicher Truppen besetzten Stadt bemächtigen, allein da der Kommandant Miller sich tapfer vertheidigte, zog er weiter und richtete seinen Marsch auf das bei Krumau gelegene Kloster Goldenkron, ohne sich vor Marradas, der ihn leicht hätte überfallen können, zu fürchten. In der That bemächtigte er sich des Klosters und nachdem er dasselbe vollständig ausgeplündert hatte, wobei die Mönche von den Ungarn erschlagen wurden, zog er nach Wittingau, indem er Budweis links liegen liess und dadurch wahrscheinlich dem ihm aufdauernden Marradas glücklich entging †.) Von Wittingau marschirte er nach Tabor

*) Grätzner Archiv. Hauptmann Miller an Buquoy dd. 18. Juni 1620
Nach dem Berichte Millers heisst es, dass Mansfeld nach Böhmen mit 6000 Mann gezogen sei; ist dem also, so würde er mit seinem ganzen Corps, das mit ihm nach Oesterreich gezogen war, wieder nach Böhmen abmarschirt sein.

**) Münchener Reichsarchiv. Anhalt an Friedrich dd. (circa 25.) Juni 1620.

***) Sächs. Staatsarchiv. Lebzelter an Schönberg dd. 22. Juni 1620.

†) Marradas an Buquoy dd. 18. und 19., 21. und 22. Juni 1620, Wiener Staatsarchiv. Skála IV. 188. --- Lebzelter an Schönberg dd. 22. und 28. Juni 1620, Sächs. Staatsarchiv.

und zog daselbst jene ebenangedeuteten Verstärkungen an sich, die seine Truppenzahl verdoppelten.*) Sein weiterer Operationsplan, über den er sich unzweifelhaft mit dem Fürsten von Anhalt geeinigt hatte, war auf den Angriff von Moldautein gerichtet, nach dessen Eroberung er sich in den Böhmerwald werfen, die von den Kaiserlichen bei Wallern besetzte Schanze angreifen und nach deren Einnahme sich mit den Oberösterreichern verbinden wollte, um dem Einfall des Herzogs von Baiern, den man bereits befürchtete, zu begegnen.

Der Erfolg dieses Operationsplanes war zwar fraglich, da Marradas durch Kundschafter von demselben in Kenntniss gesetzt worden war und darnach seine Gegenmassregeln traf.***) Trotzdem gelangte Mansfeld wenigstens bezüglich Moldauteins durch List zum Ziele. Er schickte einige Abtheilungen seiner ungarischen Kavallerie mit einem Theile der prachatitzer Besatzung gegen Kalsching, um diese in der Nähe von Krumau gelegene Stadt anzugreifen. Kaum hatte Marradas dies erfahren, als er herbeieilte, um die Angreifer zurückzuschlagen und diese Abwesenheit des tapferen Gegners benützte Mansfeld, um Moldautein zu überfallen. Er langte am Abend (24. Juni) 1620 vor der Stadt an und beschäftigte sich noch in der Nacht mit der Anlegung von Schanzen, von denen aus das Schloss am folgenden Tage beschossen wurde. Anfangs erwiderte die Besatzung die Kanonade, als jedoch eine Bresche geschossen war und kein Entsatz sichtbar wurde, bot sie die Uebergabe des Schlosses unter der Bedingung an, dass ihr freier Abzug gewährt werde. Mansfeld war mit dieser Bedingung einverstanden und besetzte darauf das Schloss.***) Marradas, der von der Gefahr, die Moldautein bedrohte, zu spät in Kenntniss gesetzt worden war, bestimmte, dass ein Theil der moldauteiner Besatzung sich in Frauenberg einquartiren solle, um die Sicherheit dieses Platzes zu verstärken, den Rest zog er nach Bud-

*) Marradas an Buquoy dd. 26. Juni 1620. Wiener Staatsarchiv.

**) Marradas an Buquoy dd. 23. Juni 1620, Wiener Staatsarchiv.

***) Marradas an Buquoy dd. 24., 25., 26., 27. und 28. Juni 1620, Wiener Staatsarchiv. — Sächs. Staatsarchiv, Beschreibung der Eroberung von

weis zurück. Indem er von diesen Vorgängen an Buquoy Bericht erstattete, versicherte er ihm, dass er jedem weite Angriffe Mansfelds die Stirn bieten werde, und dass er keinen Besorgnissen hingebe. Indessen wartete er vergeblich auf einen neuen Angriff und war erstaunt, dass er noch 1620 29. Juni von keinem Gefechte berichten könne; er schied dies einer bei Mansfeld gar nicht gewöhnlichen Unentschlossenheit zu. *)

Es war aber nicht Unentschlossenheit, die Mansfeld hielt den bei Moldautein erlangten Erfolg noch weiter auszunützen, sondern die Geldnoth, die sich jetzt auf dem böhmischen Kriegsschauplatze ebenso äusserte und alle Operationen dabei ebenso lähmte wie in Oesterreich. Die frisch geworbenen styrumischen, weimarschen und sidonschen Truppen verlangten die Zahlung des nunmehr fälligen Monatssoldes und hinter diesen Schreibern auch das mansfeldische Regiment nicht zurückblieb, ist nur zu begreiflich. Mansfeld wusste sich nicht anders zu helfen, als dass er seine Truppen verliess und nach Prag eilte, wo er am 29. Juni eintraf und obersten Landesbeamten von der Nothwendigkeit zu überzeugen suchte, dass Geld um jeden Preis herbeigeschafft werden müsse. Trotzdem dass die Noth und die Gefahr augenscheinlich war, konnte er aber nichts anderes erlangen, als dass er erbötig war, einen Monatssold baar und 50.000 fl. in Kleindien zu erlegen, im übrigen vertröstete man ihn auf die kaiserliche Geldhilfe, auf die man ihm 100.000 Gulden anweisen wollte.**)

Während sich die Verhandlungen in die Länge zogen, das Geld erst mühsam zusammengebracht werden musste, verlangte in Prag dasjenige mansfeldische Regiment an, das Niederösterreich gedient hatte. Anhalt hatte mit diesen je Disciplin spottenden Soldaten nichts mehr anzufangen gewollt und deshalb ihre Entlassung aus dem niederösterreichischen

Moldautein 26. Juni 1620. — Skála IV, 188. — Sächs. Staatsarchiv, Lebzelter an Schönberg dd. 28. Juni 1620.

*) Gratzner Archiv, Marradas an Buquoy dd. 29. Juni 1620.

***) Sächs. Staatsarchiv, Lebzelter an Schönberg dd. 22. Juli 1620.

Dienst bewirkt, ihnen einen Monatssold ausgezahlt und sie mit dem Rest ihrer Forderungen nach Prag gewiesen: Die Soldaten waren damit zufrieden und marschirten, nachdem sie ihre Oberwehren in Oesterreich zurückgelassen hatten, ungefähr 900 Mann stark nach Prag, wo sie gerade anlangten, als Mansfeld, der von Prag nach Pilsen gereist war, wieder in die Hauptstadt zurückgekehrt war. *) Am 11. Juli fanden sie sich in grosser Zahl in der Behausung des Grafen ein und verlangten von ihm unter Drohungen die Bezahlung des schuldigen Restes. Mansfeld erklärte sich bereit, ihren Forderungen zum Theil zu genügen, verlangte jedoch, dass die Soldaten noch weiter dienen und sich in sein anderes Regiment einreihen lassen sollten. Anfangs schienen sie auf diese Bedingung eingehen zu wollen, aber nachdem sie eine Abschlagszahlung empfangen hatten, zu der Mansfeld wahrscheinlich das eben erhaltene Geld verwendete, verlangten sie die Auszahlung des noch übrigen Restes und wollten nichts von einem weiteren Dienste wissen. Mansfeld verwies sie mit ihren Forderungen nach Tabor und befreite sich für den Augenblick von ihrer Gegenwart. Am Abende kehrten sie jedoch ungefähr 250 Mann stark und zum Theil betrunken wieder in seine Wohnung zurück und verlangten unter Hintansetzung jeglichen Respektes ihre volle Bezahlung. Mansfeld hielt sich in seinem Zimmer verschlossen, da aber der Lärm und die Drohungen immer ärger wurden, öffnete er plötzlich die Thür seines Gemaches und stürzte mit einem schweizer Degen bewaffnet und umgeben von einigen Hauptleuten und seiner Dienerschaft zu ihnen heraus, spaltete dem Rädelsführer den Kopf, verwundete mehrere andere und jagte den übrigen Soldaten einen solchen Schrecken ein, dass sie sich alle aus dem Hause flüchteten. Als nun die Hauptleute nach dem Abendessen die Wohnung Mansfelds verliessen, wurden sie von den in der Nähe des Hauses weilenden meuterischen Soldaten überfallen und zurückgejagt. Mansfeld, der vom Fenster aus dieser Scene zusah, bestieg sein Pferd und kam seinen Hauptleuten mit dem Degen in der Hand zur Hilfe, tödtete einige der Meuterer und brachte

*) Münchner Staatsarchiv. Aus Prag dd. 16. Juli 1620.

die übrigen um so schneller zum Weichen, als auch die königliche Leibgarde und die Stadtwache im Anzuge war, um die Ruhe herzustellen. Das Benehmen Mansfelds bei dieser Gelegenheit war über alles Lob erhaben, durch seine Unerschrockenheit und Geistesgegenwart hatte er eine Bewegung eingedämmt, welche zu einem heftigen Kampf in Prag hätte führen können.^{*)} Für Böhmen war das meuternde Regiment verloren, die Mehrzahl der Soldaten zog nach Deutschland, die meisten nach Dresden und traten da in die Dienste des Kurfürsten von Sachsen und bekämpften fortan die Sache, der sie bis dahin gedient hatten.^{**)}

III

Während Mansfeld noch in Prag weilte, langte auch der Graf Thurn daselbst an, um nach dem Wunsche des Königs und des Fürsten Anhalt, das oberste Kommando zu übernehmen und für die Vermehrung und Ausrüstung der Armee Sorge zu tragen. Die furchtbare Geldnoth zeigte sich auch darin, dass als man den jetzt grösstentheils bei Tabor weilenden Truppen einige Geschütze und etwas Munition zuschickte, in Prag nicht ein Pfund Pulver vorrätig blieb.^{***)} Man musste aber

*) Ueber diesen Kampf Mansfelds mit seinen Soldaten besitzen wir einen dreifachen Bericht, und zwar des Secretärs Knod Bericht an den Fürsten von Anhalt dd. 15. Juli 1620 im münchener Staatsarchiv, dann Lebzelters Bericht an Schönberg dd. 13. Juli 1620 im dresdner Staatsarchiv; endlich Skála IV, 223. - Lebzelter lässt den Grafen Mansfeld eine noch glänzendere Rolle spielen, als dies in unserem Bericht der Fall ist, den wir ganz dem böhmischen Historiker Skála entnommen haben, weil er nüchtern gehalten und mit einigen Details ausgestattet ist, die zeugen, dass Skála sich um den Hergang genau erkundigt und ihn mit Sachkenntniss geschildert, während der sonst sehr verlässliche Lebzelter die übertriebenen Berichte benützt, die ihm im ersten Augenblick zugekommen sind.

***) Aus Prag dd. 20. Juli 1620. Münchener Reichsarchiv.

***) Aus Prag dd. 10. Juli 1620. Münchener Reichsarchiv. — Plessen an den Kanzler von der Grün dd. 10. Juli 1620, Münchener Staatsarchiv. — Friedrich an Anhalt dd. 2. Juli 1620, Münchener Reichsarchiv. — Knod an Anhalt dd. 15. Juli 1620, Münchener Reichsarchiv.

nicht bloss darauf bedacht sein, neue Geldmittel aufzubringen, um die böhmische Armee in einen ordentlichen Stand zu setzen, sondern auch den dringenden Bitten genügen, die Anhalt um eine Geldsendung im Betrage von 500.000 Gulden nach Prag richtete, und zu allem dem musste man auch dafür Sorge tragen, den Fürsten Bethlen, der 400.000 Gulden verlangte und sich jetzt mit einer Abschlagszahlung von 100.000 Gulden begnügen wollte, zu befriedigen. In der That brachte die Anwesenheit Thurns in Prag die Berathungen der obersten Landesbeamten in neuen Fluss: man entschloss sich zunächst, dem Fürsten von Anhalt 40.000 Gulden zu schicken und ihn zugleich zu ersuchen, er solle dies Geld unter die Truppen vertheilen, als ob er es aus der eigenen Tasche gebe. Offenbar wollte man dadurch die Anhänglichkeit der Truppen an ihren Feldherrn erhöhen und ihre Unzufriedenheit nicht durch die Kenntniss der Thatsache steigern, dass ihnen eine so geringe Abschlagszahlung von den Ständen geleistet werde. *)

Wenn man in diesem Augenblicke zu ausserordentlichen Mitteln greifen wollte, um das nöthige Geld herbeizuschaffen, so begegnete man fortan der übelsten Stimmung. Ein Theil der Bürgerschaft sah den Kampf nicht mehr als einen Kampf Böhmens um seine Existenz an, sondern war der Meinung, dass sich der Kaiser und der Pfalzgraf wegen ihrer wechselseitigen Herrschaftsansprüche bekämpften. Mochte also der Pfalzgraf dafür sorgen, dass er dabei nicht unterliege, sie, die Bürger, ging die Sache wenig an. Diese Anschauung zeigte allerdings wenig Verständniss der Sachlage, aber sie gewann in Folge der unerhörten Kriegsleiden und zahlreicher Fehler der pfälzischen Hofleute und Rathgeber immer weiteren Boden. Man bedauerte jetzt die Katholiken um des Druckes willen, der auf ihnen lastete, weil man das Umsichgreifen des Calvinismus mit Unwillen betrachtete. Als im Monate Juni der 1620 ehemalige Grandprior Popel von Lobkowitz, einer der Statthalter, die bei dem Fenstersturze geschont wurden, starb, und

*) Rupp an Anhalt dd. 15. Juli 1620. Münchner Reichsarchiv. — Ebend. Plessen an von der Grün dd. 17. Juli 1620.

seine ganze Hinterlassenschaft mit Beschlag belegt wurde — 3000 Thaler baar und ausserdem Silbergeschirr und andere Habseligkeiten von noch grösserem Werthe — waren die böhmischen Protestanten über diese Beraubung selbst am heftigsten empört, da man sie nur den Pfälzern zur Last legen zu müssen glaubte. *) Es liessen sich jetzt Stimmen vernehmen, dass man nicht dulden werde, wenn den Katholiken noch eine oder die andere Kirche entrissen werden sollte. Die unbehagliche Stimmung der prager Bevölkerung wurde im Monat Juni noch dadurch vermehrt, dass sich das Gerücht von wunderbaren nächtlichen Vorgängen in der Domkirche verbreitete. Es wurde erzählt, dass man in der Nacht in den Räumen der Kirche Musik und Gesang gehört habe, man behauptete, dass vor dem Altar eine Messe pontificirt worden und der Pontifcant der flüchtige Erzbischof gewesen sei, und dass darauf ein Umzug durch die Kirche statt gefunden habe, an dem sich die Landespatrone, voran der hl. Wenzel, betheilig hätten. Alles dies sollte ein Soldat durch ein Schlüsselloch gesehen haben, der dann in Folge der Aufregung am dritten Tage gestorben sei. Den Gesang und die Musik wollte man noch ein zweites- und drittesmal gehört haben und zahlreiche Personen wurden als Zeugen angeführt, deren man aber nie habhaft werden konnte. **) Ob nun wirklich etwas ungewöhnliches im Dome vor sich ging oder alle Angaben auf Aberglauben und Täuschung beruhten, blieb sich in der Wirkung gleich; man unterhielt sich mehrere Tage in Prag von nichts anderem als von den Wunderzeichen und das leichtgläubige Volk schenkte diesem Gegenstande um so mehr Beachtung, je mehr es bemerkte, dass er den Pfälzern unangenehm war, die die Vorgänge im Dome als Lüge und Betrug zu stempeln suchten. Vielleicht wollte der König der üblen Einwirkung dieses Gerüchtes dadurch begegnen, dass er bei einem Besuche, den er in dem bei der Burg liegenden Georgskloster machte, den Nonnen freundlich begegnete und der Aebtissin ein Geldgeschenk machte. Er bedauerte, dass den Nonnen alle ihre Einkünfte

*) Münchner Reichsarchiv, Avisen aus Prag dd. 22. Juni 1620.

**) Münchner Reichsarchiv, Avisen aus Prag dd. 5. Juli 1620.

gesperrt seien, er sei nicht schuld daran, sondern die Direktoren, die vor seiner Krönung ihr Vermögen mit Beschlag belegt hätten. *) Diese Stimmung dauerte indessen bei dem Könige nicht lange; offenbar mag er sich die Vorwürfe seines Hofpredigers zugezogen haben, denn bald darauf besuchte er die Nonnen abermals, und diesmal war sein Auftreten spöttisch, er versicherte sie, dass er ihnen Allen Männer verschaffen würde und trieb überhaupt allerlei Schabernack wie ein ausgelassener Junge. **)

Die feindselige Gesinnung des Königs und seiner Regierung gegen alles katholische Wesen zeigte sich auch durch eine Massregel, die ebenso unklug wie erfolglos war. Bei Gelegenheit des Generallandtages von 1619 wurde beschlossen, dass alle Einwohner des Königreichs sich durch einen Eid zur Aufrechthaltung der mit den benachbarten Ländern abgeschlossenen Conföderation verpflichten sollten und die Katholiken sollten noch überdies den ihnen zur Last gelegten Satz, dass Ketzern kein Glauben zu halten sei, abschwören. Diese Eidesleistung wurde von den wenigen katholischen Edelleuten, die bis dahin im Lande verblieben waren, verweigert, weil sie sich dadurch ebenso beschimpft wie in ihrem Gewissen bedrückt fühlten. Da man mit der Güterconfiscation gegen diese Eidverweigerer nicht gleich auftreten wollte, so wurde ihnen vorläufig eine Frist bewilligt, die wiederholt erstreckt wurde. Jetzt im Monate Juli verlangte man in kate- 1619
gorischer Weise den Eid und liess keine Ausflüchte mehr gelten. Zwei Herren, Wenzel von Kolowrat und der neustädter Hauptmann Wrtnba, liessen sich zur Eidleistung herbei; acht andere Edelleute, darunter Herman Černín, blieben bei ihrer Weigerung und erboten sich zur Auswanderung, wenn man ihnen gestatten würde, ihre Güter zu verkaufen. ***) Ob und welche Antwort ihnen ertheilt wurde, ist nicht bekannt; dass man aber entschlossen war, die Sache nicht bis zur endlichen Entscheidung des gegen den Kaiser unternommenen Kampfes

*) Münchner Reichsarchiv, Avisen aus Prag dd. 5. Juli 1620.

***) Ebend. Avisen aus Prag dd. 20. Juli 1620.

****) Münchner Staatsarchiv, Aus Prag dd. 16. Juli 1620.

zu vertagen, zeigt das gleichzeitige Vorgehen gegen die katholischen Bürger Prags. Auch an diese erging eine ähnliche Aufforderung zur Eidleistung, die mehreremal vergeblich wie
 1620 derholt, endlich in August mit aller Strenge erneuert wurde. Aber wie sehr man auch in die Bürger dringen mochte, sich der verlangten Demüthigung zu unterziehen, sie gaben nicht nach und ihren Gegnern mangelte zuletzt der Muth, die angeordneten Strafen gegen sie zu verhängen. *)

So war die Stimmung gerade in jenen Kreisen verbittert, an die man sich jetzt zur Herbeischaffung der nöthigen Geldmittel wenden wollte, nämlich bei den Bürgern Prags, bei den Katholiken und bei den Juden.

Es war dies das dritte Anlehen, das man bei den Pragern kontrahiren wollte und es bedurfte demnach des Aufwandes aller Klugheit und Beredtsamkeit, um die Bürger, deren Erwerbsverhältnisse sich immer schlechter gestalteten, zu neuen Opfern zu vermögen. Bevor man deshalb an die Bürgerschaft der drei Städte die Bitte stellte, wollte man den Boden wohl vorbereiten und ersuchte den König und die Königin, dass sie die angesehensten Bürger auf das Schloss einladen und persönlich für die Bewilligung des Darlehens gewinnen möchten. Friedrich und Elisabeth unterzogen sich der ihnen übertragenen Aufgabe, der eine lud die angesehensten Rathsherren zu sich ein, Elisabeth ihre Frauen und beide baten in eindringliche Weise um ihre Hilfe; Geld, Schmucksachen, Silbergeschir und überhaupt Geldeswerth seien gleich erwünscht und jede von den Anwesenden möge nach seinen Kräften beisteuern und auch die übrige Gemeinde zu gleichen Opfern vermögen. Auf diese Bitten erwiderten die Rathsherren, dass sie bereit seien, nach Kräften beizusteuern, doch wünschten sie, dass der Adel und die obersten Beamten mit ihren Frauen gleiche Opfe

*) Böhm. Statthaltereiarchiv: Bitte der katholischen Bürger Prags wegen der Eidleistung, August 1620. — Ebend. Bitte der katholischen Bürger Prags dd. 4. September 1620. — Münchner Staatsarchiv: Die kleinseitigen Bürger bitten um 3 Tage Bedenkzeit, dd. 15./25. September 1620. — Wiener Staatsarchiv: Aus Prag dd. 25. September 1620. — Der Inhalt des betreffenden Eides ist ersichtlich aus § 12 der Conföderation des Jahres 1619.

brächten und ihre Kleinodien hergeben möchten. Diese Bitte war nicht ungerechtfertigt, dem Adel fehlte es aber an Opferwilligkeit und bei einzelnen sogar an dem nöthigen Schamgefühl, wenn es sich um die Abweisung der an sie ergangenen Ansprüche handelte. Vom Herrn von Ruppa, nach Thurn wohl dem eigentlichen Urheber des Aufstandes, erzählte man sich, dass er jede Bitte um eine freiwillige Gabe mit der frechen Bemerkung abgelehnt habe, er werde seine Storchfedern auf den Altar des Vaterlandes legen. *)

Am 20. Juli wurde die gesammte Bürgerschaft auf die Rathhäuser der drei Städte berufen und daselbst von einigen Kommissären im Namen des Königs um ein Darlehen mit der Bemerkung ersucht, dass es ihnen zurückgezahlt werden solle, sobald der König das Geld, dessen Zusendung er jeden Augenblick aus der Pfalz erwarte, erhalten haben würde. Man stellte ihnen die dringende Nothwendigkeit einer entsprechenden Geldhilfe vor, indem man sie auf die Gefahren aufmerksam machte, welche von dem in Oesterreich stehenden Heere drohten. Nicht blos Meuterei sei zu befürchten, sondern die Verbindung der Truppen mit dem Feinde. Wer also sein Weib und seine Kinder lieb habe und sie vor dem Drucke der Tyrannei schützen wolle, der dürfe die Bitte des Königs nicht ungehört vorüber gehen lassen. Eine lebhafte Debatte, die zum Theil in Vorwürfe und Beschuldigungen ausartete, knüpfte sich auf allen drei Rathhäusern an diese Bitte. Auf der Kleinteite scheinen nur die Katholiken sich ohne weiteren Widerstand in die zugemutheten Opfer gefügt zu haben, über die Protestanten lauten die Berichte verschieden; nach dem einen waren auch sie erbötig, dem König nach Kräften zu helfen **), nach einem andern aber, der von einem Augenzeugen herrührt, wollten sie von keinen weiteren Opfern wissen und erklärten das Versprechen der baldigen Rückzahlung des ihnen zuge-

*) Skála, IV, 225. — Diese Anklage gegen Ruppa schöpfen wir aus Skála; einem andern Berichterstatter würden wir nicht geglaubt haben, aber Skála, dem Freunde des Aufstandes, der in gewissenhafter Weise berichtet, können wir unseren Glauben nicht versagen.

***) Arisen aus Prag dd. 20. Juli 1620, Münchner Reichsarchiv.

mutheten Anlehens für Flunkerei. Auf der Alt- und Neustadt machte sich nach den übereinstimmenden Nachrichten eine starke Opposition geltend, die Bürger verlangten eine genaue Rechnungslegung über die Verwendung der seit zwanzig Jahren eingenommenen Gelder*), wobei sie die Gesamtsumme der Leistungen Prags seit dem Beginne des Aufstandes auf 2,900.000 Thaler berechneten. Wir gestehen, dass wir von diesen Ziffern gegenüber vor Erstaunen nicht zu fassen waren, denn wenn Prag wirklich so grossartige Leistungen aufzuweisen hatte, was that das übrige Land und wofür wurde all' das Geld verwendet? Und doch sind diese Ziffern nicht erlogen, sie wurden in diesen Tagen in Prag vorgebracht und nicht widerlegt. Trotzdem war der Appell an die Opferwilligkeit der prager Gemeinde nicht vergeblich: da man kein Geld geben konnte, so entschloss man sich, die Schmucksachen anzuzuopfern, die Männer schnitten ihre silbernen Knöpfe von den Wämmsern ab, die Frauen gaben ihre silbernen Gürtel her, die arme Leute trugen Zinn- und Kupfergeschirr herbei, ja viele brachten sogar Kleidungsstücke, um wenigstens mit diesen Soldaten aufzuhelfen. **)

Diese Sammlung, so schwer sie dem Einzelnen ankam und in vielen Fällen von einer Opferwilligkeit zeugte, die man dem Scherflein der armen Witwe im Evangelium vergleichbar war, trug doch zu wenig ein, als dass man sich bei der Eile zur Herbeizuschaffen nicht nach andern Mitteln umgesehen hätte, um Geld herbeizuschaffen. Man hatte diese andern Mittel bei den Katholiken gesucht, aber da nicht viel gefunden, denn der Besitz der entschiedenen Katholiken und den geistlichen Besitz hatte man bereits confiscirt und die übrigen Katholiken, die sich dem Aufstand gefügt hatten, konnte man doch nicht ihr Eigenthum berauben, man konnte höchstens die katholischen Kaufleute in Prag zu einer stärkeren Betheiligung an dem Anlehen verhalten, aber alles dies genügte nicht. ***)

*) Avisen aus Prag dd. 24. Juli 1620. Münchner Reichsarchiv.

**) Avisen aus Prag dd. 26. Juli 1620, Münchner Reichsarchiv. — Ebenfalls Avisen aus Prag dd. 3. August 1620.

***) Avisen aus Prag dd. 26. Juli 1620. Münchner Reichsarchiv.

Es blieben also nur die Juden übrig, aus denen man jetzt eine gewaltige Beisteuer auszupressen beschloss. Zwar hatte man nicht erst das Resultat der Sammlung bei den prager Bürgern abgewartet, um an die Juden mit Forderungen heranzutreten, im Gegentheile man hatte gleichzeitig auch von ihnen ein Anlehen verlangt und als sie sich selbstverständlich mit Unmöglichkeit entschuldigten, hatte man ihre Gewölbe sowie die Kisten, in denen ihre Waaren untergebracht waren, versiegelt, um sie nachgiebiger zu machen. Da ihnen auf diese Weise ihr Handel grösstentheils gesperrt war, erklärten sich die Juden zu einer Zahlung von 30.000 Gulden bereit*), aber wie es scheint, nur unter der Bedingung, dass ihnen eine Frist bis zur Zahlung zugestanden werde. Als nun das bei den Prager beabsichtigte Anlehen so geringe Resultate lieferte, glaubte man sich von jeder Schonung der Juden entbunden und beschloss, ihre Wohnungen selbst zu durchsuchen, ob nicht da mehr Geld oder Geldes werth zu finden sei. Um nicht fehlzugehen, beschloss man, die Wohnungen der reichen Juden in dem Augenblicke zu überfallen, wo dieselben in der Synagoge waren und führte diesen Beschluss an einem Freitag Abend durch, indem man einige Beamten unter der Leitung des Kriegesekretärs Knod, eines Pfälzers, zu dieser Beschlagnahme abordnete und ihnen zugleich eine Anzahl Soldaten zum Schutz und Schirm mitgab. Diesmal gelangte man zum Ziele, denn als die Juden sahen, dass man keine Schonung üben wolle, liessen sie sich am folgenden Tage in ernstliche Unterhandlungen ein und erboten sich, bis zum folgenden Mittwoch 40.000 Gulden baar oder in Silbergeschirren zu erlegen und zwölf Tage später weitere 10.000 Gulden. Als der Sekretär Knod triumphirend über das Resultat seiner Bemühungen an Anhalt berichtete, fügte er hinzu, dass er nur dadurch so viel erreicht habe, weil er sie „ärger gemartert habe als der Tod.“**) — Man hatte jetzt die Mittel beisammen, um der Armee

*) Avisen aus Prag dd. 16. Juli 1620, Münchner Reichsarchiv.

**) Münchner Staatsarchiv, Knod an Anhalt dd. 26. Juli 1620. — Münchner Reichsarchiv, Avisen aus Prag dd. 26. Juli 1620. — Zwei Briefe vom selben Tag. Avisen aus Prag dd. 3. August. Ebendasselbst.

nach Eggenburg den dreimonatlichen Sold zuschicken können.

Ein letzter und unerwarteter Geldgewinn wurde schließlich der Regierung durch das unvernünftige Auftreten Wchynský's zu Theil.

In dem Streit, der sich zwischen Kaiser Rudolf II und Mathias entsponnen hatte, war Wchynský auf Seite des letzteren getreten und war dafür von diesem durch die Abtretung der Herrschaft Chlumec belohnt worden. Gegen diese Scheinkung trat später das böhmische Landrecht auf. Man mißgönnte ihm eine Belohnung, auf die die meisten Edelleute Ansprüche zu haben glaubten, da ja auch sie sich für Mathias erklärt hätten, und so begann ein Process gegen Wchynský dessen treibende Motive nicht klar genug liegen, der aber für ihn das traurige Resultat hatte, dass er seiner Güter verlust erklärt und nach Glatz ins Gefängniß abgeführt wurde, aus dem er sich später durch die Flucht befreite. Da seine Brüder in hervorragender Weise am böhmischen Aufstande theiligt waren, einer von ihnen auch ein Regiment kommandirte, bemühten sie sich bei den Ständen um die Begnadigung ihres Bruders und um die Wiedereinsetzung in sein konfiszirtes Eigenthum. Nach mancherlei Verzögerungen, die ihre Ursache in der persönlichen Unbeliebtheit Wenzel Wchynský's gehabt haben mögen, wurde ihm vorläufig die Nutzniessung der Herrschaft Chlumec eingeräumt. *) Da ihm dies nicht genügte, wiederholte er seine Bitte im J. 1619, als die Stände in Prag zur Krönung versammelt waren, wurde aber von ihnen an den König gewiesen, der seine Antwort auf eine gelegene Zeit verschob. **)

Als der Generallandtag im J. 1620 zusammentrat, erneuerte Radslaw, einer der Brüder Wenzels — der andere Bruder war mittlerweile auf dem Schlachtfelde gefallen — die Bitte um völlige Restitution und wurde dabei von der mährischen Deputation unterstützt. Aber auch jetzt gelangte Wenzel Wchynský nicht zu dem ersuchten Besitz, obwohl Radslaw si

*) Skála III, 68, 193, 216. — Beschluss des Generallandtags in Angelegenheit Wenzel Wchynský's.

**) Beschluss des Landtages bei Skála III, 406.

seiner Sache energisch annahm und es zu einem leidenschaftlichen Auftritt im Landtage kam. Wieder vertagte man diese Angelegenheit auf spätere Zeiten und auf eine weitere Beschlussfassung des Königs; es war offenbar, dass man dem Bittsteller seinen Eigennutz nicht verziehen hatte und ihm auch deshalb grollte, weil er zum Unterschiede von seinen Brüdern katholisch war und bei diesem Glauben verharrete.

Nun geschah es, dass, als man am 6. Juli nach landes- 1620
üblicher Sitte den Todestag des M. Johannes Hus feierlich begehen wollte, auch in den zur Herrschaft Chlumec gehörigen Dörfern sich die Bauern versammelten, um diesen Gedenktag in würdiger Weise zu feiern. Diesen Augenblick ersah Wchynský, um seinen Zorn an den Bauern auszulassen, da sie ihn durch die Ueberreichung einer Schrift, in der sie sich über verschiedene Unbilden beschwerten, beleidigt hatten. Er fuhr durch die einzelnen Dörfer, misshandelte die daselbst versammelten Leute auf verschiedene Weise und liess eine Anzahl derselben auf sein Schloss schleppen und daselbst ins Gefängniss werfen.*)

Als sich die Nachricht von diesem rohen Gewaltakt verbreitete, strömten die Bauern aus den verschiedenen Dörfern nach Chlumec, um Rache für die an ihren Standesgenossen verübte Gewaltthat zu nehmen. Da man überdies erfahren hatte, dass sich die Frau des kaiserlichen Obersten Herrn Maximilian von Liechtenstein auf dem Schlosse von Chlumec befände und dass sie ihre gesammten Gold- und Silberschätze, die man übertrieben auf Hunderttausende von Gulden berechnete, aus Mähren dahin in Sicherheit gebracht habe, so lockte auch die Aussicht auf Beute die durch den Krieg verarmte und durch die härtesten Entbehrungen auf das äusserste gereizte Menge herbei. Gegen 3000 Personen versammelten sich vor dem Schlosse, in das sich Wchynský vor dem heranziehenden Sturm geflüchtet hatte, und drohten, dass sie nicht

*) Böhm. Statth. Archiv, Bericht der königl. Commissäre dd. 12. und 13. Juli 1620. Skála berichtet über die Ursache des folgenden Tumults in anderer Weise (IV, 421 u. fig.), allein die Commissäre erklären ausdrücklich die Nachricht, die Skála gibt, für ein unbegründetes Gerücht.
Gladsky: Geschichte des 30jährigen Krieges. III Band.

eher abziehen würden, als bis sie ihn gefangen genommen und niedergeschlagen haben würden. Wchynský erwiderte vom Schlosse aus, dass er die gefangenen Bauern aufhängen lassen werde, wenn die Belagerer nicht abzögen, allein diese Drohung hatte keinen Erfolg, er bekam nur zur Antwort, dass sie ihn nach seiner Gefangennahme in Stücke zerhauen und den Schweinen zum Frass vorwerfen würden. Thatsächlich bewachten die Bauer in beträchtlicher Anzahl das Schloss durch mehrere Tage, so dass sich in demselben bereits Mangel an Lebensmitteln fühlbar machte und Wchynský die Zusendung derselben von den Bauern verlangte, welche Zumuthung diese natürlich zurückwiesen. Er drohte darauf das Schloss in die Luft zu sprengen, und als auch diese Drohung nichts half, da schlug der frühere Wütherich einen andern Ton an: er bat die Bauern, sie möchten ihm seine Gewaltthat vergeben und ihn fortziehen lassen, er wolle nie mehr nach Chlumec zurückkehren und sich des Nutzenusses dieser Herrschaft entäussern. Aber seine Bitten hatten ebenso wenig Erfolg wie seine früheren Drohungen.

Mittlerweile war die Nachricht von diesen Ereignissen nach Prag gedrungen, und da man auf Seite der Regierung die eigenmächtige Selbsthilfe der Bauern nicht dulden konnte — wie sehr man auch über Wenzel Wchynský empört war — so ordnete man eine Kommission ab, um den Frieden herzustellen. Als die Kommissäre in Chlumec anlangten, verlangten sie von Wchynský die Auslieferung der Waffen und die Entlassung der Gefangenen, da er aber darauf nicht ohne Gegenbedingungen eingehen wollte, so liessen sie aus dem nahen Pardubitz einige Geschütze und ungefähr 400 gutbewaffnete Leute kommen, um damit jeden Widerstand zu brechen. Jetzt gab er nach und stellte sich und das Schloss zur Verfügung der Kommissäre, die alsbald die nöthigen Anstalten trafen, um die Sicherheit herzustellen und gleichzeitig den Herrn Wchynský in Haft nahmen.

Die Regierung liess nun die Gelegenheit nicht unbenützt vorübergehen, um sich der Schätze zu bemächtigen, die Frau von Liechtenstein dem Gerüchte nach in 17 grossen Kisten dahin gebracht haben sollte. Von Prag aus hatte man deshalb

den Commissären den Auftrag gegeben, die Frau von Liechtenstein um die Ueberlassung aller ihrer Schätze in Form eines Anlehens zu ersuchen. Die genannte Edeldame zerstörte zunächst die übertriebene Vorstellung von ihrem Reichthum, indem sie die Commissäre in ein Gemach führte, wo allerdings die siebzehn Kisten aufgestellt waren, aber nur zwei enthielten Silbergeld im Betrage von 17.000 Thalern, in den übrigen Kisten waren bloss Kleidungs- und Zimmereinrichtungstücke vorhanden. Wenn sie durch die Herabminderung ihres Vermögensstandes die Gier der königlichen Boten zu beschwichtigen hoffte, so irrte sie sich, sie wurde ebenso wie Herr Wchynský in Haft genommen, ihre sämtlichen Kisten durchsucht und die gesammte Werthmasse nach Prag geschickt.*) Einige Tage später folgten die Commissäre mit Herrn Wchynský und Frau von Liechtenstein nach, die beide jetzt in der Hauptstadt in Gewahrsam gehalten wurden.**) Wahrscheinlich endete ihre Haft nicht vor dem Sturze des pfälzischen Regiments.

*) Ebend. die kön. Commissäre an Friedrich dd. 16. Juli 1620.

**); Sächs. StA. Lebzelter an Schönberg dd. 20., 30. Juli 1620. — Auch berichtet über die chlumecker Vorgänge das Münchner RA. Avisen aus Prag dd. 10. Juli 1620. Münchuer StA. Aus Prag dd. 16. Juli 1620. Bei Skála ist davon die Rede, dass die gefangene Frau von Liechtenstein die Gemalin des Fürsten (Karl) von Liechtenstein gewesen sei; dem ist aber nicht so, da die Commissäre ausdrücklich und wiederholt sie als Gemalin Maximilians von Liechtenstein, des damaligen kaiserlichen Obersten, bezeichnen.

Fünftes Kapitel.

Der Reichstag in Neusohl.

- I Der Reichstag in Neusohl. Seine Beschickung durch die böhmischen Länder und durch Oesterreich. Schreiben des Kaisers an den neusohler Reichstag. Der kaiserliche Gesandte Laminger von Albenreut. Bethlens Proposition an den Reichstag.
- II Knesebeck in Neusohl. Kriegsplan Bethlens. Bethlen fordert von Böhmen Geld. Der ungarische und türkische Gesandte in Prag. Antwort auf die Forderungen Bethlens. Plessens und Jesenius überbringen dem Bethlen 100.000 Gulden. Plessens Gespräche mit Bethlen. Die kaiserlichen Gesandten in Neusohl. Ihre und der polnischen Gesandten Abreise von Neusohl. Königswahl in Neusohl.
- III Bemühungen des Kaisers Mathias den Frieden mit der Türkei zu erhalten. Mollarts Reise nach Konstantinopel. Seine Verhandlungen mit den türkischen Staatsmännern. Der siebenbürgische Gesandte Miko de Hidagk. Stephan Corlath und Franz Balassi in Konstantinopel. Die feindliche Gesinnung gegen den Kaiser gewinnt in Konstantinopel die Oberhand. Elende Lage des kaiserlichen Gesandten. Böhmen und Oesterreich entschlossen sich zur Absendung von Gesandten nach Konstantinopel. Die für die Türkei bestimmten Geschenke. Zusagen der türkischen Staatsmänner. Waizen.

I

Zur selben Zeit, als man sich in Prag auf jegliche Weise bemühte, das nöthige Geld herbeizuschaffen, ersuchte man auch den Fürsten Bethlen um eine grössere Anspannung seiner Kräfte, da die Hilfstruppen, die er im Mai den Böhmen zugesandt hatte, weitaus nicht genügten und nur die gleichzeitige Aufbietung aller ungarischen Hilfsmittel den drohenden Untergang hintanhaltend konnte. Wir haben auf diese Verhandlungen bereits angespielt und bemerkt, wie sehr sie im Monate Juli die Aufmerksamkeit Anhalts in Anspruch nahmen, so dass er auch aus diesem Grunde säumiger in seinen Angriffen auf Buquoy wurde. Die Verhandlungen wurden in Neusohl geführt, wo sich

zu Ende Mai der ungarische Reichstag kraft der Bestimmungen 1620 des pressburger Waffenstillstandes versammelt hatte. Die daselbst zwischen Bethlen und den Gesandten Friedrichs gefassten Beschlüsse waren von der grössten Bedeutung, denn sie sicherten nicht bloss den Böhmen die verlangte ausgiebigere Hilfe, sondern bahnten trotz alles Widerwillens einzelner den innigen Anschluss aller aufständischen Länder an die Türkei an. Die Haltung des ungarischen Reichstages begünstigte die Fassung so extremer Beschlüsse, da er entschlossen war, Ferdinand endgiltig die Krone von Ungarn zu entziehen und sie Bethlen aufs Haupt zu setzen. Die Vorgänge in Neusohl mahnen in ihrer Formlosigkeit und in der Behandlung missliebiger Gegner mehr an den Orient als an den Occident, ihre Schilderung dürfte eben deshalb des dramatischen Interesses nicht entbehren.

Da sich Bethlen im Mai zu einer abermaligen Sendung von Hilfstruppen an Anhalt und so zur Erneuerung des Angriffs gegen den Kaiser entschlossen hatte, so hätte auch schon damals der ungarische Waffenstillstand ein Ende nehmen und der Krieg zwischen ihm und Ferdinand beginnen sollen. Der Angriff hatte jedoch nur mit einer geringen Truppenzahl stattgefunden, daher hielt es Ferdinand für gerathener, denselben zu dulden, und nicht durch eine gegen Ungarn gerichtete Offensive, die Bethlen zur Aufbietung aller seiner Macht gereizt hätte, zu beantworten. Er trug sich auch noch immer mit der Hoffnung, dass der Reichstag, der in diesem Monat in Neusohl zusammentreten sollte, seine königlichen Rechte besser wahren werde als der pressburger Reichstag, und wenn diese Hoffnung auch kaum den Schein eines Grundes für sich hatte, so war es doch gerathen, durch Verhandlungen mit den ungarischen Ständen Zeit zu gewinnen und so den Anschluss Ungarns an Böhmen zu verzögern. Als sich der Kaiser auch aus diesem Grunde entschloss zur Vertretung seiner Interessen Gesandte nach Neusohl abzuschicken und diese Absicht ruchbar wurde, bot sich der Bischof von Neutra zur Uebernahme der Gesandtschaft an, weil er hoffte, auf diese Weise wenigstens seinen Lebensunterhalt gewinnen zu können, da ihm durch Bethlen und seine Anhänger sein gesammter Besitz confiscirt und er

selbst der bittersten Noth preisgegeben war,*) ein Loos, da um diese Zeit fast alle katholischen Kirchenhäupter Ungarns mit einander theilten. Der Kaiser nahm dieses Anerbieten jedoch nicht an, sondern gedachte zuerst den Fürsten von Liechtenstein mit dieser Mission zu betrauen und verlangte deshalb von Bethlen die Uebersendung von Geisseln, die gegen Liechtenstein und seine Begleiter ausgewechselt werden sollten, wie dies bei den pressburger Verhandlungen geschehen war.***) Bethlen, der das Erscheinen des kaiserlichen Gesandten verhindern wollte, wenn er dies auch nicht offen eingestand, wies das Begehren des Kaisers mit der Erklärung zurück, dass es Jedermann ohne Gefährdung wagen könne zu dem Reichstag zu kommen und wieder abzugehen. Auf diese Antwort lehnte Liechtenstein die Uebernahme der Gesandtschaft ab.

Der Reichstag von Neusohl, dessen Beschickung für den Kaiser mit so viel Schwierigkeiten verbunden war, bot das Schauspiel einer der glänzendsten und zahlreichsten Versammlungen, die seit einem Jahrhundert in Ungarn stattgefunden hatten. Neben Bethlen, der mit seiner Gemahlin, einer geborenen Karoly, in königlicher Weise mit einem prachtvollen Gefolge, das über 2000 Bewaffnete zählte, in Neusohl seinen Einzug hielt, fand sich der protestantische Adel Ungarns und mit ihm an 10.000 Personen unter verschiedenen Titeln ein, ferner die Gesandten aller befreundeten Länder, sowie die von Polen, alle selbstverständlich mit zahlreicher Dienerschaft und bewaffnetem Gefolge.***) Die Häupter der böhmischen Gesandtschaft waren Smil von Hodějow, der berühmte Arzt Jesenius und der prager Bürger Samuel Ješín.†) Nach dem ihnen gewordenen Auftrage, der wahrscheinlich auch den Gesandten der böhmischen Nebeländer ertheilt worden war, sollten sie die ungarischen Stände zu grösseren Rüstungen mahnen, damit man endlich zu einem Offensivkriege übergehen könne, und zugleich verlangen, dass man nicht länger mit der Absetzung Ferdinands und der Vor-

*) Der Bischof von Neutra an den Kaiser dd. 13. Mai 1620 bei Firnhabe.

**) Sächs. StA. Aus Wien 3327. 29. Mai 1620.

***) Skála IV, 190 und andere Archivkorrespondenzen.

†) Böhm. Statthaltereiarchiv Friedrich an Bethlen dd. 9. Mai 1620.

sahme einer neuen Königswahl zögere. Sie sollten ferner darauf dringen, dass Siebenbürgen zu dem gemeinsamen Bündnisse herangezogen und die Verpflichtungen dieses Landes bestimmt würden.*) In den prager Gesellschaftskreisen erwartete man von dem neusohler Reichstag nicht bloss die Gewährung aller dieser Forderungen, sondern trug sich auch mit der Hoffnung, dass Friedrich von der Pfalz auf den ungarischen Thron gewählt werden würde. Die böhmischen Staatsmänner wussten wohl, wie unbegründet diese Hoffnung war, allein es war ihnen lieber, dass sich die Prager mit diesen Luftschlössern unterhielten, als dass sie über den schlechten Fortgang des Krieges Klage führten.**)

Ober- und Niederösterreich waren in Neusohl durch zwei Gesandte vertreten, den Herrn Ludwig von Starhemberg und Zacharias Starzer, einen Oheim des in Konstantinopel befindlichen kaiserlichen Agenten Michael Starzer. Nach der ihnen erteilten Instruction sollten sie in Neusohl die Bedingungen bekannt geben, unter denen Oesterreich sich wieder der Herrschaft Ferdinands fügen wollte. Darnach sollte sich der Kaiser verpflichten, die Jesuiten zu verjagen, den Geistlichen keinen Einfluss auf die weltlichen Geschäfte zu gönnen, fremde Gesandte nicht zur Berathung der Staatsangelegenheiten heranzuziehen — was zunächst gegen Ofiate gemünzt war — die Mehrzahl seiner Rätthe zu entlassen und ihre Güter in Beschlag zu nehmen um daraus den Schaden zu ersetzen, den die Protestanten im Laufe des Krieges erlitten hatten, und ähnliche Bedingungen mehr. Sollte Ferdinand auf diese Forderungen nicht eingehen wollen, so müsste man jede weitere Verhandlung mit ihm abbrechen, mittlerweile aber sei es nothwendig, dass Bethlen und die Ungarn sich auf das äusserste anstrengen, um ein tüchtiges Heer auszurüsten und mit diesem in Oesterreich einzurücken.***) Die Mittheilung der obigen Bedingungen an die ungarischen Stände

*) Bohemorum postulata ab Ungaris Bystricii dd. 27. Juni 1620 im böhm. Statthaltereiarchiv.

**) Sächs. St.A. Lebzelter an Schönberg dd. 11./23. Mai 1620.

***) Gravamina, petita et postulata procerum et ordinum evangelicorum inferioris et superioris Austriae in dieta Novosoliensi exhibita. Wiener St.A. 24. Juli 1620.

geschah aus dem Grunde, um sie zu Garanten des Ausgleich zu machen und ihnen das Interventionsrecht einzuräumen, wer der Kaiser die Bedingungen nicht einhalten würde. Wie feinselig die Stimmung der Niederösterreicher gegen Ferdinand war und wie sie der der Böhmen in nichts nachgab, zeigt sich auch darin, dass sie den Reichstag aufforderten, er möch mit der Neubesetzung des ungarischen Thrones Ernst mache also selbstverständlich Ferdinand absetzen.*)

1620 Noch vor Ankunft der Gesandten der befreundeten Länder lief am 7. oder 8. Juni ein Schreiben vom Kaiser in Neusohl ein, in dem er sich entschuldigte, dass er mit der Absendung der Gesandten gezögert habe. Da Bethlen ihm aber versprochen habe, zuerst Boten an ihn abschicken zu wollen, sei mit ihrer Erwartung viel Zeit verstrichen und doch seien sie noch nicht gekommen. Auch habe er bis jetzt vergeblich verlangt, daß für die zu sendenden Gesandten Geisseln gestellt würden, der da der Waffenstillstand fraglich geworden zu sein scheine (*pac inducilia nonnullis in rebus videntur labefactata*), müßte für die Gesandten doppelte Sicherheit begehrt werden. Indem Ferdinand auf so vorsichtige Weise den thatsächlichen Bruch des Waffenstillstandes berührte, suchte er gleichzeitig den Beweis zu liefern, dass er diesen Bruch nicht verschuldet habe. Er gab zu, dass den Böhmen in den pressburger Verhandlungen ein Waffenstillstand versprochen worden sei, aber nur unter der Bedingung, dass sie auf Grundlage gerechter und billiger Bedingungen um denselben ersuchen würden, was jedoch nie geschehen sei. Zum Schlusse ernahnte Ferdinand die ungarischen Stände ihres Eides eingedenk zu sein und seine Rechte nicht zu verletzen, wie ja auch er ihre Rechte und Freiheiten stets geachtet habe.**)

Mit der Ueberbringung dieses Schreibens nach Neusohl betraute der Kaiser den Bischof Paul David von Knin, den Freiherrn Georg Teuffel und den Herrn Laminger von Alben

*) Katona XXX, 381.

***) Böhm. Statthaltereiarchiv. Ferdinand an den Reichstag von Neusohl d. 20. Juni 1620. Bei Katona XXX 392 u. fig. ist dieses Schreiben unter dem Datum 2. Juni 1620 angeführt. Wir vermuthen, dass dies das richtige Datum ist, da es mit den Angaben Skála's IV, 190 harmoni-

reuth, die zugleich als seine vorläufigen Vertreter gelten sollten, bis er in den Stand gesetzt würde, andere Gesandte abzuordnen. Laminger, der als Wortführer dieser Gesandtschaft fungirte, erklärte in der Ansprache, die er an den versammelten Reichstag hielt, Bethlen als die alleinige Ursache, weshalb der Kaiser keine anderen Vertreter abgeordnet habe, und verlangte energisch die Stellung von Geisseln, damit der Kaiser noch einige Männer seines Vertrauens nach Neusohl absenden könne.*) Zugleich überreichte er dem Reichstag eine Zuschrift der in Mühlhausen versammelten deutschen Fürsten, in welcher diese die Ungarn von der Unterstützung des böhmischen Aufstandes abmahnten und zur Treue gegen den Kaiser aufforderten. Der kaiserliche Brief und die Ansprache Lamingers hatten keinen anderen Erfolg, als dass der Palatin wohl einen Geleitsbrief für die kaiserliche Gesandtschaft, aber keine Geisseln nach Wien abschickte.**) Der Geleitsbrief bezog sich auf den Fürsten von Liechtenstein, dessen Ankunft in Neusohl man also noch immer erwartete, auf den Erzbischof Valentin Lapes, auf die Grafen Collalto und Solms und auf die bereits in Neusohl anwesenden Herren Paul David und Laminger und einige anderen Personen. Auf die Stellung von Geisseln scheint Ferdinand zuletzt verzichtet zu haben, denn er nahm an ihrem Nichterscheinen keinen Anstoss, betraute aber mit seiner Vertretung ausser den bereits in Neusohl anwesenden Personen bloss den Grafen Collalto, den königlichen Rath Cziráki und den Sekretär Ferentzi.***)

Mehr als sechs Wochen war der Reichstag bereits versammelt und noch war in der wichtigsten Angelegenheit, um deretwillen er zusammengetreten war, in dem Ausgleichewischen Ferdinand und Bethlen kein Schritt geschehen, alle bisherigen Verhandlungen hatten sich nur um Formfragen gedreht. Aber auch sonst entfaltete der Reichstag keine besondere Thätigkeit. Die böhmischen Gesandten, die erst am

*) Katona XXX, 397 u. flg.

***) Katona datirt diesen Brief vom 8. Juli, uns liegt eine Copie aus dem böhm. Statthaltereiarhiv dd. 6. Juli vor. Wir halten das letztere Datum für das richtige.

***) Katona XXX, 425.

1620 27. Juni im Reichstag empfangen wurden, trotzdem sie am 13. schon angekommen waren, konnten sich nicht enthalten ein Schreiben an Bethlen und an die ungarischen Stände zu richten und sie zu einer eiligeren Besorgung der Geschäfte zu mahnen.* Nach erhaltener Audienz übergaben sie dem Reichstag ein Schriftstück, in welchem sie in einem historischen Rückblick auf die letzten zwanzig Jahre die Schuld an dem Aufstande und an dem Kriege auf Ferdinands Schultern zuwälzen suchten, ausserdem bemühten sie sich den letzteren bei den ungarischen Ständen noch dadurch in Misskredit zu setzen, dass sie ihnen Mittheilungen von den Erbschaftsverhandlungen machten die im Jahre 1617 zwischen Ferdinand und Spanien stattgefunden hatten. Es musste die ungarischen Stände jedenfalls verletzen, dass über den Besitz ihrer Krone zwischen den beiden habsburgischen Linien in einer Weise verhandelt wurde als ob die Erblichkeit derselben nicht dem leisesten Zweifel unterliege.**)

1620 Erst am 3. Juli übergab Bethlen dem Reichstage die Propositionen, über die er Verhandlungen einzuleiten wünschte, und so konnte derselbe eigentlich erst mit diesem Tage seine Thätigkeit beginnen, zu der er sich schon seit dem 31. Mai versammelt hatte. Die Propositionen enthielten zuerst einen Überblick der jüngsten Ereignisse, die zu dem pressburger Waffenstillstande geführt hatten, in Folge dessen Bethlen die vorläufige Verwaltung von Ungarn in die Hände bekommen hatte. Selbstverständlich gab Bethlen als Ursache seines Einbruchs in Ungarn den Wunsch an, den Krieg in Böhmen und Oesterreich zu Ende zu bringen; egoistische Interessen hätten ihn dabei nicht geleitet, was ja daraus schon ersichtlich sei, dass er die dargebotene ungarische Krone ausgeschlagen habe. In alle seine Bemühungen, einen Waffenstillstand zwischen dem Kaiser und den Böhmen herbeizuführen, an dem Widerstand des ersteren gescheitert seien, so habe er auf den Rath des Palatins und anderer in Kaschau um ihn (im März) versammelter hochangesehener Personen beschlossen, die Böhmen zu unter-

*) Böhm. Statthaltereiarchiv. Schreiben der böhmischen Gesandten (7. Juli 1620 Neusohl.

**) Legati Bohemici ad status et ordines Ungariae im Kuttenger Arch

stützen, um ihre Unterdrückung zu hindern. Ob er daran recht gethan habe oder nicht, das unterbreite er dem Urtheile des Reichstages. — Dass dieses Urtheil nicht zu Gunsten des Kaisers ausfiel, dafür sorgte Bethlen, indem er von demselben behauptete, dass er jedem Frieden abhold sei, und ihm auch einen neuen Einfall polnischer Kosaken, von denen eine Anzahl soeben über die Karpathen vorgedrungen war, allerdings nicht mit Unrecht zur Last legte. Da wenig oder keine Aussicht auf Herstellung des Friedens sei, stelle er den Antrag, der Reichstag wolle über die Vorbereitungen zum Kriege berathen und namentlich die nöthigen Geldmittel bewilligen, weil zur Bestreitung der Kosten weder die bisherigen Steuern, noch die geistlichen Güter, deren Confiscation er angeordnet habe, ausreichten. Von den Gesandtschaften, deren Absendung der pressburger Reichstag beschlossen habe, sei auch eine nach Konstantinopel bestimmt gewesen. Stephan Corlath, der dieselbe übernommen habe, sei nun zurückgekehrt und habe seinen Bericht vorgelegt, aus dem hervorgehe, dass es im dringendsten Interesse Ungarns und der verbündeten Länder liege, schleunigst eine neue Gesandtschaft nach Konstantinopel abzuordnen, um den Intriguen des Kaisers daselbst zu begegnen, der die Pforte mit kostbaren Geschenken auf seine Seite zu bringen suche.*)

Ende
Juni
1620

Bevor der Reichstag die an ihn gerichteten Propositionen erledigte, deutete er die Richtung, in der seine Beschlussfassung erfolgen würde, dadurch an, dass er den zu Pressburg mit Bethlen geschlossenen Bund als noch weiter bestehend erklärte und den Zusatz beifügte, dass, im Falle die Verhandlungen mit dem Kaiser zu keinem Ziele führen sollten, Ungarn entschlossen sei im Verein mit Bethlen die Rechte der verbündeten Länder mit Waffengewalt zu vertheidigen. Als sich die Mitglieder des Reichstages am 14. Juli Vormittags in die Wohnung des Palatins verfügten, um dieser Erklärung, die als eine neue Bündnissurkunde angesehen werden muss, ihre Siegel beizudrücken, protestirten einige Anhänger des Kaisers gegen diesen Schritt und drohten, dass Ferdinand,

1620

*) Münchner R. A. Böhmen IV pag. 300. Articuli Principis Transylvaniae.

wenn er zur Kenntniss desselben gelangen sollte, alsbald seine Gesandten zurückberufen werde. Diese Drohung machte jedoch keinen Eindruck, die Urkunde wurde unterzeichnet, und wie es scheint auch von dem Palatin, da das Gegentheil nicht erwähnt wird. *)

II

Durch seine dem Kaiser feindlichen Propositionen entsprach Bethlen nicht nur seinen eigenen Herzenswünschen, sowie den Anschauungen des gesammten Reichstags, sondern auch den Verhandlungen, die er Mitte Juni mit Prag von Neuem aufzunehmen beschloss. Das Resultat der von Thurns geführten Verhandlungen hatte ihn nicht befriedigt, da letzterer nichts als Versprechungen mitgebracht hatte, er wollte deshalb einen anderen Boten nach Prag schicken, der vom Pfalzgrafen die augenblickliche Zahlung einer bedeutenden Geldsumme verlangen, dafür aber auch versprechen sollte, dass Bethlen mit seiner ganzen Macht gegen Ferdinand auftreten werde. Diese Botschaft übertrug er seinem Sekretär Kovachich, der gleichzeitig einen türkischen Tschausch, der von Konstantinopel als Gesandter nach Ungarn und Böhmen abgeordnet worden und eben in Neusohl eingetroffen war, auf der Weiterreise nach Prag begleiten sollte. Nicht mit Unrecht gab sich Bethlen der Hoffnung hin, dass das Erscheinen eines türkischen Gesandten in Prag grosses Aufsehen machen und den Pfalzgrafen zur äussersten Anstrengung bezüglich der Befriedigung seiner Geldforderung aufstacheln werde. **)

Der Wunsch Bethlons nach Anknüpfung neuer Verhandlungen mit dem Pfalzgrafen begegnete dem gleichen Wunsche in Prag, nur war allerdings das Ziel, das beide Parteien im

*) Kuttenger Archiv. Confoederatio Novosoliensis inter Bethlen et statum Hungariae peracta.

**) Auf kaiserlicher Seite glaubte man nicht an diesen türkischen Gesandten und hielt die ganze Sache für einen Schwindel, der von Bethlen in Scene gesetzt worden sei. Wir selbst hatten einige Zweifel an der Echtheit des Gesandten, diese wurden jedoch beschwichtigt durch ein Schreiben Friedrichs an den Sultan, worin er dieses Gesandten Erwähnung that. Jedenfalls war also der Pfalzgraf von seiner Echtheit überzeugt.

ge hatten, verschieden: in Prag wollte man sich eine stärkere Unterstützung sichern, wogegen man in Ungarn nur das Geld dachte, das Böhmen für dieselbe erlegen sollte. Während Bethlen zu diesem Zwecke den Kovachich nach Prag schickte, glaubte der Pfalzgraf sich nicht genügend durch zu diesem Behufe nach Neusohl abgeschickten Gesandten vertreten und ordnete noch eigens den Herrn Christoph von Dohna dahin ab. Derselbe traf Anfangs Juli in Neusohl an und fand da einen Herrn von Knesebeck vor*), den Anhalt zum demselben Zwecke dahin abgeschickt hatte. Dem Fürsten von Siebenbürgen war so die Gelegenheit geboten an diesen beiden Vertrauensmännern dieselbe Forderung zu richten, die er eben durch Kovachich an den Pfalzgrafen stellen liess. Als Herr von Knesebeck von Bethlen in einer privaten Audienz empfangen wurde, fand er bei ihm den Grafen Emerich Thurzo^{6. Juli 1620} und den Sekretär Kraus, die beide das Amt von Dolmetschern versehen. Die Verhandlung drehte sich zuerst um jene 21.000 Gulden, die Bethlen schon im Mai als Soldzahlung für die zugeschickten Hilfstruppen verlangt hatte und die noch immer nicht bezahlt waren, und ging dann auf die Frage über, wann Bethlen die Geldsumme abschicken werde, zu der es sich Ungarn gegenüber zur Unterhaltung der Grenzfestungen verpflichtet habe. Nachdem der heikle Geldpunkt erörtert war, schickte Bethlen sich, wie es scheint, durch Knesebeck's Versprechungen befriedigt zeigte, erhob der letztere im Auftrage seines Fürsten den Vorwurf, dass man dem Kaiser ohne Hinderniss gestattet, sich aus Ungarn zu verproviantiren. Bethlen gab zu, dass seit Abschluss des pressburger Waffenstillstandes Proviant dieser Art nach Wien verfrachtet worden sei, aber man hätte nicht anders handeln können, da Oesterreich der nächste Abnehmer der ungarischen Bodenprodukte sei. Doch versprach er dem ein Ende zu machen und dafür zu sorgen, dass die Ausfuhr aus Ungarn nur nach Mähren gehe. Der Fürst verlangte darauf, dass man sich mit der Absendung einer Gesandtschaft nach Konstantinopel beeilen und dieselbe mit reichen Geldgeschenken zur Bestechung der türkischen

*) Münchner R. A. Anhalt an Bethlen dd. 26. Juni 1620. Ebend. Instruction für Knesebeck.

Staatsmänner ausrüsten möge, damit man vor einem Angriff von dieser Seite sicher sei. Als Graf Thurzo bemerkte, dass hiezu noch ein weiteres Opfer nöthig sein dürfte, nämlich die Abtretung von Waizen, erklärte sich Bethlen auch damit einverstanden und nahm sonach keinen Anstand jenen Verrath an Ungarn zu begehen, dessen Ferdinand wiederholt und zwar mit Unrecht beschuldigt wurde.

Die Unterhandlung ging jetzt auf den wichtigsten Punkt über, auf die Art und Weise nämlich, wie Bothlen aus seiner bisherigen halben Neutralität heraustreten und den Kaiser mit seiner ganzen Macht angreifen solle. Knesebeck entwickelte einen von Anhalt entworfenen Plan, nach welchem der Fürst von Siebenbürgen Steiermark angreifen und gleichzeitig bei Altenburg in Oesterreich einfallen sollte, um dadurch den Grafen Buquoy zum Rückzug über die Donau zu nöthigen. Bethlen billigte diese Vorschläge und sprach die Ueberzeugung aus, dass ihre richtige Durchführung den Sieg im Gefolge haben werde. Um dieselbe zu erleichtern schlug er vor, dass Anhalt, sobald sich Buquoy auf das rechte Donauufer gezogen haben würde, seinen Marsch nach Fischamend richten und die Donau auf einer Brücke übersetzen müsste, die er (Bethlen) daselbst schlagen lassen werde. Dort wolle er sich mit seiner ganzen Macht dem böhmischen Heere anschliessen und ein festes Lager aufschlagen, wo 40.000 Mann Platz und Unterkunft finden und eine weitgebietende Stellung einnehmen würden. Auf der Donau wollte er eine Flotte von 30 Kriegsschiffen unterhalten, die dem Feinde jeden möglichen Abbruch thun müsste. Täglich könne man Wien dann alarmiren, in der Nacht würden die ungarischen Truppen diese Aufgabe übernehmen, bei Tage die deutschen, es könne dann nicht fehlen, dass der Krieg bald ein Ende nehmen oder Ferdinand auf alle Bedingungen eingehen müsse.

Soweit enthüllte also Bethlen seinen Kriegsplan: er nahm nicht nur die Vorschläge Anhalts an, sondern vervollständigte sie in einer Weise, dass ihr Gelingen unzweifelhaft schien. Anhalts muthmassliche Freude über diese Entschlossenheit sollte jedoch durch die Bedingung gedämpft werden, die Bethlen an die Aufbietung seiner ganzen Macht knüpfte. Der Fürst von

siebenbürgen war erbötig sich mit 20.000 Mann auf den Kriegsschauplatz zu begeben und sich dem Fürsten von Anhalt anzuschliessen, aber er berechnete die Kosten einer mehrmonatlichen Campagne auf 800.000 Gulden und verlangte einen theilweisen Ersatz derselben. 200.000 Gulden wollte er aus eigenem vorschliessen, auf 200.000 Gulden berechnete er den Ertrag der ungarischen Steuern, die ihm der jetzige Reichstag bewilligen würde, für den Rest, für 400.000 Gulden müsste ihm aber sein „Bruder, Gevatter und Bundesgenosse“ der Pfalzgraf aufkommen und zwar müsse er ein Drittel dieser Summe unmittelbar erlegen, das zweite Drittel zu Michaeli und das letzte zu Weihnachten. Mit einem Anflug von gläubigem Enthusiasmus erklärte er unter dieser Bedingung den Sieg der Böhmen für gewiss, „er wolle der Vorsehung nichts vorschreiben, aber er hoffe mit Gottes Hilfe alles bald zu Ende zu bringen.“ In einer darauffolgenden Unterredung mit Dohna gab Bethlen ein Mittel an, wie sich der Pfalzgraf leicht die gewünschten 400.000 Gulden verschaffen könne! Wir können darüber keine Auskunft geben, bezweifeln jedoch die Anwendbarkeit desselben, da man sonst in Böhmen schon längst darauf verfallen wäre.*)

Wie Knesebeck, so hatte auch Christoph von Dohna mehrere Unterredungen mit Bethlen, bei denen ebenfalls nur einer oder der andere der vertrautesten Rätthe des letzteren den Dolmetscher abgab. Auch Dohna gegenüber entwickelte Bethlen nicht nur in gleicher Weise den Angriffsplan gegen Ferdinand, sondern brachte noch andere nicht minder kühne Entwürfe aufs Tapet. So wurde von der Unzufriedenheit gesprochen, die in Polen unter dem Adel gegen König Sigismund um sich greife und bei einigen Edelleuten**), unter denen

*) Münchner R. A. Knesebecks Bericht an Anhalt. Ebend. Relation auf die 5 Fragen Achatii wegen der Hilfe des Fürsten.

**) In einem Originalschreiben Ludwigs v. Starhemberg dd. 7. Juli (Münchner R. A.) wird Achaz von Dohna als derjenige genannt, mit dem Bethlen konferirt habe. Es muss hier offenbar eine Namensverwechslung vorliegen und statt des Achaz sein Bruder Christoph von Dohna verstanden werden, da Achaz von Dohna, wie aus einem Originalschreiben von ihm dd. 22. Juni/2. Juli 1620 (Haager Archiv Deutschland 57) ersichtlich ist,

Fürst Radziwill namentlich bezeichnet wird, den Wunsch nach einem ähnlichen Vorgehen wie in Böhmen hervorgerufen habe. Bethlen war der Meinung, dass man mit diesen Edelleuten Verhandlungen anknüpfen sollte, er selbst war erbötig mit einem Theile seiner Truppen in Polen einzufallen, doch könne dies nicht eher geschehen, als bis auch die Pforte sich gegen Polen erklärt haben würde. Im weitern Verlauf des Gesprächs wurde über die Mittel verhandelt, durch die man die Pforte und Venedig zum engen Anschluss an die gemeinsame Sache vermögen könnte. Dohna deutete an, man würde die Venetianer sicher gewinnen, wenn man sich zu einigen Gebietsabtretungen an sie verstehen würde, ihnen etwa Zeng, Gradiska oder irgend ein anderes an der Save gelegenes Gebiet, das für ihren Handel und ihre Schifffahrt bequem gelegen wäre, abliesse. Bethlen liess sich diese Vorschläge gefallen und wünschte, dass darüber Verhandlungen eingeleitet würden. *)

Bethlen begnügte sich nicht damit die Herren von Dohna und Knesebeck von seinen Geldforderungen in Kenntniss zu setzen, sondern stellte dasselbe Ansuchen auch an die Gesandten von Böhmen und Oesterreich, als dieselben geführt von Smil von Hodějow am 9. Juli von ihm in einer Audienz empfangen wurden. Nachdem er an sie eine merkwürdige Ansprache voll interessanter Enthüllungen über die Ursachen seiner Theilnahme an dem Kampfe gegen den Kaiser gehalten und nebenbei auch bemerkt hatte, dass er der katholischen Geistlichkeit bereits Güter im Werthe von 500.000 Dukaten confiscirt habe, erörterte er die Nothwendigkeit einer Geld-

am 2. Juli in Greenwich weilte und sonach nicht am 6. Juli, den Tagen, an denen die Unterredung mit Bethlen vor sich gegangen sein musste, in Neusohl gewesen sein kann.

*) Wir schöpfen diese Nachricht aus einer eigenhändigen Aufzeichnung Dohna's ohne Datum und Unterschrift, die sich im münchener R. A. befindet. Ebendasselbst befindet sich ein Schreiben Ludwigs von Starhemberg an Anhalt dd. 7. Juli 1620, aus welchem hervorzugehen scheint, dass man die Pforte durch die Abtretung von Gradiska und einiger an der See gelegenen Gebiete gewinnen könnte. Wir glauben jedoch, dass hier ein Missverständniss Starhemberg's vorliegt, abgesehen davon, dass die betreffende Stelle so konfus gehalten ist, dass sie auch eine Erklärung im Sinne der Angaben Dohna's zulässt.

hlung im Betrage von 400.000 fl., von denen er 100.000 fl. in Bestechungen in Konstantinopel verwenden wollte. *)

Auch diesmal war er voller Hoffnung auf den endlichen Sieg und erklärte nun selbst alle Behauptungen der Gegenpartei, dass Spanien mit einem neuen Heere dem Kaiser zu Hilfe ziehen und auch der Kurfürst von Sachsen sich ihm anschliessen werde, für übertrieben. Seine einzige Sorge bestand nur noch darin, wie er die Katholiken Ungarns zum Anschlusse verögen könnte, denn nur dann glaubte er aller Verlegenheiten enthoben zu sein. **)

Während der Fürst von Siebenbürgen in dieser Weise seine Sache in Neusohl vertrat, wurden in Prag Verhandlungen über denselben Gegenstand gepflogen. Kovachich und sein türkischer Begleiter waren am 3. Juli daselbst angelangt und 1620 der erstere wurde am folgenden Tage von dem Pfalzgrafen in Ruppas alleiniger Gegenwart empfangen, bei welcher Gelegenheit er im Namen seines Fürsten das Ansuchen um die Zahlung einer Summe von 3—400.000 fl. stellte. Am 5. Juli wurde der türkische Gesandte zur Audienz zugelassen, die diesmal in feierlicher Weise erteilt wurde, da seine Mittheilungen nicht geheim gehalten zu werden brauchten, wie dies bei Kovachich der Fall war. Als der Gesandte vor den König trat, erklärte er, der Sultan habe ihn hauptsächlich deshalb nach Prag abgeschickt, damit er sich mit eigenen Augen überzeuge, ob Friedrich im Besitze Böhmens sei, um dann den Gesandten Ferdinands, der in Konstantinopel das Gegentheil behauptete, Lügen strafen zu können. Der Sultan sei auf den Rath seiner Pascha's und sogar des Mufti in freundschaftliche Beziehungen zu den Königen von Frankreich und England und zu der Republik Holland getreten, er wolle auch den König Friedrich in diesen Bund aufnehmen und jeden als Feind behandeln, der ihn anfeinden würde. Aus diesem Grunde wolle er den

*) Skála IV, 227.

**) Kuttenger Archiv. Relatio legatorum Bohemicorum de colloquio cum Gabriele Bethlen die 9. Juli habito 1620.

König von Polen bekämpfen und ihn dafür züchtigen, dass Ungarn und Schlesien feindlich überfallen habe. An Versprechungen liess es also der Tschau nicht fehlen und *thatsächlich* erzählte man sich wenige Stunden nach seiner Audienz in Prag von den sicher zu erwartenden Resultaten der türkischen Allianz. *) Die Katholiken, die an die Echtheit des türkischen Gesandten nicht glauben wollten, trübten die Freundschaft ihrer Landsleute mit der Behauptung, dass der Sultan durch denselben keine Hilfe anbiete, wohl aber von Böhmen die Zahlung eines Tributs verlange. **)

Im königlichen Rathe wurde nun erwogen, welche Antwort man den beiden Gesandten ertheilen sollte? Die dem Tschau zu ertheilende konnte keine Schwierigkeiten machen, da sie sich auf einige Dankesworte beschränken durfte und die Verhandlung mit der Pforte ohnedies der Gesandtschaft der verbündeten Länder übertragen werden sollte. Mehr Schwierigkeit bereitete die Antwort an den Fürsten Bethlen, und in der That berieten die Herren von Thurn, Berka, Lobkowitz, Rupprecht Budowec und einige andere Personen, die sich zu diesem Behufe versammelt hatten, längere Zeit und die Berathung **1620** sich am 12. Juli bis tief in die Nacht hinein, bevor man sich über die Opfer einigte, die man der ungarischen Allianz bringen wollte. ***) In der Antwort entschuldigte man sich, dass man den Grafen Thurzo mit leeren Händen von Prag habe ziehen lassen, indem man auf die furchtbaren Opfer hinwies die man in Böhmen dem Kriege gebracht und die man auf 3 Millionen Gulden berechnete, abgesehen von den Geldmitteln die der König für die Behauptung seiner Krone aufgewendet habe. Trotz alledem sei man bereit die verlangten 300.000 Gulden an Bethlen in drei aufeinanderfolgenden Raten :

*) Münchner St. A. Bericht: Was der türkische Gesandte den 5. Juli 1620 für- und angebracht. — Skála IS, 220.

**) Münchner R. A. Avisen aus Prag dd. 5. Juli 1620. Ebendaselbst d. 10. Juli. — Münchner R. A. Ried an den Kanzler von der Grün d. 26. Juni/6. Juli 1620. Prag.

***) Münchner Staats-Archiv: Plessen an den Kanzler von der Grün d. 3./13. Juli 1620 Prag. — Ebenda: Aus Prag dd. 16. Juli 1620.

ahlen, wenn er mit seinem Heere aus Ungarn aufbrechen würde. *)

Als Kovachich mit dieser Antwort entlassen wurde, fühlte man wohl, dass es damit nicht genug sei, sondern dass diesmal die That den Versprechungen auf dem Fusse folgen müsse. Da die erste Rate um jeden Preis aufgebracht werden musste, so half sich der Pfalzgraf damit, dass er einen Theil seines Silbergeschirres und zahlreiche Kleinodien bei Juden und Handelsleuten verpfändete**) und so die Summe von 100.000 Gulden zusammenbrachte. Mit der Ueberbringung derselben betraute man noch vor Ende Juli den Herrn von Plessen und den Dr. Jesenius, der wieder nach Prag zurückgekehrt war; die Herren kamen diesem Auftrage unverweilt nach, so dass sie schon Anfangs August in Neusohl eintrafen und dem Fürsten die 100.000 Gulden einhändigten.***) Erfreut über den Empfang des ersehnten Geldes, liess es Bethlen an zuvorkommender Freundlichkeit gegen Plessen nicht fehlen. In langen und wiederholten Besprechungen lenkte er die Unterhaltung auf seinen Plan, durch welchen Buquoy zum Rückzug oder zur Schlacht gezwungen werden sollte und brachte ab und zu einige ihm zweckmässig scheinende Aenderungen an. So schlug er vor, dass Anhalt sein Lager verlassen und nach Wien marschiren solle, als wollte er sich der dortigen Donaubrücke bemächtigen. Wenn Buquoy ihm nachrücke, so habe Anhalt die beste Gelegenheit eine Schlacht herbeizuführen; wenn sich aber Buquoy hinter das rechte Donauufer zurückziehe, so könne Anhalt die Einnahme von Krems versuchen. Plessen billigte die Vorschläge Bethlens, verlangte aber, dass er das Seinige dazu beitrage um sie zu ermöglichen und entweder gegen Pressburg vorrücke oder dem Fürsten von Anhalt eine grössere Truppenmasse zuschicke. Er verlangte eigentlich nur das, was Bethlen alsbald zu thun versprochen hatte, wenn er eine

*) Münchner Staats-Archiv: Resolutio Friederici ad postulata Gaboris.

***) Münchner Staats-Archiv: Aus Prag dd. 16. Juli 1620.

***) Münchner Reichsarchiv: Avisen aus Prag dd. 24. Juli 1620. — Ebenda: Schriftliche Erklärung Bethlens dem Herrn von Plessen eingehändigdt dd. 13. August 1620.

Anzahlung von 100.000 Gulden erhalten haben würde. Diesmal aber wollte der Fürst von einer unmittelbaren Hilfeleistung nichts wissen, er hatte sogar einige Tage zuvor von Anhalt die Absendung von 2000 Mann Fussvolk zum Schutze von Pressburg begehrt, da er dieses vom Kaiser bedroht glaubte*) und thatsächlich waren ihm später einige Hundert Fussknechte aus Mähren zugeschickt worden. Er konnte jetzt nicht verhehlen, dass seine Rüstungen noch nicht beendet seien und deshalb erklärte er, dass er erst im September an die Grenze marschiren könne, dann aber den Anschluss an Anhalt beschleunigen wolle. Es zeigte sich bei dieser Gelegenheit, dass zwischen Bethlen und Anhalt mehr geistige Verwandtschaft bestand, als beide wohl dachten, der eine wie der andere waren Planmacher, die den Feind mit Worten schlugen, während dieser Vortheil auf Vortheil erlangte. Gegen Ende Juni hatten 2000 polnische Reiter den näheren Weg über Ungarn eingeschlagen und waren trotz der hie und da postirten ungarischen Truppenabtheilungen glücklich bei Marchegg an der Donau angelangt. Glaubte Bethlen den Nachtheil der durch diese Nachlässigkeit seinen Freunden zugefügt wurde, damit gutzumachen, dass er sich mit Plessen über die Revolution unterhielt, die in Polen um sich greifen werde und zu deren Unterstützung er einige Tausend Reiter gegen Krakau abordnen wollte, oder dass er eine Zusammenkunft mit dem Pfalzgrafen vorschlug, zu der sich auch der Fürst von Radziwill einfinden sollte?

Nachdem Bethlen die 100.000 Gulden eingestrichen hatte, spannte er seine Forderung höher und verlangte, dass Böhmen die von ihm auf 300.000 Gulden reducirte Forderung auf 400.000 erhöhe und dass man von Seite des Pfalzgrafen alle Anstrengungen mache, um Venedig zum Bündnisse heranzuziehen. Er war zu den Gebietsabtretungen an die Republik bereit, über die er sich mit Dohna unterhalten hatte und übergab zum Beweise seiner Entschlossenheit dem Herrn von Plessen eine Vollmacht, auf deren Grundlage der Pfalzgraf mit dem Dogen in Verhandlungen treten sollte. Die Unterhaltung zwischen

*) Münchner Reichsarchiv: Bethlen an Anhalt dd. 19. Juli 1620.

thlen und Plessen bezog sich auch auf den Einmarsch der protestantischen Truppen in Oesterreich, von dem man in Neusohl bereits Kunde erhalten hatte. Nach Bethlens Ansicht konnte der Fürst von Anhalt den Ligisten am besten dadurch begegnen, wenn er die ungarische Cavallerie zu einem Einfall nach Baiern abordnen würde, weil er dadurch den Herzog Maximilian zum Rückzuge zwingen würde, und um den Fürsten für diese Operation zu gewinnen, sandte er ihm gleich darauf noch weitere 1000 Reiter zur Hilfe.*) Nicht so leicht wie den bairischen Einfall glaubte jedoch Bethlen die Truppen Spinola's, von deren Anmarsch gleichfalls die Rede war, zu bekämpfen zu können.

Auch Plessen hielt die Gefahr nur dann für nicht sonderlich gross, wenn Spinola seinen Angriff gegen die Fürsten der Union richten würde, weil mit der Belagerung dieses und eines andern Platzes sicherlich der Herbst und Winter vorübergehen würden. Sollte jedoch Spinola seinen Marsch durch katholisches Gebiet direkt nach Böhmen richten, dann werde man ihn in kurzem auf dem Halse haben und die Lage werde sich bedenklich gestalten. Es tauchte nun die Frage auf, ob man in diesem Falle den Sultan um Hilfe ersuchen dürfe? Bethlen, der sich stets vor den Türken scheute, verneinte dies und erklärte, die türkische Hilfe nicht mit gutem Gewissen erbitten zu können. Allein Plessen fand diese Skrupel überflüssig und suchte sie mit geschichtlichen Daten zu bekämpfen. „Aeusserste Gefahren können nur mit rücksichtslosen Mitteln bekämpft werden; die Geschichte bietet das Beispiel mehr als eines Papstes, der in die Flucht zu den Türken genommen hat, um sich gegen die Gewalt seiner Feinde zu vertheidigen.“ Bethlen erklärte sich durch diese Behauptung für überwunden oder that wenigstens so und versicherte, dass er in diesem Falle 30.000 Türken von Ungarn aus nach Steiermark marschiren lassen werde.**) Plessen,

Münchener Reichsarchiv: Erklärung Bethlens eingehändigt dem Herrn von Plessen dd. 13. August 1620.

Münchener Staatsarchiv: Plessen an Anhalt dd. 11./21. August 1620. — Die bezeichnende Stelle dieses Briefes lautet: „Sur quoy (als nämlich Plessen die Gefahr, die Spinola's Zug nach Böhmen im Gefolge haben konnte, erörtert hatte) ledit Prince Bethlen repliqua, pourroit pas en tel

der über die mit Bethlen gehabten Unterredungen an Anhalt berichtete, bemerkte am Schlusse, er habe aus der Sprache Bethlens und seiner vertrauten Rätbe deutlich bemerkt, wie sehr es ihr Wunsch sei, die Grenzen Ungarns über Oesterreich und Steiermark auszudehnen.

Die geschilderten Unterhandlungen zeugen genugsam, dass Bethlen entschlossen war, an dem Bündnisse mit Böhmen festzuhalten und mit dem Kaiser bei nächster Gelegenheit zu brechen. Als nun gegen Ende Juli die Herren von Collalto, Cziraky und Ferentzi im Namen des Kaisers nach Neusohl kamen, um die Verhandlungen fortzusetzen, suchte Bethlen nach Vorwänden, um dieselben abzubrechen, und mäkelte deshalb an der Vollmacht der kaiserlichen Gesandten, weil sie bloss auf Verhandlungen mit den ungarischen Ständen laute, und nicht den Abschluss eines allgemeinen Friedens ins Auge fasse. Es war vergeblich, dass die Gesandten in einer Rede vor dem Reichstage denselben ermahnten die Verhandlungen anzufangen, vergeblich, dass sie Bethlen durch die Erklärung zu gewinnen suchten, der Kaiser werde die ihm gemachten Versprechungen einhalten und namentlich den Reichstag um die Zustimmung zur Abtretung der ihm zugesagten ungarischen Comitate ersuchen; vergeblich endlich, dass der Kaiser die Vollmacht seiner Gesandten erweiterte, wiewohl er auch jetzt nicht ausdrücklich den Frieden auf Böhmen ausdehnen wollte.*) — Da die Gesandten auch die Frage gestellt hatten, ob der Reichstag den mit dem Kaiser abgeschlossenen Waffenstillstand einhalten wolle, fand sich zur Beantwortung derselben eine Deputation, darunter auch Pechy, bei ihnen ein und erklärte, dass man zwar bereit sei, den Waffenstillstand bis Michaeli aufrecht zu halten, aber

cas avec bonne conscience se servir du secours (des türkischen Kaisers). Je (Plessen) repondis: Les extremitéz ne se peuvent surmenter que par autres extremitéz et nous avons es histoires l'exemple de plus d'un Pape qui ont eu recours au Türk pour se garantir de la violence de leurs ennemis. Cela luy pleus et dit en tel cas je ferois venir 30.000 Turken par la voye de Canischa en Styrie.“ — Ebenda: Bethlen an Anhalt dd. 8. August Neusohl.

*) Die verschiedenen Aktenstücke bei Katona und im böhmischen Statthaltereiarchiv.

sherigen Uebergriffe Bethlens und der ungarischen Stände gegen die Beraubung der katholischen Kirche und erklärten ausohler Reichstag kraft der ihnen vom Könige übergebenen Vollmacht für aufgelöst und alle weiteren Beschlüssen desselben für null und nichtig. Nach der Abgabe feierlichen Protestes schlossen sie ihre Thätigkeit ab und am 17. August nach Wien. Tags darauf folgte ihnen 1620 böhmische Gesandtschaft. Ihre Abreise machte einer Reihe Ermüthigungen ein Ende, denen sie während der ganzen ihrer Anwesenheit in Neusohl ausgesetzt waren, wo sie Aussätzigen von aller Welt gemieden wurden.*)

Der Protest hatte selbstverständlich keine Wirkung auf den Reichstag, der im Vereine mit Bethlen zum definitiven Abkommen mit Ferdinand entschlossen war. Aber trotzdem man im letzten Augenblicke den Gegner durch falsche Hoffnungen zu täuschen. Der Reichstag sandte noch am 17. August 1620 eine Bescheidenschrift an Ferdinand ab, die voll Ergebenheit war und mittheilte, dass ein Ausschuss aus der Mitte des Reichstages gewählt und dem Fürsten Bethlen zur Seite geworden sei, um die Unterhandlungen mit ihm weiter zu führen. Schon am 22. August begannen aber die Verhandlungen über seine Absetzung und der Wahl eines neuen Königs. In Neusohl auf dem Reichstage fast ausschliesslich Protestanten anwesend waren und sonach der Widerstand einzelner Mitglieder dieser entscheidenden Schritte von vornherein aussichtslos

war, so gab es doch einige Personen, welche sich der Absetzung Ferdinands widersetzen. Ihr Widerstand wurde aber durch die Drohung gebrochen, dass man in derselben Weise gegen sie vorgehen werde, wie die Böhmen gegen die königlichen Statthalter; so verstummten die letzten Vertheidiger der habsburgischen Rechte und unter ihnen, wie es scheint, auch der Palatin, denn als die Königswahl stattfand, wurde der Fürst von Siebenbürgen einstimmig gewählt.*)

25. Aug
1620 Nach vollzogener Wahl begaben sich die Mitglieder des Reichstages in feierlichem Zuge in die Wohnung Bethlens, der auf einem eigens hergerichteten Throne ihre Begrüssung als König entgegennahm. Diesmal schlug also Bethlen die Wahl nicht aus, sondern nahm die angebotene Krone als den ihm gebührenden Lohn für die überstandenen Drangsale und Mühen eines thatenreichen Lebens an. Dennoch verliess ihn auch jetzt nicht ein gewisses Gefühl der Unbehaglichkeit und Unsicherheit, denn trotz der wiederholten Aufforderung seiner Anhänger schob er die Krönung auf, wofür wir keinen andern Grund anzugeben wissen als den, dass er sich den Weg zu einem Ausgleich mit Ferdinand nicht für immer versperrt wollte. Die Mahnungen seiner Freunde beantwortete er deshalb mit Ausflüchten und behauptete namentlich, dass die Krönung nur von dem Erzbischof von Gran vorgenommen werden dürfe. Vorläufig rief jedoch die Thatsache der Wahl in Böhmen eine übermässige Freude hervor, weil man glaubte, dass das Schicksal Bethlens nun unlöslich an das von Böhmen geknüpft sei. Ferdinand nahm die Nachricht von der ungarischen Königswahl nicht so gleichgiltig und spöttisch auf wie die der böhmischen Wahl; die Falschheit, die Bethlen bei den Verhandlungen an den Tag gelegt, wurmte ihn und in seinem Unwillen nannte er ihn eine Bestie**); ja er bestritt sogar, dass er von Geburt

*) Wann die Wahl Bethlens zum Könige stattgefunden, wissen wir nicht anzugeben. Katona berichtet, dass der Reichstag Bethlen als König am 25. August begrüsst habe. Entweder hat also an diesem oder am vorangehenden Tage die Wahl stattgefunden.

**) Sächs. StA. Der sächsische Gesandte in Wien schreibt an den Kurfürsten über seine Unterhaltung mit dem Kaiser dd. 29. August 1620 folgendes: „Hernach hat Ihre Maj. mir gnädigst erzählt, wie seltsam iso die Hun-

ein Edelmann und Magyar sei und bezeichnete ihn als einen Wallachen.

Nach der Proclamation Bethlens zum König wurde auch Siebenbürgen in das ungarisch-böhmische Bündniss aufgenommen und dessen Verpflichtung für den Kriegsfall auf 25.000 Mann bestimmt.*) Darauf einigte man sich in der Annahme der gesammten Reichstagsbeschlüsse, deren Inhalt dem revolutionären Verlauf der Verhandlungen entsprach und unter denen der fünfte und der achte Artikel die einschneidendsten waren. Den Katholiken wurden in denselben nur drei Bischöfe zugestanden und jedem von ihnen ein Gehalt von 2000 Gulden angewiesen; der Besitz und die Einkünfte sämmtlicher Bischöfe, einiger Klöster, Propsteien und Kapitel wurden, wie dies bereits zum grössten Theil thatsächlich der Fall war, nunmehr auch rechtlich mit Beschlag belegt und damit eine beträchtliche Anzahl bisher glänzend gestellter Personen an den Bettelstab gebracht. Nicht zufrieden mit den gegen die Katholiken ausgesprochenen Güterconfiscationen verbannte der Reichstag für alle Zeiten die Jesuiten aus den ungarischen Ländern und mit ihnen zugleich den Erzbischof von Gran Peter Pazmann und den Bischof Thomas Balasfi.**)

Auch gegen Homonna wäre das gleiche Urtheil gefällt worden, wenn ihn nicht im Monate Juli der Tod ereilt hätte. Er 1620 war, nachdem man die Kosaken, die mit ihm in Ungarn eingefallen waren, gezwungen hatte, sich zurückzuziehen, nach Polen gegangen, von wo er Ferdinand um 100.000 Gulden bat***), mit deren Hilfe er ein neues Heer ausrüsten und in Ungarn einfallen wollte. Der Kaiser konnte ihm die verlangte Summe nicht schicken, und so musste sich Homonna nach anderen

garn procedirten, auch diese formalia mit angehengt: Sie haben den Gabor erwählt und die Bestia hats angenommen, schreibt sich auch bereits erwählter König in Hungarn, da er doch kein geborener vom Adel auch kein Hungar sondern ein Wallach ist.“

*) Skála IV, 274. Wir wissen nicht anzugeben, ob diese Ziffer nicht etwas zu hoch gegriffen sei, da wir nur aus Skála die betreffende Nachricht schöpfen, der vielleicht irthümlich berichtet war.

**) Katona XXX.

**) Die Kopie des Briefes in den Sammlungen des böhmischen Landesarchivs.

Mitteln umsehen, um den Kampf wieder aufnehmen zu können, wozu er von dem Erzbischof von Gran, der den Krieg wider Bethlen als einen heiligen ansah, ununterbrochen angefeuert wurde. Aber im Juli 1620 ward dem Leben und den Bemühungen Homonna's ein plötzliches Ziel gesetzt, Bethlen wurde allgemein beschuldigt, dass er sich seiner durch Gift entledigt habe. — Wie weit der Palatin zu den Beschlüssen des neusohler Reichstags seine Zustimmung gegeben, ist uns nicht bekannt, und eben so wenig wissen wir, welche Antwort den Gesandten der befreundeten Länder auf ihre verschiedenen Anträge vom Reichstage gegeben wurde; ihr Hauptansuchen war jedenfalls durch die Königswahl erledigt worden. Nach der Auflösung desselben, die am 27. August erfolgte, eilte Bethlen mit dem neugeworbenen Heere nach Pressburg, um den mit Knezebeck verabredeten Kriegsplan ins Werk zu setzen.

III

Aus dem Berichte über die neusohler Verhandlungen dürfte ersichtlich sein, dass Bethlen nicht ohne Widerstreben daran ging, die Türken um ihre Unterstützung zu ersuchen; da jedoch die Neutralität derselben dem Kaiser grossen Nutzen brachte, so beschwichtigte er seine Besorgnisse vor dieser Bundesgenossenschaft und mahnte selbst zur Eile bei der Abschickung der Gesandten nach Konstantinopel. Es dürfte nicht ohne Interesse sein, die Phasen, welche das Intriguenspiel der kaiserlichen und bethlenschen Gesandten in dieser Stadt seit mehr als Jahresfrist durchgemacht hatte, einer Beleuchtung zu unterziehen und über das schliessliche Resultat derselben Kunde zu erhalten.

Die kaiserlichen Staatsmänner, die den hohen Werth der türkischen Neutralität würdigten, bemühten sich schon seit fast zwei Jahre um die Erhaltung derselben. Kaiser Mathias entschloss sich aus diesem Grunde zur Absendung des Freiherrn Ludwig von Mollart als Gesandten an den Hof von Stambul und gab demselben reiche Geschenke für die türkischen Grosswürdenträger mit, um sie bei guter Laune zu erhalten und für

die Fortdauer friedlicher Beziehungen zu gewinnen.*) Mollart
 reiste am 4. Oktober 1618 von Wien ab und betrat in der
 Obhut von Komorn das türkische Gebiet, wo er in feierlicher
 Weise in die Obhut eines türkischen Geleites aufgenommen
 wurde. Ein gleicher mehr oder minder glänzender Empfang
 wurde ihm in allen grösseren Städten zu Theil, die er auf
 seiner Reise berührte, musste aber selbstverständlich mit Ge-
 schenken an die betreffenden Paschas vergolten werden**) Am
 2. Dezember, also nach einer Reise von mehr als 2 1/2 Monaten 1618
 erreichte Mollart in der Nähe von Konstantinopel an und bekam
 sogleich einen Vorgeschmack von den Demüthigungen, die seiner
 warteten. Es wurde ihm nämlich die Weisung zu Theil, dass er
 seinen Einzug in die Stadt wohl mit klingendem Spiel, aber
 nur mit zusammengerollten Fahnen halten dürfe. Mollart wollte
 sich damit nicht zufrieden geben und verlangte, dass ihm der
 Einzug mit fliegenden Fahnen mindestens bis an die Wälle
 der Stadt gestattet würde. Statt einer Gewährung dieser For-
 derung wurde ihm bedeutet, dass er seinen Einzug in aller
 Stille ohne Spiel und Fahnen halten müsse, weil angeblich eine
 Verordnung Suleimans II dieses bezüglich des Einzugs fremder
 Gesandter vorschreibe. Was half es Mollart, dass er sich auf
 zahlreiche Fälle berief, in denen diese plötzlich hervorgezogene
 Bestimmung Suleimans nicht beobachtet worden war, und dass er
 auf den Empfang hinwies, der dem türkischen Gesandten in Wien
 zu Theil wurde! Für Gründe war die Pforte in jenen Zeiten
 nicht anders zugänglich, als wenn sie mit klingender Münze
 oder mit der Spitze des Schwertes bewiesen wurden, und so
 musste der kaiserliche Gesandte sich fügen und seinen Einzug
 in der vorgeschriebenen Weise halten.

Die Begrüssung der türkischen Staatsmänner, des früheren

*) Wiewohl auch uns die genaue Kenntniss der bezüglichen Verhandlungen
 abgeht und wir von den Anträgen Bethlen Gabors in Konstantinopel
 häufig nur aus den unvollständigen Nachrichten, die Ferdinand zukamen,
 Kunde erhalten, so steht uns doch ein weit umfassenderes Material zu
 Gebote, als worüber die bisherige Geschichtschreibung verfügt hat, wie
 sich dies aus der folgenden Darstellung sattsam ergibt.

**) Wir berichten über den Empfang Mollarts in Konstantinopel nach einer
 Finalrelation desselben, die im k. k. Kriegsarchiv vorhanden ist.

Caimacam Jurgj Mehemet Pascha, des Hassan Pascha und des Ali Pascha, der Paschas von Damascus und Cairo und des Mufti, gestaltete sich freundlicher, als der unhöfliche Empfang erwarten liess; alle versicherten den Gesandten bei Empfangnahme der mehr oder weniger kostbaren Geschenke der besten Friedensabsichten und Jurgj Mehemet erklärte sogar, dass gewisse Leuten, die den Sultan gegen den Kaiser aufhetzen wollten, ihr Spiel nicht gelingen werde. Auch der Empfang, den Mollart am Neujahrstage 1619 beim Sultan fand, liess nichts zu wünschen übrig, ebenso wenig der bei dem neuernannten Grosswessir Mohammed Pascha. Der kaiserliche Gesandte glaubte diese gute Stimmung benützen und seinem Auftrage gemäss auf die Wiederabtretung der Stadt Lippa dringen zu müssen, die die Türken im Einverständniss mit Bethlen gegen die mit dem Kaiser im Jahre 1616 geschlossenen Verträge an sich gerissen hatten. In dieser Beziehung erfreute er sich jedoch keines Entgegenkommens mehr; Mohammed Pascha erklärte, dass man Lippa nicht herausgeben werde, da man es von dem siebenbürgischen Fürsten erhalten habe, sonst aber gab er dem kaiserlichen Gesandten die Versicherung, dass er keine Angriffe an der Grenze gestatten werde und deshalb die entsprechenden Befehle ertheilt habe. Der Grosswessir änderte seine Sprache nicht, als Mollart ihm die Nachricht vom Tode des Kaisers Mathias überbrachte, er war erbötig auch mit Ferdinand in freundlichen Beziehungen zu bleiben und die Paschas an der ungarischen Grenze zum Frieden zu mahnen, ja er liess sich sogar in eine Untersuchung der Beschwerden ein, die Mollart gegen die vertragswidrige Anlage von Festungen an der Mur erhob. Auch der Sultan blieb sich in seiner Freundlichkeit gleich, denn als Mollart ihm die Nachricht von dem Tode der Kaisers überbrachte, nahm er dieselbe mit freundschaftlichen Aeusserungen für dessen Nachfolger entgegen.

So war das Ende der Monats Juli 1619 herangekommen, ohne dass sich Mollart der Befürchtung hätte hingeben müssen, bei seinen auf die Erhaltung des Friedens gerichteten Bemühungen auf Schwierigkeiten zu stossen; was ihn mit Sorge erfüllte war, dass er Monate lang ohne Nachricht aus der Heimat blieb und demnach nicht wusste, in wiefern die für Fer-

und ungünstigen Berichte, die in Konstantinopel erzählt
 en, wahr seien oder nicht. Als das erste unangenehme
 gniss glaubte er die Ankunft des siebenbürgischen Ge-
 ten Franz Miko de Hidugk ansehen zu müssen, da er ge-
 war, dass derselbe irgend etwas Feindseliges gegen Ferdi-
 im Schilde führe. Was auch immer der Grund von Miko's
 esenheit in Konstantinopel war, jedenfalls schilderte er die
 e Ferdinands als verzweifelt und hoffnungslos und rief da-
 h die Begehrlichkeit der Türken wach. Denn als Mollart im
 fe des Monats August einigen türkischen Staatsmännern einen ¹⁶¹⁹
 uch abstattete, wurde an ihn die Forderung wegen der Abtre-
 von Waizen gestellt, doch wurde seine Weigerung, sich
 über in Verhandlungen einzulassen, noch ruhig hingenommen.
 Sorge für seinen Herrn wurde er aber nicht mehr ledig,
 o nunmehr tauchten von allen Seiten Gerüchte von dessen
 erem Verderben auf. Mollart konnte sich nicht anders
 en, als dass er diese Gerüchte für übertrieben und er-
 n erklärte. Einigen Trost schöpfte er nur aus der sich
 gleich bleibenden Freundlichkeit des Grosswessirs,
 ie aus der Nachricht von der Erhebung Ferdinands
 den deutschen Thron, die ihn am 12. Oktober erreichte, ¹⁶²⁰
 aus der er schliessen zu dürfen glaubte, dass die Ver-
 isse seines Herrn nicht so schlecht seien, als dies in
 antinopel angenommen wurde. Er säumte nun nicht auf
 Lügenhaftigkeit der von dem siebenbürgischen Gesandten
 reiteten Nachrichten hinzuweisen, dass nämlich Ferdinand
 nicht zum Kaiser gewählt worden sei, sondern unverrich-
 t Dinge nach Gratz habe zurückkehren müssen, wo er aus
 ger über diesen Misserfolg gestorben sei. Als Mollart mit
 Nachricht von der vollzogenen Kaiserwahl bei den ver-
 edenen Grosswürdenträgern erschien, beglückwünschten sie
 und versicherten ihn, dass der Angriff Bethlens auf den
 er, von dem man bereits Kunde erhalten hatte, ohne Mit-
 enschaft der Pforte und somit ohne ihre Zustimmung statt-
 nden habe. Der Grosswessir ging noch weiter und bewies
 dem Kaiser freundliche Gesinnung durch eine dem letzteren
 tige Entscheidung in den Grenzangelegenheiten. Vor allen
 ren zeigte sich aber der Sultanslehrer Omer Effendi dem

Kaiser zugethan: er erklärte, man habe in Konstantinopel kein Interesse an den religiösen Differenzen unter den Christen und wolle deshalb auch nicht Partei nehmen; ja selbst wenn Bethlen der Pforte für die erbetene Unterstützung Ungarn und Italien anbieten würde, wolle er nie dazu rathen, sich mit ihm in Unterhandlungen einzulassen und gegen die Friedensbedingungen eidbrüchig zu werden. Es wäre gut, wenn der Kaiser einen umständlichen Bericht über die Urheber der Unruhen einschieken möchte; würde daraus hervorgehen, dass Bethlen den an ihm ergangenen Befehlen nicht Folge geleistet habe, werde man ihm beim Kopf zu fassen wissen. Er versicherte den Gesandten, dass er seinen Reden Glauben schenken könne, denn wenn man in Konstantinopel den Frieden nicht wollte, würde man daraus kein Hehl machen. Diese Behauptung konnte Anspruch auf Glaubwürdigkeit erheben, denn feine Manieren und ängstliche Zurückhaltung konnte man der Pforte in ihrem Verkehr mit den fremden Diplomaten gewiss nicht vorwerfen.

Mittlerweile hatte Bethlen durch seinen Angriff gegen den Kaiser so viel erreicht, dass der ungarische Reichstag, der sich in Pressburg im November 1619 versammelt hatte, sich ihm vollends anschloss und die Absendung eines Gesandten nach Konstantinopel in der Person des Stephan Corlath beschloss, der sich in Begleitung eines neuen bethlenschen Gesandten Franz Balassi auf den Weg nach der türkischen Hauptstadt begab.*) Als Mollart dies erfuhr, glaubte er im Vertrauen auf die ihm zu Theil gewordenen freundlichen Versicherungen gegen die Zulassung beider Gesandten protestiren zu müssen, und in der That gab man ihm wenigstens in Bezug auf den ungarischen Gesandten die Zusicherung, dass man seinem Proteste nachkommen und Corlath den Einzug in Konstantinopel verbieten werde. Als der letztere nun in der Nähe der Stadt anlangte (11. Dez.), wiederholte Mollart seinen Protest und drohte mit seiner Abreise, wenn man demselben nicht Rechnung tragen würde. Diesmal fand er die türkischen Grosswürdenträger nicht mehr so willfährig, doch entschuldigte sich der Grosswessir bei Mollart und liess ihm sagen, dass er Corlath schon

*) Skála IV.

eshalb nicht abweisen könne, weil er keine Kenntniss von seinem Begehren habe; zugleich betheuerte er, dass er nach wie vor mit dem Kaiser Frieden halten und keinen Einflüsterungen Gehör schenken wolle.

Von den Verhandlungen, die die Gesandten der Ungarn und Bethlens in Konstantinopel pflogen, wissen wir nur so viel, als die türkischen Staatsmänner für gut fanden dem Freiherrn von Mollart mitzuthemen. Darnach bot Corlath der Pforte die Abtretung mehrerer Grenzfestungen mit den dazu gehörigen Gebieten an. Ob er oder eigentlich Bethlen damit die Hilfeleistung der Türken erkaufen oder sich nur die Erlaubniss verschaffen wollte in dem Angriffe gegen den Kaiser fortzufahren zu dürfen, wissen wir nicht, vermuthen jedoch das letztere, denn abgesehen davon, dass Bethlen nicht hoffen konnte, die Türken durch die blosse Abtretung einiger Grenzfestungen zu einer Hilfeleistung gegen den Kaiser zu vermögen, fürchtete er sich instinktmässig vor der türkischen Hilfe, die nicht nur den Kaiser, sondern auch ihn zum Falle bringen konnte. Anfangs begegneten Balassi und Corlath trotz ihrer Anerbietungen grossen Schwierigkeiten; einer von diesen beiden Herrn — welcher, ist nicht recht ersichtlich *) — fand beim Mufti eine sehr schlechte Aufnahme. „Warum hat dein Herr,“ so^{23. Dec.} fuhr der Türke ihn an, „sich erlaubt dem Sultan zu schreiben, ¹⁶¹⁹ dass die Böhmen ihn zum Könige wählen wollten, während sie ihn in Wahrheit nicht einmal zum Freunde haben möchten, wenn der Krieg sie nicht zur Nachgiebigkeit zwänge?“ Der Gesandte erwiderte, die Ungarn hätten die Erhebung Bethlens auf den böhmischen Thron nicht zugegeben und deshalb hätten sich die Böhmen einen andern Herrn wählen müssen. „Dein Herr wird also König von Ungarn?“ frug der Mufti weiter. „Gewiss, die Krönung ist bereits in Pressburg vollzogen,“ so lautete die Antwort des Gesandten, der im guten Glauben an die thatsächliche Vollziehung dieses Ereignisses vor dieser Behauptung nicht zurückschrak, damit aber den Inwillen des besser unterrichteten Mufti vollends wachrief.

*) Innsbrucker Statthaltereiarhiv. Kopie des auf diese Unterredung bezüglichen Berichtes.

„Bei Mohammed,“ rief dieser aus, „dein Herr ist weder gewählt, noch gekrönt, Niemand hat ihn aus Siebenbürgen nach Ungarn gerufen, als allenfalls der dumme Junge Georg Bókóczy, der Vagabundenhäuptling Széchy oder der Narr Emerich Thurzo. Warum hat dein Herr Siebenbürgen bedrückt, warum die Sachsen aufgestört, weisst du nicht, dass der Sultan Siebenbürgen hoch hält gleich einem goldenen Apfel?“

Zu Ende des J. 1619 trat in der Leitung der türkischen Angelegenheiten ein wichtiger Wechsel durch die Absetzung des Grosswessirs Mohammed Pascha und die Erhebung Ali Pascha's auf diesen Posten ein. Die politischen Anschauungen dieser beiden Männer dürften kaum verschieden gewesen sein, jedenfalls unterschied sich aber Mohammed Pascha im Verkehr mit den Gesandten durch höflichere Formen vorthellhaft von seinem Nachfolger. Der letztere kehrte gegen die Gesandten alle Eigenschaften eines echten Türken hervor, bedrohte sie mit Schlägen, wenn sie sich nicht demüthigen wollten und schrak selbst vor einem Mord nicht zurück, als der venetianische Dolmetsch seinem Eigennutz entgegentrat. Da ihm kaum ein guter Ruf vorangegangen sein mag, so wird man es begreifen, dass sich Mollart trotz des freundlichen Empfangs, den Ali Pascha ihm zu Theil werden liess, fortan nur an Schwierigkeiten gefasst machte. Doch glaubte er dem Kaiser noch die Versicherung geben zu können, dass die Rüstungen, die die Pforte eben anstellte, nicht gegen ihn, sondern gegen die Kosaken am schwarzen Meer gerichtet seien. Michael Starzer, ein zweiter gleichzeitig in Konstantinopel anwesender kaiserlicher Geschäftsträger, glaubte die Vermuthung aussprechen zu dürfen, dass im Fall das Glück die türkischen Waffen begünstige, die Pforte sich der Moldau, Walachei und Siebenbürgens bemächtigen werde, um diese Länder zu theilen und durch Bega zu verwalten zu lassen. *) Starzer fürchtete also nicht, dass es dem Balassi und Corlath gelingen werde, die Türken zu einer aktiven Hilfe für Bethlen zu vermögen, wohl aber, dass dieselben die günstigen Verhältnisse benützen würden, um

*) Mollart an Ferdinand dd. 3. Januar 1610 im Münchner St.A. Starzer an dd. 5. Januar 1620 im Wiener St.A.

re Macht auf Kosten des Kaisers und Bethlens zu vergrössern. Die Richtigkeit dieser Annahme zeigte sich aus einer Verhandlung, die der Mufti Ende Februar (1620) mit Starzer anknüpfte. Er theilte ihm mit, dass die Pforte auch ferner mit Ferdinand Frieden unterhalten wolle, dafür aber die Abtretung jener Festungen von ihm verlange, die ihr von den Ungarn angeboten würden.*) Auch der Grosswessir verlangte jetzt in allen Audienzen, die er dem Herrn von Mollart ertheilte, zum mindesten Waizen und setzte, wie um die Pille zu verstüssen, hinzu, dass man diesen Platz nur aus den Händen des rechtmässigen Eigenthümers und nicht aus denen der rebellischen Unterthanen empfangen wolle. Da Mollart auf die türkischen Forderungen nicht eingehen wollte, kündigte der Grosswessir ihm an, dass die Pforte einen Gesandten nach Wien abschicken werde, um die Abtretung von Waizen von Ferdinand selbst zu verlangen. Die Stellung des kaiserlichen Gesandten, der den steigenden Anforderungen der Türken nur dadurch die Spitze abbrechen konnte, wenn er sie durch zeitweise Geschenke geschmeidiger machte, war um diese Zeit die peinlichste, die man sich denken kann. Im April 1620 waren nach seiner eigenen Angabe sieben Monate verflossen, seitdem er die letzte Zuschrift aus Wien erhalten hatte, und wie man es ihm an Nachrichten fehlen liess, so auch an Geld. Alle Schätze, die er aus Wien mitgenommen hatte, waren dem türkischen Heisshunger längst zum Opfer gefallen, er war in die ärgste Noth gerathen, aus der er sich nur durch ein gegen wucherische Zinsen aufgenommenes Anlehen retten konnte. Seine elende Lage spottete jedes Vergleichs, denn wie wenig angesehen auch die Stellung der übrigen Gesandten sein mochte, sie alle brauchten wenigstens nicht auf Borg zu leben und luden so nicht den Makel der Bettelhaftigkeit auf sich.

Anfangs April 1620 reiste Balassi nach Hause zurück. Wie weit er seinem Auftrage nachgekommen und die feindlichen Gesinnungen der Türken in freundliche umgewandelt und welche Versicherungen er von ihnen erhalten hatte,

*) Mollart an Ferdinand II dd. 25. Februar 1620 im wiener St.A.

bleibt dahingestellt, jedenfalls scheinen sie den Angriff ^{Beth-} lens auf den Kaiser gebilligt zu haben. Dafür spricht ^{und} der Umstand, dass der Sultan noch vor Ende April eine ^{zu} ungarischen (wir wissen nicht, ob dies Corlath war) und ^{einen} böhmischen Gesandten Namens Bitter eine Audienz ^{ertheilte,} ertheilte, eine Auszeichnung, die eine Billigung der ungarischen ^{und} böhmischen Politik gegen Ferdinand voraussetzt.

Bitter, den die Berichte als böhmischen Gesandten ^{be-} zeichnen, war dies streng genommen nicht; er war kein ^{Böhme} Böhme von Geburt, sondern ein Pfälzer, und war auch nicht von den böhmischen Ständen nach Constantinopel geschickt worden, sondern nur vom Pfalzgrafen. Trotzdem war man auch in Böhmen bereit, Verhandlungen mit der Pforte anzuknüpfen und so in eine Verbindung einzutreten, die man sonst als die schwächvollste zu bezeichnen pflegte. Hatte man doch in den beiden ersten Jahren des Aufstandes unter den gegen Mathias und Ferdinand gerichteten Vorwürfen auch den erhoben, dass durch ihr Gebahren der Türke, der Feind des Christenmens, Vortheile erlangen könnte! Einer der Hauptführer der böhmischen Protestanten, Budowec, hatte seinem Hass gegen den Mohammedanismus in einer eigenen Schrift (Anialkoras) Ausdruck gegeben und in dieser den Beweis zu führen gesucht, dass der Koran nur durch teuflische Inspiration zu Stande gekommen sei. Die Allianz mit den Türken hätte also, so sollte man denken, in Böhmen auf einen noch grösseren Widerstand stossen müssen als der Versuch einer etwaigen Aussöhnung mit der katholischen Kirche. Aber der Krieg und seine Leiden, sowie die stets näher rückende Gefahr einer Wiederrichtung des kaiserlichen Regiments brachte nicht nur die antitürkischen Ueberzeugungen zahlreicher böhmischer Wortführer, sondern selbst den Hass des Budowec zum Schweigen und so billigten sie die Absendung Bitters, die der Pfalzgraf in eigenen Namen vornahm. Die pfälzischen Rathgeber, der Fürst von Anhalt an der Spitze, drängten die Böhmen allerdings in diese Richtung, doch bedurfte es keines starken Druckes bei Leuten, denen die lange Kriegsnoth und die steigende Gefahr alle Selbständigkeit genommen hatte.

Unter den ständischen Parteihauptern des Erzherzog-

thums Oesterreich mögen gegen die türkische Allianz ursprünglich dieselben Bedenken aufgetaucht sein wie in Böhmen, aber zuletzt war man auch da zu Verhandlungen bereit und Herr von Tschernembl empfahl dieselben seinen Landsleuten aus zahlreichen Gründen, unter denen zunächst der angeführt zu werden verdient, dass durch dieses Bündniss vielleicht die Türken zur Erkenntniss des Christenthums gelangen könnten. Schon im April wurde deshalb in Linz der Beschluss gefasst, dass man sich an der Gesandtschaft betheiligen und zu den Kosten derselben die damals sehr bedeutende Summe von 5000 Gulden beitragen wolle.*)

In der oben erwähnten Audienz, die der Sultan Osman den beiden Gesandten ertheilte, gaben dieselben im Namen Ungarns und Böhmens dem Wunsche Ausdruck mit der Pforte in stetem Frieden zu leben und erboten sich hiefür nicht nur die Geschenke zu verdoppeln, welche die Pforte bisher vom Kaiser zu empfangen gewohnt war, sondern boten ihr auch Waizen und vier andere befestigte Plätze an, verlangten aber dafür, dass Osman dem Fürsten Bethlen die Erlaubniss zur Annahme der ihm von den ungarischen Ständen angebotenen Krone gebe. Auch sollte er dem Pascha von Ofen den Befehl zusenden, dass er ein Heer von 16–20.000 Mann in Bereitschaft halte, um mit demselben den Ungarn zu Hilfe zu eilen, sobald sie es verlangten.**)

Ueber den Erfolg dieser Audienz erhielt Ferdinand äusserst beunruhigende Nachrichten, die ihm die Vermuthung aufdrängten, dass der Sultan die verlangte Erlaubniss bezüglich der ungarischen Krone gewährt habe. In der That ertheilte Osman dieselbe in einer Antwort***), die er dem Fürsten Bethlen zukommen liess. In derselben wurde zwar der Fürst in echt türkischer Weise wie ein untergeordneter Beamter behandelt, wegen seiner vielfachen Lügen und zu diesem Zwecke gefälschten Briefe verwarnt, zum Schlusse ihm jedoch die Erlaubniss zur Annahme der ungarischen Krone

*) Sächs. St.A. Litera legatorum Austriae superioris ad legatos principis Transylvaniae. dd. 23. April 1620.

**) Ueber diese Forderung berichtet nur Cornelius Haga der holländische Gesandte in einem Briefe dd. 27. Juni/7. Juli 1620 (Haager Archiv).

**) Die Antwort im münchener St.A. 2/14 256.

ertheilt, zugleich aber die sofortige Abtretung der Veste verlangt.

Die beiden Gesandten, die im Mai ihre Rückreise traten, trafen am 1. Juni in Ofen ein. *) Mit ihnen trat jener Tschaus ab, den der Sultan beauftragt hatte sich in Prag zu begeben, um an Ort und Stelle die Verhältnisse der streitenden Parteien kennen zu lernen und den Pfalzgrafen seiner Erhebung auf den böhmischen Thron zu beglücken zu wünschen. **) Wie der letztere seinem Auftrage nachgekommen war, ist bereits berichtet worden.

Noch vor der Rückkehr dieser beiden Gesandten offenbar in Erwartung einer günstigen Antwort hatte man Bethlens Betreiben in Prag am Generallandtage die Abfertigung einer feierlichen Gesandtschaft nach Konstantinopel beschlossen, die die versprochenen Geschenke überbringen sollte. Man wünschte Budowec an die Spitze derselben zu setzen und in der That befähigten ihn die Kenntnisse, die er sich seiner Jugend erworben, als er den kaiserlichen Gesandten Grafen von Zinzendorf nach Konstantinopel begleitet hatte, allen andern zu diesem Posten. Indessen mochten ihm die Erfahrungen, die er auf jener Reise gesammelt hatte, eine solche Berührung mit den Türken nicht wünschenswerth erscheinen lassen und so lehnte er wahrscheinlich mit Hinweisung auf sein vorgerücktes Alter die Gesandtschaft ab. Es wurden zwei prager Patricier Ješin von Bezdéz und Kohout von Letensfels ausersehen und von Seite des Pfalzgrafen ein sächsischer Ritter Johann von Köln zum Führer der Gesandtschaft ernannt. ***) Schon am 9. Mai fertigte man in Prag die

*) Wir entnehmen diese Angabe dem Briefe, den der Pfalzgraf an den kaiserlichen Kaiser dd. 12. Juli 1620 (im münchener St.A.) schrieb und welcher Brief sonach den Beweis liefert, dass der bewusste türkische Gesandte kein blosses Geschöpf Bethlens gewesen sei.

**) Innsbrucker Statthaltereiarchiv. Ferdinand an Erzherzog Leopold dd. 8. Juni 1620 mit einer Beilage. Ebendasselbst Bericht über die Ankunft der böhmischen und ungarischen Gesandten in Konstantinopel dd. 7. Juni 1620. Ebenda Nachricht aus Venedig dd. 13. Juni.

***) Skála IV, 216. Münchener St.A. Zwei Beglaubigungsschreiben dd. 9. Juni 1620 für die böhmischen Gesandten.

struktion aus, nach der die Gesandten vorgehen sollten, ihre Abreise verzögerte sich jedoch bis zum 3. Juli, demselben Tage, an welchem der türkische Tschaus Mehemet Aga in Prag eintraf. Diese Verzögerung hatte offenbar darin ihren Grund, dass man nicht die Geldmittel zur Anschaffung der kostbaren Geschenke für den Sultan und dessen gierige Würdenträger aufreiben konnte. Und allerdings musste man alle Hebel ansetzen, um die Pforte bei guter Laune zu erhalten, da man die Gesandten beauftragt hatte zu den bisherigen Bitten noch eine neue hinzuzufügen, nämlich die um bewaffnete Hilfe.*) So weit hatte sich also die Verblendung des Pfalzgrafen und des Fürsten von Anhalt in dem Kampfe um die böhmische Krone bemächtigt, dass sie eine Hilfe herbeisehten, die selbst Bethlen trotz des Zuredens des Fürsten von Anhalt für gefährlich hielt. Nur der Umstand, dass die Türken damals nicht mehr die Kraft früherer Tage besaßen und dass sie die günstigen Verhältnisse des Jahres 1620 zu einem Angriffe gegen die Kosaken am schwarzen Meere zu benützen beschlossen, rettete Oesterreich vor noch grösserem Jammer, als schon die inneren Kämpfe im Gefolge hatten, und bewahrte es vor dem Schicksal der illyrischen Halbinsel.

Die böhmischen Gesandten traten also ihre Reise nach Konstantinopel am 3. Juli an, begaben sich aber zunächst ¹⁶²⁰ nach Neusohl, um sich dort der ungarischen Gesandtschaft anzuschliessen. Da Bethlen die Zahl der Gesandten viel zu gering fand, befahl der Pfalzgraf den in Neusohl anwesenden Vertretern der böhmischen Nebenländer sich dieser Gesandtschaft anzuschliessen und so steigerte sich die Zahl der Gesandten und ihres Gefolges auf weit mehr als 100 Personen, denn neben den Böhmen und Ungarn betheiligten sich, wie berichtet wurde, auch die österreichischen Stände an ihr, indem sie vier Herren, darunter einen Herrn von Starhemberg, mit ihrer Vertretung betrauten. Ungarn war hauptsächlich durch Stephan Doszi und Johann Rimai, Bethlen selbst durch Balassi vertreten. Die ganze Gesellschaft trat am 27. August, ¹⁶²⁰ also erst nachdem Bethlen zum Könige gewählt worden war)

*) Die Instruktion im münchener St.A. 425/5.

von Neusohl ihre Reise an und trug Geschenke mit sich, deren Werth auf 70.000 Gulden veranschlagt wurde.**) Unter denselben befanden sich eine Orgel mit silbernen Pfeifen, silberne Fische, 72 Uhren, darunter eine, deren Werth auf 4000 Thaler geschätzt wurde, drei grosse Spiegel, sechs Edelsteinen und dergleichen Werthsachen mehr.**)

Der Empfang der Gesandtschaft in Konstantinopel gestaltete sich zu einem der glänzendsten. Die türkischen Staatsmänner erzeigten sich für die ihnen dargebrachten Gaben wenigstens insofern dankbar, dass sie den Einzug der Gesandten so feierlich als möglich machten und sie auf dem weitesten Weg durch die Stadt bis zu ihrer Herberge führen liessen. Die Gesandten übergaben gleich nach ihrer Ankunft dem Grosswessir eine Schrift, in der sie um die Allianz des Sultans und um seine bewaffnete Hilfe baten. Die Gründe, mit denen dieses Gesuch gestützt war, liefen darauf hinaus, dass nur durch Begünstigung Bethlems und seiner Verbündeten die Türken vor Angriffen gesichert seien und ihre Herrschaft erweitern könnten, wozu man von ungarischer Seite beizutragen bereit sei und deshalb ihnen Waizen in die Hände spielen wolle.***) Werfen schon diese Gründe ein schlechtes Licht auf die Bittsteller, so zeugen andere, mit denen sie gleichfalls ihr Gesuch stützen zu dürfen glaubten, von einem Mangel an Selbstachtung, wie z. B. die Angabe, dass 70.000 Ungarn nur deshalb dem König Ludwig bei Mohács nicht zu Hilfe gezogen seien, weil sie grössere Freundschaft für den Sultan Suleiman gefühlt hätten! Auf die Türken war jedoch diese Schreibweise gut berechnet, denn als die Schrift im Hause des Grosswessirs vor einer zahlreichen Versammlung von Würdenträgern in türkischer Ueber-

*) Katona IX 613.

**) Hammer, Geschichte des osmanischen Reiches, Band IV, 520.

***) Bei Katona steht: Proxime quoque Vacieusum arcem cum portu Hungaris annuentibus Turcica gens occupavit Ich vermute, dass occupabit zu lesen sei. Waizen war wohl am 5. November in die Hand der Türken gefallen und die Gesandten erst am 27. November in Konstantinopel eingetroffen; unmittelbar nach ihrem Eintreffen konnte man aber kaum von der Einnahme Waizens etwas wissen und deshalb konnten die Gesandten von derselben nicht als von einer bereits vollzogenen, sondern nur als einer zukünftigen Thatsache berichten.

setzung vorgelesen wurde, fand sie bei ihren Zuhörern Anklang und auch der Sultan gab den Gesandten eine günstige Antwort, indem er ihnen bewaffnete Hilfe versprach. Ein Vertrag wurde jetzt zwischen der Pforte und den verbündeten Ländern geschlossen, der fortan die freundlichen Beziehungen zwischen ihnen regeln sollte: Siebenbürgen sollte in alter Weise dem Sultan tributpflichtig bleiben; was Ungarn und die übrigen Länder betraf, so beanspruchte zwar die Pforte keinen Tribut, aber da den verbündeten Ländern die Verpflichtung auferlegt wurde, von fünf zu fünf Jahren eine Gesandtschaft mit Geschenken, „die des Sultans würdig seien“, nach Konstantinopel zu schicken, so bekam der Tribut nur eine andere Form, die indessen dadurch gemildert wurde, dass die Pforte gleichfalls versprach, in denselben Zeiträumen Gesandtschaften mit Geschenken nach Ungarn und Böhmen abzuordnen. — Der Grosswessir Ali hatte an den kaiserlichen Geschäftsträger die Zumuthung gestellt, dass er zugegen sein solle, wenn den Gesandten der verbündeten Länder die Zusage des Sultans bezüglich der erbetenen Hilfe mitgetheilt würde. Als Starzer dies ablehnte, bedrohte ihn Ali mit dem Schicksale des venetianischen Dolmetsch: so sehr setzte man jetzt in Konstantinopel die Rücksicht für Ferdinand aus den Augen.*)

Die Gesandten hatten wohl die Zusage der bewaffneten Hilfe erlangt, aber wenn dem Versprechen auch die Erfüllung auf den Fuss gefolgt wäre, so wäre den Bittstellern doch nicht mehr zu helfen gewesen! Die Gesandten waren am 27. No- 1620
vember in Konstantinopel eingetroffen und hatten sonach ihre Verhandlungen mit der Pforte erst begonnen, als die Schlacht auf dem weissen Berge bereits seit 19 Tagen geschlagen war. So hatten die von Bethlen mit so viel Eifer betriebenen und von dem Pfalzgrafen und Anhalt mit so viel Hoffnung erfassten Verhandlungen mit der Pforte nicht den geringsten Nutzen für die Sache des Aufstandes und die mit so grossen Schwierigkeiten herbeigeschafften Geldsummen zum Ankauf der Geschenke und zur Bestreitung der glanzvollen Lebensweise einer so zahlreichen Gesandtschaft waren nutzlos vergeudet worden.

*) Starzers Bericht im Wiener St.A. bei Hammer.

Nur die Türken hatten alle Vortheile eingeerntet, ohne die geringste von ihren Versprechungen erfüllt zu haben, denn als gesehen von den Geschenken war auch Waizen am 5. November 1620 durch Ueberrumpelung der kaiserlichen Besatzung in ihre Hände gefallen, wobei Bethlen ihnen ausreichende, wenn auch nicht näher bekannte Dienste leistete.



Sechstes Kapitel.

Die Entwicklung des Aufstandes im Erzherzogthume Oesterreich bis zur Absetzung Ferdinands.

- I Beginn neuer Ausgleichsverhandlungen zwischen den horner Ständen und dem Kaiser. Bedingungen der Horner. Die horner Deputirten bei Buquoy. Der Kaiser ertheilt den Deputirten eine Audienz. Kufstein in Horn. Kufstein und Traun ersuchen den Kaiser um die Gewährung eines allgemeinen Waffenstillstandes. Die oberösterreichische Deputation in Wien. Kufsteins Unterredung mit Liechtenstein und Brauner. Wiederholte Audienzen bei dem Kaiser. Ueberreichung einer Schrift, in welcher die Horner ihre Bedingungen für die Huldigung stellen.
- II Der Kaiser empfängt am 11. April die Stände von Niederösterreich. Mittheilungen an dieselben. Verhandlungen über diese Mittheilungen. Absendung eines Gesandten nach Retz. Ueberreichung einer Denkschrift an den Kaiser. Fernbergers Rückkehr aus Retz. Die zwei kaiserlichen Dekrete vom 16. Mai. Kufsteins Audienz beim Kaiser. Antwort des Kaisers auf die horner Bedingungen vom 3. April.
- III Kufstein und Traun reisen nach Retz. Die retzer Stände sind zur Absetzung Ferdinands entschlossen. Letzter Versuch derselben, den Kaiser zur Annahme ihrer Forderungen zu vermögen. Das Drohschreiben an die Geheimräthe. Kufstein und Meggau. Die kaiserliche Audienz. Kufstein wird aus Wien ausgewiesen. Die wiener Protestanten legen für Kufstein eine Fürbitte ein. Verhandlungen in Wien, in wie weit man den Protestanten ihre bisherigen Freiheiten sicher stellen solle. Huldigung der niederösterreichischen Stände am 13. Juli 1620. Kufstein schliesst sich dem Kaiser an.
- IV Rauber in Prag. Die Retzer beschliessen, den König von Böhmen zu ihrem Schutzherrn zu erwählen. Eidesleistung der retzer Stände. Antwort Friedrichs. Strafdokrete Ferdinands.

I

Es stand nunmehr in kürzester Zeit der Zusammenstoss zwischen den feindlichen Armeen, die von Maximilian von Baiern und dem Fürsten von Anhalt befehligt wurden, in Aussicht und als erste Frucht eines allfälligen Sieges der kaiserlichen Waffen hoffte man auf die Niederschlagung des Aufstandes in Oesterreich, der in seinem schliesslichen Verlaufe dem böhmischen in nichts nachgab. Auch in Oesterreich hatte sich

die Feindseligkeit zwischen dem Herrscher und seinen Unterthanen derart zugespitzt, dass in einem Theile des Landes — in Niederösterreich — das von Böhmen gegebene Beispiel befolgt und zur förmlichen Absetzung des Kaisers und zur Wahl eines neuen Hauptes geschritten wurde, während man sich in Oberösterreich mit der thatsächlichen Absetzung des Kaisers begnügte. Mancherlei Phasen machte die Bewegung durch, bis sie an dieses Ziel gelangte; manchmal schien es, als ob ein Stillstand eintreten und die Stände vor den drohenden Gefahren ihres rücksichtslosen Auftretens zurückschrecken würden, allein zuletzt überwog der Hass gegen das katholische Regiment jedes Bedenken. Wir haben über die fortschreitende Bewegung in Oesterreich ab und zu bei Gelegenheit des nürnbergger Korrespondenztages, des Generallandtags in Prag und des neusohler Reichstages berichtet, aber nur eine nähere Darlegung der ständischen Bewegung während des J. 1620 wird es begreiflich machen, wie die Feindseligkeit einen solchen Grad erreichen konnte, dass man mit der Dynastie brechen wollte.

Als man sich in Horn im Januar 1620 entschloss, die niederösterreichischen Truppen gegen den Kaiser aufzubieten, legte man die Scheu vor Bethlen Gabor, die sich noch bei der Absendung Kufsteins nach Nürnberg kundgab, ab und beschloss, über ein Bündniss mit ihm zu verhandeln und nur der Umstand, dass der pressburger Reichstag durch die plötzliche Abreise Bethlens ein rasches Ende nahm, verhinderte die Durchführung dieses Beschlusses, der viel zu spät gefasst worden war.*) Der gleichzeitige Abschluss des Waffenstillstandes zwischen dem Kaiser und dem Fürsten von Siebenbürgen machte die horner Stände stutzig; sie hatten im Vertrauen auf Ungarn dem Kaiser den Krieg erklärt und nun trat Ungarn vom Kampfplatze zurück. Man besprach sich deshalb in Horn darüber, ob man sich nicht mit dem Kaiser in Friedensverhandlungen einlassen solle, zu denen er eben die Stände von Ober- und Niederösterreich eingeladen hatte. Da die Oberösterreicher erbötig waren, dieser Einladung zu folgen und eine Anzahl Deputirte

*) Wiener St.A. Die Horner an Hans Ludwig von Kufstein dd. 7. Januar 1620. — Ebend. Kufsteins Diarium.

für die Verhandlungen wählten,*) so entschloss man sich auch in Horn, der Einladung nachzukommen und wählte (wahrscheinlich gegen Ende Januar) sechs Personen, je drei aus jedem Stande, unter denen besonders die Herren Adam von Traun, Ferdinand von Herberstein und Hans Ludwig von Kufstein zu erwähnen sind. Der Kaiser hatte den 12. Februar 1620 als den Tag bestimmt, an dem die beiden Deputationen in Wien eintreffen sollten, allein der Termin wurde weder von Nieder-, noch von Oberösterreich eingehalten**), erst die Nachricht von dem siegreichen Treffen der kaiserlichen Truppen bei Langenlois***) beschleunigte die Abreise der Niederösterreicher. Schon am Tage nach diesem Treffen einigte sich nämlich die hornere Versammlung in der Annahme der Instruction, nach der die Gesandten ihr Benehmen in Wien regeln sollten. Wir sind nicht mit dem Wortlaut derselben bekannt, vermuthen aber, dass sie den Gesandten nur auftrug, die kaiserlichen Mittheilungen in Empfang zu nehmen und nach Horn zu berichten.

Hatten schon die Niederösterreicher erst mehrere Tage nach dem vom Kaiser bestimmten Termin ihre Reise nach Wien angetreten, so kamen die Oberösterreicher noch langsamer der Einladung nach. Die Ursache lag darin, das Tschernembl zuvor nach Horn gereist war, um sich mit seinen Gesinnungsgenossen zu besprechen und erst um die Mitte März von da zurückkehrte und man ohne seine Zustimmung keinen so wichtigen Schritt thun wollte, wie die Anknüpfung neuer Verhandlungen mit Wien. Zum Theile verzögerten aber die oberösterreichischen Deputirten ihre Reise auch aus Scheu vor den Gefahren, mit denen sie das herumschweifende kaiserliche Kriegsvolk bedrohte, dessen Raubzüge gerade damals alle Welt erschreckten. So wurde der Herr von Greiswein auf seinem

*) Sächs. St.A. Die oberösterr. Stände an Ferdinand II dd. Linz 18. Januar 1620. Zu Mitgliedern der oberösterreichischen Deputation wurden gewählt der Probst von St. Florian, die Herren Paul Geymann, Christoph Puchner und Erasmus von Starhemberg.

**) Sächs. St.A. Die oberösterr. Stände an Ferdinand dd. 5. Febr. 1620.

***) Die hornere Stände an Hans Ludwig von Kufstein dd. 20. März 1620 in wiener St.A.

Schlosse überfallen, beraubt und ermordet und gleichen Raub anfallen waren alle Handelsleute, die mit ihren Waaren längs der Donau zogen, ausgesetzt. Es fehlte demnach den linz Deputirten der Muth zu einer Reise, die trotz aller Geleitsbriefe ein Wagniss auf Leben und Tod war. Auch lehnten in d That zwei von den Deputirten dieses Wagniss ab und mu musste zu einer Neuwahl für die Ausgetretenen schreiten. Erst gegen Mitte März traten die Oberösterreicher wirklich d Reise an.

Die den oberösterreichischen Gesandten ertheilte Instruction, über die wir genau unterrichtet sind, athmet ganz de tschernemblischen Geist. Den Gesandten wird verboten, in Wien über die Huldigung zu verhandeln, da diese Angelegenheit zu den linzer Landtag gehöre und auch nur in Linz die Huldigung dem persönlich erscheinenden und zu ihrer Empfangnahme berechtigten Fürsten geleistet werden dürfe. An der von dem Erzherzog Albrecht zu Gunsten des Kaisers ausgestellte Cession wird gemäkelt, da dieselbe nicht ohne Vorwissen der Stände ausgestellt werden durfte und ihr Beirath deshalb einzuholen war. Als Bedingungen, unter denen sie sich nach Entfernung aller Schwierigkeiten zur Huldigung bereit erklärten, stellten sie nicht bloss die einfache Bestätigung ihrer religiösen und politischen Freiheiten auf, sondern sie verlangte zugleich eine solche Erläuterung derselben, dass fortan alle Streitigkeiten jeglicher Art benommen würde. — Hätte der Kaiser diesem Verlangen genügen wollen, so hätte er eigentlich eine Verfassung ausarbeiten lassen und diese den Ständen vorlegen müssen, und nur dann, wenn sie ihnen genügt hätte, wäre er als Herr im Lande angenommen worden. — Da man in Linz glaubte, man werde sich in Wien mit ihren Gesandten über die Mittel zur Herstellung des Friedens berathen, wurde denselben auch in dieser Beziehung Weisungen ertheilt. Der Kaiser sollte sein Kriegsvolk entlassen, die neuen Verhältnisse in Ungarn und Böhmen anerkennen und sich bei de

*) Sächs. StA. Extract eines Schreibens aus Linz dd. 16. März 1620. D Wahl traf an die Stelle des ausgetretenen Propstes von St. Florian an den Herrn Geymann den Abt von Wilhering und den Herrn Simon Engl

Verluste der böhmischen Herrschaft damit trösten, dass dieses Reich zweimal im Besitze der Habsburger gewesen und verloren gegangen sei, und wenn das letztere nun zum drittenmale geschehe, so sei die Hoffnung nicht ausgeschlossen, dass es künftighin wieder auf friedliche Weise erworben werden könnte.*)

Als die niederösterreichische Deputation, die ihre Reise nach Wien am 20. Februar antrat, auf ihrem Wege Krems ¹⁶²⁰ berührte, begrüßte sie daselbst den kaiserlichen General, den Grafen Buquoy. Derselbe bemerkte gegen Kufstein, er habe mit Vergnügen gehört, dass er der spanischen Sprache mächtig sei, und zog ihn dann zu einer Fensternische, um sich abseits mit ihm zu unterhalten. Das Gespräch drehte sich hauptsächlich um die zwischen den Oesterreichern und Böhmen im August 1619 abgeschlossene „Conföderation“. Der General erklärte, der Kaiser sei bereit, alle Privilegien der österreichischen Stände und alle ihre Glaubensfreiheiten zu bestätigen, aber zur Gutheißung der Conföderation werde er sich nie bewegen lassen. Kufstein vertheidigte die österreichischen Stände und wollte sogar den Beweis führen, dass die Bestätigung der Conföderation für den Kaiser mit keinem Schaden verknüpft sein würde.**)

Wie berechtigt auch sonst die Beschwerden der österreichischen Stände sein mochten, in der Forderung, dass der Kaiser ihr Bündniss mit Böhmen anerkennen sollte, zeigten sie offenbar, dass sie für politische Verhältnisse kein Verständniss besaßen. Ihr Bündniss mit Böhmen, das zunächst zum Schutze der beiderseitigen Verfassung abgeschlossen war, konnte nur dann einen Sinn haben, wenn beide Länder unter demselben Regenten standen; dann konnte man vielleicht dem Kaiser zumuthen, in den sauren Apfel zu beissen und eine Einrichtung zu sanctioniren, die die Wiederkehr von Aufständen in Aussicht stellte. Nie und nimmer konnte aber Ferdinand einwilligen, dass seine Unterthanen mit einem fremden Volke ein Bündniss abschlossen, das sich auf die innern Angelegenheiten seines Reiches bezog. Es zeigte sich eben, dass die ständischen Cor-

*) Sächs. StA. Instruction für die oberösterreichischen Gesandten.

***) Kufsteins Diarium im wiener StA.

porationen des 17. Jahrhunderts in dem Kampfe gegen die drohende Allgewalt der Fürsten keineswegs solchen Anschauungen sich zuneigten, die das Staatswesen auf eine bessere Grundlage stellen konnten, und dass der Uebergang vom mittelalterlichen zum modernen Staatswesen nur durch den Absolutismus zu finden war.

Als die Deputirten am folgenden Tage ihre Reise nach Wien fortsetzen wollten und schon das Schiff bestiegen hatten, erschien der bekannte Herr von Thonradl, der auch in Krens weilte, und ersuchte den Herrn von Kufstein, sich noch einmal zu dem Grafen Buquoy zu bemühen. Der kaiserliche General, der den Wunsch nach dieser Unterredung ausgedrückt hatte, empfing den Herrn von Kufstein in Gegenwart des Obersten Maximilian von Liechtenstein und suchte ihn abmals von der Vertretung der Conföderation abwendig zu machen. Während des Gespräches, an dem auch Liechtenstein theilnahm, und das diesmal italienisch geführt wurde, bemerkte Kufstein, dass der böhmische Aufstand sich friedlich beilegen liesse, wenn der Kaiser dem deutschen Reiche die Vermittlung übertragen würde. Buquoy und Liechtenstein lachten über diese naive Versicherung und der erstere stellte die Frage, ob Kufstein, wenn ihm Jemand seinen Mantel genommen hätte, den Richter anrufen würde, damit dieser entscheide, wem der Mantel zufallen solle. Der Gefragte erklärte, dass er das jedenfalls thun würde, wenn dadurch Blutvergiessen verhütet werden könnte, und er glaube deshalb, dass der Kaiser aus demselben Grunde zu einem gleichen Vorgehen verpflichtet sei. Das Gespräch wurde darauf abgebrochen und die Reise nach Wien angetreten.*)

1620 Am 22. Februar langten die Deputirten in Wien an. Zwei Tage nach ihrer Ankunft richteten sie ein Gesuch an die kaiserliche Kammer, in dem sie um Schonung ihrer Güter vor den Raubanfällen der kaiserlichen Truppen und wahrscheinlich auch um die Ausdehnung des eben mit Ungarn abgeschlossenen Waffenstillstandes auf den ganzen Kriegsschauplatz ersuchten. Eine Woche ging darauf ohne weitere Thä-

*) Wiener StA. Kufsteins Diarium.

tigkeit vorüber, die Deputirten suchten nicht einmal um eine Audienz bei dem Kaiser an, sondern brachten die Tage in gesellschaftlichen Unterhaltungen zu und machten auch einen Maskenball mit, der trotz des allgemeinen Elends im Hause des Herrn von Harrach allerdings auf Kosten der spanischen Gesandtschaft abgehalten wurde. *) Als jedoch am 3. März 1620 aus Horn bedrohliche Nachrichten über das Vorrücken Buquoys anlangten, hatte das Säumen ein Ende und die Deputirten baten um eine Audienz, die ihnen Tags darauf gewährt wurde. In derselben entschuldigten sie sich zuerst, dass sie in vergeblicher Erwartung der Oberösterreicher so lange um keine Audienz nachgesucht hätten, und führten dann bittere Klage über die durch den Krieg verursachten Leiden, wobei sie der Thatsache erwähnten, dass 200 Personen, die sich vor dem räuberischen Kriegsvolk auf eine Insel geflüchtet hatten, daselbst erfroren seien. Ueber die Huldigung und die Confederation oder sonst eine politische Frage liessen sie sich mit keinem Worte aus. Der Kaiser, dem dieses Schweigen auffallen mochte, entliess sie mit der Versicherung, dass er ihnen demnächst Antwort ertheilen werde. — In der That musste die Haltung der Gesandten befremden, man konnte sich dieselbe in Wien nicht anders erklären, als dass sie mehr zur Anstellung von Beobachtungen als zur Anknüpfung von Unterhandlungen nach dieser Stadt gekommen seien. Als nun gar Herr von Kufstein am 6. März von Wien nach Horn reiste, misstraute man ihm und Buquoy schlug ihm die Erneuerung einer Sicherheitsescorte ab. Der kaiserliche General erklärte die Verhandlungen für Spiegelfechtereien, die ihn nicht abhalten würden, jetzt gegen Horn vorzurücken. **)

Was den Herrn von Kufstein zur Abreise nach Horn veranlassen mochte, ist nicht sicher bekannt; wenn wir aber die folgenden Schriftstücke zu Rathe ziehen, so dürfte er deshalb dahin aufgebrochen sein, um die Stände zu benachrichtigen, dass der Kaiser jetzt entschieden die Leistung der Huldigung verlange und den 8. April hiezu bestimmt habe. Nebenbei mag

*) Wiener StA. Ferdinand an Buquoy dd. 28. Feber 1620.

**) Kufsteins Diarium und die sonstigen Begleitschreiben im wiener StA.

sich Kufstein auch bemüht haben. die Stände zu einer nachgiebigern Haltung gegen den Kaiser und zur Herabminderung ihrer für die Huldigung gestellten Bedingungen zu vermögen weil nur so der Kaiser zur Ausdehnung des Waffenstillstands auf Oesterreich gewonnen werden könnte. Hiebei mag er ihre Feindseligkeit gegen den Kaiser, wie sie sich in dem Aufschluss ihrer Truppen an die böhmische Armee kundgab, getadelt haben. Ob er nun dadurch bei den Hornern Misstrauen hervorrief oder ob dasselbe schon aus andern Gründen entstanden war, jedenfalls machte es sich geltend, als Kufstein den General der niederösterreichischen Truppen um eine private Unterredung ersuchte. Die Stände verboten dieselbe; habe Kufstein dem Herrn von Hofkirchen Mittheilungen zu machen, so könne er dies in ihrer Aller Gegenwart thun. Ihr Misstrauen wurde jedenfalls noch gesteigert, als Kufstein in einer Besprechung mit Andreas Thonradl demselben unverholen seine Bedenken gegen die Richtung mittheilte, welche die Stände eingeschlagen hatten.

Es fanden jetzt Berathungen in Horn statt, welche Art von Instruction dem Herrn von Kufstein bezüglich der Huldigungsfrage und bezüglich des Waffenstillstandes zu geben sei; man fühlte, dass man endgiltig die Bedingungen festsetzen und deshalb über ein Aktenstück von grosser Tragweite schlüssig werden müsse. Wenn man weiss, dass Tschernembl gerade in diesen Tagen in Horn weilte, so wird man sich nicht wundern, dass die niederösterreichische Instruction so ziemlich der von uns oben geschilderten oberösterreichischen entsprach. In einem für den Kaiser bestimmten Schreiben *) erklärten die hornener Stände, dass sie die Huldigung nur dann leisten würden, wenn ihre sämtlichen Privilegien bestätigt und allen dawider thatsächlich vorgekommenen Verletzungen abgeholfen würde. Auch sie wollten sich ebensowenig wie die Oberösterreicher mit einer bloss allgemeinen Bestätigung begnügen, sie sollte sich auf alle einzelnen Resolutionen Maximilians II und Mathias', die diese in den religiösen Angelegenheiten gaben und deren die Stände im ganzen acht aufzählten,

*) Sächs. StA. Die niederösterr. Stände an Ferdinand II. Ohne Datum.

beziehen, und wie es mit den religiösen Freiheiten gehalten werden sollte, so sollte es auch mit den politischen der Fall sein. Alle Privilegien, Versprechungen und Entscheidungen, die sich auf die Verwaltung und das Justizwesen, auf die Besetzung des Landmarschallgerichtes und die Lehensertheilungen, auf die Besetzung der Landes- und anderer Aemter, auf die Richter- und Rathswahlen bei den niederen Ständen, auf die Mauteinhebung, den Salz- und Getreidehandel, die Wein- und Mehleinfuhr bezogen, sollten bestätigt und durch neue Bewilligungen erweitert werden. So sollte z. B. das Land mit Musterplätzen, Truppendurchzügen und Abdankplätzen verschont werden — und da bekanntlich andere Länder die nämlichen Bitten stellten, so hätten wahrscheinlich die kriegerischen Operationen in den Mond verlegt werden müssen — und eben so sollte ohne der Stände Rath kein Krieg begonnen werden. Zu allem diesem fügten sie die Bitte bei, dass der Kaiser ihre „Conföderation“ mit Böhmen bestätige. Wenn man auch mit dem Inhalt dieser Forderungen einverstanden wäre, so kann man doch nicht umhin einzusehen, dass die Befriedigung derselben eine langwierige Arbeit vorausgesetzt hätte. Es hätte einer langen Untersuchung bedurft, um klar zu stellen, was die Stände eigentlich als ihr Privilegium in Anspruch nahmen, wie weit sie ihre Ansprüche mit dem Herkommen oder mit den mündlichen Zusagen ihrer Landesherren begründeten, und eine nicht minder langwierige Arbeit wäre es gewesen, alle diese und andere Forderungen in eine passende schriftliche Form zu bringen. Denn wenn dem Wunsche der Stände entsprochen werden sollte, so hätte ihnen, wie wir dies schon bei Gelegenheit der oberösterreichischen Instruction bemerken, ein passender Verfassungsentwurf vorgelegt werden müssen und dieser konnte jedenfalls nicht binnen einigen Tagen fertig gebracht werden.

Unter den Tagebüchern, in denen Kufstein mit grosser Genauigkeit über seine verschiedenen gesandtschaftlichen Missionen berichtet, findet sich ein undatirtes Schriftstück, aus dem wir erfahren, dass von einem der ständischen Häupter der Vorschlag gemacht wurde, die an den Kaiser zu stellenden Forderungen um einige neue zu vermehren. Er verlangte, dass den österreichischen Ständen die „Correspondenz“ mit der Union, mit fremden Fürsten und anderen Ländern freigelassen

werde, d. h. mit anderen Worten, dass den österreichischen Ständen das, was die deutschen Reichsstände im westfälischen Frieden erlangten, nämlich das Recht zu Bündnissen mit auswärtigen Fürsten, zugestanden werde. Weiter verlangte er vom Kaiser den Ersatz der erlittenen Kriegsschäden. Bezüglich der Verwaltung wünschte er schliesslich, dass die Doktrinen von den Regierungskollegien ausgeschlossen und so die Theilnahme an der Regierung als ein dem Adel zustehendes Recht angesehen und gewahrt werde, doch war er in diesem letzten Punkte zu einer Concession bereit.*) Diese überspannten Ansichten und Forderungen erfreuten sich vorläufig nicht der allgemeinen Zustimmung und man begnügte sich mit den oben skizzirten.

Am 13. März überreichte Herr von Friedesheim, der während der Abwesenheit Trauns in Horn das Präsidium führte, dem Herrn von Kufstein das für den Kaiser bestimmte Schreiben.**) Kufstein nahm dasselbe entgegen und reiste nach Wien ab, wo er nach einer Berathung mit Traun und den übrigen Protestanten beschloss, dasselbe vorläufig nicht zu übergeben, sondern den Kaiser bloss um die Ausdehnung des Waffenstillstandes auf Oesterreich zu ersuchen. Kufstein und seine Freunde fanden es deshalb nicht angezeigt, die Verhandlungen über die Huldigung schon jetzt zu beginnen, weil die oberösterreichische Deputation noch immer nicht in Wien eingetroffen war und diese Angelegenheit jedenfalls ein gemeinsames Auftreten erforderte. So kam es also, dass, als Kufstein und Traun beim Kaiser um eine Audienz ersuchten und diese ihnen 20März 1620 ertheilt wurde, der letztere nur um Bewilligung des Waffenstillstandes und Ausdehnung desselben auf den ganzen Kriegsschauplatz ersuchte. Der Kaiser liess sich mit den beiden Herren in kein eingehendes Gespräch ein, sondern deutete nur an, dass er ihnen die Antwort bald zukommen lassen werde und in der That wurde ihnen diese einige Tage später zuge-

*) Wiener StA. Vorschlag eines Mitgliedes der hornor Stände.

***) Kufsteins Diarium zum 13. März und 3. April 1620 im wiener StA. — Ebend. Bericht Kufsteins über seine Verhandlungen in Horn dd. 19. März 1620.

stellt. Ferdinand lehnte in derselben den allgemeinen Waffenstillstand ab und forderte die Protestanten zur Leistung der Huldigung auf, die er für den 8. April anberaumt habe. Da Erzherzog Albrecht sich schon am 8. Okt. 1619 mit dem Kaiser geeint und ihm Oesterreich abgetreten hatte, so verlangte der letztere jetzt die Huldigung für sich selbst.*)

In gleich entschiedener Weise erklärte sich Ferdinand auch gegen die Oberösterreicher, deren Deputation endlich in diesen Tagen in Wien eingetroffen war. Sie bestand aus dem Prälaten von Wilhering und aus den Herren Erasmus von Starhemberg, Simon Engel und Christoph Puchner, von denen die drei letzteren gewiss den Weg über Horn angetreten hatten und daselbst von dem Misstrauen Nachricht erhielten, das sich der dortigen Stände gegen Herrn von Kufstein bemächtigt hatte. Als sie nach Wien kamen, wollten sie vielleicht deshalb nichts von einem^{24März} gemeinschaftlichen Vorgehen mit der niederösterreichischen¹⁶²⁰ Deputation wissen; Kufstein wusste jedoch ihre üble Laune durch sein freundliches Zureden zu verscheuchen und so einigte man sich zuletzt zu einem gemeinsamen Auftreten. Der Beschluss hatte übrigens kein Resultat zur Folge, da Ferdinand die Verhandlung mit der oberösterreichischen Deputation ablehnte, weil sie sich mit ungenügender Vollmacht entschuldigte, als sie erfuhr, dass Ferdinand für sich und nicht für Albrecht die Huldigung verlange und sonach die Verzichtleistung des letzteren ohne Intervention der Stände als geregelt betrachte.**) Die Oberösterreicher mussten in Folge eines ihnen zugestellten Dekretes Wien verlassen und kehrten erst nach geraumer Zeit wieder zurück. Dass sie auch später ihren Gesandten keine für Ferdinand günstigere Instructionen gaben, zeigt sich schon daraus, dass sie jenen Personen, die sie an den gleichzeitig in Prag versammelten Generallandtag abordneten, den Auftrag gaben, dafür zu wirken, dass alle Verhandlungen mit dem Kaiser bezüglich eines Waffenstillstandes abgebrochen werden und man nur mit einem definitiven Frieden sich begnügen

*) Kufsteins Diarium. Kufstein berichtet, dass ihnen das Dekret des Kaisers am 27. März zugekommen sei, Khevenhiller IX, 1036 gibt an, dass dasselbe vom 24. März 1620 datirt gewesen sei.

***) Kaiserliche Zuschrift an die Oberösterreicher, Khevenhiller IX, 898.

solle, dessen Grundlagen selbstverständlich in der Anerkennung der neugeschaffenen Verhältnisse in Böhmen und Ungarn, der Entwaffnung des Kaisers und der Katholiken und in der Aufrechthaltung der protestantischen Rüstungen bestehen sollten.*) Die Oberösterreicher offenbarten sich so als scharfe Denker, die die letzten Consequenzen ihres bisherigen Auftretens nicht hinter wortreiche Phrasen bargen; nur darin zeigt sie sich übel berathen, dass sie den Sturz der kaiserlichen Herrschaft durch ständische Conspirationen und nicht durch ein kräftiges und opferwilliges Eingreifen erwarteten.

Die in Wien tagenden niederösterreichischen Protestanten mussten nun schlüssig werden, was sie gegenüber dem kaiserlichen Befehle, der den 8. April zur Huldigung festsetzte, thun ob sie ihr Loos an das der horner Versammlung knüpfen oder selbständig auftreten wollten. Ihre Zahl war nicht gering und dürfte die ihrer horner Standesgenossen übertroffen haben, denn aus dem Herrenstande waren in Wien 36 Personen, aus dem Ritterstande 42 anwesend. Vorläufig bemühten sich die horner Deputirten, einen Bruch hintanzuhalten; selbst der hochgesinnte Herr von Kufstein munterte sie zum wechselseitigen Anschlusse und weiterem Widerstande auf. Er war durch ein entschiedenes Auftreten des Kaiser gereizt und seine ständische und protestantischen Gefühle machten sich in einer Unterredung Luft, die er und Eramus von Starhemberg in diesen Tagen mit dem Fürsten von Liechtenstein und dem Herrn von Breun hatten. Er erklärte, dass man sich bei Hofe einer Täuschung hingabe, wenn man vor Beendigung der einzuleitenden Verhandlungen erwarte, dass sich die Stände zur Huldigung finden würden. Gleichzeitig betonte er auch die Nothwendigkeit des Waffenstillstandes, und als ihn Herr von Breuner fragte, wo der Kaiser mittlerweile seine Armee postiren solle, war um die Antwort nicht verlegen und wollte die kaiserlichen Truppen an die steirischen Grenzen zurückgeschoben wissen. Im Falle der Kaiser in der Waffenstillstandsfrage nachgiebig sein und sich von jeder Bedrückung der Protestanten fern

*) Sächs. StA. Legati Austriae superioris ad legatos principis Transylvanici et statuum regni Hungariae, dd. 23. April 1620. — Ebend. Literae status Austriae superioris ad comitia regni Bohemiae dd. 28. April 1620.

halten würde, verprach er ihm davon die glänzendsten Vortheile, ja sogar den Wiedergewinn Böhmens, da die dortigen Stände ihren Streit der Entscheidung eines aufzustellenden Gerichtshofes unterstellen würden.*)

Da diese gutgemeinten, aber jedenfalls eiteln Vorspiegelungen den Aufschub der für den 8. April anberaumten Huldigung nicht zur Folge hatten, so einigten sich Traun und Kufstein dahin, dass letzterer um eine Audienz beim Kaiser ansuchen, diesem ein Memoire überreichen und in demselben um Anknüpfung der Verhandlungen wenigstens in der Huldigungsfrage ersuchen sollte. Die angesuchte Audienz wurde bewilligt,^{31 März 1620} Kufstein überreichte das Memoire und bat gleichzeitig um die Schonung eines seiner Familie angehörigen Gutes. Ferdinand erwiderte, dass er die Verhandlungen mit den Ständen nicht abbrechen wolle, und wenn in dem Dekrete, das dieselben zur Huldigung berufe, davon keine Rede sei, so sei dies nur durch Unachtsamkeit geschehen, übrigens wolle er das ihm überreichte Memoire durchlesen. Er drückte dem Herrn von Kufstein sein Bedauern über die Verluste aus, die er auf dem betreffenden Gute erlitten habe, denn er halte ihn und seine Brüder für treue Unterthanen, aber er gab ihm zu bedenken — gewissermassen als Rechtfertigungsgrund für den ihm zugefügten Schaden — ob es ihm selbst nicht „wehe thun solle, dass sie sich so weit mit den Böhmen eingelassen. Er hätte eher den Einsturz eines Berges als etwas derartiges für möglich gehalten.“ — Indem er darauf die Hoffnung aussprach, dass Kufstein und seine Brüder in Treue und Gehorsam verharren würden, wollte er den Namen des Gutes wissen und versicherte, als ihm derselbe (Puchberg) genannt wurde, er werde Befehl geben, dass es geschont werde. Die Audienz endete damit, dass Kufstein dem Kaiser für diese Gnade dankte und ihn seiner unverbrüchlichen Treue versicherte. Für seine Person mag er von dieser Gesinnung beseelt gewesen sein, jedenfalls aber drückte er in diesem Augenblicke nicht die Gesinnungen seiner Mandanten aus.**)

*) Kufsteins Tagebuch im wiener StA.

***) Kufsteins Tagebuch.

Die Versicherung, die Ferdinand dem Herrn von Kufstein gegeben hatte, dass er die Verhandlungen mit den horner Ständen nicht abbrechen wolle, wurden insoweit erfüllt, als er ihm und dem Herrn von Traun am 3. April eine Audienz bewilligte, in der die beiden Herren dem Kaiser endlich jene Schrift überreichten, in der, wie wir auseinander gesetzt haben, die horner Stände sich über die Bedingungen ausliessen, unter denen sie zur Huldigung bereit seien. *) Ferdinand liess sich in keine Erörterung ein, sondern hörte geduldig den Herrn von Traun an und nahm dann die erwähnte Schrift mit dem Versprechen entgegen, dass er sie näher studieren werde. Als die Audienz zu Ende war und beide Herren sich entfernen wollten, wurden sie aufgefordert, sich in ein anderes Gemach zu verfügen, wo der Geheimrath Graf von Meggau und Dr. Werda ihrer harrten und ihnen im Auftrage des Kaisers die Gründe auseinander setzten, um derentwillen er in den allgemeinen Waffenstillstand nicht einwilligen könne. Von einem Waffenstillstande mit Böhmen könne keine Rede sein, weil der Kaiser in seinen Ansprüchen auf die Herrschaft über diese Krone dadurch ein Präjudiz gegen sich schaffen würde. Ein anderes Bewandniss habe es dagegen mit Oesterreich; da bedürfe es keines Waffenstillstandes, wenn sich die Stände, wie es der Kaiser wünsche, ihm „accommodiren“ würden.

II

Mittlerweile war der 8. April herangekommen, an dem die Huldigung geleistet werden sollte. Von Seite der Regierung liess man diesen Tag ungenützt vorübergehen, aber am folgenden Tage begannen Verhandlungen zwischen den katholischen und den in Wien versammelten evangelischen Ständen, die sich auf die unmittelbare Vornahme der Huldigung bezogen. Kufstein suchte die kaiserlich gesinnten Protestanten von jedem Schritt zurückzuhalten, der zwischen ihnen und ihren Glaubensgenossen, die mittlerweile von Horn nach Ratz

*) Kufsteins Diarium im wien. StA.

bergesiedelt waren, einen Bruch herbeiführen würde, und weigerte sich deshalb, nach der Burg zu gehen, wohin sämmtliche in Wien anwesende Stände zur Anhörung einiger Mittheilungen eingeladen waren. Doch wurden er und die übrigen holländischen Deputirten zuletzt anderen Sinnes, nachdem sie sich das Versprechen hatten geben lassen, dass Herr Paul Jakob von Starhemberg nach angehörter Mittheilung dem Kaiser erklären würde: man wolle in der Angelegenheit der Huldigung nicht weiter schreiten, bevor nicht eine bestimmte Erklärung von Seite der niederländischen Stände vorliege. *)

Als sich nun die Stände im Audienzsaal eingefunden ^{11. Apr.} hatten und auch der Kaiser erschienen war, wurden die ¹⁶²⁰ ersten zur Huldigung mit der Bemerkung aufgefordert, dass Erzherzog Albrecht auf Oesterreich verzichtet habe, und ihnen gleichzeitig die Verzichtleistungsurkunde nebst drei andern Dokumenten überreicht. **) Jetzt ergriff Paul Jakob von Starhemberg seinem Versprechen gemäss das Wort und verlangte den Aufschub der weitem Handlung, da die evangelischen Stände die geschehene Mittheilung in reife Berathung ziehen wollten. Der Kaiser wurde über diese Forderung stutzig, rief den Herrn von Eggenberg zu sich, besprach sich leise mit ihm und zog auch die Herren von Harrach und Meggau in diese Besprechung, die zuletzt damit endete, dass sich der Kaiser erhob und in seine Gemächer zurückzog und die Sitzung damit zu Ende war. Die Stände begaben sich jetzt ins Landhaus und hier wurden die empfangenen Urkunden vorgelesen; es waren vier an der Zahl: die erste forderte die Stände zur Huldigung auf, die zweite enthielt die Verzichtleistung des Erzherzogs Albrecht auf Oesterreich, die dritte war ein Schreiben des genannten Erzherzogs, worin er den Ständen von seinem Entschlusse Kunde gab, die vierte ein kaiserliches Dekret, welches die Stände beider Confessionen mahnte, die wechselseitigen Differenzen durch einen friedlichen Ausgleich beizulegen. Nach geschehener Vorlesung er-

*) Kufsteins Tagebuch.

**) Khevenhiller, IX, 1034 gibt fälschlich den 15. statt des 11. April als den Tag an, an dem diese Verhandlung stattgefunden habe. — Kufsteins Diarium. — Sächs. StA. Aus Wien dd. 15. April 1620.

klärte Paul Jakob von Starhemberg, dass die Berathung wegen Beilegung der Differenzen nicht in Gemeinschaft mit den Katholiken gehalten werden könne, und da seine Ansicht von seinen Glaubensgenossen getheilt wurde, löste sich die Versammlung auf und die Protestanten verfügten sich in die sogenannte Ritterstube des Landhauses.

Nun machte sich aber eine andere Schwierigkeit geltend: sollten die Herren von Kufstein, Traun u. s. w. an der Versammlung als Landstände oder als Deputirte der retzer Stände theilnehmen? Nach langem Hin- und Herreden wurde über Antrag Starhembergs der Beschluss gefasst, Kufstein und seine Kollegen als Deputirte von Retz anzuerkennen und gleichzeitig an die Retzer ein Schreiben zu richten, in dem sie zur Reise nach Wien gemahnt werden sollten. *) Um diesem Schreiben mehr Nachdruck zu geben, wurde die Absendung einer Deputation nach Retz beschlossen und zu Mitgliedern derselben die Herren Georg Achaz Enenkl und Fernberg gewählt, nachdem Herr Quintin Althan die auf ihn gefallene Wahl abgelehnt hatte. Enenkl konnte sich der Reise nicht unterziehen, da er krank wurde, **) und so wurde an seine Stelle Hans Joachim von Trauttmansdorff erwählt, und als auch dieser sich mit Krankheit entschuldigte, nahm man keine Neuwahl mehr vor, sondern betraute den Herrn Fernberg allein mit der Gesandtschaft. Der Kaiser unterstützte diese Verhandlungen insoferne, als er freies Geleite für alle Mitglieder der retzer Versammlung anbot, im Falle sie nach Wien kommen und ihre bisherige Widerspänstigkeit rechtfertigen würden. Ferdinand wollte also nicht mehr das bisherige Verhalten der niederösterreichischen Protestanten der Vergessenheit anheimgeben, sondern er verlangte bereits eine Rechtfertigung, doch darf man die Vermuthung aussprechen, dass er sich mit einer Entschuldigung begnügt hätte. Als Termin, bis zu welchem er die Retzer in Gnaden aufnehmen wollte, setzte er den dritten Osterfeiertag, also den 21. April fest. ***)

*) Kufsteins Tagebuch.

**) Kufsteins Diarium. Euenkl starb nach Kufsteins Angabe am 1. Mai 1630.

***) Kufsteins Diarium.

Es verging eine geraume Zeit, ehe die Retzer von den Vorgängen in Wien verständigt wurden, da Herr Fernberger erst am 21. April nach Retz reiste, also an dem Tage, welchen der Kaiser als Termin gesetzt hatte, bis zu welchem er sich mit den Retzern in Verhandlungen einlassen wollte. Die Schuld dieser Verzögerung lag ebenso an den in Wien tagenden Protestanten, die mit unendlicher Weitschweifigkeit die Verhandlungen betrieben, und stets mit neuen Anliegen den Kaiser behelligten und deshalb die Abreise Fernbergers hinausshoben, wie an dem Kaiser, der in der Osterwoche weniger zugänglich war als sonst. Er gab sich jetzt mit dem grössten Eifer religiösen Uebungen hin. Am Charfreitag in der Nacht konnte man sehen, wie er sich an einer Flagellantenprozession betheiligte und am folgenden Tag besuchte er schon seit 5 Uhr früh die Gräber in den Kirchen zu Fuss. Er scheint selbst stillschweigend den Retzern eine Verlängerung der zugestandenen Frist eingeräumt zu haben, denn er liess mehr als eine Woche über die Frist verstreichen, ohne weitere Massregeln zu treffen.

Die in Wien anwesenden retzer Deputirten benützten die Tage, während welcher sie eine Antwort aus Retz erwarteten, und arbeiteten im Verein mit ihren wiener Glaubensgenossen eine für den Kaiser bestimmte Denkschrift aus,*) worin sie sich über die Mittel und Wege ausliessen, wie ein allgemeiner Friede zu erlangen wäre. Als sich mit dieser Denkschrift einige Deputirten unter der Führung des Herrn von Traun in der Burg einfanden, wurde der letztere zuerst von dem Herrn von Eggenberg begrüsst und im Vertrauen gefragt, ob die Schrift irgend etwas für den Kaiser Beleidigendes enthalte. Wäre dies der Fall, so würde der Kaiser scharf antworten, und es wäre dann besser, wenn die Audienz unterbliebe. Da Herr von Traun den Obersthofmeister vom Gegentheile versicherte, so wurden die Gesandten zur Audienz zugelassen, bei der Ferdinand es an freundlichen Versicherungen nicht

*) Wir haben von diesem Entwurfe nur aus den Mittheilungen Kufsteins (dessen Diarium im wiener StA.) Kenntniss, ohne den Text zu kennen. Wir vermuthen aber, dass dieser Entwurf identisch ist mit dem bei Khevenhiller IX. 1038 u. flg. abgedruckten Aktenstücke.

fehlen liess, ohne sich aber mit den Deputirten in eine nähere Erörterung einzulassen.

Was nun die überreichte Schrift betrifft, so wurde in derselben zuerst das Bedauern ausgesprochen, dass im Jahre 1615 jene allgemeine Conföderation von Gesammtösterreich nicht zu Stande gekommen sei, weil der gegenwärtige Krieg durch sie verhütet worden wäre, und ebenso wurde die Nichtbefolgung der von den österreichischen Ständen seit Ausbruch des Aufstandes ertheilten Rathschläge getadelt, weil sonst dem begonnenen Kriege gewiss Einhalt gethan worden wäre. Im weiteren Verlaufe wurde die Frage aufgestellt, ob man den Frieden mit der Schärfe des Schwertes oder auf gütlichem Wege zu erreichen suchen solle. Der letztere Weg wurde empfohlen: dem Kaiser wurde der Beginn von Friedensverhandlungen auf das ernstlichste angerathen und die Zulassung eines allgemeinen Waffenstillstandes als die unerlässliche Vorbedingung hingestellt. Die Denkschrift verlangte weiter, dass Ferdinand sich zur Bestätigung sämtlicher Privilegien, zur Erläuterung der strittigen Stellen und zur Beseitigung aller bei ihm angebrachten Beschwerden entschliesse. Würde er allen diesen Wünschen nachkommen, so wurde ihm die Hoffnung gemacht, dass sich die Fürsten des Reiches zu Vermittlern in seinem Streite mit Böhmen hergeben würden. Ob das Ziel dieser Vermittlung in der Wiedererrichtung der habsburgischen Herrschaft in Böhmen bestehen solle oder nicht, darüber schwieg der Entwurf. Und doch war dies die brennendste Frage: der Kaiser musste wissen, ob er für die ihm zugemethete Nachgiebigkeit mit Bestimmtheit auf die Wiedererlangung der böhmischen Herrschaft werde rechnen können; mit leeren Worten, die nicht einmal halben Versprechungen gleichkamen, konnte er sich nicht hinhalten lassen und so war das Schicksal der angerathenen Vermittlung von vornherein besiegelt. Denn schon nach wenigen Tagen ertheilte der Kaiser auf die ihm überreichte Schrift eine ablehnende Antwort*) und

*) Kufsteins Diarium im wiener StA. Er spricht nur von dem Dekrete, ohne dasselbe näher zu charakterisiren. Wir sind überzeugt, dass dieses Dekret identisch mit dem ist, welches Khoventhiller IX, S. 1052 bringt.

mahnnte zur unverweilten Huldigung, weil dieses Beispiel einen guten Eindruck machen und den Frieden beschleunigen würde. In einem zweiten Dekrete, das wahrscheinlich zu gleicher Zeit den niederösterreichischen Protestanten zugestellt wurde, wurden sie zur Aufhebung des mit Böhmen abgeschlossenen Bündnisses ermahnt.*) Es kam nun darauf an, was die Retzer auf die ihnen von Fernberger überbrachte Aufforderung erwiedern würden.

Am 8. Mai langte Herr Fernberger aus Retz mit der Nachricht an, dass die Mehrzahl der dortigen Stände wohl „intentionirt“ sei, wenn die begehrte Bestätigung und „Asseration“ ihrer Privilegien ihnen zu Theil würde. Wenn wir diese geschraubte Sprache richtig verstehen, so wurde damit angedeutet, dass die retzer Stände auch jetzt zur Huldigung nur dann bereit waren, wenn ihre Wünsche befriedigt wurden, also wenn ein zu vereinbarendes Verfassungsentwurf ihre Zustimmung erlangte und wenn sie für die Aufrechthaltung dieser neuen Verfassung eine bestimmte Garantie erhielten, als welche sie die Zulassung des Waffenstillstandes, der „Conföderation“ und ähnlicher von dem Kaiser so oft und zum Theile mit gutem Grunde zurückgewiesener Bedingungen ansahen. Es darf uns um so weniger Wunder nehmen, dass die Retzer standhaft an der Conföderation festhielten, da ja auch der kais. Kurfürst von ihr unter keiner Bedingung ablassen wollte und nach dem Anlangen der Antwort aus Retz dem Kaiser ein Memoire überreichte, worin er ihn wahrscheinlich von den retzer Forderungen in Kenntniss setzte und dabei insbesondere die Conföderation billigte. Das Memoire übte auf den Kaiser ^{9. Mai} eine um so geringere Wirkung aus, als er seit dem Monat ¹⁶²⁰ Mai mit Sicherheit auf das baldige Eingreifen der ligistischen und spanischen Armee rechnen konnte und die augenblickliche Schwierigkeit nicht so gross war, dass er noch längeres Belagen an den endlosen Verhandlungen gefunden hätte. Er hielt sich also in Schweigen.

Auch aus Linz lief um diese Zeit an die wieder nach

*) Eberhiller IX, S. 1049. Eine Abschrift dieses Dekretes findet sich auch im sächs. StA.

Wien zurückgekehrten oberösterreichischen Gesandten eine Weisung für ihr weiteres Verhalten ein, *) die sich in alten feindlichen Bahnen hielt und dem Gesandten antrug vom Kaiser vollen Schadenersatz für die verwüsteten Gebiete zu verlangen. Im Sinne früherer Beschlüsse wurde von Linz aus kein Gewicht auf die Gewährung eines Waffenstillstandes gelegt, wohl aber der Kaiser zum Abschluss eines definitiven Friedens gemahnt, der unter den Verhältnissen, wie sie eben bestanden, mit dem Ruin seiner Herrschaft verbunden sein musste. Auch auf diese Forderungen scheint der Kaiser keine Antwort gegeben zu haben.

Das Schweigen Ferdinands traf die Niederöreicher am härtesten, da deren Vertreter in Wien die schrecklichsten Nachrichten über die um sich greifende Verwüstung ihrer Schlösser, Städte und Dörfer vernahmen, und die sich deshalb in einer eigenen Zuschrift an den Kaiser über diese Gräueltaten und damit verbundenen unerhörten Leiden beklagten; allein auch diese Schrift theilte das Schicksal des Memoires. Dagegen wurde den in Wien anwesenden Ständen beider Confessionen am 16. Mai ein kaiserliches Dekret zugestellt, in dem sie kategorisch zur Leistung der Huldigung am 1. Juni aufgefordert wurden.**) Neben diesem Dekret erhielten die niederösterreichischen Protestanten noch ein zweites, in welchem ihnen der Kaiser versprach, er werde ihnen drei Tage vor dem zur Huldigung anberaumten Termine (also am 28. Mai) eine Antwort auf ihre von Traun und Kufstein am 3. April überreichten Forderungen zukommen lassen, „über die sie keine Ursache haben würden, sich zu beschweren.“ Man konnte von vornherein nicht im Zweifel sein, dass dieselbe wenig tröstlich lauten werde, da die verschiedenen Erklärungen, die der Kaiser seit dem 3. April abgegeben hatte, die ständischen Forderungen bereits einzeln abgelehnt hatten. Nur um der grossen Feierlichkeit willen mag Ferdinand nochmals

*) Die oberösterr. Stände an ihre Gesandten in Wien dd. 5. Mai 1620. Sächs. StA.

**) Wiener StA. Kufsteins Diarium. — Sächs. StA. Aus Wien dd. 20. Mai 1620.

eingehende Antwort zugesagt haben. *) Drei Tage später ^{19. Mai} 1620
 the der Kaiser auch den Oberösterreichern ein Dekret nach ¹⁶²⁰
 t, worin dieselben zur Leistung der Huldigung am 9. Juni
 efordert wurden. **)

Die Retzer Deputirten hielten jetzt ihre Mission in Wien
 beendet, weil sie sich gestehen mussten, dass die beiden
 rlichen Dekrete jede weitere Verhandlung abschnitten
 Kufstein und Traun eine Abschiedsaudienz beim Kaiser ^{22. Mai}
 en, verharrete der letztere auf seinem Standpunkte, ver-
 aber seine Unnachgiebigkeit durch eine äusserst gnä-
 Haltung gegen die beiden Herren. Da er während des
 ichts erfuhr, dass sie nicht augenblicklich reisen würden,
 er die Hoffnung aus, sie nochmals zu sehen, und in
 hat lud er noch am selben Tage den Herrn von Kuf-
 zu einer vertrauten Besprechung für den folgenden Tag
 *)

Wir haben schon bemerkt, dass der unmittelbare Ein-
 den Ferdinand bei seinem persönlichen Auftreten machte,
 winnender war, da sich in seiner Haltung und Rede-
 die Treuherzigkeit und Gutmüthigkeit des süddeutschen
 es unverkennbar geltend machte. In der Audienz, die
 dem Herrn von Kufstein ertheilte, übertraf er sich in
 inst an ihm gerühmten Freundlichkeit, vielleicht aus Be-
 ng, aber wohl auch, weil er sich von der Erinnerung
 bewährte Treue und Dienstfertigkeit dieses Geschlechtes
 ussen liess; jedenfalls erreichte er seinen Zweck, wenn
 Herrn von Kufstein für die Wahrung seiner Interessen
 en wollte. Die Audienz begann von Seite des Kaisers
 m Ersuchen, Kufstein möge seinen Einfluss in Retz
 verwenden, um die Stände zur Huldigung zu bewegen,
 de ihm diesen Dienst mit kaiserlicher Gnade lohnen.
 gnädige Ansprache veranlasste den Angesprochenen zu
 gebensten Versicherungen seiner unverrückten Treue.
 t erbötig dem Kaiser zu Diensten zu sein; aber wie

steins Diarium im Wiener StA.

hs. StA. Antwort der Oberöreicher an den Kaiser dd. 5. Juni 1620.

steins Diarium.

sollte er die gewünschte Wirksamkeit ausüben, wenn er den Ständen in Retz nicht die Versicherung überbringen konnte, dass auch nur eine einzige ihrer Forderungen gewährt sei. Er theilte also dem Kaiser seine Bedenken mit und bat ihn, er möge ihm in seiner Weisheit die Wege weisen, durch die er in Retz zum Ziele gelangen könnte.

Die Frage enthielt mehr, als Ferdinand beantworten konnte. Zu einer eingehenden Antwort hätte es mindestens einer genauen Kenntniss der Sachlage, einer tieferen Auffassung der Dinge und einer den Protestanten nicht principiell abgeneigten Gesinnung bedurft, und alle diese Erfordernisse waren bei dem Kaiser nicht zu finden. Seine Antwort beweist die Richtigkeit unserer Auffassung, denn nachdem er fast verblüfft über die ihm gestellte Frage einige Augenblicke nachgedacht hatte, erwiderte er: „Mein lieber Kufsteiner, ich sähe am liebsten wenn Ihr und die andern einfach nach Wien kämet, wo wir der Sache ein gutes Ende machen könnten.“ Es war das eine gemüthliche Weise, wie der Kaiser die grossen Differenzen in seinem Lande beendigen wollte, ohne selbst etwas nachzugeben; aber Kufstein glaubte nicht, dass er ihm damit den gewünschten Weg gewiesen habe, und erklärte also wiederum, dass die Ankunft der Stände in Wien nicht zu hoffen sei, wenn der Kaiser -auf ihre am 3. April überreichten Forderungen nicht eine entsprechende Antwort geben werde. Doch erlaubte er sich, da das gnädige Auftreten des Kaisers auf ihn nicht ohne Einfluss blieb, einen Weg anzudeuten, durch dessen Betretung bei den Retzern eine günstigere Gesinnung erzeugt werden könnte. Er meinte nämlich, dass es gut wäre wenn der Kaiser an eine Anzahl derselben ein Handschreiben richten würde, um sie um ihre guten Dienste zu ersuchen. Der Rathschlag missfiel dem Kaiser nicht, da damit die Schwierigkeiten umgangen werden sollten, und so frag er, an wen er die Schreiben richten solle, um sich keinem Gespötte auszusetzen. Nun war wieder Kufstein in Verlegenheit; bei dem besten Willen konnte er Niemanden nennen, der sich durch ein kaiserliches Schreiben zur Aenderung seiner politischen Haltung bestimmen lassen würde; nur bezüglich seiner beiden Brüder konnte er eine halbe Zusage thun. Als Ferdinand frag

wie der niederösterreichische General Hofkirchen ein Schreiben aufnehmen würde, konnte Kufstein aus eigener Erfahrung keine hoffnungsreichen Versicherungen geben, riet aber doch dem Kaiser nicht, ihn mit Stillschweigen zu übergehen. In der That nahm er vier kaiserliche Schreiben nach Retz mit: an seine beiden Brüder, an Hofkirchen und an den Obersten (nicht den Präsidenten) Traun. Der Kaiser verabschiedete sich von Kufstein mit der Mahnung, dass, wenn sich auch nicht alle gewinnen lassen, er wenigstens mit den Seinigen zur Huldigung kommen solle.*)

Der Kaiser hatte durch seine vertrauliche Unterhaltung so viel erreicht, dass Kufstein ihn seiner besten Dienste versicherte und damit vielleicht mehr versprach, als er, wenn er dem Zauber der kaiserlichen Einwirkung entrückt war, einhalten wollte. Ferdinand war aber für den Augenblick befriedigt und theilte die gehabte Unterredung unter vielen Lobeserhebungen für Kufstein dem Herrn von Eggenberg mit, so dass der letztere noch am selben Tag den ersteren hievon benachrichtigte und ihn abermals der kaiserlichen Gunst versicherte. Gegen Herrn von Eggenberg war Kufstein nicht mehr so weich, er verlangte jetzt wenigstens die Prolongation des Huldigungstermins und die Beigesellung zweier Vertreter der niederösterreichischen evangelischen Stände zu der Gesandtschaft, die der Kaiser zu dem ungarischen Reichstag nach Neusohl senden wollte.**) Da die Briefe, die aus Retz an ihn und seine Kollegen gelangten, den Auftrag enthielten, dass er sich nicht bloss für die Prolongation des Huldigungstermins, sondern auch dafür bemühen sollte, dass der Kaiser endlich seine Antwort auf die Anfrage vom 3. April ertheilte, so ersuchte er den Herrn von Eggenberg in einer zweiten Zusammenkunft um die unmittelbare Ertheilung derselben.

Bezüglich dieser Antwort hatten bei Hofe in den letzten Tagen vielfache Berathungen stattgefunden, und zwar hauptsächlich wegen des religiösen Punktes, weil man dieses Aktenstück für den Schlusspunkt der Verhandlungen mit den pro-

*) Kufsteins Diarium.

**) Kufsteins Diarium.

bestimmten Städten angesetzt wissen wollte und deshalb will erzog zu welcher Gelegenheit man sich in der religiösen Frage bewegen sollte. Alle bisherigen münchener und schlesischen Versicherungen des Kaisers lauteten dahin, dass er die Protestanten die Religionsfreiheit in dem Masse zugestehen werde, wie sie solche unter Matthias besessen hatten. Jetzt ließen aber ein und der andere von seinen Räten und Ministern vor allen der Präsident des Reichshofraths Graf von Hohenzollern dahin vernehmen, dass man sich jeder Zusage enthalten solle. Diese Meinung entsprach zu sehr der Anschauung des Kaisers, als dass er ihr nicht seinen Beifall gezollt hätte, aber die Mehrzahl der Räte bekämpfte dieselbe, sie warnt Ferdinand vor dieser äussersten Aufreizung der Protestanten, weil dadurch aller Trennung unter ihnen ein Ende gemacht und auch das Bündniss mit Sachsen in Frage gestellt werden würde. Ein Bruch mit den österreichischen Protestanten werde jetzt jedenfalls erfolgen, es sei aber weit vortheilhafter für den Kaiser, wenn derselbe deshalb erfolge, weil er die von ihm begehrte Zustimmung zum böhmischen Bündnisse verweigere, als wenn er die Protestanten in ihrem Gewissen bedränge. So sehr diese Bemerkungen ins Gewicht fallen mussten, so wollte sich Ferdinand denselben doch nicht eher anschliessen, als bis er die Meinung einiger wiener Jesuiten, darunter seines eigenen Beichtvaters P. Becanus, eingeholt hatte. Er forderte sie auf, ihr Gutachten ohne jede Rücksicht abzugeben, denn „er wollte lieber seine Länder und Leute, ja sein eigenes Leben verlieren, als im geringsten wider Gott handeln und sein Gewissen beschweren.“ Die Jesuiten bewahrten jedoch auch diesmal ihre von den spanischen Gesandten wiederholt gerühmte Klugheit, sie trugen den Verhältnissen Rechnung und empfahlen dem Kaiser die Gewährung der hergebrachten Religionsfreiheit.*)

Dies war die Vorgeschichte der kaiserlichen Antwort auf die Eingabe der österreichischen Stände vom 3. April, die endlich am 28. Mai vom Kaiser unterzeichnet und noch am selben Tage dem Herrn von Kufstein übergeben wurde. Im Eingange seiner Antwort erklärt der Kaiser, dass er durch die Verzichtleistung

*) Brief des Grafen Johann Georg von Zollern dd. 7. Juni 1620 in münchener R. A.

es Erzherzogs Albrecht rechtmässiger Besitzer des Erzherzogthums geworden sei und die protestantischen Stände zur Leistung der Huldigung am 1. Juni einlade. Indem er darauf in die Erörterung ihrer am 3. April gestellten Forderungen überging, lehnte er die ihm zugemuthete Bestätigung des Bündnisses mit Böhmen „der Conföderation“ mit der Bemerkung ab, dass dieselbe nichts anderes als eine Guttheissung von Meineid, Friedensbruch und Rebellion wäre. Wenn die Stände von der Conföderation ablassen würden, dann wolle der Kaiser vor der Huldigung ihnen den gebräuchlichen Revers bezüglich ihrer Privilegien und bezüglich der freien Religionsübung nach der augsbургischen Confession ausstellen. Was endlich die verschiedenen Beschwerden betraf, deren Abstellung die Stände noch vor der Huldigung verlangten, so wies er sie mit diesem Begehren ab, weil dasselbe gegen das alte Herkommen verstosse; dagegen war er erbötig, Verhandlungen über die von ihnen erholenen Forderungen nach vollzogener Huldigung anzustellen. Im Falle des Ungehorsams wurden sie mit den entsprechenden Strafen bedroht.*)

Wie wenig die retzer Stände auf eine günstige Antwort gefasst waren und wie wenig sie ihnen eigentlich erwünscht gewesen wäre, zeigt sich aus dem Verhalten der Gesandten, die sie zum neusohler Reichstag abschickten. Niemand benahm sich dort so feindlich gegen den Kaiser und Niemand drängte die Regarn so zur Vornahme einer neuen Königswahl als die Gesandten von Ober- und Niederösterreich, deren Instruction eben in diesen Tagen entworfen wurde.**) Da eine solche Gesinnung in Retz und Linz die Herrschaft ausübte, so konnte man von vornherein wissen, welche Aufnahme die kaiserliche Antwort in Retz finden werde, und man konnte auch darüber nicht im Zweifel sein, dass die Aufforderung an die Oberösterreicher zur Huldigung, welche am 19. Mai erfolgt war, von ihnen abschlägig beschieden werden würde. In der That

*) Kaiserliche Antwort auf die ständische Eingabe vom 3. April dd. 28. Mai 1620. Wiener StA.

**) Siehs. StA. Instructio pro legatis superioris Austriae ad diaetam Novosollensem.

beeilten sie sich noch vor den Niederösterreichern dem Kaiser zu erklären, dass sie die Huldigung nicht leisten würden. Gründe für ihren abschlägigen Bescheid suchten und fanden darin, dass der Termin zur Leistung der Huldigung viel kurz angesagt und der Friede nicht hergestellt sei.*)

III

Als Herr von Kufstein im Besitz der kaiserlichen Antwort war, wollte er am folgenden Tage mit dem Herrn Traun nach Retz abreisen, allein verschiedene Umstände 1620 zögerten ihre Abreise bis zum 30. Mai. Auf keinen Fall konnten sich demnach die retzer Stände bis zum 1. Juni in Wien finden können, da Kufstein erst am 2. Juni in Horn ankam und von dort die kaiserliche Antwort nach Retz schickte, aber wegen verschiedener Zwischenfälle erst am 9. das Eintraf. Auf der Reise war er mit dem General Hofkirch zusammengetroffen und hatte ihm das kaiserliche Schreiben überreicht. Er überzeugte sich bald genug, dass derselbe durch einige freundliche Worte nicht mehr gewonnen werden konnte, denn er erfuhr, dass der General Anstalten getroffen hatte, um mit seinen Truppen von Horn aufzubrechen und im Verein mit der böhmischen Armee einen Schlag gegen Buquoy zu führen. Thatsächlich fand damals der missglückte Angriff bei Hadersdorf statt.

Nach Kufsteins und Trauns Ankunft in Retz verging mehrere Tage, ohne dass sie Gelegenheit gehabt hätten, den Ständen Bericht zu erstatten. Erst am 17. Juni fand 1620 die erste Berathung statt, an der sich 80 Personen betheiligten. Dass man eine so geraume Zeit verstreichen liess, ehe die Mittheilungen Kufsteins entgegengenommen, hatte wohl seinen Grund, weil man sich jetzt in Retz mit einem wichtigen Entschlusse trug, der wohl erwogen werden musste. Man beabsichtigte nichts geringeres als die Absetzung Ferdinands in feierlicher Weise auszusprechen und zur Wahl eines

*) Sächs. Staatsarchiv, die Oberösterreicher an den Kaiser dd. 5. Juni

en Oberhauptes zu schreiten. Dieser Plan war nicht das
 Ende der jüngsten Tage; schon Anfangs April hatten die 1620
 ober- und niederösterreichischen Stände eine Verbindung mit
 dem Kurfürsten von Sachsen gesucht und deshalb den Herrn
 von Starhemberg an denselben abgeschickt. Die un-
 glückliche Art, mit der der Kurfürst den Gesandten empfing,
 die wegwerfende Weise, mit der er sich über ihr Bünd-
 nis mit Böhmen aussprach, schloss jenen Personen den Mund,
 davon sprachen, dass man dem Kurfürsten die Herrschaft
 über ihr Land übertragen solle. *) Um so mehr Zugang ge-
 wannen nun die Einflüsterungen der Anhänger des neuen Kö-
 nigs von Böhmen; Tschernembl und einzelne Mitglieder der
 reichlichen Familie der Starhemberge waren eifrige pfälzische
 Feindesgegner und ihren Bemühungen gelang es jetzt, die Auf-
 merksamkeit der Oesterreicher auf Friedrich zu lenken. Der
 Kaiser selbst hatte in einem Schreiben (vom 30. Mai) die 1620
 Theilnahme seiner innigsten Theilnahme und seines Schutzes ver-
 sichert und so den Eifer für seine Erhöhung nicht wenig an-
 geregt. **) Die Angelegenheit der Absetzung Ferdinands sollte
 jetzt in Retz zu Ende gebracht werden und so waren
 schon im Mai Einladungen an Oberösterreich und Böhmen er-
 gangen, dass sie sich durch Deputirte bei diesen entscheidenden
 Verhandlungen vertreten lassen möchten. Schon die Wahl der
 Vertreter, welche die genannten Länder nach Retz abschickten,
 zeigt von der Wichtigkeit, welche sie den künftigen Beschlüssen
 beilegte; es waren dies für Oberösterreich Tschernembl, für
 Mähren Thurn und Kapliß von Sulewic, ihre Thätigkeit und
 Leitung wurde durch Anhalt und Hohenlohe gefördert, die
 beide mit der Armee in der Nähe standen und wiederholt nach
 Retz kamen, um den Ständen das rasche Ergreifen verwe-
 ner Beschlüsse anzurathen. ***)

Münchener Staatsarchiv: Antwort Kursachsens an die ober- und nieder-
 österreichischen Stände dd. 21. April/1. Mai 1620.

Die niederösterreichischen Stände an Friedrich dd. 26. Juni 1620 im
 Münchener Staatsarchiv.

Sächs. StA. Lebzelter an Schönberg dd. 20. April 1620. Sächs. StA.
 Lebzelter an Schönberg dd. 12. April 1620. — Kufsteins Tagebuch im
 Wiener StA. Drach an Erzherzog Leopold dd. 24. Juni 1620. Inns-
 brucker Statthaltereiarchiv.

Als die Vollberathung der retzer Stände am 17. ihren Anfang nahm und der Bericht Kufsteins über seine neuer Mission vorgelesen wurde, stritt man sich zuerst darüber ob die Gesandten der befreundeten Länder zu den Sitzungen zuzulassen seien oder nicht. Kufstein und einige habsburgsinnige Edelleute wollten dies nicht dulden, sie wurden von der Mehrheit überstimmt und so wurden die Gesandten zu den Sitzungen eingeladen. Jetzt kam endlich die kaiserliche Resolution vom 28. Mai zur Verlesung und erregte tieflich den höchsten Unwillen. Die tonangebenden Mitglieder der niederösterreichischen Stände hatten sich mit Thun und Tschernembl darüber geeinigt, was Angesichts dieser Resolution zu thun sei, denn man beschloss noch in derselben Sitzung^{20 Juni 1620} dass man noch einmal eine Gesandtschaft an den Kaiser schicken und von ihm in kategorischer Weise die Bestätigung der böhmischen Conföderation, den Abschluss eines allgemeinen Waffenstillstandes zur Anbahnung des Friedens und die Aufhebung aller politischen und religiösen Privilegien verlangen sollte. Für die Gewährung aller dieser Forderungen wurde dem Kaiser eine Frist von vierzehn Tagen zugestanden, binnen deren Verlauf man derselben gewärtig sein wolle. Im Falle er den ständischen Wünschen nicht nachkommen würde, so man entschlossen, auf andere „Mittel zu denken, die zur Erhaltung der Freiheiten nöthig sein dürften.“*)

Noch am selben Tage wurde das für den Kaiser bestimmte Mahnschreiben entworfen und am folgenden Tage^{21. Juni 1620} in der gemeinsamen Sitzung vorgelesen und angenommen. kam nun auch die Frage zur Verhandlung, in welcher Weise man die Stände ihr bisheriges Regiment einrichten sollte, ob man die Leitung sämtlicher Angelegenheiten nach wie vor in den Händen der in Horn gewählten Direktoren lassen, oder ob man einen Schutzherrn wählen und diesen unterwerfen sollte. In dieser etwas unscheinbaren Weisung dachte man die Absetzung Ferdinands und die Neuwahl eines anderen Herrn einzuleiten, und da man die Schutzherrn

*) Kufsteins Diarium im Wiener StA. — Raupach, Evangelisches Oesterr. — Zuschrift der retzer Stände an die kais. Räte dd. 24. Juni 1620

n andern übertragen wollte als dem Könige von Böh-
 laubte man damit von vornherein seine Herrschaft
 sich gesichert. Doch mag dieser Plan noch nicht
 Retz versammelten Edelleuten mitgetheilt, sondern
 Kreise einiger vertrauter Personen besprochen worden
 als er jetzt zur Verhandlung kam, lehnte die Mehr-
 berathung darüber ab und wollte sie erst aufgenom-
 en, bis man von dem Kaiser eine Antwort auf die
 endende Schrift erhalten haben würde.*)

diesem Beschlusse wurde die Sitzung aufgehoben,
 glaubte dies ein grosser Theil der Versammelten,
 sich entfernte und erst am folgenden Tage wieder
 ungssaale erschien. Es scheint jedoch, dass die An-
 t bezüglich der Wahl eines Schutzherrn nochmals
 ni zur Berathung kam und dass sich die anwesen-
 fähr 27) Herren einhellig für die Wahl des Pfalz-
 u Schutzherrn von Niederösterreich entschieden. Denn
 2. Juni die Sitzung eröffnet wurde, wurden die am 1620
 age gefassten Beschlüsse vorgelesen und einer der-
 traf die vollzogene Schutzherrnwahl. Jetzt erhoben
 eine Anzahl Edelleute und protestirten gegen diesen
 t bekannten Beschluss und obwohl sie nur in der
 l waren, so blieb ihre Opposition doch nicht
 lgt, da die Majorität Anstand nahm, sich für den
 ochverrätherischen Beschluss zu erklären. So ver-
 die Schutzherrnfrage, bis die Antwort des Kaisers
 sein würde. Man beriet nun darüber, wer mit der
 aiser bestimmten Schrift nach Wien reisen solle und
 , dass aus dem Herrn- und Ritterstande je ein Mit-
 zu gewählt werden solle. Im Herrnstand traf die
 ostverständlich Herrn Hans Ludwig von Kufstein, der
 Reise alsbald bereit erklärte, dagegen lehnte der vom
 le gewählte Herr Leiser die Wahl ab und eben-
 wollte sich ein anderes Mitglied dieses Standes
 unterziehen, und so entschloss man sich zuletzt
 n Kufstein allein abreisen zu lassen. Die Ablehnung

der Wahl hatte zumeist darin ihren Grund, weil die C wählten für ihre Sicherheit in Wien besorgt waren, da sie sich ihres feindseligen Treibens gegen das Kaiserhaus bewusst waren. Herr von Traun wäre gern mit Herrn von Kufstein nach Wien gereist, da ihm die Luft in Retz zu schwach wurde; allein da ihn die Wahl nicht getroffen hatte, blieb ihm nichts anderes übrig, als dass er sich einige Tage später ohne Abschied aus Retz entfernte und dadurch faktisch die Verbindung mit den Ständen löste.*)

Kufstein nahm aus Retz zwei Schreiben nach Wien, eines für den Kaiser, dessen Inhalt wir angegeben haben, eines für die geheimen Räthe, dessen Inhalt den deutlichen Beweis von der Ueberreiztheit gab, die in Retz zur Herrschaft gelangt war. Denn nachdem im Eingange der besagten Schrift den geheimen Räthen die Schuld an der bisherigen unnachgiebigen Haltung des sonst wohlwollenden Kaiser zugeschrieben wird, wird ihnen mitgetheilt, was die Stände diesmal von dem Kaiser erbäten, und sie ersucht, ihren Einfluss dahin zu verwenden, dass das Begehren erfüllt werden sollte. Sollten sie dies nicht thun und mit ihren verbitterten „tyrannischen“ Rathschlägen auch jetzt den Kaiser beeinflussen, dann müssten sie sich die Folgen, die jedenfalls für sie schlimmer sein würden als ihre Rathschläge, selbst zuschreiben.**)

1620 Diese für uns etwas dunkle aber damals wohlstandene Drohung bedeutete nichts anderes, als dass die Stände im Falle des Sieges gegen ihre Gegner mit der Confiscation ihrer Güter vorgehen würden. — Mit den beiden Schreiben langte Kufstein am 4. Juli in Wien an und theilte den derselben den evangelischen wiener Ständen mit dem Rathschreiben mit, dass sie ihre Zustimmung zu der für den Kaiser bestimmten Schrift erklären und bei der Ueberreichung eine Person aus dem Ritterstande zutheilen möchten. Die Forderungen wurden von den wiener Glaubensgenossen nicht mehr die Wege der Retzer wandeln wollten, abgelehnt und so musste sich Kufstein entschliessen, allein um die

*) Kufsteins Diarium im wiener StA.

**) Khevenhiller Annales Ferdinandi IX, 1058.

beim Kaiser anzusuchen, die ihm ohne Anstand bewilligt wurde.

Als sich Kufstein in der Burg einfand, ersuchte ihn der ^{5. Juli} Oberstkämmerer Graf von Meggau um eine Unterredung, in ¹⁶²⁰ der er ihm mittheilte, der Kaiser habe gehört, die für ihn bestimmte Schrift sei so gehalten, dass sich ihre Ueberreichung für einen Unterthan nicht gezieme. Wäre dem so, so liesse ihn Seine Majestät warnen, denn Sie würden nicht umhin können, diese Beleidigung zu rächen, was Ihnen um des Gesandten willen leid wäre. Auf diese Warnung erwiderte Kufstein, er würde sich gewiss nicht zum Boten der retzer Stände gemacht haben, wenn sie in ehrfurchtverletzender Weise an den Kaiser geschrieben hätten. Die betreffende Schrift sei aber nichts anderes als eine Wiederholung der vom 3. April, nur sei allerdings der Termin von 14 Tage festgesetzt, bis zu dessen Verlauf man der Antwort des Kaisers gewärtig sein wolle. Als Meggau fragte, ob nicht noch ein anderer Zusatz angehängt sei, gestand Kufstein, dass allerdings noch die Bemerkung hinzugefügt sei, die Stände müssten im Falle einer unbefriedigenden Antwort auf Mittel bedacht sein, ihre Privilegien vor Zwang und Gewalt zu schützen. Es mag sein, dass Kufstein alle diese Mittheilungen in einer so gewinnenden Weise vorbrachte, dass Meggau den klaffenden Abgrund zwischen der neuesten ständischen Schrift und jener vom 3. April nicht so tief fand, vielleicht that er auch nur so, jedenfalls glaubte er dem Herrn von Kufstein den Zutritt zum Kaiser nicht verweigern zu dürfen. Bevor er sich von Kufstein verabschiedete, wollte ihm dieser das für die Geheimräthe bestimmte Schreiben überreichen, aber Meggau verweigerte die Annahme und wollte dasselbe nur in Gegenwart eines andern Mitgliedes des Geheimrathes und erst nachdem die Audienz beim Kaiser vorüber wäre, entgegennehmen.

Es war gerade das Vespergebet in der Burgkapelle, dem Ferdinand täglich beiwohnte, zu Ende, als Kufstein zur Audienz vorgelassen wurde und seinem Herrn das für ihn bestimmte Schreiben übergab, indem er dessen Inhalt kurz angab und unzweifelhaft die schroffen Forderungen nicht scharf genug hervortreten liess. Ferdinand erwiderte, er könnte auf

alle vorgebrachten Begehren wohl gleich antworten, wolle sich aber in „keinen Disputat“ einlassen, sondern die überreichte Schrift erst studieren und „dann seine Antwort geben, wie er sie vor Gott verantworten könne. Würden sich die der sächsisch-burgischen Confession zugethanen Stände mit ihr nicht begnügen, so würden“ Bei diesem Worte stutzte der Kaiser, gleichsam ungewiss, was er sagen solle, vielleicht hatte er eine Drohung im Sinn. Er bezwang sich jedoch und erwiderte den Satz mit den nichtssagenden Worten:“ (nicht zu thun, was nicht recht ist.“ Kufstein dankte für die erhaltene Antwort und versicherte, dass er stets dem Kaiser treu sein werde, „so weit er das mit gutem Gewissen sein dürfe.“ Bei den Worten „mit gutem Gewissen“ fiel ihm Ferdinand in die Rede und sagte: „Ich auch, was ich mit gutem Gewissen und (unbeschadet meiner) Ehre thun kann, will ich thun, was aber wider mein Gewissen und meine Reputation ist, thue ich nicht, ich sage es categorice.“ Auf dieses entgegnete Kufstein: „Allergnädigster Herr, das wolle Gott nicht, dass Eure kaiserliche Majestät von uns etwas wider dero Gewissen und Reputation zugemuthet werden sollte, wir thun uns nur um Eurer Majestät kaiserlicher Huld unterthänigst empfehlen.“ Nach einigen minder bedeutenden Worten nahm die Audienz ein Ende.*)

Als Kufstein das kaiserliche Gemach verliess, traf er in der Rathstube die Geheimräthe Meggau und Trauttmandorf, denen er das für sie und ihre Amtskollegen bestimmte Schreiben mit der Bitte überreichte, sie wollten ihn nicht dafür entgelten lassen, wenn sie sich vielleicht durch eine oder die andere Stelle beleidigt fühlen würden, doch wüsste er nicht, dass sie dazu eine Ursache hätten. Die beiden Herren beeilten sich keineswegs, den Herrn von Kufstein mit der Versicherung zu beruhigen, dass sie ihm den Inhalt des Schreibens nicht nachtragen würden, sondern entgegneten nur, dass sie sich dem

*) Ueber diese Audienz und das Gespräch mit Meggau berichten wir nach dem Tagebuche Kufsteins (wioner StA.), in dessen Angaben wir volles Vertrauen setzen, da er in seinem Tagebuch schlicht und recht die täglichen Ereignisse berichtet und dieses Tagebuch nur für sich verfasst hat und keineswegs für die Oeffentlichkeit.

halte gemäss gegen ihn verhalten würden. Als sich nun Kufstein empfahl, eilte ihm Meggau nach und bat ihn in vernehmlicher Weise, ihm zu sagen, ob in dem Schreiben etwas ehrenrühriges enthalten sei, es wäre besser, wenn er es dann abgebrochen zurücknähme. Kufstein erklärte, das Schreiben enthalte weder etwas beleidigendes noch ehrenrühriges und entschuldigte damit das Misstrauen Meggau's.

Unzweifelhaft hat man bei Hofe noch am selben Abend die beiden Retzer Schreiben einer eingehenden Würdigung unterzogen, aber das Resultat derselben entsprach nicht den eigenen Erwartungen des Herrn von Kufstein, wohl aber den heimlichen Absichten Thurns und Tschernembls, die von diesen Schreiben keine Versöhnung, sondern einen vollständigen Bruch hofften. Der Kaiser und die Geheimräthe waren in gleichem Grade empört; der erstere fühlte sich tief beleidigt, dass er ein Spielball in den Händen der Geheimräthe hingestellt wurde, dem jedes selbständige Urtheil und Eingreifen in die Geschäfte versagt sei; die Geheimräthe verstanden wohl die gegen sie gerichtete Drohung und begriffen, dass es jetzt einen Kampf auf Leben und Tod gelte. Da man das baldige Einrücken des ligistischen Heeres in Oesterreich erwartete und in Flandern und Sachsen aus gleichfalls Hilfe zu erwarten war, so glaubte man die Zeit gekommen, um die Verhandlungen mit Retz endgiltig abzubrechen. Von dieser Absicht ^{6. Juli} ¹⁶²⁰ ob man bereits am folgenden Tage Kunde, indem man den evangelischen Ständen in Wien ein Dekret übermittelte, in welchem ihnen mitgetheilt wurde, dass die Huldigung ohne weiteren Aufschub vorgenommen werden und sie deshalb zu den hierzu nöthigen Vorberathungen einen Ausschuss aus ihrer Mitte wählen sollten.

Konnte schon dieses Dekret dem Herrn von Kufstein eine Bedeutung sein, dass seine Botschaften keine günstige Aufnahme gefunden hatten, so wiegte er sich doch noch drei Tage in der Hoffnung, dass es trotzdem nicht zur Huldigung kommen und die Verhandlungen nicht abgebrochen werden würden. Er sollte jedoch bald und für immer aus seinen Hoffnungen trübselig werden. Als er sich am 9. Juli in das Landhaus ver- ¹⁶²⁰ ging, wurde er daselbst von dem kaiserlichen Sekretär Grap-

ler aufgesucht und ihm mitgetheilt, dass der Kaiser mit höchster Ungnade vermerkt habe, wie er sich zum Ueberbringen zweier Schreiben gemacht habe, von denen das eine, für Seine Majestät bestimmt, „voll hitziger, böser und rebellischer Anzüglichkeiten“ sei, während das andere scharfe und böse Drohungen gegen die Geheimräthe enthalte. Er (Kufstein) habe so die Warnung Meggau's in den Wind geschlagen und habe die schärfste Bestrafung verdient und Ursache gegeben, dass man seine Eigenschaft als Gesandter nicht respectiren sollte; doch wolle der Kaiser Gnade üben und befehle ihm, Wien vor Sonnenuntergang zu verlassen. — Kufstein war durch diese völlig ungeahnte Botschaft auf das schmerzlichste berührt, er ergo sich Grapler gegenüber in Versicherungen, dass er diese kaiserliche Ungnade nicht verdient habe, sich aber in Gehorsam dem Ausspruche fügen werde. Nachdem Grapler sich entfernt hatte, berichtete Kufstein den im Landhause anwesenden Glaubensgenossen, was ihm soeben widerfahren sei, und verursachte damit unter ihnen eine grosse Aufregung. Einmal wurde beschlossen, die Sache nicht auf sich beruhen zu lassen sondern eine Deputation an den Kaiser zu schicken und sie durch dieselbe über die gegen den Herrn von Kufstein verhängte Ausweisung zu beschweren und um die Zurücknahme derselben zu bitten.

Die Deputation, die aus sechs Mitgliedern bestand, fuhr früherer Nachmittagsstunde nach Gatterburg, einem ehemals in der Nähe von Wien auf dem schönbrunner Grunde befindlichen Schlosse, wo sich der Kaiser eben aufhielt, bat um Audienz und wurde vorgelassen. Als Herr Gundakar von Polheim das Wort ergriff und die Bitten seiner Glaubensgenossen vortrug, hörte ihn Ferdinand ruhig an, kaum hatte er angeendet, so gab der Kaiser seiner innern Erregung mit einer Entschiedenheit Ausdruck, wie man sie an ihm nicht gewohnt war. „Nie und nimmer,“ so lautete seine Antwort, „hätten Unterthanen gewagt, ein solches Schreiben an einen Herrn von Oesterreich zu richten“, und ebensowenig hätten sie gewagt, die fürstlichen Diener in einer Weise zu bedrohen wie dies gegenwärtig gegen seine Geheimräthe der Fall ist. Wie hätten sie es wagen können, ihn dem Einflusse seiner

Räthe ganz unterthan hinstellen, „habe er auch nicht die allergrösste Vernunft, so traue er sich doch die ihm von Gott anvertrauten Länder mit seinem Beistand selbst zu regieren und sei kein Narr und kein Kind, das sich von seinen Räten regieren lasse, und er könne sich nur wundern, wie die in Wien befindlichen Stände augsburger Confession sich dieser Sache annehmen könnten. Was den Kufsteiner betreffe, so halte er ihn und seine Brüder nicht für treulos, müsse es aber bezüglich des erstern bei dem einmal gefassten Beschlusse belassen.“*)

Die Antwort des Kaisers schüchternete die Deputation ein und so begnügte sich Herr von Polheim mit der Bitte, dass man den Ausweisungstermin für Kufstein verlängern möge. Der Kaiser gab keine entscheidende Antwort, sondern entliess die Deputation und beriet sich mit seinen Geheimräthen und liess darauf den Herrn von Polheim wieder vor sich kommen. Der Anfang des Zwiegespräches war nicht vielverheissend, denn Ferdinand fuhr Herrn von Polheim mit der Frage an, wie er sich in einer für ihn (den Kaiser) so feindlichen Sache habe brauchen lassen können. Als Polheim erwiderte, er habe es aus schuldiger Treue gethan, damit aus diesem Prozess nicht noch schädlichere Folgen entstünden, unterbrach ihn der Kaiser mit den Worten: „Wollet auch ihr mir drohen? Meine Entscheidung bleibt in Kraft. Meinetwegen mag aber der Kufsteiner, gegen den ich keine Ungnade habe, drei, vier oder fünf Tage oder wie lang er will, hier bleiben, ich will ihn auch gern hören, wenn er etwas anzubringen hat.“ Diese gnädige Versicherung wiederholte er gegen die andern Mitglieder der Deputation, die nunmehr auch vorgelassen wurden. Das Benehmen des Kaisers bei dieser Gelegenheit zeigte, dass er nichts von einer starren Unbeugsamkeit — mit Ausnahme des Glaubens — in sich hatte.

Die kaiserliche Antwort, die dem Herrn von Kufstein hinterbracht wurde, liess ihn hoffen, dass es ihm gelingen werde, den bei dem Kaiser gegen ihn heraufbeschworenen Unwillen dämpfen zu können und so bewarb er sich gleich am folgen-

*) Kufsteins Diarium.

den Tage um die ihm in Aussicht gestellte Audienz. Allein er fand nicht mehr das frühere Entgegenkommen; er bemühte sich den ganzen Tag vergeblich um dieselbe, ja es gelang ihm nicht einmal, zum Oberstkämmerer, dem Grafen von Meggau, vorzudringen, obwohl er zweimal den Versuch machte. Beidemale verkehrte Meggau mit ihm nur durch einen Diener und liess ihm durch denselben bei dem zweiten Besuch anbieten, der Kaiser finde unnöthig, ihm eine Audienz zu ertheilen, da er ihm nichts weiter zu sagen wisse.*)

Kufstein wollte nun abreisen, da sein Aufenthalt in Wien nur Demüthigungen für ihn im Gefolge haben konnte, allein seine Glaubensgenossen baten ihn seine Abreise noch um einen Tag zu verzögern, da sie ihm einige Schriftstücke nach Retz mitgeben wollten, die den entscheidenden Schritt, den sie am 13. Juli thun wollten, einigermassen rechtfertigen sollten. Diesen Tag hatte nämlich der Kaiser unwiderruflich als denjenigen bezeichnet, an dem er die Huldigung entgegennehmen wolle, und so mussten sich die in Wien tagenden Protestanten entscheiden, ob sie ihr Loos von ihren retzer Glaubensgenossen trennen wollten oder nicht. Ohne Zweifel hatten sie die Nachricht von dem zu Ulm zwischen der Union und Liga geschlossenen Verträge erhalten, der die letzten Hindernisse für den Einmarsch der ligistischen Armee in Oesterreich hinwegräumte und so hatten sie nicht mehr den Muth zum weitern Widerstande. Am 11. Juli überreichten sie dem Kaiser eine Schrift, in der sie das Vertrauen aussprachen, dass die Huldigung ihren Rechten und Freiheiten nicht abträglich sein werde. Der Kaiser versicherte sie in seiner Antwort, dass er ihre Privilegien nicht antasten und in den religiösen Verhältnissen den Zustand, wie er sich unter Kaiser Mathias entwickelt habe, achten werde.**)

— Wollten sich also die wiener Protestanten nicht offen den Feinden des Kaisers beigesellen, oder von ihm als Feinde behandelt werden, so blieb ihnen nichts anderes übrig, als sich der verlangten Huldigung

*) Kufsteins Diarium.

**) Khevenhiller, IX, 1062. Rau pach, Evangel. Oesterreich, zwei Dokumente vom 11. Juli.

unterziehen. Sie theilten ihren Entschluss am 12. Juli dem Herrn von Kufstein mit.

Auf Ferdinand wurde noch im letzten Augenblicke ein Druck ausgeübt, damit er den Wienern nicht die eben erhaltenen Versprechungen mache; man hielt ihm vor, dass seine Kriegsmacht im Laufe weniger Tage die Feinde niederdrücken werde, und dass es demnach an der Zeit wäre, die Protestanten in Oesterreich vollends zu unterdrücken und sich zu keiner Aussage herbeizulassen. Es war der spanische Gesandte Oñate, der sich diesmal zum Vertreter dieser Anschauung machte und den Kaiser und seine Minister für dieselbe zu gewinnen suchte, aber die „übergrosse Güte“ Ferdinands vereitelte, wie er in seinem Schreiben an den spanischen Hof klagte, das Resultat seiner Bitten und Vorstellungen.*)

*) Oñate gab noch nicht alles verloren und glaubte, dass nachträglich die den protestantischen Ständen ertheilte Versicherung zurückgenommen werden könnte, und bat deshalb seinen König, er möchte dem kaiserlichen Botschafter in Madrid die Erklärung zukommen lassen, dass Spanien dem Kaiser seinen Beistand nur zu dem Zwecke leiste, dass die Herrschaft des Hauses Habsburg wieder vollständig hergestellt werde. Dazu gebe es aber keinen andern Weg, als wenn der Kaiser die Häupter des Aufstandes, welcher Provinz sie auch angehören mögen, strafe, seine Anhänger belohne und alles so einrichte, dass die Ketzer nie und nimmer ihr Haupt erheben könnten. Der König möge sich dem Grafen Khevenhiller gegenüber einer „strengen Sprache“ bedienen, damit diese Vorstellung ihre Wirkung habe. Dieser Rathschlag fand indessen nicht die Billigung des spanischen Staatsrathes, man fand es unziemlich, dass man den Kaiser, dessen katholischer Gesinnung man alle Anerkennung zollte, förmlich durch seinen Gesandten bedrohen lassen sollte. Aber man wollte den Eifer des Kaisers doch etwas anfachen, und empfahl deshalb dem König, die Infantin Margaretha, die Tochter Maximilians II, zu ersuchen, sie möchte dem Grafen Khevenhiller ihre Missbilligung der kaiserlichen Politik aussprechen. (Simancas, El consejo de Estado al Rey dd. 22. Aug. 1620.) Der König liess sich diesen Rathschlag gefallen und befahl seinem Sekretär Ciriça die betreffende Bitte an die Infantin Margaretha zu stellen, doch sollte sie nur mit schonenden Worten den Grafen Khevenhiller bezüglich der Haltung Ferdinands interpelliren. Der Sekretär kam dieser Weisung nicht nach, sondern ersuchte die Infantin, mit dem Grafen in der strengen Weise zu reden, wie dies Oñate gewünscht hatte. — Dem Grafen Khevenhiller kam es sonderbar vor, dass man seinem Herrn Vorwürfe machen wolle, und er verfasste deshalb für den König ein Memoire, in dem er die Politik des Kaisers damit

Am 13. Juli, dem für die Huldigung anberaumten Tage, ritt der Kaiser um 8 Uhr Morgens in den Stephansdom und wohnte da einem Hochamt bei, nach dessen Beendigung er in Begleitung einiger Herolde und des Grafen von Meggau wieder in die Burg zurückritt, während die Stände zu Fuss von der Kirche nach der Burg schritten. Als sich der Kaiser und die Stände im Huldigungssaale versammelt hatten, liess der Kaiser an sie eine Ansprache halten, in der er sie unter Zusicherung ihrer Rechte und Freiheiten zur Huldigung aufforderte, und als die Stände diese Aufforderung bejahend beantworteten, ergriff der Kaiser selbst das Wort und versprach ihnen eingetragener Vater und Herr bis an den Tod zu bleiben, wenn sie sich als getreue Unterthanen benehmen würden. Darauf wurde

vertheidigte, dass er nicht anders habe handeln können, wenn er nicht die Anhänger der augsburgischen Confession in Deutschland zu seinen grössten Feinden machen und seine lutherischen Unterthanen nicht zu einem verzweifelten Widerstande treiben wollte. Nicht aus „übergrosser Güte“ habe sich sonach der Kaiser zu jener Concession für die Protestanten entschlossen, sondern in richtiger Würdigung der Gefahren, die eine andere Politik im Gefolge haben könnte. Auch habe Ferdinand zu dieser Nachgiebigkeit die Zustimmung des Papstes erlangt, der ihm durch einen eigenen geistlichen Boten habe sagen lassen, dass er ohne Gewissensbisse die von Mathias den Protestanten ertheilten Concessionen bestätigen könne. Mit diesem Memoire reiste Khevenhiller nach dem Escorial, wo sich Philipp im Monat October 1620 — bis zu dieser Zeit verzogen sich die durch Oñate's Schreiben angeregten Verhandlungen — befand, und war eben im Begriff, sich zum Könige zu verfügen, als ihn ein Bote der Infantin Margaretha ereilte, die ihn bat, er möchte ja dem Könige nicht das Memoire überreichen, weil aus demselben ersichtlich wäre, dass der Sekretär den ihm gewordenen Auftrag überschritten habe, die Infantin aber nicht seinen Sturz herbeiführen wolle. Khevenhiller gerieth dadurch in Verlegenheit, denn da er vom Könige bereits erwartet wurde und doch dem Wunsche Margarethens nachkommen wollte, wusste er nicht, was er in der Audienz vorbringen sollte, fasste sich aber rasch dahin, dass er das Memoire nicht überreichte und dem Könige nur über die bisherigen Massnahmen Ferdinands Bericht erstattete, wobei er natürlich seine Politik rechtfertigte, ohne dabei des Sekretärs in unfreundlicher Weise zu gedenken. Philipp war mit dem erstatteten Bericht zufrieden und fand des Kaisers Handlungsweise gerechtfertigt und so löste sich die leise Verstimmung zwischen dem spanischen und wiener Hofe wieder in volle Harmonie auf. (Khevenhiller, IX, 1174 u. figd.)

an den Ständen in altherkömmlicher Weise die Huldigung geleistet. Neben dem Prälatenstand, der vollzählig erschienen war und 19 Mitglieder zählte, war der Herrenstand durch 33 Katholiken und 33 Protestanten, der Ritterstand durch 30 Katholiken und 38 Protestanten vertreten; die landesfürstlichen Städte und Märkte hatten sich wie der geistliche Stand insgesamt an der Huldigung betheiliget. *) Unter den katholischen Mitgliedern des Herrenstandes konnte man die hervorragenden Diener der kaiserlichen Politik bemerken, obenan den Fürsten Karl von Liechtenstein, die Herren von Trautson, Meggau, Harrach, Althan, Colalto, Breuner und andere. Sie waren alle für ihre dem Kaiser bewiesene Treue jetzt im Besitz hoher und einflussreicher Stellungen, später kam dazu noch eine glänzende Vermehrung ihres Besitzstandes, womit ihnen der Kaiser für die Ausdauer lohnte, mit der sie die Gefahren an seiner Seite glücklich überstanden hatten. Unter mannigfachen Feierlichkeiten, die fast den ganzen Tag währten, ging die Huldigung vorüber, die der Kaiser als die Frucht eines Bündnisses mit der Liga, als seinen ersten Sieg betrachtete, denn nur die Furcht vor dem herannahenden Ungewitter hatte so viele Protestanten zur Nachgiebigkeit gebracht und dem Huldigungsakte eine gewisse Vollständigkeit verschafft. Am selben oder am folgenden Tage wurde ein kaiserliches Patent publicirt, welches den reitenden Ständen noch eine Frist von 14 Tagen zugestand, innerhalb welcher der Kaiser ihre Huldigung entgegenzunehmen bereit war, nach Verstreichung derselben sollten sie als Hochverräther behandelt werden. **)

Kufstein, der sich an der Huldigung nur als Zuschauer betheiligte hatte und dessen Beispiel unter den in Wien anwesenden Protestanten bei Sigmund Adam von Trautson und Ferdinand von Herberstein und noch zwei andern nicht näher bekannten Herren Nachahmung fand, ***) wollte jetzt ab-

*) Wir geben diese Zahlen nicht nach Khevenhiller *Annales Ferdinandi*, sondern nach einem gleichzeitigen Bericht im sächs. StA. 9177/25 fol. 365.

**) Khevenhiller, IX, 1065.

***) Sächs. StA. Aus Wien dd. 15. Juli 1620.

reisen, aber ein Befehl des Kaisers zwang ihn, seinen Aufenthalt in Wien zu verlängern. Tag für Tag erschien er in der Burg, um nach den Gründen dieses Befehls zu forschen und die Audienz, die er beim Kaiser zu erlangen hoffte, zu beschleunigen. Nach Verlauf von fast einer Woche fand sich ¹⁶²⁰ Herr von Polheim bei ihm ein und theilte ihm mit, dass der Kaiser nur deshalb die Audienz verzögert habe, weil er besorge, dass Kufstein das Wort zur Vertheidigung der Retzer ergreifen würde, und dies wolle er nicht leiden. Nachdem auf diese Weise der letztere abermals verwart worden war, wurde ihm noch am selben Tage der Zutritt zum Kaiser gestattet. Aus welchen Gründen Ferdinand den Herrn von Kufstein in Wien zurückhielt, ist aus dem Verlaufe der Audienz nicht ersichtlich, es sei denn, dass er den Eindruck, den er durch seine Strenge hervorgerufen hatte, mildern wollte, was zwar aus dem Grunde, weil er mittlerweile erfahren hatte, mochte, dass Kufstein den Zeitraum von 14 Tagen nicht zu überstreichen lassen werde, ohne nachträglich die Huldigung zu leisten. Denn nachdem sich Ferdinand abermals über ihn von den Retzern zugeschickte Schrift beschwert hatte, versicherte er den Ueberbringer derselben seiner Gnade. Kufstein benützte die gegebene Gelegenheit, um in aller Unterthänigkeit bezüglich des retzer Schriftstückes und seiner Belästigung dabei zu versichern, dass, wenn ihm Seine Majestät gestattet wollte, er beides wohl rechtfertigen würde. Diese Erlaubnis gewährte ihm jedoch der Kaiser nicht, benahm sich aber immer gleich huldvoll gegen ihn und versprach, es nicht ungnädig aufzunehmen, wenn die Reise nach Retz und von dort zurück länger dauern dürfte als der für die nachträgliche Huldigung anberaumte Termin; für diesen Fall wollte er sich mit einer vorläufigen schriftlichen Erklärung begnügen. Da es ¹⁶²⁰ kaum möglich war, dass Kufstein bis zum 27. Juli, an welchem Tage die anberaumten vierzehn Tage zu Ende gingen, nach Wien zurückkommen konnte, so übergab er noch vor seiner Abreise von Wien dem Herrn von Polheim ein Schreiben, in dem er sich zur Huldigung bereit erklärte und fügte dazu den Auftrag, dieses Schreiben dem Kaiser zu überrei-

hen, falls er bis zum bestimmten Tage nicht nach Wien zurückgekommen sein würde.

IV

Am 21. Juli reiste Kufstein von Wien ab und rastete zu-¹⁶²⁰ erst mehrere Tage in Horn, wo er einen Bericht über die Vorgänge in Wien und sein Verhalten dabei niederschrieb, und diesen Bericht nach Retz vorausschickte. Die Erfahrungen, die er in Horn machte, überzeugten ihn, dass die retzer Stände auch ihrerseits die Verhandlungen mit dem Kaiser abbrechen würden und dass sonach die Zeit für ihn gekommen sei, wo er Partei nehmen müsse. Seine letzten Massnahmen in Wien zeigten, dass er sich für den Kaiser entschieden habe; um sich in seiner Gnade zu sichern, begnügte er sich nicht mit dem dem Herrn von Polheim gegebenen Auftrage, sondern schrieb noch selbst von Horn aus am 25. Juli an den¹⁶²⁰ Kaiser einen Brief, in dem er sich ihm „zu Füßen“ warf und „zu seinen gehorsamsten Diensten als ein getreuer Vasall und Unterthan mit allem, was er sei, habe und vermöge, in unterthänigster Demuth bereit erklärte.“*) Nachdem er so sein Eigenthum gesichert zu haben glaubte, reiste er nach Retz ab, wo er am 30. Juli eintraf.

Die retzer Stände hatten schon vor Kufsteins Ankunft den Beschluss gefasst, die Verhandlungen mit Ferdinand definitiv abzubrechen und das von Böhmen gegebene Beispiel in der Wahl eines neuen Oberhauptes nachzuahmen. Schon vorher war Herr Christoph von Rauber nach Prag geschickt worden, um Friedrich von der Pfalz von den Sympathien in Kenntniss zu setzen, deren er sich bei den österreichischen Ständen erfreue und zugleich an ihn die Frage zu richten, ob er eine eventuelle Wahl zum Erzherzog oder zum Schutzherrn von Oesterreich annehmen würde. Zugleich wurde der

*) Kufstein an Ferdinand II dd. Horn, 25. Juli 1620. Wiener StA. Die Huldigung leistete Kufstein nach seiner Rückkunft nach Wien, wo er am 21. August 1620 eintraf.

Gesandte beauftragt, den König um eine Geldhilfe zu suchen, damit die niederösterreichischen Stände ihre Truppen noch weiter unterhalten könnten. Rauber langte am 17. Juli in Prag an, und obwohl der Antrag wegen der angebotenen Herrschaft über Niederösterreich vorläufig noch ein tiefes Geheimniss bleiben sollte, wurde auf einem Bankette dennoch ganz offen von ihm gesprochen und dabei sogar behauptet, dass auch Steiermark, Kärnthen und Krain sich dem niederösterreichischen Antrage angeschlossen hätten und zu den weiteren Verhandlungen in Retz ihre Vertreter abordnen würden. Auf den Pfalzgrafen machten die österreichischen Anerbietungen trotz aller Geldnoth und trotz der von der Liga drohenden Gefahr einen erfreulichen Eindruck. Als ihn Herr von Ruppach benachrichtigte, dass man auf dem Bankette von ihm auch als künftigen Herzoge von Steiermark, Kärnthen und Krain gesprochen habe, soll er zu seiner Gemahlin förmlich gelaufen sein und sie als künftige Herzogin dieser Länder begrüsst haben.*) So viel ist gewiss, dass Friedrich auf die Anerbietungen und Anfragen Raubers eine günstige Antwort ertheilte, und dass der letztere nach Retz in der sicheren Erwartung zurückreiste, Friedrich werde die Schutzherrschaft über Oesterreich annehmen, wenn sie ihm durch die Stände angeboten würde.

1620 Als Kufstein am 31. Juli in die Versammlung der retzer Stände eintrat, wurde sein Bericht sammt allen Beilagen vorgelesen und da dies viel Zeit in Anspruch nahm, endigte die Sitzung an diesem Tage, ohne dass sich weitere Debatten entsponnen hätten. Schon vor dieser Sitzung war man jedoch übereingekommen, was zu thun sei, wobei der auch anwesende Tschernembl jedenfalls einen entscheidenden Einfluss geübt haben mag. Als die Sitzung am 1. August eröffnet wurde, liess der Präsident Herr von Friedesheim durch den Landtagssekretär eine Schrift vorlesen, welche die verschiedenen ständischen Gesuche an den Kaiser sammt den darauf ertheilten Antworten enthielt und die Ueberzeugung wecken sollte,

*) Lebzelter an Schönberg dd. 19. und 24. Juli 1620. Sächs. StA. Avise aus Prag dd. 26. Juli 1620. Münchner RA.

Das auch nicht in einem einzigen Punkte den ständischen Wünschen genügt worden sei. Es wurde jetzt der Antrag gestellt, dass in Anbetracht dieser Umstände die Verhandlung mit dem Kaiser abzubrechen, die Huldigung nicht zu leisten und der König von Böhmen zum Schutzherrn zu erwählen und durch eine nach Prag abzuschickende Gesandtschaft um die Uebernahme dieses Amtes zu ersuchen sei. Nur 4 oder 5 von den Anwesenden scheinen mit diesem Antrag nicht einverstanden gewesen zu sein und nur Herr von Kufstein das Wort zu seiner Bekämpfung ergriffen zu haben; die übrigen, so fast die Gesammtheit einigte sich in dem Beschlusse, der Herrschaft der Habsburger ein Ende zu machen.

Dieser Beschluss sollte in feierlicher Weise zur allgemeinen Kenntniss gebracht werden und deshalb schlug Herr von Friedesheim den Ständen vor, dass sie sich durch einen Eid zur wechselseitigen Hilfeleistung und zu festem Zusammenhalten verpflichten sollten. Das Concept der Eidesformel wurde vorgelesen und als der General Hofkirchen frug, ob nicht schon eine Reinschrift angefertigt sei, die man unterschreiben könnte, wurde diese Frage von dem ständischen Secretär bejaht und ein Aktenstück vorgewiesen, das die verlangte Reinschrift enthielt und an dem auch in den entsprechenden Zwischenräumen Wachsstücke angeklebt waren, damit die einzelnen Edelleute ihre Siegel darin abdrücken und so ihren Beitritt zu diesem Bunde erklären könnten. Ohne dass eine weitere Umfrage in der Versammlung stattgefunden hätte, stimmte dem Vorschlage Friedesheims beistimmend oder nicht, ergriff Hofkirchen die Feder und unterzeichnete das Aktenstück und drückte sein Siegel auf und seinem Beispiele folgend alle übrigen mit Ausnahme Hans Ludwigs von Kufstein, der beiden Brüder, von denen der eine jedoch nicht anwesend war, und der Herren von Leiser, Rappach, Hartman von Landau und Maximilian Teufel; doch besannen sich die übrigen letzteren bald eines andern und unterzeichneten gleichfalls, so dass also nur fünf von den erzherzoglichen Ständen ihr Siegel von der übrigen Versammlung trennten. Da sich der Unwille gegen sie in mehr oder weniger lauter Weise geltend machte, ergriff wie zur Beschwichtigung Herr von Friedes-

heim das Wort und erklärte, dass Niemand zur Unterschrift gezwungen werden solle, dass aber diejenigen, die nicht in den Verein mit den übrigen auftreten wollten, fortan an den Beratungen keinen Theil nehmen dürften. Auf diesen deutlichen Wink entfernte sich Kufstein mit seinen Gesinnungsgenossen, worauf die Zurückgebliebenen den Bundeseid schworen.

Die retzer Stände hatten durch das Abbrechen der Verhandlungen mit dem kaiserlichen Hofe wohl einen entscheidenden Schritt gethan, aber um die damit beabsichtigten Folgen zu erreichen, war er zu spät geschehen. Hätten sie und die ungarischen Stände gleich nach Mathias' Tode ihre Streitkräfte und ihre finanziellen Mittel mit denen Böhmen verbunden, so wäre die Herrschaft über ganz Oesterreich ihnen in den Schooss gefallen und gewiss hätte dann der heimatlose und flüchtige Ferdinand nicht die Unterstützung erlangt, der sich Spanien, die Liga und Sachsen entschlossen hatten. So aber hatten sie ihre Entschliessung zu spät gefasst und dadurch nichts anderes erreicht, als dass auch sie unter den Trümmern, in die sich das böhmische Staatswesen auflöste, begraben wurden. Der einzige Mann, der in Oesterreich die nöthige Entschlossenheit und das nöthige Wissen besass, um sich an die Spitze der Regierung zu stellen und gleich im Anfange rücksichtslos die Bekämpfung Ferdinands sich zum Ziele zu wählen, Tschernembl, konnte seine Fähigkeiten nicht verwerthen, da den damaligen ständischen Corporationen nicht ferner lag, als sich unter die Auktorität eines Standesgenossen zu beugen.

Nachdem die retzer Versammlung durch jenen Eid sich fest verbunden hatte, wählte man eine Deputation, die nach Prag gehen sollte, um dem Pfalzgrafen die auf ihn gefallene Wahl als österreichischen Schutzherrn anzuzeigen und um Annahme derselben zu ersuchen.*) Mit welcher Freude hätte man sie empfangen, wenn sie ein Jahr früher gekommen wäre, und wie war man noch vor Monatsfrist stolz auf die angebo-

*) Sie bestand aus den Herren Hans Georg von Hofkirchen, Puchheim, Martin Starhemberg, Rauber und Mudeck (?) sammt zahlreichem Gefolge und langte am 23. August in Prag an. Khevenhiller IX, 1004.

ene Schutzherrschaft. Jetzt aber war Maximilian von Baiern in Linz eingerückt, hatte die oberösterreichischen Stände zum Gehorsam gegen den Kaiser genöthigt und drohte mit dem Einmarsch in Böhmen. So furchtbar beängstigend gestalteten sich die Verhältnisse für den Pfalzgrafen, dass ihm nichts anderes übrig blieb, als die Schutzherrschaft über Niederösterreich und die gleichzeitig angebotene Huldigung abzulehnen, weil er sich damit im Augenblicke mehr geschadet als genützt hätte; er versicherte aber die niederösterreichischen Deputirten, dass er, wenn er auch ihr Anerbieten nicht annehme, oder dessen Annahme eigentlich nur vertage, sie doch nach seinen Kräften gegen die feindlichen Angriffe schützen werde, da ihre Sache eine gemeinsame sei.*)

Die Niederöreicher hätten sich mit dieser Antwort begnügen können, da sie ihnen alles das verhiess, wessen der Pfalzgraf in diesem Augenblicke fähig war; thatsächlich mussten ihnen aber die Ablehnung der angebotenen Wahl zeigen, dass man bereits das kommende Verderben ahnte. Ein Brief, den die oberösterreichischen Gesandten vom neusohler Reichstag nach Linz schickten, um die dortigen Stände der Hilfe Bethens zu versichern und zur Ausdauer zu ermahnen, kam nicht mehr an die richtige Adresse, sondern fiel in die Hände Maximilians von Baiern.***) Als man in Wien Nachricht von dem siegreichen Vorrücken der verbündeten Truppen erhielt, säumte man nicht, den besiegten Gegnern jenes Schicksal zu bereiten, welches sie selbst in jenem an die Geheimräthe gerichteten Drohschreiben angedeutet hatten. Am 16. September publicirte 1620 ein Herold in Begleitung von Trompeten- und Paukenschlägern zuerst auf dem Burgplatz und dann auf den Hauptpunkten der Stadt ein bereits vom 12. September datirtes Patent, durch welches 31 Personen aus den angesehensten Geschlechtern des Landes, darunter der General der niederöster-

*) Böhm. Statthaltereiarchiv. Antwort auf das Ansinnen der niederösterreichischen Deputation dd. 4. Sept. 1620.

**) Brief der oberöstr. Deputirten dd. 3. Aug. 1620. Münchner StA. Von Oberösterreich waren nach Neusohl Erasmus von Landau und Christoph von Schallenberg, von Niederösterreich Ludwig von Starhemberg und Zacharias Starzer geschickt worden.

reichischen Truppen, ihres Lebens und ihrer Güter für verlustig und sie sammt und sonders für vogelfrei erklärt wurden. Vergeblich hatten Freunde und Verwandte um die Einstellung dieser Aechtung ersucht, vergeblich hatten sich einige von den Geächteten zur Huldigung erboten, ihre Bitten fanden bei den vertrauten Rathgebern des Kaisers kein Gehör mehr. Gleichzeitig mit der Publikation jener Aechtungsliste wurde ein Verzeichniss der sämtlichen Güter der Geächteten angefertigt und Verordnungen bezüglich ihrer Verwaltung getroffen, um über den Nutzgenuss so lange zu verfügen, bis nicht etwas durch Verkauf oder Schenkung eine andere Verwendung getroffen sein würde. Mit dem 16. September war also die Periode der Massenconfiscationen inaugurirt, die in Böhmen später ihren traurigen Abschluss fand.*) Oesterreich musste zuerst die Steuern für seinen Anschluss an den böhmischen Aufstand zahlen.

Was die Oberösterreicher betrifft, so brach ihr Widerstand noch vor dem der Niederösterreicher durch den Einmarsch militärischen Heeres in ihr Land.

*) Sächs. StA. Aus Wien 1820.

Siebentes Kapitel.

Herzog Maximilians Einmarsch in Oesterreich.

- I Verhandlungen zwischen Baiern und Sachsen über den Kriegsplan. Die Stärke der ligistischen Armee. Herzog Maximilian von Baiern wünscht zum Obercommandanten der kaiserlichen Armee ernannt zu werden. Haimhausen und Herlberg marschieren gegen Furt. Marsch der Hauptarmee nach Oberösterreich. Die Oberösterreicher bitten in Prag um Hilfe. Beginn der Verhandlungen der Oberösterreicher mit Maximilian. Schreiben Ferdinands an Maximilian. Antwort des letzteren. Maximilian in Linz. Die Stände machen die Huldigung von gewissen Bedingungen abhängig, geben aber zuletzt nach. Bericht des sächsischen Gesandten über Maximilian. P. Dominicus a Jesu Maria.
- II Abmarsch Maximilians aus Linz. Freistadt, Kaplitz, Zwettel. Anhalts Rückzug aus Eggenburg. Kriegsrath der kaiserlichen und ligistischen Anführer. Der kaiserliche Gesandte Graf Hohenzollern. Einwendungen des Kaisers gegen den in Horn vereinbarten Kriegsplan. Der Kaiser verlangt die Zusendung von einigen Tausend Mann.

I

Im Monate Juli 1620 betrat endlich die Liga den Kampfplatz für den Kaiser und bald darauf folgten Spanien und Sachsen ihrem Beispiel.

Die Concentration der ligistischen Streitkräfte, die in den Monaten Mai und Juni zu Ende gedieh, und die gleichzeitige Verhandlung in Ulm waren nicht der einzige Gegenstand, der den Herzog von Baiern um diese Zeit beschäftigte und den Grund für die Verzögerung seines Einzuges in Oberösterreich abgab. Bevor dieser angetreten werden konnte, musste mit Kursachsen der Kriegsplan verabredet werden; die darauf bezüglichen Verhandlungen nahmen eine geraume Zeit in Anspruch und hinderten so die Beschleunigung der von Ferdinand so heiss ersehnten Hilfeleistung. Der Kaiser hatte seine beiden fürstlichen Freunde aufgefordert, sich über die Richtung des Angriffes zu verständigen, er wünschte zwar, dass derselbe zu-

nächst gegen Oesterreich und die Lausitz erfolge, stellte er ihnen aber frei, sich über einen anderen Operationsplan zu verständigen und denselben in Ausführung zu bringen. *) Um diese Einigung zu erzielen, schickte Maximilian seinen Kammerjägermeister Wensin zu Johann Georg nach Dresden.

In Dresden hatte man seit längerer Zeit nicht nur die Rüstungen eifrig betrieben, sondern auch dafür Sorge getragen, dass sich im Lande wegen des Bündnisses mit den Katholiken keine üble Stimmung verbreite. Der Herzog von Weimar hatte die theologische Facultät von Wittenberg um ein Gutachten ersucht, das sich wahrscheinlich auf die Frage der Berechtigung der Theilnahme an dem böhmischen Kriege zu Gunsten der Aufständischen bezog und die Facultät hatte dieselbe in einer nicht ungünstigen aber vorsichtig gehaltenen Weise beantwortet. Diese Antwort erregte den Zorn des Kurfürsten von Sachsen. Er liess die Facultät auf eine Beschwerdeschrift aufmerksam machen, die vor zwei Monaten von mehreren lutherischen Geistlichen aus Böhmen nach Wittenberg gerichtet worden war und schwere Anklagen gegen den um sich greifenden und unduldsamen Calvinismus enthielt. Mit Rücksicht auf diese Klagschrift liess der Kurfürst die Facultät sagen, dass der Kampf in Böhmen sich darum drehe, ob der Calvinismus zur Herrschaft gelangen solle oder nicht; er verlangte deshalb, dass sie zu ihrer nach Weimar abgeschickten Antwort eine neue Erklärung hinzufüge und durch den Druck veröffentliche, welche so ziemlich das Gegentheil von ihren früheren Behauptungen enthalten sollte. **) In der That kam die Facultät diesem, einem Befehle gleichzuachtenden Wunsche nach und verfasste im folgenden Monate die gewünschte Erklärung; sie beachtete dabei auch einen Wink Hoö's, der mit einer Stelle in der Arbeit nicht zufrieden war

*) Sächs. StA. Memorial Wensins dd. 8. Mai 1620. — Kursachsen an Baiern dd. 14./24. Mai 1620. — Kaiserliche Antwort an Wensin dd. 21. April 1620.

**) Der sächsische Geheimrath an die theologische Fakultät zu Wittenberg dd. 13./23. April 1620. — Klage der lutherischen Geistlichen in Böhmen an die Fakultät zu Wittenberg dd. 2./12. Februar 1620. Sächs. StA. — Sächs. StA. Die theologische Fakultät an Kursachsen dd. 12./22. Mai 1620.

sorgte dann durch den Druck für die nöthige Verbreitung neuen Schrift. Es ist nicht nöthig zu sagen, dass sie sich derselben gegen alle Angriffe wider den Kaiser erklärte und dem Kurfürsten das Weiterschreiten auf dem betretenen Wege richtete.

Als Wensin in Dresden anlangte, trat er alsbald in Verhandlung, mit dem Präsidenten des Geheimrathes, dem Herrn Schönberg und theilte ihm den Vorschlag seines Herrn dass man den Angriff nach dem Wunsche des Kaisers vornehmen solle, dass Sachsen sich gegen die Lausitz, und ern gegen Oesterreich in Bewegung setzen sollten. Sein Vorschlag fand nicht den erwarteten Beifall. Schönberg brachte dem Wensin denselben den Einwand vor, dass die beiden Heere einer im Nothfall keine Hilfe leisten könnten und dass Sachsen durch den Angriff der im Norden Böhmens stationirten Truppen in Gefahr ausgesetzt wäre. Wensin war auf diese Einwürfe nicht vorbereitet, er dachte, dass die Verhandlungen sich nur um den Zeitpunkt drehen würden, wann der Angriff zu beginnen würde. Er suchte die Bedenken Schönbergs zu widerlegen, indem er darauf hinwies, dass die Böhmen ihre Streitkräfte ebenfalls theilen müssten, wenn der Angriff von Oesterreich von der Lausitz aus erfolgen würde, weil sie weder die eine noch das andere Land preisgeben könnten und dass demnach der Kurfürst keinesfalls überlegenen Streitkräften gegenüberstehen werde. Alle diese Einwürfe führten aber zu keinem Einverständniss und so musste sich Wensin entschliessen, erst die Entscheidung seines Herrn einzuholen. *) Johann Georg suchte in einem eigenen Schreiben auch den Kaiser für seine Ansicht zu gewinnen, er war übrigens der Meinung, dass man mit der eigentlichen Execution erst in 6—8 Wochen beginnen, vorher aber den Weg gütlicher Verhandlungen betreiben sollte. Wenn seinem Wunsche entsprochen worden wäre, so hätte man die günstigste Jahreszeit versäumt und die Verwerfung des Aufstandes war dann fraglicher denn je. **)

Sächs. St.A. Protokoll über die Verhandlungen Wensins in Dresden vom 8./18. bis 14./24. Mai 1620.

Sächs. St.A. Johann Georg an Ferdinand dd. 11./21. Mai 1620.

Als Maximilian den Bericht Wensins über die drei Verhandlungen erhielt, war er mit dem Verlaufe derselben sehr unzufrieden und machte daraus gegen den Kurfürsten kein Hehl. Er war entschlossen den Feldzug in Oberösterreich zu eröffnen, um die Donau zu gewinnen und Buquoy's Hand zu reichen, und dies um so mehr, weil dort gebahnte Strassen den Fortgang seiner Operationen förderten während der von Sachsen vorgeschlagene Zug gegen Böhmen ihn durch den unwegsamen Böhmerwald geführt und wahrscheinlich grossen Verlusten ausgesetzt hätte. Seinen Entschluß theilte er dem Kurfürsten mit und bemerkte zugleich, daß den Feldzug alsbald antreten werde, wenn man mit den in Ulm eingeleiteten Verhandlungen zu Ende gekommen würde. *) Johann Georg suchte den Operationsplan Maximilians nicht weiter umzugestalten, bemerkte aber, daß er nicht wisse, wann er seinen Angriff gegen die Lausitzen werde, da er nicht gesonnen sei die böhmische Armee gegen sich heranzuziehen.

Aus dieser Bemerkung so wie aus dem oben angeführten Wunsche, erst gütliche Verhandlungen einzuleiten, kann man entnehmen, dass sich in Kursachsen nachträglich die Leistung der zugesagten Hilfe mancherlei Bedenken geltend machten, und man beeilte sich deshalb von Wien aus nach Dresden zu begeben. Der Graf von Hohenzollern sollte nach Dresden reisen und den Kurfürsten ersuchen, mit dem Feldzuge nicht zu zögern, bis Maximilian Oesterreich niedergeworren habe und in Böhmen eingezogen sei, vor allem aber er solle merken, dass alle Zeit, die man auf gütliche Verhandlungen verwenden würde, verloren sei. Den Weg nach Dresden sollte er aber erst dann einschlagen, wenn er mit Maximilian Rücksprache genommen und den Tag erfahren würde, an dem derselbe den Marsch nach Oesterreich ansetzen wollte. **)

1620 Ungefähr am 20. Juni trat der Reichshofrathspräsident

*) Sächs. StA. Baiern an Kursachsen dd. 7. Juni 1620.

**) Kais. Instruction für Hohenzollern dd. 16. Juni 1620. Sächs. StA. Ebend. Memorial Hohenzollerns dd. 15. Juni 1620.

seine Reise nach München behufs dieser Rücksprache an, musste aber von da nach Dillingen an die Donau gehen, weil sich Herzog Maximilian während der ulmer Verhandlungen daselbst aufhielt. Er sollte dem Herzog die volle Zustimmung des Kaisers zu seinem Kriegsplan ausdrücken und sich über jene Gründe belehren lassen, durch die er bei seiner Weiterreise den Kurfürsten von Sachsen zu einem raschen Eingreifen bestimmen könnte. Als Hohenzollern bei dem Herzog anlangte, hatte er Gelegenheit, das bei Lauingen konzentrierte ligistische Heer, das 24.500 Mann zu Fuss und 5500 Reiter zählte, zu besichtigen. Es bestand aus durchwegs tüchtig geschulten Truppen, namentlich erregte die Infanterie die Bewunderung des Grafen. Die Anwesenheit des kaiserlichen Gesandten benützte der Herzog, um dem Kaiser sagen zu lassen, dass er für ihn „Gut und Blut“ zu opfern bereit sei, nur verlange er zur Sicherung des Erfolges, dass Buquoy die Weisung erhalte, fortan ein stetem Einvernehmen mit ihm vorzugehen.

Offenbar deutete Maximilian damit den Wunsch an, zum Oberanführer der sämtlichen, nunmehr im kaiserlichen Dienste stehenden Truppen ernannt zu werden, er hielt sich dazu durch die grosse Stärke seines Heeres für berechtigt und glaubte sich nur dadurch den Uebelständen vorbeugen zu können, die das Zusammenwirken mit Buquoy, den man der Eifersucht und Unbotmässigkeit beschuldigte, im Gefolge haben könnte. Man fasste die Andeutung des Herzogs in Wien auch nicht anders auf und da man seinem Wunsche nachkommen wollte, wurde der Graf Buquoy von demselben verständigt und vielleicht auch aufgefordert, sich ihm zu fügen. Allein der kaiserliche Feldherr war nicht gewillt, von seiner hohen Stellung herabzusteigen, er berief sich deshalb auf sein Anstellungspatent, nach welchem ihm das oberste Kommando nur in dem Falle abgenommen werden sollte, wenn der Kaiser einen der Erzherzöge mit der Leitung des Heerwesens betrauen würde.*) Es hätte indessen wenig gefehlt, so würde der kaiserliche Hof dem Wunsche Maximilians nachgegeben sein, da man in

*) Harrach'sches Archiv in Wien: Entwurf einer ablehnenden Antwort Buquoy's.

Wien die Fähigkeiten Buquoy's zu bezweifeln anfang. Oñate, sonst ein Freund Buquoy's, konnte nicht umhin zuzugestehen, dass er etwas träge sei und den auftauchenden Schwierigkeiten nicht mit Energie zu begegnen wisse.*) Dennoch wollte man ihn nicht fallen lassen, sondern noch durch einige Zeit erproben und aus diesem Grunde wollte man auch sein Ansehen durch Unterordnung unter Maximilians Kommando nicht schmälern. So wurde also der schüchtern angedeutete Wunsch des Herzogs von Baiern dahin beantwortet, dass man dem Grafen das beste Einvernehmen mit dem Führer des ligistischen Heeres anbefohlen habe.

Nachdem Hohenzollern von dem Herzoge von Baiern nicht bloss die Zusicherung erhalten hatte, dass er seinen Zug nach Oesterreich unmittelbar antreten werde, sondern auch Zeitpunkt des angetretenen Marsches gewesen war, lenkte er seine Schritte nach Dresden.**) Hier konnte nun allerdings nicht mehr von Rede von einem gemeinschaftlichen Angriff auf Böhmen sein, da das ligistische Heer bereits nach Oesterreich aufgebrochen war, aber der Kurfürst gab deshalb seine Opposition nicht auf und lehnte zunächst die unmittelbare Betheiligung an dem Angriffe ab, so lange er nicht Nachrichten von den Fortschritten des ligistischen Heeres empfangen haben würde. Maximilian musste also einen bedeutenden Erfolg erlangen, wenn Johann Georg aus seiner Zuschauerrolle herantreten sollte. Seine Furchtsamkeit — und nur diese allein scheint uns der Grund seines Zögerns gewesen zu sein — suchte er mit der Behauptung zu decken, dass er gegen das englische Regiment, das gerade im Anmarsche gegen die Lausitz begriffen war, Front machen müsse; erst wenn ihm von diesem keine Gefahr drohe, werde er sich weiter entscheiden können.***) Thatsächlich griff Johann Georg die Lausitz erst

*) Simancas, Oñate an Philipp III dd. 18. Juli 1620.

***) Wiener StA. Hohenzollern an Ferdinand, Dillingen 9. Juli 1620. — Münchener StA. Ferdinand an Maximilian dd. 15. Juli 1620. — Sächs. StA. Erste und zweite Relation Hohenzollerns an den Kaiser dd. 8. Juni 1620.

***) Johann Georgs Antwort dem kais. Gesandten gegeben 14./24. Juli 1620. Sächs. StA.

dass man gerade in diesen Tagen
 militärischen Regiments, das aus dem
 getreten war, willigen musste,
 konnte. Den Oberösterreichern
 Hilfeleistung einzugestehen, dazu
 weniger entschlossen, als man
 fälle hoffte und namentlich auch
 Bethlens grosse Resultate er-
 dass Maximilian so rasch vorrücken
 Tschernembl, der sich von Retz
 vielleicht mit demselben Auf-
 rden war, von Ruppá gewonnen,
 reiben verstand, in dem er den
 auf Unterstützung machte und be-
 n Mannschaft noch an Geld Noth
 von England entschlossen sei, sei-
 n.**) Auf die Erhöhung des Muthes
 standskraft waren auch die Erklä-
 oberösterreichern von König Fried-
 schen Ständen, von dem Kanzler
 men und worin ihnen die Versi-
 der Kurfürst von Sachsen neu-
 Grafen Thurn und Mansfeld den
 zu Hilfe zu eilen. Noch vor der
 in Linz fand sich der Oberst
 die durch Rauber gestellten
 wiederholen und vielleicht über die
 stoff der ligistischen Truppen ab-
 Am 1. August fand deshalb eine 1620
 österreichischen Abgeordneten und
 n Beamten statt, allein wiewohl
 nicht dauerte, konnte man doch
 fassen, weil die Mittel fehlten.***)

1620 Prag. — Wiener

— Friedrich an

Die böhmischen

10.

120.

folgenden Kriege eine der hervorragendsten Rolle spielte. Die Charakteristik dieses Mannes versparen wir uns auf eine Zeit, wo sein Wesen und seine Leistungen offen hervorgetreten sein werden. Wir bemerken nur jetzt, dass Maximilian nie in die Manövernahmen Tillys und später Buquoy's eingriff und sonach ihre Erfahrungen volle Rechnung trug: seine Anwesenheit beim Heere war aber trotzdem von grösster Bedeutung, indem durch sein Ansehen die nöthige Einheit nie getrübt und die Disziplin aufrecht erhalten wurde. Unter den Personen, die im ligistischen Heer dienten und vermöge ihres Ranges während des Marsches im Gefolge des Herzogs befanden, war der Herzog von Elboeuf, der Fürst Orsini, vor allem aber der jugendliche, erst 16 Jahre alte Herzog von Vaudemont anzuführen. Es war dies der Urgrossvater des Herzogs Franz Stephan von Lothringen, des Gemahls Maria Theresia's, der offenbar zum erstenmale das Kriegshandwerk in praktischer Weise lernen wollte.*)

In Regensburg erhielt Maximilian von der Stadtobrigkeit die nöthigen Schiffe für die Beförderung seiner Armee, und fuhr auch selbst auf der Donau abwärts bis Passau, stieg dort ans Land und ritt nach Schärding, wo er von seiner Gemahlin erwartet wurde, die nochmals Abschied von ihm nehmen wollte. Während er in Schärding Rast hielt und den Anmarsch seiner Truppen erwartete, die gleichfalls bei Passau die Donau verliessen, fand sich bei ihm eine Deputation der oberösterreichischen Stände mit der Frage ein, was das Heranrücken des ligistischen Heeres zu bedeuten habe. Der Herzog wiedererte, dass er diese Frage durch einen eigenen Gesandten Linz beantworten wolle, und schickte in der That am folgenden Tage den Herrn von Wensin in Begleitung eines Hausmannes nach der genannten Stadt ab. Der Gesandte gab selbst die Erklärung ab, dass Maximilian mit seinem Heere heranrücke, um die Oberösterreicher zu zwingen, dem Kaiser zu huldigen, von der Conföderation mit Böhmen abzulassen ihr Kriegsvolk zu verabschieden und das Schloss von Linz sammt allen anderen von ihnen besetzt gehaltenen Plätzen

19. Juli
1620

*) Münchner StA. Diurnale.

Die in Linz versammelten Stände antworteten Botschaft, dass sie sie erst ihren abwesenden Ständen mittheilen müssten, ehe sie eine definitive Antwort könnten. Maximilian hatte den Zeitraum von fünf gestanden, bis zu welchem er ihrer Antwort gewärtig war, weil er diese Zeit brauchte, bevor er seine Armee in Ried, welches heute zu Oberösterreich, damals aber zu Bayern gehörte, konzentriert hatte. Das Fussvolk marschierte dahin, während die Kavallerie von Braunau nach Linz herangezogen kam. Als sich nun am 24. Juli 1619 die Deputation der oberösterreichischen Stände bei dem Herzog Maximilian und ihm um die Verlängerung der zugestandenen Frist berathen würden, wies er sie mit der Erklärung ab, er werde den kaiserlichen Auftrag ungesäumt erfüllen und in Oberösterreich einrücken werde. In der That gab er am 25. Juli dem Obersten Haslang den Befehl, mit 6000 Fuss, 2000 Reitern und 4 Kanonen die Grenze von Oberösterreich zu überschreiten, und am andern Tag liess er ein Kommando Tilly's abermals 6000 Fussknechte und Kavallerie vorrücken, denen später der Rest des Heeres

Maximilian mit der ligistischen Armee so schnell nach Oberösterreich vorrücken und dass er ohne weiteres Verhandlungen über die Grenze schreiten würde, darauf waren weder die oberösterreichischen Stände noch die Böhmen gefasst, und es, dass man keine Anstalten getroffen hatte, um die kaiserlichen Streitkräfte an die Grenze zu dirigiren. In Haag traf die ligistische Armee auf den Widerstand einigen Tausend Bauern, die die Strasse mit Steinen errammelt hatten; da es ihnen jedoch an jeglicher Art Artillerie und an ordentlichen Waffen fehlte, wurden sie bald zurück getrieben. Obwohl nur wenige Soldaten in diesem Aufstand gefallen waren, mussten doch die Bauern ihre Aufhebel büssen, denn die ligistischen Truppen wütheten in unmenschlicher Weise, indem sie die umliegenden Dörfer niederbrannten und überhaupt alles mit Feuer und Schwert verwüsteten. Auch in den folgenden Tagen wurde

diese barbarische Kriegführung fortgesetzt, so dass die Wohnhäuser in der Umgebung von Haag und Aistenheim auf einige Meilen in der Runde niedergebrannt und Mensch und Thier zur Flucht in die benachbarten Wälder gezwungen wurden.* Es waren also nicht bloss die Ungarn und Polen, sondern auch die frisch geworbenen und gut bezahlten ligistischen Truppen, welche sich von vornherein durch eine rohe Zerstörungswuth auszeichneten, der Unterschied bestand nur darin, dass die Anführer des ligistischen Heeres vorläufig an dieser grausamen Kriegsweise keinen Gefallen fanden. Denn als Maximilian durch die Klagen der oberösterreichischen Stände von der von seinen Truppen verübten Verwüstung Nachricht erhielt, befahl er, die Schuldigen zu strafen und einige sogar ans Kreuz zu schlagen und verbot auf das strengste die Wiederholung ähnlicher Barbareien. In Folge der strengen Verfügungen des Herzogs wurde unter Mithilfe seiner Officiere eine bessere Mannszucht eingeführt, und als sich die Nachricht hievon verbreitete, trug sie nicht wenig zur Lahmlegung des Widerstandes bei.

Als die Kunde von dem bevorstehenden Einmarsche der ligistischen Truppen in Oberösterreich nach Prag gelangte, ergoss man sich daselbst in Beschuldigungen gegen die Union, und den von ihr in Ulm abgeschlossenen Vertrag, der dem Herzog Maximilian den Weg frei gemacht habe. Da jedoch mit diesen Anklagen den Oberösterreichern nicht geholfen war, musste man an wirksamere Massregeln denken und wurde dazu auch durch den Herrn von Rauber gedrängt, der zu diesem Behufe von den oberösterreichischen Ständen nach Prag geschickt worden war.***) Allein was half alles Nachdenken und alles Drängen, wenn die Noth in Prag solche Dime-

) Münchner StA. Diurnale. Die betreffende Stelle lautet: Ex quo (durch den Widerstand der Bauern) milites nostri exacerbati saevierunt in rusticos, igne omnia vastarunt et plurimas villas combusserunt. — Urk. dd. 30. Juli: „Ad aliquot milliaria omnes villae et domus combustae, reliquae spoliatae, vaccae, equi et reliqua animalia omnia abacta, rustici et incolae omnes dispersi et fugitivi sunt et hinc inde in sylvia latitant.“ — Wiener StA. Maximilian an Ferdinand dd. 27. Juli 1620.

**) Münchner Reichsarchiv: Avisen aus Prag dd. 3. August 1620.

man angenommen hatte, dass man gerade in diesen Tagen in die Entlassung des mansfeldischen Regiments, das aus dem niederösterreichischen Dienst getreten war, willigen musste, weil man es nicht bezahlen konnte. Den Oberösterreichern offen die Unmöglichkeit einer Hilfeleistung einzugestehen, dazu konnte man sich jedoch um so weniger entschliessen, als man doch immer auf günstige Zufälle hoffte und namentlich auch von dem werktätigen Eingreifen Bethlens grosse Resultate erwartete und nicht glaubte, dass Maximilian so rasch vorrücken würde. Wahrscheinlich wurde Tschernembl, der sich von Retz nach Prag begeben hatte und vielleicht mit demselben Auftrag wie Rauber betraut worden war, von Ruppá gewonnen, dass er sich zu einem Schreiben verstand, in dem er den Oberösterreichern Hoffnung auf Unterstützung machte und behauptete, dass man weder an Mannschaft noch an Geld Noth haben werde, da der König von England entschlossen sei, seinem Schwiegersohne zu helfen.*) Auf die Erhöhung des Muthes und die Stärkung der Widerstandskraft waren auch die Erklärungen berechnet, die den Oberösterreichern von König Friedrich selbst, von den böhmischen Ständen, von dem Kanzler und anderen Personen zukamen und worin ihnen die Versicherung ertheilt wurde, dass der Kurfürst von Sachsen neutral bleiben werde und die Grafen Thurn und Mansfeld den Befehl erhalten hätten, ihnen zu Hilfe zu eilen. Noch vor der Ankunft aller dieser Schreiben in Linz fand sich der Oberst Starhemberg in Prag ein, um die durch Rauber gestellten Bitten noch dringender zu wiederholen und vielleicht über die Art und Weise, wie der Angriff der ligistischen Truppen abzuwehren sei, Rath zu halten. Am 1. August fand deshalb eine 1620 Berathung zwischen den oberösterreichischen Abgeordneten und einigen der obersten böhmischen Beamten statt, allein wiewohl die Sitzung bis tief in die Nacht dauerte, konnte man doch keinen entscheidenden Beschluss fassen, weil die Mittel fehlten.**)

*) Wiener StA. Tschernembl an Ungnad dd. 27. Juli 1620 Prag. — Wiener StA. Ruppá an Herrn von Ungnad dd. 28. Juli 1620. — Friedrich an die oberösterreichischen Stände dd. 28. Juli 1620. — Die böhmischen Stände an die oberösterreichischen Stände dd. 28. Juli 1620.

**) Münchner Reichsarchiv: Avisen aus Prag dd. 3. August 1620.

Alle prager Zuschriften und Berathungen waren zu Anfang nicht mehr im Stande, die in Oberösterreich sich vorbereitende Katastrophe hintanzuhalten. Der rasche Vormarsch der ligistischen Armee, die am 31. Juli bereits zwischen Grieskirchen und Wels stand, und die Ablehnung aller Unterhandlungen von Seite Maximilians belehrten die oberösterreichischen Stände von dem furchtbaren Ernst ihrer Lage und von der Nothwendigkeit, entweder sich dem Kaiser zu Füßen zu werfen, oder sich auf Tod und Leben zu vertheidigen.*) Da ihnen zu letzterem der Muth gebrach, so schickten sie eine Deputation zum Herzog ab, die sich bei ihm in Grieskirchen einfand und ihm ihre Unterwerfung unter der Bedingung anbot, dass ihre religiösen und politischen Freiheiten, wie solche unter den Kaisern Maximilian und Mathias gegolten hätten, garantiert würden. Dass sie ihre Lage noch nicht für so schlimm hielten als sie in der That war, beweisen nicht nur diese Bedingungen, sondern auch die daran geknüpfte Forderung, dass das ligistische Heer alsbald aus Oberösterreich abziehen und keine Städte daselbst besetzt halten solle. Auch die ihnen angethene Kassirung der Conföderation mit Böhmen lehnten sie ab, weil ihnen das zum Schimpf gereichen würde, es genügt nach ihrer Behauptung, wenn der Kaiser die Conföderation für ungiltig erkläre. Selbstverständlich verlangten die Stände zum Schlusse eine allgemeine Amnestie.**)

Als Maximilian jede Verhandlung bis zu seiner Ankunft in Linz verschob, erklärten die Gesandten des linzer Landtags, dass die Stände erbtig seien, ihm Stadt und Schloss zu übergeben. Die Oberösterreicher hatten also jeden Widerstand aufgegeben, ihre einzige Hoffnung beruhte auf den Verhandlungen, zu denen sich der Herzog bereit erklärt hatte.

Diese Hoffnung sollte sich jedoch als eitel erweisen, da Maximilian von Wien aus bedeutet wurde, sich in keine Verhandlungen einzulassen und auf einer bedingungslosen Huldigung zu bestehen. Am kaiserlichen Hofe war seit Anfang August, also seit dem Einmarsche der ligistischen Truppen

*) Münchner Reichsarchiv: Avisen aus Prag dd. 3. August 1620.

**) Münchner StA. Diurnale.

selbstvertrauen ausserordentlich gestiegen, man wollte sich
 religiösen Frage zu keinen Zugeständnissen mehr ver-
 , obwohl man noch vor vier Wochen den Niederöster-
 ern bei der Huldigung das freie Bekenntniß der aug-
 r Confession zugestanden hatte.*) Um über die Art und
 e, wie man die oberösterreichischen Stände behandeln
 e, eine Einigung mit Maximilian zu erzielen, beschloss
 in Wien einen der hervorragendsten Rätthe, den Herrn von
 ch, in das bairische Hauptquartier abzuschicken. In dem
 üben, das der Kaiser ihm mitgab, forderte er den Herzog
 lezu auf: „die Prädicanten sammt der verdammten Kez-
 aus Oberösterreich abzuschaffen, da er es bei diesem
 schten Stande der Dinge vor Gott nicht verantworten
 e, wenn den Ständen ihre abscheuliche Ketzerei, durch
 e der gemeine Mann allein wider ihn verhetzt worden
 weiters zugelassen würde.“**) Die politischen Angelegen-
 , in denen Harrach ein vollständiges Einverständniß
 hen dem Kaiser und dem Herzog erzielen sollte, betrafen
 rage, mit welchen Strafen man gegen die Häupter des
 rigen Widerstandes und ihre Anhänger auftreten und ob
 das Landvolk entwaffnen solle. Eine weitere Frage, die
 ch stellen sollte, betraf das Verhältniß zwischen Fer-
 d und Maximilian und war deshalb sehr heikler Natur.
 mand wollte nämlich wissen, in wessen Namen die ein-
 a oberösterreichischen Städte besetzt werden und wer
 ertwaltung von Oberösterreich leiten und die Einkünfte
 ssen solle. In dieser Anfrage verbarg sich ein schüch-
 t Versuch, von den Bedingungen des münchener Okto-
 rtrages bezüglich Oberösterreichs etwas abzuhandeln.***)
 Maximilian verschob die Beantwortung aller dieser
 n auf die nächsten Tage, indem er vorläufig seinen
 h nach Linz fortsetzte und seine Ankunft in der Nähe

4. Aug.
1620

chiv von Simancas: El Consejo de Estado al Rey dd. 22. August 1620.
 ünchener StA.: Ferdinand II an Maximilian dd. 1. August 1620. —
 rrach'sches Archiv in Wien: Harrach's Anrede an Maximilian. —
 end. Memoriale, was bei Baiern anzubringen.
 ünchener StA. Die von Harrach vorgebrachten Punkte ersichtlich aus
 r Antwort dd. 7. August 1620.

dieser Stadt den Ständen durch eine Zuschrift ankündigte in der er sie aufforderte, ihm die Zahl der in ihrem Dienst befindlichen Truppen anzugeben und das Namensverzeichnis der an- und abwesenden ständischen Mitglieder einzuschicken.

6. Aug. Die in Linz versammelten Stände erklärten, dem Befehl 1620 nachkommen zu wollen. nur verlangten sie auch jetzt, das Oberösterreich mit Besatzungen verschont bleibe, mit welchem Begehren sie jedoch abermals abgewiesen wurden. Als sie am folgenden Tage die Aufforderung erhielten, ihre Truppen aus ihrer Verpflichtung zu entlassen, damit dieselben in die Dienste des Herzogs treten könnten, versprachen sie diesem Verlangen nachzukommen.*)

Jetzt säumte Maximilian nicht länger, dem Kaiser die gewünschte Antwort zu ertheilen, nachdem er sich lange und wiederholt mit seinen vertrauten Rathgebern über dieselbe berathen hatte. Er fasste die Frage bezüglich der Beschränkung der religiösen und politischen Freiheiten der Oberösterreich sowie die wegen der Bestrafung der Rädelsführer und ihrer Anhänger als eine einzige auf und war in ihrer Beantwortung mit dem Kaiser eines Sinnes. Er glaubte aber, dass Ferdinand noch nicht offen auftreten, weder die Protestanten als solche bedrohen, noch die Theilnehmer des Aufstandes am Leben und Vermögen strafen dürfe, weil sonst die Verzweiflung um sich greifen und ein allgemeiner Widerstand sich entwickeln würde. Man müsste dann seine Kräfte in Oberösterreich zer-splittern, den Zug nach Böhmen aufschieben und dadurch den ganzen Erfolg aufs Spiel setzen. Er sei zwar erbötig, allen Befehlen des Kaisers nachzukommen und scharf oder mild aufzutreten, doch halte er es aus den angegebenen Gründen für das beste, wenn der Kaiser sich den einzuschlagenden Weg offen halte und weder drohe noch verspreche, sondern erst dann, wenn kein Grund zu einer Besorgniss vorhanden sei, mit Strenge auftrete. In gleicher Weise widerrieth der Herzog die augenblickliche Vornahme der allgemeinen Entwaffnung des Bauernvolkes, weil man damit viel Zeit zer-splittern würde, die besser für den Feldzug in Böhmen ver-

*) Münchener StA. Diurnale.

wendet werden könnte, und weil die Bewaffnung des Bauernvolkes so primitiver Art sei, dass die Bauern sich jederzeit derartige Waffen herstellen könnten. In Bezug auf die Fragen, welche seine Ansprüche auf Oberösterreich betrafen, erklärte er, dass er es für das beste halte, wenn die Garnisonen, die er in einzelne Orte legen würde, in seiner und nicht in des Kaisers Pflicht bleiben würden und wenn ihm überhaupt allein die Verwaltung des Landes, die Anstellung der Beamten im Justiz- und Kammerwesen und der Genuss der Einkünfte bis zu dem Augenblick zugestanden würde, in welchem er sich für die zu Gunsten des Kaisers aufgewendeten Kriegskosten schadlos gemacht hätte. Der Kaiser sollte sich also damit begnügen, dass ihm die Stände huldigten; den thatsächlichen Besitz von Oberösterreich wollte sich aber der Herzog bis zu dem Zeitpunkte sichern, in welchem der Kaiser seine Schuld bis zum letzten Pfennig abgezahlt haben würde. Dafür war Maximilian erbötig, einen kaiserlichen Vertrauensmann zur Controlirung der Einkünfte und Ausgaben zuzulassen, damit Ferdinand in sichere Erfahrung bringen könne, wann er seiner Schuld ledig geworden sei.*) — Die Antwort Maximilians entsprach den in München eingegangenen Verpflichtungen, so dass man in Wien an ihr nicht mäkeln durfte, sondern sie gutheissen musste. Der Kaiser sprach dem Herzog seine Zustimmung zu derselben in einem eigenen Schreiben aus, mit dessen Ueberbringung er den Herrn von Trauttmansdorff beauftragte. Nur im Punkte der Religion machte der Kaiser einige Einwendungen, die er vorsichtsweise seinem Gesandten nur mündlich mittheilte, und die uns deshalb unbekannt geblieben sind.***) In Trauttmansdorffs Begleitung befand sich auch der Graf von Dampierre, der sich mit dem Herzog über den weitem Feldzugsplan berathen und ihm die Verbindung mit dem buquoy'schen Heere vorschlagen sollte. Dieser Antrag wurde angenommen und die entsprechenden Vorbereitungen getroffen.

Die Tage seiner Anwesenheit in Linz benutzte der Her-

*) Münchner StA.: Antwort Maximilians auf die Botschaft Harrach's dd. 7. August 1620.

***) Münchner StA.: Ferdinand an Maximilian dd. 11. August 1620.

zog dazu, die Verhältnisse in Oberösterreich in befriedigender Weise zu ordnen, um den Weitermarsch beruhigt antreten zu können. Noch war die Frage wegen Uebernahme des oberösterreichischen Kriegsvolkes in seine Dienste nicht gelöst, da die Truppen den ständischen Dienst nicht eher verlassen wollten, als bis ihnen der rückständige Sold bezahlt sein würde. Maximilian traf mit den Ständen die Vereinbarung, dass den Truppen ein zweimonatlicher Sold im Betrage von 84.000 Gulden ausbezahlt und sie mit dem Rest ihrer Forderungen auf spätere Zeiten verwiesen werden sollten, und um diese Zahlung zu ermöglichen, streckte er den Ständen 40.000 Gulden vor. Nach mancherlei Zögerungen begnügten sich die Truppen mit diesem Anbote; als aber einer der Commissäre, die die Verhandlung leiteten, sie zu ihrem neuen Dienste unter Maximilian beglückwünschte, wurde dieser Glückwunsch als ein Spott angesehen und ein Theil der Soldaten erklärte, nicht weiter dienen zu wollen. Um allen Weitschweifigkeiten ein Ende zu machen und den Widerstand im Keime zu ersticken, liess Maximilian in der Nacht auf den 15. August ein Regiment Fussvolk und eine Reiterabtheilung nach Ottensheim rücken, wo die ständischen Truppen standen, um mit Gewalt zu erreichen, was durch Güte nicht zu gewinnen war.*) Als die widerspenstige Mannschaft die Gefahr bemerkte, weigerte sie sich nicht länger, die dargebotenen Bedingungen anzunehmen und sich für das ligistische Heer anwerben zu lassen und so gewann das letztere eine Verstärkung von mehr als 3000 Mann. Um Oberösterreich die Möglichkeit weiteren Widerstandes zu benehmen, befahl Maximilian, dass alle Kriegsvorräthe im Lande und alle städtischen Waffen nach Linz gebracht werden sollten und erreichte durch diese scheinbar partielle Entwaffnung, dass das Land thatsächlich aller Mittel zu einer Erhebung verlustig ging.**)

*) Münchner StA.: Diurnale. — Bayrischer Feldzug. Gedruckt im Jahre 1621.

***) Münchner StA.: Diurnale.

einzustellenden Proviantwagen. Obwohl Maximilian den Ständen für diese Leistung eine Entschädigung bewilligte, zogen sich dieselben ihr dennoch zu entziehen, allein ihre Weigerung hatte keinen Erfolg. *)

Gleichzeitig mit diesen Massregeln verlangte der Herzog von den Ständen, dass sie dem Kaiser huldigen, lehnte aber ihre Bedingungen, unter denen sie sich bereit erklärt hatten, ab. Sie versahen sich zu thun, sammt und sonders ab und verwies sie namentlich mit der Bitte um eine allgemeine Amnestie an den Kaiser. **) Da Maximilian diese Huldigung nur als eine vorläufige bezeichnete, so ersuchten die Stände um die Mittheilung der Eidesformel für diese vorläufige Huldigung und erklärten zugleich, dass, wenn sie so lauten würde, wie die überbrachte, sie auf ihren Bedingungen verharren müssten und die Huldigung vor Bestätigung ihrer politischen und religiösen Privilegien nicht leisten könnten: Auch mit dieser Erklärung wurden sie abgewiesen und binnen zwei Tagen unter Gewaltandrohung zum Gehorsam aufgefordert. Trotzdem bat sie am 18. August nochmals um Aufschub des Huldigungs-termines, und als ihnen dieser nicht bewilligt wurde, überreichten sie am folgenden Tage dem Herzoge eine Schrift, worin sie den Beweis zu führen suchten, dass sie ohne Gewissenskrupel den Eid nicht leisten könnten, wenn ihnen nicht zuvor ihre politischen und religiösen Freiheiten gesichert würden. Auch bezüglich des Bündnisses mit Böhmen lehnten sie es ab, dem Verlangen Maximilians nachzukommen und eine schriftliche Erklärung abzugeben, dass sie sich von demselben lossagten. Das Original der Bündnissurkunde wollten sie jedoch nicht länger zurückbehalten, sondern überreichten es dem Herzoge. Der letztere entliess die Stände mit dem Bemerkten, dass er ihnen noch am selben Tage seinen Willen kund thun würde, und in der That fanden sich die Herren von Döring und Dr. Prucklacher bei ihnen ein und gaben ihnen die

*) Bayrischer Feldzug. Gedruckt im J. 1621.

**) Wiener Staatsarchiv: Maximilian an die oberösterreichischen Stände dd. 13. August 1620.

jedenfalls unaufrichtige Versicherung, dass die vorläufige Huldigung ihren Rechten in keiner Weise vorgreifen solle. Wir bezeichnen diese Erklärung als unaufrichtig, da es den bairischen Räten und wenigstens ihrem Herrn wohl bekannt war, dass der Kaiser entschlossen sei, die ständischen Rechte zu schmälern und dass man um eben dieses Grundes willen die Huldigung bedingungslos verlangte. Neben dieser auf die Beschwichtigung des ständischen Widerstandes berechneten Erklärung wiederholten die bairischen Räte das schon vom Herzog gestellte Verlangen, dass die Stände in einer eigenen Urkunde auf das böhmische Bündniss Verzicht leisten sollten.* Nach einer Berathung, die bis tief in die Nacht hinein währte, entschlossen sich die Stände nachzugeben und benachrichtigten den Herzog, dass sie die vorläufige Huldigung leisten wollten, allerdings in der Voraussetzung, dass dies ihren Rechten und Freiheiten nicht zum Abbruch gereichen würde.

1620 Als sie sich nun am 20. August bei dem Herzoge einfanden, erklärte er, dass er bezüglich der Religion ihnen keine beruhigende Versicherung geben könne, da der Kaiser allein über diesen Gegenstand entscheiden werde; bezüglich ihrer politischen Privilegien gab er aber wenigstens eine Art von Zusicherung, indem er bemerkte, dass die provisorische Huldigung ihnen ebenso wenig wie der Hoheit und den Rechten des Kaisers präjudizirlich sein solle. Dass sich die Stände zu der schriftlichen Verzichtleistung auf das böhmische Bündniss bereit zeigten, nahm der Herzog mit Wohlgefallen zur Kenntniss, erklärte aber, dass er ihre Aeusserung, als ob sie nur dem Druck nachgäben, als ungiltig ansehe. — Man schritt darauf zur Huldigung. Die Geistlichkeit trat zuerst vor und sprach den ihr vorgelesenen Eid nach, worauf jeder einzelne Prälat dem Herzog zur Bestätigung desselben die Hand reichte. Als der bairische Kanzler darauf dem Herrn- und Ritterstand den Eid vorlas und in gleicher Weise das Nachsprechen der einzelnen Worte verlangte, erklärte Herr Hans Jörgger, das angesehenste Mitglied, das Nachsprechen des Eides sei bei den weltlichen Ständen nicht gebräuchlich und ihre Eidesleistung

*) Münchner StA. Diurnale. — Bairischer Feldzug. Gedruckt im J. 1621.

estehe bloss im Handschlag. Der Herzog wollte diesem Einande Rechnung tragen und bloss das Handgelübde entgegennehmen, aber der Prälat von Kremsmünster trat hervor und erklärte die Behauptung des Herrn Jörger als nicht auf der Wahrheit beruhend. Es ist nicht zu bezweifeln, dass der Prälat Recht hatte und dass der Adel den Eid nur unter erdichteten Vorwänden nicht nachsprechen wollte, um entweder sein Gewissen nicht zu belasten oder seine privilegierte Stellung nicht zu verschlimmern. Es entspann sich eine sehr aufgeregte Conversation, an der sich die meisten Anwesenden betheiligten. Der Herzog gab zuletzt den Wünschen des Adels nach und begnügte sich mit dem Handschlag; nur die städtischen Vertreter sprachen die Eidesformel wieder nach und leisteten darauf den Handschlag.*)

Nach der Beendigung dieser Handlung machte Maximilian den ersten Gebrauch von seinen auf Oberösterreich erworbenen Rechten, indem er den Obersten Freiherrn von Herbersdorf zum Landeshauptmann ernannte und den Ständen als solchen vorstellte. Im Laufe von wenig Tagen hatte Maximilian sonach erreicht, was überhaupt zu erreichen war: er hatte den Widerstand in Oberösterreich gebrochen, sich die Kräfte und Kriegsmittel dieses Landes dienstbar gemacht und die Stände zur Huldigung genöthigt. Zeidler, der sächsische Gesandte am wiener Hof, war eigens nach Linz gereist, um die Art und Weise von Maximilians Auftreten aus eigener Anschauung kennen zu lernen und hierüber an seinen Herrn berichten zu können. Sein Bericht ist voller Bewunderung für den ihm wegen seiner kirchlichen Richtung sonst unsympathischen Herzog: mit fester Hand führe er alle Verhandlungen, voller Zuvorkommenheit in der Form beharre er unerschütterlich auf seinen einmal gestellten Forderungen und habe so die oberösterreichischen Stände zu voller Nachgiebigkeit gezwungen. Er rühmt seinen Eifer für die Aufrechthaltung der Disziplin im Heere, seine vorsorgliche Sparsamkeit in der Verproviantirung desselben, seine trefflichen Anstalten zur Ordnung des oberösterreichischen Verwaltungs- und Justizwesens,

*) Bairischer Feldzug. — Münchner StA.: Diurnale.

kurz er findet in ihm einen Mann, der für das grosse Unternehmen, das er übernommen, wie geschaffen sei und dasselbe ehrenvoll zu Ende führen werde.*)

Nachdem Maximilian für die Besetzung einiger Städte und Pässe die entsprechenden Verfügungen getroffen und dem 5000 Mann bestimmt hatte, musste er auch für die Unterbringung seiner mittlerweile erkrankten Soldaten sorgen. Der Krankenstand in seinem frischgeworbenen und gut verpflegten Heere erreichte in Linz die Zahl von 1400 Mann, von denen nur eine verschwindend kleine Zahl verwundet war; man kann daraus schliessen, wie trüb sich die Gesundheitsverhältnisse im böhmischen Heere, das so vielfachem Mangel ausgesetzt war, auch während des Sommers gestalteten. Nachdem der Herzog die an der Donau gelegenen Häuser zu Lazarethen hatte einrichten lassen, traf er die nöthigen Verfügungen, um mit seinem Heere nach Böhmen vorzurücken.**)

1620 Er hatte gleich bei seinem Einmarsche in Oberösterreich den Obersten Marradas hievon benachrichtigt und ihn aufgefordert, ihm zu melden, wo und wie er unterstützt zu werden wünsche. Als er nun die Nachricht erhielt, dass der Graf Mansfeld seine Stellung bei Wallern verlassen habe, um sich den oberösterreichischen Grenzen zu nähern, schickte er von Linz aus am 5. August eine Truppenabtheilung nach Freistadt, um sich die Verbindung mit Krumau und Budweis zu sichern und den allfälligen Vormarsch Mansfelds zu hindern. In derselben Absicht schickte er einige Tage später den Obersten Sulz mit 3000 Mann Fussvolk und 1000 Reitern, wie wir vermuthen, nach Leonfeld ab, und erreichte damit vollständig seinen Zweck, denn Mansfeld gab den Marsch nach Oberösterreich auf, da ihm die Unterwerfung der Oberöreicher jede Aussicht auf Erfolg benahm und richtete seine Schritte nach Tabor.

Da zu erwarten stand, dass nach dem Abmarsche von Linz der Feldzug nicht mehr so glatt ablaufen werde wie bisher, beschloss der Herzog, sich dem göttlichen Schutze durch eine feierliche Handlung zu empfehlen. Er hatte zwar dafür

*) Sächsischer StA.: Zeidler an Schönberg dd. 2. September 1620.

***) Bairischer Feldzug. Gedruckt im J. 1621. — Münchner StA.: Diurnak.

Sorge getragen, dass das Heer auf dem Marsche nicht des geistlichen Zuspruches entbehre, und ebenso hatten einzelne von den hochgestellten Herren in ihrem Gefolge einen Geistlichen, der gewöhnlich dem Jesuitenorden angehörte; dennoch berief Maximilian noch insbesondere zur Leitung der geistlichen Angelegenheiten in seinem Heere einen wegen seiner Frömmigkeit damals hochberühmten und für heilig gehaltenen Mann, den Karmelitermönch Dominicus a Jesu Maria, der dem Rufe nachkam und sich aus Rom zum ligistischen Heere verfügte.*) Wir wissen nicht, ob derselbe deutsch sprach, und vermuthen mit gutem Grunde das Gegentheil; da jedoch ein grosser, vielleicht der dritte Theil der Armee französischer Abstammung war, mochte dieser Mangel weniger ins Gewicht fallen. Als der Kaiser die Ankunft des Dominicus bei der ligistischen Armee erfuhr, freute er sich nicht wenig über den Gewinn dieses Mannes, dessen Ruhm auch zu ihm gedrungen war, und er ersuchte den Herzog Maximilian, ihn in seinem Namen zu begrüßen.**) Am 16. August hielt der genannte 1620 Mönch eine italienische Ansprache an Maximilian und seine gesammte Umgebung und bekleidete darauf den Herzog mit dem Ordensscapulier, ein Beispiel, welches nicht ohne Nachahmung blieb, da sich auch die Fürsten von Vaudemont und Elboeuf und der ganze Hofstaat Maximilians damit bekleiden liessen.

II

So im Vertrauen auf den Erfolg seiner Unternehmung gestärkt trat der Herzog seinen Marsch am 23. August an. 1620 Seine Absicht gieng jetzt dahin, sich mit Buquoy zu verbinden und den durch Dampierre ausgesprochenen kaiserlichen Wunsch zu erfüllen. Dieser Plan war jedoch nicht nach dem Geschmacke des kaiserlichen Feldherrn, der nichts von einer Vereinigung mit dem ligistischen Heere wissen wollte, da er

*) Münchner StA: Maximilians Brief an? dd. 27. Mai 1620.

**) Münchner StA.: Ferdinand an Maximilian dd. 4. September 1620.

offenbar fürchtete, von Maximilian in den Hintergrund gedrängt zu werden. Schon Anfangs August befürwortete er deshalb bei dem Kaiser einen andern Kriegsplan, der die Vereinigung mit dem ligistischen Heere nicht in Aussicht nahm. Buquoy wünschte, dass Maximilian von Linz nach Böhmen vorrücken und sich des Landes bemächtigen solle, und da er hierzu nicht alle seine Truppen nöthig haben würde, so wünschte der Graf, dass der Herzog ihm 6 oder 7000 Mann zu Hülfe schicke.*) Offenbar hoffte Buquoy dann seiner Gegner Herr zu werden und die Ehre des schliesslichen Sieges allein davon zu tragen; allein seine Bemühungen, sich den Herzog vom Leibe zu halten, fruchteten nichts. Ob der Kaiser seine Wünsche bei Maximilian unterstützte oder nicht, wissen wir nicht, jedenfalls liess sich der letztere von seinem Plan nicht abweisen und dieser bestand eben darin, im Verein mit Buquoy die Hauptmacht des Feindes anzugreifen und sich nicht mit Nebenaufgaben zu belasten.

Da Buquoy bei Horn und Eggenburg stand, so hätte sich Maximilian am bequemsten mit ihm verbinden können, wenn er von Linz aus donauabwärts bis Krems gefahren wäre und von dort aus dem kaiserlichen Feldherrn die Hand geboten hätte. Von Gefahren war die Donaufahrt nicht bedroht, da sich das ganze Ufer entlang keine feindlichen Truppen befanden; vielleicht machte jedoch der Mangel an Schiffen diese Art des Vormarsches unmöglich, denn thatsächlich lenkte Maximilian bei dem Aufbruche aus Linz seine Schritte nach Freistadt an der böhmischen Grenze. Die Strasse, die durch eine waldige Gegend führte, war äusserst unwegsam, so dass die Mannschaft nach einem zweitägigen Marsche erschöpft in Freistadt anlangte und die Geschütz- und Proviantwagen dringend einer umfassenden Reparatur bedurften. Es wurde deshalb eine Rast von zwei Tagen gemacht, während welcher Zeit Maximilian sich mit Marradas, der zu seiner Begrüssung hierher gekommen war, über die weitem Operationen verständigen konnte. Marradas machte auf den Herzog einen äusserst günstigen Eindruck.

*) Gratzner Archiv: Memoire für Dampierre dd. 7. August 1620. — Ebenfalls Offate an Buquoy dd. 30. August 1620.

stigen Eindruck, so dass er ihn dem Kaiser als einen tüchtigen Kriegsmann empfahl und für ihn später um eine Gnadenbezeigung bat.*) Von Freistadt aus erliess der Herzog ein Mahnschreiben an den Pfalzgrafen und an die böhmischen Stände, worin er sie benachrichtigte, dass er als kaiserlicher Commissär herangerückt komme und sie vor jedem weitem Widerstande warne.**)

Am 27. August verliess das ligistische Heer Freistadt und richtete seinen Marsch nach Kaplitz; so dass bei den Feinden die Vermuthung entstehen musste, Maximilian habe die Vereinigung mit Buquoy aufgegeben und wolle selbständig gegen Prag vorrücken. Dieser Zug nach Kaplitz war aber nur auf Täuschung berechnet, denn Maximilian schlug darauf die Richtung nach Beneschau, Strobnitz und Weitra ein und rückte so in Niederösterreich ein. Unter den ligistischen Truppen nahmen jetzt wieder arge Krankheiten überhand, die einen raschen Verlauf mit tödtlichem Ausgang hatten und in Folge deren die Armee bedeutende Einbusse erlitt. Die Gefahren, mit denen der Feldzug Leib und Leben bedrohte, veranlassten einige der hochgestellten Personen, die den Krieg wahrscheinlich als eine Lustbarkeit angesehen hatten, zur schleunigen Abreise. So reiste der Fürst von Orsini schon von Linz nach Italien zurück und ein anderer Fürst verliess die Ligisten, als sie sich Horn näherten. Für die Armee war es jedenfalls von Vortheil, wenn sich solche Personen entfernten, die viel Rücksicht in Anspruch nahmen und doch nichts leisteten.***) — Als Maximilian nach einer zweitägigen Rast von Zwettel aufbrechen^{2. Sept.} wollte, um sich mit Buquoy, der 3 bis 4 Meilen östlich von¹⁶²⁰ ihm stand, zu verbinden, langte von diesem ein Bote an, durch den sich der kaiserliche Feldherr entschuldigen liess, dass er seinen Abmarsch und so den Anschluss an die Ligisten ver-

*) Wiener StA.: Maximilian an Ferdinand dd. 3. September 1620. Dieser Brief ist voller Anerkennung für Marradas.

**) Münchener StA.: Diurnale. Dieses in lateinischer Sprache von einem der Secretäre Maximilians verfasste Tagebuch berichtet in schlichter aber deshalb um so treuerer Weise über den Verlauf der Kriegereignisse.

***) Bairischer Feldzug. Gedruckt im J. 1621.

zögern müsse, weil der Feind ihn angegriffen und sich auf seine Proviantwagen und sonstige Bagage geworfen habe.

Anstatt hier sich so lange bei Eggenburg gehalten hätte, ohne über Buquoy einen Vortheil erlangt zu haben, wurde durch die Nachricht von den Erfolgen Maximilians in Oberösterreich und von dessen Einmarsch in Niederösterreich eine wilde Verzweiflung versetzt. Wie konnte er hoffen, dem doppelt überlegenen Feinde ausreichenden Widerstand zu leisten, da er sich wegen der ledigen Soldverhältnisse nicht einmal auf den Gehorsam seines Heeres verlassen konnte und Bethlen mit der Zusendung der versprochenen 20.000 Reiter noch immer zögerte. In seiner Verzweiflung entschloss er sich jetzt zu den Angriffen. dessen Buquoy gegen Maximilian erwähnte und der hauptsächlich gegen die dampierreische Abtheilung, die Grafenwerth stand, gerichtet war. Er erlangte diesmal einen wenn auch unbedeutenden Erfolg, und hatte denselben dem Umstande zu danken, dass Dampierre bei Maximilian in Zweifel setzte und füglich seine Truppen nicht selbst kommandirte, und dass Buquoy, wie man behauptete, aus Eifersucht die angegriffene Truppenabtheilung ohne Unterstützung liess.*)

1820 Am 7. September setzte Maximilian nach seiner Rückkehr bei Zwettl, die hauptsächlich durch mangelhafte Proviantzufuhr veranlasst wurde, seinen Marsch nach Oberndorf fort, während Buquoy über Neuplia heranrückte und so fand die Vereinigung beider Heerrührer am folgenden Tage statt. Sie zogen jetzt gemeinschaftlich nach Horn und stiessen unterwegs auf das wohlverwahrte Benedictinerkloster Altenburg, dessen Besatzung sich in keine Vertheidigung einliess, sondern den Herzog um die Aufnahme in seine Dienste ersuchte.**) Die Hoffnung, das böhmische Heer bei Eggenburg zu treffen, erwies sich aber als eitel, da der Fürst von Anhalt seinen Rückzug bereits angetreten hatte. Horn und Eggenburg, welche letztere Stadt eine starke Besatzung hatte, ergaben sich ohne

*) Bairischer Feldzug. Gedruckt im J. 1621. — Münchner StA. Diurnale. — Böhm. StA. Oberstlieutenant Mario's Schreiben aus Eggenburg d. 9. Sept. 1620.

**), Münchner StA. Diurnale.

Widerstand. Es ist unbegreiflich, dass man im böhmischen Hauptquartier nicht das Gefährliche einer solchen Zersplitterung der Kräfte einsah und in den zahlreichen Städten und Schlössern einige Tausend Mann der Uebermacht des Feindes preisgab. Vielleicht hatte der Fürst von Anhalt die nöthige Einsicht, aber er vermochte nichts gegen den Eigensinn der Niederösterreicher, die ihren Boden Schritt für Schritt vertheiligen wollten, und hiebei übersahen, dass sie ihr Verderben nur beschleunigten.

Während Maximilian in Horn weilte und daselbst in einem Garten spazieren ging, sah er am Horizont an verschiedenen Stellen Feuer aufleuchten und gewann dadurch die Ueberzeugung, dass seine Truppen trotz aller Strenge die beim Einmarsch in Oberösterreich geübten Ausschreitungen wiederholen wollten. Entschlossen, die Uebel des Krieges zu hindern, so weit er dies konnte, liess er augenblicklich eine Untersuchung über die Ursache der Brände anstellen, durch die das Regiment des Grafen Sulz schwer belastet wurde. Maximilian wollte Anfangs die Hauptleute strafen und liess sie nur auf vielfache Fürbitten frei, aber von der Mannschaft liess er die Schuldigen zusammentreten und verurtheilte jeden zehnten Mann zum Tode durch den Strang.*) Nachdem er in solcher Weise die Mannszucht für einige Zeit hergestellt hatte, gedachte er die Verfolgung des Feindes energisch aufzunehmen, aber sein Eifer wurde durch den sich wieder geltend machenden Proviantmangel gehemmt. Alle Lebensmittel, für die er in hinreichender Menge in Baiern Vorsorge getroffen hatte, mussten auf der Donau nachgesendet werden und von Linz und Krems einen beschwerlichen Landweg antreten. Wie sorgfältig Maximilian auch alles vorbereitet hatte, so traten doch Verzögerungen ein und diese hinderten ihn in seinen Bewegungen.

Die unfreiwillige Ruhe, der sich Maximilian und Buquoy in Horn hingeben mussten, wurde von beiden zur Abhaltung eines Kriegs Rathes benützt, an dem sich neben den hervorragendsten Obersten auch der Graf von Hohenzollern, der im

*) Sächs. St.A. Zeidler an Schönberg dd. Wien, 16. September 1620.

Lager weilte, betheiligte. Man hatte die Nachricht erhalten, dass sich der Feind nach Drosendorf zurückgezogen habe und wahrscheinlich auch da nicht Stand halten, sondern vor jedem Angriffe zurückweichen werde. Man musste sich nun entscheiden, ob man ihm auf dem Fusse folgen und nach Mähren vordringen wolle, oder ob man ihn nicht weiter beachten und nach Böhmen ziehen solle, um sich mit dem Kurfürsten von Sachsen zu verbinden und so seiner Hilfe zu versichern. Es war das allerdings ein sonderbarer Plan, den Feind ausser Acht zu lassen und ihm dadurch die Verbindung mit Bethlen zu ermöglichen und Niederösterreich wieder preiszugeben, während man in Böhmen vielleicht an der Belagerung von Prag schickerte! Trotzdem sprachen gewichtige Gründe für diesen Plan, und zwar war es vor allem die Unmöglichkeit, über den nothigen Proviant zu verfügen, wenn man mit dem Heere in die verwüsteten Gegenden des südlichen Mährens zog und sich dadurch von der Donau zu weit entfernte. Ein Unfall konnte verhängnissvolle Folgen nach sich ziehen, im Falle Bethlen mit seiner Reiterei zur Hand war. Zog man aber nach Böhmen, so hatte man die Verbindung mit Baiern durch die Donau und durch den Böhmerwald gesichert, da man nicht nur die Verbindung mit Passau in den Händen hatte, sondern auch die über Furth und Taus in den nächsten Tagen gewinnen musste, da Maximilian auf dieser Strasse 7000 Mann herankommen liess, deren Einzug ins Land Mansfeld mit seinen ungentügenden Kräften nicht hindern konnte. Zugleich schritt man durch die Besetzung Böhmens dem Fürsten von Anhalt seine letzten Hilfsquellen ab, und da er dies nicht zugeben durfte, musste er den verbündeten Armeen dahin folgen und so die Vereinigung mit Bethlen aufgeben. Diese Gründe, die Maximilian oder eigentlich Tilly für den Feldzug in Böhmen anführte, konnten mannigfach angefochten werden; sie müssen jedoch der Sachlage zu genau entsprochen haben, weil sie durch die späteren Ereignisse vollständig gerechtfertigt werden und namentlich die Vermuthung, dass Anhalt den Verbündeten nach Böhmen nachziehen werde, sich als richtig erwies. Es war demnach für den Grafen Buquoy nicht möglich, den vom Maximilian vorgeschlagenen Operationsplan ab-

zulehnen, wie gern er auch seine Armee von der ligistischen getrennt hätte. Nur insofern gab Maximilian nach, dass er dem Feinde bis Drosendorf folgen und erst von dort, wenn es zu keinem Zusammenstosse kommen würde, die Richtung nach Böhmen einschlagen wollte.*)

Der Graf von Hohenzollern, der bei diesen Berathungen zugegen war, reiste darauf nach Wien, um den Kaiser von den gefassten Beschlüssen zu verständigen. Vor seiner Abreise hatte er noch eine Unterredung mit Maximilian, in der dieser seinem Wunsche nach dem obersten Kommando über die vereinten Armeen neuerdings Ausdruck gab. Er liess den Kaiser fragen, in welcher Weise er Buquoy behandeln solle, zu welcher Frage sich auch einige Klagen über den kaiserlichen General knüpften, der bei seiner ersten Begegnung mit dem Herzog von Baiern eine kühle, um nicht zu sagen stolze Haltung beobachtet haben mag. Hohenzollern erstattete nach seiner Ankunft in Wien dem Kaiser Bericht über die in Horn gefassten Beschlüsse und über die Wünsche Maximilians. Was nun die letztern betraf, so wollte Ferdinand auch diesmal den Grafen Buquoy dem Herzog nicht unterordnen, er versprach nur, dass er seinem General den Auftrag geben werde, alles zu vermeiden, was die Unzufriedenheit Maximilians zur Folge haben könnte. Vielleicht hat er aber trotzdem dem Herzog Hoffnung gemacht, dass er seinem Wunsche genügen werde, denn Hohenzollern schrieb dem letzteren, dass er ihm nicht alles schreibe, was der Kaiser bezüglich des obersten Kommando's bemerkt habe, sondern ihm einen — offenbar den wichtigern — Theil durch eine vertraute Person mündlich mittheilen lassen werde.**)

Die Unzufriedenheit über die mangelhaften Leistungen Buquoy's während der letzten Wochen hatte damals in Wien ihren Höhepunkt erreicht, man wollte sich nur noch kurze Zeit mit ihm gedulden, wenn er nicht glänzendere Leistungen aufweisen konnte.

*) Münchner StA. Max von Baiern an Ferdinand dd. Waidhofen, 17. Sept. 1620.

***) Harrach'sches Archiv: Hohenzollern an Max dd. 15. September 1620.

Was nun den zu Horn vereinbarten Kriegsplan bet
über den auch der Graf Dampierre, der eigens
Wien gereist war, dem Kaiser berichtete, so war der letz
Anfangs mit demselben einverstanden und wollte sich d
begnügen, dass ihm Buquoy 5—6000 Mann nach Wien schik
mit denen Dampierre dem drohenden Einfall Bethlens be
nen und überhaupt den Kaiser gegen die Ungarn sich
17.Sep. sollte. Drei Tage später schien ihm dieser Schutz nicht
1620 nützend und zwar um so weniger, als auch der Graf Oñat
für angezeigt hielt, dass Buquoy mit seinem ganzen H
in Oesterreich verbleibe, dadurch die Kräfte Anhalts b
und den Herzog Maximilian in den Stand setze, allein
Zug nach Böhmen zu unternehmen, das Land zu okkup
und so dem Fürsten von Anhalt die Erhaltungsquellen
seine Armee abzuschneiden. Da Oñate jedoch schon nach
gesfrist seine Meinung änderte und die Vereinigung Buq
mit Maximilian gut hiess, beruhigte sich auch Ferdinand
beauftragte bloss den Herrn von Harrach, zu Buquoy zu r
und ihm und Maximilian die von Ungarn drohende G
vorzustellen und es ihrer Entscheidung zu überlassen, ob
trotzdem gemeinsam den Zug nach Böhmen unternehmen
zur Deckung von Wien bloss die verlangten Hilfstruppen
senden wollten.

Im ligistischen Lager war mittlerweile der nöthige
viant angelangt und so traten Maximilian und Buquoy an
1620 September den Marsch von Horn nach Drosendorf an, suc
aber, als sie daselbst anlangten, wiederum vergeblich die bö
sche Armee, da sich diese bereits nach Znaim zurückgez
hatte. Nun wollte Maximilian unverweilt den Zug nach
men antreten, Buquoy aber wollte trotz der horner Al
chungen den Feind nach Mähren verfolgen oder viell
unter diesem Vorwande den Herzog zum Alleinmarsch
Böhmen veranlassen. Bei der Entschiedenheit, mit der je
Maximilian auf der Durchführung der gefassten Beschl
beharrte, musste Buquoy nachgeben und in Gemeinschaft
1620 den Ligisten am 16. September den Marsch nach Waidh
an der Thaya antreten. Am 20. September überschritten

verbündeten Truppen die Grenze Böhmens und schlugen bei Grazen ihr erstes Nachtquartier in diesem Lande auf.

Am 19. September war Herr von Harrach bei dem verbündeten Heere angelangt, um von Buquoy die oben erwähnte Absendung von 6—7000 Mann zum Schutze Wiens zu verlangen. Er war kaum von Wien abgereist, um diesem Auftrage nachzukommen, als die Nachricht dahin gelangte, dass Buquoy und Maximilian ihren Marsch nach Böhmen angetreten und sonach dem Fürsten von Anhalt freie Hand gelassen hätten, ihnen nach Böhmen zu folgen oder sich mit Bethlen zu verbinden. Man wurde wieder ängstlich in Wien: Gegenberg schrieb an Harrach, dass man den in Horn verabredeten Kriegsplan nicht recht verstehe, dass es jedenfalls gefährlich sei, wenn man sich um den Fürsten von Anhalt nicht bekümmere und dass man wenigstens so rasch als möglich die verlangten 6000 Mann nach Wien abschicken solle, da man in dieser Stadt kaum über 2000 Mann verfüge. Noch ehe er gab Oñate seinen Besorgnissen Ausdruck: er schrieb an Buquoy, dass er es doch für erspriesslicher halten würde, wenn derselbe dem Zuge nach Böhmen nicht anschliesse, sondern zur Deckung von Wien gegen den allfälligen Angriff zurückbleibe. Diese beiden Schreiben konnten kaum vor dem 21. September in die Hände ihrer Adressaten gelangen und vermochten demnach den in Wien verabredeten Kriegsplan nicht mehr umzuändern, da die verbündeten Feldherren sich schon zu weit in die böhmische Expedition eingelassen und auch die Nachricht erhalten hatten, dass Anhalt sich mit seiner Armee gegen Böhmen zurückziehe und also nicht auf die Vereinigung mit Bethlen sinne. Da man jedoch die Gefahr nicht unterschätzte, welche dem Kaiser in Wien von Bethlen drohte, so beschloss er an dem Wunsche Ferdinands nachzukommen und ihm 6000 Mann zu schicken, und zwar in der Weise, dass Buquoy ein Regiment hergab und Maximilian das andere, und zwar das letztere dem Freiherrn von Anholt kommandirte, welches in Oberösterreich zurückgelassen worden war. Ueber die gesammten Truppen, die dem Kaiser zu Hilfe geschickten Truppen sollte Dampierre das Commando führen, da man in Wien sich entschlossen hatte, die-

sen General mit der Abweisung des von Bethlen drohenden Angriffes zu betrauen.*) Wir müssen hier vorläufig die Erzählung von dem weiteren Verlauf der Kriegsoperationen abbrechen, um über die letzten Vermittlungsversuche zu berichten, die von französischer und englischer Seite ausgingen und die drohende Katastrophe hintanhaltend sollten.



*) Tagebuch des Feldzugs Maximilians M. S. im münchener Staatsarchiv. — Ebend. Ferdinand an Buquoy dd. 22. Sept. 1620. — Harrach'sches Archiv in Wien, Ferdinand an Harrach dd. 22. Sept. 1620. — Ebend. Eggenberg an Harrach dd. 18. Sept. 1620. — Gratzner Archiv. Oñate an Buquoy dd. 18. Sept. 1620.

Achtes Kapitel.

Die französische und englische Gesandtschaft in Wien.

- I St. Catharine bei Anhalt. Sigogné in Neusohl. Die englischen Gesandten Conway und Weston in Brüssel. Erklärungen des Erzherzogs Albrecht bezüglich der Verwendung des in den spanischen Niederlanden stationirten Heeres. Weiterreise der englischen Gesandten. Das spanische Heer greift die Pfalz an. Die englischen Gesandten in Dresden.
- II Der für den kaiserlichen Hof bestimmte Gesandte Wotton reist nach Wien. Seine Audienz bei Ferdinand, seine Verhandlung mit den französischen Gesandten und mit Eggenberg. Beginn einer unfreundlichen Haltung der Franzosen gegenüber den kais. Ansprüchen. Wotton schickt einen Boten nach Prag. Der Pfalzgraf lehnt die von Wotton angebotene Vermittlung ab. Die französische Gesandtschaft schickt sich zur Abreise nach Pressburg an. Kämpfe zwischen Bethlen und Dampierre. Dampierre's Tod. Angoulême erkundigt sich, auf welcher Grundlage die bisherigen Verhandlungen zwischen Ferdinand und Bethlen gepflogen wurden. Angoulême und seine Begleiter in Pressburg. Das Resultat ihrer dortigen Verhandlungen.
- III Spinola rückt in die Pfalz ein. Achaz von Dohna sucht Jakob vergeblich für die Unterstützung des Pfalzgrafen zu gewinnen. Schreiben Jakobs an die Union. Buckingham's Brief an Gondomar. Gesandtschaft der Union an Christian IV und die Generalstaaten. Conway und Weston in Prag. Sie gewinnen die Ueberzeugung von der Vergeblichkeit aller Ausgleichsverhandlungen. Jakob verhält sich theilnamslos bei aller Noth seines Schwiegersohnes.

I

Wir haben über die Thätigkeit der französischen Gesandten bis zu dem Augenblicke berichtet, wo sie in Wien angelangt sind und vom Kaiser nach einigem Zögern mit der ungarischen und böhmischen Vermittlung betraut worden waren. Sie begannen die darauf bezüglichen Verhandlungen im Anfang August, also 1620 in dem Augenblicke, wo das ligistische Heer in Oesterreich einrückte und die bevorstehende Entscheidung auf dem Schlachtfelde dem Vermittlungsgeschäfte keinen besondern Erfolg versprach. Angoulême und seine Genossen kehrten sich aber nicht an die ungünstigen Aussichten und schickten Boten an

Bethlen und an Anhalt, um diese von ihrer Mission zu benachrichtigen.

Zu Anhalt reiste der Herr von St. Catherine, in dessen Instruktion von der Nothwendigkeit des Friedens die Rede war, ohne dass die Grundlagen, auf denen derselbe angebahnt werden sollte, klar angedeutet worden wären; die Instruktion befehlte sich einer solchen Doppelsinnigkeit, dass sie ebenso zu Gunsten des Kaisers wie des Pfalzgrafen gedeutet werden konnte. Der Gesandte traf am 7. August bei Anhalt in Eggenburg ein und theilte demselben den Wunsch des Herzogs von Angoulême nach einer persönlichen Zusammenkunft mit. Da St. Catherine ein Hugonotte war, so war er gewiss der passende Bote, allein trotzdem weckte er bei dem Fürsten keine friedensfreundlichen Gesinnungen. Die unklaren Instruktionen die Anhalt nur zu Ungunsten seiner Partei auslegte, machten ihn nicht geneigt, auf die vorgeschlagenen Unterhandlungen einzugehen und er entschuldigte sich deshalb mit mangelhafter Vollmacht. Seine Furcht vor der nächsten Zukunft verbarg er im Zwiegespräch mit St. Catherine hinter prahlerischen Reden, in denen er die Reise des Herzogs von Angoulême nach Eggenburg deshalb für unnöthig erklärte, weil er ja ohnedies in den nächsten Tagen mit seinem Heere nach Wien vorrücken werde.**)

Einer freundlicheren Aufnahme, wenn auch keines besseren Erfolges erfreute sich der nach Neusohl abgeschickte Bote, ein gewisser Herr von Sigogné. Er war beauftragt, von Bethlen die vollständige Restitution des Kaisers in seinen früheren Besitz zu verlangen und im widrigen Falle mit der Feindschaft König Ludwigs zu drohen.***) Die französischen Gesandten vertraten also die Rechte des Kaisers in Ungarn in viel umfassenderer Weise, als er dies selbst in seinen Verhandlungen mit Bethlen gethan. Warum verschwieg Ferdinand den Gesandten die Anerbietungen, zu denen er sich gegen Bethlen entschlossen hatte? Es ist schwer eine passende Erklärung

*) Instruction für St. Catherine dd. 4. August 1620 in der Ambassade.

**) Münchner StA. Anhalt an Plessen dd. 9. August 1620.

***) Instruction für Sigogné dd. 1. August 1620 in der Ambassade.

diese Verschwiegenheit des wiener Hofes zu finden, es sei die, dass man in Wien jedes Vertrauen zu Bethlen verlor und es deshalb nicht der Mühe werth hielt, die Verhandlungen mit ihm zu fördern, da ohnedies das Schwert scheiden sollte.

Trotz seiner weitgehenden Forderungen wurde Sigogné Bethlen auf das freundlichste empfangen, der Fürst war bereit, den Herzog von Augoulême zu begrüßen und mit ihm für die Herstellung des Friedens in Verhandlung zu treten*); die gleiche Bereitwilligkeit sprachen auch die ungarischen Fürsten aus, indem sie zur künftigen Führung der Verhandlungen einen Ausschuss aus ihrer Mitte wählten. Doch war die Nachgiebigkeit nichts als Spiegelfechterei, wie dies aus der gleichzeitigen schnöden Behandlung der kaiserlichen Gesandten und aus der schon zwei Tage später vorgenommenen Wahlenwahl hervorging. Sigogné hatte dieses letzte Ereigniss noch nicht abgewartet, sondern war unmittelbar nach Empfang der Antworten nach Wien gereist.

Seine Auftraggeber beeilten sich dem Kaiser von dem Inhalte seiner Sendung Bericht zu erstatten und ihm die betreffenden Schriftstücke zur Einsicht vorzulegen. Der Kaiser schien zufrieden zu sein und schickte am andern Tage den Grafen von Eggenberg zu Baugy, um den Wunsch nach Beilegung der mit Ungarn anzuknüpfenden Verhandlungen auszudrücken. Als nun aber die Nachricht von der Wahl Bethlens zum Könige nach Wien gelangte, verzweifelten die Gesandten selbst an den Verhandlungen und gaben die Sache des Kaisers in Ungarn verloren.***) Bezüglich Böhmens glaubten sie jedoch, dass sich seine Aussichten bedeutend besserten, die bevorstehende Vereinigung Buquoy's mit Maximilian von Baiern ihm einen Sieg in nahe Aussicht stellte. Der Kaiser selbst schien zu den Gesandten ein grösseres Vertrauen zu setzen, denn er theilte ihnen eine Unterredung mit dem eng-

Reponse du Prince de Transylvanie dd. 15. Aug. 1620 in der Ambassade.

— Ebdend. Lettre écrite par Mess. les Estats de Hongrie dd. 14. August 1620.

Der Brief der Gesandten an Mr. de Puysieux dd. 2. September 1620 in der Ambassade.

lischen Gesandten Wotton mit, der in diesen Tagen nach Wien gekommen war und ihm einen Ausgleich mit dem Pfalzgrafen zugemuthet hatte.

Jakob hatte seine Absicht verwirklicht und im Monat Juni, zur selben Zeit also, wo die französischen Gesandten ihre Wirksamkeit in Ulm begannen, einige Personen seines Vertrauens nach Deutschland geschickt. Anfangs Juli trafen die nach Prag bestimmten Gesandten Conway und Weston sammt ihrem Sekretär in Brüssel ein, um ihrem Auftrage gemäss das erzherzogliche Paar vor einem Angriffe gegen die Unterpfalz zu warnen und eine feste Zusage in dieser Beziehung zu verlangen. Sie erfreuten sich keines bessern Erfolges, als der in Brüssel beglaubigte Gesandte Trumbull, der sich auch vergeblich bemüht hatte, aus der Infantin ein Versprechen herauszulocken. In der Audienz, die sie ihm erteilte, liess sie sich mit ihm in kein eingehendes Gespräch ein, sondern erkundigte sich nur nach dem Befinden Jakobs und ähnlichen nichtssagenden Dingen und als Trumbull darauf den Erzherzog besuchte, erklärte dieser, dass man es ihm nicht verübeln könne, wenn er den Kaiser in seinen Bedrängnissen unterstütze, ohne gleichwohl anzugeben, ob er dies durch den Angriff auf die Pfalz thun wolle. Trumbull musste sich mit dieser ausweichenden Antwort begnügen, da der Erzherzog an einem Geschwür am Fusse litt und so elend war, dass er kaum sprechen konnte, so dass der Gesandte einen dem Tode verfallenen Mann vor sich zu sehen glaubte. Aber verschiedene Mittheilungen, die Trumbull von gut unterrichteten Personen erhielt, liessen ihn nicht daran zweifeln, dass man in Brüssel nichts anderes im Sinne habe, als einen Angriff auf die Pfalz.*) Von Seite des Erzherzogs suchte man in der Antwort, die man zwei Tage später dem englischen Gesandten auf seine schriftliche Eingabe zukommen liess, noch immer das Geheimniss zu wahren, denn sie enthielt nur allgemein lautende Phrasen, aber keine positive Erklärung auf die Frage, die Jakob durch Trumbull hatte stellen lassen.**)

*) Trumbull an Naunton dd. 17./27. Juni 1620. Englisches Staatsarchiv.

***) Der Erzherzog Albrecht an Trumbull dd. 19./29. Juni 1620. Engl. Staatsarchiv.

Nun ersuchten Conway und Weston um eine Audienz bei dem erzhertzoglichen Paare. Das Gesuch wurde bewilligt und die beiden Gesandten nach Schloss Mariemont beschieden, wo sie dem Erzherzog in einer längern Rede den Edelmuth und die Uneigennützigkeit, die Jakob bisher in den böhmischen Angelegenheiten bewiesen habe, klar zu machen suchten und dafür als Lohn verlangten, dass man von habsburgischer Seite sich eines Angriffes auf die Pfalz enthalte, da der König denselben um seiner Tochter willen unmöglich dulden könne. Auch diesmal lautete die Antwort des Erzherzogs ausweichend, er erkannte alle Verdienste Jakobs an und sprach die Hoffnung aus, dass es seiner Vermittlung gelingen werde, den drohenden Krieg in Deutschland zu verhüten; aber bezüglich der Pfalz beobachtete er ein beharrliches Schweigen. Da die Antwort den Engländern nicht genügte und sie auf eine unumwundene Erklärung bezüglich der Pfalz drangen, erwiderte der Erzherzog schliesslich, dass diese Angelegenheit nicht in seiner Macht stehe, doch wolle er ihnen eine Person zuschicken, der sie ihre Propositionen mittheilen könnten, und dann wolle er ihnen eine entsprechende Antwort zukommen lassen.*)

Der Erzherzog hielt sein Versprechen und sandte ihnen seinen Kanzler Peckius, der sie nicht weiter um ihre Instructionen befragte, sondern ihnen nur die Erklärung gab, dass das in Flandern angesammelte Heer zwar zur Hilfeleistung für den Kaiser bestimmt, dass aber über seine Verwendung noch kein endgiltiger Beschluss gefasst worden sei. Conway bemühte sich nun, die gefährlichen Folgen auszumalen, wenn dem Heere der Befehl gegeben würde, den Marsch nach der Pfalz anzutreten, da der König von England sich um so mehr beleidigt fühlen müsste, wenn der Beschluss erst jetzt, also nach der Ankunft seiner Gesandten und nach seinem abermaligen Vermittlungsversuch gefasst würde. Aus einem Gespräche, das die Gesandten später mit dem Marques von Spinola und

*) Conway, Weston und Dickenson an Naunton dd. 22. Juli/1. August 1620, Brüssel, Englisches St.A. — Ebend. Weston an Buckingham dd. 22. Juli/1. Aug. 1620.

mit dem spanischen Gesandten in Brüssel hatten, glaubten sie den Schluss ziehen zu dürfen, dass sich der Erzherzog in grosser Verlegenheit befinde, weil er den König von England nicht zum Kriege reizen wolle.*) In dieser Vermuthung wurden sie durch eine offizielle Zuschrift bestärkt, die Peckius zwei Tage nach der Unterredung an sie richtete, und in der er nur die Erklärung wiederholte, dass das Heer in Flandern zur Unterstützung des Kaisers bestimmt sei und dass bisher kein Beschluss über den Ort, wo es verwendet werden sollte, gefasst worden sei. Offenbar wollte man in Brüssel den König von England so lange als möglich vor feindlichen Schritten zurückhalten und daher diese Erklärung, deren etwas feierlicher Wortlaut darnach angethan war, das Misstrauen einzuschläfern. Am Schlusse war jedoch beigesetzt, dass man von der Thätigkeit der Gesandten erwarte, sie würden den Pfalzgrafen zum Ausgleich mit dem Kaiser ermahnen.**)

Diese Zuschrift kam den Gesandten erst in die Hände, als sie von Brüssel abgereist waren und ihre Schritte nach Bonn gelenkt hatten, wo sie am 13. August anlangten. Sie glaubten jetzt, dass man den Angriff auf die Pfalz nicht wagen werde, und da sie aus dieser Ansicht gegen die Freunde des Pfalzgrafen kein Hehl machten und dieser hiervon benachrichtigt wurde, riefen sie in ihm die Besorgnis wach, dass Spinola mit seinem Heere den Marsch nach Böhmen antreten und ihn da erdrücken würde.***) Um sicher zu sein, beauftragte er den Herrn Achaz von Dohna, bei dem König Jakob anzufragen, welcher Bescheid eigentlich seinem Gesandten in Mariemont zu Theil geworden sei. Jakob entblödete sich nicht zu antworten, dass man in Brüssel kein Hehl aus dem beabsichtigten Angriffe gegen die Pfalz gemacht habe; offenbar wollte er seinen Schwiegersohn schrecken und hoffte ihn vielleicht dadurch zur freiwilligen Entsagung auf Böhmen

*) Harl. MS. 1581 fol. 194. Weston to the Marquis of Buckingham dd. 23. Juli/2. Aug. 1620. — Ebend. die englischen Gesandten an Naundorff dd. 24. Juli/3. Aug. 1620. — Ebend. Conway an Buckingham dd. 24. Juli/3. Aug. 1620.

**) Englisches StA. Pecquius an Conway dd. 24. Juli/3. Aug. 1620.

***) Münchner R. A. VII, 233. Friedrich an Anhalt dd. 18./28. August 1620.

zu veranlassen, damit er selbst endlich zur Ruhe kommen könnte.**) Durch Nethersole, der um diese Zeit als englischer Gesandte in Prag weilte, hatte er seinen Schwiegersohn auch ermahnen lassen, das Geld und die Mannschaft, die ihm aus England zukämen, nur dazu zu benützen, um mit ihrer Hilfe einen Waffenstillstand zu Stande zu bringen und während desselben über den Frieden zu verhandeln, dessen Grundlage nur in der Verzichtleistung auf Böhmen bestehen konnte.***)

Wenn Jakob hoffte, dass er durch diese Weisungen seinen Schwiegersohn zum Aufgeben seiner ehrgeizigen Ansprüche und durch seine Vermittlungsversuche den Kaiser von dem Angriff auf die Pfalz zurückhalten würde, so sollte er bald enttäuscht werden. Wenige Tage nach der Abreise der englischen Gesandten aus Brüssel hielt man daselbst die Zeit für gekommen, die Maske abzuwerfen und das Heer nach der Pfalz aufbrechen zu lassen. An einem Tage, dessen Datum uns nicht genau bekannt ist, der aber in die zweite Hälfte des August fallen dürfte, richtete der Erzherzog Albrecht an die Unionsfürsten ein Schreiben, in dem er ihnen anzeigte, dass die in Flandern versammelte Armee zum Angriff gegen die Niederpfalz bestimmt sei, und sie aufforderte, ihr Geschick von dem des Pfalzgrafen zu trennen. Der Herzog Johann von Zweibrücken, den Friedrich bei der Abreise von Heidelberg mit der Regierung seines Kurfürstenthums betraut hatte, erhielt am selben Tage und fast zur selben Stunde dieses Aktenstück und jene den englischen Gesandten von Brüssel nachgeschickte Erklärung, nach der man bezüglich der Verwendung Spinola's noch keinen Beschluss gefasst hätte. Indem er über diese grausame Ironie des Schicksals an Jakob Bericht erstattete, erneuerte er zugleich eine frühere Aufforderung der Unionsfürsten an ihn, er möge mit allen Mitteln, die ihm als König von England zu Gebote ständen,***) einen raschen Angriff gegen Flandern unternehmen.

*) Naunton an Conway dd. 12./22. Aug. Englisches StA.

**) Nethersole an Naunton dd. 14./24. August 1620. Englisches Staatsarchiv.

**) Münchner StA. Der Herzog von Zweibrücken an Jacob 17./27. Aug. 1620.

In der That hatten die Unionsfürsten von Ulm aus ein derartiges Ansinnen an Jakob gestellt, als sie durch die französische Gesandtschaft zum Abschluss des ulmer Vertrages genöthigt wurden und sich dadurch dem Angriffe aus Flandern preisgegeben sahen. Jakob, der wiederholt ihre Anforderungen zurückgewiesen hatte, liess diesmal ihr Schreiben unbeantwortet, jetzt aber, wo der Herzog von Zweibrücken mit demselben Ansuchen an ihn herantrat und wo auch Achaz von Dohna in London ihn fortwährend mit Zuschriften belästigte und zu energischen Schritten mahnte, konnte er nicht länger in Schweigen verharren. In der erst jetzt den Unionsfürsten geschickten Antwort lehnte er den ihm zugemutheten Angriff auf die Besitzungen des Erzherzogs in scharfen Worten ab und verwies sie auf das künftige Resultat der von ihm eingeleiteten Vermittlung.*)

Was es mit diesem anzuhoffenden Resultate für ein Beweismittel haben würde, konnte ihm zwar schon der Brief des Herzogs von Zweibrücken, der über den bevorstehenden Angriff auf die Niederpfalz berichtete, zeigen; seine letzten Zweifel über die Erfolglosigkeit seiner Bemühungen mussten aber schwinden, als er einige Tage später von dem bereits erfolgten Angriff verständigt wurde. — Seine Gesandten waren von Brüssel nach Bonn und Mainz gereist, hatten die beiden Kurfürsten besucht und sie im Namen ihres Herrn befragt, was man am brüsseler Hofe mit dem Heere Spinola's zu thun beabsichtige und beiderseits nur unbestimmte und verlegene Antworten erhalten.**)

Von Mainz waren sie darauf nach Trier gereist und hatten da dasselbe Sprüchlein angebracht und dieselbe Antwort erhalten. Als sie nun nach Mainz zurückkehrten, stiessen sie bereits auf Spinola, der binnen wenigen Tagen mit seinen Truppen aus Flandern nach Mainz vorgerückt war. Auch jetzt noch hielt einer der spanischen Offiziere gegen die

*) Die unirten Fürsten an Jacob dd. 21. Juni/1. Juli 1620. Englisches Staatsarchiv. Ebend. Achaz von Dohna an Calvert dd. 19./29. August 1620. — Münchner StA. Jacob an die Unionsfürsten dd. 27. August/7. September 1620.

***) Die Gesandten an Naunton dd. 5./15. August 1620. Englisches Staatsarchiv. Ebend. die Gesandten an Naunton dd. 18./28. August 1620.

sandten die Behauptung aufrecht, dass der Weitermarsch nach Böhmen gerichtet sei; aber von allen übrigen Seiten machte man kein Hehl daraus, dass der Angriff gegen die Stadt Mainz unmittelbar bevorstehe.*) Als die Gesandten darauf nach Speyer reisten, wo sie mit dem Markgrafen von Ansbach und den übrigen Befehlshabern des Unionsheeres eine Zusammenkunft hatten, fanden sie dieselben in gedrückter Stimmung, dass ihr Heer um 6—8000 Mann schwächer war als das Spinola's und ihnen sonach eine fast gewisse Niederlage drohte. Dennoch wollten sie sich dem allfälligen Uebergange Spinola's über den Rhein widersetzen, aber der Rest ihrer Entschlossenheit wurde durch die englischen Gesandten wankend gemacht. Auch vor den Unionsfürsten wiederholten nämlich Conway und Weston jene gedroschenen Phrasen von der erhabenen Stellung Jakobs und von der von ihm beabsichtigten Vermittlung, die durch keinen unangewarnten Angriff von Seite der Union durchkreuzt werden dürfe. Wenn das Schwert gezogen werden solle, so sei es vortheilhaft, den Angriff den Spaniern zu überlassen, auf die die Verantwortung hiefür fallen würde.**)

— Und doch konnte nur der Angriff und die gleichzeitige Verletzung des ulmer Vertrages einige Unterstützung bieten. Hätten sich nämlich die Unionsfürsten der Uebergangspunkte über den Rhein und Main, die zu den kurmainzischen Sitzungen gehörten, bemächtigt, so hätten sie Spinola mit Aussicht auf Erfolg bei dem Uebergange über diese Flüsse angreifen können. Da sie dies nicht thaten, setzte Spinola am 5. September 1620 in Mainz über den Rhein, nachdem er daselbst durch acht Tage gewartet hatte, weil erst die nöthigen Schiffe von weit her herbeigebreit und breit zusammengebracht werden mussten, und griff am 10. September die zwei Meilen von Mainz entfernte Stadt Kreuznach an, und da diese zu dem pfälzischen Gebiete gehörte, nahm er damit der Krieg wider die Pfalz seinen Anfang. In zahlreichen Plakaten gab Spinola den Einwohnern der Pfalz davon Kunde, dass er im Namen und Auftrage des Kaisers mit seinem

*) Die englischen Gesandten an Naunton dd. 21./31. Aug. 1620. Mainz. Englisches Staatsarchiv.

**) Conway an Buckingham dd. 27. Aug./6. Sept. 1620. Englisches StA. — Ebend. die englischen Gesandten an Naunton dd. 27. Aug./6. Sept. 1620, Frankfurt. — Ebend. Conway an Calvert dd. 29. Aug./8. Sept. 1620.

Heere vorrücke und die Execution wider den Pfalzgrafen in Ausführung bringe. Das Unionsheer, statt sich dem Angriff zu widersetzen, zog sich von Oppenheim in die Gegend von Worms zurück und verbreitete damit in der Landschaft den furchtbarsten Schrecken, da man auf dieses feige Zurückweichen, um so weniger gefasst war, als die Union bis jetzt nur von Angriffen und von der Vertreibung der Bischöfe gesprochen hatte. In der Stadt Worms, die zur Union gehörte, verweigerte die Bürgerschaft die Aufnahme der Besatzung, die der Markgraf von Anspach dahin legen wollte. Unter tobendem Geschrei erklärten die Bürger, sie „wüssten von keinem andern Herrn als dem Kaiser, und wenn Spinola in ihre Stadt einziehen wolle, wollten sie ihm die Thore öffnen und die Schlüssel entgegentragen.“^(*) Mehr Entschlossenheit zeigte der Stadtrath, aber wie konnte er sich auf die Dauer dem deutlich ausgesprochenen Willen der Bürgerschaft, die von der Union nichts mehr wissen wollte, widersetzen?

Die englischen Gesandten hatten den Angriff Spinola's nicht abgewartet, sondern waren nach Nürnberg gereist, um auch da die Wege für die beabsichtigte Vermittlung zu ebnen. Als sie hier die Nachricht von dem Ueberfalle Kreuznachs erhielten, wurden sie stutzig und ihr Selbstgefühl erschüttert. Sie setzten darauf ihre Reise nach Dresden fort, trafen aber den Kurfürsten nicht in der Residenz, weil er zu seinem Heere abgereist war, das sich eben zur Belagerung von Bautzen anschickte. Die Engländer zeigten ihm ihre Ankunft an und baten ihn um eine Audienz, erhielten aber zur Antwort, dass er sie nicht empfangen könne und sie ersuche, ihm ihre Anträge schriftlich mitzutheilen.^(**) Als sie auf ein zweites Gesuch abermals einen abweislichen Bescheid erhielten, bequemten sie sich dazu, ihn schriftlich von den Absichten ihres Herrn, bei einer etwaigen Friedensverhandlung die Vermittlerrolle zu spielen, in Kenntniß

*) Sächs. StA. Landgraf Ludwig von Hessen-Darmstadt an Kursachsen dd. 6./16. Sept. 1620.

***) Die englischen Gesandten an Naunton dd. 7./17. September 1620. Englisches Staatsarchiv. — Ebend. Conway an Buckingham dd. 7./17. September 1620, Nürnberg. — Spinola an Buquoy dd. 15. Sept. 1620. Grätzner Archiv. — Sächs. StA. Die englischen Gesandten an Kursachsen dd. 29. Sept./6. Oct. 1620.

setzen und zugleich zu ersuchen, von der weiteren Bekriegung Pfalzgrafen abzulassen, da ein derartiger Zwiespalt unter Protestanten nur von den gefährlichsten Folgen begleitet könne. Diese Zuschrift schickten die Gesandten am 30. September an den Kurfürsten ab, und da bis zum 3. Oktober 1620 eine Antwort eingelangt war, so wollten sie von Dresden abgehen, wurden aber von den sächsischen Räten zur Aufschicung der Reise vermocht. In der That kam nach einigen Tagen die Antwort des Kurfürsten für Jakob und eine andere für die Gesandten an, in welcher letzteren Johann Georg erklärte, 9. Oct. 1620
 der Brief an Jakob seine Willensmeinung enthalte. Da
 der Brief den Gesandten verschlossen übergeben wurde,
 es klar, dass der Kurfürst allen weiteren Verhandlungen
 Ende machen wolle.

Zeigte schon diese Behandlung von dem geringen Respekt, man in Deutschland vor Jakob empfand, so überschritt folgender Vorgang vollends das Mass des Erlaubten. Man in Wien und Dresden den Verdacht geschöpft, dass die sächsischen Gesandten grosse Geldsummen für den Pfalzgrafen mit sich führten und diesen fetten Bissen wollte man sich nicht entgehen lassen. Im Auftrage des Kurfürsten fanden sich bald einige Räte bei den Engländern ein und erklärten ihnen, dass sie sich die Durchsuchung ihrer Koffer gefallen lassen müssten. Alle Behauptungen der Gesandten, dass Jakob höchstens eine so falsche Rolle spielen könne, einerseits den Engländern zu vermitteln und andererseits seinen Schwiegersohn Jakob Geld zu unterstützen, fruchteten nichts, die Koffer wurden durchsucht. *) Da man darin nur einige Kleinodien, die an Jakob als Geschenk überschickt wurden, einige Kleider von nicht oder weniger kostbarer Art und 3000 Reichsthaler in Silbergeld fand, so erschöpfte man sich in Entschuldigungen und liess die Gesandten ungehindert die Reise nach Prag antreten, wo sie am 20. Oktober anlangten.**)

sächs. StA. Lüttichan an Kursachsen dd. 28. Sept./8. Oct. 1620. — Kursachsen an die Geheimräthe in Dresden dd. 29. Sept./9. Oct. 1620. — Der Geheimrath an Kursachsen dd. 30. Sept./10. Oct. und 1./11. Oct. 1620. Conway und Weston an Naunton dd. 12./22. Oct. 1620. Englisches Staatsarchiv.

II

Mittlerweile war auch der dritte Gesandte, den Jakob nach Deutschland abgeschickt hatte, Henry Wotton, an dem Ziele seiner Reise, nämlich in Wien angelangt. Auf dem Wege dahin besuchte er die Herzoge von Lothringen und Würtemberg, den Erzherzog Leopold, die Städte Strassburg und Ulm und wiederholte überall dieselben Rathschläge, durch die seine andern Kollegen lächerlich gemacht hatten. Erzherzog Leopold antwortete ihm, dass er zwar noch nichts gewisses über die Verwendung des unter Spinola's Kommando stehenden Heeres erfahren habe, wenn dasselbe aber die Pfalz angreifen sollte, so dürfte sich der Pfalzgraf am wenigsten darüber beschweren, da er sich weder durch die Grösse des Verbrechens, noch durch die Rathschläge seines Schwiegervaters, des ob seiner Weisheit bekannten Königs, von der Annahme der böhmischen Krone habe abwendig machen lassen.*) Jakob erblickte in seinem unermesslichen Hochmuth darin nur den Beweis, wie hochgeachtet er bei Freund und Feind sei. Aus Süddeutschland reiste Wotton ohne weitem Aufenthalt nach Klosterneuburg (bei Wien) ab, um daselbst den Kaiser, der hier durch einige Zeit seine Residenz aufgeschlagen hatte, zu begrüßen. Seine Bitte um die Gewährung einer Audienz wurde sofort bewilligt, und so konnte er schon am folgenden Tage den Kaiser von den Vorschlägen in Kenntniss setzen, auf Grund deren Jakob eine allgemeine Friedensverhandlung angebahnt wissen wollte.

Nach diesen Vorschlägen sollte Ferdinand dem König von England eine genaue Darlegung der böhmischen Streitfrage aller seiner Ansprüche und worauf sie begründet seien, senden. Offenbar wollte der König, der ja auch von seinem Schwiegersohne oder vielmehr von Achaz von Dohna eine Information über die böhmische Streitfrage abverlangt hatte, in den Stand gesetzt sein, auf Grund des vorliegenden Materials

*) Münchner StA. 548. Erzherzog Leopold an Wotton dd. Calendis Augusti 1620.

den Rechtsspruch zu fällen. Im Fall nun der Kaiser dieser nachgeben und sich überhaupt in Verhandlungen einlassen wollte, stellte Jakob als zweite Forderung die Gewährung eines Waffenstillstandes, innerhalb dessen Dauer die Verhandlungen eingeleitet werden sollten. Wotton bemühte sich, seinen Herrn als die geeignetste Persönlichkeit hinzustellen, die die Rolle eines Vermittlers in Anspruch nehmen konnte, denn Jakob habe sich vom Anbeginn des böhmischen Krieges neutral verhalten, habe nie seinen Schwiegersohn zu einer Rolle aufgemuntert und habe ihm bis heute den Titel eines Königs verweigert. Auch habe der König darin seine Unparteilichkeit und Gerechtigkeit bewahrt, dass er sich nie zu einem Urtheil über die böhmische Streitfrage berechtigt gesehen habe, bevor er nicht von dem Kaiser über dieselbe beauftragt worden sei. — So weit sprach Wotton, wie ihn sein Herr beauftragt hatte, und man ersieht aus diesen Vorschlägen, dass der Kaiser weder von England noch von Frankreich die Wiederherstellung in die böhmische Herrschaft von vornherein gesprochen wurde; Jakob hatte seinen Schwiegersohn tausendmal verwünscht, dass er die böhmische Krone angenommen hätte, und ebenso hatte man es in Frankreich getadelt, aber noch hatten weder die französischen noch die englischen Gesandten den Auftrag erhalten, die Wiederherstellung der Rechte Ferdinands auf die böhmische Krone zum Ausgangspunkt der Verhandlungen zu machen. Jakob wollte erst dann die Gerechtigkeit der Ansprüche Ferdinands belehrt sein, wenn er seinen Richterspruch fällte.

Konnte der Kaiser schon aus diesem Grunde über die englische Botschaft ungehalten sein, so musste ihn der Vorschlag doch mehr empören, den Wotton aus eigenem Antriebe hinzusetzte und in dem er ebenso wie einst Doncaster seine Instruktionen überschritt. Der englische Gesandte stellte nämlich, wie er später dem Herzog von Angoulême mittheilte, gleich bei der ersten Audienz an den Kaiser das Verlangen, dass er sich mit den ulmer Vergleichsvorschlägen wenigstens zum Theil begnügen solle. Wotton hatte die Kenntniss von denselben auf seiner Reise durch Deutschland erlangt, er hatte auch den Unionsfürsten vernommen, welche Vorschläge sie

den französischen Gesandten in Ulm für den böhmischen Ausgleich gemacht hatten, die, wie erinnerlich, dem Kaiser wohl den Titel eines Königs von Böhmen, nicht aber die Herrschaft über dieses Land einräumen wollten. Da sich Wotton wie alle Engländer trotz der Abmahnungen Jakob die Interessen des Pfalzgrafen, dem diese Vorschläge günstig waren, angelegen sein liess, so erlaubte er sich für dieselben einzutreten und verlangte bei der Audienz vom Kaiser, dass er auf einen Theil seiner ursprünglichen Rechte verzichte, oder, wie er sagte, nicht seine volle Restitution fordere. *) Der französische Gesandten aber theilte er später mit, dass er gesonnen sei für die ulmer Vorschläge in ihrer Gesamtheit einzutreten und nicht bloss die Annahme eines Theiles bei dem Kaiser zu betreiben. **) Bei diesen Mittheilungen trat endlich die französische Eifersucht gegen die Habsburger unvorhohlen hervor. Angoulême und seine Begleiter, die in Ulm von den dort entworfenen Ausgleichsbedingungen nichts wissen wollten, weil sie sie für den Kaiser als unannehmbar bezeichneten, waren nun anderer Meinung, seit sie seinen vollständigen Sieg in Böhmen fürchteten. Sie waren deshalb erbötig den Herrn von Baugy an Eggenberg zu schicken und ihm durch diesen die Ausgleichsbedingungen mitzutheilen.

Auf kaiserlicher Seite hatte man sich entschlossen, die Anträge des englischen Gesandten, soweit er sie bei der ihm vom Kaiser gewährten Audienz vorgebracht hatte, nicht unbeantwortet zu lassen. Wotton wurde von dem Herrn von Eggenberg zu einer Conferenz eingeladen, in welcher der letztere sowohl die von Jakob angebotene Vermittlung wie den von ihm vorgeschlagenen Waffenstillstand ablehnte. Eggenberg entschuldigte die ablehnende Haltung des Kaisers damit, dass die Vorbereitungen zur Abwehr der pfälzischen Angriffe schon zu weit gediehen seien, als dass man dieselben rückgängig machen könnte. Wotton suchte Eggenberg trotzdem in der Waffenstillstandsfrage zur Nachgiebigkeit zu überreden, wobei er sich zu der naiven Behauptung verstieg, dass der Pfalzgraf

*) Ambassade S. 260.

**) Ambassade S. 270.

durch die Annahme der böhmischen Krone dem Kaiser nur einen Dienst geleistet habe, da die Wahl sonst einen viel ärgeren Gegner des habsburgischen Hauses getroffen hätte. Er führte schon dem Kaiser gegenüber diese sonderbare und jedenfalls nicht zu Verhandlungen einladende Sprache, aber sowohl der Kaiser als auch Eggenberg gingen über diese Bemerkung mit Stillschweigen hinweg. Vor dem Schlusse der Conferenz versprach der kaiserliche Günstling, dass er an Wotton einige Personen senden werde, die ihn über die Rechtsansprüche des Kaisers auf die Krone von Böhmen belehren würden. In der That erschienen bei ihm der Kanzler Lobkowitz, der Vicekanzler des Reichshofraths Herr von Strahlendorf und der Reichshofrath Nostitz und unterzogen sich mit ebenso geringem Erfolge derselben Mühe, der sich Lobkowitz in Gemeinschaft mit einigen anderen Personen bei der französischen Gesandtschaft unterzogen hatte.*)

Fast gleichzeitig erhielten auch die Franzosen eine Antwort auf ihre durch Baugy gemachte Mittheilung. Wir zweifeln nämlich nicht daran, dass der Kaiser von derselben in Kenntniss gesetzt worden war und dass dies die Veranlassung des Zwiegespräches wurde, welches er in diesen Tagen mit dem Herzog von Angoulême auf einem Jagdausfluge hatte. Ferdinand erklärte, dass er nichts mehr von Verhandlungen mit den Böhmen wissen wolle und dass fortan nur von seiner völligen Restitution die Rede sein dürfe. Als Angoulême den Kaiser vor diesem brüskten Auftreten warnte, beharrte er bei seiner Meinung und sprach dabei die Hoffnung aus, dass der König von Frankreich, der jetzt des Aufstandes Herr geworden sei, nicht länger mit seiner Hilfe säumen werde, jedenfalls wolle er ihn durch einen eigenen Gesandten um dieselbe ersuchen. Offenbar trieb Ferdinand nur sein Spiel mit den Franzosen, denn gewiss war er jetzt davon überzeugt, dass er keinen Beistand von ihnen zu erwarten habe, allein er hielt es für gut zu thun, als ob er volles Vertrauen in sie setze, um sie von der befürchteten Verbindung mit seinem Gegner

*) Wotton an Jakob dd. 7./17. September 1620. Englisches Staatsarchiv.

zurückzubalten.* Er hatte übrigens nur zu sehr recht, wenn er einen Umschwung in der Haltung Ludwigs befürchtete, denn als dieser von seinen Gesandten vernahm, wie nach ihrer Ankunft in Wien ihre Mission dem Bruche nahe gewesen war, ermahnte er sie auszularren, denn wenn sie auch durch ihre bisherigen Verhandlungen keine glänzenden Erfolge errungen hätten, so hätten sie doch sein Ansehen gewahrt, und im bleibe es unbenommen, nach Beschaffenheit der Umstände seine Massregeln zu treffen, d. h. sich auf die eine oder andere Seite zu schlagen.** Noch klarer zeugten zwei spätere Schreiben Puyzieux's von dem Entschlusse der Franzosen, ihren katholischen Sympathien Schweigen zu gebieten, sobald die Verhältnisse sich für den Kaiser zu günstig gestalten würden. Denn als man am Hofe Ludwigs Nachricht davon erhielt, dass das Zusammenwirken Maximilians und Buquoy's glänzende Resultate für Ferdinand erwarten lasse, beeilte sich Puyzieux, den Gesandten den Antrag zu geben, sie sollten den Pfalzgrafen um jeden Preis für einen Vergleich zu gewinnen suchen, damit er nicht Schaden leide; nur bezüglich Bethlems blieb man in Paris bei dem Entschlusse ihn fallen zu lassen.***)

Die Aufnahme, die der englische Gesandte in Wien gefunden hatte, konnte ihn über die Erfolglosigkeit seiner Mission nicht im Unklaren lassen: nichtsdestoweniger gab er noch nicht alles verloren, sondern schickte einen Boten an den Pfalzgrafen nach Prag mit der Frage, ob er erbötig sei, auf den ulmer Vermittlungsvorschlag einzugehen, über den er sich mit den französischen Gesandten in Wien geeinigt hätte und den er noch dahin vervollständigte, dass er die Berufung eines Reichstages vorschlug, dem allenfalls das Vermittlungsgeschäft übertragen werden könnte. Anfangs Oktober langte eine ablehnende Antwort aus Prag an, der Pfalzgraf wollte nichts von der Berufung eines Reichstages wissen,

*) Lettre écrite à Mr. Puyzieux dd. 16. Sept. 1620 in der Ambassade.

***) Lettre du roi à Mess. les Ambassadeurs dd. 31. Aug. 1620 in der Ambassade.

***) Puyzieux' Schreiben an die Gesandten dd. 25. September 1620 in der Ambassade.

dem die Entscheidung in seinem Streite mit dem Kaiser übertragen werden sollte, weil er besser als Wotton wusste, dass die Majorität auf kaiserlicher Seite stehe. Zudem wäre zu viel Zeit bis zur Berufung des Reichstages verflossen, und er fürchtete, dass die auf demselben zubereitete Medicin einen der Kämpfenden bereits todt auf dem Kampfplatze finden würde. Mit den sonstigen Vorschlägen wäre der Pfalzgraf einverstanden gewesen, allein er glaubte nicht daran, dass der Kaiser sein Erbrecht auf Böhmen aufgeben würde.*) Wotton konnte demnach nicht von dem Kaiser eine Erklärung bezüglich der ulmer Ausgleichsbedingungen verlangen, da der Pfalzgraf selbst sie nicht rückhaltslos annahm, er musste vorläufig in seiner Vermittlerrolle innehalten und den Ereignissen ihren Lauf lassen. Nach dem Berichte des sächsischen Gesandten zeigte er jetzt in seiner Haltung eine tiefe Melancholie. Den einzigen Trost gab ihm die allerdings wenig begründete Ueberzeugung, dass sein Herr die weiteren Angriffe der Spanier gegen die Pfalz nicht dulden werde und dass sich Frankreich und die Niederlande ihm hierin beigesellen würden.**)

Während der englische Gesandte voll Trübsinn seine Hände in den Schoss legte und nur über den allseitigen Misserfolg seiner Mission nach Hause berichtete, gaben sich die französischen Gesandten einer erneuerten Thätigkeit hin, die sich fast bis zur Fieberhitze steigerte, als die Nachricht in Wien einlief, dass Herzog Maximilian trotz der vorgeschrittenen Jahreszeit den Feldzug in Böhmen fortsetze und dadurch den Pfalzgrafen in eine verzweifelte Lage bringe.***) Als ihnen Ferdinand Anfangs Oktober eine Audienz gewährte, in der er in gewohnter Weise seine Verwunderung darüber aussprach, dass ihm Ludwig noch immer die zugesagte Hilfe nicht schicke, und die Gesandten ersuchte, sie möchten ihren Herrn doch daran erinnern, lehnten sie in ihrem Aerger über das

*) Ambassade. Copie d'un Memoire de la part de l'Electeur Palatin et baillé à Mess. les Ambassadeurs par le Sieur Wotton Ambassadeur d'Angleterre dd 30. Sept. 1620.

***) Sächs. St.A. Zeidler an Schönberg dd. 20./30. September 1620.

****) Lettre escrite à Mr. de Puysieux dd. 23. September 1620 in der Ambassade.

steigende Kriegsglück des Kaisers die Erfüllung dieser Bitte geradezu ab. *) — Sie fürchteten jetzt auch für Bethlen, für die sie sonst keine Sympathie gezeigt hatten, und ermahnten ihn in einem Schreiben, er möchte doch seinem Versprechen nachkommen und die Unterhandlungen mit dem Kaiser beginnen. Ihre Aufforderung hatte diesmal einen besseren Erfolg, denn schon am 13. Oktober antwortete ihnen Bethlen und erklärte sich bereit zur Anknüpfung von Verhandlungen und zum Empfang des Herzogs von Angoulême und seiner Begleiter. **) Er hatte mittlerweile mit seinen sämtlichen Streitkräften den Angriff gegen den Kaiser begonnen und nach anfänglichen Misserfolgen gestaltete sich die Lage der Dinge auf dem Kriegsschauplatze für ihn sehr günstig. Nicht die eigene Noth, sondern vielleicht der Wunsch, mit Frankreich in nähere Verbindung zu treten, veranlasste ihn zu dieser Nachgiebigkeit gegen die französischen Unterhändler.

Nachdem nämlich Bethlen die Königswahl angenommen und so dem Kaiser den Fehdehandschuh hingeworfen hatte, säumte er nicht, sich mit seiner gesamten Truppenmacht in Bewegung zu setzen und so das Versprechen zu erfüllen, zu dessen Einhaltung er sich gegen Böhmen durch die Annahme der 100.000 Gulden verpflichtet hatte. Sein erster Angriff galt dem bischöflichen Schloss in Neutra, das sich nach kurzem Widerstande ergeben musste. ***) Von da ging der Zug weiter gegen Pressburg, wo durch seine Fürsorge eine Brücke über die Donau geschlagen wurde, die ihm den Einmarsch nach Oesterreich auf dem rechten Donauufer ermöglichte. Der erste feste Platz, auf den er stiess, war Haimburg, und da er denselben nicht in feindlichen Händen lassen durfte, schickte er sich an, ihn zu belagern. Da er jedoch die 20.000 Mann, von denen in den Verhandlungen mit den Gesandten Friedrichs und Anhalts so viel die Rede war, und die nur wegen nothwendiger Detachirungen auf 16.000 Mann reduziert werden

*) Lettre écrite a Mr. de Puyieux dd. 30. September 1620, Brief an Bethlen dd. 7. October 1620 in der Ambassade.

**) Schreiben dd. 13. October 1620 in der Ambassade.

***) Katona XXX, S. 629.

lten, nicht bei sich hatte, sondern alles in allem nur 8000 Mann stark war, und auch diese Truppen die für den günstigen Erfolg einer Belagerung nöthige Schulung nicht besaßen, richtete er vor Haimburg nichts aus.

Wir haben über die Verhandlungen berichtet, die zwischen Ferdinand, Maximilian und Buquoy über den weiteren Kriegsanfang geführt wurden und die damit endeten, dass man den Grafen Dampierre mit ungefähr 6000 Mann an die ungarische Grenze schickte und ihm die Abwehr der von Bethlen drohenden Angriffe übertrug. Den Vertheidigungsmassregeln, die Dampierre, der vorläufig nur über einen Theil dieser Truppen verfügte, in Haimburg traf, und der mangelhaften Ausrüstung der Ungarn, die nicht einmal genügend lange Sturmleitern hatten, war es zu danken, dass die wiederholten Sturmangriffe der Belagerer abgeschlagen wurden und sie sich mit einem Verluste von ungefähr 1000 Mann zurückziehen mussten.*) Dieser Erfolg erhöhte die Energie Dampierre's, der alsbald mit seinen Truppen den weiteren Marsch antrat, um dem Grafen Eszterházi, der in seinem Schloss Laggenbach belagert wurde, Hilfe zu bringen. Er rückte gerade im rechten Augenblicke heran, denn schon hatte sich Eszterházi in Unterhandlungen wegen der Uebergabe eingelassen, dieselben aber abgebrochen, als Dampierre's ansichtig wurde, der mit ungefähr 1100 Reitern und 300 Mann zu Fuss herangezogen kam. Da die Ungarn über eine bedeutende Uebermacht, ungefähr über 5500 Mann geboten, so glaubte ihr Anführer Stephan Husár den Kampf mit Dampierre aufnehmen zu können. Aber trotz aller Tapferkeit, welche die Ungarn namentlich im Einzelkampfe aufwanden, zeigte es sich, dass sie gegenüber den gut geschulten und mit besseren Feurgewehren bewaffneten Gegnern nichts auszurichten im Stande seien. Sie erlitten eine vollständige Niederlage und liessen an 1000 Todte auf der Wahlstatt zurück.**)

Dampierre, der mittlerweile durch die Ankunft der von

*) Sächs. StA. Dampierre an den Kaiser dd. 3. October 1620.

**) Münchner StA. Ferdinand an Max dd. 8. October 1620. — Sächs. StA. Dampierre an Ferdinand dd. 4. October 1620.

Maximilian und Buquoy ihm zugeschickten Regimenter die volle Stärke von 6000 Mann erlangt hatte, beschloss den erlangten Vortheil durch einen Angriff auf Pressburg auszubeuten und leitete denselben damit ein, dass er eine Anzahl schwer beladener Schiffe gegen die Donaubrücke anrennen liess, um sie zu zerstören und so die Streitkräfte Bethlen's zu theilen. Ein Theil der Brücke wurde in der That zerstört und nun beabsichtigte Dampierre das Schloss von Pressburg anzugreifen und untersuchte zu diesem Zwecke die Umgebung desselben, um die
 9. Oct. 1620 passendste Stelle zum Sturm ausfindig zu machen.*) Da traf ihn eine feindliche Kugel an der Schläfe und streckte ihn todt nieder. Seine Truppen wurden durch dieses Ereigniss so erschreckt, dass sie sich zurückzogen und den Leichnam dem Feinde überliessen, **) der ihn später dem Kaiser auf- lieferte. Der Tod dieses entschlossenen Führers und der gleichzeitige Rückzug der Kaiserlichen erfüllte den Fürsten Bethlen mit Genugthuung; triumphirend gab er dem Pfalzgrafen hievon Nachricht und fügte hinzu, dass seinem Weitermarsche nichts mehr entgegenstehe und dass er sein Heer unverweilt dem Fürsten von Anhalt zuschicken werde, selbst aber begierig die Gelegenheit zu einer persönlichen Zusammenkunft mit Friedrich herbeisehne. Zwei Tage später schrieb er an ihn, dass er nun selbst bis in die Nähe von Pressburg gerückt sei und dass seine Truppen einen Streifzug bis Petronell unternommen und die Kaiserlichen abermals geschlagen hätten. Er habe ihnen nun den Auftrag gegeben ihre Streifereien bis zu den Vorstädten von Wien auszudehnen und dieselben anzuzünden. Zum Schlusse wiederholte er abermals das Versprechen, dass er sein Heer dem Fürsten von Anhalt zuschicken werde.***) Bethlen mag damals geglaubt haben, dass Anhalt noch in Mähren stehe und dass er ihn somit in einigen Tagemärschen erreichen könne, während der Fürst sich thatsächlich um diese Zeit bereits der Stadt Pilsen näherte. Als

*) Kuttenger Archiv. Bethlen an Friedrich dd. 10. Oct. 1620.

**) Münchner StA. Postscriptum Ferdinands an Max dd. 12. October 1620.
 — Katona XXX, 635.

***) Kuttenger Archiv: Bethlen an Friedrich dd. 12. Oct. 1620.

hlen dies wenige Tage später erfuhr, schien ihm die Ent-
nung zwischen den beiden Heeren zu gross und die Ver-
vianürung einer grossen Truppschaar auf dem Marsche
rch die ausgesogenen Gebiete zu schwer; er beschloss daher
e zugesagte Hilfe zu beschränken und liess nur etwa 8000
eiter nach Böhmen aufbrechen, die ihren Weg nach Tabor
ehmen sollten, das Anhalt mittlerweile als Vereinigungspunkt
ezeichnet hatte.*)

Am 13. September langte Bethlen in Pressburg an, wel-
chen Ort er zum Empfang der französischen Gesandtschaft
bestimmt hatte.

Bevor der Herzog von Angoulême der Einladung nach-
kam und sich mit Bethune und Préaux auf den Weg nach
Pressburg begab,**) ersuchte er den Kaiser ihm bekannt zu
geben, auf welcher Grundlage sich die bisherigen Verhand-
lungen mit Bethlen bewegt hätten. Ferdinand versprach dies
durch einen seiner Geheimräthe zu thun, und schickte in der^{16.Oct.}
That die Herren von Harrach und Trauttmansdorff in die Woh-¹⁶²⁰
nung des Herzogs. Anfangs ergingen sich diese nur in Klagen
über Bethlen, von dem sie alles mögliche Schlechte zu er-
zählen wussten, als ihnen aber entgegnet wurde, dass man auf
kaiserlicher Seite nicht zu stolz sein und einen Ausgleich
nicht von der Hand weisen dürfe, da man ja von Ungarn nur
noch Raab und Komorn besitze, liess sich Harrach zu eini-
gen vertraulichen Mittheilungen herbei und berichtete über
die Versprechungen, zu denen sich der Kaiser gegen Bethlen
bei Gelegenheit des im Januar zu Pressburg vereinbarten¹⁶²⁰
Waffenstillstandes entschlossen hatte. Die Franzosen waren
durch diese Mittheilung auf das höchste überrascht, sie konnten
den Kaiser nicht mehr der Unnachgiebigkeit zeihen, aber
sie fühlten sich beleidigt, dass sie von seinen Anerbietungen
so spät in Kenntniss gesetzt wurden, und erhoben auch Vor-
würfe, dass Ferdinand die dem Fürsten von Siebenbürgen so
ünstigen Bedingungen jetzt zurückzunehmen scheine und so
e französische Vermittlung nur erschwere. Harrach hätte zur

) Pechy an Friedrich dd. 30. Nov. 1620 bei d'Elvert Beiträge III.
) Schreiben an Puyseux in der Ambassade S. 286 und 291.

Rechtfertigung des Kaisers auf den Gang der neusohler Vorgänge hinweisen können, allein er unterliess es, weil er überzeugt sein mochte, dass die Gesandten bald selbst die Erfahrung machen würden, wie schwer es sei, mit Bethlen eine Verhandlung zu führen. Er erklärte also nur, dass der Kaiser eingewilligt habe, sich mit dem Fürsten auf Grund entsprechender Bedingungen zu verständigen, und ersuchte die Gesandten, die Verhandlungen zu beginnen und dem Kaiser über die gewonnenen Resultate Bericht zu erstatten. Doch wahrte sich dieser das Recht, die zwischen ihnen und Bethlen vereinbarten Bedingungen anzunehmen oder zu verwerfen. Die Franzosen erklärten, dass sie auf dieser zweifelhaften Grundlage sich in keine Verhandlungen einlassen könnten, da dies dem Ansehen ihres Königs abträglich sein würde; damit schloss die Konferenz.

17. Oct. 1620 Wenige Stunden nach derselben wurde man im kaiserlichen Rathe anderen Sinnes und sandte am andern Morgen den Reichsvicekanzler Ulm an die französische Gesandtschaft mit der Nachricht, dass der Kaiser erbötig sei, sich mit Bethlen in Verhandlungen einzulassen und sich nicht das Recht reservire, die vereinbarten Bedingungen anzunehmen oder abzulehnen, aber dagegen verlange, dass Bethlen von jeder Verbindung mit Böhmen ablasse. Dies genügte dem Herzog von Angoulême und er begab sich nun mit seinen Begleitern nach 1620 Pressburg, wo er am 18. Oktober ankam und in glänzender Weise empfangen wurde. Als er am folgenden Tage Bethlen um eine Audienz ersuchen liess, verschob sie der letztere auf den nächsten Morgen, „weil er bereits zu viel getrunken habe.“ Die eigentlichen Verhandlungen begannen erst bei einem Besuche, den Graf Emerich Thurzo und der Kanzler Pechy den französischen Gesandten abstatteten. Als die letztern die Vortheile eines friedlichen Ausgleiches ins rechte Licht zu setzen suchten, wurde ihnen entgegnet, dass soweit es auf die Person des Kaisers ankomme, man gegen einen Ausgleich nichts hätte, der Kaiser sei ein guter Mann, aber er sei unterthan den spanischen Rathschlägen, die auf die Unterdrückung von ganz Europa hinausgingen. Alle Verhandlungen, die von Wien aus geführt würden, seien au

Täuschung berechnet; bei dieser Behauptung bedienten sich Thurzo und Pechy fast derselben Worte zur Charakteristik der Verkommenheit der wiener Staatsmänner, mit denen man in Wien Bethlen und seinen Anhang bezeichnet hatte. Wir wollen damit nur andeuten, dass bei diesem gegenseitigen Hass und dieser gegenseitigen Verachtung die Unterhandlungen keinen Erfolg versprochen.

Gleichwohl liessen sich die französischen Gesandten nicht zurückschrecken und suchten den ungarischen Staatsmännern das Misstrauen durch den Einwand zu benehmen, dass Ludwig XIII der Garant des durch seine Vermittlung geschlossenen Ausgleiches sein würde. Diese Erklärung machte einen grossen Eindruck auf Thurzo und Pechy, die hierüber an Bethlen berichteten. Dennoch liess dieser erklären, dass er nur dann zu Verhandlungen mit dem Kaiser bereit sei, wenn auch Böhmen in dieselben eingeschlossen würde. Die französischen Gesandten bemerkten, dass der Kaiser auf diese Bedingung nicht eingehen werde, sie suchten die Ungarn zu getrennten Verhandlungen zu überreden, allein ihre Anstrengungen blieben erfolglos, da man auf ungarischer Seite sich nicht abermals einen Treubruch gegen Böhmen zu Schulden kommen lassen wollte. Die französischen Gesandten suchten jetzt bei Bethlen um eine Audienz nach, um ihn selbst für die getrennten Verhandlungen zu gewinnen, fanden aber auch bei ihm kein besseres Entgegenkommen, so dass sie sich bestehen mussten, dass ihre Mission in Ungarn gescheitert sei. *)

Als Angoulême dem Kaiser über seine Verhandlung mit Bethlen Bericht erstattete, nahm der letztere denselben freundlich entgegen und versprach seine weitere Meinung baldmöglichst kund geben zu wollen. **) Man wird es jedoch erklärlich finden, dass er sich damit nicht übereilte, da gerade Nachrichten von dem äusserst günstigen Fortgange des Feldzuges in Böhmen anlangten, und dass er sein Versprechen erst löste, als die Schlacht auf dem weissen Berge geschlagen war. Beth-

*) Copie d'un Memoire venant de la part de l'Electeur Palatin dd. 30. September 1620 mit einem Zusatz dd. 12. October in der Ambassade.
 **) Bericht der französischen Gesandten an Ludwig XIII dd. 4. November 1620 in der Ambassade.

len beeilte sich dagegen seinen Freunden die versprochene Hilfe zu schicken, die allerdings, wie berichtet wurde, nur aus 8000 Reitern bestand.

III

Wir müssen hier noch nachtragen, welchen Verlauf schließlich die Ausgleichsverhandlungen mit Böhmen nahmen. Auf der Art und Weise, wie der Pfalzgraf die Vorschläge Wottons beantwortete, ergab sich die Aussichtslosigkeit derselben und man wird es daher begreiflich finden, dass auch Weston und Conway nach ihrer Ankunft in Prag dieselben nicht in besserem Fluss brachten. Des Pfalzgrafen hatte sich, je schlimmer seine Lage in Böhmen wurde und je weiter die Spanier in die Pfalz vorrückten, eine Art von Verweilung bemächtigt, er hielt es jetzt für die Pflicht seines Schwiegervaters, ihm in den Waffen zu helfen und wollte deshalb nichts mehr von Verhandlungen hören.

Wenn man erwägt, welchen Lauf die Dinge mittlerweile in der Pfalz genommen hatten, so sollte man in der That denken, dass Jakob aus seinen selbstgefälligen Träumen erwachen musste. Die Könige fällen die wichtigsten Entscheidungen selten auf Grund tiefer und begründeter Ueberzeugungen, sondern in der Regel nach den Vortheilen oder Nachtheilen, welche dieselben für ihre Reiche im Gefolge haben nach den persönlichen Sympathien und Antipathien, die sie gegen die benachbarten Herrscher im Herzen tragen, nach der Grösse des Interesses, das sie oder ihre Familienmitglieder an irgend einem strittigen Gegenstande nehmen, mit einem Worte nach persönlichen Motiven, die allerdings um so wirksamer auftreten, wenn sie durch Rechtsprinzipien gestützt werden. Alle diese persönlichen, sonst massgebenden Motive hatte Jakob mit Füßen getreten, er hatte früher von Liebe und Fürsorge für seine Tochter gesprochen, so lange sie diese nicht brauchte, er hatte im Sommer dieses Jahres in Greenwich bei einer Audienz, die er dem Achaz von Dohna ertheilte, sogar davon gesprochen, dass er durch die mit dem

kaiser angebahnten Ausgleichsverhandlungen seinem Schwiegersohne den Besitz einer Krone verschaffen wolle und zuletzt sich dahin geäußert, dass Friedrich an die Vertheidigung Böhmens schon aus Ehrenpflicht gegen die Stände dieses Landes gebunden sei.*) Sobald man aber von Jakob verlangte, dass er diesen Anschauungen einen thatsächlichen Ausdruck geben wolle, verschanzte er sich hinter die Theorie der Unverletzlichkeit der königlichen Rechte, die er auch bei Ferdinand achten müsse. Wenn in der That die Achtung vor dem Rechte das leitende Prinzip seiner jetzigen Handlungsweise gewesen wäre, so könnte man ihm die Anerkennung um so weniger versagen, als er seinen persönlichen Vortheil dadurch schädigte. Aber wenn man von ihm annehmen wollte, dass dieses Prinzip ihn in seinem Verfahren gegen seinen Schwiegersohn geleitet und dass er überhaupt die Gerechtigkeit zur Richtschnur seiner Handlungsweise gemacht habe, so hätte auch seine übrige Regierung von ihr durchdrungen sein müssen. Allein wie wenig davon die Rede war, zeigt seine Verhandlung mit Spanien bezüglich der beabsichtigten Beraubung der Niederlande, seine schämliche Finanzwirthschaft, sein Gebahren mit Buckingham und zahlreiche andere Vorgänge in England. Er war persönlich solch ein erbärmlicher Egoist, dass er nicht einmal um seiner Familie willen egoistisch sein wollte, weil ihn dies zum sparsamen Zusammenhalten seiner Mittel genöthigt hätte, und so ist es begreiflich, wenn seine Erbärmlichkeit jetzt ihren Höhepunkt erreichte und während der Vorgänge in der Pfalz, deren weiteren Verlauf wir nun andeuten wollen, klar zu Tage trat.

Nach der Abreise Westons und Conway's von Mainz war Spinola in seinem Angriffe weiter vorgeschritten. Nachdem er sich Kreuznachs bemächtigt hatte, lenkte er seine Schritte nach Altzei und nahm auch diese Stadt ein und drei Tage später that er dasselbe mit Oppenheim. Massloser Schrecken bemächtigte sich der Bewohner der Unterpfalz, die allesammt in der Ueberzeugung gelebt hatten, dass der Angriff schon aus Rücksicht auf England unterbleiben werde. Die Mutter des Pfalz-

*) Münchener StA. Ein Memoire Achaz' von Dohna dd. 5./10. Jänner 1621.

grafen, in deren Obhut derselbe seine jüngern Kinder gelassen hatte, fühlte sich in ihrem Wohnsitz nicht mehr sicher und flüchtete mit ihren Enkeln auf württembergisches Gebiet und ihrem Beispiele folgten tausende wohlhabender Einwohner. Die Truppen der Union leisteten den Fortschritten Spinola's keinen Widerstand, und liessen ihn die geschilderten Erfolge mühelos erringen. Erst am 11. September griffen sie eine Abtheilung des spanischen Kriegsvolkes an und von da an war also der Krieg in der Pfalz zu einer Thatsache geworden.*)

Als Achaz von Dohna von dem Einmarsche Spinola's in die Pfalz Kunde erhielt, eilte er nach Windsor, um den König zu beschwören, jetzt nicht länger mit einer ausgiebigen Hilfe zu zaudern. Alzei und Oppenheim gehörten ja zu jenen Besitzungen, auf denen das Witthum seiner Tochter sichergestellt war.**) Dem Könige war diese Nachricht äusserst unliebsam, weil ihm so der letzte Vorwand benommen wurde, mit dem er bisher alle Aufforderungen auf eine werktätige Hilfe abgelehnt hatte. Trotzdem gab er ungescheut zur Antwort, dass der Kaiser Recht thue, wenn er die Pfalz angreife und so den Gegenangriff in Oesterreich abweise und dass der Beifall und die Unterstützung von vier Kurfürsten, deren sich Ferdinand erfreue, ein deutlicher Beweis sei, dass man seinen Angriff gegen die Pfalz selbst in Deutschland nicht ungerecht finde. Jakob ging sogar so weit, dass er die Worte des spanischen Gesandten, mit denen dieser das Vorgehen des Kaisers rechtfertigte, zu den seinigen machte; Gondomar hatte erklärt, dass der Kaiser thue recht, wenn er sich auf diese Weise gegen Löwen vertheidige, die ihm das Hemd vom Leibe reissen wollten. Schon bei der Audienz hatte Dohna die Ansichten Jakob's bekämpft; nach Hause zurückgekommen arbeitete er ein Memoire aus,***) das er am 26. September überreichte, und in dem er sich bemühte, den Angriff des Kaisers auf die Pfalz zu

*) Spinola an Buquoy dd. 15. Sept. 1620. Gratzner Archiv.

**) Münchner StA. 119/3 der Pfalzgraf Johann an Jakob dd. 8. Sept. 1620. Ebend. 425/5 Pfalzgraf Johann an Friedrich dd. 11./21. Sept. 1620.

***) Exceptions cottées selon la suite du discours tenu avec S. M. a Windsor le 10. Sept. Ueberreicht von Dohna am 16./26. Septemb. Englische Staatsarchiv.

das Uebermass von Unrecht und Gewaltthat hinzustellen. Was nun diese Behauptung und die dafür angeführten Gründe betrifft, so sind sie allerdings nichts werth, denn Ferdinand konnte sich mit gutem Gewissen gegen den Pfalzgrafen wehren, wo es ihm beliebte; aber mit seinen Vorwürfen gegen Jakob hatte Dohna vollkommen Recht, weil dieser die Gefahr nicht achtete, die den Besitzungen seiner Enkelkinder drohte. Das Memoire Dohna's brachte auf Jakob ebenso wenig Wirkung hervor, wie die mündliche Unterredung, Jakob hatte sogar den Muth, durch seinen Staatssekretär Naunton nach Prag schreiben zu lassen, dass er den Einmarsch der Spanier in die Pfalz und die Eroberung einiger Städte daselbst ganz natürlich finde, denn auch auf kaiserlicher Seite wolle man ein Pfand in den Händen haben, bevor man sich in Unterhandlungen einlasse.*) Man werde hoffentlich auf pfälzischer Seite mehr Lust zum Frieden haben, wenn man den Krieg wirklich kennen gelernt habe. Es sei aber nothwendig, dass Friedrich mit einem ordentlichen Friedensvorschlag auftrete, für welchen König Jakob gern die Vermittlung übernehmen wolle.

Dohna war in diesen Tagen in steter Aufregung, da ihn die Gleichgiltigkeit Jakobs und seine Ausflüchte geradezu empörten. Da er Nachricht erhalten hatte, dass in der königlichen Kanzlei eine Antwort auf eine Zuschrift des Herzogs von Zweibrücken, in der dieser von der Eroberung von Altzei und Oppenheim Kunde gab, vorbereitet werde und dass der König in derselben neuerdings seine Neutralität betonen wolle, kannte seine Entrüstung keine Grenzen und er drohte dem Staatssekretär Calvert, dass er, wenn in dem königlichen Briefe das Wort Neutralität vorkomme, dagegen vor dem König und der ganzen übrigen Welt protestiren werde: das Unrecht, das Jakob seinem Schwiegersohne zufüge, überschreite alles Mass, wenn die Unionsfürsten ein Schreiben zu Gesicht bekämen, wo der König von England von der Aufrechthaltung einer Neutralität spreche, so sei die Sache des Pfalzgrafen offends verloren.**)

*) Naunton an Nethersole dd. 13./23. Sept. 1620. Englisches Staatsarchiv.

**) Dohna an Calvert dd. 22. Sept./2. Oct. 1620. Ebendasselbst.

klärung auf die königliche Schreibweise einen Einfluss ist nicht weiter bekannt, jedenfalls fehlte in der Antwort kobs an den Herzog von Zweibrücken das Wort „Neutralität“ in der Sache selbst beharrte er aber auf seinem alten Standpunkt, wiewohl er denselben mannigfach zu maskiren suchte. Denn nachdem er im Eingange abermals erklärt hatte, dass er sich in dem böhmischen Streit nicht verwickeln lassen wolle, weil er dadurch seine Stellung als Vermittler, „von der er noch immer ein gutes Resultat hoffe,“ gefährden würde, gab er seine Zustimmung dazu, dass die Unionsfürsten sich mit ihrer gesammten Macht dem Heere Spinola's entgegenstellen und den Angriff auf die Pfalz zurückweisen sollen, was ihnen hoffentlich gelingen werde, da sie mittlerweile durch die Generalstaaten und das englische Regiment unter Veers Commando verstärkt sein dürften. In der That war das zur Vertheidigung der Unterpfalz in England geworbene Regiment im Monat September in Holland gelandet, und war in Begleitung einer Abtheilung holländischen Volkes, das zum Theil aus Reiterei bestand und an dessen Spitze sich der Prinz Heinrich Friedrich von Oranien befand, längs des Rheins nach dem Süden gezogen und hatte sich Anfangs Oktober glücklich mit dem Unionsheere vereinigt.*) Jakob war weit entfernt durch das gegebene Beispiel zu gleicher Thätigkeit angespornt zu werden. Denn von einer Anstrengung der eigenen Kräfte von einer Gewährung der so vielfach an ihn ergangenen Bitten um die Ausrüstung eines eigenen Heeres war in dem Brief keine Rede; aber an einem Versprechen liess er es doch nicht fehlen: er wolle alle Kraft ansetzen, wenn der Angriff gegen das Erbe seiner Enkelkinder fortgesetzt werden würde.**). Thatsächlich kam er auch diesem nicht nach, denn er wiederholte nur das Versprechen, als weitere Nachrichten aus der Pfalz einliefen, welche von den rapiden Fortschritten der Spanier berichteten***), und beschränkte es zuletzt dahin, dass er sei

*) Münchner StA. Die Unionsfürsten an Moriz von Oranien dd. 5./15. Oct. 1620

***) Jaques an Duc de Deux-Ponts dd. 23. Sept./3. Oct. 1620. Münch. StA. 119/3 Achatz von Dohna an? nach Heidelberg dd. 26. September 6. October 1620.

****) ~~Münchener StA.~~ Achatz von Dohna an Jakob dd. 27. Sept./7. Oct. 1620

Mithilfe erst im kommenden Frühling in Aussicht stellte, um 9. Oct. wenigstens bis dahin alle weiteren Anforderungen abweisen ¹⁶²⁰ zu können.*) In der Reihe dieser fruchtlosen Versprechungen muss man endlich auch einen Brief des Prinzen von Wales rechnen, den dieser gleichfalls an die Unionsfürsten richtete und in dem er sie bei Himmel und Hölle versicherte, dass er die Beschlüsse seines erlauchten Vaters nach Möglichkeit unterstützen und den Fürsten zu Hilfe kommen werde.**)

Graf Gondomar war in den ersten Tagen, als die Nachricht von der Invasion Spinola's in England anlangte, der Gegenstand heftigerer Angriffe als je; es scheint, dass man gegen ihn und Spanien die Beschuldigung erhob, Jakob über die eigentliche Bestimmung des spanischen Heeres getäuscht zu haben. Nur unter dieser Voraussetzung kann man ein Schreiben begreifen, das Buckingham an ihn richtete und in dem er ihm das Zeug- ^{12. Oct. 1620} niss ausstellte, dass weder der König von Spanien noch Gondomar je das Versprechen gegeben hätten, dass Spinola nicht in die Pfalz einrücken würde, sondern dass sie beide stets erklärt hätten, dass dies geschehen werde.***) Dieses Zeugnis stellte Buckingham offenbar auf Gondomars Drängen aus, ohne zu bedenken, dass er damit die Doppelzüngigkeit des eigenen Königs offenbarte, der jetzt that, als ob ihn der Angriff auf die Pfalz überrascht hätte.

Da alle Bitten der Union, Jakob zu unmittelbarer Hilfe zu vermögen, fruchtlos blieben, so suchten die Unionsfürsten der spanischen Gefahr dadurch zu begegnen, dass sie den in Nürnberg gefassten Plan, die geistlichen Besitzungen anzugreifen, der nach dem ulmer Vertrag bei Seite gelegt zu sein schien, wieder aufnahmen, aber mit diesem Angriffe nicht selbst beginnen wollten, sondern den König von Dänemark und die Generalstaaten zu demselben aufforderten. Ein Gesandter wurde an Christian IV abgeschickt, um ihm die Vortheile eines solchen Angriffs für die Vergrößerung seines Besitzes klarzulegen

*) Münchner StA. 119/3 Jakob an die Unionsfürsten dd. 29. Sept./9. Oct. 1620.

**) Charles Prince de Galles à Mess. les Princes de l'Union dd. 28. Sept./8. Oct. 1620. Münchner StA. 119/3.

***) Buckingham an Gondomar dd. 2./12. October 1620. Englisches StA.

und mit gleichen Gründen sollten die Holländer zur Besetzung der naheliegenden Stifter aufgefordert werden. Der Plan der Union, so vielverheissend er auch war, kam zu spät, als das er einen Umschwung wenigstens in dem böhmischen Kriege herbeigeführt hätte, denn der Absendung der Gesandten nach Kopenhagen und Haag folgte fast unmittelbar die Nachricht von der Niederlage auf dem weissen Berge.*)

Mittlerweile waren Conway und Weston in Prag angelangt, und da man sie von der Antwort in Kenntniss setzte, die Friedrich auf die Vorschläge Wottons ertheilt hatte, so mussten sie die Ueberzeugung gewinnen, dass auch hier an Verhandlungen nicht zu denken sei.***) Ihr Bericht, den sie namentlich Conway über die gewonnene Ueberzeugung nach Hause schickten, wurde fast gleichzeitig durch ein Schreiben Nethersole's vervollständigt, das keinen Zweifel über das Vergebliche aller Vermittlungsversuche aufkommen lassen konnte. Nethersole berichtete, dass er durch vielfache Unterredungen und genaue Beobachtung die Ueberzeugung gewonnen habe, dass Friedrich um keinen Preis auf die errungene Krone verzichten werde, und sollte er darüber die Pfalz und Böhmen verlieren und zu Grunde gehen. Keine bekannt gewordene Aeusserung und kein gleichzeitiges Schriftstück betont mit solcher Schärfe den Entschluss des Pfalzgrafen, mit Böhmen zu stehen und zu fallen, wie Nethersole in diesem Briefe thut; allerdings war kaum Jemand so berechtigt zu einem solchen Urtheil, als er selbst, da ihn der ununterbrochene Verkehr mit Friedrich und seiner Gemahlin über ihre Gesinnungen in keinem Zweifel liess. Wie aber bei dieser Entschlossenheit, an Böhmen festzuhalten, und bei dem Wunsche des Kaisers dasselbe wieder unter seine Herrschaft zu bringen, eine Vermittlung möglich sei, das, erklärte Nethersole, sehe er nicht ein, und deshalb halte er alle weiteren Verhandlungen für unnütz.***)

Auch Conway und Weston wurden in die Lage gesetzt,

*) Rustorfs Bericht an Friedrich von der Pfalz dd. 17./27. October 1620. Druck der kais. Bibl. in Prag.

***) Conway und Weston an Naunton dd. 13./23. October, Prag 1620. Engl. StA. — Ebend. Conway an Buckingham dd. 13./23. October 1620.

****) Nethersole an Naunton dd. 14./24. October 1620. Ebend.

die Ueberzeugung Nethersole's zu ihrer eigenen zu machen. Friedrich, der, wie erzählt werden wird, sich persönlich zu seiner Armee begeben hatte, war am 24. Oktober wieder nach Prag gekommen, um die beiden Gesandten zu begrüßen und sich von ihren Aufträgen in Kenntniss zu setzen. In der Audienz, die er ihnen ertheilte, und in der sie dieselbe Sprache wie in Mariemont, Mainz, Oppenheim und Dresden führten, machte er auch ihnen gegenüber kein Hehl daraus, dass er an der böhmischen Krone um jeden Preis festhalten wolle und die äusserste Nachgiebigkeit, zu der er sich entschliessen würde, nur darin bestehe, dass er dem Kaiser den Titel eines Königs von Böhmen und eine Jahrespension bewilligen würde. Den Tag nach dieser Erklärung reiste er wieder zu seiner Armee ab.^{*)} Da Conway und Weston aus den Unterredungen, die sie mit einzelnen hervorragenden Männern hatten, erkannten, dass der Widerstand des Königs gegen jede weitere Nachgiebigkeit allgemeine Billigung finde, sahen sie ein, dass ihre Mission auch hier gescheitert sei, und sie beschlossen daher nur abzuwarten, bis ihnen König Friedrich über seinen Entschluss eine schriftliche Erklärung zukommen lassen würde, um dann nach Hamburg zu reisen und die weiteren Befehle ihres Herrn abzuwarten.^{**)} Diesen Beschluss fassten sie am 5. November; bevor sie ihn aber durchführen konnten, wurde die Schlacht auf dem weissen Berge geschlagen und nun verliessen sie allerdings Prag, aber in Begleitung des flüchtigen Königspaares.

Die verschiedenen Nachrichten, die im Monate Oktober nach England kamen, und die auch dort die Ueberzeugung wecken mussten, dass die Vermittlung zu keinem gedeihlichen Ende kommen dürfte, hatten zur Folge, dass sich eine Agitation entwickelte, die auf die Berufung des Parlaments drang, weil nur dieses die nöthigen Geldmittel für ein entschlosseneres Auftreten herbeischaffen konnte. Aber Jakob wollte nichts davon wissen; alles, wozu er sich verstand, war, dass er die

*) Conway und Weston an Naunton dd. 17./27. Oct. 1620. Englisches StA. — Münchner StA. 425/4. Zuschrift der englischen Gesandten an Friedrich dd. 18./28. Oct. 1620.

**) Conway und Weston an Naunton dd. 26. Oct./5. Nov. 1620. Engl. Staatsarchiv.

Erlaubniss gab, dass die Mitglieder des geheimen Rathes eine Sammlung unter sich anstellen durften, und dass später auch die Bischöfe und Dekane und andere hervorragende Personen aufgefordert wurden, einen Beitrag zur Vertheidigung der Pfalz herzugeben. Wie gern man in England bereit war, diese Hilfe zu spenden, zeigte das Resultat der Sammlung, denn allein unter den Geheimrathen wurde die Summe von 11.000 Pfund Sterling aufgebracht.*) Aber milde Gaben konnten da nicht ausreichen, wo nur eine ergiebige Steuer Rettung bringen konnte. Jakob liess sich jedoch durch nichts aus seiner egoistischen Selbstgefälligkeit aufrütteln. Mit welchem anderen könnte Namen man seinen Zustand bezeichnen, wenn er bei der Nachricht, dass das Unionsheer dem Marquis Spinola keinen ausgiebigen Widerstand entgegensetzen könne, kalt blieb, und seine Ruhe nicht einmal einbüsste, als er vernahm, dass Spinola auch die Besitzungen des Pfalzgrafen Ludwig, des minderjährigen Bruders des Königs von Böhmen, angegriffen habe und so alle Schranken mit Füssen trete. Auf eine derartige Vereidung jeder Hoffnung, welche die pfalzgräfliche Familie auf die Vaterliebe Jakobs, auf sein Ehrgefühl und auf sein religiöses Interesse setzte, war man allerdings nicht gefasst und so brach nun das Verhängniss unaufhaltsam herein.

*) Münchner StA. 119/3 Achaz von Dohna an den Herzog von Zweibrücken dd. 3./13. Oct. 1620. Greenwich. The Privy Council to the Peers, Bishops, Deans etc. dd. 25. Oct./4. Nov. 1620. Engl. StA.

Neuntes Kapitel.

Der Krieg in Böhmen während der Monate Juli bis October 1620.

- I Befestigungsarbeiten in Prag. Thurns Rede bei einem Banket. Die Stärke der Armee in Böhmen. Anschlag auf Budweis. Die Schanze bei Wallern. Thurn zieht sich von Wallern in das Innere von Böhmen zurück. Aufbietung des Landesaufgebots. Errichtung eines Kriegsraths in Prag. Friedrich entschliesst sich zur Armee zu gehen. Seine Abreise.
- II Die kaiserliche und ligistische Armee in Gratzten, Budweis, Prachatitz, Wodňan und Pisek. Die böhmische Armee erscheint in der Nähe dieser Bundesarmee. Die Bundesarmee vor Pilsen. Verhandlungen mit Mansfeld. Versuch Friedrichs mit Maximilian Verhandlungen einzuleiten. Die Verwüstung in Böhmen. Bauernaufstände. Maximilian und Buquoy marschiren nach Rakonitz. Zusammenstoss mit dem böhmischen Heere. Abmarsch des kaiserlichen und ligistischen Heeres gegen Prag.

I

Durch den Einmarsch der unter Maximilian und Buquoy stehenden Heere in Böhmen waren die Befürchtungen zur Thatsache geworden, die man seit dem Vertrage von Ulm, also seit länger als zwei Monaten daselbst gehegt hatte. Schon damals besorgte man nämlich, dass Maximilian seine Schritte nicht nach Oesterreich, sondern nach Böhmen lenken und seinen Angriff unmittelbar auf Prag richten werde und beschloss deshalb, die Festungswerke dieser Stadt, die sich in einem schlechten Zustande befanden, wieder herzustellen.*) Gleichzeitig erliess man in Prag und in allen Kreisen des Landes Befehle, in denen diejenigen, welche sich bisher bei dem Landesaufgebote saumselig erwiesen hatten, ermahnt wurden ihre Pflicht zu erfüllen und sich nach Moldautein als dem gemeinsamen

*) Avisen aus Prag dd. 20. Juli 1620. Münchner Reichsarchiv.

Sammelplatz zu verfügen. Ferner befahl man, dass bei der Annäherung des Feindes überall die Sturmglocke geläutet und der Kampf bis zum Aeussersten geführt werden solle. Ein Gleiches sollte auch in Prag geschehen: sobald in einem Viertel die Sturmglocke erschallen würde, sollte der Viertelshauptmann die ihm unterstehenden Bürger um sich schaaren und sich mit ihnen auf dem ihm angewiesenen Posten einfinden. *) Die Publikation dieser Mandate verursachte in Prag den grössten Schrecken, weil man bis dahin von der Regierung nur die besten Versicherungen über den Verlauf der Kriegsoperationen und über die Freundschaft der benachbarten Mächte vernommen hatte und nun mit einemmale die erträumte Sicherheit zusammenstürzte.

Die auf die Verstärkung des Landesaufgebotes und auf die Befestigung von Prag bezüglichen Beschlüsse wurden unter der Leitung des Grafen Thurn gefasst, der sich zur Uebernahme des Oberkommando's in Böhmen nach Prag verfügt und seinen 1620 Aufenthalt daselbst bis zum 24. Juli **) ausgedehnt hatte. Vor seinem Abschied aus dieser Stadt nahm er an einem Bankett bei Wilhelm von Lobkowitz Theil und erklärte daselbst, dass die Gefahr jetzt auf das höchste gestiegen sei: wenn Baiern oder Sachsen in Böhmen einfalle, so müsse Jedermann im Lande zu den Waffen greifen und lieber im unvermeidlichen Kampfe fallen, als in den Händen der Tyrannen zu Grunde gehen. ***) Wenn er mit dieser Anrede bei seinen Zuhörern den Enthusiasmus der Husitentage heraufbeschwören wollte, so hatte er übersehen, dass in einem Lande, welches seit zwei Jahren die Vertheidigung der theuersten Interessen Fremden überlassen hatte, ein derartiger Aufschwung nicht mehr möglich sei.

Die böhmische Armee, über die Thurn das Kommando führen sollte, hatte sich zwischen Tabor und Moldautain auf-

*) Avisen aus Prag dd. 26. Juli 1620. Münchner Reichsarchiv.

**) Die Nachrichten, wann Thurn von Prag verreist ist, gehen auseinander, es wird der 22., 23. und 24. Juli angegeben. Wir halten uns an das späteste Datum, welches in den Avisen aus Prag dd. 26. Juli 1620 (im Münchner Reichsarchiv) angegeben ist.

***) Münchner Reichsarchiv. Avisen aus Prag.

gestellt und durch den Zuzug theils geworbener, theils dem Landesaufgebote angehöriger Truppen bis auf 10.000 Mann verstärkt,*) und war mit ausreichender Artillerie versehen. Ueber die Verwendung dieser Armee war man eigentlich im Schwanken, man sprach in Prag davon, dass man sich mit ihr gegen Klattau wenden müsse, um der bairischen Grenze nahe zu sein und den Einbruch ligistischer Truppen zu verhindern, dann wollte man gegen Budweis ziehen, um diese Stadt einzunehmen und so die eiternde Wunde am böhmischen Körper zur Heilung zu bringen. Zuletzt hatte man jedoch alle diese Pläne aufgegeben und beschlossen, die Schanze, welche die Kaiserlichen bei Wallern errichtet hatten, und die die Verbindung zwischen Passau und Budweis und damit dem Kaiser den Zuzug von Hilfstruppen sicherte, zu erstürmen, um auf diese Weise den Einbruch der ligistischen Armee von dieser Seite unmöglich zu machen. Man wollte dann nach Oberösterreich rücken und im Vereine mit den oberösterreichischen Truppen dem Herzog von Baiern begegnen, falls er dahin seine Schritte lenken sollte.**) Um den Erfolg zu sichern, wurde dem Regimente des Herzogs von Weimar, das in den Niederlanden geworben und bereits in der Nähe von Prag angelangt war, der Befehl gegeben, rasch vorzurücken, und sich der Armee unter Thurn anzuschließen; ein gleicher Befehl wurde dem unter Oberst Gray heranrückenden englischen Regiment, das in dieser Zeit in der Lausitz stand, zugeschickt***), doch wissen wir nichts davon, dass dieses Regiment nach seinem Einmarsche in Böhmen anders als zur Besetzung einiger Plätze, namentlich Karlsteins verwendet worden wäre. Auch von Ungarn waren wahrscheinlich über Niederösterreich einige hundert Reiter nach Böhmen gekommen, und waren rasch nach Tabor befördert worden und verstärkten so ihre bei der böhmischen Armee befindlichen Landsleute.†)

*) Münchner Staatsarchiv, Solms an von der Grün dd. 24. Juli 1620.

**) Sächs. Staatsarchiv, Lebzelter an Schönberg dd. 19., 24., 27. Juli 1620.
— Weitere Nachrichten auch in anderen Korrespondenzen.

***) Friedrich an Thurn dd. 27. Juli 1620, böhm. Statthaltereiarchiv. — Ebend. die obersten Landesbeamten an Thurn dd. 31. Juli 1620.

†) Marradas an Buquoy dd. 6. Juli 1620. Gratzner Archiv.

Während die Armee bei Moldautain in der Organisa-
tion begriffen war, war sie nicht müßig gestanden, sondern in
kleineren Abtheilungen von zwei bis drei tausend Mann
Feind mehrfach angegriffen. So hatten ungarische Reiter
1620 6. Juli in der Nähe von Budweis mit Marradas ein Ge-
schloß bestanden, eine andere Truppe hatte die Belagerung von
Frauenburg versucht, hatte aber von derselben abgelassen, als
Marradas den Frauenbergern zu Hilfe eilte. Kleinere Abtheilungen
ungarischer Reiterei streiften zwischen Budweis und Krumau,
überfielen Kalsching, hieben da die kaiserliche Besatzung nieder
und versuchten auch einen Geldtransport aufzufangen, da
Marradas dem Grafen Buquoy zuschickte und der schon über
Passau nach Krumau gelangt war, und ihnen glücklich ent-
ging. *) Marradas war erstaunt, dass der Feind, der ihm über-
legen war, sich an kein bedeutenderes Unternehmen wagt,
erschöpfte sich in seinen Berichten an Buquoy in Mutmaß-
ungen über den wahren Grund, welcher kein anderer war,
als dass damals sowohl Thurn als Mansfeld noch in Prag
weilten.

Bevor Mansfeld und Thurn den verabredeten Marsch nach
Wallern antraten, wollten sie doch noch einen Handstreich gegen
Budweis durchführen und sich desselben mit List bemächtigen.
Man hatte zu diesem Zwecke 500 Röcke in Prag anfertigen
lassen, die in Schnitt und Farbe der bei den Kaiserlichen übli-
chen Bekleidung ähnlich waren. Die böhmischen Soldaten, die
damit bekleidet wurden, sollten nach Budweis vorrücken und
Einlass in die Stadt begehren, als ob sie im kaiserlichen
Heere dienten. Wahrscheinlich war Marradas von diesem An-
schlage in Kenntniss gesetzt worden, da die Anfertigung der
Uniformen in Prag seit längerer Zeit besprochen worden war,
und so endete die versuchte Kriegslist mit einer Niederlage
der Böhmen, da jene 500 Mann von Marradas fast vollständig
niedergemetzelt wurden. **) — Auf die böhmische Armee übte
dieser Misserfolg einen niederschlagenden Eindruck und so

*) Marradas an Buquoy dd. 6., 7., 9. und 12. Juli 1620, ein undatirter
Brief vom selben Monat im Gratzner Archiv. — Sächs. Staatsarchiv.
Aus Prachatitz dd. 10. Juli 1620.

**) Münchner Reichsarchiv, Avisen aus Prag dd. 26. Juli und 2. Aug. 1620.

es nicht Wunder nehmen, wenn die nun gegen Wallern geleitete Operation keinen besondern Erfolg hatte.

Mansfeld hatte die vorbereitenden Massregeln getroffen und ungefähr 5000 Mann nach Wallern beordert, so dass Thurn schon am 27. Juli den beabsichtigten Angriff auf die Schanze unternehmen konnte. Da die Besatzung nur ungefähr 300 Mann stark war, hoffte Thurn durch Einschüchterung zum Ziele zu gelangen und forderte deshalb die kaiserlichen Soldaten unter Drohungen zur Uebergabe ihres Platzes auf. Seine Anforderung wurde jedoch zurückgewiesen und die Besatzung traf alle Anstalten zu einer energischen Vertheidigung. Thurn, der keinen Sturm wagen wollte, um seine Leute zu schonen, liess in der folgenden Nacht bei einer der Schanzen eine Mine graben, um dadurch eine Bresche zu erzeugen und so den Sturm zu erleichtern. Da jedoch die Mine ungeschickt angelegt war, fügte sie, als sie explodirte, den Böhmen einen weit beträchtlicheren Schaden zu als der Besatzung, so dass sich Thurn darauf in Verhandlungen auf einer für die Kaiserlichen günstigeren Grundlage einliess und ihnen freien Abzug anbot, was er Tags vorher nicht zugeben wollte. Unter dieser Bedingung kam am 29. Juli eine Einigung zu Stande und die Kaiserlichen übergaben die Schanze.*)

Nach der Einnahme derselben wollte man die Schanze bei Braunau angreifen und sich damit den Eingang nach Oberösterreich allerdings auf schlecht gebahnten und sehr gebirgigen Wegen eröffnen; allein statt dem einmal gefassten Plane treu zu bleiben, traten die böhmischen Truppen den Rückzug an und marschirten auf das ungefähr fünf Meilen nordwestlich von Braunau gelegene Protivin. Thurn selbst verliess die Armee und eilte nach Prag, wo er am 1. August eintraf. Der Rückzug der böhmischen Armee mag wahrscheinlich durch die Nach-

*) Skála, IV, 243. — Actorum Bohemicorum III. — Lebzelter an Schönberg dd. 4. August 1620, Sächs. Staatsarchiv. — Wiener Staatsarchiv, Aus Prag dd. 3. August 1620. — Wir bemerken hier, dass Skála die Einnahme der Schanze bei Wallern um volle zehn Tage später angibt, als sie sich zugetragen hat. Wahrscheinlich hat er das richtige Datum als dem alten Kalender gehörig angesehen und es demzufolge um 10 Tage zurückdatirt.

richt veranlasst worden sein, dass Maximilian in Oberösterreich eingebrochen sei, und sich bereits Linz nähere. Denn unter diesen Umständen war es besser, wenn man die böhmische Armee den Marsch nach Linz antreten liess, wobei man allerdings bei Budweis oder Krumau vorüberziehen und sich nicht auf ein gefährliches Terrain begeben musste. Die böhmischen Landesbeamten benachrichtigten die Oberösterreicher von dieser veränderten Marschrichtung und ersuchten um genaue Weisungen für den weitem Marsch nach Oberösterreich. Dieser Brief kreuzte sich mit einem andern, den der Oberstlieutenant Schiefer, der in Abwesenheit des erkrankten und in Prag dem niederliegenden Gotthard von Starhemberg das Kommando über die oberösterreichischen Truppen führte, zu Ende Juli an den Grafen Mansfeld abschickte, und in dem er ihm schrieb, sich keine Mühe zu geben, weil Oberösterreich bereits verloren und im Lande auch kein Proviant zu finden sei. Die böhmischen Landesoffiziere wollten jedoch diese erschreckende Nachricht nicht glauben und ermahnten ihre Bundesgenossen zur Ausdauer, weil sie sonst alle dem spanischen Joche verfallen würden.*)

Gleichzeitig mit diesem auf die Erweckung von Muth und Ausdauer berechneten Schreiben wurde die weitere Verstärkung der böhmischen Armee beschlossen; zu diesem Ende ertheilte der König dem Fürsten von Anhalt den Befehl, dass er alle seine dem böhmischen Landesaufgebote angehörige Kavallerie nach Böhmen zur Verstärkung der daselbst liegenden Truppen schicken solle. Dem Grafen Thurn wurde die Weisung gegeben, ungesäumt Prag zu verlassen und sich mit seinen Truppen zu verfügen.**)

Der Graf kam dem Befehle nach und berichtete einige Tage später an den Fürsten von Anhalt, dass er alle disponiblen Truppen vereinige und mit ihnen ein verschanztes Lager beziehen werde, an dem der Feind nicht ungehindert passiren dürfte.***)

*) Böhmisches Statthaltereiarchiv, die böhmischen Landesoffiziere an die Oberösterreicher dd. 3. August 1620. — Münchner Reichsarchiv, Avis aus Prag dd. 4. August 1620.

***) Münchner Reichsarchiv, Friedrich an Anhalt dd. 4. August 1620.

***) Münchner Reichsarchiv, Thurn an Anhalt dd. 8. August 1620.

nach Oesterreich war also keine Rede mehr, sondern der Verschanzung in einer passenden Stellung, die nicht weit von Protiwin gesucht werden durfte. Zu wartenden Haltung wurde Thurn durch neuere und vere Nachrichten aus Oberösterreich vermocht; er hatte dass sich die dortigen Stände dem Herzoge von geben und auf jeden Widerstand verzichtet hätten, er bei einem allfälligen Einmarsch auf keine Unter- von ihnen rechnen durfte. Wie er aber hoffen konnte, belt überlegenen Heere des Herzogs von Baiern in nd von Protiwin einen bessern Widerstand zu leisten, m oberösterreichischen Gebirgslande, wo er an den edenfalls einige Unterstützung gefunden hätte, lassen gestellt. Da der König wohl selbst sich nicht der hingab, dass Thurn den vermutheten Anmarsch des von Baiern gegen Prag hindern werde, so erliess er^{14Aug.} s strenge Befehle an die Bürger dieser Stadt, in ¹⁶¹⁹ nen aufgetragen wurde, ihre gesammte waffenfähige oft zu mustern und Anordnungen für den Fall zu ass sie gegen den Feind verwendet werden müsste. ster mit ihren Gesellen sowie alle Handelsleute mit hilfen sollten an der gemeinschaftlichen Vertheidigung imen, aus jedem dem Adel angehörigen Hause sollte ffneter Mann gestellt werden, und damit Niemand sich meinen Wehrpflicht entziehe, wurde auch den Juden en, im Falle einer Belagerung von Prag 800 Mann Altstadt aufzustellen, welche Wasser zutragen sollten, e Feuersgefahr entstünde.*)

die erwähnten Anordnungen zur Fernhaltung des en Heeres von Böhmen geschahen unter der Voraus- dass Mansfeld sich ohne Widerspruch den Befehlen ügen werde. Die untergeordnete Stellung war jedoch h dem Geschmacke Mansfelds, der die geringen Fä- Thurns hinreichend kennen gelernt hatte und von st die beste Meinung hegte, die jedenfalls insofern be- war, als er ein tapferer und entschlossener General

war, der kühn auf den Feind losging. Er verlangte deshalb von Friedrich, dass ihm das oberste Kommando übertragen würde. Wenn bloss die Fähigkeit den Ausschlag gegeben hätte, so hätte Friedrich diesem Verlangen entsprechen müssen, dasselbe wurde aber von Thurn durchkreuzt, der, trotzdem von den Mähnern zum Generallieutenant erwählt worden war, auch in Böhmen auf seine frühere Stellung Ansprüche machte. Friedrich, der zwischen beiden Generalen und ihren Ansprüchen entscheiden sollte, war in einer schwierigen Lage: auf der einen Seite war er von der bessern Begabung Mansfeld überzeugt, auf der andern Seite stand Thurn, gestützt auf seine Verdienste für die Sache des Aufstandes und auf die Neigung der böhmischen Stände, welche Mansfeld als einen Freibeuter verabscheuten. Die Entscheidung konnte denn nicht anders ausfallen, als dass der letztere ersucht wurde sich willig dem Kommando Thurns zu fügen.*)

Nach den von Thurn gegebenen Weisungen stellte er das Gros der böhmischen Armee in der zweiten Augusthälfte zwischen Weseli und Neuhaus auf. Er selbst entfernte sich trotz des ertheilten Befehls wieder von seinen Truppen und ging nach Prag, und ersuchte da um Geld und Verleihung der Rüstungen. Friedrich gab seinen Bitten nach und bat den Fürsten von Anhalt, dass er ausser der Kavallerie des Landesaufgebots noch 3000 Mann dem Grafen Thurn zuschicken möchte, da der baldige Anschluss Bethlens die Lücke mehr als ausfüllen werde.**) Diese Weisung war die Folge einer Berathung, die in Prag zwischen dem Kaiser, dem Markgrafen von Jägerndorf und einigen hervorragenden Personen gehalten wurde. In dieser Berathung wurde beschlossen, den Pascha von Ofen durch Anhalt und Bethl zu einem Angriff gegen die Besitzungen Ferdinands aufzufordern, weil dadurch nicht blos Schrecken in den kaiserlichen Kreisen verursacht, sondern auch eine Theilung der böhmischen Armee bewirkt werden würde. Um jeden Preis woll

*) Weimarer Archiv: Entscheidung Friedrichs dd. 18./23. Aug. 1620.

**) Münchner StA. Friedrich an Anhalt dd. 3. September 1620.

n also die türkische Allianz schon jetzt in Anspruch
men.

Diese Weisungen waren indessen nicht die einzige Mass
gel, durch die man der steigenden Gefahr begegnen wollte,
a betrieb auch mit grösster Energie die Ansammlung des
gemeinen Landesaufgebotes, das eigentlich schon längst hätte
Platz sein sollen und beschloss nochmals Verhandlungen
t Kursachsen anzuknüpfen, um dasselbe vom Kaiser abzu-
hen. Dem ersten Beschlusse zufolge erliess der König
en Aufruf an alle Kreise des Landes und mahnte alle Herr-
schaftsbesitzer zur Erfüllung ihrer Pflicht.*) Wir bemerken
sich jetzt, dass dieser Aufruf, obwohl er einige Tage später
am Könige wiederholt wurde und obwohl die obersten Lan-
desbeamten deshalb mehrfache Anordnungen trafen, nur in den
nördlichen Kreisen die Ansammlung der Mannschaft beschleunig-
te, in den südlichen Kreisen dagegen fast ohne Wirkung
blieb, denn einige Wochen später klagte Mansfeld, dass sich
in mehreren Kreisen kein einziger Mann zu seinen Fahnen
angefunden und nur der pilsner Kreis Tausend Mann zu
seiner Verfügung gestellt habe.***) Es war nicht böser Wille
oder die um sich reissende Furchtsamkeit an der Nichtbefol-
gung der so oft wiederholten Befehle Schuld: wie sollte man aber
eine Reiterei ausrüsten, wenn keine Pferde vorhanden waren,
und wie Fussknechte, wenn es an den nothwendigen Waffen
mangelte? Konnte doch die sonst wohlhabende Stadt Schlan nicht
einige Pferde aufreiben, als es sich um die Zufuhr eines Pro-
cassinetzwagens nach Tabor handelte.***) — Auch nach Mähren
ging der Befehl zur Ausrüstung des Landesaufgebotes, und
dieser wurde demselben williger Folge geleistet, denn binnen
wenigen Tagen fanden sich bei Brünn an 12.000 Mann ein.
Bei der Untersuchung ergab sich, dass die Hälfte der
Mannschaft zu alt und unbrauchbar war und wieder zurückgeschickt

*) Statth. Arch. Friedrichs Mandat dd. 1. Sept. 1620. — Ebend.

**) Mandat des obersten Landesbeamten dd. 8., 15., 16. und 26. Sept. —

*) erzbisch. Arch. Mandat Friedrichs dd. 5. Sept. 1620.

**) Bayer. Staatsarchiv. Mansfeld an Friedrich dd. 22. Sept. 1620.

*) von Schlan. Der Stadtrath von Schlan an den Pfalzgrafen dd.
16. Sept. 1620.

werden musste, und der andern Hälfte mangelte es an Munition, so dass man sich dieselben von der bei Eggenburg stationirten Armee verschreiben wollte. Fachleute waren in der Lage, was man mit dieser Mannschaft anfangen konnte, ja Anhalt wollte sie nicht einmal bei der Vertheidigung der Plätze in Verwendung bringen.*)

In Bezug auf die mit Kursachsen einzuleitenden Verhandlungen wurde die Absendung einer Gesandtschaft nach Wien beschlossen, deren Wirksamkeit Friedrich und seine Gemahlin durch eigene Bittschreiben an den Kurfürsten und seine Mutter und Gemahlin zu fördern suchten. Die Gesandtschaft an deren Spitze Wenzel d. ä. Berka von Duba starb gegen Ende August in Dresden ein und bat den Kaiser in der ihnen erteilten Audienz um die Versicherung, dass er sich dem Kaiser nicht anschliessen werde, wie das von ihm behauptet wurde. Johann Georg, der auf die günstigen Nachrichten, die er von dem Fortgang der militärischen Operationen erhielt, mit seinem Angriff nicht länger zögern wollte, die Bittsteller ab, indem er erklärte, „dass es ihm nicht beliebt zu sitzen, wenn das Reichsoberhaupt Tag für Tag bedrängt werde, und dass man es ihm und andern treuen Ständen nicht verdenken werde, wenn sie dem Kaiser die Arme greifen und dasjenige thun und leisten, was die Pflicht verbinde.“ Er stellte nicht in Abrede, dass der Kaiser mit der Exekution gegen Böhmen betraut worden sei und sprach die Hoffnung aus, dass er dieselbe ohne Hindernis durchführen können. Die Böhmen sollten alle Waffenstand aufgeben und das Beispiel der Oberösterreicher nehmen, welche „die anerbottene Gnade angenommen und dabei ihre wahre christliche Religion sammt allen Freiheiten und Privilegien (sich) erhalten und die Verheerung ihres Landes abgewendet haben.“ Was es mit dieser angeblichen Bewandnis in Oberösterreich für eine Bewandnis hatte, wissen wir nicht, kann jedoch dem Kurfürsten nicht vorwerfen, dass er die Gesandten täuschen wollte, denn er glaubte an das, was

*) Sächs. StA. Gutachten über die Ausführung des Gebots dd. 3. Sept. 1620.

reisten also die böhmischen Gesandten zurück und brachten den Auftraggebern die Nachricht, dass der sächsische Angriff unmittelbar bevorstehe.*) Lebzelter, der Vertreter des Kurten in Prag, hielt es jetzt für angezeigt, in unauffälliger Weise diese Stadt zu verlassen, um nicht das Opfer der ersten Menge zu werden. Er verliess deshalb seinen Wohnort, als wollte er einen Spaziergang unternehmen und bestieg erst einer gewissen Entfernung den bereit gehaltenen Wagen, um ihn nach Dresden brachte.

Graf Thurn machte während seines letzten Aufenthalts in Prag die trübe Erfahrung, dass die Muthlosigkeit allgemein umgreife. Als er am 6. September nach Neubaus ab- 1620
reiste, um da mit Mansfeld zusammenzutreffen, machte er Tabor aus seinem bedrückten Herzen Luft und schrieb die obersten Landesbeamten und schalt sie wegen ihres Unmuthes.***) Allein dieses Scheitern richtete den gesunden Muth um so weniger auf, als man in den böhmischen Kreisen allmählig zu der Ueberzeugung gelangt war, dass man in dem Pfalzgrafen einen unfähigen König gegeben habe, dessen zahlreiche pfälzische Räte trotz ihrer klaren Einsicht die Verwirrung nur vermehrten. Auch das Verhalten Thurns in diesen Tagen zeigt, dass sein Thun und Handeln jeder Sicherheit entbehrte. Statt in Neubaus zu bleiben, um an der Organisation der dort stationirten Truppen mitzuwirken, reiste er nach Niederösterreich und traf mit der auf dem Rückzug nach Znaim befindlichen Armee zusammen. Hier bei dieser blieb er nicht, sondern beschäftigte sich einige Tage mit der Inspektion des bei Brünn zusammengezogenen böhmischen Landesaufgebots.****) Nachdem er hier viele Tage Aufenthalt vertrödelte hatte, reiste er im Oktober nach Prag ab.

Sächs. StA. Friedrich an Kursachsen dd. 10./20. April 1620 - Briefe
an die Mutter und Gemalin des Königs. Inzwischen in
Gesandten dd. 20. April 1620. Inzwischen in
1620. - Die
an die sächs.
dl. 5. Se
Sachs.
E.

rück und ging dann nach Rakonitz zur böhmischen Armee ohne sich hier nützlicher zu machen. Seine zerfahrene Erfahrung ist ein genaues Spiegelbild des zerfahrenen böhmischen Staatswesens.

Da die in den höheren Regionen herrschende Carence nicht mehr ein Geheimniss bleiben konnte, so begegnete man Aufforderungen zu grösserer Opferwilligkeit und Anstrengung nur tauben Ohren oder verzweifelten Gemüthern, die sich zu jedem Preis nach Ruhe sehnten. Uebrigens begann auch der Pfalzgraf und seinen Landsleuten der Muth zu sinken. Mercurius, der sich in Ulm zu keiner nennenswerthen Contribution an Ferdinand entschliessen wollte, war jetzt für die Kaiserin in Prag besorgt und schickte sie nach Deutschland. In seinem Beispiel fand bei Herrn von Plessen Nachahmung. In schon dieses Vorgehen alle Lästermäuler zu Vorwürfen gegen die Pfälzer geöffnet, so erhielt die Bewunderung und die Hänglichkeit der Prager für die neue Dynastie noch härteren Stoss, als auch der Pfalzgraf dieses Beispiel befolgte und seinen ältesten Sohn, den fünfjährigen Knaben, den die Stände vor kurzem zum Thronerben gewählt hatten, nach Haag schickte, um ihn da vor den Missgeschicken des Krieges zu bewahren.*)

Gleichzeitig mit dieser überflüssigen Vorsichtsmassnahmen beschäftigten sich Friedrich und seine Rätthe mit der Bestellung eines Kriegs Rathes. Seit länger als zwei Jahren konnte man den Uebelstand, dass in Prag keine sachkundige Behörde errichtet war, welcher die Obsorge für das Heer, dessen Ergänzung und Verproviantirung obgelegen wäre, damit die Generale nicht nöthig hätten, das Feldlager so häufig zu verlassen und nach Prag zu eilen. Jetzt beschloss man, allerdings etwas spät, diesem Uebelstand ein Ende zu machen und einen Kriegs Rath zusammenzustellen, der die Funktionen eines Kriegesministeriums versehen sollte. Merkwürdigerweise wurde die

*) Münchner StA. Ein Brief an den Kanzler von Grün dd. 11. Sep. 1620. — Prag. — Ebend. Ein Brief an von Grün dd. 22. Sept. 1620. — Arch. Friedrich an die Generalstaaten dd. 17. Sept. 1620.

zumeist aus flüchtigen Oesterreichern zusammengesetzt, seine Mitglieder waren: der niederösterreichische General Herr von Hofkirchen, der Oberst Gotthard von Starhemberg, Erasmus von Tschernembl, Andreas Ungnad, Berbisdorf und nur ein einziger Böhme Christoph Kaplir von Sulewic.*) Unter den Mitgliedern des Kriegsrathes entwickelte Tschernembl wie immer die meiste Rührigkeit und bewährte in der That auch jetzt seine erleuchtete Anschauungsweise. Denn abgesehen davon, dass er zu neuen Steuern und zur Strenge in der Einforderung derselben, zur Ordnung im Finanzwesen, zur Vermeidung aller unnützen Ausgaben, zur Verminderung der Gehalte der hohen Offiziere, zu Zwangsanlehen bei einigen reichen Edelleuten, wie bei Wilhelm von Lobkowitz und bei dem Oberstburggrafen Berka von Duba, und zur Münzverschlechterung riet, empfahl er auch die Aufhebung der Leibeigenschaft, durch die der gemeine Mann zu jeglichem Opfer enthusiastisch werden könnte.**) Wäre von Tschernembl nichts anderes bekannt, als dieser einzige Rathschlag, so würde er genügen, um ihm eine hervorragende Stellung unter seinen Standesgenossen zu sichern. Wir brauchen wohl nicht hinzuzusetzen, dass dieser Vorschlag bei den übrigen Kriegsräthen eben so wenig Anklang fand, wie die gleichlautende Forderung der aufständischen Bauern bei den mit ihnen verhandelnden Kommissären.

Neben der Errichtung des Kriegsrathes bildete noch eine andere Angelegenheit den Gegenstand eingehendster Berathung im königlichen Kabinet. Das Beispiel Maximilians von Baiern, der an der Spitze der ligistischen Armee den Kriegszug machte und sich allen Anstrengungen unterzog, sowie das des Kurfürsten von Sachsen, der auch mit seinen Truppen ausgezogen war und die Kriegsstrapazen nicht scheute, musste offenbar für den jugendlichen Pfalzgrafen beschämend sein und ihn aus seiner Bequemlichkeit aufrütteln. Es scheint, dass

*) Münchner StA. Instruction für den Kriegsrath dd. 25. Sept. 1620.

***) Böhemische geheime Cantzlei d. i. Consultationes etc. Fünfte Consultatio, wie Geldmittel zu finden. — Wir glauben, dass diese undatirte Consultation im Monat September gehalten worden sei, und wenn sie früher stattfand, dass jedenfalls Tschernembl jetzt dieselben Mittel anriet.

Tschernembl auch in dieser Beziehung einen gewichtigen Einfluss ausübte, wenigstens sprach er sich auf das entschiedenste für die Nothwendigkeit aus, dass der König das Beispiel seiner Gegner nachahme.*) Friedrich beherzigte den Rath und entschloss sich, ihm zu folgen, wiewohl seine Umgebung namentlich seine pfälzischen Rätthe sich der Reise widersetzen. Auch Anhalt, der von dem Entschlusse Friedrichs in Kenntniss gesetzt wurde, widerriet seine Abreise zum Heere auf dem Grunde, weil er keinen guten Empfang bei demselben finden werde, wenn er nicht mindestens einen Monatsold mitbrächte, und da dies nicht möglich war, so befürchteten die pfälzischen Rätthe für ihren Gebieter das schlimmste. Dennoch wollte sich jedoch nicht zurückhalten lassen und wurde in seiner Beharrlichkeit auch durch Bethlen bestärkt, der am 18. Sept. 1620 von Tirnau aus — allerdings mit Ausserachtlassung der Wahrheit — versicherte, dass ihm Ferdinand die glänzendsten Friedensanerbietungen mache und ihm die bisher geübte Herrschaft in Ungarn mitsammt dem königlichen Titel überlassen wolle, wenn er das Bündniss mit Böhmen auflösen würde, dass er dies aber nie thun werde. Friedrich durfte nicht Anstand nehmen, sich allen Anstrengungen und Gefahren auszusetzen, wenn seine Freunde eine solche Opferwilligkeit an den Tag legten, und seine Gegner die Bequemlichkeit so gering anschlügen.**)

Am 26. September errichtete er für die Dauer seiner Abwesenheit eine provisorische Regierung und ernannte

*) Behemische geheime Kantzlei: Die XIX Consultation, dass der König ins Feld ziehen soll.

**) Ferdinand brach seit dem neusohler Reichstag die Verhandlungen mit Bethlen ab und nahm sie erst durch die französische Gesandtschaft wieder auf. Weder in Neusohl noch später ist von der Anerkennung des Königstitels die Rede gewesen, und wir halten deshalb Bethlens Angabe für eine Erählerei. Die betreffende Stelle in Bethlens Brief an Friedrich dd. 18. Sept. 1620 lautet: „Latere etiam V. S. nolumus, Causam rem per Commissarios suos Posonii tractatum pacis adhuc continuari, qui ultro plenariam perfectam regiminis administrationem cum dignitate, regia cessurum se nobis pollicetur, modo a corpore confederatorum redeamus.“ — Münchner StA. in Plessens Brief an von der Grün dd. 24. Sept. 1620. — Wiener StA. Aus Prag dd. 20. Oct. 1620. — StA. IV, 315.

itgliedern derselben sieben der obersten Landesbeamten. er Instruktion machte sich sein und seiner Frau Reinlich- sinn, der in Prag mancherlei Beleidigung erfahren musste, od, denn der König versäumte nicht seinen Statthaltern a den wichtigsten Regierungsgeschäften auch die Sorge eine bessere Gassensäuberung in der Hauptstadt aufzu- m. Und in der That, wenn er zur Begründung seiner sung anführt, dass in den Strassen Koth, Mist und Schutt häuft liegen und dass die Bettler in den Misthaufen der elnen Strassen vergraben ihr Quartier aufschlagen und von us ihr Gewerbe betreiben, so begreifen wir allerdings die wendigkeit einer sorgfältigeren Säuberung.*) — Der zweite nach Ertheilung dieser Instruktion war für die Abreise mmt; unmittelbar vor derselben erklärte Friedrich den ürsten von Sachsen aller böhmischen Lehen verlustig, weil ch mit dem Kaiser gegen Böhmen verbunden habe und sonach die bisher gegen den sächsischen Hof geübte ung bei Seite.**)

Der 28. September, der für die Abreise angesetzte Tag, 1620 e in Böhmen seit undenklichen Zeiten als ein dem An- en des böhmischen Herzogs Wenzel geweihter Feiertag ehen und sonach hatten die arbeitenden Klassen der Be- rung Zeit, sich im Schlosse und auf den Strassen ein- den, um ihren König zu seiner Reise Glück zu wünschen. hatte beschlossen, dass dieselbe nicht ohne Feierlichkeit vor gehen solle. In der Ritterstube des Schlosses fanden sich itände sammt den verschiedenen hohen Beamten ein und schiedeten sich von Friedrich, der darauf im Schlosshof gleitung eines Herzogs von Holstein den Wagen bestieg. der Kutscher denselben in Bewegung setzte und durch Thor fahren wollte, *stiess er an einen Pfeiler und musste kweichen, was von den Zuschauern als ein schlimmes ichen gedeutet wurde.***) Der Weg ging nun durch die

struktion für die Statthalter dd. 26. Sept. 1620 im böhm. Statth. Archiv. - Skála IV, 311.

finchner StA. Friedrichs Dekret gegen Kursachsen dd. 28. Sept. 1620. - Skála IV, 309.

Strassen der ausserordentlich belebten Stadt, in denen Volk nicht müde wurde, dem Könige tausendfache Segenswünsche nachzurufen. Als der Wagen an der Teinkirch langte, stieg Friedrich ab und empfing da von dem Administrator Georg Dicastus den Segen zum glücklichen Vollbringe des unternommenen Werkes. Viele Thränen sind bei dem Abschied geflossen, vielen aber mag das Auge trocken geblieben sein, weil sich ihrer bereits die Verzweiflung betäubigt hatte.*)

Als Friedrich sich zur Armee des Fürsten von Anhalt beug stand dieselbe bereits in Böhmen und zwar bei Klingenberg einem an der Mündung der Wottawa in den Moldaufuss gelegenen Schlosse. Nach langem Marsch und vielfachen Wecheln war Anhalt dort angelangt, er hatte ursprünglich Schritte von Drosendorf nach Znaim gelenkt, um die böhmische Armee nach sich zu ziehen und sie damit von ihren Feindes zu entfernen. Da Maximilian jedoch nicht in die Richtung ging, sondern mit Buquoy nach Böhmen zog, so musste Anhalt von Znaim aus seine Marschrichtung ändern und gegebenenfalls nach Böhmen ziehen. Auf diese Weise geschah es, dass die beiden feindlichen Armeen mit einander durch drei Wochen keine Fühlung hatten. Die Truppenzahl, über die Anhalt verfügte, lässt sich nur annähernd bestimmen. Auf böhmischer Seite berechnete man ihre Stärke unmittelbar vor dem Zuge aus Eggenberg auf 30.000 Mann, und zwar bestanden aus 9000 Mann Fussvolk und 3500 Reitern, welche die eigentliche böhmische Armee ausmachten, aus 4000 Mann österreichischer, 4000 Mann schlesischer Truppen, 8000 sächsischer Reiter und einer nicht näher bestimmten Zahl sächsischer Truppen. Nach der Behauptung des gut unterrichteten sächsischen Gesandten in Prag hatten jedoch diese Truppen bis Anfangs September grosse Einbussen erlitten, so dass ihre Gesamtzahl nicht höher veranschlagt als auf 20.000. Bei Neuhaus dürfte Anhalt keine Verstärkungen an sich ziehen haben, denn die dort stationirte Armee war der grössten Theil mit Mansfeld nach dem Westen gezogen.

*) Skála IV, 309.

marsch jener 7000 Ligisten abzuwehren, die Maximilian von Furth und Taus dirigirt hatte.

II

er haben über den Marsch Maximilians und Buquoy's bis Augenblicke berichtet, wo sie bei Gratzen die Grenze überschritten. Auf das Patent, durch welches Maximilian einige Wochen vorher den Böhmen seinen Einmarsch verbot und die Stände zur Niederlegung der Waffen aufgefordert hatte, war ihm nur von acht Edelleuten, von denen man vermuthen, die Mehrzahl, wenn nicht alle katholisch waren (eine zustimmende Erklärung eingeschickt worden*); doch diese nicht die einzigen, die zu Verhandlungen bereit waren, sondern auch im Norden suchten einige Edelleute in freundschaftlichen Beziehungen zum Kurfürsten von Sachsen zu treten, aber diese Versuche waren zu schwach und zu vereinzelt, um auf den weitem Kampf einen Einfluss ausgeübt zu haben. Maximilian und Buquoy mussten darauf gefasst sein, dass das ganze Land geeint entgegentreten werde.

Der Anführer zog von Gratzen nach Budweis, wo Maximilian mit seinen Truppen ihrer harpte, um darauf, wie er hoffte, zu werden wird, seinen Zug gegen Mansfeld anzutreten. Maximilian unternahm nun einen Angriff auf Wodňan, Buquoy folgte ihm nach Prachatitz. Prachatitz wurde im Sturm erobert und büsste einen großen Widerstand mit der Niedermetzlung der Besatzung und des Theiles der Bürgerschaft und mit Plünderung. Wodňan gab sich nach kurzer Vertheidigung gegen das Verbot, dass der Besatzung, die nur aus dem Landesaufgebot aus Bauern bestand, freier Abzug gestattet werde, nicht, wurde das Versprechen nicht gehalten, sondern die abgeworfenen Bauern von den Ligisten angegriffen und grösstentheils niedergemacht. Obwohl Maximilian zu dieser Verletzung

*) Inner StA. Die böhmischen Edelleute, die sich zur Unterwerfung angeboten haben, waren Peter und Herman von Řičan, drei der Familie Štátnický von Slowic angehörige Personen, Nikolaus Wratislav von Wratislav, Lew von Jakowec und Heinrich d. j. von Zákawli.

des gegebenen Wortes seine Zustimmung nicht gegeben hatte, so zeigte er doch durch die Nichtahndung dieser Gewaltthat und durch das Benehmen gegen die Bürgerschaft, aus der er eine Anzahl der hervorragendsten Persönlichkeiten ausheben und dem Grafen Buquoy zur Bestrafung überantworten liess, dass er gegen Böhmen nicht diejenige Rücksicht walten lassen wolle, die er bisher in Oesterreich beobachtet hatte.*) — Da auch Marradas einige Tage vordem Moldautein erobert und niedergebrannt hatte, befand sich im südlichen Zipfel von Böhmen nur noch Wittingau in den Händen der Aufständischen.

Ohne sich weiter um Wittingau zu kümmern rückten Maximilian und Buquoy nach Pisek vor, um diese feste Stadt, deren Verlust man auf kaiserlicher Seite so schwer empfunden hatte, und die von der Bürgerschaft und einer Besatzung von 1620 900 Mann vertheidigt wurde, zu erobern.**) Am 29. September lagerten sich die Ligisten östlich von Pisek, die Kaiserlichen westlich und beide Truppentheile begannen am folgenden Tage die Beschiessung der Stadt und stellten damit die Ausdauer ihrer Vertheidiger, die über die Zaghaftheit der Wodnauer gespottet hatten, auf eine so harte Probe, dass sie sich schon um zwei Uhr Nachmittags in Capitulationsverhandlungen einlassen wollten. Während dieselben eingeleitet wurden, bemerkten die kaiserlichen Truppen eine Stelle in den Stadtmauern, die leicht zu ersteigen schien und nicht bewacht wurde. Da die Plünderung gestattet war, im Falle ein Platz im Sturm erobert wurde, unternahm die Mannschaft, ohne dann von den Offizieren aufgefordert zu sein, einen Angriff auf die erwähnte Stelle, erstieg dieselbe und drang in die Stadt ein,

*) Münchner StA. Diurnale. — Skála IV, 304. — Wiener StA. Maximilian an Khevenhiller dd. 27. September 1620.

***) Münchner StA. Diurnale. — Skála IV, 305. — Wiener StA. Maximilian an Khevenhiller dd. 2. October 1620. Hier gibt Maximilian die Höhe der Besatzung ausdrücklich auf 800 Mann Fussvolk und eine Reitercompagnie an. Über die Belagerung von Pisek und die bei der Einnahme verübten Grausamkeiten berichtet sowohl Skála wie das unter Maximilians Aufsicht verfasste Diurnale, so dass unsere im Texte gebotene Erzählung von den Drangsalen, denen die Bevölkerung nach der Einnahme ausgesetzt war, keinem Zweifel unterliegt.

da der sie nun in furchtbarer Weise hauste. Alles wurde ausgeraubt und nicht nur die ganze Besatzung, sondern auch fast alle Bürger niedergemacht, so dass von der männlichen Bevölkerung bloss ungefähr 18 Personen ihr Leben retteten. Als Maximilian und Buquoy von dieser furchtbaren Metzelei Kunde erhielten, eilten sie in die Stadt, um der Blutgier der Soldaten Schranken zu setzen und dem Brande, der zu wüthen begann, Einhalt zu thun. Mit eigener Gefahr suchte Buquoy die Frauen und Kinder den Händen der entmenschten Soldaten entreissen, und so hatte seine und des Herzogs Dazwischenkunft die Folge, dass wenigstens diese verschont blieben. Die Stadt selbst aber brannte fast vollständig nieder; nur das alte Schloss und einige solid gebaute Häuser ragten aus den Trümmern hervor.*)

Nach der Einnahme von Pisek stand der Weg nach Prag offen. Maximilian wollte jedoch den Angriff auf diese Stadt nicht unternehmen, ehe er sich nicht des südwestlichen Böhmens bemächtigt und sich so seine Verbindung mit Baiern in doppelter Weise gesichert hätte; auch wollte er jene Truppen, die er unter dem Kommando der Obersten Haimhausen und Erlberg bei Furth aufgestellt hatte, und zu denen mittlerweile 100 Mann, die der Bischof von Würzburg ausgerüstet hatte, schicken lassen, an sich ziehen und dadurch seine durch nothwendige Detachirungen und durch die stets zunehmenden Krankheiten bedeutend geschwächte Armee wieder verstärken. Die Durchführung dieses Planes konnte nur von dem Grafen Mansfeld gehindert werden. Dieser hatte sich von Neuhaus nach Tabor zurückgezogen und bekam hier den Befehl, seine Truppen nach Pilsen zu lenken und sich von da der Grenze zu nähern, um die Strasse nach Deutschland offen zu halten und den Vormarsch der ligistischen Truppen über Furth und Pilsen zu hindern.***) Er beeilte sich dem Befehle nachzukommen, stellte aber zugleich die Bitte, dass man doch strengere

Buquoy. *Iter quadrimestre.*

Sächs. StA. Lebzelter an Schönberg dd. 8. September 1620. — Münchner StA. Mansfeld an Friedrich dd. 13. September 1620, Tábor. Die Klagen Mansfelds zeigen von der steigenden Desorganisation, die sich in Böhmen geltend machte.

Weisungen bezüglich des Landesaufgebots ergehen lassen damit er mindestens über das doppelte der bisherigen **Ty** zahl verfügen könne. Von Klattau aus, wo er am **22.** 1620 tember sein Quartier aufgeschlagen hatte, beklagte er dass die gewünschten Verstärkungen nicht einträfen und er nicht mehr als 4000 Mann, also nicht einmal die Hälfte der Mannschaft, über die er vor einem Monat kommand zur Verfügung habe.*)· Trotzdem versuchte er in den folgenden Tagen über die böhmische Grenze in die benachbarten Orte Fürth, Eschelkam und Neukirchen einzufallen, fand selbst aber mit so tüchtigen Garnisonen versehen, dass Erfolg unmöglich war. Schon war aber auch seine Mainlinie bedroht, wenn er sich nach Klattau und nicht nach Pilsen wenden wollte, denn Marradas war im Auftrage Maximilians mit einigen Tausend Mann aus Budweis herangezogen, sich der Städte Schüttenhofen und Bergreichenstein bemächtigt und wollte nun weiter nordwestlich vordringen, um bei Taus einmarschirenden ligistischen Truppen die Handreich. Gegenüber den allseits gegen ihn heranrückenden Feinden und namentlich gegenüber der prächtigen Kavallerie des Obersten Marradas musste sich Mansfeld zuletzt nach Pilsen, dessen Befestigungen er ununterbrochen verstärkt, einer sicheren Zufluchtsstätte zurückziehen.

Wenn man den Versicherungen eines gleichzeitigen Berichterstatters glauben darf, der über den Verlauf des bisherigen Feldzuges als Freund und Anhänger Buquoy's berichtete, so drohte dem günstigen Fortgang desselben trotz bisherigen Erfolge in den ersten Oktobertagen grosse Gefahr. In Folge der Kriegsstrapazen und des beginnenden schlechten Wetters seien nämlich zahlreiche Personen aus dem Lager Maximilians erkrankt und gestorben, so dass der Herzog seine Lust verloren habe, den Zug fortzusetzen und für den Winter nach Hause zurückkehren wollte. Die Angabe bezüglich der Erkrankung zahlreicher hochgestellter Personen in der Lagerung Maximilians hat ihre volle Richtigkeit: in den ersten Oktobertagen mussten der Kammerpräsident Herr von

*) Münchner StA. Mansfeld an Friedrich dd. 22. September 1620.

mer, der Hofkanzler, der Geheimrath Herr von Lerchenfeld, zwei Truchsesse, die Herren Heilberg und Hund sammt mehreren anderen Personen unter schützender Begleitung nach München geschickt werden. Dass die immer stärker im Lande wüthenden Krankheiten auf Maximilian einen tiefen Eindruck machten, finden wir begreiflich, und so dürfte die Angabe jenes Berichterstatters, dass der Herzog nur durch Buquoy's Bitten von der gleichfalls beabsichtigten Abreise zurückgehalten wurde, Glauben verdienen. Gewiss hat sich Buquoy dadurch für die kaiserliche Sache das grösste Verdienst erworben, denn die Abreise Maximilians würde das ganze Resultat des bisherigen Feldzuges in Frage gestellt haben.*)

Als Maximilian die Operationen des Obersten Marradas unterstützen beschloss und deshalb mit Buquoy von Pisek über Strakonitz und Horažďowitz vorrückte, stiess er nur bei dem Schlosse Grünberg auf einen Widerstand, der jedoch bald zu Ende nahm, da die Besatzung wegen der Uebergabe in Verhandlungen trat und sich für die ligistische Armee anbot. In der Nacht, die diesen Ereignissen folgte, erhielt Maximilian von dem nachziehenden Buquoy die Anzeige, dass Anhalt in Sicht und die feindlichen Vorposten nur eine halbe Stunde entfernt seien. Er bat deshalb

den Herzog, der über eine Meile weit von ihm stand, um einen Anschluss, damit er gegen alle Gefahren gesichert sei.**) Maximilian kam dem Wunsche nach und schickte am nächsten Tag den Generallieutenant Tilly mit 25 Reiter-Fähndrichen dem Grafen zu Hilfe. In der That wollte Anhalt die Verbindung des kaiserlichen und ligistischen Heeres zu einem Vorzuge gegen das erstere benützen und griff deshalb am frühem Morgen Buquoy's Nachhut an, sein Angriff war jedoch von keinem Erfolg begleitet, da sich die Kaiserlichen glücklich mit den Ligisten vereinigten und darauf ihren Weg nach Blochberg fortsetzten.***) Hier wurde eine zweitägige Rast gehalten, während welcher Maximilian die Nachricht erhielt, dass es dem Obersten Marradas gelungen sei, die Hindernisse, die

Buquoy. Iter quadrimestre. — Bairischer Feldzug.
Münchener StA. Diurnale.
Münchener StA. Diurnale.

dem Anmarsch der an den Grenzen Böhmens befindlichen ligistischen Truppen im Wege standen, zu entfernen und dass dieselben bereits über Taus in Böhmen eingerückt seien. Es waren dies im Ganzen 6600 Mann Fussvolk und 1700 Reiter,*) von denen der Herzog den grössern Theil an sich zog und nur eine kleinere Abtheilung mit der Eroberung von Klattau 1620 betraute, welchen Auftrag dieselbe am 13. Oktober glücklich vollbrachte.

Der Marsch des ligistischen und kaiserlichen Heeres war jetzt auf Pilsen gerichtet, in dessen Nähe Maximilian und Buquoy vorläufig ihr Quartier aufschlugen. In der Nacht auf 1620 den 11. Oktober versuchten die ungarischen Reiter einen Ueberfall auf das Dorf Losina, wo bairische Truppen einquartiert waren, und hieben unter den nicht rechtzeitig gewarnten Gegnern an 70—100 Mann nieder und verbreiteten unter den übrigen einen solchen Schrecken, dass sie ohne besonderes Hinderniss bedeutende Beute machen konnten. Auf die Nachricht von diesem Ueberfall beeilte sich der Herzog sein Heer in Schlachtordnung zu stellen, allein die Ungarn begnügten sich mit dem erlangten Erfolge und trachteten nur, die gemachte Beute eilig in Sicherheit zu bringen.***) Der Herzog verlegte jetzt sein Hauptquartier nach dem Dorfe Lütitz und blieb hier durch zehn Tage. Die Ursache dieses Stillstandes in den weiteren Kriegsoperationen lag in den Anerbietungen, die Mansfeld plötzlich von Pilsen aus an Buquoy gelangen und in denen er ihn hoffen liess, dass er seine Sache von der der Böhmen trennen werde. Er ersuchte ihn um die Absendung von Vertrauensmännern, mit denen er die Verhandlungen zu Ende führen könnte.

Schon vor einigen Monaten hatte das mansfeldische Regiment, welches in den Dienst der Niederösterreicher getreten war, Verhandlungen mit Buquoy angeknüpft und sich für den kaiserlichen Dienst anwerben lassen wollen, weil es durch die Nichtbezahlung des Soldes zur Verzweiflung getrieben wor-

*) Münchner StA. Maximilian an Ferdinand dd. 3. October 1620.

***) Münchner StA. Diurnale. — Wiener StA. Aus dem böhmischen Feldlager dd. 13. October 1620. — Skála IV, 319.

en war. Es kam jedoch zu keinem Resultat, wiewohl der Kaiser zu grossen Versprechungen geneigt war und dem Grafen Buquoy die Fortführung der Verhandlungen auf die Seele (and.^{*)}) Was dieses Regiment in Oesterreich thun wollte, geachte jetzt Mansfeld selbst zu thun. Von kaiserlicher Seite wird nämlich die Behauptung aufgestellt, dass sich der Graf nach dem Heranrücken Buquoy's zu Unterhandlungen anerbieten habe und dass er also nicht zu ihnen verlockt worden sei. Wie es nun auch sein mag, gewiss ist, dass Buquoy mit der Führung der Verhandlungen den Don Martin de Huerta und den Oberstlieutenant Carpezon betraute und den letzteren deshalb aus der Gefangenschaft entliess und beide nach Pilsen schickte. Mansfeld war erbötig seine Sache von der der Böhmen zu trennen und Pilsen an die Kaiserlichen auszuliefern, wenn ihm 400.000 Gulden ausbezahlt würden — mit denen er wahrscheinlich auch seine Söldner entlohnen wollte — und wenn der Kaiser ihn in Gnaden aufnehmen, ihm also seinen an Erzherzog Leopold im J. 1610 verübten Verrath verzeihen würde, und wenn er nachträglich legitimirt und zur Würde eines Reichsgrafen erhoben und ihm gleichzeitig das von seinem Vater innegehabte Amt eines Statthalters im Herzogthum Luxemburg — wozu erst die Zustimmung des Erzherzogs Albrecht eingeholt werden musste — übertragen würde. Ueber diese Forderungen wurde durch einige Tage verhandelt, offenbar wünschte Mansfeld augenblickliche Zahlung, aber zu dieser konnten sich weder Buquoy noch Maximilian entschliessen, da sie dadurch ihre Kriegskassa in bedenklicher Weise geleert hätten. So einigte man sich zuletzt dahin, dass man ihm 100.000 Gulden unmittelbar auszahlte. Für weitere 100.000 Gulden trat der Herzog Maximilian ein, indem er sich schriftlich zu ihrer Auszahlung verpflichtete und das betreffende Schriftstück Mansfeld überlieferte; bezüglich der restlichen 200.000 Gulden und den übrigen Forderungen erklärte man, dass man erst die Zustimmung des Kaisers einholen müsse und sandte in der That einen eigenen Boten an denselben ab. Mansfeld war jetzt zufriedengestellt: er hatte eine Abschlagszahlung erhalten und

*) Wiener StA. Ferdinand an Buquoy dd. 27. Juli 1620.

bezüglich der anderen Forderungen musste längstens binnen zwei oder drei Wochen eine Antwort des Kaisers eintreffen.*) Bis dahin wollte er mit den Kaiserlichen Frieden halten, so wie auch diese sich jedes Angriffs auf ihn enthielten. Wenn die Vertragsbedingungen erfüllt sein würden, so wollte er nach einem Vorwand suchen, um mit den Böhmen zu brechen und Pilsen an Marradas ausliefern, der dann das Kommando in dieser Stadt führen sollte.**)

Das Gerücht von diesen Verhandlungen hatte sich jedoch schon weiter verbreitet und war auch zur Kenntniss des Fürsten von Anhalt gedrungen. Mansfeld, der dies erfuhr, schickte den Oberstlieutenant Carpezon nach Rokytzan, wo sich der Fürst mittlerweile gelagert hatte, und rechtfertigte durch diesen Boten die begonnenen Verhandlungen mit der Ausflucht, dass sie nur auf die Täuschung des Feindes berechnet seien. Er werde dadurch zum Stillstand veranlasst, mittlerweile rücke der Winter heran und mache eine Weiterführung der Operationen unmöglich. Die Mittheilungen Carpezons wurden nicht ohne Misstrauen aufgenommen und Anhalt sandte den Obersten Peblis nach Pilsen, um sich näher zu informiren. Da es aber zu gefährlich war, das Misstrauen auf die Spitze zu treiben, weil Mansfeld nur um so rascher den Kaiserlichen in die Arme getrieben werden konnte, und seine Truppen jedenfalls den kaiserlichen Geldanerbietungen zugänglich waren, so beschloss der Fürst, sich mit den gemachten Erklärungen zu begnügen, aber dem Grafen gleichzeitig den strengen Befehl zu ertheilen, von derartigen Unterhandlungen mit dem Feinde abzulassen. Mansfeld mag das Versprechen gegeben haben, aber gleichzeitig erfasste er die Gelegenheit, um den Bruch mit den Böhmen vorzubereiten, spielte deshalb den Beleidigten und eilte nach Rokytzan, um von Friedrich den Abschied zu begehren,

*) Sächs. StA. Zeidler an Schönberg dd. 24. December 1620. — München StA. Maximilian an Tilly dd. 16. December 1620.

***) Sächs. StA. Zeidler an Schönberg dd. 22. Oct./1. Nov. 1620. Die Nachrichten des wohl unterrichteten sächsischen Gesandten lauten so bestimmt als möglich. — Iter quadrimestre. — Statth. Arch. von Innsbruck. Nachrichten aus Klattau, Lititz und Passau. — Skála IV, 319 u. sq. — Mansfelders Ritterthaten.

der ihm auch ertheilt wurde, der aber natürlich erst dann in Wirksamkeit treten konnte, wenn man auf böhmischer Seite das Geld gezahlt haben würde, das Mansfeld zu fordern hatte.*)

In Prag, wohin die Nachricht von Mansfelds Verhandlungen mit Buquoy auch gelangte, verursachte sie einen panischen Schrecken, weil man nur zu sehr geneigt war, dem Abenteurer jede Missethat zuzutrauen. Aber der Graf Thurn, der gerade in Prag weilte, nahm sich seiner auf das wärmste an und erklärte ihn für einen Mann, dem man vertrauen könne. Das Zeugniß Thurns, der mit der kaiserlichen Partei unversöhnlich zerfallen war, entlastete Mansfeld einigermaßen von dem Verdachte und verschaffte seiner Behauptung, dass er es nur auf die Täuschung des Feindes abgesehen habe, einige Glaubwürdigkeit. Trotz alledem wollte Mansfeld seine bisherigen Freunde preisgeben und aufmerksame Beobachter hätten aus einigen Thatsachen der folgenden Tage neue Verdachtsgründe gegen ihn schöpfen können. Denn nur auf Grund einer gewissen Vereinbarung liess sich die Thatsache erklären, dass Maximilian mit Vernachlässigung der Festung Pilsen und ihrer starken Garnison den Zug nach Prag fortzusetzen beschloss und so die bisherige Vorsicht aufgab**), und dass Mansfeld nach dem Abmarsche Buquoy's und Maximilians sich weigerte, Pilsen bloss mit einer kleinen Besatzung zu versehen und mit der Mehrzahl seiner Truppen zu Anhalt zu stossen, obwohl ihm dieser einen darauf bezüglichen Befehl zukommen liess.***) Nur auf Grund einer

*) Mansfelders Ritterthaten.

**) Wir haben unter den Schriften, die auf kaiserlicher Seite durch den Druck veröffentlicht wurden, zwei Angaben gefunden, nach denen Marradas mit der Observirung von Pilsen beauftragt wurde. Dagegen fanden wir das Original eines Schreibens von Marradas im wiener Staatsarchiv dd. 8. November, worin er von Budweis aus über seine Verfügungen berichtet und nichts davon erwähnt, dass er vor Pilsen gestanden sei oder Jemand seine Stelle dort einnehme.

***) Der Befehl ist von Rakowitz dd. 3. Nov. 1620 datirt. Orig. im münchener StA. — Einige Truppen dürfte Mansfeld später und zwar nach Prag abgeschickt haben, denn es wird berichtet, dass daselbst am 7. Nov. eine Abtheilung mansfeldischer Truppen eingetroffen sei. Jedenfalls kam Mansfeld damit den Befehlen Anhalts viel zu spät und nicht in ausreichendem Masse nach. — Münchener StA. Diurnale ad 23. October, —

Vereinbarung lässt sich auch die besondere Aufmerksamkeit erklären, mit der Maximilian eine Anzahl mansfeldischer Soldaten, die am 23. Oktober in seine Gefangenschaft geraten waren, freiliess.

Diese Verhandlungen waren übrigens nicht der einzige Gegenstand, mit dem sich Maximilian und Buquoy während ihres Verweilens vor Pilsen beschäftigten, auch von dem Pfalzgrafen lief ein Schreiben ein, in dem er sich zu einer Vereinbarung erbot. Zu diesem Schritte wurde er durch eine Unterredung veranlasst, die er mit dem bairischen General Haslang in Rokytzan hatte. Der genannte General war in Folge der Kriegsstrapazen am Fieber erkrankt und wollte deshalb nach Baiern reisen, wurde aber auf der Heimreise von ungarischen Reitern überfallen, seiner Habseligkeiten und selbst seiner Stiefel beraubt, dann baarfuss auf ein Pferd gesetzt und so in das Lager bei Rokytzan gebracht. Friedrich und Anhalt liessen ihn vor sich führen und suchten ihn über die erlittenen Misshandlungen zu trösten, indem sie gleichzeitig für seine bessere Verpflegung Sorge trugen. Seine dringendste Bitte, ihn aus den Händen des ungarischen Generals Bornemissa zu befreien, konnten sie, so gern sie wollten, nicht erfüllen, da Bornemiss um keinen Preis in die Abtretung des Gefangenen willigen wollte, und so starb Haslang schon nach wenigen Tagen an Mangel an Pflege. In der Unterredung, die er zu Rokytzan mit Friedrich hatte, deutete er an, dass Maximilian nicht abgeneigt wäre, mit ihm in Verhandlungen zu treten; offenbar hatte er dem Könige nur eine falsche Hoffnung gemacht und sich vielleicht damit für den genossenen Schutz dankbar zeigen wollen. Friedrich klammerte sich an diese Hoffnung und ersuchte den Herzog Maximilian mit Berufung auf Haslang's Aussage um eine Unterredung, indem er dabei einige schüchternen Vorwürfe über den Angriff, den er von seinem Blutsverwandten und Vetter zu erfahren habe, einfließen liess. Maximilian erhielt das Schreiben am 20. Oktober und beantwortete es unverzüglich, indem er die angesuchte Zusammenkunft

Buquoy. Iter quadrimestre. — Skála IV. — Sächs. Staatsarchiv. Zeidler an Schönberg dd. 28. October 1620.

ablehnte, da er zu Unterhandlungen nur beauftragt sei, wenn der Pfalzgraf allen Ansprüchen auf die böhmische Krone entsage. Da Friedrich seinen Ansprüchen nicht entsagen wollte, so liess er das Schreiben Maximilians unbeantwortet.*)

Ein oder zwei Tage später verliess Friedrich seine Truppen und ging nach Prag, um, wie wir berichtet haben, die englischen Gesandten daselbst zu begrüessen.**) Während seiner Anwesenheit in der Hauptstadt verlangte er von den obersten Landesbeamten um jeden Preis die Herbeischaffung eines dreimonatlichen Soldes, weil man sonst jede Gewalt über das Heer verliere. Das Rauben und Plündern wurde in grösserem Massstabe betrieben als je, vor allen aber thaten sich die Ungarn hervor, die sich ohnedies mit der Beute bezahlt machen mussten und deshalb dem Freunde eben so viel Schaden zufügten wie dem Feinde. Machten sie Gefangene, so wurden diese gewöhnlich nackt ausgezogen, wie sie denn bei einem Ueberfall eine Anzahl bairischer Offiziersfrauen nicht bloss alles Geldes und Schmuckes, sondern auch sämtlicher Kleidungsstücke beraubten. Als sie bei Rokytzan lagerten, schweiften sie meilenweit nach allen Richtungen und überfielen zuletzt das königliche Gut Zbirow, nahmen daselbst den Bauern all ihr Hab und Gut weg und thaten das gleiche auf den königlichen Maierhöfen.***) Alle Dörfer, in denen das böhmische Heer seit Ende September einquartirt gewesen war, verschwanden fast spurlos, sie wurden nicht angezündet, aber alles Holzwerk wurde von den Häusern herabgerissen und damit die Lagerfeuer unterhalten. Nach den Versicherungen der Frau Elisabeth von Žerotín, die hierüber an eine Anverwandte berichtete, sah es in allen ehemaligen Lagerplätzen so leer aus, als ob die Gegend mit einem Besen ausgekehrt worden wäre. Mansfeld hatte vor der Ankunft der heranrückenden Heere von

*) Münchner StA. Diurnale. — Skála IV, 323.

**) Dohna Hof- und Gesandtschaftsleben in Raumers Taschenbuch. — Münchner StA. Was Knodt dem Könige vorgetragen hat dd. 5. November 1620. — Wiener StA. Aus Prag dd. 4. November 1620. — Sächs. StA. Aus Prag dd. 27. October 1620.

*) Böhm. Statth. Arch. Die obersten Landesbeamten an Friedrich dd. 17. Oct. 1620.

Pilsen aus das Raubwesen in ein bestimmtes System gebracht, er überfiel mit grosser Truppenmacht nach einander die Güter der reicheren Edelleute, namentlich des Obersthofmeisters Wilhelm von Lobkowitz und raubte da alles Vieh, mochte es dem Herrn oder den Unterthanen gehören.*) Aber seine Raubereien konnten mit den Uebelthaten, die nun dem Lande zugefügt wurden, keinen Vergleich aushalten, denn zu den Wunden, die das neu herangezogene böhmische Heer dem Lande schlug, gesellten sich die tausendfachen Bedrückungen, mit denen die kaiserliche Armee ihren Einzug in Böhmen bezeichnete.

5. Oct. 1620 Ferdinand hatte in zwei Schreiben, die er an ein und denselben Tage an Maximilian richtete, diesen ersucht, bei seinem Vormarsche in Böhmen die Güter katholischer Herren zu schonen, mochten sie auch in protestantischen Händen sein**) und eine gleiche Schonung auch den Juden angedeihen zu lassen, da sie sich mehr oder weniger offen zur kaiserlichen Partei bekannten. In der Antwort vertheidigt der Herzog die ligistische Armee gegen alle Vorwürfe, da er jeder Ausschreitung, so weit dies eben möglich sei, mit Strenge entgegengetrete, er bemerkte aber gegen Ferdinand, dass seine Mahnungen wohl an Platze seien, wenn er sie an seine (die kaiserliche) Armee richten würde und schildert zum Beweise dieser Behauptung das ganze grässliche Elend, das mit ihrem Einmarsch in Böhmen verbunden sei. „Ich kann,“ so schreibt Maximilian, „Euer k. Majestät nicht verhehlen, dass derselben „Armada ungeachtet meiner vielfältigen wohlmeinenden Erinnerungen mit Rauben, Plündern, Brennen, ja sogar Niederhauung unschuldiger katholischer Personen beiderlei Geschlecht, „mit Ranzionirung der Gehorsamen, mit Entführung der Weibspersonen und Jungfrauen, mit Plünderung von Kirchen und „Klöstern“ um sich wüthet und selbst meinen eigenen Privat räuberisch anfällt. „Der gemeine Mann ist ruinirt und „zur äussersten Verzweiflung getrieben und wird sich in vielen „Jahren nicht erholen können, wie dann auch E. M. im Falle

*) Mähr. Landesarchiv, Eliška Žerotínská pani Kateřině Žerotínské d. 9. Oct. 1620. — Skála IV, 322.

**) Münchner StA. Ferdinand an Max dd. 5. Oct. 1620.

es Sieges durch viele und lange Jahre aus diesem verderbten und devastirten Königreiche keines Einkommens sich erfreuen werden. . . . Ich schreibe dies E. M., weil mir derartige Klagen von unterschiedlichen Orten fast täglich zukommen und ich zum Theile selbst mit Augen sehe, wie berechtigt sie sind.¹⁶²⁰)

Bei dieser barbarischen Behandlung, der die Bauern ausgesetzt waren, wird man es nur zu natürlich finden, dass im Oktober von neuen Bauernaufständen berichtet wird. Seit dem unehorscher Vorfall gährte es ununterbrochen und der Hass gegen die grösstentheils fremden Söldlinge steigerte sich von Tag zu Tag, bis er im Oktober zur That reifte. Es half wenig, dass der König ein strenges Patent erliess, worin er die Soldaten zur Zucht und Ordnung mahnte, und dass er es adelnd hervorhob, dass nicht bloss die gemeine Mannschaft sich an den Raubzügen betheilige, sondern dass dieselben unter dem Kommando einzelner Offiziere ausgeführt würden. Im saazer Kreise rotteten sich die Bauern zu mehreren Haufen zusammen, deren Gesamtstärke auf 4—7000 Mann angegeben wird und diesmal vertheidigten sie sich nicht etwa gegen die Raubsucht der Soldaten, sondern griffen selbst an. Alle Schlösser und Adelssitze wurden überfallen, ausgeraubt und in gräulicher Weise verwüstet. Hätte die Schlacht auf dem weissen Berg nicht rasch dem Kriege ein Ende gemacht, so würde das Beispiel des saazer Kreises auch in dem übrigen Lande Nachahmung gefunden haben und Böhmen vollends zu einer Wüste geworden sein.^{**})

Man muss übrigens anerkennen, dass es die obersten Landesbeamten in diesen verhängnissvollen Tagen weder an Fleiss noch an Energie fehlen liessen, um das böhmische Heer und seine Forderungen zu befriedigen. Tag für Tag wurden mehrere Tausend Laib Brod in Prag gebacken und den Truppen zugeschickt; man bemühte sich, die nöthigen Getreidevorräthe von nah und fern herbeizuschaffen und grossartige Magazine

^{*)} Brünner Landesarchiv. Eliška Žerotinská paní Katerině Žerotinské dd. 20. October. — Münchner Staatsarchiv, Maximilian an Ferdinand dd. 19. October.

^{**}) Skála IV, 186 und 327.

anzulegen; man ordnete den Ankauf von Tuch an, um die Truppen die fehlende Kleidung zu liefern, vor allem aber bemühte man sich, das nöthige Geld aufzubringen, indem man von den Städten den Erlag der rückständigen Steuern und versprochenen Darlehen rücksichtslos eintrieb. Alle diese Fürsorge trat aber viel zu spät ein, um dem drohenden Unglück zu begegnen. Auch über die Auszahlung des schuldigen Soldes fanden in Prag Berathungen statt, und da die entsprechenden Geldmittel nur zum kleinsten Theil aufgetrieben werden konnten, beschloss man, die Truppen nicht länger mit Lügen hinzuhalten, sondern offen die Unmöglichkeit einzugestehen, den falligen Sold zu bezahlen. Einige Kommissäre wurden zu dem bereits bei Rakonitz stationirten Heere abgeschickt und sollten dasselbe flehentlich ersuchen, dass es auf einen Theil des rückständigen Soldes verzichte, für den andern Theil bot man demselben Rösche, Strümpfe, Schuhe, Leinwand, Waffen und Rüstungen an und nur einen geringen Rest wollte man baar auszahlen. Man glaubte von den Soldaten diese theilweise Verzichtleistung schon deshalb verlangen zu dürfen, weil sie seit Jahr und Tag entweder vom Lande umsonst verpflegt wurden oder sich die nöthigen Nahrungsmittel geraubt hatten.*) An die hohen Offiziere richtete man nicht die Bitte, dass sie auf einen Theil ihrer Forderungen verzichten sollten, nur wollte man, dass sie an Zahlungsstatt konfiszirte Häuser oder Güter annehmen möchten. Nur dem Grafen Mansfeld wurde das Versprechen gegeben, dass man ihn auszahlen werde. Wie viel zu demselben das Gerücht von seinen Verhandlungen mit dem Feinde beigetragen haben mag, das lassen wir dahingestellt. Von allen diesen Massregeln und Verfügungen setzten die obersten Landesbeamten das Heer gegen Ende Oktober in Kenntniss, und da diesen Versprechungen und Bitten vorläufig nichts anderes auf dem Fusse folgte als die Proviantsendungen zur Stillung des Hungers, so belebten sie nicht mehr den Muth des durch die

*) Böhm. Statth. Arch. Instruction für die Kommissäre zur Unterhandlung mit dem Heere dd. 27. Oct. — Ebend. Schreiben an Hohenlohe dd. 20. Oct. 1620. — Ebend. Schreiben an Anhalt dd. 30. Oct. 1620. — An den König dd. 31. Oct. 1620.

nannigfachen Leiden und den steten Rückzug desorganisirten Heeres.

Wir kehren zur Schilderung der weiteren Kriegseignisse zurück.

Am 20. Oktober, nachdem die Verhandlungen zwischen Mansfeld und Buquoy zu dem geschilderten Abschluss gekommen waren, traten Maximilian und Buquoy ihren Weitermarsch von Pilsen an. Maximilians ursprüngliche Absicht, über Rokytzan nach Prag zu ziehen, wurde durch ein Manöver des böhmischen Heeres durchkreuzt,^{*)} indem dasselbe den Weg nach Beraun einschlug und so den Kaiserlichen die Strasse verlegte. Maximilian beschloss deshalb im Verein mit Buquoy seine Schritte nach Norden zu lenken und dann auf einem passenden Punkte östlich nach Prag abzubiegen. Nachdem er von Lititz den Marsch nach Tuschkau angetreten, brach er von da am 23. Oktober auf und setzte sich gegen ¹⁶²⁰ das Kloster Plass in Bewegung, das kurz vorher von den Ungarn in gräulicher Weise verwüstet worden war; seine Armee bildete die Vorhut, die kaiserliche die Nachhut. Auch das böhmische Heer war wieder gegen Westen gezogen und befand sich in der Nähe der Kaiserlichen, so dass Buquoy einmal den Herzog um Hilfe ersuchte, weil er einen Angriff besorgte. Diese Besorgniss war jedoch unbegründet, da Anhalt wohl das feindliche Heer stets in Sicht haben wollte, aber zu einem Angriff sich nicht stark genug fühlte. Von Králowitz aus, einem ungefähr eine Meile von Plass entfernten Städtchen, schlugen Maximilian und Buquoy den Marsch gegen Osten ein und zeigten nun unverkennbar ihre Absicht, auf Prag loszurücken. Als aber Maximilian vor Rakonitz anlangte, stiess er hier so ¹⁶²⁰ nahe auf das böhmische Heer, dass eine Schlacht unvermeidlich schien.

Die Lage der in mittelalterlicher Weise befestigten Stadt sowie die umliegende Terraininformation schien dem Fürsten von Anhalt so günstig für die Vertheidigung zu sein, dass er hier den Angriff des Feindes abzuwarten beschloss und in aller Eile seine Position durch neue Schanzen und Gräben zu be-

^{*)} Skála IV, 323.

festigen suchte, ja er wollte sich nicht einmal auf die Verteidigung dieses Terrains beschränken, sondern auch noch eine Anhöhe, die sich vor der Stadt hinzog, gegen das heranrückende feindliche Heer behaupten. Maximilian wollte diese Absicht durch einen raschen Angriff vereiteln und stürzte sich mit dem Vortrab seines Heeres auf den Feind, ohne den Armarsch des erst später herankommenden Tilly abzuwarten. Sein Angriff war von einem glänzenden Erfolge begleitet, denn obwohl die Böhmen ihre Truppen eilig verstärkten, verursachten die Ligisten doch unter ihnen eine solche Verwirrung, dass diese eine grössere Niederlage im Gefolge gehabt hätte, wenn die Nacht dem Kampfe nicht ein Ende gemacht haben würde. Dieser Erfolg feuerte den Muth der Ligisten in bedeutenden Grade an, so dass sie am folgenden Tag den Feind ununterbrochen zu einer Schlacht zu drängen suchten. Bei einzelnen böhmischen Heeresabtheilungen machte dagegen die Muthlosigkeit jetzt so reissende Fortschritte, dass Maximilian und Biquoy Zeugen davon waren, wie achtzehn bairische Reiter eine feindliche Reiterabtheilung von 250 Mann in die Flucht schlugen.*) Friedrich selbst, der wieder bei seinen Truppen eingetroffen war, wurde jetzt ganz verzagt und schickte am folgenden Tag einen Boten nach Prag ab, um seine Frau zur Abreise aufzufordern. Nur der Widerstand der obersten Landesbeamten, welche die Abreise nicht zugeben wollten, und der Muth Elisabeths, die voller Unwillen den Rath des Gatten missachtete, verhinderten, dass es nicht schon jetzt in Prag offenkundig wurde, wie schlimm die Verhältnisse standen.**)

*) Münchner StA. Diurnale. — Skála IV, 325 berichtet über das Resultat der Kämpfe vor Rakonitz in anderer, den Böhmen günstiger Weise. Da er ein gewissenhafter Schriftsteller ist, würden wir keinen Anstand genommen haben, eine seinem Berichte entnommene Angabe im Texte anzuführen, wenn uns nicht das Diurnale des bairischen Archivs zur Seite stünde. Dieses Diurnale wurde von dem Secretär Mandl über die Kriegsereignisse verfertigt und von Maximilian eigenhändig korrigirt und berichtet von Tag zu Tag über den Verlauf des Feldzuges. Es ist bescheiden gehalten und so muss man wohl den Angaben desselben in einzelnen Fällen mehr Gewicht beilegen als denen Skála's, der ja nicht im böhmischen Heere diente, sondern nach den Aussagen Anderer berichtete.

***) Dohna's Hof- und Gesandtschaftsleben in Raumers Taschenbuch 1863.

Trotzdem gelang es weder dem ligistischen noch dem kaiserlichen Heere, den Fürsten von Anhalt zum Rückzug von Rakonitz zu nöthigen, da die natürliche Beschaffenheit des Bodens und die eilig aufgeworfenen Schanzen den weitem Angriff zu sehr erschwerten und so vergingen einige Tage in resultatlosen Kämpfen. Erst der Angriff, den Maximilian am 30. Oktober versuchte, hätte von einem bedeutendern Erfolge 1620 begleitet sein können, wenn Buquoy nicht zu spät in die Schlacht eingegriffen hätte, jedenfalls gelang es aber beiden Feldherren in der darauffolgenden Nacht ihre Truppen bis unmittelbar an das feindliche Lager zu führen und in der Eile die nöthigen Verschanzungen aufzuwerfen und so gedeckt den Feind im offenen Feld zu belagern. Sie beschossen jetzt denselben, 31. Oct. 1620 da sie aber damit den beabsichtigten Zweck nicht erreichten und ihn nicht aus seinem Lager vertrieben, so beriefen sie die obersten Offiziere zu einem Kriegsrath. In demselben herrschte die Ansicht vor, dass die Stellung des Feindes eine zu starke sei, die kaum erstürmt werden könne, und deshalb beschloss man einstimmig, den Weitermarsch nach Prag anzutreten und so den Feind zum Verlassen seiner Stellung zu nöthigen.*) — Es gebrach jedoch wieder an Lebensmitteln, man musste ihre Zufuhr abwarten und so konnte man den gefassten Beschluss nicht alsbald ausführen und musste vorläufig bei Rakonitz bleiben. Man vertrieb sich auf kaiserlicher Seite die unfreiwillige Musse damit, dass man dem Feind höhrende Beschimpfungen zurief und Worte wie Ketzer, Rebellen, Bauer, Komödianten tönnten den ganzen Tag zu ihm hinüber. Das böhmische Heer blieb seinerseits die Antwort nicht schuldig und betitelte die Kaiserlichen als Papisten, Räuber, Mordbrenner und gab den Baiern noch eine besondere Bezeichnung, indem es sie Schweine nannte, ein Name, welche damals auf die Baiern häufig angewendet wurde. Das homerische Gelächter, mit dem man von beiden Seiten auf die Beschimpfungen antwortete, zeigte, dass man an dieser Unterhaltung Geschmack fand. In diesen Tagen geschah es auch, dass der Herzog von Baiern von einem Witzbold, den er um seine Ansicht über

*) Expeditionis in utramque Austriam et Bohemiam Ephemeris.

den Ausgang des Krieges befragte, die Antwort erhielt, es werde wohl so wie bei dem Kartenspiel gehen, wo die Sau (so hieß das Ass zu jener Zeit) den König sticht. Der Gefragte dachte auf diese derbe Weise an, dass die Baiern wohl über Friedrich den Sieg davontragen würden.*)

Mittlerweile versuchte Maximilian trotz des vorangegangenen Beschlusses nochmals, ob er nicht durch einen Angriff den Feind aus seiner Stellung drängen könne. Er griff deshalb am 1. November einen bei Rakonitz gelegenen und von den Böhmen besetzten Kirchhof an und es gelang ihm, die kleine Besatzung zu überwinden und denselben einzunehmen. Die böhmische Armee traute sich nicht, die Ihrigen bei Verteidigung des Kirchhofes zu schützen, weil sie aus ihren festen Stellungen hätte herausrücken und eine Schlacht aufnehmen müssen.**)

1620 Dagegen missglückte der Angriff Buquoy, den er am 2. November gegen jene Stelle des feindlichen Lagers richtete, die von den Ungarn eingenommen wurde. Der ungarische General Bornemissa***) wurde bei der Verteidigung verwundet und seine Stelle fortan von dem Obersten Corniss eingenommen.

Die glückliche Abweisung des buquoy'schen Angriffs belebte den gesunkenen Kriegsmuth im böhmischen Heere, so dass Anhalt den Versuch machen wollte, den verlorenen Kirchhof wieder zu gewinnen, aber die kampfbereite Stellung der ligistischen Armee schreckte ihn wieder ab. Sein Entschluß bei Rakonitz auszuharren und es auf eine Schlacht daselbst ankommen zu lassen, stand indessen fest und er richtete deshalb am folgenden Tag an Mansfeld die Aufforderung, an Pilsen alle Truppen, die er entbehren könnte, sowie etwa 1620 Geschütz ihm zu Hilfe schicken.†) — Am 3. November versuchte es die beiden kaiserlichen Heerführer abermals mit einer Kanonade. Buquoy beschoss die ungarische Stellung, Maximilian

*) Buquoy. Quadrimestro Iter.

**) Wiener StA. Gantzer Verlauf, wie es mit der Einnahme Prags zugegangen

***) Nach einer andern Nachricht wurde Bornemissa erst am 7. November verwundet; welche Nachricht richtiger ist, wissen wir nicht mit Bestimmtheit anzugeben.

†) Münchner StA. Anhalt an Mansfeld dd. 3. November 1620.

tete seine Geschütze auf die Stadt Rakonitz selbst. Da sie
 b jetzt keinen sonderlichen Erfolg erlangten und noch am
 en Tage der langersehnte Proviant anlangte, beschlossen
 den beabsichtigten Marsch nach Prag ungesäumt anzu-
 en. Doch wollte Buquoy in der folgenden Nacht noch einen
 ten Versuch machen, ob er die Ungarn nicht aus ihrer
 lung vertreiben könne, wurde aber in dieser Unterneh-
 ng durch eine plötzliche Ueberschwemmung gehindert. Auf
 mischer Seite öffnete man nämlich die Schleussen eines
 ches, aus dem nun das Wasser sich mit solcher Macht ge-
 die Stellung des buquoy'schen Heeres ergoss, dass die
 daten binnen kurzer Zeit fast bis an die Brust im Wasser wa-
 n. Da der Angriff auf diese Weise vereitelt war, beschloss
 imilian nicht länger zu zögern und bestimmte den 5. No-
 ber (einen Donnerstag) zum Abmarsch von Rakonitz.*) 1620
 r noch am Mittwoch wurde Buquoy durch einen Schuss
 len Oberschenkel verwundet und dabei auch an den Ge-
 echtstheilen verletzt, und da man die Verwundung im
 en Augenblicke für lebensgefährlich hielt, verursachte sie
 Buquoy's Umgebung einen grossen Schrecken. Buquoy half
 über die ersten beängstigenden Augenblicke hinweg mit der
 rzhaften Bemerkung, dass jeder mit dem gestraft werde,
 it er gesündigt habe, und setzte seine Scherzrede auch
 n einen gerade anwesenden mansfeldischen Trompeter
 indem er behauptete, Mansfeld habe es weit mehr ver-
 t, in solcher Weise verwundet zu werden. Seine Sorge
 e die seiner Umgebung wurde bald beruhigt, da die Un-
 ehung ergab, dass die Verwundung nicht gefährlich sei,
 l aber hinderte sie den Grafen durch längere Zeit am
 en, so dass er dem Heere zu Wagen folgen musste.**)
 Den Abmarsch von Rakonitz trat zuerst der Oberst Wald-
 mit seinem Reiterregimente an. Er hatte den Auftrag,
 Laun vorzurücken und diese Stadt zur Uebergabe auf-
 dern. Das kaiserliche und ligistische Heer, das ihm folgte,^{5. Nov.}
 am ersten Tage über Lišany nach Strašitz, das nach ¹⁶²⁰

Ephemeris.

Ephemeris und Buquoy Iter quadrimestre.

kurzem Widerstande einer kleinen Besatzung sich den Sieg ergab. Maximilian hielt nun mit den verschiedenen Truppenführern eine Berathung ab und in dieser wurde der wichtige Beschluss gefasst, die Bagage unter einer kleinen Bedeckung zurückzulassen und eilig nach Prag zu marschiren, um den Feinde zuvorkommen. Da man wusste, dass sich die Stadtmauern in schlechtem Zustande befanden und keine genügende Besatzung einen etwaigen Sturm abwehren konnte, so war die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, dass man sich Prag durch einen Handstreich bemächtigen könnte.*)

*) Wiener StA. Ganzer Verlauf dessen, wie es bei der Einnahme Prag zugegangen.

Zehntes Kapitel.

Die Schlacht auf dem weissen Berge.

- I Beide Heere marschiren gegen Prag. Die Schlachtordnung des kaiserlichen und ligistischen Heeres. Berathung vor der Schlacht. Buquoy zögert sie anzunehmen, gibt aber zuletzt seine Zustimmung. Verlauf der Schlacht. Die Flucht der ungarischen Reiter. Wer trug zur Entscheidung am meisten bei.
- II Friedrichs Verhalten während der Schlacht. Seine Flucht auf die Altstadt. Berathung daselbst. Die Nacht auf den 9. November. Botschaften an den Herzog Maximilian. Flucht aus Prag.
- III Spätes Anlangen der Nachricht von dem Siege auf dem weissen Berge in Wien. Dankbarkeit Ferdinands gegen die obersten Anführer. Kirchliche Festlichkeiten aus Anlass des Sieges. Die Ursachen der böhmischen Niederlage auf dem weissen Berge.
- IV Maximilian und Buquoy ziehen in Prag ein. Plünderungen. Die Deputation der Stände. Unterwerfung. Flucht eines Theiles des böhmischen Heeres aus Prag. Der Rest wird zum Abzug gezwungen. Trostlose Verhältnisse in Prag. Die englischen Gesandten bei Maximilian. Abreise Maximilians von Prag.

I

Als man im böhmischen Lager den Abmarsch des Feindes von Rakonitz in Erfahrung brachte, wurde ein Kriegsrath unter dem Vorsitze des Pfalzgrafen abgehalten, in dem der Fürst von Anhalt die Meinung vertrat, dass der Feind nach Prag ziehen wolle und dass man deshalb gleichfalls dahin aufbrechen müsse, um ihm zuvorzukommen. Graf Thurn bestritt diese Ansicht und wollte seinen Kopf zum Pfand setzen, dass der Feind sich noch weiter im Land ausbreiten und sämtliche im Westen Böhmens gelegenen Städte einnehmen und dann erst auf Prag losrücken wolle. Am Abend desselben Tages erhielt man aber durch Kundschafter Nachrichten, die unzweifelhaft machten, dass der Feind nach Prag marschire, und nun wurde man von der Angst erfasst, dass er vor dem böhmischen Heere daselbst ankommen könnte. Augenblicklich

ward deshalb beschlossen den Grafen Thurn mit einem ~~Regi-~~ ^{Regi-}ment Fussvolk und etwas Reiterei noch in der Nacht ~~nach~~ ^{nach} Prag zu schicken.*) Anhalt selbst brach am folgenden ~~Tag~~ ^{Tag} (6. Nov.) sein Lager ab und musste, da er um jeden Preis ~~den~~ ^{den} Feinde zuvorkommen wollte, unter unendlichen Schwierig- ~~keiten~~ ^{keiten} sein Geschütz und seine Proviantwagen auf gutentheils ~~zuge-~~ ^{zuge-}bahnten Wegen vorwärts bringen. Da die beiden feindlichen Heere in ziemlicher Nähe auf dasselbe Ziel losmarschirten, kam es noch am selben Tage zu einem Gefecht zwischen der ungarischen Reiterei und den ligistischen Truppen, bei dem an 200 Ungarn den Tod fanden. Anhalt suchte nur um so rascher vorwärts zu kommen und langte am folgenden Tag gegen Mittag bei Unhoscht an. Hier öffnete sich die Gegend seinem Blick und er bemerkte zu seiner Freude, dass der Feind ihm noch nicht zuvorgekommen sei und dass er demnach Prag vor ihm erreichen könne. Den Pfalzgrafen, der hi dahin bei dem Heer ausgeharrt hatte und nun in die Hauptstadt vorauseilte, ersuchte er auf das dringendste für die Errichtung von Schanzen auf dem weissen Berge Sorge zu tragen, da er daselbst den Angriff der Feinde erwarten wollte. Nachmittags erblickte Anhalt die Vorhut des heranrückenden Feindes; es waren dies die Ligisten, die sich an diesem Tage in der Avantgarde befanden. Als auch Maximilian des Gegners ansichtig wurde, stellte er seine Truppen in Schlachtordnung auf und wollte alsbald zum Angriff übergehen; allein er musste seinen Eifer zügeln, da die Kaiserlichen erst gegen Abend anlangen konnten. Anhalt benützte die gewonnene Frist, um die Anordnungen für den weiteren Marsch seiner Truppen zu treffen, und da er nicht hoffen durfte, dass er gleichzeitig sein Heer und seine Bagage vor dem nachrückenden Feinde sichern könne, so lenkte er die letztere nach dem abseits gelegenen Städtchen Beraun und schickte gleichzeitig 500 Musketiere voraus, um durch sie eine etwas schwer zu passirende Stelle auf dem Wege besetzen zu lassen, damit ihm der Feind nicht zuvorkomme. Er selbst trat mit den übrigen Truppen um 8 Uhr

*) Anhalts Bericht über die Schlacht auf dem weissen Berg in der Collectio Camerariana der münchener Hofbibliothek.

Abends den Marsch nach Prag an und traf gegen 1 Uhr Morgens auf dem weissen Berg ein. Die ungarische Reiterei folgte ihm jedoch nicht dahin nach, sondern blieb am Fusse des Berges stehen und quartirte sich im Dorfe Rusin ein. Der Weg, den die Soldaten gezogen waren, war durch eine lange Feuersäule bezeichnet, da sie alle Dörfer angezündet hatten, theils um ihre Wuth zu kühlen, theils um den Feind in der Verfolgung zu hindern.

8. Nov.
1620

Da man auf einen unmittelbaren Angriff gefasst sein musste, ordnete Anhalt am Morgen im Einverständniss mit dem Grafen Hohenlohe die Stellung seines Heeres an; beide Generale waren damit einverstanden die Truppen in einem dreifachen Treffen aufzustellen und zwischen dem Fussvolk und der Reiterei des ersten Treffens einen solchen Zwischenraum zu lassen, dass das zweite Treffen im Falle des Bedürfnisses in denselben einrücken könnte. Im letzten oder Hintertreffen sollte die ungarische Reiterei stehen. Anhalt liess die Regimenter nicht bei einander, sondern trennte dieselben in der Weise, dass er auf je 4—6 Fähnlein Fussvolk drei bis sechs Reitercompagnien folgen liess — ein Verfahren, das die Gegner nicht beobachteten, denn im kaiserlichen und ligistischen Heere wurden die Infanterieregimenter nicht getrennt.*) Auf dem selbstgewählten Schlachtfelde stellte Anhalt seine Armee in der Weise auf, dass er einige kleineren Abtheilungen des rechten Flügels in dem mit einer Mauer umgebenen Sternthiergarten postirte, nachdem er die Mauer an mehreren Stellen durchbrochen hatte; den übrigen Theil des rechten Flügels und die Front seines Heeres liess er die ganze Breite des Bergrückens einnehmen, so dass der äusserste Theil des linken Flügels sich gegen Motol herabsenkte. Die Bitte, die Anhalt Tags vorher gegen den Pfalzgrafen bezüglich der Errichtung von Schanzen auf dem weissen Berge ausgesprochen hatte, war nur zum Theil erfüllt worden, denn thatsächlich wurden bloss zwei Schanzen fertig gebracht, eine am äussersten linken, die andere am äussersten rechten Flügel, die im Centrum des

*) Anhalts Bericht über die Schlacht auf dem weissen Berge in der Collectio Camerariana. — Theatrum Europaeum.

Heeres projectirte war nicht fertig geworden. In diesen Schanzen postirte Anhalt seine aus zehn Kanonen bestehende Artillerie und sicherte sich dadurch vor einer Umgehung an den Flügeln. Den Oberbefehl an dem Schlachttage theilte der Fürst von Anhalt mit dem Grafen von Hohenlohe in der Weisung, dass er selbst den rechten und dieser den linken Flügel commandiren sollte.*) Der Fürst hatte auch den Grafen Thurn mit seinen Truppen aus Prag zu sich berufen und ihn befragt, ob er den Platz zur Schlacht für geeignet halte, was dieser mit allem Eifer bestätigte. Thurn suchte nun den ungarischen Obersten Corniss auf und frug ihn durch Vermittlung des Obersten Stubenvoll, ob er als Anführer der ungarischen Hilstruppen nichts gegen die Annahme einer Schlacht einzuwenden habe und ob er einige Aenderungen in dem Schlachtplan anzuordnen wünsche. Von böhmischer Seite wollte man 300 ungarische Reiter auf den rechten Flügel, 1500 auf den linken Flügel, den Rest aber hinter der zweiten Linie aufstellen, um sie dann, sobald die Schlacht begonnen haben würde, nach Bedürfniss von dem einen oder dem andern Flügel gegen den Feind anstürmen zu lassen. Corniss ritt in Begleitung Thurns nach den Plätzen, die seine Reiterei einnehmen sollte, und da er sie hier vor den feindlichen Geschützen gesichert glaubte, gab er zu dem Schlachtplan seine Zustimmung.**)

*) Buquoy Iter quadrimestre.

***) Thurns Bericht über die Schlacht auf dem weissen Berg im münchener St.A. dd. 29. November 1620. — Anhalts Bericht. — Ueber die Stellung des böhmischen Heeres haben wir drei Abbildungen. Die erste ist die, welche dem Schlachtbericht Anhalts (in Mosers patriotischem Archiv 7) beigegeben ist und die auf Authenticität Anspruch zu erheben scheint. Eine zweite Abbildung der Schlachtordnung haben wir im haager Archiv gefunden und diese stimmt so ziemlich mit der von Anhalt beigegeben überein. Eine dritte Abbildung im Theatrum Europaeum gibt von der Aufstellung des böhmischen und kaiserlich-ligistischen Heeres ein Bild, das mit allen sonstigen beglaubigten Angaben im Widerspruch ist. Ein zweites Bild im Theatrum Europaeum stellt die Schlacht selbst vor und da entspricht die Gruppierung des kaiserlichen Heeres vollständig den beglaubigten Angaben, wogegen sich im ligistischen einige Unrichtigkeiten befinden, während die böhmische Heeresordnung gleichfalls der anhaltischen Bilde nicht entspricht. Wir halten uns, obwohl nicht ohne Widerstreben, an die Angaben Anhalts.

Abends den Marsch nach Prag an und traf gegen 1 Uhr Morgens auf dem weissen Berg ein. Die ungarische Reiterei folgte ihm jedoch nicht dahin nach, sondern blieb am Fusse des Berges stehen und quartirte sich im Dorfe Rusin ein. Der Weg, den die Soldaten gezogen waren, war durch eine lange Feuersäule bezeichnet, da sie alle Dörfer angezündet hatten, theils um ihre Wuth zu kühlen, theils um den Feind in der Verfolgung zu hindern.

Da man auf einen unmittelbaren Angriff gefasst sein musste, ordnete Anhalt am Morgen im Einverständniss mit dem Grafen Hohenlohe die Stellung seines Heeres an; beide Generale waren damit einverstanden die Truppen in einem dreifachen Treffen aufzustellen und zwischen dem Fussvolk und der Reiterei des ersten Treffens einen solchen Zwischenraum zu lassen, dass das zweite Treffen im Falle des Bedürfnisses in denselben einrücken könnte. Im letzten oder Hintertreffen sollte die ungarische Reiterei stehen. Anhalt liess die Regimenter nicht bei einander, sondern trennte dieselben in der Weise, dass er auf je 4—6 Fähnlein Fussvolk drei bis sechs Reitercompagnien folgen liess — ein Verfahren, das die Gegner nicht beobachteten, denn im kaiserlichen und ligistischen Heere wurden die Infanterieregimenter nicht getrennt.*) Auf dem selbstgewählten Schlachtfelde stellte Anhalt seine Armee in der Weise auf, dass er einige kleineren Abtheilungen des rechten Flügels in dem mit einer Mauer umgebenen Sternthiergarten postirte, nachdem er die Mauer an mehreren Stellen durchbrochen hatte; den übrigen Theil des rechten Flügels und die Front seines Heeres liess er die ganze Breite des Bergrückens einnehmen, so dass der äusserste Theil des linken Flügels sich gegen Motol herabsenkte. Die Bitte, die Anhalt Tags vorher gegen den Pfalzgrafen bezüglich der Errichtung von Schanzen auf dem weissen Berge ausgesprochen hatte, war nur zum Theil erfüllt worden, denn thatsächlich wurden bloss zwei Schanzen fertig gebracht, eine am äussersten linken, die andere am äussersten rechten Flügel, die im Centrum des

*) Anhalts Bericht über die Schlacht auf dem weissen Berge in der Collectio Camerariana. — Theatrum Europaenm.

schlusse den Herzog Maximilian unverweilt in Kenntniss. Da die Mitwirkung der noch entfernten kaiserlichen Truppen nöthig war, liess Tilly auch den Grafen Buquoy, der im Wagen nachgefahren kam, von seiner Absicht benachrichtigen. Buquoy verweigerte seine Zustimmung, indem er erklärte, dass die Truppen zu abgemattet seien, als dass sie an diesem Tage noch eine Schlacht wagen könnten, und seine Weigerung wurde von einigen andern wahrscheinlich kaiserlichen Obersten unterstützt. Da trat aber der kaiserliche Oberst Verdugo hervor und sprach sich in energischer Weise für den Vormarsch und für die unmittelbare Annahme einer Schlacht aus, weil die Truppen nicht so ermüdet seien, wie man vermüthe, und ihr unerwarteter Angriff den Feind vollends erschüttern werde. Da die bisher gemachten Erfahrungen ihm nur zu sehr recht gaben, liess Buquoy von seinem Widerstand ab und Tilly rückte nun mit seinen Truppen an die schmale Brücke, die über den litowitzer Bach führt, um denselben zu übersetzen. Von böhmischer Seite hätte man den Uebergang streitig machen sollen, allein man wollte sich nach dem Rückzuge der Ungarn nur auf die Vertheidigung des weissen Berges beschränken, und so liess man die Brücke ausser Acht.*) Nach den bairischen Berichten hat Tilly mit seinem ganzen Heere die Brücke überschritten und mit dem weiteren Angriffe nur auf Buquoy's Bitten gezögert, um der kaiserlichen Armee Zeit zum Heranziehen zu gönnen und die Schlacht im Verein mit ihr zu schlagen. Buquoy dagegen erklärt den Stillstand in den ligistischen Operationen in einer für Tilly minder günstigen Weise; darnach habe der letztere, nachdem er bloss mit einem Regiment die Brücke überschritten hatte, sich durch sein übereiltes Vorgehen in eine schwierige Lage gebracht, die der Feind in gefährlicher Weise hätte ausnützen können, und deshalb habe er den kaiserlichen Feldherrn um schleuniges Vorrücken ersucht.**)

Wie dem nun auch sein mag, ob Tilly das kaiserliche Heer zu Hilfe gerufen oder ob er auf Buquoy gewartet hat

*) Buquoy Iter quadrimistre.

***) Khevenhiller Annales Ferd. IX, 1100. — Buquoy's Bericht im J. von Simancas.

so viel ist gewiss, dass das böhmische Heer einen günstigen Zeitpunkt zum Angriff versäumte, als es sich nicht auf den Feind bei der Passage über den allerdings unbedeutenden Bach stürzte. Als Tilly die Brücke überschritten hatte, beging er nach der Anschauung Buquoy's noch einen weiteren Fehler, indem er seine Truppen links aufstellte und so später das feindliche Heer auf der steilen Hälfte des weissen Berges anreifen musste. Buquoy wollte eigentlich gegen Motol ziehen und von dort aus den Feind angreifen, den er dadurch zur Umbildung seiner Schlachtordnung und zum Preisgeben der nutzlos errichteten Schanzen gezwungen hätte. Allein da Tilly den Marsch nach links angetreten hatte, musste auch er sich mehr links halten und demnach den Feind in seiner Front und nicht, wie er gewollt, in seinem linken Flügel angreifen.*) — Dem Blicke der heranmarschirenden Truppen eröffnete sich jetzt die Aussicht auf den weissen Berg; dieser bildet den Schlusspunkt einer sanft von Prag heransteigenden Anhöhe, deren Spitze etwa 200 Klafter südwestlich von der zum Andenken an die folgende Schlacht erbauten Kirche gelegen ist. Die jetzige Reichsstrasse, die einer Einsenkung folgt, theilt ihn in zwei Theile: einen nördlichen, der sich gegen Westen ziemlich steil herabsenkt, und einen südlichen, der ungefähr 700 Klafter weiter reicht und viel sanfter verläuft. Gegen den nördlichen war später die ligistische, gegen den südlichen Theil die kaiserliche Schlachtordnung gerichtet; die Ligisten hatten demnach mit grösseren Terrainschwierigkeiten zu kämpfen als die Kaiserlichen.

Nach dem Berichte des kaiserlichen Obersten Maximilian von Liechtenstein**) ging die Sonne auf, als das ligistische und

*) Buquoy's Bericht a. a. O.

**) Innsbrucker Statthaltereii-Archiv: Max von Liechtenstein an Gudakar v. Liechtenstein dd. 9. November 1620. — Liechtenstein sagt: „Als wir den Aufbruch des Feindes wahrgenommen, seind wir eine Stunde vor Tags ihm nachgezogen und ihne vor dem kaiserlichen Lusthaus zum Stern, eine Stund Wegs von Prag, mit dem Sonnenaufgang angetroffen.“ Man darf die Vermuthung aussprechen, dass Liechtenstein mit seiner Zeitangabe nicht den astronomischen Sonnenaufgang meinte, sondern die Zeit, wann am 8. November die Sonne thatsächlich sichtbar wurde, was

kaiserliche Heer am Fusse des weissen Berges anlangte; wahrscheinlich war dies wegen des Morgennebels erst um 9 Uhr der Fall und so standen also die feindlichen Armeen einander durch drei Stunden gegenüber, bevor es zur Schlacht kam. Auf kaiserlicher und ligistischer Seite wurde die Zeit zur Eintheilung und Aufstellung der Truppen benützt; das kaiserliche Heer, welches den rechten Flügel einnahm, wurde in drei Treffen aufgestellt: in dem ersten stand das Fussvolk, in zwei grosse Carrés abgetheilt; das erste Carré wurde von den Regimentern Buquoy und Verdugo*) gebildet und war rechts von dem Reiterobersten Gauchier und seinem Regiment sowie von einem Theil des waldsteinschen Regiments unter dem Oberstlieutenant Lamotte, links von einigen Reitercompagnien unter dem Commando des Obersten la Croix und des Grafen Montecuculi gestützt. Das linke Carré bestand aus den Infanterie-Regimentern Breuner und Tieffenbach und wurde links von einer Abtheilung des marradasschen Reiterregiments unter dem Commando des Spaniers Felipe de Areyçaga gestützt. Vor jedem der beiden Flügel des ersten Treffens waren zwei Geschütze aufgestellt. Die Gesamtstärke des ersten Treffens wird auf 6000 Mann zu Fuss und 1500 Reiter angegeben.**)

etwa erst um 9 Uhr wegen des Morgennebels der Fall war. Diese Annahme würde zu der Zeitangabe Anhalts passen, der in seinem Berichte über die Schlacht erzählt, dass man auf böhmischer Seite erst um 9 Uhr des Feindes ansichtig geworden sei. Wir folgen dieser Annahme im Texte.

*) Der Bericht in Buquoy's Iter Quadrimestre könnte zur Vermuthung führen, dass Verdugo und sein Regiment die äusserste Rechte im kaiserlichen Heere eingenommen und dass das buquoy'sche Regiment links gestanden sei. Allein der anderweitig beglaubigte Bericht, dass Verdugo den jungen Fürsten von Anhalt, der seinen Angriff gegen die Stelle richtete, wo sich das kaiserliche Heer an das ligistische schloss, gefangen habe, beweist jedenfalls, dass Verdugo nicht am rechten Flügel des ersten Treffens, sondern am linken gestanden sei. Auch eine übrigens fehlerhafte Abbildung der Truppenaufstellung in der Schlacht auf dem weissen Berge, welche im *Theatrum Europaeum* enthalten ist, stellt das Regiment Verdugo am linken Flügel auf.

**) Max von Liechtenstein gibt in seinem Briefe die Zahl der Reiter im ersten Treffen auf 1800 an und nennt unter den Reiterführern des ersten Treffens den Obersten-Meggau. Der Verfasser von Buquoy's Iter Quadrimestre

weiten Treffen befand sich ein neapolitanisches Infanterieregiment unter dem Kommando Carlo Spinelli's; ihm zur Seite standen einige Reiterschwadronen des d'Albergo'schen und des d'Asch'schen Regiments. Das letzte Treffen war in ähnlicher Weise wie das erste geordnet und bestand aus zwei Carrés, welche von den Regimentern Herzog von Sachsen, Graf Nassau, Fugger und einer Abtheilung eines nicht näher benannten Regiments gebildet und deren Seiten von Reiterabtheilungen aus dem Regiment Dampierre und Grossherzog von Toscana gestützt wurden. Die Gesamtstärke des kaiserlichen Heeres dürfte sich auf etwa 15.000 Mann belaufen haben.*) Die Auf-

Iter gibt die obigen Zahlen an, fügt aber hinzu, dass die 6000 Mann nicht als voll anzunehmen seien. Thatsächlich dürften sie kaum 3—4000 Mann betragen haben, denn 6000 Mann gibt die Sollstärke an, die längst nicht mehr vorhanden war.

*) Der von allen Vorgängen im kaiserlichen Hauptquartier wohl informirte Verfasser von Buquoy's Iter quadrimestre, der die Stellung und die Stärkeverhältnisse des ersten und zweiten Treffens in der oben angeführten Weise angibt, behauptet, dass das gesammte Heer nicht mehr als 12.000 Mann betragen habe. Anhalt veranschlagte (in seinem Bericht über die Schlacht auf dem weissen Berge) die Stärke der Kaiserlichen auf 20.000 Mann, irrte aber darin, denn um nur eines Umstandes zu gedenken, so war der grösste Theil des waldsteinschen Reiterregiments, das Anhalt als in der Schlacht anwesend anführt, mit seinem Führer gar nicht anwesend, sondern hatte nach Buquoy's Iter quadrimestre am Schlachttag eine andere Bestimmung. Es heisst in dem Iter: „Universi non attinebant millia duodecim: absentibus amplius equitum millibus duobus et millibus peditum sex partim in expeditionibus cum don Balthasare et D. Waldstein, partim panis quaerendi causa palantibus.“ Wir halten demnach, wenn wir alles wohl erwägen und die Kosaken, die der Verfasser von Buquoy's Iter quadrimestre nicht mitzuzählen scheint, einrechnen, die kaiserliche Armee nicht für stärker als 14—15.000 Mann, und zwar leitet uns auf diese geringe Zahl die Betrachtung, dass die ligistische Armee selbst nicht stärker als 10.000 Mann war, trotzdem dass sie nach Abrechnung sonstiger Detachirungen eigentlich etwas über 20.000 betragen sollte. — Khevenhiller Annales Ferdinandi. — Aus dem obangeführten Citat aus dem Iter quadrimestre ist ersichtlich, dass Marradas in der Schlacht auf dem weissen Berge nicht zugegen gewesen sei. Wir fanden im wiener St. A. das Original eines Briefes von Marradas an Buquoy dd. 8. Nov. 1620, aus dem ersichtlich ist, dass Marradas am Tage der Schlacht in Budweis weilte.

stellung der kaiserlichen Truppen war unter dem Kommando des Obersten Liechtenstein vor sich gegangen, da Buquoy sich dieser Aufgabe nicht unterziehen konnte.*)

Die Eintheilung des kaiserlichen Heeres in drei Treffen mag hauptsächlich durch die Enge des Schlachtfeldes bestimmt worden sein und derselbe Umstand mag auch bei der Aufstellung des ligistischen Heeres mitgewirkt haben, da dasselbe in vier Treffen abgetheilt war. Im ersten Treffen standen zwei Regimenter Fussvolk, das erstere unter dem Kommando des Obersten Bauer, das letztere unter dem des Oberstlieutenants Floreinville. Das zweite Treffen bestand aus drei Reiterabtheilungen von je fünf Fähnlein, die Aufstellung derselben war so beschaffen, dass zwei Reiterabtheilungen über den rechten und linken Flügel des ersten Treffens hinausragten und die dritte Reiterabtheilung den Hintergrund des Zwischenraums, der zwischen den beiden Infanterie-Regimenten des ersten Treffens freigelassen war, einnahm. Im dritten Treffen waren fünf Infanterieregimenter aufgestellt, und zwar die Regimenter Schmied und Rouville am linken Flügel, Herliberg im Centrum und Haslang und Sulz am rechten Flügel. Im vierten Treffen waren abermals drei Reiterabtheilungen und zwar unter dem Kommando der Obersten Herselles, Bönninghausen und Pappenheim. Vor der Front des ligistischen Heeres waren acht Geschütze in zwei Batterien zu je vier Stück aufgestellt. Den Polen, die im kaiserlichen Dienste standen, war ihre Stellung nicht beim kaiserlichen Heere, sondern in der hintersten Abtheilung des linken ligistischen Flügels angewiesen.**)

Die Stärke der ligistischen Truppen wird von bairischer Seite auf nicht mehr als 10.000 Mann angegeben, da zwei Regimenter Fussvolk und 500 Reiter in Oesterreich zurückgeblieben waren; vielleicht ist die Zahl von 10.000 um 1—2000 Mann zu niedrig gegriffen, mehr als 11—12.000 Mann haben aber die ligistischen Truppen jedenfalls nicht betragen, da die Krankheiten seit dem Einmarsch in Böhmen in furcht-

*) Brief Maximilians von Liechtenstein an seinen Bruder dd. 9. November 1620.

**) Constantinus Peregrinus castigatus p. 57.

Weise unter den Truppen wütheten. Die Gesamtstärke beider verbündeten Armeen dürfte demnach die Summe 25—27.000 Mann kaum merklich überschritten haben, (sie sie überhaupt erreichte.*) Was die Geschütze anbelangte, so brachten die verbündeten Feldherren nicht ihre ganze, sondern nur 12 Stücke in Verwendung, die übrigen hatte nicht rechtzeitig heranbringen können und musste sie an der Brücke stehen lassen.

Nachdem das Heer die geschilderten Stellungen eingenommen hatte, fand eine zweite Berathung zwischen Maximilian und Buquoy betreffs der Annahme oder Vermeidung der Schlacht statt,**) an der sich neben sämtlichen kaiserlichen Offizieren auch Tilly und der bairische Oberst Anholt betheiligten und bei der auch der Karmelitermönch P. Dominicus Theiner war. Wiederum wollte Buquoy die Schlacht vermeiden, weil er wahrscheinlich besorgte, dass der Feind zu stark in der Defensive sei, er schlug vor, dass man rechts von dem Feind zurückweichen und auf Prag losrücken solle.***) Während man in dieser Berathung hin- und herschwankte, kam der Oberstlieutenant Lamotte herangeritten und berichtete, dass er die böhmischen Stellungen recognoscirt und nicht besonders stark gegen sich zu haben sehe. Dem Grafen Buquoy wurde durch diese Nachricht der Hauptgrund für seine Weigerung entzogen; den ihm vorschwebenden vorsorglichen Bedenken glaubte aber P. Dominicus, Theiner bisher der Berathung stumm beigewohnt hatte, durch die Erwähnung der göttlichen Vorsehung ein Ende machen zu können. Er trat vor, entschuldigte sich, dass er unbefragt eine Meinung abzugeben sich erlaube, und mahnte dann in beredter Weise die Anwesenden auf Gottes Hülfe zu vertrauen und

Wiener StA. Diurnale.

Ephemeris. Es ist allerdings sonderbar, wie an demselben Tage zweimal die Berathung sich um denselben Gegenstand drehen konnte, allein die Quellen lassen keine andere Erklärung zu.

Wiener StA. Gantzer Verlauf dessen, wie es bei der Einnahme Prags abgegangen. — Expeditionis in utramque Bohemiam Ephemeris. — peregrinus castigatus.

tapfer zum Angriffe zu schreiten.*) So gab denn Buquoy seinen Widerstand auf und ertheilte seine Zustimmung zur Schlacht; das Losungswort wurde von dem Herzog von Baiern gegeben und lautete „Sancta Maria“. Zugleich ward bestimmt, dass die Soldaten eine weisse Binde als Erkennungszeichen tragen sollten. Als Verdugo nach der Berathung zu seinem Regiment eilte, traf er mit dem Karmeliter zusammen, der die Zeit, welche dem Angriff voranging, dazu benutzte, um die Soldaten im Namen der Religion zur Ausdauer zu mahnen. Verdugo wünschte ihm dazu Glück, dass seine Meinung bei Buquoy durchgedrungen sei und er sich zur Schlacht entschlossen habe, und empfing darauf von Dominicus den Segen. Die Truppen erwarteten die Schlacht an diesem Tag als eine selbstverständliche Sache: die mitziehende Geistlichkeit war während des Morgens vollauf beschäftigt Tausende von Soldaten Beichte zu hören und sie mit den Tröstungen der Religion für den kommenden Kampf vorzubereiten; wer nicht eines Priesters habhaft werden konnte, griff zum Rosenkranz und betete denselben in Gemeinschaft mit anderen Kameraden ab.**)

Buquoy, der sich nur an den Vorberathungen über die Aufstellung der Truppen betheiligen konnte und diese selbst

*) Uns liegt aus dem wiener Staatsarchiv ein Bericht vor, betitelt: „Ganzes Verlaufs, wie es mit der Einnahme Prags zugegangen“, der von der Hand eines auf bairisch-kaiserlicher Seite befindlichen gut informirten Sachkenners herrührt, der über die Ereignisse vor, während und nach der Schlacht in wahrheitsgetreuer Weise berichtet und bezüglich des Dominicus ausdrücklich sagt: „Und hat sonderlich Pater Dominicus de Jesu Maria Carmelitanus, so proprio motu hiezu getreten, und dass er non rogatus seine Meinung sag, sich modeste entschuldiget, mit grosser efficacia urgirt, dass man das Vertrauen uff Gott setzen und tapfer angreifen soll.“ Wir wissen nicht, wesshalb wir diese Angabe für unrichtig halten sollten, da die Stellung des Dominicus zu dem Herzog von Baiern jedenfalls eine solche war, dass sie diese Meinungsäusserung erlaubte. In ähnlicher Weise berichtet Aubert, Domherr zu Antorf, der bei der Schlacht zugegen war und einen Bericht niederschrieb, der später gedruckt und von dem gleichzeitigen böhmischen Historiker Skála in böhmischer Uebersetzung seinem Werke beigegeben wurde, und ebenso der Continuator historiae Meteranae. — Khevenhiller IX, 1002.

**) Buquoy Iter quadrimestre. — Trophaea Verdugiana.

dem Obersten Liechtenstein überlassen musste, war auch ge-
 wöhnigt das Kommando während der Schlacht auf andere Schul-
 tern zu laden. Er übergab dasselbe den Obersten Tieffen-
 bach und Liechtenstein in der Weise, dass der erstere das
 erste Treffen und der letztere das zweite Treffen befehligen
 und nach Bedürfniss die Truppen Tieffenbachs unterstützen
 sollte. Maximilian legte den Oberbefehl über seine Armee in
 die Hände des Generallieutenants Tilly und blieb während der
 Schlacht am Fusse des weissen Berges an der Seite des Grafen
 Buquoy, der seinen Wagen nicht verliess und mit dem er ge-
 meinschaftlich auf das Gebet „Salve Regina“ respondirte, das
 ihnen der Beichtvater des letzteren, ein irländischer Jesuit,
 Namens Fitzsimon vorlas.*)

Der Kampf begann damit, dass ein Theil der kaiserlichen
 Reiterei gegen das Regiment des Grafen Thurn anstürmte,
 das an dem äussersten Ende des linken böhmischen Flügels
 postirt war. Um dem feindlichen Cürassier-Angriff erfolgreicher
 begegnen zu können, stellte sich Graf Thurn an die Spitze
 einer Reiterabtheilung, welche von dem Oberstlieutenant Isel-
 stein befehligt wurde, und es gelang ihm in der That die Kai-
 serlichen zurückzudrängen und einige Verwirrung in ihre Reihen
 zu bringen, die sich auch auf das buquoy'sche Infanterie-Regi-
 ment fortpflanzte.**)

Thurn konnte aber den errungenen Vor-
 theil nicht weiter verfolgen, denn er bemerkte auf einmal, wie
 sich in seiner nächsten Nachbarschaft die sechs Fähnlein seines
 Infanterie-Regiments zur Flucht wandten, und nun hielt weder
 die iselsteinsche Reiterabtheilung Stand, noch auch die in ihrer
 Nähe aufgestellten Reiter und Fusstruppen.***)

Besser gestaltete sich das Loos der böhmischen Waffen
 im Kampfe gegen den linken Flügel des kaiserlichen Heeres:
 hier unternahm der junge Fürst von Anhalt an der Spitze
 einer Reiterabtheilung einen kühnen Angriff auf die feindliche
 Stellung und brachte durch seine ungestüme Tapferkeit eine

*) Buquoy Iter quadrimestre. — Innsbrucker Statthaltereiarchiv. Liechten-
 stein an seinen Bruder dd. 9. Nov. 1620. Skála IV, 351. — Eblanus:
 de proelio Pragensi.

**) Thurns Bericht im münchener StA.

**) Anhalts Bericht.

so furchtbare Wirkung hervor, dass nicht bloss die kaiserliche Reiterei zum Weichen gebracht, sondern auch die Regimenter Breuner und Tieffenbach in Unordnung gerieten und Breuner selbst gefangen wurde. Schon eilten Flüchtlinge zu Buquoy mit der Schreckenskunde, dass alles verloren sei, so dass der kranke Feldherr im Drange der Gefahr seinen Wagen verliess, wegen seiner Wunde einen armseligen Klepper bestieg, der nur im Schritt gehen konnte, und sehen wollte, ob noch zu helfen sei. Er blieb nicht lange in Ungewissheit und Sorge, denn fast unmittelbar darauf erhielt er die Nachricht, dass der Angriff des jungen Anhalt von den Regimentern Lebel und la Croix, denen auf Tilly's Befehl der bairische Oberst Kraus mit seinen Reitern zu Hülfe gekommen war, zurückgeschlagen und seine Reiterschaar fast vollständig niedergemetzelt sei.^{*)} Maximilian von Liechtenstein leistete hierbei mit dem ihm unterstehenden zweiten Treffen ausgezeichnete Dienste^{**)} und ebenso rühmlich betheiligte sich auch Verdugo bei dieser Waffenthat; er hatte sogar das Glück den jungen Anhalt, der aus zwei Wunden blutend sich unerkannt durch die feindlichen Reihen schleichen wollte, eigenhändig gefangen zu nehmen.^{***)} Breuner wurde bei dieser Gelegenheit wieder aus den Händen der Böhmen befreit.

*) Wir dürfen nicht unerwähnt lassen, dass in einem Berichte, der sich über die Schlacht auf dem weissen Berge erhalten hat, und der im „*Mercure de France*“ abgedruckt ist, dem Grafen Buquoy eine weit grössere Antheilnahme an der Schlacht zugeschrieben wird, als aus unserer obigen Erzählung erhellt. Nach diesem Berichte reitet Buquoy trotz seiner Verwundung zwischen den Reihen der Soldaten herum, mahnt die Seinigen zu Ausdauer und führt so das glückliche Ende der Schlacht herbei. Wir halten die Angaben des genannten Berichtes für unglauwürdig, weil weder Maximilian von Liechtenstein, noch der enthusiastische Lobredner Buquoy's, sein steter Begleiter und Verfasser von „*Buquoy Iter Quadrimestre*“, noch irgend einer von den zahlreichen von uns aufgefundenen Schlachtberichten von seiner Betheiligung am Kampfe mehr wissen, als wir oben erzählen, und auch Buquoy in seinem Bericht an den Kaiser nichts von seinem Eingreifen in den Kampf erwähnt.

***) Skala III, 363.

****) *Iter quadrimestre*. Bellus, *Laurea Austriaca*. Krause *Tagebuch Christian* d. j. von Anhalt. Nach diesem Tagebuch wurde der jüngere Anhalt erst

Während sich so am linken Flügel nach anfänglichen Erfolgen das Loos der Waffen gegen die Böhmen wandte, geschah dies auch am rechten Flügel in ähnlicher Weise. Hier hatten sie eigentlich eine noch vortheilhaftere Stellung inne als auf der linken Seite, weil hier der Berg sich jäher senkt und den Angreifern deshalb grössere Schwierigkeiten bereitet. Die zwei ligistischen Infanterie-Regimenter, die im ersten Treffen standen, erlitten unter dem feindlichen Feuer, das anfangs aus Kanonen und später aus Musketen auf sie eröffnet wurde, beträchtliche Verluste; schon glaubten ihre Obersten, dass der Angriff nicht fortgesetzt werden könne und wollten ihre Truppen auch aus dem Grunde zurückführen, weil der Pulverdampf die Uebersicht über das Schlachtfeld hinderte. Tilly, die eintretende Unordnung bemerkend, kam eilig herangesprengt und sein Schwert aus der Scheide reissend, schrie er Victoria, um die Seinigen glauben zu machen, dass die Schlacht wenigstens auf kaiserlicher Seite einen günstigen Verlauf nehme. Sei es nun, dass diese List oder die zaudernde Haltung der böhmischen Truppen den Muth der Ligisten wieder ansachte, gewiss ist, dass sie mit erneutem Eifer vordrangen und die Reiterabtheilung des Grafen Stirum, der von dem Regiment des Obersten Stubenvoll unterstützt wurde, nach heftigem Kampfe zurückwarfen.*) Die Ehre der böhmischen Waffen wurde an diesem Tag überhaupt nur durch die von dem jungen Prinzen von Anhalt kommandirte Reiterschaar und durch das mährische Infanterie-Regiment**) aufrecht erhalten,

von Verdugo gefangen, als er trotz seiner Verwundung den Rückweg nach Prag zu gewinnen suchte.

*) Skala IV, 384. Anhalts Bericht a. a. O.

**) Ueber die tapfere Haltung des mährischen Infanterie-Regiments besitzen wir mancherlei Angaben; mit grösster Achtung spricht der spanische Gesandte am wiener Hofe, der Graf Oñate, von diesem Regiment in seinem Schreiben an Philipp III, indem er berichtet, was er von dem Grafen Biglia (siehe weiter unten) hierüber vernommen. Nichtsdestoweniger konnten wir in unserem Berichte des Regiments an keiner Stelle erwähnen, da wir nicht mit Sicherheit angeben können, wo es gestanden ist. Nach Oñate wurde das betreffende Infanterie-Regiment von dem rechten kaiserlichen Flügel geschlagen, während Anhalt in seinem Schlachtbericht demselben Regiment seine Stellung gegenüber

die übrigen Truppen leisteten nur einen schwachen Widerstand und so war das Loos der Schlacht in kürzester Zeit entschieden. Bald waren auch die beiden Schanzen mit den sämtlichen Geschützen in den Händen der Sieger und das böhmische Heer nicht im Rückzuge, sondern in regelloser Flucht begriffen. Es war vergebens, dass einige Obersten sich den Flüchtenden entgegenwarfen und es versuchten sie zum Stehen und zu neuem Widerstand zu bringen — ein panischer Schrecken war in das ganze Heer gefahren und riss alles mit sich fort. Die schlechtesten Dienste leisteten die ungarischen Hilfstruppen, denn während das übrige Heer doch wenigstens dem feindlichen Angriff begegnet war, warteten die ungarischen Reiter einen solchen gar nicht ab, sondern jagten mit verhängten Zügeln davon, sobald sie die Niederlage des Vordertreffens bemerkten. Vergebens suchte der Herzog von Weimar die Fliehenden durch ihren Obersten Corniss zum Stillstand zu bringen und ihr Ehrgefühl zu wecken, indem er, auf seine fliehenden Landsleute zeigend, sagte: er wolle heute kein Deutscher, sondern ein Ungar sein; er musste sich nur zu bald überzeugen, dass er mit dieser neuen Landsmannschaft keine Ehre einlegen würde. All' ihr sonstiger Muth war dahin und so flohen sie nach der Richtung, die ihr Entkommen am meisten zu fördern schien, also nicht nach der Stadt, sondern über die Abhänge des weissen Berges in das koschifer Thal oder über den Laurenziberg nach Smichow, wo sie über das dortige Wehr und die Moldau zu setzen suchten, nicht ohne dass hiebei an 1000 aus ihrer Mitte den Tod in den Fluthen gefunden hätten. Es wäre unbillig die Ungarn mit dem Vorwurfe der Feigheit brandmarken zu wollen, sie hatten seit vier Monaten ununterbrochen den Gegner angegriffen und Dutzende kleinerer und grösserer Erfolge errungen, aber sie waren nicht ordentlich geschult und verstanden es nicht, gegen geschlossene Reihen zu kämpfen und hatten ein bitteres Lehrgeld erst in der ver-

dem ligistischen Heere anweist. Wir müssen uns demnach begnügen die Leistungen des mährischen Regiments bloss in dieser Note anzudeuten, doch vermuthen wir, dass Anhalt Recht hat und Oñate nur irrthümlich berichtet.

gangenen Nacht gezählt. Es kann demnach nicht Wunder nehmen, wenn sie die Entschlossenheit in dem Augenblicke verliess, wo die vordern Reihen zu weichen begannen.)*

Es scheint übrigens, dass nicht bloss die Ungarn den Weg über die Moldau eingeschlagen haben, sondern dass ihr Beispiel ansteckend wirkte, wenigstens wird von dem Obersten Stubenvoll berichtet, dass auch er durch die Moldau geschwommen sei und sich in zahlreicher Gesellschaft von Leidensgenossen im neustädter Rathhause getrocknet habe.**) Das Gros des böhmischen Heeres floh jedoch nach Prag und erlitt bei dieser Gelegenheit durch die eilig nachfolgenden Sieger die grössten Verluste. Die geringsten Angaben geben die Zahl der auf böhmischer Seite Gefallenen auf 5000 an, ein starkes Contingent lieferten hiezu die im Stern aufgestellten Truppen, die sich nicht retten konnten und grösstentheils niedergemacht wurden.***) Die Schlacht mag kaum länger als eine Stunde gedauert haben, denn alle Berichte geben entweder diese oder eine noch kürzere Zeit an.†) Unter den hervorragenden Per-

*) Maximilian an Papst Paul V dd. 12. Nov. 1620. Expeditionis in utramque Austriam et Bohemiam ephemeris. Skála IV, 341. — Münchner StA. Thurns Bericht.

**) Skála IV, 381.

***) Skála IV, 342. — In der Ephemeris ist die Zahl 6000 angegeben, in Buquoy's Ier quadrimestre wird sie sogar auf 9000 angeschlagen, doch beruht der letztere Bericht nur auf Hörensagen, das allgemeine Gerücht gab die Zahl auf 5000 Mann an und wir halten diese Angabe für eine der Wahrheit entsprechende. Indessen dürfen wir nicht verhehlen, dass noch eine andere Angabe vorliegt, die gleichfalls auf Glaubwürdigkeit Anspruch macht und die Zahl der Gefallenen viel geringer angibt. Skála IV, 384 berichtet nämlich, dass er von glaubwürdigen Bürgern erfahren habe, dass die Gesamtsumme der Gefallenen auf dem weissen Berge, wie sie von der prager städtischen Behörde im Auftrage des Herzogs konstatiert wurde, die Summe von 1600 nicht überschritten habe. Wir möchten diese Angabe für richtig halten, wenn nicht durch andere Nachrichten sichergestellt wäre, dass die im Thiergarten aufgestellten Truppen sammt und sonders niedergemacht wurden und auf der Flucht jedenfalls eine bedeutende Anzahl zu Grunde ging und alle andern Nachrichten die Zahl der Gefallenen nicht zum mindesten auf 5000 angäben.

†) Miraens de bello Bohemica. Maximilianus ad Papam dd. 12. Nov. 1620. Ephemeris.

sönlichkeiten, die auf böhmischer Seite den Tod fanden, werden uns der jüngere Graf Schlik und der niederösterreichische Oberstlieutenant Freiherr von Hofkirchen genannt; unter den Verwundeten befanden sich der Prinz von Anhalt, sein Oberlieutenant Ruben und fast sämtliche Adjutanten des Fürsten von Anhalt und des Grafen Hohenlohe. Die Zahl der Gefangenen wird von den Siegern auf 500 angegeben, die Beute die ihnen in die Hände fiel, entsprach dem erfochtenen Siege. Die Böhmen verloren alle ihre Geschütze, mehrere Tausend Stück einzelner Waffen und Ausrüstungsgegenstände, den Rest ihrer Bagage und sämtliche Proviantwagen, die vor dem Reichsthor von den fliehenden Truppen umgestürzt wurden und so eine Art von Barrière gegen den vordringenden Sieger bildeten.*) Gross war auch die Zahl der Pferde, die den Siegern in die Hände fielen und die von ihnen auf 5000 Stück veranschlagt wird, eine Zahl, die nur dadurch begreiflich wird, dass der grösste Theil des flüchtenden Heeres nur durch das Uebersteigen der schadhafte Schanzmauern in die Stadt gelangte und auch die Ungarn zum Theil ihre Rosse auf der Flucht verliessen, weil sie nur zu Fuss sich hie und da durchwinden konnten. Unter den Trophäen, die in der Nähe des Schlachtfeldes auf freiem Felde vom Sieger aufgelesen wurden, befand sich auch der Hosenbandorden des Königs, der wahrscheinlich aus einem der umgestürzten Bagagewagen herausgefallen war.**)

Die Verluste der Sieger waren selbstverständlich viel geringer, die Zahl der Todten wird von ihnen auf nicht mehr als 250 angegeben, dagegen war nach ihrem eigenen Geständniss die Zahl der Verwundeten viel bedeutender.***) Unter den Todten befanden sich die Obersten la Croix, Graf Meggau und Carratti, mehrere Capitäne, die meisten Fahmenträger des ersten

*) Skála IV, 381.

**) Sächs. StA. Maximilian an den Kurfürsten von Sachsen dd. 9. Nov. 1620. — Bairischer Feldzug 1621. — Sächs. StA. Aus Prag dd. 14. Nov. 1620.

***) In der Ephemeris heisst es: Ex Caesarianis et Bavaricis ultra ducentos quinquaginta non desiderati, sanciatum quam plurimi.

reffens und zahlreiche Franzosen in den wallonischen Regimenten. Auf ligistischer Seite hatte keine der hervorragenden Persönlichkeit das Leben eingebüsst, dagegen wurde der Graf Pappenheim, der später so berühmte Träger dieses Namens, verwundet.*) Es mögen wohl wenige Schlachten geschlagen worden sein, an denen sich Völker so vielfach verschiedener Abstammung betheiligten, als wie bei der auf dem weissen Berge. Neben denjenigen, deren Loos nun entschieden wurde, den Böhmen, betheiligten sich an dem Kampfe Deutsche, Ungarn, Polen, Italiener, Spanier, Franzosen, Flämänder, Holländer und Engländer in grösserer oder geringerer Anzahl. Wir können nicht umhin auch der Anwesenheit eines einfachen Soldaten zu gedenken, der in späterer Zeit zwar nicht als Krieger, aber als Denker zu hohem Ruhme gelangte und der philosophischen Speculation neue Bahnen wies; wir meinen den französischen Philosophen Descartes, der unter den Fahnen des ligistischen Heeres den Feldzug in Böhmen mitmachte.

Wem das Hauptverdienst an diesem so entscheidenden Siege beizumessen sei, darüber ist damals und auch später viel gestritten worden. In dem Bericht, welchen Buquoy an den Kaiser abschickte, schildert er nicht den Verlauf der Schlacht, wohl aber rügt er die Fehler, die Tilly nach seiner Meinung vor der Schlacht durch seinen übergrossen Eifer begangen habe; auch den Antheil, den einzelne kaiserliche Obersten und Regimenter an dem Kampfe genommen haben, übergeht er mit Stillschweigen und berichtet zuletzt nur über das erlangte Resultat. Vielleicht schwieg er deshalb, weil er sonst genöthigt gewesen wäre einzugestehen, dass er an dem Kampfe nicht theilgenommen habe, denn das Eingeständniss dieser jedenfalls wichtigen Thatsache sucht man vergeblich in dem ganzen Schriftstück.***) Nach anderen Nachrichten***) zeichnete sich auf kaiserlicher Seite am meisten Oberst Verdugo aus und zwar sowohl durch stürmische Tapferkeit während der

*) Buquoy: Iter quadrimestre.

**) Der Bericht ist im spanischen Staatsarchiv vorhanden.

***) Buquoy Iter quadrimestre.

Schlacht als durch eifrige Verfolgung des Feindes nach derselben. Mit Bescheidenheit war seine Tapferkeit nicht gepant, denn er schlug seine Verdienste so hoch an, dass er von sich rühmte, er habe dem Kaiser die böhmische Krone wieder auf Haupt gesetzt. Der letztere erkannte übrigens seine Leistungen durch ein besonderes Schreiben voll glänzender Lobeserhebungen und Versicherungen der Dankbarkeit an*), und belohnte dieselben, indem er ihm für die Gefangennehmung der Prinzen von Anhalt 30.000 Gulden schenkte, wozu er später noch beträchtliche Güter im saazer Kreise fügte.***) Auf ligstischer Seite erwarb sich Tilly das grösste Verdienst: alle Augenzeugen stimmen in seinem Lobe überein und berichten, wie er die Truppen unermüdlich anteuerte, überall erschien, wo die Gefahr am grössten war, und durch seinen Eifer den Sieg der kaiserlichen Sache beschleunigte. Tilly und Verdugo können demnach das Verdienst um den Ausgang dieser Schlacht zu gleichen Theilen beanspruchen; beide traten entschieden für dieselbe ein und zeichneten sich während derselben gleichmässig, wenn auch in verschiedener Weise aus, der eine durch stürmische Tapferkeit, der andere durch unerschrockene und umsichtige Erfüllung seiner Pflichten als Feldherr.

II

Während auf dem weissen Berge das Schicksal des böhmischen Aufstandes entschieden und eine neue Ordnung der Dinge angebahnt wurde, pflegte derjenige, dem die Ehre gebot sich in erster Reihe an dem Kampfe zu betheiligen, der Bequemlichkeit: wir meinen damit den Pfalzgrafen, den die Böhmen in Ueberschätzung seiner Eigenschaften und Fähigkeiten zu ihrem König gewählt hatten. Am Morgen hatte ihm der Fürst von Anhalt entbieten lassen, dass eine Schlacht unmittelbar bevorstehe, und ihn ersucht, er möge nach dem Sternschloss eilen, um durch seine Gegenwart den Muth der Truppen anzufeuern. Diesem Verlangen nachzukommen gebot die

*) Brief an Verdugo von Ferdinand II in der Trophaea Verdugiana.

**) Skála IV, 349 und 350.

rengeste Pflicht; allein der Pfalzgraf zog es vor sich mit den beiden Engländern, Weston und Conway, die sein Schwiegerater an ihn als Gesandte abgeschickt hatte, zu unterhalten, und wie zur Beschwichtigung seines Gewissens, dass er dem Rufe Anhalts nicht gefolgt war, im Gespräch mit ihnen die Behauptung aufzustellen, dass es nicht zur Schlacht kommen werde, weil beide Heere den Kampf scheuten. Da es mittlerweile Mittag geworden war, setzte er sich mit den Engländern zu Tische, ohne sich im geringsten um das Schicksal seiner Truppen zu kümmern. Die Mahlzeit war eben zu Ende, da wurde dem König die Nachricht überbracht, dass der Feind zum Angriff vorrückte und die Schlacht unmittelbar bevorstehe. Jetzt ordnete endlich Friedrich die Vorführung seiner Rosse an und begab sich in Begleitung von 500 Reitern, die unbegreiflicherweise im Schlosse aufgestellt waren, statt auf dem Schlachtfelde verwendet zu werden, nach dem Reichsthor. Als er bei demselben anlangte, fand er es gesperrt und wollte sich daher durch die für die Fussgänger hergerichtete Pforte auf das Schlachtfeld begeben, als er seine flüchtigen Feldherren Anhalt, Thurn und Hohenlohe von den Schanzmauern herunterkriechen sah und so seine weitgehendsten Befürchtungen bestätigt fand.*) Er war Zeuge von den vergeblichen Bemühungen Anhalts, die nacheilenden Soldaten aufzuhalten und zur Vertheidigung der Stadtmauern zu ermahnen: nur sechs Mann waren bereit seiner Aufforderung zu folgen, die übrige Mann-

*) Die Nachricht über das Thun und Lassen Friedrichs am 8. und 9. Nov. schöpfen wir zumeist aus dem umfassenden Berichte, den der englische Gesandte Conway als Augenzeuge dieser Ereignisse am 18./28. Nov. an Buckingham abgeschickt hat (Harl. MSS. 1580. fol. 281). Conway erzählt, dass der König after dinner resolved to goe to horse to see his army, er berichtet also nichts von einem Boten, durch dessen Ankunft der König zu diesem Entschluss bewogen wurde. Habernfeld in seinem *bellum Bohemicum* sagt aber ausdrücklich von sich selbst, dass er *turbati convivii auctor*, also dem König die Nachricht gebracht habe. Da Habernfeld sonst ein ziemlich verlässlicher Berichterstatter ist, so glauben wir seine Angabe nicht übergehen zu dürfen. — Habernfeld *Bellum Bohemicum*. — Skála IV, 342.

schaft kümmerte sich weder um den Feldherrn noch um den König, sondern setzte die Flucht nach der Altstadt fort. *)

Der König sandte jetzt eiligst einen Diener mit der Schreckensbotschaft an Elisabeth und forderte dieselbe sich schleunigst auf die Altstadt zu begeben; allein die Königin verwarf die Mahnung, weil sie unmöglich glauben konnte, dass ihre Sicherheit so plötzlich gefährdet sei. **) Als aber einige Augenblicke später ihr Gemahl, umgeben von seinen Generalen, ins Schloss geritten kam und sie aus deren Munde die Bestätigung der unglaublichen Kunde erhielt, da sah sie wohl ein, dass, wenn so viele Männer flohen, der Muth einer Frau keine ausreichende Schutzwehr bilden würde, und folgte ihrem Gatten auf die Altstadt. In aller Hast ertheilte nicht Friedrich, wohl aber Thurn oder Anhalt, den Befehl die kostbarsten Geräthschaften und die wichtigsten Papiere einzupacken und nach der Altstadt zu transportiren. Auch die Krone, die in der Wenzelskapelle des Doms aufbewahrt war, wurde herausgehoben, und mit den Kisten, welche die Landesprivilegien enthielten, nach dem altstädter Rathhause gebracht. Friedrich und Elisabeth schlugen vorläufig ihr Quartier in einem Hause auf dem altstädter Brückenplatze auf und bald versammelten sich um ihn und die vollständig gefasste Königin alle Personen von Bedeutung, die Prag damals beherbergte. ***) Friedrich hielt zunächst eine gesonderte Berathung mit Anhalt, Thurn, Hohenlohe und den übrigen Obersten und Kriegsräthen darüber ab, ob er sich in Prag halten oder die Stadt augenblicklich verlassen solle. Unter den Anwesenden riet Herr von Tschernembl zum weiteren Widerstand, indem er auf die gefährlichen Folgen aufmerksam machte, die eine übereilte Flucht nach sich ziehen würde. Man würde den letzten Rest der Kriegsvorräthe, sowie alle noch im Schlosse befindlichen Schätze preisgeben und der Widerstandsfähigkeit des Landes einen tödtlichen Stoss versetzen, wenn man nicht wenigstens

*) Anhalts Schlachthericht a. a. O.

**) Dohnas Hof- und Gesandtschaftsleben.

***) Skála IV, 381 gibt das Haus des Langenbruck gegenüber der Jesuitenkirche auf der Altstadt als das erste Absteigquartier des Königs an. — Pesina Mars Moravicus 2. Theil.

nige Tage Stand halten, die zerstreute Armee sammeln und dann einen geordneten Rückzug antreten würde; ja er schlug einen Ueberfall der Feinde während der Nacht vor und erinnerte die Entmuthigten an die Siege, welche die Husiten bei Prag gegen das vielfach überlegene Kreuzheer unter Sigismund erfochten hatten. Der jüngere Thurn und der Oberst Schlamworsdorf schlossen sich den Rathschlägen Tschernembla an; der erstere behauptete, dass die Stadt unter allen Umständen vertheidigt werden müsse, und seine Meinung wurde durch die Bitten der prager Bürger gestützt, die mittlerweile auch Zusätze gefunden hatten und sich zu einem Geldbeitrag erbieten. Abgesehen von diesen Vorstellungen und Bitten musste auch der Umstand für die Vertheidigung sprechen, dass 8000 Mann böhmischer ungarischer Cavallerie im Anzuge waren, die am folgenden Tag in Prag eintreffen konnten, da sie nur vier Meilen von dieser Stadt entfernt waren.

In der That war Bethlen seinem so oft gegebenen Versprechen nachgekommen, und hatte nach seinen zwischen Pressburg und Wien erlangten Erfolgen 8000 Reiter dem Fürsten von Anhalt zu Hilfe geschickt und diese den Marsch durch Mähren antreten lassen. Als die Reiter in Znaim anlangten, warteten daselbst eine Anzahl Führer, welche ihnen die Wege nach Tabor weisen sollten, bei welcher Stadt Anhalt sich mit ihnen vereinen wollte. Der Marsch wurde unter unsäglichen Schwierigkeiten durch dichtbewaldete, zum Theil pfadlose, zum Theil mit engen Strassen versehene Gegenden fortgesetzt. Als die Reiter fast den Weg zurückgelegt hatten, kamen ihnen neue Boten entgegen, welche sie aufforderten ihre Schritte unmittelbar nach Prag zu lenken. Auf dem Marsch dahin schrieb der Kanzler Pechy, der sich den Reitern angeschlossen hatte, um den König von Böhmen begrüßen zu können, an die obersten Landesbeamten und entschuldigte sich und seine Begleiter wegen ihrer verzögerten Ankunft, da die russen Strapazen eine gewisse Schonung gebieterisch erzeigten. Dieses Schreiben war von Pechy am 8. November nach Prag aus Wlašim geschickt worden, es kam also vielleicht noch am Abend in dieser Stadt an, und damit hatte man

die Gewissheit, dass die ungarische Reiterei am gleichen Abend bei Schwarz-Kosteletz angelangt sei.*)

Das rechtzeitige Eintreffen der ungarischen Hilfe wäre vielleicht auf die Schlacht von entscheidendem Einflusse gewesen, gegenwärtig konnte die Nachricht von ihrer unmittelbaren Nähe nur dann in die Wagschale fallen, wenn man sicher war, dass die Reiter in der That nach Prag ziehen und sich nicht etwa den fliehenden Landsleuten anschliessen würden, und wenn bei den Truppen in Prag die Demoralisation nicht zu weit um sich gegriffen hätte. Dieser letztere Umstand war es jedoch besonders, der Anhalt bewog sich gegen die Vertheidigung Prags zu erklären; er beschuldigte die Soldaten, dass sie ihre Waffen aus Feigheit weggeworfen hätten und im Stande seien am folgenden Tage mit dem Feinde in Unterhandlungen zu treten; er behauptete, dass die Bürgerschaft von einer Vertheidigung nichts wissen wolle und dass zwischen ihr und den Soldaten ein Hass bestehe, der leicht blutigen Zusammenstößen führen könnte, bei denen das Leben des Königs gefährdet sei. Der alte Graf Thurn schloss sich dieser Meinung an; er glaubte gleichfalls die Person des Königs durch eine längere Anwesenheit in Prag den äussersten Gefahren ausgesetzt.**)

Obwohl sich Friedrich von vornherein der Flucht neigte, so gab er vorläufig dieser Neigung noch keinen Ausdruck, sondern beschied vorerst die beiden englischen Gesandten zu sich, um ihren Rath einzuholen. Die beiden Herren beeilten sich dem Rufe nachzukommen und fanden den Pfalzgrafen in eifriger Fortsetzung der geschilderten Berathung. Als ihnen die Frage vorgelegt wurde, ob sie zur Flucht aus Prag rathen würden, wollten sie wissen, über welche Mittel an Kriegsmaterial, Truppen und Geld man noch gebiete, und da man dies augenblicklich nicht angeben konnte, empfahlen sie die Anknüpfung von Unterhandlungen mit dem Feinde und boten

*) D'Elvert Beiträge III: Pechy an die obersten Landesbeamten dd. 8. Nov. 1620. Ebend. Pochy an König Friedrich dd. 30. Nov. 1620.

***) Mosers patriotisches Archiv VII, 153 u. fig. — Harlington MSS. Conway an Buckingham dd. 18./28. Nov. 1620. Meissen. Habernfeld: Bellum Bohemicum.

dabei ihre Dienste an. Ihr Anerbieten wurde von Friedrich und von Anhalt mit Hast ergriffen und noch am selben Abend entwarfen die beiden Engländer ein an den Herzog von Baiern und an Buquoy gerichtetes Schreiben, in dem sie um freies Geleit ersuchten, weil sie ihnen wichtige Mittheilungen zu machen hätten, und schickten dasselbe durch einen Trompeter ab. Während man der Antwort auf diesen Brief entgegensah, verliess Friedrich seinen bisherigen Wohnort, weil er sich am Brückenplatze nicht sicher glaubte, und zog mit seiner Frau in das Haus des altstädter Primas, wo beide ihr Nachtlager aufschlugen. Anhalt, Thurn und Hohenlohe quartierten sich gleichfalls in einem anderen Hause ein, und brachten die Nacht in Berathungen über die zu ergreifenden Massregeln zu.*) Die Anschauungen scheinen oft gewechselt zu haben, und Christoph von Dohna wurde alsdann beauftragt dem Pfalzgrafen neue Mittheilungen zu machen und seine Meinung einzuholen, und eben so häufig scheint Friedrich seinen Entschluss in dieser oder jener Richtung geändert zu haben, denn auch er schickte Dohna mit neuen Botschaften ab, so dass dieser durch die ganze Nacht Botendienste versehen musste. Alle Berathungen hatten jedoch kein anderes Resultat, als dass die genannten Generale dem Könige zur unmittelbaren Abreise rieten. Jedenfalls wurden dieselben zu diesem Beschlusse mehr durch den eigenen Kleinmuth als durch das Verhalten der Soldaten veranlasst; denn die Befürchtungen, die man vor ihren meuterischen Ausschreitungen hatte, bestätigten sich wenigstens in dieser Nacht nicht. Es war, als ob sie von einem Gefühle der Scham über die bewiesene Feigheit beherrscht würden, sie hielten sich ruhig in den Strassen der Stadt und suchten in keines der sorgfältig verschlossenen Bürgerhäuser einzudringen. Sie begnügten sich die in den Strassen aufgestellten hölzernen Verkaufsläden oder die Dächer der niedrigen Häuser niederzureissen, mit dem Holze einige Hundert Lagerfeuer zu unterhalten und an denselben ihre erstarrten Glieder zu wärmen. Erst gegen Morgen nahm die unheimliche Stille ein Ende.**)

*) Bericht des altstädter Rathsherrn Lukas Karban bei Skála IV.

***) Skála IV, 382. — Dohna's Hof- und Gesandtschaftsleben in Raumers Taschenbuche.

Da inzwischen die englischen Gesandten keine Antwort ihr Schreiben erhalten hatten, so entschlossen sie sich, offenbar im Einverständnisse mit Friedrich und Anhalt, den Versuch zu erneuern, entwarfen ein zweites Schreiben und schickten dasselbe am frühen Morgen abermals an Maximilian und Buquoy ab. Als es Tag geworden war und die Generale sich beim König versammelt hatten, schien die frühere Muthlosigkeit mit dem Schatten der Nacht gewichen zu sein; man versicherte jetzt die englischen Gesandten, dass der König sich in Prag halten wolle und nur seine Gemahlin mit ihrem jüngsten Kinde wegreisen werde. Mittlerweile war es neun Uhr geworden und da noch immer keine Antwort von Maximilian angelangt war, beschloss man die Abreise der Königin zu beschleunigen und liess den Reisewagen herrichten. *) Jetzt aber verliess den König die zur Schanz getragene Entschlossenheit. Als Elisabeth mit ihrem jüngsten Sohn auf dem Arme den Wagen bestieg, liess sich auch Friedrich nicht mehr halten, er bestieg sein Ross und gab damit das Signal zu einer allgemeinen Flucht. Seine Generale Anhalt, Thurn und Hohenlohe, alle seine hohen Officiere, seine Rätthe und selbst einige der hervorragendsten böhmischen Landesbeamten schlossen sich ihm an und in unabsehbarer Reihe bewegte sich der traurige Zug dem Thore zu. Denn ausser

*) Die Angabe über die Nichtbeantwortung der beiden Schreiben der englischen Gesandten von Seite Maximilians und Buquoy's schöpft er aus dem Berichte, den einer der beiden englischen Gesandten, Conway, an Buckingham über die Vorgänge in Prag seit dem 8. November geschrieben hat. Dadurch widerlegt sich von selbst die bei Schiller vorkommende und in zahlreichen anderen Werken wiederholte Nachricht, dass der Pfalzgraf um einen Waffenstillstand von 24 Stunden ersucht und dass Maximilian nur 8 Stunden bewilligt habe. Maximilian bewilligt gar nichts und hüllte sich in Schweigen. Die Richtigkeit der Angaben Conways wird auch durch den mit den Vorgängen im Hauptquartier Buquoy's und Maximilians gut informirten Verfasser von „Buquoy Iter Quadrimestre“ bestätigt; er berichtet nämlich: „Inter alios una deinde alter interpellator tubicen praetensi Regis litteras a nescio quibus Anglis legatis attulit, quibus a Bavaro et Buquoyo expecebant, ut sibi aures benigne accommodarent, media aliqua proposituris, ut omnia, si Dñi placeret, commode transigerentur. Sed eos nullo responso dignati illi sunt.“ Der Bericht in „Buquoy Iter“ stimmt also genau mit den Angaben Conways überein.

den Flüchtlingen, die alle beritten waren, folgten dem Wagen der Pfalzgräfin zahlreiche Packwagen, in denen sie einen Theil ihres Hausrathes zu retten suchte, und da die andern Flüchtlinge das gleiche Bedürfniss empfanden, so wurde die Wagenreihe von Minute zu Minute länger. Man hatte auch daran gedacht die Krone mitzunehmen, da man aber besorgte, dass die altstädter Bürger sich dem widersetzen würden, gab man diesen Gedanken wieder auf. Eine schützende Escorte von einigen hundert Reitern begleitete den Zug, von dem Niemand wusste, wohin er ging, und der deshalb, als er beim Stadthor angelangt war, dasselbe verschlossen fand.*) Während nach dem Stadthauptmann geschickt wurde, um das Thor öffnen zu lassen, mussten König und Königin bei demselben warten, und als der Stadthauptmann endlich erschien, hatte sich ihm der Stadtrath angeschlossen, wahrscheinlich um sich zu überzeugen, ob die Stadt wirklich von allen verlassen würde, die sie zu schützen verpflichtet waren. Friedrich nahm einen kurzen Abschied von den ihm traurig nachblickenden Bürgern, aber der oberste Kanzler, Herr von Rupp, der es nicht übers Herz bringen konnte einzugestehen, dass er gleichfalls sein Heil in der Flucht suche, gebrauchte den Bürgern gegenüber die Ausflucht, dass er und die andern Landesbeamten dem Könige nur während einer kurzen Strecke das Geleit geben und dann zurückkehren würden.***) Von allen, die jetzt die Stadt verliessen, kehrte nur ein einziger zurück, und das war kein Landesbeamter, sondern der junge Graf Thurn, der die Pfalzgräfin eine halbe Stunde Wegs begleitete, dann sich von ihr verabschiedete und sie dabei versicherte, dass er sein Leben einsetzen werde, um dem Feinde den Uebergang über die prager Brücke zu wehren und so ihre Flucht zu sichern. Diese ritterliche Aufopferung rief unter den Begleitern der Königin eine gewisse Bewunderung hervor, übrigens liegt die Vermuthung nahe, dass der junge Thurn nicht bloss die Flucht der Königin

*) Skála IV, 382 nennt das Stadthor, durch welche die Flüchtlinge Prag verliessen, „Horska brana.“

**) Skála IV, 342 und 382 und der oben citirte Brief Conways dd. 18./28. Nov. 1260.

decken, sondern auch die Ueberreste des böhmischen Heeres in Prag organisiren und mit denselben einen geordneten Rückzug antreten wollte.

Es bedurfte jedenfalls des Zuspruches und der Bemühungen eines angesehenen Mannes, um die Soldaten zu bewegen die Aufforderung ihrer abziehenden Generale zu folgen und sich in geordneten Reihen nach Brandeis an der Elbe zu begeben. Es zeigte sich jedoch, dass Thurn weder die Brücke vertheidigen noch die Soldaten bei ihren Fahnen festhalten konnte. Denn als er sich dem Thore näherte, begegnete ihm die Hälfte des Heeres, das in aufgelösten Reihen dem Beispiel seiner Führer folgte und in der Flucht die Sicherheit suchte, während die andere Hälfte wohl in Prag zurückblieb, aber nicht um zu kämpfen, sondern die Bezahlung des rückständigen Soldes zu verlangen.*) Es erwiesen sich alle Anstrengungen des Grafen Thurn, die in der Stadt zurückgebliebenen Truppen**) für einen weiteren Kampf zu begeistern, von vornherein als fruchtlos; die Soldaten wollten nichts von einem Kampfe wissen und waren sogar geneigt bezüglich ihrer Bezahlung mit dem Feinde zu unterhandeln. Einzelne Abtheilungen überfielen die vollbepackten Wagen, die aus Prag flüchtenden Officiere und Edelleute und plünderten dieselben, wie dies z. B. dem Grafen Hohenlohe und fast allen Edelleuten geschehen war, die ihre Sachen nicht schon Tage zuvor in Sicherheit gebracht hatten.***) Bei den Soldaten war jetzt jede Spur von Disciplin geschwunden; wenn sie nicht raubten so fluchten sie über den König und die Stände. Mit solchen Leuten war an eine Vertheidigung nicht zu denken, und i

*) In manchen Berichten, darunter auch bei Skála IV, 342 wird erzählt, daß der junge Thurn in der Schlacht auf dem weissen Berge gefangen worden sei. Diese Nachricht ist nicht richtig, da sie den positiven Angaben in Conways Brief, welchem wir uns in unserer Erzählung anschließen, widerspricht. — Sächs. StA. Aus Prag dd. 14. Nov. 1620. — Actus Bohemicorum dritter Theil.

**) Skála IV, 382 berichtet nach den Mittheilungen eines Augenzengen, daß bis Mittag den 9. Nov. die Alt- und Neustadt von allen Truppen verlassen worden sei, da diese ihrem Könige gefolgt wären. Dies ist entschieden nicht der Fall gewesen, wie aus späteren dokumentarisch sicher gestellten Mittheilungen ersichtlich ist.

***) Skála IV, 343.

der That dachte auch Niemand mehr daran. Dem jungen Thurn war es auf diese Weise ganz unmöglich sein Versprechen zu halten, und so blieb er in Prag, um zu sehen, ob er nicht seinerseits mit dem Sieger Frieden schliessen könnte. Diesen jämmerlichen Abschluss nahm die so bewunderte Opferwilligkeit des Grafen.

Das flüchtende Königspaar langte noch am Abend desselben Tages in dem etwa sieben Meilen von Prag gelegenen Städtchen Nimburg an. Nach der Versicherung der englischen Gesandten, die sich dem Zug gleichfalls angeschlossen hatten, an die Tochter ihres Königs vor allfälligen Gefahren zu schützen, trug das Ehepaar während der traurigen Fahrt eine gefasste Miene zur Schau; Friedrich betheiligte sich am Gespräche und hatte von seiner Lage keine so verzweifelte Anschauung wie seine Generale. Elisabeth rief durch die Ruhe und Würde ihres Benehmens die Bewunderung ihrer Begleiter hervor, man merkte ihr an, dass sie keinen Augenblick verass, was sie sich als Königin schuldig sei und dass sie ihren Schmerz zu bemeistern wisse. Während man in Nimburg raste, trafen daselbst die Führer ein, welche jene 8000 ungarischen Reiter ins Land geleitet hatten. Ihr Bericht über das gegenwärtige Treiben der Ungarn zeigte, wie sehr Anhalt recht hatte, wenn er von ihnen keine weitere Hilfe erwartete, denn als die Nachricht von der erlittenen Niederlage sie erreicht hatte, waren sie nicht zu halten, sondern traten in Gemeinschaft mit ihren Landsleuten den Rückzug an, nicht ohne alle Städte und Dörfer, durch die sie der Weg führte, auszuplündern, nachdem sie ein gleiches schon im Vormarschethan hatten.*) Diese Nachrichten konnten nur dazu beitragen, dass der Pfalzgraf und seine Begleiter ihre Weiterreise beschleunigten und noch in der Nacht nach Schlesien aufbrachen.

Da man jetzt die Elbe überschritten hatte und vor der Verfolgung der Feinde sicher zu sein glaubte, nahmen die englischen Gesandten Abschied, um nach Prag zurückzukehren und dort die Interessen der Flüchtenden zu vertreten. Friedrich war damit einverstanden, gab den Gesandten jedoch keine

*) Conway an Buckingham dd. 18./28. Nov. 1620.

bestimmten Aufträge, sondern sagte, dass er ihnen seine Willensmeinung kund thun werde, sobald er sich irgendwo niedergelassen haben werde. Aus mancherlei Anzeichen und Aeusserungen glaubten die Gesandten jedoch schliessen zu dürfen, dass Friedrich und Elisabeth sich der Hoffnung gaben, König Jakob würde ihnen jetzt thatsächlich helfen. Conway sandte ein Schreiben an Maximilian und Buquoy in dem er sie unter Berufung auf das Völkerrecht um die Absendung einer Escorte ersuchte, unter deren Schutz er mit seinem Kollegen nach Prag begeben könnte. Diesem Wunsch wurde entsprochen; am Freitag traf ein Kapitän mit 50 Reitern in Nimburg ein, unter deren Geleite die Gesandten am folgenden Tag in Prag anlangten.*)

13 Nov.
1620

III

In Wien harrte man indessen voll banger Erwartung auf Nachrichten vom Kriegschauplatze. Der rasche und sichere Verlauf der Operationen von Seite der Kaiserlichen und Ligisten hatte daselbst die Zuversicht erweckt, dass ein vollständiger Sieg dieselben krönen und dem Kaiser die Herrschaft über Böhmen wieder sichern werde. In den hohen Gesellschaftskreisen wurden Wetten eingegangen, ob Prag noch vor Ende des Jahres 1620 eingenommen werden würde oder nicht; es wettete z. B. der Gesandte des brüsseler Hofes Jacques Bruneau gegen Frau Polixena von Lobkowitz um einige hundert Gulden, dass dies der Fall sein werde, und ähnliche Einsätze hielt er noch gegen vier andere Personen.***) Je weiter aber die Jahreszeit vorrückte, ohne dass die erhoffte Nachricht einlief, desto mehr erlosch die Zuversicht in Wien: man fürchtete, dass der eintretende Winter den Kriegsoperationen ein Ende machen und man dann wieder unberechenbaren Zwischenfällen ausgesetzt sein würde. Die Ungewissheit und die Befürchtungen nahmen zu, als seit Mitte Oktober alle direkten

*) Ebendasselbst.

***) Archiv von Gratz. Bruneau an Buquoy dd. 24. Nov. 1620.

berichten vom Heer ausblieben und man sich bereits in der
 te des Monats November befand.*) Da verbreitete sich
 zlich am 14. oder 15. November das Gerücht, dass man 1620
 n glänzenden Erfolg über den Feind errungen, Prag ero-
 und den Gegenkönig zur Flucht gezwungen habe. Diese
 bricht wurde durch zahlreiche Details vervollständigt und
 lterholt bestätigt, gleichwohl langte weder von dem Herzog
 Baiern noch von Buquoy ein Bericht an, welcher der
 ewissheit ein Ende gemacht hätte, und so schwankte man
 i immer zwischen Hoffen und Bangen. Da traf endlich am
 November Graf Biglia, ein Schwager Buquoy's, in Wien 1620
 und brachte den ersehnten Bericht des letztern vom 9.
 10. November mit sich**); er hatte also dreizehn Tage
 er Reise gebraucht, auf der er wahrscheinlich mit vielen
 ahren und Schwierigkeiten zu kämpfen hatte.***) Auch über
 imilians Bericht hatte ein eigener Unstern gewaltet: der
 t, welchen er mit demselben an den Kaiser abgeschickt
 t, war in Linz erkrankt, und so erhielt ihn der Kaiser
 weder gar nicht oder noch später als den des Grafen
 uoy.†) Erst seit dem 23. November hatte man also volle 1620
 issheit und nun war die Freude gränzenlos. Ferdinand
 rückwünschte den belgischen Gesandten zu seinen Ge-
 asten, schwelgte aber selbst in den Glückwünschen, die
 von allen Seiten zu Theil wurden. Das erste Gefühl, welches
 beherrschte, war das der Dankbarkeit gegen die Ver-
 ligger seiner Rechte. Dem Grafen Buquoy hatte er schon
 Anfang des Jahres 1620 für die geleisteten und noch zu

Wiener Staatsarchiv. Ferdinand an Buquoy dd. 19. Nov. 1620.

Der Bericht Buquoy's, dessen Abschrift wir in Simancas gefunden haben,
 endet mit der Schilderung der Ereignisse vom 9. November; die Ver-
 muthung liegt also nahe, dass Biglia am Tage darauf nach Wien abreiste.
 Dagegen wird in Buquoy's Ier quadrimestre berichtet, Biglia sei erst
 8 Tage nach der Schlacht nach Wien gereist. Ist diese Angabe richtig,
 so ist seine späte Ankunft daselbst erklärlich. Kann man aber annehmen,
 dass Buquoy durch 8 Tage gezwögert hätte, dem Kaiser Nachricht von
 dem glänzenden Siege zu geben?

Archiv von Simancas. Oñate an Philipp III dd. 23. Nov. 1620. Oñate
 an den Herzog von Uzeda (?) dd. 23. Nov. 1620.

Wiener Staatsarchiv. Max an Ferdinand dd. 29. Nov. 1620.

leistenden Dienste einige grosse Güter im südlichen Böhmen zugesprochen und deren Besitzer derselben verlustig erklärt. Jetzt zeichnete er ihn in seinem Schwager aus, indem er dem letzteren einen prachtvollen Ring im Werthe von 4000 Kronen verehrte und ihn zum Obersten an Stelle des gefallenen Meggau ernannte. In dem Briefe, in welchem er dem Grafen Buquoy für den erfochtenen Sieg dankte, tönt ein leiser Tadel durch, dass er ihm nicht die Namen jener Offiziere genannt habe, welche sich in der Schlacht besonders ausgezeichnet hatten. Wie erkenntlich sich der Kaiser gegen die hervorragenden Leistungen bewies, die zu seiner Kenntnis gelangten, zeigt schon das Beispiel von Verdugo, und in der That ergoss sich fortan ein wahrer Regen von Auszeichnungen, Gunstbezeugungen und Geschenken über die Offiziere des kaiserlichen Heeres.*)

Auch P. Dominicus trat später nicht ohne Dank von dem Schauplatze seiner Wirksamkeit ab. Der Kaiser verehrte die Karmeliterkirche in Rom als Anerkennung für die hervorragenden Dienste dieses Ordensmitgliedes eine goldene, mit kostbaren Edelsteinen gezierte Krone, ihn selbst aber empfing er, als er nach Wien kam, mit der grössten Auszeichnung. Der Ruf seiner Frömmigkeit verschaffte dem Mönche auf seiner Rückreise nach seiner spanischen Heimath überall den ehrenvollsten Empfang. Der Sieg auf dem weissen Berge war mit seinem Namen so eng verbunden, dass man ihn auf Rechnung seines Gebetes setzen zu dürfen glaubte. Alle Welt wollte ihn sehen, verlangte von ihm die Verrichtung von Wundern und verehrte ihn wie einen Heiligen: man küsste ihm die Hände, riss und schnitt von seinen Kleidern einzelne Stücke ab und betrachtete sie als Reliquien. In Paris, welches er auch auf seiner Rückreise berührte, erzählte man sich, dass er seit fünf Jahren keine Nahrung genossen habe, und dass nur die Hostie, die er täglich zu sich nehme, ihn bei Kräften erhalte; einige wollten ihn auch in der Luft schwebend gesehen haben oder behaupteten

*) Archiv von Gratz. Schenkungsurkunde über Gratz und Rosenberg und einige anderen Güter. Buquoy Iter quadrimestre. Skála IV, 364. Gratzner Archiv. Ferdinand an Buquoy dd. 25. Nov. 1620.

enigstens dies aus zuverlässiger Quelle zu wissen. Bei einer Predigt, die P. Dominicus in der Kirche des Hospitals St. Louis hielt, vermochte dieselbe die Zahl der Zuhörer nicht zu mindern. Nicht ohne Ironie berichteten einzelne protestantische Gesandte nach ihrer Heimath über die dem Karmelitermönch zu Theil werdende Verehrung, und ihre Spottlust bezog sich namentlich auf die Geduld, mit der der Mönch die ihm gespendeten Ehrenbezeugungen aufnahm. Ob dieser Spott berechtigt war, ist schwer zu sagen, da Dominicus durch seine ascetische Lebensweise und durch seine Verzichtleistung auf alle kirchlichen Würden sichtliche Beweise der Demuth gegeben hatte. Auch König Ludwig gehörte zu der Zahl derer, die in P. Dominicus ein göttliches Werkzeug sahen, er frug ihn deshalb bei einer Audienz, auf welche Weise er die Stadt Montauban, zu deren Belagerung er sich eben anschickte, einnehmen könne. Der Mönch riet ihm, er solle 400 Kanonenschüsse gegen die Stadt abfeuern lassen, worauf sie sich gewiss ergeben werde. Man befolgte seinen Rath am 19. September, aber ohne den verheissenen Erfolg und diesmal war die Spottsucht seiner Gegner allerdings berechtigter.*)

Bei dieser Gelegenheit mag auch erwähnt werden, welche Beute dem Kaiser nach dem erlangten Siege zu Theil wurde. Einige Tage nach der Ankunft des Grafen Biglia in Wien traf eine Kiste daselbst ein, die Herzog Maximilian geschickt hatte und welche die wichtigsten Privilegien des Landes und die Originalien der so viel besprochenen Conföderationsurkunden enthielt. Das war die für den Kaiser bestimmte Beute, gewissermassen der handgreifliche Beweis seines Sieges, wenn er über die Rechte Böhmens, die durch die Urkunden repräsentirt wurden, in beliebiger Weise verfügen durfte, und man kann die begründete Vermuthung aussprechen, dass ihm durch die Uebersendung dieser Pergamente eine angenehme Ueberraschung bereitet wurde. Wir wissen nicht, ob die Angabe, nach der Ferdinand eigenhändig vom Majestätsbrief das Siegel

*) Haager Archiv: Extrait d'une lettre de Paris du 26 Aout 1621, Bazin: Histoire de France sous Louis XIII. Sächs. StA. Zeidler an Schönberg dd. 27. Febr./9. März 1621.

abgerissen und verbrannt und denselben darauf mitten durch geschnitten habe, auf Wahrheit beruht, wahrscheinlich ist es immerhin. Jedenfalls wird der Majestätsbrief in dieser ungestellten Form noch heute aufbewahrt.*)

Hatte der Kaiser seinen Anhängern mit Dankbarkeit gelohnt, so unterliess er es auch nicht, Gott für den erlangten Sieg zu preisen. Schon am folgenden Tage, nachdem er die Nachricht erhalten, betheiligte er sich mit seinem Hofstaate an einer Procession, die unter der Führung des Cardinals Dietrichstein von der Augustinerkirche in den Stephansdom ging und mit einer den Verhältnissen angepassten Rede von dem genannten Cardinal beschlossen wurde. Auch in den übrigen Kirchen Wiens fanden ähnliche Feierlichkeiten statt und die Prediger wurden nicht müde darauf hinzuweisen, dass der Sieg des Kaisers über die Böhmen an dem Tage erfolgt sei, an welchem in der Kirche das Evangelium gelesen wird: „Geh dem Kaiser, was des Kaisers, und Gott, was Gottes ist.“ Die Gelegenheit zu Angriffen und Ausfällen gegen die Protestanten wurde mehr oder weniger leidenschaftlich ausgenützt, die schärfsten Worte kamen jedoch aus dem Munde des Kapuziners P. Sabinus, dessen Rednergabe sich einer solchen Berühmtheit erfreute, dass sich auch der Kaiser bei seiner Predigt einfand. Nachdem P. Sabinus im Eingange derselben den Kaiser an all' die Beschimpfungen erinnert hatte, die er von den Böhmen habe erdulden müssen, mahnte er ihn an die Pflicht, welche der erlangte Sieg ihm auferlege; er müsse nach den Worten des Psalmisten vorgehen: „Du wirst sie mit einer Ruthe züchtigen und wie ein irdenes Gefäss zertrümmern.“ Die hochgestellten Rebellen müsse er niederschlagen, so dass sie ihre Häupter nicht wieder erheben könnten; dem Volk müsse er alle Freiheiten nehmen und den Majestätsbrief vernichten, dann werde er über treue und unterwürfige Untertanen herrschen. Wolle er dagegen Milde walten lassen, so werde binnen kurzer Zeit noch grösseres Unheil über ihn

*) Schiller berichtet, dass Ferdinand selbst den Majestätsbrief zerschnitten habe. Wir fanden keinen gleichzeitigen und verlässlichen Bericht, der diese Angabe bestätigen würde. Die Möglichkeit, ja Wahrscheinlichkeit wollen wir aber keineswegs bestreiten.

nen als das, welches er eben überstanden habe. Jetzt sei grosse Zeit, der Kaiser müsse entschlossen vorgehen, werde die Drohung des Propheten gegen Ahab: „Weil du den zum Tode Verurtheilten freigelassen hast, wirst du dein Volk sein Sklave sein,“ an ihm selbst in Erfüllung gehen. Diese Worte fielen auf fruchtbaren Boden und ohne es zu wissen entwickelte Sabinus die künftigen Absichten der Kaiserin.

Bei der katholischen Geistlichkeit anderer Länder fand die Freude des Kaisers gleichfalls tausendfachen Wiederhall, sie gab derselben in feierlichen Dankgottesdiensten Ausdruck.

Am päpstlichen Hofe fühlte man sich auf das angenehmste überrascht, als die Nachricht vom Siege des Kaisers verkündigt wurde. Papst Paul V feierte denselben durch eine Procession, an welcher er sich betheiligte. Für ihn selbst hatte der Sieg jedoch keine guten Folgen: er zog sich durch die Anstrengung bei dieser einige Stunden dauernden Feier einen Schlaganfall zu, welcher einige Wochen später wiederholte und seinem Leben ein Ende machte.*)

Obwohl mit der Schlacht auf dem weissen Berge die Befreiung der böhmischen Länder für Ferdinand noch nicht entschieden war, so führte sie doch die Entscheidung zu seinen Gunsten herbei, und man darf demnach schon hier die Frage stellen, welches die verschiedenen Ursachen dieser Niederlage und des darauf folgenden Zusammenbruches des böhmischen Reiches wesens waren.

Aus unserer Erzählung tritt es klar hervor, dass die finanzielle Noth den entscheidendsten Einfluss auf die Niederlage hatte. Welche Leistungen konnte man von einem Heere erwarten, das sich in Folge derselben seit Monaten in einem äussersten Zustande der Meuterei befand und das sich nicht gegen den Feind, sondern gegen den eigenen Herd wandte! Ein guter Theil der Schuld an der schlechten finanziellen Gebahrung trifft die Direktorialregierung, welche die nöthigen Mittel nicht ordentlich verwerthete, und die Stände, welche nicht opferwillig genug zeigten; doch muss man, wenn

*) Montaigne de Beaufort: Geschichte der Päpste.

man billig sein will, auch anerkennen, dass die Anforderungen die im Jahre 1620 nach einem zweijährigen Krieg an Böhmen herantraten, ausser Verhältniss zu dem Einkommen des Landes standen. Abgesehen von den Streitkräften, die Ferdinand mit Hilfe der ihm untergebenen Länder, des Papstes und des Königs von Polen aufstellte, hatte er auch die Steuern der reichen und bis dahin durch keine Kriegslasten bedrückten ligistischen Fürsten auf seiner Seite und zuletzt noch die von Philipp III mit den Schätzen Amerikas unterhaltenen Heeresmassen. Wie konnte Böhmen einen so ungleichen Kampf bestehen, da es bei seinen Nebenländern stets nur eine halb Unterstützung fand und die andern Bundesgenossen eigentlich nur Hilfe suchten und nur geringes leisteten! Im Jahre 1620 als Ferdinand über diese Coalition von Bundesgenossen verfügte, war demnach für die Böhmen keine Rettung mehr möglich. Wohl aber hätte ihnen der Sieg im Jahre 1619 Theil werden können, als Ferdinand noch nicht von allen Seiten unterstützt wurde, wenn sie einen Mann an ihrer Spitze gehabt hätten, der das Ansehen, die Kriegstüchtigkeit und die staatsmännische Begabung eines Georg von Poděbrad besessen und der die Verbündeten zum schnellen und werktätigen Abschlusse bewogen hätte. Aber indem Niemand in Böhmen die Regierungsgewalt in die Hand nahm, Niemand für die Organisation von Militärbehörden sorgte, die den Generalen die stete Hin- und Herfahren von den Lagerplätzen der Armee nach Prag und umgekehrt erspart hätten, Niemand streng und unnachsichtlich auf die Erfüllung der Pflichten drang, gelang die gräulichste Unordnung zur Herrschaft. In der Verwaltung zeigte sie sich hauptsächlich in der lässigen und willkürlichen Eintreibung der Steuern, im Heerwesen fehlte es in Folge dessen schon seit dem Jahre 1618 an einer strengen Disciplin, — Offiziere und Soldaten willkürlich das Heer verliessen, um zu ab und zu in Prag zu erlustigen — und an jeglicher Sorge um das Heer mit tüchtigen Anführern zu versehen. Die rektorialregierung war eine Art von Gevatterregierung, welche alle Glieder der Familie zum Nachtheile des Ganzen mit gleicher Liebe behandelte.

Ein weiterer Uebelstand lag in der Organisation des Heerwesens der verbündeten Länder. Jedes Land hielt eifersüchtig darauf, dass der Oberbefehl über seine Truppen in den Händen eines Eingebornen lag und so hatten also Ober- und Niederösterreich, Böhmen, Mähren, Schlesien und die Lausitz ihre Höchstkommandirenden. Das Bundesheer war nach den Ländern und nicht nach den Waffengattungen abgetheilt und von einem pünktlichen Zusammenwirken war nie die Rede, weil die Anführer einander nicht untergeordnet waren und die einzelnen Provinzen ihre Truppen stets zur eigenen Vertheidigung verwendet wissen wollten. Der Mangel an der Unterordnung der einzelnen Bundesgenerale wurde auch dann nicht beseitigt, als der Fürst von Anhalt zum Höchstkommandirenden der Länder der böhmischen Krone ernannt wurde, weil er dieser Aufgabe nur wenig genügte. Dazu kam die eigenthümliche Stellung, die Mansfeld während des ganzen Krieges einnahm; man wusste nie, wie weit man auf seinen Gehorsam rechnen könne. In dieser Beziehung war es mit der kaiserlichen Armee unendlich besser bestellt, sie hatte einen obersten Kommandirenden in Buquoy, dem sich alle Offiziere selbst kampierre trotz der Opposition gegen manche seiner Verfügungen unterordneten.

Noch ein Nachtheil machte sich bei den für böhmische und mährische Rechnung geworbenen Truppen geltend: sie wurden nicht durch das Bewusstsein nationaler Zusammengehörigkeit getragen und wohl deshalb nicht zu den grössten Tugenden entflammt. Seitdem die Habsburger in den Besitz der böhmischen Krone gelangt waren, war das Kriegshandwerk in Böhmen und Mähren in Verfall gerathen, oder besser gesagt, es hatte mit der Entwicklung anderer Länder nicht gleichen Schritt gehalten. Die Truppen, mit denen die habsburgischen Fürsten Ungarn gegen die Türken vertheidigten, bestanden zum Theil in dem Aufgebot der ihnen unterthanen Länder, zum Theil aber in geworbenen Regimentern, die mit den Steuerleistungen der einzelnen Länder unterhalten wurden. Diese geworbene Mannschaft hatte eine weit grössere Kriegsführung und Kriegstüchtigkeit und so nahmen die Habsburger stets lieber zu Werbungen Zuflucht und nur sehr dro-

hende Gefahren nöthigten sie zur Heranziehung des Aufgebots. Die Folge der Werbungen war aber, dass alle geworbenen Truppen nach deutschem Muster eingerichtet und deutsch kommandirt wurden und dass nur Deutsche oder der deutschen Sprache mächtige Offiziere dabei verwendet werden konnten. In Böhmen kümmerte man sich wenig darum und gab lieber sein Geld her, um nicht zum Aufgebot greifen zu müssen. Daher kam es, dass es in Böhmen beim Ausbruche des Aufstandes an sachkundigen und im Kriegshandwerk erfahrenen Leuten fehlte, dass die für Böhmen und Mähren geworbenen Regimenter wahrscheinlich eine sehr starke, aus Deutschland zu diesem Behufe eingewanderte Beimischung hatten und dass man später geradezu Werbungen in Deutschland anstellen musste. Wie konnte es anders geschehen, als dass Böhmen schliesslich unterlag, da seine Söhne sich am Kampfe nur in zweiter Reihe betheiligten? Der Kampf ermangelte so des nationalen Bewusstseins, des massgebendsten Motivs nicht bloss zur Zeit der Husitenkämpfe, sondern überhaupt zu allen Zeiten. Für Böhmen und Mähren war das ein nicht hoch genug anzuschlagender Nachtheil. Allerdings ist es fraglich, ob, wenn der Kampf eine nationale Färbung angenommen hätte, nicht Schlesien, Oesterreich und vielleicht auch Ungarn von dem Bündnisse abgeschreckt worden wären und ob also der Nachtheil auf der einen Seite nicht durch den Vortheil auf der andern Seite aufgewogen wurde. Jedenfalls ist es gewiss, dass während des ganzen Verlaufs des böhmischen Aufstandes keinerlei nationale Motive massgebend waren, dass nicht die leiseste nationale Disharmonie zwischen den Slaven, Deutschen und Magyaren sich geltend machte und dass sich der Kampf nur um religiöse Interessen und um die Herrschaftsansprüche der ständischen Corporationen drehte.

Die Niederlage bei Prag wurde also dadurch herbeigeführt, dass man in den Jahren 1618 und 1619 die Schwäche des Kaisers nicht zu raschen und tödtlichen Schlägen benützte und ihm so Zeit zum Abschlusse jenes furchtbaren Bündnisses gönnte, und dass man an Geld, tüchtigen Anführern und geschulten heimischen Kriegern Mangel litt. Alle diese Uebelstände bedrohten das Bundesheer im Juli 1620 mit völ-

er Auflösung, und als nun Maximilian mit seinen Truppen angerückt kam, wich Anhalt durch zwei Monate jedem Aufbruch aus und brachte so das Selbstgefühl der Soldaten vollständig zum Falle. Die Niederlage auf dem weissen Berge war nur der nothwendige Schlusssatz einer langen Reihe von Misserfolgen.

IV

Das siegreiche Heer nützte am Tage der Schlacht den erlangten Sieg nicht vollständig aus, denn da es keine Abzucht von der gänzlichen Auflösung der feindlichen Armee liess, liess es sich durch einige Kanonenschüsse, die von den Batterien abgefeuert wurden, von dem unmittelbaren Angriffe auf die Stadt abschrecken und lagerte sich in einer angemessenen Entfernung.*) In der Nacht jedoch versuchte das wallonische Infanterieregiment Buquoy's die Befestigung durchzuwachen und dieses gelang in der That an einer Stelle, wo in den Stadtmauern ein Gefängniß eingebaut war, dessen Insassen die Freiheit erhielten. Als Buquoy, der mit dem Herzog Maximilian im Sternschloss übernachtet hatte, die Meldung erhielt, befahl er dem Obersten Verdugo augenblicklich nach den Stadtmauern zu eilen und den Einbruch der Soldaten um jeden Preis zu verhindern, da man die Stadt vor dem Feinde zu schützen wollte. Da dem Herzog von Baiern gleich hinterbracht wurde, dass die wallonischen Truppen im Belagerungswerke die Schanzen zu ersteigen, so verbot auch er jedes ungeordnete Vordringen und liess mit Zustimmung Buquoy's die Regimente vorrücken, welche sich des Stadtthores bemächtigen sollten. Beide Heerführer erliessen ein Mandat, dem jeder Soldat mit dem Tode bedroht wurde, der sich von seiner Fahne entfernen würde. Damit der Einmarsch im Verständniss mit den städtischen Behörden geregelt werde, wurde gleichzeitig ein Kapitän mit einem Trommelschläger auf die Kleinseite geschickt, um den dortigen Bürgermeister einige Rathspersonen zur Einleitung der betreffenden Ver-

Innsbrucker Statthaltereiarchiv. Max von Liechtenstein an seinen Bruder
d. 9. Nov. 1620.

handlungen aufzufordern. Dem langsam einerschreitenden Parlamentär erschien die Stadt wie ausgestorben: kein Verkehr auf den Strassen und kein Geräusch in den Häusern, da alle Arbeit ruhte, kaum dass der Kapitän auf dem Wege von den Schanzmauern bis zum Rathhaus, der ungefähr eine halbe Meile lang ist, einigen Menschen an den Thoren der Häuser begegnete oder ein Gesicht furchtsam und neugierig am Fenster lauern erblickte.*) Der Schrecken über die furchtbare Niederlage und die Angst vor den kommenden Ereignissen übten diesen bleibenden Eindruck aus.

Während Maximilian und Buquoy diese Anordnungen trafen, waren die Vertreter der prager Städte und die in Prag anwesenden Stände versammelt, um sich über ihr künftiges Verhalten zu berathen. Da der Pfalzgraf sie eben verlassen hatte, wollten sie von einer weiteren Vertheidigung der Stadt nicht wissen, und einigten sich darin, die Sieger durch eine Deputation begrüßen zu lassen und ihnen die Unterwerfung anzudeuten. In der Durchführung dieses Entschlusses waren die Kleinseitner die ersten, sie beantworteten die vom Feinde an sie ergangene Aufforderung, indem sie an Maximilian ein Schreiben abschickten, in welchem sie ihn ihrer Freude über seinen Sieg und seine Ankunft versicherten. Etwas später traf auch ein Schreiben der Stände ein, in dem zwar auch von keinem weiteren Widerstand die Rede war, aber Maximilian doch um einen dreitägigen Waffenstillstand ersucht wurde. Der Herzog befand sich gerade auf freiem Felde umgeben von zahlreichen ligistischen und kaiserlicher Officieren, als er dieses Schreiben erhielt. Seine Antwort war kurz und ablehnend, er erklärte dem Boten, dass er den Ständen nicht drei Stunden zugestehen werde, es sei an ihnen sich ohne Zögern und unbedingt zu unterwerfen.**)

Da man sich des Reichsthors und der anliegenden Schanzen im Laufe des Vormittags bemächtigt hatte, so stand dem Einmarsche der Sieger kein Hinderniss entgegen, und in der

*) Sächs. StA. Relation von Einnehmung der Stadt Prag dd. 14. Nov. 1620.
— Buquoy Iter quadrimestre. — Wiener StA. Verlauf, wie es mit der Einnehmung Prags zugegangen.

***) Wiener StA. Verlauf, wie es . . . zugegangen.

That hielt Buquoy schon um 11 Uhr Vormittags seinen Einzug in die Stadt und lenkte seine Schritte zuerst nach der Kapuzinerkirche auf dem Loretto-Platz, um dort seine Andacht zu verrichten. *) In der ersten Nachmittagsstunde folgte ihm Maximilian mit seinen Truppen, und auch er richtete seine Schritte zuerst in die genannte Kirche. Mittlerweile hatten sich die zwei Fähnlein Fussvolk, welche das Schloss im Auftrage des Pfalzgrafen besetzt hielten, den Siegern ergeben, so dass der Herzog und Buquoy ihren Einzug in dasselbe halten konnten. Doch schlug keiner von beiden seinen Wohnort daselbst auf: der erstere quartierte sich im Hause des ehemaligen Oberstlandhofmeisters Popel von Lobkowitz ein, der letztere im henklischen Hause in der wälschen Gasse. **) Die ohne jeden Widerstand vorrückenden Soldaten stürzten sich auf die im Schlosshofs aufgestellten und vollbepackten Wagen, die der Pfalzgraf nicht mehr hatte retten können, sowie in die unbewohnten Gemächer und erbeuteten neben der zurückgebliebenen königlichen Garderobe und zahlreichen Geräthschaften von Gold und Silber einen Theil der geheimen Kanzlei, durch die der Kaiser zur Kenntniss aller seit Jahren auf sein Verderben gerichteten Verhandlungen gelangte. Auch der Herzog von Baiern erhielt seinen Antheil an der Beute: zwei Kisten angefüllt mit Gold- und Silbergeschirr, sowie die Reitpferde Friedrichs gelangten in seinen Besitz. Der Hosenband-Orden des letztern wurde ihm von dem Soldaten, der ihn auf freiem Felde gefunden hatte, übergeben, wofür er dem Finder in fürstlicher Weise lohnte. ***)

Noch am selben Nachmittag fand sich eine ständische Deputation unter der Führung des Obersthofmeisters Wilhelm von Lobkowitz beim Herzog ein, bei dem sich Buquoy und mehrere hohe Officiere beider Heere befanden, und übergab demselben eine Schrift, in der die Bedingungen auseinandergesetzt waren, unter denen die Stände den Kaiser wieder als ihren

*) Buquoy Iter quadrimestre.

**) Sächs. StA. Aus Prag dd. 14. Nov. 1620.

***) Innsbrucker Statthaltereiarchiv. Aus Prag dd. 10 Nov. 1620. Bayrischer Feldzug, gedruckt 1621. Acta Bohemica.

Gindely: Geschichte des 30jährigen Krieges. III Band.

Herrn anerkennen wollten. Sie verlangten eine Generalamnestie, die sich ausnahmslos auf alle Bewohner des Landes erstrecken sollte, die Aufrechthaltung ihrer religiösen und politischen Freiheiten und die Sicherung ihres Besitzstandes vor jeder Confiscation. An diese Forderungen schloss sich die Bitte an, dass man sie vor Plünderung schützen und mit Beitragleistungen an die kaiserlichen Truppen verschonen möge. In der That enthielten diese Forderungen alles, was im Augenblick für Böhmen wünschenswerth war, allein für ihre Gewährung war keine Aussicht vorhanden, da der Kaiser seinen Sieg ausnützen und der Opposition in seinem Reiche ein Ende machen wollte, und das konnte er nur erreichen, wenn er die Protestanten nicht duldete, die politischen Freiheiten vernichtete und seine hartnäckigsten Gegner zu besitz- und heimatlosen Flüchtlingen machte. Maximilian verhehlte der Deputation nicht, dass der Kaiser sich an keine Bedingungen binden werde, sondern eine bedingungslose Unterwerfung verlange, doch versprach er ihnen, sich für sie beim Kaiser verwenden zu wollen. Eine Zusage glaubte er ihnen aber schon jetzt geben zu können, nämlich die, dass man ihr Leben verschonen werde. Aber so wie er selbst gegen sein eigenes Versprechen später wirkte, so kümmerte sich auch der Kaiser nicht um die von ihm gemachte Zusage und Buquoy deutete dies im vornhinein dadurch an, dass er gegen dieselbe mit der Bemerkung protestirte, dass die Stände sammt und sonders den Tod verdient hätten. Stumm nahmen die Abgesandten diese Erklärungen entgegen, nur rannen Thränen von ihren Wangen herab. Das war die einzige Antwort, die den Besiegten fortan gestattet war.*)

Auch die Alt- und Neustadt hatte ihre Deputirten an den Herzog geschickt und ihre Unterwerfung gleichfalls nur unter Bedingungen angeboten, damit aber ebenso wenig erreicht als die Abgesandten des Adels. Da der Abend schon zu weit vorgerückt war und Maximilian an diesem Tage nicht mehr

*) Wiener Staatsarchiv: Gantzer Verlauf etc. Münchner Staatsarchiv: Die Artikel, welche die böhmischen Stände dem Herzog überreichten. — 9. Nov. 1620. Ebenda: Max an Ferdinand II dd. 13. Nov. 1620. — Archiv von Kuttenberg: Příběhy na Horách Kutnách od 9. Nov. až k 14. Dec. 1620. — Wiener StA. Max an den Kaiser dd. 16. Nov. 1620.

alt anwenden wollte, so versuchten die Bürger am folgenden Tage nochmals die Anknüpfung von Unterhandlungen, Herr von Černín, einer von den wenigen böhmischen Leuten aus altem Adel, die sich an dem Kriegszuge des kaiserlichen Heeres betheiligt hatten, erklärte ihnen im Namen des Herzogs rundweg, dass sie bis zwei Uhr Nachmittags ihre Unterwerfung anzeigen müssten, widrigenfalls ihre Häuser beschossen werden würden, und in der That hatte man schon auf den Laurenziberg und vor das Schloss auffahren lassen. Dieser Sprache gegenüber schwieg jede Entgegnung, so endete diese Verhandlung mit der völligen Unterwerfung der Prager.*)

Nachdem sich die Alt- und Neustadt zur Unterwerfung erklärt hatte und Maximilian einen Theil seines und ^{10 Nov.} kaiserlichen Heeres über die Brücke hatte vorrücken lassen, entstand für ihn die Frage, was er mit dem böhmischen Kriegsvolk thun solle. Dasselbe hatte ihn durch eine Petition um die Auszahlung des rückständigen Soldes und freien Abzug ersucht, wahrscheinlich gegen das Versprechen nicht mehr gegen den Kaiser zu kämpfen. Maximilian sah sich weder den guten Willen dieser Söldlinge mit Geld zu belohnen, noch die führerlose Mannschaft gefangen nehmen, da er sich damit ihre Verpflegung aufgebürdet hätte, er wollte nur, dass sie sich zerstreue und jeder in seine Heimath zurückkehre. Er versuchte deshalb zuerst den Weg der Unterhandlung und schickte zu diesem Ende den Obersten Haimhausen mit dem altstädter Ring und liess durch ihn der dort versammelten Mannschaft erklären, dass gegen sie als gegen Rebellen gegen des Kaisers Majestät eigentlich mit Strenge vorgegangen werden sollte, dass er aber Gnade walten lassen wollte, wenn sie Prag augenblicklich verlassen würden. Da seiner Soldzahlung keine Rede war, so fühlte sich die Mannschaft durch die angebotene Gnade keineswegs befriedigt und verlangte zum mindesten die Erlaubniss sich für ihre Fortkommen auf den Gütern der Stände schadlos halten zu dürfen.

Prager Statthaltereiarchiv. Aus Prag dd. 10. Nov. 1620.

Dieses durch die Noth zwar gerechtfertigte Verlangen konnte unmöglich bewilligt werden; es wäre gleichbedeutend gewesen mit der Ausstellung eines Freibriefes zur Beraubung des gesammten Adels im Lande, und Haimhausen lehnte es entschieden ab; er drohte ihnen jetzt, wenn sie sich nicht gutwillig aus der Stadt entfernten, würde man Gewalt gegen sie brauchen und erreichte damit bei den entmuthigten Haufen seinen Zweck. Der grösste Theil der Mannschaft verliess am folgenden Tage Prag und nur eine geringe Anzahl blieb zurück und hielt sich in den Häusern bei Bekannten und Verwandten versteckt. Diese fielen einem traurigen Loose anheim, da sie in den folgenden Tagen grösstentheils erschlagen wurden.*)

Dem Beispiele der prager Städte folgte am 12. November der in Prag anwesende Adel, der so endgiltig die anfänglich gestellten Bedingungen fallen liess. An dem genannten Tage fand sich eine zahlreiche Versammlung von Herren und Rittersn unter der Führung Wilhelms von Lobkowitz beim Herzog ein, um sich seiner Fürbitte bei dem Kaiser zu empfehlen. Die Stände sähen ein, so liess er sich vernehmen, dass sie sich gröblich gegen ihren Herrn vergangen hätten, es sei ihnen dieses nun herzlich leid und sie bäten den Herzog sich für sie beim Kaiser, den sie fortan als ihren einzigen Herrn und König anerkennen wollten, zu verwenden, damit er sie wieder in Gnaden aufnehme. Als Wilhelm von Lobkowitz seine Ansprache unter Thränen beendet hatte, ergriff Herr von Pressing im Namen des Herzogs das Wort und forderte die anwesenden Herren zur Auslieferung aller Urkunden auf, durch die sie sich in rebellische Bündnisse eingelassen hätten, also der Conföderationsurkunden; gleichzeitig verlangte er die Leistung der vorläufigen Huldigung für ihren König. Man sah demnach die im Jahre 1617 geleistete Huldigung durch die nachträgliche Wahl Friedrichs für null und nichtig geworden an und verlangte eine Wiederholung derselben. In der That fand sie am folgenden Tage ohne jede weitere Bedingung in Gegenwart Buquoy's und Liechtensteins statt. Der Kaiser konnte sich fortan als absoluten Herrn des Landes betrachten.**)

*) Khevenhiller IX, 1106. — Max an Ferdinand dd. 13. Nov. 1620.

**) Khevenhiller IX, 1108. — Max an Ferdinand dd. 13. Nov. 1620.

Bei allen Verhandlungen hatten die Prager Schonung des Eigenthums verlangt, und es war ihnen auch in dieser Beziehung ein gewisses Versprechen gegeben worden, allein bei der einmaligen Beschaffenheit der Kriegsheere konnte man von fern herein zweifeln, ob es auch gehalten werden würde. Maximilian suchte wohl die Ordnung in seinem Heere aufrecht zu halten, aber trotzdem mögen sich viele der Seinigen an den nachfolgenden Raubscenen betheilt haben. Bei dem kaiserlichen Heere griff in den Tagen, die der Schlacht auf dem weissen Berge folgten, eine furchtbare Zuchtlosigkeit um sich, der Buquoy nicht zu steuern vermochte, da er wegen seiner Wunde grösstentheils das Bett hüten musste. Die Gelegenheit zum Plündern war übrigens günstiger als je zuvor. Abgesehen davon, dass die grossen Herren, die mit Friedrich geflohen waren, in ihren Palästen den grössten Theil ihres werthvollen Eigenthums ohne Schutz zurücklassen mussten und dass die Einwohner Prags in ihren Häusern den letzten Rest ihrer Habe verwahrten, waren zu Ende Oktober aus den vom Feinde bedrohten Kreisen, dem Saazer und Pilsner zahlreiche Viehheerden und Tausende von Fuhren mit Geld, Schmuck, Kleidern und Geräthschaften aller Art nach Prag gekommen, die nicht in den Häusern untergebracht werden konnten, sondern zum Theil unter freiem Himmel bleiben mussten. *) Man brauchte sich sonach nur umzusehen, um irgend eines werthvollen Gegenstandes habhaft zu werden. Die Begehrlichkeit der Plünderer begnügte sich übrigens nicht lange mit den in den Strassen und Hofräumen aufgestellten Gegenständen, sie drangen ohne Scheu und ohne Widerstand in alle ansehnlicheren Bürger- und Adelhäuser und plünderten sie der Reihe nach aus. Am blühendsten hauste man in jenen Häusern, die Edelleuten oder Adligen gehörten, welche einen hervorragenden Antheil am Aufstande genommen hatten, so wurde z. B. das Haus des Herzoggrafen Berka von Dubé vollständig ausgeräumt, man beutete daselbst an 70.000 Thaler, die Berka's Schwester, eine Frau von Kolowrat, hier aufgehoben hatte. Dem Herrn Wilhelm von Lobkowitz half es nichts, dass er einen Theil seiner

*) Sächs. StA. Aus Prag Ende October 1620.

Schätze in der Judenstadt versteckt hielt, sie wurden ankundschaftet und siebzehn Kisten voll Gold und Silbergeräthe wurden eine Beute der Sieger. Bei Martin Fruewein brach ein Graf Sulz ein, der nicht bloss mit seinen Helfershelfern das Haus plünderte, sondern den Hausherrn sogar Folterqualen unterwarf. Hie und da kam es zwischen den Plündernden und ihren Opfern zu blutigen Schlägereien. Zuletzt setzte man wieder die Räubereien auf offener Strasse fort, indem man den Leuten die Kleider vom Leibe riss und namentlich den Frauen Mäntel und Hüte wegnahm. Einzelne Personen hatten bei Buquoy und Maximilian um Schutz für ihr Eigenthum gebeten und Schutzleute erlangt, doch half ihnen dieses nichts, die ihnen zugetheilten Wächter, statt ihr Eigenthum zu schützen, sich scham- und furchtlos an demselben vergriffen. Man hatte mit einem Worte nicht die geringste Rücksicht für die Besiegten; alles Flehen der Bittenden rief statt Mitleid nur ein böhnisches Gelächter bei den Siegern hervor, man begnügte sich nicht mit dem Raube, sondern that den Beraubten noch jeglichem Schimpf an. Ein Franzose war so schamlos, nackt auf einem Pferde mit dem Gesicht nach rückwärts sitzend und den Schwanz desselben haltend in Begleitung dreier Geiger durch die Stadt zu ziehen und gegen den Pfalzgrafen und seine Gemahlin sowie gegen das böhmische Volk schmutzige Schimpfreden auszustossen, und trieb diesen rohen Scherz ziemlich lange, ohne von Jemandem zurechtgewiesen zu werden. *) Wohin sich auch die Gequälten wandten, nirgends wurde ihnen Hilfe, nirgends Trost. Michna feierte jetzt seine Triumphe: in langem Zuge fanden sich Edelleute und Bürger in seiner Wohnung ein; man konnte die obersten Landesbeamten aus der Zeit der pfalzgräflichen Herrschaft sehen, wie sie ihm ihre Aufwartung machten, mit dem Hute in der Hand sich demüthig vor dem Manne neigend, für den sie früher nur wegwerfende Bezeichnungen hatten. Aber keine Demüthigung half und keine Besserung trat ein, so lange die Sieger nicht gewiss wussten, dass es nichts mehr zu rau-

*) Skála IV, 383. Sächs. Staatsarchiv. Ex literis Praga dd. 18. Nov. 1620.
Ebenda: Bericht über den Zustand in Prag dd. 18. Nov. 1620. Buquoy, Iter quadrimestre.

geben. Selbst ein panegyrischer Lobredner Buquoy's, *) der diesen Feldzug beschreibt und das kaiserliche Heer so viel als möglich von allen Anklagen entlastet, kann nicht umhin zugestehen, dass dem Oberfeldherrn täglich Berichte über Verbrechen und grausame Raubanfälle zukamen; er behauptet, dass Buquoy von seinem Krankenlager aus eine warnende Ansprache an die Obersten gehalten und sie ersucht habe, die Verbrechen wenigstens nicht durch ihr eigenes Beispiel zu unterstützen. Das habe aber um so weniger geholfen, als den Warnungen keine Strafe folgte.***) Durch andere verlässliche Berichte ist es eine sichergestellte Thatsache, dass im kaiserlichen Heere die Träger der erlauchtesten Namen, die unter Buquoy die höchsten militärischen Würden bekleideten, sich persönlich an derartigen Beraubungen reicher Häuser beteiligten.

Maximilian von Baiern, der von diesen Vorgängen Kenntniss erhielt, liess die Sache nicht auf sich beruhen, sondern forderte den kaiserlichen Feldherrn in einem scharfen Schreiben zur Abstellung der grässlichen Bedrückungen auf. Ihm ist berichtet worden, schrieb er, wie in den prager Städten und auf dem Lande das Rauben und Plündern, die Schändung von Frauen und Jungfrauen, die Gefangennehmung von Personen, die man nur gegen Lösegeld freigebe, so überhandnehme, dass sich thatsächlich aller Bewohner des Landes und namentlich der prager Bürger eine solche Verzweiflung beizulegen müsse, dass sie einen neuen und allgemeinen Aufstand zur Folge haben könnte.***) Es mag nach Empfang dieses Briefes geschehen sein, dass Buquoy die erwähnte Mahnung an seine Officiere erliess und dass er zwei Tage später die Soldaten durch öffentliche Ausrufer vor Räubereien warnen und an denselben Tage auch zwei Uebertreter dieser Warnung hän-

*) Constantin Peregrinus.

*) Constantin Peregrinus behauptet, dass er gehört habe, wie Buquoy seinen hohen Offizieren Folgendes gesagt habe: *Utinam suffragantes essetis solum, non complices et vero autores, aut etiam non impulsores, ut miseri rustici per longe miseriores milites leonino consortio utpote non sibi sed vobis depraedantes per summum nefas praeda fierent.*

*) Gratzner Archiv: Maximilian an Buquoy dd. 16. Nov. 1620.

gen liess. *) Für Prag war diese Warnung jedenfalls sehr zu spät erflossen, und auf dem Lande kam sie erst zur Geltung, nachdem die erste Lust gebüsst worden war.

Am selben Tage, an welchem Maximilian den erwähnten Brief an Buquoy gerichtet hatte, ertheilte er auch den englischen Gesandten, die Tags zuvor nach Prag zurückgekehrt waren, eine Audienz. Der Sieg und seine Folgen lagen jetzt klar vor Aller Augen, und so konnten die Gesandten nicht hoffen, dass sich bei einem Ausgleiche zwischen dem Kaiser und dem Pfalzgrafen ein Vortheil für den letztern ergoß werde. Ihre Ansprache an Maximilian war demnach in einem resignirten Tone gehalten; sie baten nur um eine gute Behandlung der hochgestellten Gefangenen und boten ihre Dienste zur Herstellung des Friedens an, wobei sie den Herzog ersuchten, den Sieg nicht bis zum Aeussersten auszubeuten, sondern zu bedenken, dass alles einem steten Wechsel unterworfen sei und der Sieger von heute morgen der Besiegte sein könnte. Maximilians Antwort war voll Höflichkeit, doch wich er jeder bestimmten Zusage aus; er erklärte den Zug nach Böhmen im Auftrage des Kaisers unternommen zu haben und war nur erbötig den Gesandten eine Eskorte von 100 Reitern zur Verfügung zu stellen, um ihre Abreise nach Deutschland zu sichern und sich von ihrer Gegend zu befreien. **) Am folgenden Tage unterzeichnete Maximilian eine Instruktion, wie bei der Occupation des noch nicht eroberten Theiles von Böhmen vorgegangen werden solle; er bestimmte zugleich, dass der grössere Theil des ligistischen Heeres unter Tilly's Kommando vorläufig in Böhmen bleiben solle und vertraute die Verwaltung des Landes dem Fürsten Karl von Liechtenstein an, der im Auftrage des Kaisers das Heer auf dem Zuge nach Prag begleitet hatte. Von seinen Verfügungen setzte er den Kaiser in Kenntniss, theilte ihm aber zugleich mit, dass er auf ein einträchtiges Zusammenwirken zwischen Liechtenstein und Buquoy nicht rechnen dürfe, und sonach darauf gefasst sein müsse, dass sich der Krieg in die Länge ziehen

17Nov.
1620

*) Sächs. Staatsarchiv. Aus Prag dd. 18. Nov. 1620.

**) Harl. MSS. 1580 fol. 281. Conway to the Marquis of Buckingham dd. 18./28. Nov. 1620.

de. Die Schuld an der mangelnden Eintracht glaubte Maximilian dem Grafen Buquoy zuweisen zu müssen, wenngleich er anerkannte, dass der Graf ein tüchtiger General sei, der im Handwerk ordentlich verstehe, aber leider an ein spanisches „Procedere“ gewöhnt sei. Wenn wir diesen Vorwurf nicht verstehen, so deutet Maximilian damit die rücksichtslose Art der Kriegführung Buquoy's an, durch welche die von ihm besetzten Gebiete bis auf das Mark ausgesaugt wurden. Er zählte deshalb nochmals alle die furchtbaren Leiden auf, unter denen Böhmen darniederlag und die wir wiederholt andeutet haben. Das Elend sei so furchtbar, dass zuletzt auch die Freunde des Kaisers zur Verzweiflung getrieben werden müssten.

Am Schlusse seiner Bemerkungen ertheilte der Herzog dem Kaiser einen Rath, der bei dem Rachegefühl, das die kaiserlichen Staatsmänner gegen Böhmen beseelte, auf den empfindlichsten Boden fiel und zu den rücksichtslosen Massregeln, mit denen man den Aufstand strafen wollte, das seine beigetragen. Er riet dem Kaiser die „Wegräumung“ d. i. die Hinrichtung der Rädelsführer und die Abschaffung der Privilegien an, durch die der Aufstand herbeigeführt wurde, unter welchen Privilegien man nicht bloss den Majestätsbrief und im Vergleich, sondern auch wichtige Verfassungbestimmungen verstehen muss. Der Kaiser sollte sich in seinen Massnahmen durch nichts beirren lassen, nicht einmal durch die Fürbitte, die Maximilian an ihn gerichtet habe, als er um dieselbe von den Ständen in Prag ersucht wurde. Er (Max) habe nicht anders thun können, als ihnen die Fürbitte zuzusagen, aber der Kaiser solle sich nicht um sie kümmern, weder „Zeit noch Gelegenheit verabsäumen und das Eisen schmieden, so lange es weich ist.“ Wir werden sehen, dass man diesen Rath in dieser Weise befolgte, die noch weit über die Absichten Maximilians hinausging.*)

Am 17. November trat der Herzog von Baiern die Rückreise nach München an, und da er sich vor jeglicher Gefahr zu hüten wollte, so liess er sich von 1200 Reitern und 2000

Wiener StA.: Maximilian an Ferdinand II dd. 16. Nov. 1620.

Muskotieren das Geleite geben, unter deren schützender Begleitung auch 1500 Bagagewagen den Weg nach Baiern nahmen. Der Herzog führte auf denselben eine reiche Beute nach Hause, und wenn diese wohl übertrieben auf 600.000 Gulden geschätzt wurde, da sie sich zumeist auf das beschränkte, was der Pfalzgraf im prager Schlosse zurückgelassen hatte, so kehrte doch auch er nicht mit leeren Händen zurück. Als er Baiern erreicht hatte, liess er die schützende Escorte zurück und beschleunigte seine Reise im Vollgefühl der Sicherheit. Vor den Thoren von München, wo er am 24. November anlangte, harrten seiner seine Gemahlin, sein Vater und sein Bruder und geleiteten ihn durch die festlich geschmückte Stadt unter dem Jubel der in Waffen ausgerückten Bürgerschaft in die Liebfrauenkirche, wo er von dem Bischofe von Freising und sechs andern Prälaten in feierlicher Weise empfangen wurde. Nachdem er Gott für den erlangten Sieg gedankt, verfügte er sich in seine Residenz, um sich im Schoos seiner Familie von den Strapazen des Feldzuges zu erholen, in dem 14.000 Mann aus dem ligistischen Heere und ein grosser Theil des herzoglichen Gefolges zumeist durch Krankheiten und nicht durch Feindes Hand den Tod gefunden hatten.*)

*) Skála IV, 348. Bairischer Feldzug gedruckt 1621. Stch. StA. Aus München den 30. Nov. 1620.

Eilftes Kapitel.

Die Unterwerfung von Mähren, Schlesien und den Lausitzen.

- I Mähren.** Beschlüsse der mährischen Stände in Bezug auf die weitere Vertheidigung. Man will mit dem Kaiser verhandeln. Drohungen Bethlens. Seine eigene Haltung. Schmid in Brünn. Die mährische Gesandtschaft reist nach Wien. Ihre Instruction. Rathschläge der kaiserlichen Commissäre bezüglich Mährens. Kardinal Dietrichstein. Audienz der Gesandten beim Kaiser. Beantwortung ihrer Bitten. Thurn. Verhandlungen mit dem mährischen Kriegsvolk. Ausbeutung des Landes.
- II Die Lausitze.** Rüstungen Kursachsens. Grünthal in Bautzen. Belagerung und Einnahme von Bautzen. Einnahme niederlausitzer Städte. Der Markgraf von Jägerndorf und seine Armee. Ferdinands Schreiben an Kursachsen. Graf Schlick. Die Oberlausitzer treten in Unterhandlung mit Johann Georg und unterwerfen sich. Huldigung der Stände in Kamenz und Lübau. Der Accord.
- III Schlesien.** Friedrich will Unterhandlungen mit Kurfürst Johann Georg von Sachsen anknüpfen. Der Fürstentag in Breslau und seine Beschlüsse. Friedrich und die Stände Schlesiens beginnen mit Kursachsen zu unterhandeln. Abreise Friedrichs aus Breslau. Bethlen Gabors Vorwürfe. Schwere Stellung des Oberhauptmanns Johann Christian von Liegnitz. Bedingungen, unter denen Friedrich auf die böhmischen Krone verzichten will. Wie will man in Wien den Sieg ausbeuten? Graf Hohenzollern wird zu dem Herzoge von Baiern geschickt. Stellung, die der Herzog bezüglich der Ächtung des Pfalzgrafen einnimmt. Publication der Acht wider den Pfalzgrafen und seine Anhänger. Die schlesische Gesandtschaft in Dresden. Bedingungen, unter denen der Kurfürst die Unterwerfung Schlesiens annehmen will. Fürstentag in Liegnitz. Der Accord. Ferdinands Einwürfe wider den Accord. Erzherzog Karl und Hannibal von Dohna in Dresden. Der Kurfürst besteht auf dem Accord. Schlussverhandlungen des Kurfürsten mit den Schlesiern.

I

Die Nachricht von der Schlacht auf dem weissen Berge verursachte in Mähren den grössten Schrecken, weil man sich an der Invasion des siegreichen Heeres zunächst bedroht sah und derselben nur mit völlig unzureichenden Streitkräften entgегentreten konnte. Da es an Geld zu weiteren

Rüstungen fehlte, konnte man von vornherein erwarten, dass Mähren den Widerstand nicht fortsetzen werde, wie innig auch ein Theil des Adels der böhmischen Sache zugethan sein mochte. Und so geschah es in der That; kaum war die Nachricht von der Niederlage nach Mähren gedrungen, so zeigte man sich dort bereit, mit dem Kaiser in Unterhandlungen zu treten und sich ihm zu unterwerfen. Man verlangte nur, dass er das ganze Land in Gnaden aufnehmen und den Pardon nicht nur auf den Landeshauptmann Welen von Žerotin und den Obersten Stubenvoll, sondern auch auf die Häupter des böhmischen und niederösterreichischen Aufstandes, auf Thurn und Hofkirchen, ausdehnen möchte, weil man dann überzeugt zu sein glaubte, dass die Pardonirung dieser Persönlichkeiten allen Strafgerichten ein Ende machen würde. Wiewohl also die Stände nichts von weiterer Kriegführung wissen wollten, so trafen sie doch auf einer in Brünn zusammenberufenen Versammlung auch Vorbereitungen zu weiterem Widerstande, im Falle die Aussöhnung misslingen sollte, und wurden dazu namentlich von dem alten Grafen Thurn angetrieben, der dem Pfalzgrafen nicht nach Breslau gefolgt war, sondern sich nach Brünn begeben hatte.*) Ihre Vorsorge war nicht ohne Grund, denn als der Kaiser durch eine hervorragende Vertrauensperson, vielleicht durch Karl von Žerotin, von dem Ansuchen der Stände in Kenntniss gesetzt wurde, hatte dasselbe keinen Erfolg, da Ferdinand erklärte, dass er seine Antwort erst dann ertheilen werde, wenn ihm die Stände Mährens ihre Unterwerfung angezeigt haben würden.**)

Die auf den etwaigen weitem Widerstand berechneten Beschlüsse der brünner Versammlung gingen dahin, dass man Gesandte an Bethlen und an Friedrich von der Pfalz abschickte und beide um die äusserste Anspannung ihrer Kräfte ersuchte, damit man dem gefürchteten feindlichen Einfall mit einem hinreichend starken Heere begegnen könnte.***) Was Bethlen betraf, so liess er es an den gewünschten Versicherungen nicht fehlen. Er war durch die Niederlage bei

*) Ferdinand an Buquoy dd. 19. Novemb. 1620. Wiener StA.

***) Archiv von Gratz. Wenzel Wchynský an Buquoy dd. 18. Nov. 1620.

***) Böhm. Statth. Arch. Die mährischen Stände an Bethlen dd. 14. Nov. 1620.

lag allerdings erschreckt worden, hatte den Muth aber nicht verloren, da er nicht glauben konnte, dass dieser Schlag alle Energie in den böhmischen Ländern lähmen werde, und da er hoffte, dass vielleicht die Türken jetzt die verlangte Hilfe leisten würden. Er schickte deshalb seinen Sekretär Kraus zu Friedrich nach Breslau, um ihn zur energischen Fortsetzung des Widerstandes zu bestimmen und liess auch den Ständen in Brünn durch den bei ihm weilenden österreichischen Abgesandten Zacharias Starzer versichern, dass er ihnen mit seiner ganzen Macht beistehen werde. Er habe zu diesem Zwecke die Intervention in ganz Ungarn aufgeboten und werde auch fremde Hilfe in Anspruch nehmen, wenn die Mährer damit einverstanden sein würden. Bethlen verlangte nur, dass auch sie sich anstrengen und mit der nöthigen Opferwilligkeit ein Heer bei Brünn aufstellen sollten.*) — Mit der Hilfe, die ihnen aus Ungarn angeboten wurde, waren die Mährer wohl zufrieden, nicht aber mit jener fremden Kriegshilfe, unter der nur die türkische verstanden werden konnte, und so lehnten sie dieselbe mit der Entschuldigung ab, dass sie sich hierüber erst mit ihrem Könige und mit den Ständen Schlesiens berathen müssten. Ebenwenig erbaut waren sie von der Forderung Bethlens, die sich auf die Auszahlung einer zweiten Hunderttausendguldenrate bezog, da ihnen das Geld zur Bezahlung ihrer eigenen Truppen mangelte.**)

Friedrich und seine Rathgeber hatten nicht erst die Ankunft der mährischen Abgesandten abgewartet, um die Stände dieses Landes zur Ausdauer zu ermahnen und mit Versprechungen zu trösten. Der Pfalzgraf hatte einen seiner böhmischen Diener und Anhänger, den Paul Ješín nach Mähren geschickt, und dieser traf in Olmütz den Herrn von Sedlčický, den Vertreter des Landeshauptmanns, der sich nach Breslau verfügt hatte und ersuchte ihn um Wiedereinberufung der Stände, die sich mittlerweile zerstreut hatten. Auf der Weiterreise nach Brünn suchte er die einzelnen Edelleute, mit

*) Böhm. Statth. Arch. Bethlen ad status Moraviae dd. 16. Nov. 1620.

**) Status et ordines Moraviae ad Gabrielem Bethlen dd. 21. Nov. 1620. Böhm. Statth. Arch.

denen er hie und da zusammentraf, zum treuen Festhalten an Friedrich zu bewegen. Als er in Brünn anlangte, traf er den Grafen Thurn daselbst, der sich mit einer neuen Organisation der mährischen Streitkräfte beschäftigte. Jedin gewann bei allen diesen Begegnungen und Gesprächen die Ueberzeugung, dass Mähren mit dem Kaiser Frieden schließen werde, wenn Bethlen nicht den gesunkenen Muth der Zugenden rasch mit einem Heere stützen würde.*) Er war um so mehr geneigt das Schlimmste zu befürchten, weil der Reichspfennigmeister Schmid aus Wien nach Mähren gekommen war und die Stände mit allem Eifer zu Gunsten des Kaisers bearbeitete.**) Man hatte sich in Wien zu diesem Schritte entschlossen, weil man nicht mit Unrecht vermuthete, dass Schmid eine gute Aufnahme finden und bei dem Adel einen gewaltigen Umschwung herbeiführen könnte. Hätte Jedin ahnungsgewusst, dass sich um diese Zeit einige zum Frieden geneigte Edelleute heimlich in Rositz bei Karl von Žerotin einfanden und dort über die Aussöhnung mit dem Kaiser berieten, so würde er sich um so weniger gewundert haben, dass auf der zu Ende November auf Sedlnický's Ruf in Brünn zu Stande gekommenen Versammlung der Beschluss gefasst wurde, den Kaiser um freies Geleite für einige Gesandten, die sie an ihn abschicken wollten, zu ersuchen und gleichzeitig auch jenen Schmid mit einem besondern Auftrage nach Wien abzuordnen. Sedlnický bemühte sich beide Beschlüsse rückgängig zu machen und ermahnte die Stände, dass sie warten sollten, bis die Versammlung eine vollständigere sein und sich auch die Edelleute aus dem olmützer Kreise eingefunden haben würden. Er erreichte jedoch nichts anders, als dass man den Wortlaut des an den Kaiser gerichteten Schreibens, das von grosser Unterwürfigkeit zeugte, unzuändern beschloss und den Reichspfennigmeister einfach mit der Uebergabe desselben betraute und den ihm persönlich erteilten Auftrag zurückzog.***) Welche Aenderun

*) d'Elvert III, 76. Brief an den Kaiser ohne Unterschrift und Datum. In Zusammenhange mit anderen Correspondenzen kann sich dieser Brief nur auf die Mission Schmid's beziehen.

**) Böhm. Statth. Arch. Paulus Geschinius ad Fridericum dd. 26. Nov. 1620.

***) Münchner St.A. Geschin an Friedrich dd. 7. Decemb. 1620.

h im Texte vorgenommen wurde, das Schreiben ent-
 h die Anerbietung, dass die Stände zum Gehorsam
 hren wollten, wenn ihre politischen und religiösen
 n bestätigt, ihnen allen Pardon ertheilt und kein Kriegs-
 ihr Land geführt werden würde.*) Man gab also jetzt
 auf, mit Hilfe Bethlens und Friedrichs den Wider-
 tzusetzen.

, der noch Zeuge dieser Verhandlungen gewesen war,
 tzdem nach Pressburg, um den Auftrag seines Herrn
 n und den Fürsten Bethlen zum Einmarsch in Mähren
 gen und überhaupt alle Anstalten zu treffen, um den
 enden kaiserlichen Angriff abzuwehren. Gleichzeitig
 langte aber ein Brief der ständischen Versammlung
 n an, in dem sie von ihrer Absicht mit dem Kaiser
 andlungen zu treten Kunde gab, und sonach eigent-
 die ungarische Hilfe verzichtete. Bei dieser Nach-
 mächtigte sich Bethlens ein Wuthanfall, er hielt es für
 tswürdigkeit, dass man sich einseitig von der mit
 abgeschlossenen Conföderation losmachen wolle, und
 alte, so hätte er einigen Reiterabtheilungen den Befehl
 in Mähren einzufallen und das Land mit Feuer und
 zu verwüsten. Zuletzt gab er aber den Vorstellungen
 hör und richtete vorläufig ein in den stärksten Aus-
 abgefasstes Drohschreiben an die Stände. Als sich
 d darauf auf die Rückreise begab, beauftragte er ihn
 rdies ihnen zu sagen: dass, wenn sie nicht treu an
 nige und an der mit Ungarn abgeschlossenen Confö-
 festhalten würden, er ihr Land mit Türken und Tar-
 rfallen, keinen Stand, kein Geschlecht und kein Alter
 sondern Alles niedermachen und verwüsten, insbeson-
 r jene, die für die Aussöhnung mit dem Kaiser thätig
 n Hunden zum Frass hinwerfen werde. Ob Ješins
 die Stände in Brünn einschüchterte oder ob sie nur
 t, wissen wir nicht, jedenfalls beschlossen sie den
 hurn, der nach Göding gereist war, zurückzurufen
 ihm über die weitere Vertheidigung Rath zu pflegen

an Schönberg dd. 2./12. Decemb. 1620. Sächs. StA.

und machten so dem pfälzischen Gesandten Hoffnung, dass der Beschluss vielleicht zu Gunsten des Pfalzgrafen ausfallen werde.*)

Die barbarischen Drohungen, die Bethlen gegen Mähren ausstieß, dürften kaum im Stande sein, besondere Sympathien für diesen Mann zu erwecken, aber man könnte wenigstens geneigt sein, seinen Zorn für berechtigt anzusehen, als er von dem bevorstehenden Abfalle Mährens Kunde erhielt. In welchem Lichte erscheint er aber, wenn wir erfahren, dass er selbst zu Verhandlungen mit dem Kaiser bereit war und dem 1620 seine Bereitwilligkeit am 1. Dezember dem Herrn von Prasna, der sich zu ihm nach Tyrnau verfügt hatte, mit der Beistimmung kundgab, dass er zwar wünsche, dass auch mit den böhmischen Ländern Verhandlungen eingeleitet würden, aber im den Fall, als diese sich dazu nicht verstehen wollten, erbittet sei, sein Loos von dem ihrigen zu trennen und mit dem Kaiser einen Separatfrieden abzuschliessen.***) Für sich nahm Bethlen also volle Selbständigkeit in Anspruch, seine Bundesgenossen sollten aber nur mit seiner Zustimmung handelnd auftreten dürfen.

Gegen Friedrich hielt der Fürst von Siebenbürgen Anfangs mit seinem Entschlusse hinter dem Berge, denn noch 1620 am 4. Dezember schrieb er ihm, versicherte ihn seiner Ausdauer und beklagte sich über die Treulosigkeit der Mähren, aber schon einige Tage später richtete er einige Fragen und Erwägungen an den Pfalzgrafen, die diesen über seine Absichten belehren konnten. Nachdem er nämlich auf die wenig ausgiebige Truppenzahl, die Friedrich aufstellen könne, und auf das Gefährliche einer türkischen Hilfeleistung hingewiesen und bemerkt hatte, dass man sich dieselbe um jeden Preis vom Leibe halten müsse, und nachdem er auch der Gefahr erwähnt hatte, von denen seine Herrschaft in Ungarn durch die Katholiken und durch die Friedenssehnsucht der Protestanten bedroht sei, theilte er mit, dass ihm von der französischen Gesandtschaft in Wien eine Vermittlung mit dem Kaiser

*) Jesin an Friedrich dd. 7. Dec. 1620. Münchner StA.

***) Ambassade 381. Reponse du Prince de Transylvanie faite à Mr. de Préaux dd. 1. Dec. 1620.

gebieten worden sei, und forderte den Pfalzgrafen auf, ihm seine Ansicht hierüber bekannt zu geben, und sich an diesen Verhandlungen zu betheiligen.*) Wie wenig Vertrauen Bethlen dem Erfolge eines weiteren Kampfes hatte, zeigte er dadurch, dass er sich von Pressburg nach Tyrnau zurückzog und durch seine Frau das in Ungarn eingesammelte Gold eilig nach Siebenbürgen abführen liess.***) Das Beispiel des fürstlichen Ehepaares wirkte auf ihre Umgebung in depressirender Weise; von den Edelleuten, die sich in Bethlens Gefolge befanden und sonst um seine Gunst buhlten, verschwand jetzt immer nach dem andern und um ihn wurde es täglich leerer.***) In Wien behauptete man, dass, wenn die kaiserlichen Truppen rasch aus Böhmen an die Grenze von Ungarn gezogen wären, das Heer Bethlens sich nach allen Richtungen zerstreut hätte.

Bei der Muthlosigkeit, die sich auf diese Weise in Ungarn geltend machte, konnte vorläufig von der Durchführung der gegen Mähren geschleuderten Drohungen keine Rede sein und die Stände dieses Landes hatten somit volle Musse in ihren Verhandlungen mit dem Kaiser fortzufahren. Als der Reichspfennigmeister Schmid mit ihrem Schreiben in Wien erschien, wurde er vom Kaiser empfangen und ihm auf ihre Bitten von dem Kanzler Lobkowitz eine Antwort ertheilt. Hiernach war der Kaiser nur erbötig ihren Gesandten sicheres Geleite zu bewilligen, die übrigen Bitten lehnte er aber ab, und zwar sowohl die, welche die Verschonung Mährens mit Militäreinquartierung, als die, welche die Bestätigung der politischen und religiösen Privilegien betraf. Ausdrücklich liess der Kaiser erklären, dass er nur jene Privilegien bestätigen werde, die durch die königlichen Auktorität zu keinem Nachtheil gereichten. Mit diesem Bescheid reiste Schmid nach Brünn zurück.†)

Bevor noch die in Brünn versammelten Stände zu der Wahl neuer Männer schritten, denen sie die weiteren Verhandlungen mit dem Kaiser übertragen wollten, war das kaiserliche

*) München StA. Bethlen an den Pfalzgrafen dd. 4. Dec. 1620. Puncta propositionis, die Bethlen dem Pfalzgrafen machte. 27. Nov., 7. Dec. 1620.

**) Zeidler an Kursachsen dd. 6. Dec. 1620. Sächs. StA.

*) Sächs. StA. Nova Hungarica dd. 10. Dec. 1620.

†) Sächs. StA. Zeidler an Schönberg dd. 2./12. Dec. 1620.

Kriegsheer unter der Führung der Obersten Marradas, Maximilian von Liechtenstein und Rudolf von Tiefenbach in Mähren eingedrungen, hatte sich der Städte Iglau und Trebitsch bemächtigt und darin in herkömmlicher Weise gehaust. Diejenigen Edelleute, die sich um diese Zeit in Iglau aufhielten, beeilten sich dem Grafen Buquoy, der auch am 12. Dezember aus Böhmen aufgebrochen war und sich nach Mähren verfügt hatte, ihre Aufwartung zu machen und ihn ihrer Ergebenheit gegen den Kaiser zu versichern. Nun hatten auch die in Brünn versammelten Stände nichts eiligeres zu thun, als an Buquoy eine Gesandtschaft abzuordnen und ihn zu bitten, dass er sein Heer von allen Gewaltthaten zurückhalten möge, da sie erbötig seien, demselben die nothwendigen Lebensmittel zu verabreichen, und im Begriffe ständen sich mit dem Kaiser vollständig auszusöhnen.*) Gleichzeitig trugen sie ihren in einzelnen Städten stationirten Truppen auf, diese zu räumen und sich gegen das kaiserliche Heer nirgends zur Wehr zu setzen und so öffneten sich dem letzteren auch die Thore von Brünn. — Wenn die Stände glaubten, durch diese Nachgiebigkeit und durch die an Buquoy in demüthiger Weise gerichtete Bitte einige Schonung zu erlangen und ihn zur Anknüpfung von Verhandlungen zu bewegen, so täuschten sie sich, denn Buquoy durfte, wenn er auch gewollt hätte, mit ihnen in keine Verhandlungen treten, da der Kaiser es ihm ausdrücklich verboten hatte.***) Wie trübe sich aber auch die Aussichten der Mährer gestalten mochten, Muth zum weiteren Widerstand besass Niemand mehr, denn jetzt bot sogar der Landeshauptmann Welen von Žerotín, der in Mähren die Stellung eines Thurn und Ruppas eingenommen hatte, dem Fürsten von Liechtenstein seine Unterwerfung an, und ersuchte um eine Zusammenkunft mit einem Vertrauensmann desselben, um sich über die Bedingungen zu verständigen.***)

*) Münch. StA. Aus Prag dd. 12. Dec. 1620. — Harrachisches Archiv in Wien: Die mährischen Stände an Buquoy dd. 14. Dec. 1620. — Skála IV, 424. — Sächs. StA.: Adam von Waldstein an Kursachsen dd. 24. Dec. 1620.

**) Sächs. StA. Zeidler an Schönberg dd. 24. Dec. 1620. — Sächs. StA.: Adam von Waldstein an Kursachsen dd. 24. Dec. 1620.

***) Sächs. StA. Adam von Waldstein an Kursachsen dd. 1. Januar 1621.

Als sich nun die mittlerweile gewählten Kommissäre*) auf den Weg nach Wien begaben, wurden ihre Bagagewagen trotz des vom Kaiser ertheilten freien Geleites in der Nähe von Eibenschütz von einigen Hundert Polen und Wallonen überfallen und ausgeplündert, und den Gesandten blieb nichts anderes übrig, als wieder nach Brünn zurückzukehren, und sich von neuem mit Kleidern und Geld zu versehen. Am 22. Dezember traten sie zum zweitenmale die Reise an, und diesmal gelangten sie ohne weitere Gefährdung nach Wien. Sie hatten von den Ständen den Auftrag erhalten, den Kaiser in erster Ehrfurcht zu begrüßen, ihm den Sieg in dem weiteren Kampfe gegen seine Feinde zu wünschen und ihn ihrer unbegrenzten Reue wegen des Aufstandes zu versichern. Sie seien meist durch Gewalt zum Anschluss an denselben gezwungen worden, denn das böhmische Kriegsvolk sei im J. 1619 nach Brünn vorgedrungen und habe durch verrätherische Verbindungen den Anschluss der mährischen Truppen erzwungen. Angst und Schrecken habe sich fortan aller dem Kaiserhause angehenden Personen bemächtigt, Karl von Žerotín sei selbst zeuge der Gewalt, mit der man jeden Anhänger der Dynastie bedroht habe, und so hätten sich die Stände, da sie dem ungedrungenen Kriegsvolk keinen Widerstand hätten leisten können, aus Furcht vor weiterer Vergewaltigung dem Aufstrome angeschlossen. Möge also der Kaiser gnädig erwägen, dass sich kaum drei bis vier Personen aus Ueberzeugung dem Aufstande angeschlossen, alle übrigen aber nur der Gewalt nachgegeben hätten, dass Mähren unter sämtlichen Ländern sich zuletzt für den Aufstand erklärt und dass das böhmische Volk keine Kenntniss von dem Gegenstande des Streites gehabt habe und deshalb keine Strafe verdiene. Doch wolle man damit nicht alles Unrecht von sich abwälzen, sondern erneue dasselbe aufrichtig, erkläre sich für schuldig und bitte den Kaiser um Erbarmen und Verzeihung. Er möge das Beispiel Gottes nachahmen, der dem bussfertigen Sünder aus

*) Es waren dies Berthold Gottlieb von Lipa, Heinrich Zahradecký und Čejka von Olbramowic. — Die Gesandten an die Stände dd. 22. Dec. Sächs. StA. — Die mährischen Stände an den Kaiser dd. 22. Dec. 1620. Innsbrucker Statthaltereiarchiv.

blosser Gnade seine Schuld verzeiht, und deshalb nicht so sehr auf die jüngsten Unthaten als auf die Verdienste hinschen, die sich die Mährer in früherer Zeit um seine Vorfahren erworben haben, und ihnen allen ohne Unterschied, mochten sie wie immer begangen und welche Stellung immer eingenommen haben, verzeihen und ihnen die Aufrechthaltung ihrer politischen und religiösen Freiheiten, kurz des früheren Rechtsstandes versprechen.*) Alle diese Bitten und Vorstellungen machten den Inhalt einer Schrift aus, welche die Abgesandten dem Kaiser bei der Audienz überreichen sollten.

Bevor die Gesandten in Wien mit der geschilderten Schrift anlangten, schrieb Michna im Auftrage Buquoy's an den Kanzler Lobkowitz und widerrieth jede nachgiebige Haltung: man solle die Mährer zur Entlassung ihres Kriegsvolks und zur Erneuerung der Huldigung verhalten, den Brünnern und Olmützern die Herstellung des Zustandes der Dinge, wie es vor 1619 war, anbefehlen und sich alle weiteren Beschlüsse vorbehalten. Der Rathschlag Michna's ging also auf volle Ausbeutung des Sieges und auf die Ablehnung jeglichen Versprechens, auf das sich die Stände später berufen könnten. Es bedurfte jedoch weder seiner Mahnung noch seiner Rathschläge, die in Wien befindlichen kaiserlichen Rathgeber hatten dieselben Anschauungen und wollten sie wo möglich in noch schrofferer Weise durchführen. Zur Berathung über die mährischen Angelegenheiten hatte der Kaiser eine Kommission berufen, an der sich neben dem Kardinal Dietrichstein, der fortan auf die Geschehnisse Mährens einen ähnlichen Einfluss ausüben sollte, wie Liechtenstein auf die Böhmen, der Kanzler Lobkowitz, die Herren von Strahlendorf, Laminger, Talmberg Otto von Nostitz und einige andere nicht näher bekannte Personen betheiligten. Nach der Ansicht des Kardinals sollte man zunächst auf die Stärkung des geistlichen Einflusses hinarbeiten demnach der Geistlichkeit wieder den ersten Sitz auf der Landtage einräumen und dieselbe in entsprechender Weise vermehren. Die königlichen Richter, die Bürgermeister und

*) Skála IV, 425. Sächs. StA. Instruktion des mährischen Landtags für die Gesandten an den Kaiser dd. 18. December 1620.

***) Raudnitzer Archiv. Michna an den Kanzler Lobkowitz dd. 5. Januar 1621.

tschreiber sollten in allen Städten nur Katholiken sein und in
 gen Städten wie z. B. in Brünn nur Katholiken zu den Ämtern
 lassen werden. Die böhmischen Brüder und die Wieder-
 er sollten augenblicklich unterdrückt, und wenn sie Wider-
 d leisten würden, aus Mähren verjagt werden. Alle Waisen-
 ter sollten in der katholischen Religion erzogen werden und
 ld sie 4000 Thaler Vermögen besitzen, nur mit kaiserlicher
 abniss heiraten dürfen. Alle Zunftbürger sollten verhalten
 den, dem katholischen Gottesdienst nach alter Weise bei-
 zohnen. Endlich sollten Vorbereitungen zur Heranbildung
 er entsprechenden Anzahl von Geistlichen getroffen werden
 l zu diesem Zwecke jeder katholische Beneficiat den dreis-
 ten Theil seines Einkommens beisteuern. Man sieht aus
 en Vorschlägen, dass der Kardinal die Reformation in den
 dten und auf dem königlichen Besitze rasch und entschlossen
 die Hand nehmen wollte.

In Bezug auf die Art und Weise, wie der Kaiser seine
 cht in Mähren neu begründen sollte, empfahl der Kardinal,
 e einige Plätze im Lande befestigt und mit Garnisonen ver-
 en werden sollten. Allen Städten sollte Ferdinand ihre Kanonen
 nehmen und bestimmen, dass er allein zur Anwerbung und
 stellung von Truppen berechtigt sei. Alle jene Rechte, für
 die mährischen Stände nicht spezielle Privilegien sondern
 die gewohnheitsmässige Uebung anführen könnten, solle
 icht weiter anerkennen, sondern cassiren, mit einem Worte,
 Verfassung des Landes in einer ihm zusagenden Weise
 ndern. Die Bier- und Haussteuer sollte fortan für immer
 ichtet werden. Endlich wollte der Kardinal die alte Ord-
 g, dass die Stände ihrem Könige die geeigneten Personen
 die obersten Landesämter und Rathsstellen vorschlagen
 ten, nur unter der Bedingung beibehalten wissen, dass es
 rzeit im Belieben Seiner Majestät liegen solle, einen und
 anderen Beamten aus seiner Stellung zu entfernen.

In Beziehung auf die Bestrafung der Theilnehmer des
 standes riet der Kardinal, dass der Kaiser keine von seinen
 fahren contrahirten Schulden bezahlen, die städtischen Güter
 isciren und von den Edelleuten nur jene schonen solle, die
 Afterkönig nicht den Eid der Treue geleistet hätten. Der

Besitz derjenigen, die nichts weiter verbrochen hatten, als diesen Eid geleistet zu haben, sollte zu einem Lehen- oder Bauergut herabgesetzt und mit einem besonderen Zins belastet werden. Alle übrigen Uebelthäter sollten ihren gesammten Besitz und zum Theil auch ihr Leben verlieren.

Die Meinung des Kardinals, die den Anschauungen entsprach, die damals in Wien zur Geltung gekommen waren, fand bei den übrigen Räten keinen Widerspruch, nur der Kanzler Lobkowitz erlaubte sich einige Bemerkungen, die die Aufrechthaltung einiger ständischen Prerogative und die Eindämmung des nun hereinbrechenden Absolutismus bezweckten, unter welchen Bemerkungen vor allem die angeführt zu werden verdient, dass er sich gegen die willkürliche Entlassung der obersten Landesbeamten aussprach. Welchen Veränderungen nach diesen Einwürfen das Gutachten des Kardinals unterzogen wurde, und ob überhaupt welche eintraten, ist nicht bekannt, jedenfalls wurde es am folgenden Tage dem Kaiser überreicht und von ihm gutgeheissen. *)

Es handelte sich nun darum, wen man mit der Verwaltung von Mähren und mit der Durchführung dieser einschneidenden Massregeln betrauen würde. Der Kaiser traf rasch seine Wahl, denn unmittelbar nach der Ueberreichung des Gutachtens erklärte er, dass er den Kardinal Dietrichstein zu seinem Commissär in Mähren ernenne und ihm den früheren Landeshauptmann Ladislaw von Lobkowitz und die früheren, durch den Aufstand beseitigten obersten Landesbeamten als Gehilfen an die Seite stellen wolle. Der Kardinal weigerte sich Anfangs diese Würde anzunehmen, ob zum Schein oder in Wirklichkeit bleibt dahingestellt, jedenfalls hielt er seine Weigerung nicht aufrecht und benützte gleich im Beginne seine Stellung, indem er der Kirche in Mähren zu Ansehen und Reichthum verhalf, und dabei sich selbst nicht vergass. **)

Bei dem Verhalten, das man gegen Mähren einzuschlagen im Begriffe war, ist es begreiflich, dass die Bitten und Vorstellungen der mährischen Stände auf einen steinigen

*) Die Berathungen der mährischen Kommission bei d'Elvert III, 78.

**) Die betreffenden Schriftstücke bei d'Elvert III, fol. 81.

Boden fielen. Schon die Aufnahme ihrer Gesandten in Wien war so herb als möglich, denn als sie um die Audienz bei dem Kaiser ansuchten, wurde ihnen bedeutet, dass sie ihr oben geschildertes Gesuch zuerst dem Kanzler Lobkowitz und dem Kardinal Dietrichstein mittheilen müssten, damit diese Herren prüfen könnten, ob nicht etwas ungehöriges in demselben enthalten sei. Da die Prüfung zu keiner Korrektur Veranlassung gab, beriet man sich am Hofe, ob man den Gesandten auftragen sollte, dass sie bei der Audienz einen Fussfall thun sollten oder nicht. Ferdinand selbst entschied sich gegen denselben, weil er, wenn er sie aufstehen heissen würde, nicht in ihnen die Hoffnung wecken wollte, als ob er ihnen verziehen hätte und so wurde den Gesandten nur ein tiefer Bückling vorgeschrieben.

Unter diesen schlimmen Anzeichen wurden also die Gesandten zur Audienz zugelassen. Der Kaiser erschien in Begleitung des Kanzlers in strenger Haltung und vernahm den Inhalt der Bittschrift, die ihm im Auszuge unter vielen Bitten und Beachwürungen vorgetragen wurde. Kein einziges Wort kam hiebei über seine Lippen. Als die Gesandten ihre Rede geendigt hatten, ergriff der Kanzler das Wort und ergoss sich in heftigen Vorwürfen gegen die Stände Mährens wegen ihrer Theilnahme an dem Aufstande, um derentwillen ihre hier anwesenden Vertreter nicht einmal würdig seien, vor das Antlitz des Kaisers vorgelassen zu werden.*) Dann nahm er ihre Bittschrift entgegen und unter dem vorgeschriebenen tiefen Bückling mussten sich die Gesandten entfernen.

Wieder fanden Berathungen zwischen den kaiserlichen Räten statt, in welcher Weise man das Gesuch beantworten solle. Die strengen Massregeln, die man zu treffen im Begriffe war, wollte man noch nicht kund geben, aber man wollte sie auch nicht verbergen, so dass die Verständigen schon jetzt eine Ahnung von dem Schicksale beschleichen konnte, das sie alleammt bedrohte. So wurde denn beschlossen, den Gesandten keine ^{17. Jan.} zweite Audienz bei dem Kaiser zu gestatten und den Kanzler ¹⁶²¹

*) Sächs. StA. Zeidler an Schönberg dd. 16./26. Januar 1621.

mit der Antwort zu beauftragen, die in sorgfältiger Weise stilisirt wurde. In derselben wurde die schon einmal vom Kanzler abgegebene Erklärung wiederholt, dass der Kaiser eigentlich die Gesandten gar nicht vor sein Antlitz habe treten lassen sollen und nur aus überschwenglicher Güte dies gethan habe. Zu seinem Commissär in Mähren habe er den Cardinal Dietrichstein ernannt, der sich dahin verfügen und eine Untersuchung gegen die Theilnehmer des Aufstandes vornehmen werde. Der Kaiser werde sich gegen jeden nach seinem Verdienste benehmen, die Schuldigen strafen, die Unschuldigen aber in seinen Schutz nehmen.*) — Ohne jegliche Bedingung und ohne jegliches Versprechen nahm man also in Wien die Unterwürfigkeitserklärung der Mährer entgegen: nicht einmal das Versprechen wurde ihnen gegeben, das Maximilian in Böhmen geleistet hatte, dass man sich an ihren Personen nicht vergreifen werde. Allerdings konnte man ein derartiges Versprechen nicht geben, da man dasselbe auch in

1621 Böhmen nicht einhalten wollte. Am 23. Januar stellte der Kaiser ein Dekret aus, durch das die Jesuiten in ihre früheren Besitzungen in Mähren zurückkehren und vollen Ersatz für allen erlittenen Schaden erhalten sollten. Mit diesem Dekrete inauguirte er seine neu gewonnene Stellung.**)

Welchen beängstigenden, um nicht zu sagen niederschmetternden Eindruck die kaiserliche Antwort auf Mähren äussern musste, kann man daraus ersehen, dass der Mann, der als der vornehmste Urheber des Aufstandes angesehen werden muss, Graf Thurn, sich noch um diese Zeit mit der Hoffnung eines auch auf seine Person sich erstreckenden Pardons schmeichelte.

1620 Offenbar nicht ohne sein Vorwissen war im November dem Kaiser angedeutet worden, dass wenn er ihm und dem Landeshauptmann Welen von Žerotin Verzeihung angedeihen lassen würde, Mähren zum Gehorsam zurückzukehren bereit sei. Gewiss war die Ueberzeugung von der Rechtmässigkeit des Aufstandes tief in das Herz der meisten Theilnehmer eingegraben und nur so ist die Kurzsichtigkeit erklärlich, dass fast alle

*) Skála IV, 425 und 430. — d'Elvert III, 82.

**) d'Elvert I, 122.

maligen böhmischen Direktoren ruhig in Prag blieben, als das kaiserliche Regiment daselbst wieder errichtet wurde und dass sie glaubten, der Sieger werde sich mit der wiedererrungenen Herrschaft begnügen. Wie aber ein Mann wie Thurn glauben konnte, dass der Kaiser all die Gefahren vergesse würde, in die er durch ihn gestürzt und aus denen er fast nur durch ein Wunder gerettet worden war, bleibt unbegreiflich. In seiner Kurzsichtigkeit begnügte er sich nicht damit, durch einen uns unbekanntem Unterhändler an den Kaiser die Forderung wegen seiner Pardonirung zu stellen, sondern er war auch damit einverstanden, dass seine Frau mit ihrem Sohne nach Wien reiste, um ihre eigene Begnadigung und die ihres Sohnes zu erwirken und dadurch ihren bedeutenden Besitz vor der Confiscation zu sichern. Von diesem Schritte gab er dem Pfalzgrafen nach Breslau Kunde, da er nicht wissen konnte, welches Resultat die Bitten seiner Frau haben würden und deshalb nicht mit Friedrich brechen wollte. Der Pfalzgraf wurde durch die Anzeige schmerzlich betroffen und antwortete dem Grafen, ^{um den} dass er seiner Frau und ihrem Sohne den kaiserlichen Pardon ^{20.Dec.} gönne, ¹⁶²⁰ aber zu bedenken gebe, ob es würdig sei, dass ohne sein Vorwissen Verhandlungen mit dem Kaiser angeknüpft würden und man hiebei auf ihn, der nur dem Rufe der Stände gefolgt und sein ganzes Vermögen in die Schanze geschlagen habe, gar keine Rücksicht nehme.*)

Da man sich in Mähren bereits mit der Entlassung des erworbenen Volks beschäftigte, beschloss Thurn vorläufig zu Bethlen zu reisen, um da in grösserer Sicherheit das Resultat der Bitten seiner Frau abzuwarten. Er traf mit dem Fürsten von Siebenbürgen in Skalic zusammen und erfuhr daselbst, dass derselbe auf die Nachricht von der aus Mähren an Ferdinand abgeschickten Gesandtschaft an die Stände dieses Landes ein neues Schreiben gerichtet habe, in dem er die Berichtigung der Soldrückstände für die mährischen Kompagnien, die ihm nach Pressburg zu Hilfe geschickt worden waren und die Auszahlung der auf Mähren entfallenden Quote jenes Geldbetrages,

*) Skála IV, 415. — Sächs. StA. Der Pfalzgraf an Thurn dd. 22. Decemb. 1620. Breslau.

zu dem sich die böhmischen Länder gegen Ungarn verpflichtet hatten, verlangte und im Weigerungsfalle abermals mit Verwüstungen drohte.*) Graf Thurn, der die mährischen Stände um dieses Drohschreibens willen bedauerte, ersuchte sie auf alle Weise eine Aussöhnung und einen Frieden mit dem Kaiser herbeizuführen und gab sich dabei noch immer der Hoffnung hin, dass auch er in den Frieden einbezogen werden würde.**)

Gegen Ende Januar erfuhr er jedoch, welche Antwort der Kaiser der mährischen Deputation gegeben habe und dass man in Wien von einer allgemeinen Begnadigung nichts wissen wolle, und wenige Tage später theilte ihm seine Frau mit, dass sie zwar bei dem Kaiser vorgelassen und denselben auch um seine Pardonirung ersucht habe, aber wegen der Grösse seiner Verbrechen mit ihrem Gesuche abgewiesen worden sei.***) Er sah nun ein, dass die Zeit zu Verhandlungen mit dem Kaiser für ihn und seine Partei zu Ende sei. Fortan schloss er sich ohne Unterschied allen Feinden Ferdinands an, und es ist nicht bekannt, dass er während seiner noch viele Jahre zählenden Laufbahn noch einmal um seine Pardonirung angesucht hätte. Dasselbe Schicksal theilte auch sein Sohn, der in Prag nach der Entlassung des ständischen Kriegsvolks zurückgeblieben und in freundliche Beziehungen zu dem Grafen Buquoy getreten war, nachdem er aber in Wien in Erfahrung gebracht hatte, dass ihm dies nichts helfen würde, aus dieser Stadt sich entfernte und an dem weitem Kampfe gegen Ferdinand theilnahm.

1621 Im Monat Februar und in der folgenden Zeit bemühte sich der Oberst Maximilian von Liechtenstein die Schwierigkeiten, die von dem noch nicht entlassenen mährischen Kriegsvolk herrührten, zu beseitigen. Buquoy hatte Liechtenstein mit dieser Angelegenheit betraut, da er wegen seiner Nichtkenntniss der deutschen Sprache die betreffenden Verhandlungen nicht führen konnte. Wie liederlich man die kaiserlichen Interessen wahrte und wie sehr es jetzt an dem festen und gebietenden Einflusse des Herzogs von Baiern man-

*) Innsbrucker Statth. Arch. Bethlen an die mähr. Stände dd. 8. Januar 1621.

**) Sächs. StA. Thurn an die mährischen Stände dd. 16. Januar 1621.

***) Skála V, 8.

te, geht schon daraus hervor, dass man auf kaiserlicher Seite mit den mährischen Regimentern über die Auszahlung des ihnen schuldigen Soldes verhandelte und erbötig war ihnen ein Viertel desselben, ungefähr 700.000 Gulden, zu zahlen, und dass man nicht bloss die einzelnen Regimenter, sondern auch die Offiziere und Obersten, so namentlich den Grafen Schlick, Stubenvoll und andere hochgestellte Kriegshäupter in kaiserliche Dienste nehmen wollte. Der Kaiser streckte in der That 80.000 Gulden zur Befriedigung der Soldreste vor, ob der weitere Rest später ausbezahlt wurde, kann man füglich bezweifeln. Die übrigen Verhandlungen führten zu dem Ziele, dass zwei mährische Regimenter intakt beisammen blieben und von ihren Obersten commandirt in kaiserliche Dienste traten, der Rest scheint sich aufgelöst zu haben und grösstentheils zwischen die kaiserlichen Regimenter vertheilt worden zu sein.*) Welche Ordnung und Anhänglichkeit konnte aber im kaiserlichen Heere herrschen, wenn dasselbe von Personen befehligt wurde, die den Kaiser so eben auf Tod und Leben bekämpft hatten!

Als Kardinal Dietrichstein seine Stelle als Statthalter antrat, war seine erste Sorge darauf gerichtet, dem Kaiser den grösstmöglichen Geldgewinn aus Mähren zur Verfügung zu stellen. Schon am 1. Februar, also vielleicht gleichzeitig mit 1621 seiner Ankunft in diesem Lande, wurde ihm ein kaiserliches Dekret übermittelt, in welchem er beauftragt wurde, Anstalten zu treffen, dass die Verwaltung der Güter sämmtlicher Rebellen, unter denen man zunächst die Flüchtlinge und die gewesenen Direktoren und einige hervorragende Theilnehmer des Aufstandes verstand, von ihm übernommen und sie dem Kaiser nutzbringend gemacht würden. Er sollte sich auch fleissig darnach erkundigen, in welche Gegend von Mähren sich einzelne Edelleute aus dem Erzherzogthum mit ihrer Habe geflüchtet hätten und dieselbe mit Beschlag belegen.***) Da die beabsichtigte Beschlagnahme wenig einbrachte und man an die Berufung eines Landesverwalters zu einer etwaigen Steuerbewilligung nicht dachte, so wollte man der steigenden Noth durch Contributionen abhelfen,

*) Die Korrespondenzen bei d'Elvert III. — Gratzner Archiv. Max von Liechtenstein an Buquoy dd. 26. und 27. Febr. 1621.

***) d'Elvert III, 170. Memorial für Dietrichstein dd. 1. Febr. 1621.

die man den reicheren Städten in Mähren auflegte. Der Kanzler Lobkowitz reiste zu diesem Behufe selbst nach Brünn, um durch seine Auktorität dieses Geschäft zum raschern Abschluss zu bringen. Iglau wurde von dem Kanzler zur Zahlung von 30.000 Thalern und zur Erlegung von Tuch in gleichem Werthe aufgefodert, Brünn musste sich zur Zahlung von 30.000 Thalern verstehen, Znaim zu 23.000, Olmütz zu 60.000 Thalern und in ähnlichem Massstabe mussten alle übrigen Städte des Landes sich zu einer Contribution entschliessen. *) Dies war im Februar 1621 der Fall und schon im März beschäftigte sich Michus mit einem Plan, auf welche Weise weitere 300.000 Gulden zu erlangen wären. Da man gleichzeitig in Erfahrung brachte, dass die mährischen Stände zur Bestreitung ihrer früheren Rüstungen bei dem Grafen Thurn (wahrscheinlich dem in Mähren begüterten Vetter des Heinrich Mathias Thurn) und bei dem Herrn von Tiefenbach und Landau ein Anlehen von 420.000 Gulden aufgenommen hatten, so wurde der Kardinal beauftragt, die Rückzahlung dieser Summe für den Kaiser, der sich so als Rechtsnachfolger jener Rebellen erklärte, zu verlangen. **) Wie gross aber auch die Zahlungen waren, denen sich die mährischen Städte unterzogen und die Stände unterziehen sollten, so waren damit die Leistungen bei weitem nicht erschöpft, denen das Land für den Augenblick unterworfen wurde. Auf demselben lastete nämlich auch die Erhaltung des gesammten daselbst einquartirten kaiserlichen Kriegsvolks, man musste die Soldaten nicht bloss nähren, sondern auch zahlen und dabei war weder ein Nachlass noch ein Aufschub möglich. Der kaiserliche Kammerrath Unterholzer berechnete, dass Mähren monatlich mindestens mit 150—200.000 Gulden für das kaiserliche Kriegsvolk aufkommen müsse. ***) Die Stadt Znaim erbot sich die ihr auferlegte Contribution von 23.000 Thalern auf 40.000 erhöhen, wenn das bei ihr einquartirte Volk weg-

*) d'Elvert III, 175. Berichte des Kammerrathes Unterholzer dd. 2. März 1621. Man sehe auch das Schreiben der Hofkammer an Dietrichstein dd. 5. März 1621 (d'Elvert III, 179), durch welches die Angaben Unterholzers ergänzt und berichtigt werden.

**) d'Elvert III, 179. Auftrag an Dietrichstein dd. 5. März 1621.

***) d'Elvert III, 201. Bericht Unterholzers dd. 30. März 1621.

geführt würde,*) aber diese Anerbietungen fruchteten nichts. Anfangs April schickte Unterholzer ein Gutachten an die Hof-¹⁶²¹ kammer in Wien, in dem neue Vorschläge zur Ausbeutung des Landes die Hauptrolle spielten. Man solle die Städte zu weiteren Leistungen heranziehen, die reicheren Edelleute zu Darlehen nöthigen, rascher nach den Rebellengütern greifen und vom Landtage die Zahlung von 3—400.000 Gulden verlangen.***) Da nur einzelne Städte sich zu einem Darlehen verstanden, alle übrigen Pläne jedoch wegen Erschöpfung des Landes nicht ausführbar waren, Geld aber um jeden Preis herbeigeschafft werden musste, so befahl der Kaiser dem Kardinal, er solle ^{3. April} ein Anlehen auf die zu konfiscirenden Güter aufnehmen.¹⁶²¹***) Auch die Einforderung der unter dem frühern Regiment bewilligten, aber nicht eingezahlten Steuern, namentlich der Biergelder, sollte jetzt nachsichtslos betrieben werden.†)

Wir brechen hier ab, weil die weiteren Drangsale, von denen Mähren betroffen wurde, nur in Zusammenhang mit den in Böhmen verhängten Executionen und Reformationen und mit dem gegen Bethlen fortgesetzten Krieg erzählt werden können.

II

Obwohl der Kurfürst von Sachsen mit seiner Hilfe zögerte und sich zum Angriffe auf die Lausitz erst entschloss, als er von den Fortschritten der ligistischen Truppen benachrichtigt worden war, so war er deshalb in der Vorbereitung der nöthigen Kriegsmittel und in der Anwerbung eines tüchtigen Heeres nicht säumig gewesen. Auf seinen Befehl waren die Rüstungen eifrig betrieben und so allmählig eine Armee in der Stärke von ungefähr 12—15.000 Mann zusammengebracht worden, über welche der Graf Wolf von Mansfeld mit dem

*) Ebenda. 184. Dietrichstein an den Kaiser dd. 18. März 1621.

***) Ebenda. 193.

***) Ebenda. 194. Ferdinand an Dietrichstein dd. 3. und 9. April 1621.

†) Ebenda. 194. Memorial wegen der Geldaufbringung dd. 5. April 1621.
Ebenda. S. 200. Mähren betreffende Vorschläge.

Titel eines Generalleutenants das Commando führen sollte. Der Kurfürst wollte für die geworbene Mannschaft noch eine Reserve schaffen und rief deshalb auch das Landesaufgebot zu den Waffen, das sich allein in den sächsischen Städten auf 14.000 Mann Fussvolk belief. Von der Verwendung dieser Mannschaft sah er jedoch vorläufig ab, wollte aber dafür die Ritterschaft seines Kurfürstenthums unmittelbar zum Dienste heranziehen. Allein trotz aller Bemühungen verweigerte ihm der grösste Theil derselben unter Berufung auf ihre Privilegien die Leistung der verlangten Heeresfolge, für welche Wägrung die Unpopularität des bevorstehenden Kampfes ausschlaggebend war. So blieb also Johann Georg auf seine geworbenen Truppen beschränkt.

1620 Anfangs September wollte der Kurfürst aus seiner böhmerischen Reserve heraustreten und den Kampf gegen die Oberlausitz beginnen. Er leitete denselben damit ein, dass er dem Generalkriegskommissär seines Heeres Grünthal nach Bautzen an die dort versammelten oberlausitzer Stände schickte, um sie zur Unterwerfung unter den Kaiser auffordern zu lassen. Die Anerbietungen, die der Kurfürst durch seinen Botschafter machen liess, waren darnach angethan, das Zutrauen der Stände zu wecken; er versprach ihnen, sobald sie ihr Loos von dem des Pfalzgrafen trennen würden, im Namen des Kaisers Pardon zu ertheilen und „eine solche Confirmation ihrer Privilegien namentlich bezüglich der wahren Religion zuwege zu bringen, dass sie genugsam gesichert sein sollten.“ In der That wenn dieses Versprechen eingehalten wurde, so musste sich das Loos der Oberlausitzer tausendmal besser gestalten als das der Oberösterreicher, Böhmen und Mährer, denn es garantierte ihnen eine vollständige Verzeihung und liess sie weder für ihre Rechte noch für ihr Eigenthum fürchten.*)

1620 Grünthal kam am 6. September nach Bautzen und erfreute sich bei den Ständen eines ziemlich freundlichen Empfanges, doch verschob man die Verhandlungen mit ihm bis auf den folgenden Morgen.**) Am Abend vorher hatte jedoch der Mark-

*) Sächs. St.A. Kursachsen an die Oberlausitzer dd. 26. August/5. Sept. 1620.

***) Relation Grünthals dd. 6./16. October 1620. Sächs. St.A. — Ebd. Instruction für Grünthal.

raf von Jägerndorf eine Truppenabtheilung von 1000 Mustieren und vier Reiterkompagnien*) nach Bautzen geschickt, um die Stadt gegen den feindlichen Angriff zu vertheidigen und die Stände von allen Verhandlungen fern zu halten und damit hatte jede Nachgiebigkeit ein Ende.***) Grünthal wurde in seiner Stube überfallen, als Gefangener erklärt und von Bautzen nach Prag geschleppt, wo er im weissen Thurm einsperrt wurde. Die Art und Weise, wie man gegen ihn verfuhr und die den Gesandten gebührende Werthschätzung verletzete, steigerte den Eifer des Kurfürsten und er beschloss nun ausgesäumt seine Truppen gegen Bautzen vorrücken zu lassen, um sich dieser Stadt mit Gewalt zu bemächtigen.

Mit der Organisirung des auf die Abwehr des sächsischen Angriffes berechneten Widerstandes hatte König Friedrich schon seit einigen Wochen den Markgrafen von Jägerndorf beauftragt. Er sollte zu diesem Behufe über jenen Theil der böhmischen Streitkräfte verfügen, deren die Stände dieses Landes nicht zur allfälligen Abwehr polnischer Angriffe bedürftigen, dazu stellte die Lausitz ihr Contingent und auch das Landesaufgebot der nördlichen Kreise Böhmens wurde seinen Befehlen untergeordnet, wenigstens ergingen von Prag Befehle auf Befehle nach dem elbogner, leitmeritzer, königgrätzer und anderen Kreisen, nach denen das dortige Landesaufgebot gegen Sachsen verwendet werden sollte.****) Graf Joachim Andreas Schlick, der zum Landvogt in der Lausitz ernannt worden war, verlegte seinen Sitz nach Zittau und traf von dort aus mancherlei Anordnungen, um den Widerstand mit den nöthigen Hilfsmitteln zu versehen und dem Markgrafen von Jägerndorf seine Aufgabe zu erleichtern, namentlich sorgte

*) Adam von Waldstein an Polixena von Lobkowitz. Raudnitzer Archiv.

**) Sächs. StA. Johann Georg an Maximilian dd. 2./12. Septemb. 1620.

*) Böhm. Statthaltereiarchiv. Friedrich an die Egerer, Elbogner und Glatzer dd. 24. August 1620. — Ebend. Die obersten Landesbeamten an Wenzel Wchynský dd. 14. Sept. 1620. — Ebend. Die obersten Landesbeamten an die Hauptleute des saatzter, leitmeritzer und schlaner Kreises dd. 14. Sept. 1620. — Ebend. Befehl der obersten Landesbeamten an den leitmeritzer Kreis dd. 29. Sept. 1620.

er dafür, dass in dem angrenzenden Böhmen die nöthigen Pferde und Fuhrleute in Bereitschaft gehalten wurden, um den Transport des Trains zu besorgen*), und mahnte die Lausitzer wiederholt zur pünktlichen Entrichtung der Steuern.**)

Obwohl der Kurfürst über weit tüchtigere Angriffsmittel gebot als seine Gegner und obwohl ihn zahlreiche Nachrichten ausser Zweifel liessen, dass der Widerstand der Lausitz kein zäher sein werde, so bemächtigte sich seiner unmittelbar vor dem Einmarsch in die Lausitz wieder die Sorge, dass man nicht bloss seinen Angriff abwehren, sondern von Böhmen aus in sein Land einfallen werde und dass bei diesem Einfälle die ungarische Reiterei verwendet werden könnte. Dieses Besorgniss war zwar unbegründet, da man von Böhmen aus auf allen Strassen, die nach Sachsen führten, Verhaue anlegte und so deutlich die eigene Schwäche kundgab, aber trotzdem fühlte sich der Kurfürst nicht sicher genug. Da er auf den Zuzug Maximilians nicht hoffen konnte, so lang dieser die feindliche Armee noch nicht vollständig niedergeworfen hatte, so wünschte er jetzt, dass der Marquis Spinola den Marsch nach der Niederpfalz aufgeben und seine Schritte nach Sachsen lenken möchte. Wiederholt schrieb er in diesem Sinne an den Landgrafen Ludwig von Hessen-Darmstadt, der nunmehr seinen ganzen Diensteifer der kaiserlichen Sache widmete, und bat ihn und den Kurfürsten von Mainz, seinen Wunsch zu unterstützen. Der Landgraf kam der Bitte nach, musste aber an Johann Georg berichten, dass Spinola seinen Kriegsplan nicht ändern wolle und dass er also die Lausitz mit eigenen Mitteln bekämpfen müsse.***)

Johann Georg hatte mittlerweile sein Hauptquartier bei Bischofswerda aufgeschlagen und hielt da seinen Hof umgeben von den Herzogen von Lüneburg und Sachsen-Altenburg, dem Administrator von Halle und dem Herrn Adam von Waldstein, der sich als kaiserlicher Vertrauensmann bei ihm befand. Die sächsische Armee postirte sich mit ihrem grossen Train in der

*) Böhm. Statthalterarchiv. Der Landvogt der Oberlausitz dd. 8. Sept. 1620.

***) Schlick an die Oberlausitzer dd. 21. Sept. 1620. Sächs. StA.

***) Sächs. StA. Landgraf Ludwig an Johann Georg dd. 20./30. Sept. 1620.

he der Stadt Bautzen, deren Angriff am 13. September 1620 folgte.*) Da die Stadt befestigt war und die Geschütze dieser Zeit keine weitreichende Wirkung hatten, so zog sich die Belagerung durch fast drei Wochen hin. Die Besatzung hielt sich tapfer unter dem Kommando des tüchtigen Oberstenutenants Legerspee und da gleichzeitig Regenwetter eintrat, unter dem die Belagerer arg litten, so dachten die letzteren bereits an den Rückzug. Thatsächlich berichteten der Generalutenant und die Obersten nach gehaltenem Kriegs Rath an den Kurfürsten nach Bischofswerda, dass es am besten wäre, wenn man die Belagerung vorläufig aufheben würde. Der Kurfürst wollte aber von diesem Rathe nichts wissen, da er sich des Schimpfs wohl bewusst war, den er mit dem Rückzuge auf sich laden würde und so wurde die Belagerung fortgesetzt, die auch bald zum Ziele führte, weil es der belagerten Mannschaft an Pulver und Blei gebrach und sie zuletzt zur Anfertigung thönerner Kugeln Zuflucht nehmen musste. Am 1. Oktober knüpfte die Besatzung Unterhandlungen mit dem böhmischen Oberkommandanten an und diese führten zwei Tage später zur Uebergabe der Stadt. Zwei Hauptleute sollten noch lang in Haft bleiben, bis Grünthal aus Prag entlassen sein würde, den übrigen Offizieren und der Mannschaft wurde freier Abzug gegen das Versprechen gewährt, dass sie während der nächsten drei Monate sich zu keinem Kriegsdienst gebrauchen lassen würden. — Während der Belagerung hatten sich einzelne Soldaten damit erlustigt, von den Schanzen aus über den Kurfürsten und seine leidenschaftliche Jagdlust zu spotten und zu schimpfen. Auf diese Uebelthäter bezog sich die Kapitulationsbedingung nicht, sie wurden ausgeforscht und hingerichtet. — Die Bürgerschaft von Bautzen entschuldigte sich bei dem Kurfürsten und erklärte, dass sie an der Vertheidigung keinen Theil gehabt habe, sondern der Vergewaltigung ihrer Besatzung unterlegen sei. Sie wurde mit dieser Entschuldigung in Gnaden aufgenommen und nachdem sie dem Kaiser wieder Treue ge-

*) Böhm. Statthaltereiarchiv. Bericht des Christof Ryzlar dd. 15. Septemb. 1620. — Raudnitzer Archiv. Waldstein an Polixena von Lobkowitz dd. 13. Septemb. 1620.

13. Oct. schworen, ihrer Freiheiten und Privilegien versichert.*) Jetzt
1620 erlangte auch Grünthal seine Freiheit, da man ihn in Prag nicht länger festhalten durfte, wenn man die gefangenen Hauptleute befreien wollte.

Noch ehe Bautzen eingenommen war, flosste die einfache Thatsache der Belagerung der lausitzer Ritterschaft so grossen Schrecken ein, dass am 17. September vier Edelleute und eine Woche später weitere 33 für sich und ihre Anverwandten dem Kurfürsten ihre Unterwerfung erklärten und ihn um Schutz baten.**)

1620 Kaum hatte Johann Georg Bautzen besetzt, so schickte er seinen Obersten Kraft von Bodenhausen mit einer Truppenabtheilung nach der Niederlausitz gegen die Städte Fürstenwalde und Sonnenwalde***), und das blosse Erscheinen der Truppen vor ihren Mauern genügte, dass sie sich ergaben. Von einem Widerstand war fortan nur wenig die Rede, dennoch suchte wenigstens der oberlausitzer Adel, bevor er das letzte Wort sprach und sich auf einem Landtage feierlich vom Aufstande lossagte, Trost und Hilfe in Böhmen und schickte zu diesem Behufe eine Gesandtschaft an Friedrich ab.†)

Schon vor der Ankunft der Gesandtschaft hatten die böhmischen Landesbeamten, die im Monate Oktober jene feierhafte Thätigkeit entfalteten, die Gefahren wohl erwogen, von denen die Lausitz bedroht war, und hatten deshalb, so viel an ihnen lag, Abhilfe zu schaffen gesucht. Sie erneuerten die schon seit dem Monate August an die nördlichen Kreise ergangenen Befehle bezüglich des Aufgebots, und so gelang es ihnen, im Oktober 6000 Mann zu Fuss und 750 Reiter zusammenzubringen, die sich unter dem Kommando des Herrn

*) Skála IV, 330. — Sächs. StA. Mansfeld an die Kommandanten des Kriegsvolks in Bautzen dd. 23. Sept./3. Oct. 1620. — Ebd. Bedingungen der Übergabe dd. 5. Oct. 1620 und zahlreiche andere Schriftstücke. — Ebd. Protokoll über das Verhör des Raths von Bautzen.

***) Die Oberlausitzer Ritterschaft an Johann Georg dd. 14./24. Sept. 1620. — Johann Georg an die Ritterschaft dd. 9./19. Sept. 1620. Sächs. StA.

***) Sächs. StA. Die sächs. Kommissäre an Kursachsen dd. 8./18. Oct. 1620.

†) Böh. Statth. Arch. Passbrief für die Oberlausitzer Gesandten ins böhm. Lager dd. 24. Oct. 1620.

ynský mit dem Markgrafen von Jägerndorf verbanden. Sie ersuchten sie den König Friedrich, dass er dem letztern ungarische Reiter zu Hilfe schicken möge, da über die Unfähigkeit derselben damals die günstigsten Gerüchte im Umlauf waren.*) Durch die böhmischen Zuzüge wurde der Markgraf von Jägerndorf auf 18.000 Mann verstärkt. Wir wissen daraus, dass er den Sachsen an Zahl überlegen war, wie wenig Vertrauen er auf sein Heer setzte, zeigt ein Schreiben an Friedrich, in dem er klagte, dass auf das Aufgebot gar kein Verlass sei und dass er es bei einer Schlacht liebsten entfernen möchte.**) Man begreift daher, dass er unter diesen Verhältnissen nicht aus seinem Lager bei Görz rührte, während die Belagerung von Bautzen vor sich ging und dass er ruhig die deshalb gegen ihn erhobenen Vorwürfe sich ergehen liess.

Bei dieser Untüchtigkeit des Heeres und wohl auch bei der Unfähigkeit seines Anführers konnte demnach die in der Niederlausitz sich vorbereitende Katastrophe schon zu der Zeit nicht verhindert werden, wo die Schlacht auf dem weissen Berge noch nicht geschlagen war. In den ersten Novembertagen 1620 sammelten sich die Stände der einzelnen Kreise der Niederlausitz und erklärten sich zur Unterwerfung unter den Kaiser zu Gunsten des Königs. Die Nachricht erfreute den Kurfürsten und er beeilte sich dieselbe zum Nutzen Ferdinands dahin zu verwerthen, dass er die Ritterschaft aufforderte, ihre Waffen mit den seinen zu vereinigen. Wir wissen nicht, ob sein Wunsch erfüllt wurde, gewiss war die Hilfe, die er erlangte, kaum nennenswerth, aber ein Feinde war jedenfalls ein Schaden zugefügt. Nachdem auch die Stadt Guben gegen Ende November sich ergeben hatte, war die ganze Niederlausitz in der Gewalt des Kurfürsten***), und es konnte nun nicht lange währen, dass auch

Ebend. Berichte der obersten Landesbeamten an Friedrich dd. 7. Oct. 1620 und dieselben an denselben dd. 27. Oct. 1620.

Sächs. StA. Aus Breslau dd. 12./22. Oct. 1620. — Münchner StA. Der Markgraf von Jägerndorf an Friedrich dd. 3. Oct. 1620.

Sächs. StA. Kursachsen an die Stände der einzelnen niederlausitzer Kreise dd. 31. Oct./10. Nov. 1620. — Bodenhausen an Kursachsen dd. 19./29. Novemb. 1620.

die Oberlausitz diesem Beispiele folgte, da die Gesandten aus Böhmen nur Versprechungen aber keine Hilfe gebracht und mittlerweile die Niederlage bei Prag das Illusorische dieser Versprechungen nachgewiesen hatte.

Johann Georg hatte den Lausitzern bei Schritt und Tritt versprochen, dass sie sich ihrer religiösen und politischen Freiheiten ungestört erfreuen sollten, wenn sie sich dem Kaiser unterwerfen würden und in diesem Anerbieten war selbstverständlich auch der Schutz ihres Eigenthums enthalten. Als man in Wien davon Nachricht erhielt, bereute man, dass man ihn so weit bevollmächtigt habe und wünschte, dass er so auftreten möchte wie Maximilian von Baiern, der die Oberösterreicher zur Huldigung genöthigt hatte, ohne irgend welche Verpflichtungen einzugehen, und der nun in gleicher Weise in Böhmen vorging. Ferdinand schickte deshalb den Herrn Hannibal von Dohna zu Johann Georg und ersuchte ihn, die Pardonirung der Lausitzer „in suspenso zu halten“, offenbar zu keinem andern Zwecke, als weil man in der Lausitz nicht bloss die Privilegien, sondern auch das Eigenthum antasten und durch Güterkonfiscationen die Leere des kaiserlichen Schatzes füllen wollte. Der Kurfürst lehnte es jedoch ab, dem Beispiele des Herzogs von Baiern zu folgen und berief sich auf seine Vollmacht, welche ihn zu einem derartigen gelinden Auftreten berechtigte,*) doch war er erbötig, einige namentlich zu benennende Anführer des Aufstandes aus dem Pardon auszuschließen. Gewiss mag zu diesem abweislichen Bescheid die religiöse Ueberzeugung Johann Georgs beigetragen haben: er und seine Räte fühlten mit ihren Glaubensgenossen zu viel Mitleid, als dass sie sie rücksichtslos dem kaiserlichen Zorn ausgesetzt hätten. Der Kurfürst hatte einige Tage später die Genehmigung, dass seine ernste Ablehnung der kaiserlichen Anforderung in Wien nicht mit Unwillen aufgenommen wurde und dass man sich dort vorläufig mit seinen Erfolgen begnügte.**)

*) Wiener StA. Der Kurfürst von Sachsen an Ferdinand II dd. 18.^{te} Octob. 1620.

***) Sächs. StA. Zeidler an Kursachsen dd. 29. Novemb. 1620.

Da die Oberlausitzer ihre Unterwerfung noch immer nicht anboten, so versuchte der Kurfürst gegen Ende November die Belagerung der in der Oberlausitz gelegenen Stadt Liebau. Als er nach kurzem Widerstande auch hier zum Ziele gelangte, erschien bei ihm ein Bote des Markgrafen von Jägerndorf, durch den ihn dieser um eine Unterredung ersuchte. Der Kurfürst erklärte sich bereit, diesem Gesuche nachzukommen, wenn der Markgraf seine Unterwerfung anbieten würde. Da der letztere auf diese Bedingung nicht eingehen wollte, so gedachte Johann Georg seinen Zug fortzusetzen, aber da ein Umschlag in dem bis dahin günstigen Wetter eintrat und der Winter mit allen seinen Schrecken sich geltend machte, so musste er in seinen Operationen innehalten. Johann Georg schlug sein Hauptquartier wieder in Bautzen auf, um erst bei besserer Jahreszeit, vielleicht im Frühjahr die Kriegsoperationen fortzusetzen.*)

Während die Waffen ruhten, bereitete sich auch bei dem Rest der Oberlausitzer der Abfall von der Sache Friedrichs vor. Graf Andreas Schlick, der als Landvogt neben dem Markgrafen von Jägerndorf die Vertheidigungsmassregeln leiten sollte, hatte alles Zutrauen in den Erfolg seiner Sache verloren und machte durch seine Muthlosigkeit einen allgemein niederschlagenden Eindruck. Er wandte sich sogar an den Fürsten von Liechtenstein, der als kaiserlicher Statthalter in Prag fungirte und versicherte ihn in einem Schreiben, das nicht demüthiger lauten konnte, seiner unbegrenzten Reue über die Sünden, die er wider seinen angestammten Herrn begangen habe. Dabei machte er den Versuch, seine Betheiligung an den hervorragendsten Ereignissen des Aufstandes wie an dem Fenstersturz, an der Königswahl und an der Confiscation der geistlichen Güter in Abrede zu stellen und bat in Folge dessen, dass man ihn mit der Confiscation seiner Güter verschonen und namentlich seiner Frau ihr Heiratsgut ausfol-

*) Sächs. StA. Kursachsen an Ferdinand II dd. 24. Nov./4. Decemb. 1620. — Ebeud. Wolf von Mansfeld an den Markgrafen von Jägerndorf dd. 18./28. Nov. 1620. — Der Markgraf von Jägerndorf an Kursachsen dd. 20./30. Nov. — Wolf von Mansfeld und die sechs Obersten an Jägerndorf dd. 21. Nov./1. Dec. 1620.

gen möge. Die so äusserst demüthig gehaltene Bittschrift bewog den Fürsten von Liechtenstein, der Frau von Schlick vorläufig einen Maierhof einzuräumen, doch forderte er den Grafen zu gleicher Zeit auf, sich der gewünschten Gnade dadurch würdig zu machen, dass er seinen Einfluss zur Niederwerfung des letzten Restes des Aufstandes in der Lausitz und in Schlesien verwende. Es dürfte kaum nöthig sein hinzuzufügen, dass Schlick dieser Aufforderung nachkam und schriftlich und mündlich seine früheren Gesinnungsgenossen zu gleicher Umkehr zu bewegen suchte.*)

Dieses Beispiel des Landvogts beseitigte bei den Ständen der Oberlausitz die letzten Bedenken und sie ersuchten den Kurfürsten Johann Georg um freies Geleite für eine Gesandtschaft, die sie an ihn abschicken wollten, um ihre Unterwerfung anzubieten.***) Als dieses erteilt worden war, fanden sich in Dresden, wohin Johann Georg mittlerweile zurückgekehrt war, zwei Mitglieder des Ritterstandes***) und die Syndici von Zittau und Görlitz ein. Die Erklärung der Unterhändler liess nicht zu wünschen übrig: nach ihrer Versicherung waren sie eigentlich im Herzen dem Kaiser nie untreu geworden, da sie sich der Wahl des Pfalzgrafen nur widerwillig gefügt und dawider sogar protestirt hätten. Indem sie nun ihre Unterwerfung anzeigten, baten sie nicht bloss um die Sicherung ihrer sämmtlichen Privilegien, sondern stellten noch zahlreiche andere Forderungen auf, deren Befriedigung eine längere Verhandlung in Anspruch genommen hätte. — So gern der Kurfürst seiner Mission in glimpflicher Weise nachgekommen wäre, so schlug er doch alle weiteren Verhandlungen ab und erklärte der Deputation, dass er nur dann die Stände in Gnaden aufnehmen und sie ihrer Privilegien versichern wolle, wenn sie ohne alle weiteren Umschweife ihre Unterwerfung anzeigen würden.

*) Sächs. StA. Schlick an den Fürsten von Liechtenstein dd. 17. Januar 1621. — Liechtenstein an Schlick dd. 5. Febr. 1621.

**) Ebend. Die oberlausitzer Stände an Kursachsen dd. Görlitz 19. Januar 1621.

***) Es waren dies Karl Christoph von Dohna, Elias von Nostitz, Gottfried Gluch, Syndicus von Görlitz und Justus Gebhard, Syndicus von Zittau. Der Geleitsbrief für sie dd. 16. 26. Januar 1621. Sächs. StA.

Var schon diese trockene Antwort den Ständen unangenehm, so fühlten sie sich dadurch noch empfindlicher berührt, dass Johann Georg von dem angebotenen Pardon acht*) namentlich angeführte Edelleute ausschloss und dieselben anwies, ihre allmögliche Begnadigung beim Kaiser selbst anzusuchen. Auf diese Weise genügte er wenigstens bezüglich der Rädelsführer dem von Ferdinand ausgesprochenen Wunsche und flösste durch diese Nachgiebigkeit gegen den Kaiser den oberlausitzer Ständen einen solchen Schrecken ein, dass sie nicht weiter auf der Befriedigung ihrer besonderen Wünsche bestanden, sondern die von dem Kurfürsten diktirte Erklärung abgaben. Darauf stellte der letztere am 3. März eine Urkunde aus, in der er den Oberlausitzern vollen Pardon und den ungeschmälernten Fortgenuss ihrer Privilegien verhiess, von dieser Gnade jedoch jetzt elf Edelleute ausschloss, ihre Pardonirung aber nicht von der kaiserlichen Entschliessung, sondern von weiteren Erkundigungen, die er über sie einholen wollte, abhängig machte.***) Graf Schlick, der trotz seiner Bitte weder von dem Kurfürsten von Sachsen, noch von dem Fürsten von Liechtenstein das Versprechen der Verzeihung erhalten hatte, hielt sich unter diesen Umständen in Görlitz nicht mehr für sicher und zog sich, darauf bauend dass ihm die Gnade doch zu Theil werden würde, nach Böhmen auf das seinem Schwager, dem Herrn von Redern zugehörige Schloss Friedland zurück und glaubte so für seine Sicherheit gesorgt zu haben. Er vergass jedoch, dass gemeinsame Gefahren oft die Bande früherer Anhänglichkeit lösen, und dass diejenigen, die so eben als Freunde galten, um den Preis der Rettung vor Verrath nicht zurückbebtten. Wolf Friedrich von Lüttichau, der sich unter jenen befand, die der Kurfürst vorläufig nicht pardonirt hatte, glaubte sich dieser Gnade würdig zu machen, wenn er einer sächsischen Reitereskorte als Wegweiser nach Friedland dienen und

*) In dieser Schrift werden 8, in der Urkunde vom 3. März aber 11 Edelleute angegeben.

**) Sächs. StA. Bescheid des Kurfürsten dd. 8./18. Febr. 1621. — Resolution des Kurfürsten dd. 20. Febr./2. März 1621. — Urkunde, die den Oberlausitzern Pardon zusichert, dd. 21. Febr./3. März 1621.

dasselbst die Verhaftung des Grafen herbeiführen würde. Der Anschlag gelang, Schlick wurde nach Görlitz gebracht und von dort nach Dresden, wo er vorläufig im Palais des Herzogs August in anständiger Haft gehalten wurde.*)

Nachdem die Stände der Oberlausitz sich dem Kurfürsten unterworfen hatten, ging ihre angelegentlichste Sorge dahin, dem Lande wieder die Wohlthaten einer geordneten Regierung zu verschaffen. Sie ersuchten deshalb, dass der Kurfürst als kaiserlicher Kommissär sich beeilen möge, für die Anstellung der obersten Beamten und die neue Einrichtung der Gerichte Sorge zu tragen und überhaupt alles zu thun, wodurch der furchtbar um sich greifenden Unordnung ein Ende gemacht werden könnte. Der Adel fühlte sich vor dem Landvolk nicht sicher, das mit einem allgemeinen Aufstande drohte, obwohl es kaum den zehnten Theil von dem gelitten hatte, was die böhmischen Bauern hatten erdulden müssen.**)

An die obigen Bitten knüpften die Oberlausitzer noch die um Begnadigung jener eif Edelleute an, indem sie auf den guten Eindruck hinwiesen, den dieselbe zur Folge haben würde.

Der Kurfürst kam den hier angedeuteten Wünschen insofern nach, dass er den Herrn Hannibal von Dohna, dessen sich der Kaiser bisher in seinen Verhandlungen mit Kursachsen vorzugsweise bedient hatte, zum Landvogt und den Adolf von Gersdorf zum Landeshauptmann ernannte, für die Wiederaufnahme der Gerichtshandlungen Sorge trug und zugleich die Stadt Kamenz an der Stelle des verwüsteten Bautzen zum Sitze der Regierung machte.***)

1621 Nach Kamenz berief er auch die oberlausitzer Stände zu einem Landtage auf den 10. Juli, auf dem dieselben dem Kaiser ihre Treue angeloben und sich zugleich zu einigen Steuerleistungen verstehen sollten.†) Hier sollte auch den Ständen jene Urkunde

*) Sächs. StA. Schlick an Johann Georg dd. 30. Januar 1621. — Lüticken an Johann Georg dd. 23. Juni 1621. — Rechnung dd. 8./18. März 1621. — Die Stadt Görlitz an Kursachsen dd. 21. März 1621.

***) Sächs. StA. Die Oberlausitzer an Johann Georg dd. 16./26. März. Von gleichem Datum eine zweite Zuschrift.

***) Sächs. StA. Gersdorf an den Kurfürsten dd. 2./12. Mai 1621.

†) Sächs. StA. Die betreffenden Dokumente im Buch 9190/III.

angehängt werden, durch die der Kaiser den ihnen von dem Kurfürsten versprochenen Pardon bekräftigte und sie des Weitergenusses aller ihrer religiösen und politischen Privilegien versicherte, eine Urkunde, die in der Geschichte den Namen des „Accordes“ erhalten hat.*)"

Zur Eröffnung des Landtages reiste Johann Georg am 10. Juli von Dresden ab und traf am Abend desselben Tages in Chemnitz ein. Die folgenden Verhandlungen wurden durch eine Rede Hoë's eingeleitet, der seinen Herrn beglückwünschte, dass er sein Ziel erreicht und das Land zur Anerkennung eines rechtmässigen Herrn gebracht habe. Am 12. Juli versammelte sich der Kurfürst aufs Rathhaus, wo sich diesmal die Stände vollzählig einfanden und hier verpflichtete er sie für den Kaiser. Die Prälaten leisteten den Eid knieend, darauf folgten die Herren und Ritter, die stehen blieben und dem Kurfürsten zum Zeichen, dass sie fortan dem Kaiser treu sein wollten, die Hand reichten, worauf zuletzt die städtischen Vertreter gleichfalls knieend den Eid leisteten. Als dies geschehen war, übermittelte der Kurfürst den Ständen die kaiserliche Proposition, die sich hauptsächlich auf die Leistung der Biersteuer bezog. Nachdem dieselben die verlangte Steuer bewilligt hatten, trat Johann Georg die Reise nach Luckau an, wohin er zum 18. Juli die Stände der Niederlausitz beauftragte, um sie in ähnlicher Weise zur Leistung der Inrentenpflicht anzuhalten und zu einer Steuerbewilligung zu bewegen.***) In Bezug auf die von dem Pardon ausgeschlossenen Oberlausitzer gab der Kurfürst während seiner Anwesenheit in Luckau die Erklärung ab, dass er sie allesammt zu Gnaden annehmen wolle, wenn sie eine bestimmte Geldstrafe, die für die Einzelnen zwischen 4000—30.000 Thaler betragen sollte, zahlen würden. Da die Strafe hoch bemessen war und einzelne allzu hart traf, so suchten sie um Milderung an, die so allgemein bekannt ist, ihnen auch zu Theil wurde.***)

*) Sächs. StA. Generalkonfirmation der Privilegien der Oberlausitz dd. 30. Juni 1621. — Zeidler an Kursachsen dd. 6./16. Juni 1621.

**) Sächs. StA. Protokoll über die Reise des Kurfürsten. Der Kurfürst an Ferdinand II. dd. 5./15. Juli 1621.

***) Sächs. StA. Resolution Kursachsens dd. 11./21. Juli 1621.

In der Lausitz war der Friede hergestellt, aber auch zugleich das sächsische Regiment inaugurirt, da der Kurfürst von Sachsen bis zur Wiedererstattung der Kriegskosten im Besitze der Lausitz verbleiben sollte. Für Böhmen hatte dies bekanntlich einen bleibenden Nachtheil im Gefolge, da die Lausitz aus dem Verbande mit der böhmischen Krone herausgelöst wurde. Für die Lausitz war aber die Trennung von unberechenbarem Vortheile, denn sowohl die religiöse Ueberzeugung wie der Besitz ihrer Bewohner blieben unangetastet, was beides trotz aller Versprechungen nicht der Fall gewesen wäre, wenn Ferdinand die Herrschaft unmittelbar angetreten und die Lausitz nicht als Pfand dem Kurfürsten hätte überlassen müssen.

III

Während der Kurfürst von Sachsen seine erfolgreichen Verhandlungen mit der Lausitz führte, war seine Aufmerksamkeit auch auf Schlesien und auf die Bewältigung der dem Kaiser feindlichen Bewegung daselbst gerichtet. So lange er aber der Lausitz noch nicht Herr geworden war, konnte er — abgesehen von der winterlichen Jahreszeit — nicht daran denken, seine Truppen gegen Schlesien vorrücken zu lassen, und so war es ihm sehr angenehm, dass man von Breslau aus mit ihm Verhandlungen anzuknüpfen suchte, durch die er auf friedliche Weise dem Kaiser die Herrschaft über diese Provinz verschaffen konnte. Unter den schlesischen Fürsten zählte zwar der Kaiser einige seiner bedeutendsten Gegner — wir brauchen nur den Herzog Johann Christian von Liegnitz und den Markgrafen von Jägerndorf zu nennen, — aber wie sehr sie auch zur Fortsetzung des Widerstandes geneigt waren, sie fanden in dem Lande selbst nur wenig Unterstützung, denn auch hier machte die Niederlage bei Prag einen erschütternden Eindruck. Dazu kam, dass Friedrich seine Schritte nach Breslau lenkte, und wenn Jemand die Reihen seiner Anhänger lichten konnte, so war er es selbst, da er allen Halt verloren hatte und sich für seine Stellung jetzt als völlig un-

beignet zeigte, so dass das Missverhältniss zwischen seinem Vollen und Können Jedermann deutlich vor Augen trat. Unsere Erzählung über die Verhandlungen, die die Schlesier mit Johann Georg anknüpften und an denen er sich ursprünglich theiligte, wird diese Behauptung bestätigen.

Schon auf der Reise von Prag nach Breslau gab nämlich der Pfalzgraf die Hoffnung auf die Behauptung der böhmischen Krone auf und er war deshalb zu weit grösseren Concessionen erbötig als vor vier Wochen. Von diesem seinem Entschlusse gab er noch auf der Reise dem Kurfürsten von Sachsen mit der Bemerkung Kunde, dass er den Grafen Hohenlohe als Friedensunterhändler an ihn absenden wolle. *) Hohenlohe schickte seinerseits einen Rittmeister **) an Johann Georg und liess ihn um freies Geleite ersuchen, bei welcher Gelegenheit dieser Bote dem Kurfürsten „in höchstem Geheim“ entdeckte, dass der Pfalzgraf entschlossen sei, „in eine fügliche Tractation einzugehen und nicht zuzugeben, dass die Christenheit durch weiteres Blutvergiessen verderbt werde.“ Johann Georg beantwortete diese geheimnissvolle Mittheilung in kühler Weise, indem er sich zur Ertheilung des freien Geleites an Hohenlohe nur dann bereit erklärte, wenn ihm dieser zuvor die Friedensbedingungen des Pfalzgrafen bekannt geben würde. ***) Doch bestand er später nicht darauf und schickte den Geleitsrief dem Grafen zu, der sich aber erst im Januar des folgenden Jahres in Dresden einfand.

Die Ursache, weshalb Friedrich mit der Absendung Hohenlohe's so lange zögerte, lag darin, dass er kaum in Breslau angekommen wieder besseren Muthes wurde und seine Interessen mit dem Schwerte zu vertheidigen suchte. Zu diesem Ende schickte er, wie wir erzählt haben, den prager Bürger Paul Leśin nach Mähren und nach Ungarn ab, und richtete auch in die Böhmen eine Proclamation, worin er seine Anhänger zur Ausdauer ermahnte und verlangte, dass sie ihre Streitkräfte bei Königgrätz sammeln und diese Stadt befestigen

*) Sächs. StA. Der Pfalzgraf an Kursachsen dd. 2./12. Novemb. 1620.

**) Sächs. StA. Rittmeister Eschwege an Kursachsen.

*) Sächs. StA. Johann Georg an Hohenlohe dd. 29. Nov./9. Dec. 1620.

12 Nov.
1620

9. Dec.
1620

30 Nov.

sollten.*) In Breslau selbst traf er Anstalten zur Berufung eines Fürstentages, um denselben zur Aufbietung aller Kräfte des Landes zu vermögen. Camerarius verfasste als schlesischer Vicekanzler den Entwurf der Proposition, mit der Friedrich den Fürstentag eröffnete. Er suchte die Opferwilligkeit der Stände durch das Versprechen zu erhöhen, dass er standhaft bei ihnen ausharren werde und dass er ihnen die Mithilfe Mährens, der Lausitze, Ungarns und zahlreicher Fürsten, an die er deshalb Gesandte geschickt hätte, in Aussicht stellte.**) Am Schlusse verlangte er, dass „die vom Lande und den Städten“ den halben Theil des Werthes erlegen sollten, mit dem ihr Besitzstand in den Steuerrollen eingetragen war. Es war dies eine ausserordentlich hohe Steuer, selbst wenn man weiss, dass die Schatzungen alten Datums waren und dem gegenwärtigen Werthe weitaus nicht entsprachen. Friedrich gedachte die Zahlung dadurch zu erleichtern, dass er von allen sonstigen Steuern absehen wollte und die Zahlung in mehreren Terminen innerhalb zweier Jahre verlangte.

1620 Der Fürstentag, der seine Verhandlungen am 7. December eröffnete, beantwortete die Anträge des Königs in einer langen Deductionsschrift, in der er sich zur Vertheidigung gegen die kaiserlichen Angriffe verpflichtet erklärte, dem Könige für alle seine Bemühungen dankte und ihn aufforderte, in der Zusammenfassung der Kräfte seiner verschiedenen Länder, namentlich Böhmens, so weit es ihm noch die Treue bewahre, nicht zu erlahmen. Man schien entschlossen, den Kampf rücksichtslos fortzusetzen und verfügte daher, dass alle Güter, die von den Feinden des gegenwärtigen Regierungssystems noch im Besitze gehalten wurden, in Beschlag genommen, dass allen Katholiken der Eid auf die Conföderation aufgetragen werden sollte und ähnliche Massregeln mehr, die wohl von wilder Energie zeugen sollten, aber eigentlich nur die beginnende Verzweiflung vorrieten. In Bezug auf die Steuerforderungen zeigte sich

*) Sächs. StA. Friedrich an die böhmischen Stände dd. 30. Nov. 1620.

***) Münch. Hofbibliothek. Collectio Camerariana 66. — Sächs. StA. Proposition des Pfalzgrafen 23. Nov./3. Decemb. 1620. — Palm, Acta publica, Jahrg. 1620.

er Fürstentag nicht so nachgiebig, wie man nach diesen Bestimmungen hätte erwarten sollen. Er bewilligte, dass Jedermann 12^o/_o von jenem Betrage erlegen solle, mit dem sein Besitzstand eingeschätzt sei, er blieb also tief unter der Forderung, die Friedrich gestellt hatte und die sich auf 50^o/_o belief. Den Ausfall suchte der Fürstentag dadurch zu decken, dass er alle Kapitalien mit einem Prozent besteuerte, dass er den König zur Erhebung von Zwangsanlehen von allen reichen Bürgern und Bauern bevollmächtigte und dass er endlich das gesammte Einkommen der katholischen Geistlichkeit — des secular- und Ordensclerus — mit Beschlagnahme belegte und ihr nur jenen Theil zur fernern Nutzniessung überliess, der zur Befriedigung einfacher Lebensbedürfnisse nöthig war.*)

Am 19. December beantwortete Friedrich die Anerbietungen der schlesischen Stände, indem er sich mit denselben zufrieden erklärte und nur verlangte, dass die Steuererträge bloss zur Befriedigung der neu auftauchenden Bedürfnisse verwendet werden, die Bezahlung des rückständigen Soldes aber aus anderen Mitteln herbeigeschafft werden sollte. Er forderte auch die Stände auf Vorsorge zu treffen, dass bei den Soldaten mehr Zucht und Ordnung eingeführt, zu Offizieren nur befähigte Personen ernannt und zur Besorgung des gesammten Kriegswesens ein Kriegsrath zusammengestellt werde. Zugleich versprach er die mährischen Stände zu ähnlichen Steuerleistungen zu vermögen, zu denen sich die Schlesier entschlossen hätten, und zeigte in seiner ganzen an den Fürstentag gerichteten Zuschrift, dass er nichts anderes im Sinne habe als die Fortsetzung des Krieges. Ob zu dieser festen Sprache der am selben Tage in Breslau angekommene Markgraf von Jägerndorf beigetragen hat, bleibt dahingestellt.**)

Unmittelbar nach Absendung dieser Zuschrift langte aber in Breslau die Nachricht an, dass Mähren sich um jeden Preis mit dem Kaiser auszusöhnen suche. Die Hoffnung auf das Ausrücken Mährens spornte die schlesischen Stände an; wenn diese Hoffnung fehlschlug und wenn der Kaiser nicht bloss über die

*) Palm, Acta publica 1620.

**) d'Elvert III, 88.

Kräfte Böhmens, sondern auch über die Mährens verfügte, wie konnte Schlesien bei längerem Widerstande auf einen Erfolg hoffen? Da man mit der Nachricht von dem Abfalle Mährens auch die Kunde erhielt, dass man auf Böhmen nicht mehr zählen könne und dass sich sogar Thurn durch seine Frau in Verhandlungen mit dem Kaiser eingelassen habe, so war in Breslau alle Entschlossenheit zu Ende. Nicht nur beeilte sich jetzt Friedrich mit der Absendung Hohenlohe's und beriet sich deshalb mit seinen Rathgebern über die ihm zu ertheilende Instruction, sondern er bevollmächtigte auch die schlesischen Stände zu Verhandlungen mit Kursachsen allerdings mit der Bedingung, dass sie ihn von dem Inhalt derselben in Kenntniss setzen sollten.*) Davon, dass sie dem Kaiser die Herrschaft über ihr Land anbieten dürften, war in der Vollmacht keine Rede, aber dass es für ihn um diese Herrschaft geschehen sei, zeigte Friedrich selbst am deutlichsten, indem er dem Kurfürsten von Sachsen die Abtretung sämmtlicher Länder der böhmischen Krone durch den Grafen von Hohenlohe anbieten liess. Er hielt jetzt auch seinen Aufenthalt in Schlesien für gefährdet. Schon einige Tage vorher hatte er seine hochschwängere Frau zu seinem Schwager, dem Kurfürsten von Brandenbug, geschickt, um sie wenigstens ruhig ihre Niederkunft abwarten zu lassen, und folgte ihr nun am 23. December mit seinem Sohne Ruprecht nach.**)

Bei seiner Abreise von Breslau verabschiedete er sich von allen dort anwesenden Fürsten und Ständen und entliess alle Personen aus seinem Dienste, die ihm aus Böhmen gefolgt waren. Nie mehr betrat sein Fuss den Boden seiner frühern Herrschaft, obwohl seine Thätigkeit während seiner übrigen Lebenszeit auf den Wiedergewinn derselben gerichtet war. Allein wie er seine jetzige Niederlage zum Theil durch seine Unfähigkeit verschuldet hatte, so dienten seine ohnmächtigen Versuche zum Wiedergewinn der verlorenen Herrschaft

*) Sächs. StA. Friedrich an die schles. Stände dd. 12./22. Decemb. 1620.

***) Bei d'Elvert III, 89 wird der 23. Dec. 1620 als der Tag der Abreise bezeichnet. Friedrich hat darauf am 23. Dec. 1620/2. Jan. 1621 aus Küstrin dem Kurfürsten von Brandenburg seine Ankunft in dieser Stadt gemeldet. Londorp veröffentlicht einen am 2. Januar in Breslau von Friedrich datirten Brief, das Datum ist aber falsch.

zu nichts anderem, als die Einwohner dieser Länder dem Wüthen ihrer Besieger vollends preiszugeben.*)

Der Pfalzgraf büsste übrigens durch die übereilte Abreise aus Schlesien bei seinen Freunden und Bundesgenossen jegliche Achtung ein: man fand es jämmerlich, dass er es für wichtiger halte, seiner Frau im Wochenbette die nöthigen Dienste zu leisten, statt mit seinem Leben für die Vertheidigung der Interessen der mit ihm verbündeten Länder einzutreten. Als Bethlen von dem feigen Entschlusse Friedrichs Kunde erhielt, gariet er in wahre Verzweiflung und machte ihm die bittersten Vorwürfe, dass er gerade in dem Augenblick, wo Ungarn seine Kräfte gegen den Kaiser einsetzen wolle und wo die türkische Hilfe auf dem Wege sei, Schlesien verlassen und so auf die böhmische Herrschaft faktisch Verzicht geleistet habe.**) Noch härter traf die Abreise Friedrichs den Herzog Johann Christian von Liegnitz. Er sollte als Oberhauptmann dafür Sorge tragen, dass die Vertheidigungskräfte dieses Landes entsprechend den Beschlüssen des jüngsten Fürstentags auf die höchste Stufe gebracht würden, aber er fand zu seinem Bedauern, dass man in Schlesien nicht mehr an die Einhaltung dieser Beschlüsse und an die Zahlung der bewilligten Steuern denke, seit man sich zu den Unterhandlungen mit Kursachsen entschlossen und seit Friedrich das Land verlassen hatte. So musste also Johann Christian an Friedrich nach Küstrin berichten, dass es nicht bloss an jeglichen Mitteln zur Befriedigung der Soldaten fehle, sondern dass auch das Fürstenthum Troppau nichts mehr von der Vertheidigung wissen wolle, sondern nach Wien Gesandte abgeschickt und seine Unterwerfung angeboten habe und dass die Stände der Fürstenthümer Jauer, Münsterberg und Schweidnitz erklärt hätten, sie würden direkt mit dem Kurfürsten von Sachsen unter den von ihm zugestandenen Bedingungen Frieden schliessen, wenn die anderen Fürstenthümer noch länger mit dem Beginn der Verhandlungen zögern würden. Der Herzog von Liegnitz that, was er konnte, um die in Schlesien befindlichen Truppen beisammen zu halten und zu verstärken, aber

*) Skála IV, 416.

***) Münchner StA. Bethlen an Friedrich dd. 8 Januar 1621.

er erklärte dem Pfalzgrafen, dass nur dann ein Erfolg von seinen Anstrengungen und von den mit Sachsen eingeleiteten Verhandlungen erwartet werden könne, wenn er nach Schlesien zurückkehren und — was vor allem wünschenswerth wäre — sich an die Spitze der Truppen stellen und den Krieg von neuem beginnen würde.*) Diese Mahnung begegnete jedoch nur tauben Ohren.

1620 Noch bevor die Schlacht auf dem weissen Berge geschlagen wurde, hatten die Schlesier die Absendung einer Gesandtschaft**) an den eben in Warschau tagenden polnischen Reichstag beschlossen, um den weiteren Einfällen der polnischen Kosaken ein Ende zu machen. Die Gesandtschaft langte am 26. November in Warschau an und war zunächst Zeuge der unter furchtbaren Qualen erfolgten Hinrichtung eines polnischen Edelmanns, der kurz vordem einen Mordversuch auf den König gemacht hatte. Da die Gesandtschaft den Auftrag hatte, sich nicht bloss über die Raubzüge der Kosaken zu beschweren, sondern auch die Aufrechthaltung des Friedenszustandes zu verlangen, verweigerte der König ihren Empfang. Da jedoch die polnischen Edelleute trotz ihrer katholischen Gesinnung sich mit ihrem Monarchen viel zu wenig eins fühlten, so setzten es die schlesischen Boten durch, dass sie von dem Reichstag gehört wurden. Die Versicherungen, die man ihnen da ertheilte, liessen sie nicht an dem Erfolge ihrer Mission zweifeln. Als ihnen aber die Antwort im Namen des Reichstages zugestellt wurde, zeigte sich deutlich, dass diese Versicherungen falsch waren und dass man das Bündniss des Königs mit dem Kaiser nicht tadeln wollte und deshalb auch den Frieden zwischen Schlesien und Polen durch die Kosakeneinfälle nicht für verletzt erklärte, da die Kosaken einem gekrönten Könige von Böhmen zu Hilfe gezogen seien, was nach den Verträgen zulässig sei. Es half nichts, dass die Gesandten gegen diese zweideutige Antwort protestirten, sie mussten sich mit ihr begnügen und nach Hause ab-

*) Münchner StA. Johann Christian von Liegnitz an Friedrich dd. Liegnitz 18. Januar 1621.

**) Die Gesandten waren Andreas von Kochtický, Joachim von Maltzan und Caspar Dornavius von Dornau.

Die Kenntniss von dem Misserfolge der Gesandtschaft
 ste sich in Breslau am 24. oder 25. December, und 1620
 auch nicht den Entschluss zum Beginn der Verhand-
 mit Sachsen hervorrief, da derselbe schon gefasst war,
 einigte sie doch seine Verwirklichung.

Verhandlungen mit Johann Georg wurden damit ein-
 dass die Fürsten und Stände von Schlesien auf die
 rung des Kurfürsten, sich der kaiserlichen Herrschaft
 , sich zur Absendung einer Gesandtschaft an ihn (den
 ten) bereit erklärten.***) Da Friedrich hiezu seine Zu-
 g gegeben und nur die Bedingung daran geknüpft
 dass die Verhandlungen im Einverständnisse mit ihm
 werden sollten, so ersuchten ihn die Stände, er möchte
 Gesandten gleichzeitig mit den ihrigen nach Dresden
 Sie wollten auch Bethlen und die ungarischen Stände
 Verhandlungen einschliessen, um den durch die Confö-
 eingegangenen Verpflichtungen nicht untreu zu werden
 ten auch hierin einer Mahnung ihres scheidenden

Wie wenig erfolgreich aber ihre allfälligen Bemü-
 zu Gunsten Friedrichs sein würden, erfuhren sie
 m Beginn, denn der Kurfürst beantwortete ihre Zu-
 damit, dass er sie abermals zur Unterwerfung unter
 ser aufforderte und ihren Gesandten nur unter der Be-
 das freie Geleite bewilligte, wenn sie zur Unterwer-
 vollmächtig sein würden.***)) — Mit der Gesandtschaft
 a die schlesischen Stände den Herzog von Münster-
 n Liegnitzer Rath Adam von Stang, den Sigmund von
 d den Syndicus von Breslau, die trotz der allgemeinen
 a ihre Reise mit einem Gefolge von 136 Personen an-

or wir über den Verlauf dieser Verhandlungen be-
 müssen wir erzählen, wie die des Pfalzgrafen endeten.

Acta publica 1620.

re Aktenstücke über diesen Gegenstand bei Palm, Acta publica 1620.
 ben der schlesischen Stände an Friedrich dd. 4. Januar 1621 u. s. w.

StA. Kursachsen an die Stände von Schlesien dd. 19./29. Dec. 1620.

Geschichte des 30jährigen Krieges. III Band.

Ueber die Bedingungen, unter denen Friedrich auf die böhmische Krone verzichten wollte, fanden während seiner Abwesenheit zu Breslau eingehende Berathungen zwischen ihm und seinen vertrautesten Rathgebern statt, unter denen sich von nun an der Geheimrath und schlesische Vicekanzler Camerarius in erster Reihe hervorthat. Camerarius war der Meinung, man solle die Sache rasch zum Abschlusse bringen, weil man nur so die Pfalz vor der weiteren Invasion retten würde, glaubte aber in merkwürdiger Verblendung, dass man leichter zum Ziele kommen und den Kaiser gefügiger machen könnte, wenn Friedrich seine Rechte auf die böhmische Krone an Bethlen abtreten würde.*) Die bedingungslose Abtretung der böhmischen Krone, sei es an den Kaiser oder an Bethlen, war jedoch nicht nach dem Geschmacke Friedrichs und seiner übrigen Rathgeber, und die übertriebenen Forderungen, mit denen Hohenlohe in Dresden auftreten sollte, zeigen zur Genüge, dass Friedrich seine Lage noch immer nicht für so verzweifelt hielt, als sie es in der That war. Er verlangte in dem ruhigen Besitz seiner ererbten Besitzungen belassen zu werden und war zwar erbötig auf die böhmische Krone zu verzichten, aber nur unter Bedingungen, durch deren Einhaltung Ferdinand um die Frucht seines Sieges betrogen worden wäre. Friedrich verlangte die Aufrechthaltung des ganzen Zustandes, wie er in den böhmischen Ländern bis zum Jahre 1618 bestanden hatte: der Kaiser sollte eine allgemeine Amnestie ertheilen und den Besitz der einzelnen Personen nicht angreifen,**) er sollte Religionsfreiheit gewähren und alle Privilegien und selbst die Conföderation der verschiedenen Länder unter einander bestätigen — doch war Friedrich bereit von dieser letzten Bedingung abzulassen — das freie Wahlrecht Böhmens bezüglich der Krone nicht antasten und die Bezahlung der böhmischen Soldrückstände übernehmen.

Dass Friedrich seine Zustimmung zum Frieden von der allgemeinen Amnestie und von der Aufrechthaltung der pol-

*) Münchner Hofbibliothek. Collectio Camerariana 47. Camerarius an Joh. Alb. Grafen zu Solms.

***) Münch. StA. Instruction für Hohenlohe. — Ebend. Conditiones für den Frieden.

tischen Freiheiten abhängig machte, darf ihm nicht als eine kurzsichtige Auffassung seiner elenden Lage gedeutet werden, er fühlte sich im Gewissen verpflichtet, diejenigen nicht rücksichtslos preiszugeben, die ihr Schicksal an das seinige geknüpft hatten und zeigte dieses Mitgefühl auch im Verlauf der späteren Verhandlungen. Jedenfalls aber hätte er sich sagen müssen, dass diese Forderungen das äusserste seien, wozu sich Ferdinand verstehen konnte; nie und nimmer konnte er ihm aber die Bestätigung des freien Wahlrechtes zumuthen, da bei der nahezu unheilbaren Feindseligkeit, in die Ferdinand mit seinen Unterthanen gerathen war, dieses Recht nur zu Ungunsten seines Sohnes ausgebeutet worden wäre. Man muss demnach diese Forderung des Pfalzgrafen für ebenso unvernünftig erklären wie jene, nach der er von dem Kaiser, der selbst keinen Heller besass, die Bezahlung der sich auf Millionen belaufenden Soldrückstände verlangte. Den Gipfel der Unvernunft erreicht aber jene Forderung, in der der Pfalzgraf Ersatz für das in Böhmen aufgewandte Geld und die Bezahlung der von ihm in Behauptung dieser Krone kontrahirten Schulden und ausserdem noch eine „Ergötzlichkeit“, d. h. eine Entlohnung (wahrscheinlich für die angebotene Resignation auf diese Krone) verlangte, die nicht näher bezeichnet wird und entweder in Geld oder in Gütern bestehen sollte.*) Man muss sich wundern, dass weder das pfälzische Ehepaar noch seine Rathgeber so viel Einsicht besaßen, um das Unvernünftige und gleichzeitig auch Beleidigende derartiger Friedensbedingungen zu fühlen. Der Sieger sollte den Besiegten schadlos halten, der Angegriffene, der des Angreifers Herr geworden war, sollte diesen für die Kosten des Angriffes entschädigen.

Wiewohl der Kurfürst von Sachsen trotz seiner Allianz mit dem Kaiser nie eine gewisse Rücksicht auf das protestantische Interesse aus den Augen gesetzt hatte und dieselbe in der Behandlung der Lausitze zeigte, war doch auch er über diese Forderungen ungehalten und lehnte ihre Befürwortung rundweg ab. Er forderte von Friedrich die bedingungslose Ver-

Sächs. StA. Vorschlag Hohenlohe's überreicht nach seiner Anknunft in Dresden. — Skála IV, 409.

zichteistung auf die böhmische Krone und zugleich die Erklärung, dass er sich dem Kaiser unterwerfen und ihn um Verzeihung bitten wolle. Er fügte warnend hinzu, dass seine etwaige Weigerung, schwere Nachtheile für ihn und seine erblichen Besitzungen zur Folge haben dürfte, da man entschlossen sei, „die erlangte Victoria ohne Verzögerung zu prosequiren.“*) In der That war der Kaiser entschlossen, das schon lange zurückgehaltenen Pfeil gegen seinen Gegner abzuschleusen und über ihn die Acht auszusprechen, trotzdem dass Kursachsen seine Zustimmung noch nicht dazu gegeben hatte.

Gleich nachdem die Nachricht von dem bei Prag erfochtenen Siege in Wien eingetroffen war, hatte der Kaiser an seinen wichtigsten Rathgebern eine Kommission zusammengesetzt, von der er ein Gutachten verlangte, in welcher Weise er jetzt sein Regiment in Böhmen einrichten sollte. Mit diesem Gutachten, über das noch umständlich berichtet werden wird, hatte er den Grafen von Hohenzollern nach München abgeschickt und den Herzog um seine Meinung über die vorgeschlagenen Massregeln ersuchen lassen; zugleich stellte er ihm die Frage, was mit dem Pfalzgrafen geschehen solle, wenn er sich zu Friedensverhandlungen erbieten würde. Diese Gelegenheit beschäftigte damals die wiener Staatsmänner am lebhaftesten und auch Oñate machte in einem Briefe an Philipp III Vorschläge zur Ausnützung des erlangten Sieges. Er deutet in demselben zwei Wege an: man solle den Pfalzgrafen entweder in dem Besitze seiner ererbten Länder lassen oder aus demselben vertreiben. Offenbar sei der letztere Weg vertheilhafter: man könnte die Unterpfalz zu Gunsten Spaniens confisciren, mit dem Elsass, das nach dem mit Ferdinand im J. 1617 geschlossenen Verträge an Spanien fallen werde, verbinden und daraus einen Staat für den Infanten Don Carlos bilden. Die englische Feindschaft müsste man bei diesem Vorgange allerdings in Kauf nehmen, dagegen könnte man die Zustimmung Frankreichs durch die Ueberlassung eines Theiles der Unterpfalz gewinnen. Ein weiterer Vortheil dieses Arran-

Dec.
1620

Nov.
1620

*) Sächs. St.A. Antwort Kursachsens an Hohenlohe dd. 11./21. Januar 1621.

ments bestände darin, dass der Besitz der geistlichen Kur-
 sten von Spanien umklammert würde und sie den spa-
 nien Wünschen Folge leisten müssten.*) Oñate hat gewiss
 unverholener Weise die spanischen Eroberungsgelüste in
 en vertreten, da er überzeugt sein konnte, dass die dorti-
 Staatsmänner keinen Einwand gegen die Machterhöhung
 es Mitgliedes des Herrscherhauses erheben würden, indem
 as sich für die geleisteten Dienste zu unbegrenzter Dankbar-
 t verpflichtet fühlte. Man sieht also aus den Vorschlägen
 ate's, dass man in Wien den Sieg über den Pfalzgrafen
 beuten und an ihm Rache nehmen wollte für die seit Jahren
 dem pfälzischen Hofe zum Nachtheile der Habsburger be-
 bebene Machinationen. Um aber den Pfalzgrafen aus seinem
 sitze vertreiben zu können, musste er früher geächtet werden
 l so trat die Frage der Aechtung, die man im Frühjahr
 e widerwillig vertagt hatte, jetzt in den Vordergrund und
 dete den Inhalt eingehender Berathungen. Man wollte über
 iedrich die Reichsacht verhängen, ohne sich vorher der Zu-
 mung eines der protestantischen Kurfürsten zu versichern,
 er diesen wichtigen Schritt wollte man doch nicht früher thun,
 bis man das Gutachten des Herzogs von Baiern einge-
 lt hätte.

Da man überzeugt war, dass die Aechtung die deut-
 chen Protestanten erbittern und zur Unterstützung des Pfalz-
 grafen treiben werde, und ähnliches auch von Holland, von
 den Königen von Schweden und Dänemark und wahrschein-
 lich auch von England zu erwarten stand, und Frankreich
 sichfalls sich den Gegnern anschliessen konnte, so musste man
 die Bildung einer formidablen Coalition gefasst sein, gegen
 Ferdinand nur die eigenen Kräfte und die der deutschen
 a, Spaniens und Sachsens — im Falle dieses treu blieb —
 die Wagschale werfen konnte. So sehr hatte aber der Sieg
 Selbstvertrauen Ferdinands gehoben, dass er vor dem

Simancas. Oñate an Philipp III dd. 24. Novemb. 1620. Dieser Brief
 zeigte, dass der spanische Gesandte in scharfer Weise die Folgen der
 rücksichtslosen Ausnützung des erlangten Sieges auffasste, dass er aber
 der Gefahr die Spitze abzubrechen glaubte, wenn in der von ihm ange-
 deuteten Weise vorgegangen werden würde.

Kampfe nicht zurtückschrak. Von Spanien waren für den Fall, als es zu demselben kommen würde, in Wien zustimmende Erklärungen eingelaufen, nur verlangte Philipp III, dass die Liga bindende Versprechungen eingehe und die Truppenzahl genau angebe, mit welcher sie ihn im Kampfe unterstützen würde. Hohenzollern sollte dies dem Herzog Maximilian mittheilen*) und so seinen Muth anspornen, gleichzeitig sollte er ihn aber auch fragen, unter welchen Bedingungen man dem Pfalzgrafen in Gnaden aufnehmen solle, wenn man die Reichsacht nicht über ihn verhängen würde.

Am Weihnachtsabend wurde der Graf von Hohenzollern von dem Herzog Maximilian empfangen und entledigte sich seiner Aufträge. Der Herzog war Anfangs zurückhaltend, er wollte dem Kaiser in Bezug auf die Aechtung keinen Rath ertheilen, da es ihm nicht gebühre in einer so hochwichtigen Angelegenheit seine Meinung zur Geltung zu bringen.***) In weiteren Verlauf der Verhandlung brach er jedoch sein Schweigen und ertheilte eine doppelte Antwort, die eine war für die Oeffentlichkeit berechnet, die andere für Ferdinand bestimmt. Den Grund dieser Zweideutigkeit erfahren wir aus einem Schreiben Maximilians, worin er den Kaiser tadelt, dass er so ausserordentlich wichtige Fragen schriftlich durch die Reichskanzlei an ihn richten lasse, wo das Geheimniss gewiss nicht bewahrt würde. Er hätte am liebsten nur eine mündliche Antwort gegeben, allein da die Gegner, die ihre Zuträger in Wien hätten, sich um so ärgeren Vermuthungen hingeben würden, wenn keine schriftliche Antwort einliefe, so ertheile er dieselbe. Eine von den beiden Antworten war also bloss für die Gegner berechnet und es unterliegt wohl keinem Zweifel, dass man diejenige dafür an-

*) Wiener StA. Graf von Hohenzollern an den Kaiser dd. 1. Jan. 1621.

***) Wiener StA. Verzeichniss der Punkte, über die Hohenzollern den Herzog von Baiern befragen sollte, dd. 12. Decemb. 1620. Die im Januar 1621 in München geführten Verhandlungen sind nicht bloss durch ihre Wichtigkeit von grosser Bedeutung, sondern beherrschen auch durch die von dem Herzoge abgegebenen Erklärungen während der folgenden zwei Jahre vollständig die Situation. Der Herzog wollte sich in den Besitz der Kur setzen und mahnte den Kaiser unablässig an die Erfüllung seines Versprechens, während dieser, ab und zu in Unschlüssigkeit verfiel, aber zuletzt den Mahnungen des Herzogs volle Rechnung trug.

ehen muss, in der Maximilian eigentlich alle Anfragen unbeantwortet lässt. Er, der im Winter und Frühjahr 1620 auf die Aechtung des Pfalzgrafen drang, den Kaiser dazu für gerechtfertigt erklärte, wollte nun mit einemmale finden, dass „es sich ihm nicht gebühre, S. Mtt. bezüglich der Aechtung Rath zu ertheilen“, und bat deshalb gehorsamst, „der Kaiser möge ihn diesfalls für, entschuldigt halten.“ Und ebenso wenig wollte er für sich und für die Liga bindende Versprechungen eingeben, im Falle jene Coalition zu Stande käme, die man nur im Verein mit Spanien bekämpfen könnte. Auf die Frage, ob der Kaiser dem Pfalzgrafen verzeihen dürfe, antwortete er in einer Weise, die dem Pfalzgrafen nicht alle Hoffnung rauben sollte: er riet nämlich denselben in Gnaden aufzunehmen, wenn er sich zu gebührender „Restitution, Satisfaction und Assecuration“ verstehen würde, Bedingungen, die allerdings nach der Erklärung, die man ihnen gab, den Pfalzgrafen ebenso gut zu Grunde richten konnten wie die Aechtung selbst.

Auf derartige nichtssagende und zweideutige Phrasen beschränkte sich natürlich nicht die Antwort, die Maximilian dem Grafen von Hohenzollern ertheilte und die für den Kaiser allein bestimmt war. In dieser erklärte er nicht nur seine Zustimmung zur Aechtung des Pfalzgrafen, sondern versprach dem Kaiser bei den auftauchenden Schwierigkeiten ein treuer Bundesgenosse zu sein, allerdings unter der Bedingung, dass auch die katholische Liga auf dem bevorstehenden Bundestage sich zu reichen Opfern entschliessen würde. Er erbat deshalb, dass Ferdinand den Bundestag durch einen eigenen Gesandten beschicken und durch diesen an die Stände ein Ansuchen um weitere Hilfe stellen möchte, er wollte dann dieses Gesuch auf alle Weise fördern.*) — Da man sonach die Zustimmung Baierns erlangt hatte, und damit der Hilfe der Liga gewiss war, so säumte man in Wien nicht länger mit der Aechtung des Pfalzgrafen und seiner wichtigsten Anhänger. Schon am 20. Januar, also unmittelbar nachdem Ferdinand 1621

*) Wiener St.A. Antwort Maximilians ausgestellt von der geheimen Kanzlei in München dd. 9. Jan. 1621. Ebend. Hohenzollern an den Kaiser dd. 8. Jan. 1621. Ebend. Derselbe an denselben dd. 10. Jan. 1621.

von Maximilians Zustimmung Kenntniss erhalten hatte, schrieb er an den Kurfürsten von Sachsen und theilte ihm mit, dass er die Acht über den Pfalzgrafen, den Markgrafen Johann Georg von Brandenburg und den Fürsten von Anhalt verhängen wolle und zu dieser Massregel durch die in Prag aufgefundenen Papiere wesentlich bewogen worden sei. *) Der Kaiser theilte diesen Entschluss dem Kurfürsten Johann Georg auch deshalb mit, damit er sich in den Verhandlungen mit Hohenlohe zu keinen Versprechungen hinreissen lasse, sondern den Pfalzgrafen mit seinem etwaigen Ansuchen direkt an ihn (den Kaiser) weise. Wie wir berichteten, machte Kursachsen dem Grafen Hohenlohe für den Pfalzgrafen keine Versprechungen, sondern mahnte zur Nachgiebigkeit, um den strafenden Arm des Kaisers im letzten Augenblicke aufzuhalten. Wenn Friedrich auch diesen Rath befolgt hätte, so wäre es jedenfalls zu spät gewesen, denn schon einen Tag nach der von Johann Georg abgegebenen Erklärung liess der Kaiser in Wien die Acht verkündigen.

Es war das ein Entschluss von unberechenbarer Tragweite. Der Kaiser hatte zu demselben nicht bloss die gesetzliche Berechtigung, wie wir dies später zeigen werden, sondern auch — wenn man den Katholiken das Recht zur Vertheidigung ihrer Interessen nicht abspricht — die moralische Berechtigung angesichts der langjährigen Conspiration des Pfalzgrafen gegen sein Haus. Aber trotz dieser doppelten Berechtigung schnitt sich der Kaiser die Möglichkeit ab den Frieden herzustellen, da der Pfalzgraf und sein Anhang dadurch zum Aeussersten getrieben wurden und nicht säumen durften, Himmel und Hölle aufzubieten, um ihren Ruin hinauszuhalten. Grosse und schwere Verwicklungen mussten folgen, bei denen es fraglich war, wie ihnen der Kaiser würde begegnen können, denn wenn er auch den Kampf mit der Coalition aufnehmen wollte, so war deshalb der Sieg für ihn noch nicht gesichert. Auf alles dieses nahm aber der Kaiser um so weniger Rücksicht, als er seinem Schwager, dem Herzog von Baiern, das Versprechen halten und ihn mit der Kur ausstatten wollte,

*) Sächs. StA. Ferdinand an Kursachsen dd. 12. Januar 1621.

dem Pfalzgrafen nur durch Aechtung weggenommen werden konnte. Aus diesem Grunde wollte er auch nicht das Resultat der zwischen dem Pfalzgrafen und Kursachsen eingeleiteten Verhandlungen abwarten, ja er suchte sie, so viel an ihm war, durch die an Johann Georg gerichtete Zuschrift zu verhindern. Wenn übrigens Ferdinand einer Entschuldigung bedurfte, dass er die ihm günstige Lage rücksichtslos ausgenutzt habe, so gab sie ihm der Pfalzgraf durch seine oben erwähnten Ausgleichsbedingungen. Allerdings wusste Ferdinand nichts von denselben, als er zur Verhängung der Acht ritt.

Am 22. Januar 1621 unterzeichnete der Kaiser zwei Pa-¹⁶²¹ te: durch das erste erklärte er den Kurfürsten von der Pfalz, weil er sich zum Haupt der ungehorsamen und untreuen Rebellen aufgeworfen, als Verräther und Verletzer der kaiserlichen Hoheit und Majestät aufgetreten, wider den Landfrieden und andere heilsame Reichssatzungen sich verbrochen habe,⁴ in die Acht und Aberacht verfallen und durch das zweite legte er mit gleicher Strafe den Markgrafen von Jägerndorf, den Fürsten von Anhalt und den Grafen von Hohenlohe.*) Der Herzog von Sachsen-Weimar, der sich auch dem Pfalzgrafen angeschlossen und bekanntlich ein Regiment für ihn angeworben und kommandirt hatte, wurde aus Rücksicht für Kursachsen geschont. Um der Achtserklärung die nöthige Feierlichkeit zu geben, beschloss man in Wien die in alten Tagen bei ähnlichen Anlässen beobachteten Ceremonien auch diesmal abzuhalten. Im grossen Saal der Burg erschien der Kaiser am 1. Januar in Begleitung des Hofmarschalls Herberstein und¹⁶²¹ des Reichsvizekanzlers Ulm und nahm auf dem Throne Platz, während sich der übrige Raum mit den angesehensten Personen füllte. Der Reichsvizekanzler ergriff das Wort und las in längerer Rede aus, welcher Verbrechen sich der Pfalzgraf schuldig gemacht habe und wie dieselben nicht ungestraft bleiben dürften. Darauf verlas Sekretär Pucher das Urtheil über den Pfalzgrafen verhängte Urtheil, überreichte es dem Kaiser, der dasselbe zerriss, zur Erde warf und die Stücke

*) Die Achtserklärungen bei Londorp.

mit dem Fuss von sich schob, worauf einer der Ehrenhold die Stücke vom Boden auflos und zum Fenster hinauswar. Dasselbe Schauspiel wiederholte sich, als Ulm die gleiche Klage gegen den Markgrafen von Jägerndorf, gegen Anhalt und Hohenlohe richtete und Pucher ihr Urtheil vorlas. *)

Von der Verhängung der Acht und der feierlichen Art ihrer Publication gab der Kaiser dem Kurfürsten von Sachsen Kunde, indem er abermals auf die in Prag gefundenen Papiere hinwies, um derentwillen er sich nicht mit der einfachen Achteklärung habe begnügen können. **) Johann Georg war durch diese Nachricht nicht besonders angenehm berührt, ***) da er zur Aechtung beharrlich seine Zustimmung verweigerte, allein wenn er die unvernünftigen Bedingungen erwog, die Friedrich für seine Unterwerfung stellte, konnte er das gegen ihn gebrauchte Zwangsmittel um so weniger verwerfen, als er auch jetzt noch an eine Aussöhnung des Kaisers mit dem Pfalzgrafen glaubte, wenn dieser zur Vernunft zurückgekehrt sein würde. Vorläufig hatte er darüber keine Nachricht, da als Hohenlohe von Dresden nach Küstrin reiste, um dem Pfalzgrafen über das Unannehmliche seiner Bedingungen zu berichten, traf er ihn da nicht an, weil derselbe seine Weiterreise nach Wolfenbüttel angetreten hatte. Er benachrichtigte hievon den Kurfürsten von Sachsen und vertröstete ihn baldigo eingehende Mittheilungen. †)

Wenige Tage nach der Abreise Hohenlohe's aus Dresden traf die schlesische Gesandtschaft daselbst ein. In der Ansprache die sie an den Kurfürsten hielt, vertheidigte sie die Theilnahme an dem Aufstande als im Interesse ihrer Religion und Freiheiten gelegen, und bat den Kurfürsten um seine guten Dienste damit „neben ihrem gnädigsten König und Herrn (Friedrich) die sämmtlichen Stände und das Land Schlesien auf beider Media zu einem gewünschten Friedensstand gelangen könnten“.

*) Sächs. StA. Zeidler an Kursachsen dd. 30. Januar 1621. — Skizze p. 9—20.

**) Sächs. StA. Ferdinand an Kursachsen dd. 31. Januar 1621.

***) Sächs. StA. Kursachsen an Ferdinand II dd. 8./18. Februar 1621.

†) Sächs. StA. Hohenlohe an Kursachsen dd. 18./28. Januar 1621. Skizze

wodurch insbesondere die abgelegten Pflichten (d. i. der dem Könige geschworene Treueid) salvirt und die Gewissen konfirmirt würden.“ Wenn man diese Ansprache dahin deuten würde, dass die Schlesier an der Herrschaft Friedrichs festhalten wollten, so irrt man sich, denn der Auftrag, den die Gesandtschaft in Breslau erhalten hatte, erörterte auch die Bedingungen, unter denen Schlesien die Herrschaft des Kaisers wieder anerkennen wollte und die darauf hinausliefen, dass keine Soldaten in das Land gelegt, die politischen und religiösen Freiheiten geschützt, die Conföderation mit Ungarn anerkannt und ein allgemeiner Pardon bezüglich des Lebens und Vermögens ertheilt werden solle. Eine Bedingung betraf auch den zwischen Ferdinand II und Philipp III geschlossenen Erbvertrag, dessen Aufhebung die Stände ausdrücklich verlangten, weil — wenn wir es recht verstehen — dem böhmischen Wahlrecht durch den erwähnten Vertrag präjudicirt würde. An der Wählbarkeit der Könige wollten die Stände also auch jetzt festhalten. Die Gesandten erhielten vom Fürstentag nicht die Vollmacht, mit Kursachsen endgiltig abzuschliessen, sondern wurden beauftragt vorerst über den Gang der Verhandlungen nach Hause zu berichten.*)

Den Gesandten wurde auf ihre Ansprache und schriftliche Eingabe im Namen des Kurfürsten am folgenden Tage eine Antwort zu Theil, in der sie zunächst auf den Widerspruch aufmerksam gemacht wurden, der zwischen ihrer Forderung, dass sie „in ihren (dem König Friedrich) abgelegten Pflichten salvirt“ würden, und ihrem Anerbieten, unter die Herrschaft des Kaisers zurückzukehren, bestände. Es wurde ihnen weiter erklärt, dass von anderen Bedingungen nicht die Rede sein könne, als von einem allgemeinen Pardon und der Bestätigung ihrer Privilegien. Würden sie sich mit diesem, ihnen von dem Kurfürsten gebotenen Zugeständniss nicht begnügen, so werde ihnen das Schicksal Böhmens und Mährens zu Theil, die sich unbedingt dem Kaiser fügen müssten.**)

*) Die Akten im sächs. StA. — Dann auch Palm: Acta publica 1621.

*) Palm: Acta publica 1621. Antwort der sächs. Geheimräthe auf die Proposition der schlesischen Gesandten dd. 27. Januar 1621.

Trotz der ablehnenden Antwort gaben sich die Gesandten nicht geschlagen, sondern wiederholten am folgenden Tage dieselben Forderungen mit neuen Erläuterungen, wobei sie unter anderem das freie Wahlrecht über die Herzogkronen in ihrem Lande selbst dann in Anspruch nahmen, wenn dieses Recht den Böhmen abgesprochen würde.*) Auch auf diese Erklärung blieben die sächsischen Geheimräthe die Antwort nicht schuldig und lehnten namentlich das in Anspruch genommene Wahlrecht ab, wobei sie eine genaue Kenntniss der betreffenden beiderseitigen Rechtsansprüche an den Tag legten und sich der Ansicht zuneigten, dass das Wahlrecht etwa nur dahin verstanden werden könne, dass die Prinzen des habsburgischen Hauses nicht übergangen werden dürften.***) Auch jetzt beharrten jedoch die Gesandten auf ihrem Standpunkt und verfochten nicht ohne Geschick ihre Behauptungen und Forderungen.***) Die Geduld des Kurfürsten war aber erschöpft und er brach die weiteren Verhandlungen ab, indem er den Gesandten eine Art von Ultimatum vorlegen liess, nach dem sie den Kaiser unbedingt als ihren Herrn anerkennen, sich ihm neuerdings verpflichten und um Verzeihung bitten, und 500.000 Gulden als erste Steuer entrichten sollten. Dafür bot er den Ständen volle Verzeihung, die Aufrechthaltung ihrer politischen und religiösen Freiheiten an und versprach ihnen, dass er sich gegen jeden Angriff auf das Bekenntniss der augsburger Confession schützen werde. Auch sollte ihr Land von jeder Einquartirung des kaiserlichen Volkes verschont werden, sobald sie ihr Kriegsvolk abgedankt haben würden. Auf diese Mittheilung erklärten die Gesandten, dass sie über dieselbe an den Fürstentag berichten müssten, der sich Anfangs Februar in Liegnitz versammeln werde.†) Während sie durch einen Herrn von Karnicky über das Resultat ihrer Verhandlungen nach Hause

*) Palm a. a. O. Replik der schlesischen Gesandten dd. 28./18. Jan. 1621.

***) Palm a. a. O. Duplik Kursachsens dd. 29./19. Januar 1621.

****) Palm a. a. O. Triplik der schlesischen Gesandten dd. 30./20. Jan. 1621.

†) Sächs. StA. Die betreffenden Verhandlungen sind im 9180/XXXXVII enthalten. -- Skála V, 43 berichtet fälschlich, dass die Schlesier gleich bei ihrer ersten Ankunft in Dresden zur Unterwerfung bereit waren.

berichteten, hatte der Kurfürst von Sachsen die Genugthuung, dass die Stände von Glatz ihm ihre Unterwerfung unter den Kaiser anboten.*) Der Kurfürst war erbötig, ihnen dieselben Versprechungen zu machen, zu denen er sich gegen die Schlesier erboten hatte, und so kam zwischen ihm und der Grafschaft Glatz am 7. Februar die Einigung zu Stande.**)

Der schlesische Fürstentag wurde Anfangs Februar von dem 1621 Herzog Johann Christian von Liegnitz mit einer Vorlage eröffnet, welche die Stände zu Steuerleistungen und zu Vorkehrungen bezüglich ihrer Truppen mahnte. Der Landeshauptmann wahrte auch jetzt das Recht Friedrichs, wemgleich seine matte Sprache von der eigenen Hoffnungslosigkeit zeugte. Seinen Vorschlag beantworteten die Stände grösstentheils in ablehnender Weise; man wollte sich zu keinen neuen Opfern entschliessen, sondern dachte nur an die theilweise Entlassung der Truppen, um die Lasten zu mildern. Dass bei dieser Stimmung kein ernstlicher Widerstand gegen die sächsischen Ausgleichsbedingungen erhoben wurde, ist fast selbstverständlich. Die Vertreter des Markgrafen von Jägerndorf rieten zwar, dass man wenigstens die Verhandlungen nur im Einverständnisse mit Friedrich und Bethlen weiter führen solle, weil man sonst ihrer Rache gewärtig sein müsste. Dieser Rath fand jedoch nicht den Beifall der übrigen Fürsten und Stände, die da meinten, dass man sich zunächst vor der drohenden Rache des Kaisers sichern müsse und deshalb die Verhandlungen nicht in die Länge ziehen dürfe. So einigte man sich dahin, dass man sich mit den Anerbietungen des Kurfürsten von Sachsen zufrieden erklärte; nur bezüglich der Geldforderung wollte man so viel als möglich herunterhandeln. Der Landeshauptmann konnte nichts gegen diesen einstimmigen Beschluss thun, erklärte aber, dass er sich dem Kaiser nicht früher unterwerfen wolle, als bis er von Friedrich aus seinem Eide, den er ihm als Landstand und Oberhauptmann geschworen habe, entlassen sei.***) Die übrigen Stände waren nicht von

*) Sächs. StA. Die Glatzer Stände an Kursachsen dd. 13. Januar 1621.

*) Sächs. StA. Erklärung des Kurfürsten für die Glatzer dd. 7. Febr. 1621.

*) Palm: Acta publica. Der schlesische Fürstentag 1.—11. Februar 1621.

ähnlichen Gewissenskruppeln bedrückt, sondern sprachen die Hoffnung aus, dass Friedrich sie von selbst aus ihrer Pflicht entlassen werde, wenn er höre, dass sie sich bei Kursachsen für die Wiedereinsetzung in seinen früheren Besitz verwenden hätten. Dennoch wurde man zuletzt anderen Sinnes und wohnte auch gegen Friedrich die Form wahren, und so richtete der gesammte Fürstentag ein Schreiben an ihn in welchem die Stände um die Entlassung aus ihrer Pflicht ersuchten.*) Friedrich kam der Bitte nicht nach und führte bis an seinen Tod den königlichen Titel von Böhmen, wiewohl es ihm an genügender Berechtigung fehlte, da er nicht bloss aus den böhmischen Ländern vertrieben, sondern auch von den Ständen dieser Länder aufgegeben war. Als der Markgraf von Jägerndorf von dem Beschlusse des Fürstentages Kunde erhielt, missbilligte er denselben auf das entschiedenste, allein seine Stimme hatte in Schlesien nicht mehr die frühere Bedeutung.**)

An demselben Tage, an dem der Fürstentag dem ehemaligen Könige die Treue aufgesagt hatte, richtete er auch an den Kurfürsten von Sachsen ein Schreiben, worin er sich zur Annahme der von ihm gebotenen Friedensbedingungen bereit erklärte, wofern die in Dresden weilenden Gesandten nicht eine Aenderung zu Wege brächten.***) Die Verhandlungen wurden nun zwischen den schlesischen Gesandten und den sächsischen Geheimräthen wieder aufgenommen, und schon nach ein oder zwei Tagen konnten die letzteren ihrem Herrn berichten, dass ein Einverständniss bis auf einen Punkt erzielt sei, und zwar sei dies der Geldpunkt, da die Schlesier statt 500.000 Gulden nur 100.000 zahlen wollten.†) Auch in dieser Beziehung einigte man sich zuletzt dahin, dass sich die Gesandten für die Stände zur Zahlung von 300.000 Gulden binnen Jahr und Tag in drei auf einander folgenden Terminen erbieten

*) Sächs. StA. Die Fürsten und Stände Schlesiens an Friedrich dd. 13. Februar 1621.

**) Münchner StA. Der Markgraf von Jägerndorf an den Herzog von Münsterberg dd. 16. Februar 1621.

***) Sächs. StA. Die schlesischen Fürsten und Stände an Kursachsen dd. 13. Februar 1621.

†) Sächs. StA. Die Geheimrätthe an Kursachsen dd. 9./19. Febr. 1621.

der Kurfürst sich mit diesem Anerbieten zufrieden gab. Uebrigens wurde die Vereinbarung getroffen, dass sie 1000 Reiter und 3000 Mann Fussvolk zur Aufrechthaltung der Ordnung weiter behalten und dasselbe nur zum Dienste des Kaisers verwenden dürften, alles übrige Volk aber, namentlich das in der Lausitz und in der Grafschaft Glatz stationirte, erhalten sollten. Die Conföderation mit den böhmischen Ländern und mit Ungarn wurde für aufgehoben erklärt und die betreffenden Urkunden dem Kurfürsten übergeben. Dafür verpflichtete derselbe in feierlicher Weise am Schlusse der Unterhandlungen, dass den Schlesiern die versprochenen Bedingungen eingehalten und sie nun sammt und sonders von dem Kaiser in Gnaden aufgenommen würden und dass er sie bei der Bekennniss der augsburger Confession gegen allfällige Verleumdungen beschützen und vertheidigen werde. Der Markgraf von Jägerndorf wurde ausdrücklich von dem Pardon ausgeschlossen, da er mittlerweile vom Kaiser geächtet worden war, auch auf den Herzog Johann Christian von Liegnitz konnte er sich nicht beziehen, da derselbe nicht unbedingt seine Unterwerfung erklärt hatte. Doch wurde ihm noch eine Frist von sechs Wochen zugestanden, bis zu welcher man seiner Erklärung gewärtig sein wollte. Ueber diese Verpflichtungen der Schlesier und die Gegenverpflichtungen des Kurfürsten wurde eine Urkunde ausgestellt von Johann Georg und den schlesischen Gesandten unterzeichnet.*) Auch sie hat in der Geschichte den Namen des „Kurfürstlichen Urtheils“ erhalten. In demselben wurde ausdrücklich erklärt, dass die Stände Schlesiens den Kaiser als ihren „rechten, ererbten, gekrönten und gesalbten König, Herrn und Oberherrn in Schlesien wieder angenommen haben.“ Offenbar ist der Ausdruck „erwählter“ König nur auf Andringen der schlesischen Gesandtschaft in die Urkunde aufgenommen und von den sächsischen Geheimräthen nicht ohne eine geheime

*) Sächs. St.A. Urkunden von Kursachsen den schles. Ständen ausgestellt d. 18./28. Febr. 1621.

Keinmaligen gegen die kaiserlichen Erbsprüche missbraucht worden.

Als der Herzog Johann Christian Kunde bekam, dass er von dem Pardon ausgeschlossen werde, erschrak er nicht wenig und liess eine Erklärung nach Dresden abgehen, in der er die Behauptung aufstellte, dass er sich von den übrigen Ständen nicht habe absondern wollen und gleich ihnen zur Unterwerfung erbötig sei. Er wartete nicht mehr ab, dass der Pfalzgraf von seinem Eide entbinde: aber indem er öfter von seiner nach Dresden gemeldeten Unterwerfung nachrichtete, bemerkte er, dass er nur mit dem tiefsten Bedauern von ihm ablasse und gern bereit sei, für ihn sein Fürstenthum einzusetzen. Es waren das nicht blosse Worte, durch die Johann Christian seinen Abfall maskiren wollte, denn bald darauf schlug er seinen Pardon in die Schanze, und schloß sich wieder dem Pfalzgrafen an.*) Vorläufig aber hatte seine nach Dresden abgeschickte Erklärung die Folge, dass der Pardon auch auf ihn ausgedehnt wurde.**)

Als Ferdinand davon Kunde bekam, dass sich die schlesischen Stände zu Verhandlungen bereit erklärt hätten, wünschte er, wie zuvor bezüglich der Lausitz, dass sich der Kurfürst zu keinen Versprechungen herbeilasse, sondern sie unbedingt zur Ablegung der „Interimpflicht“ (oder Erneuerung der früheren Huldigung) anhalte, ja er verlangte sogar, dass der Kurfürst keinen allgemeinen Pardon verheissen, sondern ihm die Verfügung über das Leben und die Güter der Rückführer in Schlesien vorbehalten solle***). Man wollte in Wien nicht bloss für den erlittenen Schaden entschädigt werden, sondern das Regiment in Schlesien ebenso wie in Böhmen nach Belieben einrichten und die Verfassung umgestalten.

Wäre der Kurfürst diesem Wunsche nachgekommen, so würde Schlesien zum mindesten von denselben Leiden be-

*) Sächs. StA. Die Fürsten und Stände Schlesiens an Kursachsen dd. 24. Febr. 1621. — Ebd. Johann Christian von Liegnitz an Kurpfalz dd. 27. Februar 1621. — Ebd. Feierliche Erklärung Kursachsens dd. 18. 28. Februar 1621.

**) Sächs. StA. Kursachsen an die schlesischen Stände dd. 15./25. März 1621.

***) Sächs. StA. Ferdinand an Kursachsen dd. 11. Januar 1621.

offen worden sein wie Oesterreich und Mähren, aber der Kurfürst gedachte in Schlesien dieselbe Rolle zu spielen, die er in der Lausitz gespielt hatte, und berief sich deshalb auf die Vollmacht, die ihm vom Kaiser ertheilt war, vermöge der er alle diejenigen in Gnaden aufnehmen könne, die ihre Unterwerfung angingen; er wollte im allgemeinen keinen Unterschied zwischen den Mehr- und Minderschuldigen machen und ebensowenig wollte er die politischen und religiösen Freiheiten des Landes durch die Willkür des Kaisers preisgeben. In Wien glaubte man sich durch die von Johann Georg geübte Milde betrogen, weil man ihn nur in dem Fall zur allgemeinen Pardonirung und zur Sicherung der Freiheiten des Landes bevollmächtigt hatte, wenn sich die Stände freiwillig ergeben würden, von einer freiwilligen Ergebung aber nach der Schlacht auf dem weissen Berge nicht mehr die Rede sein konnte. Man beschloss deshalb den Kurfürsten nochmals um die Erfüllung des kaiserlichen Wunsches zu ersuchen und zur Unterstützung dieses Ersuches wollte man den Bruder des Kaisers, Erzherzog Karl als den schon mehrfach genannten Karl Hannibal von Dohna nach Dresden schicken.*) Das kaiserliche Schreiben traf in Dresden am 27. Februar ein, also einen Tag bevor der Accord unterzeichnet und das betreffende Exemplar den schlesischen Gesandten übergeben wurde. Da aber der Kurfürst von der ihm zugemutheten Strenge nichts wissen wollte, so beantwortete er das Schreiben Ferdinands dahin, dass er keine Aenderung des vereinbarten Accords habe treffen können, weil derselbe schon am 25. Februar abgeschlossen worden sei.***) Es mag wahr sein, dass die Verhandlungen an diesem Tage beendet hatten, unterzeichnet war der Accord aber nicht und eine Aenderung im Sinne der kaiserlichen Wünsche war noch immer möglich. In einem zweiten Schreiben ersuchte der Kurfürst den Kaiser um die Bestätigung des Accords, indem er im längeren die Motive auseinandersetzte, die ihn zu einer glimpflichen Behandlung der Schlesier vermocht hätten und hauptsächlich darin bestanden, dass er dieselben nicht zur

1621

1. März
16212. März
1621

*) Sächs. StA. Ferdinand an Kursachsen dd. 29. Februar 1621.

**) Sächs. StA. Johann Georg an Ferdinand dd. 19. Febr./1. März 1621.

Gladely: Geschichte des 30jährigen Krieges. III Band.

Verzweiflung treiben und das Land bei dem folgenden Kriege nicht der Verwüstung preisgeben wollte.*)

Als man in Wien von dem geschlossenen Accord Nachricht erhielt und den Wortlaut desselben kennen lernte, fand man, dass der Kurfürst den kaiserlichen Mahnungen nicht das geringste Gewicht beigelegt, sondern sich auch zu einzelnen Zugeständnissen entschlossen hatte, die grosse Gefahren für die Zukunft im Schosse bargen. In der That hatte es seine bedenkliche Seite, wenn sich der Kurfürst zum Garant des Accords machte und die Stände in der Vertheidigung ihrer Religionsfreiheiten zu schützen versprach, wenn ferner das sächsische Wahlrecht anerkannt und den Ständen das Recht zur Unterhaltung eigener Truppen eingeräumt wurde. Man beschickte sich jetzt in Wien mit der Absendung der schon beschlossenen Gesandtschaft und bezeichnete in einer Zuschrift an den Kurfürsten diejenigen Punkte des Accords, die der Kaiser nicht billigen wollte und bezüglich deren er eine Erläuterung und neue Vereinbarung verlangte.

Unter den Punkten des Accords, gegen die sich der kaiserliche Tadel kehrte, nahm die erste Stelle derjenige ein, von dem „erwählten“ König gesprochen wird. Es hiess in der Zuschrift, dass, da der Aufstand in Böhmen in der von diesem Lande in Anspruch genommenen Wahlfreiheit gewurzelt, die Wahlfreiheit aber nie zu Recht bestanden habe, durch die Zulassung des Wortes „erwählt“ nur neuen Zerwürfnissen die Thüre geöffnet werden würde. Bezüglich der dem Majestätsbrief zurkannten Bestätigung erklärte der Kaiser, dass er denselben nur auf die augsburger Confession beziehen und das kalvinische Bekenntniss nicht zulassen wolle. In Bezug auf die den Ständen zugestandene Unterhaltung von 1000 Reitern und 3000 Mann Fussvolk zur Aufrechthaltung der Ordnung bemerkte der Kaiser, dass dies nur dieses einzige Mal stattfinden und künftighin ihm allein das Recht, Kriegsvolk zu werben und zu unterhalten, zustehen solle.**)

— Der erste und dritte Einwurf hatte jedenfalls seine tiefe Begründung, denn nur wenn denselben Rechnung ge-

*) Sächs. StA. Kursachsen an Ferdinand dd. 20. Febr./2. März 1621.

**) Sächs. StA. Ferdinand an Kursachsen dd. 15. März 1621.

en wurde, konnte sich in Schlesien ein gedeihliches Re-
 ent entwickeln. Auch den zweiten Einwurf finden wir er-
 ich, denn bei dem Hass, mit dem sich Ferdinand von
 der Kalviner verfolgt sah, ist es begreiflich, dass er
 ihrer Duldung nichts wissen wollte.

Als Hannibal von Dohna nach Dresden kam, sollte er den
 ersten nicht bloss im Sinne dieser Einwürfe bear-
 n, sondern auch von ihm verlangen, dass er von den
 sieren die Herausgabe eines im Jahre 1609 erlangten Pri-
 vilegiums fordere. Dasselbe war von Kaiser Rudolf II ausge-
 worden und betraf die Stelle des Oberhauptmanns, die
 hahin dem Bischof von Breslau zugestanden hatte, die aber
 öge dieses Privilegiums nur von einem weltlichen Fürsten
 then werden sollte. Der Kaiser wollte nicht nur die da-
 erfolgte Absetzung seines Bruders rückgängig machen,
 ern diese wichtige Stelle dauernd einem Katholiken über-
 n und verlangte deshalb die Kassirung des Privile-
 a. *) Auch der Erzherzog Karl war mit einem be-
 eren Anliegen nach Dresden gekommen. Er sollte die
 immung Johann Georgs zur Berufung eines Kurfürsten-
 einholen, auf welchem der Kaiser die pfälzische Kur-
 e an Baiern übertragen wollte, und zu diesem Behufe er-
 hen, in welcher Weise der Kurfürst die Aechtung des
 grafen aufgenommen habe, und ob er für die Uebertra-
 der Kur gewonnen werden könnte.

Alle diese Forderungen stiessen in Dresden auf keinen
 nglischen Boden. Der Kurfürst vermerkte es übel, dass
 an seinem Accord mäkelt und vertheidigte denselben
 t für Punkt. Dadurch, dass er in demselben von
 „erwählten“ Könige gesprochen habe, habe er sich kei-
 ls in diese Streitfrage einmischen und Partei nehmen
 n, was er ja damit gezeigt habe, dass er zugleich die
 ischen Stände zur Anerkennung der Herrscherrechte Fer-
 ds in der Weise verpflichtet habe, wie das im Jahre
 bei Gelegenheit der Erhebung Ferdinands auf den bö-
 hen Thron geschehen sei. Sei die Erhebung damals auf

ichs. StA. Erklärung Hannibals von Dohna 21./31. März 1621.

Grund des Erbrechtes geschohen, so komme dasselbe Ferdinand zugute, und er brauche sich an dem Ausdruck „gewählter“ nicht zu stossen. Auf die Besorgnisse, die Ferdinand geäußert hatte, dass die Schlesier das Recht zur Anwerbung von Truppen künftighin in Anspruch nehmen dürften, gab der Kurfürst keine klare Antwort, sondern bemerkte nur, dass die von ihnen unterhaltenen Truppen zur Vertheidigung des Landes und der Rechte des Kaisers ausdrücklich bestimmt seien. Bezüglich der Art, wie der schlesische Majestätsbrief aufgeführt werden solle, liess er sich in keinen Streit einverleiben und zum Schlusse, dass der Kaiser den Accord ohne weitere Einschränkung bestätige, weil er sein Ehrenwort hiebei verpflichtet habe.*) Ebenso ablehnend lautete die Antwort, die er dem Erzherzog auf sein besonderes Anliegen ertheilte. Er war zwar bereit bei dem Kurfürstentage zu erscheinen, wenn ihm der Kaiser Zeit und Ort bekannt geben werde, aber die über den Pfalzgrafen verhängte Aechtung billigte er nicht, sondern erklärte hierüber zunächst das Gutachten der befreundeten Kurfürsten und Fürsten einholen zu müssen.**)

Welche Antwort der Kurfürst dem Hannibal von Dohna bezüglich der Oberhauptmannsfrage gegeben habe, ist nicht bekannt, aber da der Kaiser wenige Tage später das Privilegium Rudolfs II bestätigte, kann die Antwort des Kurfürsten nur ablehnend ausgefallen sein.

Wiewohl Ferdinand schwerwiegende Gründe zu einigen von ihm aufgestellten Forderungen hatte, mangelte ihm doch die Entschlossenheit, auf ihnen zu beharren, und so genehmigte er auf die ablehnende Aeusserung des Kurfürsten den Accord nach seinem vollen Inhalt und Wortlaut. Neben demselben bestätigte er auch eine Reihe speciell angeführter Privilegien, und befriedigte auf diese Weise jeden Wunsch, den man billiger Weise in Schlesien erheben durfte. Jedermann sollte in diesen Lande sich ungestört seines Besitzes und Vermögens erfreuen, und nur der einzige Markgraf von Jägerndorf davon ausgenommen sein.***)

*) Sächs. StA. Kursachsen an Ferdinand II dd. 24. März/3. April 1631.

***) Ebend. Antwort Kursachsens an Erzherzog Karl dd. 24. März/3. April 1631.

***) Sächs. StA. Ferdinand II an Kursachsen dd. 17. April. — Ebend. Kaiserliche Bestätigung des Accords.

Der Kurfürst bemühte sich nun in Schlesien alle Hindernisse zu entfernen, die sich der Wiederaufrichtung der kaiserlichen Herrschaft entgegenstellen konnten, er ernannte den Herzog Georg Rudolf von Liegnitz zum Oberhauptmann statt des Herzogs Johann Christian, der diese Stelle niederlegte, und ermahnte die Stände zur schleunigen Entlassung alles Volkes, das sich über die in dem Accord vereinbarte Zahl in ihrem Dienste befinde.*) Der Kaiser genehmigte die Ernennung des Herzogs Georg Rudolf.***) Die schlesischen Stände, die sich mittlerweile in Breslau versammelten, erklärten sich mit dem Accord zufrieden und dankten dem Kurfürsten für die ihnen in den Verhandlungen bewiesene Freundlichkeit.***) Wenige Tage später schickten sie eine Gesandtschaft an den Kurfürsten ab, um das Original der kaiserlichen Bestätigung des Accords abholen und gleichzeitig die Originalien der Conföderationsurkunden abliefern zu lassen. Der Kurfürst übernahm die letzteren, liess die Siegel an denselben abnehmen und stellte die ungültig gemachten Urkunden den schlesischen Gesandten, dem Adam von Stang und Dr. Rosa, zurück.†) Die kaiserliche Bestätigung des Accords lieferte er ihnen aber nicht aus, weil die Schlesier ihr Volk noch nicht auf die im Accord bestimmte Zahl reducirt hatten, sondern noch immer ihre frühere Truppenzahl unterbielten. Weiter verlangte der Kurfürst, dass sich die Schlesier zur Absendung einer Gesandtschaft an den Kaiser bequemen und bezüglich des Oberamts den Erzherzog Karl als Bischof von Breslau zu demselben zulassen und auf das ihnen von Rudolf II ertheilte Privilegium verzichten möchten. Der Kurfürst hatte sich also mittlerweile den kaiserlichen Wünschen unbequem und die Schlesier zum Preisgeben eines Rechtes zu bewegen gesucht, das er noch vor Monatsfrist nicht antasten wollte. Die Gesandten nahmen die Weisungen

*) Sächs. StA. Kursachsen an die schlesischen Stände dd. 25. März/4. April 1621. — Ebend. Kursachsen an Georg Rudolf von Liegnitz dd. 15./25. April 1621.

**) Palm: Acta publica 1621, 151.

***) Palm: a. a. O. Seite 152.

†) Siehe die Nachricht hierüber im sächs. St. A. 9187/II fol. 149.

Johann Georgs nicht ruhig hin. Bezüglich des Oberausraths lehnten sie die Verhandlung ab, weil sie nicht hinreichend bevollmächtigt seien, und bezüglich der von ihnen verlangten Entlassung des überzähligen Kriegsvolkes erklärten sie, dass sie bei dem besten Willen dieser Forderung nicht nachkommen könnten, da dem zu entlassenden Kriegsvolk 700.000 Thaler an Soldresten bezahlt werden müssten und dieses Geld vorläufig noch fehle.**) Man würdigte zwar in Dresden diesen Einwurf, aber doch nicht so weit, dass man die kaiserliche Bestätigung des Accords ausgeliefert hätte und so mussten die Gesandten in dieser Beziehung unverrichteter Dinge nach Hause zurückkehren.

Es war das keine bösertige Eigenwilligkeit von Seite des Kurfürsten, wenn er trotz der augenscheinlichen Armuth der Schlesier ihnen die gewünschte Urkunde nicht auslieferte, denn die Verhältnisse gestalteten sich zu dieser Zeit nicht darnach, dass man mit Gewissheit auf einen dauernden Frieden hätte rechnen können, und wer konnte dafür bürgen, dass die Schlesier ihre Truppen nicht wieder zur Bekämpfung des Kaisers verwenden würden, wenn ihnen eine Aussicht auf Erfolg winkte. Man musste von Seite des Kaisers darauf bedacht sein, ihnen die Mittel von vornherein abzuschneiden, und der Kurfürst von Sachsen vortrat nur das Interesse des Fürsten, dem er sich angeschlossen hatte, wenn er hartnäckig auf der raschen Entlassung der überzähligen Truppen bestand.

Seit dem Frühjahr 1621 war also die Auktorität des Kaisers von den Ständen sämtlicher Länder der böhmischen Krone und von denen Oesterreichs anerkannt. Die Art, wie Ferdinand seinen Sieg namentlich in Böhmen und Mähren ausnützte, gab seinen Gegnern Veranlassung zu tausendfachen Klagen und Vorwürfen und sie rechtfertigten damit ihre weiteren Angriffe. Diese Rechtfertigung war aber nur ein Vorwand, denn der Hass gegen die Katholiken und die Erbitterung über

*) Sächs. StA. Conferenzprotocoll über die Verhandlungen der sächsischen Geheimräthe mit den schlesischen Gesandten 17./27. Mai 1621.

***) Sächs. StA. Erklärung der schlesischen Gesandten Stang und Dr. Ross dd. 17./27. Mai 1621.

ttene Niederlage und über das Hinschwinden der er-
en Grösse war bei ihnen noch im Jahre 1621 so gross,
e sich, selbst wenn der Kaiser milde aufgetreten wäre, in
tergeordnete Stellung nicht gefügt, sondern nach Mitteln
Vegen gesucht hätten, um dem Kaiser seinen Sieg zu
mmern. Die gegenseitigen Leidenschaften sollten sich
uf einem ausgedehnteren Kriegstheater bekämpfen, als
sherige gewesen war.



Urkundenbeilage.

Wir bemerken zu dem Abdruck der nachfolgenden Aktenstücke, dass wir die alte Orthographie einigen Verbesserungen unterzogen haben, die hauptsächlich in der Entfernung der überflüssigen Doppelbuchstaben und in der richtigen Anwendung der grossen und kleinen Anfangsbuchstaben bestehen.

A.

Das nachfolgende Aktenstück beleuchtet in der eingehendsten Weise die Pläne, mit denen sich die Unionsfürsten im J. 1619 trugen und die auf die Einziehung einer Anzahl geistlicher Besitzthümer gerichtet waren. Wir haben im Verlaufe unserer Studien zahlreiche Nachrichten gefunden, in denen berichtet wird, welches Bisthum sich ein oder der andere Fürst bereits zgedacht habe; da jedoch diese Nachrichten nur auf gelegentlichen Mittheilungen beruhten, glaubten wir sie nicht benützen zu dürfen, weil sie eben so gut auf Verläumdungen der Gegner der Union wie auf Wahrheit beruhen konnten. Der hier vorliegende Brief Volrads von Plessen, eines der hervorragendsten Rätthe des Pfalzgrafen, der in alle Pläne seines Herrn und der Unionsfürsten auf das genaueste eingeweiht war, ist ein Aktenstück von unumstösslicher Bedeutung, und da er die Pläne der Union ins schärfere Licht stellt, als wir dies bei Gelegenheit unserer Erzählung über den nürnbergischen Korrespondenztag gethan haben (Band II. Kapitel VII.), so glauben wir, dass sein Abdruck hinreichend gerechtfertigt ist. Der Brief wurde nach der Schlacht auf dem weissen Berge im Original in Prag gefunden und eine Ab-

brift hievon für den Kurfürsten von Sachsen angefertigt
und demselben am 9. Februar 1621 zugeschickt. (Sächs. StA.
94/I fol. 328.)

Plessen an den Fürsten von Anhalt dd. Nürnberg den
Nov. 7. Dez. 1619.

Er berichtet zuerst über die Streitigkeiten, die zwischen der
Union und dem Kurfürsten von der Pfalz in Nürnberg ausgebrochen
sind und die den Gehalt, den der letztere als General der Unions-
truppen genoss, betrafen. Am Schlusse bemerkt er Folgendes :

Puis la principale question reste encore à esclaircir, si et en
quelle manière on doit réellement et avec fruit employer les for-
ces, qui sont sur pied c'est à dire, s'on (sic) doit attaquer la pré-
sente ou non. On s'en est bien remis aux occasions et au général,
lieutenant-général, au conseil de guerre et aux plus proches
entre les Unis. Mais cela est encore subject à beaucoup de doub-
tes. On y pense remédier par un envoyé au Duc de Bavière,
pour tirer une réponse claire et catégorique de luy. Mais je re-
sente, qu'il pourra répondre de sorte qu'il nous laissera aussi in-
certains comme auparavant et prendra à son avantage nostre pro-
position, par la quelle si nous n'y prenions bien garde nous pour-
rions bien nous lier les mains à nous mesmes et donner le loisir
au Duc et à l'archevêque de Mayence de se renforcer des levées,
qu'ils font faire comme V. A. sçait. S. M. est en volonté de m'en-
voyer vers le Duc pour traiter avec luy et renouveler les déclara-
tions reciproques cidevant passées entre sadite M. et le dit Duc
avec demonstration de grande affection amitié et confiance mutuelle.
Mais il me semble que Mr. le Comte Frederic de Solms seroit le
plus propre à celà et s'en acquitteroit dignement et avec beaucoup
d'efficace de fruit. Mais pour bien négocier en cest endroit là
il me semble, qu'il faudra avoir une lettre creance de S. M. et un
memoire secret et separé du reste de l'instruction et proposition à
laquelle on destine le vicechancelier de Stueckard. La substance
du dict memoire sous correction seroit de tascher à tenir ferme le
dit Duc en la neutralité et tirer parolles de luy et promesse par
écrit de ne vouloir employer ses gens de guerre ni les prester
aux autres pour estre employés ny contre les Unis, ny contre le
royaume de Bohême et les provinces incorporées et confederées

et de ne vouloir prester aucune aide ny faveur contre le royaume de Bohême les dites provinces et Unis en quelque manière, que ce soit, et au reciproque Sa dite M. assecureroit le dit Duc et s'obligerait pareillement par soi et au nom des dits Unis, que le dit Royaume le dit Prince et les dits Unis n'entreprenderoient aucune chose ni hostilité en façon quelconque contre le Duc, ses terres et sujets. Si le dit Duc accorde ceste demande, ce sera un grand avantage pour sadite M. pour la couronne de Bohême le provinces incorporées et confederées et pour les Unis et au contraire sera un grand desavantage et affaiblissement aux ligueurs d'Allemagne. Mais si l'en fait refus on cognoistra par là assez clairement les intentions du dict Duc et selon celà on se reglera du costé de Sadite M. et des Unis. A mon opinion le dit Duc pourroit respondre, qu'il ne fera rien contre S. M. et contre les Unis, tandis qu'on ne l'attaquera pas ny ses confederéz ou ceux, qui est obligé de défendre pourveu, qu'on luy promet le mesme du costé de S. M. et des Unis. Si sous ce mot de ces confederéz on ne vouloit comprendre que deux ou trois évesques ses voisins comme l'évesque de Augsburg etc. il me semble, qu'on y pourroit conjurer pour avoir la main livrée du costé de Franconie, Mayence, Spire et Car par ce moyen Bavière se separeroit en effect d'eux, mais il y a doute s'il voudroit faire ceste déclaration et s'il ne la fait, il aura assez de subject de refuser le passage aux gens, qu'il fait lever a Cologne, Düsseldorf et aux environs. En somme, si le Duc de Bavière vouloit entendre a ceste neutralité, il me semble qu'il y auroit peu à redire en ceste convention et qu'elle seroit favorable et avantageuse pour sadite M. et les Unis. Si ce n'est, que par cest accord le dit Duc n'estimerait pas luy estre defendu de donner secours à l'empereur contre le prince de Transylvanie, lequel se pourroit fascher comme luy (et sa nation sont enclins à se plaindre facilement) de ce que S. M. ne l'auroit pas expressément compris en son traité avec le Duc de Bavière. Or sur les paroles ci dessous mentionnées les provinces incorporées et confederées la Hongrie y est en effect comprise à cause de la confederation, qu'il s'en va conclure, comme V. A. sçait, mais de comprendre expressément en la dite convention le prince de Transylvanie y a doute, si le Duc y voudroit entendre. Toutesfois puis qu'il craint merueilleusement les Hongrois et que c'est un prince, qui à tout

tres respectes prefère sa sçureté propre la conservation de son estat et sa sçureté propre et duché (sic) et de ses terres et revenus, possible, qu'il y prestera aulcunement les oreilles s'on le negotie cretement et s'il recognoist, qu'on y va de bonne foi de nostre esté et ceey quant au duc de Bavière.

Quant aux autres consultations de nos Unis il me semble il devroit avoir désjà resolu ce qu'il faut faire et à quoy employer les forces, qu'ils ont sur pied et entretiennent avec grands frais. La question à mon advis consiste en trois points. Car il faut ou attaquer les adversaires ou se tenir sur la defensif en sçureté comme par le passé ou desarmer partout ou en partie.

Le dernier poinct à sçavoir le désarmement a esté impruvé icy animement, le deuxiesme seroit espuysier et consumer les Unis sans fruit et les fruster de toute recompense de leurs despenses, travaux, facheries et peines avec perte entière de leur réputation sans estre assecuréz contre les dangers presents et advenir et sans avoir tant soit peu amélioré leurs condition. Reste donc le premier à sçavoir de porter la guerre en la maison des adversaires ou de loger chez eux nos gens de guerre à quoy enclinent ouvertement les députez de Dourlach. Mais celà n'est pas si aisé comme, on pourroit bien penser. Car de loger nos gens séparément et par compages chez les prêtres, qui sont armez, ce n'est autre chose, que de les exposer à la boucherie. S'on amasse nos forces et s'on en fait un corps de 5, 6 ou 7 mille hommes on desnucera par nécessité les terres et pays de plusieurs Unis, qui seront exposéz aux courses et invasions des adversaires. Si nous legeons des troupes en Alsace, les Bourguignons et Lorrains y acourront et il en ira comme du temps de la guerre de Juliers, quand en peu de temps les dits Bourguignons et Lorrains (qui combattent pour la conservation de l'evché de Strasbourg avec la mesme ardeur, que pour le Lorrain mesme) y furent les plus forts. S'on loge en l'evché de Spire les Lorrains et ceux de Luxembourg y accourront aussi et par ce moyen on tirera la guerre dans le bas Palatinat, lequel sera au moins gasté et fourragé, quand bien nous trouverions le moyen d'en conserver la possession au Roy nostre maistre. Il reste donc Mayence Wirtzbourg, et Eichstet et Elwang, lesquels ont des bons greniers et bonnes granges et caves pour nourrir nostre gendarmerie. Mais encore faudroit-il faire celà avec quelque

ordre et avec le profit de l'Union. Car de laisser manger boire et vivre à discretion le soldat chez les prebstres et cependant entretenir la soldatesque au despens de la Union en celà il y auroit fort peu de gain, quand ce viendroit aux descomtes et au licencement: de sorte qu'à mon advis il faudroit convenir icy de quelque ordre et reiglement en celà. Mais icy je ne puis moins faire que de représenter à V. A. ce que l'on escript de France et de la Haye touchant ce point, comme V. A. verra cy joint par les lettres de Mons. Aerssens à moy et la copie de celles de M. de Plessis au Sr. Gueretin à sçavoir, qu'ils dissuadent d'attaquer ces commencements les prebstres par les raisons, qu'ils en allèguent. Or il est question, s'il y a moyen d'obtenir en celà la moderation, qu'ils conseillent et comment il faudroit attaquer les prebstres sans trop grande chaleur. J'estime estre de mon devoir de représenter toutes ces choses à V. A., lesquelles on n'a le loisir d'examiner icy, comme à mon advis il seroit bien necessaire. Je ne puis ni en retourner à Heydelberg, puisqu'il plait à S. M. me de penser du voyage de Prague, ou (sil eust esté précisément necessaire) je me fusse transporté pour assister aux affaires de S. M. pour deux ou trois mois pour le commencement, qui est toujours difficile. Et pour le voyage vers le Duc de Bavière je conviens véritablement que Mons. le Comte Frederic de Solms et le Vice-Chancelier de Stuegard s'en acquitteront dignement et avec fruit. Je supplie V. A. de me faire renvoyer les adjointes de Mons. Aerssens, du Plessis et Gueretin et Hanincourt.

De Plessen.

Zu diesem Briefe ist folgende Beilage beigelegt:

Monseigneur!

J'estime, que Mr. Borstel aura mandé à V. A. que Mr. de Schomburg juge necessaire et conseille une ambassade vers le Roy de France. Le temps s'en va icy tellement en ces plus petits jours de l'an, que nous n'avons pas le loisir de conférer icy entre nous de ce qu'il faudroit négocier en France ou il reste encore à faire beaucoup de chose de nostre costé. Je n'ay rien de Mr. le Duc de Bouillon, auquel ay escrit amplement il y a un mois, S. M.

n'a rien de luy aussi. Je crain, que son indisposition en soit cause. Je diray a Mr. le grand maistre et au Sr. Camerarius mon advis sur ce qu'il faudra traicter particulièrement et ponctuellement avec le Roy de Danemarc et le Duc de Brunswic (les plus proches alliez de S. M.) sur une diversion du costé de la basse Saxe, sans laquelle à mon advis nous ne feront nos affaires, qu'à demi contre les prestres de ceste haulte Allemagne. Je supplie V. A. que le zèle au bien public et au service de S. M. excuse la longueur et l'importunité de ceste lettre. En Lorraine on va aussi traicter de quelques armemens comme V. A. verra par la cy joincte de Mr. de Harneccourdt, qui est chose bien considerable. Il me desplaict de voir, que venants à rupture avec les adversaires nous ne pouvons faire estat assureé des contributions de Cassel, Coulmbach, Strasbourg et de plusieurs autres villes et de Bosden (soll vielleicht heissen Baden, aber es steht deutlich Bosden) mesme comme je crois, car il est à craindre, qu'il ne retiennent l'argent en leur bourse sous le pretexte de leurs propre conservations (qui est precieux) non obstant les reces et abschids, que nous pourrons faire icy, lorsque et quand V. A. verra elle jugera quel fondement on peult faire sur les dits contributions, lesquels venants à desfaillir pourront causer du désordre parmi la soldatesque, voire une confusion et ruine totale pour le resgard des Unis que Dieu ne veuille permettre.

B.

Zu Mühlhausen fanden, wie wir im zweiten Bande S. 427 berichtet haben, Berathungen zwischen den ligistischen Fürsten und dem Kurfürsten von Sachsen statt, die den ober- und niedersächsischen Kreisständen den Weiterbesitz der nach dem augsburger Religionsfrieden von ihnen eingezogenen Kirchengüter sichern sollten. In diesen Berathungen einigte man sich über die nachstehende „Assecurationsurkunde“, die, wie aus ihrem Inhalt ersichtlich ist, die Kreisstände gegen gewaltsame Angriffe sichern sollte. Dass sie sie nicht auch gegen allfällige Prozesse von Seite der Katholiken sicherte, ergibt sich aus dem beifolgenden Briefe der bairischen Gesandten

an ihren Herrn, den Herzog Maximilian, der zum Verständ-
niss der betreffenden Urkunde von wesentlicher Bedeutung ist.

1. Copia Assecurationis, über die man sich in Mühlhausen
am 10./20. März 1620 geeint. (Sächs. Staatsarchiv 9173
fol. 225.)

Wir von Gottes Gnaden Johann Schweickhardt und Fer-
nand, Erzbischofe und Churfürsten zu Mainz und Cöln, des heil-
gen römischen Reichs durch Germanien und Italien Erzsand-
t, und Herrn Maximilians Pfalzgrafen bei Rhein, in Ober- und Nie-
derbaiern Herzogens vollmächtige Abgesandten, urkunden und be-
kennen für uns und unsere Nachkommen, auch im Namen aller
katholischen Stände: Nachdem bei dieser allhier zu Mühlhausen ge-
stellten Zusammenkunft mit und neben den hochgebornen Für-
sten, Herrn Johann Georgen, Herzogen zu Sachsen, Gütlich, Cleve
und Berg, des heil. röm. Reichs Erzmarschallen und Churfürsten
oc und Herrn Ludvigen, Landgrafen zu Hessen (u. s. w.) unsere
besonders lieben Freunden, freundlichen, lieben Vettern, Herrn
Sohn, Brüdern, gnedigst und gnädigen Herren, insonderheit die
Königreich Böhmen und dessen incorporirten und anderen Land-
entstandene und ober Hand genommene und in das heilige röm-
sche Reich bereits mehr denn zuviel ausgeschlagene Unruhe, auch
des Bethlehem Gabors und consequenter des Türken forbrechenden
Gewalts erwogen und allen Umstenden nach dergestalt befunden
worden, dass durch kein gütlich noch rechtlich Mittel demselben
zu helfen und zu remediren, sondern vielmehr aus vielen und
hochwichtigen Ursachen der römischen kaiserl., auch in Ungarn
und Böhmen königl. Majestät die hilfliche Hand zu bieten, und
mögliche Assistenz zu leisten, damit höchstgedachte Ihre kais. M.
bei deroelben durch rechtmessige und ordentliche Mittel erlangtes
Kaiserthum, Königreich und Landen erhalten, die kaiserliche Würde
und Hoheit nicht laedirt, sondern vielmehr dorbei und deroelben
Lehenschaften, Recht und Gerechtigkeiten, sowohl deren doher rüh-
renden churfürstlichen Hoheit und Dignitet geschützt werden möge.
Zu welchem hohem und grossen Werk aber eine einmütige Zusam-
mensetzung wo nicht aller, doch aufs Wenigste der gehorsamen
Stände des römischen Reichs gehörig, auf dass solches mit Rahm

und Ehren ausgeführt, und der Zweck erreicht werde, den man allenthalben sich fürgesetzt.

Die weil aber wegen allerhand under den Ständen eingerissenen Mistrauens dorzu schwerlich zu kommen und zu gelangen, so werde dann dasselbe wo nicht genzlich, doch in ichtwas aufgehoben und gestillet, sonderlich aber des Churfürsten zu Sachsen L. und churf. G. Andeuten nach dem ober- und niedersächsischen Kreis der Argwohn und sorgliche Gedanken benommen, als würde man dieselben wegen inhabender Erz- und Stifter sammt dorzu gehöriger Güter mit Gewalt überziehen, vorgewaltigen und deren de facto entsetzen und destituiren. Welches durch kein Mittel beschehen und erfolgen könnte, denn durch gnugsame Versicherung und Assecuration. Und wir Obbenannte solches alles erwogen, auch für uns selbst geniegt, alle und jede unsere Mitstände zu favorisiren und bei der kais. Mt. schuldigen Devotion, so viel an uns ist, zu erhalten, so haben wir des Churfürsten zu Sachsen L. und churf. G. zu freundlichen und underthänigsten Ehren und Gefallen, jedoch mit ausdrücklicher Reservation des hochbetheuerten Religionsfriedens und dorin verleibten geistlichen Vorbehalts, durch nachfolgende Assecuration gedachte Stände des ober- und niedersächsischen Kreises der augsburgischen Confession zugethan, versichern und dadurch allen Argwohn benehmen wollen.

Assecuiren und versichern für uns, unsere Nachkommen und alle andere catholische Stände solche weltliche Inhabere der Erz- und Stifter sammt dorzu gehörigen Güter hiermit und in bester Form und Mass es geschehen soll und kann, wofern sie es mit Ihrer kais. Mt. sowohl bei itzigem böhmischen Unwesen, als zukünftigen Fällen, so den Rechten und Reichsconstitutionen zuwider Laufen möchten, treulich halten und wider alle derselben Widerwertige gebürende Assistenz leisten und gegen dieselbe weder directe, noch oblique ichtwas widriges thun, rathen oder fürnehmen, den Catholischen kein Erzstift, Stift, Closter, noch geistliche Güter, es sei mit Gewalt oder andere Mittel mehr, entziehen, sondern dieselbe vielmehr bei denselben und was sie bei obvermeldten in weltlichen Händen begriffenen Erz- und Stiften für Gerechtsamen noch haben, ruhig lassen, auch gegen menniglich schützen helfen werden, dass dieselbe nun und ins künftig weder von den Catholischen selbst, noch auf ihre Verschaffung durch Andere mit der

That angegriffen, beleidiget, überzogen, vergewaltiget, noch darvon de facto ausser Rechts verdrungen oder verstossen werden sollen. Wollen auch, wann vorgedachte Inhabere bei der kais. Mt. in Indulta zu Administrirung der Rogalien auch Protectoria, Schirm und Schutzbrief wider Gewalt und nach Inhalt dieser unserer Erklärung anhalten werden, dieselbe doran nicht hindern noch aufhalten. Jedoch wollen wir durch diese Assecuration und etwa erlangende kaiserliche Indulta oder Protectoria wegen der Stimm und Session auf Reichs-Visitation-, Deputation-, und anderen dergleichen gemeinen und particular Zusammenkünften ihnen ein Mehrer nit, denn sie bis dohero gehabt, eingeräumt oder nachgegeben haben.

Zu steter und unverbrüchlicher Haltung dessen alles haben wir beide Churfürsten für uns, unsere Nachkommen, auch andere catholische Stände diese Versicherung mit unseren Secreten, und die bayerische Gesandten aber mit unseren Petschaften craft bekräftigenden Gewalts becreftiget und mit eigenen Händen unterschrieben. So geschehen bei der Chur- und fürstlichen Zusammenkunft zu Mülhausen den 20./10. Martii im Jahr Christi 1620.

Das Original hat unser gnedigster Herr dem Herrn Administratoren des Erzstifts Magdeburg selbstem ausgeantwortet, zu Merseburg den 25. Martii Ao. 1620.

2. Preysing und Brugglacher an den Herzog Maximilian d. 21. März 1621 Mülhausen. (Münchner Reichsarchiv lit. 594. Orig. in Ziffern geschrieben.)

Durchlauchtigster Herzog E. f. D. seien unser underthenigst gehorsambst willigsten Dienst höchstes schuldigstes Fleisses zuvorbereit. Gnedigster Herr. Als wir Mitwochs den 11. d. d. laufenden Monats nacher Mülhausen kommen, seint noch selbigen Tags beiseit zu Mainz und Sachsen Churfürstl. Gnaden auch eingelangt: Ihre Churfürstl. D. zur Cöln aber, weil Sie sich am Rhein, wegen des Gewässers etwas aufhalten und sonst umbziehen muessen seint erst am Freytag hernach gegen Abend ankommen, und Herr Landgrawen Ludwig zur Hessen mit sich gebracht also dass selbige Wochen nichts verrichtet worden, sonder am Sambstag allerorts die Visita und complimenta beschehen. Und dann erst auf den

zum ersten Rathsitz angesagt, zur Handlung geschritten. In diese Wochen stark negociirt und heut Sambstag den 21. ganz concludirt worden.

Wesentlich stehet es an dem, dass Chursachsen sich rundlich erklärt und versprochen Kais. Maj. nach allem seinem Vermögen zur helfen und sich dahin zu bearbeiten, dass beide Reich und Nidersächsische Kreise, (welche er bis dato allein in der That erhalten, sonst sie sich den Unirten vor diesen schon nicht erhalt), zu sich und zu solcher Hilfe bringen möge, dass aber die wirkliche Hilfe oder auch Continuation der Neutralität Churfürst von Sachsen einmal nicht erheben, will man ernennen mit einer Satisfaction der von ihr begriffenen Stifter halten. Ausser dieser Satisfaction trage Sachsen die Beisorg, es zu solchem Kreis, man sag ihnen was man will, endlich eine Resolution fassen, weil die impressiones gar zu stark und die protestirenden Stände ihnen noch täglich in den Ohren liegen. Inzwischen man auf bewusste und von Landgrafen im ersten Reich bei Chur-Mainz angedeutete Mittel assecurationis kommen, Chur Sachsen anfangs hoch gespannt und alles mit einander zu thun, vota, renunciaciones actionum et jurium haben wollen, auf der beiden Cathol. Churfürsten Ausführung sich dann lassen, das man nur von Gewalt (reservatis per expressionibus, wie auch non concessis votis aut sessionibus) verfolge, dahin es dann auch gestellt und der Schluss darauf gemacht, also kein andere Verwilligung oder Versicherung nur vor Gewalt doch auch mit seinen gewissen conditionibus so lang nemlich die Inhaber in devotione Cæsaris bleiben, Catholischen hergegen nicht zuersetzen, diesen aussen ernannten ad sessiones, vota, actiones nicht extendirt und nur von Catholischen Inhabern in solchen Kreis, unter welchen die Saualbst die Calvinisten nicht wollen begriffen haben, verstanden soll) in Namen der Catholischen beschehen und darüber eine dergleichen indulta oder protectorium vor Gewalt angeregten conditionibus bei Kais. Maj. sprechen werden, die Catholischen auf solche Weiss nicht hindern.

Am folgenden Sontag sollen die geschlossene conceptes aufgesetzt, am Morgen verlesen und gefertigt werden, also das wir Ostermontag diesen uns von hier gewiss erheben und den Weg zurück nehmen.

men werden. Haben in die zehen Tag bis wir München erreichen fast zu thun, und wollen die specialia, so dem Weg und Zeit nit zu vertrauen, zu unser Ankunft underthenigst referiren. E. fürstl. D. uns dabeinebens Ir fürstl. Milde gnedig in underthigisten Gehorsamb uns ergebend und bevelhend.

Mülhausen den 21. Martii 1620.

E. f. D. underthenigste und gehorsambste

J. L. Christ. v. Preysing.

Joh. Brugglacher.

C.

Von den zahlreichen Schriftstücken, die wir über die Beziehungen, in die der Kaiser Ferdinand II zu dem Herzog Maximilian von Baiern getreten war, aufgefunden haben, mögen die zwei nachstehenden hier Platz finden, weil sie über die Stellung beider Fürsten zu einander wesentlichen Aufschluss bieten. Das erste Aktenstück ist der Abriss der mündlichen Antwort, die dem bairischen Gesandten Johann Christoph von Preysing in Wien am 21. April 1620 gegeben wurde, als er dahin im Auftrage seines Herrn reiste, um über die mülhauser Verhandlungen und Beschlüsse Bericht zu erstatten. (Bd. II. S. 433). Das zweite ist die Antwort, welche Maximilian dem Kaiser von Linz aus am 7. August 1620 auf die ihm von Harrach gestellten Fragen ertheilte. (Bd. III. Kapitel VII).

1 Concept oder summarischer Vergriff der mündtlich Antwortt, welche dem Fürstlich Bayrischen Abgesandten Herr Johann Christoph von Preysing zu Wien ist gegeben worden. Den 21. April a. 1620. (Münchner Reichsarchiv Böhmen B. 59. Im Wiener Staatsarchiv 1620 April befindet sich das Concept von Ulm eigenhändig verfasst.)

Die Röm. Kais. auch zu Hungarn und Behemb könig. Maj. unser allergnädigster Herr haben auss des Herrn Abgesandten so wohl mündlichen Vortrag als auch die noch weiter ermolgte la-

ation mit mehreren allergnädigst angehört und vernommen, des Herzogs in Bayern fürstl. Durchl. vom Tractat, Verlauff Schluss dess Müllhausen Convents kraft der daselbs versammgewessenen Chur und Fürsten alls auch absunderlicher Cre-referiren und anbringen lassen.

Darauf lassen Ihre kais. Maj. dem Herrn Abgesandten neben antwortung der Gegen-Credenz von Irer kais. Maj. eignen den in kais. Genaden vermelden, dass Sie sich vorderist auf Herzogs fürstl. Durchl. zu empottne Gruess, Wunsch und ge-e im Werck selbst scheinende Anerbieten gar freund und lig und vetterlich bedanken und Irer Durchl. hingegen allen lichen Zuestand von Hertzen wünschen.

Belangent aber die Relation selbst, haben Ire kais. Maj. ondern Trost mit Freuden vernommen, was aus ruemblich An-Irer fürstl. D. von den zu Müllhausen versamblet gewesten r und Fürsten auch Irer D. Abgesandten Irer kais. Maj. dero ss und dem allgemeinen notleidenden Weesen zum besten gar herzig bedacht und geschlossen worden. Und je mehr Sie dar-Irer fürstl. Durchl. getreuen Eifer so woll in resuscitierter Cor-ondenz mit Chur-Sachsen dem allgemeinen Weesen zum guetem auch der andern beisamen gewessenen Chur und Fürsten Sorg-keit für das liebe Vaterland im Werck selbst verspüren en, desto höher erkennen Ire kais. Maj. gegen ihnen sambt onders bevorab aber auch gegen Ihrer f. D. dem Herzog in rn dankbarlich verbunden und gedenkens in Freundschaft und Gnaden zu widergelten.

1. Die abgeredte Confoederatión und newen Bundt belangent, Confirmatio
foederis
Mullhusini.
er in den Reichsconstitutionibus fundirt und dem nothleidenden sen Ihrer kais. Maj. und dem Vaterland zu guetem auch zu erbringung dess lieben Friedens angesehen, lasse Ihre kais. dero nit allein wohl gefallen, sonder thuen denselben aus Macht und Hoheit allergnädigst confirmiren.

2. Und wie Sie es beiden Herrn Directoribus ein sonderbaren Confirmatio
Directorii.
nto haben, also lassen Sie dieselbe freund- und gnädiglich hnen fürderlich, zu den Sachen zu thuen und neben Ihrer Maj. dasjenige deliberiren und effectuiren, was die zuene-en feindliche Gefahr, sonderlich aber auch des längeren Ver-erfordert. Wie Ire kais. Maj. dises und anders halber sich

selbstens auch gegen dem Herrn Abgesandten ferneres allergnedigst mündlich erklären werden.

Approbatio
promissae
securitatis.

3. Die angehörte Assecuration und einverleibte conditiones, damit die Catholische Chur und Fürsten beide sächsische Creis versichern, halten Ihre kais. Maj. in eventum die suechende Indulta und protectoria den geistlichen und weltlichen Rechten auch den Reichsconstitutionibus gemäss. Damit aber Ihre kais. Maj. in eventum die suechende Indulta und protectoria darnach richten können, (wie darin Verwehnung geschehen) lassen Ihre kais. Maj. hochgedachten Herzog, freund- und gnediglich ersuechen, sowohl von dieser Versicherung als von des Bunds Recess selbstem Copias in Vertrauen und dass der Recess in geheimb bleiben solle zu communiciren. Ihre kais. Maj. wollen auch nit underlassen was dergleichen Indulta und protectoria aus den Sachsischen Creisen bei dero gehorsamest gesuecht werden, das erste Concept darnach die andere alle zu conformieren mit Chur-Mainz und Ihrer D. ums Ihren Rath und Verbesserung allergnedigst zu überschicken. Inmittelst können Sie selbs auch den Sachen nachdenken und zu Beförderung ein Concept vergreifen und Ihrer kais. Maj. überschicken.

Laudatur
Saxo Elector.

4. Dass sich dann der löbliche Churfürst zu Sachsen nit allein so treuherzig und wohl affectionirt erklärt von Ihrer kais. Maj. dero Haus und dem nothleidenden Weesen auch in omnes eventus die hülfreiche Hand nit abzuziehen, sonder sich selbstem auch treulich bemühet die beide Sächsische Creis zu gleichmässig gehorsamber Assistenz zu behandeln, gereicht Ihrer kais. Maj. zu danknemiger hoher Consolation und wollen derentwegen über das, was albereit geschehen, auf das beschehne Bayrische Berueemen durch ein kaiserlich Handschreiben noch weiter hohen Danck sagen.

Mandata
avocatoria,
quibus sint
trans-
mittenda.

5. Die von den Bunds Chur- und Fürsten verabschiedete und albereit begriffne mandata avocatoria und inhibitoria jetweders an seine Underthanen und Vasallen wie auch die Abmahnungsschreiben an I. k. M. Feind, Widerige und Rebellen auch anderer befinden I. k. M. also gestellt, dass sie nit zu verbessern. Allein sehen I. M. gar gern, dass selbige fürderlich aller Orten insinuirt und in das ganze Reich durch offnen Truck publiciert wurden. Geben daneben Ihrer f. D. zum Nachgedenken, ob nit thuenlich, dass dergleichen, wie an die Behembische Stände in gemein abga

in specie auch an die Widerige in Merhern, Schlesien, Laussnitz und in Osterreich, welche mit Ihrer k. M. Feinden confoederirt oder vilmehr conspiriert, ausgefertiget werden sollen, weils die rebellirenden Behemb, was an sie geschrieben, ihrem Branch nach suppressiren möchten. Hingegen sein I. k. M. allergnädigst entschlossen über dasjenige, was albereit in das Reich in genere abgangen, inbaerendo prioribus noch weitere avocatoria et inhibitoria sub eventuali comminatione banni so wohl in das Reich und desselben particular Stände, welche sich beim Feind befinden und sonst heimlichen oder offentlichen Fürschub thuen, in specie auch an diejenige Reichsstädt, welche mit ihrem Rath und Geld das hochbrinnende Feur in Reich anzündten helfen und noch erhalten, wie auch in ihre Königreich und Lande abgeen zu lassen.

6. Betreffent aber den Process wider die Principal Rädfführer Ihrer kais. Maj. Feinden, Rebellen und Landfridbrecher, wollen Ihre kais. Maj. declarctioni banni Imperialis die von den Chur- und Fürsten an die Hand gegebene clausulirte Abmahnungsschreiben, in dero Reichshofrath fürderlich deliberiren Ihr referiren und ausfertigen. Auch wie in solchen Fällen gebräuchig, insinniren und davon alsobald Ihrer Durchl. und durch Sie ihren Bundsverwandten parte geben lassen. Dabei doch in allweg dahin zu sehen, dass die Zeit gewonnen und den Feinden nit Raumb gegeben werde sich dagegen weiters zu störcken.

Declaratio
Banni contra
Rebelle.

7. Nit weniger wollen Ihre kais. Maj. dero kais. Bevelh so wohl an die zur Execution willige Chur- und Fürsten als auch all andere Fürsten und Stände des Reichs abgeen lassen, damit sie nach ergangnen declarationen I. k. M. wider dero und des Reichs Feind Rebellen und Landfridbrecher den Reichs constitutionibus zu folgen, wie getreuen Reichsmitgliedern gebühret, ihrem Vermögen nach zur Execution helfen und assistiren. Dabei begehren I. M. der fürstl. D. weitem Rath, ob zu Gewinnung der Zeit und besserer Entschuldigung des besorgenden Bruchs, ehe das die declaration ergeheth, nit thuenlich, dass solche kais. Bevelh (die gleichfalls in eventu zu stelleu) zugleich mit der gerathenen Abmahnungsschreiben und Eventual-declaration oder erst nach der entlichen declaration der Acht abgeen sollen.

Executio.

8. Was sich sonsten die Catholischen Chur-Fürsten und Stände über der Calvinischen Union weit aussehende betröliche Anbringen

bei Bayern die Reichsgravamina und die Composition derselben betreffend von ihrer jungsten Versammlung aus Würzburg resolvirt haben ihre kais. Maj. mit one Wohlgefallen abgehört, erwarten aber nochmahlen das von Bayern begerte Guetachten, welchergestalt Ihrer kais. Maj. diejenige gravamina resolviren sollen, welche allein von einem römischen Kaiser dependieren, welches der Herr Abgesandte gebührend zu erinnern wird wissen.

Lehensindulta.

9. Die von Ihrer f. D. gesuechte Indulta über ihre Fürstenthümer und Lande, Reichsregalia haben I. k. M. allergnedigst bewilliget, welche den Herrn Abgesandten noch vor seinem Abreisen ausgefertigter zuegestellt werden sollen.

Patente in Saxen.

10. Ferners wird dem H. Abgesandten von Ihrer k. M. in allergnedigstem Vertrauen communicirt, wass Herr Carl Hannibal Burggrave von Dohna, ohnelängst vom Chur-Sachsichen Hof geschriben und erinnert, darauf sich zwar Ihre kais. Maj. zu Gewinnung der Zeit und damit Chur-Sachsen im Werk selbstn sehe, dass Ihre kais. Maj. in disem ihrem und des Reichs höchstem Anliegen Ihrer Churfürstl. Gnaden trawen und sich auf dieselbe verlassen, resolvirt die von dem von Dohna angedeute kais. und königliche Patenten allergnedigst ausfertigen zu lassen, stellen aber zu Ihrer D. Guetachten, ob sie an jetzt gleich also abgeen sollen, und im Fall sie daran kein Bedenken, dass sie dieselbige mit dem Packet an den Herrn von Dohna durch eigenen Curir an den Chursaxischen Hof abschicken lassen.

Consilia communi-canda.

11. Ueberdiss halten I. k. M. nunmehr ein sonderbare Noturft zu sein, die derselbigen in all ihren Vorhaben zu gueter Nachrichtung dienen würde, da sich I. f. D. mit Chur-Sachsen als ihren Mit Directoren je balder je besser vergleichen, wo wie und wann die Sachen anzugreifen dem resolvirten Feind ein Abbruch zu thuen und welcher Enden der Anfang zu machen, jenes Vorhabens aber I. k. M. obgemelder Ursach halber fürderlich zu berichten. Was darneben Ihre kais. Maj. eusserist ihren Vermögen nach mit Rath und That auch ungespart ihres Leibs und Lebens weiters anwenden können, wollen sie an ihr überall nichts erwinden lassen.

Declaratio
Banni contra
Electorem
Palatinum.
Asscuratio

12. Anlangend des Herrn Abgesandten geheimes Anbringen wegen Churpfalz und die beehrte declaration circa ipsam executionem beantwortten allerhöchst gedacht kais. Maj. Ihre f. D.

eigenen Händen mit dieser fernern Erklärung, damit zwischen fürnehmsten executoribus selbst (mit welchen Ihre kais. in tractatione begriffen) ratione assignatorum et assignandorum terminorum seu locorum ins kunftig alle Missverständhüt und vorkommen werden, behalten Ihre Maj. dero die Ausklung gegen Einantwortung anderer Örter bevor. Aber bei izstandt der Sachen möchte vileicht für thuenlich gehalten werden, dass Bayern ehender die Päss allenthalben eröffnen und erlitten, dann etwan müssliche Belagerungen fürnehmen solle, jedoch muess man dissfalls die praesentierende occasiones und die täglich verändernde Umbständ vor Augen haben und die resolutiones darüber nemen, und wird auch sonst dergleichen zur rer f. D. gnedigster discretion gestellt.

Exe-
cutoris.

13. Welchergestalt das hohe privilegium de non appellando ad Caesarem et Cameram a Ferdinando I Imperatore der Chur-Sachsen im consensu Electorum erthailt worden, ist aus der Beilag, welche dem Herrn Abgesandten im Vertrauen communicirt wird, zu vernemen. Da diser Weg Ihrer f. D. mehrer Versicherung halber auch liebt, wolten es Ihre k. M. hoc rerum statu bei den gehorsamen Kurfürsten also underbawen, dass verhoffentlich die Willfahrigkeit über zu gewarten, da aber I. f. D. andere Bedenken darunder künden, wollen Ihre k. M. dieselbige vernemen und sich darüber edigst also resolviren, dass I. D. ein Werk abnemen sollen, dass Ihre k. M. dero als einen aller nächsten Blutsfreund und besten Bruedern gnädig und freundlich zu gratificiren von Herzen begehren.

Privilegium
de non
appellando.

Welches Ihre K. M. dem Herrn Bairyschen Abgesandten über dem mündliches Anbringen hie widerumb mündlich zu vermelden und zu beantworten allergnedigst bevolhen, und seind und bleiben dieselben mit Kaiserlichen Genaden fürders wohl gewogen.

Not. Dieses alles ist aus I. k. M. Bevelh von dem Herrn von Preysing, Reichvicecancellern originaliter mit eigener Hand vergriffen und daraus von dem von Preysing abgeschrieben worden.

J. L. v. Preysing.

NB. Im Wiener Original von Ulms Hand geschrieben steht in den letzten Worten: „fürders woll gewogen“ noch: und dieses im werckh zu erzaigen, habe Sie Ime die begerte expectanz allergnädigst bewilliget.

2. Erklärung Maximilians von Baiern dem Herrn von Harrach am 7. Aug. 1620 abgegeben. (Concept im münchener Staatsarchiv 2./26./84.)

Was in Namen der Röm. Kais. Maj. unsers allergnädigsten Herrn bei der f. D. in Bayern Herzogen Maximilian hochstermehrer Kais. M. ansehnlicher Abgesandter Geheimer Rath Camerer Kai. von Harrach in unterschiedlichen wichtigen Puncten mündlich v. und angebracht, das haben S. f. D. mit allen Umständen v. nommen auch der Notturft nach erwogen, thuen sich hierauf gegen Ihme Herrn Gesandten erkleren, wie hernach folgt.

Und zwar erstlichen halten Ihre f. D. in Bayern für ein unumbgängliche Notwendigkeit, ehe Sie mit dero exercitu aus den Erzherzogthumb Österreich ob der Ennss weiter rucken, dass die Päss auch vornembste Städt und Plätz in continenti mit Guarnisonen besetzt werden und weil mit solcher eilender Besetzung vorderist an den Pässen gegen Underösterreich und Behaimb an der Citeritaet und Praevention wegen der retirada des Mansfelden und des von Thurn von den Passawischen Gränizen und andern mehr Ursachen nit wenig gelegen, Ihre f. D. auch diser Zeit die Mittel haben, solche Besetzungen und Guarnisonen mit dero selbst Völk zuerrichten und beinebens ihren exercitum mit demjenigen geworbenen Volk, welches die Oberösterreichische Stände abdanken müessen, zu ersetzen, so wollen S. f. D. ermelte Besetzungen jetzt selbst verordnen, inmassen Sie zur Welss albereit 600 hinterlassen auch Mauthausen und die Freystatt sambt denen daselbst von den Oberösterreichischen Ständen aufgeworfene Schanze und anderer Orten, wo es notwendig sein wird, zu versichern in Werk sein. Und wann künftiger Zeit Ihre D. des angeregter Massen in Guarnisonen gelegten Volks zum Theil oder ganz bederfen und der Guarnisonen noch vonnöten sein würde oder es die Umständ leiden oder erfordern, wollen I. f. D. eines solchen hochsternante Kai. M. zeitlich erindern, damit von Ihrer M. Kriegsvolk die Ersetzung beschehen möge.

Und weil zum andern die Oberösterreichische Stände nunmehr ihr Volk abzuedanken sich erklärt, auch S. f. D. abgehörter Massen auf Ihrer M. deroselben gethane Heimstellung besagtes Volk in dero Bestallung anzunemen gedencken, so wollen S. f. D. ab-

mit der Stände Volck Handlung pflegen lassen, und darauf selbst würrkhlich in ihre Dienst nemen.

Bei dem dritten Puncten wegen Disarmation des Landtvolcks in bei Ihrer f. D. in utramque partem nit geringe Bedenken

Difficulteten fürfallen, dann einmahl wahr und hat es I. D. das Landtvolck in ersten Anzug gueter massen empfunden, dass ermelt Landvolck sehr schwierig und ob es schon anjetzo etwas still, nicht es jedoch, wann I. D. mit dero exercitu aus dem Landt, etwan bald wiederumb aufstehen zur Wehr greifen mit den andern correspondiren also sowohl mit den hinderlassenen Guarantien als sonst allerhand Unglegenheiten anstiften. Herentgegen aber auch zur bedenken, dass das Land dennoch etwas gross ist, bis man bedente disarmation hin und wider vornimbt, die Lande erige disponirt oder gar mit Gwaldt darzue zwingen, es nit wenig Zeit kosten würde. Under dessen liegt Ihrer D. ganze Armada diesen ohnedem abzunehmenden Tagen mit höchsten Unkosten etwan mit Versaumbnis gueter Occasionen darnieder: in Betrachtung stärkt sich der Feindt je lenger je mehr, dem würde mit dem Verzug nur mehr Glegenheit gegeben und vermuetlich I.

I. D. zu Sachsen in Ihrem Vorhaben zuegleich abgehalten, also dass der M. in dem Hauptwerck mehr Verhinderung geschehen. Weil auch I. D. dennoch die Hauptplätz zimblicher massen versichert derlassen und die Bauern, wann sie sehen, dass sie Gnad zuerwarten, auch das Werkh nit so fast wider sie, als ihre Obrigkeit kosten angesehen, sich ohne Zwang selbst zum Gehorsamb und Ruhe geben möchten, über das auch vorkumbt, dass nit so gar das Landtvolck mit ordentlichen Kriegswehren fürsehen oder auch geübt sein solle, sondern sie die Bauren haben ihnen ihren Gebrauch nach theils selbst solche Wehren gemacht, zum Theil machen lassen, dergleichen sie jederzeit, wann sie schon die jetzige von sich geben, wiederumb haben können, nit weniger ist wissentlich, dass sich das Landvolck aus Forcht der anziehenden Kriegs Armada hin und wieder in die Hölzer und Wälder versteckt und die Wohnungen in grosser Anzahl verlassen, welche auch die Lande Wehren bei sich haben werden, also wann man schon bedente die disarmation vornemen wolte, man zu schlechtem effectu dieser disarmation desjenigen Landvolck, welches die Ständ bishero neben ihrem

geworbenen Volck bereit und erhalten, welches Ihre D. in alweg dissarmiren werden).

Vermeinen S. f. D. bei diesen hinc inde sich erzeigenden motiven und Difficultäten der . . . stehe an dem, ob Ihre K. M. entschlossen, dass mit etlichen Ständen, so sich des entstandenen Ungehorsams am meisten angenommen, und wider I. M. verbrochen, alsobaldt anjezo wirkliche demonstration und execution vorgenommen, zuegleich auch in die Concessionen in Religionssachen und etwan auch in die Privilegia griffen werde, wie I. M. in etwas sowol schriftlich als durch den Herrn Abgesandten mündlich andeuten lassen; oder ob I. M. mehr belieben wolte, dass dergleichen demonstrationes und schärfere Process dieser Zeit eingestellt oder doch Ihrer M. auf andere occasion offen gehalten wurden.

Dann im ersten Fall halten I. f. D. fast für nothwendig die Disarmation sowol auf dem Land als etwan auch in den Städten so guet man darzue kumen kann, vorzuenemen und zwar zuvut und ehe man sich bedeueter Demonstration halber vernemen laß, oder derselben Anfang machet, dann Ihre D. haben nunmehr an allen Umständen, Erfahrungen und Discursen, so täglich fürgehen, soweit wol penetriert, dass solche demonstration mit execution wider die Rädlsführer und Entziehung der Religions und etwan anderer Concessionen die eusseriste Desperation nach sich ziehen, und villeicht ohne Bezwingung und Bluetvergiessen nit zu erhalten sein werde, daheru notwendig dahin zuesehen wär, wie man diesen Leuten zuvor die Federn mit Nemung der Waffen und in andere Weeg wolziehen und sie zum Widerstand umb sovil ringer machen kündte.

Im andern Fall aber, wann Ihre M. die Execution wider die Hauptverbrecher wie auch die concessiones in Religion und politischen Sachen an sein Ort und Zeit stellen, also ihr die Sach offen halten würden, sehen I. f. D. sogar nit, dass man sich mit der Dissarmation der Underthanen in Stätten oder auf dem Land oder auch bei den Ständen aufzuehalten habe, weil mit ihnen, so lang sie Hoffnung haben, leichtlich forzuekommen sein würdet.

Stehet demnach auf dem, dass sich I. K. M. resolvieren, ob bedeute schärfere Execution und Handlungen alsobaldt jetzt, wann schon die occasiones und Zeit hinschleichen solten, vor die Hand zuenemen oder vorderist der Zeit einzustellen. Ihre f. D. sein auf

en oder andern Weeg I. K. M. an die Hand zu gehen erbietig, man ist dies zue bedenken, dass der schärfere Weeg bis man armirt wider die Rebellen (deren einer sich auf ein stark Schloss retirirt, anderen und die fürnembste sich aus dem Staub gemacht) inquirirt und Processus formirt, concessionem und privilegiorum abolitionem durchtringet, viel Zeit würdet brauchen, und etwan solche Sachen zue solchen Weiterungen ausschlagen, dass I. D. in Zweifel stellen, ob und wann Sie in Behaimb oder andern Ort bei dem üblich verflössener Jarszeit werden künnen, ober ob es auch der Sächsischen und des Spinola Expedition, weil beide auf I. D. die Augen werfen und den Anzug ohne derselben Concurrenz fast difficultiren, möchte Verweilung geben. Und bitten I. D. auf solchen Fall der Schärffe I. K. M. wollen derselben gewissen Bevelch und Instruction zuekommen lassen, wider welche Rädelführer und wie weit zu exquiren, was auch sowol in geistlichen concessionibus nachzugeben oder abzuschlagen, dann weil die I. D. ertheilte Commission auf dergleichen Specialiteten nicht geht, möchten sich Personen finden, so Ihrer I. D. künden vortragen, dass sie für sich selbst und ohne habenden Gewalt und Vollmacht gehandelt hatten.

Wie dann auch in sonderbare Achtung zu nemen, da man nicht die Concessionen in Religionssachen ändern würde, es die Väterliche bei Chur-Sachsen und andern Neutralisten stark eintragen und sagen würden, dass nunmehr an Tag kommen, was vor diesem jederzeit geklagt und gesorgt und man nicht glauben wollen. Die Catholische thuen mit dergleichen Zwang in Religions und geistlichen Sachen umbgehen, dardurch dann Sachsen alienirt, weil leicht auch die Neutralisten, welche ohne das starke impressiones haben, andere consilia fassen möchten.

Was dann ferners den vierten und darauf folgende drei andere Puncten betreffend wegen fencklicher Annembung und Bestrafung der Rädelführer, ob noch mehrere, welche so sehr nicht peccirt, noch beigefangen und folgens umb Erhaltung des Glimpfens bitten, dass man nicht nach dem rigor gehandelt und wider alle requiert entlassen werden möchten, ob nicht dem Carol Jörger, so sich auf ein Schloss retirirt und sich von demselben aus zu deduciren Vorhabens sein soll, nachzutrachten, item ob nicht auch andere Ständ, welche so gar nicht schuldig für Geisel arrestiern und

etwan die Stätt mit Strafen anzusehen, da dependiern alle diese Puncten von deme, was I. f. D. beim vorgehenden dritten Puncten angedeutet, dass sie zwar deme alhier nach mütlichen Dinge nachzugeben und zu exequiren bereit sein, was Ihre Kais. M. derselben durch Specialbevelch aufgetragen worden, allein haben sich auch beinebens aus getreuer Sorgfaltigkeit andeuten sollen und wollen, was Ungelegenheiten und Verhinderungen gleichergestalt daraus entspringen und man mit dem mehrern und Hauptwesen gegen Beheimb etwan nit fortkommen möchte, da doch zu vermuetten, wann der Allmächtige, wie in gerechten Sachen zue demselben die starke Hoffnung zusetzen, Genad und Sieg in Behaimb verleihen, man diser Orten leichtlich fortkomben oder auch die Mittel haben wirdet können, die contumaces ihrem Verdienst nach oder in ordinem zue bringen und sowol in politischen als Religionssachen Verbesserung. Es wöllen aber S. f. D. darob sein, dass etwas starke Guarnison hiesiger Landen hinderlassen werden, damit man auf jeden Fall dern sich erzeigenden Widerwärtigkeiten under Augen stehen möge.

Zum neunten und zehenten haben I. D. die Patenten wegen der Underthanen, dass sie sich der Ständt Ungehorsamb nit theilhaftig machen sollen, wie auch die Designation der Ständ, so mehr, weniger oder gar nichts verprochen, empfangen, wollen die Patenten gebirlich publicieren lassen und bedente Designation auf jeden Fall in Achtung halten.

Anlangent fürs eilfte die Bestellung der hohen Offizieren in diesem Land ob der Ennss und anderer Verordnungen sowol in Justitie als Cammersachen und dass I. K. M. auf die jenige Capitulation, so vor diesem und dato München den 8. Oct. 1619 zwischen Ihrer M. und I. D. aufgericht worden, deuten und derselben gnedigst zu inheriren gedenken, weil I. D. bishero grossen Unkosten aufgewendt und derselbe täglich noch laufft, auch Ire selbst fürsichtige Person zusambt Land und Leuten in die eusseriste Gefahr stellen, dies Land mit Heerskraft überzogen und zum Gehorsamb gebracht, welcher in Güete nit zuerhalten gewesen wär, in solchen Fall angeregte Capitulation Ihrer D. die Retention und Bestallung auf gewiss Mass, bis I. D. deren Auslagen Satisfaction beschehen, einraumbt und die da von Ihrer M. und Ihrer D. Officier zugestellt sollen werden, es leichtlich (sonderlichen dieser Zeit,

les noch nit zum Bestand gerichtet oder zu Ruhe gebracht worden) sich Ihre D. die darin accordiern müssen, confusiones hiezu thun würden, so wissen S. f. D. keinen ratsamern Weeg, können sich nit erachten, dass I. M. einichs Bedenken tragen werden, dass Ihre D. die Officia und derselben Verwaltung bestellen mögen, Erwegung S. f. D. hierin nur das jenig suechen, was merbeutete Capitulation und der Sachen Beschaffenheit dero schwere Auflagen erfordern thuen. Desgleichen weil das jezt alles noch nit völliger Sicherung und man nit weiss, wessen I. K. M. wegen der Execution wider die Rädelführer resolviren und wie weit sich derselben Güete erstrecken möchten und dann dass I. M. der Administration ohne das entrathen müssen, da Sie den Stenden nit durch Heersmittel abgetrungen worden were. Hergegen sein Ihr f. D. erbietig, der Einnamb und Ausgaben gebührenden conto zu halten und im Fall nach der Abrechnung künftig ein Überschuss einfündet, denselben völlig zu restituirn und da es I. M. gefellig, können sie einen Gegenschreiber verordnen, der allen Einnamen und Ausgaben beiwohne und Gegenrechnung halten kann. Es begehren auch I. D. die Retention lenger nit, als bis sie ihres verheng, vermög der Capitulation eintweder von diesen Landgefällen oder sonsten durch Auswechslung anderer annemblicher Land contentirt werden, inmassen I. D. solcher Auswechsel, weil Ihrer M. vielleicht derselbe mehr beliebig sein mechte, selbst gern sehen und begeregen thuen.

Was nun schliesslich die Correspondenz mit dem Herrn Grafen von Bucquoy, wie auch die Renunciation der bewusten Behemischen Confoederation anlangt, da seind I. f. D. mit beschehener Vereinigung ermelter Correspondenz halber ganz wol zufriden, inmassen derselben sowol durch den von Meggaw mündlich als durch albereit gewechslete Schreiben der Anfang gemacht worden. So wellen I. D. wegen Abschwörung der confoederirten in der Haupttractation mit den oberösterreichischen Stenden dasjenige in Achtung nemen und gegen der Stende beharren, was I. D. die kaiserliche Commission und Patenten auftragen. Welches alles oftgedachte S. f. D. durch höchstermelter Kais. M. Herrn Abgesandten schriftlich hiemit und deroselben f. Insign anzudrücken gnädigst bevelhen und sie ermahnen ihme allzeit mit Gnaden gewogen.

Datum ufm Schloss Linz den 7. Aug. 1620.

D.

Das nachfolgende Aktenstück ist ein Brief des Reichshofrathspräsidenten Grafen Johann Georg von Hohenzollern an eine nicht benannte Person, die ihm aber sehr nahe gestanden sein muss, da er sie mit „Monsieur mon Cousin et frere“ anspricht. Der Brief gibt über die Anschauungen der wiener Staatsmänner wichtige Aufschlüsse und zeigt namentlich, wie ängstlich man in Wien an die Achtung des Pfalzgrafen ging und wie man die Frage wegen allfälliger Bewilligung der augsburger Confession auffasste und welche Berathungen in dieser Beziehung gehalten wurden.

Joh. Georg v. Zollern an? dd. 7. Juni 1620. (Orig. in Chiffren. Münchner Reichsarchiv XXIII/1).

Von deiner L. habe ich drei Schreiben bald auf einander empfangen, welche ich in diesem punctatim beantworten forderist aber Cæsaris mandatum verrichten will. Zum dessen Folg überschick D. L. ich hiemit des Reichshofraths von der Kais. Mt. allergerdigst begertes Votum in Causa declarationis banui contra Palationum faciendæ sampt denen darzue gehörigen 3 Beilagen und lassen Ihr Kais. Mt. D. L. neben Entpichtung ihrer Kaiserlichen Gnad, Gruess und alles gueten gnädiglich ersuechen, sie wollen gemelt Beilagen I. f. D. in Bayern (inmassen sich Cæsar in suis literis darauf referiert) nit allein überliefern, sondern auch ihre guete und ansehnliche officia darbei interponiren, insonderheit aber D. L. selbsten neben den andern Herrn geheimen Rätthen in specie Herrn Dr. Jochern mit fleissiger Ersehung und Erwegung der Concepten bemthet sein, damit Ihr Mt. über diese 6 puncta Ihre f. D. hochvernünftiges Guetbeduncken vernemmen mechten, 1. ob und was in allen 3 Concepten zu ändern, zu addiren oder zu diminuiren sein mechte, sive sit in substantia sive in circumstantiis sive in stylo aut circa ipsum modum. 2. Quo tempore ungefähren die publicatio hic in aula fieri posset. 3. Ob Ihr D. für rathsamb halten das gemelte publicatio allhin mit denen Sollennitetes ipso Cæsare præsentate seu præsidente beschehen solle, wie in Camera gebreuchlich, oder ob es an der blossen Affixion genugsam. 4. Wie I. D. vermeinen, dass die publicatio per Imperium sein

glichsten beschehen möchte. 5. Ob es genuegsamb, dass I. Mt. excoecutorialibus die drei Prinzipales Executores nimirum Saxen, Brandenburg und Bayren benennen und verordnen, oder ob auch etwan noch sonsten andere Chur oder Fürsten sonderlich von denen die zu Mühlhausen gewesen (wie ich dann glaub, dass der Landgraf zu Darmstadt gern hinder den Mauritium wäre) fürgenommen und gemacht werden möchten et qui. 6. Ob und was entlichen I. D. Fürsten noch ihr diesem Werk für requisita notwendig oder nützlich zu sein erachten, damit der effectus und scopus (welchen Kaiser et Serenissimus Bavariae zugleich haben,) desto schleuniger und besser assequiert werden möge. Ich bitt D. L. zum höchsten, dass Sie wollen Cæsari diesen grossen Dienst erweisen und daran sein, damit das Gutachten über diese Puncten libere ohne einigen andern respect nit anderst, als wann es I. D. eigne Sache und von derselben ihrer Rätth Guetachten begert worden wäre, erfolgen thue.

I. Mt. hatten I. D. sowol als ich D. L. gern damit verschonet, aber die grosse Confideuz auch bekannte Prudenz Ihrer D. Fürstlichen Rätth hergegen exiguus numerus consiliariorum in his arduis negotiis versatorum (wie die subscriptio voti consilii aulici zu erkennen gibt), dannenhero auch erfolgt, dass ich fast das ganze Konzept der Declaration selbst, nachdem es schon einmal gemacht gewesen, hab concipiren und stilisiren müssen, darzue ich aber gar nit also bastante bin, dass man sich in diesem wichtigen Werck auf mich verlassen sollte, hat solches verursacht und in specie nota eximia prudentia doctrina et experientia Herrn Dr. Joers nit wenig Anlass darzue geben, wie dann I. Mt. verhoffen, dass derselbe die Feder anzusetzen von I. D. werde Befehl bekommen. Es hat zwar I. Mt. alle diese Schrifften I. D. selbst schicken wollen, ich hab es aber gar hoch dissuadirt, sintemalen ich vermuetet, dass solches aus denen Ursachen, welche D. L. bei sich selbst vernünftig wol abnemen könden, Ihrer D., als welche allen solchen Sachen gar caute, sicher und vorsichtig procedirn, angenehm sein und sie sich villeicht mit ihrem Guetachten sonder gestalt vor andern nit heraus lassen würden. Derowegen ich auf die Weeg gerichtet und des Kaisers Schreiben an I. D. Fürsten gestellt hab, verhoffe hieran nit Unrecht gethan zu haben. mit nun offtbemeltes Gutachten desto unvermerkter allhero geschickt, auch desto freier gestellt werden möge, halte ich ohne Besorgung und allein gegen D. L. in hergebrachter confidenza

zu melden, dafür, es möchte am sichersten beschehen können, wann das Gutachten also gestellt würde, als wäre es an mich a privato quodam dirigiert mit dem Eingang ungefährlich wie mit irgend zu sehen und dass D. L. mir solches zuschickten mit einem Schreiben, wie ich es gleichfalls hiebei entworfen, jedoch wirdt alle zu I. D. gnedigstem Willen gestellt, welche hernechst in omni eventum allwegen mit Wahrheit sagen können, das derselben nichts zugeschickt worden, sie auch kein Guetachten in diesen Sachen von sich geben. Beschliesslichen bitte ich circa hoc punctum D. L. ganz freundlich und dienstlichen, sie wölle es dahin mit Ihrer bekannten Discretion und Dexteritet richten, damit alles solchergestalt, wie es guet und vertreulich gemeint ist, sowol von der Kais. Mt. als mir aufgenommen werden, rem in hoc gratissimam Causa futura est. D. L. communicier ich hiemit auch ein Original-exemplar von weiland Kaiser Carls Achtserklärung wider Saxen, mit aber, weiln sonst kein anders bei der Reichskanzlei allhie, mir solches widerumb unbeschwert zuekommen zu lassen.

Auf D. L. jungste drei Schreiben habe ich, wie zur Anfang dieses vermelt, ausführlich antworten wöllen, die Zeit aber hat sich hiezwischen bälde, dann ich vermeint, verlossen, also dass ich das kurzer abrechnen muss, will doch nichts præteriren, was de substantia ist.

In unserm Lager ist seithero ganz nichts firtgangen und weiln ich zue den Consiliis bellicis nit gezogen wurde, also kan ich die Ursach nit wissen, warumben man also still sitze und so viel gueter Zeit verliert, sondern halte darvor, man werde wolle warten, bis die vires hic et in Imperio conjunctæ seind, dann man als dann conjunctis viribus desto stattlicher etwas firtnehmen kündte. Tempus veritatem docebit.

Von dem Sächsischen Firtschlag mit Polen hab ich seithero auch nichts weiteres vernommen, ist von disem allein von dem Herrn von Dhona geschrieben worden.

Was die Oesterr. Ständ auf die D. L. jungst überschriebene Kais. Resolution sich erklärt, folgend die Kais. Mt. abermals für ein Resolution darauf auch in materia religionis ertheilt und gemelter Stände kurz verrückter Tagen darauf geantwort haben, solcher alles haben Ihr Kais. Mt. sich resolviert und befolchen der f. D. in Bayern zu communiciren, welches vermuetlichen seithero

geschehen und D. L. gleichfalls fürkommen sein würdt. Dieselbe
 auch in obberueter letztern Kais. Resolution wargenommen wer-
 en haben, mit was für Worten und terminis I. Kais. Mt. sich
 circa religionem erklärt haben: nemlichen, welche die bewuste
 confederationes abjuriren, die Erbhuldigung leisten und sich I.
 Kais. Mt. gehorsamist accomodiren werden, dass I. Mt. dieselbige
 dem exercitio Augspurgischer Confession, wie sie dasselbige biss-
 ero vermög der Concession (nimirum Maximiliani II in welche
 zuserhalb der zue Augspurg anno 1530 zuegelassener Augspurgi-
 cher Confession alle andere Sectæ per expressum ausgeschlossen,
 als exercitium auch alleinig dem Herren und Ritterstand auf ihren
 Heutern, den Städten aber ganz nit vergönt worden) in Uebung ge-
 habt, nit turbiren wöllen. Dieweilen dann zu vermueten, es möchte
 die Mutation und Erklärung D. L. villeicht auch I. f. D. in Bayren
 selbst und andern etwas frembd fürkommen, non dicam scanda-
 lose, also hab ich D. L. hiemit die vornembste Motiven (wa-
 rumben I. Mt. sich hierzur wiewol sehr hart und ungeru bewegen
 haben lassen) vertreulich andeuten wollen: nimirum dieweilen
 allen Umständen und unterschiedlichen eingelangten vertreulich
 Nachrichten und Warnungen nach für gewiss gehalten worden,
 wann I. Kais. Mt. sich nit in etwas und so viel salva conscientia
 thun kündten circa religionem erklären werden, dass sie alssdann:

1. Alle uncatholische ins gemein wider sich haben und ad
 desperata consilia etiam contra propriam personam Cæsaris bringen
 werden. Da man hergegen von etlichen Vertrauten wohl affectionirten
 Luterischen Herrn die gewisse Vertröstung gehabt, wann sie die
 Luterische nur sovil Versicherung von I. Mt. erlangten, dass man
 ihnen das Exercitium nit (ut in Stiria) mit Gewalt nemen wolle,
 dass sich alsdann ein grosser Theil der uncatholischen Stände von
 den andern (welche eintweders Calvinisch seind oder andere böse
 Designi sub prætextu religionis haben) separiren und zu I. Mt. tre-
 ten, auch hierdurch die Execution gegen die andere merklich faci-
 lirt würde werden.

2. Dass man auch bei Saxen und andere Luterischen Neu-
 alisten odiosas suspiciones erwecken und dieselbe ob zelum suae
 religionis nit allein von jeziger gueter Intention gegen I. M. diver-
 ren sondern auch wol gar wider dieselbe ihren Religionsgenossen
 zu thun anzunemen bewegen mechte.

3. Dass man den widerwärtigen Ständen in diesem Land durch Anlass geben möchte, mit I. M. ex hoc capite und nemlichen darumben, dieweile man sie der Religion halben im geringsten nichts versichern wollen, zu rumpiren, welches aber gleich wie man wol weiss, dass er die malitiosi suechen und mehrers nicht wünschen, also unsers Theils umb obangedenter und anderer weltlichen Ursachen willen zu verhüteten, bishero aller Fleiss gebracht, solches auch in omnibus consiliis principaliter attendirt, hergegen jederzeit dahin gesehen ist worden, dass die Sachen also incamirt werden, damit die rottura ex capite recusatae abjuracionis confederationum erfolge, dann tali casu hätten I. M. den Beifall von allen wol intentionirten.

Demnach dann aus allen diesen und andern mehr Umständen (welche dissmals Kürze der Zeit halber nit ausgeführt werden kündten) erschienen, das . . . ein solche Erklärung Ihrer M. sich das Land und die Catholische Religion in demselben in etlicher Gefahr setzen möchten, also ist ad evitandum majus malum obestandene Resolution zu geben rathsamb befunden worden.

Dessen alles aber ungeacht hätten sich dannoch I. M. an solcher Resolution nit bewegen lassen, wann nit etliche fürnem Theologi ex societate Ihesu (welchen I. M. solches reiflich ad partem in ihrem Collegio zu deliberiren gegeben und ihnen disshalb ihr Seel und Gewissen ganz anvertraut haben mit der anstrucklichen Protestation, dass Ihre M. lieber Königreich, Land und Leut ja ihren eigenen Leib verlieren, als im geringsten wider Gott handeln, und ihr Gewissen beschweren wolle. NB. und ist unser obgesagten Theologis auch I. M. eigener Beichtvater P. Beccanus genannt gewesen) solche Erklärung nit allein selbsten gestalten Sachen nach suadirt und approbirt sondern auch die verba formalit (allermassen sie von der Kais. Resolution einkommen seindt) selbsten concipirt hatten. Dannenhero sowol I. M. als wir politische Rätth unser Gewissen genuesamb salvirt zu haben vermeinen. Ego quidem, ut verum fatear, nunquam libenter vidi et semper contrarium sensi, atque nos in praesuppositis errare asserui, cum autem denno viderem me non solum nihil efficere sed etiam Theologos ipsos aliter sentire, nolui amplius os ponere in coelum, sed theologorum et melius sentientium iudicio me lubens submiti.

Wie dem allen aber bitt ich D. L. zum höchsten, sie wollen Ihr vernünftige Meinung und was etwan I. D. in Bayern oder selben Theologi hiervon halten im Vertrauen und geheim ent- en, daran erzeigen D. L. mir ein besondere grosse Freund- t und Gnad, so ich widerumben verdienen will, ebenmässig id, mir diese meine Freiheit freundlich zu verzeihen.

An ietzo wöllen I. M. noch etliche gar wenige Tag zusehen, in weitere und bessere Erklärung, sonderlich circa abjura- a Confoederationum (als welehes ein Conditio ist, sine qua non) ja ein Separation wie obgemelt erfolgen möchte. Auf den wi- em Fall werden I. M. zue andern Resolutionen schreiten, de roxime plura.

An die Stadt Nürnberg ist D. L. gegen mir beschēhenen An- a gemäss ein ernstlicher Verweiss und Inhibitionschreiben gen.

Herr Hegenmüller ist zum österreich. Landschaft-Canzler an- ammen worden, wird seinen Dienst balt antreten, ist sonsten effliches Subjectum, habē ihne sehr ungeru aus dem Reichs- h verlohren, wiewol er ihne dieselb Stell noch reserviert.

E.

Die nachfolgenden sechs Aktenstücke werfen ein Licht die Verhandlungen, die Friedrich von der Pfalz, Chri- von Anhalt und die österreichischen Stände mit Bethlen Zeit des neusohler Reichstages führten und die sich auf grössere Hilfeleistung von Seitē Ungarns bezogen. Jedes t Aktenstücke beleuchtet die Sachlage in mehr oder min- scharfer Weise und gestattet einen tiefen Einblick in die en Vorgänge der Bewegung.

Kopie eines Briefes des Fürsten von Anhalt an Bethlen Labor dd. 28. Juni 1620. (Münchner Reichsarchiv Böh- en tom. III. fol. 195.)

Serenissime Princeps!

Quam multa sint, quae Serenitati V. exponenda habeamus, literis ita compendiose tutoque committi non possunt, simul

observantiae nostrae, qua Serenitatem V. merito colimus, *testanda* causa: latorem praesentium domesticum ac cum primis *scdm et* dilectum nobis cubicularium nostrum virum nobilem et discretum Hemponem de Knesebeck ad Serenitatem V. amandavimus *eandem* qua possumus observantia rogantes, ut praefato huic nobili *nostro* non solum benignum accessum ad Serenitatem V. sed et gratiam *et* audientiam clementer indulgere dignetur, nec secus dictis *ejus* fidem adhibeat, quam si nos ipsi (quod saepe optamus) in persona Serenitati V. praesentes essemus. Qua in re Serenitas V. ultra *superiora* sua in nos benevolentia et favoris manifesta judicia *non* nos obstringet beneficio, quod nos, quibuscunque poterimus *pro-*ptis paratisque officiis et servitiis nullo non tempore demereri *de-*debimus, Deum interea orantes, ut quae ad exaltationem *augenda* personae suae regnorumque incrementa conducent, hisce *praec-*tibus regni comitiis clementer velit impertiri. Dabamus ex *statu* nostris Egenburgi die 28. Junii 1620.

2. Dem Gesandten wurde vom Fürsten von Anhalt folgende Instruction gegeben. (Ebendasselbst vorhanden.)

Wegen der Ungerischen Bezahlungssachen principi anzudeuten, dass mit der Erleuterung seiner Erklerung und Antwort ein *grosses* Licht geben, in dem ich vor diesem nicht wissen können, was eigentlich sein Will und Meinung gewesen.

So viel nun die 25.000 fl. anlanget, wiewol solches ein *factum* tertii, als hette ich doch nicht underlassen also baldt in Böhmen wie auch in Mähren zu schreiben, in massen auch der Graf von Thurn in Newerkeit sich in Mähren nach Prin und Olmütz *begeben* zu Behandlung der Stenden und damit sie dieselbe zu *anticipiren* belieben wolten.

Allein bestunde es uf dem, dass jemand *gwisses* hinein nach Prin verordnet were zu Unterfahung der Gelder, welcher die *Muster-*register der unterschiedlichen Obristen und was auf ihren *Standt* gehörig bei ihm hette, damit man sich uf unserm Theil nicht *auf-*zuhalten hette, darbei dann auch der Fekete Peter, dessen in der *con-*signation keine Meldung geschehen, gedenken.

Noch weiter zu erinnern, dass solche *summ* nicht lange *klecken* werde und man werde uf etwas bedacht sein zum *Nachschub* und

ruck nach erheischender itziger Zeit und Gelegenheit und der Nöthturft.

Den itzigen statum militiæ betreffend, dabei müsse vornemb-
bedacht werden, dass ich nicht furüber konte umb Verzeihung
ten etwas frei von den Sach zu reden, nemlich dass mich
vervielen (sic) thete, dass ihr Altezza weren vielleicht be-
worden, als sollen occasiones von freien Stücken und gleich-
on Gott geschickt sich präsentirt haben, die man mit Willen
liesse. Ich wünschte nicht mehr, als dass der Fürst selber
ell den Augenschein einnemen und selbstn judicirn möchte,
acto opus. Der Feind were bis anhero zwar mit Blindheit ge-
gen, dass derselbe seiner occasion nicht wie sichs geburt war-
n können, hingegen were er quoad numerum uns zum aller-
sten 4 oder 5000 Mann überlegen. Daneben hette er bei den
entern zu Ross in die 17 und bei den Regimentern zu Fus
18 Obristen. Sein Quartier were in einer sehr festen Si-
n vortheilhaftig für ihn und nachtheilig für uns also beschaf-
lass zwischen uns und ihm kein Wasser zu finden. Dagegen
tte er sich retranchirt und starck verschanzt, hätte die Donau
lie Stete daran zum besten. Wir könten diesen situm da wir
nicht wohl quitiren wegen der Proviant auch der Festigkeit
selbst, da der Feind albereit schon vor diesem angelaufen
zu Schanden worden uns herauszutreiben und dass wir, so
der Feind diesseit des Wassers und in seinen Quartiern ligt,
bequemern situm als disen finden können, sonderlich wegen
kung und Salvirung der Oesterreichischen Land des Marg-
ums Mähren und Königreichs Beheimb. Wir hetten mit allem
versucht den Feind zu alliciren und zu locken, hetten ihm
ataille präsentirt aber umbsonst, wiewol er mehr Vortheils uf
ehabt hette, als wir uf ihn. — Es hette zwar unser Volck
hön Ansehen, wer die Heuf (sic) und Ordnung sehe und des
Macht nicht recht wüste, die ich dan mit Fleis unserm
dissimulirte, aber wer das fundament erkent, der würde
leicht zulassen, dass man dem Feinde zu sehr verachten
hintansetzen solle. Es were der Feind nicht also beschaffen,
wan man einander die front böte, dass er also balt zurtück-
seine Post verliesse oder gar ausrisse, wie es irgend die
und diejenige, so alles uf Celeritet der Ross stellen, in Ge-

brauch hetten, sondern erhielte seine campagne mit gutem Bestand und brauchte der Vorthail, dass er bei diesem Spiel nicht gedacht einzublussen sondern zu gewinnen.

Also müsten wir andern, die wir des Feinds Gelegenheit wüsten, gleichergestalt auch gehen, mit Sicherheit, Vorsichtigkeit und dass wir keinen Pass zu sagen vergebens theten, sonst könnte in einer Stund leichtlich der ganzen Conföderation Wolfahrt verschert werden.

Ich lasse aber ihre Altezza bitten, da sie etwas widriger vernommen, sie wolten mich zuvor hören und andere Berichten nicht eher Glauben zu stellen, er hette mich dan genugsam vernommen. Anlangend dass man der Ungarischen Nation was sollte zu schaffen geben, als bis ich denselben nicht feiren gebe, ihnen täglich erschaffen, wie sie dann gute und grosse Beute schon zum öffen erlanget und hette zum Ueberfluss noch vor dieser Abfertigung eine Ausheilung unter ihnen gemacht, dass sie täglich im streifen nicht exercirn keinen Tag feiren sondern stets wo zu schaffen haben sollten.

Zweite Instruction.

Bei diesen Puncten were per occasionem zu gedencken dergleichen so ohne Zweifel von den Ungarn geklagt worden sein, dass ihrer etliche in den Heusern und im Streifen geblieben, dabei den Vorlauf zu berichten.

Sonsten das vornehmste das bei den Umbstenden itziges Krieges anzukündigen bestunde, uf zweierlei

1. uf dem Proviantwesen
2. uf der Sterkung des Feinds.

Betreffend das Proviantwesen finge solches an sehr schwer zu werden wegen Continuation in diesen Landen, da alles verherbt und verderbt, hingegen so wurden dem Feinde die Zufuhr sonderlich aus Ungarn gestattet, dafür ich vielfeltig gebeten, der Feind berühmte sich dessen zu Wien und schöpfete draus ein Argument wider die Conföderirten, als were die Kron Ungarn mehr vortheilhaft wider sie, welche Opinion dieser ganzen Conföderation sehr nachtheilig. Also musste mit Fleis umb Abschaffung solcher Proviantzufuhr angehalten und gesehen werden, dass dieser Punct nicht resolvirt und ins Werk gesetzt werde. Kann hernach solches beethlichen aus den Vornehmsten im Königreich auch bei dem Herrn

Emerich Turzo und andern in Vertrauen, hat er sich dessen mit Hülff und Rath der Herrn Gesandten mit Fleiss anzunehmen.

2. Den andern Puncten die Sterkung des Feindes antreffend, dass ihm 10.000 Mann zu Ross und Fuss Niederländisch Volk gesambt auf der österreichischen frontiere und durch die geistliche Land durchmachen ihren Weg in Baiern nehmen. Ob dieselben sich in Behmen oder hieher in Oesterreich oder sich under die Unirten begeben wollten, könnte man noch nicht wissen.

Aus Italia komme auch etlich Spanisch Volck in die 8000 Mann unter dem Prätext, als sollte sie in Flandern geschickt werden, es hette aber das Ansehen als gelte es der Unterpfalz am Rhein.

So were noch eine neue Werbung mit einer grossen Furien in Niderland vorderhand mit 12.000 Mann darunter 2000 Pferd, dass also diese accessiones nicht geringschätzig hingegen aber Ihre Altezza nicht könnten verhalten werden. Und were wohl uf das medium diversionis bei Zeiten zu gedenken mit dem Einfall in die Steiermark und dergestalt ein sonderliches Memorial drüber geben.

Wiewohl diese Accession sehr gross, so geschieht sie doch aus weiten und fernen Landen. Ist von sehr grossen Kosten und das Volk erkranket unterwegs und kann nicht wohl die Helfte gesund zur Stelle gebracht werden. Also dass wir andern, die wir der Luft und Land gewöhnet, noch einen guten Puf mit ihnen ausstehen können.

Kompt ein dergleichen Diversion dazu, so wird ihre Macht an unterschiedliche Ort distrahirt, dass sie sich selbst zu schwach erkennen und lieber uf den Fried als den Krieg gehen werden.

Neben diesen hat er die Maxima zu gedenken, es sei bei itzigem Zustand der Feind nicht anders über die Donau zu bringen, als dass sich von Ungarn etliche Tausend bei Altenburg herübermachen und auf Baden, Neustadt und dieselben Ort streifen. So werden sich bald der status belli verendern, dabei dann mit dem Prinzen allein der eine Anschlag mit der Jagt zu thun und zu eröffnen, müste aber Angesichts anbefohlen werden.

Und dieses alles were mit dem Grafen Emerich Turzo mit Fleiss zu reden und er daran zu erinnern, was wir unter einander

zu Prag der Pacifikation halber abgeredt und wie dieses noch unser gründliche Meinung, glauben aber nicht mit Willen den Krieg mit Vorsatz zu protrahiren, wie etzliche ein opinion von uns haben, wir befinden aber, dass zu keinem sichern beständigen Frieden gelangen ohne rechtschaffene Zusammensetzung und Führung des Kriegs mit ganzer Gewalt.

Den Krieg aber zu enden solches stunde vornemblich in Gottes Händen, nochmals stunde es auch in arbitrio des Feinds und nicht bloss in unsern Händen. Wir wolten unseres Theils das eusserste thun und das übrige Gott dem Allmechtigen befehlen.

Schliesslichen were bei den Puncten des Feindes Accession und Stärkung der durchbrechenden Kosaken aus Polen zu bedenken und was wir dessen Nachrichtung hetten, welches auch nicht ein schlecht impedimentum vorzukommen und dass in dem Landtag durch allerhand Mittel Rath geschafft werden könnte.

Puncte deren Er (der Gesandte) sich zu erkundigen

1. Wie G (Gabor Bethlen) gegen den Imperator gesinnet und dem also, dass er Ihme erst hat entbiethen lassen, ein guter Freund zu bleiben.
2. Worauf die Auxilia ex Ungaria bestehen, was in genere und in specie zu gewärtigen.
3. Ob G. auch ex sua parte directo Imperatorem hostiliter angreifen oder noch die inducius continuiren wolle.
4. Ob etwas daran, dass die Tartaren in Polen gefallen.
5. Was der Polen halber zu gewarten.
6. Quid de coronatione expectandum.
7. Worauf die Sachen mit dem Türken beruhen, wie derselbe mit den Ungarn auch mit dem Kaiser stehe und ob er dies Jahr armir oder nicht.
8. Was G. zu der zu Rez genommenen Resolution sage.
9. Ob G. Lust zum abbouchement mit R (Rege, Friedrich von der Pfalz) und wo?
10. Was die Ungari künftig vor Resolution nehmen möchten post obitum Principis.
11. Gleichermassen nachzufragen de statu religionis et ecclesiae.
12. Nach den Grenzhessern und wie dieselbe versehen.
13. Wer noch von Ungarn ex parte Imperatoris dependire.
14. De viribus regni.

Von der türkischen Potschaft, die dagewesen.

Wie der Streit der præcedenz hingelegt worden sei.

Relation des Gesandten Hempo von Knesebeck an den Fürsten von Anhalt über die Reise zu Bethlen Gabor, zu der er am 28. Juni die Instruction bekommen, erstattet nach dem 6. Juli 1620. (Münchner RA. Böhmen, tom. VI. fol. 205.)

Durchleuchtiger hochgeborner Fürst, Gnediger Herr.

Auf E. f. G. gnedigsten Befehl hab ich mich den 29. Juni hinnen nach Neusol begeben, dahin den 5. Juli angelanget, auch alsbald selbigen Tages durch den Secretarium Craus eben lassen, darauf künftiges Tages Frühe Morgen zur Audienz lassen und nach Anmeldung E. f. G. Grusses mein Credential geben, welches seine Durchl. durchgelesen, nach E. f. G. stand gefragt und ferner mir angezeigt, sie vermerken aus gehetem Credentialschreiben, dass mir Privataudienz würde von sein sein, derowegen mich auf den Nachmittag umb 3 Uhr erumb nach Hof bescheiden, da dann Niemand bei Ihrer Durchsichtigkeit als G. Emerich Turzo und Secretarius Craus gewesen.

Habe also, was ich von E. f. G. in mandatis gehabt, punctise, wie von mir begert worden, explicirt, welche mir alsbald auf den Punct besonderlich antworten lassen.

Was nun den ersten Punct anlanget, wegen Zahlung der an die conföderirten Ländern zugeschickten ungerischen Hülfe, haben seine Durchleucht dahin erkläret, sie hetten aus E. f. G. vielen Schreiben unschwer abnehmen können, mit was grossem Eiss sie sich dies Werk angelegen sein liessen, wie es dann auch ihm selbst vonnöthen, dass es in Richtigkeit gebracht werden gen grosser Incommoditeten, die sonsten zu erwarten, dass nicht ein unmöglich, das Volk in officio zu continuiren, sondern man ette sich auch zu befahren, dass der mehrer Theil in Mangel des verlaufen möchte, weil die Heyduken wenig daheim zu gerthen, sondern sich von ihrem Sold ernähren müssen. Nu wissen ich zwar S. f. D. guter massen zu crinnern, dass vermöge der confederation dasjenige Theil, welches die Hülfen an Volk zuhiet, auch dieselben von dem ihren zu besolden verbunden sei, tre auch nicht ohn, sie hätten solchs Geld wohl bei einander ge-

habt, aber nothwendig zu andern Sachen deputiren müssen. Da weil das Volk, so in Besatzung der ungerischen Grenzheuser in langer Zeit ihren Sold nicht empfangen, als hetten sie für e Notturft geachtet, solches Volk erstlich zu befriedigen, bew weil von Ihrer Kais. Maj. etliche Grenzheuser sollicitirt wei sich ihm zu übergeben, hat auch die, so denselben vorgesetzt, Geldern anfangen zu bestechen. Derowegen Seine Durchleuchtig durch Graf Stanislaum Thurzo als dero Orten Generalem den Gr heusern 50.000 fl. an Gelde 10000 an Kleidung und 2000 Getraide auszahlen lassen, auch zu Verschaffung dero Mittel, s solcher unterhaltung vonnöten, gute Anordnung gethan. Wi also verhoffen, die confoederirte Länder würden sich nicht s schweren haben, dass ein 25.000 fl. von denen Geldern, so si Unterhaltung der unsrigen Grenzheuser zu geben obligirt, vor mal zu Auszahlung des geschickten ungarischen Voleks angew würden. Were demnach S. Durchleuchtigkeit lieb zu vernel dass die mährischen Stende sich zur Anticipation solcher S verstehen wolten, wiewol sie es nicht von den mähri Stenden allein, sondern dass es von semplichen confoede Ländern zusammen getragen würde, begehrt haben. Doch l sie es dabei, was E. f. G. dissfalls angeordnet, nochmal wenden. Diese Summa Geldes damit sie recht empfangen unter das Volck ausgetheilt werde, haben Seine Durch tigkeit vor meinem Abzug einen gewissen Commissarium d und mir benennet, nemlich Eliam Wangiai zu Tyrna wohn welchem sie die Musterrollen zugestellt, auch sonsten informir den Hauptleuten und darnach insgemein dem Kriegsvolk mo zu geben, wie auch von welcher Zeit ihr Monatsold anhebt sie in Dienste genommen. Dann theils fast ein 3 Monatso sie zu den unserigen gestossen, theils aber wie Fekete Pet einen Monat empfangen hetten.

Solchem Commissarius haben S. Durchlauchtigkeit alsb befohlen, sich neben mir aufzumachen und in der Confoed Lager zu E. f. G. zu begeben, welchem dann uf Anordnun G. das Geld zu Prunn zu erlegen wäre.

Wenn diese obgedachte Summa zu ermelter Auszahlung lenger erklecklich, hofften Seine Durchlaucht, sie wolten in e Monat aus den Gefellen ihres Königreichs und Landen so v

en bringen, dass es in künftig an Mitteln zur Auszahlung nicht mangeln würde, dazu sie dann so wol das Geld, was ihr aus den Sachen zu geben so wol auch was ex tricesimis dero Sachen, so und ins Königreich geführt werden, einkommen möchte, zu deren hetten. So keme auch unter dessen S. Michaelis herbei, in dem Termin sie aus den confoederirten Ländern wegen Unternehmung der ungerischen Grenzhesser eine merckliche Summa zu bekommen hoffte, also es würde dieser Punkt seine gewisse Richtigkeit finden. Dann S. Durchlaucht sich mit grossem Fleiss daneben wolten legen sein lassen, dass der confoederirter ungerisches Volk eher dasselbe was sie bei sich hetten, möchte ausgezahlt werden.

Allein liessen sie E. f. G. hiebei erinnern, man wolte keine besonderen Occasionen, so sich etwa erweisen möchten, vorbei lassen, sondern es dahin richten, dass so wol die Zeit als auch die grossenunkosten nicht umbsonst und ohne Effect oder Nutzen möchten angewendet sein.

Fürs andere habe ich aus Befehl E. f. G. die Entschuldigung an und Ursachen angezeigt, warum man nehsten, da E. f. G. der Armada an des Feinds Lager gertückt, nicht hatte schlagen können, daneben des Feinds wie auch dessen Lagers sowol auch der Quartier Gelegenheit berichtet und gebeten, S. D. wolten ihre Leute, so viel etwan ohne fundamento berichten könnten, neben keinen Glauben zustellen, ehe sie E. f. D. Entschuldigung nicht genugsam vernommen.

Darauf haben mir S. D. zur Antwort geben, es were der Entschuldigung unnötig gewesen, sie vermerkten, es richtete aus ihrem letzten Schreiben her, welches nicht dahin gemeinet, als wan eben einmal, wie das unsrige Volk auf Feinds Quartir gerückt, etwas zumet were, sondern sie hetten solches nur in genere E. f. G. guttun wollen, wan man etwan gute occasionen ersehe, dass man sie nicht aus den Henden lassen wolten, wie sie auch nochmals an und da E. f. G. eine Schlacht mit dem Feinde zu halten gemeinet, wolten sie es unbeschweret S. D. ehe vermelden, welches bald eine ansehnliche Hülfe Volkes E. f. G. zuschicken wolten.

Sonsten wolten sie E. f. G. keine Mass noch Ziel vorschreiben, ihr dero Experiencz bekannt und von welcher sie jeder Zeit gehört, wolten auch wünschen, dass der Landtag solch ein

Ende gewinnen möchte, damit S. D. in Person E. f. G. conjungis und communicatis consiliis das Werk angreifen konten.

Were seine Meinung gar nicht, dass man unbesonnenereit und ohne gnugsamen Vorthail das Werck in die Schanze sein sollte, in Betrachtung, dass der ganzen Confoederation Wohlthät leichtlich in einer Stund könnte verscherzet werden, sondern sie gingen nur dahin, dass wann gute Gelegenheit sich offenbare, dass man dieselben nicht ausschlagen solle.

Wegen des Proviantwesen haben S. D. bekennen müssen, dass were nicht ohn, dass dem Feinde bissanhero eine grosse Zufuhr an Proviant aus dem Königreich Ungarn zukommen were, sei aber geschehen theils wegen der Commerciën, weil ihnen die Stadt Wien nahe gelegen, daraus sie am bequemsten ihre Notturft zubekommen und hergegen ihr Getraide und sonstn Victualien zu verkaufen hetten, theils auch wegen der mit den kaiserlichen geschlossenen Inducien, welche mit sich bringen, dass beiderseits die Commerciën frei und ungehindert mochten passirt werden. Anitzo aber weil die Inducien mehrers theils gebrochen hetten S. D. albereit in den Königreichen und Landen solche Zufuhr des Provianten verbiethen lassen: wolten auch nochmals drauf bedacht sein, dass die Herzogthümer und Ritterschaft, so noch viel Getraide hin und wider liegen hetten, solches in Mähren verführen und alda mit den Kaufleuten durch Contract treffen solten, welche nur auf Geld oder genugsame Versicherung müssen bedacht sein solchen Proviant an sich zu kaufen, durch welches Mittel sie vermeinten, dass unseres Lager genugsam würde versehen werden, hingegen aber würde dem Feind allmählich der Proviant abgestreckt, welches umb so viel desto mehr geschehen würde, wan S. D. zu Felde zögen, da sie dann selbst den Victualien für ihre Armada würden vonnöthen haben.

Drittens habe ich S. D. Bericht gethan wegen des Volkes, das dem Feinde in kurzen zukommen möchte so wohl aus Lotharingen als Italien und den Niederlanden, wie solches in der Instruction begriffen und uf das medium diversionis gangen mit einem Einzug jenseit der Donau bei Altenburg, Baden und Neustadt, so wol auch in die Steiermark, damit der Feind seine Macht nicht zusammenbringen und uns hernachmals mit mehrerm Effect bekriegen möchte.

Hierauf haben mir S. D. zur Antwort geben: Es hetten die Kaiserlichen Gesandten viel vorgeben sowol von Trennung der

en, davon sich der Marggraf von Baden und Herzog von Wirten-
 abgesondert hetten, als von grosser Macht, die ihnen zukomen
 te, welche sie dermassen exaggeriret, dass sie vorgegeben, es
 te unmöglich sein ihnen ferners ein Widerstand zu thun. S. D.
 hetten ihnen keinen Glauben gegeben, biss dass sie wegen
 dem Feinde zukommenen Macht so wohl aus Ihrer Königl. Maj.
 reiben als aus meiner Abfertigung Bericht eingenommen hetten,
 vere aber zu verhoffen, dass solches Volk nicht alles durch-
 men würde und auch von den Staden so wohl auch von der
 on würde verhindert werden. Es würde aber unterdessen von
 en sein, dass man sich wegen des Turcken versichert, damit
 uns nicht dessen zu befahren, wozu dann nicht undienlich sein
 de die itzige Abfertigung, so Ihr Kön. Maj. in Böhmen an die
 manische Porten gethan, welcher jegliche Provinz von den
 foederirten Ländern einen Adjunctum zuordnen solten, solche
 sen den Turcken mit Gelde bestechen, wie er auch seines Theils
 n wolte, uf ein zeitlang Friede von ihm zu erlangen. Darin
 h Graf Emerich Thurzo so weit gangen, dass er vermeint, man
 se ihm ein Grenzhaus als Wazen (Waizen) oder dergleichen
 eumen. Solches erachteten S. D. würde nicht allein gut sein.
 mit wir den Turcken dem Kaiser keine Hülfe zu thun abhielten,
 dern man würde sich auch seiner wider die Polen gebrauchen
 nen, dieselben in officio zu halten, wie dann der Turck schon
 unterschiedlichen mahlen einen starcken Einfal in Polen so wohl
 h die Tartern gethan haben sollen.

Was die Diversion des Krieges durch einen Einfal bei Alten-
 so wohl auch in die Steiermark anlanget, erklärte sich S. D.,
 wolte mir ihre Meinung entdecken, welche ich ferners E. f. D.
 erthenig zu referiren hette, dero Bedenken sie hierüber er-
 en wollte.

Sie hetten in willens der kaiserlichen Gesandten, welchen sie
 an itzo assecuatorias zugeschickt, Ankunft zu erwarten, so
 die angelanget, wolten sie ihnen förderlichst proponiren lassen,
 ie die confoederirten Länder mit in die Friedenstractation ein-
 essen wolten. Da sie solches einzugehen Bedenken hetten und
 ultirten, wie es fast bei den itzigen dahin verordneten Gesandten
 ansehen liesse, wolten sie die Inducien, welche fast schon ge-
 hen, ferners zugehen lassen und alsobald heimlich hin und wider

werben, wie dann albereit anbefohlen und bei noch ~~weniger~~
 Tractat nach Presburg mit ein 12000 Mann ufziehen. ~~den~~ Feind
 jenseit der Donau bei Altenburg mit ein 5000 Mann. ~~welche~~ die
 Orter hin und wider schon herumbliegen. einfallen und ~~Leben~~
 machen. Solches würde den Feind nothwendig dahin bringen. ~~da~~
 er wo nicht mit seiner ganzen Armada. dennoch mit dem mehr
 Theil seines Volks über die Donau setzen müste. ~~da~~ er als
 bald vermeinen wird. dass es auf Wien angesehen. welchen Ort
 nicht verlassen oder entblössen sondern mit starken Garnison
 wird besetzen müssen.

Unterdessen wollen sich S. D. mit mehrern Volck ~~steden~~
 ufziehen und eine Brücke über die Donau machen bei Fischam
 (Fischament), dahin sie sich dann mit ihrem ganzen Kriegsvolk
 hinlagern wollen, sehen auch gerne. dass der confoederirten Kriep-
 volck alda zu ihme stiesse und sich zusammen conjungirten. ~~Das~~
 S. D. hielten dafür. weil alsdann der Feind nothwendig sich ~~zu~~
 theilen müsse, es hetten die Confoederirten nachzusetzen und ~~den~~
 Feind aus seinen Quartieren, welche er vielleicht ohne das ~~w~~
 lassen würde, zu schlagen, und eine zimliche Guarnison dahin ~~zu~~
 verordnen. Hernachmalen solten sie über die Brücken, welche ~~er~~
 wollte bawen lassen. zu ihm bei Vischamin rucken und alda ~~w~~
 ein Campo formato beiderseits unseres Kriegsvolcks zu instituirn.
 weil der Ort an ihn selber bequem, zimlich verwahrt, auch ~~mit~~
 gar wohl ein 40.000 Man geraum dahin logiren könne. So ~~blät~~
 man auch aus demselben Ort ein Auge uf die österreichischen und
 mährischen Provinzien, wie auch auf das Königreich Behmen und
 Hungarn haben, aus welchen man auch wegen Bequemlichkeit ~~der~~
 Brucken allerlei Proviand würde mechtig sein können, zu ~~ge~~
 schweigen dass man sich der umbligenden Städte und Orter, ~~ja~~
 auch des ganzen Donastroms leichtlich zu bemechtigen, ~~dadurch~~
 dem Feinde nothwendig die Proviand entzogen würde.

Zu diesem Ende wolten S. D. auch eine navalem pugnam ~~is~~
 tituiren, dann sie ein 2000 Heiducken auf Schiffen halten wolten.
 dazu fast ein 30 kleiner Schiffe vonnöthen, welche man uf ~~den~~
 Donastrom wohin man sie wolte bringen und zu Ersteigung Fe-
 stung und Schlösser gebrauchen könnte.

Daneben wolten sie des Einfalls in die Steiermark nicht ver-
 gessen, sondern sobald die 5000 Mann umb Altenburg herum

ill gethan, wolte er sie in die Steiermark schicken, hielte
 dürfte keine grössere Macht dahin, dann die so sich gut-
 reben wolten und zur Confoederation verstehen, dero solte
 ehonen und nichts feindlichs wider sie vornehmen, wider
 erspenstigen aber solte man mit der Scherfe procediren.
 dann das ungerische Kriegsvolck nicht un-
 h, miles enim Hungarus dicebat parcere est

n dieses dermassen angestellt, wollen S. D. dem Feinde
 einen Lermen über den andern machen, ihn alle Nacht
 Man verfolgen, abmatten, ihm seine Schildwachen weg-
 uch wol gar durch seine Scharwachen durchschlagen, ego
 o illum, dicebat, noctu cogetur semper insidere equis, hoc
 e Hungarico faciam, Germanicus interim quiescet, quem
 es ictus reservabimus. Wann es dann zum schlagen kome-
 le, werde der Feind ausgemattet durch vielfältige Einfelle
 en und stunde uns hernachmals noch frei, nach dem sich
 ones praesentiren, ein Treffen mit ihm zu thun oder nicht.
 diese Manier hofen seine Durchleuchtigkeit dem Kriege
 Ende zu machen und den Feind ad tolerabiles pacis
 es zu bringen.

es alles zu faciliren müsse uf die vorgeschlagene 400.000
 edacht werden, wie E. f. G. aus Erörterung beigelegter
 u erschen.

obgedachten Punkten habe ich aus E. f. G. Befehl mit
 eo Turzo, Stanislao Turzo, Georgio Sezi und dem Se-
 raus conferirt, welche sich auch anerbothen das Beste bei
 en zu thun, wie sich auch gedachter Herr Sezi fast ver-
 sen, der Einfall in die Steiermark dürfte ihm anbefohlen

dieses ist, was sich S. f. D. uf mein Anbringen gnedigst
 aben.

terung der Fragen, so E. f. G. mir vom 2. Juli zuge-
 egen des Vorschlags der 3 oder 400.000 fl.

stio: Im Fall dass man die 300.000 fl. ufbringen könnte,
 el Monat man sich des angedeuteten Succurs zu versichern

Responsum: Ihr Durchlauchtigkeit haben sich alsbald erklärt, non amplius esse blandiendum, sie hetten zu ihrem Verhaben 800.000 fl. vonnöten, dazu wollen sie ihres theils 200.000 fl. von den ihrigen erlegen und 200.000 fl. aus des Landes Stew zuwegen bringen, die übrige 400.000 fl. müsten Ihre König. Maj. in Behmen zuwegbringen, derogestalt, dass sie in drei Termin gelegt wurden, als itzo alsobald das erste Theil, das andere uf Michaelis und das letzte uf Weinachten. Oportet inquiebat, ut boniste Rex faciat aliquid, ego fratrem, compatrem et confederatum meum non relinquam. Wann dieses Geld erlegt würde oder die wirkliche Zusage geschehe, so were S. f. D. erbötig 20.000 Man uf 9 Monat lang oder auch uf 10 im Feld zu halten, factum recipiebat more Hollandico, daturum militibus sex septimanarum mense uno. Gedachte 20.000 Man solten mehres Theiles Reutten und drunter nicht über 4 oder 5000 Heiducken sein. Zu Verwahrung der Ungrischen Grenze gegen Polen, müsstent seine Durchlauchtigkeit fast ein 4000 Man dahin legen, wollte ufs allerdingste mit 16.000 Man zu Fürst Christians von Anhalt f. G. stoffen also dergestalt mit göttlicher Hülfe dem Krieg bald zu Ende zu machen. Verba ipsius erant, ego divinae Majestati minimum praescribere nolo, spero tamen ejus auxilio me brevi factu huic operi impositurum.

Es haben sich S. D. ferners gegen dem Herrn von Domburg erklärt, sie wolten ein par Tausend Mann aus der Wallachen, welche doch Christen, werben lassen, wann sie wüsten dass man dieses Theils damit zufrieden. Solche sollen uf der Tartaren Manier ganz ohne Ordnung ziehen, nur allein hin und wider umb den Feind herumb schwermen und, wo sie eine Confusion merken, stracks hinein setzen und nachmals sich wider zerstreuen.

Dabei sei ferner gedacht, man hette der Kaiserischen ihr Friedes Tractation nicht zu trauen, idem esse ac si qui in glacie aedificare vellet, illos nos decipere, sub clypeo pacem faciendum esse, sie wolten dem Feinde so viel Lärmen machen, dass er alsbald überdrüssig werden solte.

S. D. gedachten ingleichen, dass sie bei Scheyta das Wasser mit Pfälen zwingen wolten, damit keine Schiffe hin und wider kommen könnten.

Damit man aber desto ernster und geschwinder zu sorgen hette, haben sie der Gefahr erwehnt, die im widrigen Fall entstehen dürfte; nemlich im Mangel des Geldes dürfte es so weit kommen, dass man auch einen unsichern Frieden acceptiren dürfte, weil man nicht genugsame Mittel Krieg zu führen hette.

Diese obgemelte Summa desto eher zuweg zu bringen, wollten S. D. das Donativum, welches er von den confoederirten Landen gewilligt, fahren lassen und zufrieden sein, dass es mit in obgemelte 400.000 fl. gerechnet würde. Wie sie dan auch ferners darauf gingen, dass man gute Mittel haben könnte zu solchem Geld wieder zu kommen, wann der Einfall in die Steiermark geschehe, welche solche Summa mit gutem Willen wider restituiren würden. Ingleichen haben sie dem H. von Donah ein ander Mittel Geld zuweg zu bringen, vertrauet und ihm deswegen Credentiale an S. Königl. Maj. ertheilt, welches mir unbewust.

Q.: 2. Wer gedachtes Volk commandiren würde, und ob man sie in guter Disciplin halten könnte.

R.: Ihr D. wollen selber in Person commandiren und sich E. G. conjungirn, wollen aber alles mit gutem Rath thun auch geben, dass man ihr einen adjungire.

Wegen Haltung guter Ordnung ist nicht zu zweifeln, weil man siehet das S. D. unter ihrem Volck gute Ordre halten.

Q.: 3. Ob diese Summa geliehen oder gegeben werden müste.

R.: Ist bei I. D. nicht gedacht worden, versteht sich aber, dass sie müste gegeben werden, welches auch Graf Turzo deutlich genugsam gegen mir gedacht. Sonderlich weil I. D. selber ihr Aerarium angriffen und nichts desto weniger auch im Notfall die 1200 Mann vermog der Confoederation schicken wollten.

Q.: 4. Ob man dieses Volck zertheilen und nach erheischender Nothdurft hin und wider schicken könne.

R.: Quod sie I. D. wollen selber hinziehen in die Steiermark oder wohin man es von ihr begeret. Sie wollen G. Turzo 1000 Pferd geben, Sezio 500 und es so distribuiren, dass man ihrer wohin man sie vonnöten zu gebrauchen hette.

Q.: 5. Wie bald man solch Volck haben könne.

R.: Sobald als Geld vorhanden sein wird, statim post messis captus, dann S. f. D. stracks auch vom Augusto biss uf den Majum künftiges Jahrs die Zeit gerechnet. Sie hetten schon hin und wider

in ihren Landen fast ein 10.000 Mann beisammen, wöhen wir heimlich diesen Landtag mehr werben lassen. jedoch wöhen in dieser Summa zuförderst vergewissert sein.

Ego inquietabat, conjugem meam Cassoviam mittam. quam dum custodiat, ego recta hinc Posonium ibo.

4. Ludwig von Starhemberg an den Fürsten von Anhalt d. d. 7. Juli 1620. (Orig. im Münchner Reichsarchiv. Böhme VI. fol. 305.)

Durchlauchtiger hochgeborner Gnädiger Fürst und Herr!

Euer f. G. Schreiben, als wol dessen Abgeordneten verträglich Anbringen hab ich gehorsamlich empfangen und verstanden und haben E. f. G. die Absendung sehr wohl angelegt. inmassen die Relation solches mitbrungen wird. Die kaiserischen Abgeordneten schreiten tapfer für, ihre Actiones sind aber also bekannt, dass der Credit nunmehr verlohren, Fürst von Liechtenstein und Graf von Solms sollen auch alhier kommen und vorher Geissel begert, so geschlagen und allein *salvum conductum*, ihr Ankuft in 12 Tagen zue thun bewilligt und überschickt worden. Es wird an der Ankuft aber gezweifelt, inmassen mir gestern Herr Miscal der Fürsten vertrautester Rath und alter Soldat, der meistens Urtheil dass der Fürst sich aus Sibenbürgen gelassen, sondern . . . als ich ihn besuecht, gesagt, der Termin dieser 12 Tagen sei nicht denen Kaiserischen sondern uns zue dem besten gemeint . . . theils des Volks zuesamen zue führen, alsdann heunt Herr Ragotzi deswegen albereit von hinnen verruckt. Dieses H. Miscals Vermeldung nach, sei der Fürst sein erstes Lager bei Altenburg zue schlagen willens, darbei seufzend gebeten, weil der Fürst einmal jetzt die Zeit an Gelt Mangel habe und da anders die Zeit und der Anzug befördert solle werden. mit 1000.000 Taler oder inmittels 50000 in Eil zue helfen werde uns zum Besten und Beförderntz kommen wie an . . . und wol, were diss Gelt angelegt, Millionen Schaden können verhüttet, Landt und Leut versichert und dem ganzen Werk geholfen, auch unserer Armada Luft gemacht und die ander dadurch zertrennt werden. Euer f. G. bitten wir umb Gottes willen, sie ermanen Ihr K. Maj. und die Offizieren, dann solten die Ungen aus Mangl eines so geringen Anlehens aussetzen und der kaiserische Succurs ankommen, würde das Werk fast schwer werden. Der

er von Dona hatt vermeint, die Ständ in Schlesien werden das ge auch thuen, man schicke inmittels was vorhanden. Die Ungarn sitzen ihren Eifer, und werden under ihnen einen Anschlag, als

H. Miscal auch vermeldt, machen, damit aber bis zur dessen angung die guete Resolution nicht verhindert werde, kann solche ch diesen Weg des Lehns effectuirt werden. E. f. G. verzeihen, dass ich so viel Wort hievon mache. Es geschicht gar gesamlich, wolmeinend und vergewisse E. f. G., inmassen es in der t erscheint, auch in die 10000 Mann albereit in paratis und Ungarn ihr eusserstes thuen und nicht mangiren werden und umb so viel mehr Ursach haben Vorschueb zuegeben.

Dess Bollaigen (Polen) halber wird es hoffentlich ferners nicht haben, dann der Türk und Tartaren ihme so viel zue schaffen en werden, dass sie anderer Sachen dabei vergessen sollen, und en E. f. G. Abschrift der intercipirten Schreiben hiebei zu efahren. Der Botschafter will zwar nichts hiervon wissen, es est aber, si fecisti nega. Er noch seine Leute keiner darf aus Stadt, hat den kays. Abgesandten entgegen fahren wöllen, Spott aber wiederumb abgeschafft worden.

Gestern haben die Ständ mit Berathschlagung der Proposition, die Kaiserischen mit Bitt bis Fürst von Lichtenstein ankomme, verhindern vermeint, aber nicht verwilligt worden, einen Anfang macht, dass also man befinden muss des Schluess und guter richtung nicht zu zweifeln. Der anwesenden kaiserischen Abge- elten Anbringen war 1.) salvum conductum und Geissel der h kommenden Abgesandten wegen zueschicken. 2.) Die Prælaten l Geistlichen wiederumb einzulassen 3.) Mit denen vermeinten foederirten Abgesandten also lange, bis mit denen Kaiserischen Notturft tractirt und fürgangen, nichts fürzuehaben. Was auch sten ihr proposition gewest, haben E. f. G. von dero Cammer- ecker zu vernemen zugleich auch der Polagen Anbringen. Heunt E. f. G. Camer-Juncker mich berichtet, was Ihr f. G. ihme zur wort geben, befünde ich, dass mit des Miscals gesterigen mit gehabten Conversation gar gleich stümbt, so mich sehr conten- hat. Und wie E. f. G. Cammerjuncker alles dessen, was mir send gewest, ich gar nichts verborgen, also will E. f. G. mit gebner Behelligung ich ferners nicht aufhalten. Von der Crög ist noch nichts gewisses, allem Ansehen und Vermuthen nach

inmassen Setschi mir heut gesagt, sollte sie noch fortgehen, sie dann gestert bei 500 Stück Pfennig vor Geld mitt des Fürst Bildniss, wie man pflegt auszuwerfen, alher bracht worden, es auch ein Zeichen der præparation ist. Mann will zwar Hoffnung auch eines designirten Königs geben, aber nichts gwisser, zu wann wills Gott ersten Hinauskunft werde ich vielleicht mehrs sehen können. Eben diese Stund ist jene Person, so Ihr f. G. in Poln gehabt, ankommen, der zeigt an, dass ganz gwisser einiger Poln oder Cosag heraus kombt und dass sie fast sehr uneinig sein sollen einander selbstn todtschlagen und blündern, auch ein starker poln führgangen, dass keiner sich solle herausbrauchen lassen. E. f. G. bitt ich ganz gehorsam meiner bewusten prætension wegen die Gnaden zue gedenken, an mir wird das Sprichwort wahr: *in calamitas sola*, in deme diss Lands mit jenen Gütern, so mein Weib erblich zuestehen, gar übel procedirt und ich samb mein Herrn Schwager, solcher mit ungewöhnlichen process de facto gesetzt worden. *Fiat voluntas Domini*. Nunmehr stehe ich gar in Poln und wo mir durch dergleichen Mittel, als E. f. G. geschrieben, geholfen wird, bin ich zeitlich wohl verlassen. E. f. G. bitt ich nochmalen gar gehorsamlich, meiner nicht zu vergessen. E. f. G. und uns alle Gottes Schutz befelhend. Neusoll 7 Juli 1620.

E. f. G. gehorsamer und treuer Diener

Ludwig von Starhemberg.

PS. Im vorigen Schreiben hab ich Meldung und aus dem Emerich Turschi selbst Anzeigen nach E. f. G. berichtet, dass die ungarische Hülfe vermöge Confoederation als 12.000 Mann reich und albereit zum Anzug sei, ob solches erfolgt, haben I. f. G. mich dessen zu berichten die gebütterliche Ermanung zu thun.

PS. Wo nicht zugesehen will werden, dass des Türken Heer zue dess Kaisers Seiten, dahin sich solcher Theil stark bearbeit trete, wird man was annemen und den ubrigen nach Poln schied müssen, die Not hat kein Gsetz. E. f. G. helfen die Botsch nach der Portten, als wol beigelegten Zettel.

Von unbekannter Hand:

H. A V D (Achaz von Dohna) hat mit Gelegenheit bei B. (Bethlen Gabor) ein gar heimlich Audienz gehabt, da erstlich kommen, was in Polen jetzt sich anfängt offenbaren, dann etli

Polen es gerne so machen wollen, wie in Böhmen, bitten allein Geldhülfe dazu. Dem König ist die Sache genugsam bekannt, es aber jetzt ufs neu fürkombt, ist Scipio der Meinung, man mit unterlassen und ist im Willen mit Kriegsvolk das seinige thun, doch werden die Türcken erst anfangen müssen, welches riss geschehen wird. Von Churpfalz erwartet ihme Ungarn etliche ed, alsdann wollen Ungarn in Steir fallen, wehre es möglich, es etliche Geld konnt herkumen um die Ungarn . . . in die ffen zu bringen. Sonsten hat Fürst fürgeschlagen, dass man hen sollte, wie doch Venedig möchte mit in den Krieg gezogen den. Br. A. (Baron Achaz) fragte ob die Ungarn auch wollten as wegen den Turgen nachgeben, drauf er antwort, es würde wohl geschehen, man weiss, was man konnte, sowohl an Gra- ka oder sonsten an der See ferner nachlassen, das zur Sicherheit er Schiffart und Handel gar nicht, so wäre es desto leichter. eses hat dem Fürsten so wohl gefallen, dass er bald begert, es lle B. A. dises dem König schreiben, dazu er einen eignen Cre- if mitgeben doch in Ziffern ad F. Cr., weil sonst kein Mittel wesen es dem König heimlich zu wissen zu thun. Wofern es r König gut findet, dass B. A. uf der Zurückreise sollte uf Prag hen mit dem König von diesen und den ungrischen Sachen zu hen und nit allein dem Fürsten von Brieg sondern dem Ratzwil, elcher jetz in Schlesien ist, genuegsam Bericht zu thun, so wird B. A. gerne thun, erwart darüber fernere Ordinanz denen Zau- sen befürdern, der württ das Lager besichtigen, als er dann ein zuem Cognosciren heraus geschickt worden.

Diese Tage haben wir etliche Puncten nach Hof geben, hier- er fürderliche Resolution zu thun gebeten und weil ich von Mitteln s Fridenss solche fürzueschlagen begert worden, haben wir kurz brochen und dass genueg sein werde, den Kaiser zur Confoede- ion zu vermögen, darbei alles begriffen, wann dieses zu erhalten, sten wir wohl zufrieden sein.

Beigelegter Zettel:

Gnädiger Fürst und Herr. Das Schreiben vom 2. Juli hab zue recht empfangen, solchs mitt Herrn von Dona communicirt gar a tempo ankommen, wie denn Herr Jesenius desswegen der Kön. Maj. abgefertigt wird. Und hat heut Herr v. Dona der f. D. Ener f. G. Puncten halber Audienz gehabt, wessen

sich auch Ihr f. D. resolvirt und worauf sich zu verlassen, habe
 Euer f. G. aus Herrn v. Dona Memorial zu vermeinen. Dem Herr
 Turschi jüngstes Erbietten zwar wär mehres und auf dem We
 wie ichs geschrieben, dabei sich Herr Startzer mein Mit-Coll
 auch befunden, sowohl gegen mehrem gerodt worden, das Dem
 bleibt . . . zurück, und weil in bemeltem Memorial und Euer
 Cammerjuncker mündlichen Relation alles berueht, will ich E.
 nicht aufhalten, ohne das wir zu Gott hoffen durch diesen
 noch ein Königreich zu erlangen. Mich E. f. G. gehorsam
 felhent

L. v. Starhemb

5. Bericht der oberösterreichischen Gesandten Erasmu
 Landau und Wolf Christian von Schallenberg übe
 Verhandlungen mit Bethlen Gabor dd. 3. Aug. 1620
 sohl. (Münchner St.A. 425/5. Fol. 377. Orig.)

Sonders g. und fr. liebe Herren und Freund denselb
 unser beflissen willig Dienst zuvor.

Seit unseres Schreibens, so wir sub dato 22. Majus m
 Dehl. Gesandten E. Gst. und Fr. überschickt, sein I.
 nach gemachter Union täglich zu Rath gangen und den
 belli gerendi, wie hiebei A. zu vernehmen, berathschlagt, u
 dessen verglichen. Und unangesehen man des Kaisers Ge
 erwarten, so beschehen doch zu der ungerischen Armada v
 zu Tag mehrere praeparationes, was auch des türkischen
 Schreiben Inhalt, haben E. G. und Fr. sub B. hiebei zu vern
 So ist auch Herrn Startzer durch Herrn Graf Emerico Thu
 Hof ein Original-Schreiben von den Herren Ständen Ges
 aus Constantinopel an I. f. D. lautend vertreulich zu lesen
 Darinnen wird gemelt, dass I. f. D. Sachen und die Confö
 an selbigen Hof bei dem Kaiser obristen Vezier und Mu
 wohl stehen, sich mit uns vereinigen, erwarten allein der Ge
 also dass man sich des Türken halber (ob Gott will,) ni
 befürchten. Diese Tag hero haben I. f. D. die Praesenten zu
 ordinirt, und disponirt, sein in Wahrheit ansehlich und stal

Benebens bitten wir: E. G. und Fr. wollten um des
 Vaterlands, noch bei Tag und Nacht die Notturften als
 bianken oftbehrtermassen uns übersenden, und hierin k

zu Spott und Schaden auslaufen derft, causiren, und ottrüngliches Repliciren zur Unfreundschaft nicht verndern dessen versichert sein, dass wir es treulich, eiferig um sich nun mehr E. G. und Fr. dahin wollen wenden lassen. Wir haben auch alsbalden der zu Wien vertlichen wenigen euangelischen Stände Erklärungen zu gung und was I. K. M. zu derselben Gesandten mündlich l dann durch den Grapler hernach schriftlich herausgeben, vertirt und durch Herrn Startzer I. f. D. einreichen, dadurch den Herrn Starzer anzeigen lassen: sie hätten allen Gesandten nach Rötz befohlen, wie sie gegen denen gt, die Conföderation so schändlich verlassen und nicht en gesonnen, so wie auch gegen denen, so noch zu hulenken, ins kunftig sich zu verhalten willens, dass er nen versammelten Ständen zu Rötz und lauter fürtragen Getreuen Confoederation aufs möglichste animiren und n allen Zeiten und bei allen Occasionen ein gutes auf-ertrauen zu I. D. tragen und haben wollten, ermahnen ergwissen sollte, verhoffen, Herr Lanthner werde solches g; und treulich fürbracht, und viel Guets damit aber ge-öd dermaleins die entliche Resolution auf ein beständigen irdert haben.

29. Juli haben I. f. D. und das Land zu denen Herren Mähren, Schlesien und consequenter Laussingern einen en Ausschuss, darunter Herr Graf Emericus Thurzo sich funden, geschickt, die Resolution und Antwort auf der-uns überreichten postulatis, so wir bereits nach Rötz rt, mündlich und schriftlich wie hiebei ertheilt, erwarten n täglich auf die unsrigen Postulata nichts weniger er-Bescheid und hat diess ein Ansehen, dass sich der Land-ichstem möchte ändern, dann sich I. D. mit Heerwägen en Notturften, sonderlich mit Fahnen und Hörpauken affiren und bei den Handwerchern Tag und Nacht solche gen antreiben lässt.

n den 29. ist Herr Graf Collalto, also der so lang er-üs. Abgesandter allhiero angelangt, und in I. f. D. Leib- etlichen wenigen Comitatus eingeholt worden. In dem D. und das Land geschickt, was er im Namen I. K. M.

zu proponiren, solches befördern wollte, begehrt. Er hat die Proposition zu verziehen zwar allerlei Gelegenheit gesucht, einedmal zuvor mit dem Herrn Palatino absonderlich zureden, andermal in Session in der Audienz difficultirt, aber ihm sein solche vorhabende Prolongationes abgeschnitten, und er zu solcher Audienz, mit sonderlichen Ausschüssen von Land so stark angehalten worden, dass er dieselbe auf den 1. August annehmen und erscheinen müssen, was seiner Credentialien Inhalt und was Proposition gewesen, haben E. G. und Fr. hiemit sub D. zu vernehmen.

I. f. D. haben in Puncto die Herren Stände zusammenberthet und was zu antworten und auf die Proposition fürzuzusetzen sei, berathschlaget, in der Umfrag sein etliche der Catholici so noch gar stark an den kaiserl. Hof dependiren, der Meinung gewesen, man solle alle Landtags- und Kriegsberathschlagunge 3 Wochen oder 14 Tage verschieben und dieselbe Zeit den Fürst mit dem kaiserl. Gesandten zu tractiren anwenden, welches I. f. D. alsbalden und kurz mit diesen Worten: Deus ad idamit sei geschwiegen und dass man alsobalden die Antworten solche wichtige Proposition geben, die maiora dahin geschlossen der Herr Gesandte plenipotentionirt, einen beständigen Frieden Hungern und allen andern conföderirten Königreichen und Ländern individue unzertrennlich zu schliessen, so soll er die Conditiones pacis proponiren, sei man erbietig, dieselben anzuhören und in Notturft zu bedenken, wo nicht, so kunnte sich in einige Handlung mit dem Herrn Abgesandten particulariter nicht einlassen. gestern haben die kaiserlichen Abgesandten under dem Schein sie ihre etliche ubrigen Leut wollen abfertigen, drei Kutschen spannen, bald wieder ausspannen und auf den Abend aber eingespannter halten lassen, und sein letztlich etlich ihre Pferde aufgesessen und fort gefahren.

Zuvor aber der Herr Lauminger, als wollt er spazieren vor dem Thor befinden, alsbalden auf den Kutschen gesprungen und heimlich dann davon gewischt, unterwegs die Post und sein Abzug genommen, welches I. f. D. und das Land hoch bedauern pfinden, den Kaiserlichen solches verwiesen; wo er aber die Post gesessen, nachfragen lassen, nunmehr ist er zu Wien wird vielleicht die Mähr bringen, dass auf den Frieden, kein

machen haben, sich also die Pressburger und welche dies-
 er Thonau wohnen, als Oedenburg, wohl fürzusehen.
 den 30. Juli ist der Fenderich Riedt Abends ankommen, bei
 wir den gefährlichen leidigen Zustand bei unseren so ge-
 Landsmitgliedern, besonders aus dem Particularschreiben von
 von Tschernembl an mich Erasmus von Landau lautend
 Schmerzen und bekümmertem Gemüth vernommen, alsobalden
 dem Herrn von Hodieowa königl. böhm. Gesandten commu-
 und uns mit ihm nderredt und dass wir den folgenden Morgen
 mmenkommen und was hierin zu thun und fürzunehmen, berath-
 agen wollten, veranlasst. Als wir aber denselben frue morgen
 hinüber verfügt, haben wir allein den Herrn von Hodieowa
 l seinen Mitverwandten zugegen befunden, welchen wir den ge-
 rlichen und sorgenden Zustands des Lands fürbracht, der ein
 anders Mitleiden gehabt und beiden mit und neben uns verblieben,
 dass aus allen anwesenden Conföderirten Gesandten einer soll ge-
 mmen und ein gesammte Audienz bei I. f. Dchl. begehren, E. G.
 ad F. Schreiben, was diesen Punkt betrifft, in Latein vertirt commu-
 deirt und ganz beweglichen den völligen Anzug der hungerischen
 Armada und sonderlich den Einfall in die Steyrmarcht alsobalden
 vorzunehmen und zu befürdern soll begehrt und gebeten werden.
 Dessen und weilen wir noch beisammen, schickten I. f. Dchl. den
 Herrn Krausen zu dem Herrn Starzer und begehren zu vernehmen,
 was der gestrig ankommende Courier gebracht, darauf Herr Starzer
 ermeldt, es wolle sich mit dem Herzog aus Bayrn und Erzherzog
 Leopolden was anspinnen und sei man von derselben Armada, so
 sich nächst an die Greniz bereit losirt, eines Einfalls in das Land
 b der Ennss in Sorgen und nicht geringer Gefahr, wir wären aber
 leicht beisammen und dahin resolvirt, bei I. f. Dchl. um ein ge-
 samnte Audienz noch heut anzulangen, hat also Herr Starzer ge-
 eten, wann solches beschehe, wollt Herr Krauss dieselb befürdern
 elfen. Dessen sich Herr Krauss gutwillig erboten, ist auch nach
 em Essen zu uns kommen und im Namen I. f. Dchl. die Audienz
 n 1 Uhr, dass wir zur selben Stund gewiss uns finden lassen
 ollten, angezeigt, das uns nicht wenig erfreuet und also die Stund
 en andern Herrn Gesandten angedeutet und gebeten, mit und neben
 as die Audienz zu verrichten. Wie nun die Stund herbeigekommen,
 chickt der Herr von Hodieowa zu uns und lassen uns anzeigen,

der Mährerischen und sowohl der Schlesischen Gesandten hätte mir sagen lassen, sie wären zwar urbietig, mit und neben uns zu erscheinen, sofern wir ihnen die Praecedenz und wie in erster Generalaudienz die nächste Stell nach dem königl. Gesandten zulassen wollten, ausserdem kunnten sie sonsten dieser Audienz nicht beiwohnen. Ob wir wohl gebeten, ein solches zuwider der so gemessenen des Markgrafthums Mähren hierin nächstertheilten Resolution dieses weiter nicht zu moniren, sondern bei dem alten Herkommen bleiben zu lassen und bedenken, dass man jetzo in solcher Noth und Gefahr sei, derentwegen man billich ja solche unfreundliche Zumutungen geschweigen, ob nun wohl Herr Obristen von Schleinitz wegen des Markgrafthums Mähren zu cediren sich erboten, so hat doch der Herr Abraham von Thona wegen Schlesien und Lausnitz nichts mit nachgeben wollen. Also weil die Stund bereit geschlagen und wir weiter zu repliciren kein Zeit gehabt, so haben wir uns eines andern resolviren und die Audienz für uns allein annehmen müssen, ist also Herr Andre Thonrädl, ich, Erasmus von Landau, Herr Zacharias Starzer und Herr Wolf Christoph von Schallenberg in Gottes Namen zu der Audienz gefahren und Herr Starzer in Latein proponirt die Noth und Gefahr, so dem Land ob der Enns wider gegebenes Versprechen, Vertrauen und Glauben ganz unversprochen und unfürsehens zugestanden, entdeckt und wann diess Land ob der Enns sollte occupirt und vergewaltigt werden, alsdann auch die Uderensser auch werde geschehen sein und dergestalt in alle conföderirte Königreich und Länder ein solcher Pass gemacht werden, dass sie nit weniger darob und sonderlich Hungern zu Grund und Boden fallen, und alles sich dem Willen des Kaisers untergeben und unterwerfen müssen. Darauf I. f. Dehl. mit sonderbarer Bewegnuss zur Antwort geben und durch den Herrn Secretarium theils dolmetschen lassen, theils lateinisch geredt, sie hätten mit uns ein solche Condolenz, sollten aber dennoch an Gott und an Mittel zu helfen nit verzagen. Er hätte allbereit bis über 5000 Hungern zu Ross oben, nehme ihm Wunder, dass man also still liegt und mit so ansehnlichem Volk nichts verrichte. Er hab desswegen dem König in Böheim zugeschrieben, man sollte vor Einfall zu verhütliche Fürsehnung thun, er hab auch die Antwort empfangen, dass der Orten I. Mt. 7000 under Herrn Grafen von Thurn und unter Herrn Grafen von Mansfeldt zu dem Ende hab, damit Bayrn

do durch den Guldensteig zu begegnen und dem Land
 ss zu succuriren; fragte benebens, wie stark Bayrn und
 sei, haben wir bericht: 6 Regiment und 2000 zu Ross,
 vermelt, einem solchen Exercitu sei noch wohl zu be-
 e Herren Stände sollen ihre Weib und Kinder an feste
 , der Pauersmann soll sich mit den seinigen an die
 l Burgen salviren, das übrige Gott befehlen, wann man
 Kopf und das Leben davon bringe, seie noch Land und
 r zu gewinnen, er werde gleich auf einmal nit die Länder
 Indessen woll er mit der hungerischen Armada bald in
 und dem Bayrfürsten, was dieselb vermag, in seinem
 kennen und zu empfinden geben, dann wann man einem
 ten zu Leid thue, das beschehe ihnen selbst. Er hab
 reit zum Fortzug dem Herrn Setzy, dem Herrn Graf
 rzo, dem Herrn Rogoczy und anderen sowohl auch dies-
 honaw Ordinanz geben, und inner 14. Tagen woll er in
 sein Heil versuchen, er vermeint, wann die beheimische
 fzuge und simulirten, als wollten sie nach Wien rücken,
 würde sich auch aus seinem Quartier geben müssen
 äre er aus seinen Schanzen und Vortheil zu bringen;
 man solle dem Feind Tag und Nacht kein Rue lassen.
 zwar vermelt, dass der Bueguoi etliche Tag nacheinander
 ufbbruch fertig halte, man wisse aber nicht, wohin sein
 . Man besorge sich, wann Bayern von oben sollte ob
 attaquiren, dass er von unten hinauf zugleich auch sich
 en möchte, wann aber hungerische Armada im Anzug
 e er sich nach Wien begeben und sein Furhaben in das
 r Ennss underlassen müssen. Darauf antwortten I. f. Dchl.,
 unmehr aufs eheist als möglich die hungerische Armada
 bishero wegen der Inducien und dass man in terminis
 zu schliessen gestanden, hab es füglich nit beschehen
 nit man nit Ursach gehabt, als wollte er wider Trauen
 n handeln und verfahren und weil wir ein sondern Not-
 n eracht, darmit von I. f. Dchl. dem Herzog aus Bayrn
 en, von dem Einfall abzuhalten, im widrigen gleiche
 unminirt werde, inmittels unsere Herren Principalen und
 der consolirt und animirt werden. Haben wir um solchē
 . f. Dchl. angelangt und gebeten, welche sie uns auch

gnädigist alsbalden verwilligt und selbe vermeldt, dass es gut und rathsam seie, dieselben alsbalden dem Canzler und Secretaris zu fertigen befelchen. Das ist auch also beschehen und gestern abends uns solche in originali gefertigt mit F. eingehändigt worden und wie ansehenlich, umständiglich, beweglich und eiferig dieselben gestellt worden, das haben E. G. und F. aus dero Copien G. und H. zu vernehmen. Gott geb sein Gnad, dass auch dieselben so viel als wir wünschen und von Gott erbitten können, wirken, sich also von I. f. Dchl. wieder abgetreten und hat sich bei dieser Audienz Niemand anders als Herr Graf Emericus Thurzo, Herr Kanzler Seczy und Herr Secretari Krauss befunden und weil sehr viel daran gelegen, dass diese Schreiben und mit dem allerhöchsten an E. Gst. und Fr. gebracht werden, als haben wir mit solchen Notturften des Herrn Starzer Diener Bartholomee Teublinger auf die Post Tag und Nacht zu reisen abgefertigt. Die werden nun ohne Massgeben der Sachen weiter zu thun und uns des Verlustes ferner eheist zu erinnern wissen, hiebei haben auch Euer G. . . . mit I. an die kais. Abgesandten zu empfangen benebens denenselben neben göttlicher Bewahrung.

Dat. Neusoll, den 3. August 1620.

Euer G. und Fr.

*Dienstbeflissen willige Erasm von Landau,
Wolf Christoff von und zu Schallenberg.*

6. Plessen an Anhalt dd. Olmütz 11./21. August 1620. Orig.
zum Theil chiffirt im münchener Staatsarchiv 548/13 fol. 247.

Monseigneur!

Les lettres de V. A. datées à Eggenbourg le 31 de Juillet et 3^e de Aoust me furent rendues le ⁵/₁₃ de ce mois entre Neusoll et Cremnitz estant desjà sur mon retour vers Prague de sorte que je fus contraint (fautte de seure adresse) de differer ma response jusques à Olmütz. Pour respondre donc aux dites lettres je feray à V. A. un petit abregé de ce qui s'est passé es quatre audiences que le Prince de Hongrie m'a données (dont la plus courte a duré 2 heures et demi), lequel servira d'esclaircissement tant des points contenus es dites lettres de V. A. que de ceux que'elle me communiqua à Eggenbourg aux fins de me reigler selon iceux en mes

propositions. Premièrement (la principale proposition faite et le Prince m'ayant requis de la coucher par escript) je declaray a Sa Ser^{te} les causes et raisons, qui avoyent empeché V. A. de faire quelque notable progrès contre l'ennemy et de le tirer hors de son logis et quartier, dont ledit Prince demeura entièrement satisfait et sort bien edifié sans me toucher un seul mot ny luy ny aucun des grands de sa cour de la mauvaise disposition et inclination des regiments ce que voyant j'estimay le plus seur de le passer aussy de mon costé sous silence. 2. Pour tirer le Comte de Bucquoy de son quartier ledit Prince mit en avant cest expedient que Anhalt pourroit lever son camp et marcher droict vers Wien comme si c'estoit pour s'emparer des ponts de la dite ville. Si Bucquoy suivoit Anhalt, Anhalt auroit obtenu ce qu'il a tant désiré, c'est à dire de l'avoir en campagne et commodité de le combattre. Si Bucquoy allait secourir Wien de l'austre coté du Donaström, lors Anhalt pourroit essayer de faire quelque entreprise sur Crems et d'occuper mesme le quartier dudit Bucquoy. Toutesfois ledit Prince remettoit le tout a la discrétion et au bon jugement de V. A. comme de celle qui est sur les lieux et peult mieux juger, si l'estat de l'armée et autres circonstances (que ledit Prince ignoroit) permettront de faire ceste entreprise sans exposer en danger les pays de Mehren et de Bohême, ou encourrir en quelque autre inconvenient.

À celà je respondis, que V. A. par adventure se pourroit mieulx resouldre et tenter une telle entreprise, si elle pouvoit estre certonné de deux choses. L'une quand Bethlen Gabor arriveroit à Presburg, l'autre si Bethlen Gabor pouvoit cependant envoyer à Anhalt quelques troupes. La response fut, que Bethlen Gabor se trouveroit audit lieu, environ le commencement de Septembre et que de temps en temps il envoyeroit de la Cavallerie et qu' incessamment après son arrivée en ladite ville il s'abbouchoit avec Anhalt à mychemin entre le camp de Anhalt et ladite ville. Le comte Sigismund Cornisch (Transylvain et de la religion Romaine mais affidé audit Prince) receut aussytost ordonnance de partir avec 1000 chevaux Transylvains vieux soldats (s'en ay veu la plus part, qui m'ont convoyé de Buchau Bitz, Zolna jusques à Neusol) pour se rendre près de V. A. et estre employéz (avec autres qui suivront) ou à ladite entreprise ou à faire une cavalcade

en Bayren selon que V. A. trouvera estre le plus expedient. Certs je crains aussy que Oberpfalz n'en patisse, car Seckles font du mal en Hongrie mesme. Le Sr. Francois Reway comme comitatus Turoniensis (qui m'a ramené avec 100 chevaux Lanciers jusques à Wissawitz en Moravie) s'en est plainct à moy disant, que lesdits chevaux dudit S. Comte Cornisch avoyent fort foulé ses subjects, et ses termes latins estoient: Ego valde onerosa ad Comitatem Sigmundum scripsi, quod ita comoratur in meis pagis cum suis circulis, qui pessime tractant meos subditos et non sunt contenti cibo et potu pro se et avena ac foeno pro suis equis, sed petunt ab illis pecuniam et accipiunt illis equos (nemen ihnen die Pferde wollen il dire). Je laisse à penser à V. A. ce que les dits Zechles feront ailleurs. L'armée de Bethlen Gabor sera de 15000 Cavalliers et 5000 Fussvolck. Le Sr Secchi demcure en la haulte Hongrie de vers Cassovie, Iliashaszi vers les frontieres de Pologne, le Comte Stanislaus Turzo vers les frontieres des Turcs, chacun aura des troupes bonnes et en nombre competant à part et auront tiltre de généraux et le Comte Emerico Turso un avec ung autre corps de gens en Styrie. Le S. Ragocy tenu pour bon et resolu soldat (mais en peu malheureux) ira avec ses troupes trouver Anhalt.

De ces troupes n'estants pas trop esloignées du camp principal ledit Prince s'en pourra servir selon que la necessité et les occasions le requerront. Il m'a commandé d'asseurer V. A. que pour certain il fera faire ung pont à Presbourg, celuy de l'an passé ayant esté en partie emporté par le courrant de la rivière, en partie rompu par la glace, en partie aussy vendu par le commissaire qui en avoyt la charge, et l'inspection, lesquels en seroit en fay avec l'argent et rendu au camp de l'ennemy. Bethlen Gabor fait estat de se pouvoir voir avec le Roy de Bohême environ le 24 de Septembre a Brinn, si ainsi plaist au Roy de Bohême. Il recommande fort à S. M. l'occasion, qui se presente de tailler de la besogne à Polen chez luy, à fin quil aye subject de penser plutost à la conservation du sien qu'à procurer du mal à ses voisins. Et qu'à ceste fin le Prince de Radzivil beaufrère de Markgraf Joachim Ernst qui est comme on tiens à présent à Brieg se pourroit (comme incognito) trouver à Brinn audit temps. Mais ledit Prince veult et conseille, que sedes motuum maneat circa Cracae, à fin qu'il y puisse envoyer pour sa quote 5 ou 6 mille hommes

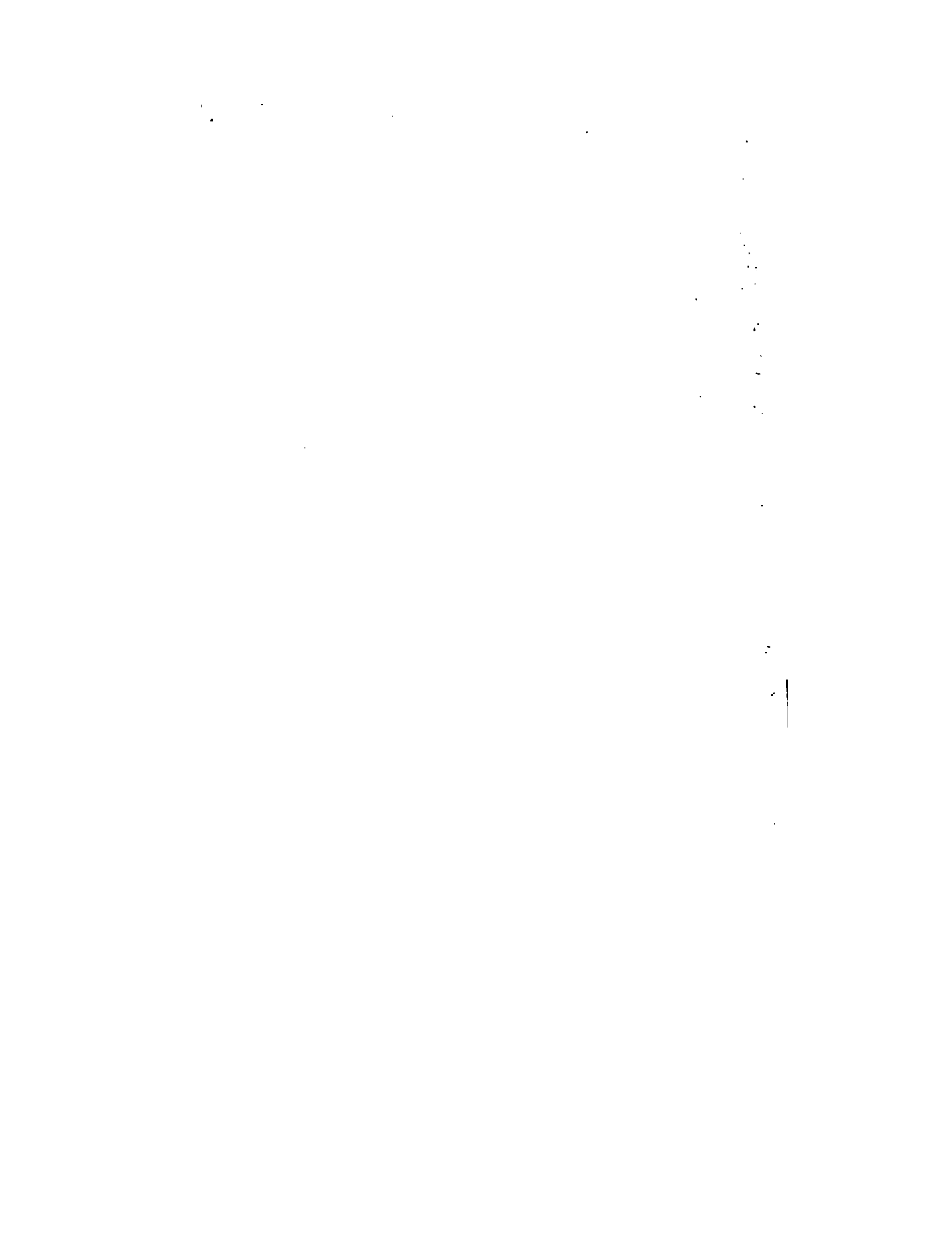
un secours dudit Prince et de ses associez, ce qu'il ne scauroit commodement faire, si on vouloit remuer mesnage en un endroit trop esloigné des frontières de Hongrie. Une fois il tint aussy ce langage: *Hostis non habet pecuniam, nos etiam non habemus pecuniam. Venedig nos posset iuvare pecunia, ergo quovis modo debet retrahi ad nostram unionem.* Bethlen Gabor veult traicter avec les Venetiens et leur donner tregua (sic) Segna retraicte e nid des Muscocques et à ceste fin envoye au Roy de Boheme par Plessen Penipontentiam et une lettre de créance addressante au Duc de Venise, pour faire négotier cest affaire par ses agents, qui sont dedit Venise chose de grande consideration et digne d'estre maniée secrettement. Ce sera une amorce pour faire entrer en la danse dits de Venise, qui sont ordinairement les difficiles.

Comme ce Prince est clairvoyant et judicieux il me dit de son propre mouvement: Que ferions nous, si d'avanture le Marquis Spinola venoit avec son armée ou vers Bohème ou vers l'Austriche. Certes nous serions trop faibles pour continuer à faire guerre offensive, mais serions contraints de nous contenter de la defensive et naistroit bientost nostre ruine, car nous ne batrions plus que d'une aisle et serions bientost achevez de peindre. Lors je alleguay quelques raisons et circonstances assez apparentes comme il advoua luy mesme pour monstrier, que ledit Marquis Spinola ne passera pas facilement ceste année la Moselle ny le Rhin ou s'il passe l'un ou l'autre rivièere et attaque quelque place au bas Palatinat ou ailleurs, que la resistance et opposition de ledit Spinola pourra rencontrer ne scauroit estre si faible, qu'il s'y trouve engagé jusques à ce que l'hyver le surprenne, avant d'avoir achevé et qu'en ces deux cas on n'auroit guères à craindre cest automne ledit Spinola ny en Bohème ny en Austriche. Mais si ledit Spinola se resolvoit à tirer droict en Bohème ou en Austriche soit par la voye de Mayence une partie de Wetterau, de Franconie Aichstatt et le hault Palatinat et le passage de Tausen de Clattau, qui est assez large et ouvert, ou par le pays de Luxembourg, Lorraine, Elsass, Souabe et Bavières en Austriche il ne s'accrocher ny entamer aulcune entreprise ny . . . ny en France ny en l'autre desdits deux chemins, que je confessois qu'à moins qu'il ne trouveroit autre resistance ny empêchement, qui le peust empêcher de venir droict à nous que la longueur du chemin, de

sorte qu'avec le temps il ne lairroit de nous venir sur les bras. Surquoy ledit Prince repliqua, pourroit pas en tel cas avec bonne conscience se servir du secours des Turkischen Kaisers. Je respondis: Les extremitez ne se peuvent surmonter que par autres extremitez et nous avons es histoires l'exemple de plus d'un Paps, qui ont eu recours au Tütrek pour se garantir de la violence de leur ennemis. Celà luy pleut et dit en tel cas je ferois venir 30.000 Türken par la voye de Canischa en Styrie.

Ledit prince me loua en la premiere audience et aussy en une suivante le bon service, que peult faire la cavallerie Hongroise qui porte lances, que Jorge Basta l'avoit du commencement mesprisee mais qu'estant venu une armée de 13.000 hommes vers les frontieres de Transylvanie il y trouva en teste le feu Prince Botkay accompagné seulement de 3500 Hongrois quasi tous à cheval et fort peu à pied, lequel combatit si rudement ledit Basta, quil fut désarçonné et porté par terre à coups de lances (ledit Sr. Prince Bethlen Gabor se trouvant aux premiers rangs en la meslée) et qu depuis ce temps la jamais Basta n'auroit voulu sortir en campagne pour chercher son ennemy, qu'il ne fust accompagné d'un bon nombre de lances Hongroises. Il dict aussy, qu'il ne falloit mespriser l'infanterie Hongroise non plus et qu'en plusieurs occasions elle peult servir utilement. Apropos de celà j'allegnay ung exemple advenu du temps du siège de Danzig ou l'infanterie Hongroise fist une belle execution contre la garnison et bourgeoisie de ladite ville de Danzig, qui estoit sortie en grand nombre et en fut taée la pluspart par l'infanterie Hongroise à coup d'espée ne donant pas loisir à l'infanterie Allemande.

Je me suis apperçu ce me semble, que Bethlen Gabor et ses plus confidents ont desseing d'estendre les limites de Ungarn du costé de Styrie et Oesterreich pour reincorporer à ceste couronne la plusieurs anciennes appartenences, qu'ils disent en avoir esté demembrées par la maison d'Autriche, laquelle ils accusent d'avoir fort endomagé ledit royaume et en parlent aigrement.



GESCHICHTE
DES
DREISSIGJÄHRIGEN KRIEGES

VON
ANTON GINDELY.



ZWEITE ABTHEILUNG:
DIE STRAFDEKRETE FERDINANDS II
UND DER
PFÄLZISCHE KRIEG.
(1621—1623).

DES GANZEN WERKES VIERTER BAND.

PRAG 1880.
VERLAG VON F. TEMPSKY.

DIE
RAFDEKRETE FERDINANDS II

UND DER
PFÄLZISCHE KRIEG.

VON
ANTON GINDELY.



PRAG 1880.
VERLAG VON F. TEMPSKY.

Das Recht der Uebersetzung wird vorbehalten.

Druck von A. Haase, vormals Gottlieb Haase Söhne.

V o r w o r t.

Indem ich eine neue Abtheilung des 30jährigen Krieges veröffentliche, die mit diesem einen Bande schliesst, habe ich nur um der Gewohnheit willen dieselbe den bisher üblichen Titel „der pfälzische Krieg“ beibehalten. Der eigentlich zutreffende Titel sollte „die Uebertragung der Kur auf Maximilian von Bayern“ lauten sollen, denn der politische und militärische Kampf während der Jahre 1621—3 drehte sich allein darum, ob der Kaiser sein dem Herzog von Bayern gegebenes Versprechen lösen und ihm die Kur übertragen werde oder nicht. Nur um dieses Grundes willen wurde der Pfalzgraf geächtet und der Krieg gegen ihn und seinen erblichen Besitz geführt. Wie aus dem Inhalt dieses Buches hervorgehen wird, war es allein Maximilians Unnachgiebigkeit und Beharrlichkeit in der Verfolgung des angestrebten Zieles, die den Kaiser zur Einhaltung seines Versprechens nöthigte und auf dem Con-
tinationstage von Regensburg die Uebertragung der Kur zur Folge hatte. Die Bedeutung des Herzogs von

Baiern, über die ich schon während meiner früheren Arbeiten nicht im Zweifel war, trat mir jetzt noch klarer vor Augen: er war der besonnenste und zielbewussteste Politiker, der strenge Administrator seines kleinen Besitzthums, er spielte in den J. 1621–3 die entscheidende Rolle und bewirkte durch seine Klugheit und Energie, dass er den Kaiser und den Papst, die deutschen Katholiken und Frankreich für die Förderung seiner Wünsche zu gewinnen oder wenigstens wie z. B. Spanien von jedem Widerstand abzuhalten wusste.

Ueber die Stellung, die Bethlen in den deutschen Kämpfen seit dem Ende des Jahres 1620 einnahm und in welcher Weise er Ungarn zur Theilnahme an denselben zu veranlassen suchte, habe ich diesmal nicht bloss die deutschen Archive, sondern auch das ungarische Staatsarchiv und die in der ungarischen Akademie der Wissenschaften aufbewahrten archivalischen Schätze einem eingehenden Studium unterzogen. Wie bedeutend die Aufschlüsse sind, die dadurch für das politische Gewirre jener Zeit gewonnen wurden und wie weit es mir gelungen ist, Bethlens Stellung zu dem Kaiser und zu dessen Gegnern zu beleuchten, darüber mögen die Fachgenossen urtheilen. Ich bemerke für dieselben nur noch, dass das ungarische Staatsarchiv und auch andere Archive in diesem Lande eine grosse und in Anbetracht der durch die Türken veranlassten Verwüstungen ausserordentlich reiche Fülle von wichtigen Archivalien enthalten, deren Studium nicht genug empfohlen werden

un, da sie die mannigfachsten Aufschlüsse auch für die
 cht ungarische Geschichte bieten.

Um Missverständnissen vorzubeugen wiederhole
 n die schon im ersten Band abgegebene Erklärung,
 ss ich alle Daten sowohl im Texte wie in den Noten,
 e nur einfach angeführt sind, als dem neuen Stil
 egehörig betrachtet wissen will. — In diesem wie
 den früheren Bänden habe ich den Kurfürsten von
 r Pfalz und böhmischen Wahlkönig ziemlich regel-
 ässig bloss einfach als Pfalzgrafen bezeichnet, obwohl
 mit seine Stellung nicht genügend betont wurde. Es
 schah dies wegen der prägnanten Kürze des Titels
 ul weil derselbe genigte, ohne dass der Taufname
 bei genannt werden musste, während bei dem „Kur-
 rsten“ stets die Bezeichnung „von der Pfalz“ hätte
 geführt werden müssen, um jedem Irrthum vorzu-
 ugen. Ich werde mich der Bezeichnung „Pfalzgraf“
 ch künftig in dem angedeuteten Sinne der Kürze halber
 dienen.

Die archivalischen Beilagen habe ich in diesem
 nde auf ein geringeres Mass reducirt als in den
 igen. Ich hätte von der Publication vielleicht ganz
 ggang genommen, wenn ich nicht die Veröffentlichung
 die Kapitulation von Pilsen betreffenden Akten zu-
 agt hätte und wenn es sich mir nicht darum gehandelt
 te, durch einige prägnante Schriftstücke die Stellung
 der Kaiser dem Herzoge von Baiern gegenüber ein-
 m und jene überspannten Forderungen, zu denen

VIII

sich der Pfalzgraf trotz seiner Niederlage noch immer berechtigt glaubte, näher zu beleuchten. Ich ersuche um Entschuldigung, wenn der Band auf diese Weise um fast zwei Bogen stärker geworden ist.

Schliesslich noch einen Wunsch bezüglich der Archive. Heutzutage sind die im westlichen Europa befindlichen Archive der Benützung ebenso zugänglich, wie die Bibliotheken und nur bezüglich der Zeit, bis zu welcher dies geschehen darf, macht sich ein Unterschied geltend. Die einen beschränken die Erlaubniss bis zum Ausbruche der französischen Revolution, die anderen schieben den Zeitpunkt weiter zurück oder weiter vor. In dieser Beziehung kann man mit den Archivverwaltungen nicht rechten, sie folgen einem Gebote der betreffenden Regierung, die den Zeitpunkt im Interesse des öffentlichen Dienstes oder aus anderen Rücksichten bestimmt. Was jedoch der Historiker verlangen kann, ist, dass ihm die Archivkataloge bezüglich jener Zeit, die seiner Forschung zugänglich gemacht wird, ausgefolgt werden. Es hat gar keinen Sinn, wenn dies nicht geschieht; höchstens dient es dazu, ihm die Forschung zu erschweren und ihm die Einsicht in manche wichtige Akten unmöglich zu machen. Denn da die Archivbeamten in diesem Falle die Kataloge allein einsehen und die betreffenden Archivalien aufsuchen, so ist ihre Bemühung — sehr seltene Fälle ausgenommen — nie so erschöpfend, wie es der Gegenstand erheischt und wie allein derjenige, der die mit der Forschung im Zu-

ammenhänge stehende Arbeit unternimmt, beurtheilen
an. Um von anderen kleineren Archiven in Deutsch-
land abzusehen, machen die Archivverwaltungen in
Berlin und Dresden die Kataloge zugänglich, ersparen
damit eine Menge überflüssiger Fragen und Belä-
stigungen und machen den Forscher selbständig. Im
Interesse der Geschichtschreibung möge man dieses
Beispiel überall befolgen, die Archivkataloge ausnahms-
weise bis zu jenem Zeitpunkt zugänglich machen, bis zu
welchem die Archivalien überhaupt ausgefolgt werden:
wird kaum ein Geheimniß dadurch preis-
gegeben, das nicht auch sonst zur Kenntniß
der Geschichtsforschung käme, die Archive
aber werden so allein ihrem Zwecke dienst-
lich gemacht.

PRAG, im Monat Juli 1880.

Der Verfasser.

I N H A L T.

ERSTES KAPITEL.

Der Krieg in Böhmen bis zur Vertreibung Mansfelds aus dem Lande.

- I Ist der 30jährige Krieg als ein Religions- oder als ein politischer Krieg anzusehen? 1
- II Bedingungen, unter denen Maximilian die Böhmen zum Gehorsam auffordern liess. Versprechungen des Kurfürsten von Sachsen. Rücksichtsloses Vorgehen Liechtensteins und der kaiserlichen Obersten. Waldstein. Anlehen und Contributionen. Buquoy. Die Ligisten. Liechtensteins Decrete 8
- III Karlstein wird erobert. Die Verhandlungen mit Mansfeld. Er brandschatzt das Land weit und breit. Sein Dienstanerbieten an Savoyen und an den Pfalzgrafen. Er bemächtigt sich verschiedener Plätze in Böhmen. Plünderung des Klosters Tepl. Mansfeld reist nach Heilbronn. Erfolge der Ligisten. Der Kurfürst von Sachsen und Eger. Eger für den Kaiser gewonnen. Die Verhandlungen mit der Besatzung von Pilsen. Uebergabe von Pilsen, Tabor, Wittingau und Klingenberg 14

ZWEITES KAPITEL.

Die Hochverrathsprozesse in Böhmen, Mähren und Oesterreich

- I Slavata's Gutachten über die vorzunehmenden Confiscationen. Gutachten der wiener Staatsmänner über die Reformen im staatlichen und religiösen Leben Böhmens und über die Bestrafung der Theilnehmer an dem Aufstande. Absendung des Grafen von Hohenzollern und des Reichshofraths Hegenmüller nach München, um Maximilians Gutachten einzuholen. Rathschläge Maximilians. P. Dominicus 3
- II Vorbereitungen für den Hochverrathsprozess in Böhmen. Verhaftung der Theilnehmer am Aufstande in Prag am 7. Febr. 1621. Eindruck dieser Massregel. Graf Schlick. Berathungen über den Gerichtshof, vor dem die Prozesse verhandelt werden sollten. Instruction für denselben. Die Zusammenstellung der Mitglieder desselben . . . 4

I	Beginn der Prozessverhandlungen. Zusammenstellung der Anklagepunkte. Der Inhalt der Verhörsprotokolle. Urtheil des Gerichtshofes. Revision der Urtheile in Wien. Verschiedene Ansichten der wiener Rätbe. Das Endurtheil	59
V	Publication der Urtheilssprüche in Prag am 19. Juni 1621. Eindruck derselben. Religiöse Tröstung der Verurtheilten. Ihre Uebersiedlung auf das altstädter Rathhaus. Die Execution. Friedrichs von Tiefenbach Hinrichtung in Innsbruck. Graf Thurn. Werth der bis zu diesem Augenblick confiscirten Güter	70
V	Confiscationsmassregeln gegen den Adel und die Städte. Streit zwischen Liechtenstein und der wiener Regierung, ob mit den Prozessen weiter fortgefahren werden solle. Die Verhandlungen bezüglich des Generalpardons. Liechtensteins Ernennung zum Statthalter. Ernennung der Mitglieder des Confiscationsgerichtshofes. Instruction für denselben	88
I	Massregelung von Mähren. Contributionen der Städte und des Adels. Die Prozesse müssen wegen des Krieges aufgeschoben werden. Druck, der auf dem Lande in Folge der Einquartierung lastet. Beginn der Prozesse nach dem Frieden von Nikolsburg. Publication der Urtheilssprüche am 8. November 1622	96
I	Die oberösterreichischen Stände und Herzog Maximilian. Beginn der Prozesse gegen die Stände Oesterreichs. Zusammenstellung des Gerichtshofes	101

DRITTES KAPITEL.

Die Auflösung der Union.

I	Der Krieg in der Unterpfalz. Bemühungen der kaiserlichen Partei um die Auflösung der Union. Stimmung der pfälzischen Partei. Der heilbronner Unionstag. Einwirkung der Generalstaaten . . .	106
I	Eindruck der Nachricht von der Schlacht auf dem weissen Berge auf Jakob. Seine Versprechungen. Morton in Heilbronn. Der Zusammentritt des englischen Parlaments. Zweideutige Haltung Jakobs. Achatz von Dolna und sein Streit mit Jakob. Jakobs Schreiben an seinen Schwiegersohn. Sein Vermittlungsproject . .	118
I	Haltung des Kurfürsten von Brandenburg gegen die böhmischen Flüchtlinge. Friedrich in Küstrin. Camerarius' Reise zu den norddeutschen Fürsten. Friedrich in Wolfenbüttel. Ritter Villiers. Christian IV und der holländische Gesandte. Der Convent von Segeberg.	129
V	Verhandlungen Spinola's mit dem Landgrafen Moritz von Hessen-Kassel. Verhandlungen zu Zwingenburg und Mannheim. Strassburg tritt aus der Union aus. Lord Digby in Brüssel. Der mainzer Accord. Die Unionsgesandten in Wien. Der abweisliche kaiserliche Bescheid. Schlussitzung der Union. Die dänischen Gesandten in Wien	139

VIERTES KAPITEL.

Lord Digby's Gesandtschaftsreise.

- I Jakobs Botschaft an Friedrich. Der Pfalzgraf sendet Nethersole an seinen Schwiegervater. Seine Forderungen. Jakobs Zorn über die Union. Sein Verhalten gegen die Wünsche Friedrichs. Bedingungen, unter denen sich Friedrich mit dem Kaiser ausgleichen will. In wie weit schliesst sich Jakob denselben an? Er benützt nicht die vom Parlament angebotene Hilfe. Friedrich lässt die Gutachten seiner Freunde über die Bedingungen eines Ausgleichs mit dem Kaiser einholen, hält sich aber nicht an dieselben. Pawel in Greenwich. Man verhandelt in England über die von Friedrich vorgeschlagenen Ausgleichsbedingungen. Resolution Jakobs. Digby's Abreise nach Wien. Sein Empfang daselbst. Er stellt seine Forderungen. Kaiserliche Gesandte werden nach München und Dresden geschickt. Digby wird mit seiner Forderung bezüglich der Restitution des Pfalzgrafen abgewiesen 158
- II Berathungen in Wien wegen der pfälzischen Kur und der Kurlande. Der Kaiser will die Unterpfalz dem Erzherzog Albrecht und die Oberpfalz dem Herzog Maximilian als Austausch für Oberösterreich geben. Unzufriedenheit Maximilians, der die gesammten pfälzischen Länder erwerben will. Er verweigert die Uebernahme der Execution gegen die Oberpfalz. Der Kaiser sucht den Herzog vergeblich zu beschwichtigen. Kursachsens Meinung in Angelegenheit der pfälzischen Kur und der damit verbundenen Länder. Der Kaiser will die Execution gegen die Oberpfalz selbst vornehmen. Maximilian lenkt ein und erbietet sich dazu gegen Entschädigung. Der Kaiser nimmt das Anerbieten an, aber will nur bedingungsweise Entschädigung leisten. Kurz frägt bei Maximilian an, wie sich der Kaiser der englischen Vermittlung gegenüber verhalten sollte. Maximilian verwirft dieselbe. Seine Aeusserungen gegen Hohenzollern . . . 174
- III Kaiserliche Antwort auf Digby's Forderungen. Der Kaiser will nur bedingungsweise einen Waffenstillstand zugestehen. Pawel in Wien. Digby bei Oñate. Rathschlag des letzteren. Die kursächsische Antwort. Digby will abreisen, da der Waffenstillstand abgelehnt wird. Man beschliesst in Wien die Meinung des Herzogs von Baiern bezüglich des Waffenstillstandes einzuholen. Endgiltige Antwort des Kaisers. Abreise Digby's 193
- IV Rüstungen Mansfelds. Er lagert sich bei Weidhausen und fällt in Böhmen ein. Kämpfe mit Tilly. Einmarsch Maximilians in die Oberpfalz. Sein abweislicher Bescheid bezüglich des Waffenstillstandes. Verhandlungen mit Mansfeld. Digby stört dieselben. Mansfeld verlässt die Oberpfalz 201

FÜNFTES KAPITEL.

Verhandlungen von Hainburg und Nikolsburg und der Friede mit Bethlen.

Bethlen ist zu Friedensverhandlungen mit dem Kaiser erbötig. Schwierigkeiten, die sich dem Beginne derselben widersetzen. Sie beginnen in Hainburg. Welches Resultat will man in Wien mit diesen Verhandlungen erzielen? Dallos' Rede vor den französischen Gesandten. Pechy's Rede. Beginn der Verhandlungen. Forderungen der ungarischen Commissäre. Abweisliche Haltung der kaiserlichen Commissäre, Meggau und Eszterhazy in Wien. Resolution des Kaisers. Conferenz der französischen Gesandten mit den kaiserlichen und ungarischen Commissären. Bethlens Bedingungen. Zweite kaiserliche Resolution. Bethlen ist nachgiebiger. Kaiserliche Anerbietungen. Der Abbruch der Verhandlungen bevorstehend. Weitere resultatlose Verhandlungen. Die zwei Diplome. Bethlen und die ungarischen Stände. Die Türken	215
Der Krieg während der hainburger Verhandlungen. Bethlen sucht bei Friedrich um Hilfe an. Der Markgraf von Jägerndorf. Rückzug Bethlens nach Kaschau. Buquoy vor Prossburg. Bethlens Rüstungen. Buquoy fällt vor Neuhäusel. Verlustvoller Rückzug des kaiserlichen Heeres. Bethlen vereint sich in Tyrnau mit dem Jägerndorfer	244
Der Markgraf von Jägerndorf setzt den Widerstand in Schlesien fort. Seine Rüstungen und Brandschatzungen. Er zieht nach Ungarn. Bethlen vor Prossburg. Eroberungen Bethlens. Beutezüge der Ungarn in Mähren. Friedenssohnsucht in Wien. Bethlens Friedensneigung. Harrach bei Bethlen. Nikolsburg wird für die Verhandlungen bestimmt	256
Beginn der Verhandlungen. Die Forderungen Bethlens und die kaiserlichen Gegenanerbietungen. Die Forderungen der ungarischen Stände. Nachgiebigkeit des Kaisers. Die zwei Diplome. Bestimmung wegen der Restitution der Kirchengüter. Heirat des Kaisers. Wünsche der Schlesier bezüglich des Accords. Empfang der schlesischen Gesandtschaft in Wien. Der Fürstentag in Breslau. Die Truppen des Markgrafen von Jägerndorf. Belagerung von Glatz.	281

SECHSTES KAPITEL.

Krieg in der unteren Pfalz und in den benachbarten Gegenden.

Erzherzog Albrecht und seine Gemahlin. Der Waffenstillstand in der unteren Pfalz nimmt ein Ende. Operationen der spanischen Armee. Belagerung von Frankenthal. Einmarsch Mansfelds in die untere Pfalz. Cordova vereint sich mit Tilly. Sie rücken gegen

XIV

- Heidelberg vor. Cordova trennt sich von Tilly und verfolgt den Grafen Mansfeld auf das linke Rheinufer. Deidesheim. Cordova bezieht die Winterquartiere. Mansfeld vor Elsass-Zabern. Straßburgs Haltung gegen die kriegführenden Parteien 289
- II Achatz von Dohna in Kopenhagen. Seine Werbungen im Auftrag des Pfalzgrafen. Christian von Halberstadt und seine frühere Entwicklung. Er schliesst sich der Sache des Pfalzgrafen an. Seine Antwort auf eine kaiserliche Mahnung. Seine Rüstungen. Das Treffen bei Kittorf. Des Halberstädters Einfall in das Stift Paderborn. Er beutet das Stift nach allen Richtungen aus. Der Markgraf von Baden. Sein Streit mit den Erben Eduards. Seine Rüstungen. Bemühungen des Erzherzogs Leopold ihn von den Feinden des Kaisers abzuziehen. Der Markgraf dankt zu Gunsten seines Sohnes ab 307
- III Friedrichs Haltung im Spätsommer des Jahres 1621. Jakobs Schreiben an Philipp IV und Ferdinand II. Berathungen des Kaisers mit Maximilian von Baiern bezüglich der Antwort. Friedrich schickt seinem Schwiegervater die aufgefangenen kaiserlichen Briefe zu. Massregeln Jakobs. Sein Zerwürfniß mit dem Unterhause. Friedrich sendet Gesandte nach Dänemark, Nord- und Süddeutschland und Frankreich. Der Kurfürst von Brandenburg. Die päpstliche Hilfe für den Kaiser und die Liga. Gesamtstärke der beiderseitigen Streitkräfte 322
- IV Der Pfalzgraf reist zu Mansfeld. Die Verhandlungen der Infantin mit Mansfeld. Der Kampf bei Mingolsheim. Die Schlacht bei Wimpfen und ihre Folgen. Mansfeld und Erzherzog Leopold bei Hagenau. Mansfeld in Darmstadt. Gefangennahme des Landgrafen Ludwig. Christian von Halberstadt von Tilly bei Höchst geschlagen. Freigebung Ludwigs von Darmstadt. Der Pfalzgraf entläßt Mansfeld und Christian von Halberstadt aus seinen Diensten. Mansfeld rückt durch Lothringen nach Frankreich. Er zieht darauf in die spanischen Niederlande. Schlacht bei Fleurus. Die Spanier und Holländer im Kriege. Die Belagerung von Bergen op Zoom . . 332

SIEBENTES KAPITEL.

Die Verhandlungen bezüglich der Uebertragung der pfälzischen Kur.

- I Gregors XV Haltung in der Kurfrage. Pater Hyacinth. Der Kaiser überträgt dem Herzog Maximilian schriftlich die Kur. Neue Verhandlungen zwischen dem Kaiser und Maximilian bezüglich der pfälzischen Länder. Der Nuncius Verospi und das päpstliche Schreiben. Ferdinand fragt bei Maximilian an, welche Antwort er dem Papste geben soll. Haltung der geistlichen Kurfürsten in Angelegenheit der Kur. Erzherzog Karl bei Johann Georg. Hohen-

zollern ladet den Kurfürsten von Sachsen zum Besuche des Fürstenconventes ein	380
II Philipp III in seinen letzten Lebenstagen. Uzeda und seine Anhänger werden von Philipp IV beseitigt. Der neue König, sein Regierungsprogramm. Verhandlungen über die Vermählung der spanischen Infantin Maria. In Spanien will man den englischen Wünschen bezüglich der Restitution des Pfalzgrafen Rechnung tragen. Die kaiserlichen Briefe in Angelegenheit der Kur. Khevenhiller und Pater Hyacinth bemühen sich die spanische Zustimmung für die Uebertragung der Kur zu gewinnen. Erklärungen des Pater Hyacinth in Wien	391
III Der Kaiser schickt den Grafen Georg Ludwig von Schwarzenberg nach London. Die Verhandlungen in Brüssel. Haltung des Pfalzgrafen gegenüber diesen Verhandlungen. Die Verhandlungen führen nicht zu dem erwünschten Resultat. Digby in Spanien. Zuñiga's Tod. Khevenhiller bemüht sich den König Philipp in den für Maximilian freundlichen Beschlüssen festzuhalten. Umschwung in der spanischen Politik seit dem Tode Zuñiga's und seit Digby's Anknunft in Madrid. Aerger Jakobs über den Verlauf der brüsseler Verhandlungen. Er schickt den Eudymion Porter mit neuen Weisungen nach Spanien. Man entschliesst sich daselbst den Wünschen Jakobs nachzugeben. Olivares' Plan für einen Ausgleich	404

ACHTES KAPITEL.

Der Deputationstag von Regensburg.

I Bemühungen des Kaisers um die Berufung eines Fürstenconvents. Abweisliche Haltung einzelner Reichsfürsten. Abreise des Kaisers nach Regensburg. Ulm in München. Berathungen in Regensburg, ob man den spanischen Propositionen bezüglich des Waffenstillstandes in der unteren Pfalz beitreten solle. Ablehnung der spanischen Anträge in Folge der bairischen Bemühungen. Bemühungen des Kurfürsten von Mainz gegen die Befriedigung der bairischen Wünsche in Bezug auf die Kur	420
II Kaiserliche Proposition vom 7. Januar. Anknunft Maximilians in Regensburg. Berathungen des Deputationstages. Der französische Gesandte erklärt sich zu Gunsten Maximilians. Der Pfalzgraf von Neuburg. Doppeltes Votum des Deputationstages. Antwort des Kaisers. In welcher Weise verfochten die Protestanten und Katholiken ihre Meinung bezüglich der Achtung des Pfalzgrafen und der Uebertragung der Kur? Vorschlag der kursächsischen Gesandten. Man beschliesst im kaiserlichen Cabinet dem Herzog von Baiern die Kur nur persönlich und nicht erblich zu übertragen. Die trierischen Gesandten erstatten im Deputationstag den betreffenden Vorschlag, der von den Katholiken angenommen wird. Entscheidung	

des Kaisers, so wie die für verschiedene kaiserliche Prokuren in
 den Provinzen von Bayern gegeben sind. Die Investitur kaiserliche
 Prokuren von Bischöfen und Äbten gegeben. Der Punkt
 betreffend die von dem Kaiser und Maximilian, Spanien
 betreffende Unterabfertigung kaiserliche Prokuren für den
 Kaiser und Maximilian 43

III. Von dem, was der Kaiser in Bezug auf den vierjährigen
 Vertrag angeht, was Maximilian Thron die kaiserlichen Com-
 menden in Kärnten, Aufhebung der Ämter. Der Reichstag
 von Speyer, die Zielsetzung der kaiserlichen Betheim, kaiserliche
 Güter, die Kaiserliche Güter zwischen den Katholiken und
 Protestanten, die kaiserlichen Besatzungen, kaiserliche Gewaltsamkeit
 an den Kaiser und an den Reichstag, Betheim, kaiserliche Güter
 Thron, kaiserliche Güter. Der Reichstag seiner kaiserlichen Besat-
 zungen, Besatzung im Haag, Betheim, so bereit den Kaiser im Früh-
 jahr 1548 anzufragen 44

IV. Der Reichstag von Speyer und seine Folgen. Der Vertrag von Madrid,
 Stellung der kaiserlichen Prokuren zu der Schwelgere, Wieder-
 kaiserliche Güter, so wie die spanischen und kaiserlichen
 Waffen. Der Reichstag von Speyer, Abermaliger Ausbruch des Krieges
 Des Reiches Vertrag, Maximilian von Bayern sucht in der ver-
 mittelung Angelegenheit zu vermitteln. Er schließt mit seinem Gesuch
 Annahmehandlungen zwischen Maximilian und der Liga einerseits
 und Frankreich anderseits 45

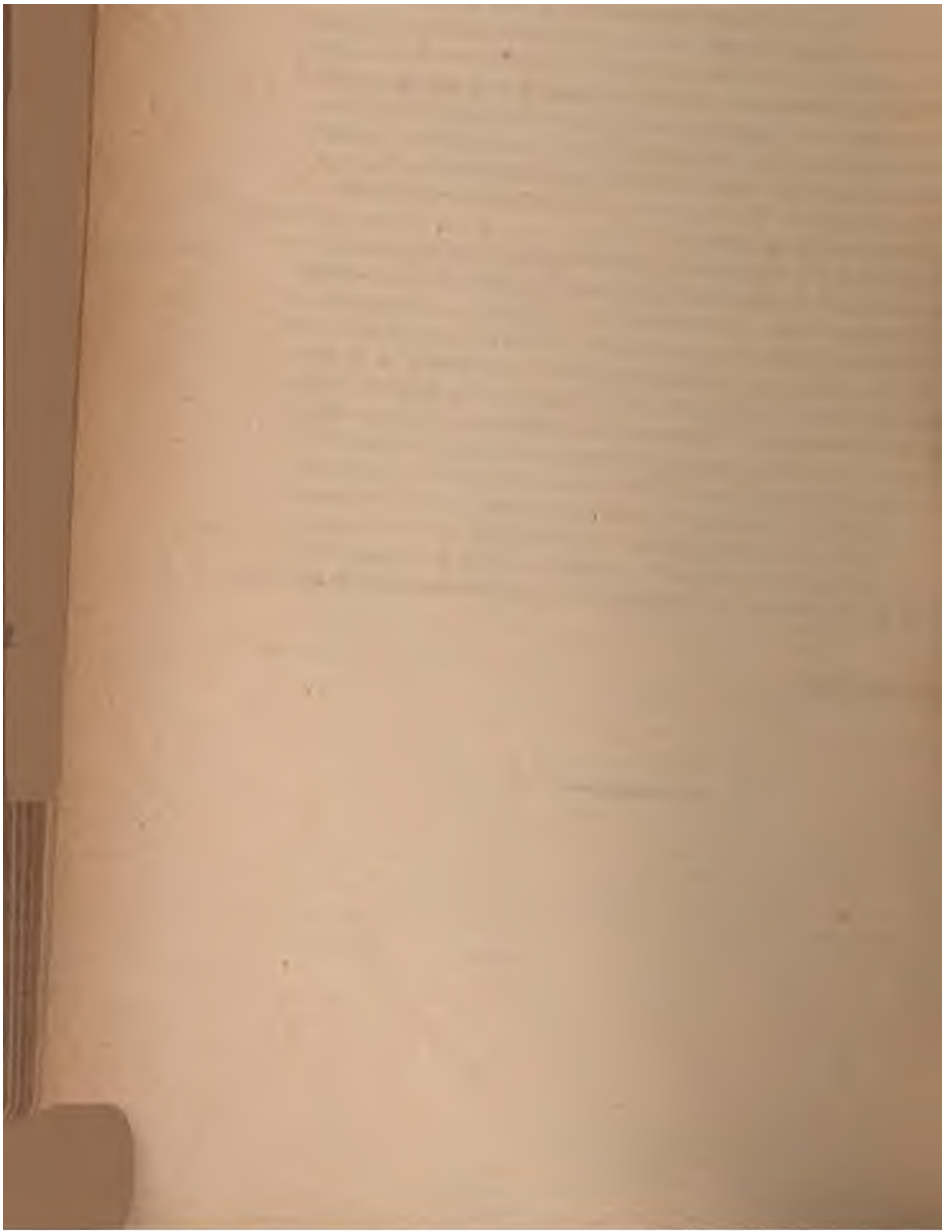
V. Bestehen, Mansfeld, des Halberstädters und Wilhelms von Weimar.
 Der niedersächsische Kreis und seine Beschlüsse, Verhalten des
 Kaisers gegenüber den niedersächsischen Kreisbeschlüssen, Zer-
 wissung zwischen Mansfeld und dem Halberstädter, Der Vertrag
 von Kabenberg, Zusammenkunft der Kurfürsten von Sachsen und
 Brandenburg in Annaberg, Kursachsen schlägt die Anforderung
 Brandenburgs zur Bekämpfung des Kaisers ab, Vereinigung Wil-
 helms von Weimar mit dem Halberstädter, Mansfeld und der
 brandenburgische Gesandte, Friedrich und Jakob 46

VI. Die Katholiken und Protestanten trennen sich in der Beantwortung
 desjenigen Punktes der kaiserlichen Proposition, in dem von der
 Sicherung des Reichsfriedens die Rede ist, Verhandlungen der
 Liga mit dem Kaiser über die wechselseitige Hilfe, Gesuche des
 Kaisers bei dem Papste, Gesuche des Kaisers bei einzelnen Reichs-
 kreisen, Die Erledigung der übrigen Punkte der kaiserlichen Pro-
 position, Die Klagen der Reichsstädte und ihre Erledigung, Das
 polnische Bündniß, Der Kurfürst von Mainz und die sächsischen
 Gesandten 47

NEUNTES KAPITEL.

Die kirchlichen Reformen in Böhmen und Mähren.

- I** Bemühungen der Katholiken nach der Schlacht auf dem weissen Berge ihr Kirchenwesen in Aufnahme zu bringen und die Protestanten einzuschränken. Beschlagnahme einzelner Kirchen in Prag. Der Nuncius Caraffa und sein Einfluss. Er verlangt die Ausweisung sämtlicher protestantischen Geistlichen. Der Kaiser will die Ausweisung unter dem Vorwande verfügen, dass sich die Geistlichen politischer Vergehen schuldig gemacht haben. Liechtenstein gegen die Ausweisung. Der Kaiser befiehlt am 28. October 1621, dass die Ausweisung erfolgen solle. Die Lutheraner sind von derselben nicht betroffen. Die prager Pfarrer verlassen die Stadt und flüchten nach Sachsen. Slawata's Rathschläge. Man beschliesst das Abendmal unter beiden Gestalten nicht länger verabreichen zu lassen. Pfarrer Locika. Der Generalpardon. Wirksamkeit der katholischen Geistlichkeit auf dem Lande 525
- I** Die Ausweisung der lutherischen Geistlichkeit wird beschlossen. Die Universität wird den Jesuiten übergeben. Erfolge der katholischen Anstrengungen beim Adel und bei den Bürgern. Schreiben des Kurfürsten von Sachsen an den Kaiser. Hoë's Brief an Liechtenstein. Berathungen am kaiserlichen Hofe in Straubing in Folge des kursächsischen Schreibens. Der Kanzler Lobkowitz bei den sächsischen Gesandten in Regensburg. Haltung der katholischen Fürsten in Regensburg gegenüber der Ausweisung der lutherischen Geistlichkeit. Antwort des Kaisers an den Kurfürsten von Sachsen. Neues Schreiben Kursachsens. Reise des Kaisers und des Nuncius nach Prag. Berathungen daselbst. Bemühungen des Erzbischofs und der Aebte in den Besitz ihrer Güter, die sie vor dem Husitismus inne hatten, zu gelangen. Die Gegenreformation in Mähren 545
-
- Quellenbeilagen 568



Erstes Kapitel.

Der Krieg in Böhmen bis zur Vertreibung Mansfelds aus dem Lande.

- I Ist der 30jährige Krieg als ein Religions- oder als ein politischer Krieg anzusehen?
- II Bedingungen, unter denen Maximilian die Böhmen zum Gehorsam auffordern liess. Versprechungen des Kurfürsten von Sachsen. Rücksichtsloses Vorgehen Liechtensteins und der kaiserlichen Obersten. Waldstein. Anlehen und Contributionen. Buquoy. Die Ligisten. Liechtensteins Decrete.
- III Karlstein wird erobert. Die Verhandlungen mit Mansfeld. Er brandschatzt das Land weit und breit. Sein Dienstangebot an Savoyen und an den Pfalzgrafen. Er bemächtigt sich verschiedener Plätze in Böhmen. Plünderung des Klosters Tepl. Mansfeld reist nach Heilbronn. Erfolge der Ligisten. Der Kurfürst von Sachsen und Eger. Eger für den Kaiser gewonnen. Die Verhandlungen mit der Besatzung von Pilsen. Uebergabe von Pilsen, Tabor, Wittingau und Klingenberg.

I

Bevor wir an die Schilderung jener Kämpfe gehen, die seit dem J. 1620 in Deutschland ihren Anfang nahmen und jene Episode des 30jährigen Krieges bilden, die unter dem Namen des „pfälzischen Krieges“ bekannt ist und im J. 1623 mit der Uebergabe von Frankenthal an die spanischen Truppen endete, dürfte unsern Lesern vielleicht eine nähere Beleuchtung der Frage über die massgebenden Motive jenes grossen 30 Jahre dauernden Kampfes, ob er nämlich vorzugsweise als ein religiöser oder politischer Krieg aufzufassen sei, willkommen sein. Der Gegensatz zwischen dem alten und neuen Glauben und der Hass, mit dem sich die Anhänger der verschiedenen Lehren verfolgten, scheint für die erste Ansicht zu sprechen; wenn man aber erwägt, wie die Habsucht und Herrschsucht einzelner Fürsten diesen Kampf auszubeuten und deshalb hin-

zuletzt wurde die Kirche als ein weltliches Organ betrachtet, dessen Zweck die Erhaltung der weltlichen Ordnung war. Man betrachtete die Kirche als ein Mittel zur Erreichung weltlicher Zwecke, und nicht als ein Mittel zur Erreichung weltlicher Zwecke. Man betrachtete die Kirche als ein Mittel zur Erreichung weltlicher Zwecke, und nicht als ein Mittel zur Erreichung weltlicher Zwecke.

Durch die Aufhebung des Erbkönigtums war in der weiteren Entwicklung der Völker und Staaten des westlichen Europa ein Zwißspalt eingetreten, dessen Grösse man nicht ermessen kann, wenn man weiss, wie tief das religiöse Leben in die gesammte gesellschaftliche und Familienleben eingedrungen war. Das gemeinsame Wohl und Wehe stand bis dahin mit der Kirche in engster Zusammenhänge. Könige konnten ihr Recht nicht ohne Anfechtung ausüben, wenn sie die Krone nicht ihrer Hand empfangen hatten; der Adel gewann für Tausende seiner Mitglieder ein glänzendes Unterkommen in der Bekleidung ihrer Dienerschaft; die Gelehrten waren an ihre Dognen geknüpft und gehörten fast durchwegs dem geistlichen Stande an. Hand und Gewerbe nahmen bei jedem Schritt ihre Segnungen an, und der Anspruch und die Uebung bis in die Werkstätte ihre Macht, denn die Nichteinhaltung kontraktlicher Leistungen wurde mit Kirchenstrafen bedroht. Ehrgeiz und Frömmigkeit, Ehrsucht und Uneigennützigkeit, kurz die stärksten menschlichen Triebfedern fanden in ihr Befriedigung, sie selbst verfügte über die Reichthümer jeder Art, die ihren ideellen Einfluss noch viel verstärkten. Und nun traten die Reformatoren gegen die bisherige Einrichtung der Kirche mit Leidenschaft auf. Was es nach ihrem Wunsche gegangen wäre, so hätte die Kirche in ihrer Macht nichts eingebüßt, sie sollte nur in anderen Formen gegossen und die Macht in anderer Weise geübt werden, aber schliesslich ihr oder ihren Dienern doch zu Gute kommen. Bevor das Schlusswort in dieser Angelegenheit gesprochen war, begann zwischen den Anhängern des alten Glaubens und zwischen den Neuerern ein Kampf auf Leben und Tod, der mit mehr oder weniger Grausamkeit in halb Europa geführt wurde. Man sollte nun meinen, dass dieser Kampf und die damit verbundene Verfolgung nur um religiöser, also idealer Interessen willen geführt wurde und gewiss haben Tausende nur um dieser

Vände willen sich im Angriff oder in der Vertheidigung hergethan. Trotzdem gab der religiöse Zwiespalt nur den Anstoss zum Kampfe, die Gründe, um derenwillen er so grosse Dimensionen annahm und so lange währte, waren die Besitzungen. Nur dem Anhänger der herrschenden Kirche liess man den Schutz der Gesetze zu Gute kommen, den Gegner erklärte man für rechtlos und so vertheidigte dieser mit seiner Ueberzeugung auch seinen Besitz. Dazu kam, dass viele der Neuerer in den Gütern der alten Kirche lüstern waren, und wenn es nicht der Fall war, missgönnten sie ihn der genussüchtigen Geistlichkeit und so brachte der Neid und die Scheelicht bei ihnen dieselbe Wirkung hervor, wie bei andern die Gier. Die Frage um Mein und Dein begleitete ununterbrochen die religiösen Kämpfe und lieferte für den weiteren Verlauf das nöthige Holz.

Es war dies zu allen Zeiten und bei jedem Kampfe der Fall, denn aus welcher Veranlassung immer unternommen gilt es dieselbe im weiteren Verlauf dem Gewinn oder dem Verlust materieller Güter. Ein gewisser Gedankenkreis beherrscht stets das geistige und materielle Leben der Völker; im 16. und 17. Jahrhundert war es der religiöse, heute ist es der politische und nationale, morgen wird es der sociale und industrielle sein und alle unsere Lebensverhältnisse werden im Einklang mit diesem herrschenden Gedankenkreise geordnet. So wie im 17. Jahrhundert jeder religiöse Angriff die Existenz des Einzelnen bedrohte, so nicht bloss eine ideale, sondern eine materielle Seite hatte, so kann der nationale Druck die Existenz der davon Betroffenen verkümmern, weil ihnen die Mittel zu ihrer Ausbildung und dadurch zu ihrem materiellen Fortkommen entzogen werden und ähnlich störend auf die Erwerbs- und Eigenthumsverhältnisse wirkt eine despotische Regierung. Wer sich also gegen den politischen oder nationalen Druck vertheidigt, vertheidigt sein tägliches Brod. Die Sorge um unsere Erhaltung liegt als zwingende Nothwendigkeit ob und der Wunsch nach einer Verbesserung beeinflusst bewusst und unbewusst unsere ganze Handlungsweise, ob wir nun unsern Glauben, oder unsere Sprache, oder unsere Freiheit oder unsern Handelsmarkt vertheidigen; dieser Wunsch ist der Anstoss zu unsern glän-

zendsten Leistungen und der glühendste Ehrgeiz ist in ihm
Entstehen mit ihm verknüpft. Die Existenzfragen sind
einem Worte das Fundament unseres ganzen socialen Lebens
bei gebildeten Völkern knüpfen sich an dieselben tausend
mehr oder weniger edle Bestrebungen und überwuchern
wie die Schlingpflanzen den Baumstamm, oder wie die Muskeln
und die Muskeln das Skelett, aber wenn auch der Baumstamm
oder das Skelett in den Hintergrund treten, geben sie doch
eigentliche Grundlage der Gebilde ab. Die Bildung des Einzelnen
seine Arbeitsamkeit, seine Uneigennützigkeit und sein sittliches
Werth kann der Behandlung der Existenzfragen ihre rauhe Wirk-
lichkeit abstreifen, aber die Thätigkeit des Einzelnen ist nur
konsequenzlose Idylle in dem rücksichtslosen Völkergewoge.

Es ist nicht schwer, diese allgemein aufgestellten Behauptungen
im besondern an dem Verlaufe des 30jährigen Krieges
nachzuweisen, denn wenn wir die Bestrebungen der zu jener
Zeit massgebenden Personen untersuchen oder die Zustände
erwägen, die einen so grossen Krieg ermöglichten, so finden wir,
dass der religiöse Gegensatz zwar häufig der willkommenste
Anlass zum Beginn der Feindseligkeit aber weitaus nicht der
reichende Grund war. Die Gründe, um derenwillen der Krieg
Jahre 1618 seinen Anfang nahm, lagen alle schon im Jahre
vor, wenngleich die unmittelbare Ursache das Product spä-
terer Ereignisse war und fast alle diese Gründe wurzelten in ego-
istischen Interessen. Denn schon im Jahre 1610 war ein grosser
Zerwürfniss zwischen den Herrschern von Oesterreich und ihren
Unterthanen eingetreten, das nicht bloss durch die Verschieden-
heit des Glaubensbekenntnisses hervorgerufen wurde, sondern
auch begründet war in dem Bestreben der Stände nach den
grössten Mass politischer Befugnisse, denen die königliche Gewalt
und vielleicht ein geordnetes Regiment zum Opfer fallen
sollte. Schon damals war der Kurfürst von der Pfalz lüsterig
nach dem Besitze der Habsburger und stand in hochverrätherischen
Beziehungen zu ihren Unterthanen, während die Mitglieder
der Union mit den geistlichen Besitzungen in Deutschland
aufräumen wollten und nur auf eine passende Gelegenheit
lauerten. Schon damals erachteten die Reichsfürsten den Zeitpunkt
für gekommen, wo sie im Interesse der angeblichen deut-

die volle Unabhängigkeit in Anspruch nahmen
 sich jedwedem Opfer für das deutsche Staatswesen entzogen,
 und diese der Kaisergewalt zu Gute kommen konnten. Alle ihre
 Bestrebungen zielten auf die Beseitigung derselben und wenn die
 Protestanten den Kaiser und den Reichshofrath aus religiösen
 Gründen angriffen, so war dies zum Theil Heuchelei, weil sie
 politische Zwecke dabei verfolgten und eben so wenig aufrichtig
 über den Anschluss der Katholiken an die Habsburger, weil er
 durch die Noth des Augenblickes veranlasst war. Schon da-
 her endlich wollte Frankreich diese Zerwürfnisse und Bestre-
 bungen zu seinem Vortheile ausbeuten. Wäre Heinrich IV am
 Leben geblieben, so würde er sich auf die Seite der Union ge-
 stellt, für die Vertheidigung der deutschen „Libertät“ das Schwert
 gezogen und den Kampf mit den Habsburgern gleich im Be-
 ginn mit dem Erfolge unternommen haben, dessen sich Frank-
 reich erst zwanzig Jahre später rühmen konnte. Da jedoch
 Heinrich plötzlich starb, so fehlte der Union der den Sieg
 über die Bundesgenosse und sie musste vorläufig auf den An-
 schluß verzichten, weil das französische Königshaus in Familien-
 Verbindungen zur spanischen Krone trat. Es waren also hervor-
 ragend politische Gründe, welche den Frieden im Jahre 1610
 verhinderten.

Die Ruhepause nach dem Tode Heinrichs wollten nun
 die deutschen Habsburger benützen, um sich in dem Besitz
 ihrer Länder zu festigen. Die Art und Weise, wie sich Mathias
 über die Interpretation des „Vergleiches“ stellte und die „Instruction“,
 die nach Ferdinands Erhebung auf den böhmischen Thron den
 Reichsrath gegeben wurde, lässt keinen Zweifel darüber auf-
 kommen, dass man es auf kaiserlicher Seite auf die Unter-
 drückung der Protestanten abgesehen hatte und ihnen ein
 schlechtes Loos bereiten wollte, wie es ihnen in der Steiermark
 Theil geworden war. Diese Massnahmen reizten die prote-
 stantischen Parteiführer Böhmens zum Aufstande, zu dem sie
 in zehn Jahren die mannigfachsten Vorbereitungen getroffen
 hatten, den Funken in das Pulverfass hatten aber die habs-
 burgischen Fürsten geworfen. Nun sollte man meinen, dass bei
 dieser die religiöse Frage den Ausschlag gab, dass sie dabei
 die Herrschaft der alten Kirche ins Auge fassten und dass

sich wenigstens Ferdinand allein von religiösen Motiven liess, als er jenen Massregeln gegen die Protestanten stimmte. Aber so wie die Stände neben ihrem religiösen Bekenntnisse politische Ziele verfolgten, so fassten auch Habsburger den Zuwachs an Macht ins Auge, den ihre Rekatholisirung ihrer Länder verschaffen musste und trotz seiner tiefen Anhänglichkeit an die katholische Kirche dies selbst bei Ferdinand der Fall. Die geringe Bedeutung die die königliche Macht in Böhmen besass, da nicht die Anstellung der obersten Beamten von ihrem Belieben hing, wurnte ihn und seine Anhänger, und als die Nachricht von dem Fenstersturze zu ihm gelangte, begrüsst er um Vertrauten dieses Ereigniss als die passendste Gelegenheit die königliche Macht aus der vermeinten Schmach zu erheben. Die religiöse Frage nahm den ganzen Inhalt des Denkens bei Ferdinand ein, sie war der Gegenstand täglicher Unterhaltung und Beschäftigung, sie veranlasste solchen Demuthsbezeugungen, dass man in ihm einen Menschen vermuthet hätte, der auf Rang und Macht kein Gewicht und dennoch gipfelte auch bei ihm die Consequenzen Kämpfe und Anstrengungen in der Machtfrage. Dabei Ferdinand ein gutmüthiger und friedfertiger Mann, der mit dem Seinigen begnügt hätte und dessen Eiferkeitstrieb nur gegen den Irrglauben gerichtet schien, abgesehen von den Kämpfen herausgefordert, traten bei ihm weltliche Interessen den Vordergrund. Und wie er beim Siege auf Frankreich bedacht war, so suchte er die unvermeidliche Niederlage Frankreich dadurch hintanzuhalten, dass er die Lausitz Sachsen preisgab und so die religiösen Interessen selbst die er sonst erfolgreicher hätte vertheidigen können, wie den Elsass an Frankreich abgetreten und die Lausitz gewonnen hätte.

Was von Ferdinand gilt, gilt in weit höherem Grade allen bedeutenden Männern, die im Laufe des 30jährigen Kampfes auftauchen. Maximilian von Baiern begrüsst den Kaiser die passendste Gelegenheit, um die pfälzische Kur für sich zu gewinnen und widerstrebt, wie wir sehen werden, selbst vom Kaiser gewünschten Ausgleich, durch den de

wieder in den Besitz derselben hätte gelangen können. Von so reich wollen wir nicht weiter sprechen, da die Politik der päpstlichen Curie unter Richelieu und Mazarin ganz offen auf Vergrößerung der französischen Macht hinausging, aber der sonderbaren Haltung des Papstes Urban VIII*) müssen wir hier gedenken. Ihm lag diesem Papste viel an der unbeschränkten Herrschaft über die katholische Kirche, aber um den Preis, dass die Habsburger keinen Gewinn davonzögen und so ihre ihm verhasste Herrschaft in Italien verewigten, wollte er sie nicht erringen. Er feindete halb die Fürsten dieses Hauses so lange an, als das Glück an ihre Fahnen heftete und suchte ihnen die Mittel zum Kampfe zu entziehen, indem er in die Besteuerung des spanischen Clerus nicht einwilligte. So wurde die Politik dieses Papstes in der entscheidenden Stunde durch das weltliche und nicht das religiöse Interesse bestimmt und nur die Gefahr eines kaiserlichen Heeres, mit dem man ihn von Spanien aus bedrohte, brachte ihn zur Nachgiebigkeit; die spätere schlimme Lage der von ihm angefeindeten Habsburger minderte seinen Groll und liess ihn eine neutrale Haltung einnehmen.

Was wir von den Katholiken behaupten, trifft auch die Protestanten, trifft insbesondere Gustav Adolf, die hervorragende Gestalt während des ganzen mörderischen Kampfes. Wer erinnert sich nicht, wie er Ordnung und Gottesfurcht unter den zuchtlosen Soldaten aufrecht zu halten suchte, wer weiss nicht, mit welcher Innigkeit er dem Lutherthum anhing und wie er nach seinen Siegen demselben in der Unterpfalz eine sichere Stätte zu begründen suchte und deshalb mit dem Salzgrafen einen schweren Streit heraufbeschwor, da dieser dem Calvinismus die alleinige Herrschaft sichern wollte. Gestand, die Religion war ihm ein theures Gut und er war bereit in ihrer Vertheidigung sich den grössten Gefahren zu unterziehen, aber sein Augenmerk war ununterbrochen auf die Begründung einer Herrschaft gerichtet, die sich an den beiden Ufern der Ostsee hinziehen sollte. Um ihretwillen wollte er einen Raub an seinem Glaubensgenossen und Schwager, dem

*) Ueber die Stellung dieses Papstes zu den Habsburgern werden wir in der Geschichte von 1630 an die überraschendsten Aufschlüsse bringen.

Die Ursache der Zerschmetterung lag nicht in der
unfähigen Führung der Truppen, sondern in der
schon im voraus bestimmten Niederlage. Die
Ursache lag nicht in der Unfähigkeit der
Truppen, sondern in der auf dem Vormarsch lie-
genden Zerschmetterung durch eigene Unvorsicht.

Die Ursache der Zerschmetterung lag nicht in der
unfähigen Führung der Truppen, sondern in der
schon im voraus bestimmten Niederlage. Die
Ursache lag nicht in der Unfähigkeit der
Truppen, sondern in der auf dem Vormarsch lie-
genden Zerschmetterung durch eigene Unvorsicht.

Die Ursache, um derentwillen Kriege ihren Anfang
finden, ist tausendfach, aber sobald sie begonnen haben, tritt die
Ursache in den Hintergrund und an ihre Stelle tritt die
wegen Befriedigung des Ehrgeizes und Eigennutzes
dem Kampfe die Dauer.

II

Durch die Niederlage auf dem weissen Berge erlitten
die ständischen Corporationen in Oesterreich einen so nach-
schlag, dass die Wiederaufrichtung der habsburgischen
Macht nicht hintangehalten werden konnte. Hätte s

besiegte Pfalzgraf in sein Loos gefügt und einigen Opfern unterzogen, um die Aussöhnung mit dem Kaiser herbeizuführen und würde der Sieger sich mit den dargebotenen Opfern begnügt haben, so würde eine Art faulen Friedens die Fortführung des religiös-politischen Kampfes für einige Jahre in Deutschland unterbrochen haben. Dem Sieger mangelte es jedoch an Mässigung und dem Besiegten an der wünschenswerten Einsicht in seine verzweifelte Lage und so wurde der Kampf fortgesetzt. Es schien allerdings, als ob derselbe nicht lange andauern würde, da sich die Freunde des Pfalzgrafen einer nach dem andern zurückzogen: zuerst war es die Union, welche vom Kampfe abliess und die Hände in den Schoos legte und ihr folgte Bethlen. Nur der abenteuerliche Mansfeld legte die Waffen nicht nieder, obwohl er sich mit der kaiserlichen Partei in Unterhandlungen eingelassen hatte, denn nachdem er trotz aller Kühnheit und List aus Böhmen verdrängt worden war, mistete er sich in der oberen und unteren Pfalz ein, brachte die für den Kampf vorliegenden Gründe zu erneuerter Geltung und hatte das meiste Verdienst daran, dass der Pfalzgraf nicht ohne Kampf aus seinem Besitze verdrängt wurde. Die Anstrengungen Mansfelds für den unglücklichen Winterkönig knüpften an den letzten Widerstand in Böhmen an und so beschäftigt uns zuerst das Schicksal dieses Landes.

Die Plünderungen, denen Prag nach der Schlacht auf dem weissen Berge ausgesetzt war, dehnten sich allmählig überall dahin aus, wohin das siegreiche Heer seinen Fuss setzte. Der Herzog von Baiern suchte zwar diesem Elend nach Möglichkeit zu steuern, allein seine Mahnungen fanden bei den kaiserlichen Obersten nur wenig Gehör und noch weniger Gehorsam und sie waren deshalb sehr zufrieden, als er seine Rückreise nach München ankündigte, weil sie mit ihm eines lästigen Tadlers los wurden. Vor seinem Abschiede ernannte Maximilian den Fürsten Karl von Liechtenstein zu seinem Stellvertreter unter dem Titel eines „subdelegirten Commissarius“ *) und ernannte

15.
Nov.
1620

*) Wiener StA. Ferd. an Max dd. 2. Dec. 1620. Ferdinand bestätigte in diesem Schreiben die Ernennung Liechtensteins und seinen Titel.

ihn eindringlich, doch dafür zu sorgen,*) dass man mit den ununterbrochenen Gewaltthätigkeiten ein Ende mache, weil sonst die ganze Bevölkerung zur Verzweiflung getrieben und sich ohne Unterschied von neuem erheben würde.**) Ob der Fürst dieser Mahnung zu folgen versprach, wissen wir nicht, jedenfalls liess er sie später unbeachtet.

Maximilian entwarf vor seiner Abreise eine Instruction für diejenigen Beamten, welche in die noch nicht besetzten Kreise Böhmens geschickt werden sollten, um die Einwohner zum Gehorsam aufzufordern. Sie sollten sich zu keinerlei Versprechungen bezüglich der politischen Freiheiten und des Majestätsbriefes verleiten lassen, sondern alle derartigen Gesuche an den Kaiser weisen, aber den Bittstellern für ihre Personen und ihre Güter jeglichen Schutz verheissen, so dass sie weder für ihre Freiheit noch für ihr Vermögen zu fürchten brauchten. Derartige Versprechungen hatte Maximilian seit seinem Einzug in Böhmen öfter wiederholt, ohne die Einwohner des Landes dadurch zum Anschlusse an die kaiserliche Sache bewegen zu können; jetzt nach dem Sieg auf dem weissen Berge war er nach der Erklärung, die man in Wien seiner Vollmacht gab, dazu nicht berechtigt, weil von einer freiwilligen Unterwerfung nicht mehr die Rede sein könne, sondern nur von einer Ergebung auf Gnade und Ungnade. Diese enge Auffassung seiner Vollmacht wies Maximilian jedoch zurück; zum Theil mag ihn das Mitleid mit den Bedrängten zu einem derartigen Vorgehen veranlasst haben, zum Theil mag er keine Ahnung von den Confiscationsplänen der wiener Regierung gehabt haben. Gegen erhöhte Steuerleistungen wollte er die böhmischen Stände nicht schützen und ebenso wenig gegen

*) Sächs. StA. Patent Maximilians dd. 15. Nov. 1620.

***) Münchener StA. Maximilian an Liechtenstein dd. 16. Nov. 1620. Er mahnte ihn in diesem Briefe, dass man das kais. Heer rasch von Prag dem Feinde (nach Mähren) entgegenführen möge, weil dasselbe „mit Rauben, Plündern, auch Frauen und Jungfrauen schänden sammt anderen Ungebühr dermassen excessive verführet, dass man nunmehr fast andere nichts zugewarten, als dass die Unterthanen sowohl Herrn, Adels, als andre niedere Stände zur gänzlichen Desperation und dannhero zu einem neuen Generalaufstandt gebracht werden möchten.“

die Schmälerung ihrer politischen und religiösen Rechte und gegen die Bestrafung der Urheber der ganzen Bewegung; ja er forderte, wie wir schon berichtet haben*), den Kaiser auf, dass er die Verfassung in beliebiger Weise umgestalte und die Urheber der Rebellion beim Kopfe fasse, aber dem materiellen Verderben wollte er weder das Volk noch den Adel preisgeben.**)

Die Stände der verschiedenen Kreise, die sich nicht schon am 12. November in Prag eingefunden hatten, beeilten sich vor und nach der Absendung der betreffenden Commissäre ihre Unterwerfung anzubieten, verlangten aber stets die Aufrechthaltung ihrer Privilegien, an welche Forderung die Städte noch insbesondere die Bitte um Verschonung mit der Einquartierung des Kriegsvolkes knüpften: um die Sicherung des Eigenthums bat Niemand, da man sich nicht im Traume einfallen liess, anders als etwa durch höhere Steuern geschädigt zu werden. Als einige in der Nähe Sachsens gelegenen Städte und sesshaften Edelleute dem Kurfürsten Johann Georg unter denselben Bedingungen ihre Unterwerfung anboten, beeilte sich derselbe seiner Commission, die wie erinnerlich auch auf Böhmen lautete, nachzukommen, die betreffenden Erklärungen anzunehmen und mit Versprechungen zu beantworten, die viel weiter gingen als die Maximilians. So nahm er keinen Anstand die Stadt Brüx, die sich zuerst an ihn gewendet hatte, des Fortgenusses ihrer Privilegien und des freien Religionsbekenntnisses zu versichern, ja er ersuchte sogar den Herzog Maximilian, dass er die Stadt mit der Einquartierung einer Besatzung verschonen möchte.***) Dem Beispiel von Brüx folgte der Adel des leitmeritzer Kreises †) und diesem wieder einzelne Städte. ††) Beachtenswerth

*) Band III. S. 377.

**) Münchener StA. Instruction Maximilians für die Gesandten, die in die böhmischen Kreise abreisen sollen dd. 17. Nov. 1620.

***) Sächs. StA. Kursachsen an Maximilian dd. 13./23. Nov. 1620. — Ebend. Instruction, wie sich die brüxer Gesandten bei Kursachsen zu verhalten dd. 16. Nov. 1620. — Ebend. Die Stadt Brüx an Kursachsen dd. 23. Nov. 1620. — Ebend. Kursachsen an die Stadt Brüx dd. 13./23. November 1620.

†) Sächs. StA. Der Adel des Leitmeritzer Kreises an Kursachsen dd. 15. Nov. 1620. — Ebend. Vollmacht des Adels für die Gesandten.

††) Die betreffenden Erklärungen im Sächs. StA.

ist der Umstand, dass als die Gesandten der leitmeritzer Ritterschaft den Kurfürsten um seine Vermittlung ersuchten, sie um das freie Bekenntniss der augsburger Confession bitten und sonach die durch den Majestätsbrief gewährleistete böhmische Confession aufgaben. *) Auch für den leitmeritzer Kreis legte Johann Georg eine Fürbitte bei Maximilian ein und ebenso ertheilte er den Bittstellern die Zusicherung, dass er sie im Genusse ihrer Privilegien und ihres freien Religionsbekenntnisses so lange schützen wolle, bis beides ihnen vom Kaiser von neuem zugesichert werden würde. **) Da er in so freundlicher Weise die an ihn ergangenen Gesuche erledigte, steigerte sich das Zutrauen zu ihm von Tag zu Tag und nunmehr begnügten sich einzelne Edelleute nicht mehr mit den im allgemeinen ihnen ertheilten Versprechungen, sondern ersuchten ihn um Schutzbriefe für ihre Güter, welcher Bitte der Kurfürst gleichfalls nachkam. ***)

Es musste sich bald zeigen, ob und wie der „subdelegirte Commissarius“, der Fürst von Liechtenstein, den mehr oder weniger weit gehenden Zusicherungen Sachsens und Baierns nachkommen und namentlich ob er die Städte vor der Behandlung schützen wollte, die Prag zu Theil geworden war. Hätten die kaiserlichen Obersten den Rath Maximilians befolgt, so würden sie ohne Zögern aus Prag aufgebrochen und nach Mähren und Schlesien gezogen sein, um auch da den Aufstand niederzuwerfen und dadurch wäre den böhmischen Städten am besten geholfen worden. Allein dies war nicht nach dem Sinne der Machthaber, die den Krieg nicht rasch zu Ende führen, sondern sich vor allem bereichern wollten. Ihrem Interesse entsprach es, zuerst das Land auszuplündern, bevor sie ihrer Aufgabe in Mähren nachkamen und so stürzten sie sich auf die Städte des nördlichen Böhmens mit gieriger Wuth. Albrecht von Waldstein erzwang sich durch Drohungen und Versprechungen Eingang in die Stadt Brüx und forderte auch die Städte und den

*) Sächs. StA. Bittgesuch der Leitmeritzer Ritterschaft an Kursachsen dd. 14./24. Nov. 1620.

**) Sächs. StA. Antwort des Kurfürsten dd. 16./26. Nov. 1620.

***) Wenzel Rampach an Kursachsen, Kaplitz von Sulewic an Kursachsen etc. im sächs. StA. — Ebend. Verzeichniss der für Böhmen verfertigten Salvaguardien.

Adel des Leitmeritzer Kreises auf, Deputirte nach Laun zu schicken und durch diese ihre Unterwerfung unter das kaiserliche Regiment anzubieten. Er nahm keine Rücksicht auf die gleichzeitigen Verhandlungen mit dem Kurfürsten von Sachsen und dessen Versprechungen *) und es half auch nichts, dass sich der letztere der Bedrängten annahm und seine Rechte als kaiserlicher Commissarius vertheidigte, denn von Prag langte in Leitmeritz ein Schreiben an, in dem der Fürst von Liechtenstein sein Missfallen darüber kundgab, dass sich die Stände dieses Kreises von dem übrigen Lande absondern wollten und sie ermahnte, sich dem Befehle Waldsteins zu fügen.**)

Um diesem Befehle Nachdruck zu geben, rückten Anfangs 1620 December kaiserliche Truppen in den Leitmeritzer und Saazer Kreis ein und verbreiteten dort dieselben Drangsale, unter denen die südlichen und westlichen Gegenden des Landes bis dahin geseufzt hatten. So wurden, um ein Beispiel anzuführen, die Güter des Herrn von Hochhausen geplündert und ihm dann von einem Hauptmanne Albrechts von Waldstein eine Zahlung von 25.000 Thaler auferlegt.***) Hochhausen klagte hierüber bei dem Kurfürsten von Sachsen, bei dem von allen Seiten gleiche Beschwerden einliefen, †) unter denen namentlich die der Stadt Brüx Beachtung verdienen. Abgesehen davon, dass der Bürgerschaft alle Waffen und alle Munition abgenommen wurden — was nach dem Stand der Dinge eine wohl zu rechtfertigende Massregel war — und dass die Garnison und die Kosten ihrer Erhaltung täglich erhöht wurde, verlangte Waldstein für sich besondere Geschenke, so unter anderen „einige hundert Fass Wein“; alle diese und andere Forderungen waren von schrecklichen Drohungen begleitet, so dass man sich zu Anlehen entschliessen musste, um ihnen zu genügen. ††) Dem Adel des

*) Der Leitmeritzer Kreis an Kursachsen dd. 27. Nov. 1620. Ebend.

***) Sächs. StA. Kursachsen an Waldstein dd. 18./28. Nov. 1620. — Ebend. Liechtenstein an den Leitmeritzer Kreis dd. 29. Nov. 1620.

***) Sächs. StA. Hochhausen an Kursachsen dd. 5. Dec. 1620.

†) Der Leitmeritzer Kreis an Kursachsen dd. 9. Dec. 1620. Sächs. StA.

††) Sächs. StA. Die Stadt Brüx an Kursachsen dd. 9. Dec. 1620. — Skála V, 8. — Archiv von Neuhaus, Schuldbrief der Stadt Brüx dem H. Fitzthum ausgestellt den 16. Dec. 1620.

Leitmeritzer Kreises kam der Befehl zu eine Geldcontribution zu erlegen, die so hoch bemessen war, dass man sie nur als ein Anlehen verlangte, das später zurückgezahlt werden sollte.*)

Bei den Städten nahm man häufig nicht einmal zu dieser Täuschung Zuflucht, sondern forderte von vornherein so hohe Contributionen, dass sie ausser Verhältniss zu ihrer Leistungsfähigkeit und dem wirklichen Bedarf des Heeres standen.**) Trotzdem zahlten die meisten Städte mehr oder minder grosse Summen und knüpften daran nur die Bedingung, dass sie mit der Einquartierung der Soldaten verschont würden. So lange das Geld nicht erlegt war, kargte man nicht mit Versprechungen, nachher hielt man sich an kein noch so feierlich ertheiltes Wort gebunden. So erging es den Königgrätzern, die um Befreiung ihrer Stadt von der Besatzung ersuchten, weil sie sich bei ihrer Unterwerfung zu einem Anlehen von 4000 Thalern verstanden und so die weiteren Drangsale mit der Auszahlung dieser Summe ausdrücklich abgekauft hatten. Ihre Vorstellungen wurden nicht beachtet, das Kommando über die bei ihnen einquartierten Truppen erhielt Wenzel Wchynský, jener aus dem Chlumecer Bauernaufstand bekannte Edelmann, der, wir wissen nicht auf welche Weise, sich gleich nach der Schlacht auf dem weissen Berge mit der kaiserlichen Regierung vollständig ausgesöhnt und ihr darauf bei den mährischen Ständen die besten Dienste geleistet hatte.***) Nicht besser erging es den Bürgern von Saaz, als sie den Fürsten Liechtenstein um Herabminderung der Contribution von 20.000 Thalern ersuchten, zu der sie sich im ersten Schrecken vor den unter Waldsteins Kommando heranrückenden Schaaren verpflichtet hatten, obwohl sie diese Bitte damit begründeten, dass sie nicht bloss die bei ihnen einquartierte Garnison unterhalten müssten, sondern auch noch 15.000 Thaler bar erlegt hätten.†)

*) Georg Sezima von Aušti und Adam Kostomlatský von Wfesowie dd. 19. Dec. 1620. Sächs. StA. — Ebend. die Stadt Leitmeritz an Kursachsen dd. 24. Dec. 1620.

**) d'Elvert II, 1. Liechtenstein an Ferdinand dd. 22. Nov. 1621.

***) Böhm. StA. Die Stadt Königgrätz an Liechtenstein dd. 5. Dec. 1620. — Ebend. Dieselbe an denselben dd. 6. Dec. 1620.

†) Böhm. Statth. A. Die Saazer an Liechtenstein dd. 9. Dec. 1620.

mer um so mehr begreifen, wenn man weiss, dass Waldstein die Städte Saaz und Schlan zu einer Lieferung von 700 Eimer Wein zwang und noch überdies die reichsten Bürger in diesen Städten nöthigte, ihm 80.000 Thaler zu zahlen. *) Wie dies geschehen ging, so ging es allen übrigen Städten, zu denen eine damals gangbare Heerstrasse führte. Der Fürst von Liechtenstein versicherte zwar den Kaiser, dass er eine gewisse „Taxe“ festgesetzt habe, welche die Bürger an die Soldaten zu zahlen verpflichtet sein sollten, **) allein diese Taxe wurde von den Officieren willkürlich überschritten, wie dies am besten aus dem Bericht zu sehen ist, in der Waldstein seine Stellung anzubeuten wusste. Die Adelssitze auf dem Lande wurden nach Belieben gebrandschatzt, Geld, Einrichtungsstücke, Silber, Betten und Wäsche wurden geraubt, so dass sich der gemeine Mann eine wahre Verzweiflung bemächtigte und viele derselben überdrüssig wurden. ***) Trotz der winterlichen Jahreszeit flüchteten einzelne Personen in die Wälder und suchten in denselben Forsthäusern Zuflucht vor der Raub- und Mordgier der Soldaten. †) Die lauwarmen Mahnungen Liechtensteins, in denen er ab und zu von Buquoy verlangte, dass er der Unthaten seiner Offiziere und Soldaten ein Ende machen sollte, wirkten nichts, da dieser selbst in erster Reihe bei den Beutezügen theilhaftig war. Beschuldigte ihn doch der bairische Oberst Heimhausen, dass er entschlossen sei, Prag nicht eher zu verlassen, als bis er die Stadt trotz ihres furchtbaren Elends zu einer neuen Contribution genöthigt haben würde und dass sich nicht weiter am Krieg theilnehmen, sondern mit der gegebenen Beute nach den Niederlanden ziehen werde. ††) Es war damals letztere eine unbegründete Vermuthung, aber sie zeigt doch die Werthschätzung sich der kaiserliche Befehlshaber bei diesen unheimlichen Raubzügen der kaiserlichen Offiziere — und zu diesen

) Münchener RA. Der bairische Oberst Heimhausen an den Herzog von Baiern dd. 1. Dec. 1620.

) d'Elvert, II, 3. Liechtenstein an den Kaiser dd. 9. Dec. 1620.

) Brünner LA. Eliška Žerotinská z Valdštejna pani Kateřině Žerotinské rozené z Valdštejna dd. 4. Dec. 1620.

) Brünner LA. Samuel Kocorský pani Kateřině Žerotinské.

) Münchener RA. Heimhausen an Max. v. Baiern dd. 9. Dec. 1620.

gehörte Heimhausen — erfreute. Zu seinem rücksichtslosen Auftreten glaubte sich Buquoy übrigens berechtigt: es war bekannt, dass der Kaiser die hervorragenden Theilnehmer des Aufstandes durch die Confiscation ihrer Güter strafen wollte und da sich seiner Ansicht nach das ganze Land in hervorragender Weise am Aufstand betheiligte, so war Niemand einer besonderen Schonung würdig.

Gegen die Ligisten wurden keine Klagen erhoben, man war froh, wenn sie statt der Kaiserlichen einquartiert wurden; wie sie Contributionen erhoben, geschah dies in massvoller Weise. Tilly und Heimhausen erwiesen sich als Männer von ehrenhaftem Charakter, bei denen die Bedrängten Schutz fanden. Einer von den hohen ligistischen Offizieren, der oberste Zeugmeister Gröbner, der das Beispiel der Kaiserlichen nachahmte und seinen Ruf nach Baiern schickte, um ihn so in Sicherheit zu bringen, wurde von Maximilian für dieses frevelhafte Treiben in strengster Weise gerügt, wie denn der Herzog wiederholt dem Obersten Heimhausen und dem Generallieutenant Tilly auftrug, Buquoy zu mahnen,*) dass die Beraubung des Volkes ein Ende nehmen und auch den Kaiser ersuchte, dass er von seiner Auktorität Gebrauch mache und sein Kriegsvolk nicht in so schändlicher Weise in Böhmen hausen lasse: Treue und Glaube müssten gehalten, also die gemachten Versprechungen nicht gebrochen werden, weil sonst alles zur Verzweiflung getrieben würde. Wohl schrieb der Kaiser nach dieser Aufforderung in scharfen Worten an Buquoy und bewirkte in der That dadurch, dass derselbe sich endlich von Prag erhob und den Zug nach Mähren antrat,***) allein es war zu spät, als dass dem Lande damit geholfen worden wäre. Man berechnete die Beute, die das kaiserliche Heer allein in Prag gemacht, auf zwei Millionen Thaler.†)

*) Münchner RA. Heimhausen an Max. dd. 18. Dec. 1620. — Ebend. Max. an Heimhausen dd. 17. Dec. 1620. — Ebend. Bericht aus Prag. Ohne Datum. — Ebend. Max. an Tilly dd. 25. Dec. 1620. — Ebend. Max. an Heimhausen dd. 17. Dec. 1620.

**) Wiener Kriegsarchiv. Max. an Ferd. dd. 21. Dec. 1620.

***) Münchener StA. Ferd. II an Maximilian dd. Wien 28. Dec. 1620.

†) Wiener StA. Aus Prag dd. 20. Dec. 1620.

Berechnung gibt uns einen Massstab zu den Brandungen des übrigen Landes.

Liechtenstein beeilte sich mittlerweile den gesammten Vergessapparat im Lande umzugestalten und alles, was unter früheren Regiment geschehen war, wo möglich rückgängig zu machen. Dahin zielte die Verordnung, dass die unter dem alten geprägte Münze eingeschmolzen werden solle und alle gerichtlichen Entscheidungen als null und nichtig anzu sehen und eine neue Entscheidung gefällt werden müsse.*) In diesem Zwecke verordnete er, dass die Rathskollegien in einzelnen Städten umgestaltet und wo möglich in der Weise erneuert werden sollten, wie sie vor dem J. 1618 bestanden.

Er bestimmte ferner, dass die Verwaltung der königlichen Ämtern in die Hände verlässlicher Personen gelegt, dass in Prag alle einflussreichen Posten neu besetzt, die Waffens- und Munitionsvorräthe den einzelnen Städten anvertraut und die Güter der hervorragenden Theilnehmer des Krieges sequestrirt werden sollten.***) Liechtenstein suchte durch strenge Verfügungen den im Lande um sich greifenden Unordnungen ein Ende zu machen, er erliess Strafdokrete gegen die Unruhmacher bei Rakonitz und in anderen Gegenden, die sich in der That wieder erhoben und dem andern Raubgesindel angeschlossen hatten. Trotz dieser und anderer Verordnungen, die härter exequirt wurden, als sie lauteten, befriedigte er nicht den Hass der neuen Gewalthaber; man erhob gegen ihn die Vorwürfe, dass er gegen die Ketzer zu viel Nachsicht übe, dass er viele noch im Amte lasse und ähnliches mehr. Wenn er mehr Eiferern hätte genügen wollen, so würde die Verwaltung mit die gesetzliche Ordnung in die Brüche gegangen sein.

Die Katholiken zu ihrer Aufrechthaltung weder über die Zahl von Beamten, noch über die entsprechenden Kenntniserfordernisse. In Wien würdigte man jedoch die Verdienste Liechtensteins besser, denn der Kaiser bestätigte ihn vorläufig in seinen Ämtern, welches ihm der Herzog von Baiern übertragen

*) Nr. IV, 422. Verschiedene Patente des Fürsten von Liechtenstein im k. k. Statthaltereiarchiv und im prager Stadtarchiv.

**) S. oben, Liechtenstein an den Kaiser dd. 9. und 16. Dec. 1620.

*) S. oben, Der pfälzische Krieg.

hatte. Es mag nur ein schlaues Manöver gewesen sein, wenn der Fürst trotzdem um seine Abberufung ersuchte, denn nichts lag ihm ferner als auf den Einfluss zu verzichten, dessen er sich jetzt erfreute, und der ihm die Gelegenheit zur Vermehrung seines Besitzstandes bot. *)

III

Trotz des Schreckens, den die Plünderungen und das immer schärfere Regiment des Fürsten von Liechtenstein im Lande verbreiteten, waren nicht alle Städte unter den Gehorsam des Kaisers zurückgekehrt, einige derselben, und zwar Eger, Elbogen, Wittingau, Neuhaus, Klingenberg, Worlik, Tabor und Karlsberg hatten zahlreiche Besatzungen aus geschulten meist ausländischen Truppen bestehend, die sich nicht entfernen wollten, wenn ihnen ihre Soldrückstände nicht ausbezahlt würden. Die Aussicht, dass sich diese Orte bald ergeben würden, war um so geringer, als abgesehen von dem Mangel an Belagerungsgeschütz auch die winterliche Jahreszeit die Vornahme von Kriegsoperationen erschwerte und so begnügte man sich auf kaiserlicher Seite vorerst mit der Bedrohung von Karlstein, das man wegen seiner Nähe von Prag füglich nicht im feindlichen Besitze lassen konnte. Wenn etwas die Unfähigkeit Anhalts als Feldherr dokumentirte, so ist dies die Besetzung zahlreicher unwichtiger Orte und damit verbundene Verzettelung seiner Streitkräfte. In Karlsberg befand sich der grössere Theil jener 2000 Engländer, deren Marsch nach Böhmen die freiwilligen Gaben Englands fast verschlungen hatte und hier blieben sie während der verhängnissvollen Schlacht die vielleicht durch ihre Mitwirkung einen minder schmachvollen Ausgang genommen hätte. Als Buquoy zur Belagerung Karlsbergs heranrückte, fehlte der Besatzung der Muth zum Widerstande und sie verstand sich schon am folgenden Tage zur Uebergabe der Burg gegen freien Abzug. **) Die Engländer wandten sich nach dem Westen von Böhmen, wo sie dem Grafen Mans-

23.
Nov.
1620

*) Liechtenstein an Ferd. dd. 11. Dec. 1620 bei d'Elvert II.

**) Wiener Staatsarchiv. Aus Prag dd. 10. Dec. 1624.

in die Hände fielen und sich an ihn von neuem verdingten.*)
 Gewinn von Karlstein wurde wenige Tage später durch
 von Neuhaus vervollständigt. Man knüpfte mit dem dortigen
 amandanten Unterhandlungen an und da man ihm und der
 atzung die Auszahlung eines dreimonatlichen Soldes versprach,
 liess er sich gewinnen und trat mit seiner Mannschaft in
 serliche Dienste.**)

Alles kam nun darauf an, dass man ein ähnliches Resultat
 dem Grafen Mansfeld erreichte, denn dadurch wäre man
 den Besitz Pilsens und der westlich gelegenen Städte ge-
 gt. Die Unterhandlungen mit ihm hatten im Monat Oktober 1620
 von uns geschilderten Verlauf genommen, hatten zum Ab-
 luss eines Waffenstillstandes zwischen ihm und den Kaiser-
 en geführt und es so ermöglicht, dass Buquoy und Maximilian
 in Zug nach Prag fortsetzen konnten. Es war nun an dem
 ser die Bestätigung abzugeben, dass er die dem Grafen Mansfeld
 machten Zusagen erfüllen werde und obwohl ihm ein derartiges
 sprechen schwer ankommen musste, gab er doch nach und
 ickte seinen Kammerdiener Papazoni mit einer schriftlichen
 klärung ab, die an Mansfeld als Garantie für die Einhaltung
 mit ihm abgeschlossenen Vertrags ausgeliefert werden sollte.
 in traf es sich, dass der Kammerdiener durch mancherlei
 fähren in seiner Reise aufgehalten wurde und mit Buquoy
 t nach dem auf dem weissen Berge erlangten Siege zusammen-
 f.***) Die Sachlage stand jetzt so günstig für die kaiserliche
 che, dass man sich fragen konnte, ob man die gemachten
 sprechungen einhalten, oder ob man nicht versuchen solle,
 billigere Weise in den Besitz von Pilsen zu gelangen.
 ese Absicht spricht sich in einem Schreiben aus, das die in
 ag versammelten Stände an die pilsner Besatzung richten
 ussten, in dem sie dieselbe aus ihrem Dienste entliessen und
 gleichzeitig eine theilweise Bezahlung ihrer Soldrückstände
 hiessen, wenn sie der an sie ergehenden Aufforderung zur

*) Sächs. StA. Adam von Waldstein an Kursachsen dd. 1. Jan. 1621. —
 Münchner StA. Instruction pour le sieur Frenkin, im Januar 1621.

**) Skála IV, 422.

*) Sächs. StA. Lebzelter an Schönberg dd. 24. Dec. 1620.

Abdankung folgen würde. Wahrscheinlich wollte man ein Zwangsverhältniß zwischen Mansfeld und seiner Mannschaft zuwege bringen und es der letzteren nahe legen für ihre eigene Rechnung in Verhandlung mit Buquoy zu treten und ihr Loos von ihm als Anführer zu trennen, der dann das leere Nachsehen haben sollte.

Wie dem nun auch sein mag, ob diese Zuschrift wirklich in der angedeuteten Absicht nach Pilsen abgeschickt wurde oder ob man sich auf kaiserlicher Seite mit dem Grafen vereinigen wollte, jedenfalls beeilte man sich nicht ihm das Bild Ferdinands zuzuschicken und ihm eine weitere Zahlung zu leisten, sondern liess den Monat November vorübergehen, als vorläufig auch den mit ihm abgeschlossenen Waffenstillstand gelten. Mansfeld, der die Gefahr erkannte, die ihn bedrohte, war erbötig bei den vereinbarten Bedingungen zu verhandeln, aber gleichzeitig suchte er sich gegen alle künftigen Eventualitäten zu rüsten. Er ermahnte die Kommandanten der von den pfalzgräflichen Truppen besetzten Städte zur möglichsten Ausdauer und zur Herbeischaffung des nöthigen Proviantes und ging ihnen selbst mit dem besten Beispiele voran, indem er den pilsener Kreis von seinen Schaaren durchstreifen, Getreide, Salz, Fett, Heu und Stroh requiriren und alles dies nach Pilsen transportiren liess. Auch für die nöthigen Fleischvorräthe sorgte er, indem er das zusammengeraubte Vieh schlachten, theils einpöckeln, theils räuchern liess; kurz er zeigte über eine vorsorgliche Thätigkeit, die ihn in den Stand setzte, die kommenden Ereignissen ruhiger entgegenzusehen.

Während dem suchte sich Mansfeld auch die Gewissheit zu verschaffen, ob man auf kaiserlicher Seite die Verhandlung mit ihm abbrechen wolle oder nicht und mahnte deshalb den Freiherrn von Tilly an die Einhaltung der gemachten Versprechungen und die Auszahlung der zugesagten Gelder. Tilly schrieb hierüber an Maximilian und dieser war erbötig die verlangte Summe zu zahlen und so das gegebene Wort einzulösen.**)

*) Böhm. Statthaltereiarchiv. Die in Prag anwesenden Stände an die pilsener Besatzung dd. 16. Nov. 1621.

***) Münchner RA. Max. an Tilly dd. 16. Dec. 1620.

seinen Hauptmann Laporta an Buquoy und verlangte von ihm 200000 Gulden in barem und 200000 zahlbar binnen sechs Monaten esfrist und erbot sich dafür Pilsen aufzugeben und nach Oberpfalz zu ziehen, seine Truppen dort zu entlassen und seinen Eintritt in kaiserliche Dienste freizustellen. In dieser Convention sollten auch der Kommandant von Tabor, Oberst von Tilly, und die taborer Besatzung aufgenommen und dem Herzog von Bayern 60000 Gulden ausbezahlt werden. Buquoy war jedoch schon nach Mähren gezogen, als Laporta in Prag anlangte, da man sich auf kaiserlicher Seite jetzt noch weniger als früher an die gegebenen Versprechungen gebunden hielt, so ließ Laporta mit Ausflüchten hingehalten. Dem Herzog von Bayern widerstrebte dieses Vorgehen, *) denn als er keine Nachrichten von dem Abschlusse der Verhandlungen erhielt, trug er dem General-Lieutenant auf, sein Anbot um 50000 Gulden zu erhöhen, ja er bevollmächtigte ihn sogar die Unterhandlungen zu Ende zu führen, wenn Buquoy aus allerhand Gründen den Abschluss nicht beschleunigen würde.**) Gleichzeitig trug er ihm auf, mit den Hauptleuten und der Mannschaft der pilsner Besatzung in Verhandlungen zu treten, wenn Mansfeld Aussicht suchte, und so zum Ziele zu gelangen.

Da man in Prag den Gedanken einer Einigung mit Mansfeld fallen liess, so richtete Fürst Liechtenstein an die pilsner Besatzung ein Manifest, worin er sie zur Uebergabe dieses Festes aufforderte und ihren General beschuldigte, dass er mit ihm eingeleiteten Vergleich stets durch neue Forderungen erschwere.***) Mansfeld, durch diesen Vorgang gereizt, sah die Gegner seine Rache fühlen, indem er die Stadt Pilsen überfiel, sie plünderte und den Flammen übergab, darauf seine Raubzüge täglich weiter ausdehnte, so dass

Münchener StA. Memoire pour S. Porte à fin de conclure... le traité avec Mr. le comte de Buquoy. — Wiener StA. Aus Prag dd. 12. December 1620.

Münchener RA. Max. an Tilly dd. 25. Dec.

Innsbrucker Statthaltereiarchiv. Liechtenstein an die pilsner Besatzung dd. (?) Dec. 1620. — Sächs. StA. Zeidler an Schönberg dd. 24. Dec. 1620. 3. Jan. 1621.

seine Schaaren bis drei Meilen vor Prag streiften. *) Gleich-
suchte er sich den Pass nach der Oberpfalz für einen allfälligen
Abmarsch aus Böhmen zu sichern und überfiel zu diesem Ende
Tachau, den wichtigsten Ort der dahin führenden Strasse und
gelangte in dessen Besitz. **) Da er nicht daran zweifelte, daß
man sich in keine ernstern Verhandlungen mit ihm einlassen
sondern ihn mit Täuschungen hinhalten werde, so mußte er
fragen, was er thun wolle, so lange er noch seine Truppen
unter seinem Kommando habe. Er dachte daran sich dem Pfälzer
Grafen wieder anzuschließen, trotzdem er ihn durch seine Ver-
handlungen mit den Gegnern preisgegeben hatte, am liebsten
wäre er aber in die Dienste des Herzogs von Savoyen getreten.
Er richtete deshalb an den letzteren die Bitte, daß er ihn mit
seiner ganzen Mannschaft, die er durch nachträgliche Werbung
auf 4000 Reiter und drei Infanterieregimenter zu erhöhen gedachte,
in seinen Dienst nehme oder dafür Sorge, daß die Republik
Venedig dies thue. Seine Bitte hatte jedoch keinen Erfolg. Der
Herzog von Savoyen hatte wohl die beste Meinung von den
Fähigkeiten Mansfelds und hätte ihn gern in seine Dienste ge-
nommen, wenn er seiner bedurft hätte, aber da Frankreich
einer Befehdung der Habsburger noch nichts wissen wollte,
wie sehr es ihnen auch ihre jetzigen Erfolge zu missgünstig
begann, so konnte Karl Emmanuel nicht daran denken alle
den Waffen zu greifen, und aus denselben Gründen mag auch
Venedig Mansfelds allfällige Zumuthungen abgelehnt haben.
Die Bitten und Anerbietungen des Grafen wurden zwar nicht
gewiesen, aber er wurde vom Herzog auf eine spätere Entscheidung
vertröstet. Wake, der englische Gesandte in Turin, ermahnte
ihn dagegen den Kampf in Deutschland nicht aufzugeben, sondern
auszuharren, bis ihm aus England frische Geldmittel zugeschickt
würden. ***)

*) Sächs. St.A. Adam von Waldstein an Kursachsen dd. 24. Dec. 1620. —
Skála V, 2.

**) Sächs. St.A. Adam von Waldstein an Kursachsen dd. 1. Jan. 1621. —
Skála V, 3.

***) Münchner St.A. Articles à proposer a S. A. Sav. — Ebend. Tournon an
Mansfeld dd. 17. Jan. 1621. — Münchner RA. Mansfeld an den Herzog
von Savoyen. — Münchner St.A. Wake an Mansfeld dd. 20. Jan. 1621
und ein späterer Brief von demselben an denselben.

Da Mansfeld auf einen abweislichen Bescheid von Savoyen
 st sein musste, so hatte er fast gleichzeitig mit dem Ge-
 an Savoyen ein solches an die Holländer abgehen lassen,
 in er sich Subsidiën erbat und im Falle ihrer Gewährung
 Pfalzgrafen seine Dienste anbot. Sein Wunsch fand in
 g bessere Erhörung,*) man war bereit, ihn zu unterstützen,
 a scheint man sich mit der Erfüllung des Versprechens
 t beeilt zu haben, wenigstens ist uns nicht bekannt, dass
 ihm aus Holland im Januar Geld geschickt hätte. Nur
 der Oberpfalz erhielt er gegen Ende des Monats eine
 icht, die besser lautete, als eine blosse Vertröstung; die
 ige kurfürstliche Regierung ermunterte ihn nicht bloss zur
 uptung von Pilsen, sondern versprach ihm auch die
 ige Munition und andere Bedürfnisse zuzuführen.**)

Für Mansfeld standen also gegen Ende Januar die Ver-
 nisse so, dass er, im Falle er seine Truppen zusammen-
 und den Kampf fortsetzte, auf die Unterstützung Hol-
 ts, des Pfalzgrafen und durch ihn auf die allfällige Hilfe
 England hoffen und so sich für die bisherigen Opfer be-
 t machen konnte. Er musste aber seine Truppen durch neue
 rthungen stärken und mit dem Pfalzgrafen in nähere Bezie-
 gen treten, um sich mit dessen Namen bei seinem weiteren
 rgehen wie mit einem Schilde zu decken. Zu diesem Zwecke
 ickte er gegen Ende Januar einen vertrauten Agenten an
 ab und erläuterte durch diesen seinen weiteren Kriegsplan.
 wollte sein Fussvolk auf 6000 Mann vermehren, ungerechnet
 Regiment Frenk, das in Tabor lag und die in seinem Sold
 indlichen Engländer, dazu wollte er seine Kavallerie verstärken
 l auf diese Weise eine Truppenmacht von 12—15000 Mann
 ammenbringen, mit der er sich den Angriffen der Liga ge-
 hsen glaubte. Indem er den Pfalzgrafen eine neue Wen-
 g des Kriegsglückes hoffen liess, verlangte er, dass er ihn
 seinem General in Böhmen und den pfälzischen Ländern er-
 ne, ihm aus der Oberpfalz mehr Kriegsmittel zuschicke, ihm

gegen Ende
 Dec.
 1620
 1621
 1621

Münchener StA. Ein Brief an Mansfeld ohne Unterschrift dd. 6./16.
 Jan. 1621.

Die Rätthe in Amberg an Mansfeld dd. 16./26. Jan. 1621.

einen Monatssold für seine Truppen auszahle und sich bei Bethler verwalde, damit ihm dieser 2—3000 Reiter zu Hilfe schicke eine Bitte, die Mansfeld auch direkt an den Fürsten von Siebenbürgen richtete.*) Bei dieser Gelegenheit liess er dem Pfalzgrafen die Versicherung zukommen, dass er nie daran gedacht habe, Pilsen dem Feinde auszuliefern, sondern dass er es durch die Unterhandlungen nur auf die Täuschung desselben abgesehen habe.**)

Da der Pfalzgraf von Hohenlohe die Nachricht erhalten hatte, wie wenig der Kurfürst von Sachsen und mithin auch der Kaiser geneigt seien, ihm bei einem Friedensschluss irgend einen Ersatz für die in Böhmen vergeudeten Geldsummen zukommen zu lassen, und da er noch immer sein Schicksal günstiger zu gestalten hoffte, wenn er zu den Waffen griff, nahm er die Ergebenheitsversicherungen Mansfelds mit Dank an und übertrug ihm das Kommando über alle seine Streitkräfte in „Böhmen und den inkorporirten Ländern,“ die Bitte dagegen, ihn auch zum General in seinen pfälzischen Ländern zu ernennen, liess er unberücksichtigt. Seiner Geldnoth suchte er dadurch abzuhefen, dass er ihm 30000 Gulden in Nürnberg zur Auszahlung anzuweisen versprach und ihm eine weitere Geldhilfe von 200000 Gulden aus Holland in Aussicht stellte.***)

Mansfeld legte während dieser Verhandlungen die Hände nicht in den Schoos, sondern suchte durch die Bezwingung wohlhabender Städte sich die nöthigen Geldmittel zu erwerben, um den dringendsten Bedürfnissen selbst genügen zu können. Aus diesem Grunde beschloss er das Kloster und die Stadt Tepl anzugreifen, und rückte deshalb zuerst gegen die ungefähr eine halbe Stunde vom Kloster entfernte Stadt vor. Die Bürger, die sich gegen ihn zu vertheidigen gedachten und zu diesem Zweck an 400 Bauern in ihre Mauern aufgenommen hatten, verloren den Muth und flüchteten sich zum Theil in die benachbarten Wälder. Die Stadt, von der der General vor dem Angriffe 6000 Gulden

*) Münchner StA. Instruction pour le Sieur Frenkin, im Januar 1621.

***) Mansfeld an Bethler dd. 18./28. Januar 1621. Münchner StA.

***) Münchner StA. Resolution auf die Forderungen Mansfelds dd. 2./11 Febr. 1621.

tribution verlangte, war ihm nun mit allem ihren Vermögen gegeben, doch scheint er sich mit dem Bürgermeister über bestimmte Summe verglichen zu haben. Schlimmer ging es dem Kloster, aus dem sich die Mönche rechtzeitig nach Kaaden flüchten konnten hatten. Mansfeld liess nicht nur die Umfassungsmauer desselben niederreißen, sondern nahm auch alle werthvollen Gegenstände in Beschlag und überliess das Uebrige seinen Soldaten. Die Mönche fanden bei ihrer Rückkehr nur kahle Mauern, nicht einmal ihre Bücherschätze waren ihnen geblieben, denn von einem gewissen Menzel weggeführt worden und in der Kirche fehlte sogar die Orgel, da die Soldaten das Metall zum Giessen der Kugeln verwendet hatten.*)

Nach der Einnahme von Tepl setzte Mansfeld seine Streifzüge weiter fort und bemächtigte sich einiger Plätze im elboger Gebiet, aber er durfte mit Gewissheit erwarten, dass er dies länger ungestraft thun können, da nicht nur Tilly sondern auch eine Reihe anderer Truppen gegen den Westen von Prag her dirigierte, sondern auch der Kurfürst von Sachsen einige Tausend Mann unter dem Kommando des Obersten Wresowec abeschickte und beider Anstrengungen durch die unter dem Kommando befindlichen allerdings unbedeutenden kaiserlichen Streitkräfte unterstützt wurden, denn Marradas, dem ein Tausend Mann zu Gebote standen, verwendete dieselben zur Einschliessung von Tabor und Wittingau und zur Besetzung der im Süden gelegenen Orte.**)

Mansfeld hatte noch keine Antwort erhalten, wie der Pfalzgraf seine Bitte aufgenommen hatte und schon sah er gegen sich die feindliche Uebermacht heranzugehen. Wenn er den Kampf weiterführen wollte, so durfte er nicht Friedrichs Antwort erwarten, sondern musste alle Hoffnungen desselben veranlassen, ihre Zahlungen nicht an diesen,

Adam von Waldstein an Kursachsen dd. 26. Januar 1621. — Skála V, 4 u. fig. Wann der Ueberfall von Tepl vor sich ging, kann man nur vermuthungsweise angeben, wahrscheinlich am 17. Januar. Skála gibt nur die Tage aber nicht das Datum an und Waldstein berichtet von dem Ereigniss am 26. Januar als von einer jüngst geschehenen Thatsache. Wenn man diese beiden Angaben kombiniirt ergibt sich der 17. Januar.

Wiener StA. Marradas an Buquoy dd. 16. Febr. 1621.

sondern unmittelbar an ihn selbst zu entrichten; nur so konnte er sein Heer erhalten und auf jene Höhe bringen, dass er den Gegnern kühn die Stirn bieten konnte. Zu diesem Zweck war es nothwendig, dass er sich persönlich nach Heilbronn wendete, wo zu Anfang Februar ein Unionstag abgehalten wurde. Seine Entfernung aus Böhmen hatte aber auch ihre Gefahren; er setzte seine Truppen unberechenbaren Kriegszufällen aus und überliess die Besatzung in Pilsen den Einflüsterungen böserlicher Vertrauensmänner, die sicherlich seine Abreise benützen würden, um mit ihr in Verhandlungen zu treten. Um diesen Zufällen zu begegnen, nahm er wieder zur List seine Zuflucht; er schickte einen Boten an Tilly ab und entschuldigte sich, dass die Verhandlungen wegen der Uebergabe der Stocken gerathen seien, indem er die Schuld daran dem Hauptmann zumass und sich zu energischerer Fortführung derselben an gleichzeitig aber um eine Erneuerung des Waffenstillstandes auf sechs Wochen ersuchte. *) Ohne eine Antwort auf diesen Antrag abzuwarten, reiste Mansfeld darauf nach Heilbronn ab.

Schon vor seiner Abreise hatten die Kaiserlichen sich die Stadt Haida bemächtigt und die feindliche Besatzung vertrieben. Am 2. Februar folgte der oberste bairische Zeugmeister Graf dieses Beispiele, indem er an der Spitze einiger ligistischen und kaiserlichen Truppenabtheilungen, welche letztere von Huerta kommandirt wurden, Tachau angriff und die Besatzung durch ein Bombardement sowie durch Drohungen zur Kapitulation nöthigte. **) Drei Tage nachher zogen die Sieger nach Tepl, das die mansfeldischen Truppen bereits geräumt hatten, so dass sie die Stadt ohne Widerstand besetzen konnten. Graf griff darauf Schlackenwerth und Petschau an, säuberte diese Orte von dem Feinde und wollte nun seinen Angriff auf Eger richten. Da der Kurfürst von Sachsen sich selbst dieser Stadt

*) Sächs. St.A. Adam von Waldstein an Kursachsen dd. 4. Febr. 1621. In der Apologie und was noch auffallender ist auch bei Skála ist die Rede von einer zweifachen Abreise Mansfelds nach Deutschland, von denen die erste schon in der ersten Hälfte Januar stattgefunden haben müsste. Wir bezweifeln trotzdem, dass dieselbe wirklich stattgefunden habe, jedenfalls besitzen wir nur von der nach Heilbronn sichere Nachrichten.

**) Skála V, 36.

ächtigen wollte, so ersuchte der sächsische Oberst Wresowec, der sich persönlich bei Grotta einfand, dass er diesen aufgeben möge, *) welcher Bitte der letztere bereitwillig nachkam.

Wir haben berichtet, welche Stellung der Kurfürst von Sachsen bis dahin Böhmen gegenüber eingenommen hatte, wie die Bittgesuche einzelner Edelleute und Städte annahm und deren Gunsten zu vermitteln suchte, dagegen eine bewaffnete Expedition in dieses Land vermied. Später aber änderte er einen Sinn, als sich die Stadt Eger und die Ritterschaft des Gebietes auf seine am 18. November an sie ergangene

Aufforderung sich zu unterwerfen, ablehnend verhielten.**) Die egerer wollten nämlich die Verhandlungen in die Länge ziehen, weil sie auf einen Umschwung des Kriegsglückes rechneten und antworteten deshalb, dass sie sich vorläufig nicht unterwerfen könnten, weil sie benachrichtigt worden seien, dass zwischen dem Kaiser und dem Pfalzgrafen ein Waffenstillstand geschlossen worden sei.***) Johann Georg verwies dem egerer Rath mit strengen Worten diese Ausflüchte und schickte ein Schreiben durch einen gewissen Preller ab, der die Verhandlungen zu Ende führen sollte. Eger suchte auch jetzt Zeit zu gewinnen, die Berathungen der Ritterschaft und des Stadtrathes wollten kein Ende nehmen und der Gesandte wurde von Tag zu Tag auf eine Antwort vertröstet. Einzelne Edelleute, z. B. Georg Christoph von Trautenberg vertrauten dem egerer Rathen an, wie erfreut sie seien, dass der Kurfürst die Bitte in Erwägung auf sich genommen habe und wie gern man sich in seinen Schutz begeben und von Böhmen trennen wolle, allein die abschliessliche Antwort der Stände deutete noch immer keine Uebernahme an. †) Denn nachdem sie in derselben des langen

Sächs. StA. Wresowec an Kursachsen dd. 16. Febr. 1621.

Sächs. StA. Aufforderung Kursachsens an das Gebiet von Eger dd. 18./18. November 1620.

Der egerer Rath an Kursachsen dd. 27. Nov. 1620. Sächs. StA. —

Ebend. Johann Georg an die Stadt Eger dd. $\frac{24. Nov.}{4. Dec.}$ 1620.

Sächs. StA. Bericht Prellers dd. 13. Dec. 1620. — Ebend. Erklärung der Stadt Eger und der Ritterschaft dd. 27. Dec. 1620.

und breiten auseinandergesetzt hatten, dass sie sich an dem Aufstande nicht betheiliget und erst nach dreimaliger Mahnung dem König Friedrich gehuldigt hätten, nahmen sie um diesem Grundes willen volle Neutralität für sich in Anspruch und erklärten zugleich, dass sie sich von den durch die Huldigung eingegangenen Verpflichtung nicht so rasch losmachen könnten. Frägt man, was den Egerern den Muth zu dieser ablehnenden Haltung gab, so sind mehrere Gründe dafür vorhanden. Zunächst war die Stadt gut befestigt, besass zahlreiche Kanonen und eine reichliche Munition, verfügte über 1250 Mann geworbener Truppen und über 600 Mann, die die Landschaft aufgeboten hatte und allem dem kam noch die Bürgerschaft, die die Waffen nicht ohne Kampf niederlegen wollte. *) Auf eine Belagerung konnte sie es ankommen lassen und bei dem Mangel an Belagerungsgeschütz auf Seite der Gegner war gar nicht abzusehen, wann sie bei genügendem Mundvorrath zur Capitulation gezwungen werden könnten. Der Muth der Egerer wurde auch durch Nachrichten erhöht, die sie aus Nürnberg und Amberg heimlich hatten einholen lassen, und die zu Gunsten des Pfalzgrafen lauteten. Der Umstand, dass Mansfeld nicht aus der Felde geschlagen war, sondern sich in Böhmen behauptete, gab diesen Angaben eine gewisse Glaubwürdigkeit und veranlasste die Egerer auch gegen den ihnen aus Prag zugeschickten Heerführer von Seidlitz, der im Namen des Fürsten von Liechtenstein eine Unterwürfigkeitserklärung forderte, eine ablehnende Haltung zu nehmen.

Als der Kurfürst von Sachsen von dem Misserfolg seiner Botschaft Kunde bekam und gleichzeitig erfuhr, dass die Egerer in Folge fremder Einfüsterungen so gehandelt hätten, verwies er ihnen ihre Halsstarrigkeit, aber er wollte doch nicht den Weg gütlicher Verhandlungen abbrechen, sondern forderte sie nochmals zur Unterwerfung auf. **) Diesmal begegnete er einer nachgiebigeren Stimmung, da man sich in Eger mittlerweile von der Unwahrheit der amberger und nürnbergischen Berichte über-

*) Sächs. St.A. Bericht Prellers um den 29. Dec. 1620 verfasst.

**) Archiv der egerer Stadtpfarre. Kursachsen an die Egerer dd. 27. Dec. 1620.
6. Jan. 1621.

ugt haben mochte, man erklärte sich zum Gehorsam gegen den Kaiser bereit, nur verlangte man neben der Bestätigung der Privilegien und der Religionsfreiheit auch mit der Einquartierung von Truppen verschont zu werden. *) Als einige Tage später Graf Mansfeld die Stadt um ein Anlehen von 10.000 Gulden ersuchen liess und sie im Nichtgewährungsfall mit allen Kriegstragnsalen bedrohte, ersuchte der Stadtrath den Kurfürsten, er möge der Stadt den versprochenen Schutz zu Theil werden lassen, **) bezeichnete aber dabei nicht klar genug, in welcher Weise dies geschehen sollte, denn von dem Anerbieten, eine Garnison in Eger aufzunehmen zu wollen, war in dem Gesuche keine Rede. Das was aus dem langen Wortschwall ziemlich deutlich hervortritt, war der Wunsch, dass der Kurfürst die mansfeldischen Schaaren von Eger fernhalten und unter seinen Truppen die beste Mannszucht aufrechterhalten möge.

Diese Bitte gab dem Kurfürsten die willkommene Gelegenheit, den Obristen Wresowec, der seine Truppen in dem Gebiet von Elbogen und Umgebung dislocirt hatte, nach Eger zu schicken und den Stadtrath um Aufnahme einer Besatzung zu ersuchen. Diese Aufforderung konnten die Egerer nicht abweisen, so wenig sie ihnen auch behagte, und so entschlossen sie sich eine sächsische Reiterkompagnie und ein Fähnlein Fussvolk in ihren Mauern zu beherbergen. ***) Ihr Misstrauen gegen diese ihnen aufgenöthigte Hilfe zeigte sich darin, dass sie einen Theil ihres erworbenen Volkes in ihrem Dienste behielten und auch die Thorschlüssel von der Stadt nicht auslieferten. Zu gleicher Zeit verweigerte der Stadtrath die Ansfolgung einiger Geschütze, um die ihn Wresowec bei der beabsichtigten Theilnahme an der Belagerung von Elbogen und Falkenau ersuchte, kurz Misstrauen und Uebelwollen gab sich auf alle Weise kund. Dennoch ermüdete der sächsische Oberst nicht, die stolzen Bürger — so bezeichnete er sie in einem Berichte — zu bedrängen und brachte es schliesslich zu einem Accord, durch den ihm das Kommando über die städtischen

*) Sächs. StA. Die Stadt und Ritterschaft von Eger dd. 21. Jan. 1621.

***) Sächs. StA. Die Stadt Eger an Kursachsen dd. 2. Febr. 1621.

****) Sächs. StA. Wresowec an Kursachsen dd. 13. Febr. 1621.

Truppen übertragen wurde und die Stadt sich zur Auslieferung der verlangten Geschütze entschloss. *) Die Angelegenheit Egers war dadurch endgiltig erledigt, die kaiserliche Herrschaft wurde wieder anerkannt und bald theilte die Stadt trotz aller Versprechungen Kursachsens das böhmische Elend.

Es lässt sich nicht verkennen, dass der Kurfürst bei den Verhandlungen mit Eger sich einer noch grösseren Zuverlässigkeit und Rücksicht befleissigte, als er anderwärts an den Tischen gelegt hatte. Er suchte sich bei der Bürgerschaft in ein günstiges Licht zu stellen, weil er die Herrschaft über ihr Gebiet auf sich bringen wollte, da dasselbe nicht einen integrierenden Bestandtheil von Böhmen ausmachte, sondern nur als Pfandschaft mit demselben verbunden war. Der Kurfürst wollte eine gewisse Summe dem Kaiser auszahlen, dafür die Pfandschaft auslösen und so Eger wieder mit dem Reiche verbinden, eigentlich aber unter seine Herrschaft bringen. Der sächsische Gesandte am kaiserlichen Hofe, Zeidler, liess sich die Wünsche seines Herrn angelegen sein und suchte die wiener Staatsmänner demselben geneigt zu machen. Obwohl der Nachtheil für den Kaiser greifbar war, wenn er zu der Lausitz auch noch Eger opferte, so war Zeidler doch nicht zurückgewiesen, sondern die Entscheidung auf spätere Zeiten vertagt, weil das Geldanbot bei der elenden Finanzwirthschaft in Wien einen zu verlockenden Eindruck machte. Bei dieser entgegenkommenden Haltung der kaiserlichen Minister glaubte Zeidler, dass er sich an den Kaiser heranwagen dürfe und übergab demselben schriftlich die Bitte um Ueberlassung Egers an Kursachsen gegen Auszahlung der Pfandschillings. In diesem Stadium blieb jedoch die Angelegenheit, da andere Vorgänge das Projekt in den Hintergrund drängten. **)

Mansfeld hatte in Heilbronn nicht das erreicht, was er wünschte. Die Union konnte ihm kein Geld zur Disposition stellen, da sie selbst an solchem Mangel litt und die Unterstützung, die ihr Jakob um diese Zeit zu Theil werden liess,

*) Sächs. StA. Wresowec an Kursachsen dd. 21. und 25. Febr. 1621.

**) Sächs. StA. Zeidler an Schönberg dd. 4. 1621. — Ebend. Zeidler an Kursachsen dd. 14. Febr. 1621.

Die eigenen Soldrückstände verwenden musste. Er konnte nicht mehr daran denken sein Quartier wieder in Pilsen anzuschießen, da ihm der Zugang zu dieser Stadt durch die böhmischen und sächsischen Truppen verwehrt wurde und so erhielt er nach seiner Rückkehr nur Beziehungen zu den Besatzungen an der westlichen Grenze des Landes. Er musste sein Quartier hauptsächlich in die Oberpfalz verlegen und selbst an die Organisation einer neuen Armee gehen, soweit er die oberpfälzischen Mittel und die Unterstützung aus dem Reich, die ihm mittlerweile zu Theil geworden war, ausreichten. Lange sich die beiden Städte Pilsen und Tabor hielten, konnten ihn die Feinde nicht viel belästigen, da ihre Truppen meist gegen diese Plätze verwendet werden mussten, allein in dieser Beziehung bereitete sich für ihn eine Katastrophe vor, als sich die Offiziere der pilsner Garnison und der Kommandant von Tabor mit dem Feinde in Unterhandlungen einliessen.*)

Es war der pilsner Besatzung längst kein Geheimniß mehr, daß sich Mansfeld in Unterhandlungen wegen der Uebergabe eingelassen und zu diesem Behufe den Hauptmann Laporta nach Prag geschickt hatte. Da die Kapitäne fürchteten, dass er die allfälligen Geldzahlungen für sich allein einstreichen wollte, glaubten sie sich zu einem Betrage gegen ihn berechtigt und schickten während seiner Abwesenheit an Huerta, den Kommandanten von Schüttenhofen, einen Boten ab, durch den sie die Uebergabe von Pilsen gegen entsprechende Zahlung anboten. Erfreut meldete Huerta dies dem Fürsten Liechtenstein, der ihn seinerseits wieder aufforderte sich die Verhandlungen mit den Kapitänen angelegen sein zu lassen. Mansfeld schickte jetzt einen Boten an den Fürsten von Liechtenstein und auch an Tilly ab und verlangte für die Uebergabe von Pilsen eine halbe Million Gulden und bot sich an, in polnische Dienste zu treten, allein man beachtete seine Anträge nicht und fertigte seinen Boten einfach ab.***) In seiner Angst, dass Pilsen für ihn ohne jede Entschädigung verloren gehen

*) Siehe, St.A. Adam von Waldstein an Kursachsen dd. 12. Febr. 1621.
 **) Tilly und Herlberg an Max. v. Baiern dd. 23. März 1621, Münchner
 St.A. — Archiv v. Grätzen, Laporta an Buquoy dd. 23. Febr. 1621.

könnte, bestürmte er von Neustadt (an der Waldnabe) den Herzog von Zweibrücken mit Bitten um Geldunterstützung, dass er seine Truppen mit den nöthigen Kriegsmitteln versehen und Pilsen entsetzen könnte. Allein der Herzog erklärte, dass er zu der Summe von 60.000 Gulden (die er ihm entweder von Heilbronn eingehändigt oder kurz darauf zugeschiedt hatte) verläufig nichts hinzufügen könne. *)

Tilly und nicht Huerta führte nun die Verhandlungen mit den pilsner Kapitänen weiter und dehnte sie auch auf die Obersten Frenk für die Besetzungen von Tabor, Klingenberg und Worlik und eventuell auch Wittingau aus. Er bot den Pilsnern für die Uebergabe des Platzes 120.000 Gulden, worüber diese nicht zufrieden waren und 150.000 Gulden verlangten, über welche Summe man sich schliesslich einigte. Für die Uebergabe von Tabor wurden 50.000 Gulden gefordert und ähnliche Summen mögen auch für Wittingau, Worlik und Klingenberg verlangt worden sein, aber die Unterhandlungen wegen der Uebergabe dieser Plätze zerschlugen sich offenbar deshalb, weil die Besetzungen mit den angebotenen Bedingungen nicht zufrieden waren und ihre Hauptleute treuer an den eingegangenen Verpflichtungen hielten, nur bezüglich Worliks fand später eine Vereinbarung zwischen Marradas und dem dortigen Kommandanten statt. **) Nach dem mit Liechtenstein getroffenen Uebereinkommen sollte derselbe an Tilly 100.000 Gulden für die Bezahlung der für die Pilsner bestimmten Summen schicken, er kam aber seiner Verpflichtung schlecht nach, indem er

*) Münchner StA. Mansfeld an den Herzog von Zweibrücken dd. 8. 18. März 1621. — Ebend. Herzog v. Zweibrücken an Mansfeld dd. ^{23. März} 1621. _{2. April}

**) Ueber die Verhandlungen bezüglich der Uebergabe Pilsens enthalten die Apologie Mansfelds, die Acta Mansfeldica und die von Frenk herausgegebene Vertheidigungsschrift „Copia etlicher merkwürdiger Schriften“ mannigfache interessante Nachrichten, die aber schwer benutzbar sind, weil man kaum errathen kann, in welche Zeit sie gehören und weil sie zum Theil sichtlich erlogen sind. Unsere im einzelnen leider nicht eingehende Schilderung hat den Vortheil, dass sie auf der sicheren Grundlage gleichzeitiger Aktenstücke beruht. Vergleiche auch Reuss: Graf Ernst von Mansfeld.

nighaltige Münze und etwas Silbergeschirr einschickte und
 eres viel zu hoch berechnete, so dass Tilly den grössten
 il der Zahlungen aus Bundesgeldern decken musste. Der
 trag wegen der Uebergabe von Pilsen kam am 26. März 1621
 lies zwischen dem ligistischen General und dem Bevoll-
 htigten der Besatzung zu Stande.*) Die letztere durfte
 ihren Waffen und ihrer sonstigen Bagage frei nach Klattau
 ehen und löste sich dort auf, begab sich aber nach der
 pfalz und nahm unter Mansfeld wieder Dienste. Die Ligisten
 en in Pilsen am 3. April ihren Einzug.***) Dieser Erfolg
 le einige Tage später durch die Kapitulation von Falkenau,
 sich den sächsischen Truppen ergab, und am 6. Mai durch 1621
 Einnahme von Elbogen vervollständigt, welche Tilly zu
 e brachte, indem er den Kommandanten der Besatzung
 dessen tüchtiger Gegenwehr zur Uebergabe des Platzes
 n freien Abzug nöthigte. Elbogen musste seinen Antheil an
 Aufstände mit 100000 Gulden büssen.***)

Mansfeld bemühte sich durch wiederholte Einfälle in Böhmen
 belagerten Städten zu Hilfe zu kommen, aber alle seine
 rengungen waren umsonst. Der Verlust von Pilsen, Fal-
 au und Elbogen war für ihn ein schwerer Schlag, da seine
 er dadurch in den Stand gesetzt wurden ihn anzugreifen,
 end er erst mit der Organisation seines neuen Heeres beschäf-
 war. Da die im Südosten Böhmens gelegenen Orte ihm nichts
 r nützen konnten, so suchte er mit dem Kurfürsten von Sachsen
 nterhandlung zu treten und bot ihm für den Kaiser Wittingau,
 or und Worlik an, im Falle derselbe sie mit jener Summe
 ösen wolle, die er zu fordern berechtigt sei.†) Er bekam
 , wie es scheint, keine Antwort auf sein Anerbieten, da er
 Böhmen ausgeschlossen war und die genannten Orte nicht
 er unterstützen konnte. Die Belagerung von Tabor wurde jetzt

Sächs. StA. Tilly an Max. dd. 7. April 1621, Münchner StA. — Skála
 V, 56, Vertrag wegen Pilsen.

Skála V, 72. — Innsbrucker Statt.-A. Capitulationsbedingungen der El-
 bogner Besatzung. — Sächs. StA. Tilly an Kursachsen dd. 7. Mai 1621.
 — Wfresowec an Kursachsen dd. 22. Mai 1621.

Archiv in Gratz. Marradas an Buquoy dd. 10. Apr. 1621.

Sächs. StA. Mansfeld an Kursachsen dd. 19./29. April 1621.

indely, Der pfälzische Krieg.

Augsburg und berieten sich daselbst während der Monate Februar und März. Der Kaiser selbst richtete an sie ein Ge- 1621
 um Verstärkung ihrer Truppenmacht und da dasselbe Maximilian unterstützt wurde, so entschloss sich die Liga verlichteten Reihen auf 15000 Mann (12000 Mann Fuss- und 3000 Reiter) zu verstärken, für die nöthige Artillerie rügen und den Herzog zu weiteren Werbungen zu bevolligen, falls dieselben nöthig sein würden und alles dies gemeinschaftliche Beiträge zu bestreiten. Die Liga traf die nöthigen Vorbereitungen zur weiteren Bekriegung elds.*) Wir müssen nun in der Schilderung des folgenden fes innehalten und berichten, wie der Kaiser den erlangten n Böhmen ausnützte.

Wiener StA. Ferd. an die kath. Liga dd. 1. Febr. 1621. — Ebend. Max. a Ferd. dd. 26. März 1621. — Ebenda. Beschluss der Liga in Augsburg.

Zweites Kapitel.

Die Hochverrathsprozesse in Böhmen, Mähren und Oesterreich.

- I Slawata's Gutachten über die vorzunehmenden Confiscationen. Gutachten wiener Staatsmänner über die Reformen im staatlichen und religiösen Leben Böhmens und über die Bestrafung der Theilnehmer an dem Aufstande. Absendung des Grafen von Hohenzollern und des Reichshofraths Hegemann nach München, um Maximilians Gutachten einzuholen. Rathschläge Maximilians. P. Dominicus.
- II Vorbereitungen für den Hochverrathsprozess in Böhmen. Verhaftung der Theilnehmer am Aufstande in Prag am 7. Febr. 1621. Eindruck der Massregel. Graf Schlick. Berathungen über den Gerichtshof, vor dem die Prozesse verhandelt werden sollten. Instruction für denselben. Die Zusammenstellung der Mitglieder desselben.
- III Beginn der Prozessverhandlungen. Zusammenstellung der Anklageschriften. Der Inhalt der Verhörsprotokolle. Urtheil des Gerichtshofes. Revision der Urtheile in Wien. Verschiedene Ansichten der wiener Räthe. Das Ende der Prozesse.
- IV Publication der Urtheilssprüche in Prag am 19. Juni 1621. Eindruck derselben. Religiöse Tröstungen der Verurtheilten. Ihre Uebersiedlung nach altstädter Rathhaus. Die Execution. Friedrichs von Tiefenbach Hinrichtung in Innsbruck. Graf Thurn. Werth der bis zu diesem Augenblick confiscirten Güter.
- V Confiscationsmassregeln gegen den Adel und die Städte. Streit zwischen Liechtenstein und der wiener Regierung, ob mit den Prozessen weiter vorgegangen werden solle. Die Verhandlungen bezüglich des Generalpauses Liechtensteins Ernennung zum Statthalter. Ernennung der Mitglieder des Confiscationsgerichtshofes. Instruction für denselben.
- VI Massregelung von Mähren. Contributions der Städte und des Adels. Die Prozesse müssen wegen des Krieges aufgeschoben werden. Druck, den die Provinzen dem Lande in Folge der Einquartierung lastet. Beginn der Prozesse in dem Frieden von Nikolsburg. Publication der Urtheilssprüche am 3. November 1622.
- VII Die oberösterreichischen Stände und Herzog Maximilian. Beginn der Prozesse gegen die Stände Oesterreichs. Zusammenstellung des Gerichtshofes.

I

Plünderung und Kriegsnoth waren nicht die einzigen Leiden, unter denen Böhmen seit dem Ende des Jahres 1620 seufzte, sie bildeten nur das Vorspiel zu dem Wehe, das die Sieger dem Lande allmählig in systematischer Weise zufügten.

da sie die Besiegten für den Aufstand mit der Vernichtung der politischen und religiösen Freiheiten büßen liessen, die Freiheit und das Leben einzelner gefährdeten und alle in ihrem Elendzustand schmälerten. Diese letzte und härteste Massregel wurde in allgemeinen Umrissen schon im Jahre 1620 zu Tage und wurde im Laufe der Zeit mit steigender Härte durchgeführt, die elende Finanzlage des Reiches keine Schonung gestattete, die Bereicherung hochgestellter Personen nur dann erzielen konnte, wenn man keine Gnade übte und die Einwohner des Landes dem Elend vollends in die Arme trieb.

Das Schicksal, das die Besiegten traf, war nicht ganz unbillig, es wurde an ihnen nur vergolten, was sie selbst geübt. Und wenn man es ihnen nicht als Schuld anrechnen will, dass die Katholiken in eine politisch untergeordnete Sphäre versetzt, ihr Kirchenvermögen einzogen und den Privatbesitz der Edelleute confiscirten, weil sie diese Massregeln mit dem öffentlichen Wohl rechtfertigten, so kann man es ihren Gegnern nicht verargen, wenn sie bei passender Gelegenheit sich auf dieselben Arguments bedienten. Auf keinen Fall durften es die Protestanten als ein unerhörtes Unrecht bezeichnen, wenn die Sieger in ihrer Rachsucht durch das erlittene Weh' aufgehetzt, nach ihrem Vermögen griffen, zumal die übergrossen Verluste des Kampfes nicht anders bestritten werden konnten, als durch die weitreichendsten Confiscationen.

Man hatte sich in Wien in vertrauten Kreisen seit Jahresfrist mit dieser drakonischen Massregel beschäftigt und diesen die jenen grossen Grundbesitz als künftige Beute bezeichnet. Ferdinand selbst hatte im Beginne des Jahres 1620 das polnische Bündniss durch eine Anweisung auf die in Schlesien confiscirenden Güter erkaufen wollen und im Beginne desselben Jahres hatte er dem Grafen Buquoy das Gut Gratzen in Böhmen geschenkt und dasselbe dem bisherigen Besitzer entzogen. Derjenige aber, der für die auszuführenden Confiscationen den bestimmten Plan entwarf und diesen dem Kaiser in einem Auftrage vorlegte,*) war kein wiener Rathgeber sondern ein geborner des Landes, Wilhelm von Slawata. Nach seiner

*) Prager Statthaltereiarchiv. Slawata an Ferd. dd. 3. Nov. 1620.

Meinung sollte man unverweilt zur Beschlagnahme aller Rebellgüter schreiten, und in dem Grade, wie die kaiserliche Armee vorrückte, die Verwaltung derselben in die Hand nehmen. Slawata alle Theilnehmer der Rebellion bestraft wissen und so mussten der Adel und die königlichen Städte der Confiscation unterliegen und wenn er damit auch nur aussprach, was die Anhänger des Kaisers billigten, so lastet doch auf ihm der Vorwurf, der erste gewesen zu sein, der dieser Ansicht eine so fassbare Ausdehnung gab und sie in eine bestimmte schriftliche Form kleidete. Habsucht war es wahrscheinlich nicht, was ihn jedes Mitleid verleugnen liess, er war ja durch seine sehr reich geworden, aber die Angst, dass er sich nie seines Besitzes erfreuen könnte, wenn die Gegner seines Glaubens Macht und Reichthum gebieten würden, und vielleicht auch die Einflüsterungen der Jesuiten, mit denen er in ununterbrochenem Verkehre stand, und die in Böhmen nur dann einen grossen Besitz erwerben konnten, wenn die bisherigen Eigentümer vertrieben würden, verleiteten ihn, dem Kaiser Massregeln so unerhörter Härte vorzuschlagen.

Bald nach dem Eintreffen von Slawata's Gutachten kam die Nachricht von der Schlacht auf dem weissen Berge in Wien an. Jetzt, wo man des Sieges gewiss war, genügten nicht mehr seine Rathschläge, man erörterte nicht bloss die Mittel, wie man den Aufstand an seinen Urhebern und Theilnehmern rächen, sondern auch die Massregeln, die man treffen wollte, um eine Wiederkehr desselben unmöglich zu machen und das durch heilsamen Schrecken zu unterjochen. An den Berathungen hierüber scheinen alle hervorragenden Personen des Hofes direct und indirect theilgenommen zu haben, namentlich aber Eggenberg, Lobkowitz, der Präsident des Reichshofraths Graf von Hohenzollern, der Reichshofrath Hegenmüller, der Reichsvicekanzler Ulm, der Cardinal Dietrichstein und die Grafen von Meggau und Trauttmansdorff.*) Welchen Rath die einzelnen Rätthe an einem zu diesem Zwecke dem Kaiser erstatteten Gutachten hatten, ist nicht weiter bekannt, we

*) Harrachisches Archiv in Wien. Bericht über eine Berathung am 1. Nov. 1620.

en Umstand erwägen, dass man sich bei der Verhandlung der Absicht leiten liess, die böhmische Verfassung in gleicher Weise einzuschränken und alle socialen und Rechtsergebnisse des Landes umzugestalten, so glauben wir, dass die deutsche Partei nicht bloss durch die Zahl der beauftragten Rathgeber, sondern auch durch die weitgehende Richtung ihrer Anträge den Ton angab. Diese Vermuthung wird durch die zahlreichen Correcturen bestätigt, die der Reichszuzler Ulm an dem Commissionsberichte anbrachte.*)

Das Gutachten, das die kaiserlichen Rätthe nach eingehenden Beratungen ihrem Herrn erstatteten, stellte vorläufig nur die Grundsätze der anzubahrenden Reformen und Neuerungen fest. Die wichtigsten ihrer Rathschläge, die wir an die Spitze stellen wollen, sind eben unseren durch die geschichtlichen Erfahrungen gewonnenen Anschauungen und sind deshalb nur zu billigen. Dahin gehört der Vorschlag, der Kaiser möge die Erblichkeit der böhmischen Krone in klarer Weise feststellen und deshalb die Landesordnung in den Paragraphen, wo von der Wahl des Königs die Rede sei, umarbeiten lassen. Sie begründeten ihre Meinung mit der Behauptung, dass in der Landesordnung fälschlich ein Wahlrecht gesprochen werde, da sie selbst erkläre, dass die Wahl nach den Bestimmungen der goldenen Bulle zu erfolgen solle, diese aber ein Wahlrecht nur bei dem Aussterben der Dynastie zulasse. Diese Bemerkungen sind, wie wir bereits auseinandergesetzt haben,***) richtig, und wenn die Staatsmänner eine Streitfrage beseitigen wollten, die zu einem Wehe Anlass gegeben hatte, so kann man sie deshalb nicht tadeln, mag auch das Motiv ihrer Handlungsweise welches gewesen sein. Eben so kann man nur beistimmen, wenn der Kaiser gerathen wird, dass er die Macht der obersten Landesoffiziere, die, wie erinnerlich, unabsetzbar waren, einzuschränken und ihre Unabsetzbarkeit aufheben möchte, denn mit dem geordneten Regimente war ein derartiges Vorrecht nicht vereinbar. Auch der Rath, eine Revision sämmtlicher Privilegien

*) vgl. StA. Gutachten der kais. Rätthe, wie der Sieg in Böhmen auszunutzen sei.

***) vgl. den ersten Band der Geschichte des böhm. Aufstandes.

vorzunehmen und nur diejenigen zu bestätigen, die sich an der königlichen Auktorität verträgen, ist nicht anzufechten.

In seinem weiteren Verlaufe erörterte das Gutachten die Art und Weise, wie die katholische Kirche in Böhmen wieder in Aufnahme gebracht werden könnte. Man wollte hierüber die Meinung des Erzbischofs von Prag und einiger Theologen einholen, glaubte aber schon jetzt einzelne Prinzipien für die Reformation feststellen zu dürfen. So sollte das Ansehen des geistlichen Standes gehoben, ihm das Recht der Vertretung auf dem Landtage wiederkannt und alle ihm im Laufe des Aufstandes entzogene Güter zurückgestellt werden. In allen königlichen Städten sollte die Stellen des Königsrichters, des Stadtschreibers und des Primars nur mit Katholiken besetzt, also thatsächlich ihnen die Verwaltung und das Justizwesen überantwortet werden, ihnen auch die Anstellung der Pfarrer und Schulmeister übertragen, also die heranwachsende Generation unter ausschliesslich katholischem Einflusse erzogen werden. Alle von den böhmischen Brüdern und den Calvinisten neu erbauten Kirchen sollten niedergerissen, die alten Kirchen dagegen sammt und sonders den Katholiken eingeräumt werden. Bezüglich der Anhänger der böhmischen Confession ging der Rathschlag eines der Commissionsmitglieder dahin, sie vorläufig nicht direkt anzugreifen, sondern ihre Reformation auf gelegeneren Zeiten zu versparen, mittlerweile ihre Eifersucht gegen die Brüder und Kalviner auszuntzen und sie zu einer Bittschrift zu bewegen, in der sie um die Umkehr und die drückung der letzteren ersuchen möchten, weil dies die zu ergreifenden Massregeln wesentlich erleichtern würde. Die andern Rathschläge waren mit dieser Meinung, soweit sie die Brüder und Calvinisten betraf, einverstanden, dagegen wollten sie von einer allgemeinen Schonung der Anhänger der böhmischen Confession nichts wissen, sondern beantragten, dass der Kaiser sie wenigstens auf den königlichen Gütern nicht dulden, sondern rücksichtslos verfolgen und die Anstellung aller Pfarrer dem Erzbischof übertragen möge. Bezüglich der königlichen Güter und der Städte wollte man also die Reformation, die man im J. 1617 im Widerstreit mit den klaren Bestimmungen des Majestätsbriefes und des Vergleiches durchzuführen versucht hatte, jetzt in Angriff nehmen. — Die Reformation des Adels und seiner Unterthanen berührte das Gutachten mit keinem Worte, man hielt das Unternehmen für

gefährlich und überging es deshalb mit Stillschweigen, wie schwer es auch einigen der Rathgeber fallen mochte, ihren Eifer zu zügeln. Da die wichtigsten Berathungen der Utraquisten vor der Fenstersturze im Karolinum stattgefunden hatten, so wollte man dies durch die Confiscation des Gebäudes strafen und dasselbe der neu zu begründenden katholischen Universität zuwenden. Im weitern Verlaufe des Gutachtens änderten aber die Utraquisten ihre Ansicht und empfahlen dem Kaiser, das Karolinum nicht weder zu einem Hospital umzugestalten, oder dasselbe niederzulegen zu lassen, weil eine bleibende Infamie daran haften würde.

Der Griff schon der religiösen Angelegenheiten betreffende, drang tief in das Leben des böhmischen Volkes ein und wurde, in der angestrebten Weise durchgeführt, einen Bruch zwischen der geistigen Entwicklung der Vergangenheit herbeiführen, trat diese Gefahr noch unmittelbarer ein, wenn alle bisherigen Vertreter des geistigen Lebens, alle wohlhabenden Adelleute und Bürger wegen Theilnahme am Aufstande zur Verantwortung gezogen wurden und man den Aufstand nicht nur an den Urheber, sondern an dem ganzen Lande strafte. Unter den kaiserlichen Räten gab es nur eine Meinungsverschiedenheit über das Mehr oder Minder der Rache, die man gegen die böhmischen Stände üben wollte; dass sie aber Alle getroffen werden sollten, dazu waren sie sammt und sonders entschlossen. Milde gegen die Besiegten anzuwenden, fiel Niemandem ein und es hätte dies auch nur dann ein günstiges Resultat zur Folge gehabt, wenn der Kaiser in den religiösen Angelegenheiten sämtlichen Wünschen der Protestanten nachgegeben, also alle jene Handlungen unterlassen hätte, durch die der Aufstand zum Theil herbeigeführt worden war. Hätten die Utraquisten verziehen und nicht gleichzeitig ihr ganzes inneres Wesen umgestaltet, so hätten sie damit nichts anderes erzielt, als dass die Besiegten bei günstiger Gelegenheit wieder zum Angriffe übergegangen wären. Der Kampf hatte den Hass in der Art gefesselt, dass er nur in dem Untergange eines der Gegner Befriedigung fand und da ist es begreiflich, dass die Sieger sich diese Befriedigung verschafften. Der Rathschlag Slawata's zur Confiscation zu schreiten, wurde also von allen wiener Räten geheissen und jetzt in den Einzelheiten ausgearbeitet. Man

hielt sich an die Versprechungen nicht gebunden, die der Herzog von Baiern den Ständen gegeben hatte, man wollte weder das Leben noch das Vermögen derselben schonen und nur hierdurch durch gebieterische Rücksichten gezwungen in beidem Masshalten. Alle Theilnehmer an dem Aufstande sollten vor Gericht gefordert und nach Massgabe ihrer Schuld gestraft werden. Unter den Schuldigen stellte man drei Kategorien auf: als Minder-schuldige sollten jene angesehen werden, die nichts anderes gethan hatten, als dass sie dem Pfalzgrafen als König von Böhmen huldigten; man wollte also keine Rücksicht darauf nehmen, dass manche Personen, namentlich die Katholiken, dies nur aus Furcht thaten und gern bereit waren, Ferdinand, den sie innerlich nie die Treue gebrochen hatten, wieder anzuerkennen. Ihr unfreiwilliges Vergehen sollte damit bestraft werden, dass ihr Besitzstand verschlechtert, ihre Allodialgüter entweder in Lehensgüter verwandelt oder zu Zinsgütern erklärt und von denselben neben den sonstigen Steuern noch ein bestimmter Zins hoch zu bemessender Zins bezahlt werden sollte. Man berechnete, dass aus diesem Zinserträgniss nicht blos der Unterhalt der in Böhmen garnisonirenden Truppen gedeckt werden könnte, sondern dem Kaiser noch ein ansehnlicher Ueberschuss bliebe würde.

Schlimmer sollte es der zweiten Kategorie gehen. Zu derselben wurden diejenigen gerechnet, die vor dem Ausbruch des Aufstandes ein Amt bekleideten und die durch den Anschluss an die revolutionäre Bewegung ihre Pflicht gegen Ferdinand in doppelter Weise, als Unterthanen und als Beamte, verletzt hatten. Ihnen sollte zwar das Leben geschenkt, aber ihr ganzer Besitz konfiszirt werden. Zu derselben Kategorie wurden auch jene gezählt, die von der revolutionären Regierung in irgend einem Dienste, der jedoch keine hervorragende Bedeutung haben durfte, verwendet worden waren. Einer der wiener Räte riet jedoch zu milderer Behandlung dieser Art von Schuldigen, er empfahl, dass man den Betreffenden bloss den halben Besitz konfisciren und sie zur Auslösung dieser Hälfte verpflichten, die andere Hälfte aber mit einem hohen Zinse belasten sollte. Er empfahl die Annahme dieses Vorschlages schon aus dem Grunde, weil er dem Kaiser ein besseres Erträgniss liefern würde,

wenn man unterschiedslos zur Confiscation greife, weil beim Kaufe so grosser Gütermassen kaum die Hälfte des Werthes erzielt werden würde.

Das schlimmste Schicksal sollte die dritte Kategorie der Verurtheilten treffen: die hervorragenderen Theilnehmer an dem Aufstande. Sie sollten nicht nur alle ihre Güter und Häuser confiscirt werden, sondern eine Anzahl von ihnen sollte auch mit dem Leben bedacht werden, wobei man den Bürgerstand mit dem Vorzuge bedachte, die Mitglieder desselben in besonders barbarischer Weise hingerichten zu lassen. Diejenigen, welche nicht hingerichtet wurden, sollten vom Kaiser bei Gelegenheit seiner Ankunft in Prag lebenslänglichem Gefängnisse begnadigt werden. — Man sollte nur diejenigen, die während des Aufstandes aus Böhmen verbannt oder vertrieben waren — und die Zahl dieser Personen war äusserst gering — sollten sich ihres Besitzes erfreuen dürfen, dagegen sollten die übrigen Bewohner des Landes, Gutsbesitzer und Bürger, in ihrem Vermögen geschädigt werden. Es hing nur von dem Wohl- oder Uebelwollen der mit der Untersuchung beauftragten Commission ab, ob nicht alle Bewohner des Landes zur zweiten Kategorie gerechnet wurden, da sich kaum die Katholiken erwehren konnten, dass sie sich durch keine bestimmte Handlung compromittirt hätten.

In weiterer Folge erörterte das Gutachten die Art und Weise, wie sich Ferdinand den Reichthum des Landes nutzbar machen könnte, ohne an die Bewilligung der Stände gebunden zu sein. Es wurde ihm angerathen, nicht nur die Schulden der besiegten Regierung nicht anzuerkennen, sondern auch die Abzahlung der von seinen Vorfahren kontrahirten Anlehen abzusagen und nur bezüglich jener Schuldverschreibungen eine Ausnahme zu machen, die im Besitze seiner treuen Anhänger verbleiben sollten. Die Bier- und Haussteuer sollte zu einer neuen Steuer erklärt werden, so dass ihre Bewilligung nicht mehr zu den Befugnissen des Landtages gehören sollte. Wenn wir einzelne minder wichtige Rathschlüsse mit Stillschweigen übergehen, bemerken wir nur noch, dass dem Kaiser gerathen wurde, die confiscirten Güter zur Bezahlung der rückständigen Steuern und zur Entlohnung der getreuen Dienste seiner Soldaten zu verwenden. Die letzten Worte deuten die Sehnsucht

der kaiserlichen Rätthe nach dem Besitze der Güter sattam an, und in der That hat Ferdinand mit Vernachlässigung der wichtigsten Interessen seinen Dienern gestattet, sich in Böhmen zu bereichern. Von Sparsamkeit oder von Sorge für seine Finanzen war bei ihm keine Rede und so beachtete er auch nicht den Rathschlag des Grafen Khevenhiller, der dahin lautete, dass er keines der konfiscirten Güter verschenken, sondern höchstens ein und das andere Gut einem seiner Günstlinge auf Lebenszeit einräumen solle. *)

Um späteren Angriffen gegen die neugestärkte Königsmacht zu begegnen, rieten die kaiserlichen Rätthe schliesslich, dass einige Plätze befestigt und mit Besatzungen versehen werden sollten über die allein dem Könige das Kommando zustände. Zu diesem Behufe wurde die Anlage zweier Citadellen bei Prag empfohlen und ebenso sollten Pilsen, Tabor und Glatz als Festungen unterhalten werden. Dieser Rathschlag hatte seine gute Seite denn nur dadurch, dass die oberste Staatsgewalt in den letzten Jahrhunderten über die nöthigen Truppen gebot, ist sie der mittelalterlichen Aufstände Herr geworden, hat die Uebermacht des Adels gebrochen und das geordnete Staatswesen der Neuzeit angebahnt. Nur ein Umstand war für Böhmen bedenklich die wiener Rathgeber dachten nicht entfernt daran, der Besatzung den Charakter eines böhmischen Landesheeres zu geben, sie sollte einen Theil der nach dem Belieben des Kaisers zusammengesetzten Gesamttarmee bilden, die ganz den Charakter eines gefügigen Werkzeugs hatte, denn sie war weder deutsch noch slawisch, sondern nach ihren Befehlshabern und Oberoffizieren vorwiegend romanisch. Die Selbständigkeit des böhmischen Staatswesens, die im Laufe des 16. Jahrhunderts mannigfach angetastet wurde, sollte jetzt in der Wurzel getroffen werden und konnte durch weitere Verfügungen, die man in Wien zweckmässig fand und die jedenfalls nicht die selbständige und nationale Entwicklung des Landes im Auge hatten, völlig zum Falle gebracht werden. Die traurigen Folgen der

*) Khevenhiller. Annales Ferdinandi IX. p. 1233

**) Die eine Citadelle sollte auf dem Laurenziberg die andere auf dem Wyschehrad angelegt werden.

iederlage auf dem weissen Berge traten jetzt offen hervor. Es bestand für Böhmen nicht etwa darin, dass der Aufstand abgeworfen wurde, sondern darin, dass der Grundbesitz und die Regierung in feindliche Hände überging und dadurch ein Umschmelzen in der Entwicklung des Landes eingeleitet wurde, wie wir einen solchen hier und da nur im Beginne des Mittelalters beobachten können.

Man hatte sich bei Hofe auch mit der Frage beschäftigt, ob Ferdinand nicht nach Böhmen reisen und durch seine Gegenwart schneller eine gewisse Ordnung herbeiführen solle. In dem Gutachten wurde die Reise widerrathen, zum Theil weil die Kaisers Anwesenheit in Wien wegen der von Mähren und Ungarn drohenden Gefahr nothwendig sei, zum Theil weil es nicht passend wäre, wenn er in Böhmen erschiene, bevor den Führern der Rebellion das Urtheil gesprochen wurde. Der Kaiser müsste bei seinem Erscheinen Gnade walten lassen und das dürfe er nicht. Es sei demnach am besten, wenn er statt seiner eine hervorragende Person nach Böhmen sende, unter deren Aufsicht die Untersuchung und Verurtheilung der am Aufstande Betheiligten vor sich gehen könnte. Man wollte den Herzog von Baiern, trotzdem er bereits nach München zurückgekehrt war, mit dieser Mission beauftragen und im Falle der Ablehnung ihn ersuchen, seinen Bruder, den Herzog Albrecht, an seiner Stelle zu schicken. Von der Belassung des Fürsten von Liechtenstein in seiner Stellung als Vertreter des Herzogs von Baiern wollte man also zu dieser Zeit nichts wissen.

Als man in Wien mit dem Gutachten fertig wurde, war man sich der Tragweite der beabsichtigten Massregeln wohl bewusst und hatte deshalb nicht den Muth, sie ohne weitere Berathungen und Erkundigungen durchzuführen und namentlich durfte man dies nicht ohne Zustimmung des Herzogs von Baiern wegen seiner den böhmischen Ständen gemachten Versprechungen thun. Aber auch abgesehen von dieser Rücksicht war es gut, den Rath Maximilians einzuholen, da er in hervorragender Weise seine Fähigkeiten bewährt und einen tiefen Einblick in das Regierungswesen bekundet hatte. Der Kaiser beschloss deshalb den Grafen von Hohenzollern Präsidenten, des Reichshofrathes

und den Reichshofrath Hegenmüller mit dem Gutachten an den Herzog zu schicken und seine Meinung über dasselbe einzuholen. Wenn sein Vetter Anstand nehmen würde, dieselbe in einer so wichtigen Angelegenheit schriftlich abzugeben, so sollten sie ihn versichern, dass der Kaiser das Geheimniss streng bewahren werde. *) Auch sollten sie ihn ersuchen, nach Böhmen zurückzukehren und die Durchführung der angedeuteten Massregeln in die Hand zu nehmen. Die wiener Räthe wollten den Hass, den dieselbe im Gefolge haben würde, auf den Herzog als ihren Urheber wälzen und hatten so ein falsches Spiel im Auge; Ferdinand richtete dieses Ansuchen an Maximilian jedoch gewiss nicht aus diesem hinterlistigen Grunde, sondern weil er die staatsmännische Einsicht des Herzogs bewunderte und auf sichern Erfolg rechnete, wenn der letztere sich der Regierung in Böhmen noch weiter annahm. Die beiden Gesandten hatten auch den Auftrag, die Zustimmung des Herzogs zur Aechtung des Pfalzgrafen einzuholen.

Hohenzollern und Hegenmüller, die Wien ungefähr am 1620 12. December verliessen, reisten zuerst nach Passau, wo sie sich mit den Herren von Sternberg, Slawata und Martinic besprechen und sie um ihre Meinung über die dem Herzog von Baiern vorzulegenden Punkte befragen sollten. Leider sind wir nicht in der Lage, über den Inhalt der ihnen zu Theil gewordenen Antwort berichten zu können. In München angekommen, wurden sie vom Herzog freundlich empfangen und konnten ihm unverweilt die Wünsche des Kaisers vortragen. Maximilian erkannte die Schwere der Verantwortung, die man in den böhmischen wie in den Reichsangelegenheiten (bezüglich der Aechtung des Pfalzgrafen) auf seine Schultern wälzen wollte, und verhandelte deshalb mit seinen Räthen wiederholt über jede einzelne Frage. Die Gutachten der Herren von Sternberg, Slawata und Martinic wurden von ihnen zu Rathe gezogen und endlich übte auch ein Brief des Kurfürsten von Köln einen Einfluss auf ihre Entscheidung. Der Kurfürst hatte schon am

*) Sächs. StA. Zeidler an Schönberg dd. 2./12. Dec. 1620. — Wiener StA. Ferdinand an Hohenzollern und Hegenmüller dd. 17. Dec. 1620. — Ebend. Instruction für Hohenzollern und Hegenmüller dd. 12. Dec. 1620

November dem Herzog geschrieben, dass man sich mit der ¹⁶²⁰ Eile beeilen solle, denn wenn man von kaiserlicher Seite die Vermittlung einiger Könige und Fürsten zulassen würde, so könnte man sich kaum weigern, den Pfalzgrafen in seinen erblichen Besitz zu restituiren, so lange ihm die Kur nicht genommen sei. Man müsse deshalb auf alle Weise hüten, dass derjenige, der bisher an der Spitze der Gegner des Kaiserhauses gestanden sei, strafflos ausgehe und bei nächster Gelegenheit noch ärgeres versuche.*)

Auf Grund aller dieser Berathungen, Gutachten und Rathschläge ertheilte der Herzog dem Kaiser nachstehende Antwort. In der Religionsfrage riet er, dass man alles den Katholiken überlasse. Unrecht wieder gut machen, sich aber mit der Unterdrückung der Protestanten nicht allzusehr beeilen, sondern den Umständen zügelnd möge, bis die Verhältnisse sich günstiger gestalten würden; nur gegen die Anhänger der Brüderunität und gegen die Calviner könne man rücksichtslos auftreten. In diesem Punkte bestand also zwischen dem Kaiser und dem Herzog keine besondere Meinungsverschiedenheit, die Ziele waren dieselben und nur in der Durchführung empfahl der Herzog ein schrittweises Vorgehen und dieser Rath wurde später thatsächlich befolgt. Auch gegen die vom Kaiser beabsichtigte Confiscation erhob Maximilian keinen Einwand und verzichtete sonach darauf, dass sein den böhmischen Ständen gegebenes Versprechen eingehalten werde, wenn gleich er eine gewisse Schonung empfahl. Nach seiner Ansicht sollten die obersten Rädelsführer mit dem Tode und der Confiscation ihrer Güter gestraft werden, auch jene, die dem Kaiser durch ein Amt verpflichtet gewesen waren, sollten, selbst wenn sie sich beim Aufstande nicht in erster Linie hervorthaten, ihre Güter verlieren, jene aber, die sich dem Pfalzgrafen bloss angeschlossen hatten, nur mit der Confiscation eines Theils ihrer Güter bestraft werden. Allerdings kam es darauf an, wie hoch man diese Strafe bemessen wollte, und hierin gingen die Anschauungen Maximilians und der wiener Staatsmänner jedenfalls auseinander. Bezüglich der Organisirung der Vertheidigungsmittel in Böhmen

*) Münchener StA. Kurköln an Maximilian dd. 25. Nov. 1620.

schloss sich der Herzog dem wiener Gutachten an, er riet zur Errichtung zweier Citadellen bei Prag, zur Befestigung mehrerer wichtig gelegener Städte und zur Errichtung einer zahlreichen Leibgarde oder mit anderen Worten einer stehenden Truppe, welche die Rechte des Königs gegen alle Angriffe vertheidigen sollte. Mit den confiscirten Gütern empfahl er hauszuhalten und sie nicht zu verschenken, sondern zum Nutzen des Königs verwalten zu lassen, später könne man wohl einige hochverdiente Personen mit einzelnen Gütern begnadigen, aber gegenwärtig nicht, weil man sich der Bittsteller kaum erwehren würde. Die Uebernahme der Regierung in Böhmen lehnte Maximilian ab und schlug hiefür den Bischof von Würzburg oder den eben bei ihm weilenden Reichshofrathspräsidenten, den Grafen von Hohenzollern, vor.*) In der Aechtungsfrage stimmte er gegen den Pfalzgrafen, wie wir dies schon berichtet haben.**)

Noch eine Angelegenheit kam zwischen dem Grafen von Hohenzollern und dem Herzoge zur Sprache, und diese betraf Oesterreich. Der Kaiser wünschte die Huldigung der Oberösterreicher persönlich in Empfang zu nehmen und verlangte, dass Maximilian diesen Act durch seine Gegenwart verbeserliche. Der letztere lehnte jedoch nicht bloss sein Erscheinen ab, sondern wollte auch nichts davon wissen, dass der Kaiser sich huldigen lasse, so lange ihm seine Vorschüsse nicht zurückgezahlt seien.***) Er widerrieth auch bezüglich Oberösterreich die unmittelbare Unterdrückung der Anhänger der augsburger Confession, weil man vorläufig Sachsen schonen müsse und mittlerweile den Katholiken in mancherlei Weise aufhelfen könne. †)

Bei Gelegenheit seiner Anwesenheit in München traf der Graf von Hohenzollern mit dem aus dem vorjährigen Kriegszuge berühmten P. Dominicus zusammen, und besprach sich

*) Wiener StA. Max an Ferdinand dd. 13. Jan. 1621 und andere Schriftstücke. — Münchner StA. Concept der zu erthellenden Antwort.

***) Bd. III. S. 425.

***) Wiener StA. Die österreichischen Gesandten an Maximilian. Ohne Datum. — Ebend. Antwort der geheimen bairischen Kanzlei an die Gesandten dd. 10. Jan. 1621.

†) Wiener StA. Erklärung der bairischen Kanzlei dd. 9. Jan. 1621.

a mit ihm über die in Böhmen zu ergreifenden Mass-
 In. Die Rathschläge des Mönches mahnten an seine spani-
 Heimat. Der Kaiser sollte alle hervorragenden Theilnehmer
 dem Aufstande sofort hinrichten lassen, die Utraquisten ent-
 nen, Vorkehrungen gegen weitere Aufstände treffen und
 alb in Prag ein Fort erbauen lassen; er stimmte also so
 dlich mit den Anschauungen der wiener Staatsmänner über-
 und Hohenzollern erfuhr eigentlich nichts Neues von ihm.
 Art und Weise aber, wie Dominicus seine Ansichten vor-
 hte, machte auf den Grafen den tiefsten Eindruck. Der
 er mag es an Mahnungen und Warnungen nicht haben
 en lassen, er mag den unbedingten Eintritt einzelner seiner
 hmassungen prophezeit und nicht so sehr im Tone eines
 agebers als eines von Gott erleuchteten Propheten gesprochen
 en, so dass der Graf seine Aussprüche für Offenbarungen
 heiligen Geistes ansehen zu müssen glaubte. Er ersuchte ihn,
 a Wien zu reisen, um seine Rathschläge dort zu ertheilen.
 haben erzählt,*) dass Dominicus dieser Aufforderung nach-
 a und von dem Kaiser in der ehrerbietigsten Weise empfan-
 wurde, und wenn er vielleicht auf Ferdinand nicht einen
 tiefen Eindruck machte, da dieser selbständig zu ähn-
 len Beschlüssen gekommen war, wie der Mönch sie anriet,
 mag derselbe bei ihm den letzten Zweifel an der Richtigkeit
 eingeschlagenen Politik verscheucht haben.**)

II

Nachdem man in Wien die im Ganzen zustimmende Er-
 rung Maximilians erlangt hatte, war man entschlossen, den
 wichtigsten Schritt zu thun und sich mit der Prozessirung der
 Haupt des Aufstandes zu beeilen. Auf den Rath des Herzogs,
 den Vorsitz bei diesen Prozessen und die Uebernahme der
 amischen Verwaltung abgelehnt und hiefür den Bischof von
 Arzburg oder den Grafen von Hohenzollern vorgeschlagen

) Band III.

) Wiener StA. Hohenzollern an Ferdinand II dd. 10. Jan. 1621.

andely, Der pfälzische Krieg.

hatte, ging man nicht ein. Die kaiserlichen Geheimräthe waren jetzt wieder der Ansicht, dass der Kaiser nach Böhmen gehen solle, dass unter seinem Vorsitz die Urtheilssprüche gefällt und während seiner Anwesenheit durchgeführt werden müssten, und rieten deshalb einstimmig, dass sich Ferdinand so rasch als möglich nach Prag verfüge.*) Die grosse Kälte verhinderte vorläufig die Durchführung dieses Beschlusses.

Die Prozesse selbst hatte man in Wien schon Anfangs December vorbereitet, indem man dem Fürsten von Liechtenstein am 11. dieses Monats den Befehl gab, auf die Haupttheilnehmer des Aufstandes, die im blinden Vertrauen in Prag zurückgeblieben waren, ein aufmerksames Auge zu haben und diejenigen in Haft zu nehmen, die allenfalls würden entfliehen wollen und in gleicher Weise zu verhüten, dass irgend welche Schätze ins Ausland in Sicherheit gebracht würden.***) Trotz der Klagen die von einigen Fanatikern gegen Liechtenstein erhoben wurden zeigte er sich durch die Strenge seines Auftretens für den Posten geschaffen, auf den man ihn vorläufig belassen wollte. In einer Reihe von Verordnungen suchte er den gegen die Rebellen vorbereiteten Schlag recht wirksam zu gestalten und verbot deshalb unter anderem die Ausfuhr von Geld und Geldeswerth und versprach eine Entlohnung demjenigen, der die versuchte Ausfuhr derartiger Werthsachen zur Anzeige bringen würde. Da man vermuthen stand, dass einzelne Flüchtlinge oder sonst in den Aufstand verwickelte Personen ihre Habseligkeiten den Juden zur Aufbewahrung gegeben hatten, wie dies Wilhelm von Lobkowitz thatsächlich gethan, so forderte er die Juden zur Herausgabe aller ihnen anvertrauten Gegenstände auf. Schon in den ersten Tagen des Monats December hatte er die Güter und Habseligkeiten flüchtiger Personen mit Beschlag belegen lassen und so die Confiscation faktisch in Scene gesetzt; auch einige wenige Personen, die aber nur dem Bürgerstande angehörten, wie den Dr. Jessenius, in Haft genommen und später sogar auf dem Marktplatz der Altstadt einen hohen Galgen errichten und ähnliche Vor-

*) Wiener StA. Protokoll der Berathung der Geheimräthe.

***) Wiener StA. Ferdinand an Liechtenstein dd. 1. Dec. 1620. Der Befehl wurde am 11. und 24. Dec. wiederholt. — d'Elvert II, 4 u. 7.

tungen auf der Neustadt und Kleinseite treffen lassen, die ihm vorläufig nur als Schreckmittel dienten.*)

Die Massnahmen Liechtensteins fanden die Billigung der Regierung, aber man glaubte trotzdem seinen Eifer anzuwenden zu müssen und wiederholte deshalb den schon einmal gegebenen Befehl, dass er auf den Besitz der Rebellen ein besonderes Auge haben und sich ihrer Personen versichern solle, wenn sie im Verdacht ständen, entfliehen zu wollen. Die Strenge machte sich auch in einer Weisung an Marradas geltend. Der Oberst hatte berichtet, dass er jene Edelleute, die zur gehörigen Zeit, also vor der Schlacht auf dem weissen Berge, ihre Unterwerfung angezeigt hatten, in Gnaden aufgeben und sie ihrer Güter versichert, die Güter jener, die es unterlassen, aber konfisziert habe. Nun kämen viele der Rebellen zurück und verlangten in ihren Besitz wieder eingesetzt zu werden und er frage deshalb an, was er thun solle. Er wurde geantwortet, dass die Confiscation aufrecht zu halten sei und dass er auch Unrecht gethan habe diejenigen, die sich zur gegebenen Zeit unterworfen hätten, ihrer Güter zu versichern, er solle sie auf die kaiserliche Entschliessung verweisen sollen.**)

Er tadelte auch den Fürsten von Liechtenstein, dass er die Mittheilnehmer an dem Aufstande noch nicht verhaftet habe; er hatte ihm zwar noch keinen derartigen Befehl zugeschickt, er hatte den Wunsch angedeutet und da er säumte, demselben nachzukommen, so sprach ihm der Kaiser sein Befremden darüber aus.

Liechtenstein entschuldigte seine Lässigkeit damit, dass er sich nicht von Maximilian ertheilten Versprechungen, der die Stände der Sicherheit ihres Lebens und ihrer Güter versichert hatte, nicht habe mit Achtung treuen können, weil sich seither Niemand etwas habe anrechnen lassen. Der Herzog hatte ihm seine Stellung

*) Liechtenstein an den Kaiser dd. 9. Dec. 1620. d'Elvert II. — Ebend. dd. 8. 7. Liechtenstein an Ferdinand dd. 23. Dec. 1620. — Sächs. StA. Aus Prag dd. 10. Dec. 1620. — Ebend. aus Prag dd. 26. Dec. 1620. Archiv der Stadt Prag. Patent Liechtensteins dd. 9. Febr. 1621. — Liechtenstein an Ferdinand dd. 11. Dec. 1620. d'Elvert II.
**) d'Elvert II. Marradas an den Kaiser dd. 27. Dec. 1620. — Ebend. Ferdinand an Marradas dd. 3. u. 12. Januar 1621.

lung noch zu Beginn des neuen Jahres erschwert, indem er an Tilly den Befehl ergehen liess, jene Edelleute gegen alle Bedrückungen zu schützen, die sich unterworfen hatten, ein Befehl, der eigentlich im Widerspruch mit der Erklärung stand, die er an den Grafen Hohenzollern gelangen liess und in der er die Rebellen der Rache des Siegers preisgab. In Böhmen wusste man nichts von dieser Anbequemung an die kaiserliche Politik, wohl aber von dem Befehl, den Maximilian an Tilly abgeschickt hatte*) und deshalb fühlte sich Liechtenstein in der Freiheit seines Auftretens doppelt beschränkt. Der Fürst bemerkte auch in seinem Schreiben an den Kaiser, er wisse nicht, wie er vorgehen solle: wenn er alle Schuldigen auf einmal verhaften würde, so reichten dazu die Gefängnisse nicht aus, und wenn er einzelne in Haft nähme, so diene dies den übrigen zur Warnung und beschleunige ihre Flucht. Er widerrieth deshalb in Eile, weil von den in Prag wohnenden Edelleuten nichts mehr zu befürchten sei; ihr Muth sei gebrochen und ihr Ansehen demmassen gesunken, dass sie von ihren früheren Anhängern nur verspottet würden und mit Schmach ihr Leben fristeten.***) Endlich sei in Erwägung zu ziehen, ob es schon jetzt an der Zeit sei mit äusserster Strenge aufzutreten, da man in Schlesiens und Mährens noch nicht versichert habe. Trotz dieser selbstgemachten Einwurfe schickte er dem Kaiser eine Liste derjenigen Personen zu, denen er den Prozess machen wollte, was ihm dies befohlen würde. Ob diese Liste alle die Namen enthalte, die man in Wien darin zu sehen wünschte, wissen wir nicht; jedenfalls fehlte der des Grafen Andreas Schlick, da Liechtenstein die Begnadigung desselben befürwortete. Er wurde zu diesem Schritte durch ein klägliches Schreiben bewogen, das Schlick von Görlitz aus, wo er als lausitzer Landvogt weilte, an ihn gerichtet hatte, worin er mit den beweglichsten Worten die kaiserliche Verzeihung und die Schonung seines Besitzes oder dessen theilweise Uebertragung an seine Frau erflehte und sich zur Dämpfung des Aufstandes in der Lausitz anbot. Der Fürst war dieser Bitte nachgekommen, er räumte der Gräfin zwar nicht einen Theil

*) Münchner StA. Maximilian an Tilly dd. 2. Jan. 1621.

**) d'Elvert II, 11. Liechtenstein an Ferdinand II dd. 17. Jan. 1621.

Güter aber doch einen Meierhof ein und forderte Schlick sich dieser Gnade durch sein weiteres Verhalten würdigen zu machen. Er versprach ihm, sich bei dem Kaiser für ihn zu wenden und liess ihn eine wenn nicht gänzliche so doch theilweise Begnadigung hoffen.*)

Liechtensteins Vorstellungen wurden in Wien nicht beachtet, insofern mässigte man den Eifer, dass man nicht sofort gegen alle diejenigen, deren Güter man zu confisciren gedachte, einen Prozess zu eröffnen befahl, sondern vorläufig nur gegen diejenigen, die man zugleich am Leben strafen wollte. Am 6. Februar 1621 schickte der Kaiser dem Fürsten von Liechtenstein ein Verzeichniss derjenigen Personen zu, die er verhaften lassen sollte; unter denselben befanden sich die Namen der Direktoren und 32 anderer Personen, von denen jedoch nicht alle eingezogen werden konnten, da sich mehrere rechtzeitig geflüchtet hatten. Zugleich fügte der Kaiser, dass 29 namentlich benannte, zumeist dem böhmischen Adel angehörige Personen das Gelöbniss leisten sollten, dass sie sich bei sonstigem Verlust ihres Lebens und Vermögens von ihren Häusern in Prag nicht entfernen würden.**)

Dieser Befehl wurde am 7. Februar nach Prag geschickt, gelangte aber durch eine seltsame Unvorsichtigkeit nach Dresden und wurde erst von dort aus dem Fürsten übermittelt, so dass er ihn nicht früher als am 20. Februar erhielt. Er berief alsbald 1621 den Generallieutenant Tilly, den Obersten Waldstein und den Generalkommissär Michna zu sich und beriet sich mit ihnen über die zu ergreifenden Vorsichtsmassregeln. Nachdem sie zum Verständniss gelangt waren, sandte er an die Herren und Ritter, die er in Haft zu nehmen gedachte, den Befehl, dass sie sich um die zweite Nachmittagsstunde bei ihm einfänden sollten, weil er ihnen ein Dekret des Kaisers bekannt geben wolle. In gleicher Weise wurde den Königsrichtern der prager Stadt aufgetragen, die betreffenden Personen aus dem Bürgerstande auf dieselbe Zeit vorzuladen und sich dabei desselben Bedarfs zu bedienen.***)

*) Sächs. StA. Joachim Andreas Schlick an Liechtenstein dd. 17. Jänner 1621. — Ebend. Liechtenstein an Schlick dd. 5. Febr. 1621.

**) d'Elvert II, 21. Ferdinand an Liechtenstein dd. 6. Febr. 1621.

***) d'Elvert II, 30. Liechtenstein an Ferd. dd. 23. Febr. 1621. — Skála V, 40.

Man erzählt, dass die Direktoren durch Tilly gezwungen auf diese Weise zur Flucht vor dem drohenden Schicksal gezwungen worden seien. Es ist immerhin möglich, dass die Flucht war und dass Tilly der Verletzung des von seinen abgegebenen Versprechens zurückkommen wollte, allein so als die Statthalter die an sie ergangene Warnung berücksichtigten und trotz derselben vor dem verhängnisvollen Feind die Sitzungssaal betreten, so wenig thaten dies die Direktoren und ihre Anhänger. Alle Personen, die vorgeladen wurden, in Prag anwesend und nicht durch Krankheit hindert waren, erschienen zu der angegebenen Stunde entweder vor dem Fürsten von Liechtenstein oder vor den Königlichem wo ihnen eröffnet wurde, dass sie wegen Hochverrats in Haft genommen werden müssten. Man kann sich denken, wie klemmend diese Mittheilung für die Einzelnen war und wie Anklagen und Vorwürfe in ihrem Inneren laut wurden: sie gaben sie jedoch davon keine Kunde, sondern nahmen die gemachte Anzeige ohne Bemerkung auf und liessen sich in die ihnen zugewiesenen Gefängnisse abführen. Im Jahre 1621 in Thurin wurden die Herren Wilhelm von Lobkowitz, Baron Paul von Ríčan, Kaspar Kaplir, Prokop Dwořecký, Bohuslav Michalovic, Felix Pétipeský, Dionys Černin und einige später der auf dem Lande verhaftete Christoph Harant gebracht. Die dem Bürgerstande angehörigen Personen waren auf den drei prager Rathhäusern eingekerkert, unter ihnen eine hervorragendere Bedeutung nur Martin Fruewein, Tilman Sixt von Ottersdorf, beide Mitglieder der Direktorialregierung und der berühmte Arzt Dr. Jessenius ein. — Der Fürst nahm fünf Personen mehr in Haft genommen, als ihm aufgetragen worden war, zwei dagegen in Freiheit gelassen, weil er glaubte, dass ihr Verhalten während des Aufstandes sie für eine bessere Behandlung empfehle. Da er am 20. Februar nicht allerhaft werden konnte, denen er den Process machen sollte, so er in der Stadt und auf dem Lande fleissig nach den Fehlfahrenden und so wurden im Laufe des Monats März diejeni- gen Stande gebracht, die sich nicht durch die Flucht gerettet ha-

*) Skála V, 21.

Die Verhaftungen machten im ganzen Lande auf die höheren Gesellschaftskreise einen niederschmetternden Eindruck, den stärksten natürlich auf die Verhafteten. Nur die Ueberzeugung, dass ihnen das von dem Herzoge von Baiern gegebene Verprechen, welches sie gegen jede Leibesstrafe sicherte, gehalten werden würde, hatte sie von einem Fluchtversuch abgehalten, der, trotzdem man seit Wochen auf sie ein wachsames Auge hatte, den meisten gelungen wäre. Ihre frühere Entschlossenheit schwand jetzt ganz, so dass wenige Tage der Haft hinreichten, um die stolzen Barone zu flehentlichen Bittstellern umzuwandeln. Sie wandten sich an den Kurfürsten von Sachsen mit einer Zuschrift, worin sie ihn um seine Verwendung beim Kaiser ersuchten, auf dass dieser ihnen ihre „Verbrechen“ verzeihe, sie wieder zu Gnaden aufnehme und ihnen den weitem Nutzen ihrer Güter verstatte. Unterschrieben war diese Zuschrift von neun Direktoren aus dem Herrn- und Ritterlande, darunter auch von Budowec.*) Die Unterschrift Wilhelms von Lobkowitz fehlte nur aus dem Grunde, weil er sich einige Tage vorher mit einer ähnlichen Bitte an den Kurfürsten gewendet hatte, wobei er betheuerte, dass er an dem Fenstersturze keinen Antheil gehabt und bei dem Aufstande nur dem Zwange nachgegeben habe.**) Da das Gesuch kein Resultat hatte, erneuerte er es vier Wochen später, und für die übrigen Direktoren thaten dies ihre Frauen, indem sie sowohl an den Kurfürsten, wie an seine Gemahlin ein höchst demüthiges und unterwürfiges Bittgesuch richteten.***) Alle diese Bitten waren doch vergeblich und ebenso vergeblich flehten mehrere Edellanten den Herzog von Baiern um seine Vermittlung an, als der Process bereits mit einem schlimmen Ausgang drohte. Der neue in Brandeis eingesetzte Hauptmann spottete über diese Bemühungen und bemerkte in seiner Schadenfreude, dass Gott selbst die Gefangenen nicht aus den kaiserlichen Händen befreien könnte.†)

*) Sächs. StA. Die neun Direktoren an Kursachsen dd. 6. März. 1621.

***) Sächs. StA. Wilhelm von Lobkowitz an Kursachsen dd. 27. Febr. 1621.

*) Ebend. Die Frauen der Direktoren an den Kurfürsten und seine Frau dd. 27. März 1621. — W. v. Lobkowitz an Kursachsen dd. 24. März 1621.

†) Skála V, 67.

Die Regierung suchte nun mit List und Gewalt auch derjenigen Rebellen habhaft zu werden, die sich aus dem Bereiche ihrer Wirksamkeit entfernt hatten und die voraussichtlich der an sie ergangenen Vorladung nicht folgen würden, doch gelang ihr dies nur bei einer einzigen Person und zwar bei dem Grafen Schlick. Nachdem derselbe sich bemüht hatte, die lausitzer Stände zur Unterwerfung unter den Kaiser zu bewegen, um sich dadurch seine eigene Begnadigung zu verschaffen, entfernte er sich aus Görlitz, als sich die Oberlausitz dem Kurfürsten von Sachsen unterworfen hatte, weil in dem betreffenden Vertrage seiner nicht gedacht und ihm sonach der Pardon nicht zugesichert wurde und flüchtete sich nach Friedland (in Böhmen) zu seinem Schwager, dem Herrn von Redern, der den Kampf zu Gunsten des Pfalzgrafen fortgesetzt hatte, aber Angesichts der trostlosen Lage der Dinge von demselben ablassen musste. Schlicks Aufenthalt wurde dem Kurfürsten von Sachsen verrathen, der nun eine Reiterschaar zu seiner Gefangennehmung abschickte. Vielleicht wäre der Anschlag misslungen, da der Graf trotz der vor dem Schlosse harrenden Reiter aus demselben hätte entfliehen können, allein ein gewisser Wolf von Lüttichau, den der Kurfürst von dem lausitzer Pardon ausgeschlossen hatte, suchte sich ihn dadurch zu verdienen, dass er in listiger Weise Schlicks Verhaftung herbeiführte.*) Der Gefangene wurde vorerst nach Görlitz und von dort nach Dresden gebracht, wo er durch einige Wochen in milder Haft gehalten wurde. Erzherzog Karl, der um diese Zeit als Gesandter des Kaisers in Dresden eintraf, mag seine Auslieferung betrieben haben,**) und so wurde derselbe, nachdem er und seine Frau vergeblich den Kurfürsten um Gnade angefleht hatten, am 13. Mai an die böhmische Grenze geführt und daselbst einer kaiserlichen Reitereskorte übergeben, die ihn nach Prag brachte, wo er gleich seinen übrigen Standesgenossen im weissen Thurme eingekerkert wurde.

In Wien hatten inzwischen lebhaftere Verhandlungen über das Tribunal stattgefunden, vor das man die Rebellen stellen

9. März
1621

1621

*) Die betreffenden Aktenstücke im sächs. St.A. — d'Elvert, Liechtenstein an den Kaiser dd. 16. März 1621.

***) d'Elvert II, Liechtenstein an Ferdinand dd. 2. April 1621.

te, da man den gesetzlichen Weg nicht betreten wollte, weil
 ler das Landrecht noch die städtischen Gerichte solche Ur-
 le gefällt hätten, wie man sie wünschte. Man musste auch
 um zu der Bildung eines ausserordentlichen Gerichtshofes
 e Zuflucht nehmen, weil man das Landrecht aufgelöst hatte,
 alle Beisitzer aus Gegnern der kaiserlichen Politik bestan-
 und eine neue Organisirung desselben noch nicht möglich
 . Aber nicht bloss von den böhmischen Gerichten, auch
 den böhmischen Gesetzen musste man Umgang nehmen,
 dieselben die Angeklagten gegen willkürliche Behandlung
 litzten, die Wahrung gewisser Processformen erheischten und
 urch den Process in die Länge ziehen konnten. Da man
 also weder durch die Gerichte noch durch die Gesetze
 Landes beengen lassen wollte, so entschloss man sich einen
 nderen Gerichtshof zusammenzustellen und demselben für
 Gerichtsverfahren eine eigene Norm vorzuschreiben.*)
 ch derselben sollte sich der Ankläger — einer aus den Mit-
 edern des Gerichtshofes — in keinen Beweis der von ihm
 gen die Angeklagten vorgebrachten Beschuldigungen einlassen,
 edern sich auf die Notorietät des Faktums und des dadurch
 wiesenen verbrecherischen Willens berufen und die Ver-
 theilung und Execution begehren. Die Richter sollten sich
 er raschen Procedur befleissen, den Angeklagten kein Mittel
 gestehen, wodurch der Process verlängert werden könnte, und
 darf gegen die Advokaten auftreten, denen ein oder der andere
 geklagte seine Vertheidigung übertragen würde. Gegen die
 chtigen und gegen alle verstorbenen Rebellen sollten sie die
 terconfiscation aussprechen.

Nun musste man zur Wahl der Mitglieder des Gerichts-
 Hofes schreiten. Man hätte denselben leicht aus solchen Per-
 sönlichkeiten zusammensetzen können, die Böhmen von Geburt waren,
 aber man fürchtete, in ihnen keine so gefügigen Werkzeuge
 zu finden, wie man sie brauchte, und deshalb entschloss man
 sich einigen böhmischen Beisitzern mehrere Reichshofrätthe und
 Beamte der niederösterreichischen Regierung, die sich durch

*) Archiv des Minist. des Innern in Wien, Instruction Ferdinands II für
 die Richter dd. 11. Febr. 1621.

keine Rücksicht der Verwandtschaft oder der Abstammung ihren Urtheilssprüchen beeinflussen liessen, beizugesellen. Böhmen wollte man zu diesem Amte die ehemaligen Statthalter Sternberg, Slawata und Martinic und den gleichfalls während des Aufstandes entflohenen Heinrich von Kolowrat berufen. Den genannten Personen diese Absicht kund zu machen, wurde, er sie den Kaiser, seine Wahl nicht auf sie zu lenken. Ma- alle Verurtheilungen ihnen zur Last gelegt und sie bescha- tionen ausgesprochen und die Familien ihrer Opfer an den- stab gebracht hätten; derartige Vorwürfe wollten sie ni- sich laden. Slawata wünschte seinen Gegnern wohl k- deres Schicksal, aber er wollte es doch nicht offen aussp- Martinic und Sternberg waren dagegen nicht von so rach- Gedanken erfüllt, wie sie durch den Gerichtshof verw- werden sollten und deshalb wollten sie auch nicht a- Werkzeuge gelten. Da Ferdinand ihre ablehnende Antw- nahm, so blieben die genannten Personen in Passau und- erst nach Böhmen zurück, als das Urtheil in dem gross- esse gesprochen und vollzogen war. Der Gerichtshof- schliesslich aus folgenden Personen: zum Präsidenten e- der Kaiser den Fürsten von Liechtenstein und zu seiner- vertreter den Oberstlandhofmeister Adam von Waldstei- Beisitzer fungirten der frühere Präsident des Appellationsg- Friedrich von Talmberg, der Hauptmann der prager Kl- Christoph Wratislaw von Mitrowic, drei Reichshofrätthe L- von Albenreit, Otto Melander und Johann Wenzel, drei- lationsrätthe Melchior Gniess von Kobach, Wenzel von F- pach, Daniel Kapper von Kapperstein und zwei Rät- niederösterreichischen Regierung Schwab und Paul von- Zugleich wurde bestimmt, dass die Richter die Verhan-

*) Wir müssen bemerken, dass Ferdinand II in einem Schreiben von Baiern dd. 11. Februar 1621, worin er ihm über diese Ern- Kunde gibt, zwei der angeführten Namen auslässt und dafür eine- den Otto's von Nostitz angibt. Alle Nachrichten, die wir jet- anderswo schöpfen, geben die im Texte angeführten Namen- glauben wir, dass der Kaiser seine Absicht bezüglich einzelner- später änderte.

t den Angeklagten, die der deutschen Sprache kundig seien, deutsch, mit den übrigen böhmisch führen sollten.

Als Liechtenstein erfuhr, dass er zum Präsidenten des Gerichtshofes ernannt worden sei, war er erbötig, das ihm übergebene Amt anzunehmen, wünschte aber, dass sich der Kaiser, noch immer seine Reise nach Prag verzögerte, in diese Zeit verfügen und dass das Endurtheil unter seinem Vorsitz gesprochen werden solle, da der Process zu grossartig sei, um nicht mit aller Feierlichkeit in Scene gesetzt zu werden. *) Einige Tage später änderte er jedoch seine Ansicht über die Eersprieslichkeit der Anwesenheit des Kaisers bei dem Endurtheil und hielt es zweckmässiger, wenn derselbe nicht nach Prag käme, vielleicht, weil allerlei Bedenken gegen das gewaltsame Verfahren in ihm auftauchten, wenigstens riet er, dass der Process nicht allzusehr beschleunigt, sondern die Executionen lieber bis zur vollständigen Unterwerfung Schlesiens verschoben werden sollten. Mit diesem Rathschlag stiess er aber auf Widerstand, dagegen seine Ansicht wegen Fernbleibens des Kaisers von diesem gutgeheissen wurde, da er sich mittlerweile entschlossen hatte nicht nach Prag zu reisen. **)

III

Am 13. März langten die in Wien ansässigen Mitglieder des Gerichtshofes in Prag an, ***) und am 15. konstituirte sich derselbe auf dem prager Schlosse, schritt zur Wahl zweier Sekretäre der Person des Reichshofraths Melander und des Appellationsraths Kapper und übertrug darauf einem böhmischen Edelmann Jibík Jenisek von Oujezd, der während des Aufstandes treu zum Kaiser gehalten hatte, das Amt eines Anklägers oder Prokurators. Einige Tage später veröffentlichte Liechtenstein den ersten Urtheilsspruch, indem er zweiundzwanzig während des Aufstandes verstorbene Personen ihrer Güter verlustig erklärte und jene, die Ansprüche auf dieselben erhoben (etwa als Gläu-

*) d'Elvert II, Liechtenstein an Ferdinand dd. 5. März 1621.

**) d'Elvert II, 46. Gutachten an den Kaiser.

*) Skála V, 57.

biger), zum Nachweis derselben aufforderte. In der Eile hatte man nur zwei und zwanzig Namen zusammengebracht, aber diese wogen schwer: es befanden sich unter ihnen der reichliche Peter von Schwamberg, der vor kurzem sein Vermögen noch beträchtlich vergrössert hatte, da er einen grossen Theil der rosenbergischen Güter geerbt hatte, ferner Johann Albrecht Smirický, dessen Tod zu jenem Streite zwischen seinen Schwestern und zu der Katastrophe in Jičín Anlass gab, weiter der General Leonhard Colonna von Fels, der im J. 1620 in Oesterreich gefallen war, dann Michael Slawata, der Graf von Guttenstein, Ulrich Wehynský und andere mehr oder wenig reichbegüterte Personen. *)

Der Process gegen die Verhafteten wurde dadurch eingeleitet, dass man die Katholiken Prags aufforderte, der Untersuchung durch Mittheilung gravirender Thatsachen hilfreiche Hand zu leisten. Wie weit sie dieser Aufforderung nachkamen wissen wir nicht anzugeben, jedenfalls wurde die Thätigkeit des Gerichtes nicht durch sie, sondern dadurch gefördert, dass Benjamin Fruewein, der als Sekretär bei der Direktorialregierung fungirt hatte, das Geschäftsprotokoll dem Dr. Melander zu kommen liess, um, wie man vernuthete, sich und seinem Bruder Martin dadurch die Begnadigung zu erwirken. Auf Grund der vorhandenen Akten der Direktorialregierung stellte Melander Fragen zusammen, die man den Verhafteten in feierlicher Sitzung vorlegen wollte. **) Am 29. März versammelten sich zu diesem Zwecke in der sogenannten Reichshofrathsstube des Schlosses der Fürst von Liechtenstein sammt den übrigen Räten und nahmen in einem von Schranken umfriedeten Raume Platz, worauf die ehemaligen Direktoren vorgerufen wurden und dieser Vorladung in der Reihenfolge folgten, die ihnen ihr Stand und das Alter ihres Geschlechtes anwies, zuerst Wilhelm von Lobkowitz, dann Paul von Řičan, Wenzel Budowec und so weiter die andern. ***)

*) d'Elvert II, 49. Liechtenstein an Ferd. dd. 7. April 1621.

**) Skála V, 54.

***) d'Elvert II, 51. Liechtenstein an Ferdinand II dd. 7. April 1621. — Die Namen der Uebrigen sind: Kaspar Kapliř, Prokop Dwořecký, Friedrich von Bílé, Bohuslaw von Michalowic, Hanuš von Wostrowic, Wenzel Felix Pětipeský, Otto von Los, Martin Fruewein, Theodor Sixt, Mari-

Reichshofrath Melander ergriff zuerst das Wort und liess über die Ursache des gegenwärtigen Gerichtsverfahrens Kapper wiederholte seine Rede in böhmischer Sprache und Doppelsprachigkeit machte sich in allen folgenden solennen Akten geltend. Nun trat der Prokurator vor, überreichte von Melander verfassten Fragen und verlangte, dass die Beklagten über dieselben einvernommen würden, worauf die letzteren sich einige Minuten unter einander berieten, und erwiderten, dass dem Ansuchen Folge geleistet werden würde. Die Beklagten zeigten während dieser Procedur eine sichtliche Störung. Niemand von ihnen bat ums Wort, keiner machte eine Erwiderung oder gab eine Erklärung ab: es war als ob das Verstandene der Sache ihr Denkvermögen gelähmt hätte. Als abgeführt wurden, wurden sie nicht mehr zusammen eingeworfen, sondern die Direktoren aus dem Herrn- und Ritterstande Einzelhaft in den unterschiedlichen Schlossgebäuden, die Direktoren des Bürgerstandes dagegen in den Zimmern des weissen Hofes ebenfalls von einander getrennt untergebracht.*)

Während das Verhör der Angeklagten über die einzelnen Fragen seinen Anfang nahm, begann man auch den Process gegen die Flüchtigen und brachte denselben bald zum Abschluss. Der Prokurator erhob gegen sie die Anklage am 2. April und ersuchte das Gericht um ihre Vorladung, in Folge dessen Heftungen abgeschickt wurden, die den Vorladungsbefehl auf den öffentlichen Plätzen Prags feierlich ausriefen. Nach drei Tagen trat das Gericht von neuem zusammen und sprach über die hartnäckigen Ungehorsams beschuldigten Flüchtlinge das Urtheil aus, das für alle auf den Tod und den Verlust der Güter standete, ihre Namen wurden später auf ausdrücklichen Befehl des Kaisers an den Galgen der drei prager Städte angeschlagen. Man beriet sich in Prag darüber, ob man nicht einen Preis für ihre Köpfe setzen sollte und frug deshalb in Wien an, allein eine derartige italienische Massregel fand keinen Beifall und so wurden die Verurtheilten durch Meuchelmörder in ihren Zu-

*) millian Hošťalek, Tobias Šteffek, Valentin Kochan, Johann Schultys, Christoph Kober.

*) d'Elvert II, 51. Liechtenstein an Ferdinand II dd. 7. April 1621.

fluchtsstätten nicht belästigt. *) Im weiteren Verlaufe des Monats April wurde in Folge weiterer Untersuchungen an zwei verschiedenen Tagen das Urtheil über einige andere während des Aufstandes verstorbene Personen publicirt und ihre Güter sammt und sonders konfiszirt. **)

Mittlerweile war man mit dem Verhöre der einzelnen Direktoren ziemlich weit vorgeschritten. Da sich aus den Processacten nur eilf Protokolle erhalten haben, so sind wir nicht im Stande, zu berichten, in welcher Weise sich alle Angeklagten ihren Anklägern gegenüber verhielten; wenn man aber aus den vorhandenen Protokollen einen Schluss ziehen darf, so ergibt sich, dass die Meisten ihre Schuld zu verkleinern, wo nicht zu leugnen suchten, und nur wenige eine würdige Haltung einnahmen. Unter den letzteren müssen insbesondere Kaplitš von Sulewiz, Otto von Los und Budowec genannt werden. Dem Ankläger gegenüber gaben sie keine Schwäche kund, sie beantworteten die vorgelegten Fragen ohne Umschweife, bejahten sie einfach oder entschuldigten sich mit Unwissenheit. Kläglich benahm sich dagegen der Graf Schlick, der sich in seinem Verhöre nicht bloss aufs Bitten verlegte, sondern auch zu allerlei Mittheilungen seine Zuflucht nahm, welche andere Personen stark belasteten. Wir müssen jedoch bemerken, dass durch die Mittheilungen nur Budovec und einige Flüchtlinge compromittirt wurden, und diese zu schonen glaubte Schlick nicht verbunden zu sein, da der erstere ohnedies verloren war und die letzteren nichts zu fürchten hatten. ***)

Den Hauptgegenstand der Fragen an die Gefangenen bildete der Fenstersturz und ob derselbe vorbereitet worden sei oder nicht. Einige der Gefangenen gestanden das erstere aufrichtig ein und nannten als dessen Haupturheber den Grafen Thurn, den Albrecht Smiřický und einen Wchynský. Als der

*) d'Elvert II, 53, Liechtenstein an Ferd. II dd. 7. April 1621. — Ebenfalls Liechtenstein an Ferd. dd. 29. April 1621.

**) Sächs. StA. Condemnationsurtheil wider die verstorbenen Personen dd. 15. April und dd. 26. April 1621.

***) Die betreffenden Aussagen Schlicks bei d'Elvert II. Die Angabe in des Comenius historie o tůžkých protivenstvích cirkve české über die entschlossene Haltung Schlicks ist nicht richtig.

sichtshof nach dem Verfasser der ersten und zweiten Apologie forschte, ergab es sich, dass die erste hauptsächlich von dem Fruewein herrührte, während für die letztere Graf Sicking die alleinige Verantwortung auf sich nahm, wiewohl die Aussagen anderer Gefangenen hiebei auch dem Skreta und gegen andern Personen einen Antheil zuerkannten. Die wichtigsten Fragen betrafen die Verbindung des Pfalzgrafen mit den Türken, die Art und Weise, wie die Absetzung Ferdinands ausgesprochen und die Neuwahl vorgenommen wurde, endlich die Verhandlungen mit Bethlen. Da man auf kaiserlicher Seite den Abschluss der Conföderationen besonders anfeindete, so wurden die Gefangenen über die darauf bezüglichen Vorgänge eingehender befragt, namentlich über die Verbindungen, die der Graf in Wien mit einzelnen Edelleuten bei seiner ersten Anwesenheit in Wien eingegangen war, und ebenso suchte man herauszufinden, ob die Böhmen sich nicht mit dem steirischen und österreichischen Adel hätten verständigen wollen. Auf diese Frage entzogen sich aber die meisten mit Unwissenheit, einige gaben unklare Andeutungen oder verwiesen auf den Grafen Sicking, der allein besser unterrichtet sei. Auch die Türken wurden zur Sprache, man wollte wissen, zu welchen Versprechungen sich dieselben herbeigelassen hätten. Da man die in Wien hinterlassenen rudolfischen Kunstschatze, die von der österreichischen Regierung verschleudert worden waren, wieder zu erhalten wünschte, so frug man, wohin die einzelnen Stücke gekommen seien. — Wir bemerken zum Schlusse, dass die Verhörprotokolle auf den Verlauf der Ereignisse nicht mehr werfen, als die sonst erhaltenen Actenstücke, nur die Thatsache der vorherigen Verabredung des Fenstersturzes wird ausschliesslich durch die Antworten der Gefangenen ausser Zweifel gesetzt und in dieser Beziehung ist allerdings eine der wichtigsten Fragen klar und deutlich beantwortet worden. Dass dabei auch Kunde von den Verfassern der Apologien erhalten, hat nur ein literarisches Interesse.*)

Die Verhörprotokolle, die sich erhalten haben, sind im böhmischen Statthaltereiarhiv vorhanden. Sie betreffen die Herren: Otto von Los, Pětipeský, Kaspar Kaplír, Řičan, Michalovic und den prager Advokaten

Das Urtheil, welches der Gerichtshof schliesslich über die Angeklagten aussprach, lautete bei allen auf Confiscation der Güter und bei 27 auf Todesstrafe, die an mehreren in grausamer Weise vollzogen werden sollte. So sollten dem Dionys Černý früher zwei Finger der rechten Hand abgehauen, dem Dr. Jessenius und dem Martin Fruewein die Zunge ausgeschnitten, einigen andern früher die Hände abgehauen, einige bei lebendigem Leben geviertheilt, bei andern diese Strafe erst nach dem Tode vollzogen werden und in solcher mehr oder weniger verschärfter Weise namentlich Budowec, Otto von Los, Bohuslaw von Michalowie, Friedrich von Bilé und Dwořecký gerichtet werden. Zwei Mitglieder des Gerichtshofes, Friedrich von Talbörger und Ello, reisten mit den Urtheilsentwürfen nach Wien und legten sie dem Kaiser vor.

Ferdinand war sich der Wichtigkeit der Entscheidung, die er jetzt treffen sollte, vollkommen bewusst und suchte deshalb wie er gewohnt war, nicht bloss bei seinen Räthen sondern auch bei der Kirche nach Trost und Erleuchtung. Wie ernst seine Stimmung in dieser Zeit war, ergibt sich schon daraus, dass er sich zur Abfassung seines Testaments entschloss und dasselbe am 10. Mai unterzeichnete. Es ist hier nicht der Ort, auf den Inhalt des Testaments einzugehen, wir bemerken nur, dass es von Ergebenheitsversicherungen gegen die Kirche und Mahnungen an die Nachfolger, treu an ihr festzuhalten, abgloss. Der Einfluss seines Beichtvaters mag bei der Abfassung desselben, sowie bei der Fällung des Urtheils über die Rebellen mitgewirkt haben, wenigstens deuten dies einige Nachrichten und sein damals abgelegtes Gelübde einer Wallfahrt nach Maria

Martin Fruewein. Bei d'Elvert II, 78 sind die Verhöre des Grafen Andreas Schlick, des Leander Rüppel, des Georg Haunschild, des Wenzel Budowec und des Friedrich Georg abgedruckt. Endlich ist noch ein Brief Liechtensteins an Ferdinand II dd. 17. Mai 1621 wichtig, weil er Aufschlüsse über die Verhöre bringt, bei d'Elvert II, 59. In den Aussagen Schlicks findet sich auch die von anderer Seite bestätigte Nachricht, dass der König von Schweden Gustav Adolf den Böhmen acht Geschütze zu Hilfe geschickt und auf diese Weise in den Kampf wider die Habsburger eingegriffen habe. Die politische Einsicht dieses hochbegabten Mannes liess ihn frühzeitig unter den Parteikämpfern eine bestimmte Stellung nehmen.

lan. Von seinen weltlichen Rathgebern betraute er dieselbe vorzugsweise die böhmischen Rätthe mit der Abfassung des Gutachtens, ob und in wie weit er die in Prag gefällten Urtheile bestätigen oder mildern solle, denn neben dem Kanzler Lobkowitz, dem Herrn von Talmberg, dem lausitzer Edelmann Otto von Nostitz und dem M. Philipp Fabricius wurden nur noch der Reichshofrath Strahlendorf und der wiener Appellationsrath Ello zu den Berathungen herangezogen.

Die genannten Personen traten am 21. Mai zusammen und ¹⁶²¹ besaßen sich in dieser ersten Sitzung die einzelnen Urtheile samt den Gründen, auf die sich das Gericht bei ihrer Aburtheilung stützte, sowie den Bericht über die mildernden Umstände, die einige der Verurtheilten der Gnade empfahlen, vorlesen. Dem Urtheilsspruch über Wilhelm von Lobkowitz hiess es, dass er sich an hochverrätherischen Unternehmungen betheiligt, an der Vertreibung der Jesuiten und zur Confiscation des königlichen und geistlichen Besizes gerathen habe. Als mildernder Umstand wurde hinzugefügt, dass er nicht besonders klug sei, dass er nur dem Druck anderer nachgegeben als selbständig gehandelt habe und dass er der erste gewesen sei, der nach der Schlacht auf dem weissen Berge bei Maximilian von Baiern die Begnadigung angesucht habe. Auch bei Pëtipeský wurden unter den erschwerenden Umständen zahlreiche Milderungsgründe angeführt, dass er z. B. bei dem Fenstersturz nicht schuldig gewesen sei, gegen die Wahl Friedrichs von der Pfalz für die Anerkennung Ferdinands sich ausgesprochen und den Verkauf der geistlichen Güter widerrathen habe. Um so häufiger stand es mit Otto von Los und Kaplíř von Sulewic, deren Sündenregister durch keinen einzigen mildernden Umstand entschuldigert wurde, so dass zu befürchten stand, man werde ihnen keine Milderung der ihnen zugedachten Strafe eintreten lassen und sie lebendig viertheilen lassen. Ein Umstand, der für ihre Begnadigung gesprochen hätte, wurde nicht beachtet, wir meinen das hohe Alter, der erstere war 86, der letztere 80 Jahre, beidemale hatten beide während des Aufstandes nur Figuranten gegeben. Auch bei Budowec, Michalowic, Martin Fruewein, Pörecký, Jessenius und Andern hatte das prager Urtheil keine Milderungsgründe angeführt, um derentwillen sie der Gnade des Kaisers würdig wären.

Kaisers empfohlen werden könnten, und gewiss liess es Grunsten des Michalowie und Fruewein nichts anfähig beide ihr Wissen und ihre geistige Kraft für den Aufsatz werthet hatten.

Am folgenden Tage begannen die obengenannten die eigentlichen Berathungen, ob und in welcher Weise Mildegründe bei den einzelnen Verurtheilten berück werden sollten. Herr von Talmberg eröffnete die Debatte, er bezüglich Wilhelms von Lobkowitz meinte, dass man nur zu einer längeren Haft und zum Verlust seiner sämmtlichen Güter verurtheilen solle. Ello stimmte seiner Ansicht worauf Strahlendorf bemerkte, dass man sich zuerst über Grundsätze einigen müsse, bevor man berathen könne, weit die Strafe bei einzelnen Verurtheilten zu mildern sei gewiss, dass alle Direktoren den Tod verdient hätten man dürfe nicht vergessen, dass die Zahl derjenigen, die erleiden müssten, zu gross sei und man deshalb den Vorwurf der Rachgier und Mordlust auf sich laden würde, wenn nicht Gnade walten lasse. Die Geschichte lehre, dass solche Massenexecutionen gefährlich seien, der Kaiser die Bitte des Königs von Dänemark, der für die Verurtheilten um Gnade ersuche, nicht einfach abweisen. Aus diesen Gründen rathete er, dass man die Todesstrafe nur an neun Personen aus jedem Stande, vollziehe, die übrigen aber nach Toledo und Neapel schicke, damit sie von dem Grossherzog von Toledo oder dem Könige von Spanien an die Galeeren geschickt würden. Auch gegen die Viertheilung bei lebendigem sprach sich Strahlendorf aus und nannte sie eine Grausamkeit wenn man diese Strafe vollziehen wolle, so solle es an dem Körper geschehen. *)

*) Ueber die Verhandlungen der wiener Commission bezüglich der Bestimmung und Milderung der in Prag geschöpften Urtheile berichten wir nach den Zeichnungen, die der Kanzler Lobkowitz verfasst hat und die in der Bibliothek von Raudnitz aufbewahrt werden. Bei d'Elvert II, 65, ist auch ein Aufsatz über diese Verhandlungen abgedruckt, er ist aber weder vollständig noch klar genug, da aus ihm nicht einmal ersichtlich ist, wo die Verhandlungen, ob in Wien oder in Prag, stattgefunden haben und was sogar der letzteren Meinung zuneigen könnte.

Die übrigen Mitglieder der Commission pflichteten jedoch der Meinung Strahlendorfs nicht bei. Zwar scheinen auch sie an der Viertheilung bei lebendigem Leibe Abstand genommen zu haben, da sie an Niemanden vollzogen wurde, aber dass die Todesstrafe nur auf so wenige Personen beschränkt werden sollte, davon wollte keiner etwas wissen, vielleicht nicht aus Mitleid, sondern aus Rücksicht, denn die lebenslängliche Anschmiedung an eine Galeere, die Qualen der harten Arbeit und der elenden Verpflegung bei Männern, die im Reichthum grau geworden waren, wirkte ihnen nicht als Milderung, sondern als Verschärfung der Strafe erscheinen. Man entschloss sich also nur bei einigen wenigen Personen die Nachsicht der Todesstrafe in Vorschlag zu bringen und dieselbe nicht durch die Anschmiedung an die Galeeren, sondern durch eine Gefängnisshaft oder durch Zwangsarbeit zu ersetzen, alle übrigen aber dem Tode zu überliefern. Am 16. Mai, dem Jahrestag des Fenstersturzes, erreichten die Verhandlungen ihr Ende und wurde dem Kaiser der Bericht erstattet. Drei Tage später bestätigte er sämtliche Vorschläge und milderte auf diese Weise die von dem prager Gerichtshofe ausgesprochenen Urtheilssprüche. Zur Nachsicht der Todesstrafe bei Wilhelm von Lobkowitz wurde er übrigens nicht bloss durch die Gutachten seiner Räte, sondern auch durch die Bitten der Kaiserin des Kanzlers Lobkowitz und ihres kleinen Sohnes, die sie persönlich um die Begnadigung ihres Veters anflehten, bewogen. In Folge dieser Aenderungen wurde fünf Personen die Todesstrafe erlassen und zwar dem Wilhelm von Lobkowitz, Paul von Řičan, Wenzel Pětipeský, Johann Wostrowec und Johann Theodor Sixt von Ottersdorf, dem letzteren jedoch unter der Bedingung, dass er bis an den Richtplatz geführt und dort erst die Begnadigung mitgetheilt werden solle. Ebenso wurde die verschärfte Todesstrafe dem Otto von Los nachgegeben, er sollte zuerst enthauptet und dann geviertheilt werden und nicht umgekehrt; in gleicher Weise wurde noch bei einigen andern Personen die Verschärfung gemildert und nur bei Michaelie, dem die Hand, und bei Jessenius, dem die Zunge früher abgeschnitten werden sollte, beibehalten.

Der Fürst von Liechtenstein hatte bei der Uebersendung der gefällten Urtheile angefragt, ob er den Verurtheilten vor

der Hinrichtung diejenigen Geistlichen zuschicken solle, um die sie bitten würden. Er stellte diese Frage namentlich bezüglich der zur Brüderunität gehörigen Herrn, und meinte, dass man den Wünschen der Gefangenen willfahren möge, da es sich doch nur um den Trost von einigen Augenblicken handle.*) Von dieser Willfährigkeit wollte man in Wien nichts wissen, Ferdinand verordnete, dass zu den Gefangenen zunächst nur katholische Laien zuzulassen seien, um sie zu gewinnen, und im Falle ihr Zuspruch von einem Erfolge begleitet wäre, sollte dann ein katholischer Geistlicher seines Amtes walten. Wenn jedoch einer oder der andere von den Gefangenen beharrlich nach einem nicht katholischen Geistlichen verlangen würde, so könne nur der utraquistische, keineswegs aber der, der Brüderunität angehörigen Geistlichkeit der Zutritt gestattet sein, auf keinen Fall aber die Gefangenen von anderen als katholischen Geistlichen zur Richtstätte begleitet werden.**) Gleichzeitig befahl der Kaiser mit der Execution innezuhalten, bis die Untersuchung über den Grafen Andreas Schlick zu Ende sein werde. Liechtenstein befolgte die ihm ertheilte Weisung und schickte am 1621 Mai den Urtheilsspruch über den Grafen Schlick und über einige andere, später processirte Personen nach Wien ab. Auch diesmal liess Ferdinand in einigen Fällen Milde walten, namentlich bei dem Grafen Schlick, dem nach dem prager Urtheil noch die rechte Hand abgehauen und der dann lebendig gerichtet werden sollte. Es wurde bestimmt, dass er bloss enthauptet und die Hand ihm erst nach dem Tode abgehauen werde. Nachdem der Kaiser diese Entscheidungen getroffen hatte, beschloss er seinen Vorsatz auszuführen und die Wallfahrt nach Maria-Zell anzutreten und dahin eine goldene Krone im Werthe von 10000 Gulden als Weihegeschenk mitzunehmen. Dem Fürsten trug er auf, die Executionen so viel als möglich zu beschleunigen, da er nach seiner Rückkehr von Maria-Zell nach Prag zu reisen gedenke und zwischen seiner An-

*) d'Elvert II, 64. Liechtenstein an Ferdinand II dd. 17. Mai 1621.

***) d'Elvert II, 69. Ferdinand II an Liechtenstein dd. 26. Mai 1621.

ft und den Executionen eine geraume Zeit verstreichen
en wolle.*)

Trotz dieser Befehle verschob Liechtenstein die Hinrich-
ten und ersuchte den Kaiser nochmals um die Zulassung
katholischer Priester. Er fand es hart, dass den Verur-
ten auf dem Gang zum Tode dieser letzte Trost entzogen
le und beriet sich deshalb mit den in Prag anwesenden
iten, die das strenge Verfahren ebenfalls nicht billigten und
mildere Handlungsweise schon aus politischen Gründen
sähen. Liechtenstein sandte ihr Gutachten an den Kaiser,
diesmal den Einwendungen Gehör schenkte und den ultra-
rischen Geistlichen den Gang zur Richtstätte gestattete.**)

Fürst meldete gleichfalls, dass er mit einigen der Verur-
ten ein neues Verhör bezüglich der Verbindungen mit Steier-
k, Kärnthen und anderen Ländern angestellt und Martin
weins dazu vorgeladen habe, dieser aber habe, statt dem
Folge zu leisten, sich aus dem Fenster des Gemachs, in
er eingesperrt war, in den Hirschgraben gestürzt und sich
ins Leben gebracht. Offenbar fürchtete der Advokat, dass
ihm neue Geständnisse durch die Folter abpressen wolle
gab sich aus Verzweiflung den Tod. Sein Leichnam wurde
Tage später auf den weissen Berg geschleppt, daselbst
ertheilt, die Theile an verschiedenen Strassen aufgehängt,
Kopf aber und die rechte Hand an dem neustädter Galgen
nagelt.***)

Sächs. StA. Zeidler an Schönberg dd. 9./19. Juni 1621. — d'Elvert II.
Ferdinand II an Liechtenstein dd. 26. Mai und 2. Juni 1621. — Ebd.
Liechtenstein an Ferdinand dd. 31. Mai 1621.

d'Elvert II, 88. Ferdinand II an Liechtenstein dd. 16. Juni 1621.

d'Elvert II, 78. Liechtenstein an Ferdinand II dd. 12. Juni 1621. —
Skála V, 82 bringt nähere Nachrichten über die letzten Lebensaugen-
blicke Frueweins. Darnach wäre Fruewein aus seinem Zimmer auf das
Dach entflohen und wäre von dort in den Hirschgraben gesprungen.
Skála bemerkt, man sei nicht gewiss, ob Fruewein dies aus Verzweif-
lung gethan, oder ob er auf diese Weise sich retten wollte und bei
dem gefährlichen Versuch zu Grunde gegangen sei. Skála scheint jeden-
falls gut unterrichtet gewesen zu sein, und wenn Liechtenstein nichts
von diesen Details an Ferdinand berichtet, so mag es daher kommen,
weil er es nicht der Mühe werth hielt.

IV

Als Liechtenstein die Vorbereitungen zur Exekution traf, galt seine erste Sorge der Wahrung der öffentlichen Sicherheit und zu diesem Ende besprach er sich mit Albrecht von Waldstein, dessen Regiment in Prag in Garnison lag, in Folge welcher Besprechung noch 700 Reiter aus einigen benachbarten Garnisonen
 1621 in die Stadt berufen wurden und daselbst am 17. Juni anlangten. Tags darauf arbeiteten Zimmerleute an einer Art von Bühne, die auf dem altstädter Ring errichtet wurde und die nebst einigen Sitzen für die Gerichtspersonen die Werkzeuge zu den Hinrichtungen und den Raum für dieselben enthalten sollte.*) Für die
 1621 feierliche Publication des Urtheils wurde der 19. Juni bestimmt und in die Reichshofrathsstube, wo dieselbe geschah, Jedermann freier Zutritt gestattet. Am genannten Tage versammelte sich zuerst der ganze Gerichtshof mit dem Präsidenten an der Spitze in dem umfriedeten Raume des bezeichneten Saales und nun wurden die Gefangenen einer nach dem andern herbeigeführt und ihnen der Platz an den Schranken angewiesen, wo sie sich in gebrochener Haltung anlehnten. Der Prokurator ergriff das Wort und klagte die Gefangenen in deutscher und böhmischer Sprache des Hochverraths an und forderte ihre Bestrafung. Der Reichshofrath Melander erklärte, dass seiner Forderung Genüge geleistet und alles geschehen werde, „was zu Seiner Majestät Reputation und Auktorität dienlich wäre,“ welche Worte Dr. Kapper in böhmischer Sprache wiederholte. Darauf verlas der kleinseitner Königsrichter das Urtheil über 43 vor die Schranken geforderte Personen in deutscher Sprache und ein anderer Richter wiederholte dasselbe in böhmischer Sprache. Es bestimmte, dass an 27 Personen die Todesstrafe vollzogen werde,**) dass Wilhelm von Lobkowitz, Paul von Řičan, Hans Wostrowec, Felix Pětipeský und Dr. Mathias Borbonius lebenslänglich in einfacher Haft in Böhmen und Lukas Karban und Wolfgang

*) MS. des Klosters Strahow in Prag, Prager Execution vom 21. Juni 1621.

***) Von diesen wurden später Rosin und Sixt von Ottersdorf begnadigt, so dass nur 25 Personen blieben, zu denen aber noch zwei hinzukamen, denen das Urtheil erst am Sonntag verkündigt wurde, wie weiter unten berichtet wird.

er lebenslänglich in verschärfter Haft in Raab gehalten
 sollten. Melchior Teiprecht wurde zu einjährigem Ge-
 fängnis in Raab und dann zur Landesverweisung verurtheilt;
 ein Diener des altstädter Rathes, sollte eine
 halbe Meile lang mit der Zunge an den Galgen angenagelt und dann
 ab geschickt werden. Die übrigen sieben Personen sollten
 ergehen theils mit kurzer Haft, theils mit Landesver-
 weisung, theils mit körperlicher Züchtigung büßen.*) Nach
 Verkündung sämtlicher Urtheile dankte der Prokurator, dass
 sein Begehren willfahrt worden sei und die Sitzung wurde
 geschlossen. Am Abend desselben Tages wurde noch zwei Ge-
 fangene, dem pfälzischen Rath Rüppel und dem Appellations-
 rath Leunhardt das Urtheil, dessen Ratification wahrscheinlich
 im Laufe des Tages von Wien angekommen war, ins Ge-
 fängnis zugeschickt und ihnen mitgetheilt, dass dessen Execution
 am Morgen mit den am Morgen publizirten erfolgen werde.**)
 Nach Aufhebung der Sitzung wurden alle Gefangenen in
 ihre Gefängnisse zurückgeführt und fortan war es ihren Freunden
 erlaubt, sie zu besuchen. Die Frauen und Kinder der Ver-
 urtheilten machten noch einen letzten Versuch, das Leben ihrer
 Mütter und Väter zu retten, indem sie sich am folgenden Morgen
 vor dem ersten von Liechtenstein verfügten und denselben unter
 heulenden und herzbrechenden Klagen um Milderung des Ur-
 theils anflehten. Liechtenstein hatte sich bis dahin nicht als
 erbitterter Verfolger geberdet und er für seine Person
 vielleicht Gnade walten lassen, aber seine Hände waren
 gebunden und so konnte er den trostlosen Frauen keine Ver-
 sprechungen geben und musste sie ihrem Jammer überlassen.
 Als die Nachricht von der bevorstehenden Execution in
 der Stadt verbreitete, machte sich ein Wechsel in der öffentlichen
 Meinung geltend: während man bisher den Leitern des Auf-
 standes als den Urhebern aller Leiden geflucht hatte, weckte
 die Nachricht von der harrten Loos, das ihrer harrte, ein allgemeines Mitleiden und
 schämte sich, gegen die Gefangenen jene Missachtung an-
 zuwenden zu legen, unter der sie vor ihrer Verhaftung gelitten

*) La V, 85.

**) der Strahower Bibliothek. — Skála V, 84 und fig.

hatten. Einzelne Prediger, die am Tage nach der Publikation des Urtheils, einem Sonntage, die Kanzel bestiegen, erkühnten sich die Verurtheilten dem Gebete ihrer Gemeinde zu empfehlen, namentlich that dies der deutsche Prediger M. Lippach und andere folgten seinem Beispiel.

Mittlerweile wurden die im Schlosse untergebrachten Gefangenen von den Jesuiten besucht, die nach den Weisungen des Kaisers ihre Bekehrungsversuche anstellten. Alle Protestanten ohne Ausnahme wiesen sie ab und verlangten nach Geistlichen ihrer Confession, namentlich Budowec und Los nach denen der Unität. Die Bitten der letzteren wurden nicht berücksichtigt und so starben beide ohne den Empfang des Abendmals; zu den übrigen Gefangenen wurden dagegen deutsch und böhmisch redende Priester der augsburgischen und böhmischen Confession zugelassen, und zwar der schon erwähnte M. Lippach und der Pfarrer bei St. Nikolaus auf der Kleinseite, M. Johann Rosacius. Der letztere fand sich bereits am Samstag bei Herrn Kapliř von Sulewic ein und wurde von dem hochbetagten Greise mit der Bemerkung empfangen, dass er schon lange den Tod herbeigesehnt habe und nun finde, dass Gott ihn wohl deshalb so lange am Leben gelassen habe, damit er durch seinen Tod Zeugniß von Ihm ablege. Dann fing er mit der dem Alter eigenen Gesprächigkeit an von seinem früheren Leben und Treiben zu erzählen, wie er vier Kaisern gedient und immer treu erfunden worden sei und wie er, wenn er sich jetzt den Ständen angeschlossen habe, dies nur um der Gerechtigkeit ihrer Sache willen gethan habe. Als ihm das Urtheil verkündet wurde, sei er oder vielmehr sein Leib erschrocken, nun aber, getröstet durch die Anwesenheit des Predigers, empfinde er keine Furcht mehr. Seine Base habe ihm sagen lassen, er solle den Fürsten von Liechtenstein um Gnade ersuchen, sie würde ihm zu Theil werden und er mit lebenslänglicher Haft bestraft werden. Das wolle er aber nicht thun, denn wenn er um Gnade bitte, so würde er sich damit schuldig bekennen und schuldig fühle er sich nicht. *) Auch sei eine Begnadigung zu ewigem Gefängnisse keine so hochzu-

19.
Juni
1621

*) Skála V, 94.

ätzende Sache und er stehe in einem Alter, wo ihn kein Genuss mehr erfreue: esse er, so wisse er nicht, ob die Speise gut oder schlecht sei, trinke er, so unterscheide er den Wein nicht vom Biere, liege er, so fühle er sich nicht wohl, und weine er, so gehe es ihm nicht besser. — Unter diesen Gesprächen war es spät geworden und Rosacius musste sich entfernen, um einen andern Gefangenen besucht zu haben.

Am folgenden Tag begab sich der Pfarrer um 5 Uhr nachmittags ins Schloss, diesmal von einem zweiten Geistlichen und mehreren Söhnen, die wahrscheinlich demselben Stande angehörten, begleitet. Er besuchte die verschiedenen Direktoren, tröstete sie nach Möglichkeit, indem er ihre Thaten, um deren willen sie verurtheilt worden waren, nicht anfocht, sondern als göttlich hinstellte. Einzelne Gefangene erschöpften sich in Beleidigungen ihrer Gegner, so Valentin Kochan, der da behauptete, dass man schon seit Jahren auf seinen Untergang gewartet gewesen sei, weil er sich bei der Annahme Ferdinands als König von Böhmen gegen diesen erklärt habe. Kochan wollte auch zur Bruderschaft, aber er weigerte sich nicht, den Zuspruch des Rosacius anzunehmen und das Abendmahl mit seinen Händen zu empfangen. Steffek beklagte sich, dass er eigentlich unschuldig den Tod erleide, denn wiewohl er ein Mitglied des Direktoriums gewesen sei, habe er doch nie um das Amt gewusst, da die adeligen Mitglieder die bürgerlichen bei Seite geschoben und nur dem Martin Fruewein einen Einfluss gestattet hätten. Er weinte bitterlich und zeigte sich am nächsten Morgen entschlossen, vom Leben Abschied zu nehmen. *) Auch Dionys Černín, der in seiner Jugend zu den Utraquisten übertrat, später aber zu den Katholiken übertrat, kam Rosacius, der musste von ihm bittere Klagen über das ihm zugedachte Schicksal hören. Černín war Hauptmann des prager Schlosses zur Zeit des Fenstersturzes gewesen und wurde verurtheilt, weil er damals das Schloss nicht verwahrt sondern den Ständen den Zutritt gestattet hatte. „Was sollte ich thun,“ sprach er Rosacius, „ich musste mich nach den Weisungen des Oberstgrafen richten und als ich diesen frug, mahnte er mich,

das Schloss offen zu halten. Wenn Jemand den Tod verdient, so ist es der Oberstburggraf und nicht ich. *) Rosacius tröstete auch ihn, so viel er konnte und drückte ihm sein Bedauern aus, dass er sich weigere, das Abendmal aus seinen Händen zu empfangen, und bei dem katholischen Bekenntnisse verharre, worauf Černin sich auf die Brust schlug und weinte. Man vermuthete, dass er begnadigt zu werden hoffte, wenn er dem katholischen Glauben treu bleibe, eine Hoffnung, die sich später als eitel erwies. **)

Das Abendmal empfangen die einzelnen Gefangenen in ihren verschiedenen Stuben, bei Dwofecký und Michalowic, auch sich auch ihre Frauen ein und genossen es mit ihnen. So ging Rosacius von Stube zu Stube überall Trost spendend, ermahnend und belehrend, bis er alle besucht hatte, die nach seiner Gegenwart verlangten. Als er darauf das Mittagessen bei Herrn von Michalowic einnahm, ereilte ihn eine Botschaft von Budowick, der ihn zu sich beschied. Eilig folgte er der Einladung und erfuhr, dass der letztere ihn habe rufen lassen, damit er vor seiner Rechtgläubigkeit Zeugniß ablege, da er seit dem vorhergehenden Tage den Bekehrungsversuchen zweier Kapuziner ausgesetzt sei, die sicherlich später lügenhafte Nachrichten über ihn verbreiten würden. Rosacius nahm diese Versicherung entgegen und entfernte sich unter frommen Wünschen und Segenssprüchen. ***)

Bei den wenigen deutschen Gefangenen, die allesamt aus Augsburger Confession angehörten, waltete mittlerweile M. Lippmann seines Amtes und besuchte zuerst den Dr. Jessenius, dessen Verurtheilung hauptsächlich aus dem Grunde erfolgt war, weil

*) Skála V, 102. Wir gestehen, dass, wenn die Angaben Černins richtig sind, uns eigentlich schwer begreiflich ist, wie man gegen ihn so hart verfahren konnte. Auch der Herzog von Baiern mag an ihm nicht ein strafbares gefunden haben, denn mit seiner Zustimmung wurde er wieder als Schlosshauptmann nach der Schlacht auf dem weissen Berge eingesetzt, aus welcher Stellung er später durch einen ausdrücklichen Befehl des Kaisers entfernt und eingekerkert wurde. Möglich ist, dass sich bei der Untersuchung andere Beweise für seine Schuld ergaben, uns ist jedoch nichts von ihnen bekannt.

**) Skála V, 103.

***) Skála V, 105.

im J. 1618 als Gesandter bei dem ungarischen Reichstage verwenden lassen und damals die Wahl Ferdinands auf den ungarischen Thron vereiteln wollte. Als Lippach bei Jessenius eintrat, folgten ihm zwei Jesuiten und es entspann sich zwischen ihm und den beiden letzteren ein lebhafter Streit. Beide Theile warfen einander Unwissenheit vor, bestritten einander das Recht zur Ertheilung der Sakramente und suchten einander mit Gründen zu überbieten. Auch Jessenius betheiligte sich an dem Disput, bis zuletzt die Jesuiten den Kampfplatz verlassen, um am folgenden Morgen wiederzukehren, ohne sich von einem bessern Erfolge zu erfreuen. Nach ihrer Entfernung ertheilte Lippach dem Doktor und zwei anderen Gefangenen, dem Pöpel und Haunschild, das Abendmal, besuchte noch mehrere andere Gefangene, sprach ihnen Trost zu und kam zuletzt auch zu den böhmischen Herrn, die sich ob dieses Besuches nicht wenig freuten.

In ähnlicher Weise wurden die Gefangenen, die auf dem alten und neustädter Rathhause untergebracht waren, von den Predigern der benachbarten Kirchen besucht und getröstet. Auf dem altstädter Rathhaus kam M. Viktorin Wrbenský, der zuerst abgelehnt wurde, aber durch seine Beharrlichkeit den Zutritt zu den Gefangenen erlangte. Er brachte die Zeit in Predigt, Gesang und frommen Mahnungen zu und ertheilte dann allen gemeinschaftlich das Abendmal. Nach dem Empfange desselben erklärte der Bürger Maštěrowský, er fühle sich in seinem Gewissen beängstigt, dass er nicht mit hinreichender Vorbereitung dem Tode entgegengehe, weil ihm heimlich die Erlaubung auf Begnadigung gemacht werde; er wisse auch nicht, was er sich dabei benehmen solle, da er des Vermögens und der Ehre verlustig erklärt werden solle. M. Viktorin ermahnte ihn sich nicht trügerischen Hoffnungen hinzugeben, wenn ihm das Leben geschenkt würde, so solle er auf den Verlust seines Vermögens und seiner Ehre kein Gewicht legen, denn wenn er um Christi willen sein Vermögen verliere, so sei das ein geringer Verlust und die Ehre könne man Niemandem rauben, wenn sie nicht durch seine Handlungsweise verloren habe. Kaum hatte Viktorin diese Worte gesprochen, so wurde einer der Gefangenen, Simon Sušický, hinausgerufen und ihm mitgetheilt,

dass drei der zum Tode Verurtheilten begnadigt werden sollen und wieder mahnte Viktorin seine Zuhörer sich unsicheren Hoffnungen nicht hinzugeben. In der That waren das nur falsche Versprechungen, die von einigen der Regierung nicht stehenden Personen den Gattinnen der Verurtheilten gemacht wurden, um sich dieselben durch Herauslockung des letzten Sparpfennigs bezahlen zu lassen und so die durch die Confiscation ihres Besitzes ohnedies zu Grunde Gerichteten um die letzte Hilfsquelle zu betrügen.*)

Am Sonntag Abend verordnete die Regierung als Vorbereitung für die Execution des folgenden Tages, dass alles in Prag anwesende Kriegsvolk an einzelne Stellen der Stadt vertheilt werden solle, um jede Zusammenrottung des Volkes zu verhindern. Auf den Executionsplatz vor dem altstädter Rathhause wurden zwei Reiterkornete und drei Fähnlein Fussvolk beordert, die Bühne selbst wurde in der Nacht mit schwarzen Tuche überzogen.**)

Um die Gefangenen für die Execution bereit zu halten, wurden die auf dem Schlosse eingekerkerten spät Abends in das altstädter Rathhaus übergeführt, ein gleiches geschah am frühen Morgen bezüglich der auf dem neustädter Rathhause verwahrten. Auf dem altstädter Rathhause war man von dieser bevorstehenden Uebersiedlung und M. Viktorin passte deshalb den Augenblick ab, in welchem die Direktoren dahin gebracht wurden, um mit seinen Zuhörern ein Lied: „Ihr Verehrer der Wahrheit Gottes“ anzustimmen. Als nun die Nacht hereinbrach, suchten die meisten der Gefangenen sich dem Schläfe hinzugeben. Für Lagerstätten war nicht gesorgt und so legten sie sich theils auf die Tische und Bänke, theils auf die Erde nieder und brachten einige Stunden in jenem von beängstigenden Tritumen erfüllten Halbschlafes, in dem die Pein vergrößert und keine Ruhe bringt. M. Viktorin verliess seine Pflöge auch jetzt nicht, sondern schlug sein Lager unter ihnen auf der Erde auf. Rosacius war Anfangs nicht zugegen, sondern kam erst um ein oder zwei Uhr Morgen

*) Skála V, 134.

**) MS. des Klosters Strahow, Prager Execution.

***) Skála V, 136.

Begleitung dreier Geistlichen auf das Rathhaus und traf die ersten Gefangenen bereits wieder wach. Er ging von Zimmer zu Zimmer, sprach mit jedem Einzelnen und verfügte sich auf zu den Direktoren aus dem Herrstande, die in einem Saal beisammen untergebracht waren. Dahin kam auch Lippach, der den Grafen Schlick fragte, ob er das Abendmahl empfangen habe. Das war nicht geschehen, Schlick hatte nicht den Wunsch nach einem Geistlichen seines Bekenntnisses ausgesprochen, sondern geduldig den Zuspruch der Jesuiten gegengenenommen, weil er auf Begnadigung hoffte.*) Als Lippach zu ihm auf ihn zutrat, fragte er ihn zuerst, ob er etwas von seiner Begnadigung wisse, und da dieser das Haupt schüttelte und ihn ermahnte, sich keinen derartigen Hoffnungen hinzugeben, raffte sich der Graf auf und erklärte sich bereit zum Tode, nur darüber klagte er noch, dass man seinen Körper vielleicht verfaulen werde. Dann sprach er den Wunsch aus, dass sein Leichnam in der Kirche der deutschen Gemeinde Prags beigesetzt werde, bemerkte, dass er von seiner Frau keinen Abschied genommen habe und bat den Prediger, sie von ihm zu lassen und zur Standhaftigkeit zu ermahnen. Thatsächlich hatte er Tags vorher nur seine Tochter zu sich kommen lassen, um ihren Ring übergeben und unter vielfachen Ermahnungen sie und ihren Bruder von ihr Abschied genommen. Er beugte sich jetzt bitter über die Jesuiten und ihre Zudringlichkeit, eine Klage, in die Budowec einstimmt, und erklärte sich schliesslich bereit, das Abendmahl zu empfangen. Nachdem er den nöthigen Wein herbeigeschaft hatte, nahm er es in Gemeinschaft mit Friedrich von Bilé.***) Die folgenden Stunden brachten die Direktoren mit dem Absingen frommer Lieder und dem Gebet zu.

Auch die übrigen Gefangenen brachten die Stunden nachts im Gebete zu, wobei M. Viktorin eifrig seines Amtes wahrnahm. Simon Sušický klagte ihm seine Beängstigung, wenn er an die Bibelworte denke: „Verflucht sei der, der am Galgen hängen wird“ und bat ihn um Aufklärung, die Viktorin in sinniger

*) Statthaltereiarchiv von Innsbruck, Beschreibung der prager Execution.

**) Skála V, 107 u. 125.

Weise ertheilte und so die Angst Sušický's milderte. In diesem Augenblicke ertönte aus einem benachbarten Zimmer heller Gesang, der auf die zum Theil noch auf dem Boden liegenden Gefangenen einen so belebenden Eindruck machte, dass sie aufstanden, sich um einen Tisch herumsetzten und dem Prediger bei der Erklärung einiger Bibeltexte zuhörten. Viktoria besuchte darauf den Dr. Jessenius, der voll Empörung über das ihm drohende Schicksal die Prophezeiung wiederholte, die er schon vor den Richtern gethan, dass sein und seiner Genossen Tod an den Urhebern desselben gerächt werden würde, und die Prophezeiung, die bekanntlich nicht in Erfüllung ging.*)

21. Juni 1621 So verrann die Nacht und endlich verkündeten die Glocken von den Thürmen der Stadt die fünfte Morgenstunde, zu welcher Zeit ertönte vom Schlosse her ein Kanonenschuss als Zeichen, dass die letzten Vorbereitungen zur Execution stattfinden und dieselbe ihren Anfang nehmen solle. Sämmtliche Eingangspforten in die Stadt sowie die Brückenthore wurden gesperrt und die Soldaten nahmen die ihnen angewiesenen Posten ein. Der altstädter Rath und die Königsrichter der preussischen Städte fanden sich auf dem Rathhause ein, weil in ihrer Abwesenheit und unter ihrem Vorsitz die Execution vorgenommen werden sollte. Die Königsrichter betraten die verschiedenen Zimmer, in denen die Gefangenen untergebracht waren und zeigten ihnen an, dass die Stunde gekommen sei, und dass Jeder sich bereit halten solle, auf dem Richtplatz zu erscheinen sobald er von dem Stadtrichter aufgerufen werde.**)

Der erste, der gerufen wurde, war der Graf Schlick. In schwarze Seide gekleidet, trat er den kurzen Weg in Begleitung des M. Lippach an. Als er die Rathhausstiege herabging, erwarteten ihn zwei Jesuiten, von denen einer einen letzten Versuch zu seiner Bekehrung machte, aber abgewiesen wurde. Frei und ungefesselt betrat Schlick die Bühne, wo ihm ein Gehilfe des Scharfrichters erwartete und seinen Hals entblösste. Nachdem dies geschehen, kniete er nieder, legte sein Haupt auf den Block und mit einem Hieb trennte es der Henker

*) Skála V, 137 u. flg.

**) MS. des Klosters Strahow. — Skála V, 109.

in dem Körper. Der Gehilfe sprang herbei und hob die rechte Hand des Grafen auf den Block, worauf auch diese abgehauen und mit dem Kopfe in Verwahrung genommen wurde. Der Leichnam wurde in ein bereit gehaltenes Tuch gewickelt und von sechs schwarz vermummten Personen weggetragen. In ähnlicher Weise verfuhr man mit allen folgenden Personen, die enthauptet wurden, nur bei Dr. Jessenius fand eine Ausnahme statt.

Nach Schlick bestieg Budowec ohne jegliche Begleitung die Bühne und empfing den Todesstreich. Der dritte in der Reihe, Christoph Harant von Polžic, benützte die wenigen Augenblicke, die ihn vom Tode trennten, um durch Rosacius seiner Frau seine letzten Ermahnungen entbieten zu lassen: sie sollte sich am Evangelium festhalten, keinem Jesuiten Zutritt in ihre Familie gestatten und ihren Unterthanen die Frohnarbeit erlassen. Die Wünsche und Mahnungen des Sterbenden fanden jedoch keinen fruchtbaren Boden, die Witwe reichte später dem Katholiken die Hand und betheiligte sich fortan an der Befreiung ihrer früheren Glaubensgenossen.*) — Der vierte

Verurtheilte, der 86jährige Kaplän, folgte eifrig dem Auftrage, verwickelte sich aber in sein Gewand, so dass er fast auf der Erde gefallen wäre und deshalb den Pastor Rosacius um die Unterstützung bei dem weitem Gange bitten musste, worauf er setzte er hinzu, „wenn ich fiel und mir das Genick gebrochen würde, so würden meine Feinde sagen, dass ich dies aus Verleumdung gethan habe.“ Als er die Bühne betrat und niederfallen sollte, konnte er dies wegen seiner Gebrechlichkeit nur mit Mühe schwer thun, er musste besonders gemahnt werden, den Leichnam in die rechte Lage zu bringen, auf dass der Henker den Leichnam leicht führen könne.

Ihm folgten Dwořecký, Friedrich von Bilé und Otto von Lobkowitz. Bevor der letztere aufgerufen wurde, beklagte er sich über die barbarische Viertheilung, die ihm bevorstünde, „aber mögen sie meinen Kopf und die einzelnen Theile meines Körpers in die fernsten Länder verschicken, mein Erlöser wird sie am nächsten Tage schon auffinden.“ Als Rosacius zu ihm herankam, um ihm das letzte Geleite zu geben, cilte er ihm entgegen

*) Comenius a. a. O. p. 194.

und bedauerte, dass er das Abendmal nicht aus seinen Händen empfangen habe, versicherte aber, dass, als er eben auf einige Augenblicke eingeschlummert sei, im Schlafe ihn der Heiland getröstet habe, so dass er völlig gefasst dem Tode entgegengehe. Er betrat darauf die Bühne, fiel auf die Knie nieder, verrichtete ein kurzes Gebet und empfing den Todesstreich.*) Die Viertheilung scheint an ihm nicht vollzogen worden zu sein.

In gleicher Weise wurden die übrigen Personen enthauptet**) und nur bei zweien diese Strafe verschärft, es waren dies Bohuslaw von Michalowic,***) dem vor der Hinrichtung die Hand abgehauen wurde, und M. Jessenius, dem zuerst die Zunge ausgeschnitten, dann der Kopf abgehauen und dessen Leichnam vor die Stadthore gebracht und dort geviertheilt wurde. Dem Rüppel und Haunschild wurde die Hand auch abgehauen, aber diese Strafe erst nach ihrer Enthauptung vollzogen. Als die Reihe an Dionys Černín, den einzigen Katholiken, kam und er im Begriff war, vor den Scharfrichter zu treten, entfernte sich sein Bruder Hermann Černín, der als Stadthauptmann der Execution beiwohnte, und kehrte erst nach vollendeter Hinrichtung zurück. Seinen Schmerz und seine Todesangst gab Dionys in den letzten Minuten durch bitterliches Weinen kund, da er sich in seiner Hoffnung auf Begnadigung getäuscht sah. †) Auch Rüppel und Maštěrowský zeigten

*) Skála V, 113.

**) Die Namen der übrigen Enthaupteten und die dabei beobachtete Reihenfolge ist folgende: Wilhelm Konechlumský, Bohuslaw Michalowic, Dionys Černín von Chuděnic, Valentin Kochan, Tobias Šteffek, Christoph Kober, Johann Schultis, Maximilian Hošťálek, Dr. Jessenius, Wenzel Maštěrowský, Heinrich Kozel, Andreas Kocour, Georg Řečický, Michael Witman, Simon Wokáč, Leander Rüppel, Georg Haunschild. Gehängt wurden die drei Bürger: Johann Kutnauer, Simon Sušický, Nathanael Wodňanský. Das vom Kaiser revidirte Urtheil bestimmte, dass Heinrich Otto von Los zuerst enthauptet und dann geviertheilt werden sollte. Nach dem Bericht des Rosacius, der bei Skála V abgedruckt ist, unterließ die Viertheilung. Ob dies Liechtenstein auf eigene Verantwortung that, wissen wir nicht.

***) d'Elvert II, 69.

†) MS. des Klosters Strahow: Pragerische Execution.

im letzten Augenblicke unentschlossen, weil beider ruhige Haltung durch falsche Versprechungen gestört worden war. Er fragte, als er die Bühne betrat, ob er nicht begnadigt werde, und erst auf die verneinende Antwort ergab er sich in Loos. Maštěřowský sah sich nach allen Seiten um, ob nicht jemand Gnade ankündigen werde, und da er sich seiner Erwartung getäuscht sah, bemächtigte sich seiner die Traurigkeit. Alle übrigen gingen jedoch dem Tode entgegen und benahmen sich in würdiger Weise, Kochanovský sogar, dass sein Sohn Zeuge der Enthauptung sei. An der Verurtheilten wurde die Todesstrafe durch Erhängen vollzogen. Dem Theodor Sixt wurde, wie das in Wien benachrichtigt worden war, die Begnadigung angekündigt, als er die Bühne betrat, er dankte dieselbe seinem Oheim, dem prager herrn Platteis von Plattenstein.*) Während der ganzen Execution wurde ununterbrochen getrommelt, um zu verhindern, dass die letzten Worte der Verurtheilten von der zu Tausenden sammelten Volksmenge gehört würden.

Sämmtliche Hinrichtungen, sowohl die mit dem Schwerte, als auch die durch Erhängen vollzog, wurden von einem einzigen Henker, der mit dieser Art in ungefähr vier Stunden fertig wurde und für dieselbe einen Lohn von 634 Thalern erhielt.***) Die Köpfe von zwölf Verurtheilten wurden auf dem altstädter Brückenthurm aufgehängt und auch die Hände Schlick's und Michalowic' und die Zunge Jessenius gelegt. Die Gräfin Schlick bat im folgenden Jahre Kaiser Ferdinand um die Verabfolgung der Ueberreste ihres Gatten, und ihre Bitte erhört wurde, so durfte sie seinen Kopf und seine Hand herunternehmen.***) Die übrigen Köpfe blieben aber hängen und dieses eckelhafte Schauspiel hatten die Prager zehn Tage lang vor Augen; erst als der Kurfürst von Sachsen im Jahre 1631 dem Könige von Schweden sich anschloss und seine

*) Sixt wanderte später aus und starb im J. 1653 in Dresden. Comenius a. a. O. 208.

***) Böhm. Statthaltereiarchiv: Anweisung an den Rentmeister, dem Scharfrichter Mydlář die Summe von 484 Thaler neben den schon angewiesenen 150 Thaler auszuzahlen.

Skála V, 218.

*) odely, Der pfälzische Krieg.

Waffen gegen den Kaiser kehrte und Prag eroberte, wurden die Köpfe herabgenommen und bestattet. *)

So hatten stolze Edelleute und arbeitsame Bürger für den Aufstand mit ihrem Leben gebüsst. Sie waren getreue Typen der böhmischen Nation, wie sie sich im Laufe der Zeit entwickelt hatte: fleissig, begabt und opferwillig, dabei der gewaltigsten Anstrengung fähig, wiederum zeitweise genussüchtig, jeder Ordnung spottend, unbedacht einen erdrückenden Kampf aufnehmend und auf Allianzen pochend, die nur in ihrer Einbildung existirten. Auch die Deutschen waren durch einige Personen vertreten und so zeigte sich diesmal zwischen den Bewohnern des Landes kein Zwiespalt, alle hatten demselben Ziele ihre Kräfte geweiht und nun dieselbe Strafe erlitten. Mit dieser Execution nahm die alte eigenthümliche Entwicklung des Landes ein Ende. Es hat zwar in Böhmen nie eine selbständige Entwicklung gegeben, wie sie den Stolz der grossen Völker ausmacht, denn auf allen Gebieten, auf dem der Speculation wie der Kunst blieb es nur bei vielversprechenden Anfängen und überall kämpfte der heimische Genius mit dem überlegenen Nachbar. Und nicht besser war es mit der staatlichen Organisation beschaffen, sie krankte an einer inneren Unhaltbarkeit, denn der glänzende Aufschwung unter Premysl Ottokar II und Karl IV musste in seiner consequenten Entwicklung dem slawischen Elemente eine unheilbare Wunde versetzen, da die Herrschaft, die von Böhmen aus über weite deutsche Gebiete zur Geltung kam, nur dann Dauer haben konnte, wenn in diesem Lande selbst ein nationaler Umwandlungsprocess vor sich ging. Vom ersten Augenblick an wo man gegen denselben ankämpfte, und dies war mit dem Auftauchen des Husitismus der Fall, war diese Herrschaft zu Ende. Die neue Entwicklung, die dem böhmischen Staat an allerdings beschränkter Grundlage zu Theil wurde, als das slawische Element durch den Husitismus die Oberhand gewann, wurde durch innere Zerwürfnisse und durch die Unfähigkeit seiner Herrscher gehemmt, so dass erst durch die Wahl Fe

*) Skála V. — MS. der Strahower Bibliothek. -- Wiener StA. Aus P. dd. 26. Juli 1621.

ds auf den Thron geordnete Zustände zur Geltung kamen, dadurch auch den Deutschen der Weg wieder ins Land sen wurde. Wie weit indessen die Bahn war, welche durch Uebertragung der Krone an die Habsburger dem geistigen uss des Deutschthums eröffnet wurde, stets behielten die sbornen des Landes die Regierung in ihren Händen und ieb die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, dass Böhmen ein ändiges Leben behaupten würde, wenn es der geistigen utung des Nachbarvolkes in kluger Weise Rechnung trug seine Herrscher durch entsprechende Dienstleistungen zu n Hütern seiner Selbständigkeit machte. Diese Möglichkeit e jetzt abgeschnitten, weil das Band zwischen Herrscher Unterthanen zerrissen war und die Gesicke des Landes den Siegern bestimmt wurden und diese schon um ihrer rheit willen an die alte Entwicklung des Landes nicht üpfen wollten. Wir werden hierüber vieles zu berichten n und bemerken nur, dass sich dies alsbald bei der obersten valtung des Landes zeigte, die jede Unabhängigkeit ein- te und den wiener Geboten folgte, noch prägnanter aber in umgearbeiteten Verfassung. Als man im Jahre 1627 an ublication der erneuerten Landesordnung ging, verschmähte es, sie in böhmischer Sprache zu veröffentlichen und gab ur deutsch in den Druck. Schärfer und entschiedener konnte die Richtung nicht andeuten, die man verfolgen wollte.

22.

Am Tage nach der Execution wurde an einigen Personen Stäupung vollzogen, der altstädter Stadtdiener Nicolaus is mit seiner Zunge eine Stunde lang am Galgen angenagelt, er den Pfalzgrafen bei seinem Einzuge in Prag mit einer prache begrüsst hatte und darauf alle entweder ins Gefängniss führt oder des Landes verwiesen. Die zum Tode Ver eilten, aber Begnadigten wurden in Prag fast ein Jahr lang ngen gehalten und dann auf Befehl des Kaisers nach dem osse Zbirow abgeführt. Die Reise dahin traten Wilhelm Lobkowitz, der nachträglich den Erzherzog Karl, aber ven- ens um volle Begnadigung ersucht hatte,*) Paul von Řičan,

Juni
1621im
April
1622

Archiv von Raudnitz: Wilhelm von Lobkowitz an den Erzherzog Karl.
dd. ? August 1621.

Pétipeký, Wostrowec und Fünfkircher an, ob sie später begnadigt wurden, wissen wir nicht anzugeben. *) Nur der Arzte Borbonius wurde die Haft nachgesehen und er durfte wieder in Prag seinem Berufe nachgehen. Er dankte für die milde Behandlung dem Fürsten von Liechtenstein, der zu seinen ärztlichen Kenntnissen das grösste Vertrauen gefasst hatte und ihn nicht entbehren mochte. **)

Wiewohl die Execution bei allen Personen, die nicht von Parteihaß verblendet waren, kein Gefühl der Befriedigung hervorrufen konnte, so ergriff doch der bedeutendste Dichter, dessen sich Böhmen damals erfreute, die Gelegenheit, um die Gerichtsbarkeit mit Koth zu bewerfen. Es war dies Simon Lomnický, dessen Talent zuerst den Ständen gewidmet und sie ob ihrer Thaten angesungen hatte, und nun ihre Bestrafung als die gerechte Vergeltung für ihre Sünden pries. ***) Selbst Michal war über diese Charakterlosigkeit empört und drückte dem Dichter unverholen seine Verachtung aus. Lomnický entschuldigte sich, dass er den Mantel nach dem Winde drehen müsse, da sich seine Verhältnisse äusserst dürftig gestaltet hätten. Um des Brodes willen beschimpfte er also nicht bloss das Volk, sondern dessen begabten Söhnen er gehörte, sondern auch sich selbst.

Schon einige Wochen vor der Execution in Prag war schon an einem andern Orte einer der Theilnehmer an dem böhmischen Aufstande dem Tode durch Henkershand verfallen. Es war dies der mährische Oberst Friedrich von Tiefenbach, dessen hervorragender Thätigkeit bei Gelegenheit des von Ferdinand gleich nach dem Tode des Kaisers Mathias berufenen pressburger Reichstages erwähnt wurde: wie er die ungarischen Stände für den Anschluss an Böhmen gewinnen wollte und ihre Vereinigung mit Bethlen vorbereitete. Später schlug er an der Spitze der mährischen Truppen den Grafen Dampierre bei Wisternitz und eroberte Nikolsburg, damit war aber seine Thätigkeit zu Ende, denn er musste sich vom Kriegsschauplatze zurückziehen, da er

*) d'Elvert II, 114, Liechtenstein an Ferdinand II dd. 29. April 1622.

**) Skála V, 222. Da Borbonius später alle mit ihm vorgenommenen Bekehrungsversuche ablehnte, musste er auswandern und endete sein Leben in Thorn.

***) Skála V, 141.

Podagra erkrankte, gleichzeitig an allen Gliedern gelähmt wurde und deshalb genöthigt war in dem Bade Pfäfers in der Schweiz seine Heilung zu suchen. Für seine Sicherheit glaubte hier nicht besorgt sein zu müssen, aber er bedachte nicht, dass der böhmische Kampf den gegenseitigen Hass der verschiedenen Kirchenparteien gesteigert hatte und dass die Kataliken aller Länder die Bekämpfung des Pfalzgrafen und seiner Anhänger als eine gemeinsame Sache ansahen. So geschah es, dass, als der Kaiser oder der Erzherzog Leopold an die katholischen Kantone das Ansuchen wegen Auslieferung Tiefenbachs stellten, diese demselben beistimmten, den Obersten im Verstandnisse mit dem Grundherrn von Pfäfers, dem Abte des dortigen Benediktinerklosters, gefangen nahmen und nach dem Schlosse Sargans abführten, von wo aus er an den Erzherzog Leopold ausgeliefert werden sollte. Mittlerweile wurde jedoch die Sache in der Schweiz ruchtbar und die Züricher verlangten von Luzern, einem der katholischen Kantone, die an der Einkerkelung theilhaftig waren, dass ein derartiger Vorfall in der Schweiz unerhörter Vorgang, wie die Gefangennahme eines fremden Gastes, rückgängig gemacht werde. Da Luzern auf diese Aufforderung nichts stichhältiges zu entgegnen wusste, so wurde es nach Tiefenbach sollte nach Rapperswyl abgeführt und dort auf freien Fuss gesetzt werden, aber auf dem Wege wurde er von dem luzerner Senator Jodok Halmlin überfallen und nach Sargans zurückgebracht. Zürich und Glarus forderten, dass der Gefangene ihnen übergeben werde, Luzern dagegen verwies die andern katholischen Kantone auf die Entscheidung des Bundestages, der eben in Baden versammelt war. Während Tiefenbach seinen Arzt nach Baden schickte und um Schutz nachsuchen liess, schickte auch der Erzherzog Leopold einen Boten dahin ab und verlangte seine Auslieferung, weil er sich des Hochverraths gegen den Kaiser schuldig gemacht habe. Tiefenbach, der sich verloren gab, suchte sein Heil in der Flucht und in der That bewirkte er durch Bestechung, dass er sich durch eine Mauerspalte des Schlosses in den Graben retten konnte, wo ein Pferd seiner harrete. Er kam jedoch wegen seiner Gebrechlichkeit nicht weit und musste in einem Stalle Schutz suchen, wo er von einer Magd den ihm nachspürenden

Wächtern verrathen wurde. Ohne weiteres Zögern wurde er dem Erzherzog Leopold ausgeliefert, nach Innsbruck transportirt und nachdem man ihm in summarischer Weise den Process gemacht hatte, zum Tode verurtheilt. Da er weder stehen noch knien konnte, sollte er sitzend enthauptet werden und wurde zu diesem Zwecke zu der auf dem Ringplatze errichteten Richtstätte getragen. Als er merkte, dass der Henker zum Streich ausholte, überwand er die Schmerzen seiner Glieder, stand auf und brachte einige Worte hervor, die man jedoch wegen des gleichzeitigen Trompetengeschmetters nicht verstehen konnte. Der Henker zwang ihn mittlerweile sich niederzusetzen und in dieser Stellung hieb er ihm den Kopf ab.*)

28. Mai
1621

Die Nachricht von der Hinrichtung einer Anzahl so hervorragender Persönlichkeiten und von den gleichzeitigen Executionen rief in Böhmen die grösste Bestürzung und Erbitterung hervor. Welche Betrachtungen und Gefühle in den Flüchtlingen aufsteigen mussten, als sie Kunde von den prager Vorgängen erhielten, kann man leicht ermessen, sie waren eine Beute des Schmerzes, der Wuth und Verzweiflung. Graf Thurn nannte die Executionen in den Briefen an seine Frau, die damals wieder in Prag weilte, eine neronische Massregel, schimpfte über die Richter und bedrohte sie mit seiner Rache, wenn sie ihrer habhaft werden würde. Diese Rachegelüste waren natürlich, als dass man sie bekritteln könnte; was soll man aber dazu sagen, wenn Thurn sich weiter darüber beklagt, dass man ihn nicht pardonirt, sondern geächtet habe und wenn er den Machthabern droht, er werde, sobald es ihnen einmal schlingeln gehen und er um Rath gefragt werden würde (!), ihnen nicht antworten! Der Spott genügt nicht bei diesen blöden Bemerkungen; man muss an seinem Verstande zweifeln oder es geradezu als schamlos bezeichnen, wenn er eine bessere Behandlung beansprucht, als den prager Opfern zu Theil wurde und wenn er nach diesen Vorgängen das Leben in der Heimat wie ehemals fortsetzen wollte.**)

*) d'Elvert III, 97. — Skála V, 81.

**) Sächs. StA. Thurn an seine Frau dd. 23. August 1621 und ein untirtirter Brief.

isirte Aufstand, der die Habsburger an den Rand des Ables brachte, von ihnen nur als eine Kurzweil angesehen, sie nach erlangtem Siege den Gegnern freundlich die Hand en und sie ihrer Achtung versichern würden und dass der r die Regierung weiterführen werde, als ob nichts geschehen Die Oberflächlichkeit und Hirnlosigkeit dieses Menschen e sich nie so klar als in diesen Briefen.

Eine Frage, deren Lösung grosse Schwierigkeiten *) hat, ie über den Werth der damals in Böhmen verhängten scationen. Man wird, wenn man die Zahl der jetzt und r mit Beschlagnahmungen belegten Güter kennt, leicht beurtheilen en, der wie viele Theil des gesammten Grossgrundbe- confiscirt wurde und wir werden die wünschenswerthen lfe zur Lösung dieser Frage seiner Zeit beibringen. Ueber Geldsumme aber, welche durch den Verkauf der Güter bracht wurde, wird man nie ein verlässliches Urtheil ab- können, höchstens über den Werth, den sie vor dem ruch des Krieges gehabt haben mögen. In der That sind im Stande über den Werth der Güter, die bis zu Ende ersten Hälfte des Jahres 1621 confiscirt wurden, eine ver- che Angabe zu machen. Unmittelbar nach der Verhaftung Personen, deren Process wir eben verfolgt haben, wurden Amtswegen ihre Güter nach den Eintragungen in der tafel und nach besonderen Abschätzungen, die der Zeit dem Jahre 1621 angehörten, bewerthet und diese Arbeit auf die Güter der verstorbenen und flüchtigen Rebellen edehnt. Die Abschätzung ergab die Summe von etwas t als 5000000 Thalern, sie betraf allerdings die reichsten leute und Bürger, aber doch nur eine kleine Zahl gegen- derjenigen, denen später der Process gemacht wurde. Wenn den damaligen Geldwerth mit dem heutigen vergleicht und t, dass für einen Thaler guten Geldes vor dem Jahre 1618 fähr das beschafft werden konnte, wofür man heute fünf ehn Thaler erlegen muss, so wird man nicht irre gehen, t man den Werth der bis Juni 1621 verhängten Confisca-

Die besonderen Schwierigkeiten hat d'Elvert IV, 231 u. fig. in trefflicher und gründlicher Weise angedeutet.

tionen auf 30—35 Millionen Thaler veranschlägt und doppelt so gross würde diese Summe sein, wenn man den heutigen Werth der allerdings trefflich bewirthschafteten und instruirten Güter in Anschlag brächte. *)

V

Der Kaiser hatte mit der geschilderten Execution und mit der damit im Zusammenhange stehenden Confiscation den entscheidenden Schritt gethan, der ihn zum Vorwärtsschreiten auf der betretenen Bahn drängte. Wollte er seine Herrschaft für die Zukunft sichern, so genügte diese Strafe nicht; er musste auch die anderen ihm von seinen Rathgebern empfohlenen Massregeln ins Werk setzen, also die religiösen Ueberzeugungen des Volkes schonungslos niederdrücken, die Verfassung umgestalten und schliesslich das Eigenthum aller wohlhabenden Leute confisciren und es in die Hände verlässlicher Anhänger legen, die den Erinnerungen des Landes fremd gegenüberstanden und an dessen frühere Geschieke nicht anknüpfen wollten.

Wir bemerkten weiter oben, dass in der Eigenthumsfrage die entscheidenden Aenderungen dadurch eingeleitet wurden, dass man zunächst die Güter der Flüchtigen und Verurtheilten confiscirte. Die Confiscation bezog sich nicht bloss auf den Grundbesitz, sondern auch auf die fahrende Habe und alles Bargeld. Schon vor der Einleitung des Processes hatte man die Ausfuhr von Werthsachen verboten und denjenigen eine Belohnung versprochen, die angeben würden, wo ein Flüchtling solche verborgen halte. **) Der Kurfürst von Sachsen wurde um Beschlagnahme alles dessen ersucht, womit sich zahlreiche böhmische Familien nach Sachsen geflüchtet hatten, und es wurden beispielsweise dem Herrn von Biberstein seine Habseligkeiten, die man auf 3821 Gulden bewerthete, confiscirt, und dasselbe geschah den Brüdern Stampach und dem Herrn von Globen, dem eine solche Masse werthvoller Gegenstände abgenommen wurde, dass sie ein Museum hätten ausfüllen

*) Abschätzungsliste der den verstorbenen, flüchtigen und eben inhaftirten Rebellen abgenommenen Güter. Archiv des k. k. Finanzministeriums.

**) Patent des Fürsten von Liechtenstein dd. 5. Dec. 1620. Sächs. StA.

nen. Auch Herr Stephan von Starhemberg, der seine Schätze aus Oesterreich über Böhmen nach Sachsen geflüchtet hatte, verlor um seinen ganzen Besitz. Wie gross zu jener Zeit der Reichthum einzelner Edelleute an Gold- und Silbergeschmeiden war, beweisen die bei dieser Confiscation verfassten Inventare;*) wog z. B. das Silbergeschirr des Herrn von Starhemberg 32 Mark. Unnachsichtlich wurden alle diese Gegenstände in Sachsen entweder eingeschmolzen und zu Geld gemacht oder verkauft. Gewiss haben die Husitenstürme mit den Kunstdenkmalern der Zeit Karls IV zum guten Theil aufgeräumt, aber der letzte Rest jener prachtvollen Kunstgegenstände, welche an das Mittelalter mahnten, ist in dieser Zeit zu Grunde gegangen, man in den heutigen böhmischen Adelssitzen erinnert nichts an das kultivirte Leben der Vergangenheit, Schmuck und Möbel sind entweder fremden Ursprungs oder stammen aus der Neuzeit, und wenn die Kirchen und Klöster einzelne Trümmer alter Schätze aufweisen können, so ist dies kaum nennenswerth und hat der Zufall daran das Hauptverdienst. Selbst die Burg Karlstein, das prachtvolle Baudenkmal Karls IV, wurde unvorsichtlich und unabsichtlich der Verödung und Plünderung preisgegeben und bietet jetzt in den inneren Räumen ein trostloses Bild der Verwahrlosung, der sie in den letzten Jahrhunderten ausgesetzt war. Der Sieger beabsichtigte nicht, vom Feinde alles wegzuwischen, was an seine Vergangenheit erinnerte, aber thatsächlich führten alle seine Schritte zu diesem Ziele.

Während man nach den Gütern der Flüchtigen und Verbannten griff und sich darüber beriet, wie weit man den übrigen Adel in seinem Besitze antasten könne, erörterte man auch, in welcher Weise man sich des Vermögens der königlichen Städte bemächtigen sollte, da man sich nicht mit dem Genügen wollte, was man durch die Bestrafung der einzelnen Verräther gewann. Schon das Decembertgutachten des Jahres 1400 riet dem Kaiser, die Städte in ihren Einkünften zu schmälern, ihnen hohe Steuern aufzulegen, und nur die Angst, dass

*) Sächs. StA. Die betreffenden Dokumente in der Abtheilung 9234 vorhanden.

man dieselben zu Grunde richten würde, hielt die äusseren Massregeln zurück. Auch jetzt scheint diese Furcht massgebend gewesen zu sein, denn als Ferdinand den Fürsten von Liechtenstein mit der Vornahme der Executionen betraute und ihm gleichzeitig den Auftrag gab, die einzelnen Städte und zwar zuerst Prag, vor den Gerichtshof zu citiren,*) bestimmte er vorläufig, dass ihre Strafe nur in der Verwirrung sämmtlicher Freiheiten und in den Verlust der freien Wahl der Pfarrer bestehen solle. Bezüglich des Gemeindeeigentums gab er noch keine Weisungen.

Dem Fürsten von Liechtenstein missfiel die anbefohlene Procedur gegen die Städte aus mehreren Gründen. Er fand es unzeitgemäss, wenn man schon jetzt den Städten die freie Wahl ihrer Pfarrer entzog — man verfügte nämlich nicht über die nöthige Anzahl katholischer Priester, um die freigebliebenen Pfarren zu besetzen — er missbilligte auch, dass man die Städte mit dem Verlust ihrer Privilegien zu einer Gefahr bedrohe, wo der Krieg nicht zu Ende sei, wo Mansfeld noch im Felde behaupte und die Verzweiflung die Bürger zu einem neuen Aufstande verleiten könnte.***) So wie er die Beschleunigung der Prozesse widerrathen hatte, so wollte er gegen die Städte beabsichtigten Schritte verschoben wissen. Allein diese Ansicht fand nicht die Billigung der wiener Staatsmänner und auch der Kaiser wollte weder um Mansfelds noch um anderer Gründe willen Milde walten lassen, nur insofern gab er dem Widerstande Liechtensteins nach, als er ihn um seine Meinung fragte, wie der Process gegen die Städte abzuwickeln Scene gesetzt werden sollte. Bei dieser Gelegenheit erklärte er, dass er weiter kein Blut vergiessen wolle, ordnete aber die möglichste Beschleunigung der gegen den übrigen Adel beabsichtigten Confiscationen an und forderte darüber ein Gutachten ab, ob der Process gegen jeden einzelnen Edelmann anhängig gemacht werden solle, oder — weil dies wegen der allzugrossen Menge derselben viel zu lange dauern würde — ob man nicht einfach das Urtheil gegen sie aussprechen und durch Patente publiciren

*) d'Elvert II, 73. Ferdinand an Liechtenstein dd. 2. Juni 1621.

**) d'Elvert II. Liechtenstein an Ferdinand dd. 12. Juni 1621.

te. Es war dies allerdings ein sonderbares Vorgehen, wenn betreffenden Edelleuten an einem schönen Morgen durch ein plötzlich verkündigtes Patent mitgetheilt wurde, dass ihr ganzer r halber Besitz confiscirt sei und wenn ihnen damit der Weg jeder Vertheidigung einfach abgeschnitten wurde. Da man doch zwei Drittheile des Grundbesitzes im Lande zu confiscirenachte, war es wahrlich besser, wenn man diesen furchtbaren in formloser Weise in Scene setzte und die Betheiligten durch einen Process zwischen peinlicher Angst und falscher Hoffnung schweben liess, da das Endergebniss in vorhinein stimmt war.*)

Liechtenstein berief die Mitglieder des ausserordentlichen Gerichtshofes zusammen und forderte sie zur Abgabe ihrer Meinung bezüglich der an ihn vom Kaiser gestellten Anfrage

Es scheint, dass sämmtliche Mitglieder sich für die vorläufige Aufschiebung aller weiteren Processe aussprachen und nichts davon wissen wollten, dass man gegen die Rebellen der Publication des Urtheils unter Ausserachtlassung jeder Processform vorgehe, weil dadurch das Land dem Aufstand wieder in die Arme getrieben werden würde. Thatsächlich hatten sich einige Edelleute, deren Güter nach der Pfalz lagen, dem Grafen von Mansfeld angeschlossen und so den Kampf gegen den Kaiser von neuem aufgenommen. Zu diesem zweiflungsvollen Schritte gaben die Gründe Anlass, mit denen man die Executionen motivirte, unter denen auch die geführt wurde, dass sich die Verurtheilten „in Diensten und Commissionen wider den Kaiser brauchen liessen.“ Nur die ärmsten und ärmsten Edelleute fühlten sich rein vor dieser Schuldigung und deshalb zogen es manche vor, im Kampfe zu fallen, als durch Gerichtsspruch an den Bettelstab gebracht werden. Die Mitglieder des ausserordentlichen Gerichtshofes, die von der um sich greifenden Verzweiflung genaue Kenntniss hatten, schrakten vor der weiteren Ausbeutung des Sieges nicht wohl aus Menschlichkeit als aus Klugheit zurück. Liechtenstein pflichtete ihrer Ansicht bei und riet dem Kaiser, vorläufig seine Strafdecrete zu sistiren, da er damit gar nichts

*) d'Elvert II, 94. Ferdinand an Liechtenstein dd. 2. Juli 1621.

verliere, denn die Reichen könnten ihm nicht entgehen, da er sie nach Belieben an ihrem Vermögen strafen könne, sobald die Gelegenheit günstiger sei. Um die Aufregung im Lande zu mildern habe er viele Personen aus der Untersuchungshaft entlassen, denn dadurch fasse die Hoffnung im Herzen der Bedrängten Wurzel und sie fügten sich bereitwilliger in die grossen Zahlungen zu denen sie sich zur Erhaltung der einquartierten Soldaten verstehen müssten. (!) Die einfache Publication des Urtheils über eine so grosse Anzahl von Personen widerriet er auch aus dem Grunde, weil man gegen diese minder Schuldigen härter verfahren würde, als gegen die Flüchtigen und gegen die kriegsgerichteten Rebellen, die man alle zur Vertheidigung zugelassen oder aufgefordert habe. Dass Liechtenstein für eine milde Behandlung des Landes war, deutete er in seiner Entgegnung auch dadurch an, dass er statt der Confiscation fortan nur Geldstrafen verhängen und auch gegen die Erben verstorbenen Rebellen nicht anders vorgehen wollte.*)

Diese Mahnungen und Rathschläge wurden, nur so weit als ein vorsichtigeres Auftreten anrieten, in Wien um ihrer wichtigsten Gründe willen gewürdigt, in den Confiscationen schied man wollte man sich aber zu keinem Zugeständniss entschliessen. Liechtenstein erhielt den Befehl, sämmtlichen Einwohnern des Landes mit Ausnahme der Flüchtlinge einen Generalpardon auszusprechen, der sie aber nur vor weiterer Schädigung an Ehre, Leben oder Freiheit bewahren sollte. Ueber ihren Besitz wollte der Kaiser nach Gutdünken verfügen und wenn er auch von der blossen Publication eines Urtheilsspruches Abstand nahm, so wollte er doch auch kein gerichtliches Verfahren einleiten, sondern sich in folgender Weise helfen. Der Fürst von Liechtenstein sollte alle Personen, die man im Auge hatte, vor sich rufen und einige seiner Vertrauenspersonen laden, ihnen ihre Vergehen vorhalten und die Strafe, mit der sie dieselben büssen sollten und die in Gut oder Geld bestehen sollte, mit ihnen vereinbaren. War Jemand mit diesem Vorgange nicht zufrieden, so konnte er den Rechtsweg betreten, der ihm aber nur eine noch schlimmere Behandlung in Aussicht stellte. Bezüglich der Strafen

*) d'Elvert II, Liechtenstein an Ferdinand II dd. 17. Juli 1631.

hielt Liechtenstein den Auftrag, sich genau zu erkundigen, worin ihr Vermögen bestehe und nach gewonnener Einsicht einen Vorschlag bezüglich ihrer Bestrafung zu erstatten, der doch nicht allzusehr ihre Nahrung und Wohlfahrt antasten dürfe. Die Städte sollten also in doppelter Weise gestraft werden, einmal als solche, das anderemal in den einzelnen Bürgern, die gleich den Edelleuten vor jenen Confiscationsrath — so wollen wir den neuen Gerichtshof benennen — berufen werden.*)

Dieses Decret bezüglich des Generalpardons und bezüglich der von dem Confiscationsrath einzuleitenden Untersuchung wurde jedoch nicht publicirt, zum Theil deshalb weil Liechtenstein die Publication des Pardons, der eigentlich kein Pardon war, für aufreizend und nicht für beruhigend erachtet haben mag, zum Theil auch deshalb, weil man in Prag sich mit dem Plane beschäftigte, die protestantische Geistlichkeit unter dem Vorwand ihrer Betheiligung an der Rebellion aus dem Lande zu vertreiben und dies nicht thun konnte, wenn man allen Einwohnern des Landes den Pardon zusicherte und sie also wenigstens nicht in ihrer Freiheit schädigen wollte. Alle diese Gründe mag Liechtenstein nach Wien berichtet haben und es scheint, dass man dort seine vorläufige Zurückhaltung nicht theilte. Als Ferdinand jedoch zu Ende des Jahres 1621 die Gewissheit hatte, dass Bethlen, mit dem der Krieg von neuem ausgebrochen war, in den nächsten Tagen zum Frieden gelangen und er sonach von diesem Feinde nicht mehr bedroht werden würde, seine finanziellen Schwierigkeiten sich aber immer mehr steigerten, beschloss er, nicht länger zu warten und das Versäumte nachzuholen.

Zunächst beschloss der Kaiser den bisherigen provisorischen Charakter der böhmischen Regierung durch die Ernennung eines Mannes aller Machtvollkommenheit ausgerüsteten Statthalters endgültig zu regeln. Es war um diese Zeit ungewiss, welchem Manne dieser Posten anvertraut werden würde, denn die Stellung des Fürsten Liechtenstein war in den letzten Wochen un-

*) d'Elvert II, 106. Ferdinand II an Liechtenstein dd. 26. Juli 1621. — Skála V, 162.

sicher geworden: man sprach in Wien von seiner Abberufung und wollte den Erzherzog Karl statt seiner nach Prag schicken. Die Ursache der Unzufriedenheit mit Liechtenstein ist nicht sichergestellt, wir vermuthen, dass man ihn eines Mangels an Eifer beschuldigte, da er bisher immer zur Mässigung geneigt war. Der Kaiser hatte aber Vertrauen zu ihm und da der Erzherzog Karl nichts von der Uebernahme des Statthalterpostens wissen wollte, so berief man den Fürsten nach Wien, um mit ihm ins Einvernehmen zu setzen und in der That sich mit Liechtenstein die Anschauungen der herrschenden Partei dort vollständig angeeignet zu haben.*) Denn während er dahin manche Härten der an ihn ergangenen Befehle mild gehörte er fortan zu den ärgsten Bedrängern des Landes. Von den drakonischen Massregeln, die den Ruin desselben beiführen mussten, fand in der Folge an ihm ihren Geheul. Ein Münzcontract, den er mit dem Kaiser abschloss und den wir später ausführlich berichten werden, rief in ihm unersättliche Geldgier wach und drängte ihn in die Bahnen des Verbrechens.***) Durch die entgegenkommende Haltung Liechtensteins wurde das Einvernehmen zwischen ihm und den kaiserlichen Räten hergestellt, der Kaiser gab seinem gesteigerten Vertrauen dadurch Ausdruck, dass er den Fürsten aus der ungeordneten Stellung, die er bisher als Subcommissarius des Herzogs von Baiern eingenommen hatte, befreite und ihn seinem Statthalter mit unbeschränkter Machtvollkommenheit nannte: es wurde ihm das Recht zugestanden, in allen Militärischen, Justiz- und sonstigen Angelegenheiten endgiltig verfügen zu dürfen, alle Aemter und Bewohner des Landes wurden angewiesen, ohne jede Widerrede Folge zu leisten. Er sollte alle Gewalt im Lande üben und hiefür Niemandem anderen verantwortlich sein, als dem Kaiser. ***)

*) Sächs. StA. Zeidler an Schönberg dd. 3. 13. Oct. und 27. Dec. 1622.

***) Wir erheben diese Anklage nicht auf blossen Vermuthungen hin, sondern auf Grund eingehender Processakten. Gegen Liechtenstein war nämlich ein Process von Ferdinand III anhängig gemacht und sein Verurtheilung zur Rückzahlung der von dem Vater defraudirten Summen verurtheilt. Unsere weitere Erzählung wird die nöthigen Details bringen.

****) Kais. Patent dd. 17. Januar 1622. d'Elvert II, 110.

Einen Tag nach der Uebertragung des Statthalteramtes an Liechtenstein benachrichtigte ihn der Kaiser, dass er die (wahrscheinlich von ihm vorgeschlagenen) Herrn Adam von Waldstein, Friedrich von Talmberg und Sezima von Wrtba zu Mitgliedern des Confiscationsgerichtshofes ernenne und ertheilte gleich für das dabei zu beobachtende Verfahren eine streng gemessene Instruction. Im Eingange derselben gab er seine finanziellen Bedrängnisse als Grund an, weshalb er den Schulden nicht völlige Verzeihung zu Theil werden lasse, da sie in der ersten Reihe verpflichtet seien, den von ihnen angerichteten Schaden gutzumachen, und bestimmte dann, dass Liechtenstein durch ein Patent alle jene Personen vor den Confiscationsrath aufrufen solle, die sich irgend einer Schuld bewusst seien. Die Citation sollte nicht namentlich, sondern im allgemeinen geschehen, so dass die betreffenden Personen ihre eigenen Anträge übermachen sollten. Der Confiscationsrath sollte untersuchen, wie weit die einzelnen „während der vergangenen Rebellion in Kriegs-, Landes-, Hof-, Stadt- oder Rathsamts innegehabt, welche Commissionen in oder ausserhalb des Landes sie verächtet, ob sie die Conföderationen beschworen und unterschrieben, ob sie den (rebellischen) Zusammenkünften beigewohnt und deren Beschlüsse approbirt, ob sie andere zu gleichmässiger Rebellion aufgewiegelt, ob sie wider den Kaiser und dessen hochlöbliches Haus schmähhliche und verkleinerliche Reden ausgestossen oder ob sie sonst bei der Rebellion ininteressirt waren.“ Man sieht aus dieser Bestimmung, die viel strenger und eingehender lautete als in dem wiener Gutachten vom 1. December 1620, dass nur die „wenigsten und ärmsten“ sich schuldlos fühlen konnten, und dass, wenn man nach dieser Ordnung vorging, die gesammte besitzende Bevölkerung an den Bettelstab gebracht werden musste. Die Strafe, die der Confiscationsrath über den Uebelthäter verhängen musste, lautete auf Geld und Gut, allfällige Milderungen der einzelnen Theile behielt sich der Kaiser selbst vor. Von einer Verhandlung zwischen dem Schuldigen und dem Gerichte über die Höhe der Strafe, die Ferdinand in seiner ersten Zuschrift an Liechtenstein (im Juli 1621) zulassen zu wollen schien, war es zumal keine Rede; der Gerichtshof sollte nach Belieben er-

kennen und nur Ferdinand wollte sich einen Einfluss v halten. Am Schlusse der Instruction werden die Commi beauftragt, gegen Jene, die der allgemeinen Aufforderung schuldig zu bekennen, nicht Folge leisten würden und so eine Busse an Geld und Gut durchschlüpfen wollten, als Hochverräther zu verfahren und gegen sie den ordent Rechtsgang zu betreten. *) So begannen in den ersten ' des Jahres 1622 jene Prozesse gegen den Adel und geg Bürger der einzelnen Städte, welche das Land dem gr Elende überlieferten und über die wir später umständli richten werden.

VI

Wir haben im vorigen Bande erzählt, wie sich die mähr Stände nach der Niederlage des Aufstandes in Verhand mit dem Kaiser eingelassen hatten und wie sie sich trotz Bemühungen um die Wahrung der ererbten Freiheiten ; auf Gnade und Ungnade ergeben mussten. Unter der Mitwi des Kardinals Dietrichstein wurden dann in Wien über die tigen Reformen in Mähren Berathungen gepflogen und eine von Massregeln beschlossen, die im Ganzen mit jenem achten übereinstimmten, das dem Kaiser für die Ordnun böhmischen Angelegenheiten überreicht worden war und a auf weitgehende Confiscationen, auf Rekatholisirung des L und auf Vernichtung der alten Verfassung lauteten. Bevor jedoch diese Massregeln durchsetzte, musste man sich bem das mährische Kriegsvolk aufzulösen und dessen Uebern in kaiserliche Dienste zu bewerkstelligen. Wie man d zum Ziele kam, ist bereits berichtet worden. Der Kan Dietrichstein konnte jetzt den ihm übertragenen Statthalterp ohne Sorge antreten.

Die Hauptaufgabe, deren Lösung ihm zunächst übertr wurde, sollte darin bestehen, dem Kaiser den grösstmöglich Geldgewinn aus Mähren zur Verfügung zu stellen. Schon 1621 1. Februar, also wohl gleichzeitig mit seiner Ankunft in die

*) d'Elvert Ferdinand an Liechtenstein dd. 18. Januar 1622.

lande, wurde ihm ein Dekret übermittelt, in welchem er beauftragt wurde die Verwaltung der Güter sämmtlicher Rebellen, unter denen man zunächst die Flüchtlinge, die gewesenen Distrikatoren und einige hervorragende Theilnehmer am Aufstande zu übernehmen und für den Kaiser nutzbringend zu machen. Wir haben bereits*) berichtet, wie durch die Befehlungen des Kardinals und des Kanzlers Lobkowitz, der eigens deshalb nach Brünn gereist war; die mährischen Stände und unter diesen namentlich die Städte zu grossen Contributionen gezwungen wurden und wie man stets grössere Summen von ihnen begehrte.

Der Kardinal und einzelne untergeordnete Beamte hatten in ihren Berichten nach Wien wiederholt über die Bedrängnisse geklagt, denen Mähren durch die raubsüchtigen Soldaten ausgesetzt sei und um ihre rasche Entfernung ersucht, wenn man die Steuerkraft des Landes nicht erschöpfen wolle. Diese Vorstellungen konnten lange nicht berücksichtigt werden, da der Kaiser bis gegen Ende April mit Bethlen über einen Frieden 1621 verhandelte und deshalb den grösseren Theil seiner Truppen in Mähren stehen lassen musste. Erst als sich die Unterhandlungen zerschlugen, rückte fast das gesammte Volk in Ungarn ein**) und nun hoffte man in Wien, dass sich das Land erholen und man zu bedeutendern Erträgnissen gelangen werde. Man erwartete auch, entweder kurz vor oder nach den prager Executionen, dass der Kardinal den Befehl zukommen, alle hervorragenden Theilnehmer des Aufstandes in Haft zu nehmen. Bevor man jedoch daran gehen konnte, auch ihre Güter in Beschlag zu nehmen, waren eigentlich den schon am 1. Februar gegebenen und noch 1621 fast vollzogenen Befehl auszuführen, war Buquoy bei der Belagerung von Neuhäusel gefallen und Bethlen raffte alle seine Kräfte zu einem gewaltigen Angriffe gegen den Kaiser auf, in Folge dessen Mähren neuerdings zu einem Heerlager umgewandelt und das Land den Soldaten zur Beute übergeben werden musste. Seit dem Monate September steigerte sich das Elend 1621

*) Band III, S. 396.

**) d'Elvert III, 205. Memorial für den Kaiser dd. 4. Mai 1621. Ebend. Ferdinand an Dietrichstein dd. 8. Mai 1621.

*) Gladely, Der pfälzische Krieg.

zu einer unerträglichen Höhe, da die Edelleute zur Abführung immer grosserer Quantitäten von Getreide und die Städte neuen Zahlungen genöthigt wurden. Der Cardinal Dietrichstein gegen die Andersgläubigen kein besonderes Mitleid den Tag legte, machte doch dem Kaiser Vorstellungen wegen der allzugrossen Belastung des Landes und in der That war er zur Begründung seiner Warnung anführt, dass die Zahl der bewohnten Häuser von 90000 auf 30000 gesunken sei, so kann man sich einen Begriff von dem schrecklichen Elend machen, das im Laufe von drei Jahren über Mähren hereinbrochen war.***) Trotz alledem berechnete man in Wien, dass neben den nöthigen Getreidevorräthen noch 38000 Gulden natürlich für die Unterhaltung des Kriegsvolkes brauchen würde, und da Dietrichstein wahrscheinlich gemahnt wurde, Sorge zu tragen, dass Mähren die betreffende Monatszahlung lieferte, berief er eine Anzahl hervorragender Edelleute, darunter Karl von Zerotin, und beriet mit ihnen, auf welche Weise das Land zu neuen Leistungen herbeigezogen werden könnte. Die Berathung ergab, dass keine weiteren Mittel mehr vorhanden seien, und dass die gesammte Bauernschaft mit Beginn nächsten Jahres nicht genug Getreide für ihren eigenen Lebensunterhalt habe und sonach eine grenzenlose Noth im Ansehung sei. Nur auf zwei Hilfsmittel wies der Cardinal als letzte Mittel anker hin, von denen allerdings das eine trübseliger als das andere war. Der Kaiser sollte entweder mit den eingezogenen Edelleuten einen schnellen Process machen, um sich ihren Beistand zu eignen zu können oder rascher die damals projectirte Militärverfälschung durchführen. Nur bezüglich der Bekleidung von 4000 Mann konnte der Cardinal Vorsorge treffen, da er ein Tuch aus Iglau, Znaim und andern Städten mehr oder minder gewaltsam gegen Versprechung der Zahlung in Beschlag nahm.

*) d'Elvert III, 224. Dietrichstein an Ferdinand dd. 18. September 1621. Ebend. S. 228. Dietrichstein an Ferdinand dd. 15. Aug. 1621. Wir vermuthen, dass mit diesen 90000 Häusern die mährischen Bauernschaften bezeichnet sind und dass der Cardinal damit die rapide Veränderung des Bauernstandes andeuten will.

**) In dem Briefe dd. 15. Aug. 1621.

***) d'Elvert III, 229. Ueberschlag, was das kais. Kriegsvolk braucht.

nikolsburger Friede, der endlich im Januar 1622 abgeschlossen wurde, rettete Mähren aus dieser Bedrängniss, um es bald einer zweiten zu überliefern, da man jetzt nicht länger den Processen zögerte.

Ein Gutachten, das sich, wie die Folge lehrte, der Zumutung der massgebenden Faktoren erfreute, dessen Entstehungszeit wir jedoch nicht kennen, setzte fest, dass die Unterung und Inhaftnahme sich auf die Direktoren und auf jene Personen erstrecken müsse, die sich gleich Anfangs durch den Eid und Siegel zum Aufstand verpflichtet, an dem Abschluss der Conföderation in Prag den vornehmsten Antheil gehabt, der Botschaft, die den Pfalzgrafen von der auf ihn gefallenen Reichsversammlung verständigte, sich betheiligte, den Kardinal Dietrichstein und den ehemaligen Landeshauptmann Lobkowitz gefangen gehalten, die geistlichen Güter eingezogen, den ungarischen Reichstag beiseite geschoben und endlich das Amt der Kreishauptleute in Mähren während der

Rebellion angenommen hatten.*) Entsprechend diesem Gutachten liess der Kardinal Dietrichstein einige Wochen nach dem Abschluss des nikolsburger Friedens eine Liste dieser Personen zusammenstellen und in dieselbe den Besitzstand jedes Anzuklagenden eintragen. Die Liste enthält gegen 200 Namen und umfasst die ehemaligen Direktoren, die Landrechtsbeisitzer, die Defensionen, die pfalzgräflichen Kämmerer, die Kreishauptleute, die Commissäre zu dem prager Generallandtag und dem ungarischen Reichstag und die verschiedenen Gehilfen und Parteigänger der Rebellion.

Nun wurde auch der Gerichtshof zusammengestellt, vor dem die Prozesse durchgeführt werden sollten, Dietrichstein wurde zum Präsidenten desselben ernannt und ihm neun Personen beigeordnet, von denen die Mehrzahl bereits in Prag eingekerkert hatte.***) Der Gerichtshof begann seine Thätigkeit Ende März 1622 in Wien und zog in den Kreis seiner Untersuchung nicht bloss die in Haft genommenen sondern auch die flüchtigen Rebellen

*) d'Elvert I, 128.

**) d'Elvert IV, CVI. Die Namen der Richter sind Freiherr Siegfried Breuner, Wilhelm von Slawata, der mährische Oberstlandrichter Leo Burian von Berka, Christoph Wratislaw von Mitrowitz, der Reichshofrath Wenzel, die Doktoren Kapper, Meisch, Schwab und Ello.

und dessen Besitze nicht auf die Güter der widerweil Verurtheilten zurückzuführen über auf ihre Güter aus Uebertragung. Die Urtheile wurden mehr als Urtheil verhängt; 1672 wurde auf Tod und Verlust sämmtlicher Güter. Von dem Urtheil wurde insbesondere der Landeshauptmann zu Zeit der pfälzischen Herrschaft der reiche Wäner von Zerwin betroffen der mit seiner Wälsung gefangen war. Die Personen der übrigen Urtheile verzögerte sich da der Kaiser längere Zeit nicht erfüllbaren konnte, so er die angelegte Todesstrafe über die besprochenen Personen verhängen oder nicht. Kurz vor der Abreise in dem Fürstentum Regensburg beschloß er Gnade walten zu lassen und schickte den Obersten Baltasar von Marradas mit diesem Besche nach Brunn.

1672 Am 3. November wurden die Gefangenen aufs brü Rasthaus berufen um hier der Verkündigung der Urtheile zuwohnen. Zuerst wurden die Personen des Herrenstandes gerufen und mit dem Erländmarschall Berthold von Lipa der Anfang gemacht. Sein Urtheil lautete auf den Tod und Verlust der rechten Hand, welche Strafe jedoch in lebenslangliches Gefängniß umgewandelt wurde. Nach ihm kam Christian von Ríčan an die Reihe, sein Urtheil lautete auf Tod und Vertheilung aber auch er wurde zu lebenslanglichem Gefängniß begnadigt. Adolf von Schleinitz wurde zu einer Haft von drei Jahren, Zdeněk von Waldstein und Karl von Kaunic lebenslanglicher Haft verurtheilt; Friedrich von Kaunic bis auf weitere Entscheidung des Kaisers im Gefängniß zu bleiben, Johann Čejka von Olbramowic dieselbe Strafe wie Berthold von Lipa erleiden, wurde aber in gleicher Weise begnadigt. Ueber alle diese Personen wurde die Confiscation ihres gesammten Besitzes verhängt und hierin keine Milderung zugestanden.

Die Reihe kam jetzt an die Angeklagten aus dem Ritterstande, über die statt der Todesstrafe ein lebenslangliches oder zeitweiliges Gefängniß verhängt und der Verlust der Güter ausgesprochen wurde. Nur einem einzigen wurde mehr Gnade zu Theil, ihm wurden nur zwei Drittel seiner Güter eingezogen und dabei bestimmt, dass er ein ganzes Jahr vor der Jakobs-

te in Brünn Almosen für Arme erbetteln müsse. Milder
 ihr man gegen die Bürger, indem man nicht bloss die To-
 rafe in Gefängniss- und Arbeitsstrafe verwandelte, sondern
 fast allen einen Theil ihrer Güter liess.**) Durch die jetzt
 gesprochenen oder gegen die Flüchtigen publicirten Urtheile
 e die Strafe der Güterconfiscation über 51 Personen ver-
 . Der Cardinal theilte dies in einem Patente dem Lande
 und forderte alle Einwohner desselben auf, ihm Kunde von
 gesammten Vermögen der Betreffenden zu geben.

Wie gross auch der Besitz sein mochte, dessen sich der
 er auf diese Weise bemächtigen durfte, er genügte nicht
 die Ebbe, die sich in seinen Kassen täglich fühlbarer machte,
 so griff man in Mähren zu demselben Mittel, wie in Böh-

Man forderte auch hier die Einwohner des Landes auf,
 selbst ihrer Verbrechen vor dem brünner Gerichtshofe an-
 zugeben und dieselben mit der Abtretung eines Theiles ihrer
 r zu sühnen.***) Die betreffenden Processe wurden im Jahre
 aufgenommen und in diesem und dem folgenden Jahre
 die verschiedenen Confiscationen verhängt. Wir werden
 r auf dieselben zurückkommen.

VII

Um das Bild der gegen die ständischen Corporationen
 geleiteten Verfolgungen zu vervollständigen, wollen wir
 auch mit einigen Worten andeuten, in welcher Weise der
 gegen die Oesterreicher ausgebeutet wurde. Der Kaiser
 , nachdem ihm die Mehrzahl der Stände in Ober- und
 erösterreich im Jahre 1620 gehuldigt hatte, den Wider-
 spenden noch einen Termin bewilligt, bis zu welchem er sie
 inaden aufnehmen wolle. Einige machten von dem Ter-
 e Gebrauch, andere dagegen schlossen sich dem böhmi-
 n Heere an, als es sich aus Oesterreich zurückzog und
 diese wurde die Confiscation verhängt. Der darauf fol-
 le Sieg auf dem weissen Berge musste Jedermann die

Skála V, 267.

d'Elvert I, 155. Generalpardon für Mähren dd. 9. Nov. 1622.

Ueberzeugung aufdrängen, dass nun noch grössere Strenge werde, aber in Oesterreich glaubte man noch nicht. Die oberösterreichischen Stände, die sich durch die Erd der zahlreichen bei ihnen einquartierten Garnisonen be fühlten, schickten den Freiherrn Erasmus von Starhemb den Herzog Maximilian mit der Bitte, dass die Garnison fernt, ihnen das Recht freier Zusammenkünfte gewah mit den gegen einzelne Personen eingeleiteten Processe gehalten werde. Der Gesandte scheiterte mit seinem Gesuch die Antwort, die Maximilian gab, war so hart und ab als möglich. Den Ständen wurden alle ihre Verbrechen geworfen, die Theilnahme am böhmischen Aufstande, die Verbindung mit Ungarn und mit Bethlen. Die Versicherung Treue wurde nicht undeutlich als eitle Flunkerei bezeichnet ihre Erklärung, dass sie nicht im Stande seien, die einqu Garnisonen zu erhalten, mit der Bemerkung zurückgegeben dass sie hinreichend Geld zur Besoldung eines Heeres den Kaiser gehabt hätten. Starhemberg hatte seine Kl dem Argument zu unterstützen gesucht, dass der auf die geübte Druck gegen ihre Rechte und Privilegien war. Auch darauf blieb Maximilian die Antwort nicht stehen indem er in höhnischer Weise frug, ob etwa der Land sich ihrem Willen fügen solle? Wenn es zum äussersten komme, dann müssen „die Particularinteressen“ (womit ständischen bezeichnete) schweigen und das öffentlich allein berücksichtigt werden. Aus diesem Grunde wurden auch die Klagen wegen der Verhaftung mehrerer Edelle Bürger zurück, diese Procedur sei nicht so „unerhört“, Angriffe und „Misshandlungen“, deren sich die Stände gemacht hätten. Er verwies ihnen den Wortlaut ihrer schrift, die in einem Tone gehalten sei, der sich für Untert nicht zieme und den er nicht dulden wolle und erklärte schließlich, dass er den Zusammentritt der Stände auf Land nicht wehren, dass er aber den Gegenstand der Berathung vor kennen wolle. *)

Diese scharfe Antwort beugte den Trotz der Stände

*) Khevenhiller, Annales Ferd. IX, 1276.

ht. Als Maximilian in einem Dekrete die Zahlung derjenigen
 ulden verbot, die sie während des Aufstandes gemacht hatten,
 äärten sie demselben nicht folgen und die Schulden aus den
 laufenden Steuern, deren Verwaltung in ihren Händen lag,
 en zu wollen. Diese Erklärung erbitterte durch ihren rebel-
 len Inhalt den bairischen Statthalter in Linz, den Grafen
 überstorff, und da er im Interesse seines Herrn die Einkünfte
 Oberösterreich auf keine Weise, am allerwenigsten aber durch
 angedrohte Zahlung schmälern lassen wollte, so bedrohte
 die Stände, dass er sich an ihrem Besitzthum schadlos halten
 de. Zu gleicher Zeit ersuchte der Herzog den Kaiser, dass
 er die Verpfändung Oberösterreichs den Ständen mittheilen
 ge, damit kein Zweifel bestehe, wer bei ihnen zu gebieten
 e. Diesem Wunsche kam Ferdinand nach und schickte am
 März 1621 ein Patent nach Linz, in dem er den Ständen die
 theilung machte, dass er ihr Land mit allen Einkünften und
 zungen und mit dem Erträgniss der vollzogenen und noch
 vollziehenden Confiscationen an den Herzog von Baiern ver-
 ndet habe. *)

Die unkluge und jedenfalls von rebellischem Geiste zeu-
 de Haltung der oberösterreichischen Stände bewirkte, dass
 n in Wien nicht länger mit der Processirung einzelner Räu-
 sührer zögern wollte und schon jetzt eine Untersuchung
 absichtigte, wie man sie erst im Januar 1622 über die böh-
 schen Stände verhängte. Das künftige Resultat dieses Vorge-
 ns deutete Ferdinand in dem obigen Patente an, in dem er
 nscationen in Aussicht stellte, sich also mit den vollzogenen,
 e gegen jene verhängt wurden, die die Huldigung nicht ge-
 stet und sich geflüchtet hatten, nicht begnügte. In der That
 rden einige Edelleute und Bürger am 20. März in Linz 1621
 rhaftet und da sich der Trotz der Stände nicht minderte,
 d sie in der Bezahlung der ausgeschriebenen Steuern säumig
 ren, so wurden die Verhaftungen fortgesetzt und namentlich
 f Erasmus von Starhemberg und Sigmund Polheim ausge-
 nt. Auch der reiche Helmhard von Jörgen wurde gefänglich
 gezogen, wiewohl derselbe sich jetzt sehr bemühte, seine

*) Khevenviller, IX, 1285.

frühere Opposition in Vergessenheit zu bringen, aber zu seinem Unglück bot die Art und Weise, wie er seine Huldigung angeboten hatte, seinen Gegnern Gelegenheit zur Verfolgung. Er hatte nämlich erklärt, dass er dem Kaiser nur dann huldigen werde, wenn dieser die hergebrachten politischen und religiösen Privilegien bestätige. Seine Huldigung war demnach an eine Bedingung geknüpft, doch schien man sich damit begnügen zu wollen, wenigstens erklärte ihm der Kardinal Dietrichstein in einem Zwiegespräch, dass er mit seiner Erklärung vielen sehr viel Unzeit gekommen sei, da man ihn wie einen feisten Brachvogel habe abrufen d. h. seiner schönen Güter berauben wollen. Helmhart Jörger wurde über diese und andere Andeutungen stutzig und da der völlige Sieg des Kaisers nicht mehr zu bezweifeln war, bemühte er sich bei Eggenberg und anderen seiner bedingungslos erklärten eine möglichst loyale Deutung zu geben und ließ die Genugthuung, dass man seine Versicherungen ruhig nahm. Bald darauf wurde er jedoch von der niederösterreichischen Regierung aufgefordert, seine Huldigung nachzuweisen und er sich auf nichts anderes berufen konnte, als auf seine bedingungslose Erklärung, so wurde er im Juni in Haft genommen und nach Linz transportirt, von hier aber zu Anfang des folgenden Jahres entlassen, da seine Frau den Kaiser bei seiner Hochzeitsreise nach Innsbruck um Gnade ersucht hatte. *) An demselben Tage in Wien wurde eine Anzahl Bürger verhaftet und wegen ihrer Haltung im Jahre 1619 in Untersuchung gezogen.

22.
Juni
1621

Januar
1622

Die Folge dieser Strenge war, dass als der Kaiser die niederösterreichischen Stände nach Wien berief und von denselben eine starke Contribution begehrte, die Opposition kaum zu rühren wagte und in die zugemutheten Opfer einwilligte. **) Herr von Losenstein, einer der früheren Tonangebenden unter den Protestanten, wurde sogar katholisch, was den Kaiser so mit Freuden erfüllte, dass er ihm einen kostbaren Rosenkranz verehrte. Die oberösterreichischen Stände, die sich jetzt nach dem kaiserlichen Regimente sehnten, seit sie von Maxi-

*) Khevenhiller, Annales IX, 1598. Helmhart Jörger an den Kaiser dd. 15. Juli 1621 und ein zweites Schreiben kurze Zeit darauf. Sächs. StA.
**) Sächs. StA. Zeidler an Schönberg dd. 2./12. und 10./20. Jänner 1622

an in scharfer Weise behandelt wurden, machten dem Kaiser
 Wels ihre Aufwartung, als derselbe zu Anfang des Jahres
 2 durch diese Stadt fuhr und überreichten ihm eine Bitt-
 ritt, die nicht mehr von der alten Widerspänstigkeit zeugte,
 lern den Kaiser um finanzielle Schonung und um die Auf-
 ang der eingeleiteten Prozesse anflehte.*) Es war aber zu
 wenn man sich jetzt aufs Bitten verlegte. In Wien war
 entschlossen, Oberösterreich in derselben Weise zu be-
 deln, wie Böhmen und Mähren und trotz der geleisteten
 digung gegen den Adel und den Bürgerstand die Anklage
 en ihrer rebellischen Verbindungen zu erheben und die
 ldigen mit der Confiscation der Güter zu bestrafen. Man
 te durch dieselbe einen Theil der Schuld an Maximilian von
 ern abzutragen und so die Auslösung der Pfandschaft zu be-
 eunigen. Zur Vornahme der Untersuchung und zur Schöpfung
 Urtheils wurde ein Gerichtshof bestellt, bestehend aus zwölf
 sonen und zwar einigen hervorragenden Edelleuten (wie dem
 fen von Meggau, den Freiherrn von Hoyos und Karl von
 rach) mehreren Reichshofrätthen und mehreren Rätthen der
 erösterreichischen Regierung. Dieser Gerichtshof sollte sich
 Linz versammeln und daselbst die Anklage gegen alle die-
 igen erheben, welche bewaffneten Widerstand geleistet, sich
 Regierung nach dem Tode des Kaisers Mathias bemächtigt,
 Kriegsrüstungen betrieben, die Conföderation mit Böhmen
 geschlossen, den kaiserlichen Truppen die Pässe gesperrt
 l mit Bethlen und den Türken in Verbindung gestanden
 ten. Welches Loos der Schuldigen harrte, deutete die wei-
 e Instruction sattsam an. Die Confiscation sollte über alle
 chtigen und verstorbenen Rebellen verhängt werden, alle
 ndwie hervorragenden Theilnehmer des Aufstandes zur Haft
 racht, ihre Güter verzeichnet und nach gesprochenen Urtheil
 Beschlagnahme belegt werden.*) Die Oberösterreicher sollten
 vor den Böhmen nichts voraus haben. Wie diese Prozesse
 ten, werden wir später berichten.

13.
 Sept.
 1621

Die oberösterr. Stände an Ferdinand II. Ohne Datum. Sächs. StA.
 Instruction für den vom Kaiser ernannten Gerichtshof dd. 13. Sept. 1622.
 Münchener StA.

Drittes Kapitel.

Die Auflösung der Union.

- I Der Krieg in der Unterpfalz. Bemühungen der kaiserlichen Partei um Auflösung der Union. Stimmung der pfälzischen Partei. Der heilbronner Unionstag. Einwirkung der Generalstaaten.
- II Eindruck der Nachricht von der Schlacht auf dem weissen Berg auf Jakob. Seine Versprechungen. Morton in Heilbronn. Der Zusammentritt des englischen Parlaments. Zweideutige Haltung Jakobs. Achatz von Dohna und seine Verbindung mit Jakob. Jakobs Schreiben an seinen Schwiegersohn. Sein Vermittlungsproject.
- III Haltung des Kurfürsten von Brandenburg gegen die böhmischen Flüchtlinge. Friedrich in Küstrin. Camerarius' Reise zu den norddeutschen Fürsten. Friedrich in Wolfenbüttel. Ritter Villiers. Christian IV und der holländische Gesandte. Der Convent von Segeberg.
- IV Verhandlungen Spinola's mit dem Landgrafen Moritz von Hessen-Kassel. Verhandlungen zu Zwingenburg und Mannheim. Straassburg tritt aus der Union aus. Lord Digby in Brüssel. Der mainzer Accord. Die Unionssandten in Wien. Der abweisliche kaiserliche Bescheid. Schlussatzung der Union. Die dänischen Gesandten in Wien.

I

In Böhmen war durch die Vertreibung Mansfelds und darauf folgenden Strafprocesse und Confiscationen allfälligen Anstandsversuchen jegliches Mittel entzogen und hier war die Sache des Pfalzgrafen verloren, wenn nicht ausserhalb dieses Landes neue Mittel gewonnen wurden oder wenn nicht die Union in Bethlen ihr Schwert zu seiner Vertheidigung in die Waagschalen warfen. Die beiden letztgenannten Bundesgenossen erfüllten nicht die auf sie gesetzten Hoffnungen: nach kurzem oder längerem Widerstreben traten sie vom Kampfplatz zurück, in welcher Weise dies von Seite der Union geschah, wollen wir nun berichten.

Wir haben erzählt, dass der Marques von Spinola im September des J. 1620 in der Unterpfalz eingefallen und rasch einige Erfolge errungen habe. Gewiegte Kenner der Kriegskunst machten es ihm zum Vorwurf, dass er darauf das Unionsheer nicht direkt angegriffen habe, da ihm die sichtliche Angst, welche die Offiziere desselben mit Ausnahme des Obersten Obentraut an den Tag legten und die geringe Erfahrung des obersten Führers, des Markgrafen von Anspach, unzweifelhaft den Sieg verschafft hätten. Allein der spanische General war aus derselben Schule, wie Buquoy, er rückte nur äusserst vorsichtig vor und suchte sich in dem genommenen Gebiet zuerst sicher zu stellen. Aus diesem Grunde befestigte er das eroberte Oppenheim und häufte daselbst alle seine Vorräthe an, stellte die Schiffsbrücke her, welche die beiden Rheinufer verband, und beobachtete von hier aus den Feind, der seine Stellung bei Worms genommen hatte, um dort den Zuzug der holländischen und englischen Hilfstruppen zu erwarten. Da Spinola fürchtete, dass die Gegner ihm später an Cavallerie überlegen sein würden, ersuchte er den Erzherzog Albrecht um Verstärkung seiner Streitkräfte,*) und berief mittlerweile seine obersten Offiziere zusammen, um sich mit ihnen über die weiteren Operationen zu berathen. Der erste in diesem Kriegsrathe gemachte Vorschlag, dass man über den im Anzuge befindlichen Succurs herfallen und ihn niederwerfen solle, wurde abgelehnt, weil man über die Marschrichtung desselben keine sichere Nachrichten hatte und so beschäftigte man sich mit anderen Vorschlägen. Einige der Offiziere waren der Meinung, dass man sich Bacharachs bemächtigen, andere kühnere aber, dass man in Oppenheim eine starke Besatzung zurücklassen und gegen Heidelberg aufbrechen solle. Würde der Feind nachrücken, so müsste auch er in Worms eine starke Garnison zurücklassen und dadurch hofften sie ihm wieder überlegen zu sein. Spinola entschied sich weder für den einen noch den andern dieser Pläne, sondern berief einige Tage später einen zweiten Kriegsrath, in dem sich die Majorität gegen den Angriff auf Heidelberg erklärte, weil man über kein Brückenmateriale zur Uebersetzung des Neckar verfüge und wegen den Gefahren dieses Unter-

Sept.
162023.
Sept.
162029.
Sept.
1620

*) Ibarra, la guerra del Palatinado.

- nehmens, so lange man nicht über die Marschrichtung des holländischen Succurses unterrichtet sei. Die Folge davon war, dass der General sich für den Angriff auf Bacharach entschied, und damit den Feldmarschall Cordova an der Spitze von 1800 Mann betraute; er selbst blieb mit den übrigen Truppen in Oppenheim, um von dort aus den Anmarsch der Holländer zu erwarten. Cordova gelangte ohne Schwierigkeit zu seinem Ziele, da die Einwohner von Bacharach sich ihm sogleich ergaben, welchem Beispiele am selben Tage auch Kaub nach kurzem Widerstande folgte. *)
30. Sept. 1620
1. Okt. 1621

Da mittlerweile die Nachricht in Oppenheim einlief, dass der für die Union bestimmte Succurs unter dem Commando des Prinzen Heinrich von Oranien an den Main gelangt war und nun die Vereinigung mit den Unionstruppen zu bewerkstelligen suchen werde, so beschloss Spinola den Prinzen an dem Marsche zu überfallen. Nachdem er in Oppenheim eine Besatzung zurückgelassen hatte, rückte er mit seinen übrigen Truppen an den Main, den er an einer Furth übersetzte, aber nun erfasste ihn die Angst, dass der Feind mittlerweile Oppenheim angreifen könnte, und so kehrte er schleunigst wieder zurück, so dass sich der Prinz von Oranien, der eine Stunde Wegs unterhalb Hanau den Main übersetzt hatte, ohne Schwierigkeit mit dem Unionsheer verbinden konnte. Er brachte demselben eine Verstärkung von ungefähr 2100 holländischen Reitern und 300 holländischen Musketieren zu, ferner das in England geworbene Regiment, das unter Vere's Commando stand und das wahrscheinlich nur 2000 Mann zählte, obwohl die Spanier dasselbe auf 3000 Mann schätzten.**)

4. Okt. 1620
- 1620
- Am 12. Oktober erhielt Spinola aus Alzei die Nachricht, dass der Feind sich in der Nähe dieser Stadt gezeigt habe, und da er einen Angriff auf dieselbe befürchtete, so eilte er ihr am folgenden Tage an der Spitze von 11000 Mann zu Hilfe. In der That rückte der Feind von Worms mit seiner ganzen disponiblen Macht vor und beide Gegner trafen ziemlich nahe auf einander. Es heisst, dass der Markgraf von Anspach die

*) Ibarra, la guerra del Palatinado.

***) Sächsis. StA. Zeitung ddo. 3./13. Okt. 1620.

sicht gehabt habe, die Gegner von Oppenheim wegzulocken und sich dann auf diese Stadt zu stürzen, allein der Plan gelang nicht, da Spinola seine Stellung so gut genommen hatte, dass der Markgraf sich nicht einmal getraute ihn anzugreifen und dabei unbedeutenden Vorpostengefechten bewenden liess. *) Am 5. Oktober kehrten beide Armeen in ihre früheren Quartiere zurück.

Hier erfuhr Spinola, dass die Gegner einen Angriff auf die in der Nähe von Simmern gelegene Stadt Kirchberg unternommen hätten und dass dieser glücklich abgeschlagen worden sei. Er zog darauf den ihm aus Flandern auf seine Bitte zugesandte geschickten Truppen entgegen, die sich auf 2500 Mann Fußvolk und 800 Reiter beliefen und verband sich mit ihnen. Am 26. Oktober, wodurch er den Gegnern wieder beträchtlich zuvorkommen war. Trotzdem wagte er sich an kein grösseres Unternehmen, weder Kaiserslautern, noch Worms oder Frankenthal wollte er angreifen, bald war es die Nähe des Winters, und die Schwierigkeit des Weges, die ihm alle diese Unternehmungen als zu gefährlich erscheinen liessen. Da er aber nicht unthätig bleiben wollte, so beschloss er die in seinem Umkreise gelegenen, meist unbedeutenden und mit einer geringen Besatzung versehenen Orte anzugreifen und dadurch seine Verbindung mit Luxemburg zu erleichtern. Als er zu diesem Zwecke auf Lanzberg ziehen wollte, erfuhr er, dass die Unionsarmee sich auch auf den Marsch dahin begeben habe, um seine alligen Anschläge zu durchkreuzen. Statt nach Lanzberg zu ziehen, er deshalb am 4. November nach Alzei, um dem Feinde in offenen Felde zu begegnen, aber auch diesmal liess es der Markgraf von Anspach nicht auf eine Schlacht ankommen, sondern zog sich wieder zurück. Spinola übertrug darauf dem Herzog von Mexia mit einer kleinen Heeresabtheilung die Aufgabe, die früher selbst lösen wollte und die sich auf die Eroberung der am Naheflusse und am Hunsrück gelegenen Orte bezog. Diese Aufgabe wurde im Laufe des Monats grösstentheils erledigt, ein Ort nach dem andern ergab sich nach kürzerer

*) Sächs. StA. Aus Oppenheim dd. 5./15. Okt. 1620. — Ibarra a. a. O. — Theatrum Europaeum.

oder längerer Gegenwehr. Der Markgraf von Anspach störte diese Erfolge nicht, er fürchtete, dass sein Heer eine Schlappe erleiden könnte und verharrte deshalb in Unthätigkeit. Am 16:20 ungefähr am 20. November die Nachricht von der Schlacht auf dem weissen Berge zur Kenntniss der spanischen Armee gelangte und von dieser mit Freudenfeuern begrüsst wurde, erregte diese Niederlage selbstverständlich die grösste Betrübniß bei den Unionsfürsten und steigerte die Aengstlichkeit ihres Anführers.

Da die Spanier des herannahenden Winters wegen an keine grössere Unternehmung mehr dachten, so kam es nur noch zu kleinen Gefechten und Ueberfällen, die am häufigsten mit einer Schlappe für die Union endeten. Die bedeutendste erlitt sie in dem eine Meile von Worms gelegenen Osthofen, wo es den Spanier gelang die dortige Besatzung von ungefähr 400 Mann Fussveteranen und einer Reitercompagnie zu überfallen und gefangen zu nehmen. Diesmal war es doppelt schimpflich, dass man dem nahegelegenen Worms den Angegriffenen nicht zu Hilfe kam, und die Spanier wussten sich dieses Zaudern nicht anders zu erklären, als dass die Anführer der Union Worms nicht verlassen wollten, weil sie den Bürgern nicht trauten und von ihnen aus der Stadt ausgeschlossen zu werden fürchteten. Es ist wahr, die Bürger waren des Krieges müde und wünschten ihrer Freunde ledig zu sein, aber mit verrätherischen Gesinnungen trugen sie sich nicht. — Nur der Oberst Obentraut vertheidigte den Muth nicht und bethätigte denselben durch einige glücklich geführte Gefechte, so dass die Spanier nicht allein das Feld behaupteten. Zur Ausbeutung des eroberten Gebietes schickte Spinola eine Finanzkommission ein, welche die Contributionen vertheilen und einheben musste und wie hart sie dabei vorgeht ergibt sich aus dem Geständnisse der Spanier, dass der grösste Theil ihres Heeres auf Kosten des Feindes verpflegt wurde. *) Gleichzeitig wurden Anstalten zur Verstärkung des Heeres getroffen, so dass man auf kaiserlicher Seite im Frühjahr über ungefähr 36000 Mann gebieten zu können hoffte.

Während der Krieg in der geschilderten Weise geführt wurde und immer grössere Nachtheile für die Union im Gefolge

*) Ibarra a. a. O. Theatrum Europaeum.

te, beschäftigten sich die Mitglieder derselben mit der Frage, 1620
 sie an dem Bündniss mit dem Pfalzgrafen festhalten und
 sie überhaupt den wachsenden Gefahren gegenüber thun
 ten. Schon die Aufstellung dieser Frage, noch mehr aber
 Art und Weise ihrer Erörterung zeigte, dass die Niederlage
 dem weissen Berge nicht bloss auf Böhmen, sondern auch
 Deutschland eine entscheidende Wirkung ausübte und dass
 frühere Ueberhebung der pfälzischen Freunde dem Klein-
 the Platz machte. Die Katholiken benützten diese Stimmung,
 um sie die einzelnen Unionsglieder entweder durch Drohungen
 schrecken oder durch freundliche Worte zu gewinnen suchten
 fanden hiebei unter den Protestanten selbst einen bemerk-
 aswerthen Bundesgenossen an dem Landgrafen Ludwig von
 ssen-Darmstadt. Dieser Fürst, der nie zur Union in nähere
 ziehungen getreten war und sonach das Beispiel seines Vet-
 s, des Landgrafen Moriz von Hessen-Kassel, nicht befolgt
 te, hatte gleich nach der Erhebung Ferdinands auf den deut-
 ien Thron unverholen seine Sympathien für denselben an den
 g gelegt und dadurch nicht wenig dazu beigetragen, dass der
 rfürst von Sachsen seine Scheu vor einem Bündnisse mit
 m Kaiser ablegte und den Konferenzen zu Mühlhausen bei-
 hnte, wo er sich mit der katholischen Liga verband. Um
 eses Resultat vorzubereiten, war Ludwig im Winter 1619—20
 eh Dresden und darauf nach Mainz gereist und hatte so die
 erstädigung zwischen Kursachsen und der kaiserlichen Partei
 gebahnt, die in Mühlhausen zum Abschluss kam. Er zog sich
 dadurch arge Vorwürfe von seinen Glaubensgenossen zu, auf
 e er stets die Antwort bereit hatte, dass es ihm um den
 rieden in Deutschland zu thun sei, den er nicht durch den
 hrgeiz einiger Leute gefährden lassen wolle.*) Wahrscheinlicher
 eise wollte er sich jedoch die Gunst des Kaisers sichern, auf
 ss dieser in dem Besitzstreite, in den er mit dem Landgrafen
 n Kassel verwickelt war, sich auf seine Seite stelle.

Nach dem Siege des Kaisers über den Pfalzgrafen nahm
 dwig seine Thätigkeit noch energischer auf, da ihn Ferdi-
 ad selbst hiezu aufforderte und ihn ersuchte, die Unions-

*) Die Nachweise hierüber im sächs. StA.

fürsten zum Preisgeben des Pfalzgrafen zu veranlassen und ihnen für diesen Fall Verzeihung anzubieten. Ludwig kam dem kaiserlichen Wunsche nach und reiste nach Worms, wo er mit dem Herzoge von Württemberg und dem Markgrafen von Aspsach zusammentraf und sie zu bereden suchte, dem Verlangen des Kaisers Folge zu leisten und nicht länger den Pfalzgrafen in seinem Widerstand zu unterstützen.*) Hätte er nicht bloß den Unionsfürsten sondern auch dem Pfalzgrafen Pardon angeboten, so hätte man sich bald verständigt, aber dazu war er nicht ermächtigt, ja er erklärte sogar, dass sich der Kaiser nicht mit der Wiedergewinnung des Entrissenen begnügen sondern für den erlittenen Schaden einen Ersatz haben wollte. Mit diesen beschränkten Anerbietungen, die nur die Unionsfürsten aber nicht den Pfalzgrafen sichern sollten, wollten diese nicht begnügen. Das deutsche Reich, so übel seine Verfassung war, hatte doch allen weltlichen Reichsständen die Sicherheit ihres Besitzes trotz zahlreicher Fehden gewährleistet. Die Unionsfürsten hielten es deshalb nicht für möglich, dass man den Pfalzgrafen in demselben angreifen könnte und lehnten ab, ihn preiszugeben. Sie waren nur erbötig, sich mit ihrem Kriegsvolk ruhig zu verhalten, wenn sich Spinola aus der Pfalz zurückziehen würde; dann wollten sie auch dazu beitragen, dass der Pfalzgraf auf Böhmen Verzicht leiste und sich mit dem Kaiser begnüge.***) Indem sie dem letzteren von diesen Verhandlungen Nachricht gaben, rieten sie ihm zur Abtretung der böhmischen Krone, weil er — ihrer Meinung nach — dadurch die Pfalz gegen weitere Angriffe schützen würde. — Ludwig benachrichtigte den Kaiser von dem Misserfolge seiner Mission, riet ihm die Union wenigstens theilweise zu schwächen und zu diesem Zwecke an die Reichsstädte zu schreiben, sie zum Aufgeben des Bündnisses und zur Nichtzahlung weiterer Beiträge aufzufordern und ihnen dafür volle Verzeihung und die Bewahrung vor jeglicher Einquartierung zuzusichern. Der Kaiser kam diesem Rathe

*) Münchner StA. Der Landgraf von Darmstadt an die Unionsfürsten dd. 10./20. Dec. 1620.

***) Münchner StA. Antwort des Herzogs von Württemberg und des Markgrafen von Baden dd. 14./24. Dec. 1620. — Ebend. Dieselben an Friedrich dd. 15./25. Dec. 1620.

h und schrieb an die Städte Nürnberg, Ulm und Strassburg.*)

Auf pfälzischer Seite wechselte um diese Zeit die Stimmung, kühne Pläne und verzweifeltes Besorgniss reichten einer die Hände. Einer der Freunde des Pfalzgrafen riet, es man vor der Gefahr nicht zurückscheue und sich in die Verhandlungen einlasse, man solle Holland zu grösserer Spannung seiner Kräfte vermögen, Westfalen mit Krieg überziehen, um Spinola aus der Pfalz zu treiben, Dänemark zur Einstellung einer Armee von 30—40000 Mann bereden und diesem Bündniss auch Brandenburg, Braunschweig und andere ersten heranziehen. Der Planmacher war überzeugt, dass man mit bloss den Kurfürsten von Sachsen und den Herzog von Bayern zum Rückzuge nöthigen, sondern dass man sich auch gegen den ganzen Donaustromes von Regensburg bis Wien bemächtigen und den Kaiser aus seinen Besitzungen verjagen werde.**)

Mehrzahl der urtheilsfähigen Leute theilte jedoch diese Hoffnungen nicht, statt auf eine Erweiterung des Bündnisses zu hoffen, fürchteten sie den Zusammenbruch desselben. Der heimrath Plessen war schon vor Erlass der kaiserlichen Verfügungen an die Reichsstädte überzeugt, dass diese aus der Union austreten würden. Der pfälzische Kanzler von der Grün, einer der tüchtigsten Beamten, ging in seinen Befürchtungen noch weiter und schrieb an seinen Herrn, dass weder auf die Union, noch auf die Einwohner der Pfalz ein sicherer Verlass sei.***) Um wie viel mehr wären die Besorgnisse der pfälzischen Räthe gestiegen, wenn sie die Zuversicht gekannt hätten, welche die wiener Kreise beherrschte, wie man dort erörterte, auf welche Art man den Sieg in Deutschland ausbeuten könnte

*) Sächs. StA. Ludwig von Hessen-Darmstadt an Ferdinand dd. 28. Dec. 1620.
7. Jan. 1621.

— Ebend. Ferd. an Nürnberg und Ulm dd. 21. Jan. — Ebend. Ferd. an Strassburg dd. 23. Jän. 1621.

) Gutachten und Rathschlag, wie dem Pfalzgrafen Friedrich zu helfen. Druck dd. 17./27. Jan. 1621. Münch. Hofbibliothek. Coll. Camerariana. Plessen an Solms dd. 11./21. Jan. 1621.

) Münchner Hofbibl. Collectio Camerariana. Von der Grün an Solms dd. 19./29. Jan. 1621.

Indely, Der pfälzische Krieg.

und sich hiebei zu der Drohung verstieg, dass man die geistlichen Güter für die Kirche zurückfordern, dem Katholicismus zur Herrschaft verhelfen und die deutschen Fürsten zur Zahlung einer Reichssteuer für den Kaiser verhalten werde. Es waren das Ziele, denen man in den folgenden Jahren beharrlich nachstrebte, für deren Durchsetzung aber weder die Siege Tilly's über Dänemark, noch die Gewaltthaten Waldsteins ausreichten, dem wiener Publicum — nicht den Staatsmännern — schien aber schon jetzt alles erreichbar. Ein Agent, den der Herzog von Württemberg an den kaiserlichen Hof geschickt hatte, um zu sehen, ob nicht ein Ausgleich herbeizuführen sei, schrieb unter dem Eindrucke der Gespräche, die er in der Stadt gehört hatte, es bleibe nichts anderes übrig, als sich Frankreich in die Arme zu werfen, wenn man sich vor dem Verderben retten wolle.*)

Zur Berathung über die weiteren Schritte war mittlerweile die Abhaltung eines Unionstages beschlossen worden. Dieser von der heidelberger Regierung mit Bangen erwartete und doch 1621 auch herbeigesehnte Tag trat am 7. Februar in Heilbronn zusammen.***) Schon die geringe Anzahl der Theilnehmer zeigte, wie gerechtfertigt die Befürchtungen waren, denn obwohl man alle Mitglieder dringend geladen hatte, waren nur der Herzog von Zweibrücken als Vertreter des Pfalzgrafen nebst einigen pfälzischen Räthen, der Markgraf von Anspach, der Herzog von Württemberg und der Markgraf von Baden persönlich erschienen, ausserdem waren nur fünf Reichsstädte und drei Fürstengeschlechter vertreten. Von den Abwesenden waren Entschuldigungsschreiben eingelaufen, worin sie ihr Ausbleiben mit der Sorge vor den siegreichen Waffen der Katholiken rechtfertigten***)

*) Collectio Camerariana. Clasquin an Buwinkhausen dd. Haimburg 7 Febr. 1621.

**) Münchner StA. Der Herzog von Zweibrücken an Friedrich von Pfalz dd. $\frac{20. \text{Feb.}}{2. \text{März}}$ 1621.

***) Aus den Akten des münchner Staatsarchivs ist ersichtlich, dass Nichterscheinen entschuldigeten: die schwäbische Reichsritterschaft, die Ritterschaft im Elsass, die fränkischen Herren und Grafen, die Städte Nördlingen, Kempten, Esslingen, Weissenburg, Regensburg, Lindau Colmar, Memmingen, und von den eingeladenen ausserhalb der Union

Diejenigen, die erschienen waren, wollten dies Beispiel zum Beispiel auch befolgen und sich entfernen. Gleich die ersten Beratungen zeigten die Kluft, die sich zwischen den fürstlichen Gliedern der Union und den Reichsstädten gebildet hatte. Die letzteren machten kein Hehl daraus, dass sie aus dem Bunde treten wollten, sie lehnten alle weiteren Zahlungen ab und wollten nichts mehr von gemeinschaftlichen Schritten, ja nicht einmal von einer gemeinsamen Erklärung wissen.*) Bei dieser Sitzung der Städte ist es natürlich, dass die Fürsten dieselben nicht an den entscheidenden Beratungen ausschlossen und für sich nicht zu berieten. In einer Sitzung am 16. Februar, an der sich ¹⁶²¹ Herzog von Zweibrücken und Württemberg und die Markgrafen von Anspach und Baden beteiligten, einigte man sich auf die einzuschlagende Politik und beschloss, dem Pfalzgrafen eine Verzichtleistung auf die böhmische Krone anzurathen und die Anbahnung eines Ausgleichs mit dem Kaiser eine Gesandtschaft nach Wien zu schicken. Nur wenn der Pfalzgraf trotz dem den Frieden nicht erlangen könnte, wollte man ihn weiterhin beistehen und zu diesem Behufe England, Holland und Dänemark um die nöthige Geldhilfe ersuchen. Der Markgraf von Baden widersetzte sich diesen nach seiner Ansicht kleinmüthigen Beschlüssen und verlangte, dass man für alle Fälle in den Beratungen fortfahre und den Krieg weiterführe, denn nur so konnte er die protestantischen und fürstlichen Interessen sichern können.***) Sein Vorschlag fand jedoch bei den übrigen Städten keinen Anklang und so wurde schon am folgenden Tage ein Schreiben an den Kaiser entworfen, in welchem ihm

den stehenden Städten auch Lübeck und Frankfurt. Erschienen waren nur die Vertreter der Städte Nürnberg, Ulm, Worms, Heilbronn und Speier. Von Strassburg war auch Niemand erschienen, doch hatte diese Stadt den Syndicus von Heilbronn mit ihrer Vertretung betraut. Die betreffenden Akten im münchener StA. und im dresdner, wo ein Brief Lebzelter's dd. 5./15. Feb. 1621 Aufschlüsse gibt.

Münchener StA. Der Herzog von Zweibrücken an Friedrich von der Pfalz dd. $\frac{20. \text{Feb.}}{2. \text{März}}$ 1620.

Münchener StA. Protokoll der Unionssitzungen zu Heilbronn.

angezeigt wurde, dass der Unionstag eine Gesandtschaft an ihn abschicken wolle. *) Zu gleicher Zeit beschloss man die Absendung eines Boten an den Landgrafen Ludwig von Darmstadt, um durch dessen Vermittlung einen Waffenstillstand mit Spinola abzuschliessen und so für die Verhandlungen die nöthige Zeit zu gewinnen, **) man einigte sich auch über die Verlegung eines Theils der Truppen in andere Gebiete, da in der Unterpfalz der nöthige Proviant nicht mehr aufzutreiben war. Den Kurfürsten von Sachsen ersuchte man um seine guten Dienste bei dem Kaiser, aber Johann Georg weigerte sich einen Gesandten nach Wien zu schicken, so lange der Pfalzgraf nicht auf die Krone von Böhmen verzichtet, sich dem Kaiser nicht unterworfen und ihn nicht um Verzeihung gebeten habe. ***)

Indem die Union durch diese Beschlüsse ihrer Besorgnisse vor den kaiserlichen Waffen Rechnung trug, versäumte sie doch auch nicht, einige Vorsorge für den Kriegsfall zu treffen und berücksichtigte dadurch nicht bloss die Vorstellungen der pfälzischen Räthe, sondern auch die energischen Mahnungen des holländischen Gesandten Brederode, der in Heilbronn erschienen war und nichts von Nachgiebigkeit wissen wollte. †) Man beschloss die Einzahlung von zwanzig Römermonaten, auf die allerdings nur bei den höheren Ständen zu rechnen war, da die Reichsstädte keine weitere Zahlung leisten wollten; Strassburg erklärte dies in kategorischer Weise. Die Finanzen der Union befanden sich in grosser Zerrüttung; man schuldete den einzelnen Regimentern einen sechs bis siebenmonatlichen Sold, die Soldrückstände beliefen sich bereits auf drei Millionen Gulden. Dazu kamen die uns nicht näher bekannten aber noch zu leistenden Zahlungen für die Artillerie, das Kriegscommissariat

*) Münchner StA. Die Union an Ferd. II dd. 7./17. Feb. 1621. Antwort des Kaisers dd. 3. März 1621.

**) Sächs. StA. Memorial für den Grafen Friedrich zu Solms zu seiner Gesandtschaft bei Ludwig von Darmstadt dd. 8./18. Febr. 1621.

***) Sächs. StA. Die Fürsten der Union an Kursachsen dd. 17./27. Febr. 1621.
— Ebend. Kursachsen an die Fürsten der Union dd. 7./17. April 1621.

†) Münchner StA. Brederode an die Union dd. $\frac{22. \text{Feb.}}{4. \text{März}}$ 1621.

l den Obergeneral.*) Da der Oberst von Obentraut nicht ger auf die Bezahlung des seinem Regiment schuldigen Soldes rten wollte, so drohte dem Heere der Union dieselbe Zer- tung, unter der das böhmische zu Grunde gegangen war, an man nicht bei Zeiten für Geld sorgte.***) Auswärtige fe war dringend geboten und die Union wandte sich deshalb einem entsprechenden Gesuche an England und Holland.

Bezüglich Hollands wissen wir aus den Versprechungen, dem Grafen Mansfeld zugekommen waren, so wie aus dem trag, den Brederode in Heilbronn stellte, dass es nicht vom mpfplatz abtreten wollte und demnach zur Unterstützung des lzgrafen bereit war. Auch der Prinz Moritz von Oranien te zu Anfang Januar dem Obersten Frenk von den Ver- 1621 dlungen mit Buquoy abgerathen und ihm die Zahlung des des,***)) sowohl für die Vergangenheit, wie für die Zukunft heissen. An Versprechungen und Mahnungen liessen es also Generalstaaten nicht fehlen und so ist es natürlich, wenn Unionsfürsten sich mit ihrem Hilfsgesuche zuerst an sie ndten und sie um ihre Vermittlung bei Ludwig XIII baten, mit dieser als „Rächer der deutschen Freiheit“ aufstehe und a Treiben des Kaisers nicht länger ruhig zusehe, und wenn dieselben um die weitere Zusendung von 6000 Mann auf lange ersuchten, bis der König von England sie in aus- ehender Weise unterstützt haben würde.†)

Ehe wir auf das Gesuch übergehen, das die Union an nig Jakob richtete, müssen wir zunächst über die Haltung

-
- Münchener StA. Der Herzog von Zweibrücken an Friedrich dd. $\frac{20. \text{Febr.}}{2. \text{März}}$
1621. — Sächs. StA. Lebzelter an Schönberg dd. $\frac{19. \text{Febr.}}{1. \text{März}}$ 1621. —
- Münchener StA. Pastoir an von der Grün dd. $\frac{25. \text{Febr.}}{7. \text{März}}$ 1621.
- Münchener StA. Christoph von der Grün an Karl Pawel dd. 1./11. März 1621.
- Münchener StA. Der Prinz Moritz von Oranien dd. 3./13. Januar 1621.
- Münchener StA. Die Unionsfürsten an die Generalstaaten dd. $\frac{24. \text{Feber}}{6. \text{März}}$
1621. Sie schrieben, die Generalstaaten mögen bei dem König von Frank- reich dahin wirken, dass er als „vindex libertatis germanicae“ auftrete.

dieses Königs nach der Schlacht auf dem weissen Berge Bericht erstatten.

II

1620 Die Nachricht von dieser Niederlage kam am 24. November nach London, fand aber vorerst keinen rechten Glauben, da sie nicht durch directe Briefe von den zunächst beteiligten Personen bestätigt wurde. Als sich aber die Hiobsposten in den folgenden Tagen häuften und kein Zweifel mehr möglich war, zeigte sich Jakob wie niedergeschmettert, bis er zuletzt seinen Zorn mit der Erklärung Luft machte, dass er diese Niederlage schon lange erwartet habe. Anders Prinz Karl, der sich seinem Schmerz völlig hingab, durch zwei Tage sich in seinem Gemach einschloss und mit Niemandem verkehren wollte. *) Im December langte endlich auch ein Brief von Conway an, in dem er über die Vorgänge in Prag nach der Schlacht und über die Flucht Friedrichs Bericht erstattete. Friedrich selbst scheint sich vorläufig dieser Mühe überhoben zu haben, aber sein Vetter und Stellvertreter, der Herzog von Zweibrücken, sandte von Heidelberg aus gleichfalls einen Bericht über die Niederlage nach London und fügte in seinem Schreiben die dringende Mahnung hinzu, dass der König mit allen verfügbaren Mitteln die Sache seines Schwiegersohnes unterstützen und zum mindesten die Summe von 25000 Pfund vorstrecken solle, zugleich möge er seinen Einfluss bei dem Könige von Dänemark aufbieten, diesen zu bewegen, mit dem niedersächsischen Kreise und den Hansestädten für Friedrich zum Schwerte zu greifen. **)

Da der wahrscheinlich gleichzeitig angelangte Brief Conway's die Niederlage in ihrer ganzen Grösse schilderte, so wurden diesmal die Bitten des Herzogs von Zweibrücken nicht einfach bei Seite gelegt, sondern schon am 12. December von einem 1620 der königlichen Secretäre, Williams, beantwortet. Dieser theilte

*) Gardiner, The Spanish marriage I, 387.

**) Münchner StA. Der Herzog von Zweibrücken an Achatz von Dolm dd. 18./28. Dec. 1620.

mit, dass der König sich zur Contrahirung eines Anlehens
 30000 Pfund entschlossen habe, das Geld mittelst Wech-
 nach Strassburg abschicke und einen Gesandten in der
 Person des Ritters Morton an die Union abordne der sie seiner
 Unterstützung versichern werde. *) Die Hoffnung, dass der
 König seine bisherige schlaife Haltung aufgeben und sich dem
 griffe gegen die Pfalz mit aller seiner Macht widersetzen
 le, musste jedenfalls durch ein Schreiben erhöht werden,
 er wenige Tage später an die Union richtete. Nichts von
 erwürfen oder ähnlichen Bemerkungen war darin zu lesen;
 Jakob lobte die Fürsten für ihre bisherige Ausdauer und be-
 atete, dass er das Parlament berufen habe, um sich die nöthigen
 tel für den allfälligen Kampf zu verschaffen. Er wolle zwar
 in immer den Streit auf friedlichem Wege zu schlichten suchen,
 er dessen könnten die Fürsten gewiss sein, dass seine ganze
 anführung und all' sein Thun und Lassen auf die Vertheidigung
 Pfalz und auf die Zurückweisung der Angreifer gerichtet sei
 dass er dabei weder Gut noch Blut schonen werde. Aus
 sem Grunde schicke er auch der Union durch den Ritter Morton
 10000 Gulden. **) Jakob machte aus dieser Hilfe kein Hehl,
 wollte, dass man den spanischen Gesandten hievon verstän-
 de, damit alle Welt wisse, dass er das Erbtheil seiner Enkel
 theidigen werde. ***) Selbst Achatz von Dohna war von
 in Umschwung in Jakobs Ansichten überzeugt und machte
 in Hoffnung, dass der König sich an Dänemark wenden und
 ristian IV zum Bündnisse mit dem Pfalzgrafen und zu einem
 eiten Anlehen im Betrage von 50000 Pfund aneifern werde. †)
 der That verhandelte man zu Ende des Jahres in England 1620
 er die Absendung eines Gesandten nach Kopenhagen und

*) Münchner StA. Williams an den Herzog von Zweibrücken dd. 2./12.
 Dec. 1620.

**) Münchner StA. Jakob an die Unionsfürsten dd. 12./22. Decemb. 1620.
 Jakob versprach d'employer le verd et le sec tant par voye de defense
 que d'invasion ou diversion pour recouvrer et conserver le pays patri-
 moniaux de nos petits enfans.

**) Engl. StA. Lord Digby an Albertus Morton.

†) Münchner StA. Achatz von Dohna an den Herzog von Zweibrücken
 dd. 15./25. Dec. 1620. — Ebenda derselbe an denselben dd. ^{23. Dec. 1620.}
 2. Jan. 1621.

wählte den Ritter Anstruther zu dieser Mission. Nichtzufrieden damit sandte Jakob zu Anfang des folgenden Jahres eigenes Schreiben an die Städte Strassburg, Ulm und Nürnberg und ermahnte sie zum Festhalten an der Union und ersuchte auch den Herzog von Savoyen, die Republik Venedig und den Herzog von Braunschweig um Unterstützung für den Pfalzgrafen. Es schien ein Feuereifer in ihm erwacht zu sein, denn er machte seinem Schwiegersohne die Hoffnung, dass er ihm eine Armee aus England zu Hilfe schicken werde, wenigstens erklärte er gegen einen der bei ihm beglaubigten Gesandten, dass er den Pfalzgrafen mit 20000 Mann unterstützen wolle und thatsächlich setzte er im Januar einen Kriegsath zusammen, der ihm über die nöthigen Vorbereitungen Bericht erstatten sollte. **)

Von allen diesen Versprechungen erfüllte sich zunächst nur die bezüglich der Sendung Mortons, der in Heilbronn anlangte und daselbst die Wechsel für die in Strassburg angewiesenen 30000 Pfund erlegte. Von dieser Summe bestimmte er den dritten Theil zur Bezahlung der englischen unter Verlo Kommando stehenden Truppen, ***) den Rest aber erlegte er zu Händen der Union. Als Morton von der Union in vollem Sitzungen empfangen wurde, wiederholte er die von seinem König bereits schriftlich ertheilte Versicherung, dass derselbe (Jakob) zwar auf die Herstellung des Friedens bedacht sei, aber mittlerweile die Union in der Vertheidigung der Pfalz mit allen Kräften zu Wasser und zu Lande unterstützen wolle und deshalb auch das Parlament berufen habe. †) Diese Ansprache

*) Münchner StA. Jakob an die Fürsten der Union dd. (?) Januar 1621.
— Münchner Hofbibl. Coll. Camerar. Jakob an den Herzog Friedrich Ulrich von Braunschweig dd. 8./18. Jan. 1621.

**) Münchner StA. Achatz von Dohna an Karl Pawel dd. 29. Dec. 1620.
8. Jan. 1621.
Ebend. Jakob an den Markgrafen Joachim Ernst von Brandenburg dd. 30. Dec. 1620.
9. Jan. 1621. — Englisches StA. Robert Naunton an Carleton dd. 2./12. Jan. 1621.

***) Englisches StA. Vere an Carleton dd. 29. Jan. 1621.
8. Febr.

†) Münchner StA. Copia propositionis legati Anglici dd. 4./14. Febr. 1621.

ertons mag dazu beigetragen haben, dass die Union wieder
 eth schöpfte und nicht bloss auf die Verhandlungen mit dem
 äiser bedacht war, sondern dass sich die Fürsten — wie wir
 richtet haben — neuerdings besteuerten und zum Behufe des
 äteren Widerstandes mit neuen Bitten an Jakob wendeten. In
 er Zuschrift behaupteten sie, dass ihr Heer auf 8000 Mann
 sammengeschmolzen sei und verlangten deshalb von ihm die
 erweilte Zahlung von weitem 30000 Pfund und fortan mo-
 tlich dieselbe Summe, ausserdem sollte er binnen vier Wochen
 00 Mann zu Fuss und 1000 Reiter nach der Pfalz schicken,
 erbereitungen zur Ausrüstung einer neuen Armee von 20000
 ann treffen und endlich sich bei Frankreich, Dänemark,
 aunschweig und anderen Fürsten um eine Unterstützung der
 eressen des Pfalzgrafen bemühen.*) Nach diesen Beschlüssen
 ste sich der Unionstag auf.

Hätte Jakob seinem Schwiegersohn die gewünschte Hilfe
 theilen wollen, so würde es ihm in diesem Augenblicke nicht ¹⁶²¹

Mitteln gefehlt haben. Am 9. Februar war das Parlament
 sammengetreten und vom König in der Eröffnungsrede mit
 er Erklärung begrüsst worden, dass er zwar noch immer dem
 älzgrafen auf dem Wege friedlicher Vereinbarung zu seinen
 ehländern zu verhelfen hoffe, dass er aber diese Verhandlungen
 arch entsprechende Rüstungen stützen müsse und deshalb von
 em Hause der Gemeinen das nöthige Geld verlange. Das Haus
 ihm die Mittheilung des Königs wohlwollend auf, bewilligte
 m einige Tage später die Summe von 200000 Pfund und zeigte
 ch zu weiteren Opfern erbötig.***) Der König konnte also that-
 ehlich der Union unter die Arme greifen und die 20000 Mann
 rüsten, von denen zu Anfang des Jahres die Rede war.
 schien auch damit nicht säumen zu wollen, denn Dohna
 ühr, dass der König 6000 Mann frischer Truppen habe an-
 rben lassen und die Werbung weiterer 8000 Mann vorbereite

*) Münchner StA. Der Herzog von Zweibrücken an Friedrich dd. $\frac{20. \text{Feber}}{2. \text{März}}$

1621. — Englisches StA. Extract aus dem Memoire über die Forde-
 rungen der Union. Febr. 1621. — Münchner StA. Memoire der Union.

**) Münchner StA. Achatz von Dohna an den Herzog von Zweibrücken dd.
 16./26. Febr. 1621.

und dass er mit den Niederlanden bezüglich der Anwerbung von 12000 Mann unterhandle; gewiss ist, dass der Staatssekretär Calvert Mittheilungen und Weisungen dieser Art an den englischen Gesandten im Haag ergehen liess, ja er beauftragte sogar den Gesandten, dass er den Prinzen von Oranien zur Ausführung eines Handstreiches bewegen möge, dem zufolge er zwei am Rhein zwischen Coblenz und Bacharach gelegene Städte besetzen solle.*) Da sie dem Landgrafen von Hessen-Kassel gehörten, so glaubte Calvert, dass man seine Zustimmung ohne Schwierigkeit erlangen und durch die Besitznahme der rasch zu einer Festung umzugestaltenden Plätze den Verkehr am Rhein und so die Verproviantirung des spanischen Heeres stören könnte. Der Plan war nicht schlecht erdacht und gewiss wäre dem Pfalzgrafen geholfen worden, wenn alles zur Wahrheit geworden wäre, was man ihn jetzt von England hoffen liess. Carleton säumte nicht dem ihm gewordenen Auftrag nachzukommen und beriet sich zugleich mit dem Prinzen von Oranien, auf welchen Wegen eine Armee der Pfalz zu Hilfe ziehen könnte, ob über die Weser und dann auf dem weiten Landwege oder längs des Rheins von Holland aus; er glaubte aber nach manchem Für und Wider, dass es die beste Diversion für die Pfalz wäre, wenn man einen Angriff auf die spanischen Niederlande unternehmen würde, der zum Theil mit den in England geworbenen Truppen ausgeführt werden könnte.**)

Trotz aller dieser Versprechungen, Verhandlungen und Rüstungen war es dem Könige von England mit der Hilfe nicht Ernst, da er sich ununterbrochen mit der Hoffnung trug, dass es ihm gelingen werde, auf dem Wege friedlicher Vereinbarung mit den Habsburgern den Besitz seines Schwiegersohnes zu retten. Er hatte nur Angst, dass der letztere seine friedlichen Pläne durchkreuzen könnte und so schickte er den Bruder des

*) Englisches StA. Calvert an Carleton dd. 17./27. Febr. 1621. Calvert nennt nur den Namen einer dieser Städte und zwar Reinsfeld. — Münchner StA. Achatz von Dohna an den Herzog von Zweibrücken dd. $\frac{23. \text{Febr.}}{5. \text{März}}$ 1621.

***) Englisches StA. Carleton an Calvert dd. $\frac{26. \text{Feber}}{8. \text{März}}$ 1621.

zogs von Buckingham, Sir Edward Villiers, an ihn ab, und
 ihn ernstlich zur Ruhe mahnen, er selbst machte ihm in einem
 zeitigen Briefe Vorwürfe, dass er auf die ihm von Conway
 Weston vorgeschlagenen Verhandlungen nicht eingegangen
 und hartnäckig an der Behauptung Böhmens festgehalten
 e. Wenn Friedrich auf Böhmen verzichten und sich bloss
 die Wiedergewinnung der Pfalz beschränken wolle, dann
 de er ihn mit aller Kraft unterstützen und selbst sein eigenes
 nicht schonen, sollte jedoch Friedrich seinen Rathschlä-
 nicht folgen, so bleibe ihm nichts anderes übrig, als ihn
 selbst zu überlassen und seine Kräfte für eine bessere
 egenheit aufzusparen.*) Als Achatz von Dohna von dem In-
 dieses Schreibens Kunde erhielt, drängte sich ihm die
 Berzeugung auf, dass es mit der oben geschilderten Bereit-
 ligkeit Jakobs seinem Schwiegersohne zu helfen, nicht weit
 sei und dass er durch die Absendung Villiers nur Zeit ge-
 men wolle, um seine Versprechungen nicht erfüllen zu müssen.
 er seinem Herrn die Verzichtleistung auf Böhmen ersparen
 lte, so schrieb er an Jakob und bat, ihm keine solche Forde-
 g zu stellen und von ihr nicht seine Hilfeleistung abhängig zu
 ehen. Denn abgesehen davon, dass es dem Pfalzgrafen schwer
 n würde, die Verpflichtungen, die er in Böhmen eingegangen
 , plötzlich abzuschneiden, so müsse sich Jakob auch erinnern,
 es er selbst seine Zustimmung zu der Erwerbung der böh-
 schen Krone gegeben habe. Und nun zählte Dohna alle die
 lle auf, in denen der letztere ihm gegenüber eine freundliche
 usserung für seinen Schwiegersohn gethan hatte. Er behaup-
 e, dass der König ihm im vorigen Jahre bei einer Promenade
 der Gallerie von Greenwich gesagt habe, er wolle bei dem
 ihm angestrebten Ausgleich mit dem Kaiser den Pfalz-
 fen im Besitze der Krone von Böhmen erhalten, dass er
 andersmal ausdrücklich die Verpflichtungen anerkannt habe,
 die Friedrich zu den Ständen von Böhmen getreten sei und
 s er bei Gelegenheit des Ausbruches des böhmischen Auf-
 ades erklärt habe, dass, wenn die Stände von Böhmen nach
 a Tode des Kaisers Mathias seinen Schwiegersohn zum

) Münchner StA. Jakob an Friedrich dd. 2./12. und 9./19. Jan. 1621.

König wählte, er denselben in der Behauptung der Krone unterstützen würde. In solcher Schärfe war bisher nie die Beschuldigung erhoben worden, dass Jakob seine Versprechungen gegen Friedrich gebrochen habe, wie dies Dohna jetzt that. *) Thatsächlich war diese Beschuldigung falsch. Wohl hatte Jakob in den von Dohna angeführten Fällen sich bezüglich der Erhebung des Pfalzgrafen in freundlicher Weise geäußert, aber er wollte sich durch diese Äußerungen nicht binden, sondern den lästigen Bittsteller und Mahner los werden. Denn in allen Briefen, die er an seinen Schwiegersohn richtete und in allen Actenstücken, die er ihm zustellen liess, führte eine warnende Sprache, mahnte ihn zu einem Ausgleich mit dem Kaiser und lehnte jede directe Unterstützung ab. Das war jedenfalls eine mehr zu berücksichtigende Sprache, als die gelegentlichen Meinungsäußerungen, die ihm Dohna jetzt zur Last legte. Wenn Dohna den König einer schwächlichen Haltung anklagte, so hatte er unbedingt Recht, aber ihn mit den Vorwürfe zu belasten, dass er den Pfalzgrafen zur Annahme der böhmischen Krone verlockt und dann in diesem Unternehmen verlassen habe, das hiess der Wahrheit ins Gesicht schlagen.

Ohne Rücksicht auf die von Dohna erhobenen Vorwürfe und die damit verbundenen Rathschläge richtete Jakob an die Unionsfürsten ein Schreiben, worin er ausdrücklich seine Hilfeleistung davon abhängig machte, dass Friedrich auf seine Rathschläge höre (also auf die böhmische Krone verzichte). Dohna bemühte sich eine andere Stilisirung in dem Sinne zu veranlassen, dass der König seine Hilfe unbedingt zusagen sollte, aber Jakob blieb bei seinem Entschlusse. **) In seinem Zorn über den lästigen Bittsteller und eigenthümlichen Deuter seiner Worte verlangte er von ihm einen Widerruf aller Anschuldigungen. Dohna wurde vor einige Mitglieder des Geheimrathes, vor die Grafen von Pembroke und Arundel und die Stat-

*) Münchner StA. Memoire Achatz von Dohna für Jakob dd. 8./18. Jan. 1621.

**) Münchner StA. Jakob an die Unionsfürsten, das ursprüngliche und das geänderte Schreiben dd. 20./30. Jan. 1621. — Ebend. Achatz von Dohna an den Herzog von Zweibrücken dd. 20./30. Jan. 1621.

etäre Calvert und Cranfield vorgerufen und durch Calvert befragt, ob er über die Seiner Majestät gemachten Vorwürfe (und die ihm mittlerweile zu Theil gewordene Erwinigung) reiflich nachgedacht und seinen Irrthum eingesehen habe. Da sich der Gesandte in Bezug auf die von Jakob bei Zeiten des Kaisers Mathias abgegebene Erklärung auf den Rath seines Bruders Christoph berief, brach man die Debatte über mit der Bemerkung ab, dass sich der König deshalb hiesigen halten werde. Als man nun von Achatz verlangte, er die beiden andern Beschuldigungen (dass Jakob geheime Absichten habe: er wolle nicht, dass sein Schwiegersohn die Krone erben und dass er die böhmischen Stände verrathe) zurücknehme, weil er die Worte des Königs angeblich nicht richtig verstanden habe, wollte der Gesandte nichts davon wissen und erklärte, dass er den König nicht missverstanden habe. Zuletzt ließ man ihm auch deshalb Vorwürfe, dass er die Unterzeichnung der Union bei der Vertheidigung der Pfalz bedingungslos verlange, während die Versprechungen Jakobs stets eine Bedingung geknüpft gewesen seien. Auch hier widersprach Dohna und berief sich auf eine Erklärung, die Jakob im vergangenen Sommer zu Hamptoncourt gemacht und worin er die Union Hilfe bei der Vertheidigung der Pfalz versprochen habe, dieses Versprechen an keine andere Bedingung geknüpft zu haben, als die, dass man ihm zu den nöthigen Kriegsvorbereitungen Zeit lasse, nie und nimmer habe er aber die Bedingung gestellt, dass Friedrich seinen Rathschlägen Folge leisten müsse. Dohna antwortete ihm, dass Jakob seinem Schwiegersohn im vorigen Jahr von dieser Bedingung verständigt habe, allein die Gültigkeit dieser Einwendung wollte Dohna nicht gelten lassen, weil der Union diese Bedingung nicht mitgetheilt worden sei und sie deshalb volles Recht habe, Jakob um seine bedingungslose Unterstützung zu ersuchen. Nachdem man sich so durch längere Zeit gestritten hatte, ohne zu einer Einigung zu gelangen, machte Calvert den Vorschlag, Dohna solle dem Könige einen Brief schreiben und erklären, dass er seine Vorwürfe zurücknehme und sich eines bessern belehrt habe. Da sich der Gesandte weigerte diesem Vorschlag nachzukommen, wollte man

sich mit einem mündlichen Widerruf begnügen, und als er sich dies ablehnte, schloss man die Conferenz.*)

• Als man dem Könige über den Verlauf derselben Bericht erstattete, wollte er den Gesandten nicht länger an seinem Hofe dulden. Er lehnte in einem an seinen Schwiegersohn gerichteten Briefe alle gegen ihn erhobenen Beschuldigungen entschieden ab, namentlich stellte er in Abrede, dass er je das Versprechen gegeben habe, er wolle ihn in dem Falle unterstützen, wenn ihn die Stände von Böhmen nach dem Tode des Kaisers Mathias zum Könige wählen würden. Alles, was er hierüber mit Christoph von Dohna gesprochen, sei in Form einer Unterhaltung geschehen und seine Worte hätten mehr abmahnend als aneifernd gelautet. Die Anschuldigung, dass er die Annahme der böhmischen Wahl gutgeheissen habe, wies er von sich und erinnerte seinen Schwiegersohn daran, dass er die Wahl schon angenommen, bevor er (Jakob) seine Meinung kundgeben konnte, wodurch er allerdings die Beschuldigung in schlagender Weise widerlegte. Dass er bei Gelegenheit der Rede der französischen Gesandten nach Deutschland gesagt habe, er wolle nicht, dass sein Schwiegersohn die Krone verliere und die böhmischen Stände verrathe“, gab er zu, erklärte aber, dass er diese Bemerkung nur gesprächsweise gethan und nur von einer Krone überhaupt und nicht von der böhmischen speciell gesprochen habe, weil er glaubte, dass die französischen Gesandten wirklich einen Frieden vermitteln wollten. Beständig der von Dohna verlangten bedingungslosen Unterstützung der Union erklärte er, er habe allerdings gegen die Union nicht die offene Sprache, wie gegen Friedrich geführt, und die Bedingungen, unter denen er sie unterstützen wolle, nur angedeutet, aber dies habe er nur aus Rücksicht für seinen Schwiegersohn gethan, um ihm die Hilfe der Union zu sichern. Zum Schlusse dieses langen Rechtfertigungsschreibens verlangte Jakob, dass Friedrich den Achatz von Dohna abberufen und einen

*) Münchner StA. Achatz von Dohna an den Herzog von Zweibrücken
dd. $\frac{26. \text{Jan.}}{5. \text{Febr.}}$ 1621.

deren Mann mit der Vertretung seiner Interessen betrauen (le. *)

Da Jakob auch erfuhr, dass Friedrich aus Breslau nach Norddeutschland gereist war, fürchtete er, es könnte ihm einlen, nach England zu kommen und durch seine Ankunft ihm tausend Verlegenheiten zu bereiten. Aus diesem Grunde schickte er an Carleton in Haag schleunig die Weisung, er solle seinen Schwiegersohn unbedingt von der Reise nach England zurückhalten und zur Heimkehr in die Pfalz mahnen; in seinem ansestammten, nun von den Feinden angegriffenem Erbe sei allein kein rechter Platz.***) Der Gesandte solle zu gleicher Zeit von dem Pfalzgrafen, sobald er nach dem Haag kommen werde, alle schlechten Einflüsse fern zu halten und ihn in der Unterwürigkeit unter die Weisungen Jakobs zu bestärken suchen.***) Einige Tage später fiel dem Könige ein, dass vielleicht seine Schwelter nach England kommen könnte und nun trug er dem Gesandten im Haag auf, auch diese von der allenfalls beabsichtigten Reise um jeden Preis zurückzuhalten, weil er mit Grund fürchtete, dass ihr Erscheinen in London das Mitleid mit ihm steigern und alle seine vorsichtigen Massnahmen über den Haufen werfen würde.†) Dass bei diesem von dem Könige mit einer gewissen Absichtlichkeit herbeigeführten Zerwürfnisse seine Hilfsbereitschaft täglich abnahm, ist begreiflich. Von Leistungen wurde in England nur gesprochen, aber thatsächlich nichts gethan. Noch während das Parlament tagte, fasste Jakob den Entschluss den Lord Digby zur Anknüpfung von Friedensverhandlungen nach Brüssel und Wien zu schicken, er sollte vor allem einen Waffenstillstand zuwege bringen und so weitere Leistungen unnöthig machen.††) Von seinem Gesandtschaftsobjekt gab er den Unionsfürsten Kunde und versprach ihnen, ^{15.} ^{März} dass er es nicht bloss versuchen werde seinen Schwiegersohn 1621

*) Münchner StA. Jakob an Friedrich dd. $\frac{26. \text{Jan.}}{5. \text{Febr.}}$ 1621.

**) Englisches StA. Jakob an Carleton dd. $\frac{25. \text{Jan.}}{4. \text{Febr.}}$ 1621.

**) Englisches StA. Calvert an Carleton dd. 1./11. März 1621.

†) Engl. StA. Jakob an Calvert dd. 13./23. März 1621.

†) Ebend. Derselbe an denselben dd. 2./12. März 1621.

mit dem Kaiser auszusöhnen, sondern auch ein freundliches Verhältniss zwischen ihnen und dem letztern herbeizuführen. Er erwartete, dass die Union mit dem von Digby anzubahnenden Waffenstillstand einverstanden sein werde und bat sie ihre Meinung darüber seinem Gesandten mitzuthemen. Von seinem Schwiegersohn glaubte er eine gleiche Nachgiebigkeit voraussetzen zu dürfen; sollte dieser jedoch die Waffen nicht ruhen lassen wollen, so würde er ihn seinem Schicksal überlassen. Am selben Tage schrieb Jakob auch an den Marques von Spinola und ersuchte ihn, er möchte das Friedenswerk unterstützen und so weit es an ihm liege, auf den Abschluss des Waffenstillstandes einwirken.*) Mehrere Tage vor dem hatte er auch dem Erzherzog Albrecht Anzeige von der Absendung Lord Digby's gemacht.**)

Diesen auf die friedliche Beilegung des Streites gerichteten Bemühungen Jakobs trat nicht nur Achatz von Dohna von Zeit zu Zeit entgegen, sondern auch der Prinz von Oranien und die Generalstaaten, die sich der Sache des Pfalzgrafen um so eifriger annahmen, je schlimmer es mit ihr stand. Die Generalstaaten schickten eine besondere Gesandtschaft an Jakob, die er Anfangs gar nicht vorlassen wollte, weil er ihre Forderungen vermuthete. Als er dennoch nicht umhin konnte die Boten zu empfangen, berichteten sie ihm, dass man im Haag entschlossen sei, den Waffenstillstand mit Spanien zu kündigen und zum offenen Krieg überzugehen und deshalb wissen wolle, ob man an England ein so treuen Bundesgenossen, wie zu Elisabeths Zeiten finden würde. Würde das der Fall sein, so seien die Generalstaaten bereit, treu an der Seite des Königs und seines Nachfolgers auszuharren und nicht bloss für die Vertheidigung der Pfalz, sondern auch für die Wiedereinsetzung Friedrichs in den Besitz von Böhmen Sorge zu tragen.***) Diese Mahnungen fruchteten jedoch nicht, da Jakob entschlossen war von seinem abermaligen Vermittlungsgeschäft nicht abzulassen.

*) Münchner StA. Jakob an die Unionfürsten dd. 5./15. März 1621. —
Ebend. Jakob an Spinola dd. 5./15. März 1621.

***) Englisches StA. Jakob an Erzherzog Albrecht. Concept ohne genaues Datum.

***) Harl. Mss. John Mead an Martin Stuteville dd. 10./20. Febr. 1621.

III

Aus diesen Mittheilungen über Jakob und über die Belüsse des heilbronner Unionstages ersieht man, dass beide Theile einig darin waren, dem Pfalzgrafen die Verzichtleistung auf die böhmische Krone anzurathen und ihm ihre Hilfe nur in der Vertheidigung der Pfalz angedeihen zu lassen. Beachtete Friedrich diese Rathschläge in der Weise, wie sie es verdienen, so nahm er sich die eben in Wien (am 29. Januar 1621) über ihn verhängte Acht zu Herzen oder konnte er sich den böhmischen Königstraum nicht aus dem Sinne schlagen? Und andererseits war der Kaiser erbötig, ihm, wenn er sich demütigte, seinen Besitz und seine Würde ganz oder theilweise zuzuerkennen? Keiner der Gegner gab auf diese Fragen eine aufrichtige und klare Antwort, jeder flüchtete sich hinter Vorbehalte und wechselte seine Erklärungen je nach dem Stande der Dinge auf dem Kriegsschauplatze. Die Absicht beider war aber nur die ihren gegenseitigen Ruin und nicht auf die Herstellung des alten Besitzstandes gerichtet und die folgenden Ereignisse liefern den sattsamsten Beweis dafür. — Friedrich war gegen Ende des Jahres 1620 von Breslau abgereist und zwar in Begleitung des böhmischen Kanzlers von Ruppau, des Oberstburggrafen Berka von Duba und einiger andern seiner böhmischen Anhänger, die ihn bis Frankfurt an der Oder geleiteten und sich da von ihm verabschiedeten. Dass es bei diesem Abschiede nicht ohne laute Vorwürfe und stille Vorwürfe und Beschuldigungen abging, ist selbstverständlich, jedenfalls freute sich Friedrich, dass er endlich Ruhe fand und nicht durch seine Umgebung immer aufzurufen zur Thätigkeit angespornt wurde. Vor der Trennung empfahl er seine Begleiter dem Kurfürsten von Brandenburg, Georg Wilhelm, der jedoch auf diese Empfehlung nichts gab, die Flüchtlinge aus seinem Lande verwies und nur ihren Frauen und Kindern den Aufenthalt gestattete,*) weil er fürchtete, dass die Aufnahme der Flüchtlinge zu einem Angriffe gegen ihn benützet werden könnte und ihn in der Mark überfallen könnte. Die kaiserlichen Rüstungen waren zu mangelhaft, als dass man in Wien

*) Die betreffenden Weisungen im berliner StA.

Gindely, Der pfälzische Krieg.

an eine Erweiterung des Kampfes hätte denken können, aber so ganz unbegründet waren die Besorgnisse des Kurfürsten doch nicht, denn einer der wiener Rathgeber, der Graf Althan, hatte dem Kaiser den Krieg gegen ihn zu eröffnen und mit dieser Aufgabe den Kurfürsten von Sachsen zu betrauen.*; Althan hatte es zur selben Zeit bei dem Könige von Polen zu verhandeln gewusst, dass dieser den Markgrafen von Brandenburg mit Preussen belehnte und die Angelegenheit auf den künftigen Reichstag verschob. Wenn der Markgraf der Kurverlustig ging, büsste er auch das Herzogthum ein und man würde dann des Kalviners los und ledig geworden.

Friedrich reiste mittlerweile nach Küstrin, wo er mit seiner 1621 Frau zusammentraf, die daselbst am 16. Januar mit einem Sohne niederkam. Die Taufe fand diesmal ohne jedes Gepränge statt, denn obwohl viele fürstliche Personen als Taufpathen eingeladen waren, war doch nur einer erschienen, der Herzog Johann Ernst von Weimar.**); Jakob schrieb damals an den Kaiser und den Kurfürsten von Sachsen und bat sie, sie möchten es dem Kurfürsten von Brandenburg nicht entgelten lassen, dass er die hochschwangere Pfalzgräfin in Küstrin aufgenommen hatte und sie daselbst die Zeit ihrer Niederkunft erwarten liess. Man bemerkte, dass es keinem von beiden Fürsten auch nur einfiel, die Feindseligkeit so weit zu treiben und den Kurfürsten von Brandenburg deshalb zu tadeln, nur Jakob allein fand es natürlich, wenn nicht bloss Friedrich, sondern auch seine Familie gleich Verbrechern behandelt wurden.***)

Als der Pfalzgraf seinem Schwiegervater die Geburt seines Sohnes anzeigte, benützte er die Gelegenheit, um ihm zu gleicher Zeit mitzutheilen, unter welchen Bedingungen er sich zum Frieden mit dem Kaiser entschliessen würde und kam so da-

*) Wiener StA. Althan an den Kaiser dd. 6. Febr. 1621.

***) Münchner StA. Albrecht von Solms an den Kanzler von der Gräfin dd. 9./19. Jan. 1621. — Englisches StA. Nethersole an Naunton dd. 6. 16. Jan. 1621. — Ebd. Friedrich an Jakob dd. 6. 16. Jan. 1621.

****) Münchner StA. Jakob an Ferd. II dd. $\frac{29. \text{Jan.}}{8. \text{Febr.}}$ 1621. — Collectio

Camer. Jakob an Kursachsen dd. $\frac{29. \text{Jan.}}{8. \text{Febr.}}$ 1621.

durch Villiers zu stellenden Anfrage zuvor. Wenn wir den
 Meier lüften, den er über seine eigentlichen Absichten ausbrei-
 tet, so finden wir, dass er auf Böhmen nicht Verzicht leisten
 wolle, denn obwohl er seinen Schwiegervater versicherte, dass
 er die friedlichsten Absichten hege, so erörterte er doch nur
 die Chancen eines möglichen Sieges, im Falle er von ihm unter-
 stützt würde. *) Dass Friedrich seine Sache noch nicht verloren
 habe, zeigte auch der Auftrag, den er seinem Rathe Camerarius
 im Monate December ertheilt hatte. **) Camerarius sollte
 seine Beredsamkeit aufbieten, um die Fürsten des nieder-
 sächsischen Kreises für seine Unterstützung zu gewinnen. Er hatte
 diesem Zwecke seine Schritte nach Wolfenbüttel gelenkt und
 dort die günstigste Aufnahme gefunden; der Herzog von Braun-
 schweig war bereit sich mit dem Pfalzgrafen zu verbinden, nur
 verlangte er, dass man sich früher mit Dänemark, Lüneburg
 und andern Fürsten über einen gemeinschaftlichen Anschluss
 absetzen solle. Da auch der Pfalzgraf nichts anderes wünschte,
 setzte Camerarius seinen Wanderstab weiter nach Zelle, um
 dort mit dem Herzog von Lüneburg zu verhandeln, traf ihn
 er nicht an und konnte sich nur mit seinen Räten bespre-
 chen. Er erfuhr von ihnen, dass der Kaiser von dem nieder-
 sächsischen Kreistag Hilfe begehrt habe, und dass sich der
 Administrator von Magdeburg, ein Mitglied des brandenbur-
 gischen Kurhauses, sehr für die Bewilligung der kaiserlichen
 Wünsche ansetze und den Kreistag mit sich fortreißen könnte,
 wenn nicht zeitig vorgebaut würde. Da Camerarius die Räte
 der Sache des Pfalzgrafen geneigt fand, riet er ihnen, sich die
 Erwinnung der niedersächsischen Fürsten angelegen sein zu
 lassen und dann erst den Kreistag zu berufen, um über die
 dem Pfalzgrafen zu leistende Hilfe schlüssig zu werden. Den
 möglichen Widerstand des Administrators von Magdeburg könne
 man dann mit Gewalt niederschlagen.

Während Camerarius die Sache seines Herrn in Zelle zu
 führen suchte, langte daselbst ein Gesandte des Prinzen Moritz

*) Englisches Staatsarchiv. Auszug aus einem Briefe Friedrichs dd. 6./16.
 Jan. 1621.

**) Englisches Staatsarchiv. Nethersole an Naunton dd. 19./29. Jan. 1621.
 — Münchener StA, Solms an von der Grün dd. 21./31. Jan. 1621.

von Oranien an, dessen Berichte den pfälzischen Rath nicht wenig erfreuten. Vossbergen, so hiess der Gesandte, erzählte, die Generalstaaten und der Prinz nehmen sich des Pfalzgrafen auf das ernstlichste an und obwohl die Niederlage bei Prag sie sehr bestürzt habe, so erachteten sie es für ihre Pflicht, ihn nicht zu verlassen. Aus diesem Grunde sei er von dem Prinzen an den König von Dänemark abgeschickt worden, um ihn zum gleichem Auftreten zu bewegen. Camerarius sah zu seiner Freude, dass Friedrich nicht ohne Freunde sei, seine Hoffnungen auf eine bessere Zukunft wurden durch den Bericht Vossbergens wieder lebendig und steigerten sich, als er erfuhr, dass auch der Landgraf von Hessen-Kassel einen Gesandten mit gleichen Aufträgen an Dänemark abgeschickt habe. Der einzige quälende Gedanke, der ihn nicht zur Ruhe kommen liess, war die Gewissheit, dass das pfälzische Archiv in Prag in die Hände der Sieger gefallen sei. Man konnte der Welt gegenüber nicht mit der Behauptung auftreten, dass man der angegriffene Theil sei, nachdem sich dort die unwiderleglichen Beweise von den Plänen befanden, die man seit Jahren gegen die Habsburger und gegen die deutschen Bischöfe im Sinne gehabt *) und die konnte manche Freunde wieder wankend machen.

Von Zelle reiste Camerarius nach Lübeck und Hamburg, um die reichen Hansestädte zu einiger Opferwilligkeit zu bewegen. Er fand überall die lebhaftesten Sympathien, aber da man sich damals, namentlich in Hamburg vor dem Könige von Dänemark und seinen Eroberungsgelüsten fürchtete, wollte man nicht von einem Bunde mit ihm wissen, höchstens in dem Fall, wenn sich auch andere Mächte, vor allem England, an demselben betheiligen würden. Wenn er die Schwierigkeiten erwog, die sich dem Abschluss eines grossen Bundes entgegenstellten, so verringerten sich seine Hoffnungen, und er, der sonst immer zum Ausharren gerathen hatte, verwarf nicht mehr die Alternative eines etwaigen Friedens mit dem Kaiser auf Grund der Abtretung von Böhmen, nur sollte der letztere die Auszahlung der rückständigen Gehalte an die pfälzischen Rätthe auf sich nehmen!

*) Collectio Camerariana. Camerarius an den Grafen Johann Albrecht zu Solms dd. 15. 25. Dez. 1620.

in diesem kleinlichen Gesichtspunkte fasste dieser sonst hochgebildete Mann die Friedensfrage auf. *) Er beschloss nun nach Albronn zu reisen, um dem Pfalzgrafen bei dem dortigen Hofe gute Dienste zu leisten.

Friedrich hatte mittlerweile in Küstrin Frau und Kind gelassen, war nach Wolfenbüttel gereist**) und hatte sich in die Hoffnungen gewiegt, die der erste Bericht des Camerarius ihm erwecken musste. Die Eindrücke aber, die er in Wolfenbüttel selbst empfing, waren nicht besonders viel verheissend. †) Der Herzog von Braunschweig hatte sich zu Ende December ††) den Kurfürsten von Sachsen gewendet und ihn um seine Vermittlung bei dem Kaiser zur Herstellung eines allgemeinen Friedens ersucht. †††) Johann Georg antwortete auf diese Bitte, dass von einem Frieden nur dann die Rede sein könne, wenn der Pfalzgraf auf Böhmen verzichtet, und den Kaiser um Verleihung ersuchen würde. †) Als nun Friedrich mit dem Herzoge zusammentraf, war das erste, womit ihn derselbe begrüßte, dass er ihm den Brief des Kurfürsten vorwies und ihn wohl nicht direct aber doch indirect aufforderte, der darin enthaltenen Forderung zu folgen. Friedrich erhielt auf diese Weise endlich die Antwort auf die durch Hohenlohe in Dresden angeknüpfte Verhandlung ††), er konnte daraus ersehen, dass Sachsen nicht zum Kaiser ablassen und sich auch nicht durch das Anbot einer Abtretung von Schlesien gewinnen lassen würde. †††) Das

*) Coll. Camer. Derselbe an denselben dd. 3./13. Jan. 1621.

†) Englisches StA. Elisabeth an Buckingham dd.

25. Jan.	1621.
4. Febr.	

††) Sächs. StA. Friedrich Ulrich von Braunschweig an Kursachsen dd. Wolfenbüttel 14./24. Dec. 1620.

†††) Ebend. Johann Georg an den Herzog von Braunschweig dd. 11./21. Jan. 1621.

†) Band III, S. 418 und flg.

††) Der engl. Agent Nethersole spricht (Engl. StA. Nethersole an Naunton dd. 6./16. Jan. 1621) es als seine Vermuthung aus, dass Hohenlohe auch mit dem Auftrage nach Dresden abgeschickt worden sei, um dem Kurfürsten Schlesien anzubieten. In den pfälzischen Acten haben wir dafür keinen Beweis gefunden; möglich ist aber dieses Anerbieten immerhin, da den Schlesiern die Verbindung mit einem deutschen Fürsten gewiss nicht

Versprechen, das Friedrich seinem Schwiegervater zu geben sich geweigert hatte, zu dem entschloss er sich jetzt gegenüber dem Herzog von Braunschweig, doch nicht in der Weise, wie es der Kurfürst von Sachsen verlangte. Er war erbötig, die böhmische Krone zu verzichten und verlangte auch keinen Ersatz für die aufgewendeten Kosten, aber er wollte nicht zu keiner Demüthigung verstehen und nicht Abbitte leisten und forderte zugleich, dass der Kaiser eine unbedingte Amnestie in den böhmischen Ländern ertheile. Als der Herzog von Braunschweig den Kurfürsten von Sachsen von diesen Entschlüssen benachrichtigte und um seine Vermittlung ersuchte, antwortete dieser, dass es zu Verhandlungen bereits zu spät sei; der Kaiser habe den Pfalzgrafen geächtet und da bleibe kein anderer Weg mehr übrig, als der der Bitte.*) In derselben Weise lehnte er eine wiederholte Fürsprache des Herzogs von Braunschweig ab.**)

In Wolfenbüttel traf Friedrich auch mit Villiers zusammen, der ihn daselbst im Namen seines Königs zurechtweisen und fragen sollte, ob er sich fortan den Rathschlägen desselben fügen wolle; wenige Tage später erreichte ihn auch die kühnliche Nachricht, dass man ihm die Reise nach England weisung wolle. Er hielt es nun an der Zeit, den Groll seines Schwiegervaters durch einen höchst unterwürfigen Brief zu beschwichtigen, in dem er die erlittenen Unfälle nicht dem Ungehorsam gegen dessen Rathschläge, sondern dem Geschieke zuschrieb und erklärte, dass er sich fortan allen seinen Wünschen fügen werde.***) (Gegen Villiers entschuldigte er sich mündlich, dass er der Mahnung Jakobs nach der Pfalz zu gehen, vorläufig nicht

unangenehm gewesen wäre, so unsympathisch ihnen auch die Persönlichkeit des Kurfürsten war.

*) Sächs. StA. Der Herzog von Braunschweig an Kursachsen dd. $\frac{31. \text{Jan.}}{10. \text{Febr.}}$

1621. — Kursachsen an Braunschweig dd. 12./22. Febr. 1621.

**) Sächs. StA. Braunschweig an Kursachsen dd. 5./15. Febr. 1621. — Kursachsen an Braunschweig dd. $\frac{19. \text{Febr.}}{1. \text{März}}$ 1621.

***) Englisches StA. Friedrich an Jakob dd. $\frac{31. \text{Jan.}}{10. \text{Feb.}}$ 1621.

gen könne, weil er seine Frau um ihrer Sicherheit willen nach den Niederlanden geleiten müsse.*) Als er auf der Reise nach Holland war, bekam er jenes Schreiben, in dem sich Jakob über die Achatz von Dohna beschwerte und seine Abberufung forderte. Friedrich liess sich in keine Vertheidigung seines Gedankens ein, gab bereitwillig zu, dass Dohna — wenn auch gegen den Willen — den König beleidigt habe, und rief ihn von sich ab.***) — Wenn der Herr den Wünschen Jakobs nachgab, konnte auch der Diener nicht länger starrköpfig sein. Achatz von Dohna hatte erfahren, dass Jakob auf seine Abberufung eingegangen: vielleicht würde ihn dies nicht zu einer andern Haltung in der oben erwähnten Conferenz veranlassen, allein wenn er bedachte, dass er durch seinen Starrsinn nicht bloss sich selbst, sondern auch seinem Herrn schadete, so beschloss er sich zu fügen und der Rechthaberei Jakobs zu schmeicheln. Als ihm der letztere jede Audienz verweigerte, so schrieb er ihm und entschuldigte sich, dass er jenem Zwiesgespräch zu Wien die von Jakob bestrittene Bedeutung beigelegt habe; allerdings glaube er das gehört zu haben, was er angegeben, und der König aber jedenfalls der beste Interpret seiner eigenen Worte sei, so beuge er sich vor seiner Erläuterung. Auch bezüglich der von ihm behaupteten Verpflichtung Jakobs zur unbedingten Unterstützung des Pfalzgrafen und der Vertheidigung der Pfalz gab Dohna eine Erklärung ab, mit der sich der König zufrieden geben konnte.***)

Die Nachgiebigkeit, die der Pfalzgraf für sich und für seinen Gesandten an den Tag legte, war jedoch nur auf den Augenblick berechnet: er konnte es nicht über sich gewinnen, die Verantwortung in den Schooss zu legen und das Resultat der von Jakob wieder eingeleiteten und später zu erörternden Verhandlungen abzuwarten. Aus diesem Grunde trat er ohne Vorwissen seines Schwiegervaters in innige Beziehungen zu dem Grafen Rasfeld, als dieser den Kampf gegen den Kaiser fortführte und

*) Münchner StA. Declaration donné à sieur Eduard Villiers dd. 14./24. Feb. 1621. — Ebend. Jakob an Friedrich dd. 5./15. März 1621.

**) Münchner StA. Friedrich an Jakob dd. 16./26. März 1621.

***) Münchner StA. Achatz von Dohna an Jakob dd. 4./14. Feb. 1621. — Ebend. Dohna an den Herzog von Zweibrücken dd. 2./12. Feb. 1621.

suchte auch Dänemark und die Fürsten des niedersächsischen Kreises in den Krieg hineinzuziehen, indem er zu diesem Behufe auf der Reise nach dem Haag Segeberg berührte, wo sich eben durch Vermittlung Christians von Dänemark eine Anzahl niedersächsischer Fürsten versammelt hatten.

Wir bemerkten eben, dass die Union und Holland Gesandte an Christian IV geschickt hatten, um ihn zur Aufbietung seiner Kräfte und zum Anschluss an die Sache Friedrichs zu vermögen. Im Namen der Union reiste der hessen-kasselische Marschall Dietrich von dem Werdt nach Kopenhagen und bot dem Könige für seine allfällige Mithilfe das Bisthum Paderborn an, allein er erhielt keine gute Antwort, da dieser mittlerweile die Nachricht von der Niederlage auf dem weissen Berge erhalten hatte. Als nun der holländische Gesandte Vossbergen seine Reise antrat, in Koldingen mit Werdt zusammentraf und von ihm über den tüblen Erfolg seiner Gesandtschaft berichtet wurde, sah er wohl ein, dass er sich an ein schweres Werk wagen, allein er liess den Muth nicht sinken. Mit aller Besonnenheit, die ihm zu Gebote stand, suchte er nach seiner Ankunft in Kopenhagen den König für den Plan einer allgemeinen protestantischen Allianz zu gewinnen, und suchte hiefür auch die Zustimmung des dänischen Kanzlers Fries in wiederholten Conferenzen zu erlangen. Er empfahl die Berufung eines niedersächsischen Fürstenconvents, dessen Beschlüsse jedenfalls für einen später zu berufenden niedersächsischen Kreistag massgebend sein würden. Am 15. Februar entgegnete Fries auf diesen Vorschlag, dass der König denselben billige und sonst den abweislichen Bescheid zurücknehme, den er dem Unionsgesandten gegeben, aber nur unter der Bedingung, wenn die Generalstaaten mit Dänemark eine besondere Allianz abschliessen und ihr bisheriges Bündniss mit den Hansestädten fallen lassen würden. Christian wollte seine Macht über Hamburg ausdehnen und deshalb war ihm jedes Bündniss unbequem, das diese Stadt im Genusse ihrer hergebrachten Stellung schützen sollte, kann er wollte die allgemeinen Interessen des Protestantismus nur dann schützen, wenn seinen Eroberungsgelüsten in einem besonderen Falle genügt würde. Vossbergen war nicht bevollmächtigt dem Könige die gewünschten Zugeständnisse zu

15.
JANUAR
1621

1621

achen, aber er zeigte sich seinen Ansprüchen geneigt und nahm sich überhaupt so gewandt, dass er zuletzt einen ziemlich günstigen Bescheid bekam. Christian erklärte sich bereit im Bunde mit England, Schweden, Holland und den Fürsten des niedersächsischen Kreises und wollte sich der „evangelischen Ehe“ annehmen, aber immer unter der Bedingung, dass Holland seine Allianz mit den Hansestädten aufgebe. Während der betreffenden Verhandlungen im Haag zu Ende geführt werden sollten, wollte der König eine Gesandtschaft an den Kaiser senden und ihn zur Mässigung ermahnen, gleichzeitig aber sich rüsten und den König von Schweden sammt den Fürsten des niedersächsischen Kreises zu einer gemeinschaftlichen Bedrohung nach Segeberg einladen.*)

In Folge dieser Zusagen traf Christian am 9. März in 1621 Segeberg ein, fand aber nicht alle Fürsten vor, die er eingeladen und auf deren Erscheinen er gehofft hatte; weder der König von Schweden, noch die Herzöge von Mecklenburg waren erschienen, nur die Herzöge von Braunschweig, Lüneburg und von Sachsen-Lauenburg fanden sich ein; aus dem obersächsischen Kreise war nur ein brandenburgischer Bevollmächtigter und der Herzog Johann Ernst von Weimar erschienen. Zu diesen Fürsten und Edelleuten hatten sich auch Friedrich von der Pfalz, Christian von Anhalt und der Unionsgesandte Werdt eingeladen und schliesslich langte noch der englische Gesandte Peter Anstruther daselbst an. Der König von Dänemark zeigte sich die Berufung des Convents jedenfalls die besten Abaltern für den Pfalzgrafen, allein seine Entschlossenheit musste einen starken Stoss erhalten, wenn er durch Friedrichs Mittheilungen über den vollständigen Ruin seiner Herrschaft in Bremen belehrt wurde und wenn er sah, dass er auf keine einseitige Zustimmung und keine grosse Opferwilligkeit im obersächsischen Kreise würde rechnen können, denn der persönliche Besuch des Fürstentages deutete dies offen an. Insofern würde er sich darüber hinweggesetzt haben, wenn er sich auf den Beistand Englands ebenso hätte verlassen können, wie auf den von Holland und um hierin sicher zu sein, berief

*) Goll: Der Convent von Segeberg.

er den englischen Gesandten zu sich. Nachdem er ihm mitgetheilt hatte, dass er im Verein mit den ihm befreundeten Fürsten sich den Uebergriffen des Kaisers widersetzen und jedenfalls den Pfalzgrafen in seinem ererbten Besitz nicht schädigen lassen wolle, frug er, welcher Hilfe er sich von Jakob zu versehen habe. Anstruther erwiderte getreu seiner Instruction, dass Jakob von seinem Schwiegersohn den unbedingten Gehorsam für seine Massnahmen verlange und nur in dem Falle, als die Verhandlungen, die er zu seinen Gunsten in Angriff nehmen wolle, resultatlos verliefen, werde er alles (le vert et le sec) aufbieten, um denselben gegen jede Beraubung zu schützen. Der König bemerkte, dass man sich doch sichern müsse, dass der Kaiser im Widerspruch mit den Reichsgesetzen den Pfalzgrafen geächtet habe und ohne Rücksicht darauf, dass er in Böhmen Verzicht leisten wolle, den Krieg gegen die Union und gegen die Pfalz durch den Marques Spinola weiter führe.

Die Erklärungen Anstruthers mussten auf Christian einen ernüchternden Eindruck ausüben und er konnte sich nur Befolgen, dass er noch vor dem Convent nach England einen Gesandten abgeschickt hatte, um durch diesen von Jakob bestimmte Zusagen einholen zu lassen. Von einem entscheidenden Auftreten des Convents war jetzt keine Rede mehr, denn auch die übrigen Mitglieder desselben wurden durch die Mittheilungen Anstruthers eingeschüchtert und so wurden nur solche Beschlüsse gefasst, welche den Krieg erst in zweiter Linie in Aussicht nahmen. Man mahnte den Marques Spinola durch ein Schreiben, die eingenommenen Städte zu räumen und zur Herstellung des Friedens die Hand zu bieten**), und richtete eine etwas schriftgehaltene Zuschrift an den Kurfürsten von Sachsen, in der es hiess, dass man entschlossen sei, das spanische Kriegsvolk mit Gewalt vom Reichsboden zu vertreiben und ihn deshalb frage, ob er sich dem widersetzen wolle. Auch die Absendung einer Gesandtschaft an den Kaiser wurde beschlossen, um ihn zum Frieden auf Grund des früheren Besitzstandes zu mahnen. Nur ein Beschluss ging über diese mehr friedfertigen als krieg-

*) Engl. StA. Anstruther to Sir George Calvert dd. 10./20. März 1621.

***) Das Schreiben bei Londorp dd. 5./15. März 1621.

chen Massnahmen hinaus. Man einigte sich nämlich über die nöthigen Rüstungen, 20000 Mann zu Fuss und 6000 Reiter. Man wollte man zusammenzubringen und sowohl der König von Dänemark, wie der Herzog von Braunschweig beeilten sich, in dieser Beziehung schon vordem getroffenen Massregeln zu vervollständigen. Nur über die nöthigen Geldmittel war man in Verlegenheit, doch hoffte man, dass die Königin-Witwe von Dänemark sich zu einem ausreichenden Darlehen verstehen würde. Entscheidende, den Angriff gegen den Kaiser unmittelbar in Aussicht nehmende Beschlüsse wurden also nicht gefasst, und dies hätte jedenfalls geschehen müssen, wenn die Union ihren Widerstand fortsetzen sollte.

IV

Die Union hatte sich in Heilbronn dahin geeint in Verhandlungen mit dem Kaiser zu treten und deshalb mit Spinola einen Waffenstillstand abzuschliessen, aber dieser Beschluss wurde viel zu spät gefasst, als dass einzelne ihrer Anhänger, wie der Landgraf von Hessen-Kassel und die wetterauischen Grafen, sich auf eigene Faust Verhandlungen mit Spinola angeknüpft hätten, weil sie den drohenden Ruin nicht anders abwenden zu können glaubten. Die Wetterauer kamen zuerst zum Ziele, da sie sich zur Zahlung von 150 Römermonaten erboten und mit diesem Gelde gewissermassen ihre Schuld abbüsten.*) Die Verhandlungen mit Hessen-Kassel, die am 7. Februar in Bingen, wo Spinola sein Hauptquartier aufgeschlagen hatte, ihren Anfang nahmen, liefen nicht so glatt ab.**)

*) Münchener StA. Der Herzog von Zweibrücken an Friedrich dd. $\frac{20. \text{Feb.}}{2. \text{März}}$ 1621.

**) Sächs. StA. Von Spinola waren zu dieser Berathung Johann Karl von Schönberg, Oberhauptmann auf Königstein und kurmainzischer Rath, Christoph von Essen, Generalproviandmeister und Pietro Alvamora, oberster Schatzmeister über die Artillerie; von hessen-kasselischer Seite Wilhelm Graf zu Solms, Eitel von Berlepsch, Jost Christoph von Binnenberg und Johann Bernhard von Dalwig deputirt. — Ebend. Landgraf Ludwig von Darmstadt an Kursachsen dd. 14./24. Febr. 1621.

gleich von vornherein durch seinen Vertreter, dass er sich weder um die Union noch um ihre Verfassung kümmern und sie ebenso wenig wie den Landgrafen von Hessen-Kassel angreifen würde, wenn sie den Pfalzgrafen gegen die über ihn verhängte Execution nicht vertheidigt hätten. Der Kaiser müsse alle Fürsten, die seinen Gegner mit Geld, Munition und Mannschaft unterstützen, für seine Feinde ansehen und demgemäss behandeln: wolle der Landgraf nicht als Feind gelten, so müsse er sein Kriegsvolk augenblicklich abrufen. Die kasseler Deputirten suchten dieser Drohung mit der in jener Zeit allgemein üblichen Ausflucht zu begegnen, dass nämlich die Unterstützung des Pfalzgrafen nicht wider den Kaiser gemeint sei, aber die Spanier wichen nicht um einen Zoll breit und die Deputirten nicht bevollmächtigt waren, auf dieser Grundlage abzuschliessen, so brachen sie die Verhandlungen ab und berichteten an ihren Herrn.*)

Es ist eigenthümlich, wie die Parteiverhältnisse die öffentliche Meinung zu jener Zeit verwirrten. Die protestantischen Fürsten wollten dem Kaiser für seinen Besitz nicht die gleiche Unantastbarkeit zugestehen, die sie für sich in Anspruch nahmen, er sollte von ihnen angegriffen werden, aber einen Schlag gegen sie nicht führen dürfen. So oft er den Arm gegen sie erhob, flüchteten sie sich hinter die Reichskonstitutionen und nahmen ein Privilegium der Unangreifbarkeit in Anspruch, das aller Gegenansprüche des Kaisers spottete. Und diese Anschauungen wurden von den Fürsten nicht erheuchelt, sie waren von ihrer Richtigkeit durchdrungen und liessen sich von ihnen in ihrer ganzen Handlungsweise beherrschen. Auch der Landgraf von Kassel lieferte jetzt einen Beweis für unsere Auffassung. Als ihm von seinen Räthen berichtet wurde, um welchen Preis er den spanischen Angriff abwehren könne, wollte er darauf nicht eingehen. Er schickte eine Botschaft an seinen Vetter Ludwig von Darmstadt ab und verlangte von ihm Hilfe, im Falle er sich gegen Spinola vertheidigen müsste. Bei dieser Gelegenheit überschüttete er seinen Vetter mit Vorwürfen wegen

*) Sächs. St.A. Die kasseler Deputirten an den Landgrafen von Hessen-Kassel dd. 2./12. Febr. 1621.

ner dem Kaiser freundlichen Haltung, drohte ihm mit Vertilgung, falls sich das Kriegsglück wenden sollte, und häufte den Schimpf über den Convent von Mühlhausen, an dem sich Ludwig betheiligte hatte. Eine derartige Haltung ist nur dann gerechtfertigt, wenn der Landgraf Moritz die festeste Ueberzeugung von dem hohen sittlichen Werthe der Sache besass, der sich angeschlossenen hatte, und selbst dann ist es mit dem sündigen Menschenverstande schwer vereinbar, dass er sich nicht scheute, seinen Vetter in dem Augenblick zu beleidigen, als er ihn um seine Hilfe ersuchte. Wir brauchen wohl nicht hinzuzufügen, dass die Bitte in Darmstadt keine freundliche Aufnahme erfuhr, und dass Ludwig die ihm gemachten Vorwürfe ablehnte.*)

Die separaten Verhandlungen eines Mitgliedes der Union mit Spinola liessen sich also nicht gut an, doch muss die Schuld allein dem Landgrafen von Hessen-Kassel zugemessen werden, denn wie konnte er sich einbilden, dass man ihn in Ruhe lassen werde, wenn er den Pfalzgrafen unterstützte. Nun wurden aber die Verhandlungen von der Union selbst aufgenommen. Sie beschloss, wie wir wissen, beschlossen, dem Kaiser im Namen des Pfalzgrafen die Abtretung der böhmischen Krone anzubieten und dafür die Räumung der Pfalz zu verlangen und hatte im Einklange mit diesem Beschluss eine Gesandtschaft nach Wien und eine zweite an Spinola abgeschickt, um mit diesem über einen vorläufigen Waffenstillstand zu verhandeln. Mit den Waffenstillstandsverhandlungen wurde der Markgraf von Ansbach betraut, der sich zu diesem Zwecke nach Zwingenberg (bei Darmstadt) begab, um sich dann mit dem Landgrafen Ludwig, den man um die Vermittlung ersuchte, über die Bedingungen zu verständigen. Ludwig kam dem Wunsche der Union entgegen und übernahm die Vermittlung, allein Spinola war mit den angebotenen Waffenstillstandsbedingungen nicht zufrieden und machte allerlei Aenderungen an ihnen.**)

Ludwig dies dem Markgrafen von Anspach mittheilte,

*) Sächs. StA. Antwort der darmstädtischen Kammerkanzlei an Hessen-Kassel dd. 18./28. Feb. 1621.

**) Ebend. Ludwig von Darmstadt an Kursachsen dd. 10./20. März 1621.

wurde eine neue Zusammenkunft in Weinheim (bei Heidelberg) verabredet, an der sich auch der Herzog von Württemberg betheiligte. Die beiden Unionsfürsten legten nun einen neuen Entwurf vor, in dem sie verlangten, dass vom 18. März angefangen, ein Waffenstillstand abgeschlossen werde, der durch sechs Wochen gültig sein solle, und dass während dieser Zeit fremdem Kriegsvolk nicht der Zugang über die Reichsgrenze gestattet und keine Truppenbewegungen in Deutschland vorgenommen werden dürften; nur bezüglich der Werbungen des Erzherzogs Leopold und des Markgrafen von Baden wollten sie eine Ausnahme zulassen. Dafür versprachen sie, dass der Pfalzgraf innerhalb dieses Zeitraumes für sich und im Namen seines Sohnes auf die böhmische Krone verzichten und dem Kaiser Abbitte leisten werde. Sie liessen es nicht bloss bei diesen Anerbietungen bewenden, sondern wollten auch der über den Pfalzgrafen verhängten Acht Rechnung tragen und in eine vorläufige Sequestration der Kurpfalz einwilligen, aber diese Einwilligung knüpften sie an die Bedingung, dass, wenn zwischen den Unionsgesandten und dem Kaiser in Wien kein Einverständnis erzielt werden würde, die Zustimmung der evangelischen Kurfürsten und Fürsten zu der Art und Weise, wie die Sequestration geübt werden solle und zu der Person des Sequesters eingeholt werden müsse. Sollte der Pfalzgraf diese Bedingungen nicht eingehen wollen, so erbot sich die Union ihn seinem Schicksale zu überlassen.*)

Der Landgraf Ludwig war mit den Anerbietungen der beiden Unionsfürsten im ganzen einverstanden, nur bezüglich die den Pfalzgrafen nicht berührenden Gegenstände machten sich verschiedene Meinungen geltend. Spinola hatte im Laufe des Krieges einige dem Pfalzgrafen nicht gehörige Gebiete unter anderem mehrere seinem jüngern Bruder und dem Herzog von Zweibrücken gehörigen Städte besetzt und da die Acht gegen diese nicht ausgesprochen war, verlangten die Unionsfürsten, dass nach abgeschlossenem Waffenstillstande diese Gebiete geräumt und nicht der Sequestration unterzogen würden. Der

*) Vorschlag des Markgrafen von Anspach und des Herzogs von Württemberg dem Landgrafen Ludwig überreicht dd. 6./16. März 1621. Sächs. StA.

Landgraf glaubte nicht, dass der Kaiser auf diese Forderung eingehen werde und verlangte, dass die Union sich nicht belagern solle, wenn vorläufig alles das, was Spinola besetzt hatte, sequestriert würde, ebenso wünschte er, dass sie sich mit dem Sequester zufrieden stellen solle, dem etwa allein der Kurfürst von Sachsen seine Zustimmung geben würde. Nach mancherlei Reden und Erwägungen willigten die beiden Fürsten in diese Forderungen ein.*) Der Landgraf glaubte jetzt sein Ziel erreicht zu haben und schickte einen seiner Räte mit dem reinbarten Entwurf zu Spinola in der sicheren Erwartung, dass derselben gutheissen werde, er selbst aber reiste zum Kurfürsten von Mainz, um sich mit diesem über die Aufstellung des Sequesters zu berathen.

Von Kurmainz oder von seinem an Spinola abgeschickten Boten erfahrend der Landgraf jedoch, dass der letztere sich unter den gebotenen Bedingungen nicht zum Waffenstillstande entschliessen werde und dass er verlange, die Union solle sich von vornherein allen Massregeln unterwerfen, die der Kaiser treffen für gut finden würde. Da Ludwig den Frieden aufrichtig wünschte, so meldete er dem Kurfürsten von Sachsen die neu auftauchenden Schwierigkeiten und ersuchte ihn seinen Einfluss in Wien dazu zu verwenden, dass der Kaiser selbst den Waffenstillstand anordne und mittlerweile mit der von der Union an ihn abgeschickten Gesandtschaft den Frieden verhandele.**) Der Bitte Ludwigs schloss sich der Herzog von Zweibrücken insofern an, als er ihn ersuchte beim Kaiser eine allgemeine Generalamnestie zu erwirken, wodurch die Sequestration der Kurpfalz verhütet werden könnte. Der Pfalzgraf erbötigt auf Böhmen zu verzichten und „alles zu leisten, was er ohne Schädigung seiner kurfürstlichen Ehre thun könne“***)

Während die Waffenstillstandsfrage in der Schwebe stand, schied sich die Stadt Strassburg endgiltig aus der Union aus-

*) Sächs. StA. Erklärung der beiden Unionsfürsten über den fünften Punkt der Waffenstillstands-Bedingungen. — Münchner StA. Landgräflich Concept des Accords.

**) Sächs. StA. Landgraf Ludwig an Kursachsen dd. 10./20. März 1621.

**) Ebend. der Herzog von Zweibrücken an Kursachsen dd. 10./20. März 1621.

zuscheiden und theilte diesen Entschluss durch zwei zu diesem Behufe nach Aschaffenburg abgeschickte Gesandte, von denen einer der Stadtsyndikus Dr. Wolf war, dem Kurfürsten von Mainz und dem dort weilenden Landgrafen Ludwig mit. Die Haltung der strassburgischen Boten war so nachgiebig, dass sie sogar in dem Kurfürsten die Hoffnung anregte, die Stadt werde dem zu Gunsten des Kaisers zu Mühlhausen abgeschlossenen Bündnisse beitreten, auf alle Fälle war der Landgraf überzeugt, dass das Verhalten Strassburgs auf die andern Reichsstädte einen massgebenden Einfluss ausüben werde, und dass sie sammt und sonders aus der Union ausscheiden würden.*

Die von dem Landgrafen an den Kurfürsten von Sachsen gerichteten Bitten wurden von dem letzteren nicht mit jener Eifer aufgenommen, der allein einen Erfolg ermöglicht hätte. Johann Georg richtete zwar seine Fürbitte an den Kurfürsten von Mainz und suchte ihn für eine Politik zu gewinnen, durch die die Wünsche der Union entsprochen werden sollte,**) er hätte jedoch nicht an den Erzbischof von Mainz, sondern an den Kaiser selbst wenden sollen, wenn es ihm ernstlich um die Rettung des Pfalzgrafen zu thun gewesen wäre und einige Drohungen hätte ihm besser zum Ziel geholfen. Zu Drohungen konnte er jedoch nicht entschliessen, denn abgesehen davon, dass er für Ferdinand, so wie dieser für ihn eine gewisse Sympathie hegte, die zum Theil in ihrer beiderseitigen Vorliebe für die alte Weidmannskunst wurzelte, handelte es sich um den ersuchten Lohn für die von ihm geleisteten Hilfe, um die Lausitz, deren Erwerbung durch Zerwürfnisse mit dem Kaiser in Frage gestellt war. Deshalb fanden die Aufforderungen des Landgrafen Ludwig und die gleichzeitigen des Königs von Dänemark an dem Kurfürsten nur einen lauen Vertreter: er wünschte den Frieden, aber er gedachte auf den Kaiser keinen Druck auszuüben, da er zuerst seine Beute sichern wollte.

Ein besseres Resultat für die Sache des Pfalzgrafen liess

*) Sächs. StA. Ludwig an Kursachsen dd. 14. 24. März 1621. — Münchener StA. Kurmainz an Maximilian von Baiern dd. 26. Feb. 1621. — Ebenfalls Kurmainz und Ludwig von Darmstadt an denselben dd. 16. 26. März 1621.

**) Sächs. StA. Kursachsen an Kurmainz dd. 1. 11. April 1621.

ch nur hoffen, wenn der König von England die von ihm
 gekündigte Friedensvermittlung energisch in die Hand nahm.
 erd Digby, der mit der Durchführung der Verhandlungen
 traut wurde, und der bei seiner den Habsburgern günstigen
 esinnung auf ein Entgegenkommen ihrerseits rechnen konnte,
 er am 17. März in Brüssel angelangt und verbrachte nach 1621
 er leidigen Gewohnheit jener Zeit zuerst viele Tage mit Be-
 sehen bei dem erzherzoglichen Paare und bei den hohen
 samten sowie mit der Annahme der Gegenbesuche. Die ersten
 wichtigen Besprechungen hatte er mit dem Beichtvater des
 erzherzogs, der ihm solche Mittheilungen machte, dass man
 cht weiss, worüber man mehr staunen muss, ob über die
 ivität des Beichtvaters oder über die Ruhe, mit der Digby
 ese Mittheilungen entgegennahm. Man sei jetzt, so erzählte der
 eichtvater, auf spanischer Seite entschlossen den Waffenstill-
 and mit den Holländern nicht länger einzuhalten, sondern
 alle dieselben zur Unterwerfung auffordern und im Weige-
 angsfalle mit aller Macht bekämpfen. Da Jakob seinen Schwie-
 ersohn in der Bewerbung um die ihm nicht gebührende Krone
 e unterstützt habe, so erwarte man auch von ihm, dass er
 in dem allfälligen Kampfe nicht nur eine Spanien freundliche
 Rolle spielen, sondern auch des Hasses eingedenk sein werde,
 seit dem man in Holland die monarchische Regierungsweise ver-
 elege und deshalb seine verschiedenen Forderungen gegen die
 Holländer jetzt durchzusetzen suchen werde. Offenbar deutete
 damit jene Theilung der holländischen Provinzen an, mit der
 ch im vorigen Jahre Jakob, Buckingham und Gondomar un-
 erhalten hatten.*)

Solchen Reden lieb Digby sein Ohr, ohne daran zu den-
 en, dass er zunächst den Ruin des Pfalzgrafen hintanzuhalten
 be. Da man seiner Eitelkeit auf tausendfache Weise schmei-
 elte, so konnte er den Leuten um so weniger gram werden,
 e sie es später an Versprechungen nicht fehlen liessen, we-
 gstens glaubte er die Versicherung geben zu dürfen, dass
 an sich in Brüssel der Restitution des Pfalzgrafen nicht wider-
 tzen, sondern sie fördern werde. In der That erhielt er von

*) Engl. StA. Digby an Buckingham dd. 4./14. März 1621.

Gindely, Der pfälzische Krieg.

dem Erzherzog Albrecht ein Schreiben für Philipp III, worin dieser den letztern aus Freundschaft für Jakob um die Förderung der Restitution ersuchte. Bezüglich des Waffenstillstands machte man in Brüssel grössere Schwierigkeiten. *) Der Erzherzog erklärte, dass die Gewährung desselben nicht in seiner Macht stehe, zuletzt aber gab er das Versprechen, dass er sich für Spinola wenden und ihn um den Abschluss desselben ersuchen werde. Digby glaubte so sehr an die Wirksamkeit dieser Bitte, dass er die Reise zu Spinola aufgab um gleich nach Spanien reisen zu können und nur einen Agenten zu ihm schickte, der die Waffenstillstandsfrage endgiltig regeln sollte. **) In seiner Freude über den angeblichen Erfolg seiner Mission theilte er ihn seinem Collegen Carleton früher mit als dem Kaiser Jakob damit, der erstere dem bereits im Haag weilenden Pfalzgrafen die glückliche Wendung der Dinge berichten und so zu neuen Hoffnungen erwecken könnte.

Diese eine billige Behandlung des Pfalzgrafen andeutend
 12. Hoffnungen verwirklichten sich aber keineswegs in den Verhandlungen über den Waffenstillstand, die gerade in diesen Tagen zum Abschlusse kamen, denn Spinola beharrte unerschütterlich auf seiner zuerst gestellten Forderung, dass sich die Union den Massregeln unterwerfe, die der Kaiser zu treffen für gut finde werde. Es war damit ziemlich klar angedeutet, dass der Kaiser nach seinem Belieben über die Pfalz verfügen wolle. Wäre diese Bedingung beim heilbronner Tag bekannt geworden, so hätte man sich vielleicht nicht einmal in die Waffenstillstandsverhandlungen eingelassen, weil man durch die Ankunft Mortons und das von ihm gebrachte Geld, so wie durch die Berichte Achilles von Dohna der Hilfe Englands gewiss zu sein glaubte. Man wollte zwar auch jetzt den Pfalzgrafen nicht preisgeben, aber

*) Englisches StA. Digby an Carleton dd. $\frac{23. \text{März}}{2. \text{April}}$ 1621. — Eben

Erzh. Albrecht an Philipp III dd. $\frac{24. \text{März}}{3. \text{April}}$ 1621. — Eben

Digby's dd. $\frac{24. \text{März}}{3. \text{April}}$ 1621.

**) Münchner StA. Digby an Spinola dd. $\frac{23. \text{März}}{2. \text{April}}$ 1621.

te mittlerweile die Erfahrung gemacht, dass Jakob sich nicht eilte die gemachten Versprechungen zu erfüllen, und da man h einmal in die Verhandlungen eingelassen hatte, so beschloss die von dem Feinde geforderte Bedingung zuzugestehen, weil an noch immer hoffte, die an den Kaiser geschickte Gesandtschaft werde den Frieden auf den gewünschten Grundlagen zu Ende bringen und weil man, wenn dies nicht der Fall sein sollte, zum Schwerte greifen konnte, sobald England seine Versicherungen verwirklichte. Der Markgraf von Anspach und der Herzog von Württemberg verständigten den Landgrafen Ludwig in ihrer Nachgiebigkeit. Sie erklärten zwar nicht mit dürren Worten, dass sie sich allen Geboten des Kaisers fügen wollten, sprachen aber, dass sie den Pfalzgrafen zur Aussöhnung mit dem Kaiser ermahnen würden, und dass sie ihn, falls er diese Aussöhnung binnen der für den Waffenstillstand bestimmten Zeit nicht zu Stande brächte, nicht weiter unterstützen, sondern seinem Schicksale überlassen würden.*) Die Fürsten benachrichtigten den Pfalzgrafen von ihrem Entschlusse und beschuldigten hiebei hauptsächlich den König Jakob, dass er durch Nichterfüllung der durch Morton angeregten Hoffnungen sie zu diesem Schritte genöthigt habe.**)

Der Landgraf beeilte sich die Erklärung der beiden Unionsfürsten dem Kurfürsten von Mainz zur Kenntniss zu bringen und da dieser glaubte, dass sich Spinola mit ihr zufrieden geben werde, so reiste Ludwig zu ihm nach Kreuznach. Als er dort anlangte, erfuhr er, dass auch sein Vetter von Hessen-Kassel sich gefügt habe und sein Schicksal von dem Pfalzgrafen trennen wolle, denn seine Rätthe schlossen am 5. April einen Vertrag ab, in dem sich derselbe zur Abberufung seiner Truppen der Pfalz verpflichtete.***) Spinola reiste darauf in Beglei-

) Sächs. StA. Der Markgraf von Anspach und Herzog von Württemberg dd. $\frac{23. \text{ März}}{2. \text{ April}}$ 1621.

) Der Markgraf von Anspach und der Herzog von Württemberg an den Pfalzgrafen dd. $\frac{26. \text{ März}}{5. \text{ April}}$ 1621.

) Londorp, Acta publica. Accord zwischen Hessen-Kassel und Spinola dd. 5. April 1621.

- tung Ludwigs nach Mainz, wo sich auch der Markgraf Anspach als Obergeneral des Unionsheeres und der Herzog Württemberg einfanden. Die letzten Besprechungen nahmen volle Tage in Anspruch, da die Unionsfürsten das Inté des Pfalzgrafen auch jetzt nicht völlig preisgeben wollten, ihr Widerstand konnte ihnen keine günstigeren Bedingte erwirken, nur in einem Punkte war ihre Beharrlichkeit einigem Erfolge begleitet. Spinola versprach dem Kurfürsten von Mainz und dem Landgrafen Ludwig, dass er die Waffentilgung bis zum 12. Juni ruhen lassen werde, wenn ihn der König
- 1621 England vor dem 14. Mai um diese Verlängerung ersuchen sich gleichzeitig für seinen Schwiegersohn verpflichten würde, dass dieser sich aller Feindseligkeiten gegen den Kaiser enthalten werde.*) Das Versprechen Spinola's wurde in dem Waffenstillstandsvertrag nicht aufgenommen, dasselbe bildete einen besonderen, gewissermassen geheimen Artikel. Der Vertrag selbst, der unter dem Namen „Accord“ seiner Zeit bekannt wurde, bestimmte die Dauer des Waffenstillstandes bis
- 1621 14. Mai, verpflichtete die Union zur Räumung des pfälzischen Gebietes und zur Neutralität, im Falle der Pfalzgraf sich dem Kaiser nicht versöhnen würde und die Execution gegen ihn fortgesetzt werden müsste.**)
- 1621 Als die Verhandlungen am 12. April um 7 Uhr Abend beendet wurden, gaben die Katholiken ihrer Freude durch den Ausdruck, dass sie in Mainz mit allen Glocken läuten ließen, Kanonenschüsse abfeuerten und an den zwei folgenden Tagen bankettirten, wobei einmal der Kurfürst von Mainz, das andere mal Spinola den Wirth machte. Nur widerstrebend wollten die Unionsfürsten den Gelagen bei, denn sie fühlten wohl, dass der Pfalzgraf verloren sei, wenn der Friede nicht bald geschlossen würde. Camerarius, der sich tiefer als irgend

*) Münchener StA. Erklärung des Kurfürsten von Mainz und des Landgrafen Ludwig dd. 2./12. April 1621. — Englisches StA. Jakob an Albrecht dd. 2./12. Mai 1621.

***) Sächs. StA. Landgraf Ludwig an Kursachsen dd. 25. März 1621
5. April
 Ebend. Accord zwischen Spinola und der Union abgeschlossen 2./12. April 1621. — Ebend. aus Mainz dd. 3./13. April 1621.

er pfälzischen Anhänger von dem Schicksale seines Herrn getroffen fühlte, hielt den mainzer Accord für verderblicher als den ulmer Vertrag und erklärte ihn für schmachvoller als die Niederlage bei Prag, denn durch denselben seien die letzten Landesgenossen abwendig gemacht und die Pfalz dem Feinde in die Hände geliefert worden, weil sie sich allein nicht vertheidigen könne und die Bürger der einzelnen Städte namentlich die von Heidelberg, der eigenen Regierung bereits „aufgezogen“ geworden seien.*)

In der That löste der mainzer Accord die Union von dem Pfalzgrafen los und nur zwei Fürsten, der Landgraf von Hessen-Kassel und der Markgraf von Baden, bewahrten ihm eine treue Abhänglichkeit, die bei günstiger Gelegenheit zu grossen Opfern bereit war. Der Markgraf von Anspach dagegen hatte nur noch einige gutgemeinte Rathschläge für ihn in Bereitschaft und erklärte laut und offen, dass dem Pfalzgrafen nichts anderes übrig bleibe, als den Kaiser um Verzeihung zu bitten, er sollte es ja so rasch als möglich und noch vor Zusammentritt des Regensburger Kurfürstencollectivs thun, dessen Berufung der Kaiser damals beabsichtigte.**)

Der Markgraf von Baireuth beteiligte sich nicht einmal an diesen Rathschlägen, sondern erklärte seine Trennung von dem Pfalzgrafen offenkundig und machte sich zum Feinde und verschloss den pfälzischen Gesandten nicht nur seine Thür, sondern suchte jetzt die Freunde des Kaisers auf und verfügte sich zu diesem Ende nach Dresden, wo er ein geduldigen Zuhörer für die Witze des Kurfürsten abgab, mit denen dieser die Union höhnte. „In Nürnberg zu freudig, in Ulm zu willig, in Mainz zu furchtsam,“ so spottete Johann Georg allerdings in treffender Weise über das Auftreten der Pfälzer.***)

Als der Pfalzgraf die Nachricht von dem Abschlusse des Waffenstillstands erhielt, beurtheilte er ihn nicht so abfällig, sondern gab seine Zustimmung zu demselben, weil auch er

*) Coll. Camer. Camerarius an den Grafen zu Solms dd. 12./22. April 1621.

**) Coll. Camer. Camerarius an den Grafen zu Solms dd. 3./13. Mai 1621.

*) Münchner StA. Pastoir an den Herzog von Zweibrücken dd. 19./29. April 1621.

hoffte, dass die in Wien von der Union angebahnten Friedensverhandlungen und die Intervention Jakobs ihm zu seinem Besitze verhelfen würden. In der Instruction, die die Union schon im 24. Febr. 1621 für ihre Gesandten entworfen hatte, vertheidigte er noch tapfer seine Interessen. Graf Friedrich zu Solms, Herr von Walmerode, Georg Zobel und Joachim Haber sollten in seinem Namen dem Kaiser die Verzichtleistung auf die böhmische Krone anbieten und dieselbe auch bezüglich seines Sohnes versprechen, aber nur in dem Falle, wenn sie von ihm begehrt und sonst bezüglich der übrigen Punkte eine Einigung erzielt würde. Die Pfalzgrafen sollten sie zu keiner Abbitte verpflichten und die Ertheilung einer allgemeinen Amnestie anrathen, die sich auch auf den Markgrafen von Jägerndorf, auf Anhalt und Hohenzollern erstrecken müsste. Auch sollten sie die Abberufung Spinola aus der Pfalz verlangen, dafür aber nicht die alsbaldige Entlassung ihres Kriegsvolks anbieten, sondern erklären, dass die Union zur Verhütung der von den Soldaten verübten Räuereien das Volk noch beisammenbehalten müsse. In die vom Kaiser verlangte Auflösung der Union sollten sie nicht einwilligen, sondern nur erwidern, dass, wenn Spinola abberufen und der Friede geschlossen würde, die Union „die schuldige Unterthänigkeit“ dem Tag legen werde. Zeigt diese Instruction hinreichend, dass die Union noch im Februar entschlossen war den Pfalzgrafen nicht fallen zu lassen, so zeigt dies auch ein den Gesandten gegebenener Auftrag, in Folge dessen sie mit dem Herzog von Anjou und seinen Begleitern innige Beziehungen unterhalten sollten, um so ein Bündniss gegen den Kaiser anzubahnen. Wenn die Union im Februar glaubte, dass der Kaiser in diesen Bedingungen willigen werde, so können wir uns nicht wundern, wenn der Pfalzgraf ähnliche Bedingungen stellte, als er auf die Absendung eines eigenen Gesandten nach Wien verzichtete und die Unionsgesandten mit seiner Vertretung beauftragte. Wir bemerken jedoch, dass seine Instruction zu spät abgeschickt wurde und gar nicht in ihre Hände kam; jedenfalls hätte sie auf ihr Auftreten keinen Einfluss geübt.

*) Münchner StA. Nebeninstruction für die an den Kaiser geschickten Unionsgesandten.

Die Unionsgesandten scheinen sich mit ihrer Reise nach Wien nicht beeilt zu haben, wenn man sie nicht etwa in Wien lange auf Antwort warten liess. Am 17. April wurde ihnen ¹⁶²¹ endlich die kaiserliche Entscheidung mitgetheilt, deren Inhalt stützlich aller ihrer Vertrauensseligkeit ein Ende machte. Man erklärte, dass man die Acht gegen den Pfalzgrafen durchführen wolle, um sich für die erlittenen Verluste schadlos zu halten, ehe alle Verhandlungen mit den Gesandten über einen etwaigen Frieden ab,*) verlangte von ihnen einfach Gehorsam und war in dem Falle erbötig milde gegen die Union zu verfahren, wenn sie sich ganz und gar vom Pfalzgrafen trennen würde. Die Gesandten waren durch die kaiserliche Antwort so eingeschüchtern, dass sie ihren Auftraggebern anriethen sich dem Willen des Kaisers zu fügen, um nicht durch Verkettung ihres Schicksals mit dem des Pfalzgrafen sich selbst zu Grunde zu richten. Die Mitglieder der Union hatten diesem Rath entsprechend gehandelt, ehe er ihnen noch ertheilt worden war, denn schon acht Tage vorher war von ihnen der Accord geschlossen worden. Als die Gesandten in Wien den Abschluss desselben und seinen Inhalt in Erfahrung brachten, verzweifelten sie vollends, wenn sie sahen, dass es um ihr Ansehen geschehen sei, da ihre Auftraggeber eine Nachgiebigkeit gezeigt hatten, welche ganz im Widerspruch mit der ihnen ertheilten Instruction stand und sie dachten fortan nur an die baldige Abreise von dem Schauplatz ihrer Schmach. In der That hatte ihre Anwesenheit in Wien keinen Sinn mehr, da Ferdinand am 22. April den ¹⁶²¹ mainzer Accord bestätigte und sonach die Unionsfürsten vor weiterer Angriffe sicherte, im Falle sie die Bedingungen desselben einhielten.**)) Allein da die Fürsten ihre Gesandten forderten, vorläufig noch in Wien zu bleiben und nochmals in der Bitte um die Restitution des Pfalzgrafen an den Kaiser anzutreten, so verlängerten sie ihren Aufenthalt, kamen dem ihnen ertheilten Auftrage nach und fügten bei dieser Gelegen-

20.
April
1620

*) Münchner StA. Die Unionsgesandten an die Unionsfürsten dd. 10./20. April 1621.

**) Münchner StA. Die Unionsgesandten an die Unionsfürsten dd. 18./28. April 1621. — Sächs. StA. Kais. Bestätigung des mainzer Accords dd. 22. April 1621.

heit die Bitte hinzu, dass, falls die Restitution nicht alsbald möglich sei, der Kaiser eine entsprechende Verlängerung des Waffenstillstandes und die Freigebung der, anderen Fürsten und Ständen gehörigen und von Spinola besetzten Gebiete gewähren möge.

Auch diesmal begegnete ihre Bitte keiner besseren Aufnahme, die Antwort deutete wohl an, dass dem Pfalzgrafen verziehen werden dürfte, wenn er vorher „sein Verbrechen erkennen, bei dem Kaiser um Verzeihung anhalten“ und sich zum Ersatz des von ihm verursachten Schadens erbieten würde, da er aber bezüglich der Erfüllung dieser Forderungen keinen Anfang gemacht, im Gegentheile mit einzelnen Reichsständen mit den Holländern und einigen ausländischen Fürsten in steter Verhandlung stehe und sie gegen den Kaiser hetze, so könne von einer Verlängerung des Waffenstillstandes über den bewilligten Zeitraum um so weniger die Rede sein, als der Pfalzgraf die Zeit nur zu Rüstungen verwenden würde. Bezüglich der Freigebung der anderen Fürsten und Ständen gehörigen und von Spinola besetzten Gebiete versprach der Kaiser, dass dem Wunsche willfahren werde, wenn die Eigenthümer der besetzten Orte ihm bei der Bekämpfung des Pfalzgrafen behilflich sein würden. *)

Während die Unionsgesandten in Wien weilten, hielten die letzten Anhänger der Union eine Schlusssitzung in Heilbrunn, die sich auf die Verrechnung der eingegangenen Gelder bezog, um dann in formeller Weise den Beschluss wegen Auflösung der Union zu fassen. Anwesend waren bei diesen Verhandlungen nur noch Anspach, Baden, Würtemberg und die Städte Nürnberg, Ulm, Worms und Speier. Man theilte diesen Beschluss unter vielfachen Entschuldigungen dem Pfalzgrafen mit und suchte ihn mit der unerbittlichen Nothwendigkeit zu rechtfertigen. **) Gleichzeitig erfüllten die Unionsfürsten ihr zu Mainz

*) Antwort des Kaisers an die Unionsfürsten dd. 10. Mai 1621. Collectio Camerar.

***) Münchner StA. Der Markgraf von Anspach und der Herzog von Würtemberg an Friedrich von der Pfalz dd. $\frac{30. April}{10. Mai}$ 1621.

abgegebenes Versprechen, zogen ihr Volk aus der Pfalz zurück und dankten es ab. Hätte der Pfalzgraf Mannesmuth besessen, so würde sein einfaches Erscheinen in der Unterpfalz hingereicht haben, um die Auflösung des Heeres zu hindern und die ganze Mannschaft mit sich fortzureissen. Allein von einer derartigen Energie besass Friedrich keine Spur, er begnügte sich mit Anklagen gegen seinen Schwiegervater, ergötzte sich mit dem Ballspiel, dem er seine ganze Zeit im Haag widmete und zeigte sich überhaupt so ruhig und vergnügt, als ob ihn nie ein Unfall betroffen hätte. Bei der Unmännlichkeit, die er zur Schau trug und die ihm eine allgemeine Missachtung und von dem Prinzen von Oranien Ermahnungen zuzog, wie sie faulen Kindern ertheilt werden, ist es begreiflich, dass er eine gleichzeitige Aufforderung Bethlens nach Schlesien zu gehen und dort den von dem Markgrafen von Jägerndorf organisirten Widerstand durch seine Anwesenheit zu stützen, ablehnend beantwortete und sich gegen Jakob rühmte, dass er auf diese Weise seinen Rathschlägen gefolgt sei.*)

Nicht besser wie den Unionsgesandten erging es einige Wochen später den dänischen Gesandten. Entsprechend den in Seberg gefassten Beschlüssen begab sich die dänische Gesandtschaft, die aus den Herren von Ranzau und Wintersheim bestand, Anfangs April auf den Weg nach Wien. Auf demselben 1621 fuhr sie in Dresden, dass die Union sich aufgelöst und mit dem Kaiser Frieden geschlossen habe: trotzdem führte sie in Wien eine Sprache, die nur den Verhältnissen entsprach, wie sie zur Zeit des segeberger Convents bestanden, als man auf den Anschluss Jakobs hoffte, und die Union noch bestand. Die Gesandten erklärten die über den Pfalzgrafen verhängte Acht als mit dem buchstäblichen Inhalt der kaiserlichen Capitulation unvereinbar und verlangten deren Aufhebung und die Abberufung des spanischen Kriegsvolkes aus der untern Pfalz. Im Falle der Kaiser diesem Verlangen nachkommen und Mittel und

*) Münchner StA. Jakob an Friedrich dd. 7./17. Juni 1621. — Engl. StA. Carleton an Calvert dd. 19./29. Juni 1621. — Sächs. StA. Pöllnitz an Kursachsen dd. $\frac{26. \text{ Juni}}{6 \text{ Juli}}$ 1621.

Wege vorschlagen würde, auf welche Art er den Pfalzgrafen zur Aussöhnung gelangen lassen wolle, erklärten sie sich erbötig diese Mittel zur Kenntniss zu nehmen, zum Pfalzgrafen zu reisen und über deren Annahme mit ihm zu verhandeln. Wenn der Kaiser den Bogen nicht zu straff spanne, so werde sich dieser gewiss bequemen, wenn er aber in den Feindseligkeiten fortfahren werde, so könne er überzeugt sein, dass der Pfalzgraf nicht hilflos bleiben werde.*) Eine solche Sprache deutete an, dass Christian die in Segeberg beschlossenen Rüstungen eifrig betreibe, was damals auch thatsächlich der Fall war.

Der wiener Hof liess sich durch diese Bitten und Drohungen nicht einschüchtern; der Feind in Norddeutschland fiel nicht so schwer in die Wagschale, als dass man um seiner willen die Vortheile in Süddeutschland aufgegeben hätte. Der abweisliche Bescheid war deshalb so scharf, wie die dänische Ansprache. Das Ansuchen Christians wurde rundweg abgewiesen und dabei angedeutet, dass sich der Kaiser mit der Wiedereroberung seines Besitzes nicht begnügen könne, sondern sich für die aufgewendeten Kosten entschädigen müsse. Vergeblich suchten die dänischen Gesandten die Gründe dieses abweislichen Bescheides zu widerlegen, es wurde ihnen dieselbe Antwort zu theil und so mussten sie unverrichteter Dinge von Wien abreisen.**)

In seinem Bescheide hatte der Kaiser auch des niedersächsischen Kreises erwähnt und die Erwartung ausgesprochen, dass derselbe sich zu keinen Feindseligkeiten hinreissen lassen werde. Thatsächlich hatten sich die Stände des genannten Kreises Anfangs Mai versammelt und in ihren Beschlüssen so ziemlich die Richtung des segeberger Convents eingehalten. Sie einigten sich zur Absendung einer Gesandtschaft an den Kaiser, boten sich an, den Pfalzgrafen zur Annahme billiger Forderungen zu bewegen und beschlossen gleichzeitig zu rüsten, aber als es zur Durchführung dieser Bestimmungen kommen sollte, wollte ihnen Niemand folgen. Kein Fürst wollte die Gesandtschaft nach Wien

*) Wiener StA. Proposition der dänischen Gesandten

**) Die beiden Antworten des Kaisers und die Replik der dänischen Gesandten bei Londorp.

übernehmen und keiner die beschlossenen Rüstungen durchführen. Christian von Dänemark sah sich in allen Voraussetzungen gesücht, denen er sich in Segeberg hingegeben hatte. Da die Union, der König von England und der niedersächsische Kreis die auf sie gesetzten Hoffnungen nicht erfüllt hatten, wollte auch er seine Haut nicht zu Markte tragen und so steckte er den abweislichen Bescheid des Kaisers ruhig ein. Die Truppen, die er erworben und durch drei Monate unterhalten hatte, und die sich auf sechs Tausend Mann beliefen, dankte er ab und überließ den Pfalzgrafen seinem Schicksale. Wir bemerken zum Schlusse, dass nur ein einziger Reichsfürst die Verbindung mit dem Pfalzgrafen nicht formell löste und zwar der Landgraf Moritz von Kassel. Er bestätigte nicht den von seinen Räten in Bingen mit Spinola abgeschlossenen Vertrag und billigte auch nicht den mainzer Accord, aber da er seine Truppen tatsächlich aus der Pfalz zurückzog, wurde er vorläufig von Spinola nicht angefeindet.*)

*) Rommel Geschichte von Hessen Bd. VII.

Viertes Kapitel.

Lord Digby's Gesandtschaftsreise.

- I Jakobs Botschaft an Friedrich. Der Pfalzgraf sendet Netherole an seinen Schwiegervater. Seine Forderungen. Jakobs Zorn über die Union. sein Verhalten gegen die Wünsche Friedrichs. Bedingungen, unter denen sich Friedrich mit dem Kaiser ausgleichen will. In wie weit schliesst sich Jakob denselben an? Er benützt nicht die vom Parlament angebotene Hilfe. Friedrich lässt die Gutachten seiner Freunde über die Bedingungen des Ausgleichs mit dem Kaiser einholen, hält sich aber nicht an dieselben. Pawel in Greenwich. Man verhandelt in England über die von Friedrich vorgeschlagenen Ausgleichsbedingungen. Resolution Jakobs. Digby's Abreise nach Wien. Sein Empfang daselbst. Er stellt seine Forderungen. Kaiserliche Gesandte werden nach München und Dresden geschickt. Digby wird seiner Forderung bezüglich der Restitution des Pfalzgrafen abgewiesen.
- II Beratungen in Wien wegen der pfälzischen Kur und der Kurlande. Der Kaiser will die Unterpfalz dem Erzherzog Albrecht und die Oberpfalz dem Herzog Maximilian als Austausch für Oberösterreich geben. Unzufriedenheit Maximilians, der die gesammten pfälzischen Länder erwerben will. Er verweigert die Uebernahme der Execution gegen die Oberpfalz. Der Kaiser sucht vergeblich den Herzog zu beschwichtigen. Kursachsens Meinung über die Angelegenheit der pfälzischen Kur und der damit verbundenen Länder. Der Kaiser will die Execution gegen die Oberpfalz selbst vornehmen. Maximilian lenkt ein und erbietet sich dazu gegen Entschädigung. Der Kaiser nimmt das Anerbieten an, aber will nur bedingungsweise Entschädigung leisten. Kurz fragt bei Maximilian an, wie sich der Kaiser der englischen Vermittlung gegenüber verhalten solle. Maximilian verwirft dieselbe. Seine Aeusserungen gegen Hohenzollern.
- III Kaiserliche Antwort auf Digby's Forderungen. Der Kaiser will nur bedingungsweise einen Waffenstillstand zugestehen. Pawel in Wien. Digby bei Otho Rathschlag des letzteren. Die kursächsische Antwort. Digby will abbrechen, da der Waffenstillstand abgelehnt wird. Man beschliesst in Wien die Meinung des Herzogs von Baiern bezüglich des Waffenstillstandes einzuholen. Endgiltige Antwort des Kaisers. Abreise Digby's.
- IV Rüstungen Mansfelds. Er lagert sich bei Weidhausen und fällt in Böhmen ein. Kämpfe mit Tilly. Einmarsch Maximilians in die Oberpfalz. Seine abweisliche Bescheid bezüglich des Waffenstillstandes. Verhandlungen mit Mansfeld. Digby stört dieselben. Mansfeld verlässt die Oberpfalz.

I

König Jakob hatte während der Vorgänge, die zur Auflösung der Union führten, sich dem Glauben hingegeben, dass

Sendung Digby's einen massgebenden Einfluss auf die Gestaltung der deutschen Verhältnisse üben werde. Die Unternehmung, die er seinem Schwiegersohne zu Theil werden liess, nicht für den Krieg, sondern für den Frieden berechnet und bestimmte er, dass die Summe von 20000 £, die er ihm ordnings zuschickte, wohl für die Truppen in der Pfalz aber auch zur Unterstützung derjenigen verwendet werden, die durch den Krieg besonders gelitten hatten.*) Er sprach auch ein neues Darlehen von 50000 £ bei dem Könige von Dänemark zu erwirken, das, wenn es zu Stande käme, dem pfalzgräflichen Ehepaar im Haag die nöthigen Mittel zum Lebensunterhalt liefern und die Bezahlung des rückständigen Darlehens ermöglichen konnte.**)

Zu grösseren Opfern wollte sich der Kaiser aber nicht entschliessen, da er nach Digby's Berichten erwartete, dass Erzherzog Albrecht und der König von Spanien keine Hilfe mehr leisten würden, falls dieser die Unternehmung seines Schwiegersohnes verweigern sollte. Da er aber selber im Geiste schon im friedlichen Besitz der Pfalz sahe, erlangte er von ihm, dass er nicht bloss für sich selbst sondern auch für seinen Sohn auf die böhmische Krone verzichten und überhaupt nichts thue, was den Friedensschluss verhindern könnte.***)

Friedrich hatte vor Empfang der Mittheilungen seines Schwiegersohnes den bei ihm schon in Prag beglaubigten englischen Agenten Nethersole nach England geschickt, um durch seine Interessen daselbst vertreten zu lassen. Durch diesen Agenten theilte er auch den Inhalt des mainzer Accords mit und machte den König darauf aufmerksam, dass die Union ihre Truppen entlassen werde; er verlangte deshalb nicht nur die nöthigen Geldmittel, um dieselben in seinen Sold nehmen und die Pfalz weiter vertheidigen zu können, sondern auch noch dazuden die Ausrüstung und Zusendung einer englischen Armee. Er wollte den Krieg nur zur Vertheidigung führen und auf die böhmische Krone verzichten, aber nur unter den Bedingungen

) Münchner StA. Jakob an Friedrich dd. 16./26. April 1621.

Engl. StA. Jakob an den Herzog von Zweibrücken dd. (?) April 1621.

Münchner StA. Jakob an Friedrich dd. 19./29. April. 1621.

die wir oben erörtert haben. *) Da Friedrich mittlerweile jenes friedenduftende Schreiben Jakobs erhalten hatte, so antwortete er, dass er gern bereit sei, seine friedfertigen Bemühungen zu fördern, wenn der Kaiser die Verfassung, die Religionsfreiheit und die Besitzverhältnisse in Böhmen nicht antaste, im übrigen überlasse er es der Entscheidung Jakobs, ob er mit Mansfeld und Bethlen eine weitere Verbindung unterhalten solle.

Der Pfalzgraf hatte Nethersole auch deshalb nach England geschickt, weil er den missliebigen Achatz von Dohna von dort hatte abberufen müssen und seine Stelle für den Augenblick von Niemanden besser versehen werden konnte, als von dem genannten Engländer, der seit länger als Jahresfrist die Interessen des pfalzgräflichen Paares mit allen seinen Sympathien unterstützte. Trotzdem hätte Jakob den Eröffnungen Nethersole's kaum ein geneigtes Ohr geliehen, wenn nicht mittlerweile der mainzer Accord durch die Union und den Herzog von Zweibrücken, also noch vor der Mittheilung durch Friedrich zu seinem Kenntniss gekommen wäre. **) Der König erkannte die gefährliche Seite des Vertrags, denn wie sehr er sich auch bemühen mochte, er fand nichts in dem Accord, was er zu Gunsten des Pfalzgrafen hätte deuten und was er als das Resultat der diplomatischen Gesandtschaft hätte begrüßen können. Der Accord besagte 1621 dürr und klar, dass die Union vom 14. Mai angefangen ihre Verbindung mit dem Pfalzgrafen lösen und denselben seinen Schicksale überlassen müsse. Welche Bedeutung auch immer Jakob seiner Persönlichkeit und seinem Einflusse beimass, er konnte sich nicht verhehlen, dass die Restitution seines Schwiegersohnes viel schwerer gelingen würde, wenn ihn seine deutschen Freunde verliessen; er war deshalb über die Union empört und bezeichnete es als einen Betrug, dass man durch Morton an ihm die Forderung um monatliche Unterstützung und um die Ausrüstung einer Armee gestellt hatte und nun in so verrätherischer Weise mit Spinola den Waffenstillstand schloss. Er wollte nicht zugeben, dass die Union sich bei ihrem Vorgehen mit der

*) Münchner StA. Memoire pour Mr. Nethersole dd. 12./22. April 1621.

**) Münchner StA. Der Herzog von Zweibrücken an Jakob dd. 9./13. April 1621.

lässigkeit entschuldigen könne, mit der er ihren Forderungen abgekommen sei. Er habe sein Möglichstes gethan, und sich gegen weitere Leistungen nicht gesträubt, aber ihre Forderungen habe er unmöglich in der kurzen Zeit erfüllen können, die sie ihm gegeben.*) In dieser Weise eiferte er in dem Schreiben, das er an die Union abschickte, weil er fühlte, man werde ihn wegen des Vorwurf gegen ihn erheben, dass er den Abfall beschuldete. Thatsächlich säumten die Unionsfürsten mit dieser Anklage nicht: Anspach und Würtemberg sagten es ihm, der es hören wollte, dass Jakob durch sein Zaudern an dem Unheil schuld sei.**)

Als nun Nethersole bei Jakob eine Audienz verlangte und die Wünsche seines Schwiegersohnes, namentlich wegen Uebernahme des Unionsheeres in seinen Sold vortrug, hatte der König nicht den Muth in seiner brüskten Weise dieses Bitten abzulehnen, obwohl dessen Erfüllung ihn in einen Krieg mit den Habsburgern verwickeln konnte. Er hörte die Mittheilungen und Bitten ruhig an, erklärte nach einer langen Bedenkzeit, dass er die Sache weiter erwägen wolle und gab demgemäß in der That einigen Mitgliedern seines Geheimrathes zur Gutachtung.***) Die wohlwollende Stimmung verflüchtigte sich aber in den folgenden Tagen, denn in der Antwort, die er dem Schwiegersohne zukommen liess, wollte er nichts von Uebernahme des Unionsheeres wissen und stützte seine Weigerung mit der Verpflichtung, die die Unionsfürsten eingegangen waren ihre Truppen zurückzuziehen und sonach nicht in die Pflichten des Pfalzgrafen übertreten zu lassen. Er riet demselben sich von der Verbindung mit Bethlen und mit Mansfeld ab und hielt ihm, allerdings mit Recht vor, dass er während des Waffenstillstandes keinen feindlichen Akt gegen den Kaiser vornehmen dürfe. Da Friedrich an seinen Schwiegervater abermals das sonderbare Verlangen gestellt hatte, dass er eine Entschädigung für die in Böhmen vergeudeten Schätze verlangen solle, so wies Jakob auch damit ab. Nur in den Punkten, deren Ge-

*) Münchner StA. Jakob an die Union dd. 2./12. Mai 1621.

**) Coll. Cam. Camerarius an den Grafen zu Solms dd. 3./13. Mai 1621.

*) Englisches StA. Nethersole an Carleton dd. 2./12. Mai 1621.

währung den König nichts kostete, zeigte er sich nachgiebiger so billigte er es, dass Friedrich den Kaiser nicht um Verzeihung bitten und sich nicht erniedrigen wolle, so war er auch erbötig, sich für den Bruder und für die Anhänger des Pfalzgrafen in Deutschland und Böhmen zu verwenden, damit sie alle straflos ausgingen, und endlich wollte er sich an die Könige von Frankreich und Dänemark wenden und ihre guten Dienste für Friedrich in Anspruch nehmen.*) Seinem Schwiegersohn versüsste er den im ganzen abweislichen Bescheid durch einen Brief, in dem er ihn seiner innigsten Theilnahme und seines treuesten Schutzes versicherte und ihn für den Abfall der Union damit tröstete, dass er fortan eine sichere Hilfe an Gott und an ihm finden werde. Der Eindruck dieses Schreibens wurde noch dadurch erhöht, dass Jakob die Uebersendung von 20000 £ als Theilzahlung auf das dänische Anlehen in sichere Aussicht stellte.***) Der wichtigste Beschluss, den der König fasste, war jedoch der, dass er den Lord Digby nicht nach Madrid, sondern nach Wien schicken wollte, um an der entscheidenden Stelle die Restitution seines Schwiegersohnes zu betreiben. Ein kleiner in diesen Tagen erlangter Erfolg bestärkte ihn in seiner Zuversicht. Spinola kam dem bei dem Abschluss des mainzer Accords gegebenen Versprechen nach und antwortete ihm auf seine Bitte um Verlängerung des Waffenstillstandes, dass er denselben aus Rücksicht für ihn nicht bloss bis zum 12. sondern bis zum 30. Juni verlängern wolle,***) um seinen Friedensverhandlungen mehr Zeit und Gelegenheit zu gönnen.

Zum Verständniss der von Jakob eingeleiteten Verhandlungen wird es gut sein, wenn man sich die neue Phase, die in den Forderungen und Anerbietungen des Kaisers und des Pfalzgrafen um die Mitte des J. 1621 zu Tage trat, vergegenwärtigt. Auf kaiserlicher Seite verlangte man, dass Friedrich es als eine

*) Münchener StA. Propositions faites de bouche à S. M. de la Grande Bretagne. Responses de S. M. aux dites propositions dd. 7./17. Mai 1621. — Englisches StA. Nethersole an Carleton dd. 4./14. und 8./18. Mai 1621.

**) Engl. StA. Jakob an Friedrich dd. 13./23. Mai 1621.

***) Englisches StA. Spinola an Jakob dd. 14./24. Mai 1621.

de ansehe, was und wie viel man ihm von seinen frühern
 eden und seinem Besitz wieder zuerkennen würde, dass er
 diese Gnade von allen feindlichen Bündnissen ablasse, den
 en Mansfeld nicht mehr unterstütze und den Kaiser um
 theilung anflehe. Wenn der Pfalzgraf sich diesen Bedingungen
 gt hätte, so würde man ihm einen Theil seines Besitzes ohne
 Kur zurückgegeben haben.

Der Pfalzgraf dagegen wollte zwar auf die böhmische Krone
 ichten, aber dieses nicht offen und ehrlich thun, da er
 gleiche Verzichtleistung für seinen Sohn ablehnte, um dem-
 en für spätere Zeiten einige Ansprüche zu wahren; nur im
 ersten Falle war er erbötig, diese Hoffnung aufzugeben.
 ei stellte er die Bedingung, dass er in seinen erblichen
 den und Besitzungen nicht geschmälert, dass eine allge-
 e Amnestie seinen Bundesgenossen und den Einwohnern
 böhmischen Länder ertheilt und dass diese in dem Be-
 trniss ihrer Religion nicht beeinträchtigt würden. So lange
 Bedingungen und wenigstens die bezüglich seiner völligen
 itution nicht erfüllt waren, wollte er von der Verbindung
 Mansfeld, Bethlen, den Holländern und sonstigen Freunden
 t ablassen und um keinen Preis sein Schicksal dem Belieben
 Kaisers anheim geben, sondern nur nach vorheriger Unter-
 llung sich unterwerfen. Auch wegen der Annahme der bö-
 hen Krone wollte er keine Abbitte leisten, denn er behauptete,
 der Streit in Böhmen kein Streit zwischen dem Kaiser und
 als Kurfürsten des Reiches, also zwischen Herrn und Unter-
 , sondern ein Streit zwischen dem Pfalzgrafen und dem
 ige von Böhmen, also zwischen zwei gleichgestellten Fürsten
 und dass der Sieger dem Besiegten keine Demüthigung auf-
 legen das Recht habe.*)

Gegenüber diesen beiderseitigen Forderungen nahm Jakob
 vermittelnde Stellung ein. Nach der von ihm entworfenen
 ction sollte Digby den Kaiser um die Restitution des
 tgrafen und seiner Anhänger im Reich und in Böhmen er-
 en und dafür nicht bloss die Verzichtleistung des Pfalz-
 en und seines Sohnes auf die böhmische Krone, sondern

Coll. Cam. Camerariana an den Grafen zu Solms dd. 17./27. Mai 1621.
 indely, Der pfälzische Krieg.

auch dessen treue Freundschaft für die Zukunft anbieten und jede auch materielle Genugthuung versprechen, die ihn nicht entehren würde. Wenn Digby mit seinen Anerbietungen und Forderungen abgewiesen würde, so sollte er von Wien abreisen und seine Schritte nach Spanien lenken und den König Philipp IV (da Philipp III mittlerweile gestorben war) ersuchen, dass er seinen Einfluss zu Gunsten des Pfalzgrafen verwenden möge, und falls man ihn auch da mit Ausflüchten abspeisen würde, so solle er nach England zurückkehren, wo der König dann seine weiteren Entscheidungen treffen werde.*) Jakob glaubte aber nicht an das Misslingen seiner Vermittlung und aus diesem Grunde beauftragte er den Lord, sobald er nach Spanien kommen würde, die Heiratsverhandlungen zwischen dem Prinzen von Wales und der Infantin zum Abschlusse zu bringen, er theilte ihm auch detaillirte Aufträge über die Mitgift, die er fordern solle und über die Art und Weise, wie ihre Bezahlung zu geschehen habe, bestimmte, wer für die Infantin die Kosten der Reise nach England bestreiten solle, setzte für sie die Jahresrevenue als Prinzessin von Wales und als Königin von England fest**) und bezeugte damit deutlich, wie sehr ihm dieser Gegenstand am Herzen lag und wie er von dem Zustandekommen dieser Heirat die Lösung der pfälzischen Schwierigkeit erwartete.

Für Jakob bot sich übrigens um dieselbe Zeit noch eine Gelegenheit dar, schneller und nachhaltiger zum Ziele zu gelangen, als es durch die angedeuteten Verhandlungen möglich war. Das Parlament hatte ihm gleich nach seinem Zusammentritt beträchtliche Summen zur Verfügung gestellt und sich erboten noch mehr herzugeben, wenn Jakob die bewilligten Gelder für seinen Schwiegersohn verwenden wollte. Das Haus der Gemeinen vernahm es ungern, dass er noch immer auf den friedlichen Ausgleich beharre, von seinem Heiratsprojekt nicht ablasse und so die Sympathien der Engländer für seine Tochter

*) Engl. StA. Instruction für Digby dd. 25. Mai 1621.
4. Juni

**) Engl. StA. Instruction für Digby bezüglich der spanischen Heirat dd. 23. Mai 1621.
2. Juni

sich weise. Unmittelbar vor Schluss der Session entschlossen die Gemeinen zu einer feierlichen Kundgebung. Sie er-
 ten, dass sie mit der Lage des pfalzgräflichen Ehepaares
 seiner Anhänger und Glaubensgenossen das innigste Mitleid
 ten und dass, wenn es dem König nicht gelingen sollte,
 n auf dem Wege der Verhandlungen zu ihrem Besitz zu
 helfen, sie bereit seien, ihren letzten Heller und ihr Leben
 zugeben, um mit dem Schwerte zu erreichen, was in fried-
 er Weise nicht erlangt werden konnte. *) Diese Erklärung
 von den Gemeinen nicht bloss zum Schein abgegeben
 den, sie meinten es ernstlich und waren bereit, ihr nachzu-
 imen und wenn Jakob sie beim Worte genommen und ebenso
 tlich für seinen Schwiegersohn eingestanden wäre, so ist
 t zu bezweifeln, dass er Spanien und den Kaiser zur
 hgiebigkeit und zur Restitution bewogen hätte, da sich
 Norddeutschland angeschlossen und das englische Geld hin-
 hend starke Armeen unter die Fahnen gerufen hätte. Ob
 it den Böhmen und Oesterreichern eine Erleichterung zu
 il geworden, ob überhaupt dadurch der Krieg der beiden
 übensparteien in Deutschland verhütet und nicht bloss ver-
 üben worden wäre, sind andere Fragen, bezüglich welcher
 Verneinung sehr nahe liegt. Jakob legte aber wenig Ge-
 ht auf die Versprechungen seines Parlaments: nicht durch
 valt, sondern durch seine unübertreffliche Weisheit wollte er
 i Ziele gelangen.

Da also nach seinem Beschlusse die Friedensverhandlungen
 neuem beginnen sollten, so beriet sich der Pfalzgraf mit
 en Räthen endgiltig über die Bedingungen, unter denen er

Münchener StA. Nethersole an Achatz von Dohna dd. 5./15. Juni 1621.
 Nethersole schickte eine Abschrift der Declaration der Gemeinen an Dohna,
 die in franz. Uebersetzung also lautet: das Haus der Gemeinen erklärt
 solennellement, que s'il advient que le sincere devoir, que S. M. fait de
 procurer par traité leur paix et saufveté, ne reussit en aussi bon effet,
 qu'on s'est promis et qu'on attend, qu'alors à la premiere signification
 du plaisir de S. M. en parlement ils seront prest de l'assister jusques
 au dernier point de leur pouvoir ensemble avec leurs vies et fortunes
 de telle sorte, qu'avec l'aide de Dieu tout-puissant il puisse estre ca-
 pable d'effectuer avec son espée ce que par voye de paix ne pourra
 estre obtenu.

sich mit dem Kaiser vergleichen wollte und forderte auch zu diesem Zwecke von einigen befreundeten Fürsten Gutachten ab. Auf seinen Wunsch reiste der Herzog von Zweibrücken mit Camerarius zu dem Landgrafen Ludwig, um ihn in dieser Beziehung auszuholen. Der Landgraf erklärte rundweg, dass ohne vorhergehende Abbitte und Unterwerfung unter den Anspruch des Kaisers keine Aussöhnung zu hoffen sei und dass der Pfalzgraf dies ja schnell thun möge, wenn die Kämpfe nicht verloren gehen solle. *) — Ebenso unternahm in Folge eines pfälzischen Auftrags der in den weiteren diplomatischen Verhandlungen viel beschäftigte Rustorf eine Reise zu den Markgrafen von Baden und Anspach und zu dem Herzoge von Württemberg. Alle drei Fürsten rieten zum Frieden und sowohl zur unbedingten Verzichtleistung auf die böhmische Herrschaft, der eine, der Markgraf von Baden, war jedoch der Meinung, dass sich Friedrich der ihm zugemutheten Abbitte vor dem Kaiser nicht unterziehen dürfe, wenigstens widerriet dies entschieden sein Kanzler. Der Markgraf von Anspach wollte ebenfalls nichts von einer Abbitte wissen, aber er meinte doch, dass es nicht ohne eine gewisse Genugthuung abgehen könne und ob diese in Geld bestehen solle, zu dessen Zahlung sich der Pfalzgraf verstehen müsste oder in der Abtretung eines Theils seiner Länder, das bleibe dahingestellt. Er (der Markgraf) trat zu dem Versuche, dem Kaiser die Unterhaltung eines Regiments im Kriege gegen die Türken anzubieten, vielleicht würde derselbe mit dieser Genugthuung begnügen. Der Herzog von Württemberg meinte, der Pfalzgraf solle sich vor der Abbitte nicht so sehr fürchten, der Kaiser werde das äusserste nicht verlangen (d. h. ihm eine Demüthigung ersparen), er sei ein sanfter Herr, dessen Herz jeder gewinne, der mit ihm in Verkehr trete. Auch messe Ferdinand dem Pfalzgrafen die geringere Schuld bei, für den Hauptschuldigen halte er den Fürsten von Anhalt. **)

*) Münchner StA. Der Herzog von Zweibrücken an Friedrich dd. 17. Mai 1621. — Sächs. StA. Landgraf Ludwigs Schreiben dd. $\frac{28. \text{Mai}}{7. \text{Juni}} 1621$.

**) Relation Rustorfs dd. 5., 15. Juni 1621. Münchner StA.

Man sieht, keiner von den dem Pfalzgrafen mehr oder weniger befreundeten Fürsten dachte nur entfernt daran, dass er selbst vom Kaiser mehr erlangen könnte als seinen früheren Besitz, anders aber dachte Friedrich über seine Verhältnisse und Aussichten. Ohne die gewünschten Gutachten, namentlich durch Rustorf eingeholten zu erwarten und zu würdigen, ließ er nach mancherlei Berathungen, bei denen der Graf von Solms und Achatz von Dohna vielleicht auch die Pfalzgrafen das Wort geführt haben mögen, über die Bedingungen einlässig, auf Grund deren er sich an den von seinem Schwiegervater eingeleiteten Friedensverhandlungen betheiligen wollte. Er wünschte, dass zu denselben neben England und Dänemark auch Schweden und die Herzoge von Braunschweig und Lüneburg gezogen würden und dass der mit dem Kaiser abzuschliessende Vertrag aus zwei Theilen bestehen solle, einem zu veröffentlichen und einem geheimen. In dem ersteren sollte er in seinen Ehren und Würden und in seinen Besitz restituirt und die Restitution sich ausnahmslos auf alle seine Rätthe, Diener und Offiziere beziehen. Dafür war er erbötig auf die böhmische Krone für sich und seinen Sohn zu verzichten, aber er wollte weder zu einer Abbitte noch zu einem Bündniss mit dem Kaiser Oesterreich entschliessen. Der geheime Theil des Vertrags enthielt, dass Friedrich dem Kaiser gegenüber besondere Vorrechte in Anspruch nahm und dass er noch immer die tolle Ansicht beharrte, als ob Ferdinand zu einem Schadenersatz an ihn verpflichtet sei. Er verlangte nämlich, dass sich Spanien zur Zahlung einer jährlichen Pension an ihn und an seinen Sohn verpflichte: an ihn, weil er für seinen Sohn auf die böhmische Krone verzichte, und an seinen Sohn, damit dieser später die Restitutionsleistung als zu recht bestehend anerkenne. Auch sollte der Kaiser sich und seine Erben verpflichten, bei allen künftigen Gelegenheiten das Wohl des pfälzischen Kurhauses zu fördern. Das Bündniss und die Dienstbarkeit zu Gunsten der Habsburger sollte der Pfalzgraf ab, aber er nahm keinen Anstand diesem Bündniss die Dienstbarkeit zu seinen Gunsten aufzubürden.*)

*) Coll. Camer. Erwägungen der pfälzischen Geheimrätthe. Memorial für Andreas Pawel dd. 2./12. Juni 1621.

Diese und andere Bedingungen, die wir zum Theil bereits mitgetheilt haben und die sich auf die Anwerbung eines Heeres für die Pfalz, auf die Unterstützung Mansfelds und auf das Bündniß mit Bethlen bezogen, sollte der pfälzische Rath Andreas Pawel dem König Jakob mundgerecht machen, damit dieser sie zu den seinigen mache und ihre Gewährung durch Digby betreibe. Er reiste deshalb nach England ab und kam am 21. Juni 1621 in Greenwich an, wo der Hof gerade residierte. Als er vom Könige zur Audienz vorgelassen wurde, bezog sich die Unterhaltung zunächst auf Lord Digby, der von Brüssel nach England zurückgekehrt war, daselbst die letzten Weisungen erhalten und die Reise nach Wien bereits angetreten hatte und dem Pawel später nachreisen sollte. Der pfälzische Gesandte suchte durch das Gespräch auf diejenigen Punkte zu bringen, für die er die Zustimmung in England nachsuchen sollte und berührte zunächst den wegen der Abbitte, die zu leisten der Pfalzgraf sich weigerte. Jakob war mit dieser Weigerung einverstanden. „Mein Gott“, so rief er aus, „was denkt mein Tochtermann, glaubt er, daß ich einen Frieden machen will, der ihm Spott und Schand eintrage: eher wollte ich mit ihm zu Grunde gehen. ... Ich habe keine solche Gewalt in meinem Land und über meine Unterthanen, wie sie der Kaiser über so viele vornehme Könige, Fürsten und Fürsten jetzt beansprucht“. Pawel verlangte durch die Auszahlung weiterer 30000 Pfund für den Pfalzgrafen, damit dieser das nöthige Geld für die Truppen in der Pfalz und für Mansfeld zur Verfügung habe, aber hier hatte die Freundlichkeit Jakobs ein Ende. Er klagte, dass er durch die steten Opfer die man von ihm verlange, zum Bettler werde, er bestehe nicht aus Gold und Silber, sondern aus Fleisch und Bein; wenn Gott selbst vom Himmel käme und ihm befehle mehr zu thun, so könnte er dies nicht. — Als die Sprache auf Bethlen kam, wollte Jakob nichts von dem Bündnisse mit ihm hören und beschuldigte ihn, dass er ein Türke, ein Giftmischer und ein treuloser Mann sei. Pawel hatte Mühe ihm eine bessere Meinung von Bethlen beizubringen und ihn von der Beschuldigung, dass er den Pfalzgrafen verlassen habe und mit dem Kaiser habe Frieden geschlossen wollen, rein zu waschen. Hiemit hatte die Audienz ein Ende.

wel wurde mit seinen sonstigen Anliegen an den Staatssekretär Calvert verwiesen.

Er folgte dieser Weisung und ging mit seinem Memoire an Calvert, der sich in die Lektüre desselben vertiefte. Einer der Punkte betraf Böhmen und die seinen Bewohnern zu ertheilende Amnestie. Man muss es zur Ehre des Pfalzgrafen stets wiederholen, dass er nie daran dachte, Böhmen der Rache der Kaiser preiszugeben, sondern dass er ebenso für die Amnestigung der Bewohner dieses Landes, wie für die eigene vorzuziehen suchte. Diese Fürsorge theilten die englischen Staatsmänner nicht, Calvert erklärte, dass man die Friedensverhandlung nicht daran scheitern lassen dürfe, wenn der Kaiser „einige Personen“ in Böhmen von dem Pardon ausschliessen würde. Dass man sich in Wien mit der Absicht trug, die gesammte sitzende Klasse in Böhmen büssen zu lassen, davon hatte man allerdings in England keine Ahnung. Die Bitte um Auszahlung weiterer Geldsummen wies Calvert gleichfalls ab. *)

Man verhandelte nun im englischen Staatsrath eingehend über die verschiedenen Forderungen des Pfalzgrafen und die darauf gegebene Antwort, die ihm Jakob ertheilte, stand nicht im Einklang mit den sympathischen Aeusserungen, zu denen er sich Anfangs durch seinen Gesandten Pawel hinreissen liess, wohl aber entsprach sie den bisherigen auf den friedlichen Ausgleich hinzielenden Bestrebungen. Der König wollte nichts davon wissen, dass der Pfalzgraf seine Rüstungen in der Pfalz anstelle, er solle damit warten, bis er von Digby etwa ein ungünstiger Bericht über seine Verhandlungen eingelaufen sein würde. Ebensovienig gefiel ihm das Verhältniss mit Bethlen und deshalb wies er die Bemerkung Friedrichs, dass der Fürst von Siebenbürgen, im Falle man sich nicht um ihn kümmern werde, nach der böhmischen Krone zu verlangen würde, als eine überflüssige Sorge zurück. Er verweigerte auch seine Zustimmung zu einem angriffsweisen Vorgehen in der Pfalz und verlangte, dass sich derselbe auf die Vertheidigung der Oberpfalz beschränke und nur dann zum Angriff übergehe, wenn er von Baiern angegriffen würde. Bezüglich der drei Plätze, die Friedrich in Böhmen besetzt hielt

*) Münchner St.A. Pawel an Friedrich von der Pfalz dd. 16./26. Juni 1621.

(damals wurden noch Tabor, Wittingau und Klingenberg für den Pfalzgrafen gehalten), riet er, sie freiwillig dem Kaiser zu übergeben und dabei nur die Bedingung zu stellen, dass die Bewohner dieser Orte weder an ihrem Leben und Vermögen noch in dem freien Bekenntnisse ihrer Religion geschädigt werden sollten. Weiter verlangte er, dass Friedrich die über ihn verhängte Acht als gültig anerkenne und sich in den kaiserlichen Ausspruch füge, doch versprach er ihm, dass dies für ihn keine üblen Folgen haben werde. Nur in zwei Punkten gesellte er sich seinen Ansichten bei: dass er bei der Aussöhnung mit dem Kaiser sich keinen demüthigenden Bedingungen unterziehen dürfe und dass die Aussöhnung sich auf alle seine Anhänger in Deutschland und Böhmen beziehen solle. — Friedrich hatte an seinen Schwiegervater auch die Bitte gerichtet, er möge für die Verlängerung des Waffenstillstandes in der Unterpfalz Sorge tragen und in dieser Beziehung beruhigte ihn Jakob, indem er ihm mittheilte, dass Spinola die Einhaltung desselben 1621 bis zum 30. Juni versprochen und ihn bezüglich der weiteren Verlängerung nach Wien gewiesen habe. Da könne nun der Pfalzgraf sicher sein, „er verspreche ihm, dass der Kaiser auf das Ansuchen Digby's zu einer allgemeinen Verlängerung des Waffenstillstandes binnen vierzehn Tagen seine Zustimmung geben werde.“*) Thatsächlich erfüllte Jakob seine Versprechungen noch vor dem Beginn der durch Digby anzubahrenden Verhandlungen insofern, als Spinola sich auf eine neuerliche 1621 zu einer weiteren Verlängerung bis zu Ende Juli bereit erklärte, obwohl er um diese Zeit überzeugende Beweise in den Händen hatte, dass Friedrich mit dem Markgrafen von Jägerndorf und mit Mansfeld im Bunde stehe und seine Beschuldigung namentlich in Bezug auf den Jägerndorfer mit Aktenstücken erhärten konnte. Indem Jakob seinem Schwiegersohne von der Verlängerung der Waffenruhe benachrichtigen liess, erneuerte er auch die Bitte, durch derartige unüberlegte Schritte den Erfolg

*) Münchener StA. Resolution Friedrichs auf das vom Hofrichter Andreas Pawel übergebene Memoire dd. 20./30. Juni 1621. Münchener StA. Jakob an Friedrich dd. ^{23. Juni} 3. Juli 1621. Vergl. auch damit das Schreiben Jakobs an den Prinzen von Oranien dd. ? Juni 1621.

Vermittlung nicht zu durchkreuzen.*) Von der Pen-
die Friedrich für sich und seinen Sohn von Spanien
te, war in Jakobs Schreiben keine Rede, vielleicht nahm
also im Haag im letzten Augenblick Anstand, die Forde-
zu stellen. Man sah aber deshalb noch immer nicht ein,
hörich und lächerlich sie sei, denn einige Tage später
hte der Pfalzgraf seinen Vetter, den Herzog von Zwei-
ken, dass er bei einer allfälligen Zusammenkunft mit Digby
mit dem Landgrafen Ludwig energisch für eine pekuniäre
schädigung zu seinen Gunsten eintrete, denn das sei nie
Absicht gewesen, dass er auf jeden Schadenersatz für die
enen Verluste verzichten sollte.**)

Lord Digby, dessen diplomatischem Talente für geraume
das schwierigste Geschäft übertragen war, sollte in Wien
vollen Glanze seiner Stellung auftreten und da es dazu
nigfacher Vorbereitungen bedurfte, so verzögerte sich seine
eise bis kurz vor Pawels Ankunft in Greenwich. Da
b fürchtete, dass der Kaiser mittlerweile nach Regensburg
isen und die Kur an Baiern übertragen könnte, schickte
och einen zweiten Gesandten ab, der sich auf seiner Reise
h Besuche nicht aufzuhalten brauchte und sonach rasch
kaiserlichen Hofe anlangen konnte und diesem Gesandten
er den Auftrag, bei Ferdinand dahin zu wirken, dass er
en Beschluss bezüglich des Pfalzgrafen fasse, bevor Lord
y bei ihm erschienen sei.***) Für diese Angst und für diese
elte Sendung hatte man wahrlich keinen Grund. Nichts
den damaligen Höfen ferner, als rasche Entschlüsse und
es Handeln und wenn man in Wien auch diesmal von der
ohnheit abgewichen wäre, so hingen sich wie ein Bleigewicht
deutschen Fürsten an und diese verzögerten jede rasche
egung. Wir werden darüber berichten, wie der Kurfürsten-
den der Kaiser im Mai 1621 zusammenberufen wollte, um

Engl. StA. Calvert an Carleton dd. 7./17. Juli 1621.

Münchener StA. Friedrich an den Herzog v. Zweibrücken dd. $\frac{29. \text{Juni}}{9. \text{Juli}}$ 1621.

Engl. StA. Calvert an Carleton dd. $\frac{26. \text{Mai}}{5. \text{Juni}}$ 1621. — Ebend. Digby

an Carleton dd. $\frac{28. \text{Mai}}{7. \text{Juni}}$ 1621.

auf ihm die Entscheidung über den Pfalzgrafen und seine Krone zu fällen, thatsächlich erst im November 1622 zusammentrat, er bedurfte einer 18monatlichen Schreiberei und eines andern Kriegsglücks bevor der Tag abgehalten werden konnte.

Digby reiste zunächst nach der Pfalz, wo er sich mit eigenen Augen von dem Stande der Dinge überzeugen wollte. Da Spinola nach Brüssel abgereist war und das Commando über die spanische Armee in die Hände des Don Gonzales de Cordoba niedergelegt hatte, verhandelte er mit diesem über die Verlängerung des Waffenstillstandes und erlangte von ihm das Versprechen, dass er nicht eher zum Angriffe übergehen werde als bis er einen neuen Befehl dazu erhalten haben würde. Waschen daraus, dass die Spanier eine stets weiter gehende Nachgiebigkeit bekundeten und jetzt sogar den Waffenstillstand auf unbestimmte Zeit verlängerten. Nachdem sich Digby mit dem Herzoge von Zweibrücken und mit den pfälzischen Räten besprochen hatte, reiste er nach Brüssel zurück, um auch da für eine längere Waffenruhe zu wirken.*) Auf der weiteren Reise erhielt er von seinem Kollegen im Haag, Carleton, die Anweisung, dass Friedrich an Mansfeld den Befehl habe ergehen lassen sich während der Verhandlungen Digby's ruhig zu verhalten. Die Waffen sollten also in der Ober- und Unterpfalz ruhig sein, dass Friedrich trotzdem den Markgrafen von Jägerndorf zum Angriffe gegen den Kaiser reizte und die Verbindung mit Bethlen unterhielt, wollen wir nur nebenbei bemerken.

Der englische Gesandte richtete darauf seine Schritte nach Nürnberg und von dort nach Regensburg, wo er den Boten, den Jakob eigens an Ferdinand mit den oben geschilderten Aufträgen abgeschickt hatte, auf dem Rückwege begriffen antraf. Er war dem Kaiser nach Steiermark nachgereist und hatte von diesem die Weisung für Digby erhalten, er möge nicht nach Wien

*) Englisches StA. Jakob an Spinola dd. ? Juni 1621. — Ebend. Digby an Spinola dd. 4./14. Juni 1621. — Ebend. Calvert an Carleton dd. 7. 17. Juni 1621. — Ebend. Digby an Calvert dd. 14./24. Juni 1621.

***) Ebend. Carleton an Digby dd. $\frac{21. \text{ Juni}}{1. \text{ Juli}}$ 1621. — Ebend. Friedrich an

Jakob dd. $\frac{22. \text{ Juni}}{2. \text{ Juli}}$ 1621.

nach Prag kommen, weil Ferdinand damals im Sinne diese Stadt zu besuchen.*) Der Lord glaubte jedoch diese Nachricht und setzte seine Reise nach Wien mit grösster Langsamkeit und mit vielen Unterbrechungen fort, so er erst am 14. Juli dort eintraf. Der Empfang, dessen er sich in Wien, wohin der Kaiser mittlerweile zurückgekehrt erfreute, war vielverheissend: man begegnete ihm mit Auszeichnung, bot ihm die Verpflegung auf kaiserliche Kosten an, überhäufte ihn mit Aufmerksamkeiten und Besuchen. Ferdinand selbst behandelte ihn in der zuvorkommendsten Weise, so er sich in der ersten Audienz, die er ihm schon den Tag seiner Ankunft ertheilte, mit ihm in ein eingehendes Gespräch ein, in dessen Verlaufe der Gesandte seinen Vermittlungsvorschlag erörterte. Er verlangte, dass eine allgemeine Ruhe während der gegenwärtig eingeleiteten Verhandlungen herrsche, der Pfalzgraf wieder in Gnaden aufgenommen und in seinen Besitz und seine Würden restituirt werde, und die Bürgschaft des Königs von England an, dass sich der Pfalzgraf zur schuldigen Ehrerbietung und zum schuldigen Gehorsam (ad debitam reverentiam et obedientiam) verstehen und billige Genugthuung leisten werde. Wenn wir von dieser dunklen Sprache den Schleier lüften, so wurde dem Kaiser nicht eine Abbitte von Seite des Pfalzgrafen, aber doch eine Erklärung, die einer Abbitte nahe kam, versprochen und Aussicht auf irgend eine Genugthuung eröffnet. Welcher die sein sollte, ob der Pfalzgraf mit dem Kaiser ein Bündnis wider die gemeinsamen Feinde abschliessen und auf seine Kosten einige Tausend Mann im kaiserlichen Dienste unterhalten oder sonst irgend ein Opfer bringen würde, darüber sprach sich Digby nicht aus, man ersieht aber, dass er auf keinen Fall für die Wünsche Friedrichs, wie sie dieser in der für ihn entworfenen Instruction niedergelegt hatte, eintreten wollte.***) — Der Kaiser nahm die Mittheilungen um so freund-

1621

15.
Juli
1621

Ebend. Digby an Calvert dd. $\frac{24. \text{ Juni}}{4. \text{ Juli}}$ 1621.

Sächs. StA. Propositiones Baronis Digby. — Engl. StA. Digby an Calvert dd. 11./21. Juli 1621. — Ebend. Digby to the Lords Commissioners

for the affairs of Germany dd. $\frac{26. \text{ Juli}}{5. \text{ August}}$ 1621.

licher entgegen, da der Gesandte auf das feierlichste versichert, dass Jakob an dem ganzen Streit keinen Theil gehabt, sondern sich stets neutral verhalten habe. Ferdinand schloss die Audienz mit dem Versprechen, dass er einige seiner Geheime mit der weiteren Verhandlung betrauen werde.

Am folgenden Tag fanden sich bei Digby der Graf von Meggau und Herr von Strahlendorf ein und drückten ihre Zufriedenheit damit aus, dass er zu einigen Anerbietungen (welche den Inhalt der Genugthuung ausmachen sollten) bevollmächtigt sei, während die Gesandten der Union und die des Königs von Dänemark für den Pfalzgrafen bloss gefordert, aber nichts geboten hätten. Auf weitere Detailfragen erstreckte sich das Gespräch nicht, da man auf kaiserlicher Seite vorerst mit sich selbst zu Rathe gehen musste, welche Stellung man zu den englischen Forderungen und Anerbietungen nehmen wolle. Von Digby's Ankunft war man entschlossen, dem in München im October 1619 abgeschlossenen Verträge nachzukommen, die die Krone an Maximilian zu übertragen und sich für die erlittenen Verluste an den Besitzungen des Pfalzgrafen schadlos zu halten und hatte, wie wir erzählen werden, Anfangs Juli den Herzog Maximilian zum Angriffe auf die Oberpfalz und den Marquis Spinola zur Kündigung des Waffenstillstandes aufgefordert. Hielt man an diesen Beschlüssen fest, so war man in Verlegenheit, welche Antwort man dem Gesandten geben solle, ohne die Endabsicht schon jetzt zu verrathen; änderte man aber an denselben so entstand die Frage, wie weit man den englischen Wünschen entsprechen solle. In diesem Zweifel wollte man eine definitive Antwort aufschieben und diesen Aufschub damit begründen, dass der Kaiser den Kurfürstentag auf den Monat August verlegt habe und dass er daselbst das Gutachten seiner Bundesgenossen, des Kurfürsten von Sachsen und des Herzogs von Baiern, einholen wolle, und sich erst dann über die pfälzischen Angelegenheiten entscheiden könne. Mittlerweile schickte man aber den Reichshofrath Kurz nach Baiern und den Burggrafen Hannibal von Dolna und Otto von Nostitz nach Sachsen ab und ersuchte beide Fürsten um ihre Meinung betreffs des Ausgleichs mit dem Pfalzgrafen. Dieser Schritt zeigt, dass man sich in Wien nicht absolut ablehnend gegen die englischen

nische verhielt, aber man wagte nicht, eine selbstständige Entscheidung zu fassen und wie die Dinge lagen, musste das Zischen des Herzogs von Baiern den Ausschlag geben.*)

In der Antwort, die der englische Gesandte am 18. Juli 1621

Meggau und Strahlendorf erhielt, wurde also die Entscheidung des Kaisers bis auf den Zusammentritt des Kurfürstentums verschoben und zugleich erklärt, dass eine gedeihliche baldige Lösung der Schwierigkeiten nur dann zu erwarten sei, wenn der Pfalzgraf schon jetzt seine Unterwürfigkeit vor dem Kaiser (oder vielmehr unter seinen Richterspruch) erkenne und wenn Digby angeben würde, worin die von ihm bestehende Genugthuung bestehen werde. Man wünschte zu wissen, ob sich Jakob für seinen Schwiegersohn zu wirklichen Leistungen, sei es in Geld oder Land, verpflichten wolle und war geschlossen, die Verhandlungen abzubrechen, falls dies nicht der Fall wäre.**)

Digby gab sich mit dieser Antwort nicht zufrieden. Er verlangte nicht, dass der Kaiser den Pfalzgrafen schon jetzt in den Besitz seiner Ehren und Länder setze, aber er sollte wenigstens die Geneigtheit dazu aussprechen, im Falle ihm eine entscheidende Genugthuung geleistet würde. Meggau und Strahlendorf blieben aber auf ihrer früheren Behauptung stehen, dass ein derartiges Versprechen nicht gegeben werden könne, solange der Kurfürstentum nicht zusammengetreten sei, denn in der Kaiser seine Entscheidung schon vordem getroffen habe, so sei derselbe eigentlich überflüssig. Vergeblich bemühte sich der Gesandte, ihnen eine andere Anschauung beizubringen, und nur als er mit dem Abbruche der Verhandlungen drohte — weil sie zu nichts führen würden, wenn der Kaiser nicht einmal seine Bereitwilligkeit zur Aussöhnung mit dem Pfalzgrafen erkläre, trotzdem man ihm bezüglich der Bedingungen freie Hand lasse — da erst stellten sie ihm eine Entscheidung in Aussicht. Digby entschuldigte sich in

Die betreffenden Zuschriften an Baiern und Sachsen im Wiener StA.

Sächs. StA. Propositiones Digby. — Responsum primum legato Anglico datum. — Lord Digby to the Lords Commissioners for the affairs of

Germany dd. $\frac{26. \text{ Juli}}{5. \text{ Aug.}}$ 1621. (Engl. StA.)

seinem Berichte nach Hause, dass er so scharf aufgetreten sei, er habe dadurch indirect hinter das Geheimniss der Verhandlungen zwischen Wien und München kommen wollen, dass wenn Ferdinand nicht wenigstens hypothetisch die Restituzion des Pfalzgrafen zugebe, so geschehe dies, weil er sich dafür ein Versprechen gegen Baiern bezüglich der Kurwürde gebunden habe.*)

Es verging nun der ganze Monat Juli, ohne dass von kaiserlicher Seite eine zweite Antwort erfolgt wäre und zwar aus dem Grunde, weil man das Gutachten Maximilians erwartete. Wenn sich derselbe mit Oberösterreich begnügen und auf die Kur verzichten, so würde der Kaiser den Pfalzgrafen vielleicht Gnaden aufgenommen haben, da ihm Bethlen und der Markgraf von Jägerndorf gerade jetzt schwere Sorgen bereiteten, Bapa sogar bei der Belagerung von Neuhäusel gefallen war, wofür seinem Heere ein bewährter Führer abging und die Gefahren sich steigern mussten, wenn England die norddeutschen Fürsten mit Geld unterstützte und zum Angriffe reizte. Zu Ende Juli 1621 lief endlich diese Antwort ein und sie entschied über den Entschluss des Kaisers.

II

Um die Antwort zu verstehen, die Maximilian auf die ihm gestellte Frage gab, muss man den Inhalt der Verhandlungen 1621 kennen, die seit dem Monat Januar zwischen Wien und München bezüglich der pfälzischen Kur gepflogen wurden. Als der Kaiser damals über den Pfalzgrafen die Acht aussprechen wollte, verlangte er von dem Reichshofrath ein Gutachten, welches die juristische Seite der Frage erörtern sollte. Keiner von den Räthen bezweifelte die Berechtigung des Kaisers zur Verhängung der Acht, strittig war ihnen nur die Frage, ob man die pfälzischen Agnaten von der Succession ausschliessen dürfe, wenn der Pfalzgraf von Neuburg für sich die Kur auf Grund der 1621 Simultanbelehnung begehrte, im Falle nicht bloss die Seiten-

*) Engl. St.A. Digby an die Lords Commissioners dd. 26. Juli 1621.
5. Aug.

ern auch der Bruder des Winterkönigs von ihr ausgeschlossen sein sollten. Hauptsächlich politische Gründe lenkten die Entscheidung des Reichshofraths dahin, dass er dem Kaiser das Recht zur freien Vergebung der Kur ohne Rücksicht auf die dynastische Erbfolge und die Simultanbelehrung zusprach.*) Es ist nicht, als ob den Räthen der Vertrag von 1619 bekannt gewesen sei, der die Kur dem Herzog von Baiern zusicherte, meistens nahmen sie in ihrem Gutachten keine Rücksicht auf die Kur und rieten sogar dem Kaiser, dass er sich mit der Verleihung der Kur nicht beeilen solle, weil er dadurch seine Stellung erschweren würde.

Bei dieser Gelegenheit kam auch eine zweite Frage auf, deren Lösung der Reichsvicekanzler Ulm in einem eigenen Gutachten versuchte, die Frage nämlich, ob der Kaiser berechtigt sei, die kurfürstliche Dignität von dem Landbesitz zu trennen und die erstere ohne den letzteren zu übertragen. Er erklärte dies auf Grund der goldenen Bulle für nicht zulässig, aber er meinte, dass die Kur an der Oberpfalz haften sollte und sprach damit dem Kaiser die freie Disposition über die Oberpfalz zu. Offenbar war er von den Ansprüchen, die Spanien dieselbe erhob und durch Oñate nach der Schlacht auf dem weissen Berge hatte Ausdruck geben lassen, in Kenntniss und trug ihnen in seinem Gutachten Rechnung. Ebenso meinte er ihm das dem Herzog von Baiern gegebene Versprechen nicht entgegen gewesen sein, denn er riet nur, dass man sich vor der Vertragung der Kur an Maximilian der Zustimmung der Kur-

Die Reichshofräthe glaubten, dass der Kaiser zur freien Vergebung der Kur berechtigt sei und zwar auf Grund des Satzes der goldenen Bulle: *Si vero aliquem ex huiuscemodi principatibus ipsorum (nimirum electorum) imperio sacro vacare contingeret, tunc imperator seu rex Romanorum, qui pro tempore fuerit, de ipso providere debebit et poterit tamquam de re ad imperium legitime devoluta.* Nach ihrem Gutachten fiel die Kur dem Kaiser nicht bloss im Falle des Erlöschens des gesamten Stammes des betreffenden Kurfürsten, sondern auch im Falle der Aechtung anheim, welche Behauptung sie allerdings mit keiner Stelle der goldenen Bulle, sondern nur mit dem Vorgehen Karls V gegen Johann Friedrich von Sachsen begründen konnten. — Das Gutachten ist im wiener StA.

fürsten von Mainz und Sachsen versichere. *) Man sieht, es tauchten mancherlei schwierige Fragen auf, an die man bei Gelegenheit der Verhandlungen in München (im Oct. 1619) nicht gedacht hatte, jedenfalls scheint man damals nicht erwägen zu haben, was mit den pfälzischen Kurlanden geschehen sollte, wohl aus dem Grunde, weil man an eine so weitgehende Ausbeutung des Sieges nicht dachte. Mitten unter diesen Erwägungen verhängte der Kaiser am 29. Januar über den Pfalzgrafen die Acht und entsprach so dem langgehegten Wunsch Maximilians, der nun nicht zweifelte, dass ihm die Kur übertragen werden würde.

Nachdem der Pfalzgraf von Neuburg schon vor Verhängung der Acht seine Ansprüche in Wien geltend gemacht hatte, ging er nach der Publication derselben einen Schritt weiter und suchte in kluger Würdigung der Verhältnisse die entgegenstehenden Schwierigkeiten dadurch zu beseitigen, dass er sich an Maximilian wandte und um seine Unterstützung bei dem Kaiser ersuchte. Der Herzog wies jedoch diese Bitte ab, indem er offen erklärte, dass auch er Ansprüche auf die Kur erheben würde und als der Pfalzgraf seine Bitte wiederholte, lautete die Antwort nicht anders und so standen sich fortan beide Bewerber als Nebenbuhler gegenüber. **)

Febr.
1621

In Wien hatte mittlerweile der Plan, wie man mit der Kur und den pfälzischen Ländern verfahren wolle, feste Form gewonnen. Der Kaiser wollte dem Erzherzog Albrecht in weiterer Folge dem Könige von Spanien die untere Pfalz überlassen, die Oberpfalz mit der Kur sollte der Herzog von Baiern unter der Bedingung erhalten, dass er die Eroberung derselben auf eigene Kosten durchführe und sobald er das Land erobert haben würde, Oberösterreich dem Kaiser zurückstellen und zwar ohne irgend einen Ersatz für die Kriegskosten des Jahres 1620 und unter Rückerstattung alles dessen, womit er sich mittlerweile in Oesterreich bezahlt gemacht hatte. Für den Fall als die Reichsstände die Ausstattung der Kur mit der blossen Oberpfalz für zu gering erachten würden, sollte Maximilian

*) Wiener StA. Gutachten Ulms.

**) Die Schriftstücke im münchener StA.

den Theil seiner ererbten Besitzungen mit der Oberpfalz und der Kur verbinden. Gegen den Erzherzog Albrecht sollte ausdrücklich auf die Unterpfalz verzichtet und sich mit dieser zur wechselseitigen Hilfeleistung verbinden, im Falle sie ihrer Erwerbung willen angegriffen würden. Er sollte auch die Pfalzgrafen von Neuburg von der Verfolgung seiner Ansprüche zurückhalten und eine angesehene Person zu dem Könige von Frankreich schicken, um diesen für die Uebertragung der Kur zu gewinnen. Da man hoffte, dass der Herzog auf alle diese Bedingungen eingehen und sich mit der Oberpfalz begnügen würde, also der zugemutheten Abtretung von Oberösterreich nicht ersetzen werde, so wollte man schon jetzt von ihm verlangen, dass er die Einkünfte aus dem Salzhandel und den Ertrag der Steuern, Mauten und Gefälle so wie die landesfürstlichen Renten und Zeughäuser dem Kaiser überlasse, so dass er endlich noch vor der Einnahme der Oberpfalz alle Vortheile seines österreichischen Besitz aufgeben sollte.*) Wenn man die Bedingungen erwägt, unter denen der Kaiser seinem Versprechen bezüglich der Kur nachkommen wollte, so kann man ihn nicht beschuldigen, dass er bloss seinen Vortheil suchte, er wollte nur so viel als möglich sich vor Schaden wahren. Denn da er die Ober- und Unterpfalz seinen Freunden gegen das Versprechen anbot, dass sie keine Ersatzansprüche auf ihre Hilfeleistung an ihn stellen möchten, so musste er doch doch einen Theil der Kriegskosten tragen, da er für die an Sachsen verpfändete Lausitz kein Aequivalent bieten konnte und sie verloren geben musste, wenn er sie nicht mit sechs Millionen einlöste, die der Kurfürst später für seine Dienste in Rechnung stellte.

Um dem Herzog die eben erörterten Bedingungen so annehmbar als möglich zu machen, schickte der Kaiser den Grafen von Hohenzollern nach München und gab ihm ein Schreiben mit, in dem er erklärte, dass er gewillt sei die Kur auf dem nächsten Kurfürstencollecte an Maximilian, seine Nachkommen und seine Brüder erblich zu übertragen, sobald eine Einigung über die Bedingungen zwischen ihnen erzielt sei. Im Falle

*) Instruction für den Grafen v. Hohenzollern dd. 2. März 1621. Wiener StA. Gindely, Der pfälzische Krieg.

Hohenzollern von dem Herzoge nicht die Verzichtleistung an das Salzgefälle erlangen könnte, sollte er ihn um ein Anlehen^o oder um die Erlaubniss ersuchen, dass sich der Kaiser auf die zu konfiscirenden oberösterreichischen Rebllengüter 20000 Gulden ausleihen dürfe.**)

Als Maximilian von dem kaiserlichen Gesandten die Mittheilungen erhalten hatte, fühlte er sich eben so getäuscht als gekränkt. Er hatte einen grösseren Lohn für die geleistete Dienste erwartet und nicht bloss die Ober-, sondern auch die Unterpfalz als Beute betrachtet. Nun sollte er auf die Unterpfalz und auf die Einkünfte aus Oberösterreich verzichten und auch dieses selbst aufgeben, bevor der durch die Eroberung begründete Besitzwechsel die allgemeine Anerkennung erlangt hatte. Dazu kam noch, dass man in Wien und in München einen ganz verschiedenen Massstab bei der Abschätzung der Oberpfalz anlegte. In Wien glaubte man, dass sie den Herzog nicht bloss für die Kosten der böhmischen Expedition, sondern auch für die bevorstehende gegen die Oberpfalz entscheidende Schlacht und ihm die Mittel in die Hand geben würde, um dem Kaiser, dem Kurfürsten und seiner Familie eine Alimentationsgebühr auszusprechen. Ja man zählte noch überdies auf einen solchen Ueberschuss der Einkünfte, dass man berechnete, er werde bei dem ganzen Handel zum mindesten eine Million Gulden gewinnen.***) München dagegen rechnete man, dass die Oberpfalz nicht ein Capital tragen würde, eine Annahme, die, wenn sie auch richtig gewesen wäre, was sie nicht war, nicht ausschlaggebend sein konnte, da der Besitz eines Fürstenthums in anderer Weise bewerthet werden muss und nicht mit einer, wenn auch noch hohen Geldsumme in gleiche Linie gestellt werden kann.

Der Herzog nahm also die Mittheilungen der kaiserlichen Gesandten mit dem grössten Missbehagen auf: er hätte nicht geglaubt, so gedacht, so erklärte er in vertrauten Kreisen, dass der Kaiser seinem Versprechen so schlecht nachkommen und die Ueber-

*) Wiener StA. Nebeninstruction für Hohenzollern dd. 2. März 1621. Ebend. Ferd. an Max. dd. 2. März 1621.

**) Wiener StA. Die geheimen Rätze an Ferd. dd. 19. März 1621.

***) Wiener StA. Hohenzollern an Ferd. dd. 10. April 1621.

ung der Kur an so schwere Bedingungen knüpfen würde. Den am 2. April liess er dem Grafen von Hohenzollern eine Antwort in Bezug auf die Oesterreich betreffenden Forderungen kommen, in der er rundweg die Ueberlassung des aus dem Handel fliessenden Einkommens und sonstiger Steuererträge ablehnte und überhaupt nichts an dem Octobervertrage adert wissen wollte und damit selbstverständlich den Tausch an die Oberpfalz ablehnte.*) Eine Woche später schickte dem Grafen eine zweite Erklärung zu, in der er sich darüber erzwerte, dass der Kaiser die Uebertragung der Kur jetzt Bedingungen knüpfte, während er sie ihm ohne „einige Conditionen, Limitation und Restriction“ zugesagt habe. Er wollte er auf die Unterpfalz verzichten noch die Verpflichtung nehmen, den Erzherzog Albrecht oder seinen etwaigen Inhaber, den König von Spanien, im Besitz derselben gegen feindliche Angriffe zu vertheidigen. Endlich gab er noch eine dritte Erklärung ab, in der er die Uebernahme der Execution an die Oberpfalz ablehnte. Auch davon wollte er nichts wissen, dass er den Pfalzgrafen von Neuburg um die Zustimmung zur Uebertragung der Kur ersuchen solle, nur bei Frankreich wollte er die gewünschten Schritte machen. Das Ansuchen des Kaisers, im Falle der Tausch Oberösterreichs gegen die Oberpfalz nicht vor sich ginge, 200000 Gulden auf die daselbst confiscirenden Güter aufnehmen zu dürfen, wies er zwar ab, machte aber seine Zustimmung von weiteren Verhandlungen abhängig.***) — Für seine abweisliche Haltung und namentlich für die Ablehnung der Execution in der Oberpfalz gab er mancherlei Gründe an: er fand mit einemmale, dass der zu Ulm (1620) abgeschlossene Vertrag den Angriff verbot, auch fürchtete er sich jetzt vor der Coalition, die sich zur Vertheidigung der pfalzgräflichen Interessen bilden würde vor den Schaaren Mansfelds, der sich in der Oberpfalz stark machen könnte.***). Der Graf von Hohenzollern gab aber in

Wiener StA. Antwort Maximilians dem kais. Gesandten gegeben dd. 2. April 1621.

Wiener StA. Graf Hohenzollern an Ferd. dd. 23. April 1621.

Wiener StA. Zwei Antworten Maximilians dem Grafen Hohenzollern gegeben, beide dd. 9. April 1621.

seinem Berichte an den Kaiser als den wahren Grund der ablehnenden Haltung Maximilians nur den geringen Werth an, den man in München der Oberpfalz beilege und meinte, es werde wohl nichts anderes übrig bleiben, als dass der Kaiser die Execution selbst durchführe und so die Kosten derselben trage und sich dann mit dem Herzog in neue Verhandlungen bezüglich des Tausches einlasse.*)

Als Ferdinand von den Einwürfen und Bedenken des Herzogs in Kenntniss gesetzt wurde, bemühte er sich auf die eifrigste dieselben zu wiederlegen, da er das gute Einvernehmen mit ihm um keinen Preis gefährden wollte. Vor allem wahrte er sich gegen den Vorwurf, dass er die Uebertragung der Kur an neue Bedingungen knüpfte: die von ihm gemachten Vorschläge, so wie die als nothwendig angesehene Berufung des Kurfürstenconventes zum Zwecke einer feierlichen Uebertragung der Kur seien in der Natur der Sache begründet und nicht als Bedingungen anzusehen, an denen sich Maximilian stossen dürfe. Den Herzog schon jetzt und ohne jede weitere Vorbereitung mit der Kur zu belehnen — wie das in den Wünschen Maximilians lag — sei nicht möglich. Auch bezüglich des Tausches von Oberösterreich gegen die Oberpfalz erklärte Ferdinand, dass es nie seine Meinung gewesen sei, dass der Herzog das Pfand aus der Hand geben solle, bevor er nicht im Besitz der Oberpfalz sei. Mit dieser nachträglichen und seiner ursprünglich gestellten Forderung jedenfalls nicht harmonisirenden Erläuterung entfernte er den Stein des Anstosses und ermöglichte damit ein gewisses Uebereinkommen mit seinen Vetter und Bundesgenossen. Er hoffte, dass derselbe sich zufrieden geben und die Durchführung der Execution gegen die Oberpfalz nicht aufschieben werde.**)

Diese Erläuterung trug zwar den Bedenken des Herzogs mancherlei Rechnung und beruhigte ihn namentlich bezüglich Oberösterreichs, befriedigte aber noch immer nicht seinen Wunsch

*) Wiener StA. Zwei Schreiben des Grafen von Hohenzollern an Ferdinand II beide dd. 10. April 1621.

***) Wiener StA. Ferd. an Hohenzollern dd. 23. April 1621. — Ferd. an Maximilian dd. 26. April 1621.

In dem Besitze der Unterpfalz. Als er dem Grafen von Hohen-
 ern eine endgiltige Antwort auf die ursprünglichen Forde-
 gen und die später eingebrachten Modificationen ertheilte,
 in er wohl seine früheren Vorwürfe zurück, als ob der
 ser die Ertheilung der Kur an willkürliche Bedingungen
 pfe und erkannte an, dass derselbe nicht schneller vorgehen
 me, sondern gewisse Vorfragen gelöst werden müssten, aber
 trat nun offen mit dem Anspruch auf die gesammten Kur-
 le auf, da sie nach der goldenen Bulle unlöslich mit der
 r verbunden seien; nur in dem Falle, wenn der Kaiser den
 zgrafen nicht ganz aus seinem Besitze vertreiben würde,
 lte er sich mit der Oberpfalz zufrieden geben und selbst
 diese verzichten, wenn dem Pfalzgrafen wegen massgebender
 cksichten sein ganzes Besitzthum zurückgegeben werden
 este. Er wollte sich dann mit der blossen Kur begnügen
 l sie mit dem Herzogthum Baiern als Kurland verbinden.
 r Sinn seiner Antwort ging also dahin, dass er auf die
 lzischen Länder wohl zu Gunsten des Pfalzgrafen, aber nicht
 Gunsten des Erzherzogs Albrecht verzichten wolle. Um den
 iser zu zwingen auf seine Wünsche einzugehen und ihm die
 zze Pfalz abzutreten, lehnte er die Uebnahme der Execution
 der Oberpfalz auch jetzt ab und vertröstete den Kaiser auf
 n Beschluss des künftigen Kurfürstentages. Auch seine Zustim-
 ang zur eventuellen Auswechslung Oberösterreichs gegen die
 ertpfalz lautete sehr vorsichtig, er wolle in den Tausch nur
 awilligen, wenn er im Besitze der Oberpfalz sei, er verzich-
 te aber auch dann noch nicht auf jeden Ersatz für die zu
 unsten des Kaisers verwendeten Geldsummen, sondern behielt
 ch die Abrechnung vor. Von den oberösterreichischen Ein-
 nften wollte er nichts ablassen, so lange die Interessen des
 a ihm verwendeten Kapitals gedeckt nicht seien; selbst in das
 rleben von 200000 Gulden, welches der Kaiser auf die zu
 afiscirenden Güter in Oberösterreich aufzunehmen wünschte,
 ligte er nicht ein, weil der Pfandschilling nur anwachsen
 d die Auslösung erschwert werden würde. Maximilian zeigte
 k als ein harter Gläubiger, aber gegenüber der Schleuder-
 tigkeit, die in der wiener Geldgebarung herrschte und die

16.
 Mai
 1621

um eines kleinen Gewinnes willen die Zukunft preisgab, war diese nachsichtslose Genauigkeit am Platze. *)

Man dürfte sich billig wundern, dass der Graf von Hohenzollern auf diese wenig entgegenkommende Antwort nicht sofort eine Replik ertheilte und dass er sich über das Vorgehen Maximilians, der den ihm mitgetheilten Plan bezüglich der Verschenkung der Unterpfalz an Erzherzog Albrecht mit keinem Worte berührte und sie für sich in Anspruch nahm, nicht missbilligend äusserte. In einem Schreiben über die Verhandlungen das er an den Kaiser richtete, löst er uns das Räthsel. Erzherzog Albrecht hatte nämlich die ihm zugedachte Vergrößerung abgelehnt, er zählte damals sein Leben nur nach Tagen, er durch Schmerzen aller Art gequält waren, und so wünschte nichts weniger als eine Erweiterung seiner Herrschaft, die seine Händen zu entschlüpfen im Begriffe war. Hohenzollern, dies erfahren hatte, nahm an, dass der Kaiser jetzt über die Unterpfalz frei verfügen könne und sie dem Herzog von Baiern gegen eine zu bestimmende Entschädigung überlassen werden. Aus diesem Grunde widersetzte er sich nicht den Ansprüchen Maximilians auf die gesammten Kurlande. **)

In Wien wie in München war man also auf alle Fälle entschlossen dem Pfalzgrafen die Kur wegzunehmen und nur über seine Besitzungen hatte man noch keine festen Bestimmungen getroffen. Was aber auch beschlossen werden mochte, jedenfalls musste man sich der Zustimmung Kursachsens versichern. 1621 Zu Ende April schickte der Kaiser deshalb seinen Bruder, den Erzherzog Karl, an den Kurfürsten und ersuchte ihn um sein persönliches Erscheinen auf dem zu berufenden Fürstentage, auf dem die Kur auf Maximilian übertragen werden sollte. Dabei liess er zugleich einfließen, dass er und Spanien sich durch die Besitzergreifung der Unterpfalz für den erlittenen Schaden entschädigen wollten. Gegen die erste Forderung erhob Johann Georg mancherlei Einwände; er wollte den Fürstentag verschoben wissen, damit sich auch der Kurfürst von Branden-

*) Wiener StA. Antwort Maximilians dem Grafen Hohenzollern gegeben dd. 16. Mai 1621.

**) Hohenzollern an den Kaiser dd. 20. Mai 1621. Wiener StA.

er, der damals wegen Uebernahme der polnischen Lehen in
 lassen weilte, an demselben betheiligen könnte. Bezüglich
 Uebertragung der Kur machte er jedoch keine Schwierig-
 en: „der Kaiser ist unser Herr, der hat zu schaffen,“ mit
 er Phrase, deren er sich gegen den Erzherzog bediente,
 ag er seine eigenen Bedenken nieder. Was er auf die
 deutete Besitzergreifung der unteren Pfalz antwortete, ist
 nicht bekannt, doch glauben wir nicht, dass seine Antwort
 immend lautete. *) — Freundlicher und weitgehender waren
 Zusicherungen des Kurfürsten gegen den bairischen Ge-
 ten Wensin, der aus gleichem Anlass zu ihm abgeschickt
 len war und fast gleichzeitig mit dem Erzherzog Karl in
 den weilte. **) Der Kurfürst und seine Rätthe erklärten
 dass der Kaiser zur Aechtung des Pfalzgrafen und zur
 ertragung der Kur, an wen er wolle, berechtigt sei, ja der
 fürst meinte sogar, dass der Kaiser dem Pfalzgrafen nicht
 die Kur, sondern auch die Oberpfalz wegnehmen könne
 nur die Unterpfalz den Kindern des Geächteten überlassen
 e. Als Wensin erstaunt über diese Mittheilung sich bei
 n Trinkgelage dahin äusserte, dass der Kurfürst es doch
 rn sehen würde, wenn die Katholiken die Majorität im
 üstlichen Collegium haben würden, bemerkte Johann Georg,
 dies ja bereits der Fall sei. Der kalvinische Pfalzgraf
 ihm so zuwider, dass er dessen voraussichtlichen Ersatz
 h einen Katholiken nicht besonders schwer empfand. Der
 s gegen diese protestantischen Dissidenten erreichte damals
 Dresden seinen Höhepunkt, Hoë gab dem Wunsche Aus-
 ek, dass auch Kurbrandenburg aus dem kurfürstlichen Colle-
 a entfernt werden möchte, damit man so alle Kalviner los
 le. ***) — Wenn man aber in München glaubte, dass die

Wiener StA. Bericht des Erzherzogs Karl. — Ebend. Responsiones ad
 objectiones, die bei Kursachsen geschehen möchten dd. 23. März 1621.
 Sächs. StA. Memorial für Wensin, was er bei Kursachsen vortragen soll.
 — Ebend. Kursachsen an Max. dd. 14./24. April 1621.

Wiener StA. Zweiter Brief Hohenzollerns an den Kaiser dd. 20. Mai 1621.
 Diese wichtige Mittheilung über Kursachsen lautet nach Hohenzollerns
 Bericht also: „Das andere Stück des Herrn Wensins geheimen Relation
 ist, dass man des Herrn Kurfürsten von Sachsen Meinung dahin ein-

Berichte aus Dresden den Kaiser zu weiterer Nachgiebigkeit bewegen würden, so täuschte man sich. Die Antwort, Maximilian dem Grafen von Hohenzollern ertheilt hatte, erreichte erst am 9. Juni 1621 in Wien. Ferdinand brach deshalb die Verhandlungen wegen der pfälzischen Besitzungen ab und erklärte, dass er nicht wissen könne, in welcher Weise er den verschiedenen den Pfalzgrafen vorgebrachten Fürbitten werde Rechnung zu geben müssen. Die endliche Entscheidung verschob er auf den nächsten bürgerlichen Fürstentag, den er auf den 20. August ausgeschrieben habe. *) Zehn Tage später ersuchte er den Herzog Maximilian um die Vornahme der Execution gegen die Oberpfalz, aber mit denjenigen Truppen, zu deren Erhaltung sich die Landgrafen von Augsburg verpflichtet habe. Der Kaiser wollte für die Kosten dieser Execution Niemandem, auch nicht dem Herzoge für die auf ihn entfallende Truppencontingent Ersatz leisten, die künftige der Oberpfalz nur für sich verwenden und so bei weiteren Verhandlungen eine bessere Position einnehmen.

Bevor Maximilian diesen Bescheid erhielt, liess er von seinem Rathe Jocher ein Gutachten über die von ihm zu leitenden Schritte ertheilen. Aus demselben tritt klar hervor, wie sehr man damals in München den Angriff auf die Oberpfalz zu beeilen wünschte und wie ärgerlich man deshalb auf den Kaiser war, dass er die verlangten Zugeständnisse nicht machte. Jocher riet, dass man ohne weitere Umschweife in die Oberpfalz einfallen solle; er verbarg sich zwar nicht die Schw

„genommen und penetrirt habe, dass Ihre Kurf. Gnaden dafür
 „man sollte den Pfalzgrafen zu Straf die Kur und die obere Pfalz
 „aber die Unterpfalz seinen Kindern aus Gnaden wiederum geben
 „als der Herr Wensin bei der Occasion eines Trinkens gegen den
 „Fürsten in der Still gesagt, J. kf. Gnd. würden ungern sehen
 „dass die Katholischen Maiora in dem kurf. Collegio bekommen
 „hat der Kurfürst rund darauf geantwortet, dies hab bei ihm kein
 „denken, denn es hätten doch die Katholischen die Maiora vorhin
 „habe auch Dr. Hoö vermeldt, er wollte wünschen, dass man
 „Brandenburg diesergestalt auch tractiren könnte, damit die Calvin
 „gar aus dem kurfürstlichen Collegio exterminirt würden.“

*) Wiener St.A. Ferd. an Maximilian dd. 9. Juni 1621.

**) Wiener St.A. Ferd. an den Grafen von Hohenzollern (undatirt aber
 19. Juni 1621 angehörig.)

iten, denen dieser Angriff bei gleichzeitiger Waffenruhe in der Unterpfalz ausgesetzt sei, er gab zu, dass dadurch Dänemark und der niedersächsische Kreis aufs äusserste gereizt, Sachsen entfremdet und dass vielleicht sogar der Kaiser durch dieses rasche Vorgehen beleidigt werden könnte, aber er erklärte, dass man trotz alledem den Grafen Mansfeld in der Oberpfalz nicht länger ungestraft wirtschaften und die eigenen Rüstungen benützt lassen dürfe. Man müsse deshalb laut und wiederholt vor der Welt erklären, dass der Angriff nicht dem Pfalzgrafen sondern nur dem Grafen Mansfeld gelte, der zahlreiche Verstöße über die Grenzen der Oberpfalz unternahme, den Kaiser in Böhmen bedrohe und sich nicht an die Befehle seines Herrn halte, trotzdem ihm dieser jeden Angriff verboten habe. Diese Beschuldigungen gegen Mansfeld waren richtig und man würde vielleicht in Deutschland an die Aufrichtigkeit derselben geglaubt haben, wenn Maximilian das Gutachten Jochers auch in seinem weitesten Theile befolgt und ausdrücklich erklärt hätte, dass er das Executionsheer pünktlich bezahlen, nach der Auflösung der Mansfeldischen Armee keinen Platz in der Oberpfalz besetzt halten, sondern alles übrige der Entscheidung des Kurfürstentages überlassen würde, und wenn er später nach diesen Versicherungen vorgegangen wäre. Zu diesen Heucheleien wollte ich aber Maximilian nicht verstehen, er konnte nicht auf jedes Stückchen Boden feierlich verzichten, wenn er sich des ganzen Landes bemächtigen wollte und ebensowenig konnte er die Versicherung geben, dass die Execution der Oberpfalz keine Kosten verursachen werde, da er den Soldaten eigenmächtige Fouragierungen nicht verbieten, sondern höchstens das Brennen und massenhafte Plündern verwehren wollte. Da er sich der Oberpfalz bemächtigen wollte, musste er also trachten sich mit dem Kaiser auf irgend eine Weise zu einigen.

Vor Einleitung dieses Einigungsversuchs schickte der Herzog, eifrig wie er war, sich wenigstens einen Theil der ersehnten Vortheile zu sichern, seinen Kanzler Donnersberg nach Wien und verlangte durch diesen vom Kaiser die schriftliche Uebertragung der Kur, denn wenn auch diese heimliche Erfüllung des gegebenen Versprechens den Herzog nicht in den Stand setzte, von den Kurrechten Gebrauch zu machen, so wollte

er sich doch auf diese Weise gegen alle Eventualitäten sichern. Donnersberg musste längere Zeit auf Antwort warten, lernte inzwischen die ob der zähen Haltung Maximilians in Wien um sich greifende Missstimmung kennen und erfuhr auch einzelne Details über den auf Kosten der Liga durchzuführenden Angriff gegen die Oberpfalz und berichtete hierüber nach Hause. Maximilian wurde darüber sehr ärgerlich und sein Aerger verleitete ihn zu der ganz ungerechtfertigten Klage gegen den Freiherrn von Eggenberg, der damals seiner Gesundheit wegen in ein süddeutsches Bad reiste und bei dieser Gelegenheit in München berührte, dass ihm der Kaiser nur die uneinträglichen Aufgaben aufgebürdet habe, und sich selbst der Oberpfalz bemächtigen wolle,*) denn nur er selbst hatte diesen Entschluss herbeigeführt. Das sah er nun wohl ein, dass er die Execution nicht aufschieben dürfe, bis ihm der Kaiser die Unterpfalz zugesagt haben würde: er wollte nur dafür sorgen, dass man in Wien diese Unternehmung nicht auf die leichte Achsel nahm und seiner Hilfe eine geringere Bedeutung beimass. In seiner Antwort auf die Forderung des Kaisers, dass die Execution in dem ligistischen Volk durchgeführt werden solle, behauptete er, dass die damit verbundenen Gefahren so gross seien, dass sie nur durch die gleichzeitige Kündigung des Waffenstillstands in der Niederpfalz paralytisch werden könnten und deutete durch diese und andere Bemerkungen an, dass man die Zahl der gegen Mansfeld zu verwendenden Truppen möglichst verstärken müsse. Vor allem bekämpfte er aber die Absicht des Kaisers, die Dienste der Liga ohne jede weitere Bezahlung für sich in Anspruch zu nehmen: er erklärte, wenn ihm keine Entschädigung zu Theil werde, so müsse er seine weitere Betheiligung an den Kämpfen aufgeben, und stellte einen ähnlichen Beschluss auch von Seite der übrigen Mitglieder der Liga in Aussicht. Seine Andeutung, dass die Liga eine Entschädigung verlange, scheint der Wahrheit nicht entsprochen zu haben, thatsächlich erhob sie weder jetzt noch später ein solches Verlangen, da sie überzeugt sein musste, dass sie mit den Interessen des Kaisers auch ihre eigenen vertheidige, aber der Herzog fand es zweck-

*) Wiener StA. Eggenberg an Ferd. II dd. 28. Juni 1621.

sprechend, wenn in Wien durch seine Behauptungen ein
 wissiger Schrecken verbreitet würde.

Ueberzeugt, dass sich der Kaiser zu dem verlangten Ersatze
 beilassen werde, erörterte er gleichzeitig, in welcher Weise

Execution in der Oberpfalz vorgenommen werden könnte,
 so dass man den ulmer Vertrag verletze oder den Schein

Unversöhnlichkeit gegen den Pfalzgrafen auf sich lade.

Execution sollte allein gegen Mansfeld gerichtet scheinen:
 hat um die Oberpfalz anzugreifen, sondern um Böhmen zu
 stützen, müsse man ihn bekämpfen und dies in den Procla-
 mationen gehörig betonen. Man sieht, dass Maximilian den Rath-
 schlägen Jochers in dieser Beziehung Rechnung trug. Die Absicht

Herzogs gipfelte aber darin, dass die Execution in der Ober-
 pfalz nicht unter dem Commando eines kaiserlichen Generals
 mit Hilfe der ligistischen Truppen und ohne Beschwerung des
 kaiserlichen Staatsschatzes durchgeführt, sondern dass dieselbe
 unter seinem Commando gegen Ersatz der Kosten vorgenommen
 werden solle.*) Der bairische Kanzler suchte eine rasche Be-
 antwortung der Anträge seines Herrn dadurch herbeizuführen,
 dass er auf den Beschluss der Liga hinwies, die sich in Augs-
 burg nur für die Dauer von sechs Monaten zur Instandhaltung
 der Rüstungen verpflichtet habe und sonach mit dem Angriffe
 nicht bis zum Zusammentritt des auf Ende August berufenen
 Fürstentheils **) zögern könne.

Der Kaiser beantwortete zuerst das Gesuch um die schrift-
 liche Uebertragung der Kur; er meinte, dass dies dem Herzog
 nichts nützen würde, da er die Rechte der Kur erst nach ihrer
 kaiserlichen Uebertragung auszuüben berechtigt sei, diese aber
 nicht vorgenommen werden könne, um den Pfalzgrafen
 und seine Freunde nicht zu neuen Feindseligkeiten zu verleiten.
 Deshalb sei es besser, die Execution gegen die Oberpfalz zuerst
 durchzuführen und ihm damit einen Theil seiner Mittel abzu-
 schneiden. Da sicher zu erwarten stehe, dass der Pfalzgraf
 nicht zum Gehorsam bequem werden werde, so erscheine der

*) Wiener StA. Zwei Schreiben Maximilian's an Ferd. II dd. 28. Juni 1621.

— Ebenl. Jochers Gutachten.

**) Wiener StA. Anbringen der bairischen Gesandten, undatirt.

Angriff gegen ihn gerechtfertigt und später auch die Uebertragung der Kur.*)"

Die weitere Beantwortung der bairischen Wünsche und Anträge überliess Ferdinand dem Reichshofrath Reck, der mit dem Grafen von Hohenzollern in München zusammentraf und im Verein mit ihm dem Herzog noch einige Mittheilungen machen sollte. In diesen billigte der Kaiser den Einmarsch Maximilians in die Oberpfalz, übertrug ihm also die Durchführung der Execution und erklärte, dass er auch Spinola den Auftrag gegeben habe den Angriff wieder aufzunehmen. Mit seinen eigenen Truppen wollte er dieselbe jetzt nicht unterstützen, da Schlesien und Ungarn alle seine Kräfte in Anspruch nahmen. Zu einem Ersatz der Executionskosten war er dann erbötig, wenn dabei mehr als die in Augsburg bewilligten 15000 Mann verwendet würden,**) erst dann wollte er gestatten, dass Maximilian für die Mehrkosten einen Theil der Oberpfalz in Pfand behalten könne.***) In einem eigenen Briefe gab er seine Zustimmung dazu, dass der Feldzug unter dem Vorwand der Verfolgung Mansfelds und nicht als Execution gegen die Pfalzgrafen unternommen und auf diese Weise der ulmer Vertrag wenigstens formell nicht verletzt werde.

Reck reiste seinem Auftrage gemäss nach München, erfuhr aber in Alt-Oetting, dass Maximilian nach Straubing abgereist sei um daselbst die nöthigen Vorbereitungen für den Feldzug zu treffen, er reiste ihm dahin nach und entledigte sich seines Auftrages. Er fand eine gute Aufnahme, der Herzog erklärte sich bereit gegen die Oberpfalz vorzurücken, sprach aber trotz der gegentheiligen Entscheidung des Kaisers die Hoffnung aus, dass derselbe ihm alle seine Kriegskosten ersetzen und nicht verlangen werde, dass der Liga für ihre in Augsburg bewilligten 15000 Mann keine Entschädigung geleistet würde. Den Krieg in der Oberpfalz wollte er also ebenso in Rechnung stellen, wie den in Böhmen und verwarhte sich zugleich, dass ihm bei dem

*) Wiener StA. Kais. Antwort dem bairischen Gesandten gegeben d. 5. Juli 1621.

**) Kais. Instruction für die Gesandten an den Herzog Max. dd. 5. Juli 1621. Wiener StA.

***) Wiener StA. Ferd. an Max. dd. 6. Juli 1621.

Abrechnung die Contributionen, die die ligistischen Truppen Böhmen erhoben hatten, abgezogen würden, weil dieselben ihm, sondern den Soldaten zu Gute gekommen wären und sie durch allfällige Abzüge nicht erzürnen dürfe.*) Maximilian g hiebei nicht ehrlich vor, denn an Tilly hatte er den Auftrag erlassen, den Soldaten die Contributionen in Anrechnung bringen, während er dem Kaiser gegenüber das Gegentheil kauptete.**)

Wenn wir in wenigen Worten das Stadium andeuten sollten, welchem sich die Verhandlungen bezüglich der Kur und Kurlande im Monate Juli befanden, so würde es dahin 1621 ten, dass der Kaiser entschlossen war, dem Pfalzgrafen die Kur und seine Besitzungen zu entreissen und nur darüber noch im reinen war, wem er die letzteren zuwenden, ob er die weitgreifenden Ansprüchen Maximilians genügen oder den Interessen seines Hauses Rechnung tragen sollte. Ohne dass ein bestimmter Entschluss gefasst worden wäre, entschied sich der Kaiser für den Angriff auf die Oberpfalz und für die Kündigung des Waffenstillstandes in der Unterpfalz und fand hiebei die volle Zustimmung des Herzogs von Baiern.

Zwei Ereignisse bewirkten nun, dass die geplanten Massregeln nicht so glatt verliefen, wie man in Wien erwartete, und dass man noch im letzten Augenblicke zur ernstlichen Erörterung der Frage gezwungen wurde, ob man den Pfalzgrafen nicht in Gnaden aufnehmen sollte. Das eine war die Ankunft Egby's, der im Falle eines ungünstigen Bescheides mit der Freundschaft Jakobs drohte, das andere die schlimme Wendung, die der nach mancherlei Verhandlungen mit Bethlen wieder aufgenommene Kampf nahm. Wir werden hierüber berichten und bemerken nur, dass Buquoy gerade in diesen Tagen bei Neuhäusel fiel, und das kaiserliche Heer sich nach der Neuhäusel Schütt zurückziehen musste. Dies und das Auftreten Egby's machte die wiener Kreise ängstlich und diese Aengstlichkeit wurde erhöht, als auch der spanische Gesandte nicht

*) Münchner StA. Max an Tilly dd. 26. Juni 1621.

**) Wiener StA. Reck an den Kaiser dd. 18. Juli 1621. — Ebend. Maximilians Erklärung an den Herrn v. Reck abgegeben dd. 21. Juli 1621.

mit dem früheren Eifer gegen jede Aussöhnung mit dem Pfalzgrafen auftrat. Man fühlte sich plötzlich zur Nachgiebigkeit geneigt, durfte dies aber nicht offen aussprechen, so lange nicht der Herzog von Baiern seine Zustimmung gegeben hatte. Eben hatte man den Herrn von Reck mit den oben geschilderten Anerbietungen und Weisungen zu ihm geschickt und nun ordnete man den Reichshofrath Kurz an ihn ab und fragte ihn um Rath, wie man sich den Vermittlungsversuchen Jakobs gegenüber verhalten solle. Die Art und Weise, wie die Frage vorgelegt wurde, deutete fast an, als ob sich Ferdinand für die Restitution des Pfalzgrafen entschieden hätte, denn der Gesandte erklärte, dass sich der Kaiser wohl erinnere, was er dem Herzog bezüglich der Kur versprochen habe, nun stelle er es aber seinem Urtheil anheim, ob er das Versprechen einhalten könne. In Ungarn sei nach dem Tode Buquoy's die Gefahr im Wachsen, Holland werde sich der untern Pfalz annehmen, der „Jägerndorfer“ und Mansfelder“ stärkten sich täglich; Sachsen und andere Fürsten verlangten die Aussöhnung mit dem Pfalzgrafen. Da Spanien kaum genügende Hilfe leisten werde, so entstehe die Frage, ob Maximilian mit der Liga über hinreichende Mittel verfügen werde um die Kur, falls sie ihm übertragen würde, zu vertheidigen. Die Frage war so gestellt, dass man aus ihr die Angst des Kaisers und den Wunsch herauslas, der befragte möge auf das so heiss ersehnten Lohn im Interesse des Friedens Verzicht leisten.*)

Gewiss empfand der Herzog bei dieser Ansprache einen noch grösseren Aerger als bei jener Gelegenheit, wo ihm Hohenzollern den Tausch von Oberösterreich gegen die erst zu erobernde Oberpfalz anbot. Allein er durfte diesmal seinen Aerger nicht dadurch Luft machen, dass er auf den Kleinmuth in Wien oder auf die Nichteinhaltung des gegebenen Versprechens schimpfte, er musste seinen Groll herunterwürgen und nur darauf bedacht sein, wie er den Kaiser für die Zurückweisung Digby's gewinnen könnte, weil ihm sonst die ersehnte Kur zu entschlüpfen drohte. Zunächst lehnte er die Ertheilung jedweden Rathes ab: er wolle nicht in Deutschland als der Feind jedes Friedens

*) Vortrag des kais. Gesandten Kurz von Senftenau in Stranbing. Wiener 84.

beschrieben werden, wenn es bekannt würde, dass er sich gegen die Aussöhnung mit dem Pfalzgrafen erklärt habe. Aber dass der Rath nur darauf hinausging, zeigte er hinreichend im Laufe der weiteren Verhandlung, indem er zwar nur in indirekter, aber deshalb nur um so geschickter Weise den Kaiser zu einem schlagigen Bescheid an Digby zu veranlassen suchte. In seiner Antwort an Herrn von Kurz beschuldigte er nämlich den König von England der Heuchelei, wenn er behauptete, dass er den Pfalzgrafen in Böhmen nicht unterstützt habe und regte so den Verdacht bezüglich weiterer Treulosigkeiten an. Vor allem aber rief er den Stolz Ferdinands wachzurufen, indem er darauf hinwies, dass die Verhandlungen für den Pfalzgrafen von einem Seiten unternommen und dessen vollständige Restitution verlangt werde, während dieser selbst kein Zeichen der Reue an den Tag lege, keine Genugthuung anbiete, einen innigen Zusammenhang mit dem Mansfelder und Jägerndorfer unterhalte, in Böhmen wichtige Orte besetzt halte und den königlichen Titel führe. Alle Friedensverhandlungen seien nur auf Täuschung berechnet, man solle dem Kaiser die Waffen aus der Hand entwenden um ihn dann um so sicherer verderben zu können.*)

Da diese Erklärung den Wunsch nach Abbruch der Verhandlungen mit Jakob deutlich genug verriet, so verlangte Kurz zu wissen, wie der englische Gesandte abgefertiget werden solle und in welcher Weise der Herzog sich und den Kaiser gegen die auf sie einstürmenden Gefahren schützen wolle.**). Auf diese Frage meinte der Herzog, dass der letztere jede Aussage an England ablehnen könne, so lange er sich nicht bei seinen befreundeten Kurfürsten und Fürsten Raths erholt habe, so der Fürstentag nicht zusammengetreten sei. Den erneuerten Angriff auf die Unterpfalz und den beginnenden Krieg gegen die Oberpfalz solle er mit dem Vorgehen Mansfelds und des Markgrafen von Jägerndorf rechtfertigen, er solle sich nicht durch die Drohungen Digby's einschüchtern lassen, weder Holland noch Frankreich, noch andere Freunde des Pfalzgrafen würden

*) Antwort des Herzogs von Baiern an den kais. Gesandten, gegeben 23. Juli 1621. Wiener StA.

**) Ebend. Zuschrift des Herrn von Kurz an Maximilian.

so leicht losschlagen, die Türkei sei mit Polen in Krieg verwickelt und könne ihre Waffen nicht gegen den Kaiser kehren, dieser werde mit Bethlen und dem Jägerndorfer fertig werden, und mit dem Mansfelder stehe es ohnedies nicht zum besten. Auf Ferdinands Seite stünden die deutschen Katholiken, der Papst und mehrere italienische Fürsten, auch Spanien werde helfen. Zu dieser, dem Gesandten schriftlich überreichten Antwort fügte Maximilian in einer demselben ertheilten Audienz einige Worte zu, die, wenn sie dem Kaiser hinterbracht wurden, alles Zögern ein Ende machen mussten. Er erklärte, dass die Restitutions des Pfalzgrafen in seine Würde und seinen Besitz mit der Sicherheit der Katholiken unverträglich sei und versicherte, dass er in der Bekämpfung Mansfelds nicht ermüden werde. Er suchte jetzt seinem Vetter Muth einzuflössen, damit er nicht bei dem ersten Misserfolge auf alle Forderungen der Gegner eingehe. *)

Drei oder vier Tage nach der Verabschiedung des Reichshofraths Kurz traf der Graf von Hohenzollern in Straubing ein und gegen diesen als einen alten und guten Bekannten ließ Maximilian die letzte Zurückhaltung fallen. Er machte kein Hehl daraus, dass er nicht von der Kur ablassen wolle, dass er auf das vom Kaiser schriftlich und mündlich gegebene Versprechen baue und dass der Pfalzgraf nicht restituirt werden dürfe oder wenigstens nicht in der Weise, wie dies England verlange. **) Dabei verwahrte er sich gegen die Annahme, dass ob nur ein persönliches Interesse ihn zu diesem Rathschlage dränge: nur die Rücksicht auf das allgemeine Wohl leite ihn. — Wenn man billig sein will, so darf man diesem Grund vom Standpunkt Maximilians nicht die Berechtigung absprechen. Er hatte die Gefahr wohl erwogen, in der sich die deutschen Katholiken und namentlich die Bischöfe befanden, wenn der Pfalzgraf in Böhmen siegte, und er wollte ihn deshalb nicht in den Wiederbesitz seines Erbes gelangen lassen, da er sonst in ihm einen grimmigeren Feind befürchten musste als ehedem. Die deutschen Bischöfe verlangten vor Friedrichs Rache ge-

*) Wiener StA. Curtii replica et ducis ulterior resolutio, 24. Juli 1621.

**) Wiener StA. Resolution Maximilians an den Grafen Hohenzollern, etc. dd. 29. Juli 1621. — Ebend. Max an Ferd. dd. 28. Juli 1621.

ort zu sein und wie konnte dies anders geschehen, als wenn ihm seinen Besitz nahm und dadurch unschädlich machte? München hatte man die in Prag erbeuteten Papiere mit dem Fleiss studirt und aus ihnen die Einsicht gewonnen, die pfalzgräfliche Partei seit dem J. 1608 auf den Umsturz bestehenden Ordnung in Deutschland und Oesterreich hinrichtete. Der Ehrgeiz entschied in erster Linie über den Entschluss des Herzogs von Baiern, aber die Anhänglichkeit an ererbten Glauben und der Selbsterhaltungstrieb gaben diesem Entschlusse die nöthige Festigkeit.

III

Als man in Wien durch Kurz von den Ansichten Maximilians in Kenntniss gesetzt wurde, zögerte man nicht länger der Beantwortung von Digby's erneuerter Forderung. Man hielt dabei, dass man dem Pfalzgrafen nicht von vornherein eine Verhinderung verhiesse, sondern die Entscheidung bis zum Zusammenbruch des regensburger Fürstentags verschob und lehnte auch eine weitere Verlängerung des Waffenstillstandes aus dem Grunde ab, weil Mansfeld einen Einfall nach Böhmen unternommen habe und der Markgraf von Jägerndorf Mähren und Schlesien auf Befehl des Pfalzgrafen angreife. Man erklärte jedoch, dass man die Waffen ruhen lassen wolle, wenn der Pfalzgraf sich nicht auf die weisen Rathschläge seines Schwiegervaters anbequeme, sondern wahrscheinlich das Treiben Mansfelds und des Markgrafen gänzlich missbilligen und sie aus seinen Diensten entlassen werde. *) Dass dies der Sinn der etwas unklaren schriftlichen Antwort war, ergibt sich daraus, dass der Kaiser dem Lord Digby seine Bereitwilligkeit zu einer allgemeinen Waffenruhe ausdrücklich erklären liess, wenn sie sich nicht bloss auf die Unterz., sondern auch auf Mansfeld und den Jägerndorfer erstrecken sollte. Diese sonach von allen Angriffen gegen ihn ablassen würden. Weitere Bitten und Vorstellungen Digby's hatten kein anderes Resultat, denn der Kaiser liess von den für den Waffenstillstand

*) Responsum secundum legato regis Angliae datum dd. 31. Juli 1621. Sächs. St.A.

*) Lindely, Der pfälzische Krieg.

festgesetzten Bedingungen nicht ab: nur in dem Falle, wenn Mansfeld den ihm vom Pfalzgrafen ertheilten Friedensweisungen nicht gehorchen würde, sollte die gegen ihn von dem Herzog von Baiern durchzuführende Execution dem Pfalzgrafen nicht zum Nachtheile gereichen; jedenfalls werde der Herzog die Execution nicht vornehmen, wenn Mansfeld Ruhe halten werde.* — Wenn der Pfalzgraf die dargebotene Friedenshand erfaßt hätte, so wäre man eigentlich in Wien in die grösste Verlegenheit gerathen, denn wie hätte man den eigenen Wünschen und den letzten Vereinbarungen mit Maximilian nachkommen können? Jedenfalls war Digby erfreut, er hoffte wieder ein günstiges Resultat seiner Verhandlungen, so lange der Pfalzgraf noch im Besitze seiner Länder war, er gab ihm Nachrichten von seinen Hoffnungen und forderte ihn auf, Vorkehrungen zu treffen, damit der gedeihliche Fortgang der Verhandlungen nicht durch Mansfeld und den Jägerndorfer unterbrochen werde. Seine Mahnungen hatten jedoch bei Friedrich keinen Erfolg, da dieser den Frieden nur mit den Waffen erringen und nicht der Gnade des Kaisers verdanken wollte. Der Einfluss der Prinzen von Oranien machte ihn so kriegslustig, dass er gerade in diesen Tagen Vorbereitungen traf, um sich der niederländischen Armee auf ihrem Feldzug gegen Flandern anzuschließen. Er entschuldigte gegen seinen Schwiegervater das Treiben Mansfelds als seinen Interessen vollkommen entsprechend und verlangte von ihm abermals Geld, um seine Truppen in der Niederpfalz erhalten und verstärken zu können und den Abschluss des Bündnisses mit Dänemark, Braunschweig und Lüneburg zu beschleunigen.***) Den Freiherrn Achatz von Dohna schickte er nach Kopenhagen ab, um mit dem Könige die

*) Engl. StA. Digby to the Lords Commissioners for the affairs of Germany dd. $\frac{26. \text{ Juli}}{5. \text{ Aug.}}$ 1621.

**) Ebend. Digby an Friedrich von der Pfalz dd. $\frac{26. \text{ Juli}}{5. \text{ Aug.}}$ 1621.

***) Engl. StA. Friedrich an Jakob dd. $\frac{28. \text{ Juli}}{7. \text{ Aug.}}$ 1621. — Ebend. Calvean an Carleton dd. $\frac{24. \text{ Juli}}{3. \text{ Aug.}}$ 1621.

en Anschluss zu verhandeln und wenn dieser nicht zu erlangen wäre, um dessen Kriegsvolk in seine eigenen Dienste zu ziehen.*)

Die kriegerische, oder wenn man will, halsstarrige Gesinnung Friedrichs, oder vielleicht mehr noch seiner Frau, zeigte sich auch in den Weisungen, die er dem Andreas Pawel nach seiner Rückkehr aus England ertheilte, als er ihn dem Lord Digby nach Wien nachschickte. Friedrich wollte in die Räumung von ihm in Böhmen besetzt gehaltenen Orte nur dann willigen, wenn der Kaiser die Zahlung des rückständigen Soldes Mansfeld übernehmen wolle; für die Massnahmen desselben sollte der Markgraf von Jägerndorf sollte Pawel jede Verantwortung ablehnen, weil ihm ihre Absichten unbekannt seien. Man glaubt sich in einer Gesellschaft hirnverbrannter Leute zu befinden, wenn man diese Erklärung erwägt. Digby verlangt in dem, dass der Kaiser die pfälzische Länder nicht angreife, der Markgraf theilt dieses Verlangen, aber der Markgraf von Jägerndorf und Mansfeld sollen für ihn das Kriegsglück versuchen, ohne dass ihm dies übel ausgelegt werden soll. — Für den Fall, dass die Verhandlungen nicht rasch zum Abschlusse kämen, sollte Pawel eine Drohung aussprechen, dass Friedrich seine Ansprüche auf Bethlen erneuern oder sie an Bethlen abtreten werde. Von dem Bündnisse mit dem Kaiser, im Falle der Ausgleich zu Stande kommen und von dem Versprechen ihm gegen Bethlen Hilfe zu leisten, wenn dieser sich mit den Türken verbinden würde, wollte Friedrich nichts wissen**) und theilte dies auch seinem Schwiegervater mit.***)

Da die Vertreter geächteter Personen ebenso wenig auf den Schutz der Gesetze und auf persönliche Freiheit Anspruch machen konnten, wie diese selbst, Jakob aber die Abreise Pawels nach Wien befördern wollte, so nahm er ihn in englische Custodie und sandte ihn unter dem Titel eines Beirathes und Hilfen nach Wien ab. Pawel gelangte unbehelligt nach dieser

) Carleton an Calvert dd. $\frac{31. \text{ Juli}}{10. \text{ Aug.}}$ 1621. Engl. StA.

) Münchner StA. Instruction für Pawel dd. 6./16. Juli 1621.

) Engl. StA. Friedrich an Jakob dd. 7./17. Juli 1621.

Stadt. Als der Kaiser von seiner Ankunft benachrichtigt wurde, gab er seine Zustimmung zu seinem Aufenthalte und machte sie nur von der Bedingung abhängig, dass er sich in die feindlichen Wühlereien einlasse. *)

Digby empfand bald, dass er von Pawel in den Verhandlungen nicht gefördert würde, denn er bemühte sich vergeblich ihn zur Uebergabe der böhmischen Plätze und zur Aufhebung aller Verbindungen mit Bethlen zu bewegen, vergeblich: ihn für eine dem Kaiser zu leistende Entschädigung, die auf drei Millionen Gulden bezifferte, zu gewinnen. Mit seinen Vorschlägen stiess er auf den Widerstand Pawels; er glaubte, dass der Friede um des Geldes willen scheitern werde, wenn der Kaiser sich überhaupt zur Restitution verstünde. Um den Frieden, so weit es an ihm war, zu fördern hielt er sich sogar berechtigt, seine Instruction in einem Punkte zu überschreiten und zwar in dem der „Submission“. Er wollte die Restitution seines Schwiegersohnes an keine dem Kaiser vorgehenden Bedingungen geknüpft wissen, auch Digby war dem einverstanden, dass der Pfalzgraf nicht um Verzeihung bedürfe. Dass es aber ohne eine „Submission“ d. h. ohne ein Erkenntniss des gegen den Kaiser begangenen Uebertretens nicht abgehen werde, davon glaubte er überzeugt zu sein und ersuchte deshalb den König dieselbe gut zu heissen. **) In That fand Jakob die Submission mit der Würde seines Schwiegersohnes nicht mehr unverträglich und forderte ihn auf dies schon jetzt schriftlich zu versprechen. Friedrich wies jedoch diese Zumuthung zurück. ***)

Da man mit Lord Digby in Wien trotz seiner Bemühungen nur die Waffenstillstandsfrage verhandeln wollte und der Kaiser in Meggau ihm sogar bei einem Besuche schroff erklärte, dass der Kaiser über die Restitution des Pfalzgrafen erst nach Erfüllung der zu leistenden Genugthuung äussern könne, so dr

*) Engl. StA. Digby an Calvert dd. 12./22. Aug. 1621.

**) Coll. Cam. Pawel an den Herzog von Zweibrücken dd. 9./19. Aug. 1621. — Engl. StA. Digby an Calvert dd. 12./22. Aug. 1621. Zwei Briefe vom selben Datum.

***) Münchner StA. Jakob an Friedrich dd. $\frac{28. \text{Aug.}}{7. \text{Sept.}}$ 1621.

endlich mit dem Kriege, wenn die Restitution nicht im Principe bestanden würde, er bekam aber keine andere Antwort. Die Überzeugung, dass er in der Hauptsache nicht durchdringen würde, drängte sich ihm unwiderleglich auf, doch machte er noch einen letzten Versuch und zwar bei dem spanischen Gesandten, der er nach dieser Unterredung besuchte und gegen den er sich heftigere Drohungen als gegen Meggau ausstieß.*)

Oñate befand sich in einer eigenthümlichen Lage: er hätte dem Herzog von Baiern die Kur gegönnt, da er aber von Spanien Zusicherungen erhielt, welche eine Berücksichtigung Englands gegen ihn nicht im Zweifel darüber liessen, dass der neue König Philipp IV die Restitution des Pfalzgrafen nicht von seiner Hand weise, so musste er auf die Klagen Digby's in freundlicher Weise antworten. Er entschuldigte den Kaiser, dass er ihm einen günstigen Bescheid zurückhalte, er könne aus Rücksicht auf Maximilian nicht anders handeln, denn wenn er die Öffnungen des letzteren zerstöre, so mache er sich ihn möglicherweise zum Feinde. Es gebe da nur einen Weg, auf dem man aus der Verlegenheit heraus kommen könnte: Digby solle es Spanien vermitteln, dass man von dort aus in „gleichsam fehlendem“ Tone die Restitution des Pfalzgrafen verlange. Wenn der Kaiser einen derartigen Brief dem Herzog von Baiern zeigen könnte, so würde ihm das zu einer genügenden Entschuldigung dienen und der Herzog müsste sich zufrieden geben. Dieses Auskunftsmittel gefiel dem Lord, er wollte sich alsbald auf den Weg nach Spanien begeben und wartete nur auf die Rückkunft des Herrn von Nostitz, da dieser vielleicht die Nachricht bringen konnte, dass sich Kursachsen bei dem Fürsten einfinden werde, in welchem Falle sich Digby zu demselben verfügen wollte, um den dortigen Berathungen über das Schick des Pfalzgrafen beizuwohnen.**)

Die so sehnlich erwartete Antwort aus Sachsen langte endlich an. Otto von Nostitz, der kaiserliche Gesandte, hatte den

*) Münchner StA. Digby an Friedrich dd. 12./22. Aug. 1621. — Coll. Cam. Pawel an den Herzog von Zweibrücken dd. 15./26. Aug. 1621.

**) Coll. Cam. Annotata consiliariorum comitis Palatini dd. $\frac{22. \text{Aug.}}{1. \text{Sept.}}$ 1621.
— Münchner StA. Friedrich an Digby dd. 21./31. Aug. 1621.

Kurfürsten zur Theilnahme an dem auf Ende August ausgeschriebenen Kurfürstentag aufgefordert und da Johann Georg diese Aufforderung beharrlich ablehnte, verlangt, dass er angebe, unter welchen Bedingungen man den Pfalzgrafen in Gnade aufnehmen solle; er stellte also an den Kurfürsten dieselbe Frage, die Kurz an Maximilian gerichtet hatte. Die Antwort des Kurfürsten war nicht so beschaffen, dass sie auf die kaiserlichen Entschliessungen einen für den Pfalzgrafen freundlichen Einfluss hätte ausüben können. Der Vordersatz wurde durch den Nachsatz aufgehoben, denn die Aufrechthaltung der kaiserlichen Auktorität und die Leistung einer entsprechenden Genugthuung liess sich mit der Restitution des Pfalzgrafen nicht vereinbaren und doch erwärmte sich der Kurfürst in seiner weitschweifigen Antwort für diese unvereinbaren Gegensätze. Man nahm diese Antwort in Wien für das auf, was sie war, für die Ablehnung eines entscheidenden Rathes und verharrte deshalb in der von Baiern vorgezeichneten Richtung. *)

Als Digby nach der Ankunft der kursächsischen Antwort eine Audienz bei dem Kaiser hatte und ihn um seine endgültige Entscheidung ersuchte, erhielt er von ihm keine bestimmte Erklärung. Der Lord liess jetzt sein früheres Ansuchen um die Restitution des Pfalzgrafen fallen und beschränkte seine Bemühungen auf den Waffenstillstand, den er für die Dauer der nun mit Spanien einzuleitenden Verhandlungen zugestanden wissen wollte. Die frühere Bereitwilligkeit des Kaisers war aber auch in dieser Beziehung zu Ende, da er erfahren hatte, dass Mansfeld in Böhmen eingebrochen sei und Vere von der Unterpfalz aus das Gebiet des Bischofs von Speier angegriffen habe. Die Waffenruhe war von den Anhängern des Pfalzgrafen selbst gestört worden und deshalb beantworteten Eggenberg und andere Geheimräthe, bei denen Digby sein Gesuch brachte, dasselbe verneinend und auch Oñate gab ihm keine Hoffnung, da der Kaiser und seine Rathgeber über diese Angelegenheit

*) Sächs. St.A. Kursachsens Antwort dem kais. Gesandten gegeben dd. 6. 16. Aug. 1621. — Hannibal von Dohna und Otto von Nostitz an Kursachsen dd. 4. 14. Aug. 1621. — Rathschlag Kursachsens dem Kaiser gegeben dd. 6. 16. Aug. 1621. — Wiener St.A. Dohna und Nostitz an den Kaiser dd. 17. Aug. 1621.

Fe empört seien. Der spanische Gesandte riet, Digby solle unverweilt auf den Weg nach Madrid machen, denn nur durch das Zusammenwirken der Könige von Spanien und England könne die Streitfrage in Deutschland gelöst werden. Trotz allerlei Gegeneinwendungen beharrte Oñate bei seinem Entschlusse und bemerkte dazu, dass ihre beiderseitigen Könige wenig ihre Auktorität in die Wagschale gelegt hätten. Jakob sah weder den Obersten Vere, noch den Grafen Mansfeld oder den Markgrafen von Jägerndorf in ihren Massnahmen gefährdet und ebenso hätte sich Philipp IV den raschen Ausschuss nicht genug angelegen sein lassen, was allerdings durch seine Jugend und die Achtung vor seinem Oheim, dem Kaiser, erklärlich sei. Digby entschloss sich nun abzureisen. Auf die Anzeige davon wurde man in Wien wieder zweifelhaft, ob man wenigstens den Waffenstillstand bewilligen solle, da man den König Jakob für mannhafter hielt, als er wirklich war, und die Gefahr grösser werden musste, wenn England auf den Kampfplatz trat. Wir bemerkten, dass man auch den Waffenstillstand nicht bewilligen durfte, wenn man an der von dem Herzoge von Baiern vorgezeichneten Politik festhielt, denn der Pfalzgraf um keinen Preis auf die Kur verzichten wollte, musste man sich auch seines Besitzes bemächtigen und vollendete Thatsachen schaffen. Aber das war es ja eben, dass es in Wien an einer festen zielbewussten Politik mangelte, man war jetzt beängstigenden Eindrücken mehr nach, als während der schlimmsten Zeit des J. 1619 und glaubte sich für den Waffenstillstand entscheiden zu müssen, trotzdem dass dieser durch die Abmachungen mit Maximilian von Baiern umstiess. Bevor man aber dem Engländer die Zusage ertheilte, wollte man doch die Zustimmung Maximilians einholen und schickte zu diesem Zwecke Otto von Nostitz nach München ab. Nostitz sollte die Gründe darlegen, die dem Kaiser den Waffenstillstand rathlich erschienen: er hoffe dadurch in den Besitz der von dem Feinde in Böhmen besetzten Orte zu kommen und sich in Ungarn und Siebenbürgen besser vertheidigen zu können, wenn der Pfalzgraf sich von dem Markgrafen von Jägerndorf losgesagt habe.*)

*) Wiener StA. Kais. Instruction für Otto von Nostitz dd. 7. Sept. 1621.

Digby, mit dem die Verhandlungen wieder aufgenommen wurden, hatte wiederholte Besprechungen mit Oñate. Strahlendorf und Eggenberg, die sein erschüttertes Zutrauen hoben. Wie konnte es auch anders sein, da Eggenberg erklärte, dass man zwar den Herzog von Baiern um seine Zustimmung zur Waffenruhe habe ersuchen lassen, und dass die Meinung desselben als eines verlässlichen Freundes von grossem Gewicht sei, aber zugleich feierlich versicherte, dass der Kaiser den Wünschen des Königs von England Rechnung tragen und einen eigenen Gesandten zu ihm schicken werde, um ihn über den Stand der Dinge zu unterrichten und dass er gern in einen Waffenstillstand einwilligen wolle. Am folgenden Tage erlangte Digby auch Zutritt zu Ferdinand, der ihm anzeigte, dass er, da der Kaiser fürstentag voraussichtlich nicht zusammentreten werde, die geistlichen Kurfürsten, Sachsen und Baiern endgiltig um ihre Meinung bezüglich der Aussöhnung mit dem Pfalzgrafen befragen wolle. Er selbst sei dem Abschlusse eines Waffenstillstandes nicht abgeneigt, die einzige Schwierigkeit liege bei den Herzogen von Baiern, den er eben um seine Meinung ersuchen lasse. Für den Fall, dass dieselbe bejahend lauten würde, stelle er später die Bedingung, dass der Pfalzgraf sich von Mansfeld und dem Markgrafen von Jägerndorf lossagen und Tabor und Wittingau übergeben solle und liess dies dem englischen Gesandten durch Strahlendorf mittheilen.

um den
6. u. 7.
Sept.
1621

Bevor Digby diese Mittheilung beantwortete, wünschte er, dass Andreas Pawel zu der Berathung beigezogen würde, was als Strahlendorf darauf einging, erklärte er, dass für den Fall, als Mansfeld den Waffenstillstand nicht einhalten und ohne Auftrag gegriffen zu sein, aus der Oberpfalz ausbrechen sollte, der König von England und der Pfalzgraf „sein Vorgehen nicht billigen würden.“ Diese Zusage genügte dem kaiserlichen Vertreter nicht und es war auch in der That sonderbar, wenn man englischerseits mit einer blossen Missbilligung genug gehalten zu haben glaubte. Strahlendorf verlangte deshalb, dass sich der König von England in absoluter Weise für Mansfeld verpflichten solle und als Digby dies ablehnte, verlangte er, dass Jakob sich wenigstens zu einer Hilfeleistung bei der allfälligen Abwehr der mansfeldischen Angriffe verpflichte. Mit dieser

Bedingung erklärte sich Digby einverstanden, aber er verlangte dafür, dass der Kaiser die Aechtung des Pfalzgrafen während der Dauer der Verhandlungen suspendiren solle und im Falle dieselben abgebrochen würden, erst nach drei Monaten den Waffenstillstand kündigen dürfe. In Bezug auf Tabor und Wittingau versprach er, die kaiserlichen Wünsche bei seinem Herrn zu befürworten und dafür zu sorgen, dass der Pfalzgraf die dem Markgrafen von Jägerndorf ertheilten Vollmachten während der Dauer des Waffenstillstandes widerrufe. Nach seiner Instruction war er zu diesen Zugeständnissen nicht bevollmächtigt, aber da er annehmen zu dürfen glaubte, dass Jakob sie nicht verweigern würde, so gab er den Forderungen des kaiserlichen Unterhändlers nach.*)

Da man sich bei Hofe durch die Zugeständnisse des Gesandten befriedigt fühlte und kurzsichtiger Weise die Zustimmung Maximilian's zu dem Waffenstillstande erwartete, so säumte man nicht länger mit einer endgiltigen Antwort. In Betreff der Restitution lehnte der Kaiser auch jetzt jedes Versprechen ab, dagegen wollte er in der unteren Pfalz die Waffen ruhen lassen, wofern dies ohne Nachtheil für seine Interessen geschehen könnte**) und auch die Oberpfalz wollte er nicht angreifen, wenn Mansfeld sich ruhig verhalten, der Pfalzgraf die dem Markgrafen von Jägerndorf ertheilten Vollmachten zurückziehen und die Plätze Tabor und Wittingau räumen würde. Ferdinand verlangte ferner, dass das mansfeldische Volk entlassen werde und versprach dafür, dass er, wenn im Laufe der weiteren Verhandlungen zwischen ihm und dem Pfalzgrafen kein Ausgleich erzielt würde, drei Monate vor der weiteren Durchführung der Execution dem Könige von England hiervon Anzeige machen werde. Wenige Tage nach Empfang dieser Antwort reiste Digby von Wien ab, er wollte jetzt mit dem Herzoge von Baiern zusammentreffen, um ihn bezüglich des Waffenstillstandes zu einem ähnlichen Versprechen zu bewegen.

13.
Sept.
1621

*) Englisches Staatsarchiv. Digby to the prince of Wales dd. 5./15. Sept. 1621. — Zwei Briefe Digby's to the Commissioners for the affairs of Germany dd. 5./15. Sept. 1621.

**) Ferd. an Isabella dd. 1./11. Sept. 1621. Englisches StA.

IV

Wir haben an der entsprechenden Stelle berichtet, dass Mansfeld aus Böhmen nach Heilbronn geeilt war, um von dem Unionstage Geld und sonstige Hilfe zu verlangen. Obwohl seine Bitten kein Gehör fanden, da die Union die Zahlungen Jakobs nur für sich verwendete und sich auch die pilsner Besatzung von ihm trennte, so liess er doch den Muth nicht sinken und verzweifelte nicht an der Aufgabe, deren Lösung er nun unternommen hatte, nämlich an der Organisirung eines neuen Heeres, mit dem er die Oberpfalz vertheidigen und wieder in Böhmen einbrechen wollte. Er selbst rüstete zwei Regimenter Fussvolk auf seinen eigenen Namen aus und neben ihm erboten sich die Herzoge Wilhelm und Friedrich von Weimar, die Grafen von Löwenstein und Lippe zur Anwerbung von Regimentern. Eine gleiche Erlaubniss wurde auch den Obersten Frenk und Gray gegeben und so konnte Mansfeld hoffen, dass wenn alle diese Werbungen zu Stande kamen, er über 18—20000 Mann gebieten werde. Jedenfalls schaarte sich bis Ende April die Hälfte dieser Zahl um ihn, wozu die ehemalige pilsner Besatzung ein beträchtliches Contingent stellte, da sie sich grösstentheils nach der Oberpfalz begab und dort bei Mansfeld wieder Dienste nahm.*)

Die Mittel zur Unterhaltung einer so grossen und sich täglich mehrenden Armee gewann Mansfeld, indem er die bis dahin durch den Krieg verschonte Oberpfalz in jeglicher Weise ausbeutete, so dass der Feind nicht ärger hätte hausen können, als es der angebliche Vertheidiger der pfalzgräflichen Rechte that. Gleichzeitig suchte er sich die Mittel des benachbarten Eger dienstbar zu machen; er trug den Bürgern seine Hilfe zur Vertreibung der Besatzung an, wobei er sie im Falle der Ablehnung mit den ärgsten Drangsalen bedrohte: nicht das Kind im Mutterleibe werde er schonen um ihre Treulosigkeit zu rächen.**)

*) Münchner StA. Memorial Mansfelds dd. 1. April 1621. — Sächs. StA. Wresowic an Kursachsen dd. 12. Apr. 1621.

***) Sächs. StA. Wresowic an Kursachsen dd. 29. Apr. 1621.

pfalz erhobenen Contributionen noch die ausserhalb derselben
 e und da durch Drohungen erpressten Beiträge genügen, er
 durfte grosser Summen, um die auf weitem Wege herbeizu-
 hrenden Kriegsbedürfnisse zu bestreiten und deshalb verlangte
 , dass Friedrich ihm bei Holland ein Anlehen von 200000
 ulden erwirke. *) Wie weit dieser Bitte genügt wurde, wissen
 ir nicht anzugeben, aber jedenfalls mehrten sich selbst im
 anstigen Falle die Schwierigkeiten in der Verpflegung und
 esoldung der täglich zunehmenden Armee, da er jetzt auch
 om Pfalzgrafen gemahnt wurde, sich auf die Oberpfalz zu
 eschränken und die benachbarten Gebiete zu verschonen, da-
 it die durch Digby einzuleitenden Verhandlungen nicht gestört
 ründen. Mansfeld theilte die ihm zugegangene Weisung zur
 Waffenuh dem Freiherrn von Tilly mit und war erbötig der-
 elben nachzukommen, wenn Tabor, Wittingau und Klingenberg
 eicht bedrängt und man von ihrer Belagerung abstehen würde.
 er Pfalzgraf hatte ihm nicht aufgetragen, diese Bedingung zu
 ellen, er that es auf seine eigene Verantwortung. **) Tilly
 widerte, dass er seine Wünsche an den Herzog Maximilian
 efördern werde, mahnte ihn aber schon jetzt die Waffenuh
 eicht von der Aufhebung der Belagerung Tabors abhängig zu
 achen. ***)

26.
 Mai
 1621

30.
 Mai
 1621

Mansfeld bewahrheitete seine Drohung im Laufe des Monats
 uni nur insofern, als er mit einem Theil seiner Truppen eine
 ecognoscirung in Böhmen vornahm und sich dann, ohne mit
 an Feinde zusammenzustossen, zurückzog. †) Dass er aber

*) Münchner StA. Mansfelds Memorial dd. 29. März 1621.

**) Innsbrucker StA. Mansfeld an Tilly dd. 16./26. Mai 1621. — Sächs.
 StA. Tilly an Kursachsen dd. 2. Juni 1621.

***) Innsbr. Statthalt. A. Tilly an Mansfeld dd. 30. Mai 1621.

†) Wiener StA. Max. an Ferd. dd. 28. Juni. Max. beschuldigt in diesem
 Briefe den Grafen Mansfeld, dass er „vor wenig Tagen“ nach Böhmen
 gerückt und sich daselbst eines Passes bemächtigen wollte. Wenn man
 dieses „vor wenig Tagen“ nicht so erklären will, dass dasselbe eine
 Action Mansfelds im Monat Mai bedeute, also vor den angebotenen
 Waffenstillstand falle, so muss der im Juni vollzogene Einmarsch sich
 nicht über einen grösseren Raum erstreckt haben, da er mit dem Feinde
 nicht zusammenstiess. Mansfeld dürfte kaum etwas mehr als eine Re-
 cognoscierung vorgenommen haben.

in dieser abwartenden Stellung nicht verharren und somit den Ausgang der Digby'schen Verhandlungen, die erst im Juli ihren Anfang nahmen, kaum abwarten konnte, ergibt sich aus einem Bericht der oberpfälzischen Regierungsräthe an den Pfalzgrafen, der in den ersten Tagen des Monats Juni abgefasst wurde und die Unmöglichkeit der längeren Erhaltung des bereits über 14000 Mann zählenden Heeres betonte.*) Wenn Mansfeld die vom Mangel bedrohten Truppen nicht zur Meuterei treiben wollte, so musste er unbekümmert um die Folgen zum Angriff schreiten, abgesehen davon, dass er nicht dulden konnte, wenn sich die Ligisten näher an die Oberpfalz zogen, ihre Reihen täglich vermehrten und ihn zu erdrücken drohten. Als er nun in der unmittelbaren Nähe der böhmischen Grenze an der Strasse bei Waidhausen eine Schanze baute, behauptete man auf ligistischer Seite, dass er von da aus seinen Angriff auf Böhmen einleiten wolle.***) Es mag sein, dass er auf diese Weise die gleichzeitigen Bemühungen Bethlens und des Markgrafen von Jägerndorf unterstützen und Böhmen wieder zum Kriegsschauplatz machen wollte, aber da er wenige Tage später auch das Kapitel von Bamberg und Würzburg mit Repressalien bedrohte, wenn die beiden Stifter ihre Truppenkontingente nicht aus Böhmen abberufen würden, so deutet dies darauf hin, dass er auch den Westen nicht verschonen wollte, falls ihm dies passender erschien.***)

Während Mansfeld seinen Angriff vorbereitete, aber ungewiss liess, wohin er sich wenden würde, traf man auf ligistische Seite die nöthigen Gegenmassregeln. Der Herzog von Baiern eröffnete dem Kurfürsten von Sachsen seine Absicht die Oberpfalz anzugreifen und ersuchte ihn nicht bloss um seine Zustimmung zu dieser Verletzung des ulmer Vertrags, sondern auch um seine Mithilfe.†) Der Kurfürst schlug nur das letztere Be-

*) Münchner StA. Die pfälzische Regierung an Friedrich dd. $\frac{28. \text{ Mai}}{7. \text{ Juni}}$ 1621.

***) Sächs. StA. Tilly an Wolf von Wresowic dd. 20. Juni 1621. — Ebenfalls Tilly an Kursachsen dd. 24. Juni 1621.

****) Apologie Mansfelds. — Mansfeld an das Kapitel von Bamberg dd. 14. Juni (a. St.) 1621.

†) Sächs. StA. Max. an Kursachsen dd. 23. Mai 1621.

ab, er billigte den beabsichtigten Angriff zwar auch nicht
 leklich, aber so viel trat aus seiner Antwort klar hervor,
 er sich demselben nicht widersetzen würde.*) Da es sich
 um die kaiserliche Zustimmung handelte, so erstattete
 offenbar im Einverständnisse mit Maximilian, dem Kaiser
 zeige von der täglich wachsenden Macht Mansfelds und
 er Kaiser mit seiner Zustimmung aus Gründen zögerte,
 die wir ausführlich berichtet haben, so schilderte Maximilian
 einem neuerlichen Schreiben die fortgesetzten Rüstungen
 ie zu gewärtigenden Folgen in augenscheinlich übertriebener
 e. In der sicheren Erwartung, dass das Schreiben die
 ischte Wirkung haben würde, zeigte er dem Erzherzog
 cht an, dass er in die Oberpfalz einrücken werde und
 te ihn auf, den Waffenstillstand in der unteren Pfalz zu
 gen und auch dort zum Angriff überzugehen.***) Wir wissen,
 es Resultat diese und andere Bemühungen hatten und dass
 and am 6. Juli seine Zustimmung zum Angriff gab.***) 1621
 Maximilian die 15000 Mann, welche die Liga im Februar
 ligt hatte, nicht für ausreichend hielt, so rüstete er aus
 en Mitteln noch 10000 Mann aus, mit denen er sich seinem
 allieutenant anschliessen wollte. Er war jedoch mit diesen
 ngen noch nicht fertig geworden, als Mansfeld selbst zum
 ffe übergang und allem Anscheine nach den Kriegsschau-
 nach Böhmen zu verlegen suchte, um von dort aus dem
 en von Siebenbürgen die Hand zu reichen. Gewiss war
 rfolg leichter, wenn er es mit Tilly allein zu thun hatte
 wenn er nicht wartete, bis sich Maximilian mit seinen neuen
 en dem letztern anschloss. Aber nur ein Sieg konnte
 i Angriff rechtfertigen, durch eine Niederlage fügte er dem
 grafen einen unheilbaren Schaden zu.

Mansfeld, der durch Kundschafter erfahren hatte, dass sich
 igistische Armee bei Hesselsdorf und den benachbarten
 , also in unmittelbarer Nähe von Waidhausen gelagert

Ebend. Kursachsen an Max. dd. 19./29. Mai 1621.

Wiener StA. Max. an Ferd. dd. 28. Juni 1621. — Münchner StA. Max.
 an Erz. Albrecht dd. 29. Juni 1621.

Wiener StA. Ferd. an Max. dd. 6. Juli 1621.

14. Juli 1621 habe, leitete den Angriff damit ein, dass er in das genannte Dorf einrückte und dort das Lager der kroatischen Hilfstruppen überfiel. Der Kampf erweiterte sich, da Tilly mit seiner Infanterie heranzog und endete nach der Versicherung der Apologie, einer zu Gunsten Mansfelds verfassten Schrift, damit, dass die Ligisten einen Verlust von mehr als 500 Mann erlitten, während der ihrer Gegner ungleich geringer war. Zwei Tage später erneuerte sich der Kampf und diesmal war Tilly, der mittlerweile seine ganze Armee concentrirt hatte, der Angreifer. Der Kampf begann in der Nähe von Waidhausen um 7 Uhr Morgens und währte bis 8 Uhr Abends. Die Apologie schreibt Mansfeld den Sieg zu und gibt dessen Verlust auf 300 Mann, den der Ligisten auf 500 Mann an, Tilly dagegen behauptet, dass er den Feind viermal aus seiner Stellung herausgeworfen und dass nur der Wald denselben vor völliger Niederlage gerettet habe. *) Maximilian legte dem Grafen Mansfeld nicht nur diesen Angriff, sondern auch eine Brandschatzung des Landgrafen von Leuchtenberg, dem er 10000 Gulden abgenommen habe, zur Last. **) Diese Erpressung mag einige Tage vor dem Ueberfalle von Hesselsdorf stattgefunden haben und wurde fortan mit diesem zugleich von der katholischen Partei als Beweis angeführt, dass Mansfeld ein Friedensstörer sei, der um jeden Preis beseitigt werden müsse. Maximilian wies mit Befriedigung darauf hin, dass die Gegner zuerst zum Angriff übergegangen seien und dass man auch um dieses Grundes willen auf die Mission Digby's nichts geben dürfe. Trotzdem begnügte sich der Herzog vorläufig mit der Abwehr der feindlichen Angriffe, ohne seinem Generallieutenant den Befehl zum Vormarsch zu ertheilen, denn die Art und Weise, wie Mansfeld am 14. Juli den Sieg davontrug und am 16. keine wesentliche Niederlage erlitt, hob den Respekt vor ihm und Maximilian bat abermals den Kurfürsten von Sachsen um seine Mithilfe und ersuchte ihn auch auf den Markgrafen von Jägerndorf ein achtames Auge zu haben, damit dieser sich nicht mit dem

*) Apologie Mansfelds. Sächs. StA. Tilly's Relation. Wir folgen den Angaben Tilly's.

**) Max. an Kursachsen dd. 18. Juli 1621. Sächs. StA.

in Mansfeld vereinige. Dass er auch den Kaiser mit Bitten um Hilfe bestürmte und nur wegen dessen eigener Noth auf die Hilfe verzichtete, wollen wir nur nebenbei erwähnen.

Tilly nahm mittlerweile mit seiner Armee eine abwartende Stellung ein, die ihm noch dadurch erleichtert wurde, dass Mansfeld nach dem Gefechte am 16. Juli auf einem Waffenschiff von einigen Tagen einging. Doch fanden sowohl Mansfeld desselben, wie nachher kleinere Gefechte zwischen den feindlichen Abtheilungen statt, bei denen ab und zu 100 Mann das Leben einbüssten. *) Da es den Truppen Mansfelds an der nöthigen Verpflegung gebrach, griffen Anfangs epidemische Krankheiten um sich, denen täglich 20 bis 30 zum Opfer fielen. Auch die Ligisten litten unter dem Uebel, doch endete die Erkrankung bei ihnen weit selten mit tödtlichem Ausgange. Als es am 8. August zu einem heftigen Gefechte kam, das gegen sieben Stunden währte, 1621 Mansfeld eine tüchtige Schlappe, trotzdem behauptete er die Schanze bei Waidhausen und die Ligisten hatten nur in einem Terrain gewonnen, als sie sich ihm bis auf Schussnäheren näherten und in dieser Nähe ihr Lager aufschlugen. Mansfeld bemühte sich die erlittenen Verluste durch neue Werbungen zu gleichen, überhaupt that er sein möglichstes, um seinen Muth und Ausdauer einzuflöszen. Am 28. August unter 1621 er einen nächtlichen Ausfall, allein das frühzeitige Losgehen einer Muskete allarmirte den Feind und nicht glücklicher als er Tags darauf versuchte den Wald, der den Ligisten Deckung diente, anzuzünden, denn ein Regen löschte den Feuer. Für Pulver und Blei und die nöthigen Geschütze hatte Mansfeld reichend Sorge getragen, indem er namentlich die letzteren von Oberberg herbeischaffen und in der Schanze aufstellen liess. Die Stunden seines Bleibens waren aber gezählt, da Maximilian seinen Rüstungen fertig geworden war und nun heranrückte, um sich Tilly anzuschliessen. Auf die Gefahr zwischen zwei Fronten genommen zu werden, konnte es Mansfeld nicht annehmen lassen und so liess er in der Schanze bei Waidhausen

*) Topologie Mansfelds. Innsbrucker Statth. Arch. Bericht an Erzherzog Leopold dd. 6. Aug. 1621.

eine Besatzung, verstärkte auch die von Cham und zog sich zurück.*)

- 1621 Maximilian brach am 12. September von Straubing auf**) nachdem er zuvor eine Proclamation an die Einwohner der Oberpfalz erlassen hatte. Alle Verbrechen, deren sich Mansfeld gegen den Reichsfrieden schuldig gemacht hatte, wurden darin aufgezählt: er habe Böhmen angegriffen, zahlreiche Kaufleute, die ausserhalb der Oberpfalz ihrem Handel nachgingen, plündern lassen, er habe Würzburg und Bamberg bedroht, die Landgrafschaft Leuchtenberg überfallen und ähnliches mehr. Dies dürfe nicht länger geduldet werden und demgemäss komme der Herzog dem ihm vom Kaiser gewordenen Auftrage nach und wolle den Mansfelder mit seinen Anhängern bekämpfen. Er forderte die Oberpfälzer auf, ihm keinen Vorschub zu leisten, sondern sich seinen Frieden bringenden Bemühungen anschliessen; sein Einmarsch sei zu Niemand's Nachtheil gemeint und deshalb versehe er sich einer freundlichen Aufnahme. Der Pfalzgraf von geschah in der Proclamation nur nebenbei Erwähnung, aber die Räumung der Oberpfalz wurde nicht versprochen,
- 1621 wenn Mansfeld vertrieben sein würde.***) Am 16. September langte Maximilian vor Cham an und zwang die Besatzung nach mehrtägiger Belagerung zur Uebergabe, die am 25. erfolgte. Die oberpfälzische Regierung trat jetzt in Unterhandlung mit dem Herzog und verlangte zu wissen, ob er sich zurückziehen werde, wenn Mansfeld die Oberpfalz räume. Es zeigte sich nun, wie klug Maximilian handelte, dass er kein derartiges Versprechen in die Proclamation aufnahm, man hätte ihn beim Worte gefasst und seine Unaufrichtigkeit wäre schon jetzt an den Tagen getreten. So konnte er mit einigem Schein des Rechtes den verlangten Rückzug verweigern, indem er auf das Einvernehmen hinwies, das zwischen Mansfeld und der Regierung in Amberg bestand und erklärte, dass er nur in der vorläufigen

*) Apologie Mansfelds.

**) Max gibt in einem Brief an Kursachsen den 12. September als den Tag der Abreise von Straubing an. Sächs. StA. Max an Kursachsen dd. 17. Sept. 1621.

***) Die Proclamation bei Londorp.

tzung des Landes die Gewähr vor weiteren Angriffen zu
 an glaube. *)

Während Maximilian noch vor Cham lagerte, traf der
 erliche Gesandte Otto von Nostitz bei ihm ein und brachte
 ihm das Gesuch um den Waffenstillstand an, zu dem sich
 Kaiser halb und halb gegen Digby verpflichtet hatte. Dass
 Herzog jetzt noch weniger zur Nachgiebigkeit geneigt und
 rlich über diese Halbheit der wiener Politik erbittert war,
 ucht nicht erst wiederholt zu werden, trotzdem gab er seinem
 willen in der Unterredung mit Nostitz nicht offenen Ausdruck,
 er er brachte so vielfache Bedenken gegen den Waffenstillstand
 r, dass der Gesandte dem Kaiser berichten konnte, der Herzog
 derrathe ihn ganz entschieden.**) Nun kam aber Lord Digby
 rangerückt und ersuchte den Herzog brieflich um eine Zu-
 sammenkunft und die Gewährung des Waffenstillstandes. Selbst-
 ständig wies er diese beiden Gesuche ab und motivirte
 s damit, dass man vor Mansfeld keine Sicherheit habe und
 i Heer deshalb aufgelöst werden müsse.***)

Sobald sich Maximilian mit Tilly vereinte, was zu Ende
 tember oder Anfangs Oktober bei Schwarzenfeld geschah, 1621
 lte ihr Heer beiläufig 25000 Mann †) und Mansfeld musste
 rzeugt sein, dass er sich nicht lange gegen den stärkeren
 l besser disciplinirten Gegner würde halten können und dass
 e trotz aller seiner Anstrengungen eine Niederlage bevor-
 ae. Sollte er in der Vertheidigung des Pfalzgrafen zu Grunde
 en oder seine Interessen wahren? Er hatte sich diese
 age schon zwei Monate früher vorgelegt, schon zur Zeit,
 Digby nach Wien reiste, denn er durfte nicht zweifeln, dass
 an durch dessen Bemühungen eine Versöhnung zwischen dem
 iser und dem Pfalzgrafen eintrat, seine Interessen nur eine
 ensächliche Beachtung finden würden. Deshalb suchte er

*) Innsbrucker Statth. A. Die Regierung in Amberg an Max. Antwort
 Maximilians dd. 28. Sept. 1621.

*) Wiener StA. Max. an Ferdinand dd. 17. Sept. 1621. — Otto von Nostitz
 an Ferd. II dd. 20. u. 21. Sept. 1621. — Ebend. Antwort Maximilians
 dem Herrn von Nostitz gegeben dd. 17. Sept. 1621.

*) Londorp, Max an Digby dd. 27. Sept. 1621.

*) Heilmann Kriegsgeschichte von Baiern etc.

*) Hindely, Der pfälzische Krieg.

schon zu Ende Juni seinen separaten Frieden mit dem Kaiser zu schliessen und betrat so denselben Weg, wie das Jahr zuvor, doch richtete er seine Anträge vorerst nicht nach Wien, sondern durch Vermittlung seines Neffen René de Chalon an das erzhertzogliche Paar in Brüssel. Die Krankheit und der bald darauf erfolgte Tod des Erzherzogs Albrecht († 13. Juli 1621) verhinderte die rasche Beantwortung seiner Botschaft, doch wurde René de Chalon von der Infantin Isabella mit der Führung der betreffenden Verhandlung betraut und reiste zu diesem Zwecke nach Nürnberg, von wo er einen Boten an seinen Onkel schickte und ihn aufforderte, die entsprechenden Anträge bezüglich der eigenen Befriedigung und der seiner Truppen zu stellen. Chalon war nicht zum Abschluss der Verhandlungen bevollmächtigt, sondern sollte erst über sie an den Kaiser und an Onkel berichten.*) Als Ferdinand von denselben benachrichtigt wurde, beeilte er sich dem Herzog von Baiern die nöthigen Vollmachten zu ertheilen und ersuchte zu gleicher Zeit den Markgrafen von Anspach um seine guten Dienste bei Mansfeld. Der Markgraf kam dem Ansuchen nach und erfuhr von dem General, dass er ausser einer Genugthuung (*satisfaction raisonnable*) für den Pfalzgrafen, die Bezahlung der böhmischen Soldrückstände für sich und seine Truppen und die Summe von 1400000 fl. als schuldigen Sold für das in der Oberpfalz lagernde Heer verlange.**) Seine Forderungen beliefen sich auf diese Weise auf etwa zwei Millionen Gulden, eine Summe, deren Bezahlung dem Kaiser schlechterdings unmöglich war. In Spanien schien man indessen diesen Betrag nicht so übertrieben zu finden, denn man wollte die Verhandlungen um jeden Preis zum Abschlusse gebracht wissen und drang deshalb nicht bloss in Wien und Brüssel auf die Beschleunigung derselben, sondern erbot sich auch dem Kaiser einige hunderttausend Gulden vorzustrecken, um sie sobald als möglich zu Ende zu führen. Da jedoch unter diesen Verhandlungen viel Zeit verfloss, so waren sie nicht zum Abschluss gediehen, als Maximilian bereits gegen Cham

*) Villermont. Ernest de Mansfeldt I.

***) Coll. Camer. Bedingungen Mansfelds. Memoire pour Mr. Haiden pour referer à Monseigneur le Marquis d'Anspach.

zog. Mansfeld musste jetzt überzeugt sein, dass er seine Forderungen nicht so hoch spannen dürfe und dass wenn er noch etwas erreichen wolle, dies nur durch Unterhandlungen mit dem Herzog von Baiern geschehen könnte.

In der That verhandelten in dem Augenblicke, wo Maximilian seinen Einzug in die Oberpfalz hielt, einige bairische Commissäre mit dem Obersten Carpezon, dem Bevollmächtigten Mansfelds, über einen Vertrag, durch den letzterer sich mit der Zahlung von 300000 Thaler begnügen und sich verpflichten wollte, nicht weiter gegen den Kaiser zu dienen.*) Einer der Vertragspunkte bestimmte die Räumung der festen Plätze noch vor erlangter Zahlung, wogegen Maximilian den Obersten Kratz als Geißel stellen sollte, dass auch seinerseits alle Bedingungen erfüllt würden. Rasch ging man nun an die Erfüllung zweier Vertragspunkte, Mansfeld räumte die festen Plätze in der Pfalz und Maximilian lieferte den Oberst Kratz aus, aber kaum war dies geschehen, so erhob Mansfeld neue Forderungen, die Maximilian als im Widerspruche mit dem Vertrage stehend nicht bewilligen wollte. Er schickte deshalb den Obersten Landsparg und den Herrn von Viepeck zu Mansfeld und liess ihn in kategorischer Weise auffordern zu erklären, ob er sich mit den früheren Anerbietungen begnügen und den Vertrag unterzeichnen wolle oder nicht.**)

Gerade in dem Augenblick, wo diese Unterhandlungen bei Neumarkt stattfanden, kam Digby auf seiner Rückreise von Wien in dieser Stadt an und hörte, dass sich Mansfeld in der nächsten Nähe befinde. Er hielt es für passend, sich zu ihm zu verfügen, um sich mit ihm über die Verhandlungen zu besprechen, von denen das Gerücht ihm zu Ohren gekommen war, und unterbrach durch seine Dazwischenkunft vorläufig die Fortsetzung oder den Abschluss derselben.

*) Auf die Summe von 300000 Thaler schliessen wir aus einem Briefe Digby's an den englischen Staatsrath dd. 2./12. Oct. 1621. Engl. StA., worin er erzählt, dass sich Mansfeld mit der Zahlung von 300000 crownes habe begnügen wollen. Wir vermuthen, dass Digby mit crownes die in Deutschland üblichen Thaler übersetzt habe. Sonst berichtet über den Inhalt des Vertrags Digby in dem eben citirten Schreiben.

**) Münchner StA. Maximilian an seinen Vater den Herzog Wilhelm dd. 29. Sept. 1621.

Digby und Mansfeld kehrten zusammen nach Neumar zurück und der letztere weihte den ersteren in die Anekdotten Maximilians ein und rechtfertigte die allfällige Annahme derselben mit der Schwäche seiner Armee gegenüber der bairisch und mit dem Hass, den die Bevölkerung der Oberpfalz gegen ihn hege; zudem behauptete er, dass er seine Truppen nicht entlassen, sondern sich mit ihnen nach der unteren Pfalz verfügen und an deren Vertheidigung theilnehmen werde. Digby hatte aber in Erfahrung gebracht, dass Mansfeld sich und seine Truppen in dem Vertragsentwurfe verpflichtete nicht weit gegen den Kaiser zu dienen, er wies deshalb seine Behauptung als eine Lüge zurück und brachte ihn damit in die grösste Verlegenheit. *) Mansfeld konnte Anfangs nur einige verwirrte Worte stammeln, sammelte sich aber allmählig und schwur, dass die Verhandlungen noch nicht zu Ende seien, und dass er sicherlich nichts ohne Zustimmung der Regierung in Amberg beschliessen werde. Aber der Engländer liess sich nicht täuschen, sondern bezeichnete seine Reden als leere Ausflüchte: seine Pflicht sei, die Oberpfalz zu vertheidigen, da er hiezu von seinem Herrn bevollmächtigt sei und den Angriff Maximilians hauptsächlich durch seinen Einfall in Böhmen heraufbeschwor habe. Er dürfe seinen Posten nicht für einen Judaslohn aufgeben; weil er, der bis dahin einer der berühmtesten Heerführer gewesen, dadurch zu einem ganz gemeinen und ehrlosen Abenteurer herabsinken würde. Diese Sprache machte einen tiefen Eindruck auf Mansfeld, der bei aller seiner sonstigen Verkommenheit doch nicht ohne Ehrgefühl war und eine gewisse Anhänglichkeit für seine Freunde besass und so versicherte er den Lord beim Abschiede, dass er nicht ehrlos handeln werde. Wir sind der Ueberzeugung, dass die energische Sprache Digby's die besseren Gefühle in der Seele dieses Abenteurers wachrief, und dass, wenn er auch fürder Trug und Hinterlist übte, er diese Waffen wenigstens nur gegen die Feinde kehrte, denn als die Verhandlungen zwischen ihm und dem Herzog von Baiern nach der Abreise Digby's wieder aufgenommen wurden

*) Digby sagt: I never have saw so disturbed or distracted a man.

und am 10. October zum Abschlusse führten,*) war er ent- 1621
schlossen, die Bedingungen nicht einzuhalten. Sie bestimmten,
dass er alle festen Plätze in Böhmen und der Oberpfalz räumen
und sich mit seinen Offizieren verpflichten sollte, im Falle seine
Truppen nicht im kaiserlichen Heere Dienst nehmen wollten,
wenigstens nicht gegen den Kaiser zu fechten. Dafür wurden
ihm für seine Person 200.000 Thaler und für seine Soldaten
650.000 Gulden zugesichert. Für die Entlassung des Kriegs-
volkes wurde ein Zeitraum von 14 Tagen zugestanden, weil er
nach seiner Angabe diese Zeit benötigte, um von seinem Herrn
dem Pfalzgrafen den Abschied zu erlangen und so mit Ehren
vom Schauplatze abzutreten.**)

Thatsächlich rückte aber Mansfeld nach dem Abschluss des
Accords aus der oberen Pfalz — wie er sich dazu während der
Verhandlungen verpflichtet hatte — und hielt sich einige Zeit
in der Umgebung von Rottenburg auf. Auf dem Wege dahin
schrieb er an Maximilian und versicherte, dass er nichts anderes
wünsche als die Aufrechthaltung des Accords und dass er den
Kaiser nicht weiter bekämpfen werde, beklagte sich aber darüber,
dass der Herzog ihm mit seinen Truppen folgen und so seine
Sicherheit gefährden wolle, eine Beschuldigung, die vorläufig
nicht auf Wahrheit beruhte. Der Herzog selbst glaubte in den
ersten acht Tagen nach Abschluss des Accords an dessen Gil-
tigkeit und erst als er sich später überzeugte, dass Mansfeld
das Kriegsvolk nicht entlassen und sich nach der unteren Pfalz
in Bewegung gesetzt habe, befahl er Tilly ihm dahin zu
folgen.***)

Als Digby mit seinem Gesuch um Bewilligung der Waffen-
ruhe von Maximilian abgewiesen wurde, beklagte er sich brieflich
bei dem Kaiser und forderte ihn auf, Vorkehrungen zu treffen,
damit den steigenden Gefahren der Zukunft begegnet werden
könnte. In diese Worte hüllte er den Wunsch ein, dass Maxi-
milian aus der Oberpfalz abziehen und diese dem Pfalzgrafen

*) Wiener StA. Max. an Ferd. dd. 17. Oct. 1621.

**) Wiener StA. Max. an Ferd. dd. 15. Oct. 1621.

***) Wiener StA. Mansfeld an Max. dd. 19. Oct. 1621. — Ebend. Max. an
Ferd. dd. 23. Oct. 1621.

wieder überantwortet werden möge. Der Kaiser beachtete jedoch diese Bitte nicht mehr, er hatte mittlerweile erfahren, dass für Rechnung des Pfalzgrafen in Norddeutschland Werbungen angestellt wurden und so gewann seine Erbitterung die Ueberhand und er schlug die Bitte Digby's rundweg ab. *) Dieser setzte seine Reise fort und wollte auf derselben Brüssel berühren, und da der Krieg in der untern Pfalz durch Schuld des englischen Obersten ausgebrochen war, wenigstens die Infantin zum abermaligen Abschluss des Waffenstillstandes zu vermögen. Der englische Gesandte Trumbull musste diese Bitte noch vor seiner Ankunft in Brüssel in seinem Namen stellen, allein man antwortete ihm, dass man ohne Zustimmung des Kaisers und des Herzogs von Baiern die Waffen nicht ruhen lassen könne. Als 1621 Digby zu Ende October in Brüssel anlangte, suchte er diese Ausflucht damit zu bekämpfen, dass er auf das Schreiben des Kaisers hinwies, welches der Infantin die Entscheidung über die Waffenruhe überliess, allein Isabella entgegnete hierauf, dass diese Befugniss durch eine andere Erklärung des Kaisers eingeschränkt worden sei und sie ohne seine Zustimmung den Waffenstillstand nicht bewilligen könne. **)

Die Mission Digby's war sonach vollständig gescheitert. Der Kaiser hatte die Restitution des Pfalzgrafen abgelehnt und zeigte sich nur zu Verhandlungen erbötig, durch die der Pfalzgraf vielleicht die untere Pfalz gerettet hätte. Da aber Friedrich keine Opfer bringen wollte, so brach der Krieg mit seiner Zustimmung von neuem aus.

*) Münchner StA. Der Kaiser an Digby dd. 17. Oct. 1621. — Collectio Camerariana, Digby an Ferd. dd. 5. Oct. (Wir vermuthen, dass dieses Datum als dem neuen Kalender angehörig zu betrachten sei).

**) Engl. StA. Friedrich an Jakob dd. 3./13. Octob. 1621. — Ebenda. De la Faille an Trumbull dd. 7./17. Octob. 1621. — Ebenda. Villiers an Carleton dd. 10./20. Octob. 1621. — Münchn. Hofbibl. Collect. Camer. Digby an die Infantin dd. 21./31. Octob. 1621. — Ebenda. Entscheidung der Infantin dd. 8. Nov. 1621.

Fünftes Kapitel.

Die Verhandlungen von Hainburg und Nikolsburg und der Friede mit Bethlen.

- I Bethlen ist zu Friedensverhandlungen mit dem Kaiser erbötig. Schwierigkeiten, die sich dem Beginne derselben widersetzen. Sie beginnen in Hainburg. Welches Resultat will man in Wien mit diesen Verhandlungen erzielen. Dallos' Rede vor den französischen Gesandten. Pechy's Rede. Beginn der Verhandlungen. Forderungen der ungarischen Commissäre. Abweisliche Haltung der kaiserlichen Commissäre. Meggau und Eszterhazy in Wien. Resolution des Kaisers. Conferenz der französischen Gesandten mit den kaiserlichen und ungarischen Commissären. Bethlens Bedingungen. Zweite kaiserliche Resolution. Bethlen ist nachgiebiger. Kaiserliche Anerbietungen. Der Abbruch der Verhandlungen bevorstehend. Weitere resultatlose Verhandlungen. Die zwei Diplome. Bethlen und die ungarischen Stände. Die Türken.
- II Der Krieg während der hainburger Verhandlungen. Bethlen sucht bei Friedrich um Hilfe an. Der Markgraf von Jägerndorf. Rückzug Bethlens nach Kaschau. Buquoy vor Pressburg. Bethlens Rüstungen. Buquoy fällt vor Neuhäusel. Verlustvoller Rückzug des kaiserlichen Heeres. Bethlen vereint sich in Tyrnau mit dem Jägerndorfer.
- III Der Markgraf von Jägerndorf setzt den Widerstand in Schlesien fort. Seine Rüstungen und Brandschatzungen. Er zieht nach Ungarn. Bethlen vor Pressburg. Eroberungen Bethlens. Beutezüge der Ungarn in Mähren. Friedenssehnsucht in Wien. Bethlens Friedensneigung. Harrach bei Bethlen. Nikolsburg wird für die Verhandlungen bestimmt.
- IV Beginn der Verhandlungen. Die Forderungen Bethlens und die kaiserlichen Gegenanerbietungen. Die Forderungen der ungarischen Stände. Nachgiebigkeit des Kaisers. Die zwei Diplome. Bestimmung wegen der Restitution der Kirchengüter. Heirat des Kaisers.
- V Wünsche der Schlesier bezüglich des Accords. Empfang der schlesischen Gesandtschaft in Wien. Der Fürstentag in Breslau. Die Truppen des Markgrafen von Jägerndorf. Belagerung von Glatz.

I

Wir haben in unserer bisherigen Erzählung ab und zu des Fürsten von Siebenbürgen Erwähnung gethan und auf die Gefahren hingewiesen, denen der Kaiser durch den abermaligen Ausbruch des Krieges mit diesem Gegner ausgesetzt war, ohne

dem Leser zu berichten, dass der Kampf mit Ungarn überhaupt eine Unterbrechung erfahren hatte. Es hatten zu Anfang des Jahres 1621 mit Bethlen Friedensverhandlungen begonnen, die aber resultatlos verliefen, worauf die kaiserlichen Streitkräfte in Ungarn derart in Anspruch genommen wurden, dass Ferdinand es auch in diesem Jahre dem Kurfürsten von Sachsen überlassen musste, Schlesien im Zaume zu halten, und nicht im Stande war, sich selbst der Oberpfalz zu bemächtigen, um auf diese Weise den steigenden Forderungen des Herzogs von Baiern nachzugeben. Nach Deutschland drangen nur dunkle Gerüchte von diesen Schwierigkeiten, nicht einmal Mansfeld war besser unterrichtet, so fern ab lag Ungarn von dem damaligen civilisirten Europa und nur die Thatsache, dass man in Wien in der zweiten Hälfte des Jahres 1621 das Ohr gegen die englischen Aussöhnungsversuche nicht verschloss, konnte auch den minder Eingeweihten die Ueberzeugung aufdrängen, dass der Kampf gegen Bethlen ein harter war. Er erreichte seinen Höhepunkt kurz vor der Zeit, als sich Mansfeld aus der Oberpfalz zurückzog und lieferte den Beweis, dass die Chancen für den Pfalzgrafen nicht so ungünstig standen, wenn sich seiner zu gleicher Zeit treue Freunde in Deutschland angenommen hätten. Wir wollen die wechselnden Vorgänge in Ungarn schildern, ehe wir über den sich aufs Neue entspinnenden Kampf in der unteren Pfalz berichten.

Man wird sich erinnern, wie erfolglos die Anstrengungen der französischen Gesandtschaft zur Herbeiführung eines Ausgleichs zwischen dem Kaiser und Bethlen bis zur Schlacht auf dem weissen Berge waren. Kaum gelangte jedoch die Nachricht von dem unglücklichen Ausgange derselben zu dem letzteren, so verliess ihn der bisherige Uebermuth, er zog sich von Pressburg nach Tyrnau zurück und ersuchte um freies Geleite für zwei Magnaten, durch die er neue Unterhandlungen anknüpfen wünschte. Seinen Bundesgenossen gegenüber that er allerdings so, als ob er an nichts anderes dächte, als an eine Fortsetzung des Krieges und wir haben gesehen, in welcher Weise er die Mährer bedrohte,*) als sie Anstalten machten sich

*) Band III, S. 383.

dem Kaiser auszusöhnen. Seine Vertreter waren noch nicht in Bethlen angelangt, als sich die französischen Gesandten be-
 zogen fanden, das Werk der Vermittlung noch einmal in die
 Hand zu nehmen und den Herrn von Préaux mit Zustimmung
 einmüthig an den Fürsten von Siebenbürgen schickten und
 ihm verlangten, dass er ohne Rücksicht auf seine bisherigen
 Bundesgenossen die Bedingungen bekannt gebe, unter denen
 er bereit sei Frieden zu schliessen. Bei Bethlen war der an-
 scheinliche Schrecken aber mittlerweile einer ruhigeren Ueber-
 zeugung gewichen, er wies die Friedensunterhandlungen zwar
 ab, von sich, erklärte aber dem Herrn von Préaux, dass er
 im Verein mit den böhmischen Ständen und ihrem Könige
 dieselben einwilligen könne. Um ihnen zugleich in ihrer
 gegenwärtigen Bedrängniss zu helfen, verlangte er den Abschluss
 eines Waffenstillstandes, der sich auf den ganzen Kriegsschau-
 erstrecken sollte und drohte, bei dessen Verweigerung,
 dem Sultan in die Arme zu werfen.*) Nur in dem
 Falle, wenn sich seine Bundesgenossen den Friedensverhand-
 lungen nicht anschliessen würden, war er erbötig selbständig
 weiterzugehen und mit dem Kaiser allein einen Vergleich abzu-
 schliessen.**)

Die französische Gesandtschaft beeilte sich hierüber an
 den Kaiser Bericht zu erstatten und zugleich um eine rasche Ent-
 scheidung zu bitten, da Herr von Préaux von den katho-
 lischen Edelleuten aus der Umgebung Bethlens auf das drin-
 gendste ersucht worden war die Angelegenheit zu beschleunigen.
 Zudem vergingen mehrere Tage, bis der Kaiser erklärte, dass
 die Verhandlungen nur auf Bethlen und die Ungarn be-
 zogen sein und den Waffenstillstand nur dann bewilligen wolle,
 wenn der erstere seine Verbindung mit Böhmen lösen würde.***)
 In diesem Bescheide schickte der Herzog von Angoulême den
 Herrn von Croisilles zu Bethlen, der sich nun entscheiden
 musste, ob er sein Loos von dem seiner Bundesgenossen trennen
 wollte oder nicht. In einer Conferenz, die zwischen Croisilles,

Lettre par Mess. les Ambassadeurs le 13 Dec. Ambassade.

Ambassade. Propositions faites à l'Empereur le 5 Dec. 1620.

Response de l'Empereur sur les propositions susdites in der Ambassade.

dem Kanzler Pechy und Emerich Thurzo abgehalten wurde, entschlossen sich die Vertreter Bethlens zum Betreten eines Mittelweges, sie verzichteten auf den Waffenstillstand, da er nur durch formelle Preisgebung des Pfalzgrafen zu erlangen war, aber sie waren bereit die Friedensunterhandlungen zu beginnen und dieselben auf Ungarn zu beschränken, allerdings immer mit der eingestandenen Absicht, jede Gelegenheit zu ergreifen um die Interessen des Pfalzgrafen zu wahren. So ist es auch zu verstehen, wenn Bethlen, trotz der eben ausgesprochenen Bereitschaft allein mit dem Kaiser zu verhandeln, einige Tage später die französischen Gesandten benachrichtigte, dass der Pfalzgraf zu Verhandlungen bereit sei und seine Commissäre abschicken wolle. *) Konnte er auch nicht hoffen, dass dieselben zugelassen würden, so wollte er doch so viel bewirken, dass das künftige Schicksal des Pfalzgrafen ein Verhandlungsgegenstand zwischen ihm und dem Kaiser bilden solle. **)

Die französischen Gesandten berichteten dem Kaiser über den Erfolg von Croisilles' Reise, mussten aber auch diesmal viele Tage auf eine Antwort warten, so dass sie schon glaubten, man wolle bei Hofe nichts mehr von den Unterhandlungen wissen. Dem war aber nicht so, die wiener Regierung nahm ihre Vermittlung an und theilte ihnen mit, dass sie Bruck an der Leitha als den Ort ausersehen habe, wo dieselbe ihren Anfang nehmen sollten, dass sie fünf Commissäre dahin absenden wolle und den Ungarn sowie dem Fürsten Bethlen die Wahl der ihrigen freistelle. Der letztere war mit diesen Bestimmungen nicht einverstanden, weder wollte er in den vorgeschlagenen Versammlungsort einwilligen, noch dem Kaiser die Wahl seiner Commissäre freistellen und namentlich keine Ungarn unter denselben dulden. Sein Hass kehrte sich hauptsächlich gegen Nicolaus Eszterhazy, den glänzendsten Vertheidiger der kaiserlichen Rechte, aber gerade diesen Mann wollte der Kaiser von den Verhandlungen nicht ausgeschlossen wissen. Die Franzosen trugen ihrem Boten nach Tyrnau auf, Bethlen zur Nach-

*) Responce de Mr. le Prince de Transylvanie 19 Dec. 1620. Ambassadeur.

**) Memoire donné par le Sieur Venay. Ebenda.

igkeit zu bewegen und gelangten diesmal zum Ziele. Zu den Vertretern bestimmte der Fürst von Siebenbürgen den Palatin Sigismund Forgach, den Grafen Franz Batthyany, seinen zler Pechy und zwei andere Räthe und setzte den 4. Januar 1621 Termin zum Beginn der Verhandlungen fest.*) Der Palatin schwor den Kaiser die Friedensverhandlungen nicht zu vernachlässigen, sondern sich des erschöpften Landes zu erbarmen. Wenn Friede geschlossen würde, so dürfe er überzeugt sein, dass an Niemandem einen treueren und erfahreneren Bundesgenossen gewinnen würde, als an Bethlen. — Forgach musste wohl am besten wissen, was es mit Bethlens Treue für ein Verhältniss habe und ebenso wenig konnte es ihm unbekannt sein, dass der Fürst nach dem Besitz von ganz Ungarn strebe. Da er also den Kaiser zum Frieden mahnte, so muthete er wohl das Opfer seiner Ansprüche zu, ein Ansinnen, das in Wien nicht ohne Beleidigung, so dass man den Palatin aufforderte, seine Mahnungen anderswohin zu richten und dafür zu sorgen, dass des Kaisers Rechte auf Ungarn hergestellt würden.**)

Dem Beginne der Verhandlungen stellten sich mittlerweile

Hindernisse entgegen. Die Franzosen wollten nicht nach Wien gehen, weil sie gehört hatten, dass die wenigen bessern Häuser in diesem halb zerstörten Städtchen mit Verwundeten angefüllt seien, unter denen epidemische Krankheiten wütheten. Die Franzosen schlugen deshalb Wiener-Neustadt vor, in welchen Vorschlag der Kaiser mit der Erklärung einstimmt, dass er für diesen Ort in einen Waffenstillstand willigen würde, der sich auf das Gebiet zwischen dem linken Ufer der Leitha und dem rechten Ufer der Donau erstrecken solle. Als Bethlen um seine Zustimmung dieser Neuerung ersucht wurde,***) geriet er in grossen Zorn.

Das Gebiet von Bruck schon zu weit gelegen, wie viel mehr Wiener-Neustadt, auch das Waffenstillstandsgebiet war ihm viel zu eng, er wollte es auf den ganzen ungarischen Kriegsschauplatz ausdehnen, und beschuldigte die kaiserlichen Räthe, dass

Memoire présenté à Mss. les Ambassadeurs dd. 31 Dec. 1620. Ambassade.

Ung. Staatsarchiv. Der Palatin an den Kaiser dd. 6. Januar 1621. —

Ebenda der Kaiser an den Palatin dd. 9. Jan. 1621.

Instruction donnée au Sieur de Casenauve. Ambassade.

sie durch stets neue Bestimmungen bezüglich des Berathungs-
 ortes jede Friedensverhandlung unmöglich machten,*) eine Be-
 schuldigung, mit der er im Unrecht war, da ja die Franzosen
 es waren, die Wiener-Neustadt vorgeschlagen hatten. Die kaiser-
 lichen Rätthe erklärten sich nicht nur bereit nach Bruck zu
 gehen, sondern befürworteten auch eine grössere Ausdehnung
 des Waffenstillstandsgebietes bei dem Kaiser, der in Folge davon
 erbötig war auch Pressburg und Tyrnau — die gegenwärtige
 Residenz Bethlens — in dasselbe einzubeziehen.***) Es zeigte
 sich aber, dass nicht die angeschuldigten Rätthe, sondern Bethlen
 und seine Anhänger es waren, die stets ein neues Haar in
 die Sache fanden. Denn als die Franzosen nach Hainburg gehen
 wollten, weil Bethlen diesen Ort vorzog, erhob der Palatin
 Vorwurf gegen den Kaiser, dass er den ungarischen Commis-
 sären daselbst nur fünf Häuser einräumen wollte, statt
 sechs, deren sie bedürften, und dass er ihrem Fürsten den
 Königstitel versage und dadurch von vornherein den Frieden
 erschwere. Diesmal verloren aber die Franzosen die Geduld,
 und als Bethlen abermals die Ausschliessung der zwei Ungarn
 Kaiser zu den Verhandlungen designirten Ungarn verlangte,
 erklärte der Herzog von Angoulême, dass er augenblicklich
 nach Hause zurückreisen werde, wenn man noch weiter diese
 unbillige Verlangen stelle.***)) Jetzt endlich gab Bethlen
 seine Zustimmung zur Zulassung der beiden Ungarn, hing derselbe
 aber eine Klausel an, die zu neuen Zerwürfnissen Anlass bieten
 musste, denn er verbot seinen Commissären mit Eazterhazy
 1621 in irgend eine Verhandlung zu treten. †) Am 25. Januar reisten
 endlich die französischen Gesandten nach Hainburg ab und
 gleichzeitig mit ihnen die kaiserlichen Commissäre, die Graf
 Meggau, Breuner und Solms, der Bischof von Fünfkirchen,
 Dallos und Nikolaus Eszterhazy.

*) Bethlen an die französischen Gesandten dd. 6. Jan. 1621. Ambassade.

***) Copie de l'instruction donnée au Sieur de Casenauve le 10 Janvier
 1621. Ambassade. — Ebenda. Lettre à Mons. de Puyieux dd. 11. Jan-
 vier 1621.

***)) Instruction donnée par Mrs. les Ambassadeurs à Mons. de Croisilles
 19 Janvier 1621. Ambassade.

†) Bethlen an die französischen Gesandten dd. 20. Januar 1621. Ambassade.

In Wien hatten vor der Abreise der genannten Commissäre erholte Berathungen über die Bedingungen stattgefunden, denen man Frieden schliessen wollte und man war zuletzt zu dem Entschlusse gelangt, die Wiederherstellung der kaiserlichen Herrschaft in ihrem ursprünglichen Umfange und die Tätigkeitserklärung der Königswahl Bethlens zu verlangen. Letztern wollte man eine Entschädigung durch die Zuweisung einiger Güter bieten, gegen die ungarischen Stände wollte man aber streng verfahren, nicht alle in Gnaden aufnehmen, sondern die hervorragendsten Anhänger Bethlens mit der Confiscation ihrer Güter bestrafen. Man trug sich in Wien mit der Hoffnung, dass man die Theilnahme an dem Aufstande in Ungarn, wenn auch nicht so hart wie in Böhmen, doch in der That werden ahnden können, wie man dies in Oesterreich und Bayern zu thun beabsichtigte, ja noch mehr, man wollte sich nicht bloss mit den ungarischen Gütern bereichern, sondern auch der ungarischen Verfassung, diesem härtesten Stein des Anstoßes, eine unheilbare Wunde versetzen. Deshalb wollte man um die öfter eintretende Calamität zu verhüten, dass die Besatzung einer Grenzfestung mit dem Feinde in Unterhandlung trat und den Platz ihm übergab, gesetzlich die Zulassung anderer Besatzungen verlangen oder zum wenigsten sich durch die Ernennung bewährter Commandanten sichern. Die Rechte der katholischen Latins sollten vermindert werden, weil durch dieselben die königliche Gewalt allzu sehr in den Schatten gestellt wurde, endlich die katholische Kirche in den Besitz ihrer Güter zurückgeführt werden. Diesen verschiedenen Wünschen gab man eine Instruction, welche die kaiserlichen Unterhändler mit sich führten, nur insofern Ausdruck, als man ihnen auftrug die volle Wiederherstellung der kaiserlichen Herrschaft zur Basis der Verhandlungen zu machen.*) — Man ersieht aus diesen Angaben, wie weit der Kaiser davon entfernt war, die Anerbietungen, die er Anfang des Jahres 1620 dem Fürsten Bethlen gemacht hatte, wiederholen. In seiner Zuversicht wurde er durch den König von Baiern bestärkt, dem er neben den Franzosen das

Wiener Archiv. Ungarische Traktation. — Ungarisches Staatsarchiv. Instruction für die kaiserlichen Gesandten dd. 15. Jan. 1620.

Vermittlungsgeschäft übertragen wollte. Maximilian lehnte zwar die Aufforderung ab, indem er erklärte, dass seine Räte in den ungarischen Angelegenheiten nicht bewandert seien, aber er ermahnte den Kaiser die Verhandlungen nur auf Bethlen und die Ungarn zu beschränken und beiden nichts zu bewilligen, was seinen Rechten abträglich wäre. *)

Als die kaiserlichen Commissäre nach ihrer Ankunft in Hainburg den französischen Gesandten ihren Besuch abstatteten, sprach der Bischof von Fünfkirchen dem Könige von Frankreich den Dank für seine Vermittlung aus, welche Ansprüche Préaux in höflicher Weise beantwortete, dabei seinem Vertrauen zu den versöhnlichen Gesinnungen des Kaisers Ausdruck gab und um die Mittheilung der Friedensbedingungen bat, damit die Unterhandlungen nach dem Eintreffen der ungarischen Commissäre sofort eröffnet werden könnten. Die Ruhe des Bischofs wich nun einer leidenschaftlichen Aufregung, er schilderte die Angriffe, die der Kaiser von Bethlen habe erdulden müssen, zeichnete diesen mit den schwärzesten Farben und behauptete, dass man mit diesem Menschen nicht verhandeln könne, er habe nicht das geringste Anrecht auf irgend einen Theil von Ungarn und solle nach Siebenbürgen zurückkehren, wo er sich die Ermordung seines Vorgängers der Herrschaft bemächtigt habe. Von Bedingungen, unter denen die kaiserliche Herrschaft in Ungarn hergestellt werden sollte, könne keine Rede sein, die Ungarn müssten um Verzeihung für ihre Verbrechen flehen und auch diese könne der Kaiser nicht allen gewähren. Die Franzosen staunt hörten diesem leidenschaftlichen Ergüsse zu, die Heftigkeit und starre Unnachgiebigkeit, die aus der Rede hervorleuchtete, übte einen schlechten Eindruck auf sie aus, der nur durch die Erwägung gemildert wurde, dass der Sprecher ein Magyar war und diese Nation sich nach „der Erfahrung der Gesandten in ihrer Sprechweise vielfacher Uebertreibung schuldig machte,“ und dass die Entscheidung ohne Weiteres in Wien erfolgen müsse, wo man zwar auch bei verschiedenen Gelegenheiten eine ähnliche Sprache führte, aber schließlich doch nachgab.

*) Sächs. StA. Maximilian an Ferdinand dd. 30. Nov. 1620.

Sie erwiderten daher kühl, dass sie der Hoffnung Raum ließen, der Kaiser werde von seiner so vielfach bethätigten Milde und Versöhnlichkeit nicht ablassen und nicht Forderungen stellen, die nur dann am Platze seien, wenn er drei Hauptzwecke gewonnen und Bethlen gefangen genommen hätte. Sie dürfe nicht vergessen, welche günstigen Bedingungen dem Kaiser noch vor kurzem geboten worden seien und wie er durch sein so rücksichtsloses Vorgehen den Türken in die Arme fallen lassen werden würde. Meggau und Breuner bemühten sich, den bösen Eindruck zu verwischen, den die heftige Rede des Kaisers hervorgebracht hatte, sie erklärten, dass der Kaiser bei seiner Rückforderung seines Königsreichs eigentlich keine Bedingungen zu machen brauche, dass er aber dennoch bereit sei, die Wünsche der Ungarn zu hören und über die Bewilligung derselben nachzudenken, kurz, dass er mit ihnen und mit Bethlen verhandeln wolle.*)

Während die Kaiserlichen mit den Franzosen auf diese Weise die brennendsten Tagesfragen erörterten, bereiteten die Franzosen ihren Einzug mit einem möglichst zahlreichen und prächtigen Gefolge vor und gaben den Franzosen dadurch Gelegenheit zu einer abschätzigen Bemerkung; sie erklärten die Ungarn für das eitelste oder besser gesagt, das prahlendste Volk Europa's, vergassen aber dabei auf die eigene Niederlage zu schlagen. Als Vertreter Bethlens präsentirte sich der Graf Pechy, als Vertreter Ungarns erschienen der Palatin Sándor, ferner Paul Jakusith, Paul Apponyi und Joseph Sándor. Am Tage nach dem Einzuge machten die ungarischen Comités den Franzosen ihre Aufwartung und überreichten ihnen ein Schreiben von Bethlen und den ungarischen Ständen, worin Schmeicheleien über die Grösse ihres Königs und über die Bemühungen zum Besten der ungarischen Krone überliefen. Der Kanzler Pechy spielte bei dieser ersten Zusammenkunft eine ähnliche Rolle, wie Tags vorher der Bischof von Prag. Auch ihn suchte Préaux zu beschwichtigen und seine Nachgiebigkeit zu stimmen und bat gleichfalls um Mit-

27.
Jan.

* Der Bericht über diese Scene in der Ambassade. Ungar. Staatsarchiv: Bericht des kaiserlichen Commissärs an Ferd. dd. 25. Jan. 1621.

theilung der Bedingungen für den allfälligen Frieden. Am Nachmittag erwiderten die Franzosen den Besuch und als sie dabei diese Forderung wiederholten und die Ungarn zur Mäßigung ihrer Ansprüche ermahnten, erhoben diese statt dessen ein leidenschaftliches Geschrei über den Ton eines vom Kaiser an den Palatin erlassenen Schreibens, dessen Datum unbekannt ist, in dem wir aber jene Antwort vermuthen, die der Kaiser dem Palatin auf seine Friedensermahnungen zukommen liess, in welcher er die Wiederherstellung seiner Herrschaft in Ungarn und sonach die Verzichtleistung Bethlens auf die gemachten Eroberungen verlangte und hiebei dessen Anhänger in wegwerfender Weise bezeichnete. Die Franzosen fanden die üble Aufnahme dieses Schreibens gerechtfertigt, ersuchten jedoch die Ungarn ihrer Empfindlichkeit nicht weiter Raum zu geben, sondern die Verhandlungen zu beginnen und die Bedingungen ihrer Aussöhnung mit dem Kaiser zu bezeichnen. Nun wollten aber die Ungarn ebenso wenig von einer Nachgiebigkeit gegen den Kaiser hören, wie Tags zuvor der Bischof von Fünfkirchen von einer solchen gegen die Ungarn, sie beriefen sich auf ihr Recht über ihre Krone nach Belieben verfügen zu dürfen und meinten, dass sie nicht wüssten, welche Bedingungen sie für den Frieden anbieten sollten: wolle der Kaiser ihr Freund sein, so seien sie ihrerseits bereit ihm beizustehen, ihn als die Haupt der Christenheit anzuerkennen und ihn mit Gut und Blut zu unterstützen, wenn die Türken ihn angreifen würden, von einer Unterwerfung unter seine Herrschaft könne aber keine Rede sein.

Diese Sprache verletzte die Franzosen mehr als die Tags vorher von Dallos geführte: nach ihrer Ansicht hatte der Kaiser ein unanfechtbares Recht auf die Herrschaft über Ungarn und nur über die für die Stände und für Bethlen vortheilhaft zu gestaltenden Bedingungen bei der Restaurirung derselben wollten sie eine Verhandlung zugestehen und nur zu diesem Behufe hatten sie die Vermittlung übernommen. Sie erklärten deshalb, dass sie die Wiederherstellung der kaiserlichen Herrschaft als eine unanfechtbare Basis für die weiteren Besprechungen ansähen und dass sie die ungarischen Forderungen nur dann als berechtigt anerkennen würden, wenn sie sich auf die Sicherung ihres Be-

es und ihrer Freiheiten und auf einige dem Fürsten Bethlen gewährenden Vortheile beziehen würden. Trotzdem wollten Ungarn nicht nachgeben und von Ferdinands Anerkennung nichts wissen; sie meinten unter anderem, dass es ebenso widerthümlich sei, einem von seinem Volke frei gewählten Könige zuzuthun auf seine Herrschaft zu verzichten, als thöricht von Ferdinand Friedensbedingungen zu stellen, wie wenn er das schon in seiner Gewalt hätte. Die Franzosen behaupteten dagegen, dass der faktische Besitz des Landes das Recht des Königs nicht beseitigen könne, der in feierlicher Weise gewählt und gekrönt worden sei. Den Einwurf Pechy's, dass Ferdinand die Krönungseid nicht gehalten habe und die Ungarn mithin kein Recht gewesen seien, zu einer Neuwahl zu schreiten, lehnten die Franzosen mit dem Nachweise ab, dass der Kaiser seit Matthias' Tode die Regierung nicht ausgeübt, sondern sie dem Fürsten überlassen und dass der Aufstand ihn jeder weiteren Verantwortung überhoben habe.

Die ungarischen Commissäre mussten nun mit sich zu Rade gehen, ob sie ihren Widerstand fortsetzen und dadurch die französische Vermittlung vereiteln, oder ob sie sich mit Ferdinand unter gewissen Bedingungen einigen wollten. Es entschied sich, dass ihr Beschluss schon gefasst und ihre bisherige Haltung nur ein Manöver gewesen war, durch das sie sich möglichst günstige Bedingungen sichern wollten, denn nach allerlei weichenden Phrasen erklärten sie zuletzt, dass sie bereit seien, Ferdinand als ihren König anzuerkennen, wenn er ihnen und Bethlen vortheilhafte Bedingungen stellen würde. Die Franzosen theilten sich dies den kaiserlichen Commissären mitzuthellen und sie zu fragen, in welcher Weise sie diese Wünsche zu erfüllen gedächten.

Auf diese Art wollten aber die letzteren die Verhandlungen nicht einleiten: sie waren nur bereit die ihnen allenfalls gestellten Bedingungen zu erwägen, nicht aber den Ungarn von vorn herein Gnaden anzubieten. Eine Zusammenkunft der beiderseitigen Vertreter, die die Franzosen vorschlugen, scheiterte an der Titelfrage, da die kaiserlichen Commissäre dem Bethlen den Fürstentitel zuerkennen wollten. Auch diesmal liessen sich die Franzosen angelegen sein die Ungarn zur Nach-

giebigkeit zu bewegen und vor allem nahm sich der Herzog von Angoulême der kaiserlichen Sache tapfer an. In seinem Auftrage fand sich Herr von Croisilles bei Pechy ein und stellte ihm die Gefahren eines längeren Widerstandes vor. Die siegreiche Armee des Kaisers sei im Anzuge; sobald sie sich eine feste Operationsbasis geschaffen habe, sei das Schicksal des Landes besiegelt. Diese günstige Ansicht von dem Stande der kaiserlichen Sache entsprang dem Umstande, dass Buquoy in diesen Tagen nach Ungarn vorgedrungen war und sich eines Schlosses nördlich von Pressburg bemächtigt hatte.

So nicht bloss von den Fortschritten der kaiserlichen Waffen, sondern auch von den Franzosen geängstigt versprach Pechy, dass Bethlen auf die ungarische Herrschaft verzichten und auf den königlichen Titels nicht bedienen (nicht aber, dass er niederlegen) werde, wenn der Kaiser ihn entschädigen und eine Auszeichnung behandeln wolle und die Stände Ungarns die Garantie dafür übernehmen und auch zufriedengestellt würden. Er wollte jetzt nach Tyrnau fahren um seinen Herrn über den Stand der Verhandlungen Bericht zu erstatten, da er jedoch die Donau wegen des Treibeises nicht passiren und deshalb Hainburg nicht verlassen konnte, so bemühten sich die Franzosen die kaiserlichen Commissäre zu einer entsprechenden Gegenklärung zu drängen, damit Pechy mit bessern Informationen versehen abreisen könnte. Aber diese wiederholten nur die frühere Rede: sie seien nicht befugt Anerbietungen zu machen sondern nur Anträge und Bitten entgegenzunehmen und ihn über an ihren Herrn zu berichten.*) In einer vertraulichen Unterredung mit dem Palatin liessen sie etwas von den Bedingungen verlauten, unter denen Ferdinand die Ungarn zu Gnade aufnehmen wollte, die Restitution der katholischen Kirchengüter stand da obenan. Die in Wien anwesenden Vertreter fremder Mächte glaubten damals aus den siegessicheren Belä-

*) Depeche au roy le 2 Fevrier 1621. Ambassade. — Ung. St. A. B. kais. Commissäre an Ferdinand dd. 31. Januar und 1. Febr. 1621. — Das ungarische Staatsarchiv enthält über diese Verhandlungen nicht bloss die gesammte kais. Correspondenz, sondern auch die von den kais. Commissären geführten Protokolle.

unangehenden Persönlichkeiten schliessen zu dürfen, dass im kaiserlichen Cabinet, berauscht durch die Unterwerfung denselben, auch in Ungarn durch die Waffen zum Ziele zu gehen hoffe und den hainburger Verhandlungen keine Bedeutung mehr beilege. Was an diesen Vermuthungen richtig war, erfuhr Meggau und Eszterhazy erfahren, als sie Anfangs März nach Wien abreisten um sich neue Instructionen zu empfangen. *) Da die Donau wieder passirt werden konnte, so verfügte auch Pechy nach Tyrnau zu seinem Herrn und zu den versammelten ungarischen Ständen.

Meggau und Eszterhazy bemühten sich in Wien vom Kaiser eine bestimmte Erklärung zu erlangen, welche Entschädigung er dem Bethlen leisten und welche Zusage er den ungarischen Ständen machen wolle. Es zeigte sich in der That, dass die wiener Kreise von dem Uebermuth beherrscht waren, die fremden Gesandten zu beobachten glaubten. Der Kaiser erklärte, dass er zwar von Bethlen keine öffentliche Verzichtung auf die Krone von Ungarn verlange, dass er aber nur mit ihm Frieden schliessen werde, wenn er faktisch auf die Krone verzichten, sie ausliefern, sich des königlichen Titels nicht mehr bedienen und dies in einer geheimen Urkunde verzeichnen wolle. Er müsse ferner das Land verlassen, die Grenzprovinzen übergeben, die böhmischen und österreichischen Flüchtlinge namentlich den Grafen Thurn und den Freiherrn von Salmirchen, sowie die beiden Vettern Emerich und Stanislaus Batthyany und den Grafen Batthyany ausliefern, den Katholiken ihnen entrissenen Güter zurückstellen und die Conföderationsurkunde übergeben, durch die sich Ungarn mit Böhmen und Oesterreich verbunden hatte. Für Alles dies bot ihm der Kaiser Güter im Werte von 2 bis 300,000 Thaler, die Fürstbischöfe von Oppeln und Ratibor und den deutschen Fürstentitel von der Abtretung der 13 Comitate, die in Folge der hainburger Verhandlungen an Bethlen überlassen worden waren, diesmal keine Rede sein und nur im äussersten Falle ihm vorbehalten der jenseits der Theiss gelegenen Comitate während seiner

*) Sächs. StA. Zeidler an Kursachsen dd. 20, 30. Jan. 1621.

Lebenszeit abgetreten werden, doch sollte er die in denselben befindlichen Grenzfestungen dem Kaiser öffnen und auch den Katholiken ihren Besitz wieder zurückstellen.

Waren diese Anerbietungen für Bethlen geringfügig, man bedenkt, dass man ihm die Verzichtleistung auf fast seine Eroberungen zumuthete, so waren die Zusagen, die der Kaiser gleichzeitig den ungarischen Ständen machte, eigentlich nur auf den Schein berechnet. Er wollte ihnen nur „die Freiheiten“ gewährleisten (also die in seinem und seines Vorgängers Krönungsdiplom festgesetzten nicht mehr zugestehen hoffte, wenn sie sich durch dieses Versprechen überlisten ließen), würden eine Handhabe zur Rekatholisierung des Landes zur Kräftigung seiner Herrschaft zu gewinnen. Von einer allgemeinen Amnestie schied er, weil er die Besitzverhältnisse unangetastet lassen wollte. In Wien war man sich indessen bewusst, dass man mit so geringen Anerbietungen schwer zum Ziele gelangen würde, wenn man sich nicht des Beistandes einer der einflussreichsten Personen versichern könnte und beschloss deshalb den Versuch zu machen den Kanzler Pálffy zu bestechen. Der Kaiser gab den Auftrag, man solle die Güter anbieten und ihm versprechen, dass er ihn bei der Werbung um Siebenbürgen nach Bethlens Tode unterstützen werde. *) Mit diesen Instructionen kehrten Meggauer und Eschhazy nach Hainburg zurück.

3.
Febr.
1621

Bei der nun folgenden Zusammenkunft zwischen den französischen Gesandten und den kaiserlichen Commissären blieben die letzteren in ihren Anerbietungen noch hinter der erhaltenen Weisung zurück, da sie dem Fürsten Bethlen nur eine geringe Schädigung in Gütern im Werte von 200000 Gulden anbieten konnten. Als die Franzosen sie fragten, ob der Kaiser den ungarischen Ständen ihre (durch die letzten Krönungsdiplome) neu erworbenen Freiheiten garantiren würde, lehnten sie dies schroff ab, wodurch die religiösen Streitigkeiten Thor und Angel geöffnet wurden. Damit war das Rekatholisierungsprogramm ziemlich eingestanden und die Franzosen wurden im katholischen Interesse versucht dasselbe zu unterstützen. Die ungarischen Stände soll-

*) Ung. St.A. Ferdinand an seine Commissäre in Hainburg dd. 2. Febr. 1621

mit einigen allgemeinen Zusicherungen begnügen: sobald bestimmte, oder wie die Commissäre dies bezeichneten „unabte“ Forderungen stellen würden, werde man den Krieg aufnehmen und die Ruhe im Lande um jeden Preis stellen, d. h. klarer ausgedrückt, Ungarn in die Lage von unten bringen.

Nach dem Schlusse dieser Conferenz verfügten sich die Czosen zu den ungarischen Commissären um dort zu vernehmen, welche Nachrichten und Vorschläge Pechy, der auch rückgekehrt war, mitgebracht habe. Es zeigte sich, dass die Forderungen, die Bethlen und die ungarischen Stände für ihre Krönung stellten von gleichem Hochmuth zeugten, wie die kaiserlichen Commissäre, beide Theile bedienten sich einer Sprache gegenüber einer Sprache, als wenn der Gegner ganz eine Niederlage und überboten sich in heuchlerischen Phrasen. „Um Christenblut zu schonen“, so schrieb man aus Wien, „wird der Kaiser in Unterhandlungen mit Bethlen, den er sonst aus Siebenbürgen vertreiben könne. Bethlen versicherte, dass er dem Kaiser „ein treuer und gehorsamer Diener“ und ihm die höchste Ehre erweisen werde, wenn er einen ewigen Frieden mit ihm abschliessen würde.“ Hinter diesen Worten verbarg sich der tiefste Hass und die bitterste Verachtung einer- und die schmachlichste Treulosigkeit andererseits. Pechy erklärte, dass es seinem Fürsten nicht um Geld, sondern um eine ehrenvolle Stellung zu thun sei und diese könne er nur dadurch wahren zu können, wenn ihm der Kaiser die Verwaltung von Ungarn in der bisherigen Weise überlasse, dagegen wolle demselben die Regierung oder (um dieser Gelegenheit ihr Mäntelchen zu nehmen) den leeren Titel eines Königs zurück vorenthalten. Er wolle sich des Königstitels in der abschliessenden Vertragsurkunde nicht bedienen, aber auch nicht ihn verzichten, sondern ihn nur ruhen lassen. Im Auftrage der im Tyrnau versammelten ungarischen Stände erklärte Pechy, dass sie vom Kaiser nicht bloss die Bestätigung der Gelegenheit der beiden letzten Krönungen zugestanden hätten, sondern auch der im vorigen Jahre in Neusohl gegebenen Beschlüsse (durch die der Einfluss des Königs auf ein Reichthum beschränkt und die katholische Kirche fast ihres

ganzen Besitzes beraubt wurde) verlangten und zu gleichzeit zu wissen wünschten, was der Kaiser unter den „alten Freiheiten“ verstehe, deren Bestätigung er anbiete. Schliesslich sprachen sie die Hoffnung aus, der Kaiser werde in Zukunft jene Zahlungen zur Unterhaltung der ungarischen Grenzfestungen fortsetzen, welche in früheren Zeiten von den böhmischen und österreichischen Ländern geleistet wurden. Der Inhalt dieser Forderungen ging also dahin, dass der Kaiser für den leeren Titel eines Königs von Ungarn (da ja Bethlen die Verwaltung führen sollte) und für die mehr oder weniger unsicheren Einkünfte, die ihm aus diesem Lande erfliessen würden, sich einer förmlichen Tributzahlung verstehen sollte.

Pechy begab sich darauf zu den kaiserlichen Commissären um ihnen dieselben Mittheilungen zu machen und die Angebote des Kaisers zu vernehmen. Die Grafen Meggauer und Breuner, von denen er empfangen wurde, gingen ihm gegenüber in ihren Erklärungen nicht weiter als gegen die Franzosen; sie schwiegen also noch immer von der vom Kaiser zugestandenen Abtretung einiger Comitate und wollten sich nur auf die Erhöhung der Entschädigungssumme auf 300000 Gulden oder auf die Abtretung einiger dieser Summe entsprechenden Güter verweisen. Auf dies hin gab Pechy die Hoffnung auf einen gedeihlichen Abschluss der Verhandlungen auf und reiste nach Tyrnau ab, um sich weitere Instructionen zu holen.

Jetzt erst erinnerten sich die kaiserlichen Commissäre ihrer Vollmacht, nach der sie befugt waren, die Abtretung einiger jenseits der Theiss gelegenen Comitate anzubieten, aber nicht um dem entsprechend zu handeln, sondern um nochmals bei dem Kaiser anzufragen, ob sie dieses Anbot thun sollten. Ihre Meinung nach durfte Bethlen keinen Fuss breit Bodens in Ungarn besitzen, sie wollten, dass Buquoy vorrücke und den Fürsten zur Nachgiebigkeit zwingt. *) Diesen Vorschlag brachte Graf Breuner nach Wien, erläuterte ihn wohl noch mündlich und bewirkte in der That, dass Ferdinand seinen früheren Beschluss rückgängig machte und in die Abtretung der Theisscomitats

*) Relatio commissariorum ad Ferd. II dd. 6. Febr. 1621. Ung. St.A.

er nicht mehr einwilligte, sondern dem Fürsten nur 400000 Gulden in Geld, theils in Gütern und den deutschen Fürstentitel abzutreten. Bezüglich der ungarischen Stände beharrte er bei seinem ursprünglichen Entschluss, namentlich wollte er nichts von einer Befriedigung der neusohler Reichstagsartikel wissen. *)

Mit dieser Resolution kehrte Breuner am 9. Februar nach Hainburg zurück und Tags darauf traf auch Pechy aus Tyrnau ein.

Bethlen war jetzt nachgiebiger und wollte sich in Verhandlungen über die Grösse des ihm in Ungarn abzutretenden Gebietes einlassen, er bestand also nicht mehr auf der Abtretung

13 Comitate, aber auf den Königstitel wollte er auch jetzt nicht verzichten, sondern sich seiner nur nicht bedienen. In der Unterredung, die Pechy mit Meggau und Breuner hatte, sagte er sie für die Annahme dieser Forderungen zu gewinnen, während er predigte nur tauben Ohren. **)

Die Verhandlungen bezüglich der Befriedigung Bethlens dauerten nun einige Tage, während welcher Zeit die ungarischen Commissäre sich bemühten bessere Zusagen für die Stände zu erwirken. Die kaiserlichen Bevollmächtigten, die nichts anderes als die „alten Freiheiten“ anzubieten hatten, lehnten weitere Verabredungen mit der Erklärung ab, dass zunächst die Verhandlungen mit Bethlen geschlossen und er sich aus dem Lande entfernt haben müsse, bevor den ungarischen Ständen irgend welche Zugeständnisse gemacht werden dürften. Nur in dem Falle, wenn die Ungarn sich von Bethlen trennen und ihre Unabhängigkeit an den Kaiser durch die That beweisen würden (was durch einen Angriff auf Bethlen), dann wolle der Kaiser sich für ihre Befriedigung mit ihnen unterhandeln. Der Palatin, welcher bei den Zusammenkünften bisher nur eine untergeordnete Rolle gespielt hatte, trat nun aus seiner Reserve hervor und suchte die kaiserlichen Commissäre in vertraulichen Gesprächen zu grösserer Nachgiebigkeit zu bewegen. — Er sah sehr gut ein, was man in Wien unter den „alten Freiheiten“ verstehe und mit welchen Plänen man sich dort trage und verlangte

*) Ung. StA. Ferdinand II an seine Commissäre in Hainburg dd. 7. Febr. 1621.

**) Ung. StA. Die kaiserlichen Commissäre an Ferdinand dd. Hainburg 11. Febr. 1621.

also, dass man den ungarischen Ständen ohne Hinterhalt den Genuss aller ihrer Privilegien, namentlich soweit sie im Krönungsdiplome Ferdinands II enthalten seien, verbürge, ihnen eine allgemeine Amnestie ertheile und das Versprechen gebe, fortan keine deutschen Truppen in den Grenzfestungen zu stationiren. Es sollte also das freie Bekenntniss der Religion und der Besitzstand gesichert und allfällige Angriffe auf beides durch die Entfernung der fremden Truppen unmöglich gemacht werden. Bezüglich des letzten Punktes hätten die Ungarn vielleicht einige Nachgiebigkeit gezeigt, da die trefflich geschulten und disciplinirten deutschen Truppen das Land besser gegen die türkischen Angriffe schützten als die einheimischen, aber es kam nicht zum Streite über diesen Punkt, da die Verhandlung gleich bei dem ersten scheiterte. *) Die kaiserlichen Commissariaten in ihrem dem Kaiser erstatteten Bericht nicht nachzugeben und keine Amnestie zuzugestehen, höchstens könne er statt der perhorrescirten „alten Freiheiten“ jene Freiheiten setzen, die „allen vier Ständen zukämen, also auch dem geistlichen Stande.“ In dieser Fassung liess sich das zu vereinbarende Friedensdiplom künftig so auslegen, dass eine Verfolgung der Protestanten möglich war, denn dem geistlichen Stande kam keine Religionsfreiheit zu. **)

Pechy, der mit den neuen Anerbietungen des Kaisers (die die Auszahlung von 400000 Gulden betrafen) nach Tyrnau gereist war, brachte von Bethlen die Erklärung zurück, dass er sein Schicksal nicht von dem der ungarischen Stände trennen wollte, mithin die Befriedigung seiner Ansprüche von der ihrigen abhängig mache. Diese Erklärung rief bei den wiener Staatsmännern den Verdacht hervor, dass er, im Falle man auf seine Forderungen nicht einging, die Verhandlungen unter dem Vorwande abbrechen würde, dass der Kaiser den ungarischen Ständen nicht die gewünschten Garantien für ihre Freiheiten biete. Bezüglich seiner eigenen Forderungen hatte Bethlen dem Pechy eine Art Ultimatum mitgegeben, in dem er sie nicht etwa ermässigte, sondern nur detaillirte. Er verlangte die Herzog-

*) Ung. St.A. Die kais. Commissäre an Ferd. dd. 16. Febr. 1621.

**) Ebenda Die kais. Commissäre an Ferd. dd. 18. Febr. 1621.

er Oppeln und Ratibor und die Güter von Munkács für
 und seine Erben, einen Gutsbesitz in Böhmen im Wert
 200000 Gulden, den Titel eines „Reichsfürsten“ und eines
 arischen Fürsten“, und eine entsprechende Ausschmückung
 es Wappens mit dem ungarischen Königswappen, endlich
 Lebenszeit den Besitz und das Regiment über vier jenseits
 Theiss gelegene Comitate; die übrigen neun, die er vermöge
 pressburger Vertrages inne hatte, verlangte er nur als Lehen,
 richterliche*) Verwaltung derselben wollte er dem Palatin
 lassen. Wenn wir diese letzte Bedingung recht verstehen,
 ging sie darauf hinaus, dass Bethlen die königlichen Ein-
 fte aus diesen neun Comitaten beziehen, dem Palatin aber
 n Einfluss auf die Regierung gestatten wollte, den er sonst
 züben pflegte.

Als der Kaiser diese Forderungen ablehnte,**) erklärten die
 arischen Commissäre, dass sie die Verhandlungen abbrechen
 ten, und so war der Bruch, den die kaiserlichen Com-
 säre so oft gewünscht hatten, unmittelbar bevorstehend. Da
 ste sie aber die Angst vor einem so folgenreichen Schritte,
 erbaten sich Bedenkzeit, um dem Kaiser Bericht erstatten
 können und ermahnten ihn in demselben nicht zur starren
 nachgiebigkeit wie bisher, sondern rieten ihm zur Erneuerung
 es Anbots bezüglich der Comitate jenseits der Theiss.***)
 uner und Eszterhazy reisten nach Wien, um dort weitere
 klärungen zu geben und nahmen zugleich einen Brief des
 tins mit, worin dieser seine Ansicht über die Verhandlungen
 inandersetzte. Er war für die Ueberlassung der Theiss-
 itate an Bethlen, weil sie weniger wert seien, als wenn
 Kaiser Güter im Werte von 3—400000 Gulden abtrete
 ersuchte zugleich, dass man den Ständen die in dem letzten
 ungsdiplome vereinbarten Freiheiten garantiren möge.†)

Dass nur die richterliche Verwaltung gemeint war, ergibt sich aus dem
 Schreiben der kais. Commissäre an Ferdinand dd. 24. Febr. 1621. Ung.
 StA. — Ebenda. Die kaiserl. Commissäre an Ferd. dd. 20. Febr. 1621.
 Ung. StA. Ferdinand an die Commissäre in Hainburg dd. 22. Febr. 1621.
 Ebenda. Die kaiserlichen Commissäre an Ferdinand dd. 24. Febr. 1621.
 Ung. StA. Der Palatin Sigmund Forgach an Ferd. dd. 24. Febr. 1621.

Die Entscheidung des Kaisers war diesmal nachgiebiger, er verstand sich zur Ueberlassung dreier Comitate*) und zur Zahlung von 300000 Gulden oder zur Anweisung mehrerer dieser Summe entsprechenden Güter, mit den ungarischen Ständen wollte er jedoch nicht weiter verhandeln und sich durch keine Zusage binden.**)

Die kaiserlichen Commissäre kamen ihrem Auftrage wieder nur theilweise nach, indem sie nur die drei Comitate aber nicht die Summe von 300000 Gulden anboten. Sie hatten nämlich aus einer Unterredung mit den französischen Gesandten, die mit Pechy in ununterbrochenem Verkehre standen, die Hoffnung geschöpft, dass sich Bethlen zufrieden geben würde, wenn man ihm noch ein viertes Comitats verspräche und da sie dessen Wert geringer anschlugen als jene Entschädigungssumme, so berichteten sie hierüber an den Kaiser,***) der sie in Folge dessen bevollmächtigte dem Bethlen ein viertes Comitats unter der Bedingung anzubieten, dass er von allen andern Entschädigungsansprüchen Abstand nehme. †)

Ueber dieses Anbot wollte der Kaiser nicht mehr hinausgehen: wenn Bethlen sich damit nicht zufrieden gab, so sollten die Verhandlungen abgebrochen werden. Sein Muth wurde durch die Nachricht gehoben, dass sich eine Trennung zwischen den ungarischen Magnaten und Bethlen vorbereite; thatsächlich klagte der letztere, dass die Commissäre, welche die ungarischen Stände nach Hainburg geschickt hätten, vom Kaiser bestochen seien. Wir finden für diese Behauptung keinen Beweis, doch zeigte 1621 sich der Palatin seit Ende Februar den Einflüsterungen der kaiserlichen Unterhändler zugänglicher als früher; am 1. oder 2. März erklärte er sogar, dass er sich dem Kaiser anschließen werde, falls der Friede nicht zu Stande käme. Man durfte mit Gewissheit hoffen, dass das Beispiel des Palatins nicht ohne Nachahmung bleiben werde und schon sprachen die kaiserlichen

*) Szathmar, Sabolics und Ugachia.

***) Ferdinand an die Commissäre in Hainburg dd. 27. Febr. 1621.

***) Ung. StA. Die kaiserlichen Commissäre an Ferdinand dd. 1. März 1621.

†) Ferdinand an seine Commissäre dd. 2. März 1621.

Commissäre die Hoffnung aus, dass Georg Szechy und Georg Rákóczi, die beiden Generale Bethlens, sich dem Palatin anschliessen würden. Auch die Gewinnung von Bosniak schien möglich. Die Zersetzung in den Freundschaftsverhältnissen zwischen Bethlen und den ungarischen Magnaten wird uns dadurch am deutlichsten, wenn wir erwägen, dass der Fürst von Siebenbürgen mit Szechy, Rákóczi, Bosniak, Emerich Thurzo und Illeshazy im Juli 1620 einen Bund auf Leben und Tod abgeschlossen hatte, durch den sich die genannten für die ganze übrige Lebenszeit zum treuen Ausharren in der Bekämpfung Ferdinands und zur wechselseitigen Unterstützung verpflichteten, und nun wankten gerade diese Säulen.*) In Wien hoffte man aus diesen Zerwürfnissen den grössten Vortheil zu ziehen, und entwarf schon den Plan zur Organisirung einer provisorischen Regierung für die in Ungarn zu occupierenden Gebiete.

Der Abbruch der Verhandlungen schien unso unvermeidlicher, als Pechy, der sich wieder zu Bethlen begeben hatte, von dort aus schrieb, dass der letztere sich mit weniger als sieben Comitaten nicht zufrieden geben werde. Man konnte aber auf kaiserlicher Seite noch nicht zum Angriffe übergehen, da Buquoy erklärte, dass seine Truppen nicht marschbereit seien, dass es ihm an Proviant fehle, dass die Wege grundlos seien und deshalb die Commissäre, die er in Hainburg besuchte, aufforderte, die Verhandlungen noch hinzuschleppen und den schon zweimal verlängerten Waffenstillstand nochmals zu erneuern.**) Mancherlei Anzeichen deuteten jedoch darauf hin, dass Bethlen jetzt selbst zum Angriffe übergehen werde, denn er rückte mit 4000 Mann von Tyrnau nach Pressburg. Er schickte zwar nochmals seinen Kanzler nach Hainburg, aber die Instruction, die er ihm mitgab, bewies, dass er den Bruch

*) Ung. StA. Die kaiserlichen Commissäre an Ferdinand dd. 5. März 1621. — Puncta resolutionis S. M.^{te} in tractatus Heinburgensi dd. 5. März 1621. — Der Wortlaut des Bündnisses zwischen Bethlen und den fünf Genannten findet sich bei Szilagyi abgedruckt.

***) Ung. StA. Die kais. Commissäre an Ferdinand dd. 9. März 1621. — Ferdinand an seine Commissäre dd. 10. März 1621. — Der Palatin an den Kaiser dd. 11. März 1621.

herbeizuführen suchte, denn Pechy forderte diesmal elf Comitate.*)

Als der Kaiser dies erfuhr, wollte er nichts von der Weiterführung der Verhandlungen wissen**), trotzdem wurden sie noch nicht abgebrochen und zwar durch die Bemühung der französischen Gesandten, die selbst die Forderungen des Fürsten so unverschämt gefunden hatten, dass sich einer von ihnen, Bethune, zu Pechy verfügte und seinen Herrn mit dem Zorn Ludwigs XIII bedrohte, wenn er sich nicht mässigen würde. Darauf hin reiste Pechy abermals zum Fürsten***) und kehrte mit einer neuen Erklärung zurück, nach der sich Bethlen bezüglich der Comitate mässigte, aber dafür die erbliche Uebertragung ausgedehnter Güter verlangte, die von den bisherigen Besitzern ausgelöst und ihm überantwortet werden sollten; für die ungarischen Stände verlangte er eine allgemeine Amnestie und die Garantie ihrer Freiheiten. Preaux überbrachte dem Kaiser diese Forderungen den kaiserlichen Commissären, die hierüber an den Kaiser berichteten und diesmal eine weitere Nachgiebigkeit empfahlen. Nur für die allgemeine Amnestie wollten sie sich nicht erwärmen, wie sehr sich auch der Palatin bemühte, sie für dieselbe zu gewinnen. †)

Auf diesen Bericht hin arbeitete man in Wien zwei Diplome aus, von denen das eine Bethlen, das andere die ungarischen Stände betraf und schickte sie als Ultimatum nach Hainburg. Der Inhalt des letztern ist uns nicht bekannt, wenn wir aber den bisherigen Verlauf der Verhandlungen berücksichtigen, so können wir nicht in Zweifel sein, dass es den Wünschen der ungarischen Stände nicht Rechnung trug, sondern sich in allgemeinen Versicherungen hielt, die spätere Verfolgungen ermöglichen sollten. In dem den Fürsten Bethlen betreffenden Document hiess es, dass wenn derselbe den königlichen Titel ablegen, da

*) Ung. StA. Die kaiserlichen Commissäre an Ferdinand dd. 11. März 1621.

— Ebenda. Die kaiserl. Commissäre an Ferdinand dd. 12. März 1621.

**) Ebenda. Ferdinand an seine Commissäre dd. 15. März 1621.

***) Ebenda. Die kaiserlichen Commissäre an Ferdinand dd. 16. März 1621.

— Ung. StA. Die kaiserl. Commissäre an Ferdinand dd. 22. März 1621.

†) Ebenda. Die kaiserlichen Commissäre an Ferdinand dd. 26. März 1621.

— Der Palatin an den Kaiser dd. 29. März 1621.

me ausliefern, sich nicht weiter in die ungarischen Angelegenheiten mischen, den Erben Drugeths de Homanna und den abtlichen Geistlichen und Edelleuten ihre Güter zurückstellen, der Kaiser ihm die Herzogthümer Oppeln und Ratiborlich, vier jenseits der Theiss gelegene Comitate aber auf Lebenszeit unter der Bedingung ertheilt, dass die Bewohner dieser Comitate nach wie vor zu den Reichstagen zugelassen werden und der Jurisdiktion des Palatins unterworfen bleiben. Außerdem wollte der Kaiser ihm noch den Reichsfürstentitel theilen, 100000 Gulden baar auszahlen und Munkacs in der Hand übergeben, dass es von seinen Erben gegen Zahlung von 100000 Gulden ausgelöst werden könne. *)

Die beiden Diplome wurden am 8. April dem Kanzler ¹⁶²¹ Pechy und den ungarischen Commissären vorgelesen und von diesen vielfach bekrittelt. Pechy verlangte für den Fürsten Sigismund statt Munkacs und wünschte, dass die ihm zu gewährenden Zugeständnisse nicht von der nachträglichen Zustimmung des ungarischen Reichstages abhängig gemacht würden, wogegen die ungarischen Commissäre an ihrem Diplome zu tadeln hatten, dass darin die Beobachtung des Krönungsdiploms nicht ausgesprochen sei, so wie dass der Kaiser in den Grenzfestungen deutsche Truppen unterhalten wolle und von den Ständen als Rebellen spreche. **) Der Kaiser, dem diese Klagen überreicht wurden, wollte ihnen nicht Rechnung tragen und nur unter der Bedingung sich zur Ertheilung einer Amnestie verpflichten, wenn die Stände die deutschen Besatzungen in ihre Lehenhäuser aufnehmen würden, denn nur dann fühlte er sich sicher in den wiedererworbenen Rechten. ***) Man war also in der Verfassungsfrage in Wien unnachgiebig, bezüglich der Amnestie wollte man sich aber zu einem milderen Auftreten entschliessen. Dieser Umschwung zeigte sich in der Behandlung, man Emerich Thurzo zu Theil werden lassen wollte. Er, Haupt und der geistige Leiter des Aufstandes, der bisher

Kittseer Archiv. Conventio seu contractus utriusque partis commissariorum super contentatione Bethleni. Ein zweiter Entwurf im ung. StA. Ung. StA. Ferdinand an seine Commissäre dd. 9. April 1621. Ebenda. Ferdinand an seine Commissäre dd. 11. April 1621.

treu bei Bethlen ausgeharrt und jenen Verbindungseid eingehalten hatte, war jetzt schwankend geworden und wie sehr sich Pechy in seinen Briefen aus Hainburg bemühen mochte, ihn vor den absolutistischen Gelüsten der wiener Staatsmänner zu warnen und zum festen Ausharren an Bethlens Seite zu bereden, so hatte er doch nicht verhindern können, dass Thurzo dem Kaiser um seine Begnadigung ersuchte, die ihm sofort gewährt wurde. Wenn Ferdinand einem Mann verzieh, der in Ungarn dieselbe Rolle gespielt hatte, wie Thurn in Böhmen, so konnte er doch nicht, ohne den Vorwurf der schreiendsten Ungerechtigkeit auf sich zu laden, die Minderschuldigen bestrafen. Indem man in Wien in Betreff der Amnestie sich zu weitgehenden Concessionen entschloss, glaubte man sicherlich, dass dies den oben angedeuteten Bruch zwischen Bethlen und den Magnaten beschleunigen werde. Gewiss ist, dass Bethlen die in seiner Umgebung immer deutlicher zu Tage tretende Friedenssehnsucht mit grossem Aerger wahrnahm und gerade in diesen Tagen die bei ihm weilenden Magnaten fragte, ob sie lieber Frieden haben wollten, als den Krieg. Als die Gefragten ihm ihre Geneigtheit zum Frieden kundgaben, frug er weiter, ob sie den Brief vergessen hätten, in dem sie dem Sultan erklärten, dass sie sich lieber seiner Herrschaft unterwerfen, als das Joch des Kaisers auf sich laden wollten. Da Emerich Thurzo und sein Vetter Stanislaus von diesem Briefe nichts zu wissen behaupteten, brauste Bethlen heftig auf und sagte, er wisse schon, was diese ihre Haltung bedeute und er werde fortan sein Interesse in anderer Weise wahren. *)

Trotzdem suchte Bethlen die Wahrung desselben nicht etwa in einem friedlichen Ausgleich mit dem Kaiser. Er war ein kalter, und rücksichtsloser Egoist, denn in allen seinen Beziehungen zur kaiserlichen Partei machte er unbedenklich von groben Lügen und Heucheleien Gebrauch, so dass man ihn mehr für den Häuptling einer asiatischen Horde, als für einen Fürsten im civilisirten Europa ansehen könnte. Nichtsdesto-

*) Ung. StA. Die kaiserlichen Commissäre an Ferdinand dd. 13. April 1621.
— Archiv der ung. Akademie. Der Palatin an Emerich Thurzo dd. 2. April 1621.

iger kann man ihm weder ein bedeutendes Herrschertalent, noch eine scharfe Einsicht in der Beurtheilung politischer Verhältnisse absprechen. Er bethätigte das erstere in Siebenbürgen, durch ihn die Sicherheit des Eigenthums, der allgemeine Wohlstand und das Staatseinkommen eine nie dagewesene Höhe erreichten; seinen politischen Scharfblick bekundete er in seinem Verhalten zur Pforte, mit der er sich nur zögernd in Allianzverhandlungen einliess, vor allem aber darin, dass er jetzt die Verhandlungen mit dem Kaiser abbrach, obwohl er im Augenblicke keine kräftige Unterstützung von den ungarischen Ständen erwarten konnte, da sie geneigt waren gegen das blosses Versprechen der Amnestie sich mit Ferdinand zu versöhnen. Ein weislicher Mann hätte sich mit den Anerbietungen des Kaisers begnügt, hätte Frieden geschlossen und wäre nach Siebenbürgen zurückgekehrt. Er sah aber ein, dass, wenn Oberungarn (und dieses handelte es sich) dem Kaiser ohne weitere Bedingungen überliefert würde, das absolute Regiment daselbst Platz finden, dem deutschen Einfluss Thor und Angel öffnen und

Ruin des ungarischen Adels zur Folge haben würde. Vielleicht hätte dies dem Lande frommen können, aber dass damit die eigene Herrschaft untergraben worden wäre, konnte er nicht verhehlen und so durfte er um seiner Sicherheit willen in den Friedensschluss mit dem Kaiser nicht willigen, sondern dieser sich nicht dazu verstand, die ungarische Verfassung und die im Krönungsdiplom enthaltenen Zusicherungen zu bekräftigen und so sich selbst eine Ausnützung des Sieges unethisch zu machen. Er konnte nicht hoffen im Kriege bessere Bedingungen zu erlangen, als sie ihm jetzt geboten wurden, aber war schon des Kampfes wert, wenn er den Kaiser zur rückwärtigen Anerkennung der ungarischen Verfassung zwang und mit das kaiserliche Regiment auch ferner zur Ohnmacht verurtheilte und sich selbst die weitere Einmischung ermöglichte.

Da Bethlen wegen der geringen Anerbietungen, die der Kaiser den ungarischen Ständen machte, die Verhandlungen nicht abbrechen konnte, weil diese ja nicht mehr dagegen protestirten, so leitete er den Bruch damit ein, dass er die eigenen Verhandlungen höher spannte. Wir wollen dieselben nicht weiter

aufzählen und nur bemerken, *) dass sie das Substrat einer Rathung in Wien bildeten, an der sich neben dem Grafen Brew einige der hervorragendsten ungarischen und zur kaiserlichen Partei gehörigen Würdenträger und zwar der Erzbischof Pázmány, der ungarische Kanzler und Erzbischof von Kalocsa, der Bischof Pyber und der Ban von Kroatien beteiligten und in der einstimmig der Abbruch der Verhandlungen beschlossen wurde. Darauf verfügten sich dieselben Personen, zu denen sich auch die Herren von Harrach und von Trauttmansdorff gesellten, zum Kaiser, wo dieselbe Frage nochmals discutirt und dasselbe Resultat erzielt wurde. **) Buquoy sollte jetzt in Ungarn vorrücken.

17.
April
1621

In denselben Tagen wurde man in Wien auch über die Antwort schlüssig, die man den ungarischen Ständen und dem Palatin auf ihre Bitte um eine Aenderung des für sie bestimmten Friedensdiploms geben wollte. Auch diesmal zeigte man nur im Betreff der Amnestie eine weitere Nachgiebigkeit; der Kaiser versprach den Ständen alle Verbrechen, die sie in Folge der Rebellion seit dem 1. Juli 1619 begangen hatten, zu verzeihen und sie im Genuss ihrer „alten Freiheiten“ nicht zu stören und verlangte dafür, dass die Geistlichen wieder in ihren Besitztümern eingesetzt würden. ***) Dem Palatin wurde für seine bei dieser Gelegenheit geleisteten und noch zu leistenden Dienste eine besondere Belohnung versprochen, †) er wurde nach Wien gerufen, damit er sich dort an der schliesslichen Redaction des Diploms beteilige. ††)

Als Pechy in Hainburg von dem in Wien bezüglich des Vorrückens Buquoy's gefassten Beschluss Kunde erhielt, machte er noch in der zwölften Stunde den Versuch die Verhandlung hinzuziehen, indem er den französischen Gesandten berichtete, dass er soeben von Bethlen die Vollmacht erhalten habe, mit den kaiserlichen Commissären auf Grund ihrer letzten Angebieten den Frieden abzuschliessen, wenn seinem Heere

*) Ung. StA. Die kais. Commissäre an Ferd. dd. 15. April 1621.

**) Ungar. StA. Protokoll der Rathssitzung dd. 19. April 1621.

***) Ung. StA. Entwurf der Formel für die ungarischen Stände. April 1621.

†) Ung. StA. Die Vereinbarung bezüglich des Palatins.

††) Ung. StA. Freies Geleite für die ungarischen Unterhändler.

tet würde, sich in Ungarn noch bis Anfangs Juli halten zu 1621
 t, um nicht durch seinen plötzlichen Rückzug den Hass
 ürken auf sich zu laden. Für dieses Zugeständniss wollte
 fürst dem Kaiser Oedenburg, Pressburg (doch ohne das
 es) und Tyrnau überlassen.*) Es lag auf der Hand, dass
 in die Kräfte Ungarns noch durch einige Monate für sich
 spruch nehmen und sich die steigende Finanznoth des
 es zu Nutzen machen wollte. Die französischen Gesandten
 gten diesen Antrag keiner Beachtung, sondern erklärten,
 sie ihre Mission für beendet ansehen und an den Ver-
 angen nicht mehr Theil nehmen würden. Sie machten
 rasch Anstalten zur Rückkehr in die Heimat, welcher
 bluss indessen nicht bloss durch die Vorgänge in Hainburg,
 en durch einen directen Befehl aus Frankreich veranlasst
 t. Der König und seine Minister waren von der Idee
 Unterstützung des Kaisers abgekommen, sie hatten schon
 das übereilt gegebene Versprechen bereut und hatten
 um den Schein zu retten als aus Aufrichtigkeit die Ge-
 schaft in Wien belassen. Jetzt waren sie der Heuchelei
 überdrüssiger geworden, als die Art und Weise, wie der
 r den Sieg über den Pfalzgrafen auszubeuten gedachte
 wie sich sein Vetter Philipp im Veltlin festzusetzen suchte
 örüber wir später berichten werden — die französischen
 essen zu sehr verletzte. Die dem Kaiser günstige Neutralität
 reichs nahm ein Ende und Ludwig schickte seinen Ge-
 en den Auftrag zu, dass sie auf ihrer Rückreise die Mit-
 er der Union zur Aufrechthaltung ihres Bündnisses ermahnen
 ihnen die Hilfe Frankreichs in Aussicht stellen sollten.**)
 r Befehl kam zu spät, als dass er die Union vor dem
 lle gerettet hätte, aber den Umschlag in der französischen
 k kennzeichnet er in scharfer Weise. Die Abreise der
 zosen von Hainburg hatte die aller übrigen Kommissäre
 Folge.

Einer der Unterhändler in Hainburg erntete für seine
 samkeit einen schlechten Dank. Es war dies der Canzler

Ung. StA. Protokoll der Rathssitzung dd. 19. April 1621.

Lettre du Roy à Mess. les Ambassadeurs dd. 4. März 1621. Ambassade.
 Sely, Der pfälzische Krieg.

Pechy, den Bethlen einige Wochen später des Verraths beschuldigte, in Haft nehmen und bis an seinen Tod im Kerker schmachten liess. In wiefern Bethlen zu dieser Behandlung seines Kanzlers berechtigt war, wissen wir nicht anzugeben, denn wiewohl dem Kanzler von kaiserlicher Seite für seine guten Dienste Güter und selbst die Fürstenkrone von Siebenbürgen nach Bethlens Tode angeboten worden war, so liegt doch kein Beweis vor, dass Pechy diesen Anträgen Gehör geschenkt und seinen Herrn verrathen hätte. Begründeter scheint uns der Verdacht zu sein, dass Pechy im Jahre 1620 dem kaiserlichen Gelde zugänglich war, wie wir dies seiner Zeit andeuteten. Was Bethlen von seiner Schuld überzeugt gewesen, so hätte er gewiss nur in seinem Tode eine genügende Sühne gefunden, die blosser Gefangennahme deutet nach unserer Ansicht an, dass gegen den Kanzler eben nichts anderes als Verdachtsmomente vorlagen. *)

Während der Verhandlungen bediente sich Bethlen durch Pechy zu wiederholten Malen des Kunstgriffes, dass er mit seiner Verbindung mit dem Sultan prahlte und das Ansehen zahlreicher türkischer und tartarischer Truppen behauptete oder dass er vorgab, von dem Sultan auf das heftigste wegen der Unterhandlungen mit dem Kaiser bedroht und zum Abbruch derselben aufgefordert worden zu sein, alles dies, um die kaiserlichen Commissären Schrecken einzujagen und sie dadurch zu grösserer Nachgiebigkeit zu bewegen. In Konstantinopel liess er dagegen durch seine Agenten Stephan Doczi und Johann Rimay versichern, dass es ihm mit den Verhandlungen in Hainburg nicht ernst sei und dass er den Kaiser nur täusche und jede Gelegenheit benütze, um ihm Schaden zuzufügen. Dem Sultan riet er, die günstige Gelegenheit zur Erweiterung seiner Herrschaft nicht zu versäumen und meinte damit nicht eigentlich, dass die Türken den Kaiser angreifen, sondern dass sie ihm nur die nöthigen Hilfstruppen senden sollten; er schrieb zu diesem Ende auch an den Tartarenkhan und bat ihn um seinen Beistand, indem er ihn dabei auf die grosse Beute ver-

*) Katona XXX.

es, die er in Oesterreich machen werde.*) Aber nicht bloss die Truppen sollten ihm die Türken und Tartaren schicken, sondern sollten auch den in Ungarn drohenden Abfall verhüten. Deshalb sollte der Grosswessir im Namen des Sultans einen Drohbrief an die ungarischen Stände richten, ihnen alle weiteren Verhandlungen mit dem Kaiser verbieten und einen persönlichen Brief an ihn selbst (an Bethlen) schreiben und darin dem Kaiser in Erstaunen kundgeben, dass er sich mit dem Kaiser in Verhandlungen eingelassen habe und ihn deshalb verwarnen. Die Briefe wollte Bethlen dann dem Reichstage, den er einberufen gedachte, vorlegen. Den Gesandten trug er auf, zu Verhandlungen zu greifen, da es aber an Geld mangelte, so sollten sie sich mit den noch immer in Konstantinopel weilenden französischen und österreichischen Vertretern ins Einvernehmen setzen und das Geld vorläufig bloss versprechen.**)

Die an dem Bettelstab gebrachten Vertreter der Stände von Oesterreich und Böhmen sparten auch wirklich nicht mit Versprechungen, sondern verpflichteten sich zur Zahlung von 80000 Thalern.***)

In diesem Gewirr von Lügen und Intriguen geht so viel hervor, dass Bethlen die früher so gescheute Allianz mit der Türkei jetzt herbeizuführen suchte. Die Verleumdungen, mit denen ihn das westliche Europa überschüttete und die darin bestanden, dass man ihn für einen Mohammedaner ausgab, wurden durch gerechtfertigt, denn wie sehr man in Ungarn die Herrschaft Ferdinands scheuen oder verurtheilen mochte, sie war doch unendlich erträglicher als das türkische Joch, das diese Allianz im Gefolge haben konnte. Wir bemerken zu allen den strengungen Bethlens, dass die Türken seinen Wünschen nur bezüglich der beiden Briefe nachkamen, bezüglich der Truppen wurde ihm später eine kaum nennenswerthe Hilfe zu Theil. †)

*) Vielfach abgedruckt.

*) Münchner StA. Georg Chezi an Ferdinand dd. 26. April 1621. — Bethlens Brief an den Khan. Török Magyar Kori Történelmi Emlékek, Instruction Bethlens ad Stephanum Doczi et Joannem Rimay dd. 26. März 1621.

*) Verpflichtung der verschiedenen Gesandten zur Zahlung von 80000 Thalern dd. 30. April 1621. Ebenda.

*) Hussein Pascha an die Stände Ungarns dd. 1621 im Frühjahr. Török Magyar Kori Történelmi Emlékek.

II

Ehe wir unsern Bericht über den Wiederausbruch des Krieges beginnen, müssen wir der Ereignisse Erwähnung thun, die während der Verhandlungen in Hainburg auf dem Kriegsschauplatze stattfanden. Der für die Dauer derselben abgeschlossene Waffenstillstand erstreckte sich, wie erinnerlich, nur auf das Gebiet zwischen dem rechten Donau- und dem linken Leithaufer, folglich waren Mähren und das am linken Donauufer gelegene Oesterreich und Ungarn den feindlichen Angriffen nach wie vor ausgesetzt. Diese liessen auch nicht auf sich warten, nur dass sie regelmässig von den flinken und gewandten ungarischen Reitern ausgingen, welche, wie früher, so auch jetzt in Vorpostengefechten und Ueberfällen einzelner Abtheilungen bedeutendes leisteten und dem Gegner in der Regel eine Schlappe zufügten; namentlich war es Mähren, das Bethlen durch zahlreiche Einfälle heimsuchte. Seine Reiter drangen bis Auspitz vor, bestanden dort ein glückliches Gefecht mit den kaiserlichen Truppen, brandschatzten das Land und machten so die Drohung wahr, die er gegen die Stände dieses Landes ausgesprochen hatte.*) Buquoy war durch die schlechte Jahreszeit daran verhindert, seine Streitkräfte zu concentriren, abgesehen davon, herrschte im kaiserlichen Lager ein solcher Mangel an Disciplin, dass sich der spanische Gesandte bewegen fand gegen Buquoy aufzutreten und ihn zu beschuldigen, dass durch seine Nachlässigkeit ein guter Theil des kaiserlichen Heeres zu Grunde gegangen sei. Um weitere Uebelstände und Unglücksfälle zu verhüten schlug Oñate vor, dass neben Buquoy, der sich nur mit dem Entwurf der Operationspläne beschäftigen sollte, ein zweiter General ernannt würde, der hauptsächlich

*) Bethlen berichtet darüber an Friedrich dd. 12. Febr. 1621 (München StA.) *Excursiones continuas indesinentes fiunt in vicinam Austriam et Moraviam, quibus obvia quaeque igne et ferro consumuntur, ita ut perduelles duplicatis jam suppliciiis perjurii poenas luere cogantur, im nempae praeter nostratum invasionem, afflictionem et extremam destationem ab interno quoque hoste, quam ultro recipere, mirifico cruciantur.*

er die Aufrechthaltung der Disciplin Sorge zu tragen hätte. Dieser Vorschlag fand in Spanien lebhaften Anklang und der Gesandte wurde beauftragt die Ernennung dieses zweiten Generals zu veranlassen.*)

Die mannigfachen Erfolge der ungarischen Reiter hoben Muth Bethlens und da er seit Mitte Februar überzeugt ¹⁶²¹ war, dass die Friedensverhandlungen nicht zu dem von ihm gewünschten Resultate führen würden, ermahnte er auch den Herzog zum äussersten Widerstande in Schlesien und erbat von ihm die Zusendung von zwei Regimentern Fussvolk (1000 Reitern, mit deren Hilfe er die Niederlage des Grafen Buquoy in Aussicht stellte.***) Er suchte seiner Bitte durch Grafen Thurn, der in seine Dienste getreten war, eine bessere Aufnahme zu verschaffen und schickte ihn deshalb nach Breslau, damit er mit den schlesischen Ständen einen gemeinsamen Operationsplan verabreden möchte.***) Der Graf erreichte sein Ziel nicht, denn als er nach Tetschen kam, erhielt er die Nachricht, dass Schlesien bereit sei, sich dem Kaiser zu unterwerfen und so kehrte er unverrichteter Dinge zu seinem neuen Aufsatze zurück.†)

Die Reihe der Unfälle auf dem mährisch-ungarischen Kriegsschauplatze nahm nach Mitte Februar für die Kaiserlichen ein Ende, indem der Oberst Tiefenbach sich des Schlosses Theben bemächtigte und da kurz zuvor bei Skalic ein ähnlicher Erfolg erzielt wurde, so hatte Buquoy jetzt zwei Orte in den Händen, unter deren Schutz er den Einmarsch in Ungarn bewerkstelligen konnte.††) Wenige Tage darauf fiel das in der Nähe von Neudorf gelegene Neudorf in seine Gewalt und dieser Erfolg wurde dadurch vervollständigt, dass die Ungarn bei dem

*) Simancas. Oñate an Philipp dd. 19. Jan. 1621. — Ebenda. Der Staatsrath an den König dd. 9. März 1621.

**) Münchner StA. Bethlen an Friedrich dd. Tyrnau den 12. Februar 1621.

**) Memoriale pro Comte Thurn in Silesiam proficiscente dd. 21. Febr. 1621. Münchner StA. — Bethlen an Friedrich dd. 20. Februar 1621. Ebenda.

†) Münchner StA. Pettendi an Friedrich dd. 28. März 1621.

††) Innsbrucker Statthaltereii-Archiv. Stadion an Erzherzog Leopold dd. 24. Februar 1621.

Ueberfälle von Stražnic eine tüchtige Schlappe erlitt Bethlen suchte die durch diese Verluste entstandenen Lücken in seinem Heere möglichst rasch auszufüllen und zog Tyrnau nach Pressburg, von wo aus er einen Versuch machte, Theben wieder in seine Gewalt zu bekommen, allein dieser Versuch misslang und ebenso ein Angriff auf die Kaiserliche Holitsch.***) Trotz aller Vorliebe für seine Landsleute schloß sich Bethlen der immer stärker auf ihn eindringenden Meinung nicht verschliessen, dass seine undisciplinirten Haufen den wohlgeübten feindlichen Truppen auf die Dauer nicht würden Widerstand leisten können. Ehe er daher Nachricht von dem Misserfolge der thurn'schen Sendung erhielt, bat er nochmals den Pfalzgrafen um die Zusendung von Abtheilungen deutschen Fussvolks und deutscher Reiter, berief sich dabei auf das Versprechen des Markgrafen von Jägerndorf, der ihm einige Tausend Mann zu Hilfe schicken wollte, sobald der Pfalzgraf es gestatte.***) Die Verhandlungen mit dem Markgrafen, an die sich im Laufe der Zeit die folgenschwersten Ereignisse knüpften, tritt diese Erklärung offen zu Tage.

Friedrich war es zufrieden, wenn der Markgraf von Jägerndorf sich mit den Truppen, die er unter seinem Commando zusammenhielt, dem Fürsten von Siebenbürgen zur Verfügung stellte.†) Diese Zusage genügte jedoch dem letzteren nicht. Als die Verhandlungen in Hainburg abgebrochen wurden, verlangte er, dass der Pfalzgraf ihm alle Geldmittel überlasse, die er unterdessen zusammengebettelt hatte und versicherte, dass er es mit den Verhandlungen nie ernst gemeint und nur Fleiss Forderungen gestellt habe, die ihren Abbruch zu gehabt hätten: er werde nie- und nimmermehr mit dem Oesterreich einen Frieden abschliessen. Gewiss hätte Friedrich auf diese Bitte den letzten Heller hergegeben, zumal ihn Thurn in einem gleichzeitigen Briefe versicherte, dass es

*) Ebenda. Stadion an Erzherzog Leopold dd. 3. März 1621.

***) Katona XXX, 664 u. ff.

***) Münchner StA. Bethlen an Friedrich dd. 9. März 1621.

†) Münchner StA. Friedrich an Bethlen dd. 19./29. März 1621.

dem Kaiser nie aufrichtig gemeint habe,*) allein diese Feinde erreichten ihn im Augenblicke der grössten Noth, als die Union sich aufgelöst hatte und er von seinem Schwiegervater auf das ärgste bedroht wurde. In seiner Niedergeschlagenheit fand er nicht einmal den Muth zu Versprechungen, er versicherte, dass er an dem Bündnisse mit Bethlen festhalten wolle, gegenwärtig aber keine Mittel zur Verfügung habe um dieselben zu unterstützen. Den Markgrafen von Jägerndorf bewilligte er zu treuem Ausharren auf eigene Kosten und Geldern und ernannte ihn neben Mansfeld zu seinem General im Reich der böhmischen Krone. Vielleicht konnte dieser beherzigen, was ihn in diesen Tagen der ehemalige Oberhauptmann von Schlesien, Johann Christian von Liegnitz, in seiner Zuschrift hoffen liess, nämlich die Wiederaufrichtung der Herrschaft in Schlesien, wenn eine geringe Truppenmacht den im Lande verhassten Bedrückern entgegenstellen würde.**)

Wenn Friedrich nicht ein so armseliger Wicht gewesen wäre, und wenn zwischen Mansfeld, dem Markgrafen von Jägerndorf und Bethlen ein gemeinsamer Operationsplan verabredet worden wäre, so war die Möglichkeit eines Erfolgs gegen den Pfalzgrafen noch immer gegeben, weil die Bewohner des Kriegsschauplatzes auf seiner Seite standen. Da alle Bewerbungen Bethlens um deutsches Kriegsvolk häufig nur mit Versprechungen beantwortet worden waren, so schickte Buquoy nach dem Abbruch der hainburger Verhandlungen nach Ungarn vorrückte, wurde die Lage des Fürsten misslich. Er erfuhr, dass sich zwei seiner Unteranführer Bosniak und Szecheny von ihm lossagten, dass viele Edelleute ihrem Beispiele folgten und die Haltung der übrigen schwankend wurde. Er zweifelte also daran sich in Pressburg oder Tyrnau halten zu können und beschloss deshalb den Rückzug nach Kaschau, wo er auch unverweilt antrat, so dass er in den ersten Tagen des Monats Mai daselbst anlangte. Auf dem Wege traf ihn am 10. Mai 1621 der Markgraf von Jägerndorf, die sich mit ihm über

Münchener StA. Bethlen an Friedrich dd. 22. April 1621. — Ebenda.

Thurn an Friedrich dd. 22. April 1621.

Münchener StA. Johann Christian von Liegnitz an Friedrich dd. 14./24. April und 6./16. Mai 1621.

den wechselseitigen Anschluss verständigen sollten. Da ihm alles daran lag, seinen Rückzug in ein besseres Licht zu stellen, so nahm er seine Zuflucht zu allerlei Lügen und Prahlereien. Sein Heer müsse zuvor die Beute sichern und wenn dies geschehen sei, werde er wieder vorrücken, Wien angreifen und sich Böhmens und Mährens für eigene Rechnung bemächtigen, im Falle sich Friedrich zu Verhandlungen mit dem Kaiser herbeilassen würde. Seine Phantasie verstieg sich dabei zu den kühnsten Behauptungen, er versicherte, dass ihm im verfloßenen Jahre vom Kaiser und von Spanien vier Millionen Gulden angeboten worden seien, wenn er in ein Bündniss mit ihnen trete, wolle, dass er es aber abgelehnt habe, weil er die Habsburger stets bekämpfen werde.*) Thurn, der den Rückzug mitmachte, befolgte die Taktik seines Herrn und versicherte brieflich dem Pfalzgrafen, dass sich Bethlen binnen Monatsfrist unfehlbar an der Spitze von 70.000 Mann befinden und den Zug gegen Wien antreten werde.**)

Buquoy, dem durch diesen Rückzug die Bahn frei geworden 1621 war, rückte gegen Pressburg vor und langte am 29. April daselbst an. Zu gleicher Zeit publicirte der Kaiser ein Patent, in dem er den Ungarn volle Amnestie verhiess, wenn sie binnen einer bestimmten Frist zum Gehorsam zurückkehren würden, sonstige Versprechungen enthielt das Patent nicht, also nicht einmal die des letzten Diploms.***) Mit Buquoy verfügte sich auch der Palatin nach Ungarn um daselbst die Regierung, so weit dies möglich war, in die Hand zu nehmen. — Die Stadt Pressburg versuchte keinen besondern Widerstand, sondern ergab sich dem kaiserlichen General bald nach seiner Ankunft, mehr Schwierigkeiten machte aber das Schloss. Die Verhandlungen, die der Palatin mit dem Commandanten desselben, Zay, anknüpfte, führten nicht zum Ziele und so schritt Buquoy zum Bombardement, das seine Wirkung nicht verfehlte, denn schon 1621 am 6. Mai ergab sich die Besatzung. †) Jetzt häuften sich die

*) Sächs. StA. Schreiben an den Markgrafen von Jägerndorf dd. 8. Mai 1621.

***) Münchner StA. Thurn an Friedrich dd. 14. Mai 1621.

***) Ungarisches StA. Patent Ferdinands dd. 30. April 1621.

†) Ebenda Leopold Peck ad Palatinum dd. 25. April 1621. Katona XXX, 611.

olge der kaiserlichen Waffen, wobei die Verbindungen gute Dienste leisteten, die Ferdinand mit einzelnen Magnaten und Offiziersführern angeknüpft hatte. Tyrnau ergab sich ohne Widerstand und da auch Stephan Palfi, Thomas Bosnyak und János Zrínyi für den Kaiser auf den Kampfplatz traten, brachten sie mit ihren Schaaren die Unterwerfung der ungarischen Bergländer zuwege. Buquoy konnte jetzt nach Neuhausel vorrücken, die Belagerung dieser Stadt versuchen.

Bethlen benutzte die ihm durch die Belagerung gewährte Ruhe, um sein Heer zu ergänzen. In Folge seiner energischen Bemühungen, in denen er von Emerich Thurzo, der trotz seiner Versöhnungsversuche mit dem Kaiser wieder zu ihm hielt, auf die eifrigste unterstützt wurde, sammelte sich in Kaschau eine Tag zu Tag steigende Zahl deutscher Söldner an, die durch das Vertrauen auf einen künftigen Erfolg erhöhten. Um diesen Erfolg sicherer erreichen zu können, suchte er sich in ein Einverständnis mit Mansfeld zu setzen und bat den Markgrafen Maximilian von Jägerndorf in wiederholten Briefen, Schlesien sobald als möglich zu verlassen und zu ihm zu stossen, da die Entscheidung von Ungarn aus ergehen werde. Für den Anfang Juni 1621 bat er auf den Anschluss des Markgrafen, der sich dazu bereit ein festes Versprechen verpflichtet und darauf von Emerich Thurzo auf Rechnung Bethlens Geld empfangen hatte. Um die Verbindung Ungarns enger an sich zu knüpfen, schrieb der Fürst am 1. Juni einen Reichstag nach Eperies aus, dem er das 1621 diplomatische Platom des Kaisers natürlich mit solchen Randbemerkungen beilegen wollte, dass er dessen Verwerfung gewiss zu sein glaubte.*) Ein Theil der ungarischen Stände folgte seinem Rufe und der Erfolg ihrer Berathungen entsprach der angedeuteten Erwartung.

Bethlen bestimmte darauf seinen weiteren Operationsplan dahin, dass er bis zum 15. Juni seine Truppen in Kaschau konzentriren und dann aufbrechen wollte, um dem Markgrafen, der er das Gebirge nach Ungarn ziehen sollte, die Hand zu zeigen.**)

Einstweilen schickte er ihm 2000 Reiter entgegen,

*) Szilagyí a. a. O. Bethlen an Emerich Thurzo dd. 15. Mai 1621.

**) Szilagyí a. a. O. Bethlen an Emerich Thurzo dd. $\frac{27. \text{ Mai}}{6. \text{ Juni}}$ 1621.

um ihn wo möglich vor Angriffen zu sichern.*) Nach der Vereinigung mit dem ersehnten Bundesgenossen hoffte Bethlen über ein Heer von 28000 Mann verfügen zu können, dessen tüchtigsten Theil die deutschen Fussknechte abgeben sollten.**) Dem Commandanten von Neuhäusel, Stanislaus Thurzo, gab er von diesen Rüstungen Kunde und ermahnte ihn zum Ausharren auf seinem Posten, da er bald heranziehen und Buquoy die Spitze bieten werde; dem Emerich Thurzo machte er aber die heftigsten Vorwürfe, dass er eine gegen ihn (Bethlen) gerichtete feindliche Bewegung in seinem Comitate nicht zu unterdrücken vermochte, und erinnerte ihn abermals an die heiligen Verpflichtungen, die der ein Jahr zuvor abgeschlossene Bund ihm auferlege.***) In wie weit die Vorwürfe begründet waren, wissen wir nicht, jedenfalls bemühte sich der Getadelte das Vertrauen Bethlens durch den grössten Eifer wieder zu erringen, denn unter seiner Leitung verpflichtete sich eine grosse Anzahl ungarischer Edelleute zum festen Anschluss an den Fürsten, von dem sie nichts mehr abwendig machen sollte.

1621 Noch im Anfange des Monats Juni konnten sich die Kaiserlichen eines Erfolges rühmen, indem Szecsi sich der Stadt Breszno-Bánya bemächtigte, aber damit schlossen die günstigen Resultate ihrer Operationen, †) da Bethlen jetzt einen Theil seines Heeres auf den Kampfplatz vorausschickte. Die erste Niederlage traf seinen ehemaligen Vertrauten und nunmehrigen kaiserlichen Parteigänger Thomas Bosnyak und wurde durch Verrath herbeigeführt, indem Bethlen denselben unter dem Scheine von Friedensverhandlungen zu sich lockte, dann gefangen nahm und darauf die ihres Führers beraubten Truppen durch einen seiner Generale schlug. Auf die Nachricht von diesem Vorfall, beeilte man sich auf kaiserlicher Seite das in Böhmen und Mähren stehende Kriegsvolk nach Ungarn zu dirigiren und um der Gefahr zu begegnen, die dem von Truppen

*) Ebenda. Bethlen an Emerich Thurzo.

***) Ebenda. Bethlen an Stanislaus Thurzo dd. 10. Juni 1621.

*) Ebenda. Bethlen an Emerich Thurzo dd. 7. Juni 1621.

†) Ebenda. Bethlen an Emerich Thurzo dd. 18. Juni 1621. — Sächs. St. Ferdinand an Kursachsen. — Katona XXX, 688.

blössten Mähren von dem Markgrafen von Jägerndorf drohen rate, ersuchte man den Kurfürsten von Sachsen den letztern Auge zu behalten.

Buquoy war, wie erwähnt, nach der Einnahme von Pressburg nach Neuhäusel gezogen und nahm die Belagerung dieser Stadt in Angriff, nachdem die Besatzung die Aufforderung des Palatins zur Uebergabe mit Verachtung zurückgewiesen hatte. *) Stanislaus Thurzo entwickelte in der Vertheidigung bewundernde Fähigkeiten, denn die Belagerung der an einem kleinen Nebenflusse der Donau gelegenen Stadt zog sich in beträchtlicher Länge, ohne dass die Kaiserlichen ihr Ziel erreichten. Der Palatin erkrankte während dem und musste nach Tyrnau transportiert werden, wo er vom Schlage gerührt sein Leben verlor. Er hinterliess keine grosse Lücke in seiner Partei, da er in seinen Ueberzeugungen stets hin- und hergeschwankt war und folglich wenig verlässlich war. Ursprünglich Protestant, wie die meisten ungarischen Edelleute, hatte er später unter dem Einfluss des Erzbischofs Pazmann nachgegeben und war katholisch geworden, welchem Religionswechsel er wahrscheinlich auch seine Erhebung zum Palatin verdankte. Als Bethlen auftrat, erwies er sich als ein schwacher Vertheidiger der kaiserlichen Rechte, Schritt für Schritt gab er dem Drängen dieses Fürsten nach und betheiligte sich sogar, wie es scheint, an der Wahl zum König; erst in Hainburg entschied er sich wieder für den Kaiser, offenbar weil ihm der Sieg desselben gewiss schien. Als Ferdinand die Kunde von seinem Tode erhielt, beauftragte er die Herren Kaspar Horvath, Stephan Ostrosith und Peter Kohary sich in das Lager Buquoy's zu verfügen und dort die Funktionen des Palatins zu übernehmen. Sie sollten sich mit dem ungarischen Adel für den Anschluss an den Kaiser zu bemühen suchen und über die Widerspänstigen die Güterconfiscation aussprechen. **)

Sieben Wochen waren mittlerweile verflossen, seit Buquoy bei Neuhäusel weilte und noch immer wurden alle seine An-

*) Innsbrucker Statthaltereii-Archiv. Responsio hungarorum militum penes Ujvar existentium ad consilium Palatini dd. 25. Mai 1625.

**) Ung. StA. Kaiserl. Instruction für die genannten Herrn dd. 2. Juli 1621.

strengungen, sich des Platzes zu bemächtigen, vereitelt, wobei namentlich Stephan Horvath, der an der Spitze von etwa 1500 Reitern ausserhalb der Festung stand und das Belagerungsheer ununterbrochen belästigte, eine hervorragende Rolle spielte. Nun waren aber 6000 Mann von Kaschau aus im Anzuge; nach ihrem Eintreffen musste sich die Lage der Belagerer bedenklich gestalten, da sie schon jetzt mit grossen Schwierigkeiten in der Herbeischaffung des nöthigen Proviantes zu kämpfen hatten.*) Da geschah es eines Tages, dass als Buquoy an der Spitze einer kleinen Reiterabtheilung den Einzug einer Proviantkolonne schützen wollte, die Ungarn ihren Vortheil ersahen, die Kaiserlichen angriffen und Buquoy in ein Handgemenge verwickelten. Ein panischer Schrecken ergriff die Begleitung des Generals, die Mehrzahl floh und so fand der Feldherr aus eilf Wunden blutend seinen Tod. Nachträglich fühlten die Flüchtigen die Schmach, die sie sich durch das Preisgeben ihres Feldherrn zugezogen hatten und kehrten um, allein sie fanden nur mehr dessen Leichnam, den sie unter Trauer und Weklagen ins Lager zurückbrachten.**)

10.
Juli
1621

Auf diese Weise endete Karl Bonaventura von Longueval, Graf von Buquoy, Freiherr von Vaux im Alter von 50 Jahren sein Leben. Sein Vater, Maximilian von Longueval, der sich auf den niederländischen Schlachtfeldern ausgezeichnet hatte, und für seine Dienste von Philipp II mit dem Titel eines Grafen von Buquoy belohnt worden war, verlor bei der Belagerung von Tournai sein Leben. Der Prinz Alexander Farnese, der ihn hochschätzte, wandte darauf seine Gunst dem erst eilfjährigen Sohne des Gefallenen zu, und so gelangte Karl von Buquoy schon im Alter von 27 Jahren zu hohen militärischen Würden, er wurde Oberst eines Regiments und Gouverneur von Arras. Später zeichnete er sich bei der Vertheidigung von Amiens gegen Heinrich IV und bei einigen folgenden Gelegenheiten so aus, dass er zum Artilleriegeneral ernannt und von dem spanischen Obergeneral dem Marques von Spi-

*) Münchner StA. Bethlen an den Markgrafen von Jägerndorf dd. 20. Juli 1621.

**) Innsbr. Statthalterei-Archiv. Aldringen an Pappus dd. 10. Juli 1621. — Sächs. StA. Zeidler an Kursachsen dd. 4./14. Juli 1621. — Katona XXX

rend des Krieges gegen Holland bei verschiedenen Gelegenheiten verwendet und zuletzt mit dem Comer ein Corps von 12000 Mann betraut wurde. Als in Frankfurt gekrönt wurde, fand sich Buquoy in Bepinola's daselbst ein und beglückwünschte den neuen kaiserlichen Hof und ein zweites Zusammentreffen hatte zur Folge, dass Mathias in seine Dienste nahm, ihm das Commando über ein Heer übertrug, das gegen den böhmischen Aufstand eingesetzt wurde, und ihm so das Schicksal seines Hauses überließ. Im Verlaufe des Krieges sind viele Anklagen gegen Buquoy erhoben worden: man bezweifelte seine Fähigkeit die Tüchtigkeit seines Charakters, man beschuldigte ihn jede Initiative fehle, dass er den Krieg absichtlich in die Länge ziehe, sich aus Gewinnsucht an den Räuberzügen seiner Truppen betheilige und aus den auferlegten Operationen Vortheil ziehe. Alle diese Beschuldigungen sind unbegründet, dennoch sind seine Verdienste um die Habsburger nicht bestreitbar. Er gebot über eine bessere militärische Disziplin als alle seine Gegner und da diese es nicht vermochten aus seiner übermässigen Vorsicht Vortheil zu ziehen, so konnte er trotz zahlreicher Bewegungen zu durchkreuzen, trotz der drohenden feindlichen Bevölkerung im Felde und man konnte stehen, dass seine nur auf die Vertheidigung berechnet waren. Durch ihn — und das war sein Hauptverdienst — wurde das Verderben des Kaisers hintangehalten, gerettet wurde jedoch erst mit Hilfe des kaiserlichen Heeres unter Tilly, dessen Disziplin seine für die damalige Zeit ganz ungewöhnliche Taktik den Krieg in Böhmen einen so raschen Verlauf gab.

Christian von Liechtenstein, der jetzt das Commando über ein Heer scheint sich keines sonderlichen Zutrauens bei dem Kaiser zu haben, denn als dieser den Tod Buquoy's erfuhr, ernannte er den Obersten Grafen Stadion nach Neuhäusel zum Commando dieses Heeres. Ehe der letztere jedoch anlangte, hatte das kaiserliche Heer die Belagerung

1621 aufgehoben, da Bethlen am 16. Juli mit dem Rest seiner Arme herangezogen kam und die Kaiserlichen, welche schon früher ihren Proviant nur mit äusserster Mühe durch Requisitionen herbeigeschafft hatten, bei längerem Verharren in ihrer Stellung fürchten mussten, dass ihnen diese Möglichkeit ganz abgeschnitten würde. Liechtenstein rief deshalb die Obersten zu einer Berathung zusammen, in der der Rückzug beschlossen und schon um 1 Uhr Nachts angetreten wurde. Der grösste Theil des Belagerungsgeschützes und der Munition musste geopfert werden, wenn man schnell eine gesicherte Position erreichen wollte.*) Trotz dieses mit grosser Eile ausgeführten Beschlusses griffen die rasch nachfolgenden Ungarn die Kaiserlichen bei dem Uebergange über die Neutra an, erstürmten eine am linken Flussufer gelegene, von denselben besetzt gehaltene Kirche und verfolgten sie über den Fluss hinüber, indem sie ihn theils durchschwammen, theils die Schiffbrücke benutzten, die Liechtenstein in der Eile nur halb zerstört hatte und die von ihnen rasch wieder hergestellt wurde.**) Nur die sumpfige Beschaffenheit des Terrains rettete die Kaiserlichen vor einer vollständigen Niederlage und ermöglichte es ihnen Gutta, ein an dem Einflusse der Waag in die Donau gelegenes Städtchen, zu erreichen. Hier stellte Liechtenstein eine Schiffbrücke über die Donau her, um sich mittelst derselben auf die Insel Schütt zu retten, falls der Feind ihm folgen sollte und zu diesem Zwecke liess er den Grafen Schlick mit seinem Regimente schon jetzt auf dieser Insel Posto fassen, um sich gegen allfällige feindliche Angriffe von dort aus zu sichern. Das kaiserliche Heer zählte damals nach Abzug der eben erlittenen Verluste an 8000 Mann grösstentheils Infanterie, während Bethlen über 15000 Mann gebot. In dem Schreiben, in welchem Liechtenstein dem Kaiser von dem Rückzuge Kunde gab, behauptete er fälschlich auf demselben keine Verluste erlitten zu haben und rechtfertigte ihn mit der allerdings gegründeten Behauptung, dass, wenn er ihn nicht rechtzeitig angetreten

*) Innsbr. Statthalterei-Archiv. Berichte aus Ungarn dd. 20. Juli 1621.

**) Münchner Staats-Archiv. Bethlen an den Markgrafen von Jägerndorf d. 20. Juli 1621.

te, das ganze Heer zu Grunde gegangen wäre, da der Feind
 a aller Rückzugspässe bemächtigt hätte.*)"

Die Ungarn verfolgten ihren Sieg, indem sie trotz der
 apftigen Bodenbeschaffenheit die Kaiserlichen ununterbrochen
 ästigten, die Nachzügler niederlieben oder gefangen nahmen,

Gefangenen nach Ofen schickten und dort an die Türken
 kauften. Da die Julihitze, die Strapazen und der verlust-
 le Rückzug die Ausdauer der kaiserlichen Fussknechte
 gegenüber den fortwährenden Angriffen der ungarischen Reiter
 unten, **) beschloss Liechtenstein mit dem Uebergang auf

Insel Schütt nicht länger zu zögern und so den Strom
 sehen sich und seine Angreifer zu setzen. Er wollte nun
 gs der Donau nach dem westlichen Vorsprunge der Schütt
 in die Nähe von Pressburg ziehen, wohin er 500 Mann
 Verstärkung der Besatzung vorausgeschickt hatte. ***) Dort

ante er je nach Bedürfniss entweder nach Pressburg hin die
 nau übersetzen oder aber auf das rechte Ufer gehen und
 h so die Verbindung mit Wien sichern. Als er sich auf dem
 rasche befand, erhielt er die Nachricht, dass die Ungarn unter

aphan Horvath die Donau am Anfangspunkt der Schütt über-
 zt und daselbst eine Schanze errichtet hätten. Graf Schlick
 d Oberst Lebel, die voraus gezogen waren, griffen die Ungarn
 , eroberten die Schanze und tödteten gegen 300 Mann, so
 es die Kaiserlichen wieder alleinige Herrn der Insel waren. †)

ürbemerken, dass Liechtenstein nicht bloss jetzt sondern auch
 iter das kaiserliche Heer commandierte, denn weder er noch
 r älteste Oberst nach ihm, Tiefenbach, waren geneigt den
 asfen Stadion als ihren Vorgesetzten anzuerkennen und so
 teint der letztere wieder nach Wien zurückgekehrt zu sein
 l Ferdinand die Unbotmässigkeit seiner Obersten nicht weiter
 ändet zu haben. ††)

) Katona XXX. Sächs. StA. Max. von Liechtenstein an Ferdinand dd.
 18. Juli 1621.

) Innsbr. Statthaltereii-Archiv. Pappus an Erz. Leopold dd. 23. Juli 1621.

) Innsbr. Statth.-Archiv. Pappus an Erzherzog Leopold dd. 27. Juli 1621.

) Ebenda. Stadion an Erzherzog Leopold dd. 31. Juli 1621. — Ebenda.
 Pappus an Erz. Leopold dd. 1. August 1621.

) Sächs. StA. Zeidler an Kursachsen dd. 5./15. Sept. 1621.

Bethlen rückte mittlerweile mit Ausserachtlassung Liechtensteins nach Tyrnau vor und zwang diese Stadt nach kurzer Gegenwehr zur Capitulation. Der Besatzung, welcher freier Abzug gestattet wurde, mussten sich auch die Väter des dortigen Jesuitenkollegiums anschliessen, die Bethlen Anfangs dem Tode überliefern wollte, aber auf die Bitten einiger hervorragenden Katholiken freigab. Seine Strenge war offenbar mehr auf den Schein berechnet, denn er benahm sich darauf sehr lieblich und würdig gegen die Väter, nahm auf der Weiterreise sogar drei von ihnen in seinen Wagen auf und unterhielt sich mit ihnen über die ihm vom Kaiser in Hainburg angebotenen Friedensbedingungen. Trotz mancherlei trüber Erfahrungen, die die neuerliche Anknüpfung von Friedensverhandlungen nicht erscheinen liessen, hob sich wieder sein Muth, da der so schnell erwartete Markgraf von Jägerndorf sich bei Tyrnau mit ihm vereinte und ihm eine Verstärkung von 8000 Mann grösstentheils Fussvolk sammt der entsprechenden Anzahl von Geschützen zubrachte. Unter welchen Schwierigkeiten diesem Anschluss vor sich ging, darüber werden die folgenden Mittheilungen Aufschluss bieten.

III

Man wird sich erinnern, dass der Kurfürst von Sachsen die Herausgabe des von dem Kaiser bestätigten Accords an die Stände von Schlesien verweigerte,*) weil diese ihr Kriegsvolk noch nicht auf die Zahl von 4000 Mann reducirt hatten. Ihre Bemühungen waren fortan auf die Erfüllung dieser Bedingung gerichtet; in welcher Weise ihnen dies gelang, werden wir später berichten, vorderhand wollen wir das Verhalten des Markgrafen von Jägerndorf gegenüber diesen Massnahmen schildern. Derselbe hätte sich in die Nothwendigkeit gefügt, die neue Herrschaft anerkannt und so das Beispiel des Oberhauptmanns von Schlesien befolgt, aber die über ihn ausgesprochene Acht drängte ihn gewaltsam in die Reihe der Feinde des Kaisers.

*) Band III, S. 437.

s diesem Grunde durchkreuzte er die Verhandlungen der
 esischen Stände mit dem Kurfürsten von Sachsen und wollte
 h nichts von der Entlassung seiner Kriegsknechte wissen,
 dern suchte deren so viele um sich zu versammeln, als seinem
 e folgten. Er war es daher zufrieden, dass Friedrich ihn zu
 em General und bevollmächtigten Commissär *) ernannte
 ihm auftrag auch das von den mährischen Ständen ent-
 ene Kriegsvolk an sich zu ziehen. Als er Anfangs April 1621
 a Haag die Weisung erhielt, sich mit seinen Truppen dem
 sten von Siebenbürgen zur Verfügung zu stellen, **) war
 s nicht ganz seinen Wünschen entsprechend, weil er sein
 aptaugenmerk auf eine Fortsetzung des Kampfes in Schlesien
 etete, da sich aber die sächsischen Truppen daselbst immer
 ar ausbreiteten und auch die Stände ihr Volk mit denselben
 anden, sah er wohl ein, dass seines Bleibens im Lande
 at sei. Er ließ sich von Bethlen 25000 Dukaten zur Ver-
 ständigung seiner Rüstungen aus ***) und setzte mit Hilfe
 eses Geldes in Neisse, wo er sein Hauptquartier aufgeschlagen
 te, seine Werbungen fort. Den Commandanten der in Glatz
 ionirten Truppen gewann er für ein gleiches Auftreten, so
 es dieser die Aufforderung der schlesischen Stände zur Ueber-
 e der Festung zurückwies und sich für „König Friedrich“
 klärte. †)

Der Kurfürst von Sachsen suchte die Rüstungen des Mark-
 grafen zu stören und beauftragte seine Obersten, die einzelnen
 esseren Orte in Schlesien zu beobachten, damit der Jägern-
 dorf aus ihnen keinen Zuzug erhalte, in Böhmen traf man
 bereitungen zu einer Belagerung von Glatz, aber dem einzigen
 ittel, das eine rasche Entscheidung herbeigeführt hätte, einem
 griff auf den Markgrafen in Neisse, scheint man vorsichtig
 dem Wege gegangen zu sein. Dieser selbst, der von den
 rschiedenen gegen ihn gerichteten Massregeln Kunde erhielt,

*) Das Patent bei Londorp wahrscheinlich falsch datirt, das richtige Datum dürfte der 23. April 1621 sein.

*) Münchner StA. Friedrich an Bethlen dd. 19./29. März 1621.

*) Münchner Staats-Archiv. Der Markgraf von Jägerndorf an Friedrich dd. 7. März 1621.

*) Palm. Acta publica 1621, pag. 172.

Gindely, Der pfälzische Krieg.

sandte an die schlesischen Stände einen Drohbrief, in dem er zur Ruhe und zum Gehorsam gegen Friedrich ermahnte. zeitig suchte er für die Bedürfnisse seines rasch zunehmenden Heeres durch gewaltsame Requisitionen die nöthige Vorsorge zu treffen, dass die Kriegsverhältnisse in Schlesien einen ebenso räuberischen Charakter annahmen, wie in den Gegenden, wo Maximilian seinen Truppen hauste. Von dem Abte von Heinrichsdorf der Markgraf eine Contribution von 12000 Gulden, der Kamenz musste 8000, die Stadt Kauth 10000 zahlen. In ähnlicher Weise ging er bei vielen andern Orten und Orten vor; schliesslich nahm er einige Beamten des Erzherzogs der Bischof von Neisse war, gefangen, schleppte sie als Geiseln mit sich fort und gab sie erst gegen ein Lösegeld von 10000 1621 frei. *) Am 13. Juli trat er endlich an der Spitze von 8000 Mann den Marsch nach Ungarn an. Um ihn am Vorrücken zu hindern hatte man kaiserlicherseits den Jablunkapass durch Verfügen durch eine kleine Besatzung unpassirbar zu machen, aber statt diesen Weg einzuschlagen, zog der Jägerndorfer Marsch in Mähren, wo er sich der Stadt Olmütz bemächtigen und eine tüchtige Contribution auferlegen wollte. An diesem Vorhaben wurde er durch das rechtzeitige Einrücken einer waldsteiner Truppenabtheilung gehindert und musste sich mit der Plünderung kleinerer Städte begnügen. Hie und da stiess er auf 1621 Widerstand, bis er endlich gegen Ende Juli in Tyrnau ankam und sich mit Bethlen vereinte. Weder die sächsische noch die schlesischen, noch die unter Waldstein aus Böhme zurückkehrenden Truppen, die zusammen denen des Markgrafen als doppelt überlegen waren, hatten ihn an dem Einfall in Schlesien verhindern können; so zerfahren war die Leitung der verschiedenen Truppenabtheilungen, dass an eine combinirte Vertheidigung nicht gedacht werden konnte.**) Die Einsicht in diese Lage, der Tod Buquoy's und die von Ungarn drohenden Gefahren machten den Kurfürsten von Sachsen so ängstlich, dass er den Kaiser dringend zum Frieden mit Ungarn und zu einem

*) Sächs. StA. Der Herzog von Liegnitz an Kursachsen dd. 29. .

**) Die Nachrichten über den Marsch des Markgrafen hauptsächlich in Palm a. a. O.

en in den Ländern der böhmischen Krone mahnte, damit Zweifelung daselbst nicht um sich greife und den Kaiser zu frühern Erfolge bringe. *) Auch der Oberhauptmann von Mähren, der trotz seiner nahen Verwandtschaft mit dem Kaiser, Inhaber dieser Würde treu an dem Kaiser gehalten zu sein scheint, gab seinen Besorgnissen in einem Schreiben an Ferdinand den ersten Ausdruck und riet zur Aufbietung aller Streitkräfte und zur Ergreifung solcher Massregeln, dass man in dem des Accords sicher sein könnte. **)

Erst vor wir über den Erfolg der Verbindung des Jägerndorfers berichten, müssen wir noch der Operationen Erwähnung thun, welche die Kaiserlichen nach dem Abbruch der hainburger Verhandlungen an dem rechten Donauufer ausführten. Graf Collalto mit dem Commando über die deutschen Streitkräfte betraut, während Eszterhazy mit den ihm unterstehenden böhmischen Truppen zu seiner Unterstützung bestimmt war, kam der erstere nicht ohne Schwierigkeiten, die in dem Mangel an der nöthigen Ausrüstung begründet waren, den Angriff angetreten hatte, zog er nach Güns und eroberte diese Stadt. Von hier wollte er nach Steinamanger ziehen und sich der auf dem Wege dahin liegenden Burg Rechnitz bemächtigen, um sich die Verbindung mit Oesterreich zu sichern. (***) Während er die Burg belagerte, rückte einer der Generale Bethlens Graf Batthyani zum Entsatz heran und schlug in dem Marsche eine Abtheilung Kroaten, die bei Ferdinand II. angekommen hatten, worauf Collalto, ohne die Ankunft der Truppen zu erwarten, die Belagerung aufhob, sich nach Güns zurückzog, dieses verproviantirte und sich dann nach Oesterreich zurückzog, um sich von hier aus mit Liechtenstein zu verbinden. Batthyani lagerte sich nun vor Güns, das er später eroberte und von dem aus er auch zahlreiche Streifzüge nach Oesterreich. †) So kam die kaiserlichen Truppen zu Anfang August mit Ausnahme 1621

*) Gener StA. Kursachsen an den Kaiser dd. 22. Juli 1621.
 **) Herzog v. Liegnitz an Kursachsen dd. 9. Juli 1621. Sächs. StA.
 *) Msbr. Statthl.-Archiv. Collalto an Ferdinand II dd. 28. Mai 1621.
 *) Statona XXX, 679. Ueber die Einnahme von Güns berichtet Zeidler an Kursachsen dd. 5./15. Sept. 1621. Sächs. StA.

einiger festen Plätze und der Insel Schütt aus ganz Ungarn verdrängt. Der Kaiser suchte deshalb um jeden Preis die Lücken in seinem Heere auszufüllen; er befahl, dass sämtliche in Böhmen und Mähren verfügbaren Truppen ihren Marsch nach Ungarn antreten sollten, ordnete frische Werbungen an und überliess es dem Herzog von Baiern, Mansfeld in Schach zu halten, und dem Kurfürsten von Sachsen Schlesien zu sichern.

Bethlen rückte mittlerweile von Tyrnau gegen Pressburg vor und ermahnte von hier aus den Pfalzgrafen doch ja nach Schlesien oder Böhmen zu eilen und den Kampf aufzunehmen, der sich so aussichtsvoll gestalte.*) Der Markgraf von Jägerndorf ersuchte den letzteren um Subsidien und drohte im Falle ihrer Nichtgewährung, dass er sich dem Fürsten von Siebenbürgen in die Arme werfen und ihn als König von Böhmen anerkennen wolle.**) — In Pressburg führte der Oberst Lamberg von Schwendi das Commando über die kaiserliche Besatzung und sorgte für die nöthigen Vorbereitungen zu einer hartnäckigen 1621 Vertheidigung. Am 18. August drang der Feind in die Vorstadt ein und begann mit der Beschiessung des Michaelsthores, da die Kanonen damals nur eine geringe Tragweite besaßen und die Kugeln höchstens 20 Pfund wogen, so war das Bombardement von keiner besonderen Wirkung. Da die Belagerer nicht einmal verhindern konnten, dass von der Donau her einig Hundert Mann und ein bedeutender Viehtransport Zugang zu der Festung fanden,***) hoffte man auf kaiserlicher Seite, dass die Belagerung resultatlos verlaufen werde, zumal man die Donau beherrschte und sich so die Verbindung mit dem Schlosse einigermassen offen hielt. Diese Hoffnung wurde noch mehr gehoben, als die Besatzung einen glänzenden Ausfall machte und bei dieser Gelegenheit gegen 250 Mann niederhieb und mehrere Belagerungsgeschütze vernagelte.†) Bethlen, der sich bei seiner Ankunft vermessen hatte, Stadt und Schloss binnen wenige

*) Münchner StA. Bethlen an Friedrich dd. 24. August 1621.

**) Englisches StA. Nethersole to sir George Calvert dd. 1./11. und 17./17. Sept. 1621. — Ebend. Carleton to sir George Calvert dd. 7./17. Sept. 1621.

***) Innsbr. Statthl.-Archiv. Nachrichten von Schwendi dd. 25. Aug. 1621.

†) Innsbr. Statthl.-Archiv. Nachrichten von Schwendi dd. 30. Aug. 1621. — Ebenda. Pappus an Erzherzog Leopold dd. 26. August 1621.

ein einzunehmen, musste zu dem Schaden auch den Spott erdulden. Wenn die Verstärkungen, welche die Kaiserlichen erwarteten — und man rechnete aus Böhmen und Mähren allein 5000 Mann — rechtzeitig eintrafen und Collalto seine Verbindung mit Liechtenstein bewerkstelligte, so konnte dem Fürsten Siebenbürgen bei Pressburg eine noch empfindlichere Niederlage beigebracht werden, als die der Kaiserlichen bei Neuhäusel gewesen war. Bethlen fürchtete eine derartige Katastrophe und wollte ihr zuvorzukommen, indem er in der Nacht auf den 1. September die Belagerung aufhob und sich zurückzog. Bei dieser Gelegenheit scheint es zu einem ernstlichen Zerwürfniß zwischen dem Markgrafen von Jägerndorf und Emerich Thurzo gekommen zu sein, wobei der erstere dem letzteren Mangel an Kenntnissen in der Kriegskunst vorwarf.*)

Durch den Rückzug von Pressburg beabsichtigte Bethlen zunächst nur sein Heer gegen allfällige Angriffe von Seite des der Schütt lagernden Heeres zu sichern; den Gedanken an eine weitere Offensive gab er noch nicht auf, sondern beschäftigte sich jetzt mit dem Angriffe auf Mähren, an dem ihn die feindliche Besatzung in Pressburg und das auf der Insel Schütt stationirte kaiserliche Heer wenigstens vorläufig nicht hindern konnten. Zunächstlich war ihm Mähren preisgegeben, weil Waldstein, der die kaiserlichen Truppen befehligte, wegen Mangel an Geld nicht vorrücken konnte sondern sich im westlichen Theile des Landes aufhalten musste. Zu allem dem brach im Nordosten des Landes ein Aufstand unter der Landbevölkerung aus, der solche Dimensionen annahm, dass der Kardinal Dietrichstein als Gubernator von Mähren an den Kaiser die Bitte richtete, er möge das auf öffentliche Kosten geworbene Regiment Aldobrandini nicht gegen Pressburg vorrücken lassen, sondern zur Unterdrückung des Aufstandes verwenden; ein Theil der kaiserlichen Streitkräfte sei also durch den innern Feind gebunden.**)

Nachdem Bethlen zuerst der ungarischen Grenzfestung Skalic durch

Ebenda. Schreiben aus Pressburg dd. 2. Sept. 1621.

Innsbr. Statthl.-Archiv. Zwei Schreiben an den Kaiser dd. 8. Sept. 1621.

— Ebend. Dietrichstein an Breuner dd. 8. Sept. 1621. — Ebend. Waldstein an Erz. Leopold.

Verrätherei des Commandanten Rauber, der in seine Dienststadt, bemächtigt hatte, eroberte er die mährischen Städte Scharf-Wesseli und Ungarisch-Brod*) und da sich bei der Einnahme dieser Orte auch der ehemalige Landeshauptmann von Mähren Ladislaus Welen von Žerotin einfand und sie für König Friedrich in Besitz nahm, so schien es auf eine unmittelbare Restauration der pfälzgräflichen Herrschaft abgesehen zu sein.**). Auf kaiserlicher Seite musste man die Hoffnung auf den Einmarsch in Ungarn aufgeben und alle Kräfte zur Vertheidigung Mährens aufbieten. Dem noch immer auf der Insel Schütt lagernden Heere wurde der Befehl ertheilt, die Insel zu verlassen, längs der Donau nach Hainburg zu ziehen und dann nach Mähren vorzudringen, sich mit den dortigen Truppen und den etwa aus Schlesien herbeiziehenden Sachsen zu vereinigen. Geling diese Vereinigung, so gebot man über eine Armee, die der Bethlens und des Pfälzgrafen nicht bloss numerisch überlegen, sondern auch besser geschult und bewaffnet war. Gegen Batthyani, der in der letzten Zeit seine Raubzüge auch auf Steiermark ausgedehnt hatte, ordnete man den Obersten Caraccioli und hoffte dadurch der Gefahr im Rücken zu begegnen.***)

Obwohl diese Befehle rasch durchgeführt wurden, lag das kaiserliche Heer, das etwa 12000 Mann zählte, viel zu weit in Mähren an, um Bethlen an der Eroberung der genannten Orte zu hindern und musste sich vorläufig damit begnügen, sich mit Waldstein zu vereinigen. So kam es, dass die Ungarn noch weiter vordrangen, Littau, Neustadt, Hohenstadt und die Trübau überfielen und plünderten und dadurch auch den in der nahen Festung Glatz befindlichen Anhängern Friedrichs. 1621 machten einen Einfall in Böhmen zu planen.†) Am 20. Octob.

*) Wiener St.A. Pap de Thorway an Dietrichstein dd. 26. Sept. 1621.

***) Sächs. St.A. Zeidler an Kursachsen dd. 26. Sept. 1621. — Eben-
6. Oct.

Ferdinand an Kursachsen. — Innsbr. Statthalterei-Archiv. Stadion an Erzherz. Leopold dd. 30. Sept. 1621. Münchner St.A. Thurn an den Pfälzgrafen dd. 13. October 1621.

***) Harrach'sches Archiv. Memoriale über die weitere Kriegführung. Innsbr. Statthalterei-Archiv. Pappus an Erzherz. Leopold dd. 12. Oct. 1621.

†) Innsbr. Statthalterei-Archiv. Nachricht aus Brünn dd. 17. Oct. 1621.

te in Ungriſch-Hradisch, wo die Vereinigung der kaiserlichen Armee stattgefunden hatte, die Nachricht an, dass die garn sich sogar anschickten die Stadt Olmütz anzugreifen.*) Diese Nachricht war nicht ganz begründet, denn Bethlen hatte die Absicht, sich von seiner Operationsbasis so weit zu Fernen, wohl aber schickte er einen Theil seiner Streitkräfte den Markgrafen von Jägerndorf gegen Olmütz ab, um sich den Weg nach Schlesien zu öffnen und von dort frische Verstärkungen, deren er dringend bedurfte, an sich zu ziehen. Nachdem der Markgraf auf seinem Zuge die Stadt Prerau eingenommen hatte, erliess er im Verein mit Bethlen ein Schreiben an die schlesischen Stände und forderte sie zum Anschluss und Absendung von Gesandten nach Ungriſch-Brod auf.***) Die schlesischen Stände wünschten den beiden Fürsten jegliches Gelingen, sie waren aber nicht dazu zu bewegen, sich ihnen anzuschliessen, da ihnen der Kurfürst von Sachsen auf dem Wege stand. Ihre dem Kaiser feindliche Gesinnung äusserte sich bloss in der Lässigkeit und dem Widerwillen, den ihre Pflichten im Dienste des Kaisers an den Tag legten. Der Oberst Hannibal von Dohna, der über 1300 Reiter und 2700 Fußknechte commandirte und sie der kaiserlichen Armee nach Olmütz zuführen sollte, bemerkte in einem Schreiben, dass er nur unter der Bedingung thun könne, wenn die Soldaten folgen würden. (!) ***) Man begreift, dass unter diesen Umständen der Marsch des Markgrafen gegen die schlesische Grenze nicht gehindert werden konnte und dass er nur deshalb keine grösseren Erfolge errang, weil sich ihm an der Grenze das wohl Disciplinirte und gutbezahlte sächsische Kriegsheer unter Oberst Goldstein entgegenstellte und seine Angriffe zurückschlug, †) während er in einem Kampfe mit Hannibal von

*) Ebenda. Brief Liechtensteins dd. 23. Oct. 1621.

**) Münchener Hofbibliothek. Coll. Cameriar. Joh. G. Markgraf von Jägerndorf an die schlesischen Stände dd. 5. Nov. 1621. — Ebenda. Bethlen an die schlesischen Stände dd. 4. Nov. 1621.

*) Innsbr. Statthaltereiarchiv. Hannibal von Dohna an Erz. Leopold dd. 14. Oct. 1621. — Ebenda. Oberst Elbel an Strassoldo dd. 13. Oct. 1621. — Ebenda. Strassoldo an Erz. Leopold dd. 12. Oct. 1621.

†) Sächs. StA. Kursachsen an Ferdinand II dd. 7. Dec. 1621. — Ebenda. Aussage des Müller dd. 25. Nov. 1621.

Dohna Sieger blieb.*) Dohna ersuchte den Kurfürsten um seinen Beistand, der glücklicherweise nicht mehr nöthig war, da die mit Bethlen eingeleiteten Friedensverhandlungen sich mittlerweile dem Abschlusse näherten.

Der Friedensschluss, den wir hier so plötzlich andeuten war nicht das Werk weniger Tage, sondern wurde schon in mehreren Monaten von beiden kriegführenden Parteien und auch von Bethlen trotz seiner Angriffe vorbereitet. Ueber die Friedenssehnsucht, die bei dem ungarischen Adel herrschte und die selbst einen Bruch mit Bethlen nicht scheute, berichtet ein Jesuit, die mit dem Fürsten in Tyrnau zusammengetroffen waren. Als er nämlich mit seinem Bruder von dem letzten Abschied nahm, winkte ihm der Generalcapitän der ungarischen Insurrection, Melchior Alaghi, und flüsterte ihm zu, dass er durch einen Vertrauten wichtige Mittheilungen machen würde. Später fand sich in der That ein katholischer Edelmann, der dem Jesuiten ein und versicherte ihn, dass der Adel des Königreichs Bethlen geübten tyranischen Druckes müde sei und dass die erste günstige Gelegenheit ergreifen werde, um sich demselben zu entziehen. Wenn der Kaiser sein Heer in dem Masse verstärken würde, dass man mit Gewissheit auf den Sieg hoffen könne, so würden sich ihm gewiss alle Edelleute anschließen. Diese Mittheilung, an deren Richtigkeit wir nicht zweifeln können, zeigt, dass sich Bethlen auf vulkanischem Boden bewegte, (selbst**) schien dies zu ahnen, denn auch er suchte wieder mit dem Kaiser anzuknüpfen. Von Tyrnau aus, also noch im 1621 Monate Juli, schickte er einen Gesandten an ihn ab, durch den er um günstigere Bedingungen ansuchen liess, als die ihm in Hainburg angeboten wurden.

Diese Neigung zum Frieden trotz der jüngsten Erfolge wurde bei Bethlen wahrscheinlich auch durch die Ueberzeugung hervorgerufen, dass er vergeblich auf Hilfe aus Konstantinopel hoffe. Alle seine Berichte über die gegen die Kaiserlichen erfochtenen Siege, die an Ausschmückungen überreich waren

*) Ebenda. Hannibal von Dohna an Kursachsen dd. 13. Dec. 1621.

***) Innsbrucker Statth.-Arch. Relation des Jesuiten über seine Verhandlungen dd. 30. Juli 1621.

er seine Drohungen, dass er mit dem Kaiser Frieden schliessen würde, verfangen nicht in Konstantinopel, wo man mit den Gesandten der verbündeten Länder, die ein Jahr zuvor mit Geschenken beladen hingekommen waren, nicht einmal Mitleid zeigte und sie, als ihnen jede Hilfe von der Heimath abgeschnitten war, wie Bettler abziehen liess. Der einzige Aga von Erlau schickte sich mit 150 Reitern bei Bethlen ein und dies war die einzige türkische Hilfe, die der letztere seinen Bundesgenossen gegenüber nie müde wurde auf mindestens 30000 Mann zu veranschlagen. Aber wie er stets auf zwei Stühlen sitzen wollte, schickte er trotz der Friedensanerbietungen an den Kaiser von Tyrnau aus auch ein neues Schreiben an den Grosswessir, indem er ihm all' den Schimpf auseinandersetzte, den die Türken durch ihre Unthätigkeit auf ihren Namen häuften. *) Wahrscheinlich gleichzeitig mit diesem Schreiben schickte er seinen neuen Gesandten in der Person des Michael Toldolaghy an die Pforte ab und liess durch diesen nochmals um 10000 Mann türkischer und 10000 Mann tartarischer Hilfstruppen nachsuchen. Werde er binnen 25 Tagen nicht eine bestimmte Besage erhalten, so bleibe ihm nichts übrig, als mit dem Kaiser Frieden zu schliessen und dadurch dessen Herrschaft begründen zu helfen. **)

Den Verhandlungen Bethlens mit dem Kaiser schloss sich auch Emerich Thurzo an und erwirkte sich freies Geleit***) zu seiner Reise zum Kardinal Dietrichstein, dem man diesmal von österreichischer Seite die Verhandlungen anvertrauen wollte. Thurzo war überzeugt, dass ein Ausgleich herbeigeführt werden könnte, wenn man die Saiten nicht höher spannen würde als in Hainburg, und ersuchte den Kardinal in diesem Sinne auf den Kaiser einzuwirken. †) Die Bereitwilligkeit, mit der man in Wien das freie Geleit bewilligte, zeigte deutlich, dass man zu grösserer

*) Bethlen an den Grosswessir dd. 7. Aug. 1621. Török Magyarokori Történelmi Emlékek. — Ebenda. Bethlen an einen Pascha dd. Anfangs August 1621.

**) Ebenda. Instruction für Toldolaghy.

†) Ung. StA. Ferdinand II bewilligt das freie Geleit für Emerich Thurzo dd. 30. Juli 1621.

*) Wiener StA. Thurzo an den Kardinal von Dietrichstein dd. 13. August 1621.

Nachgiebigkeit bei allfälligen Friedensverhandlungen bereit war. Die Berichte über die Verwüstungen und die Beutegier der 1621 Ungarn, die seit dem Monate Juli täglich in Wien einliefen, wie sie Menschen und Vieh fortführten und die Gefangenen zur Auslösung mit der Drohung anboten, sie widrigenfalls an die Türken zu verkaufen, drückten die Stimmung in der Hauptstadt nieder. Aus Angst vor den feindlichen Schaaren beeilte man sich mit der Ausbesserung der schadhaften Festungsmauern, zu der Angst gesellte sich auch die Theurung, weil die Zufuhr aus Ungarn stockte und man das nöthige Getreide aus Baiern einführen musste. Nicht nur im kaiserlichen Rathe, in allen Privathäusern verhandelte man über die Frage, ob man mit Bethlen Frieden schliessen solle oder nicht. Diejenigen welche für eine Fortsetzung des Krieges waren und behaupteten, dass die Lage vor anderthalb Jahren noch viel gefahrdrohender gewesen, dass Bethlen und die Ungarn an den Bettelstab gebracht seien und den Krieg nicht mehr lange fortführen könnten, waren weder im Volke noch im kaiserlichen Rathe in der Mehrzahl. Man glaubte jetzt einsehen zu müssen, dass der ungarische Krieg mit einem andern Massstab gemessen werden müsse, als der mit andern Ländern, dass neben jedem Siege das Verderben lauere und dass bei einer längeren Dauer des Kampfes eine Erneuerung des Aufstandes in Mähren und Oesterreich zu befürchten stehe. Man wies daher die Friedensanträge, welche Bethlen mitten unter seinen Beutezügen nach Aug. 1621 Wien gelangen liess, nicht einfach ab, besonders da der Kardinal Dietrichstein dringend zur Nachgiebigkeit riet, und traf durch Vermittlung eines gewissen Lustrier, der später im diplomatischen Dienste bei der Gesandtschaft in Konstantinopel zu einigem Ansehen gelangte, mit Bethlen ein Uebereinkommen über Zeit und Ort der Verhandlungen.

Schon diese Vorverhandlungen liefern eine neue Probe von der Streitsucht, Zerfahrenheit und Verkommenheit jener Zeit; ungarischerseits wollte man wieder nichts von jenen Orten wissen, die der Kaiser für die Conferenzen vorschlug, später waren die Geisseln, die von beiden Seiten zur Sicherheit der

*) Sächs. StA. Zeidler an Kursachsen dd. 5./15. Sept. 1621.

Fürsten nochmals über die schon mit Lustrier verabredeten Modalitäten, sowie darüber, dass in der Nähe des Sitzes der Verhandlungen die Waffen ruhen sollten. Dann reiste er nach Wien und stattete dem Kaiser einen Bericht über das Resultat seiner Mission ab, aber seine Schlussfolgerungen waren dem Frieden nicht günstig. Da auch er von einzelnen Personen im Gefolge Bethlens Andeutungen erhalten hatte, dass man sich in Ungarn gern mit dem Kaiser aussöhnen wolle und dass die Truppen des Markgrafen von Jägerndorf missvergnügt seien, überdies selbst wahrgenommen hatte, wie schlecht bewaffnet das bethlen'sche Heer war, wie von 30 Reitern kaum einer eine Pistole besass, so glaubte er dem Kaiser zum Aufgeben der Verhandlungen und zur Fortsetzung des Krieges rathen zu müssen. Allein Ferdinand sehnte sich nach dem Frieden, weil er seinen Obersten keine glänzenden Kriegsthaten zutraute, er bezeichnete daher mit Rücksicht auf den Kardinal Dietrichstein Nikolsburg als Ort der Verhandlungen und kündigte dies dem Fürsten von Siebenbürgen durch einen eigenen Gesandten an.*) Obwohl der letztere darauf seinen siegreichen Einfall nach Mähren ausführte, so wurden die Verhandlungen doch in Angriff genommen. Bethlen konnte sich nicht verhehlen, dass seine Erfolge nur in der Beraubung zahlreicher Orte bestanden und auf der Schnelligkeit seiner Reiter beruhten, dass er aber in einer Schlacht gegen das kaiserliche Heer sicherlich eine Niederlage erleiden würde, da die Truppen des Markgrafen von Jägerndorf durch die Kriegsstrapazen furchtbar gelitten hatten. Zudem stieg die Noth in Mähren, welches die beiden feindlichen Heere ernähren musste, von Woche zu Woche. Wir haben bereits erzählt, wie es den Bauern und den Gutsherren an dem nöthigen Getreide mangelte, bald fehlte es auch an Salz und das Elend im ganzen Marchlande, dem eigentlichen Kriegstheater, steigerte sich zu einer unbeschreiblichen Höhe. Von den Eingeborenen erlagen Hunderte buchstäblich dem Hungertode und nicht weniger dem Schwerte und der kannibalischen

mit andern Aufträgen, also wahrscheinlich mit der Unterhandlung mit Bethlen beauftragt war. — Sächs. Staats-Archiv. Zeidler an Kursachsen dd. 12./22. September 1621.

*) Innsbr. Statth.-Arch. Bericht an Erzherzog Leopold dd. 29. Sept. 1621.

Wuth der Ungarn, gegen die sie den letzten Rest ihrer Habe ertheidigten. Man konnte in zahlreichen Dörfern oder vielmehr in den Aschenhaufen derselben die halbgebratenen Leichname der Bewohner schauen, deren armselige Häuser von den Plünderern angezündet worden waren. Epidemische Krankheiten griffen um sich, denen auch die Soldaten beider Heere zum Opfer fielen; auf alle Fälle konnte sich Bethlen in Mähren nur dann halten, wenn er für reichliche Zufuhr von Nahrungsmitteln sorgte, der Krieg wurde aber dadurch zu kostspielig für ihn und musste deshalb abgebrochen werden. Wir bemerken hier noch, dass ihm später 2000 Tartaren zu Hilfe geschickt wurden, da er ihrer aber nicht mehr bedurfte, so sandte er sie von der Grenze Siebenbürgens wieder zurück.*) Er selbst hielt sich während der Friedensverhandlungen grösstentheils in Ungarisch-Brod auf.

IV

Dem Kardinal Dietrichstein zu Liebe wurde die Stadt Kolsburg zum Sitz der Verhandlungen bestimmt und diese Bestimmung aufrecht erhalten, obgleich Emerich Thurzo, der Folge eines Lungenübels schwer krank war und die weitläufige Reise scheute, gegen die Wahl dieses Ortes protestirte. Als er mit seinen Begleitern am 10. October in der genannten Stadt ¹⁶²¹ anlangte, traf er die kaiserlichen Commissäre dort an. Die Verhandlungen, die am folgenden Tage aufgenommen wurden, gingen sich Anfangs nicht gut an, denn beide Parteien nahmen nicht die in Hainburg vereinbarten Concessionen zum Ausgangspunkt, sondern griffen abermals zu allen dort benützten und gebräuchlichen Winkelzügen und Ausflüchten um dem Gegner einen Vortheil abzuringen. So wollten die Ungarn, dass Böhmen und Oestereich zu den Verhandlungen zugelassen würden und

*) Török-Magyarkori Történelmi Emlékek. Bethlen an den Wessir durch Maharran Beg. 1622. Ebenda. Instruction für Petö Farkas dd. 1. Dec. 1621. — Bei Katona wird viel von den Türken erzählt, die in Bethlens Heer gekämpft haben, ihre Zahl kann aber einige Hundert Mann nicht überschritten haben, wie aus Bethlens Correspondenz mit Konstantinopel unwiderleglich hervorgeht.

als dies abgelehnt wurde, erklärte Thurzo, dass er nur den Markgrafen von Jägerndorf und andere Personen minderer Bedeutung in die Verhandlungen einschliessen und ihrer mehr im Ton der Fürbitte als der Vermittlung gedenken wolle, verlangte aber als Entlohnung für Bethlen die Herrschaft über ganz Ungarn und bot dem Kaiser nur die treue Bundesgenossenschaft desselben an. Diese treue Bundesgenossenschaft lehnten die Kaiserlichen ebenso wie die Herrschaftsansprüche über ganz Ungarn ab und da Emerich Thurzo mit sich handeln liess, verlangte er wenigstens das linke Donauufer mit Pressburg und als auch dieses Begehren abgeschlagen wurde, verstand er sich endlich dazu, die Gegner um die Vorlage ihrer Anträge zu ersuchen.

Die kaiserlichen Commissäre erneuerten jetzt das alte Begehren, dass Bethlen Ungarn räumen und auf den königlichen Titel verzichten solle und boten ihm dafür eine Entschädigung in Geld und Gütern an. Als Thurzo diese Entschädigung näher kennen lernen wollte, erklärten die Kaiserlichen, dass sie keinen bestimmten Anerbietungen bevollmächtigt seien, so lang Bethlen nicht ausdrücklich auf den königlichen Titel Verzicht geleistet habe. Mit dieser Antwort reisten Sandor und Kaspar nach Ungarisch-Brod ab, um Verhaltungsmassregeln einzuführen und als sie zurückkehrten, führten sie die Verhandlungen allmählich weiter, da Thurzo mittlerweile auf den Tod erkrankt war. Sie verlangten, dass der Kaiser die 13 Comitate, die er dem Bethlen zu Anfang des Jahres 1620 zur Verwaltung überlassen hatte, ihm und seinen Erben mit voller Souveränität — cum absolute gubernatione — übergebe, dazu die Güter von Munkacs, Ecska und Szatmar, 200000 Gulden in Geld, die Fürstenthümer Oppels und Ratibor auf Lebenszeit, den Titel eines Fürsten des heiligen römischen und des ungarischen Reiches, die Zulassung zum deutschen Reichstage, das goldene Vliess, eine Vermehrung seiner

*) Unser Bericht über die Verhandlungen in Nikolsburg basirt zum Theil auf dem Protokoll, das die kaiserlichen Commissäre angefertigt hatten und das sich im ungarischen Staatsarchiv befindet und auf Firnhaber, der zahlreiche die nikolsburger Verhandlungen betreffende Actenstücke in den Schriften der kaiserlichen Akademie der Wissenschaften veröffentlicht hat.

...entsprechend dem neu zu erwerbenden Besitze in Ungarn, die Herrschaft Pardubitz im Falle er einmal von den Türken aus Siebenbürgen vertrieben würde und endlich Hilfe gegen die Türken im Falle eines Angriffs. Bethlen trat also noch grösseren Anforderungen auf, als er im Beginne der hainburger Verhandlungen gestellt hatte.

Auf kaiserlicher Seite war man jetzt nachgiebiger, weil man eingesehen hatte, das man weder gegen Bethlen noch gegen die ungarischen Stände jene Pläne durchsetzen könnte, mit denen man sich in Hainburg getragen hatte und so entschloss man sich gleich jetzt zu grösseren Concessionen, als die man schliesslich in Hainburg angeboten hatte.

Nach eingehender Berathung mit seinen Vertrauenspersonen und Angesichts der steigenden Kriegskosten bot Ferdinand seinem Gegner die Fürstenthümer Opperland-Ratibor und vier jenseits der Theiss gelegene Comitate auf Lebenszeit an, ferner einen jährlichen Beitrag von 45000 Gulden zur Unterhaltung der in diesen Comitaten befindlichen Grenzfestungen, dann die Güter von Munkacs, Tokaj und Keresztur und den deutschen Reichsfürstentitel. Die übrigen Forderungen Bethlens wurden zurückgewiesen, namentlich wollte der Kaiser nichts von der Ertheilung des ungarischen Fürstentitels wissen und sich nicht zur Begnadigung der mit Bethlen verbundenen Deutschen, also des Markgrafen von Jägerndorf, Thurns und Kircchens verpflichten. *)

Die kaiserlichen Commissäre hatten gleich bei Entgegennahme der bethlen'schen Forderungen erklärt, dass dieselben nicht bewilligt werden würden und konnten also diese Verhandlung nur wiederholen, als die Gegenanträge aus Wien ankamen. Die Verhandlungen ruhten nun durch drei Wochen und wurden erst am 11. November wieder aufgenommen und zwar von Stanislaus Thurzo, dem Vetter Emerichs, da der letztere mittlerweile seiner Krankheit erlegen war. In der gemeinschaftlichen Conferenz, die an dem bezeichneten Tage abgehalten wurde, erklärte zuerst Kassai, dass Bethlen auf seiner Forderung bezüglich der 13 Comitate beharre, im übrigen aber zur äussersten

*) Ung. StA. *Opinio Commissariorum super conditionibus per abligatos Bethleni propositis. Resolutio Caesaris.*

Nachgiebigkeit bereit sei und namentlich dem Kaiser in allen seinen Diensten stehen wolle. Stanislaus Thurzo bemerkte aber hienach, dass er bereit sei Bethlen zu benachrichtigen, wenn Ferdinand zu den angebotenen vier Comitaten noch zwei oder drei hinzuzufügen wolle und deutete damit die Möglichkeit weiterer Nachgiebigkeit von Seite des Fürsten an. Auf diesen Wink reiste Eszterhazy nach Wien und erreichte durch seine Vorstellungen bei dem Kaiser ohne Schwierigkeit, dass er noch weitere drei Comitata abzutreten versprach. *) Da jedoch Ferdinand der Fürsten nicht traute und fürchtete, dass er alle diese Verhandlungen nur zum Schein anstellte, so verlangte er von ihm ein eidliches Versprechen, dass er die vereinbarten Bedingungen einhalten werde. In Nikolsburg rechtfertigten die kaiserlichen Commissäre dieses Verlangen mit der illoyalen Haltung Bethlen, da er mitten in den Friedensverhandlungen die schlesischen Stände zum Abfall aufgefordert und von den Türken Hilfe verlangt habe. Aus demselben Grunde erliessen sie auch die in Ungarisch-Brod versammelten Vertreter der ungarischen Stände die Aufforderung, sie sollten sich zum Anschluss an den Kaiser verpflichten, falls Bethlen für seine Person befriedigt würde und doch nicht Frieden hielte. Als dem letzteren die von Ferdinand gestellte Forderung bekannt wurde, lehnte er sie ab, da er seine Geneigtheit zum Frieden nicht in anderer Weise bethätigen könne, als dies bei anderen Fürsten üblich sei und also keinen Eid ablegen werde, dennoch trug er ihr insofern Rechnung, als er eine Schrift ausstellte, in der er das Versprechen abgab, die Friedensbedingungen, die in Nikolsburg vereinbart werden würden, unverbrüchlich zu halten. **) Obgleich der Kaiser dadurch mehr Sicherheit hatte, lassen wir dahingestellt.

Ehe noch in den Verhandlungen mit Bethlen eine Vereinbarung erzielt wurde, begannen auch die, welche die Befriedigung Ungarns zum Zwecke hatten. Die ungarischen Vertreter legten einen Entwurf vor, der alle die Forderungen enthielt, die schon in Hainburg gestellt worden waren: also die allgemeine Amnestie, die Bestätigung aller Freiheiten, namentlich der im Krönungs-

*) Ung. StA. Kaiserliche Resolution dd. 18. Nov. 1621.

**) Ung. StA. Diploma assecuratorium Bethleni dd. 28. Nov. 1621.

ente Ferdinands enthaltenen und die Ausschliessung der deutschen Truppen aus allen Grenzfestungen. Als man in Wien untrniss von denselben erhielt, fühlte man wohl, dass ihr Zustandniss das Grab aller Hoffnungen auf die geplanten Conationen, auf die Unterdrückung der Protestanten und auf die milderung der verfassungsmässigen Freiheiten bilde. Der ser befragte seine geheimen und seine ungarischen Rätthe, rere Theologen, sowie den spanischen Gesandten um ihre nung: wenn es bloss auf die Wünsche dieser Rathscollegien ekommen wäre, so hätte man auch jetzt die ungarischen ide mit denselben inhaltslosen und zweideutigen Phrasen epeist, wie ehemals, allein der Jammer des Krieges be- stigte sie über alle Massen. Zudem drohte von Deutschland neues Ungewitter, indem neben Mansfeld auch Christian von berstadt auf den Kampfplatz trat, so dass der Herzog von ern den Frieden mit Bethlen herbeisehnte, um seine Schaaren ch den Zuzug kaiserlicher Truppen verstärken zu können. enüber diesen steigenden Gefahren hielten die sonst hoch- dtenen Principien nicht Stand und so fanden die Theologen, der Kaiser den Protestanten Duldung versprechen könne die Rätthe, dass man mit der Beschneidung der Verfassung e einhalten müsse. In Folge dieser Gutachten stellte der er zwei Erklärungen aus, die eine für Bethlen, auf die wir er zurückkommen wollen, und die andere für die ungarischen de, in der er mit Ausnahme von zwei Punkten allen ihren lerungen nachgab und weder ihr Eigenthum noch ihre reli- en und politischen Freiheiten antasten wollte. Von den zwei kten seines Krönungsdiplomes, deren Bestätigung er ver- erte, betraf der eine das alte (nicht erst im Jahre 1620 ab- hlossene) Bündniss Ungarns mit Böhmen (welches Ferdinand h die Besiegung der Böhmen für nicht mehr zu Recht ehend erklärte) und der andere die unentgeltliche Wieder- etung einiger an Oesterreich verpfändeter Schlösser, in die icht willigen wollte. Eszterhazy, der zu diesen Berathungen i Wien gereist war, kehrte am 16. December nach Nikolsburg 1621 ck und berichtete hier über die kaiserlichen Entschliessungen. lie ungarischen Stände von den sie betreffenden Vorbehalten ts wissen wollten, so musste der Kaiser auch in den erwähnten

11.
Dec.
1621

1621

zwei Punkten nachgeben und nicht nur sein Krönungsdiplom dem vollen Inhalt nach bestätigen, sondern auch die wiener Friedensartikel von 1606 und das Krönungsdiplom seines Vorgängers Mathias und zu allem dem noch das Versprechen hinzufügen, dass er binnen sechs Monaten einen Reichstag berufen und die Amnestie auf alle seit dem 4. März 1619 begangenen und mit der Rebellion in Verbindung stehenden Verbrechen, Morde und Räubereien ausdehnen werde.*) Alle diese Bestimmungen wurden schliesslich in das ungarische Friedensdiplom aufgenommen.

In dem für Bethlen bestimmten Diplom verweigerte ihm der Kaiser die Ertheilung des ungarischen Fürstentitels und stellte die Forderung auf, dass unmittelbar nach dem Friedensschluss alle, seinen Anhängern und der katholischen Geistlichkeit entrissenen Güter in ganz Ungarn also, auch in dem Bethlen verbleibenden Theile, zurückgestellt werden sollten. Nach hartem Wortgefecht und nachdem die kaiserlichen Commissäre jede weitere Concession abgelehnt und mit dem Abbruch der Verhandlungen gedroht hatten, begnügten sich die Vertreter Bethlens mit den gemachten Anerbietungen, die darauf am 6. Januar 1622 vom Kaiser unterzeichnet wurden. Nach dem Wortlaute dieses Diploms sollte der Fürst von Siebenbürgen dem königlichen Titel entsagen, die Krone und die Reichskleinodien ausliefern; dafür wurden ihm sieben Comitate auf Lebenszeit und die Fürstenthümer Oppeln und Ratibor — diese auch auf seine ehelichen oder Adoptiv söhne vererblich — abgetreten, ferner wurde ihm der Titel eines deutschen Reichsfürsten, der Besitz der Güter von Munkács und Eched als Pfandschaften, die von seinen Erben für 400000 Gulden wieder eingelöst werden durften, eine Entschädigung von 100000 Gulden in Gold, mit welcher Summe er Tokay einlösen und benützen dürfe, endlich die jährliche Zahlung von 50000 Gulden zur Instandhaltung der auf seinem Gebiete gelegenen Festungen zugesichert. Alle Adelstitel, die Bethlen in Ungarn ertheilt hatte, wurden vom Kaiser anerkannt. Um das Anrecht des letzteren auf die dem Fürsten abgetretenen Comitate

*) Ung. StA. Diploma dd. 7. Januar 1622. — Ebenda. Resolutio Cassa dd. 11. Dec. 1621. Katona XXIX. ad. c. 1618.

Ausdruck zu bringen, wurde bestimmt, dass dieselben sich den künftigen Reichstagen betheiligen dürften und dass die Gespane und die Commandanten der daselbst befindlichen Häuser, sowie die städtischen Richter und Senatoren sich als König von Ungarn durch einen Eid verpflichten sollten, Lebzeiten Bethlens nie die Waffen wider ihn zu ergreifen. Noch einige wichtige Bestimmungen enthielt das für Bethlen erfundene Diplom, die nebenbei erwähnt, den Keim für die künftigen Zerwürfnisse in sich trugen. Es wurde nämlich festgesetzt, dass die im Laufe der Unruhen in ihrem Besitze verbliebenen Personen, also vor allem die Geistlichen, vollständig in demselben restituirt werden sollten. Bethlen sollte nach alle ihren ehemaligen Eigenthümern entrissenen und in einem Besitze befindlichen Güter diesen zurückstellen; bei einigen Gütern, die er an andere Personen verschenkt hatte, sollte dies binnen zwei Monaten erfolgen, während über die Lösung jener Güter, die er gegen eine Geldsumme verpfändet hatte, der künftige Reichstag Beschluss fassen sollte. Durch diese Bestimmungen hatte der Kaiser nicht bloss für die Geistlichkeit, sondern auch für einige seiner Anhänger gesorgt, die der Raubthat ihrer Gegner zum Opfer gefallen waren, so namentlich die Erben Homonna's. Zum Verständniss des die Rückgabe der Güter betreffenden Punktes bemerken wir, dass man erst nach langem Streite zu der eben angedeuteten Vereinbarung gelangt war. Der Kaiser verlangte ursprünglich, dass die Restitution unmittelbar erfolgen und die allfällige Entschädigung der künftigen Eigenthümer erst später berathen werden solle. Dagegen erklärte sich Kassai im Namen Bethlens auf das entschiedenste, es würde ungarischerseits bemerkt, dass wenn man die gegenwärtigen Inhaber der fraglichen Güter, meist Offiziere im Heere Bethlens, so ohne weiters derselben berauben wollte, dies einen sehr frühen zur Folge haben würde. Wenn aber der Friede geschlossen und die Angelegenheit auf den nächsten Reichstag verschoben würde, so könne man ohne grossen Widerstand die künftigen Besitzer in ihre Rechte einsetzen, wofern man die neuen nicht schädige.*)

) Ung. StA. Erklärung des Kardinals Dietrichstein über die Verhandlungen in Nikolsburg.

Der Friede war dem Kaiser im höchsten Grade erwünscht, denn er befreite ihn wenigstens von einem Theile der unerschwinglichen Auslagen. Im Monate October hatte er sich mit 1621 Bitten um Hilfe an Philipp IV gewendet, die so kläglich lauteten wie früher während seiner grössten Drangsale. Der König, auf dem die Auslagen für den Krieg in der untern Pfalz lasteten, kam auch diesmal den Bitten seines deutschen Veters nach und schrieb ihm, dass er die Kosten für die Unterhaltung von 8000 Mann auf sich nehmen oder eigentlich die Truppen, die in seinem Solde standen, um so viel vermehren wolle.*) Als diese Nachricht nach Wien gelangte, war der Friede in Bethlen seit zwei Monaten geschlossen und man bedurfte der Hilfe nicht mehr zur eigenen Vertheidigung, sondern konnte sie bei dem Angriffe auf die Unterpfalz verwenden, an dem sich nun auch der Kaiser betheiligte. Auch bezüglich des andern Anliegens kam Philipp IV den Wünschen seines Vaters nach. Als die Unbotmässigkeit und der Ehrgeiz seiner Oberbefehlshaber Ferdinand die Anstellung eines Obergenerals unmöglich machte richtete er an Philipp IV die Bitte, ihm einen Feldherrn zu senden. Nach manchen Verhandlungen, in denen die betreffenden Candidaten zu hohe Forderungen stellten und ihre Stellung in der spanischen Heere auch weiter behalten wollten, einigte man sich mit dem Marchese von Montenegro und diesen empfahl Philipp dem Kaiser mit der Bitte, ihm dieselben Einkünfte sicher zu stellen wie dem Grafen Buquoy.**) Wir werden diesem neuen Feldherrn im Jahre 1623 auf dem ungarischen Kriegsschauplatze begegnen.

Aus dem Berichte über die Bestimmungen des nikolsburger Friedens ist ersichtlich, dass er sich bloss auf Bethlen und Ungarn bezog und des Pfalzgrafen mit keinem Worte gedachte, so dass alle Hoffnungen, die dieser und seine Anhänger an den Friedensschluss gesetzt haben mochten, vernichtet wurden. Wenn Bethlen in dieser Beziehung nicht getadelt werden konnte, da er nur durch die Noth gedrängt in den Frieden einwilligte, so kann man ihn doch von einer schreienden Undankbarkeit gegen den Markgrafen von Jägerndorf nicht freisprechen. W

*) Wiener StA. Philipp IV an Ferdinand II dd. 5. Febr. 1622.

**) Ebenda. Philipp IV an Ferdinand II dd. 4. Febr. 1622.

in die Sache auch ansehen mag, so war es doch seine Hilfe ein, welche Bethlen den Marsch nach Mähren und die Eroberung arreicher Flecken und Städte ermöglicht hatte, da der Jägerndorfer über das nöthige Geschütz und Fussvolk gebot. Es wäre unach Bethlens Pflicht gewesen das Schicksal des Markgrafen und seiner Truppen irgendwie sicherzustellen. Als der letztere zu der Ueberzeugung gelangte, dass er die Friedenshandlungen nicht aufhalten könne, wollte er sich ihnen schliessen, allerdings unter Bedingungen, die man als unverünftig ansehen muss. Er verlangte mit seinem Fürstenthum Jägerndorf und den Herrschaften Beuthen und Oderberg aus Schlesien ausgeschieden und dem Bethlen als Oberlehensherrn angewiesen zu werden, ferner als Ersatz für die bisherigen Steuern und Kosten die Grafschaft Glatz und das Fürstenthum Oppau, gleichfalls unter Ausscheidung dieser Besitzungen von der kaiserlichen Oberlehensherrlichkeit. Seinen Truppen sollte der rückständige Sold ausbezahlt und ihr Eigenthum geschont werden, falls einer oder der andere von ihnen Güter in Böhmen oder Mähren besass.*)

Diese Forderungen waren so übertrieben, dass sich Bethlen nicht ernstlich annehmen konnte, jedenfalls aber hätte er den Besitz des Markgrafen einstehen müssen, selbst wenn er eines der neu erworbenen Fürstenthümer Oppeln oder Ratiboritz preisgeben müsste und ebenso hätte er den Truppen dieselben aus eigener Tasche einen Monatssold zahlen sollen. Bethlen kannte in dieser Hinsicht weder Rücksicht noch Dankgefühl, auf alles Drängen des Markgrafen ihn in die Verhandlungen einzubeziehen, antwortete er stets, dass er gar nicht daran denke Frieden zu schliessen und dass er nur auf den Zuzug der türkischen Hilfstruppen warte. Mit diesem Vorgeben konnte er den Markgrafen nicht täuschen, da dieser wohl wusste, dass diese angebliche Hilfe nur als Schreckgespenst die kaiserlichen Unterhändler existirte, nichtsdestoweniger erliess er dem Fürsten seine gesammte Artillerie, als dieser im gegen Ende December unter dem Vorwande nach Ungarn 1621

*) *Conditiones a Joanne Georgio marchione regi Hungariae propositi dd. 1621.*
Coll. Cameriar. in der Münchner Hofbibliothek.

zurückzog, dass er demnächst wieder gegen Mähren aufbrechen und sich dem Markgrafen bei Olmütz anschliessen werde. Der letztere traute diesen Worten nicht, er verliess seine Truppen und begab sich zu Bethlen, um ihn neuerdings über die Friedensverhandlungen auszuforschen und zugleich einen Monatssold für seine damals bei Olmütz befindlichen Truppen zu fordern. Diesmal erfuhr er zu seinem Schrecken, dass der Friede abgeschlossen und nichts für seine eigene Sicherheit und für die Befriedigung seiner Truppen bestimmt worden sei. Alle seine Bitten und die seiner Obersten und Offiziere um Geld trafen nur taube Ohren, in ohnmächtiger Wuth musste er die Wahrnehmung machen, wie schlaue Bethlen ihn überlistet und wie er sich seiner Artillerie bemächtigt und dann sich rechtzeitig zurückgezogen hatte, um vor der Rache der betrogenen Soldaten sicher zu sein. Ihm blieb nichts anderes übrig, als seinen Offizieren ihre verzweifelte Lage auseinanderzusetzen und sie mit ihrer Bezahlung auf die Zukunft zu vertrösten; seinen Truppen machte er diese Mittheilung schriftlich, denn er fürchtete sich, dass sie ihn bei seiner Rückkehr den Kaiserlichen ausliefern würden. Diese Furcht war unbegründet, denn der Kardinal Dietrichstein bot ihm freies Geleit an, wenn er zu dem Kurfürsten von Brandenburg reisen wolle, ein Anerbieten, dem der Markgraf nicht traute und das er deshalb nicht annahm. *)

So kam es, dass der Jägerndorfer bei Bethlen blieb und ihm nach Kaschau folgte, so wenig Ursache er auch hatte mit ihm zufrieden zu sein. Als er die Friedensbedingungen kennen lernte, konnte es seinem Scharfblick nicht verborgen bleiben, dass sie bei dem Doppelverhältniss der sieben Comitats, die dem Kaiser und Bethlen verpflichtet sein sollten, und bei den grossen Zahlungen, zu denen sich der erstere erboten hatte und die er voraussichtlich nicht leisten konnte, so viel des Zündstoffes in sich bargen, dass der Kampf bald wieder in hellen Flammen emporlodern werde und deshalb beschloss er

*) Sächs. StA. Patent des Kardinals Dietrichstein dd. 10. Januar 1622. — Ebenda. Der Markgraf von Jägerndorf an seine Truppen dd. 13. Jan. 1622. — Münchner StA. Der Markgraf von Jägerndorf an Friedl. dd. 7. März 1622.

Leiben und seinen ganzen Einfluss daran zu setzen, um
 en zu diesem Kampfe zu reizen.

Dem Kaiser lag zur Zeit der Friedensverhandlungen in
 Esburg sehr daran, dass sie rasch zu einem Abschlusse
 n möchten, weil er sich damals mit Heiratsgedanken trug
 eine Ehe nicht wohl schliessen konnte, so lange der Krieg
 den Thoren Wiens tobte. Schon im Jahre 1620 wurde
 Frage einer zweiten Heirat des Kaisers in Spanien ver-
 ert und hiebei auf die Tochter des Herzogs von Savoyen
 wiesen, Ferdinand wollte aber nichts von einer näheren
 indung mit einem Gegner wissen, dessen heimtückische
 seligkeit er vermuthete. Nachdem durch längere Zeit die
 atsangelegenheit in den Hintergrund getreten war, deutete
 Khevenhiller, der damals auf Urlaub in Wien weilte, im
 te September 1621 dem spanischen Gesandten an, dass
 der Kaiser allenfalls zu einer Heirat mit der Infantin
 a, um die sich der Prinz von Wales bewarb, entschliessen
 ite. Da man jedoch in Spanien die Hand der Infantin einem
 Kindern gesegneten Witwer nicht zusagen wollte und Oñate
 alb eine ausweichende Antwort gab, richtete Ferdinand seine
 en auf die Prinzessin Eleonore von Mantua und ertheilte
 em vertrauten Günstling, dem Herrn von Eggenberg, den
 trag nach Mantua zu reisen und seine Werbung dort anzu-
 gen. Eggenberg trat die Reise unter dem Vorwande einer
 lffahrt nach Loretto an und hielt sich allerdings an diesem
 e auf, ging aber dann nach Florenz, wo er der Grossherzogin,
 r Schwester des Kaiser, seine Aufwartung machte und
 abar bei ihr Erkundigungen über die Prinzessin einzog. Da
 Bescheid günstig lautete, so reiste er nach Mantua und
 edigte sich hier seines Auftrags bei dem Herzog, dem Bruder
 anzuhoftenden Braut. Die letztere, die seit dem Tode ihrer
 ern in einem Kloster lebte, wurde von ihrer Schwägerin aus-
 selben geholt und von der Werbung des Kaisers unter-
 tet. Wie es scheint, gab sie ohne langes Nachdenken ihre
 timmung, nahm darauf im Kreise ihrer Verwandten das
 hmal ein, und wurde dann in eine Kapelle geführt, wo
 tenberg seine officiële Werbung anbrachte und als Vertreter
 Kaisers von dem Bischof von Mantua mit der Prinzessin

Sept.
 1621

getraut wurde. Nach dem Trauungsakte überreichte Eggenberg Eleonoren einen Diamantring, der auf 15000 Kronen geschätzt wurde und beugte vor ihr als seiner nunmehrigen Herrn Knie; ein gleiches thaten die übrigen geladenen Gäste huldigten so der zwar erblichenen aber bei feierlichen Anlässen aufleuchtenden Imperatorenwürde. Die Prinzessin kehrte wieder in ihr Kloster zurück, wo Eggenberg sie nochmals auf dem Arm um ihr einen Halsschmuck mit dem Bildniss des Kaisers mit einem Adler aus Diamanten im Werthe von 80000 F. und anderes Geschmeide zu überreichen, worauf er nach Wien zurückkehrte.

Für die erste Zusammenkunft des Brautpaares und eigentliche Trauung wurde Innsbruck bestimmt. Der Kaiser hätte die Reise gleich nach Abschluss des nikolsburger Friedens angetreten, wenn ihn nicht sein zweiter Günstling und Verwalter der Graf Harrach, ersucht hätte das Hochzeitsfest seiner Gemahlin mit dem jungen Maximilian von Waldstein durch seine Gegenwart zu verherrlichen. Der Kaiser gab, wiewohl etwas ungerne 1622 Bitten nach und wohnte der Hochzeit bei, die am 17. März mit grosser Pracht und Herrlichkeit gefeiert wurde. Zwei Monate später begab er sich auf die Reise und wurde auf dem Wege in Wels von den oberösterreichischen Ständen feierlich empfangen und um Verzeihung für den vorangegangenen Aufstand zum Zeichen ihrer Ergebenheit machten sie ihm ein Geschenk von 4000 Dukaten.*) Der Kaiser setzte dann seinen Weg nach Salzburg nach Innsbruck fort und sandte von dort einen seiner Gefolges der Braut entgegen, die bereits in Wien angekommen war.

1622 Am 2. Februar hielt die Prinzessin in Begleitung ihres Bruders und dessen Gemahlin ihren Einzug in Innsbruck und gleich zur Hauptkirche, wo sie zum erstenmal mit dem Kaiser zusammentraf. Als sie seiner ansichtig wurde, ging sie ihm entgegen und beugte das Knie vor ihm, und als er sie zu sich empfangen wollte sie ihm die Hände küssen, was er jedoch nicht erlaubte. Man mag einen Theil dieser demüthigen Ehrfurchtsbezeugung auf Rechnung des üblichen Ceremoniells setzen, hier war

*) Sächs. St.A. Zeidler an Kursachsen 12. 22. Dec. 1621 u. 9./19. J.

ch die Folge der Hochachtung, welche die Prinzessin für die Grösse ihres Bräutigams hegte. Das hohe Brautpaar nun begleitet von den höchsten Würdenträgern vorrückte, wo die feierliche Einsegnung stattfand. Am folgenden Tage schenkte der Kaiser seine schöne und erst 23 Jahre alte Gemahlin mit kostbaren Kleinodien und erstreckte seine Wohlthatigkeit auch auf ihren Bruder und dessen Gattin, so wie auch die übrige Gefolge. Darauf wurde die Rückreise angetreten und zuerst nach Salzburg nach Graz und von dort nach Wien, wo die Kaiserin und die Bürgerschaft dem Kaiser und seiner Gemahlin einen würdevollen Empfang bereiteten.

V

erübrigt uns nun über den Zustand in Schlesien, wie er sich nach dem Abzuge des Jägerndorfers und nach seiner Rückkehr mit Bethlen gestaltete, zu berichten.

Wir haben seiner Zeit erzählt,*) dass der Kurfürst von Brandenburg die Herausgabe des Accords an die Schlesier verweigerte, letzteren sich bei der Entlassung ihres Kriegsvolks säumig verhielten. Sie bemühten sich nun diesen Fehler gut zu machen und ließen die Soldaten in der Weise zu verabschieden, dass ihnen Schuldscheine ausstellten, vermöge deren sie in späteren Jahren ihre Soldrückstände erhalten sollten. Ein Theil der Soldaten war mit dieser Art von Bezahlung zufrieden gegeben haben, ein anderer Theil wurde voll ausbezahlt und ein dritter Theil verblieb sich dem Markgrafen von Jägerndorf an und verharrte im Aufstande. Da sich die schlesischen Stände dem Kaiser nicht anschlossen, so hatten sie bis zum Monate Mai 1621 nicht wenigstens formell genügt. Sie beeilten sich nun über ihre früheren Beschlüsse gemäss eine Gesandtschaft an den kaiserlichen Hof zu schicken und betrauten mit dieser Mission Personen, deren geringfügige Stellung darlegt, wie wenig sie die Reise nach Wien für die hervorragenden Herren im Auge hatten; es waren dies neben dem Burggrafen Hannibal von Jägerndorf ein alter und bewährter Anhänger des Kaiserhauses, die Herren

*) III, S. 428.

Sigmund von Koch, Dr. Reinhard Rosa und Nikolaus Krebs. Sie reisten zuerst nach Dresden, weil sie den Kurfürsten um seine Vermittlung in einer Angelegenheit ersuchen wollten, die ihnen sehr am Herzen lag. In dem Accord hiess es im Eingange, dass Schlesien wegen seiner Theilnahme an dem böhmischen Aufstande und an der Königswahl sich eigentlich seiner Privilegien unwürdig erwiesen habe. Dieser Satz bedrückte die Stände, weil der Fortgenuss ihrer Privilegien nur als ein Ausfluss der kaiserlichen Gnade hingestellt wurde und deshalb ersuchten sie, dass die Eingangsformel ungeändert werde, des Aufstandes keine Erwähnung geschehe und er überhaupt der Vergessenheit anheimgegeben werde.*) Sie glaubten auf die Berücksichtigung ihres Wunsches um so mehr rechnen zu können, als sie ihr Kriegsvolk bis auf 1000 Reiter und 3000 Mann zu Fuss entlassen und den Rest dem Kaiser zur Verfügung gestellt hatten. Der Kurfürst billigte ihr Gesuch und empfahl es dem Kaiser.**)

Jetzt erst begaben sich die Gesandten nach Wien, wo sie dieselbe Bitte anbrachten, ihr Benehmen in der jüngsten Vergangenheit entschuldigten und dem Kaiser zu seinen Erfolgen Glück wünschten. Der Unterschied zwischen dem Empfang dieser Deputation und der einige Monate früher von Mähren abgeschickten war in die Augen springend. Ferdinand empfing sie wie Gesandte, mit denen ein rechtsgiltiger Vertrag abgeschlossen wurde, reichte jedem die Hand und versicherte, es sei ihm „leid gewesen“, dass sich die Fürsten und Stände so weit hätten „verleiten lassen und sich in den Aufstand eingemengt hätten.“ Da sie aber „ihren Irrthum erkannt hätten, wolle er ihnen aus Grund des Herzens verzeihen“ und „ihres Unrechtes nicht mehr gedenken.“ Diese Worte sprach der Kaiser selbst, der überhaupt allein zugegen war und sich nicht wie bei den Mähnern des Kanzlers bediente. Dass nach diesem gnädigen Empfang auch die Bitte der Schlesier erhört und der Accord in der von ihnen gewünschten Weise umgearbeitet wurde, bedarf

*) Sächs. StA. Die schlesischen Gesandten an den Kurfürsten von Sachsen. Ohne Datum.

***) Der Kurfürst von Sachsen an den Kaiser dd. $\frac{28. \text{ Juni}}{8. \text{ Juli}}$ 1621.

keiner weiteren Bemerkung. Ob das umgearbeitete Original dem Gesandten mitgegeben oder den Schlesiern erst auf dem 3. November nach Breslau einberufenen Fürstentage übergeben wurde, ist uns nicht bekannt. *)

Man war in Wien nicht bloss deshalb zur Berufung des Fürstentages genöthigt, weil man auf demselben die Aussöhnung des Landes mit dem Kaiser zum Abschlusse bringen wollte, sondern weil man auch dringend einer Geldhilfe bedurfte und deshalb das Land zu erhöhten Steuerleistungen zwingen wollte, wenn man von Confiscationen daselbst abstehen musste. Der Kaiser theilte seinen Entschluss bezüglich der Berufung des Fürstentages am 25. September dem Kurfürsten von Sachsen mit und ersuchte

denselben in seinem Namen zu eröffnen und seine Forderungen daselbst zu vertreten. **) Dieser Auftrag erfüllte den Kurfürsten mit Genugthuung, der Glanz mit dem er auf der Reise nach Breslau von allen schlesischen Städten empfangen wurde bewirthe wurde, vor allem aber die wichtige Rolle, die er in des Kaisers Namen spielen sollte, schmeichelten seiner Eitelkeit. Als er in Breslau in Begleitung eines riesigen Gefolges von 854 Personen, das aus Edelleuten und Lakaien aller Art, Fußwehrgesellen und Reitknechten bestand, eintraf (***) und daselbst von den schlesischen Fürsten begrüsst wurde, bestimmte er den folgenden Tag zu dem Akt der Aussöhnung des Kaisers mit dem Lande. Diese sollte in der Weise vor sich gehen, dass der Kurfürst den Fürsten und den übrigen Ständen die Huldigungsformel vorlesen, sie aber nicht auf dieselbe vereidigt wurden, weil es schon im Jahre 1617 geschehen war; nur durch Handschlag sollten sie versichern, dass sie sich fortan treu erweisen wollten.

Wegen der grossen Anzahl der berufenen Personen nahm dieser Fürstentag zwei Tage in Anspruch. †) Uebrigens waren nicht alle Fürstenthümer bei der Huldigung vertreten, es fehlten die Stände der Fürstenthümer Schweidnitz, Jauer, Glogau, Oppeln und

3. u. 4.
Nov.
1621

Die betreffenden Acten über die Reise der Gesandten bei Palm: Acta publica 1621.

Sächs. StA. Ferdinand an Kursachsen dd. 25. Sept. 1621.

Sächs. StA. Bericht über das Gefolge des Kurfürsten.

Ebenda. Bericht über die Huldigung.

Ratibor, die ihr Nichterscheinen damit entschuldigten, dass sie nur bei sich zu Hause zur Leistung der Huldigung verpflichtet seien. Der Kurfürst trug diesem Einwand Rechnung, indem er später von Breslau nach Jauer reiste und die Stände von Schweidnitz und Jauer dahin berief, nach den andern Fürstenthümern aber den Oberhauptmann schickte.*)

Nach Entgegennahme der Huldigung verlangte der Kurfürst im Namen des Kaisers von den Ständen eine Geldhilfe, die zwar sollten sie 50.000 Thaler ein für allemal erlegen, die durch sechs Jahre einen jährlichen Beitrag von 100000 Thalern zur Unterhaltung der ungarischen Grenzfestungen leisten, ferner sich zu einer Biersteuer von sechs Groschen vom Fass während der nächsten zehn Jahre verstehen und endlich die Unterhaltung des von ihnen erworbenen Volkes auf sich nehmen, bis der Krieg zu Ende sei.***) Gegen diese Forderungen wurden viele Klagen und Einwendungen laut, die Stände wiesen auf die Auslagen der früheren Jahre hin, die noch nicht gedeckt seien, auf die Zahlungen, zu denen sie sich bei der Entlassung der Truppen verpflichtet hätten und erklärten sich ausser Stand auf die kaiserlichen Forderungen einzugehen. Sie erbieten sich nur zur Zahlung von 400000 Thalern innerhalb der nächsten zwei Jahre; 70000 Thaler wollten sie zur Unterhaltung der ungarischen Grenzfestungen während der drei folgenden Jahre beisteuern und die verlangte Biersteuer gleichfalls während dreier Jahre bewilligen.***) Am Kaiserhofe gab man sich mit diesem Anbot zufrieden, da der Kurfürst damit einverstanden war und seine Entscheidung massgebend wirkte. In Wien beachtete man sich nicht von der neugewonnenen Gewalt Gebrauch zu machen, sondern überliess dem Kurfürsten die Besetzung aller Aemter im Lande und bethätigte auch darin die so vielfach von uns angedeutete Lässigkeit. Man war in Wien nur streng und streng, wo man die Protestanten unterdrücken oder Gränzen

*) Ebenda. Kursachsen an den Oberamtsverwalter in Schlesien dd. 24. Oct.
3. Nov.
1621.

***) Ebenda. Kaiserl. Proposition den Fürsten und Ständen von Schlesien vorgelegt.

****) Sächs. StA. Antwort der Fürsten und Stände dd. 18. Nov. 1621.

ren konnte, für alle übrigen Aufgaben der Regierung
 r die Heranbildung eines verlässlichen Beamtenstandes
 an kein Verständniss.*)

e Zustände in Schlesien waren trotz der anscheinenden
 tion im höchsten Grade bedenklich. Man überbot sich
 phezeiungen von dem nahen Ende des kaiserlichen
 nts, trotz alledem würde sich aber die Aufregung gelegt
 wenn nicht eine Gefahr von dem Kriegsvolk des Mark-
 von Jägerndorf gedroht hätte, das während der nikols-
 Friedensverhandlungen in der Gegend von Olmütz ein-
 t war. Es stand zu befürchten, dass dasselbe sich zu
 flungsvollen Räubereien hinreissen lassen werde, weil
 ie wir erwähnten, gar nichts bezüglich der Auszahlung
 ohen Soldrückstände bestimmte. Um von vornherein der
 zu begegnen, bemühte sich der Erzherzog Karl die
 chen und sächsischen Truppen zu einem Angriff auf die
 lorfcr zu bewegen**), allein seine Bemühungen waren
 nem Erfolg begleitet. Hannibal von Dohna glaubte auf
 ege gütlicher Unterhandlungen mit dem Kriegsvolk besser
 ele zu gelangen und erbat sich zu diesem Zwecke die
 n Vollmachten, die der Erzherzog gern erteilte. Er
 die Niederlegung der Waffen denjenigen Sold an, den
 desischen Stände für die frühere Dienstzeit schuldig
 en seien,***)) allein die markgräflichen Offiziere erhoben
 bitante Forderungen, dass sie selbst dem sächsischen
 n Bodenhausen übertrieben erschienen und er sich jetzt
 verständnisse mit Dohna zu einem Angriff entschloss.
 adlichen Truppen hatten sich in das Fürstenthum Troppau
 i und dort in mehreren Städten ihr Quartier aufgeschlagen;
 ausen und Dohna vereinigten demnach ihre Streitkräfte
 opau, griffen das in der Nähe liegende Wagstadt an und
 n die Besatzung zur Capitulation gegen freien Abzug.

Nachweise für unsere Angaben und Behauptungen finden sich in
 Correspondenzen des sächs. StA.s namentlich in der Location
 8, IV.

hs. StA. Kaspar von Stadion an Erzherzog Leopold dd. 9. Jan. 1622.
 enda. Hannibal von Dohna an Erzherzog Karl dd. 12. Januar 1622. —
 enda. Instruction Erzherzog Karls dd. 20. Jan. 1622.

Einem gleichen Schicksale erlagen auch die in der Stadt einquartirten sieben Compagnien und nun dachten die übrigen an keinen Widerstand mehr, sondern erbot Schlesien zu räumen, wenn ihnen freier Abzug gewährt Dieser Erfolg war in fünf Tagen errungen worden, 40 Compagnien, theils Fussvolk, theils Reiterei hatten nach nennenswerthem Widerstande das Feld geräumt und zwei Heller für ihre Solforderungen erhalten zu haben. Der junge Graf Thurn schloss sich der Capitulation nicht an, sondern zog mit einigen Compagnien nach Glatz, wo er festsetzte, entschlossen diesen festen Platz gegen Jedermann zu vertheidigen. Hätte man dies voraus gewusst, so hätte man durch seine Frau, die in Wagstadt in die Hände Herzog von Dohna gefallen war, auf ihn wirken und ihn durch Drohungen einschüchtern können, aber Dohna hatte dieses Pfand zum grössten Aerger Bodenhausens abziehen lassen.

An-
fangs
Febr.
1621

Die Eroberung von Glatz war jetzt das Ziel der kaiserlichen Wünsche, statt aber die eigenen Truppen dabei zu benutzen, die doch seit dem nikolsburger Frieden disponibel waren, schickte man einen Theil derselben in die Unterpfalz, und wendete den Rest zur Einschliessung der noch nicht eroberten festen Plätze in Böhmen. Das Kriegsvolk der sächsischen Stände eignete sich zu wenig zu einer Belagerung, die militärische Kenntnisse erforderte und so musste man seine Hoffnungen allein auf die sächsische Armee setzen. Der Kaiser erliess in der That die nöthigen Befehle an den Oberbefehlshaber seiner Truppen, den Grafen Wolf von Mansfeld, die ihnen jedoch nur dann Folge leisten wollte, wenn die sächsischen Stände für den nöthigen Proviand auskommen würden. Diese Zumuthung lehnte der Oberhauptmann von Schleissheim ab, weil ihn die Belagerung nichts angehe, da Glatz jetzt zu den kaiserlichen gehöre.***) Unterdessen berechnete man auf sächsischer Seite, wie viel Truppen und Kriegsmaterial man zu dieser

*) Sächs. StA. Bodenhausen an Kursachsen dd. $\frac{25. \text{Jan.}}{3. \text{Febr.}}$ 1622.

Obsidium Glacense.

***) Die betreffende Correspondenz im sächsischen Staatsarchiv.

ung brauchen würde und glaubte mindestens 2000 Mann Volk, fünf Reitercompagnien und 23 Geschütze aufbieten zu können. *) Wolf von Mansfeld suchte Anfangs April Glatz durch Handstreich zu gewinnen, er griff die Vorstadt an, die er übernahm und plündern liess, **) aber die Festung selbst konnte er nicht einnehmen und so zog er sich wieder zurück. Er fand keine Zeit, umfassendere Vorbereitungen für die Belagerung zu treffen, denn der Kurfürst, der damals einen Angriff des Glatzstädters befürchtete, gab seinen Truppen den Befehl, die Gegend aufs schleunigste zu räumen und so blieb Glatz während der Belagerung verschont. ***) Auf kaiserlicher Seite musste man jetzt nicht bloss daran denken, die Belagerung mit eigenen Kräften zu unternehmen, sondern musste auch mehrere Städte in Schlesien nach dem Abzug der sächsischen Truppen mit den nothwendigen Garnisonen besetzen. Die Entscheidung in diesen Angelegenheiten überliess der Kaiser dem Herzog Karl dem Hannibal von Dohna, einem Menschen, nach dem Urtheil des sächsischen Obersten Bodenhausen, in militärischen Dingen vollständig unfähig war und dem Obersten Thurn von Waldstein, der jetzt auf dem Kriegsschauplatze eine hervorragendere Rolle zu spielen begann. †) So viel wir wissen, unterzog sich nur der letztere seiner Aufgabe, aber so wenig, dass der junge Thurn von Glatz aus ununterbrochenen Plünderungen alle Städte und Dörfer Meilen weit in der Gegend plündern konnte. Von einer Belagerung war also keine Rede und erst im Juli, als der durch Thurn angerichtete Schaden gross wurde, entschloss man sich drei Regimenter Fussvolk und etwas Reiterei zur Belagerung auszurüsten. ††) Im August konnte man sich endlich mit Ernst daran die Stadt einzu-

Die Obersten Goldstein und Krahen an Kursachsen dd. 1./11. März 1622. Sächs. StA.

Sächs. StA. Wolf von Mansfeld an Kursachsen dd. $\frac{28. \text{März}}{7. \text{April}}$ 1622.

Ebenda Kursachsen an Ferdinand dd. $\frac{27. \text{März}}{6. \text{April}}$ 1622. — Kursachsen

an Wolf von Mansfeld dd. 8./18. April 1622 und andere Schreiben.

Sächs. StA. Erzherzog Karl an Wolf von Mansfeld dd. 15. Mai 1622. Skála V, 229.



bleibenden wurde die Freiheit des Bekenntnisses ;
Glatz also in derselben Weise behandelt wie Sc
1622 25. October war man über die verschiedenen Bedir
geworden und drei Tage später zog die Besatzung
Mann ab, begleitet von 2000 kaiserlichen Soldate
bis an die Grenze von Schlesien das Geleite gabe
hinzu, dass die Bedingungen der Uebergabe von der
später nicht eingehalten wurden, die Protestanten
trieben und das ganze Gebiet von Glatz unterlag, r
der Confiscation, derselben Behandlung wie Böhm

*) Skála V, 235.

Sechstes Kapitel.

Krieg in der unteren Pfalz und in den benachbarten Gegenden.

Erzherzog Albrecht und seine Gemahlin. Der Waffenstillstand in der unteren Pfalz nimmt ein Ende. Operationen der spanischen Armee. Belagerung von Frankenthal. Einmarsch Mansfelds in die untere Pfalz. Cordova vereint sich mit Tilly. Sie rücken gegen Heidelberg vor. Cordova trennt sich von Tilly und verfolgt den Grafen Mansfeld auf das linke Rheinufer. Deidesheim. Cordova bezieht die Winterquartiere. Mansfeld vor Elsass-Zabern. Strassburgs Haltung gegen die kriegführenden Parteien.

Schatz von Dohna in Kopenhagen. Seine Werbungen im Auftrag des Pfalzgrafen. Christian von Halberstadt und seine frühere Entwicklung. Er schliesst sich der Sache des Pfalzgrafen an. Seine Antwort auf eine kaiserliche Mahnung. Seine Rüstungen. Das Treffen bei Kittorf. Des Halberstädters Einfall in das Stift Paderborn. Er beutet das Stift nach allen Richtungen aus. Der Markgraf von Baden. Sein Streit mit den Erben Eduards. Seine Rüstungen. Bemühungen des Erzherzogs Leopold ihn von den Feinden des Kaisers abzuführen. Der Markgraf dankt zu Gunsten seines Sohnes ab. Friedrichs Haltung im Spätsommer des Jahres 1621. Jakobs Schreiben an Philipp IV und Ferdinand II. Berathungen des Kaisers mit Maximilian von Bayern bezüglich der Antwort. Friedrich schickt seinem Schwiegervater die aufgefangenen kaiserlichen Briefe zu. Massregeln Jakobs. Sein Zerwürfniß mit dem Unterhause. Friedrich sendet Gesandte nach Dänemark, Nord- und Süddeutschland und Frankreich. Der Kurfürst von Brandenburg. Die päpstliche Hilfe für den Kaiser und die Liga. Gesamtstärke der beiderseitigen Streitkräfte.

Der Pfalzgraf reist zu Mansfeld. Die Verhandlungen der Infantin mit Mansfeld. Der Kampf bei Mingolsheim. Die Schlacht bei Wimpfen und ihre Folgen. Mansfeld und Erzherzog Leopold bei Hagenau. Mansfeld in Darmstadt. Befangennahme des Landgrafen Ludwig. Christian von Halberstadt von Tilly bei Höchst geschlagen. Freigebung Ludwigs von Darmstadt. Der Pfalzgraf entlässt Mansfeld und Christian von Halberstadt aus seinen Diensten. Mansfeld rückt durch Lothringen nach Frankreich. Er zieht darauf in die spanischen Niederlande. Schlacht bei Fleurus. Die Spanier und Holländer im Krieg. Die Belagerung von Bergen op Zoom.

I

Da durch den Frieden von Nikolsburg die kaiserlichen Streitkräfte frei geworden waren, konnte man sich auf katholischer Seite der Hoffnung hingeben, dass man den Kampf jetzt energischer führe. Der pfälzische Krieg.

gischer aufnehmen, Glatz bald erobern und den Krieg in der unteren Pfalz rasch zu Ende führen würde. Statt dessen währte es noch lange bis Glatz bezwungen wurde und der Krieg in der Unterpfalz nahm nach Raum und Zeit solche Dimensionen an, dass Streitkräfte aufgeboten werden mussten, welche die in böhmischen Feldzug verwendeten weit übertrafen.

1621 Als Ferdinand am 6. Juli dem Herzog Maximilian den Auftrag gab in die Oberpfalz einzurücken, versprach er auch für die Kündigung des Waffenstillstandes in der untern Pfalz Sorge tragen zu wollen.*) In der That hatte er schon Tags vorher an den Erzherzog Albrecht geschrieben und ihn beauftragt zum Angriff überzugehen, sobald er von dem Marsche Maximilians Kunde erhalten haben würde.***) Der letztere hatte sich schon einige Tage früher selbst an den Erzherzog mit einer Bitte gewendet, die weiter gieng, als die des Kaisers; er bat ihn nämlich den Krieg in der Unterpfalz gleichzeitig mit dem in der Oberpfalz zu beginnen, damit dem Gegner keine Frist gestattet würde.***) Erzherzog Albrecht konnte aber die Bitten und Befehle nicht mehr nachkommen, denn er starb am 13. Juli 1621.

Nach dem Tode des Erzherzogs übernahm seine Gemahlin Isabella die Regierung und überraschte alle Welt durch ihre eingehende Geschäftskennntniss. Man wusste zwar von ihr, dass sie die Vertraute ihres Vaters Philipps II gewesen sei und dass dieser ihr alle Angelegenheiten seines weiten Reiches mitgetheilt habe, aber von dem Augenblicke an, wo sie mit ihrem Gemahl ihre Residenz in Brüssel aufschlug, enthielt sie sich jedes öffentlichen Einflusses auf die Geschäfte und deshalb traute man ihr keine besondere Kennntniss derselben zu. Thatsächlich war sie aber die stete Rathgeberin ihres Gatten gewesen, der sie häufig besuchte, ohne zahlreiche Papiere mitzuschleppen, die er ihr vorlegte und über die er ihre Meinung einholte. Wir wollen deshalb nicht behaupten, dass sie besondere Herrschertalente besessen habe, sondern nur andeuten, dass sie über eine gewis-

*) Ferd. an Max. dd. 6. Juli 1621. Wiener StA.

***) Ebend. Ferd. an den Erzherzog Albrecht dd. 5. Juli 1621.

***) Münchner StA. Max. an Albrecht dd. 29. Juni 1621.

kenntniß verfügte, als sie in die Nothwendigkeit versetzt
 e, das Regiment selbständig zu führen.*) Von der Rücksicht,
 der friedfertige Albrecht gegen die englischen Wünsche an
 Tag gelegt hatte, scheint sie nicht mehr beeinflusst gewesen
 ein, denn sie widerstrebte nicht den Weisungen des Kaisers
 theilte ihm mit, dass sie den Waffenstillstand in der Unter-
 kündigen werde, sobald ihr die Nachricht von dem Angriff
 die Oberpfalz zugekommen sein würde.**)

30.
 Juli
 1621

Das Commando über die spanischen Truppen in der Unter-
 war mittlerweile in die Hände des Generals Cordova gelegt
 ten, da Spinola mit dem Oberbefehl über das Heer betraut
 te, das die Holländer, denen der im Jahre 1609 abgeschlossene
 fenstillstand auf ausdrückliche Weisung Philipps IV gekündigt
 ten war, bekämpfen sollte. Cordova suchte den Zeitpunkt, in
 er zum Angriffe übergehen sollte, zu beschleunigen, da er
 feindliche Heer, das um diese Zeit nicht mehr als 7000 Mann
 e und als dessen Führer wir den englischen Obersten Vere
 hen müssen, rasch zu besiegen hoffte. Ob es wahr ist, was ein
 liger Zeitgenosse berichtet,***) dass er auch von dem Kur-
 en von Mainz und dem Landgrafen von Hessen gemahnt
 de zum Angriff überzugehen, lassen wir dahingestellt, jeden-
 wird diese Angabe durch die sonstige zwar kaiserfreundliche
 friedfertige Haltung dieser beiden Fürsten nicht bestätigt.
 riss ist nur, dass Cordova eine vertraute Person an Spinola
 ekte, um ihn von der Nothwendigkeit einer Wiederaufnahme
 Kampfes zu überzeugen und die entsprechenden Weisungen
 ihm zu erlangen. Der letztere, der damals bei Wesel die
 länder beobachtete, war mit dem Wunsche Cordova's ein-
 standen, schickte aber den Boten nach Brüssel, damit die
 antin die letzte Entscheidung treffe. Welcher Art dieselbe
 t, ob die Infantin der Weisung des Kaisers folgte, oder ob
 den General Cordova zum unmittelbaren Angriff aufforderte,
 uns nicht bekannt. War das erstere der Fall, so würde die
 ftenruhe in der Unterpfalz erst in der zweiten Hälfte Septembers

Ibarra: La Guerra del Palatinado.

Wiener StA. Isabella an Ferd. dd. 30. Juli 1621.

So berichtet Diego de Ibarra in der Guerra del Palatinado.

ein Ende genommen haben, da Maximilian erst am 12. dies Monats in die Oberpfalz einrückte, ja der Kampf wäre vielleicht ganz unterblieben, da der Kaiser den Vorstellungen Digby's Rechnung trug *) und die Infantin um Gewährung der Waffenruhe ersuchte, im Falle dies seinen Interessen nicht abträglich wäre. Allein bevor noch eine oder die andere Weisung Cordova anlangte, waren die Würfel des Krieges schon gefallen und der Kampf in der Unterpfalz von neuem ausgebrochen.

Die Schuld an dem Wiederausbruche der Feindseligkeit trug die pfälzische Partei. Zu ihrer Entschuldigung wird berichtet, dass die pfalzgräflichen Truppen die grösste Noth litt und deshalb in einige dem Bischof von Speier gehörige Ortschaften eindrangen, um sich die nöthigen Lebensmittel zu verschaffen.**) Wie sehr auch der Hunger im Krieg einen Anentschuldigen mag, hier hätte man um jeden Preis die eigenen Hilfsmittel ausnützen sollen, weil man sonst den zahlreichen Spaniern die Waffen zum Gegenangriff bot. In der That erreichte Cordova sobald er von diesem Ueberfall hörte, die Gelegenheit wahr und liess sich nicht bloss den Schutz der speierischen Besitzungen angelegen sein, sondern ging zum Angriff über, indem er das in unmittelbarer Nähe des Rheins gelegene Schloss Stein überfiel und in seine Gewalt brachte. Der Verlust dieses Platzes erschreckte die Anhänger des Pfalzgrafen, weil der Spanier dadurch einen Stützpunkt am rechten Rheinufer gewann und deshalb bemühte sich der tüchtige Obentraut ihn zurückzuerobern, allein seine Anstrengungen waren vergeblich, da der Spanier sich durch rasch angelegte Schanzen gesichert hatte. Welchen unersetzlichen Nachtheil der übereilte Angriff der Sachse dem Pfalzgrafen zufügte, ersehen wir daraus, dass der Kaiser, der von den Vorgängen in der Unterpfalz noch keine bestimmte Nachricht erhalten hatte, gedrängt von Digby am 11. September der Infantin geradezu auftrag den Waffenstillstand einzuhalten, wenn nicht besondere Umstände dies unmöglich machen sollten.†)

*) Wiener StA. Ferdinand an Isabella dd. 5. Aug. 1621.

**) Ibarra berichtet ausdrücklich, dass Cordova noch nicht die Antwort auf seine Frage erhalten hatte, als der Krieg schon wieder begann.

***) Theatrum Europaeum. — La guerra del Palatinado von Ibarra.

†) Münchener StA. Ferd. an Isabella dd. 11. Sept. 1621.

se Umstände waren durch den Ueberfall der bischöflichen
itzungen eingetreten und der Kaiser war entschuldigt, wenn
gegen den Pfalzgrafen keine Schonung übte.

Im spanischen Hauptquartier erörterte man jetzt die Frage,
man den weiteren Angriff auf Frankenthal oder Mannheim
ten solle: beide Unternehmungen waren von Gefahren
roht, so lange die feindliche Armee nicht geschlagen war,
man seit dem Abzuge Spinola's nur über 11000 Mann gebot.
h Erwägung von mancherlei Umständen entschied sich
dova für den Angriff auf Frankenthal, begegnete dabei aber
wierigkeiten, die er Anfangs nicht vermuthet hatte; er schob
er vorläufig die Belagerung auf und beschloss zuerst die im
le stehende pfälzische Armee, die bei Bürstadt und Hofheim
rte, anzugreifen. Der Beschluss wurde am 22. September 1621
geführt, es kam aber zu keinem bedeutenden Gefecht, da
Spanier sich nicht weit vorwagten, weil sie befürchteten,
sie beim Angriff aus verdeckten Schanzen beschossen werden
ten. Am Abend nach dem Gefecht zog sich Vere in aller
zurück und schlug den Weg nach Mannheim ein. Aus
ren Nachrichten erfuhren die Spanier, dass die Feinde
Fussvolk in Mannheim, Frankenthal und Heidelberg, ihre
allerie aber in Ladenburg einquartierten und so auf eine
on im freien Feld verzichteten.

Noch am 22. September Abends wurde ein neuer Kriegs Rath 1621
spanischen Hauptquartier abgehalten, in dem Cordova sich
den Angriff auf Kaiserslautern entschied, um das Gebiet aus
er sich verproviantiren konnte, zu erweitern. Er leitete
Action dadurch ein, dass er sich mit dem Gros seiner
ppen bei Dürkheim aufstellte, um zu verhindern, dass der
ad von Frankenthal oder Mannheim her Kaiserslautern zu
e komme und schickte dann gegen diese Stadt 3000 Mann,
den Marsch am 1. October antraten und der Besatzung 1621
eits am 3. zur Uebergabe zwangen. Einige Tage früher
ten sich die Spanier auch verschiedener Plätze auf der
gstrasse, darunter des Schlosses Starkenburg bemächtigt,
u nun auch Frankenthal und Mannheim in ihre Gewalt
en, so war Heidelberg nicht länger zu halten und die ganze
erpfalz war erobert. Cordova war entschlossen diesen Erfolg

herbeizuführen, da ihm der Feind keine Furcht einflösste und der Herzog von Baiern ihm überdies seine Hilfe in Aussicht stellte, weil er eben die Oberpfalz unter seine Botmässigkeit gebracht hatte und mit Mansfeld über die Entlassung seines Volkes verhandelte. *) Bei so günstigen Aussichten säumte der spanische General nicht länger mit seinem Angriff auf Frankenthal. Nachdem er die Lage der Stadt recognoscirt, für die Richtung eines Lagers Sorge getragen und einzelne Schwierigkeiten bewältigt hatte, liess er Laufgräben ziehen und begann die Belagerung am 8. October in ernstlicher Weise. Aber die Belagerten waren nicht müssig; vom ersten Tage der Einschliessung an suchte die Besatzung, die gegen 1200 Mann grösstentheils Engländer zählte und über die nöthige Artillerie verfügte, die Belagerungsarbeiten zu stören und lieferte den Spaniern Tag für Tag mehr oder weniger blutige Gefechte. In ihren Anstrengungen wurde sie von der Bürgerschaft unterstützt, die Bürger besserten nicht bloss den gemachten Schaden an den Befestigungen aus, sondern führten neue Schanzungen auf und betheiligten sich opferwillig an der Vertheidigung des heimischen Herdes.

1621 Am 14. October bemerkte Cordova, dass sich eine feindliche Truppenabtheilung der Stadt auf der Rheinbrücke näherte, offenbar um in Frankenthal einzudringen und so traf er Anstalten um dies zu verhindern. Da er am folgenden Tage die Nachricht bekam, dass sich die Verhandlungen mit Mansfeld zerschlagen hatten und dass dieser nach der unteren Pfalz vorrückte, beschloss er seine Anstrengungen zu verdoppeln, um die Stadt so bald als möglich in seine Gewalt zu bekommen. Zu diesem Ende richtete er am 16. October seinen Angriff gegen die Redouten, die die Frankenthaler ausserhalb ihrer Stadt aufgestellt hatten; die eine wurde erstürmt und behauptet, während die andere wieder aufgegeben werden musste und erst am folgenden Tage erobert werden konnte. Die gewonnenen Redouten benutzte der General zur Aufstellung einer neuen Batterie, von der er die Stadt mit Feuerkugeln in der Schwere von 80 Pfund beschoss. Am 19. October erhielt er die Nachricht, dass Mansfeld

*) Ibarra a. a. O.

400 Reitern und 1500 Fussknechten heranziehe und dass die übrigen Truppen folgen. Nun galt es gegen den neuen Front zu machen, wenn das Unternehmen zu Ende geführt werden sollte, und zu diesem Ende liess Cordova die spanischen Truppen aus einigen benachbarten Städten herausrücken und führte aus ihnen rasch eine Truppe von 3000 Fussknechten mit der nöthigen Cavallerie, welche er zwischen Lambsheim und Lampertheim aufstellte, damit sie die allfälligen Angriffe auf Mansfeld zurückweise und so Störungen in der Fortführung der Belagerung verhüte. Einige seiner Offiziere waren der Meinung, dass er seinen Zweck besser erreichen würde, wenn er die Brücke bei Mannheim, über die Mansfeld marschiren musste, zerstöre. Diese Meinung fand Anklang und Cordova ertheilte seinen Offizieren die betreffenden Befehle, widerrief dieselben aber im letzten Augenblicke, wahrscheinlich weil er fürchtete, dass die Schanze, die die Gegner vor der Brücke angelegt hatten, mit grossen Opfern erstürmt werden könnte. Er suchte deshalb die Belagerung so viel als möglich zu beschleunigen, er aber am 28. October die Nachricht bekam, dass Mansfeld ¹⁶²¹ Mannheim angelangt sei und mit den Truppen, die er in der Pfalz an sich gezogen habe, ihm an Stärke überlegen sei, so berief er einen Kriegsrath, in dem beschlossen wurde, die Belagerung abubrechen und sich nach dem festen Stein zurückziehen. Dieser Beschluss wurde am folgenden Tage nicht ohne bedeutende Verluste durchgeführt, denn da man in der Eile nicht zumut hat, einer Truppe den Befehl, die Laufgräben zu lassen, rechtzeitig zukommen zu lassen, so wurde diese von aufmerksamen Feinde überfallen und niedergemacht. Das setzte indessen seinen Rückzug nach Stein unbelästigt fort, lagerte dort und marschirte am folgenden Tage weiter in der Richtung nach Oppenheim, in dessen Nähe Cordova vorläufig ein Lager aufschlug. Zu spät vernahm er jetzt, dass Tilly mit seinen Ligisten im Anzuge sei und dass, wenn er bei Frankenthal gewesen wäre, er vielleicht mit dem ligistischen General einen combinirten Angriff auf Mansfeld hätte unternehmen können. In dem Augenblicke, wo Mansfeld dem Drängen Digby's nachgab und seine Unterhandlungen mit Maximilian nur zum Schein fortführte, um sie später vollends abubrechen, hatte er

den Entschluss gefasst, den Marsch nach der untern Pfalz anzutreten und sich mit den dortigen pfalzgräflichen Truppen zu verbinden. Er konnte zwar gewiss sein, dass ihm Tilly folgen, sich mit den Spaniern verbinden und ihn vielleicht in eine weit schlimmere Lage versetzen werde, als die war, welche er jetzt zu entgehen suchte, allein wenn er die Waffen niederlegen wollte, musste er dieser Gefahr kühn ins Angesicht sehen. Mancherlei Gründe liessen ihm das Wagniss nicht gefährlich erscheinen: der Winter war im Anzuge, der damals mehr als heutzutage alle kriegerischen Operationen lähmte, und der breite Rheinstrom erschwerte dieselben, da der schwächere Theil durch einen raschen Wechsel des Ufers selbst überlegene Streitkräften gewachsen war und zudem bemühte sich der Pfalzgraf, wie wir berichten werden, um neue Allianzen, die im Frühjahre dem Kriege eine andere Wendung geben konnten. Es handelte sich also nur darum, Zeit zu gewinnen und dieser Beziehung zeigte Mansfeld auch diesmal seine Meisheit. Auf dem Marsche nach der Unterpfalz unterstützte die Bürgerschaft von Nürnberg freiwillig mit den nöthigen Lebensmitteln, um so der gewaltsamen Contributionirung zu entgehen. Er musste sich damit begnügen, da er den Anmarsch Tilly's befürchtete und deshalb seine Zeit nicht mit der Plünderung des nürnbergischen Gebietes versplittern durfte. Nürnberg statt für diesen ihm von Tilly erwiesenen Dienst dankbar zu sein, beklagte sich später bei dem Kaiser über den Schaden, den ihm der Durchmarsch der Ligisten verursacht habe und lehnte mit Entrüstung eine Forderung des Herzogs Maximilian ab, der einen Beitrag zu den durch den Krieg verursachten Kosten verlangte. *) — Auf dem weitem Marsch berührte Mansfeld eine Reihe wohlhabender Städte, die vom Kriege noch nicht gelitten hatten und da er jetzt nicht fürchten musste, dass Tilly auf dem Fusse folge, so brandschatzte er mehrere derselben und unter andern die Stadt Wimpfen, indem er zuerst 15000 Gulden von ihr verlangte und nach vielem Bitten und Verhandeln die

*) Wiener Kriegsarchiv, Instruction Nürnbergs für den an Max. abzuordnenden Gesandten dd. 10./20. Oct. 1621.

berung auf 5000 ermässigte.*) Mit ungefähr 10000 Mann
 te er in Mannheim an, wo sich ihm die Obersten Vere,
 dmanshausen, Merven, Landschad u. a. mit 7—8000 Mann
 hlossen, mit denen vereint er seine Schritte nach Franken-
 lenkte.**) Die Stadt zahlte ihm bei seiner Ankunft 12000
 den. Er zog weiter nach Stein in der Absicht, die Spanier
 erreichen und zu schlagen, aber da diese sich beeilt und
 stig gelegene Orte bezogen hatten, gab er den Angriff auf
 wollte sich in Worms festsetzen, um sich die reichen Mittel
 der Stadt dienstbar zu machen. Dieser Absicht suchte der
 aische General zu begegnen, indem er die Bürger von Worms
 Aufnahme einer Besatzung aufforderte, die ihnen keine Kosten
 verursachen, sondern pünktlich unterhalten werden würde. Die
 Forderung wurde zurückgewiesen; die Bürger nahmen zwar
 Grafen Mansfeld auch nicht in ihre Mauern auf, aber sie
 unterstützten ihn mit einer Summe von 60000 oder nach andern
 berichten von 100000 Gulden.***) Da es dem Grafen für sein
 Verbleiben in dieser Gegend an einem sichern Stützpunkt fehlte,
 trennte er sich von den Truppen, die unter Vere's und der
 andern Obersten Commando zu ihm gestossen waren, diese
 zogen sich wieder in ihre alten Quartiere zurück, er selbst
 begab sich in den am rechten Rheinufer gelegenen Theil des
 stums Speier und brandschatzte denselben in herkömmlicher
 Weise. Seine Erfolge theilte er dem Pfalzgrafen mit, der,
 Ervat über die Aufhebung der Belagerung von Frankenthal,
 jegliche Unterstützung versprach, ihm nicht nur erlaubte,
 über die 50000 Gulden zu verfügen, mit denen die General-
 zanten wieder seine Sache monatlich unterstützen wollten,
 sondern ihm auch die 30000 Pfund Sterling, zu deren Auszahlung
 Jakob im Monate November erboten hatte, zur Disposition
 stellte und ein gleiches mit einem Theil des Silbergeschirres
 that, das er wahrscheinlich aus Prag gerettet und an einem sichern
 Ort untergebracht hatte. Der Pfalzgraf verfügte noch über 30 Gold-
 stücken, die er bei einem nürnbergischen Bürger aufgehoben hatte,

*) Wiener StA. Mansfeld an die Stadt Wimpfen dd. 12., 14., 22. October 1621. — Ebend. Wimpfen an den Kaiser dd. 19. Jan. 1622.

**) Theatrum Europaeum.

**) Sächs. StA. Ferdinand an Cordova dd. 16. Novemb. 1621.

aber diese wollte er zur Zeit noch nicht verwenden. Zum Schluss seines Schreibens vertröstete er den Grafen auf baldige Ausreise aus Norddeutschland und ermahnte ihn zur Eintracht mit V.

Seit dem Abzuge Mansfelds aus der Oberpfalz hätte sich Maximilian seine Aufgabe als gelöst ansehen können, da der Kaiser ihn nur zur Besetzung dieses Theiles der pfälzischen Besitzungen aufgefordert hatte. Als er aber merkte, dass Mansfeld von Mansfeld überlistet worden sei und dieser seinen Fuß in die unteren Pfalz angetreten habe, säumte er nicht, seine Mission, die auf die Verfolgung des Mansfelders lautete, auf diesen Theil der pfalzgräflichen Besitzungen auszuweiten und seinem Generallieutenant den Befehl zu geben, dalwärts zurückzuziehen: er traf so selbständig eine Entscheidung, die der Kaiser nachträglich guthieß.**) Die Spanier erhoben später den Vorwurf gegen Maximilian, dass er diesen Befehl zu spät gegeben habe, da sonst der Graf Mansfeld auf dem Marsche nach der Unterpfalz hätte erdrückt werden können; sie behaupteten, dass Maximilian nur deshalb gesäumt habe, um einen Grund zu finden, sich in der Unterpfalz festzusetzen und so alle Länder der Pfalz in seine Hand zu bekommen. Der Vorwurf, dass Maximilian absichtlich gesäumt habe, scheint uns, wenn wir die spanischen Nachrichten zu Rathe ziehen, ungerechtfertigt, dass er die Gelegenheit benützte, um seinen Fuß nach der Unterpfalz zu setzen, dürfte nach den Forderungen, die er bei der Gelegenheit der Uebertragung der Kur an den Kaiser gestellt hatte, nicht zu bezweifeln sein.

Tilly, der zu spät mit seinen Truppen vorrückte, sonach wusste, dass ihm Mansfeld einen grossen Vortheil abgewonnen hatte, liess vorläufig von seiner Verfolgung ab und richtete seine Schritte nach dem Gebiet des Landgrafen von Hessen-Darmstadt, in der Absicht Cordova, falls er sich dort nicht zurückziehen würde, die Hand zu reichen und dann erst den Angriff auf Mansfeld und seine Verbündeten zu machen.

*) Münchner RA. Der Pfalzgraf an Mansfeld dd. 3./13. Decemb. 1621.
Ebenda, ein Brief des Pfalzgrafen dd. 15./25. Octob. 1621. —
Jakob an Friedrich dd. 12./22. Novemb. 1621.

**) Wiener StA. Ferd. an Max. dd. 7. Dec. 1621.

untern Pfalz zu unternehmen. Tilly verfügte über eine
 reiche Artillerie, über 12000 Mann zu Fuss und über
 Reiterkornete. Am 5. November schlug er in Dieburg, am 1621
 enden Tage in Pfungstadt sein Hauptquartier auf und da
 erweile 1500 Reiter von der spanischen Armee zu ihm
 essen, betrogen die Streitkräfte, über die er verfügte, an
 1000 Mann. *) In dem nahegelegenen Gernsheim traf er mit ^{8. Nov.}
 Cordova zusammen und besprach sich mit ihm über die weiteren ¹⁶²¹
 Operationen. Vereinten sich die beiden Feldherrn, so waren
 den Gegnern entschieden überlegen und würde es nach
 Tilly's Plan gegangen sein, so hätten sie ihre Ueberlegenheit
 sich ausgebeutet. Allein Cordova richtete seine Aufmerksamkeit
 nicht allein auf die Unterpfalz, er fürchtete, dass der Landgraf
 von Hessen-Kassel einen Handstreich gegen Bacharach unter-
 nehmen und seine Verbindung mit Flandern unterbrechen könnte
 und so beschäftigte er sich mehr mit der Abwendung dieser
 und anderer Gefahren, als mit einem neuen Angriffe. Die
 Rathung mit Tilly führte deshalb nicht zu der wünschens-
 werthen Uebereinstimmung. Tilly wollte, dass man die Be-
 lagerung von Heidelberg unternehmen und die im offenen Felde
 stehenden feindlichen Truppen, namentlich den Mansfelder, der
 sich durch neue Werbungen täglich verstärkte, angreifen sollte,
 Cordova dagegen, dass man zuerst Worms wegen des dem
 Mansfelder geleisteten Beistandes züchtigen sollte. Vergebens hob
 Tilly die Wichtigkeit von Heidelberg hervor, welcher Stadt er
 die Bedeutung von Prag beilegte und behauptete, dass aller
 Widerstand ein Ende nehmen würde, wenn man sich ihrer
 bemächtigte. Cordova war vielleicht im Rechte, wenn er diesen
 Vergleich nicht zugeben wollte, der wahre Grund seines Wider-
 standes war aber nur der, dass er sich von seiner Operations-
 basis nicht zu weit entfernen und namentlich nicht den Rhein
 und Neckar überschreiten wollte; es fehlte ihm mit einem
 Worte an Entschlossenheit. Doch gab er zuletzt nach und
 liess sich dem ligistischen General an, als dieser den Marsch
 über die Bergstrasse antrat und so gegen Heidelberg zog.

*) Sächs. StA. Bericht über den Zug Tilly's dd. $\frac{29. \text{ Oct.}}{8. \text{ Nov.}}$ 1621.

Auf dem Wege eroberte Tilly die Stadt Ladenburg und traf darauf die nöthigen Vorbereitungen zur Ueberbrückung des Neckars, welche Arbeit er um so mehr zu beschleunigen suchte, als er vernahm, dass sich unter den Gegnern Unordnungen zeigten und sie einem Angriffe nicht widerstehen würden. Schon hatte er mit seinem ganzen Heere und seiner Bagage den Neckar überschritten, als sich Cordova weigerte ihm zu folgen.*) Dieser war nur ungern auf das rechte Rheinufer gezogen, jetzt sollte er auch den Neckar überschreiten und so seine Rückzugslinie auf das äusserste gefährden, das wollte er um keinen Preis thun. Er verfügte sich also zu Tilly, stellte ihm vor, dass die Jahreszeit zu einer Belagerung allzu vorgerückt sei und dass man, da sich die pfälzischen Truppen in wohl befestigten Orten einquartiert hätten, für den Winter von allen grösseren Unternehmungen absehen und sich darauf beschränken müsse, Mansfeld im Auge zu behalten. Er betonte dabei, dass die Execution in der untern Pfalz dem Könige von Spanien übertragen worden und Tilly mit seinen Truppen nur als Hülf anzusehen sei, dass derselbe das Versäumniss, dessen er sich durch die Vernachlässigung Mansfelds schuldig gemacht, zu machen und ihm Folge zu leisten habe. Cordova glaubte nicht in dem Falle sein Verbleiben auf dem rechten Rheinufer rechtfertigen zu können, wenn man Mansfeld dort fassen könnte, da dies aber nicht wahrscheinlich sei, weil derselbe ihnen ausweichen werde, so müsse er sich in eine gesicherte Stellung zurückziehen. Tilly bekämpfte diese Ansichten und brachte den spanischen General endlich so weit, dass er versprach bei Ladenburg zu bleiben, wenn Tilly dort eine gute Brücke errichten und sie durch die Anlage einer Schanze befestigen würde, so dass der Uebergang über dieselbe jederzeit gesichert wäre. Gleichzeitig schickte er einen Bericht über diese Vorgänge an Spinola ab, erbat sich bestimmte Weisungen von ihm und erklärte, dass wenn ihm die Entscheidung überlassen würde, er unverweilt über den Rhein zurückkehren werde. Als Tilly sich davon überzeugte, dass er nicht mit Sicherheit auf die Mitwirkung Cordova's rechnen könne, beschränkte er seine Operationen

*) Wiener St.A. Tilly an Max. dd. 26. November 1621.

auf, dass er sich in den Besitz der Neckarpässe von Heilbronn bis Mannheim zu setzen und so die Zufuhr von Lebensmitteln nach Heidelberg und Mannheim unmöglich zu machen vermöge. Der winterlichen Jahreszeit wegen war er selbst um die Verproviantirung seines Heeres besorgt und vertheilte deshalb seine Cavallerie längs des nördlichen Zuges der Bergstraße, dabei ersuchte er die Bischöfe von Mainz und Würzburg um die Bestellung der nöthigen Fuhren für seine Provianten. Mit diesem Gesuche wurde er abgewiesen, da die Bischöfe nicht einsehen wollten, dass auch ein siegreicher Krieg ein Opfer erheische. *)

Mittlerweile gelangte die Nachricht zu den verbündeten Fürstentümern, dass sich Mansfeld anschicke, den Rhein zu überqueren, um den am linken Rheinufer gelegenen Theil des Saarlandes um Speier zu brandschatzen, und in der That legte er bei der Stadt Speier eine Contribution von 200000 Gulden auf, von welcher ihm jedoch wenig bezahlt worden sein dürfte.**) Der Zug Mansfelds auf das linke Rheinufer gab dem General Cordova Anlassung zu erklären, dass auch er über den Rhein ziehen wolle, theils um das Bisthum zu schützen, theils um auf diese Weise seinen Wunsch zu erfüllen und das Ufer zu wechseln. Der Kaiser billigte diesmal seinen Entschluss, und gab ihm einen Theil seiner Truppen zu Hilfe. Am 27. November überschritt 1621 Cordova bei Stein an der Spitze von 4000 Mann Infanterie und 2000 Reitern den Rhein, ihm folgten 2000 Mann Infanterie und 2000 Reiter ligistischer Truppen, so dass er im Ganzen über 8000 Mann verfügte. Mit diesen glaubte er es auf einen Kampf mit Mansfeld ankommen lassen zu dürfen, allein sein Vertrauen wurde getrübt, als er die übrigens falsche Nachricht erhielt, dass Christian von Halberstadt, den der Pfalzgraf für sich gewonnen hatte, an der Spitze von 9000 Mann im Anzuge sei, und dass er außerdem dem Landgrafen von Hessen-Kassel unterstützt und wahrlich mit des letzteren Hilfe bei St. Goar den Rhein übersetzen werde. Der Kurfürst von Mainz und der Landgraf von Hessen-

Wiener St.A. Tilly an Max. dd. 26. Nov. 1621.

Sächs. St.A. Der Landgraf von Hessen Darmstadt an Kursachsen dd. 29./29. Nov. 1621.

Darmstadt riefen schon ängstlich um Hilfe. Cordova wollte den Halberstädter an der Uebersetzung des Rheins hindern und betraute den Oberstwachmeister Luis de Ville mit dieser Aufgabe, zu der er ihm 1700 Mann mitgab, eine jedenfalls zu geringe Anzahl, wenn der Halberstädter über die Truppenzahl verfügt hätte, die man ihm fälschlich zuschrieb.

Nachdem Cordova den Rhein überschritten hatte, erfuhr, dass Mansfeld sein Hauptquartier in Deidesheim aufgeschlagen habe. Er war entschlossen ihn anzugreifen, fürchtete aber, dass ihm Mansfeld ausweichen und entweder bei Mannheim das Ufer wechseln oder sich nach Strassburg wenden, dort erst den Rhein übersetzen und so seine Angreifer zu einer noch grösseren Verlängerung ihrer Operationslinie nöthigen werde. Da keine Vergrößerung zu verlieren war, marschirte Cordova am 1. December gegen Deidesheim, aber ungeachtet dieser Eile hatte sich Mansfeld bereits zurückgezogen, nachdem er die Vertheidigung der genannten Stadt einer Truppenabtheilung übertragen hatte. Cordova ging nach Deidesheim an, liess Laufgräben ziehen und traf alle Massregeln zu einem raschen Erfolge, aber trotzdem behaupteten sich die Mansfelder. Die Spanier hofften den Widerstand besiegen zu können, da sie ihren Gegner im vollen Rückzuge auf Strassburg vermutheten, aber am 6. December wurden sie von grösseren Truppenabtheilungen angegriffen, die sie über die unmittelbare Nähe desselben nicht im Zweifel liessen. Es kam zu einem Zusammenstoss, in dem die Spanier sich tapfer behaupteten, aber dass die Besatzung von Deidesheim schliesslich kapituliren und sich mit dem freien Abzuge begnügen musste. Mansfeld zog sich nach Germersheim zurück und schnitt damit dem spanischen General die Hoffnung auf weitere Erfolge ab, da dieser es bei der vorgerückten Jahreszeit für zu gefährlich hielt, sich in einem so festen Platz wie Germersheim zu nähern. Cordova entschloss sich also die Winterquartiere zu beziehen, gab das kampflos gewonnene Deidesheim wieder auf und trat am 10. December den Marsch gegen Worms an. Er würde sich gern mit Gewalt in dieser Stadt einquartieren haben, schon um sie wegen ihrer Hinneigung zu Mansfeld zu bestrafen, aber gewichtige Rücksichten verboten ihm dies. Worms war eine Reichsstadt, die sich mit den anderen Unionsfürsten von dem Pfalzgrafen losgesagt

: wenn sie trotzdem angegriffen wurde, wiewohl sie durch Unterstützung Mansfelds dazu Anlass geboten hatte, konnte die gewaltigste Aufregung ja vielleicht die Wiederaufrichtung der kaum aufgelösten Union zur Folge haben. Cordova in diesem Falle mehr Rücksicht auf die den Spaniern ähnliche Stimmung in Deutschland als der Kaiser selbst, denn diesem wurde er so eben aufgefordert, Worms mit Gewalt besetzen. Statt dies zu thun, ersuchte er die Bürgerschaft die freiwillige Aufnahme einer Besatzung, für deren Unterhalt er sorgen versprach; aber die Bürgerschaft schlug ihm auch diese Bitte ab, wie sie dies schon einmal gethan hatte. Cordova versuchte nun durch die Vermittlung des Kurfürsten von Mainz und des Landgrafen von Darmstadt zu diesem Ziele zu gelangen und da auch diese zu keinem Resultate führte, zog er sich in Oppenheim nieder und vertheilte sein Heer in Winterquartiere. Von dort aus richtete er einen Bericht an die Infantin, in dem er sich gegen die bisherige Kriegsführung aussprach und entweder zu einer Vergrößerung der Armee, durch die man der Feinde Herr werden, oder aber zur Aufhebung von Verhandlungen riet, durch die man mit heiler Haut aus dieser Sackgasse herauskommen könnte.*)

Dass Tilly während des Monats December den General Cordova nicht weiter unterstützte, hatte darin seinen Grund, dass er mit seinen Truppen die einzelnen am Neckar gelegenen Orte angriff und sie mit Ausnahme von Heidelberg und einem andern Orte eroberte. Seine Armee schwächte er nicht bloss durch die in die eroberten Plätze gelegten Besatzungen und durch die Hilfe, die er dem spanischen General gewährt hatte, sondern auch die sich allmählig auf zwei Regimenter Fussvolk und sechs Bataillone, im Ganzen auf etwa 5000 Mann erstreckte, sondern auch durch die Absendung von ungefähr 4000 Mann theils zu Fuß, theils Reiterei, die er dem Kurfürsten von Mainz und dem Landgrafen von Hessen-Darmstadt zuschickte, damit diese sich mit den neugeworbenen Truppen dieser Fürsten in

Sächs. StA. Ferdinand an Cordova dd. 16. Nov. 1621. — Wiener StA. Tilly berichtet an Max. dd. 26. Nov. 1621, dass er die Stadt Worms vergeblich um die Aufnahme einer Besatzung ersucht habe. — La guerra del Palatinado von Diego de Ibarra.

Verbindung setzen und dem heranziehenden Halberstädter entgegenstellen könnten. Mit dem Commando über diese Truppenabtheilung betraute er den Freiherrn von Anholt, der bei Aschaffenburg sein Hauptquartier aufschlug. Tilly hatte sich auf diese Weise so geschwächt, dass er eigentlich nichts nennenswertes unternehmen konnte und dem Grafen Mansfeld gewiss unterlegen wäre, wenn sich dieser plötzlich auf das rechte Rheinufer gewandt hätte. Er erstattete dem Herzog Maximilian über alle diese Vorgänge Bericht und ermahnte ihn zur raschen Werbung einer grösseren Reiterabtheilung, da er nur so dem Grafen Mansfeld begegnen und ihn zu Paaren treiben könnte. Maximilian war durch den Bericht Tilly's so geängstigt, dass er den Kaiser sofort ersuchte, nicht nur die Infantin zur Vermehrung seiner Armee zu mahnen, sondern auch seine eigenen Truppen am Rhein zu schicken, da sie bei dem bevorstehenden Friedeusschlusse mit Bethlen ohnedies verfügbar wurden.*)

Mansfeld, der sich während der Winterszeit vor den Angriffen der Feinde gesichert sah, brandschatzte das von ihm besetzte Gebiet nach allen Richtungen; so nöthigte er z. B. die Stadt Hagenau zu grossen Zahlungen, mit denen er sich aber nicht begnügte, sondern die Stadt einnahm und in derselben schrecklich wirthschaftete als der ärgste Feind. Er richtete dann seine Schritte nach dem oberen Elsass, weil diese Gegend durch den Krieg noch nicht gelitten hatte und reiche Beute verhies. Schon vor der Einnahme von Hagenau, als er noch bei Lauterburg stand, befürchtete die schweizer Eidgenossenschaft, dass die ihr nöthigen Getreidezufuhren aus dem Elsass unterbleiben würden und schickte deshalb (vielleicht unter dem Druck des Erzherzogs Leopold, der damals siegreich Graubündten bekriegte) eine Gesandtschaft an Mansfeld ab, durch die sie ihn ersuchte, nicht weiter gegen den Süden zu ziehen, da ihre Verproviantirung dadurch in Stocken gerathen könnte. Mansfeld wies diese Forderung ab.

*) Wiener StA. Tilly an Max. dd. 6. Decemb. 1621. — Ebenda. Max. an Ferdinand II dd. 18. Decemb. 1621.

**) Münchner StA. Zeitung aus Colmar dd. 16. Decemb. 1621. — Ebenda. Recess des Grafen Mansfeld an die Abgesandten der Eidgenossenschaft dd. 17./27. Decemb. 1621.

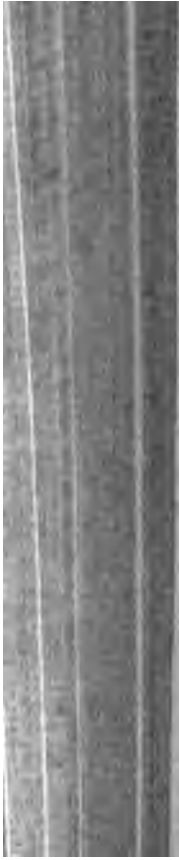
rückte nach der Einnahme von Hagenau gegen Elsass-
 vor um auch dieses zu plündern. Da sich jedoch die
 inner entschlossen zur Wehr setzten, alle Angriffe zurück-
 gegen und die Belagerung, die schon zwölf Tage währte, wegen
 steigenden Kälte kaum länger fortgesetzt werden konnte,
 stilligte er in einen Waffenstillstand und bot den Belagerten
 Abzug an, wenn sie sich mit 100000 Philippthalern
 lösen würden. Allein diese erwiderten spöttisch, dass sie
 dieses Geld lieber Pulver und Blei kaufen würden, und
 sah er sich zum Auszuge gezwungen, weil der allfällige
 Gewinn in keinem Verhältnisse zu den Verlusten stand, die er
 z. *) Sein Hauptquartier scheint er jetzt hauptsächlich in
 genau aufgeschlagen zu haben, seine Truppen theilte er aber
 verschiedene Streifcorps, die ihre Raubzüge bis in die
 lichen Theile des Elssasses unternahmen, unbekümmert
 um, dass Erzherzog Leopold in den einzelnen Städten mehr
 weniger grosse Garnisonen unterhielt. Das gewonnene Geld
 setzte er zu neuen Werbungen, so dass sich sein Heer in den
 letzten Januar und Februar täglich vergrösserte, auch im Stifte 1622
 Lorborn liess er, wie wir erzählen werden, auf seine Rechnung
 Regimente werben. Von grösster Bedeutung für den weiteren
 Erfolg seiner Unternehmungen war die Stellung, die die Stadt
 Strassburg einnehmen würde und deshalb war seine Aufmerk-
 samkeit seit dem Monate Februar ununterbrochen auf die Ge-
 tung dieser Stadt gerichtet.

Strassburg hatte bei den Verhandlungen der Unionsfürsten
 Spinola ihr Schicksal von dem des Pfalzgrafen getrennt,
 äumte aber seitdem keine Gelegenheit, wenn sie das ohne
 ihr thun konnte, ihren Sympathien für ihn und seine An-
 gänger Ausdruck zu geben. So beschwerten sich die Strass-
 burger im Verein mit den Ulmern bei dem Kaiser über die
 Rücksichten, welchen die einzelnen Reichsstädte von dem
 französischen und spanischen Kriegsvolk während des Kampfes
 Mansfeld ausgesetzt seien**), sie gestatteten auch den mans-

Sächs. StA. Ans Strassburg dd. 24. Dec. 1621.
 8. Jan. 1622.

Wiener StA. Strassburg und Ulm an den Kaiser dd. 29. Oct. 1621.
 8. Nov.

indely, Der pfälzische Krieg.



den Stadtrath ab und beschwerte sich nicht
Vorschub, den die Stadt seinen Gegnern leist
langte auch eine bindende Erklärung, dass
Uebergang über die Rheinbrücke wehren und
seinen Truppen offen halten, sowie die Verpflegu
erleichtern werde.*) Diese Forderungen wurden
allein wenige Tage später stellte der Kaiser
Ansinnen an Strassburg und die übrigen Stäu
bischen Kreises. Er folgte hierin einer Auffordert
von Baiern und einem Gutachten seines Reichsl
beide von der Annahme ausgingen, dass sich di
Reichsstände dem räuberischen Vorgehen Mansf
setzen verpflichtet seien und dass sie einer ka
förderung ungesäumt nachkommen würden. De
auch zu der mehr und mehr verrosteten Waffe g
1622 er über Mansfeld am 4. Januar die Acht ausspra
seine Verfolgung den Reichsfürsten zur Pflicht ma
sich jedoch, dass die kaiserlichen Mahnungen un
sowenig fruchteten, wie die erzherzoglichen Bitt
erklärte, dass es seine Neutralität zu Gunsten der
aufgeben wolle und erging sich in Ausflüchten
Vorschubs, den es den gegnerischen Truppen

Mansfeld, der sich schon seit mehreren Wochen
Unterhändler bemüht hatte, Strassburg auf seine

*) Ebenda. Antwort der Stadt Strassburg dem Gesandte

tete am 2. März eine neue Botschaft an den Stadtrath und 1622
 derte ihn zur Allianz und zur Vertreibung einiger Gegner des
 alzgrafen namentlich des Dr. Wolf auf. Zu dieser Feindseligkeit
 gen den Kaiser wollte sich der Stadtrath nicht hinreissen
 sen, und wies diese Aufforderung ebenso zurück, wie einige
 ge später einen Bundesantrag, den der Pfalzgraf durch einen
 enen Boten hatte übermitteln lassen.*) Der Kaiser sah aber
 dass er sich von den schwäbischen Fürsten und Ständen
 istens einer zweideutigen neutralen Haltung versehen könne
 L während er sie früher um ihren Anschluss ersuchte, wollte
 sich jetzt mit ihrer Neutralität begnügen. Zu diesem Ende 22.
 rückte er den Präsidenten des Reichshofraths, den Grafen Febr.
 e Hohenzollern, an Württemberg und Baden, die beiden 1622
 eilichsten Fürsten, und verlangte von ihnen die Abstellung
 e weiteren Werbungen, wodurch er deutlich zu verstehen gab,
 welchem Verdachte er sie habe. Der Herzog von Württem-
 g, der einige Zeit nicht recht wusste, wem er sich anschliessen
 ke, gab nach; der Markgraf dagegen arbeitete nur um so
 riger an der Vergrößerung seiner Truppenmacht.

II

Wir haben angedeutet, dass Mansfeld auf die Unterstützung
 es jugendlichen Bischofs von Halberstadt Christians von Braun-
 zweig vertröstet wurde. Die Rüstungen, die von dem letzteren
 Auftrage des Pfalzgrafen angestellt wurden, waren nur ein Ring
 der Kette mannigfacher Vorbereitungen, durch die Friedrich
 tz des seinem Schwiegervater gegebenen Versprechens sein
 icksal mit dem Schwerte in günstiger Weise gestalten wollte.
 Folge seiner auf den Angriff gegen den Kaiser gerichteten
 sichten hatte der Pfalzgraf, wie Digby berichtet, dem Grafen
 nsfeld den Einmarsch in Böhmen anbefohlen und in der
 ten Hälfte des Monats August den Herrn Achatz von Dohna 7. Aug.
 dem König von Dänemark geschickt und ihn um Ueberlassung 1621
 e für seinen Dienst geworbenen Truppen ersuchen lassen.

*) Die betreffenden Actenstücke im bairischen Staatsarchiv.

Der König hatte im Frühjahr, als er entschlossen Friedrich anzuschliessen, 6000 Mann in der sicheren Erwartung erworben, dass sich ihm die Union und der König von England samt den Generalstaaten zugesellen würden. Da aber die Union mit dem Kaiser Frieden schloss und der König von England in einem Kampfe nichts wissen wollte, so nahm auch die Bereitschaft Christians IV ein Ende und er verabschiedete seine Truppen. *) Dohna berührte auf der Reise nach Kopenhagen Hamburg und traf da mit zahlreichen Hauptleuten des entlassenen Kriegsvolkes zusammen, die er nun eilig für den Dienst des Pfalzgrafen anwarb. **) Als er in Kopenhagen eintraf, erfreute er sich bei Christian einer günstigen und rückhaltvollen Aufnahme; die erste Audienz dauerte sogar einen halben Tag, da der König den Gesandten zum Mahle einlud. An gutem Willen mangelte es Christian nicht und so fasste Dohna die Hoffnung, dass, wenn er auch dem Pfalzgrafen mit seinen Truppen nicht zu Hilfe kommen werde, da er sie bereits entlassen hatte, er doch die Anwerbung derselben für den Dienst Friedrichs fördern würde. Allein die schliessliche Antwort des Königs machte diesen Illusionen ein Ende, er wies darauf hin, dass er bei der Friedenssehnsucht des niedersächsischen Kreises nicht einmal sicher wäre, ob er sein Volk nach Süddeutschland bringen könnte und bemerkte mit Bitterkeit, dass ihm König Jakob seine Rüstungen verübelt habe, weil er damit die „friedliche Vermittlung“ Englands verhindere. ***) Er riet deshalb dem Pfalzgrafen zur Versöhnung mit dem Kaiser, wenn solche auch nicht „durch angenehme Mittel zu erlangen wäre,“ also Opfer gebracht werden müssten, von denen man am pfälzischen Hofe nichts wissen wollte. Vergebens suchte Dohna eine Aenderung dieses

3. Sept.
1621

*) Münchner StA. Antwort Christians IV dem Achaz von Dohna gegeben dd. 22. Aug. 1621.
1. Sept.

**) Bericht über die Dohna'sche Werbung dd. 19./29. September 1621 in Münchner StA.

***) Resolution Christians IV auf die Botschaft Dohna's dd. 22. Aug. 1621.
1. Sept.
Münchner StA. — Ebenda. Achatz von Dohna an Friedrich dd. 3./13. Sept. 1621.

Unterstützung ablehnenden Beschlusses herbeizuführen, indem man ein Anlehen oder um die Förderung der von Christian von Halberstadt beabsichtigten Werbungen bat, er bewirkte mit nur, dass der König wegreiste, um den weitem Bitten zuweichen.*) So musste also Dohna unverrichteter Dinge ziehen und in Hamburg seine Werbungen fortsetzen. Der Herzog suchte dieselben zu beschleunigen und berief einige ersten zu sich nach Emerich, wo er im holländischen Lager war, um mit ihnen abzuschliessen, er unterhandelte auch mit Christian von Halberstadt wegen Anwerbung eines Reiterregiments. Allein aus Mangel an dem nöthigen Gelde gingen diese Werbungen nicht recht vorwärts und man war zu Ende September 1621 mit weiter gediehen, als dass man neben dem Regiment des Oberstädters nur noch über 12 Compagnien zu Fuss und zwei Intercompagnien verfügte. Alle diese Truppen wollte man damals nach der untern Pfalz dirigiren, wobei es allerdings fraglich war, ob sie auf diesem Marsch nicht dem nachstellenden Feinde erliegen würden.

Herzog Christian von Braunschweig, bekannter in der Geschichte unter dem Namen Christian von Halberstadt oder der „Halberstädter“ schlechtweg, war der dritte Sohn jenes Herzogs Heinrich Julius von Braunschweig, der im Jahre 1610 durch den sächsischen Kaiser Rudolf und König Mathias vermittelte und die Aussöhnung der entzweiten Brüder wiewohl vergeblich herbeizuführen suchte. Da Heinrich Julius schon als zweijähriger Knabe zum Bischof von Halberstadt gewählt worden war, so konnte er mit kaiserlicher Genehmigung das Bisthum seiner Familie zu erhalten und brachte später einen Vertrag mit dem Kapitel von Halberstadt zuwege, in dem sich dieses verpflichtete, nach seinem Tode die bischöfliche Würde an einen seiner Söhne zu übertragen. Dieses Versprechen erfüllte das Kapitel, indem es mit Uebergangung des ältesten Sohnes Friedrich August, der dem Vater in der Regierung von Braunschweig folgte, nach einander zwei jüngere Söhne des Herzogs wählte und nach deren frühzeitigem Tode seine Wahl im Jahre 1616 auf

*) Ebenda. Zweite Schrift des Achatz von Dohna dd. $\frac{25. \text{Aug.}}{4. \text{Sept.}}$ 1621.

Christian lenkte. Heinrich Julius hatte seinen Söhnen eine für jene Zeit sorgfältige und zum Theil gelehrte Erziehung zu Theil werden lassen, auf die Heranbildung eines tüchtigen, die eigenen Wünsche und Neigungen beherrschenden Charakters scheint jedoch der Vater weniger Gewicht gelegt zu haben. Denn gerade in der kritischen Zeit, in der der Knabe zum Jünglinge heranreift, entfremdete er sich der Sorge für seine Familie, indem er in Prag weilte, und überliess namentlich den jungen Christian nur gedungenen Lehrern. — Es bedurfte später mancher Opfer von Seite des jungen Herzogs von Braunschweig und seiner Mutter Elisabeth, einer Schwester des Königs von Dänemark, dass sich die Wahl des Kapitels thatsächlich auf den damals erst 17jährigen Christian lenkte und noch weiterer Opfer, dass er vom Kapitel zum Genusse der bischöflichen Güter zugelassen wurde. Bei seinem Regierungsantritt bediente sich Christian hauptsächlich der Rathschläge des Dr. von Wietersheim, der ihm von seiner Mutter empfohlen worden war, welche nach dem Tode ihres Gatten ihren Söhnen als Rathgeberin zur Seite stand. Entgegen der damals an den meisten protestantischen Höfen herrschenden feindlichen Gesinnung gegen die Habsburger hielt sie an der Politik ihres verstorbenen Gatten fest, widerrieth ihren Söhnen den Anschluss an die Union und empfahl ihnen, der von Kursachsen eingeschlagenen Richtung zu folgen.*)

Christian begann sein Regiment in Halberstadt damit, dass er die letzten Ueberreste des Katholicismus auszurotten suchte, den Majoritätsbeschluss des Kapitels, wornach in dasselbe nur Protestanten Zutritt haben sollten, energisch verfocht und sich an die Befehle des Kaisers, welcher die Katholiken nicht ausgeschlossen wissen wollte, nicht kehrte. Der Streit, in den er in Folge dessen mit dem Kaiser geriet, führte ihn auf natürliche Weise in die Reihen jener, die sich die Bekämpfung der Habsburger als katholischer Fürsten zur Lebensaufgabe machten. Jung und voll Uebermuth sehnte er sich darnach seine Kraft auf dem Schlachtfelde zu erproben und da dies bald bekannt wurde, so wollten ihn die böhmischen Stände für die Anwerbung eines Reiterregiments gewinnen. Die Unterhandlung zerschlug

*) Opel, der niedersächsisch-dänische Krieg.

zur grossen Freude seiner Mutter, welche die Niederlage Prag der Union als der Friedensstörerin gönnte. Trotzdem blieb Christian den böhmischen Angelegenheiten nicht ganz fern. Er reiste im Frühjahr 1620 nach Holland, traf da mit den Prinzen von Oranien zusammen und betheiligte sich in der Personenschaft eines höhern Cavallerieoffiziers an dem Zuge, den wir berichtet haben, einige tausend holländischer Truppen unter dem Commando des Prinzen Heinrich im Herbst nach der Pfalz anstellten.

Gegen den Schluss des Jahres trat ein eigenthümlicher Zwiespalt in der herzoglichen Familie zu Tage. Friedrich Ulrich, Herzog von Braunschweig, war so wenig begabt, dass seine Mutter und sein Oheim, der König von Dänemark, es im Jahre 1616 für nöthig hielten, ihm eine Art von Statthalter an die Seite zu setzen und ihre Meinung von seinen Fähigkeiten scheint sich später noch mehr verringert zu haben, denn die Mutter trug schon zu Ende 1620 mit dem Gedanken, ihn von der Regierung zu entfernen und an seine Stelle den Bischof von Halberstadt zu setzen. Der letztere dürfte diesem Plane nicht ferngestanden zu sein, er konnte jedoch nicht durchgeführt werden, weil die Mutter die Friedrich Ulrichs auf der Hut waren und ihren Herrn nicht preisgaben. Da die abenteuerlich angelegte Natur Christians von Halberstadt bald darauf eine entsprechende Beschäftigung fand, so wurden die Pläne gegen Friedrich Ulrich bei Seite gelassen. Das harte Schicksal des Pfalzgrafen und seiner Gattin wirkte ihm nämlich mit Mitleiden, das durch die nahe Verwandtschaft noch mehr gesteigert wurde, denn Elisabeth war seine nächste Base, ihre und seine Mutter waren Schwestern, Grund genug, dass er dem Pfalzgrafen aus seiner Noth helfen wollte.

Der Beschluss bezüglich der Anstellung von Rüstungen, den die niedersächsische Kreistag im Mai 1621 gefasst hatte, fand bei ihm den lebhaftesten Anklang; er wollte mit einem stärkern Contingent auf den Kampfplatz treten, als wozu ihn der Kreisschluss verpflichtete und so liess er sich zu Ostern die Summe von 10000 Thalern aus, um die grössern Auslagen zu bestreiten. Als scheinbar scheint die Mutter mit seiner Haltung zufrieden gewesen zu sein, weil sie vermuthete, dass sich England, die Union und Dänemark an dem Kampfe betheiligen würden. Als jedoch diese

Voraussetzungen sich als unbegründet erwiesen und Christian IV seine Truppen entliess, machte sich der erste Zwiespalt zwischen dem jungen Bischof, seiner Mutter und seinem Oheim geltend. Man erfuhr, dass er seine Truppen nicht entlassen, und dass er vom Pfalzgrafen ein Patent angenommen habe, welches ihn zur Anwerbung von 1000 Reitern bevollmächtigte, wobei Holland die 1621 ersten Auslagen zu bestreiten sich erbot. Zu Ende September bestanden diese für Rechnung des Pfalzgrafen geworbenen Truppen aus dem Reiterregiment Christians, aus 12 Fähnlein Fussvolk und 2 Reiterkornets. Die Gesamtzahl der Mannschaft wird von den gleichzeitigen Schriftstellern beharrlich auf 6000 Mann zu Fuss und 1500 Reiter angegeben. Die detaillirten Berichte, die uns aus der pfalzgräflichen Correspondenz zu Gebote stehen, liefern aber den Beweis, dass alles in allem kaum 4000 Mann auf den Beinen waren. Friedrich mag dem Bischof von Halberstadt schon jetzt den Oberbefehl übertragen haben, obwohl die Truppen noch nicht vereint waren, sondern ihre Vereinigung erst in Hessen-Kassel bewerkstelligen sollten. Christian sollte sich an der Spitze seiner Reiterei dahin verfügen, das Fussvolk aber unter dem Commando seiner Anführer und geleitet von Achata von Dohna und einem holländischen Commissär seinen Weg dahin nehmen.

Als Dohna die Fürsten, durch deren Land der Zug gehen sollte, um die Erlaubniss zum Durchmarsch bat, machte der Herzog von Lüneburg keine Schwierigkeiten und auch der Herzog von Braunschweig zeigte Anfangs kein Bedenken; als die Truppen aber durch das Stift Hildesheim herangezogen kamen, verzögerte der letztere ihren Durchmarsch und legte ihnen überhaupt allerlei Hindernisse in den Weg. Man war jetzt am Hofe von Wolfenbüttel gegen den neu in Aussicht gestellten Kriegszug feindlich gestimmt und wollte deshalb den Weitermarsch verhindern, denn als das Fussvolk das braunschweigische Gebiet verlassen hatte und durch das Eichsfeld zog, wurden drei Fähnlein von den mittlerweile zusammenberufenen Kreistruppen überfallen und niedergemacht, worauf auch drei andere Fähnlein sich zerstreuten und Dohna kam mit der Hälfte der ursprünglichen Truppenzahl den weiteren Marsch in das Stift Fulda und ins Hessenkasselische antrat.

ch hier büsste er täglich eine beträchtliche Zahl durch Desertieren ein und als er zuletzt die Nachricht erhielt, dass die Bergänge über den Main von den Truppen Tilly's und des Hofes von Würzburg besetzt seien, verlief sich der letzte Rest Fussvolkes und auch die zwei Reiterkornets rissen aus. Christian von Halberstadt mit seinem Reiterregiment nach Lefeld vorrückte, erfuhr er hier die völlige Auflösung dieses Appencorps. *)

Nicht allein der von Dohna geleitete Zug litt unter der dseligen Stimmung der tonangebenden Fürsten des niedersächsischen Kreises, auch Christian von Halberstadt erfreute sich keiner Förderung von ihnen. Als er dem niedersächsischen Obersten, dem Herzog Christian von Lüneburg, die Anzeige machte, dass er im Stifte Hildesheim sein Quartier aufschlagen und daselbst weitere Werbungen anstellen wolle, gewährten ihm dieser noch der Herzog von Braunschweig die Erlaubniss. Sie mahnten ihn so rasch als möglich den Kreis zu verlassen, und seinem Beginnen abzustehen und ihren Bitten schloss sich dieser auch seine Mutter an, die mit Entsetzen merkte, dass ihr Sohn sich einer Sache angeschlossen habe, die von den mächtigsten Fürsten aufgegeben wurde.**) In einem Tone, der keinen Zweifel an der Aufrichtigkeit ihrer Warnungen zulässt, schwor sie ihn, dem finanziellen Ruin, der mit seinem Unternehmen verknüpft sein würde, auszuweichen. Als sie einige Tage später erfuhr, dass der Kaiser ihn von der braunschweigischen Kammtbelehrung ausschliessen wolle, steigerte sich ihre Bitterniss und sie sandte einen vertrauten Diener an ihn ab, der ihm um jeden Preis von seinem Vorhaben abhalten sollte,***) in der junge Mann blieb taub für alle Bitten und Warnungen.

Münchner StA. Relation des Kapitäns, so im Braunschweigischen gefangen gewesen. — Sächs. StA. Markgraf Christian Wilhelm v. Brandenburg an Kursachsen dd. 1./11. Octob. 1621. — Münchner StA. Achatz von Dohna an Friedrich dd. 4./14. November 1621.

Sächs. StA. Der Administrator von Magdeburg an Kursachsen dd. 1./11. Oct. 1621. — Ebenda. Herzogin Elisabeth an ihren Sohn Christian von Halberstadt dd. 20./30. October 1621.

Sächs. StA. Elisabeth an Christian von Halberstadt dd. $\frac{30. Nov.}{10. Dec.}$ 1621.

Mittlerweile versammelten sich die niedersächsischen Fürsten auf einem Kreistage in Braunschweig und einige von ihnen beschlossen den Herzog von Braunschweig mit der Trippelhilfe und wenn nöthig mit mehr zu unterstützen, um den Kreis gegen das weitere Herumschweifen des pfälzischen Kriegsvolkes zu schützen. Nach diesem Beschlusse, der allerdings nur die Zustimmung der Majorität fand — Mecklenburg und Lübeck schlossen sich ihm nicht an — richtete der Kreistag ein Schreiben an den Pfalzgrafen, in dem er ihn mit scharfen Worten zu einer unterthänigen Haltung gegen den Kaiser mahnte; man fand, dass er durch seine gegen den Kaiser gerichteten Angriffe seine Lage verschlimmere, er solle sich zur Nachgiebigkeit bequemen und die Wiederherstellung seiner Herrschaft auf dem Wege friedlicher Verhandlungen suchen, mit einem Worte man gab ihm den Rath, den ihm der König Jakob ohne Unterlass ertheilte.*) Der Herzog von Braunschweig zeigte noch mehr Loyalität als die übrigen Kreisstände, er berichtete dem Kaiser, 1621 was er alles seit Beginn des Monats October gegen das pfalzgräfliche Heer gethan und dass er dasselbe nicht im Kreise habe dulden wollen.***) In Betreff der von dem niedersächsischen Kreistag an den Pfalzgrafen gerichteten Mahnung bemerkten wir, dass sie den letzteren nicht wenig empörte und er sich nur in dem Falle zur Nachgiebigkeit bereit erklärte, wenn der Kaiser den ersten Schritt mit einer ähnlichen Nachgiebigkeit beantworten würde. Auf das Königreich Böhmen wollte er nicht von vornherein verzichten, sondern dies erst im Laufe der Verhandlungen thun.***)

Christian von Halberstadt blieb trotz der mannigfachen Abmahnungen und der ihm bereiteten Hindernisse bei seinem Entschlusse und gab ihm selbst dann nicht auf, als er von der Auflösung des nach Hessen-Kassel vorausgerückten Fussvolkes

*) Sächs. StA. Der niedersächs. Kreisabschied dd. $\frac{22. \text{ Oct.}}{1. \text{ Nov.}}$ 1621. —

Münchener Hofbibliothek. Collect. Camer. Der niedersächs. Kreis an Friedrich dd. 20./30. Octob. 1621.

***) Sächs. StA. Der niedersächs. Kreistag an den Kaiser dd. 14./24. Oct. 1621.

***) Münchener StA. Friedrich an den niedersächs. Kreis dd. $\frac{22. \text{ Nov.}}{2. \text{ Dec.}}$ 1621.

Nachricht erhielt. Von Bielefeld aus ersuchte er den nieder-
 sächsischen Kreis um Gestattung des Durchmarsches und nun
 erbat sein Bruder ihm nicht einmal diesen gewähren,*) allein
 die niedersächsischen Kreiscommissäre legten sich ins Mittel
 und so konnte der Halberstädter denselben ins Werk setzen.
 Christian heisst, dass sein Heer bei dieser Gelegenheit gegen 13000
 Mann gezählt habe; diese Angabe ist jedoch völlig unrichtig
 und im höchsten Grade übertrieben, da er thatsächlich nur
 über sein Reiterregiment verfügte.**) An dem Landgrafen von
 Hessen-Kassel fand er einen treuen Freund, der ihn mit Geld
 und andern Kriegsbedürfnissen versah. Während seines Marsches
 erstellte er ein Entschuldigungsschreiben an den Kaiser, der
 er zur Ruhe gemahnt hatte und später diese Mahnung durch
 seinen Bruder und durch den Administrator von Magdeburg
 wiederholen liess.***) Die Antwort Christians ist eine passende
 Illustration für die Ohnmacht des obersten Reichsregiments,
 die sich in Deutschland seit Jahrhunderten vorbereitet hatte,
 die aber durch die Rede- und Handlungsweise der einzelnen
 Fürsten schlagend vor Augen trat. Christian versicherte den
 Kaiser, dass er ihm gern einmal seinen Degen anbieten werde
 und zu diesem Zwecke das Waffenhandwerk zu seiner Haupt-
 beschäftigung erkoren habe. Nun, da ihm das Commando über
 ein Reiterregiment angeboten und er beauftragt worden sei,
 in die untere Pfalz zu führen, erfahre er zu seinem Leid-

19.
 Sept.
 1621

*) Opel I. 294.

**) Dieser grossen Zahl widerspricht Christian in einem Briefe dd. 19. Nov.
 1621 selbst, indem er behauptet, dass er nur über Reiter kommandire,
 und endlich widerspricht derselben auch Melchior von Schwalbach, ein
 in kursächsischen Diensten stehender Offizier, der über die Stärke und
 Rüstungen Christians genau berichtet und erzählt, dass seine Infanterie
 im Monat December kaum aus 80 Mann bestanden habe. Die Zahl von
 13000 Mann, über die Christian um diese Zeit verfügt haben soll, wie
 in einigen Geschichtsbüchern angegeben wird, ist demnach durchaus
 unbegründet, wahrscheinlich dürfte er kaum mehr als 1300 Reiter bei-
 sammen gehabt haben. — Die Beweisstücke im sächs. StA.

***) Münchner Hofbibl. Coll. Camerar. Ferdinand an den Administrator von
 Magdeburg und an Friedrich Ulrich von Braunschweig dd. 12. Nov.
 1621. — Der Kaiser an Christian von Halberstadt dd. 25. Oct. 1621.
 Dieser Brief ist erwähnt in der Antwort Christians an Ferdinand dd.
 9./19. Nov. 1621 (Wiener StA.)



und sich dadurch seine Huld und Gnade ;
Jedes Wort dieses Briefes war eine Verhöhnung
Auktorität, aber Christian von Halberstadt br
in so natürlicher Weise vor, als ob sich die
kaiserlichen Ansprüche von selbst verstünde, als
des Pfalzgrafen gar nichts bedeuete, kurz als
des Reiches in keiner Weise des Kaisers Gebot
zu achten hätten. Es war dies seit langem d
man könnte fast sagen der rechtliche Zustan
scharf aber, wie aus dem Briefe des Halberstädt
in wenig Schriftstücken jener Zeit hervor.

Von Bielefeld rückte Christian gegen den
1621 kam am 28. November in das kurmainzische A
woselbst er das gleichnamige Schloss eroberte
grosse Beute an Geld und Lebensmitteln mach
bloss diesen Ort sondern das umliegende Land
so schickte der Landgraf von Hessen-Darmstadt,
getroffen fühlte, einige Rätke an ihn ab und liess
mahnen. Christian schlug die Mahnung natürli
und bedrohte den Landgrafen mit einem Angriff
nicht überall den Durchzug verstatten würd
nahm zur Gegendrohung seine Zuflucht und ei
von seinen Besitzungen den Krieg mit Gewalt f
gleichzeitig riet er dem Halberstädter sich ja
weil er sich gegen Cordova und Tilly, die ihm

gen, hielt sich Christian nun von jeder Rücksicht entbunden und kündigte dem Landgrafen die Ausraubung seines Landes an, die ohnedies zur Erhaltung seiner Truppen nothwendig war.**) Ehe der letztere diesen Absagebrief noch erhalten hatte, wendete er sich an seinen Vetter von Hessen-Kassel und bat ihn um seinen Einfluss bei Christian geltend zu machen, damit dieser nach Niederachsen zurückkehre. Aber der Landgraf Moritz begrüßte mit Freuden den Zug des Halberstädters, der dem Pfalzgrafen aus seiner Noth helfen konnte und liess ihm deshalb auch mannigfache Hilfe angedeihen. Das Ansuchen seines Veters von Darmstadt lehnte er mit der Bemerkung ab, dass er auf Christian keinen Einfluss besitze; er beklagte sich dabei über den Angriff, den er von den Spaniern gegen seine bei Einfels errichtete Schanze habe erdulden müssen und forderte deshalb den Landgrafen Ludwig auf, ihm bei der Wahrung seines Rechtes zu helfen.***) Der letztere wollte nicht glauben, dass Moritz auf den Halberstädter keinen Einfluss besitze, zumal er gerade in diesen Tagen mit ihm zusammengekommen war und machte ihn deshalb nur noch dringender alter Familienverträge gedenken zu sein und ihm zu helfen, aber Moritz hatte auf alle Beschuldigungen und Bitten nur ausweichende Antworten.***)) Er wagte es nicht seinen Wünschen vollen Ausdruck zu geben, so wendete er sich selbst auf seinen Vetter geworfen und ihn bekämpft zu sehen; aber dazu fehlte ihm der Muth, was uns Angesichts der geringen Unterstützung, die die Sache Friedrichs fand, begreiflich ist. Landgraf Ludwig sah aber ein, dass er im Falle des Sieges die pfälzische Partei zu Grunde gehen würde, und nahm deshalb keinen Anstand, sich jetzt dem Kaiser ganz in die Hände zu werfen. In einem längeren Schreiben an den Kaiser schilderte er die Drangsale, die er von dem Halberstädter erdulden musste, sowie die feindselige Haltung seines Veters, machte ihn um Hilfe und stellte so seine Besitzungen unter

*) Theatrum Europaeum 550.

**) Sächs. StA. Moritz von Kassel an Ludwig von Darmstadt dd. 2./12. December 1621.

***)) Die verschiedenen Briefe bei Londorp.

seinen Schutz.*) Gleichzeitig verabredete er mit Kurmainz und dem Bischof von Würzburg die zur wechselseitigen Vertheidigung nöthigen Massregeln und ersuchte Tilly um bewaffnete Hilfe, welchem Ansuchen der letztere, wie wir erzählt haben, durch die Absendung des Freiherrn von Anholt mit 12 Reitercompagnien und 1000 Musketieren nachkam.**)

Anholt zog auf seinem Marsche die Verstärkungen an sich, die ihm der Landgraf Ludwig zuschickte und wollte sich auch mit dem im Anzug befindlichen würzburgischen Contingent vereinigen, um dann dem Halberstädter die Spitze zu bieten. Dieser hatte nach der Einnahme von Amöneburg seine Zeit mit nutzlosen Märschen zugebracht, hatte sich Giessen genähert, war dann nach Kittorf gezogen und trat erst hier dem Freiherrn von Anholt entgegen, der jedoch dem feindlichen Angriff anweichen wollte, weil er seine Vereinigung mit dem würzburger Contingent noch nicht bewerkstelligt hatte. Es kam trotzdem zu einem Treffen, in dem Christian Anfangs einige Vortheile erlangte, da er aber nur über Cavallerie verfügte, so konnte er dieselben nicht ausnützen und geriet durch das Feuer der feindlichen Musketiere bald in solche Bedrängniss, dass er sich nach Neustadt zurückziehen und die Ueberlegenheit des ligistischen Generals anerkennen musste.***) Nachdem sich Anholt drei Tage lang bei Kittorf aufgehalten hatte, rückte er gegen Amöneburg vor und forderte die Besatzung zur Uebergabe auf. Christian lagerte in nächster Nähe, wagte aber nicht den Angriff zu erneuern, wie sehr er auch vor Kampfeslust brannte und für seine Person keine Gefahr scheute. Während der ligistische General vor Amöneburg lag, trafen zwei hessen-kasselische Gesandte bei ihm ein, die sich im Namen ihres Herrn erböten, den Halberstädter zur Uebergabe von Amöneburg zu vermögen.

20.
Dec.
1621

*) Ludwig von Darmstadt an Ferdinand II dd. 11./21. December 1621. Wiener StA.

**) Sächs. StA. Ludwig von Darmstadt an Kursachsen, ohne Datum aber im December 1621 geschrieben.

***) Sächs. StA. Zeitung, was zwischen dem anholtischen und braunschweigischen Kriegsvolk fürgangen vom 10./20. December 1621. — Ebenk. Melchior von Schwalbach an Kursachsen dd. 10./20. Jan. 1621.

Landgraf Moritz wollte die Burg übernehmen und sie dann dem Kurfürsten von Mainz übergeben. Zugleich verlangten sie von Anholt Ersatz für den von seinen Truppen auf kasselischem Gebiet verursachten Schaden, denn thatsächlich hatte der Krieg bereits dieses Gebiet gestreift. Anholt wies die Gesandten mit ihren Anerbietungen und Forderungen zurück: Amöneburg sollte ohne Vermittlung des Landgrafen Moritz dem Kurfürsten von Mainz zurückgegeben werden und von einer Kriegsentädigung könne schon deshalb keine Rede sein, weil der Landgraf seine Pflicht als Kreisoberster nicht erfüllt und dem Halberstädter den Einbruch nicht verwehrt habe. Ja noch dazu, Anholt schickte jetzt seinerseits einen Gesandten an Moritz und verlangte zu wissen, wie er sich fortan benehmen werde und ob er ihn als Freund oder Feind behandeln sollte. Hatte sich Moritz bis dahin nicht offen an Christian angeschlossen, so wagte er jetzt um so weniger dies zu thun und so gab er schließlich gedrungen das Versprechen ab, dass er „dem Halberstädter in jeder Möglichkeit den Pass wehren“ werde,*) mit welcher Zusage man sich vorläufig auf kasseler Seite begnügte. Christian aber sah, dass er sich bei Neustadt nicht werde halten können und zog durch das kasseler Gebiet, ohne dass der Landgraf ihm „den Pass gewehrt hätte,“ in das Stift Paderborn, das er von Vertheidigern entblösst wusste und wo er sein Winterlager aufzuschlagen gedachte. Für den Fall der Gefahr konnte er sich nach Holland zurückziehen.

Der Halberstädter brach in das Stift von Paderborn zu dieser Jahreszeit ein, in der ihm der vorsichtige Feind nicht entgegen gehen wollte. Das Bisthum gehörte damals dem Kurfürsten von Köln, der ausserdem auch die Bisthümer Lüttich und Münster besass und mit der Administration von Hildesheim vertraut war. Da der Kurfürst auf einen Angriff von Seite der Halberstädter gefasst sein musste, so hatte er seine geringen Streitkräfte zumeist am Rhein versammelt, während er in Paderborn bei Münster nur einige unbedeutende Besatzungen unterhielt. So demnach Christian am 28. December in das Stift einrückte, 1621 konnte sich ihm Niemand entgegen, er konnte in beliebiger

*) Ebenda. dd. 15./25. Decemb. 1621.

Weise Contributionen erheben und diejenigen Dörfer und Häu-
 die sie nicht erlegen wollten, niederbrennen, was denn auch
 seine zuchtlosen Schaaren, die von eingeschulten Brandmeistern
 begleitet waren, täglich übten. Unter den grösseren Orten, deren
 Einnahme mit einigen Schwierigkeiten verbunden war, nahmen
 Lippstadt und Soest die erste Stelle ein, beide mussten sich
 sobald sie dem Herzog Christian ihre Thore geöffnet hatten,
 zu furchtbaren Zahlungen entschliessen; so soll Soest nach
 einer wahrscheinlich übertriebenen Schätzung 330000 Thaler
 gezahlt haben und dazu bemächtigte sich der Sieger noch des
 Domschatzes, welchen einige Jahre vorher der frühere Bischof
 von Paderborn daselbst aufgehoben hatte. Weitere Erträge
 konnte Christian nur dann erwarten, wenn er seine viel zu
 geringe Reiterschaar verstärkte und da er jetzt die nöthigen
 Geldmittel besass, so beeilte er sich Werbungen anzustellen.
 1622 Schon gegen Ende Januar verfügte er über 2000 Reiter und
 hatte Anordnungen zur Anwerbung eines Regiments Fussknechte
 getroffen, das in kürzester Zeit beisammen sein konnte, aus
 entlassenen und flüchtigen Kriegsvolk sich schaarenweise zu
 ihm herandrängte.*) Vierzehn Tage später konnte er sich
 bereits als Herrn des ganzen Stiftes betrachten, nachdem auch
 die Stadt Paderborn mit Hilfe der theilweise protestantisch
 gesinnten Bürgerschaft in seine Hände gefallen war. Hier
 gewann er abermals eine willkommene Gelegenheit zur Erhebung
 hoher Contributionen, mit denen er den bischöflichen Kasten,
 das Jesuitenkollegium und die einzelnen Kirchen belegte. Alle
 Kirchenschätze und kostbaren Kirchenkleider wurden in Beschlag
 genommen und verwerthet, so unter anderem der silberne Kasten
 in dem der Leichnam des heiligen Liborius aufbewahrt wurde.
 Der bischöfliche Palast wurde geplündert und das silberne Tafel-
 geschirr und sonstiges Hausgeräthe im Werth von 10000 Thaler
 weggenommen, ja nicht einmal das Grab des frühern Bischofs
 Dietrich von Fürstenberg wurde geschont, sondern aufgebrochen
 und Ring und Stab von dem Leichnam hinweggenommen.**)

*) Sächs. StA. Melchior v. Schwalbach an Kursachsen dd. 19./29. Jan. 1622.

***) Sächs. StA. Sebastian von Kötteritzsch dd. 5./15. Febr. 1622. — Ebersbach
 Zeitung aus dem Stift Paderborn.

er hätte sich Christian auch des Domdechants bemächtigt,
 von diesem ein hohes Lösegeld zu erpressen, allein er
 ihm durch die Flucht entkommen. Wie sehr sich Christian
 über ärgerte, kann man daraus ersehen, dass er einen Preis
 10000 Thaler auf seine Gefangennehmung setzte. Gleichen
 Schritt mit den sich steigenden Brandschatzungen hielt die
 Vermehrung des Heeres und der sonstigen Rüstungen: die 35 Ge-
 wächse, die er erbeutet hatte, liess er nach Lippstadt transportiren
 und befestigte diesen Ort, um sich einen sichern Stützpunkt,
 sowohl für den Angriff, wie für die Vertheidigung zu schaffen.
 Jetzt richtete er seine Aufmerksamkeit auch auf das Stift
 Münster, wo er einzelne Orte brandschatzte. Der Jammer der
 Völkerverwüstung, die aus zahlreichen durch Feuer verwüsteten
 Orten mitten im Winter flüchten musste und weder Obdach noch
 Nahrung fand, spottet jeder Beschreibung. Christian liess sich
 deshalb kein graues Haar wachsen, sein ganzes Auftreten zeugte
 von wüstem Uebermuth: er rühmte sich, dass nur ein Pfaff der
 saffen Herr werden könne, liess aus dem gewonnenen Silber
 Münzen prägen mit der Ueberschrift: „Gottes Freund und der
 saffen Feind“ und soll sogar in einem Frauenkloster die Nonnen
 erzwungen haben, ihn und seine Offiziere bei der Tafel nackt
 zu bedienen.*) Er legte sich bereits den Titel eines Bischofs
 von Paderborn und Münster bei,**) scheint aber nicht die
 Macht gehabt zu haben, sich in diesem Gebiete festzusetzen,
 da er schickte nach der Einnahme von Paderborn seinen
 Vertrauten, den Herrn von Wietersheim, an Christian von Däne-
 mark ab, bot ihm für den Anschluss an die gemeinsame Sache
 des Bisthums an und suchte ihn also mit derselben Lockspeise
 zu ködern, mit der die Union den König vor mehr als Jahresfrist
 zu gewinnen wollte.***)

Wohl wäre der Kaiser berechtigt gewesen, über den Bischof
 von Halberstadt die Acht zu verhängen, allein er beeilte sich
 nicht von dieser Befugniß Gebrauch zu machen, sondern erliess
 zuerst ein warnendes Schreiben an ihn, das er an den Herzog

*) Sächs. StA. Aus Frankfurt dd. 17. Febr. 1622.

**) Ebenda. Schwalbach an Kursachsen dd. $\frac{24. \text{Febr.}}{6. \text{März}}$ 1622.

*) Opel I, 341.

Gladstey, Der pfälzische Krieg.

von Braunschweig und an den Administrator von Magdeburg mit dem Auftrage schickte, es dem Bischof zukommen zu lassen. Der Administrator (Christian Wilhelm von Brandenburg) berieth sich mit Friedrich Ulrich von Braunschweig und beide beschlossen dem kaiserlichen Befehle zu folgen.*) Die papierene Warnung blieb aber ohne jegliches Resultat, Christian setzte seine Rüstungen
 1622 nur noch energischer fort und verfügte zu Anfang März über 3000 Reiter und 4000 Mann Fussvolk. Zahlreiche Mitglieder des paderborner Adels schlossen sich ihm an, da er ihnen ein hohes Anrittgeld bot und die Hoffnung auf Beute sie anzog. Sein Ruf lockte auch die Mannschaft herbei, die der Markgraf von Jägerndorf nach dem nikolsburger Friedensschluss ihrem Schicksale überlassen hatte, zahlreiche Soldaten und Offiziere legten rasch den weiten Weg von Schlesien nach Paderborn zurück. Das Stift diente übrigens nicht bloss den Schaaren des Bischofs
 1622 von Halberstadt zum Sammelplatz, in den Monaten Januar und Februar liessen der Markgraf von Baden und der Graf Mansfeld daselbst für ihre Rechnung werben, der erstere 2000, der letztere 1000 Reiter und diese Mannschaft war zu Ende Februar bereits in den angewiesenen Sammelplätzen beisammen und wartete nur auf die nöthigen Waffen. Auch der Herzog Wilhelm von Weimar, der für Friedrich 1000 Reiter und 3000 Mann zu Fuss warb, stellte einen Theil dieser Werbungen im
 1622 Stifte Paderborn an, so dass dasselbe zu Anfang März wenigstens 12000 Mann verpflegen musste, ungerechnet einen Tross von Knechten, Weibern und Kindern, der mindestens eben so zahlreich war.**)

Um Paderborn und Münster von diesen zuchtlosen Schaaren zu befreien, hatte der Kurfürst von Köln nicht nur Hilferufe an die Spanier, an die Liga und an den Kaiser ergehen lassen, sondern auch selbst mit der Aufbietung aller seiner Mittel
 1622 gerüstet. Er verfügte Anfangs März über 1000 Reiter und 10 Fähnlein Fussvolk, die nun langsam gegen das Stift Münster

*) Sächs. StA. Christian Wilh. v. Brandenburg an den König von Dänemark
 dd. $\frac{24. \text{ Febr.}}{6. \text{ März}}$ 1622.

***) Ebenda, Kötteritzsch an Kursachsen dd. $\frac{25. \text{ Febr.}}{7. \text{ März}}$ 1622.

ekten. Rascher kamen die ligistischen Truppen herangehen. Zu Ende Februar rückte die unter Anholts Commando 1622
 ade Heeresabtheilung in der Stärke von 5000 Mann durch
 Gebiet von Hessen-Kassel an die Grenzen des Stiftes Pader-
 vor, nicht ohne ihren Weg durch die protestantischen Be-
 agen mit furchtbaren Grausamkeiten zu bezeichnen. Obwohl
 stian von Halberstadt über eine grössere Armee gebot, als
 ligistische General, so fügte ihm dieser doch beträchtliche
 aste zu, indem er einzelne Orte, in denen der erstere Be-
 ungen unterhielt, überfiel und die Soldaten tödtete. Ein
 r Theil der auf Rechnung Mansfelds geworbenen Truppen
 le zerstreut, so dass sich auch bei diesem Zusammenstosse
 Ueberlegenheit der Ligisten zeigte. Die erlittenen Verluste
 en weitaus nicht durch die Schlappe aufgewogen, die Christian
 heranziehenden kölnner Heere bei Oberoy zufügte. *) Man ver-
 hete nun, dass Christian entweder das Stift Paderborn verlassen
 seine Truppen mit denen des Herzogs Wilhelm von Weimar
 inen werde, um in das Eichsfeld und die benachbarten Stifter
 ufallen, oder auch, dass er dem Grafen Mansfeld die Hand
 en wolle, um mit vereinter Macht die Ligisten und Spanier
 greifen.**) Vorläufig geschah weder das eine noch das andere,
 istian suchte zuerst Anholts Herr zu werden, der jetzt nicht
 frühere Energie bekundete, sondern seine Kräfte durch
 etzung einzelner Orte versplitterte und sich zu schwach
 ies, die abermalige Ansammlung der badischen und mans-
 ischen Regimenter zu hindern, so dass diese trotz der an-
 glichen Schwierigkeiten im April gerüstet dastanden und
 stentheils im Stifte Münster stationirt waren. Der Halber-
 lter kehrte sich zur selben Zeit gegen die Stadt Gesike, 7.
 che Anholt mit 1200 Mann unter dem Commando des Oberst- April
 tenants Erwitte besetzt hielt. Erwitte vertheidigte sich mit 1622
 uzendem Geschick, so dass alle Angriffe zurückgeschlagen
 rden und Christian sich mit beträchtlichem Verluste zurück-

*) Sächs. StA. Schwalbach an Kursachsen dd. 12./22. März 1622. — Ebenda.
 Kötteritzsch an Kursachsen dd. 13./23. April 1622.

*) Ebenda. Schwalbach an Kursachsen dd. $\frac{22. \text{März}}{1. \text{April}}$ 1622.

ziehen musste, weil er die Nachricht erhielt, dass Anholt zum Entsatz heranrückte. Wiederum ging das Gerücht, dass sich Christian mit Mansfeld verbinden und Paderborn verlassen wolle, um vereint mit ihm nach dem Süden oder Westen vorzurücken. Auf alle Fälle konnte sich der Halberstädter jetzt nicht lange mehr in dem von ihm gebrandschatzten Stifte halten, er musste entweder nach Böhmen ziehen und es auf den allfälligen Widerstand auf dem Marsche dahin ankommen lassen, oder er musste sich mit dem Grafen Mansfeld vereinigen und mit diesem über die Spanier und Ligisten herfallen. Dieser Kampf war nicht so aussichtslos, als man meinen könnte, da ein alter Freund sich wieder entschlossen hatte, auf den Kampfplatz zu treten und die pfälzischen Schaaren um etwa 20000 Mann verstärkte. Es war dies der Markgraf Georg Friedrich von Baden.

Der Markgraf von Baden-Durlach hatte schon im J. 1620 hinreichende Beweise von seiner Entschlossenheit gegeben und sich später nur mit dem grössten Schmerz in die Auflösung der Union gefügt. Als trotzdem der Krieg nicht zu Ende ging und die Spanier und Ligisten mit Mansfeld nicht fertig werden konnten, glaubte er noch einmal zum Schwerte greifen und sich für Friedrich erklären zu müssen. Zum Theil veranlasste ihn dazu der Hass gegen den Katholicismus, den er um keinen Preis wieder zur Herrschaft gelangen lassen wollte, hauptsächlich aber die Angst, dass der Kaiser einen ungünstigen Rechtspruch gegen ihn fällen könnte. Vor 17 Jahren (im J. 1604) war der Besitzer von Baden-Baden, der Markgraf Eduard Fortunat, gestorben und hatte bei seinem Tode drei Söhne hinterlassen, deren Erbrecht von ihrem Vetter, dem Markgrafen von Baden-Durlach, Ernst Friedrich, und nach dessen Tode von seinem Bruder, dem Markgrafen Georg Friedrich, bestritten wurde und zwar aus dem Grunde, weil ihre Mutter Marie von Eiken, die Tochter des Hofmarschalls in Brüssel, nicht ebenbürtig und folglich die Kinder dieser Ehe nicht successionsfähig seien. Georg Friedrich wurde einstweilen im Jahre 1605 in Prag mit dem strittigen Erbe unter der Bedingung belehnt, dass er es den Kindern Eduards ohne Weigerung abtrete, falls der Kaiser ihnen den Besitz zuerkennen würde. Die Vormünder der Kinder Eduards

Herzog Albrecht und der Graf von Isenburg, begannen nun den Reichshofrath den Process und traten für die Rechte ihrer Lande ein, auf dem Reichstage von Regensburg (im J. 1608) erhoben sie dagegen Einsprache, dass Georg Friedrich auch die Stimme für Oberbaden führe. Der Kaiser entschied zu seinen Gunsten: auf den künftigen Reichstagen sollte er aber nur nach vorher eingeholter kaiserlicher Erlaubniss oder wenn der Process durch ihn entschieden sein würde, die Stimme führen dürfen.*)

Da der Reichshofrath in der badischen Angelegenheit keinen Erfolg hatte, so befand sich Markgraf Georg Friedrich thatsächlich im Besitze des bestrittenen Gebietes und hoffte, dass, wenn der Streit einmal unparteiisch entschieden werden würde, sein Urtheil aus juristischen Gründen zu seinen Gunsten lauten würde. Einen unparteiischen Rechtsspruch konnte er jedoch um so weniger erwarten, da er durch seine Antheilnahme an der Revolution sich die Gunst des Kaisers verscherzt hatte und da — was ihm noch schwerer in die Wagschale fiel — die Kinder seines Vaters, die er aus ihrer Erbschaft verdrängen wollte, katholisch waren. Er musste jetzt fürchten, dass Ferdinand versuchen würde, Oberbaden in die Hände eines Glaubensverwandten zu bringen, liess er sich doch selbst in der Allianz mit Kurpfalz durch Glaubensinteressen beeinflussen. Bei dem Umwandlungsprocesse, der sich in Deutschland vorbereitete, durfte nur jener Staat unbeschädigt zu bleiben, der sein Recht mit den Waffen in der Hand vertheidigte und so griff auch der Markgraf zu demselben: sein Hass gegen die Katholiken, seine Angst vor dem Rechtsspruch des Kaisers und in letzter Linie Ehrgeiz und Vergrößerungssucht bewirkten, dass er der Gefahr muthig ins Auge blickte und sich dem Pfalzgrafen anschloss.

Es handelte sich ihm jetzt nur darum, die Rüstungen auffällig zu betreiben oder durch erlogene Vorwände zu rechtfertigen und deshalb gab er die Zahl der Truppen, die er anwerben wollte, möglichst gering an und hüllte sein Thun in einen loyalen Mantel. Zu diesem Zwecke ersuchte er den Kaiser um seine Zustimmung zur Anwerbung einer bestimmten Zahl

*) Wir berichten hier nach Häberlin-Senkenberg, der ziemlich eingehend den Process erörtert.

von Soldknechten, damit er die Pässe in seinen Besitzungen gegen die räuberischen Einfälle des pfälzischen und spanischen Kriegsvolkes vertheidigen könnte. *) Sein Schreiben überfloss von Versicherungen der Treue und Ergebenheit, so dass der Kaiser gegen die Rüstungen füglich keinen Einwand erheben konnte, besonders da er einige Wochen später den schwäbischen Kreisständen selbst anbefahl, dem Grafen Mansfeld keinen Vor- schub zu leisten und ihm überall den Pass zu sperren, was doch nicht ohne vorausgehende Rüstungen geschehen konnte. Diesen Befehl nahm der Markgraf zum Vorwand für weitere Werbungen, denn in dem Patent, durch welches er den Herzog Wilhelm von Weimar zur Anwerbung eines Regiments ermäch- tigte, bemerkte er ausdrücklich, dass er diese Truppen „zur Vertheidigung seines Landes gegen Einlagerungen und zur Verwahrung der Pässe, wie solches die Römisch kaiserliche Majestät, sein allergnädigster Herr ihn gemahnt habe“, be- nöthige. Aehnlich mögen die Patente, die er anderen Obersten ertheilte, gelautet haben. Die Lüge zog sich wie ein rother Faden durch den unentwirrbaren Knäuel aller öffentlichen Ver- hältnisse und so finden wir es begreiflich, dass die Brüder Wilhelms von Weimar gegen ihren Vetter, den Kurfürsten von Sachsen, der ihnen wegen der Werbungen eine Warnung zu- kommen liess, auf den Wortlaut des Patentes hinwiesen und be- haupteten, die Werbungen geschähen in Befolgung der kaiser- lichen Mahnungen. **)

In Wien wusste man zwar, was man von diesen Versiche- rungen zu halten habe, da man aber nicht die nöthigen Mittel zur Hand hatte, um den Markgrafen zur Ruhe zu zwingen, so bemühte man sich vorläufig dieses Ziel auf dem Wege der Unterhandlungen zu erreichen. Erzherzog Leopold, der durch seine Besitzungen als Bischof von Strassburg am meisten dabei interessirt war, übernahm diese Aufgabe und ersuchte den Mark- grafen um eine Zusammenkunft. Georg Friedrich scheute jedoch

*) Wiener StA. Der Markgraf von Baden an Ferdinand dd. 10./20. Oct. 1621.

**) Sächs. StA. Patent des Markgrafen von Baden dd. 14./24. Dec. 1621.

— Ebenda. Albrecht und Bernhard von Weimar an Kursachsen dd.

27. Jan. 1622.

6. Febr.

ner persönlichen Begegnung zurück und schickte seinen Vogt von Pforzheim an den Erzherzog ab, um die allfälligen Befehle desselben zu vernehmen. Leopold focht gegenüber dem Markgrafen die Rüstungen des Markgrafen nicht an, verlangte eine bindende Erklärung, dass sie nie zum Angriffe gegen die Freunde verwendet werden sollten, wogegen Leopold eine Versicherung abgab, dass er dem Markgrafen keinen Schaden zufügen wolle. Gleichzeitig verlangte er, dass Georg Friedrich die Stadt Strassburg dazu anhalten solle ihre Rheinfestung gegen eine allfällige Benützung durch Mansfeld zu vertheidigen und falls sie dies nicht thun wollte, so solle er den Schaden derselben mit ihm übernehmen oder dies Geschäft ihm überlassen. Alle diese Forderungen standen im Gegensatz zur Politik, die der Markgraf befolgen wollte und deshalb konnte sein Vertreter sie rundweg ab: weder wollte er in präciser Form die Versicherung geben, dass der Markgraf den Erzherzog oder seine Freunde nicht angreifen würde, noch dass er sich im Falle der Noth mit ihm an der Vertheidigung der Rheinbrücke betheiligen würde; dies Geschäft ihm allein überlassen wolle; er war nur im Stande, die gewünschte Mahnung an Strassburg zu erlassen, worauf er erwartete, dass diese Stadt im protestantischen Interesse sich erwehren werde. So endete diese Besprechung ohne ein Resultat, nur mit dem Bewusstsein, dass der Erzherzog einen deutlicheren Einblick in die wahren Absichten des Markgrafen erlangte.*)

Da eine freundliche Vereinbarung nicht zu erreichen war, versuchte es Leopold mit Drohungen und schickte bald nach der Abreise des Obervogts einen eigenen Boten in der Person seines Kämmerers Humprecht von Hohenberg an den Markgrafen mit einer Art von Ultimatum ab. Leopold verlangte mit aller Entschiedenheit, dass sich Georg Friedrich Kaiser in der Bekämpfung des Grafen Mansfeld anschliesse: er solle sich um die Abwendung furchtbarer Gräuel und man solle ihm deshalb die verlangte Neutralität nicht zugestehen. Da der Markgraf mit seinen Rüstungen noch nicht fertig war, schickte er seinen eigenen Sohn an Leopold ab, um die

Münchener StA. Relation des Obervogts von Pforzheim an den Markgrafen v. Baden dd. 6./16. Januar 1622.

Verhandlungen in die Länge zu ziehen. Er bot durch diesen nicht einmal eine allgemeine und unbedingte, sondern nur eine engbemessene Neutralität an, die sich bloss auf seine und des Erzherzogs Besitzungen beziehen sollte, sonst sollten ihm die Hände nicht gebunden sein, er also seine Waffen gegen die Spanier oder Ligisten kehren dürfen. Für den Fall, dass Leopold diesen Vorschlag annahm, verlangte der Markgraf, dass er fremdem Kriegsvolk den Durchgang durch sein Gebiet nicht verstatte und war dafür erbötig, bei Mansfeld die Versicherung zu erwirken, dass er die linksrheinischen Besitzungen des Erzherzogs verschonen werde.*) Nach diesen Erklärungen und Forderungen konnte man sich auf kaiserlicher Seite über die Pläne des Markgrafen keinem Zweifel hingeben.

Da einer der Obersten, den der Markgraf mit der Anwerbung eines Regiments im paderborner Stift betraut hatte, ein Herr von Fleckenstein, offen angab, dass diese Werbung zu Gunsten der Union geschehe, beklagte sich Maximilian von Baiern darüber bei Georg Friedrich und bemerkte dabei, dass ja die Union durch den mainzer Accord aufgelöst sei.***) Diese Klage hatte keine andere Folge, als dass der Markgraf seine Rüstungen beschleunigte, zumal ihm Tilly die Anzeige machte, dass er in seinem Lande Quartiere nehmen müsse, um Mansfeld an einem Ueberschreiten des Rheins zu hindern.****) Nachdem Georg Friedrich die Gewissheit zu haben glaubte, dass er mit seiner Armee, die er auf 20000 Mann veranschlagte, im Verein mit den Truppen Mansfelds und des Halberstädters dem Feinde überlegen
1622 sein würde, warf er endlich die Maske ab. Am 25. April versammelte er um sich seine Söhne und seine Räte und resignirte in ihrer Gegenwart auf seine Besitzungen zu Gunsten seines ältesten Sohnes, indem er erklärte, fortan nur Soldat sein und nicht eher ruhen zu wollen, als bis er die Spanier aus Deutsch-

*) Sächs. StA. Aus Strassburg dd. $\frac{26. \text{Jan.}}{5. \text{Febr.}}$ 1622. — Wiener StA. Instruction für Humprecht von Wessenberg dd. 18. Januar 1622. —

Münchener StA. Memorial für Friedrich v. Baden dd. 17./27. Jan. 1622.

**) Münchener StA. Maximilian von Baiern an den Markgrafen von Baden dd. 3. März 1622.

***) Ebenda. Tilly an den Markgrafen dd. 3. März 1622.

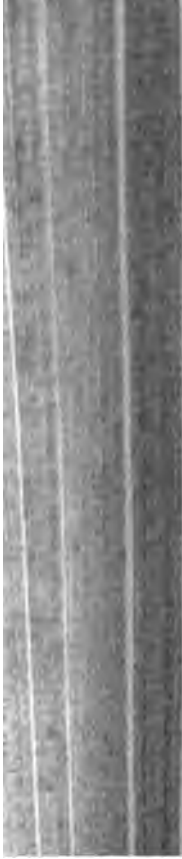
er vertrieben und den Pfalzgrafen restituirt haben würde. Trotz alles Vertrauens, das er in die gemeinsamen Rüstungen setzte, war es ihm klar, dass er das Schicksal des Pfalzgrafen für sich herabbeschwören könnte und dies wollte er durch die Resignation zu Gunsten seines Sohnes, der sich an seinem Thron betheiligen sollte, verhüten. Ob die Gegner im Falle des Weges den Besitz seines Sohnes achten und ihn nicht angreifen würden, blieb dahin gestellt, dieser Gefahr sah der Markgraf nicht ins Auge. Bei dieser Gelegenheit unterhielten sich die Gegner der Resignation über die Art und Weise, wie sie den Pfalzgrafen ausbeuten wollten; der Herzog von Baiern sollte aus seinem Besitz vertrieben und die geistlichen Güter confiscirt werden, die Bischöfe von Mainz, Würzburg und Speier wollte man noch für dieses mit ihrem Leben büssen lassen.*) Es ist selbstverständlich, dass man derartige übertriebene Reden auf Rechnung der augenblicklichen Aufregung setzen muss, aber gewiss ist, dass die Drohung gegen den geistlichen Besitz ernst gemeint war, denn sie entsprach dem Programm, das die Union seit mehreren Jahren verfolgte. Dass man auch den Herzog von Baiern zum Opfer ausersehen hätte, darf man nicht bezweifeln, denn dessen Wollen und Vollbringen liegt aber eine weite Kluft.

III

Während die Freunde des Pfalzgrafen in der angedeuteten Weise rüsteten, legte auch er die Hände nicht in den Schooss, sondern wollte sogar am Kampfe persönlich theilnehmen, und verließ sich im Monat August, zur Zeit als Digby in Wien 1621 verhandelte, in das Lager der holländischen Truppen bei Emerich.

Jakob davon Kunde erhielt, erreichte seine Wuth den Scheitelpunkt, er liess ihn zur augenblicklichen Rückkehr nach dem Haag auffordern und drohte ihm, dass er sich mit seinen Feinden verbinden werde, falls er diesem Befehle nicht

*) Sächs. StA. Bericht über die Abdankung des Markgrafen von Baden d. d. 15/25. April 1622.



abgeschickt hatte, mitgab, beschwert er sich bei ihm zugemutheten Unterwürfigkeitsakt, weil er ewigen Schmach belasten würde, und erklärte seine Vollmachten, die er dem Markgrafen von Jäger Grafen Mansfeld gegeben, nur dann widerrufen seine Restitution gesichert sei, nicht aber, wenn einen Waffenstillstand erlangen könnte. Er ging weiter, denn er gab den Generalstaaten das werde nie auf die Krone von Böhmen resign. Absicht entsprach es, dass er seinem ältesten theilweise böhmische Erziehung angedeihen lie unterstüzte er, wie wir berichtet haben, den (als dieser bei seinem Rückzug aus der Oberpfalz ersuchte, verpfändete deshalb seine Kleinodien und stellte ihm das Geld, mit dem ihn die Generalstaaten stützten, zur Verfügung. Indem er die Regierung davon benachrichtigte, versprach er auch die Geldes, auf das er aus England hoffte, und dafür Sorge zu tragen, dass der Krieg auf dem Gebiet hinüberspielt werde, wo man den Bauern aber „den Pfaffen alles das Ihrige nehmen und „thun solle, aus der die Soldaten und die verlohnt werden könnten.“ **)

*) Jakob an Friedrich dd. 1./11. Sept. 1621. Münchner seinem Schwiegersohn, wenn er nicht seinem Rathe werde auch desavouer mais aussi me declarer contre

König Jakob würde vielleicht in Folge jenes Memoires noch zügeliger gegen seinen Schwiegersohn aufgebraust sein, wenn die diplomatische Niederlage, die er eben erlitten — da man seinem Schwiegersohne trotz Digby's Verwendung keinen Waffenstillstand zugestand — ihn nicht veranlasst hätte, mildere Saiten anzuziehen. In seiner Antwort an den Pfalzgrafen mass er ihm zwar mit Recht, das völlige Misslingen der Unterhandlungen vor, er warf ihm vor, dass er Mansfeld und den Markgrafen Johann Jägerndorf zu seinen Generalen ernannt, den Krieg weiter führt und im Monat September überdies jene Erklärung an die Generalstaaten abgegeben habe, dass er um keinen Preis die böhmische Krone verzichten werde; dies alles habe er gethan, nachdem er feierlich versprochen habe sich seinen Feindschlägen zu fügen! Da der König sich indessen nicht wehren konnte, dass sein Schwiegersohn zu diesen Schritten sich die wohl begründete Furcht vor seinen Gegnern verleiten lassen worden war, so schloss er seine Vorwürfe mit der Bemerkung, dass es er nicht weiter untersuchen wolle, wie weit der Kaiser in seinen Anklagen im Rechte sei. Seine Vermittlungswuth war indessen noch nicht gestillt, er wollte seine diplomatischen Kräfte noch ein Mal spielen lassen und es versuchen den Frieden ohne Anwendung der Waffen herzustellen und zwar auf Grund neu formulirter Bedingungen, deren Billigung er von Friedrich verlangte. Gleichzeitig versprach er, dass er ihm zu den eben ermittelten 10000 Pfund weitere 30000 Pfund schicken und überhaupt alles thun wolle, um seine Restitution zu bewirken.*)

Die Bedingungen, deren Billigung Jakob von dem Pfalzgrafen verlangte und die er darauf dem Kaiser zur Annahme vorlegen liess, bestanden darin, dass sich Friedrich im Falle der Restitution verpflichte, auf die böhmische Krone für sich und seinen Sohn zu verzichten, den Kaiser um Verzeihung zu bitten und ihm eine Unterwürfigkeitserklärung auszustellen, wie dies in ähnlichen Fällen von gleichgestellten Fürsten geleistet worden ist und endlich, dass er keine geheimen Bündnisse eingehe und den Kaiser in der Regierung seiner Länder nicht störe.**)

*) Münchner StA. Jakob an Friedrich von der Pfalz dd. 12./22. Nov. 1621.

**) Haager Archiv. Jakob an Ferdinand dd. 12./22. Nov. 1621.

22.
Nov.
1621

Jakob gab dem letzteren und dem König von Spanien von diesen Bedingungen Kunde, bevor er noch im Besitze der Zustimmung seines Schwiegersohnes war. In dem Schreiben an Ferdinand beklagte er sich über die Rücksichtslosigkeit, mit der der Angriff gegen den Pfalzgrafen trotz aller Zusagen einer bedingungsweisen Waffenruhe fortgesetzt werde und drohte, dass, wenn die Restitution desselben unter den angedeuteten Bedingungen nicht bewilligt würde, er sich seiner mit bewaffneter Hand annehmen müsste. Die Zuschrift Jakobs an Philipp IV enthielt dieselben Mahnungen und Drohungen und verlangte noch insbesondere die Abberufung der spanischen Hilfstruppen aus der Pfalz, im Falle der Kaiser nicht nachgeben wollte. *) Philipp beantwortete den Brief Jakobs ohne Zögern und in einer Weise, die den englischen Wünschen Rechnung trug: er versprach sich für den Waffenstillstand zu verwenden, sich an den folgenden Verhandlungen, für die er Brüssel vorschlug, zu betheiligen und alles zu thun, damit sie das von Jakob gewünschte Resultat erlangen möchten. **)

Bevor der Kaiser den Brief des Königs von England beantwortete, ersuchte er den Herzog von Baiern um Rath und zeigte dabei abermals seine Aengstlichkeit und Unentschlossenheit, denn er wollte der englischen Drohung nachgeben und dem Pfalzgrafen einen Waffenstillstand bewilligen. ***) In München verfolgte man indessen entschlossen die einmal betretene Bahn, die mit der völligen Niederlage des Pfalzgrafen endigen sollte, und dem entsprechend war auch die Antwort, die dem kaiserlichen Boten, dem Grafen von Hohenzollern, zu Theil wurde. Dem Kaiser wurde gerathen, dass er nur dann in den Waffenstillstand einwilligen solle, wenn man ihm die Ober- und Unterpfalz mit allen festen Plätzen auf so lange übergäbe, bis er den Richterspruch gefällt haben würde. Wenn die Gegenpartei auf diese Bedingung nicht eingehe, so solle der Kaiser eine allgemeine Entwaffnung vorschlagen und dabei die Bedingung stellen, dass die Gegner zuerst die Waffen niederlegen und sich aller Räubereien enthalten.

*) Collectio Camer. Jakob an Philipp IV dd. 12./22. Nov. 1621.

***) Ebend. Philipp IV an Jakob dd. 28. Dec. 1621.

****) Wiener StA. Ferdinand an Max. dd. 23. Dec. 1621.

ten, dass der Pfalzgraf die dem Grafen Mansfeld und dem Oberstädter ertheilten Vollmachten widerrufe und die Besitzhältnisse bis auf die kommenden Verhandlungen nicht weiter beste. *) Da dieser Vorschlag vor allem die Entwaffnung des Pfalzgrafen beabsichtigte, damit derselbe die spätere Entscheidung ohne Widerstand hinnehmen müsste, so fand er den Beifall des kaiserlichen Hofes und Ferdinand säumte nun nicht länger den Brief Jakobs zu beantworten. Er erklärte, dass er trotz der beharrlichen Feindseligkeiten des Pfalzgrafen zu friedlichen Unterhandlungen bereit sei und deshalb einen Gesandten nach Brüssel schicken wolle, der dem vom Könige von England dorthin zu sendenden Bevollmächtigten die kaiserliche Willensmeinung kund zu machen werde. **) Worin diese bestehen sollte, wurde dem Könige heimlich verschwiegen.

Als Friedrich im Haag von den Bedingungen in Kenntniss gesetzt wurde, deren Annahme Jakob von ihm verlangte, hielt er eine eingehende Berathung ab, an der sich Camerarius, ^{24.} Ulms und der Engländer Carleton theilnahmen. Er erklärte ^{Januar} sich schliesslich bereit die gestellten Bedingungen anzunehmen, ¹⁶²² vorausgesetzt, dass Jakob die Annahme geheimhalten und das Dokument wieder zurückstellen würde, im Falle der Kaiser die Forderung verweigerte. Dabei wollte er aber seine Kriegsvorbereitungen fortsetzen und wurde zu dieser Haltung nicht nur durch das Versprechen Jakobs bezüglich der Zahlung weiterer Subsidien veranlasst, sondern auch durch die Kenntniss, die er von den kaiserlichen Plänen erlangt hatte. Ferdinand ¹⁶²¹ theilte nämlich, wie wir noch näher berichten werden, im October Philipp IV, an Zuñiga und andere Personen geschrieben und ihnen seine Absicht kundgegeben, die pfälzische Kur auf sich zu übertragen; diese Briefe waren in die Hände Mansfelds gefallen und dem Pfalzgrafen nach dem Haag überschickt worden. Er hatte so den unwiderleglichen Beweis in den Händen, dass man in Wien seinen Ruin beschlossen habe und hielt sich demnach für berechtigt, alle Mittel zu seiner Vertheidigung in Bewegung zu setzen. Die Conferenz im Haag beschloss, die

*) Wiener StA. Jocher an Ulm dd. 2. Januar 1622.

**) Münchner StA. Ferdinand an Jakob von England dd. 24. Jan. 1622.

aufgefangenen Schriftstücke zur Kenntniss aller befreundeten Fürsten zu bringen und Gesandte an Dänemark, Schweden, den niedersächsischen Kreis, an Baden, Württemberg, Lothar, Strassburg u. s. w. abzuschicken und sie um Aufbietung Streitkräfte gegen die nun unbestreitbar beabsichtigte Schmach der Protestanten zu ersuchen. Dieser Beschluss wurde Jakob mitgeteilt und da man ihm die aufgefangenen Stücke zuschickte und überzeugt war, dass sie seinen Zorn würdigen, ersuchte man ihn gleichzeitig, die Bestrebungen des Pfalzgrafen bei den betreffenden Fürsten zu unterstützen namentlich den König von Frankreich zu einer freundlichen Haltung zu vermögen, als bisher. *)

Wenn man sich jene Drohbriefe vor Augen hält, die erst vor wenigen Tagen an den Kaiser und an den König von Spanien geschrieben hatte, so sollte man vermuthen, dass sich diesmal zu einer energischen Politik aufrufen würde wer nähere Kenntniss von den Plänen hatte, mit denen der Kaiser an seinem Hofe trug, durfte es bezweifeln. Der Kaiser'seiner Vertrauter, der Herzog von Buckingham, waren die Holländer wieder äusserst gereizt und diese Gereiztheit, von vielen Engländern getheilt wurde, hatte zum Theil Grund in den wechselseitigen Streitigkeiten und Anfeindungen mit denen sich die ostindische Handelscompagnie und die holländische Handelsgesellschaft in den indischen Gewässern vermischten zum Theil aber auch darin, weil die Holländer seit dem Ausbruche des Krieges mit Spanien nicht dulden wollten, dass von England aus in die spanischen Niederlande Krieg verführt werde. Wenn Jakob Jemanden befehlen würde, gegen die Holländer zu ziehen waren es die Holländer und nicht die Spanier mit denen er sich viel lieber verbunden hätte. Zu allen diesen Uebelständen kam noch der, dass Buckingham von den Schmähreden der Holländer erhielt, die man sich gegen ihn im Haag im Hause des

*) Münchener Hofbibl. Collectio Camerar. Friedrich an Jakob dd.

und $\frac{26. \text{ Nov.}}{6. \text{ Dec.}}$ 1621. — Ebenda ein Memoire des Pfalzgrafen
dd. $\frac{26. \text{ Nov.}}{6. \text{ Dec.}}$ 1621.

fen erlaubte; welche andere Folge konnte dies haben, als dass sich in seiner verletzten Eigenliebe für den unglücklichen Friedrich nicht sehr ereiferte.*) Trotzdem wollte man ihn in London nicht ganz verlassen, sondern einige Kriegsvorbereitungen zu seinen Gunsten treffen; zu dieser Haltung trug insbesondere Lord Digby nach seiner Rückkehr nach England durch seine Berichte nicht wenig bei. Das Parlament wurde auf den 30. November 1621 einberufen und von diesem wollte man das nöthige Geld langens, um allenfalls den Krieg gegen den Kaiser und seinen nischen Bundesgenossen beginnen zu können. Aber gerade diesem Tage bekam Jakob von George Gage, seinem Unterdler in Rom in Angelegenheit der spanischen Heirat die Nachricht, dass der Papst geneigt sei, die Dispens für dieselbe zu ertheilen, im Falle er den englischen Katholiken einige Concessionen machen würde. Er war darüber so erfreut, dass er den spanischen Gesandten Gondomar ersuchen liess, er möge darauf achten, was etwa in dem zu eröffnenden Parlament beschlossen werden würde, er (Jakob) werde dafür Sorge tragen, dass nichts geschehe, was dem Könige von Spanien missfallen könnte. Ob sich durch diese Versicherung das Vertrauen zu Jakob in Spanien steigerte, wissen wir nicht, jedenfalls aber wusste er schon jetzt, dass seine allfälligen Kriegsdrohungen nicht ernst zu nehmen seien.

Als am 1. December das Parlament zusammentrat, wurde derselben von Seite des Königs, der sich wegen wirklicher oder angeblicher Krankheit in Newmarket aufhielt, die Bitte um Subsidien für die Unterstützung der Pfalz vorgelegt. Digby empfahl das königliche Gesuch, indem er in längerer Rede auseinandersetzte, dass der König entweder seine Tochter preisgeben oder sich für den Krieg vorbereiten müsse, dass zu diesem Zwecke Geld für die Unterhaltung der Truppen Vere's und Mansfield's und für die Ausrüstung einer neuen Armee, die im Frühjahr nach die Unterpfalz geschickt werden solle, bereit sein müsse. Dass die Kriegskosten für ein Jahr mindestens 900000 Pfund betragen würden. Die Argumente Digby's fanden bei dem Unterparlamente den lebhaftesten Anklang, die meisten Redner ergossen

Gardiner Prince Charles II, 117.

sich in Beschuldigungen wider S
man rasch zum Schwerte greife; e
der spanischen Heirat und von all
gegen die Katholiken wissen un
nehmlicher Weise dem Könige vorzu
nicht bloss einfach die Subsidien z
Petition die eigenen Ansichten und
zu setzen.*)

Die aus diesen Gründen entw
einzelnen Puncten eben so viele V
inneren und äusseren Politik des K
den Krieg gegen den Fürsten, de
also gegen Spanien, mit Ernst :
auf die Pfalz zu beschränken, son
Richtungen auszudehnen, sich der
genossen zu bedienen, seinen Sol
Prinzessin zu vermählen und mit
aufzutreten, also nicht zu dulden
ausser Landes erzogen werde, so
hinterlassenen Waisen katholischer
meistern zum Unterricht übergebe
und Rathschläge verstiessen aber
Jakobs: sie rieten ihm zum Krieg
der Bitten um Subsidien um jede
wollten seinen Sohn mit einer pr
heiraten und für ihn war die spani
heissesten Sehnsucht, sie wollten d
verfolgen und er wollte den Bann
schiedenen Religionsgesellschaften
gewöhnen.**)

Vom englischen Standpunkt
kann man nicht bezweifeln, dass
allein die richtige Politik, d. h.
während die Behandlung, die de

*) Gardiner a. a. O. II. 135 und folg.

**) Theatrum Europaeum 601. Petition

nehmen lassen wollte, den Forderungen der Gerechtigkeit und nach einer idealen Auffassung der Dinge entspricht. Wenn die Gemeinen davon nichts wissen wollten, so sind sie deshalb nicht absolut zu tadeln, sie legten denselben Massstab an die Katholiken, nach dem sie gemessen sein wollten, sie wussten, dass die letzteren sich mit der blossen Duldung nicht begnügen, sondern später die Gleichberechtigung und dann die Herrschaft sprechen würden, denn gerade so hätten ihre eigenen Ansprüche in einem ähnlichen Falle gelautet. So lange die religiöse Ueberzeugung tief in den Gemüthern wurzelte und die Lebensweise des Einzelnen bestimmte, konnte von einer wirklichen Gleichberechtigung keine Rede sein, da man den Gegner hasste oder verachtete; eine Gleichberechtigung der Konfession ist erst in unseren Tagen möglich, seit die religiösen Gegensätze sich nicht mehr mit der früheren Schärfe geltend machen, weil nicht das Christenthum allein, sondern nationale, politische, industrielle und wissenschaftliche Bestrebungen unsern Gedankenkreis ausfüllen.

Bevor noch die Petition des Unterhauses dem Könige überreicht worden war, hatte Gondomar Kenntniss von ihrem Inhalt erlangt und an Jakob geschrieben, dass er nur deshalb noch nicht nach England abgereist sei, weil er hoffe, dass Jakob die Bosheit des Parlaments in der gehörigen Weise strafen werde. Dieser Rathschlaß, der nicht nur die Grenzen der zulässigen Sprache überschritt, sondern auch die innere Politik des Landes beeinflussen sollte, hätte eigentlich von Jakob zurückgewiesen werden sollen, *) denn es geschah nichts weniger als das, er kam vielmehr der ausgesprochenen Erwartung nach und richtete ein Schreiben an den Sprecher des Unterhauses, worin er sein Missfallen über kundgab, dass einige „hitze und eigensinnige Köpfe sich zuühnen und unterfangen haben über Gegenstände zu sprechen, die für ihren Verstand viel zu hoch“ seien. Im Falle das Unterhaus nicht diejenigen Punkte der Petition ändern würde, die ihm Missfallen erregten und unter denen er namentlich den wegen der spanischen Heirat und wegen der Verhaftung eines

*) Gardiner a. a. O. II. 157.

Gindely, Der pfälzische Krieg.

mitgliedes eben nur wegen seiner missfälligen S
war. Als der König von dem Beschlusse Kunde e
er seinen Secretär ab und befahl den Gemeinen, vo
Verhandlungen abzustehen und in der Berath
gemachten Propositionen fortzufahren. Statt zu fo
sie eine neue Schrift, worin sie den beanstandet
Petition rechtfertigten um ihre gnädige Erwägun
und mit derselben eine Deputation nach Newmark
die vom Könige freundlich empfangen wurde und
Antwort an ihre Auftraggeber erhielt.***) Allein
1622 die am 24. December im Unterhause vorgelesen
von keiner freundlichen Gesinnung, sondern ent
Vorwürfe gegen die Gemeinen: sie seien undan
die Gutmüthigkeit und Gnade des Königs nich
pflichtvergessen, weil sie statt ein Vorbild für da
seine Regierung verlästerten und keck, weil si
dass er ungewissen Berichten und parteiischer
Glauben schenke. Indem er auf den Inhalt ihrer
einging, verwahrte er sich gegen ihren Rath, e
Spanien zu bekriegen und die Heiratsverhandlung
er habe von ihnen nur Geld verlangt um ein He
und mit demselben die Pfalz zu vertheidigen, abe
derartigen Rathschläge ersucht, wie die Petiti
Ihre Handlungsweise komme ihm so vor, als wenn
von dem er Geld zur Ausrüstung einer Armee au
bestimmen wollte, in welcher Weise der Krieg

e. Das Unterhaus könne ihm keinen guten Rath in Bezug auf auswärtigen Angelegenheiten geben, weil es mit den täglich wechselnden Details der Unterhandlungen nicht bekannt sei und gelte hier das Sprichwort: „Schuster bleib bei deinem Leisten“. Auf die Klagen wegen Begünstigung der Katholiken erwiderte er, dass er bei ihnen keine Ueberhebung dulden werde, aber auch nicht zu hart gegen sie verfahren dürfe, um nicht katholische Feinde in ihren Gebieten zur Wiedervergeltung zu reizen. In Bezug auf die Privilegien des Hauses verwahrte er sich dagegen, dass er sie verletze, aber das könne er nicht dulden, dass sie den Gemeinen als ein „altes unbezweifelbares Erbgut“ behauptet würden, denn diese Privilegien rühren von „seiner Vorfahren Gnade und Zulassung her“ und man könne ihnen kein Erbrecht ableiten.

Die Antwort Jakobs, welche das Unterhaus zu einer blossen Verwaltung degradirte, reizte dasselbe und da der König nicht that, was die üble Stimmung verscheuchen konnte, entschlossen sich die Gemeinen ihre Rechte durch einen Vertrag zu wahren, den sie ihrem Protokoll einverleibten. In demselben stellten sie trotz des königlichen Widerspruches die Forderung auf, dass sie ihre Freiheiten und Privilegien als ein Erbgut ansähen, dass ihnen das Recht zustehe über alle Gelegenheiten zu verhandeln, welche den König, die Regierung, die englische Kirche und mancherlei Unordnungen und Beschwerden beträfen und dass jedes Mitglied frei seine Meinungen äußern und ohne Zustimmung des Unterhauses nicht in Haft genommen werden dürfe. — Wenn die Gemeinen durch ihre Forderungen andeuten wollten, dass diese Ansprüche stets Gültigkeit hatten, so braucht man nur auf die Zustände unter Richard II. und Heinrich VIII hinzuweisen, um die Ueberzeugung zu gewinnen, dass das Parlament nicht stets die Rechte innehatte, welches jetzt in Anspruch nahm, allein jedenfalls war es klug, wenn man ihre unbestimmten und ungewissen Rechte dahin erweiterte, dass die Redefreiheit gesichert, die Einzelnen gegen kaiserliche Verfolgungen geschützt und ihnen gestattet sein sollte, für die wichtigsten öffentlichen Angelegenheiten ihre Meinung zu äußern. Es sind diese Rechte die Grundbedingungen einer jeden vernünftigen Verfassung und wenn man dem König nachgab, so

musste das öffentliche Leben in England dieselbe traurige Richtung nehmen, der es in Spanien anheimgefallen war.*)

9. Januar 1622 Jakob war über den Protest des Unterhauses höchlich erzürnt und kam deshalb eigens von Newmarket nach dem Palast von Whitehall, liess sich das Protokoll bringen, in dem der Protest eingetragen war, und riss das Blatt in Gegenwart seiner Räte eigenhändig heraus. Damit hatte er aber seinem Zorn noch nicht genügt, er ordnete auch die Verhaftung von den drei vorzüglichsten Leitern der Opposition Coke, Phelip und Mallory an.
16. Januar 1622 liess sie in den Tower abführen und löste dann das Parlament auf. Den grössten Triumph feierte jetzt Gondomar. Das Zerwürfniß zwischen dem Könige und dem Unterhause hatte zur Folge, dass keine Subsidien bewilligt wurden und man weder Ven noch Mansfeld ausreichend unterstützen und noch weniger eine Armee ausrüsten konnte. Wenn Digby jetzt nach Spanien geschickt wurde, so musste er dort als Bittsteller und nicht als Repräsentant einer Macht, die mit dem Kriege drohen konnte, erscheinen. Buckingham war erfreut über die Wendung, die die Dinge genommen hatten, und beglückwünschte den spanischen Gesandten zu derselben bei einem Besuche. Digby dagegen war äusserst betrübt und bemerkte gegen seine Freunde, dass dem Könige nichts anderes übrig bleibe, als den spanischen Geboten Folge zu leisten und gegen Jakob äusserte er sich, dass er bis dahin stets ein gutes Einvernehmen mit den Feinden Spaniens angerathen habe, jetzt aber sagen müsse, dass der König, wenn er sich nicht zu Grunde richten wolle, nicht anders übrig bleibe, als sich Spanien in die Arme zu werfen.**
- 1622 Lord Digby berichtete Anfangs Januar dem Pfalzgrafen, dass vor kurzem im königlichen Rathe beschlossen worden sei, für die Unterhaltung von ungefähr 10000 Mann in der Unterpfalz Sorge zu tragen, und einen Tag später schrieb auch Jakob seinem Schwiegersohne und versicherte ihn, dass er durch Verhandlungen für seine Restitution Sorge tragen, dass er aber zugleich an der Beschaffung der nöthigen Kriegsmittel mit einem Eifer und einem Fleisse arbeite, der im Verhältniss zu dem

*) Gardiner a. a. O. II. 159.

**) Gardiner a. a. O. II. 157.

Bedürfnisse stehe. Alle diese Vertröstungen und Versicherungen waren mit Ausnahme der angedeuteten Verhandlungen Lügen, man wie konnte er dem Bedürfnisse genügen, wenn das Parlament aufgelöst wurde, ohne dass es Subsidien bewilligt hätte, aber dem König kostete es nicht viel Ueberwindung Versprechungen zu machen, von deren Undurchführbarkeit er überzeugt war. Er sprach auch, dass er die verschiedenen Continentalmächte durch Gesandte oder auf schriftlichem Wege auffordern werde, seinem Schwiegersohne zu helfen und hielt hierin Wort, denn an Frankreich und Lothringen schickte er den Lord Doncaster, den König von Dänemark und die niedersächsischen Kreisfürsten schickte er aber durch Schreiben.*) Die einzige Hilfe, die er erbat, bestand darin, dass er die versprochenen 30000 Pfund Wechseln einschickte. Da man von dieser Summe an Vere 10000 Gulden, an Mansfeld 50000, an Christian von Halberstadt 10000 Gulden verabfolgte,**) so war man im Haag bald wieder ohne Geld und richtete neue Bitten an Jakob, der denselben im besten Willen nicht mehr genügen konnte, wenn er nicht diesen Wechsel in seiner inneren Politik eintreten liess.

Wiewohl man im Haag durch die Zerwürfnisse zwischen dem König und dem Parlament äusserst unangenehm berührt war und die schlimmsten Folgen für die eigene Sache befürchten musste, so verwendete man trotzdem alle Aufmerksamkeit auf den neu anzufachenden Krieg. Man wünschte, dass Mansfeld und Vere ihre Streitkräfte möglichst vermehren, dann über den Rhein rücken, sich mit dem Halberstädter vereinigen und den Weg auf katholisches Gebiet in die Stifter Würzburg und Bamberg spielen möchten. Für den Fall, als die Vereinigung pfälzischen Verbündeten jenseits des Mains gelingen würde, sollte sich Friedrich zu dem Heere verfügen und das Ober-

*) Coll. Camer. Digby an Friedrich dd. 30. Dec. 1621. — Ebenda. Schreiben
9. Jan. 1622.

des Königs v. England an Dänemark, Venedig, Holstein dd. 31. Dec. 1621.
10. Jan. 1622.

— Ebenda Jakob an Friedrich dd. 31. Dec. 1621.
10. Jan. 1622.

*) Münchner R. A. Solms an von der Grün dd. 28. Dec. 1621.
7. Jan. 1622.

commando in die Hand nehmen.*) Jakob mitgetheilt und daran die Bitte mit der Ausrüstung der versprochenen eine Bitte, deren Erfolglosigkeit nicht zu bezweifeln war. Gleichzeitig Personen bestimmt, welche man abschicken wollte: die Gesandtschaft niedersächsischen Kreis wurde dem traut, bei Gustav Adolf von Schweden Anhalt verwenden, zu dem Herzog Streif von Löwenstein, zu den Mitgliedern und nach der untern Pfalz Kolb von nach Frankreich Gueretin und Börs

Der erste, der seiner Mission 1622 der wahrscheinlich gegen Ende 1622 abreiste. Er hatte den Auftrag, den Kaiser Subsidiën und sonstige Hilfe sowie dem niedersächsischen Kreis und bei und auf die Hilfe hinzuweisen, zu der sei. Allein wie sehr auch Came anstrengen und auf die Gefahren, drohten, hinweisen mochte, er erlangte Geld noch das Versprechen einer erklärte, dass er den Kaiser, der ihn habe, nicht beleidigen dürfe und verbot das Betreten friedlicher Wege. Alles bestand darin, dass er das Gesuch des niedersächsischen Kreisfürsten empfehlen von Kopenhagen aus sich zu den Reichstagen und an die Stände dieses Kreises die richten, allein die Furcht, dass er als eines kaiserlichen Anhängers fallen könnte und er dürfte aus diesem Grunde nicht

*. Münchner St.A. Unterthänigstes Bedenken
Ebenda. Rathschlag v. 7. 17. Jan. 1622;
dd. 7. 17. Febr. 1622.

**). Ebenda. Anordnung der verschiedenen Ge-

eben. Was er erfuhr, war wenig tröstlich: er war Zeuge der
 teren Beschwerden über die Verwüstungen, die sich das im
 rigen Jahre geworbene Volk bei seinem Zuge von Hamburg
 ch dem Eichsfeld erlaubt hatte, er hörte, dass der Herzog
 m Braunschweig nichts von einer Unterstützung des Pfalz-
 afen wissen wolle, weil er seinen Bruder, den Bischof von
 alberstadt, im Verdacht habe, dass er ihn auf diesem Wege
 a seinem Besitz verdrängen wolle und ähnliches mehr. *) Als
 ch der niedersächsische Kreistag versammelte, zeigten seine
 eschlüsse, dass die Gesammtheit der Stände nicht besser gesinnt
 ar als die einzelnen. Er beschloss zwar auch jetzt, sich an
 n Kaiser mit der Bitte zu wenden, er möge den Pfalzgrafen
 stituiren, wenn er sich unterworfen und Abbitte geleistet haben
 ürde, allein von einer Hilfeleistung für ihn war keine Rede,
 an gedachte nur einige Rüstungen anzustellen, dieselben weder
 t Gunsten des Kaisers noch des Pfalzgrafen zu verwenden,
 ndern nur den „beleidigten Fürsten, wo es Noth thue, die
 and zu bieten.“ Dieser Beschluss hatte keinen andern Sinn, als
 es die Stände sich gegen die Bedrückungen und Räubereien
 zelner Truppenkörper beistehen wollten, mochten dieselben
 wessen Namen immer geworben sein. **)

März
1622

Bei dieser Gesinnung wird ein zwei Monate später gefasster
 schluss des abermals berufenen Kreistages verständlich. Der
 iser hatte sich zu Ende März entschlossen, das Ansuchen, 1622
 er einige Wochen früher an den schwäbischen Kreis
 ichtet hatte, ihn bei der Verfolgung seiner Feinde zu unter-
 tzen, auch an die andern Reichskreise zu stellen und hatte

*) Münchner Hofbibliothek. Coll. Camerar. Instruction für Camerarius dd.
 23. Jan. 1622. — Ebenda. Erklärung des Königs von Dänemark dd.
 2. Febr.

10./20. März 1622. — Ebend. Camerar. an Friedrich dd. 25. März 1622.
 — Ebenda. Instruction für Camerarius zu seiner Reise zu den nieder-
 sächs. Kreisständen dd. 23. Jan. 1622.
 2. Febr.

**) Ebenda. Die niedersächs. Kreisstände an Ferdinand dd. 29. März 1622.
 8. April
 — Sächs. StA. Kreisabschied zu Braunschweig dd. 29. März 1622.
 8. April

dabei namentlich den niedersächsischen um einen Geldbeitrag und um seine Hilfe bei der Bekämpfung Christians von Halberstadt ersucht. Die Reichshofrätthe Reck und Melander besuchten zu diesem Zwecke die einzelnen Fürsten in diesem Kreise und befürworteten darauf die Forderung des Kaisers auf dem Kreistage, der Anfangs Juni zusammentrat. Auch diesmal deutete der 1622 Beschluss die neutrale Haltung an, die die Stände einzubehalten wünschten; sie wollten sich weder für den Pfalzgrafen einsetzen noch dem Kaiser zu Willen sein. Nur in dem Falle erklärten sie sich zur Zahlung von vierzehn Römermonaten bereit, wenn der Pfalzgraf restituiren, die am Reichstage von 1613 angemeldeten Reichsgravamina abstellen und die evangelischen Stände im Besitze der geistlichen Güter bestätigen würde.*) Mit diesen Worten, die Kreisstände wollten weder den Pfalzgrafen unterstützen und zwar aus Furcht, noch den Kaiser und zwar aus Uebelwollen. Das deutsche Staatswesen zeigte ein Bild der tiefen Zerrüttung. Durch kein gemeinschaftliches Interesse zusammengehalten, bot es ehrgeizigen Partei- oder Kriegshäuptern ein günstiges Feld für ihre Angriffe dar, vor allem konnten fremde Mächte das aus hundert Wunden blutende Land noch tiefer niedrücken. Verhandelte doch schon Mansfeld mit Ludwig XIV. wegen Uebernahme der deutschen Kaiserkrone!**)

Die Reise des Camerarius hatte also nicht das gewünschte Resultat für den Pfalzgrafen zur Folge und eben so war es auch für die übrigen Gesandten aus. Der Fürst von Anhalt hatte bereits den Kaiser um seine Begnadigung ersucht und sich nach Schweden zurückgezogen, um damit den Beweis zu liefern, dass er an keinen Machinationen gegen ihn mehr theilnehmen würde. Deshalb kam ihm der Auftrag des Pfalzgrafen sehr ungelegen, den er erfüllte ihn zwar, erreichte jedoch nichts von dem Könige von Schweden, denn als er ihn um eine Geldunterstützung ersuchte, entschuldigte sich Gustav Adolf mit der eigenen

*) Wiener StA. Kaiserl. Instruction für Reck u. Melander dd. 30. März 1622. — Nebenmemorial dd. 4. April 1622. — Ebenda. Antwort des niedersächsischen Kreistages. — Sächs. StA. Kreisabschied des niedersächsischen Kreistages dd. 12./22. Juni 1622.

***) Münchner StA. Kolb v. Wartenberg an Friedrich dd. 4./14. März 1622.

th.**) Ebenso resultatlos endete die Mission Kolbs von Wartenberg und Börstels.

Kolb von Wartenberg hatte die Weisung sich zunächst nach der untern Pfalz zu begeben, um da den Obersten Vere zu beschwichtigen, der sich über Mangel an Geld und Proviant beschwerte und verlangte, dass Mansfeld unter sein Commando gestellt würde, widrigenfalls er abberufen zu werden wünschte. Er klagte den englischen Befehlshaber auf die von Jakob versprochene Unterstützung vertrösten und ihn ersuchen, seine Eifersucht gegen Mansfeld um des allgemeinen Besten willen zu unterdrücken, der Anlass zu derselben werde ohnedies wegfallen, sobald Friedrich mit seinen Truppen kommen werde.***) Neben der Beschwichtigung Vere's wurde ihm der Besuch der Markgrafen von Culmbach, Brandenburg und Baden, des Herzogs von Württemberg und der Städte Strassburg, Nürnberg und Ulm aufgetragen, wo er überall dieselben Bitten anbringen sollte, wie Camerarius in Dänemark und sie mit dem Hinweise auf die aufgefangenen Briefe stützen sollte. Ueberhaupt verwerthete der Pfalzgraf diese Briefe ebenso wie der Kaiser dies ein Jahr zuvor mit der anhaltischen Kanzlei in Wien hatte. Wie der Kaiser damals mit gutem Grunde beargwöhnen konnte, dass die Vorgänge in Böhmen das Werk einer heimlich überdachten Verschwörung gewesen seien, an der der Pfalzgraf von der Pfalz und Christian von Anhalt Haupttheilnehmer waren, so konnte der Pfalzgraf jetzt mit eben so viel Grund darauf hinweisen, dass man in Wien nur seinen Ruin plane und dass alle Versprechungen daselbst falsch gemeint seien.

Kolb von Wartenberg besuchte auf seiner Reise, die er zuerst nach Frankreich antrat, zuerst den Herzog von Bouillon, von dem er die besten Versicherungen erhielt und ging dann nach dem Elsaß, wo er mit Mansfeld zusammentraf. Es war dies Anfangs März, also zu einer Zeit, wo die Werbungen des Grafen 1622 den besten Fortgang nahmen und die sichere Hoffnung vorhanden war, dass er binnen kurzem über mehr als 20000 Mann

*) Münchner StA. Anhalt an ? dd. 6./16. März 1622.

**) Ebenda. Puncta über die Kolb von Wartenberg mit Vere verhandeln soll dd. 28. Jan. 1622. — Ebenda. Friedrich an Vere dd. 27. Jan. 1622.
7. Febr. — 6. Febr.

einer Art Wiederaufrichtung der Union zu be-
erfolglos. Die Reichsstädte lehnten jede offene
ab und der Herzog von Württemberg gab zu ve-
er sich dem Pfalzgrafen nur dann anschliessen
der Krieg für ihn einen günstigen Anfang gen-
würde. Aber damit half er eben so wenig, v
Schreiben, das er an den Kaiser richtete um C
zu erbitten oder wie mit der Berufung des schwä-
tages, auf dem beschlossen wurde, 4000 Mann a
mit ihnen die Pässe zu besetzen. Denn da man
Seite gegen diese Rüstung das grösste Misstrau-
suchte man sie zu verhindern, und dies gelang,
schen Truppen zum Theil auf dem schwäbischen
quartiert waren.**)

Während Kolb von Wartenberg sich auf di
Weise seiner Aufträge entledigte, suchte Börstel
König von Frankreich für das Loos des Pfalzgrafen z
Am französischen Hofe war man seit Jahresfrist v
nahme für die Habsburger zurückgekommen und
geänderten Gesinnung nicht schon jetzt Ausdruck

*) Münchner StA. Kolb von Wartenberg an Friedrich dd.
4./14. März 1622. Mansfeld hatte zu gleicher Zeit au
mit der Infantin angeknüpft, worüber später.

**) Münchner StA. Vortrag Kolbs von Wartenberg bei Ba
dd. 6./16. März 1622. — Sächs. StA. Abschied des
dd. 11./21. März 1622. — Münchner StA. Würtember

nur die inneren Wirren Schuld, in Folge deren Ludwig die Waffen gegen die Hugenotten greifen musste. Die Birstel, die Birstel zu Theil wurde und die wir nicht kennen, deshalb keine bestimmten Zusagen enthalten haben.*) Auch von Löwenstein brachte keinen besseren Bescheid von Herzog von Lothringen zurück, als er ihn im Namen des Kaisers um seine Vermittlung ersuchte. Der Herzog lehnte ab, sondern riet dem Pfalzgrafen verblümt die Kur zu verzichten, um seinen Besitz zu retten.***) In dem Schreiben, dass der letztere an den Herzog von Savoyen schrieb, und in dem er auch diesen Fürsten um seine Hilfe bat, blieb ebenso unwirksam. Aus allen diesen Angaben ist deutlich, dass Friedrich im Frühjahr nur auf Mansfeld, 1622 Markgrafen von Baden und Christian von Halberstadt mit angeworbenen Mannschaft rechnen konnte, denn den Fürsten durfte er nicht mehr in den Kreis seiner Combinationen aufnehmen, da dieser sich mit dem Kaiser verglichen hatte.

Denn man den Angaben über die Zahl der im Frühjahr zu Gunsten des Pfalzgrafen angeworbenen Truppen glauben kann, so standen im Monat April ungefähr 70000 Mann für den Kaiser unter den Waffen. Mansfelds Truppen werden auf 35000 Mann, die des Markgrafen von Baden auf 20000, die Christians von Halberstadt auf etwa 15000 angegeben. Wir zweifeln jedoch an der Richtigkeit dieser Ziffern und vermuthen, dass die effective Stärke dieser Heeresabtheilungen kaum mehr als 50000 Mann betragen haben mag, wobei wir den stärksten Abstrich an der wirklichen Truppenzahl vornehmen.

In diesen Berichten ist von dem Kurfürsten von Brandenburg die Rede und es drängt sich die Frage auf, ob denn der Kurfürst seinen Schwager nicht aufgefordert habe, sich an den Kaiser gerichteten Rüstungen zu betheiligen oder ob er noch immer unter dem Eindrücke der Besorgniss stand, dass er zu Anfang des Jahres 1621 einen Angriff von kaiserlicher Seite zu fürchten liess. Friedrich hatte den Kurfürsten nicht nur

—
 Kurfürstlicher St.A. Memorial für Birstel dd. $\frac{19. \text{ Febr.}}{1. \text{ März}}$ 1622.

—
 Kurfürstlicher St.A. Memorial für den Herzog von Zweibrücken dd. 3./13. März 1622. —
 Kurfürstlicher St.A. Memorial für den Herzog von Lorraine au Joan duc de Deuxponts dd. 9. März 1622.

um seine thätige Mithilfe ersucht, seine Dienste bei Sachsen, damit Johann C mit dem Kaiser ablasse, aber weder Bitte fand den gehörigen Boden. So des Jahres 1621 war der Kurfürst zwar Erfolge des kaiserlichen Heeres gal Werbungen für dessen Rechnung in sagen und die Geworbenen zu zers jetzt sogar in Berlin und in anderen ragendsten böhmischen Flüchtlinge, wie Ruppä; zu den Waffen zu greifen wagt die Gefahr, dass er in seinen jülichsc dern und in Preussen von Polen aus zu sehr schreckte. Später schien es Geldhilfe entschliessen wolle, allein erfüllte er nicht die auf ihn gesetzte H sich vorbereitenden Kampfe nahm er Haltung ein.

Welche Gegenrüstungen waren m Seite angestellt worden?

Da weder die Liga, noch der K hielten, um den Kampf mit Erfolg a sie ihre Bitten um Unterstützung unu und an Spanien; namentlich war es ersteren verlangten. Der päpstliche Stu Inhaber gewechselt. Der frühere Träg in Folge eines Schlaganfalls, den er des Sieges auf dem weissen Berge erk 1621 gestorben. Da Paul das Pontifika hatte, so dankte ihm eine sehr beträ ihre Ernennung und da sie sich der seinen Nepoten, den Kardinal Borgl keine Wahl ohne dessen Zustimmung 1621 das Conclave am 8. Februar zu ein

*) Münchner StA. Kurbrandenburgisches M berg dd. 15. 25. Dec. 1621. — Wiener Kaiser dd. 17. 27. Dec. 1621. — Ebend Pfalzgrafen dd. 3. 13. Mai 1622.

die Nepoten selbst fehlten zur Zweidrittelmajorität, also zur
 gen Wahl eines seiner Günstlinge nur zwei Stimmen, die
 trotz aller vorangegangenen Bemühungen nicht gewinnen
 konnte und so beschloss er diesem Mangel durch List und
 Überraschung abzuhelfen. Nachdem er seine Anhänger für die
 Abingung des Kardinals Campori gewonnen hatte, wollte er dessen
 Wahl dadurch bewerkstelligen, dass er ihn in dem Augen-
 blick, in dem die Kardinäle eine Litanei absingend in das
 Wahllokale traten, durch seine Anhänger adoriren und so seine
 Anhänger gewissermassen durch Inspiration vollziehen lassen wollte.
 Er stand nämlich zu erwarten, dass die Gegner durch diese
 Uebung überrascht die Zahl der Anhänger Campori's für
 zu gering halten würden, als sie wirklich war und dass sie aus
 Furcht vor dem künftigen Herrscher ihren Widerstand aufgeben
 und so die Wahl unterstützen würden. Dieses Manöver gelang
 ihm nicht, weil sich bei der Absingung der Litanei zu viele
 Menschen in das Wahllokale drängten und die Reihen der Kar-
 dinäle durchbrochen wurden, so dass, als dieselben später allein
 zurückblieben, Borghese nicht mehr den Muth zur Durchführung
 des Anschlages besass, wiewohl er auch noch jetzt hätte durch-
 geführt werden können. Orsini, der Hauptgegner Campori's,
 stärkte mittlerweile seine Anhänger in der Ausschliessung des
 verhassten Kardinals und seine Bemühungen hatten zur Folge,
 dass man an diesem Tage nicht mehr zur Vornahme einer Wahl
 schritt, sondern die übrigen Stunden zur Bearbeitung der Gegner
 nutzete. Wie sehr sich aber auch Borghese an diesem und am
 folgenden Tage bemühen mochte, die nöthige Zweidrittelmajorität
 Campori zu Stande zu bringen, es gelang ihm nicht und so
 musste er sich schliesslich nach einem andern Candidaten um-
 sehen. Als er voll Verdruss seine Zelle verliess, begegnete er
 seinem Gegner, dem Kardinal Orsini in Begleitung der Kardinäle
 Orsini und Bevilacqua und schlug ihnen den Kardinal Ludovisio,
 eine Creatur Pauls V vor. Ludovisio erfreute sich insofern eines
 grossen Rufes, als ihm neben Gelehrsamkeit auch ein ehrbarer
 Lebenswandel nachgerühmt wurde. Dass er nur wenig Ent-
 schlossenheit besass, wurde ihm nicht als ein Mangel, sondern als
 ein Vorzug angerechnet, da die übrigen Kardinäle von ihm als
 nicht die Verletzung ihrer Interessen zu befürchten brauchten.

Der Vorschlag gefiel also dem Kardinal Orsini und er erklärte, dass er die Zustimmung seiner Anhänger einholen wolle, welche ihm auch zu Theil wurde. Er verfügte sich nun mit ihnen zur Zelle Ludovisio's, wohin auch das übrige Conclave eilte und so wurde dieser ohne jedes weitere Scrutinium allgemein als Papst anerkannt. *) Er nahm den Namen Gregor XV an.

1. Feb.
1621

An dem verstorbenen Papste hatte man das unablässige Bestreben getadelt, ein riesiges Vermögen zu Nutzen und Frommen seiner Verwandten zusammenzuscharren, man lobte an ihm nur, dass er zwischen den sich gegenseitig anfeindenden Bourbonen und Habsburgern eine neutrale Haltung einnahm und so seiner Stellung als Oberhaupt der Kirche gerecht wurde. Der gegenwärtige Papst verdiente sich dagegen das ungetheilte Lob der frommen Katholiken. Abgesehen davon, dass er auch als Papst seine fromme Lebensweise und die Politik seines Vorgängers beibehielt, dachte er keineswegs an die Ansammlung eines Privatvermögens, sondern war zu allen Opfern entschlossen, welche das katholische Interesse erheischte. Bald nach seiner Thronbesteigung war er erbötig, die bis dahin dem Kaiser gezahlte monatliche Hilfe von 20000 Gulden auf 50000 zu erhöhen, was den Neid der bairischen Gesandten Crivelli und Mander nicht wenig weckte, die auch um die Fortsetzung der von Paul V für die Liga bewilligten Hilfgelder ersuchten. Es kam zwischen ihnen und dem spanischen Gesandten, welcher die Erhöhung der für den Kaiser bestimmten Subsidiën zumeist zu Stande gebracht hatte, zu einem lebhaften Streite; der Gesandte behauptete, die Liga dürfe den Papst nicht weiter bedrängen, sie habe im vergangenen Jahre aus Italien an päpstlichen Subsidiën und Zehnten 875000 Gulden bekommen und der ihr in Deutschland bewilligte Zehent habe 2 Millionen eingetragen. Die Gesandten erklärten die letztere Angabe für ausserordentlich übertrieben und mögen darin Recht gehabt haben, gegen die Berechnung der

*) In unserem Bericht über diese Wahl folgen wir hauptsächlich den glaubigsten Berichten des spanischen StA. namentlich der *Relacion del conclave y la eleccion de la S. del Papa Gregorio XV* und dem Brief des Kard. Borgia an Philipp III dd. 10. Febr. 1621.

alienischen Subsidien machten sie jedoch keine Einwendung.*) Folge eines Schreibens des Kurfürsten von Köln, in welchem den Papst um weitere Hilfe für die Liga ersuchte, befragte Gregor einige Cardinäle mit der Untersuchung des Gegenstandes. Da aber gerade damals die Nachricht von der Auflösung der Union nach Rom gelangte, glaubten die Cardinäle, es eine Unterstützung der Liga nicht nöthig sei und trugen die Abweisung ihres Gesuches an. Am päpstlichen Hofe liete man vorläufig nur den Kaiser unterstützen, weil sich die Verhandlungen mit Bethlen (im April 1621) zerschlagen hatten und man ihn auch von den Türken bedroht glaubte, und diese Gelegenheit wurde zuletzt dahin geordnet, dass man nach dem monatlich nur 20000 Gulden schickte, die andern 30000 Gulden aber für die Anwerbung eines Regiments im Kirchenstaate und für den Unterhalt desselben auf dem Kriegsschauplatz stimmte.***) Der Kaiser gab sich vorerst mit dieser Unterstützung zufrieden, wiewohl er lieber die ganzen 50000 Gulden statt des Regiments gehabt hätte. Zu Ende 1621 ersuchte er den Papst, er möchte ihm auch die monatlichen 20000 Gulden bewilligen, mit denen er bisher den König von Polen unterstützt habe, weil der letztere wegen des Friedens mit der Türkei ihrer Unterstützung nicht mehr bedürfe. Dieses Ansuchen wurde abgewiesen und blieb bei der einmal festgesetzten Summe, dagegen wurde der Papst gegen die Liga freigebig und schickte ihr auch 60000 Gulden zu.***)

Während Gregor XV in der geschilderten Weise zur Mithilfe herangezogen wurde, war auch Maximilian nicht lässig, die Truppen Tilly's durch neue Werbungen namentlich in der Kavallerie zu verstärken. Gleichzeitig berief er die Stände des bairischen und fränkischen Kreises, legte ihnen die Nothwendigkeit

*) Münchner StA. Crivelli und Mander an Max. dd. 4., 10. u. 24. April 1621. — Wiener StA. Savelli an Ferdinand II dd. 21. April 1621.

**) Münchner StA. Crivelli u. Mander an Max. dd. 1., 3. u. 8. Mai 1621. — Wiener StA. Savelli an Ferdinand dd. 1. u. 21. Mai 1621. — Ferdinand an Savelli dd. 9. Mai 1621. — Ferdinand an den Papst dd. 19. Juni 1621.

***) Wiener StA. Ferdinand an Savelli dd. 8. December 1621. — Ebenda. Savelli an Ferdinand dd. 4. Januar 1622.

weiterer Rüstungen vor und beide Kreise entschlossen sich zu Anwerbung einiger Tausend Mann.*) Er war es auch, der unablässig in den Kaiser drang, dass er den schwäbischen und niedersächsischen Kreis um Hilfe ersuchen möge und der ein gleiches Begehren an den Kurfürsten von Sachsen als Obersten des obersächsischen Kreises stellte. Als die Nachricht zu ihm gelangte, dass die Friedensverhandlungen mit Bethlen zu Ziele geführt hatten, verlangte er, dass der Kaiser den grösseren Theil seiner Truppen gegen die Unterpfalz dirigire und etwa für sie eine Marschrouten um ihr Eintreffen ja zu beschleunigen Ferdinand wollte diese Bitte erfüllen, doch that er seine Pflicht in gewohnter lässiger Weise und sandte auf den Kriegsschauplatz hauptsächlich nur die im spanischen Solde stehenden Truppen wozu der König von Spanien seine Zustimmung gegeben hatte.

1622 Im Mai waren vier Regimenter zu Fuss und 2000 Reiter auf dem Marsche nach dem Rhein, doch dürften kaum mehr als 7000 Mann daselbst angelangt sein. Später entschloss sich der Kaiser auch einige tausend Kosaken, die bis dahin in Schlesien verwendet wurden, den Ligisten zu Hilfe zu schicken; da jedoch ihre Dienste nicht im Verhältniss zu dem Jammer standen, den

1622 sie verursachten, so rief er sie schon im Monat August zurück und schickte sie in ihre Heimat.**)

Auch Erzherzog Leopold rüstete mit Hilfe der Geldmittel, die ihm aus Tirol, Vorderösterreich und seinen beiden Bisthümern zu Gebote standen und brachte gleichfalls eine beträchtliche Armee auf die Beine. Eine Liste der verschiedenen Truppenabtheilungen, die die Sache des Kaisers in der untern Pfalz und im Elsass vertheidigen sollten, gibt die Gesamtstärke derselben

1622 im April auf 100000 Mann an und zwar werden die kaiserlichen Hilfstruppen und das spanische Heer unter Cordova auf 55000 Reiter und 15000 Mann Fussvolk, die ligistische Armee auf 19500 Reiter und 36000 Mann Fussvolk, die Truppen unter Erzherzog Leopold auf 11000 Mann, die bairische und fränkische

*) Sächs. StA. Max. an Kursachsen dd. 28. Januar 1622.

***) Wiener StA. Ferdinand an Philipp IV dd. 30. März 1622. — Sächs. StA. Max. an Ferdinand dd. 4. Mai 1622. — Ebenda. Ferdinand an Kursachsen dd. 4. Mai 1622.

eishilfe auf 4000 Mann, ein besonderes Corps des Bischofs
 n Würzburg auf 3000 Mann und ein spanisches Contingent,
 s aus Mailand im Anzuge war, auf 6000 Mann angegeben.*)
 ese Ziffern können ebenso wenig Anspruch auf volle Glaub-
 rdigkeit erheben, wie jene bezüglich der pfälzischen Hilfsvölker,
 repräsentiren die Zahl, die man erreichen wollte aber that-
 llich nie erreicht hat, allein jedenfalls gebot die kaiserliche
 ei bei dem Beginn des Feldzuges über ein weit grösseres
 r als ihre Gegner, abgesehen davon, dass die Erhaltung des
 ern auf geregeltm Wege vor sich ging, während die
 ernen nur vom Raube lebten und demnach bei ihnen an
 e ordentliche Disciplin zu denken war. Die päpstlichen
 open sind in dem obigen Verzeichnisse nicht angegeben,
 waren durch die Winterstrapazen völlig herabgekommen,
 lass Ferdinand dem Papste riet sie abzudanken und ihm
 ar das für dieselben verwendete Geld zu geben.***)

IV

Man war sich auf pfälzischer Seite in den ersten Monaten
 Jahres 1622 der Schwierigkeiten wohl bewusst, welche der
 einigung Mansfelds und Christians von Halberstadt entgegen-
 den, denn da Cordova und Tilly zwischen Mansfeld und
 Halberstädter lagerten, war an eine Vereinigung nicht eher
 denken, als bis die letzteren die ihnen entgegenstehenden
 ppen besiegt hätten. Der Pfalzgraf wollte sich ursprünglich zu
 Armee des Halberstädters begeben, da jedoch seine Sicherheit
 dem Wege dahin gefährdet war, wenn er nicht von einigen
 send Mann begleitet wurde und der Prinz von Oranien sich
 dieser Hilfeleistung wegen der drohenden Nähe der spanischen
 ppen nicht verstehen mochte, so entschied er sich für den

Sächs. StA. Verzeichniss der kais. u. ligist. Truppen v. 20. Febr. und
 17./27. April 1622.

Wiener StA. Ferdinand an den Papst dd. 20. März 1622. — Ebenda.
 Ferdinand an den Cardinal Hohenzollern dd. 21. März 1622. Sächs. StA.
 Ferdinand an Kursachsen dd. 6. Juli 1622. — Ferdinand an Württemberg
 dd. 16. Aug. 1622. — Wiener StA. Beschluss des kais. Reichshofraths
 bezüglich der Abdankung der Kosaken den 29. Aug. 1622.

Endely, Der pfälzische Krieg.

Anschluss an Mansfeld. Friedrich verliess Haag in
 1622 Geheimniss am 7. April in Begleitung eines böhmischen F
 aus dem Geschlechte derer von Michalowic und ein e
 burger Kaufmannsdieners. Nachdem er zu Schiff Fr
 1622 erreicht hatte, besuchte er Paris und ging von hier über Lo
 nach dem Elsass. Auf dem Wege berührte er Bitsch, wo
 sich durch einige Stunden die Gesellschaft einer Anzahl feindliche
 Soldaten gefallen lassen und mit ihnen bei dem Mahle auf die
 Gesundheit seiner Feinde anstossen musste. Man schöpfte keinen
 Verdacht gegen ihn, da er sich in seinem Aeussern kaum von
 einem Studenten unterschied und so konnte er ungehindert seine
 Reise über Zweibrücken, wo er, um sein Incognito aufrecht zu
 halten, nicht einmal seine Schwester begrüßte, nach Durlach
 fortsetzen. Hier traf er den Markgrafen, seinen Bundesgenossen
 an, und durfte sich zum erstenmale offen zeigen, worauf er sich
 nach Germersheim zu dem Grafen von Mansfeld verfügte.*) Er
 traf hier in dem Augenblick ein, als der letztere dem Herrn von
 Rollingen, dem Gesandten der Infantin Isabella, eine definitive
 Erklärung auf neuerliche spanische Anerbietungen geben sollte.

In der That hatten die Verhandlungen zwischen Mansfeld
 und dem Hofe von Brüssel eigentlich nie recht aufgehört, wenn
 sie auch ins Stocken gerathen waren. Schon Anfangs November
 1621 liess Mansfeld der Infantin entbieten, dass er sich mit einem
 andern Unterhändler als seinem Vetter Chalon, den er für seinen
 geschworenen Feind erklärte, einigen würde und wies dabei an
 den Erbmarschall von Luxemburg Peter Ernst von Rollingen
 einen alten Freund von ihm. Der Erbmarschall war erbötig dem
 Wunsche Mansfelds nachzukommen und da die Infantin durch
 dessen unverhofften Einmarsch in die untere Pfalz nicht wenig
 erschreckt war, so nahm sie dieses Anerbieten gern an. Rollingen
 machte sich auf den Weg und besuchte zuerst die Bischöfe von
 Mainz, Trier und Speier, die er um einen Geldbeitrag ersuchen
 sollte, im Falle die Verhandlungen mit Mansfeld zu einem glück
 lichen Ende führen würden. Die genannten Bischöfe und die

*) Münchner StA. Buwinkhausen an Pistorius dd. 17./27. April 1622. —
 Sächs. StA. Schwalbach an Kursachsen dd. 17./27. April 1622. —
 Theatrum Europ.

og von Baiern waren erbötig einen Theil der Zahlung auf zu nehmen, namentlich erklärte der letztere, dass er für die me von 200000 Thaler sorgen wolle. Bei allen diesen Ver- tungen setzte man voraus, dass Mansfeld seine Forderungen höher spannen werde, als im Monat September; sobald 1621 tigen jedoch in ernste Verhandlungen mit ihm eintrat, zeigte das Gegentheil. Trotzdem war die Infantin erbötig den er- 28. Febr. 1622 an Ansprüchen zu genügen und beauftragte ihren Unter- ller, dem Grafen die Auszahlung von 200000 Thalern (von geistlichen Kurfürsten), von 100000 Dukaten (von Baiern) von 100000 Goldkronen (von ihr selbst) zu versprechen, volle Amnestie anzubieten und ihm endlich die Erwirkung Fürstentitels beim Kaiser zuzusagen. Ja noch mehr, die ntin erklärte sich bereit, ihn mit 6000 Mann Fussvolk und) Reitern in ihre Dienste zu nehmen, ihm die Ernennung ntlicher Offiziere in diesem Corps zu überlassen, für die rkunft seiner übrigen Truppen Sorge zu tragen und ihm llem dem eine lebenslängliche Pension von 12000 Kronen ich und die Landvogtei von Hagenau zuzusichern. Die nung, dass sich Mansfeld von diesen glänzenden Aner- ingen ködern lassen werde, verdunkelte sich jedoch bald: inem Schreiben an Rollingen beschwerte er sich, dass das einmüss der Verhandlungen in Brüssel nicht bewahrt worden und dass sein Herr der „König“ Friedrich ihn darüber agt habe; nun könne er sich nicht eher entscheiden, als bis uf sein Schreiben nach dem Haag einen Bescheid bekommen t. Man wird jedoch nicht irre gehen, wenn man dieses ern nicht auf die Rücksicht für Friedrich zurückführt, sondern Rechnung der Anerbietungen setzt, die ihm von dem Mark- ten von Baden zugekommen waren. Zu dem letztern war afalls das Gerücht von diesen Unterhandlungen gedungen da durch den Abfall Mansfelds sein ganzer Angriffsplan in die the gehen musste, so bemühte er sich ihn bei der pfälzischen ei festzuhalten, indem er ihm von dem anzuhoffenden Länder- nn das Bisthum Speier und die Landvogtei Hagenau mit Hand einer seiner Töchter anbot.*) Dies Lockmittel bewirkte,

Wir berichten hier nicht auf Grund authentischer Actenstücke, sondern nach Villermonds Ernest de Mansfeld.

dass Mansfeld seine Forderungen beschaubte und zu den bereits angeabsolute Commando über sein in ihr das zudem zahlreicher sein sollte, war, und die Uebertragung der Lan seine etwaige Frau und seine Kinder ihn um jeden Preis gewinnen woll ihren Unterhändler auch auf diese Be die Uebernahme eines Corps von 120 auszahlung von 80000 Kronen zuzusa mit diesen Zusagen bei Mansfeld in ihn in ziemlich schlechter Stimmung Generalstaaten, weil sie auf seine wi ihm nur mit einigen kargen Brocken ab ob das plötzliche Erscheinen des Pfalz dieselbe Wirkung übte, wie das Digb; Neumarkt! Wie Mansfeld damals der Gesandten nachgab, so mag er Ange Rechte er vertreten sollte, vor dem haben. Jedenfalls traf er jetzt seine die Verhandlung abbrach; Rollingen Dinge verabschieden, nachdem er i Tafel geladen worden war und von ihm erhalten hatte, dass er ihm seinen l machen wolle.*)

30.
März
1622

Der Pfalzgraf machte von Germo Versuch, ob er nicht den Herzog v könnte dem Beispiel des Markgrafen schickte deshalb den Grafen von Orten hätte der Herzog seiner Bitte nachgege zeugt gewesen wäre, dass er sich i Kriegslast auf den Hals lade,***) Der ihm einen harten Kampf gekostet ha

*) Villermont: Ernest de Mansfeld. Sächs. S

***) Wiener StA. Extract aus einem vertraut

***) Sächs. StA. Vortrag des bair. Gesandten von Württemberg. Antwort Würtembergs

er war er durch einige Tage entschlossen, sich mit dem Grafen von Baden zu verbinden und auf den Kampfplatz zu treten. — Die Anwesenheit des Pfalzgrafen bewirkte nur, dass die süddeutsche Reichsstädte sich zu unbedeutenden Opfern entschlossen,*) Heilbronn soll den Grafen Mansfeld mit Geld unterstützt, Speier und Ulm einen Theil ihres geworbenen Volkes zu essen haben, damit es in den Dienst des Pfalzgrafen treten könne. Der Hass gegen die kaiserliche Partei steigerte sich aber in den Reichsstädten, so wurden z. B. in Heilbronn die Häuschen Marketender auf offenem Markte geplündert. Herzog Maximilian benützte diesen Anlass um den Kaiser zu ersuchen, dass er der Stadt die Aufnahme einer militärischen Besatzung erlauben möge.

Gerade in diesem Augenblicke gedachte Jakob sich wieder an die Vermittlung zu wenden, da er seine durch Digby eingeleitete Verhandlung nicht stören lassen wollte. Er beglückwünschte seinen Schwiegersohn, dass er glücklich nach der unteren Pfalz gekommen und sich dem Grafen Mansfeld angeschlossen habe, aber er ersuchte ihn, jeden unklugen Schritt zu vermeiden, damit er den Erfolg seiner Bemühungen nicht durchkreuzte. Mit einem Worte Jakob verlangte, dass Friedrich die Grenzen der unteren Pfalz nicht überschreite, Niemanden anfeinde, sondern die Waffen ruhen lasse, ja er machte ihm sogar Vorwürfe, dass er durch seine Ankunft in Germersheim die Verhandlungen Mansfelds mit der Infantin unterbrochen habe und forderte ihn auf dafür Sorge zu tragen, dass der Graf keine Feindseligkeiten vornehme.***) Dieser Rath hätte vielleicht befolgt werden können, wenn Friedrich Herr des mansfeldischen Reichthums gewesen und wenn ihm die Mittel zu dessen Unterhaltung zur Verfügung gestanden wären: aber in dem gegebenen Augenblicke, da die mansfeldischen, badener und halberstädtischen Schaaren nur erhalten konnten, wenn sie ihre Standquartiere wechselten, bewies dieser Rath eine vollständige Verkennung der Lage.

Wiener StA. Max. an Ferd. II dd. 13. Mai 1622.

Münchener StA. Jakob an Friedrich dd. $\frac{22. \text{ April}}{2. \text{ Mai}}$ 1622.

Tilly hatte die Verstärkungen, die allmählich zu ihm gestossen waren, dazu verwendet, um alle übrigen festen Plätze in der unteren Pfalz nach Möglichkeit in seine Gewalt zu bekommen. Als sich eine ligistische Truppenabtheilung mit der Belagerung des Schlosses von Dilsberg beschäftigte, kam die Nachricht, dass die Gegner jetzt in die Offensive übergehen würden. Die Ligisten brachen in Folge dessen die Belagerung ab. Thatsächlich war Mansfeld bei Germersheim über den Rhein gegangen und hatte mit seinen Truppen in dem Bisthum Speier in altgewohnter Weise zu hausen begonnen. Als er bei Wisloch auf Tilly stiess und diesen daselbst in einer guten Position traf, getraute er sich nicht ihn anzugreifen, sondern zog sich auf eine kurze Strecke zurück, so dass nur das Dorf Mingolsheim die feindlichen Armeen trennte. Mansfeld wollte nun am folgenden Tag nach Schwezingen weiter ziehen und so dem Gegner ausweichen, allein da dieser seine Absicht merkte und sich auf seine Arriergarde warf, so suchte er nur Zeit zu gewinnen und sein Heer in Schlachtordnung zu bringen und setzte deshalb Mingolsheim in Brand. Der Wind trieb den Rauch gegen die ligistischen Truppen, die dadurch sowie durch ein fürchterliches Regenwetter an der Fortsetzung des Angriffes gehindert wurden. Mansfeld hätte gern die Gelegenheit benützt und sich zurückgezogen, allein in diesem Falle hätte er die Geschütze in Stiche lassen müssen, da ihm der aufgeweichte Boden die Transportirung nicht gestattete. In dieser Verlegenheit ritt er zum Pfalzgrafen, der sich in seinem Gefolge befand, theilte ihm diesen Uebelstand mit und bemerkte, dass demselben nur durch abgeholfen werden könne, wenn er es auf eine Schlacht ankommen lassen wolle. Friedrich gab seine Zustimmung und Mansfeld ging nun entschlossen zum Angriff über. Tilly erlitt jetzt eine Niederlage, in der er, wenn wir höhere minder glaubwürdige Angaben nicht weiter berücksichtigen, zum mindesten zwei Tausend Mann und einige Geschütze einbüsste.*) Der Markgraf von Baden kam

*) Sächs. StA. Joachim Ernst von Brandenburg an Ludwig von Darnstadt dd. $\frac{22. \text{April}}{2. \text{Mai}}$ 1622. — Theatrum Europ. — Münchner StA. Friedrich an den Markgrafen von Jägerndorf dd. $\frac{29. \text{April}}{9. \text{Mai}}$ 1622.

am Siege herangezogen und vereinte sich mit Mansfeld.
 er vereint den ligistischen General zu verfolgen und ihn
 er Uebermacht zu erdrücken, lösten sie wieder ihre
 lung, wobei nicht bloss etwaige Schwierigkeiten in der
 gung, sondern wechselseitige Eifersucht den Ausschlag
 da jeder von ihnen das Obercommando in Anspruch nahm.
 org Friedrich von Baden lenkte jetzt seine Schritte nach
 n, wohin sich die geschlagene Armee zurückgezogen
 Tilly war einige Zeit lang sehr besorgt vor den Folgen
 tenen Schlappe und beschwor den General Cordova sich
 ell mit ihm zu vereinigen, da das „Heil des Reiches auf
 ele stehe.“ Cordova beeilte sich*) dem Rufe zu folgen
 amert darum, dass er sich weit vom Rhein entferne.
 5. Mai auch 700 Kroaten zu ihnen stiessen, so zählte 1622
 erliche Armee ungefähr 18000 Mann und war dadurch
 Markgrafen, der nach sicheren Nachrichten nur über
 lann verfügte, entschieden überlegen. Tilly, der an dem
 leten Tage die Umgebung von Wimpfen genau recognos-
 mächtigte sich einer Anhöhe, die sich später als ein
 ehneter Stützpunkt erwies. Der Markgraf hatte indessen
 uptquartier zwischen Wimpfen und Heilbronn aufge-
 und stellte sein Heer in einer Weise auf, die an
 itenkämpfe mahnte, aber seiner Beweglichkeit äusserst
 ch war. Er bildete nämlich eine Art von Wagenburg
 e Geschütze, seine Munitionswägen und einen Theil
 epäckes und postirte in dieselbe den grösseren Theil
 ussvolkes, auswärts stand nur der Rest desselben und
 allerie. Vor Kampflust brennend und begierig es dem
 Mansfeld gleichzuthun leitete er am 6. Mai zwischen 1622
 d vier Uhr Morgens die Schlacht durch ein heftiges
 zfeuer ein, das von den Ligisten kräftig erwidert wurde
 Angreifern grosse Verluste beibrachte. Der Markgraf
 ie Gegner aus ihren günstigen Stellungen herauslocken,
 eine Anstrengungen waren vergeblich und er brachte
 aufe des Vormittags zu keiner Entscheidung. Um die
 eit wurde wegen der grossen Hitze im Kampfe inne-

gehalten, und Tilly liess seine Truppen im Schatten eines Waldes rasten und sich stärken. Um zwei Uhr begannen die Badenser das Geschützfeuer von neuem und nun säumten Tilly und Cordova nicht länger zum Angriffe überzugehen; der erste sprengte an der Spitze von sechs Regimentern Fussvolk den rechten feindlichen Flügel und bedrohte die demselben zugeheilte Reiterei. Schon meinte er, dass auch sie sich zur Flucht wenden werde, als sie entschlossen vorrückte, den Ligisten grossen Schaden zufügte und ihre Reiterei zurückschlug. In diesem kritischen Augenblicke griffen die Truppen Cordovas in den Kampf ein und brachten den Ligisten Hilfe, so dass die Schlacht eine neue Wendung bekam. Nach fünf Stunden eines mörderischen Kampfes erlitt der Markgraf von Baden eine vollständige Niederlage; gegen 5000 Mann deckten die Wägen und 1000 Mann fielen in die Gefangenschaft des Feindes. Diese Verluste wären nicht so sehr in die Wagschale gefallen, wenn der Markgraf nicht auch seine Kriegsausrüstung verloren und mit der flüchtigen Mannschaft nicht mehr als das nackte Leben gerettet hätte; fast sämtliche Geschütze, die Wagenburg, die Bagage und alle Mundvorräthe fielen in die Hände der Sieger und dazu noch 100000 Thaler, die auf zwei Wagen mitgeschleppt worden waren. Unter den hochgestellten Personen, die bei dieser Gelegenheit den Tod fanden, heben wir den Herzog Magnus von Württemberg hervor, der ohne Rücksicht auf die von seinem Familienhaupte beobachtete Neutralität sich dem Markgrafen angeschlossen hatte. Er wurde in der Schlacht von einem ligistischen Fourier gefangen, aber zwei Reiter, eifrigstüchtig auf diese Beute, jagten ihn dem letzteren ab. Der Fourier setzte sich zur Wehr, folgte den Reitern und erschoss den Herzog von rückwärts. — Der Gesamtverlust der Spanier und Ligisten wurde auf 500 Mann veranschlagt. *)

*) Wiener StA. Extract aus einem Schreiben dd. $\frac{26. \text{April}}{6. \text{Mai}} 1622$. —
 Sächs. StA. Capitän Carl Bosse an Kursachsen dd. 7. Mai 1622. —
 Ebend. Nachricht über die Niederlage bei Wimpfen dd. 8. Mai 1622. —
 Ebend. Tilly an den Landgrafen von Darmstadt dd. 8. Mai 1622. —
 Heilmann, Kriegsgeschichte von Baiern, Franken etc. Bezüglich der
 400 Pforzheimer, welche den Rückzug des Markgrafen von Baden gedeckt

Einige Aehnlichkeit zwischen der Schlacht von Wimpfen hier auf dem weissen Berge macht sich unwillkürlich für Geschichtskundigen geltend. Der Kampf bei Wimpfen wohl nicht in so rapider Weise den schmachvollen Verlauf, der bei Prag, denn fünf Stunden wurde während des Nachmittags Mann an Mann gefochten und der Sieg war nicht das Resultat weniger Augenblicke; aber hier wie dort gebot der Sieger über ein grösseres und geschulteres Heer, über das er auf geschicktere Weise verfügte und als es entschieden war, wessen Seite sich der Sieg neige, zeigten die Geschlagenen die selbe Kopfflosigkeit wie bei Prag. Denn das, was einen tüchtigen Soldaten zu einer Armee macht, die ganze Kriegsausgang, liessen sie im Stich, um das nackte Leben zu retten. So konnte nach dieser Niederlage ebenso wenig von einer Rede des Markgrafen von Baden die Rede sein, wie nach der Schlacht bei Prag von einer böhmischen.

Der Markgraf von Baden war durch den erlittenen Schlaganfall wie betäubt und liess seinem Sohne entbieten, er soll um jeden Preis mit dem Kaiser gut zu stellen suchen, später aber er sich aber wieder auf und schloss sich mit dem Rest der Truppen dem Grafen von Mansfeld an. Der junge Markgraf folgte der Weisung und entschuldigte sich bei dem Kaiser Maximilian wegen des feindseligen Auftretens seines Vaters, erhielt aber zur Antwort, dass man seine Entschuldigung nicht annehmen kann, wenn er unzweifelhafte Beweise nicht vorbringe, dass er nicht in die Fusstapfen des Vaters getreten, also sein überflüssiges Kriegsvolk entlohnen und dem Kaiser überlassen wolle.*) Es ist uns nicht bekannt, ob der Markgraf dieser Mahnung folgte, wahrscheinlich that er es nicht, man beschloss später die Execution gegen ihn, inzwischen saugten die ligistischen und kaiserlichen Truppen sein Land

haben sollen und dabei zu Grunde gingen, schliessen wir uns dem Urtheil Heilmanns an, der die Erzählung als unbegründet verwirft, indem er sich dabei auf Pflügers Geschichte von Pforzheim beruft, der die Thaten der Pforzheimer auf ein bescheidenes Mass reducirt.

Sächs. StA. Maximilian von Baiern an den jungen Markgrafen von Baden dd. 25. Mai 1622. — Ebenda. Bericht über den Zustand Badens.

durch Einquartierungen aus. *) — Einen tieferen Eindruck auf ihn machte die Niederlage von Wimpfen auf die Reichsarmee. Die bisherige Kriegsnoth, durch welche der Handel und der briefliche Verkehr fast unmöglich gemacht, die Bestellung der Aecker verhindert und die Städte in ihren Erwerbsverhältnissen tausendfach geschädigt worden waren, musste noch höher steigen, wenn sich der Kampf länger hinzog. In ihrer Angst wendeten sich deshalb Strassburg, Nürnberg und Ulm an den Kurfürsten von Sachsen und baten ihn den Frieden zu vermitteln, ein Vorhaben, die dieser mit der Bemerkung ablehnte, dass zuerst der Pfälzer die Waffen niederlegen müsse. Der Kampf tobte also ungehindert weiter. **)

Mansfeld hatte mittlerweile seinen Sieg bei Mingolsheim dadurch auszubeuten gesucht, dass er den Bischof von Bamberg und Würzburg, wie im vorigen Jahren unter Drohungen die Abberufung seines Contingents von Tilly's Armee aufforderte und gleichzeitig die Uebersendung einer Contribution von 200000 Dukaten verlangte. Auf dem weitem Marsch rückte er seinen Angriff auf Ladenburg, das von dem Oberstlieutenant Eynatten tapfer vertheidigt wurde und das er erst durch ein heftiges Bombardement aus schweren Geschützen, die er von Mannheim herbeischaffen liess, bezwingen konnte. ***) Als er von der Niederlage bei Wimpfen hörte und den Angriff des kaiserlichen Heeres gewärtigen musste, zog er sich nach dem linken Rheinufer zurück und brachte sich so vorläufig in Sicherheit. Der kaiserliche General dachte jedoch nicht an seine Verfolgung, sondern trat sich von Cordova, dem er die weitere Beobachtung Mansfeld's überliess, während er sich selbst dem heranrückenden Heere entgegenstellen wollte.

Während sich die kriegerischen Operationen zum Theil auf dem rechten Rheinufer abspielten, hielt Erzherzog Leopold die Zeit für günstig, um sich der Plätze im Elsass, so weit sie mit mansfeldischen Garnisonen besetzt waren, zu bemächtigen.

*) Wiener StA. Hohenzollern an den Kaiser dd. 21. Oct. 1622.

**) Sächs. StA. Strassburg, Nürnberg und Ulm an Kursachsen dd. 2./12. 1622. — Ebenda. Kursachsen an die genaunten Reichsstädte dd. 16. Mai 1622.

***) Heilmann a. a. O. I, 135.

er vor Hagenau rückte um diese Stadt zu belagern, wechselte
 Mansfeld eben das Rheinufer und so musste er zuerst mit
 dem Gegner einen Kampf bestehen. Leopold suchte dem Gegner die ^{25. Mai}
 Truppen, die nach Hagenau führten, zu verlegen, allein seine Reiter ¹⁶²²
 wurden zurückgeschlagen, und nun blieb ihm, da er sich dem
 Gegner gegenüber zu schwach fühlte, nur der Rückzug übrig,
 er zog nicht ohne bedeutende Einbusse an Mannschaft, Bagage-
 ren, Munition und Waffen aus. Mansfeld setzte jetzt
 seinen Zug über den Rhein, um in Eilmärschen nach Darmstadt vor-
 zuziehen, das Gebiet des Landgrafen Ludwig auszubeuten und
 wo möglich mit dem Halberstädter zu vereinigen. Da
 er aber seiner Aufgabe, Mansfeld zu beobachten, nur schlecht
 nachkam, hauptsächlich wohl wegen ungenügender Streitkräfte,
 da auch der Freiherr von Anholt sich nach Aschaffenburg
 zurückgezogen hatte, um Tilly dort zu erwarten, so stand
 die Verbindung Mansfelds mit Christian von Halber-
 stadts kein nennenswerthes Hinderniss entgegen.*) In Begleitung
 des Pfalzgrafen, der ihn seit Germersheim keinen Augenblick
 aus dem Auge lassen hatte, rückte Mansfeld gegen Darmstadt vor und
 erreichte dasselbe am 2. Juni. Landgraf Ludwig, der sich ¹⁶²²
 nicht der Erwartung hingab, dass der Zug nicht ihm
 sondern dass sein Land nur als Heerstrasse benützt und
 endlich geplündert werden würde, musste sich bald über-
 zeugen, dass man ärgeres gegen ihn im Sinne habe. Denn
 obgleich er auf die Versicherungen des pfälzischen Commissärs
 vertraute, dass sein Herr „der König von Böhmen“ nur als Freund
 vorkommen werde, die Thore von Darmstadt öffnen liess, zogen
 die feindlichen Truppen ein, besetzten alle Wachen in der Stadt
 und im Schlosse, entfernten die Leibwache des Landgrafen, die
 scheinlich die Waffen ablegen oder die Stadt verlassen
 sollten und traten überhaupt als Eroberer und nicht als Freunde
 auf. Der Pfalzgraf nahm mit den vornehmsten Offizieren, darunter
 den Herzogen Johann Ernst und Friedrich von Weimar seinen
 Aufenthalt im Schlosse, während Mansfeld sich im Rathhause
 quartierte und nun liessen es sich die Befehlshaber und ihre

Sächsisches StA. Moritz von Hessen an Christian von Halberstadt dd.
 1./11. Juni 1622.

Untergebenen wohl ergehen. Schüch bei den Mahlzeiten, die er seinen u musste, anzudeuten, dass der Pfalzgraf vater angebahnten Verhandlungen nie sich dem Kaiser unterwerfen solle und das alles in den Wind gesprochen, d von einer Abbitte wissen, nicht gegen Ferdinand als König von Böhmen hab er verlangte auch, dass ihm der könig und zeigte überhaupt, dass ihm nicht giebigkeit. Der Missmuth des Landgra von ihm neben der Verpflegung der Tru tributionen auch die Ueberlassung ein und 60000 Thaler unter dem Titel e Die Entlassung seiner Offiziere wies er s mit der Auflösung seiner geworbenen dagegen erbot er sich dem Pfalzgraf strecken und als der letztere mit di war, wollte er sie um weitere 10000 Frankfurt ausleihen müsste, erhöhen. 100000 Gulden ausborge, könne er sich Summe ausleihen, kurz es war sichtlich wollte, wie denn auch seine Beszung ausgeplündert wurden.

Die Unterhandlungen ruhten jetzt
 5. Juni 1622 Sonntag Abend fand sich aber Pöblis als er sich eben zu Bette legen wollte, dass er allen seinen Einfluss zur Re einsetzen, ihm einen Ersatz für den erwirken, die Festung Rüsselsheim üf für ihn offen halten und sich aus Dar des „Königs“ nicht entfernen solle. S Erwirkung dieser Forderungen sollte durch sein Versprechen, sondern durch Kinder als Geißel verbürgen. Als sie hatte, berief der Landgraf seinen ältest und Vicekanzler zu sich, theilte ihnen mit und erklärte, dass er um keine

hien lieber die Flucht ergreifen wolle. Obgleich die beiden besenden Beamten ihm die Flucht widerrieten, weil sie noch ämmere Folgen befürchteten, hielt der Landgraf doch an dem Entschlusse fest, nahm seinen zweiten Sohn, der herbeiholt wurde, bei der Hand und entfernte sich mitten in der Nacht auf einem geheimen Wege aus seinem Schloss auf die Landstrasse.*)

Noch war seine Flucht nicht bekannt geworden, als sich am folgenden Morgen sein Bruder, der Landgraf Friedrich, zu Herzogen von Weimar begab und sie wegen der alten

6. Juni
1622

Verbrüderung, die zwischen dem hessischen und weimarer Hause bestand, um ihre Intervention bei dem Pfalzgrafen zu erwirken, damit er von seinen Forderungen abstehe, bei welcher Gelegenheit er ihnen auch die Flucht seines Bruders mittheilte.

Friedrich von derselben in Kenntniss gesetzt wurde, war sehr ärgerlich, verbarg seinen Aerger aber hinter der ärmlichen Versicherung, dass er durchaus nicht Gewalt gegen Ludwig gebrauchen, sondern nur mit ihm verhandeln wollte und dass ihm ja die Ablehnung eines oder des andern Punktes zugestanden sei. Mitten unter diesen Gesprächen traf die Nachricht ein, dass der Landgraf auf der Flucht in die Hände des Markgrafen von Baden gefallen sei, und in der That wurde er am folgenden Tage nach Darmstadt gebracht und dem Pfalzgrafen übergeben, der ihn fortan als seinen Gefangenen betrachtete. Bei der Bewachung des Landgrafen während der folgenden Monate ersehe mancherlei Schwierigkeiten unterlag, so verlangte der Pfalzgraf von ihm das Versprechen, dass er nicht entfliehen werde. Zu diesem Versprechen verstand sich Ludwig, alle übrigen Forderungen, die sogar unter Drohungen gegen ihn erhoben wurden, wie z. B. die wegen Uebergabe der Festung Weilsheim schlug er aber beharrlich ab. Unterdessen suchte auch der zweite Bruder, Landgraf Philipp, seine Befreiung dadurch zu erlangen, dass er sich zu dem Landgrafen Moritz von Kassel begab und ihn im Namen der Hausverträge, welche jeden Fürsten zu unmittelbarer Hilfeleistung verpflichteten, um seine

*) Sächs. StA. Bericht über die Verhandlungen des Kurfürsten Friedrich mit dem Landgrafen.

Vermittlung bei dem Pfalzgrafen ersuchte. Moritz, dessen Seligkeit gegen Ludwig seit Jahresfrist täglich grösser geworden war, beantwortete diese Bitte nur mit Ausflüchten; man musste zuvor untersuchen, ob Ludwig sein Schicksal nicht selbst verschuldet habe, dabei deutete er seine Geneigtheit an, Darmstadt mittlerweile zu verwalten, und liess dadurch die begehrtlichen Absichten auf diesen Besitz nur zu sehr offenbaren. Da Philipp sah, dass er die gewünschte Hilfe nicht erhalten werde, brach er die Verhandlungen ab und so musste er die Waffen über das Schicksal seines Bruders entscheiden.

Schon die nächsten Massregeln Mansfelds gaben die Vermuthung Raum, dass die Entscheidung zu Gunsten der kaiserlichen Waffen ausfallen werde, denn nachdem er bei Freiburg vorgerückt war, um sich mit dem Halberstädtischen in Vacha**) befand, zu verbinden und dem in der Gegend befindlichen Tilly entgegenzutreten, zog er sich plötzlich nach Mannheim zurück. Tilly suchte diesen Rückzug zu verhindern und griff in der That die Arrieregarde des Gegners an, ergriff sich aber damit, ihm eine Schlappe zugefügt zu haben, liess ihn ungehindert weiter marschiren. Dieser Rückzug ist eines der total verfehlten Manöver, an denen der Krieg so reich ist, denn Mansfeld hätte die Vereinigung mit dem Halberstädtischen um jeden Preis suchen müssen, wenn dann ein Sieg möglich war.

1622 Christian von Halberstadt hatte Mitte Mai seinen Aufbruch aus dem Stift Paderborn angetreten und seine Schritte nach dem Eichsfelde gelenkt. Die Richtung dieses Marsches ist anzunehmen, dass er es nicht sowohl auf die Vereinigung mit dem kaiserlichen am Rhein als vielmehr auf das Bisthum Würzburg und Bamberg abgesehen hatte, vielleicht hatte er die Absicht den kaiserlichen Markgrafen von Baden, der nach Böhmen gerückt war, zu unterstützen. Wie dem nun sein mag, Christian übte

*) Ebenda. Summarischer Bericht, wie es mit der Einnahme von Darmstadt zugegangen dd. 1./11. Juni 1622. — Ebenda. Unter dem Landgrafen Philipp mit Landgraf Moritz dd. 2./12. Juni 1622. — Protokoll bezüglich der Gefangennehmung des Landgrafen.

**) Ein Städtchen an der Werra im Grossherzogthum Weimar ge-

d, dass ihm die Truppen des Kurfürsten von Sachsen, einzelne Pässe besetzt hielten, solche Schwierigkeiten en, dass er ihrer nicht Herr werden konnte; er schwenkte vom Eichsfelde gegen Westen ab und berührte auf dem das Gebiet des Landgrafen von Hessen-Kassel, der trotz Rüstungen und trotzdem er über 10000 Mann — aller-rösstentheils Bauern — verfügte, nicht den Muth fand, n anzuschliessen, sondern sich mit der Förderung des ugs begnügte. Hätte der Halberstädter mit der Er- der Contributionen in den von ihm berührten Orten u viel Zeit vertrödelt, so würde er in den ersten Juni- ach Darmstadt gelangt sein und sich mit Mansfeld ver- haben, aber weder er noch Mansfeld hatten für den chen Kriegszweck die wünschenswerthe Aufmerksamkeit. die Zahl der Truppen, welche jetzt unter Christians ndo standen, gehen die Nachrichten auseinander, nach der etrug sie nur ungefähr 15000, nach sächsischen Berichten ur 10000 Mann, er selbst gab sie auf 25000 Mann an, ens verlangte er von dem Bürgermeister von Treffurt t für eine so grosse Truppenmenge.*)

ch dem Rückzug Mansfelds konnte Tilly seine Auf- mkeit ungetheilt auf Christian richten und in der That en von Seite der Ligisten und der Spanier die umfas- n Vorbereitungen, um ihre Streitkräfte zu verbinden und t ihnen auf den Halberstädter zu stürzen. Anholt stand t 8. Juni bei Ostheim, Tilly zog am 13. ins Amt Dieburg, 1622 a lagerte um diese Zeit in Zwingenburg und endlich am 14. Juni auch die seit so langem herbeigesehnten chen Hilfstruppen unter dem Commando des Generals oli in der Stärke von 5500 Mann zu Fuss und 800 in Miltenberg an. Alle diese Truppen vereinten sich chwierigkeit am rechten Mainufer bei Dettingen,**) ihre ntstärke wird auf 26000 Mann angegeben, welche geringe ur dadurch erklärlich ist, wenn wir annehmen, dass nde Garnisonen in den einzelnen Städten der unteren

pel I, 348. — Heilmann I, 137.

ilmann I, 138.

Pfalz gelagert waren. Christian lenkte allmählig seinen Marsch aus dem Gebiet der Landgrafen von Hessen gegen den Main und traf am 17. Juni in Höchst ein, nachdem Tags vorher einer seiner Obersten (Kniphausen) die Einwohner dieser Stadt zur Ergebung gezwungen hatte. Er gedachte nun über den Main zu setzen und beeilte sich mit der Anlegung einer Schiffbrücke, zu der die Frankfurter nach einigem Bedenken einen Theil des nothwendigen Materials lieferten. Mit dem Brückenschlag wurde er am 20. Juni fertig und nun liess er seine Bagage über den Main führen, er selbst aber zog mit seinen Truppen nicht über die Brücke, sondern stellte sich in Schlachtordnung auf, da er hörte, dass Tilly seinen Marsch am rechten Mainufer fortgesetzt habe und sich in unmittelbarer Nähe von Höchst befinde.

In der Schlacht, die sich bald darauf entspann, standen die Truppen Tilly's und Cordova's zwischen Eschborn und Rödelheim, während die Armee des Halberstädters von dem Dorfe Sachsenheim bis an den Main hin sich ausdehnte und auf diesem Gebiete sich verschanzte. Gleich bei Beginn des Kampfes, der den Namen der Schlacht bei Höchst führt, zeigte sich die Ueberlegenheit der ligistischen Ausrüstung. Tilly verfügte über neunzehn Geschütze, während der Gegner nur drei besass, von denen zwei im Beginn der Schlacht unbrauchbar wurden. So kam es, dass der erstere allmählig immer mehr Boden gewann und sich endlich an die Erstürmung der Schanze wagen konnte, mit der Christian vorzugsweise seine Stellung gedeckt hatte. Der Kampf hatte um die Mittagszeit begonnen und währte bis gegen 7 Uhr Abends. Die Erstürmung der Schanze gab das Signal zur allgemeinen Flucht, die ein Theil über die Schiffbrücke, ein anderer Theil, darunter auch Christian mit fünf Reiterkornets durch den Main selbst ergriff. Die halbe Truppenzahl ging theils im Kampfe, theils auf der Flucht zu Grunde, so dass sich später nur etwa 8000 Mann mit der Armee Mansfelds vereinten. Der Verlust würde noch grösser gewesen sein, wenn Tilly die Verfolgung rechtzeitig angeordnet und nicht zwei Stunden damit gezögert hätte. Was aber noch schwerer wiegt als der Verlust an Mannschaft, war der Verlust an Kriegsmaterial.

die pfälzische Partei auch hier erlitt.*) Als Christian am Juni nur mit 60 Reitern in Mannheim eintraf, kam es zu 1622
 stürmischen Scene zwischen ihm und dem Pfalzgrafen, bei
 er sich über Mangel an Unterstützung beklagte.***) Mansfeld
 konnte nicht daran denken, sich länger bei Mannheim zu
 n, trotzdem ihm der Rhein einige Deckung bot, denn unter
 en Truppen und den allmählig sich sammelnden Flüchtlingen
 sich eine solche Demoralisation kund, dass die Offiziere
 n allgemeinen Aufstand befürchteten; es wurde demnach der
 ere Rückzug nach dem Elsass beschlossen und zugleich
 immt, dass Mansfeld das oberste* Commando führen und
 stian von Halberstadt unter ihm die Reiterei befehligen solle.
 Markgraf von Baden betheiligte sich nicht mehr an dem
 uren Zuge, die Niederlage bei Höchst liess ihn an der Sache
 Pfalzgrafen verzweifeln, und so gab er vorläufig jede weitere
 igkeit auf.

Die nächsten günstigen Folgen hatte die Schlacht von Höchst
 das Schicksal des Landgrafen Ludwig von Hessen-Darmstadt.
 b hatte, als er von diesem Gewaltstreich erfuhr, denselben
 lich missbilligt und die augenblickliche Entlassung des Land-
 n anbefohlen. Diesen Befehl hätte Friedrich ebenso wenig
 tet, wie die sonstigen Weisungen des Königs, da aber das
 ose eines weitem Herumschleppens des Landgrafen sich zu
 geltend machte und auch der Landgraf Moritz von Kassel
 einer Fürsprache für seinen Vetter nachgehinkt kam, so
 hloss er sich in Erwägung aller dieser Umstände in Landau
 n Gefangenen freizugeben.***) Der Kanzler Plessen und
 Sekretär Moritz verlangten zuvor in seinem Namen von
 Landgrafen, dass er sich verpflichten solle, sich für die
 itution des Pfalzgrafen bei dem Kaiser zu verwenden und
 erfahrene Behandlung nicht zu rächen. Ludwig wollte sich
 t zur Unterzeichnung des vorgelegten Actenstückes, in dem

Sächs. StA. Bericht aus Frankfurt über die Schlacht bei Höchst. Heil-
 mann I, 139.

Sächs. StA. Extract aus einem Schreiben dd. 13./23. Juni 1622. — Ebenda,
 Protokoll was sich bei der Gefangennehmung des Landgrafen zugetragen.
 Münchner StA. Jakob an Friedrich dd. 17./27. Juni 1622. — Sächs. StA.
 Moritz von Kassel an Friedrich dd. 13./23. Juni 1622.

edely. Der pfälzische Krieg.

war und sich in seiner bekannten drastischen die Tagesereignisse aussprach. Die Mitglieder der Union und die anderen deutschen Fürsten, die Kampfe nicht betheiligten, nannte er „Hundsfüß Kerle, der Teufel solle ihn holen, wenn er sich anlisten nicht rächen würde.“ Er bedrohte seinen Bruder über die Verwüstung, die er im Stift Paderborn abemerkte, dass wohl bald einige Söhne von ihm dort würden. Man kann sich denken, wie sich der Landgraf Reden, die zumeist auf ihn gemünzt waren, gedehnt er liess sich jedoch in keinen Disput ein und verzehrte sein Mahl.*) Am folgenden Tage unterzeichnete einbarte Actenstück und wurde nun freigelassen. darin festgesetzten Bedingungen ihn fortan zu einer Haltung gegen den Pfalzgrafen verpflichteten, so es als eine Schmach, dass er zu ihrer Unterzeichnung worden war. Er frug deshalb bei dem Kurfürsten vor ob er seine Verpflichtung als rechtskräftig betrachte in der Ueberzeugung, dass dies nicht der Fall sei sich sogar nach Brüssel begeben und dort um ein um Geld für die Anwerbung von Truppen ersuchen

*) Sächs. StA. Bericht über die Aeusserungen Christians v. Diesen Bericht verfasste Ludwig unter dem frischen Gehörten.

***) Sächs. StA. Erklärung des Landgrafen Ludwig dd. 16./2

den Pfalzgrafen und seine Freunde (wahrscheinlich den kasseler
 tter mitinbegriffen) bekämpfen wollte.

Für den Pfalzgrafen begann seit dem Rückzuge von Mann-
 im wieder eine an Trübsal und Demütigungen reiche Zeit, da
 bei den Truppen und ihren Anführern gar keine Beachtung
 nd und darüber nicht im Zweifel sein konnte, dass sie jetzt
 r ihre eigenen Interessen wahren würden. Es wurde ihm
 aber nicht schwer, den Mahnungen seines Schwiegervaters zu
 lgen und sich von ihnen zu trennen, um von den brüsseler
 erhandlungen, über die wir später berichten werden, seine
 etzung zu erwarten. Durch ein Patent entliess er den Grafen
 en Mansfeld und den Bischof von Halberstadt aus seinen
 iensten und offenbar im Einverständnisse mit ihm geschah
 , dass beide Feldherren am folgenden Tage den Freiherrn
 n Tilly von ihrer Entlassung benachrichtigten und um Auf-
 lme in die kaiserlichen Dienste ersuchten. Es war dies
 zt eben so wenig ihre Absicht wie früher, aber sie wollten
 rch dieses Anerbieten den Pfalzgrafen zu der Behauptung
 rechtigen, dass er sich einzig und allein auf die Hilfe des
 ersten Vere und auf die von ihm behaupteten Plätze in der
 tern Pfalz beschränke und an keinen weitem Angriff denke.*)
 r Pfalzgraf wollte dies in der Weise ausnützen, dass er an
 a Freiherrn von Tilly die Anfrage richtete, ob er ihm den
 fenthalt in der unteren Pfalz gestatten und diese mit weiteren
 griffen verschonen werde. Da jedoch Tilly auf diese Frage
 ht antwortete, so musste er mit Mansfeld weiter ziehen und
 t als derselbe in Frankreich einfiel, verliess er ihn und begab
 h zu dem Herzog von Bouillon nach Sedan, von wo er sich
 ater wieder nach dem Haag verfügte.

13.
 Juli
 1622

Mansfeld, der wahrscheinlich auch keine Antwort von Tilly
 kam, setzte seinen Zug durch den Niederelsass nach Lothringen
 t und suchte bei dieser Gelegenheit einzelne elsässische Städte
 neuen Contributionen zu zwingen. Als sie diese nicht leisten
 nnten und ihn mit Versprechungen abspesen wollten, nahm

*) Münchner Hofbibliothek. Collect. Camer. Friedrich entlässt den Grafen
 Mansfeld und Christian von Halberstadt aus seinen Diensten dd. 3./13.
 Juli 1622. — Ebenda. Mansfeld an Tilly dd. 4./14. Juli 1622.

er einige Bürger gefangen und schleppte sie als Geisseln bis zur Einlösung dieser Versprechungen mit sich fort. Auf dem Gebiete, in das er nun seinen Einzug hielt, wollte er sich dagegen anders benehmen. Er versicherte den Herzog von Lothringen, dass er gute Mannszucht halten werde und forderte ihn sogar auf, alle Werthgegenstände an sicheren Orten zu unterbringen, da er für seine Soldaten nicht gut stehen könne; als Entgelt dafür verlangte er die Verpflegung seiner Truppen, so lange sie in Lothringen weilen würden. Er gab die Zahl derselben auf 15000 Mann Fussvolk und 10000 Reiter an, wir werden aber kaum irre gehen, wenn wir die Gesamtstärke auf nicht mehr als 20000 Mann veranschlagen. *) Als er nun weiter in Lothringen vordrang, erschöpften sich seine Gegner in Vermuthungen, wohin er seine Schritte lenken werde. In den wiener Regierungskreisen glaubte man bald, dass Mansfeld ein Einverständniss mit den Hugenottenführern unterhalte, die sich eben im Kampfe mit ihrem König befanden,**) bald dass er dem Könige von Frankreich seine Dienste zur Unterdrückung der Hugenotten anbieten wolle; in Brüssel dagegen fürchtete man sich vor seinem Einmarsch in das Gebiet von Luxemburg und vor den damit verbundenen Verwüstungen, im Lager Tilly's vermuthete man endlich, dass Mansfeld von Lothringen aus in das Kurstift Trier einfallen werde. Vorläufig traf man nur auf ligistischer Seite die nöthigen Vorkehrungen, um seinem Angriff zu begegnen: der Freiherr von Anholt bekam den Befehl, mit 8000 Mann nach dem Elsass zu marschiren und dort dem Erzherzog Leopold die Hand zu bieten. Wenig hätte gefehlt, so wäre Anholt über die französische Grenze gerückt, denn der König von Frankreich, dessen Armee damals wegen der Bekämpfung der Hugenotten bei Montpellier stand, hatte an der lothringischen Grenze keine Truppen und da er mit Mansfeld um diese Zeit nicht in Verhandlung stand und sonach von demselben Feindseligkeiten befürchtete, so ersuchte er den Herzog von Baiern um eine Hilfe von 8000 Mann und bald darauf noch um weitere 1000 Reiter. Maximilian sandte Tilly den Befehl zu, die verlangten

*) Villermont. Ernest de Mansfeld.

***) Simancas. Oñate's Brief dd. 10. Aug. 1622.

1000 Mann dem Anholt nachzuschicken und diesem letztern befahl er, so lange an der Grenze von Lothringen stehen zu bleiben, bis der König in gewisse (uns unbekannt) Bedingungen eingewilligt haben würde, sonst aber Acht zu haben, ob Mansfeld nicht in das Gebiet von Trier oder Luxemburg einbrechen wolle und ihm dahin zu folgen.*)

Es scheint nicht, dass Ludwig XIII in die Bedingungen einwilligte, unter denen Maximilian bereit war, Anholt über die Grenze von Lothringen vorrücken zu lassen, wenigstens blieb der General auf deutschem Boden stehen und überliess die Bekämpfung Mansfelds französischen Waffen. In Frankreich neigte man sich zunächst auch der Vermuthung zu, die man in Wien gefasst hatte, dass Mansfeld nämlich ein Einverständniss mit den Hugenotten unterhalte und die Katholiken waren um dieses Grundes willen nicht wenig bestürzt. Einzelne tonangebende Personen wollten, dass man die Grenze auf zwölf Meilen in der Breite verwüste, um dem Feinde das Vorrücken unmöglich zu machen, andere wieder rieten, dass man sich mit Spanien und der Liga verbinden und deren Truppen heranziehen solle. Vorläufig rüstete man mit fieberhafter Hast, einige hohe Herren bewiesen eine grosse Opferwilligkeit, allein wie sehr man sich auch beeilen mochte, man konnte eine Armee nicht aus der Erde stampfen, und so hatte Mansfeld vorläufig Zeit und Musse über die weiteren Schritte nachzudenken. Gewiss scheint zu sein, dass er keinen fest bestimmten Plan hatte, als er in Lothringen einrückte. Der Herzog von Bouillon, bei dem der Pfalzgraf eben weilte, liess ihn von Sedan aus im Namen des Herzogs von Rohan ersuchen, sein Schwert der hugenottischen Sache zu weihen und versprach ihm dafür die nöthigen Mittel zur Unterhaltung seiner Truppen. Bevor er noch einen Entschluss fassen konnte, kam aber ein Bote des Herzogs von Nevers zu ihm und forderte ihn im Namen des Königs von Frankreich auf, mit einem Theile der Truppen in seine Dienste zu treten und versprach zugleich dem zu entlassenden Theil die Zahlung des rückständigen Soldes. Dies waren Anerbietungen, die Mansfeld

*) Münchner StA. Max. an Anholt dd. 11. Aug. 1622. — Kriegsgeschichte von Baiern etc. von Heilmann.

trotz allfälliger Sympathien für die Hugenotten nicht von sich wies und so lehnte er alle Versuche des Herzogs von Bouillon, ihn zu gewinnen oder zu compromittiren, beharrlich ab. Allein wie sehr er sich auch die Beschleunigung der Verhandlungen mit Nevers angelegen sein liess, er kam mit ihnen nicht zum Ziele, weil dieser es nur auf Täuschung abgesehen hatte und mittlerweile die frisch geworbenen Truppen zusammenziehen wollte, um sich dann des Eindringlings mit Gewalt zu entledigen. Mansfeld sah die Gefahr ein, in der er schwebte; vor ihm standen die französischen Truppen, die mit jedem Tage zunahmen, hinter ihm der Herzog von Lothringen, der gleichfalls rüstete und schon über einige Tausend Mann verfügte, an der Grenze von Luxemburg erwartete ihn Cordova, der sich von Tilly getrennt hatte und dahin gezogen war. Zu allem dem geriet er in einen Streit mit Christian von Halberstadt, der nichts von den Verhandlungen mit Ludwig XIII wissen wollte, und dieser Streit griff auch unter den Truppen um sich, so dass ein Theil derselben sich von ihm trennen wollte, zu Cordova zog und mit ihm wegen ihres Uebertrittes in spanische Dienste unterhandelte. Nur durch die Hinterlist einiger Anhänger Mansfelds kamen diese Verhandlungen nicht zum Abschluss und veranlassten sogar einen blutigen Zusammenstoss der Meuterer mit Cordova. Als nun Nevers die Anerbietungen zurücknahm, statt 8000 Mann nur 4000 in französische Dienste nehmen wollte und für die zu entlassenden statt 300000 Thaler nur 60000 anbot und Mansfeld mit diesen Anerbietungen sich nicht zufrieden erklärte, brach der Herzog die Verhandlungen ab und forderte ihn zur Räumung des französischen Gebietes auf. Man war jetzt in Frankreich über Mansfeld so erbittert, dass Ludwig XIII sogar seinen Gesandten in Brüssel beauftragte, die Infantin zu einem gemeinschaftlichen Vorgehen gegen ihn aufzufordern.

Zu diesem Zusammenwirken kam es indessen nicht und zwar wegen des Misstrauens und der Eifersucht, die damals die Beziehungen zwischen Spanien und Frankreich verbitterten, seit sich das erstere im Veltlin festgesetzt hatte. Denn mitten unter den Vorschlägen, die der französische Gesandte in Brüssel, Pericard, bezüglich des gemeinschaftlichen Vorgehens machte, beschuldigte er die Infantin, dass der Einmarsch Mansfelds in

Frankreich nur im Einverständniss mit ihr vor sich gegangen sei und es bedurfte der eifrigsten Versicherungen, um ihn vom Gegentheil zu überzeugen. Als aber der Graf wegen der steigenden Gefahr sich endlich entschloss, seinen Marsch durch die spanischen Niederlande nach Holland zu richten und so der Aufforderung des Prinzen von Oranien, ihm gegen Spinola zu helfen, nachzukommen, kümmerte sich der König von Frankreich nicht weiter um den Schutz des bedrohten Nachbargebietes, denn von dem Augenblicke an, wo Mansfeld seine Waffen gegen die Freunde des Kaisers richtete, betrachtete ihn der König als seinen Bundesgenossen.

Bevor Mansfeld in das Gebiet der Infantin einrückte, verbrannte er alles Gepäck, das seinen Marsch verzögerte und machte einen grossen Theil seines Fussvolkes mit den dadurch frei gewordenen Pferden beritten,*) so dass er über 8000 Reiter, aber nur über eine entsprechend geringe Anzahl Fussvolks verfügte. Unter Verwüstungen und Plünderungen aller Art zog er in Begleitung Christians von Halberstadt über die Maas bei Lezières nach Aubenton und von dort gegen Fleurus, wo er auf Cordova stiess, der eilig herbeigezogen war, um den weiteren Verwüstungen ein Ende zu machen. Zwischen beiden Theilen entspann sich eine Schlacht, in der sich Christian von Halberstadt als der kühnste und tapferste Reitergeneral bewährte, so dass hauptsächlich durch sein Verdienst die feindlichen Infanterie-Regimenter durchbrochen wurden und dann nur mit grosser Mühe zusammengehalten werden konnten. Die Spanier schrieben sich zwar schliesslich den Sieg zu und feierten ihn in Brüssel mit einem Tedeum; diese Feier war jedoch keineswegs berechtigt, der Erfolg stand nicht auf ihrer Seite, da Mansfeld in der Fortsetzung seines Marsches nicht gehindert wurde. Wie gross die Verluste auf beiden Seiten gewesen sind, können wir der widersprechenden Nachrichten wegen nicht mit Sicherheit angeben. Unter den Gefallenen auf protestantischer Seite verdient der Herzog Friedrich von Weimar hervorgehoben zu werden; mit ihm verschwanden die Herzoge dieses Hauses vorzeitig vom Kriegsschauplatze, da sein Bruder Johann Ernst

29.
August
1622

*) Villermont Ernest de Mansfeld.

schichtschreibung nicht genug beklagt werden kann an dem Feldzug Spinola's und Cordova's in der im J. 1620 und 1621 theilgenommen und denselb gehender und trefflicher Weise geschildert und d klaren Blick in der Auffassung der politischen bekundet, dass man die Unterbrechung seiner genug bedauern kann.*)

Nach der Schlacht bei Fleurus rückte Mansfeld gegen Bergen op Zoom und bewerkstelligte dort seine mit den Holländern. Sein Heer war durch die S Marsches und durch die steten Angriffe der Feinde bi Wochen auf ein Viertel seiner frühern Zahl zusammen er verfügte nur noch über 6000 Mann, denen es allem, hauptsächlich aber an der nöthigen Bekleidu so dass sie abgerissenen Bettlern ähnlich sahen reichte ihr Erscheinen vor Bergen op Zoom hin, Aufhebung der Belagerung dieser Stadt zu veranl

Der Waffenstillstand, der zwischen Spanien u ländern im Jahre 1609 auf 12 Jahre abgeschlossen war, wie wir dies bereits berichtet haben, im Jahr mehr erneuert worden und so wurde der unter de der Hilfeleistung für die Pfalz im Jahre 1620 beg jetzt offen zwischen Spanien und Holland weiter gef unmittelbaren Anlass zur Kündigung des Waff nahm der junge König von Spanien aus einem sich ein holländischer Kapitän gegen spanische Schi

des genannten Jahres erlaubt hatte.*) Spinola, der den zischen Kriegschauplatz mit dem an der unteren Rheingegend ausacht hatte, verfügte sich mit seinen Truppen in die Nähe Stadt Wesel, um die Belagerung von Jülich, die von dem zischen General Heinrich vom Berg betrieben wurde, gegen Prinzen Moritz zu schützen. Ein Versuch des Prinzen den zues zurückzudrängen misslang und endete mit dem Rück der Holländer in die Winterquartiere. Spinola benützte die ebene Musse, um sich mit Berg zu vereinen und sich an dem riffe auf Jülich zu betheiligen, das am 22. October zur 1621 tulation gezwungen wurde.

Im Frühjahr des folgenden Jahres benützte der Prinz Moritz Entblössung Brabants von spanischen Garnisonen und gab ihm seinem Bruder, dem Prinzen Friedrich Heinrich, den al an der Spitze von 3000 Reitern und 1000 Mann zu in das genannte Herzogthum einzurücken. Die von den ndern überfallenen Gebiete wurden arg verwüstet und die achte Beute rasch in Sicherheit gebracht. Spinola gedachte n Ueberfall dadurch zu rächen, dass er sich an die Be- tung von Bergen op Zoom machte, aber trotz aller An- gung zog sie sich vom Juli bis zu Ende September hin, 1622 dass er zum Ziele gelangt wäre. Mittlerweile war aber olländische Armee so vergrössert worden, dass der Prinz tz zum Entsatz heranrücken konnte. Da ein Versuch des en vom Berg die Holländer zur Trennung ihrer Armee zu alassen und dadurch den beabsichtigten Entsatz zu vereiteln, glückte, so musste sich Spinola mit dem Gedanken be- iden die Belagerung aufzuheben und that dies auch wirklich 20. October, als Mansfeld heranrückte und die holländische 1622 ee noch mehr verstärkte.

Während dieser Vorgänge bemühten sich Tilly und Erz- og Leopold die feindliche Herrschaft im Elsass und der n Pfalz vollends niederzuwerfen. Der letztere kam mit n Bemühungen bald zum Ziele, da sich ihm kein nennens- her Widerstand entgegenstellte, schwieriger war die Aufgabe, Tilly bevorstand. Nach der siegreichen Schlacht bei Höchst te er gegen Ladenburg, nahm dasselbe ein und zog dann

hatte abschicken müssen, so verfügte er nicht über
Truppenzahl, um die Belagerung rasch zum
1622 können. Erst nach Mitte August nahm er diese
auf, liess Laufgräben anlegen, die Stadt aus
Positionen nach allen Richtungen beschossen.
ihrer verschiedenen Redouten zu bemächtigen.
die Belagerten tapfer wehrten, so konnte er se
1622 Schritt für Schritt erkämpfen. Am 15. Septem
einen allgemeinen Sturm an, der zurückgeschlag
schien sich die Kraft der Vertheidiger dabei ersch
denn im Laufe der folgenden Tage fielen durch
Bombardement wichtige Vorwerke in seine Hän
weitere Vertheidigung unmöglich gemacht wu
abermaliger Sturm die Stadt in seine Hände
Commandant der pfälzischen Besatzung, Merven,
Schloss zurück und verweigerte dessen Ueberg
nicht bestimmte Weisungen von Vere erhalten hä
weile in Mannheim stand. Tilly gestattete ihm
eines Boten zur Einholung der nöthigen Weisun
kehrte mit der Antwort zurück, Merven möge
gemäss handeln. Da es ihm an Lebensmitteln gel
er über die Capitulation zu verhandeln und
1622 19. September gegen freien Abzug der Besatzu
dingung, welche durch die Mordlust der Sieger
wurde und nur Tilly's energischem Einschreiten
Abziehenden, dass es bloss bei einzelnen allerdi
München, den 1. Sept. 1622.

von Baiern die daselbst befindliche kostbare Bibliothek
Papste schenkte und sie nach Rom transportiren liess. *)

Von Heidelberg rückte Tilly nach Mannheim, das er am
September erreichte und sofort einzuschliessen begann. Die 1622

Vertheidigung dieser Stadt, die von Vere geleitet wurde, ge-
ste sich trotz seines Eifers von vornherein hoffnungslos,

sein Entsatz zu gewärtigen stand und die Besatzung durch
angegangene Anstrengungen so geschwächt war, dass sie

en ausreichenden Widerstand leisten konnte. Vere leitete
halb Capitulationsverhandlungen ein, die am 2. November 1622

Abschluss gebracht wurden und denen zu Folge der Be-
zung freier Abzug in ihre Heimat (England) gestattet und

Theologen und sonstigen Kirchendienern erlaubt wurde, so
ge in Mannheim zu bleiben, bis sie ein anderes Unterkommen

anden hätten. Nach diesem Erfolge schritt Tilly zur Belagerung
Frankenthal, aber der muthige Widerstand der Besatzung

der Bürger, sowie die vorgerückte Jahreszeit nöthigten ihn
mit der blossen Einschliessung der Stadt zu begnügen.

Anholt war mittlerweile in das Gebiet von Paderborn
ogen, da seine Anwesenheit an der Grenze von Lothringen

erflüssig geworden war, und suchte das Stift von den Garnisonen
befreien, die Christian von Halberstadt daselbst zurück-

lassen hatte. Viele Katholiken glaubten sich nun am Ziele
hofften, dass durch den so eben nach Regensburg berufenen

ratentag ihnen ohne weiteren Widerstand die pfälzische Kur
die damit verbundenen Länder in den Schoss fallen würden.

darf sich nicht wundern, wenn sie diese Hoffnung fassten,
kein deutscher Fürst sich des Pfalzgrafen im Augenblick

sächlich annahm und die böhmischen Exulanten nur noch
einer friedlichen Einigung mit dem Kaiser einige Rettung

ihrer bedrängten Lage und einen Ersatz für die ihren
gehörigen Güter erwarteten.**)

Der Kampf schien zu
zu sein: dass er von neuem und noch heftiger ausbrach,
trug abermals der Graf von Mansfeld in erster Reihe Sorge.

Münchener StA. Max. von Baiern an den Papst dd. 24. Sept. 1622.

Münchener StA. Ruppä an Friedrich dd. 1./11. Sept. 1622.

Siebentes Kapitel.

Die Verhandlungen bezüglich der Uebertragung der pfälzischen Kur.

- I Gregors XV Haltung in der Kurfrage. Pater Hyacinth. Der dem Herzog Maximilian schriftlich die Kur. Neue Verhandlungen dem Kaiser und Maximilian bezüglich der pfälzischen Länder. Verospi und das päpstliche Schreiben. Ferdinand fragt bei welcher Antwort er dem Papste geben soll. Haltung der geistlichen in Angelegenheit der Kur. Erzherzog Karl bei Johann Georg ladet den Kurfürsten von Sachsen zum Besuche des Fürsten Philipp III in seinen letzten Lebenstagen. Usuda und seine Anträge von Philipp IV beseitigt. Der neue König, sein Regierungshandlungen über die Vermählung der spanischen Infantin Maria II will man den englischen Wünschen bezüglich der Restitution Rechnung tragen. Die kaiserlichen Briefe in Angelegenheit der Kur. Hiller und Pater Hyacinth bemühen sich die spanische Zustimmung zur Uebertragung der Kur zu gewinnen. Erklärungen des Pater Hiller.
- II Der Kaiser schickt den Grafen Georg Ludwig von Schweden nach London. Die Verhandlungen in Brüssel. Haltung des Papstes zu diesen Verhandlungen. Die Verhandlungen führen nicht zu dem Resultat. Digby in Spanien. Zuñiga's Tod. Khevenhüller's Anträge an König Philipp in den für Maximilian freundlichen Beschlüssen. Umschwung in der spanischen Politik seit dem Tode Zuñiga's. Digby's Ankunft in Madrid. Aegerer Jakob's über den Verlauf der Verhandlungen. Er schickt den Endymion Porter mit neuen Anträgen nach Spanien. Man entschliesst sich daselbst den Wünschen Jakob Olivares' Plan für einen Ausgleich.

I

Wir haben erzählt, wie der Papst Gregor XV nach seiner Thronbesteigung sich den Schutz der katholischen Kirche in Deutschland angelegen sein liess und wie er bereitwillig mit grösseren Summen unterstützte. Es ist nicht befremden, wenn er sich für die Befriedigung der Wünsche des Herzogs von Baiern aussprach und somit keine Rücksicht

engstlichkeit einzelner deutscher Kirchenhäupter, wie z. B. Kurfürsten von Mainz, nahm. Schon im Juni 1621 verlangte Philipp IV, dass dieser sich der Uebertragung der Kur an katholischen Fürsten nicht widersetzen solle*) und löste sich alle Schwierigkeiten zu beseitigen, die sich der Lösung Maximilians entgegenstellten, wobei er sich der Hilfe des Kapuziners, P. Hyacinth de Casale bediente. Wie er einfache Mönch zu der politischen Rolle kam, die er zu spielen begann, wissen wir nicht anzugeben, nur so ist uns bekannt, dass auch der Herzog von Baiern in Verhandlungen zu ihm stand, sich seiner ursprünglich bei Gelegenheiten mit den böhmischen Ständen noch bei Lebzeiten des Kaisers Mathias anzubahmenden Verhandlung bediente und jetzt durch ihn seine Gesuche um Geldunterstützung bei dem päpstlichen Hofe und einzelnen Kardinälen befürworten liess.***) P. Hyacinth ergriff vielleicht erst bei dieser Gelegenheit das Zutrauen des Kaisers und seines Nepoten, des Kardinals Ludovisio; jedenfalls suchten sie ihn nach Deutschland, um den geistlichen Kurfürsten namentlich Mainz und Trier von jedem Widerstande bei der Uebertragung der Kur abzurathen.***) Auch zum Kaiser kam er sich der Kapuziner zu demselben Zwecke verfügen, und traf gerade in dem Augenblick in Wien ein, als Digby sich bemühte um die Restitution des Pfalzgrafen. P. Hyacinth beschäftigte sich mit Eifer an die Lösung der entgegengesetzten Aufgabe, er verlangte — vermuthlich nicht im Auftrage des Kaisers, sondern auf den Wunsch Maximilians — dass der Kaiser seinen guten Willen für die katholische Sache schon jetzt beweisen und dem Herzog von Baiern die Kur schriftlich übertrage. Er erreichte thatsächlich zum Ziele, obgleich Ferdinand dies Begehren abgelehnt hatte und obgleich Herr von Nostitz mit dem erwähnten Ansuchen um Waffenruhe abgereist war, das im Falle der Ausführung der kaiserlichen Politik eine neue Richtung geben

Simancas, Gregor XV an Philipp IV dd. 24. Juni 1621.

Max. an Mainz, Köln und Trier dd. 22. Juni 1621. Münchner StA. — Band II, 28.

Münchner StA. Gregor XV an die geistlichen Kurfürsten dd. 15. September 1621. — Wiener StA. Savelli an Ferdinand dd. 25. Juni 1621.

1621 konnte.*) Das Document wurde am 22. September vom Kaiser unterzeichnet und übertrug den erblichen Besitz der pfälzischen Kur an Maximilian und seine Brüder (den Kurfürsten von Köln und den Herzog Albrecht) und deren gesammte Nachkommenschaft. So war der entscheidende Schritt geschehen, der Kaiser hatte sich den Weg zur Aussöhnung mit dem Pfalzgrafen verschlossen.

Da Ferdinand auf diese Weise für Maximilian Partei ergriff, so wollte er dafür die Eroberung der Oberpfalz zu seinen Gunsten ausbeuten; er schickte zu diesem Zwecke den Grafen von Hohenzollern nach München und liess die früher gestellte Forderung wiederholen, dass Maximilian Oberösterreich herausgeben und dafür die Oberpfalz „die mehr werth sei,“ in Pfand nehmen möge. Der Graf sollte den Herzog an sein Versprechen erinnern, dass er die Oberpfalz, wenn sie einmal in seinen Besitz gelangen würde, gegen Oberösterreich vertauschen wolle, und um ihm jeden Skrupel zu benehmen, sollte er ihm die Versicherung geben, dass der Kaiser ihm, wenn er im Laufe des Kriegs aus der Oberpfalz vertrieben würde „ein anderes, gelegenes und genugsames Unterpfand (Oberösterreich nannte er nicht) unverzüglich einräumen und ihn so gänzlich schadlos halten würde.“ Für den unverhofften Fall, dass Maximilian Oberösterreich nicht aus den Händen lassen wollte, sollte der Gesandte die Uebergabe der Oberpfalz verlangen, da man ihm nicht ein doppeltes Unterpfand für seine Forderungen überlassen könne.**). Dies war übrigens nicht der einzige Auftrag, den Hohenzollern auszurichten hatte, er sollte den Herzog auch fragen, in welcher Weise man dem Könige von Spanien als Rechtsnachfolger des Erzherzogs Albrecht die untere Pfalz übertragen könnte, ohne

*) Maximilian an Ferd. dd. 2. Oct. 1621: „Es hat mir vor wenig Tagen „P. Hyacinth E. kais. Mt. Handbriefel sambt der kurpfälzischen Investitur eingehändigt, daraus ich Euer Mt. beharrliche gnädigte Affection und demjenigen, so Sie versprochen, zu wirklichen Effect zu befördern mit mehrerem vernommen.“ Der Kaiser werde es nie bereuen, dass er die Kur auf ihn transferirt habe; er wolle das Geheimniß wahren, überzeugt, dass der Kaiser, sobald er die Zustimmung Sachsen und Spaniens erlangt habe, nicht länger mit der Publication säumen werde. — Wiener StA. Obligation der kais. Mt. gegen Herzog Mt. von Baiern dd. 24. Feb. 1623.

**.) Wiener StA. Kaiserliche Instruction für Hohenzollern.

dadurch im Reiche neue Stürme heraufbeschworen würden. that also in Wien, als ob man nichts von den Ansprüchen te, die Maximilian auf die untere Pfalz erhob. Sein Unwille dadurch gereizt und machte sich in der Antwort Luft, die er der ihm bereits schriftlich ertheilten Kur dem kaiserlichen andten ertheilte. Er wollte sich nicht an das Versprechen glich des Austausches der Oberpfalz gegen Oberösterreich ern und lehnte denselben ab, weil die Oberpfalz noch n Angriffen ausgesetzt sei und er etwas gewisses nicht n etwas ungewisses austauschen könne. Von einer Ueber- wortung der unteren Pfalz an Spanien wollte er gleichfalls ts wissen und zwar jetzt noch weniger als früher, da Tilly llerweile in dieselbe eingerückt war und die vollständige berung dieses Gebietes von seiner Thätigkeit zu erwarten d. Maximilian deutete auf die Gefahren hin, welche die nische Herrschaft in der Unterpfalz zur Folge haben würde erlangte, dass man den König Philipp auf dieselben auf- ksam mache; erst nach der etwaigen Antwort des letzteren le er seine Ansicht kund geben, die übrigens aus diesen sflüchten klar genug hervortrat.*)

Die nahezu trotzigte Haltung Maximilians und namentlich ae Weigerung im Betreff Oberösterreichs gab seinen Gegnern Wien — und er hatte deren schon wegen seiner Sparsamkeit e — eine willkommene Gelegenheit ihn in den Augen des üsers herabzusetzen. Ein greifbares Resultat erlangten sie mit nicht, Ferdinand konnte sich ebensowenig von Baiern agen wie von Spanien, denn da sein Regiment weder in unen noch in Oesterreich fest begründet und in Ungarn en Anfeindungen ausgesetzt war, so musste es durch die hinationen seiner auswärtigen Feinde zusammenbrechen, n ihm nicht so verlässliche Freunde wie Baiern und Spanien e Seite standen. Deshalb konnte er den Einfüsterungen er kurzsichtigen Diener kein Gehör schenken und musste mmer wieder versuchen seine Interessen mit den Forderungen

Wiener StA. Antwort Maximilians auf die Propositionen Hohenzollerns dd. 9. December. — Ebenda. Hohenzollern an einen der kaiserlichen Räte dd. 7. und 12. Dec. 1621.

im Jahre 1620 geleistete Hilfe und um die Ueberpfalz in die kaiserliche Verwaltung und Nutzniessung. Diese beiden Forderungen versprach Maximilian minder günstig war seine Antwort auf die wiederholt abgelehnte dritte Forderung. Der Kaiserliche Rat gab eine ausweichende Antwort Maximilians bezüglich der Unterpfalz an Spanien nicht gelten lassen von dem Herzoge eine Erklärung, dass er keine pfälzischen Besitzungen, namentlich nicht die unterpfälzischen beanspruche, sondern sich mit der Ueberpfalz begnügen werde, wie denn auch das kaiserliche Hofgericht nie anders gelautet habe. Diese Forderung ließ er in gewundener Redeweise und mit vielen Vorreden unentschieden ab. Er schützte die Ueberzeugung bei Erwägung aller Schwierigkeiten, die sich der Unterpfalz entgegenstellten, auf dieselbe Angelegenheit unentschieden lassen werde auf den Hass hin, dem die spanische Herrschaft begegnen, und wie sich dieser gegen ihn würde, wenn er durch seine Verzichtleistung Ansprüchen gewissermassen als Brücke dienen dieses zwar nicht, weil er dem Hause Habsburg ein nicht gönne, besser sei es aber, wenn man von Verzichtleistung nicht verlange, den man könne nicht Ende der Krieg nehmen werde und für ihn sei von vornherein auf die Kurlande zu verzichten, nicht einmal der Kaiser selbst sicher sei. Wer

ertragen sei, dann könne man über diese Angelegenheit weiter handeln.*)

Graf Hohenzollern war mit diesem Bescheide nach Salzburg eist, wo er mit dem Kaiser zusammentraf, als dieser von der Hochzeitsreise aus Innsbruck zurückkehrte. Ferdinand ehte jetzt keine Einwendung gegen die Erklärung des Herzogs Betreff der Kurlande, er nahm den abweislichen Bescheid sig entgegen und erklärte sich trotzdem bereit sein Ver-eichen bezüglich der feierlichen Uebertragung der Kur zu llen, nur sollte dies erst dann geschehen, wenn auch Spanien ne Zustimmung gegeben haben würde. Zu dieser fast an terwürfigkeit grenzenden Nachgiebigkeit wurde er vielleicht eh ein neues Schreiben des von ihm hochverehrten Papstes ranlasst. Gregor, ungeduldig darüber, dass die Kur dem Herzog aximilian noch immer nicht öffentlich übertragen wurde, hatte den Kaiser geschrieben und ihm gelinde Vorwürfe gemacht, ** er die Interessen der Kirche so wenig fördere und gleich- itig durch den zu diesem Zwecke eigens an ihn abgeschickten ncinius Verospi verlangt, dass die feierliche Uebertragung der ur demnächst vollzogen werde. Statt dem Nuncius selbst zu worten und allenfalls auf die Schwierigkeiten hinzuweisen, von Spanien drohen könnten, so lange man dessen Zustimmung ht gewiss sei, verlangte Ferdinand, Maximilian solle ihm hen, welchen Bescheid er dem Papste ertheilen solle.***) Da henzollern mit dieser Frage wieder nach München reisen sste, so wurde ihm gleich noch eine zweite mitgegeben und ar wünschte Ferdinand zu wissen, zu welchen Concessionen sich gegen Jakob von England verstehen solle, wenn die andlungen mit ihm aufs neue aufgenommen würden.

Als Hohenzollern am 17. Februar in München anlangte, ¹⁶²² d er diesmal noch weniger Entgegenkommen als früher. r Herzog wollte sich nicht zu der Abfassung eines Gutachtens itiglich der dem Papste zu ertheilenden Antwort verstehen, d die Vorwürfe Gregors XV nur seine eigenen Gedanken drückten und nur mit Mühe presste ihm der Gesandte die

) Wiener StA. Antwort Maximilians dd. 28. Januar 1622.

) Wiener StA. Ferdinand an den Papst dd. 23. Januar 1622.

Gindely, Der pfälzische Krieg.

die ganze Sache leicht zum Falle bringen könnte eines Gutachtens über die Concessionen, zu denen gegen den König von England herbeilassen sollte Maximilian rundweg ab. Theils war es Misstrauen, das hiess, denn er fürchtete, dass die Wiener Staat abweislichen Bescheid mit seinem Gutachten d theils wusste er keine geeignete Grundlage für die anzugeben, da er den Pfalzgrafen zu Grunde. Er wollte die Verhandlungen überhaupt unmöglich verlangte deshalb vom Kaiser, dass er in Betreff Heimlichkeit fallen lasse, denn da seine Briefe aufgefangen seien, so nütze das Leugnen nicht solle er dem Könige von England offen erklären die Kur zu seinen Gunsten verfügt habe.*)

Die scharfe Art, in welcher Maximilian seine Rechte vertheidigte und vom Kaiser die Befriedigung der Wünsche verlangte, fand nicht die Billigung derer vor der eingeholten Zustimmung Spaniens jedes Auftreten vermeiden wollte. In diesem Sinne ließ er Antwort, die Ferdinand endlich dem Nuncius von V Er erklärte, dass die Uebertragung der Kur nicht könne, so lange er nicht wisse, welche Richtung die Verhandlungen mit Jakob nehmen würden und nicht der Unterstützung seiner Freunde, namentlich sicher sei, im Falle diese Verhandlungen scheitern. Der Kaiser stellte also Bedingungen auf, von denen

den wahrscheinlichen Informationen Maximilians, der für Uebertragung der Kur kein anderes Hinderniss zugestehen konnte, als die Unentschlossenheit des Kaisers.*) Verospierte sich deshalb mit dem Bescheide nicht zufrieden und forderte die ungeheuerliche, aber bei der immer mehr zu Tage tretenden Nachgiebigkeit des Kaisers begreifliche Forderung, dass derselbe die feierliche Uebertragung der Kur nicht von der Erfüllung der oben genannten Bedingungen abhängig mache, sondern dem Herzoge von Baiern die Bestimmung des Zeitpunktes (!) überlasse; dieser sollte also entscheiden, ob und wann die Investitur ohne Gefahr vor sich gehen könne. Ferdinand nahm dieses beleidigende Verlangen ruhig hin und erklärte, dass er im Einverständnisse mit Maximilian keine Gelegenheit verabsäumen werde, um letzterem die Investitur zu ertheilen, sobald dies ohne Gefahr geschehen könne.**)

In der That war der Kaiser entschlossen sein Versprechen zu halten und soweit es an ihm lag, alle Schwierigkeiten zu beseitigen, deshalb suchte er die Zustimmung des Kurfürsten von Mainz und des Königs von Spanien zu erlangen und den Kurfürsten von Sachsen in seinen freundlichen Dispositionen zu bestärken. Bei Kurmainz frug er noch vor der Ertheilung des schriftlichen Versprechens an Maximilian, ob er trotz der widersprechenden Meinung Sachsens die pfälzische Kur nicht schon vor Zusammentritt des zu berufenden Fürstencollegiums auf Baiern übertragen solle. Da man in Wien fürchtete, dass die Weichheit aus Rücksicht für Sachsen sich dagegen stemmen würde, riet der Graf von Hohenzollern, man solle ihn auf sein Gewissen befragen, was seine wahre Meinung sei, und ihm nur eine mündliche Erklärung verlangen. Bevor der Kurfürst von Mainz eine Antwort abgab, befragte er die Kurfürsten von Köln und Trier um ihre Meinung. Der erstere erklärte sich für die unmittelbare Uebertragung der Kur aus; die letztere dagegen widerriet sie vor eingeholter Zustimmung

*) Wiener StA. Antwort an den Nuncius Verospi.

**) Wiener StA. Substantia resolutionis ultimae S. Caes. Mtis dom. Verospioretenus dandae dd. 7. April 1622. — Ebend. Ferdinand an den Papst dd. 15. April 1622.

Sachsens.*) Der Wortlaut der schließlichen Verfügung des Kurfürsten von Mainz an den Kaiser ist vermuthen jedoch, dass sie so lautet von Trier, wenn sie nicht noch wenige Monate später Johann Georg von Ludwig mit einer Botschaft an Selbsicherte dieser den letzteren, dass er sei, der Kaiser solle den Pfalzgrafen seinen Sohn zur Kur zulassen. Er (M.) hielt so sehr das Missfallen des (des P. Hyacinth) zugezogen, dass fast mit der Excommunication bedrohter Mönch zurechtgewiesen, sich beim Pöbel höchsten über ihn beschwert und „wider die Kutte.“ **)

In weiterer Befolgung der zu C. Verfügung beschloss man am Kaiser eine neuerliche Gesandtschaft nach Mainz sollte sich zu Johann Georg verfügen, welchem Schritt sich der Kaiser entschloß, dem Herzog von Baiern die Kur bereits gesichert habe und dass demnach vor dem Pfalzgrafen die Rede sein könnte, der Kur gedacht würde. Man hoffte, dass Bekenntniß den Kurfürsten freundlich ohnedies in Aussicht gestellte Zustände werde. Der Erzherzog erfüllte den Wunsch zur vollsten Zufriedenheit des Kaisers mit der Uebertragung der Kur am 1. Nov. 1621, dass „bei so gestalteten Sachen man sich nicht „wie das kaiserliche Wort, Brief und „könnte, und dass er selbst hiezu „und das Seinige treulich thun wol

*) Wiener StA. Kurköln an Kurmainz dd. an Kurmainz dd. 13. September 1621.

**) Sächs. StA. Antwort des Kurfürsten von Hessen-Darmstadt dd. 26. Februar

***) Diese Antwort ergibt sich aus der Instr. über die abermaligen Reise nach Dresden im J.

beruhigte in Wien und man glaubte deshalb auf die Zustimmung Kursachsens rechnen zu dürfen, wenn der Kaiser den Kurfürstentag berufen würde, auf dem allein und nicht früher er entschlossen war, die Kur an Maximilian zu übertragen.

Da trat jedoch der Zwischenfall ein, dass die Briefe, die der Kaiser nach Spanien geschrieben hatte und worin er seinen festen Entschluss bezüglich der Uebertragung der Kur kundgab, in die Hände Mansfelds gerieten und später vom Pfalzgrafen publicirt wurden. Das Aufsehen, welches diese Angelegenheit erregte, lässt sich schwer beschreiben, vor allem fühlte sich der Kurfürst von Sachsen getroffen, weil es sich unwiderleglich zeigte, dass sein Bündniss mit dem Kaiser die Schädigung der Protestanten im Gefolge habe. Johann Georg ersuchte deshalb den Landgrafen Ludwig von Hessen, dass er zu dem Kurfürsten von Mainz reisen und ihn befragen möchte, was es mit den aufgefundenen Briefen für eine Bewandniss habe, ihr Inhalt reize allgemein zum Misstrauen, man verlange von ihm von allen Seiten Aufklärung, obwohl ihm von dieser Sache (der Uebertragung der Kur) nichts bekannt und er nie darum befragt worden sei. (!) — Er erinnerte sich also nicht, welche Antwort er seiner Zeit dem Erzherzog Karl und dem bairischen Vertreter Wensin gegeben hatte und wie sehr er in die Pläne des wiener Hofes eingeweiht war. Der Kurfürst von Mainz antwortete auf die Anfrage in ganz bestürzter Weise und diese Bestürzung war nicht so erheuchelt wie die Unwissenheit Johann Georgs, denn Schweickhart von Mainz wollte an dem Bündnisse mit Sachsen festhalten und verübelte es dem Kaiser, dass er sich zur Ausstellung der schriftlichen Belehnung an Maximilian entschlossen und den Kurfürsten von Sachsen durch die frühzeitige Verlautbarung seiner Entschlüsse in eine schwierige Lage gebracht habe.*)

In Wien fürchtete man nun, dass Johann Georg vor der Welt den Unschuldigen spielen und sich an dem zu berufenden Kurfürsten-Convent nicht betheiligen und so die Verlegenheiten des Kaisers mehren werde. Wie man in allen schwierigen An-

*) Sächs. StA. Johann Georg an Ludwig von Hessen dd. 9./19. Feb. 1622.
— Ebenda. Antwort des Kurfürsten von Mainz auf die Anfrage Ludwigs von Hessen dd. 26. Feb. (a. oder n. St. ?) 1622.

gelegenheit Maximilian um Rath ersuchte, so auch jetzt, der Graf von Hohenzollern musste abermals nach München reisen und fragen, auf welche Weise man die allfälligen Einwendungen Sachsens widerlegen könnte. Bevor Maximilian diese Frage beantwortete, erklärte er, der Kaiser müsse dafür Sorge tragen, dass das Odium für die Uebertragung der Kur nicht auf ihn (Max) falle, der Kaiser habe sie ihm freiwillig zugesagt, er müsse also dafür als für sein eigenes Werk einstehen. Bezüglich Kursachsens riet er, man soll aufrichtig bei ihm vorgehen und nichts verheimlichen. Um allfälligen Gefahren zu begegnen, die die Ertheilung der Investitur im Gefolge haben könnte, solle der Kaiser auf dem künftigen Fürstentage mit den katholischen Fürsten und Bischöfen bezüglich einer Hilfeleistung in Verhandlung treten und Maximilian versprach im vorhinein seine Mithilfe, „wenn der Kaiser und der König von Spanien auch das ihrige thun würden.“ Hohenzollern hatte in München neuerdings den Austausch der Oberpfalz gegen Oberösterreich begehrt, da sich für die kaiserlichen Finanzen aus dem Besitz dieses von Mansfeld geplünderten und später von den Baiern ausgesogenen Landes vorläufig kein Nutzen ergab. Der Herzog lehnte auch diesmal ab, deutete aber an, dass er vielleicht gefügiger sein werde, sobald die Investitur vollzogen sei.*) Der Gesandte musste mit diesem Bescheide nach Oedenburg reisen, wo der Kaiser des ungarischen Reichstags wegen weilte. In einer Sitzung des Geheimraths, an der Eggenberg, Hohenzollern, Trauttmandorff, Liechtenstein und Ulm theilnahmen, wurde sein Bericht verlesen und wiewohl man mit den Entschlüssen Maximilians nicht ganz zufrieden war, so nahm man doch seine Anerbietungen in Betreff der Liga freudig auf und versicherte ihn in einem späteren Schreiben, dass der Kaiser den Papst und den König von Spanien zu bestimmten Versprechungen dränge.**)

In Oedenburg wurde nun die Instruction berathen, die man dem Grafen von Hohenzollern zu seiner Reise nach Dresden mitgeben wollte. Man beschloss den Kurfürsten an seine Antwort

*) Wiener StA. Ferd. II an Hohenzollern dd. 31. Mai 1622. — *Ebenda.*
Hohenzollern an Ferdinand dd. 20. Juni 1622.

***) Wiener StA. Ferdinand an Maximilian dd. 25. Juni 1622.

uern zu lassen, die er ein Jahr zuvor dem Erzherzog
 rl auf die Nachricht gegeben hatte, dass der Kaiser die
 lizische Kur dem Herzog von Baiern schriftlich ertheilt habe.
 henzollern sollte den Kurfürsten zum persönlichen Besuche
 e Kur- und Fürstentages auffordern, den der Kaiser unter
 em auf den 1. September ausschrieb und ihm versprechen, 1622
 ss man daselbst über die Begnadigung des Pfalzgrafen ver-
 adeln werde, im Falle dieser die gebührende Abbitte und
 enagthung zu leisten geloben würde.*) Der kaiserliche Ge-
 ndte fand zwar diesmal nicht das freundliche Entgegenkommen
 Dresden, das dem Erzherzog Karl zu Theil geworden war,
 an war dort vorsichtiger geworden und legte jedes Wort auf
 e Wagschale, aber so viel glaubte er seinem Herrn versichern
 können, dass sich Johann Georg der Uebertragung der Kur
 ht widersetzen werde. — Mit dieser Gesandtschaft waren die
 mühungen des Kaisers, die deutschen Fürsten in der Kur-
 ge freundlich zu stimmen, zu Ende.

II

Von den auswärtigen Mächten, die auf die Uebertragung
 er Kur einen Einfluss üben konnten, traten in erster Linie
 e Könige von Spanien und Frankreich hervor. Waren diese
 eiden Fürsten ihr nicht entgegen, dann war Maximilian in
 rem Besitze trotz aller Drohungen Englands gesichert, aber
 ie konnte man erwarten, dass man diese natürlichen Feinde
 einer Angelegenheit von solcher Bedeutung unter einen Hut
 ingen könnte? Der Kaiser verzichtete von vornherein auf
 e Gewinnung Frankreichs und überliess es dem Herzoge von
 aiern die Zustimmung Ludwigs XIII zu erlangen. Maximilian
 ertzog sich bereitwillig dieser Aufgabe und wir werden später
 er das Resultat seiner Anstrengungen berichten.

In Spanien war im Laufe des Jahres ein Regierungswechsel
 ngetreten, durch den für die kaiserliche Politik mancherlei

*) Wiener St. Kais. Instruction für Hohenzollern dd. 25. Juni 1622. —
 Ebend. Hohenzollern an Ferdinand dd. 1. Juli 1622.

Schwierigkeiten hinweggeräumt wurden. Am 31. März 1621 war K. Leben geschieden, ein gutmüthiger als dessen geringe Fähigkeiten durch (der ihn sein Vater gehalten hatte) Erziehungsweise noch mehr verkümmert. In den letzten Lebenstagen sah er ein, dass er nachgekommen war, die ihm die Väter und so beschwerte er sich kurz vor dem Tode dem ersten Minister, den Herzog von Uzeda, vater Luis von Aliaga, dass sie ihn nicht mehr gewiesen hätten und gab der Besorgnis wegen seiner schlechten Regierung den Rath abzugeben. Umsonst suchten Uzeda und Aliaga abzuwälzen und die Fahrlässigkeit (oder Unfähigkeit) des Königs für den üblen Erfolg der Regierung zu machen, umsonst bemühten sich sie, ihn zu trösten und über sein Seelenheil zu klagen, bis man endlich einen Jesuiten Florentio herbeirief, den der König für einen Prediger achtete. Statt ihn zu trösten, machte er dem Könige bittere Vorwürfe, dass er seinen Rath nicht befolgen habe leiten lassen und alle seine Rathschläge schwendet habe und verlangte von ihm, dass er sich bessern werde, wenn er genesen würde. Es war thöricht von dem ständig urtheilenden Manne ein solches zu verlangen: Florentio mochte dies seine Methode für zweckmässig halten, durch die Verheissung der Trostlosigkeit des Todes zu machen, zumal er dessen sittliche Heiligkeit Verdienst anrechnete. Unter diesen Rathschlägen und Gebeten verschied der König. Zu dem Ende hatte er seinen Sohn zu sich berufen, um ihn zu regieren und den Kaiser zu unterstützen. Vor wenigen Tagen zu diesem Behufe hatte er die nöthigen Rüstungen nach Mailand geschickt. Die Summe von 1550000 Dukaten angewie-

betrachtete die Unterstützung, die er dem Kaiser leistete, als eine Gewissenspflicht, deren Erfüllung er seinem Nachfolger ans Herz legen zu müssen glaubte.*) In seinem Testamente bestimmte er neben zahlreichen Stiftungen und Gnadengaben, dass 40000 Messen für sein Seelenheil gelesen würden.

Der Tod absoluter Herrscher hat nur selten in der Regierungsweise, immer aber in den Personen, welche die obersten Aemter inne haben, einen Wechsel zur Folge. Eifersucht und Neid nagen ohne Unterlass an der Stellung der obersten Günstlinge, ihnen wird allein die Schuld an allen Unfällen der letzten Regierung zugeschrieben und man glaubt nur einem Gebote der Gerechtigkeit zu folgen, wenn man an ihrem Sturze arbeitet, während man doch nur dem eigenen Ehrgeize dient. So geschah es auch nach dem Tode Philipps III mit dem Herzog von Uzeda und seinem Anhang, allerdings waren diesmal die Anklagen weit berechtigter als sonst, denn alle Vorwürfe, die man gegen die Faulheit und Unfähigkeit des Herzogs und gegen seinen Eigennutz erheben mochte, waren völlig begründet. Man konnte nur bezweifeln, dass der neue Herrscher genug Entschlossenheit besitzen werde, um einen Wechsel mit seinen obersten Würdenträgern vorzunehmen, da er erst 14 Jahre alt war und bis dahin ebenso wie sein Vater zumeist unter Frauen aufgezogen worden war. Indessen hatte er doch so jung er war, einen geheimen Groll gegen den Herzog von Uzeda in sich grossgezogen und war daher geneigt den Einflüsterungen des Grafen von Olivares, der ihm seit längerer Zeit zur Oberaufsicht beigegeben war und der sein Zutrauen gewonnen hatte, nachzugeben. Schon einen Tag nach dem Tode seines Vaters entliess er den Herzog von Uzeda aus mehreren seiner Aemter und bestätigte ihn bloss in dem Amte eines Obersthofmeisters und Oberstkämmerers, und einige Aenderungen, die er unter den Beamten des königlichen Geheimrathes traf, liessen sich nur in einem dem ehemaligen Günstling feindlichen Sinne erklären. Vorläufig schien es, als ob die neue Regierung sich schärfer von kirchlichen Rücksichten werde leiten lassen

*) Khevenhiller Annales. Wiener StA. Khevenhiller an Ferd. dd. 30. März 1621. — Ebenda. Derselbe an denselben dd. 31. März 1621.

als die vorige, denn der Graf von Khevenhiller war für einige Tage ein gesuchter Mann in Madrid, da Philipp IV für den Kaiser die grösste Hochachtung an den Tag legte und entschlossen schien, sich für seine Unterstützung die grössten Opfer aufzuerlegen. Zwei Tage nach dem Tode seines Vaters zog er in glänzender Begleitung nach dem Karmeliterinnenkloster, um sich den Rath der alten Erzherzogin Margaretha zu erbitten, die natürlich von dieser Aufmerksamkeit nicht wenig geschmeichelt war und es an Rathschlägen gewiss nicht fehlen liess.*) In den folgenden Tagen gewann Olivares, dem man den aufrichtigen Wunsch, Spanien aus seinem Verfall zu heben nicht abprechen kann, eine vollständige Herrschaft über den König, so dass dieser sich seinem Einfluss fast ebenso unterwarf, wie sein Vater den des Lerma und Uzeda. Dem letzteren wurden jetzt die übrigen Aemter, die er noch inne hatte, genommen und er schliesslich vom Hofe verbannt, seinem Vater war ein gleicher Befehl schon früher ertheilt worden. Das Amt eines obersten Kämmerers wurde dem Grafen Olivares übertragen und neben ihm gewann sein Oheim Zuñiga einen hervorragenden Einfluss auf die Leitung der auswärtigen Politik. Alle Anhänger des frühern Günstlings wurden nun aus ihren bisherigen Stellungen entfernt. Sie waren in der allgemeinen Werthschätzung so gesunken, dass sie sich kaum auf den Strassen blicken lassen durften, man bezeichnete sie als Diebe am Staatsschatz und dieser Vorwurf wurde auch durch eine königliche Verordnung angedeutet, welche formell von den Beamten strenge Rechnungslegung über ihre Verwaltung forderte und eine Untersuchung aller Unterschleife in dem vorigen Regiment anordnete. Das erste Resultat dieser Untersuchung bestand darin, dass man dem Herzog von Lerma ein Einkommen von 75000 Dukaten, das ihm der verstorbene König aus den sicilischen Einnahmen angewiesen hatte, mit Beschlag belegte und die Herzoge von Uzeda und Ossuña in Haft nahm. Tiefere Kenner der spanischen Staatsverhältnisse konnten allerdings überzeugt sein, dass es bei diesen Schritten bleiben musste und dass die jetzt in ihrer Freiheit und in ihrem Vermögen bedrohten Herrn durch ihre Familienverbindungen einer schär-

23.
April
1621

*) Wiener StA. Khevenhiller an Ferdinand dd. 1. April 1621.

Behandlung entschlüpfen würden; vorläufig aber machten die energischen Schritte einen bedeutenden Eindruck, der dadurch verstärkt wurde, dass die in die obersten Verwaltungsbehörden und in den geheimen Rath neu berufenen Räten ihre Meinung freier äussern durften, als dies bisher der Fall war.*) Graf Khevenhiller beeilte sich in der ersten Instanz, die ihm der König ertheilte, seinen Eifer zu schüren, und er über die Lässigkeit der früheren Regierung schimpfte. Er forderte streng über die Durchführung seiner Befehle nach. Philipp IV nahm diese Mahnung gutmüthig entgegen und versprach sie zu befolgen.**)

6.
April
1621

Was die Persönlichkeit des neuen Herrschers anbetrifft, so fandete er gleich Anfangs weit mehr Fähigkeiten und einen höheren Lebensmuth, als sein Vorgänger. Nicht ohne Witz urtheilte er sich über die von seinem Vater oder eigentlich von seinen Günstlingen ihm zu Theil gewordene Erziehung: der Herzog von Uzeda, bemerkte er einmal, hat unrecht gethan, dass er mich von Männern fernhielt und nur Weibern überliess, die hätten mir gewiss alles verschwiegen, was zu verheimlichen meinem Interesse lag, diese aber haben mich auf alle Praktiken aufmerksam gemacht und so will ich jetzt mit Gottes Hilfe dem ausgesaugten Lande aufhelfen und meinen leeren Buntel füllen. — Gewiss der Unterricht, den er als Knabe erhalten hatte, war kein wissenschaftlicher, aber er reichte so weit, um die Augen zu schärfen für den Eigennutz und die Unterthänigkeit der hohen Würdenträger und da er bei der Uebnahme des Regiments voll der besten Entschlüsse war, viel Arbeitslust hatte, wobei offenbar die Anspornung des vor Anstrengungen zurückstehenden Olivares den Ausschlag gegeben haben dürfte; so konnte man einige Hoffnung auf ihn setzen. Die Lebensweise des madrider Hofes wurde nun völlig umgestaltet; man lagte bis dahin erst um die Mittagszeit das Bett zu verlassen und erst nach Mitternacht die Abendmahlzeit einzunehmen. Der neue König stand aber um 5 Uhr Morgens auf, bestieg sein

Wiener StA. Mehrere Briefe Khevenhillers an Ferdinand dd. 22. April, 23. April, 6. Mai und 31. Mai 1621.

Khevenhiller Annales Ferd.

Ross oder den Wagen und tummelte im freien herum, wodurch er seine Anstrengungen nicht gewöhnt waren, brachte. Als er an Jahren zunahm, die Reife seines Verstandes und die tüchtig eingehenden Meinungsäußerungen, die in seinen kühlen seiner Geheimrathssitzungen in der Unterstützung der Künste und Geschmack, aber zu der finanziellen brachte er es doch nicht, weil es ihm gebrach und weil die Kriegsauslage zehrten. Schöpferische Gedanken fehlten und da er sich später auch dem Verlangen keine der Hoffnungen erfüllt, die ihm antritt knüpften.

Was das Programm betrifft, das in der auswärtigen Politik befolgen wie unter der vorigen Regierung: nicht seine Angreifer unterstützen, aber die des Königs von England erhalten und der kaiserlichen Rache nicht ganz verhandlungen mit dem Prinzen weiter führen und entsprach damit dem toten Königs, denn da diese Tochter gegen die Heirat mit einem beschäftigte er sich schon einige mit dem Plane, ob nicht den Wünschen dadurch genügt werden könnte, das Maria Anna dem Prinzen von Wales. Die Anfrage, die man noch im Jahre hatte, wurde von dortaus nicht beantwortet, er wusste sich zuletzt nicht anders zu seinem Todtenbette die Erklärung englischen Heirat absehe und die mit dem Sohne des Kaisers wünschte der Widerwille der Infantin, die mit ihr sie dem Prinzen von Wales ihre Hand

ngen König von vornherein die Hände.*) Die Erzherzogin
 etha, die von diesen Verhältnissen Kenntniss hatte und
 lischen Heirat nie hold gewesen war, hielt es für ihre Pflicht,
 astige Sachlage für ihren deutschen Vetter auszunützen.
 atete in einer Audienz, die sie dem Grafen Khevenhiller
 e, an, dass der Kaiser nicht länger säumen dürfe und
 nd der Infantin für seinen Sohn begehren müsse, es sei
 n so dringender nöthig, als die französische Doppelheirat
 engere Beziehungen mit Frankreich herstellen dürfte,
 nan ihnen nicht rechtzeitig begegnete.**)

er Kaiser durfte nach dieser Aufforderung nicht länger
 und musste sich also in bestimmter Weise erklären, ob
 e Tochter dem englischen Prinzen zur Frau geben und
 für seinen Sohn um die Hand der Infantin anhalten wolle.
 llte glauben, dass er in dem ersten Punkte ebenso wenig
 illigkeit zeigen würde, wie der spanische Hof, gleichwohl
 oss er sich mit verhältnissmässig merkwürdiger Leich-
 für die projectirte englische Heirat. Dagegen war er
 r Heirat seines Sohnes nicht einverstanden, denn derselbe
 och nicht dreizehn Jahre alt und fast um zwei Jahre
 als die Infantin, über deren Gesundheit und Lebenskraft
 lie günstigsten Gerüchte umgingen. Angesichts der Ver-
 ngen, die er gegen Spanien hatte, musste er aber seine
 en niederschlagen und bevollmächtigte deshalb seinen
 lten mit dem Abschluss der Verhandlungen, indem er
 zur Bedingung setzte, dass der wirkliche Vollzug der
 um einige Jahre verschoben werde.***) Wir dürfen mit
 bezweifeln, dass diese Weisungen den Grafen Kheven-
 n Madrid erreichten, da er gerade in diesen Tagen nach
 reich gereist war. Als er in Wien anlangte, wollte der
 seine Zustimmung zur Verlobung seines Sohnes mit der
 n rückgängig machen und selbst um sie werben, allein

is den Papieren von Simancas.

ienener StA. Khevenhiller an Ferd. dd. 31. Mai 1621. Mit der Doppel-
 rat ist hier die Ehe des spanischen Geschwisterpaares Philipps IV und
 Erzherzogin Anna mit dem französischen Geschwisterpaar Ludwig XIII
 I der Prinzessin Isabella gemeint.

ienener StA. Ferd. an Khevenhiller dd. 7. Juli 1621.

JAMES 1021 WIRKT NOCH STÄRKE ZURÜCKGEH
definitiv um die Hand der Infantin Maria für
ersuchen.**)

Während diese Heiratsprojecte noch in der
langten in Madrid Nachrichten über die gesand
des Grafen von Hohenzollern nach München a
sichtlich war, dass Maximilian mit Entschie
Uebertragung der Kur und der Kurlande beste
Ziel nicht ohne weiteren Krieg zu erreichen sei
von Seite der deutschen Protestanten, Holland
alles dagegen aufbieten würde, sah man in
wohl ein und ebenso wenig konnte man sich
man die Kriegskosten würde tragen müssen.
des spanischen Geheimrathes, in der diese
erwogen wurden, war man deshalb entschieden
der Kaiser mit der Wiedererwerbung der ihm g
begnügen und den Wünschen des Herzogs v
nachgeben, sondern den Pfalzgrafen restituiren sol
Geheimrätthe betonten, dass man um Baierns
grösserung willen den Krieg nicht fortsetzen
sich wohl Mittel und Wege finden würden, den H
Weise für die geleisteten Dienste zu entlohnen
von Villafranca riet zur Absendung eines eig
nach Deutschland, der dem Kaiser und dem He
trocken und unumwunden sagen sollte, dass S
Kosten für die Fortsetzung des Krieges trage

loss sich dem Gutachten seiner Geheime r ä t h e an und befahl,
 es man sowohl an den Erzherzog Albrecht wie an Oñate
 tsprechende Weisungen ergehen lasse. Gegen den englischen
 esandten in Madrid führte man eine so zuvorkommende Sprache,
 es dieser freudig nach Hause berichtete, man werde bezüglich
 r Pfalz die Wünsche des Königs Jakob erfüllen.*) Einige
 ochen später, im Monat August, gab Zuñiga ein Gutachten 1621
 er die pfälzische Frage an seinen König ab, das derselbe
 ligte und seinem Gesandten in Wien als Richtschnur für sein
 rgehen mittheilte. Um keinen Preis dürfe der Kaiser die Kur an
 aximilian übertragen, sondern ihn etwa mit der Markgrafschaft
 rgau und einem anderen österreichischen Gebiet entschädigen;
 r das könne er vielleicht verlangen, dass Friedrich auf die
 r zu Gunsten seines Sohnes Verzicht leiste und dass der
 ttere in Wien erzogen werde.***) Man sieht, der König und
 e Rathgeber waren entschlossen, dem Pfalzgrafen zu dem
 oderbesitz seiner Länder zu verhelfen.

In Wien hatte man jedoch den Wünschen Maximilians nach-
 ehen, ihm im Monate September schriftlich die Kur übertragen 1621
 L nun musste man sich bemühen den Widerstand Spaniens zu
 eitigen. Der Vermittlung Khevenhillers konnte sich Ferdinand
 diese Zeit nicht bedienen, weil dieser damals nicht in Spanien
 lte und so nahm er das Anerbieten des Pater Hyacinth an,
 sich ihm von Straubing aus — wahrscheinlich auf das
 ngen Maximilians — zur Reise nach Madrid anbot und
 sen Entschluss als das Resultat einer Art göttlicher Inspira-
 a hinstellte. Caraffa, der päpstliche Nuncius in Wien, unter-
 tzte diese Bemühungen und verlangte von dem Kaiser, er
 e an den König, an die Erzherzogin Margaretha und an
 ñiga schreiben und sie für die Gewährung der bairischen
 ünsche zu gewinnen suchen. Ferdinand kam diesem Verlangen

*) Archiv von Simancas. El Consejo de Estado al Rey dd. 12. Juni 1611.

— Englisches StA. Acton to Sir George Calvert dd. 23. Mai 1621. —

Ebenda. Cottington an Calvert dd. $\frac{24. \text{ Aug.}}{3. \text{ Sept.}}$ 1621. — Acton an Cal-

vert dd. $\frac{28. \text{ Aug.}}{7. \text{ Sept.}}$ 1621.

**) Gardiner Prince Charles II, 109.

nach und schrieb nicht nur die Briefe, selbst nieder, nur bei dem Schreiblichen war, bediente er sich der Strahlendorf. Er bemerkte gegen selbst schreibe, nicht bloss, um sondern um auch zu zeigen, wie Herzogs von Baiern am Herzen li dankbar zeigen wolle, sollte er dab müssen.“*) Von den kaiserlichen der an Zuñiga von Bedeutung, den nand in scharfer und bündiger W Floskeln und Phrasen die Gründe, Pfalzgrafen sprachen und die darin unversöhnlichen Feinde haben wer die Mittel in der Hand lassen dür thätigen zu können; die Rebellio ohnedies nur mit pfälzischer Hilfe Damit die Briefe ja sicher an ihre erbot sich Caraffa, dieselben an den von dort nach Spanien zu schicken Zwecke eingehändigt.***) Unglückli Vorsicht übel angebracht, denn a fielen sie in die Hände des Grafen l grafen zuschickte und ihm dadurc Angriffen auf die kaiserliche Politi auch, wie wir erwähnten, gehörig au Hyacinths scheint durch die Besc schoben worden zu sein, so dass er t Jahre nach Spanien gelangte.

Am Hofe von Madrid dauerte ind des Pfalzgrafen freundliche Gesinnu

*) Londorp. Caraffa an P. Hyacinth dd. etwas frei übersetzen, lautet: Der Ka usque ad effusionem sanguinis.

**) Wiener StA. Concept des Schreibens s an Ferd. II dd. 30. Sept. 1621. — Lond dd. 15. Oct. 1621. — Ebenda. Ferd.

***) Caraffa's Relation.

Lebens sicher war, sobald er Orte bewohnt waren. *) In der französischen Revolution wurde ihm die Hugenotten überall nach ihm an einigen Orten, wo er Rast halten konnte, einmal nur dadurch retten konnte, dass er in seinen Dienst nahm und 1622 lichen Ueberfall zurückschlug. Nach seiner Ankunft in Madrid bemühte er sich um die Unterstützung der Bemühungen des Pater Oliva. Auf diese Weise der genannte Pater seiner Mission bei Olivares nachkam, wissen wir nicht, dass er zunächst ein Anerkenntnis erlangt habe, da sich Maximilian von Spanien an den kaiserlichen Gesandten darstellte, in Spanien den Ansprüchen des Papstes die Kur einige Bedeutung zuerkennen. Nach seiner Ankunft besserten sich die Aussichten, dass er von der Erzherzogin Margarethe unterstützt werden würde, entschieden auf die Seite Maximilians. In dieser vielbesprochenen Angelegenheit in Madrid eine Wendung. Zuñiga versicherte, dass die Uebertragung der Kur an Balthasar nicht mehr dagegen zu agitiren. Auch keine directe Zustimmung zu den Massregeln enthielten, so konnte man erwarten, ob diese bald nachfolgen müsse. Maximilian That befriedigt von der Thätigkeit Ferdinand's, für ihn seines wärmsten Dankes für die Berücksichtigung seiner Interessen angenommen haben, nur, dass die Ankunft Digby's in Spanien führen und namentlich die Heiratsverhandlungen

*) Wiener StA. Khevenhiller an Ferdinand

**) Die betreffenden Correspondenzen haben wir nicht gefunden und wir ersuchen den Bericht hier nicht ganz vollständig ist

***) Wiener StA. Maximilian an Khevenhiller

†) Ebenda. Maximilian an Khevenhiller

Prinzen von Wales und der Infantin wieder in Aufnahme bringen könnte, doch tröstete er sich damit, dass die Infantin erklärt habe, lieber in ein Kloster gehen zu wollen, als dem Prinzen die Hand zu reichen. *)

Der Kaiser hatte, noch bevor er den König von Spanien durch Khevenhiller um seine Zustimmung zur Uebertragung der Kur ersuchen liess, sich in derselben Absicht an den Grafen Oñate gewendet, der hierüber nach Hause berichtete und zugleich wissen wollte, ob er die untere Pfalz für seinen Gebieter verlangen solle, wenn der Herzog von Baiern mit der Kurwürde belehnt würde.**)

Wir kennen die Antwort nicht, die dem Gesandten auf seine Frage zu Theil wurde und eben so wenig den Bescheid, den P. Hyacinth schliesslich erhielt. Nach den anfänglichen Berichten Khevenhillers sollte man annehmen, dass man nicht lange mit einer günstigen Antwort zögerte, dem war aber nicht so. Der Pater hatte lange keine Zusage irgend welcher Art erlangen können, man suchte nach Ausflüchten, verlangte, dass er nach Brüssel gehen und dort den neu angeknüpften Verhandlungen zwischen Jakob und Ferdinand beiwohnen solle, allein er merkte, dass man ihn nur entfernen wollte und trat deshalb um so entschiedener für Maximilian auf, indem er sich dabei auf den Papst berief. Ueber die Antwort, die er zuletzt erhielt, gibt es eine doppelte Version: nach der Versicherung Khevenhillers ***) war sie so geschraubt, dass man aus ihr nur die unbestimmte Erklärung entnehmen konnte, Philipp wünsche dem Herzog von Baiern die pfälzische Kur. Nach P. Hyacinths Bericht ist aber dieser Erklärung von Philipp (mündlich oder schriftlich) der dringende Wunsch beigefügt worden, dass der Kaiser die Kur ohne Zögern und noch vor Zusammentritt des Kurfürstenconvents an Baiern übertragen möge. †)

Thatsächlich äusserte er sich nach seiner Rückkunft in Wien in dieser Weise, ja er fügte noch hinzu, dass Philipp zu jeglicher Hilfeleistung erbötig sei, wenn der Kaiser wegen seiner Ent-

*) Ebenda. Khevenhiller an Ferdinand dd. 28. März 1622.

**) Ebenda. Kaiserliche Instruction für Khevenhiller dd. 28. Juni 1622.

***) Khevenhiller. Annales Ferdinandeï tom. IV, 1772.

†) Wiener StA. Ferdinand an Khevenhiller dd. 15. August 1622.

scheidung angegriffen würde. Ferdinand sehr erfreut, da sie noch vor der eigentlichen doch wunderte er sich nicht wenig, die Ertragung der Kur nicht einmal den Kaiser wollte, während die Infantin Isabella ihre Schritte vor Zusammentritt desselben etwas wie Misstrauen gegen die Wahrheit so beeilte er sich nicht seiner Mahnung beschloss sich erst bei Khevenhiller zu mit der Erklärung Philipps verhalte. Zweifel dem P. Hyacinth zu Ohren durch die Worte Philipps einigermassen modificirten bereits geschriebenen Brief an Khevenhiller schrieb ihm, dass er dem Herzog von Lothringen vor dem bevorstehenden Kurfürstencollegium demselben ertheilen und diese Absicht hin „alle seine Länder zu verlieren“

III

Noch vor der Ankunft Digby's in Wien Khevenhiller mit Recht befürchtete, die Infantin Isabella für die Restitution des Pfalzthums zeigte sich auch die Infantin in Brüssel freundlicher als je zuvor und begünstigte die Verhandlungen zwischen Ferdinand und Isabella diesmal Brüssel ausersehen wurde. In Brüssel gleichzeitig an zwei Orten: in Madrid und in Brüssel Verhandlungen in dem letztgenannten Ort geschichte.

Man wird sich erinnern, dass Ferdinand von England vom 22. November an sprechen beantwortete, dass er einen Botschafter an ihn abschicken werde. Während der diesem Gesandten zu ertheilende und vor allem die vorherige Niederlegung

***) Wiener StA. Ferdinand an Khevenhiller

Pfalzgrafen verlangen wollte, fand sich Graf Oñate mit dem Briefe der Infantin Isabella ein, in dem sie die Forderung stellte, der Kaiser solle in einen Waffenstillstand für die Dauer eines Jahres einwilligen; während desselben sollten sich die streitenden Parteien mit dem Besitz der von ihnen occupirten Orte begnügen und der Kaiser auch die Plätze in Böhmen nicht angreifen, die der Pfalzgraf noch besetzt hielt.*) Zur Klärung dieser merkwürdigen Nachgiebigkeit von Seite der Infantin müssen wir hinzufügen, dass ihr Schreiben zu Ende Januar 1622 verfasst war, also zu einer Zeit, wo Mansfeld, der Markgraf von Baden und Christian von Halberstadt ihre Rüstungen täglich verstärkten, wo der Krieg mit Holland bereits wüthete und die Launen des Kriegsglücks leicht eine Niederlage herbeiführen konnten. In Wien hatte man ein grösseres Zutrauen zu dem Erfolge der kaiserlichen Waffen und wollte daher nichts von einem einjährigen Waffenstillstande wissen, da man aber die Mahnungen der Infantin nicht unberücksichtigt lassen konnte, wollte man so spät als möglich sich zu einer bindenden Erklärung verstehen und zögerte deshalb mit der Absendung des Grafen Georg Ludwig von Schwarzenberg, der den Gesandtschaftsposten übernehmen sollte, so dass dieser erst im April in London eintraf, wo er am 17. dieses Monats vom König empfangen wurde. Der Brief Isabella's hatte zur Folge, dass der Graf sich in London auf nichtssagende Phrasen beschränken musste, denn um der Infantin willen durfte er nicht errathen, dass der Kaiser über die Kur verfügt habe, ja er erstieg sich sogar zu der dreisten Behauptung, dass die aufgefundenen Briefe des Kaisers Fälschungen seien die in Holland gefertigt wurden. Um des Herzogs von Baiern willen durfte er sich dagegen zu keinem ernstlichen Anerbieten herbeilassen, kurz war nur zu einem Zugeständnisse bevollmächtigt, er erklärte nämlich, dass der Kaiser es der Infantin frei gestellt habe, ob sie einen Waffenstillstand bewilligen wolle oder nicht, und dass er bereit sei sich an den deshalb in Brüssel anzuknüpfenden Verhandlungen zu betheiligen. Jakob wünschte, dass Sachsen

*) Wiener StA. Oñate an Ferdinand II dd. 10. Februar 1622. Die Infantin folgte in diesen Vorschlägen wahrscheinlich den Weisungen Philipps.

und Baiern zu diesen Verhandlungen beigezogen würden und auch diesem Verlangen stimmte der Gesandte bei.*) Bezüglich Baierns hatte er mehr versprochen, als er halten konnte, denn Maximilian lehnte jede Betheiligung ab**) und thatsächlich waren später in Brüssel nur Ferdinand, Jakob und die Infantin vertreten.

Weston, der von Jakob nach der genannten Stadt abgeschickt wurde und der daselbst drei Tage vor der Schlacht bei Wimpfen anlangte,***) verlangte gleich in der ersten Audienz von der Infantin, dass sie von der ihr übertragenen Vollmacht Gebrauch mache und den Waffenstillstand bewillige. Isabella war nach Rücksprache mit ihren Räthen bereit denselben auf Mansfeld, den Markgrafen von Baden und Christian von Halberstadt auszudehnen, wenn letzterer das Stift Paderborn verlassen würde, allein Weston wollte für den Halberstädter keine Haftung übernehmen und verlangte sogar, dass die feindlichen Armeen die Ober- und die Unterpfalz räumen sollten. Da die Bevollmächtigten der Infantin, der Kanzler Pecquius und Herr von Boisshot, dieses Ansinnen ablehnten, so schlug der englische Gesandte vor, dass man allsogleich die Verhandlungen über die Friedensbedingungen beginnen solle und verlangte zu dem Ende die Zulassung eines Vertreters, den der Pfalzgraf in der Person des Andreas Pawel nach Brüssel abgeordnet hatte, welchem Begehren willfahrt wurde.

Der Pfalzgraf wollte ursprünglich auf die bevorstehenden Verhandlungen keine Rücksicht nehmen, sondern sein Heil nur in den Waffen suchen. Als jedoch der Markgraf von Baden die Niederlage bei Wimpfen erlitten hatte, beschloss er einen Gesandten nach Brüssel zu schicken, aber nun erhielt er wieder die Nachricht von dem Vormarsch Christians von Halberstadt und flugs gewann die kriegerische Stimmung wieder bei ihm die Oberhand. Er wollte abermals nichts von der Absendung des Bevollmächtigten wissen und rückte mit Mansfeld gegen

*) Sächsisches StA. Georg Ludwig von Schwarzenberg an den Kaiser dd. 14. Mai 1622. — Gardiner Prince Charles II, 192 u. folg.

**) Wiener StA. Jocher an Ulm dd. 13. Mai 1622.

***) Gardiner a. a. O. II, 202.

das darmstädtische Gebiet vor. Jakob war über seinen Schwiegersohn wegen dessen wechselnder Haltung ganz empört und forderte ihn unter heftigen Vorwürfen und Drohungen auf, augenblicklich seinen Vertreter nach Brüssel abzusenden, widrigenfalls er die Hand ganz von ihm abziehen und den Obersten Vere zurückberufen werde: durch nichts in der Welt werde er sich gegen seinen Willen in einen Krieg hineinziehen lassen und gewiss alle ihm gelegten Fallstricke zerreißen. Aus diesem Grunde sandte er den Lord Chichester nach Deutschland ab und gab ihm die Weisung, mit Vere den Rückmarsch der englischen Truppen zu verabreden, sobald der Pfalzgraf sich nicht seinen Wünschen gemäss verhalten würde.*) Noch ehe der Drohbrief Jakobs in die Hände seines Schwiegersohnes gelangte, hatte sich dieser zum Entwurf der Instruction entschlossen, nach welcher Andreas Pawel seine Interessen in Brüssel vertreten sollte; diese Nachgiebigkeit wurde jedoch nur durch die steigende Gefahr auf dem Kriegsschauplatze bewirkt, da Mansfeld sich von Darmstadt zurückziehen und den Halberstädter seinem Schicksal überlassen musste. Die Instruction bewahrheitet den von uns schon öfter gegen den Pfalzgrafen erhobenen Vorwurf, dass ihm nämlich jedes Verständniss der Sachlage und jedes Urtheil über die Verhältnisse abging. Er der Besiegte und aus seinem Besitz Vertriebene wollte sich abermals nicht mit der Restitution in seine Erbländer und seinen Titel begnügen, sondern verlangte einen Ersatz für das in Böhmen verbrauchte Geld sowie für den in seinen Ländern erlittenen Schaden und forderte, dass seine Feinde die Zahlung eines Theils des Soldes auf sich nehmen, den er seinen Truppen schuldig war. Dass er nebstbei die Wiederherstellung der religiösen Freiheit in Böhmen und die Beseitigung aller Confiscationsmassregeln gegen den dortigen Adel forderte, wollen wir ihm nicht zur Last legen, da er dadurch nur einer Ehrenpflicht genügte.**)

Als einige Tage später Christian von Halberstadt die Niederlage bei Höchst erlitten hatte, wurde Friedrich nachgiebiger, er wollte

*) Münchner StA. Jakob an Friedrich dd. 3./13. Juni 1622. — Gardiner a. a. O. II, 202.

***) Münchner StA. Instruction des Pfalzgrafen für Andreas Pawel dd. 6./16. Juni 1622.

auf Titel und Besitz zu Gunsten seines Sohnes verzichten, sein Schicksal von dem Mansfelds und des Halberstädters trennen und seinen Wohnsitz in der Unterpfalz aufschlagen, wenn Tilly ihn mit weitem Angriffen verschonen würde.*) Da er auf seine Anfrage von Tilly nicht die gewünschte Antwort erhielt, zog er sich zuerst nach Sedan und später nach dem Haag zurück und erwartete nun das Resultat der diplomatischen Bemühungen Jakobs.

Die Unterhandlungen in Brüssel drehten sich mittlerweile meist nur um Formfragen, da der kaiserliche Gesandte Anstände gegen die Vollmacht des pfälzischen Vertreters erhob, weil Friedrich in derselben den kurfürstlichen Titel führte. Jakob wollte, dass sein Schwiegersohn auch in diesem Punkte nachgebe und der Staatssekretär Calvert riet deshalb dem Pfalzgrafen, dass er die Vollmacht neu anfertigen und bloss mit seinem Taufnamen unterzeichnen möchte.***) Friedrich befolgte den Rath ***) doch ohne weitem Erfolg, da der Kaiser wegen der günstigen Aussichten auf dem Kriegsschauplatze die Verhandlungen nicht weiter führen wollte und dies dem Könige von England mit der Aufforderung anzeigte, er möge Gesandte zu
1622 dem Kurfürstentage nach Regensburg schicken, der im October eröffnet und wo das Schicksal des Pfalzgrafen entschieden werden sollte. Nur insolang gestattete er die Weiterführung der Verhandlungen, bis man sich im Einvernehmen mit der Infantin und dem Herzoge von Baiern über einen Waffenstillstand geeinigt hätte, der sich auf einige wenige Orte in der untern Pfalz beschränken sollte. †) Die einzige Concession, zu der man sich ausserdem in Brüssel herbeiliess, bestand darin, dass man dem Pfalzgrafen die Aemter von Heidelberg, Neustadt und Germersheim bis zum künftigen Ausgleich zum Nutzgenuss überlassen wollte, doch nur unter der Bedingung, dass er die

*) Ebenda. Friedrich an Jakob dd. 19./29. Juni 1622.

***) Münchner StA. Jakob an Friedrich dd. $\frac{26. \text{ Juli}}{4. \text{ Aug.}}$ 1622. — Calvert an

Friedrich, um dieselbe Zeit.

****) Münchner Hofbibliothek. Collectio Camerariana. Auszüge aus dem Briefe Friedrichs dd. 14./24. Sept. 1622.

†) Coll. Camerar. Friedrich an Jakob dd. 21. August 1622.

stungswerke von Mannheim schleife, so dass Frankenthal der zige in seinem Besitze befindliche feste Platz sein sollte.)* Weston theilte die Erbitterung Pawels über diesen Vorschlag, erwartete keine weitere Nachgiebigkeit von den Gegnern und deshalb dem Pfalzgrafen um jeden Preis wieder zu den sassen zu greifen. Einen Augenblick schien selbst Jakob empört er das Scheitern seiner Ausgleichsversuche, wenigstens schrieb Buckingham dem Pfalzgrafen, dass der König entschlossen sei u Kaiser den Krieg zu erklären, wenn er bei seiner Un- hgiebigkeit verharren würde. Friedrich wusste aber schon, er von diesen Reden zu halten habe und bemerkte in er Antwort, dass er von den brüsseler Verhandlungen kein eres Resultat erwartet habe, als von denen Digby's in Wien.***) tsdestoweniger schickte er einen Gesandten nach London der Anzeige, dass Heidelberg soeben in die Hände der e gefallen sei und knüpfte daran die Bitte, Jakob möchte t säumen, Flandern anzugreifen und den König von Däne- k zu gleichen Vorgehen gegen die katholischen Stifter in tschland überreden.***) Jakobs kriegerische Stimmung hielt ch nicht lange an, Weston musste die Verhandlungen fort- en, die durch Digby's Bemühungen und die dadurch herbei- urte Intervention des Königs von Spanien, wie wir alsbald en werden, zu einem wenn auch kärglichen Resultate führten.

Hätte sich Jakob mit dem Parlamente nicht überworfen, ern sich seiner Hilfe bedient, um den Krieg in der Pfalz aller Energie aufzunehmen, so hätte vielleicht Digby die e Ofiate so lebhaft befürwortete Reise nach Spanien nicht ernommen. Da jedoch der König von England nichts von t Bekriegung Spaniens wissen wollte und so Gondomars Rath- läge auch diesmal bei ihm den Sieg erlangten, so blieb er seinem Entschlusse und schickte den genannten Lord nach drid, um durch ihn neben der Restitution seines Schwieger-

*) Coll. Camerar. Auszug aus Pawels Brief dd. 16./26. Sept. 1622.

*) Münchner StA. Buckingham an Friedrich dd. 3./13. September 1622. — Ebenda. Friedrich an Buckingham dd. 11./21. Sept. 1622.

*) Ebenda. Memoire pour Mr. de Schomberg zu seiner Gesandtschaft nach England. — Ebenda. Friedrich an Jakob dd. 15./15. September 1622.

England und Schottland werben zu dürfen.**)
1622 England am 30. März und kam Anfangs Juni
wenige Tage später folgte ihm Gondomar, den
London abberufen hatte, um sich seines Rathes in
Angelegenheiten zu bedienen.

Digby leitete nach seiner Ankunft in Ma
handlungen in kluger Weise ein: er verdamnte
und missbilligte seine Verbindung mit Mansfeld
von Halberstadt, dagegen lobte er den Kaiser
von Spanien als billige und gerechte Fürsten,
aber, dass sie sich zum Spielball des Herzogs von
Nur um den Ehrgeiz dieses Fürsten zu befriedige
land nicht zur Ruhe kommen und der Krieg zum
Besitzungen Ferdinands und Philipps erweitert we
seine mit Schmeicheleien, Lobeserhebungen und
gungen geschickt durchflochtenen Argumente ma
nischen Staatsmänner für seine Mittheilungen em
nachdem er sich so den Boden vorbereitet ha
sine Vorschläge vor, die auf die Restitution
und auf die Heirat der Infantin mit dem Prinzen
zielten. Um allen Hindernissen zu begegnen, die
Herzog von Baiern und der Pfalzgraf gegen die
Friedensbedingungen erheben würden, schlug e
zwischen England und Spanien vor, Philipp un
ihre Truppen in der untern Pfalz vereinen t

sich ihrem Friedensplane nicht fügen wollte, das Gesetz tieren. *)

Digby's Auftreten hatte jedenfalls die Wirkung, dass man spanischen Hofe von jener auf die Befriedigung der bairischen abzielenden Politik, wie sie sich aus den an Khevenhiller und P. Hyacinth erflossenen Antworten und Erklärungen ergeben scheint, abliess, sich für die Restitution des Pfalzthrons abermals erwärmte und entsprechende Weisungen an die Infantin nach Brüssel und an Oñate abschickte. In Folge dessen verlangte der letztere von dem Kaiser, dass er über die Kur vor dem kommenden Kurfürstenconvente verfüge und stellte er in einem Memoire sogar einen Protest Spaniens in Aussicht, dass diesem Wunsche nicht genügt würde.***) Trotzdem konnte man sich auch jetzt nicht mit Sicherheit auf den neuen Umschwung der spanischen Politik verlassen, so lange Zuñiga die auswärtigen Angelegenheiten leitete, weil er mit seinen Sympathien auf der bairischen Seite stand. Eine Unterredung zwischen ihm und Khevenhiller, der Scene aus einem Intriguenstück nicht unähnlich, ist zu unserer Angabe die beste Illustration. Eines Tages nämlich der kaiserliche Gesandte im königlichen Palaste in Madrid zusammen und hier wiederholte der letztere im Namen vieler Personen die Forderung, dass der Kaiser seine Entscheidung wegen der Kur erst auf dem Kurfürstenconvente zu nehmen und sich dabei nach dem Gutachten der Kurfürsten von Mainz, Trier und Sachsen und der Infantin richten möchte. Khevenhiller erklärte, dass davon nur dann die Rede sein könne, wenn die Uebertragung der Kur an Baiern, die der Kaiser öffentlich zugesagt, nicht in Frage gestellt würde. Auf diese Versicherung brach Zuñiga in einen Strom von Vorwürfen aus: der Kaiser gesonnen sei, Spanien in einen nimmer endenden Krieg mit England und Deutschland zu verwickeln, ob das der Kaiser sei für die schweren Opfer, die der König gebracht habe, man ohne sein Vorwissen über die Kur verfüge. Khevenhiller

Wiener StA. Khevenhiller an Ferdinand dd. 1. Juli 1622.

Ebenda. Eggenberg an Ferdinand dd. 12. Sept. 1622. — Simancas: Puntos de lo que contienen las cartas del Conde de Oñate de 21. September 1622.

gespielt zu haben und versicherte, dass man dem Baiern die Kur gönne, dem Kaiser jedoch mehr Rath, im Falle Sachsen sich der Uebertragung dazusetzen sollte.*) Mit dieser Versicherung begnügt sich Khevenhüller indessen nicht, er überreichte am folgenden Tage dem Könige ein Memoire, in dem er im Namen des Kaisers erklärte, dass derselbe dem Herzoge von Baiern demnächst die Kur ertheilen werde und also um keinen Preis in die Hände des Pfalzgrafen einwilligen könne. Er verlangte, dass dem Lord Digby bezüglich der Restitution der Kur keine Rücksicht lasse, und ihm nur die Hoffnung lasse, dass sich aus Rücksicht für den König von England in Betreff der pfälzischen Besitzungen herbeilassen würde, schien, als ob auch Philipp die Rolle Zuñiga's spielen würde, Jakob keine Rücksicht üben wolle, denn seine Antwort lautete zustimmend, „er freue sich, dass der Kaiser diesen Beschluss gefasst“ und so konnte Khevenhüller nach Hause berichten, dass er den Engländer geschlagen habe.**)

Dieser Triumph sollte jedoch von kurzer Dauer sein, ein Versehen kam in einer der folgenden Sitzungen des Geheimraths das Memoire zur Verlesung, welches Khevenhüller überreicht hatte, und welches Zuñiga heimlich beigesteuert hatte, da es Zeugniß davon ablegte, dass er in den Angelegenheiten den Herzog von Baiern in Schonung sonach eine Politik verfolgte, die mit den Ansichten

deren Geheimrätthe in Widerspruch stand. In dem Memoire wurde die Versicherung angeführt, dass der König dem Herzoge von Baiern die Kur ebenso gönne, wie dem eigenen Hause, dann dem P. Hyacinth ertheilte Antwort, in der er die baldige Beendigung dieser Angelegenheit wünschte. Dies gab einigen Geheimrätthen Anlass zu heftigen Angriffen gegen Zuñiga, weil den königlichen Aussprüchen eine grössere Bedeutung beilegt habe, als ihnen in der That zukomme. Zuñiga, der sich wohl befand, nahm sich diese Vorwürfe so zu Herzen, dass er ernstlich erkrankte und einige Tage später starb. Mit ihm verlor Khevenhiller seine bedeutendste Stütze, denn schon nach kurzer Zeit zeigte es sich, dass man in Madrid die auf die Befriedigung der kaiserlichen Wünsche abzielende Politik aufgeben und in den von Zuñiga ursprünglich entworfenen Plan bezüglich der Restitution der pfalzgräflichen Erben einlenken musste. Olivares, der jetzt die Leitung der auswärtigen Politik in seine Hand nahm, war es, der diesen Wechsel in Scene brachte: er mochte vielleicht aus der, neuen Ministern eigenen Ehrerregungssucht nicht in die Fusstapfen seines Vorgängers treten, er als tüchtiger Staatsmann konnte er nicht anders handeln, weil es war doch für Spanien nicht gleichgiltig, ob das Verdict zu England seinen bisherigen freundschaftlichen Charakter behaltend oder ob man neben der französischen Eifersucht noch die Feindschaft Englands auf sich laden würde. Seine Friedfertigkeit wurde durch neue Kundgebungen Jakobs und seines Lieblings des Herzogs von Buckingham erhöht.

7. Oct.
1622

Als man nämlich in London von dem üblen Fortgang der holländischen Verhandlungen in Kenntniss gesetzt wurde, schrieb Buckingham an Gondomar einen Brief, in dem er ihm rundweg erklärte, dass Jakob an der proponirten Allianz mit Spanien nicht theilnehmen könne, wenn man seinen Schwiegersohn noch weiter greifen werde.*) Dieser Brief, sowie ein Schreiben Jakobs an Digby, worin er seine Forderungen bezüglich der Heirat der Königin, über welche Angelegenheit wir im folgenden Band berichten werden, auseinandersetzte, kam einen Tag vor Zuñiga's Tod in Spanien an. Digby begab sich in Begleitung des englischen

19.
Sept.
1622

*) Gardiner a. a. O. II, 241.

keiten eintreten zu wollen. Noch freundlicher v
Sprache, als er die pfälzische Angelegenheit ber
sicherte, dass sein König das Vorgehen des Kais
und dass, wenn es nöthig sein würde, er seine W
Jakobs verbinden werde. Fast derselben Worte
Philipp, als Digby darauf von ihm in Audienz emp
man konnte sich nach seiner Sprache keinem Zw
dass er für die Restitution Friedrichs gewonnen s
That wurde einige Tage später der Infantin Isab
zugeschickt, sie solle nicht nur ihre eigenen Trup
feindlichen Schritt gegen die Unterpfalz abhalten
gleiche Forderung an Tilly stellen und ihm die
Belagerung von Mannheim auftragen. Ueberhaupt
englischen Besatzungen vor jedem Angriff schü
wenn nöthig, mit ihnen verbinden.**)

Zeigte dieser Auftrag, dass man es in Spa
mit dem pfälzischen Ausgleiche meinte, so reifte
denselben herbeizuführen, als von England ein
schärferen Weisungen für Lord Digby anlangt
nämlich von Weston die Nachricht erhielt, dass
Verhandlungen resultatlos verlaufen würden —
hatte noch nicht den eben erwähnten Befehl er
erfuhr, dass Heidelberg in die Hände Tilly's gefa
er und seine Räthe, darunter auch Buckingham
wurde beschlossen, dem König von Spanien in

ge von Spanien angezeigt werden, dass man die unmittelbare Wiederaufnahme der Verhandlungen wegen der Restitutionswünsche und falls der Kaiser nicht in dieselbe Richtung würde, so solle sich Spanien zur Waffenhilfe oder wenigstens dazu verpflichten, dass es einem englischen Heere den Marsch durch Flandern gestatten werde. Würde Philipp IV. in zehn Tagen nach Bekanntgabe dieser Forderungen keine definitive Antwort ertheilen, so sollte Digby auch die Heiratsverhandlungen abbrechen und Madrid verlassen. Im englischen Rath wurde jetzt nur vom Krieg gesprochen, da man eine definitive Antwort aus Spanien erwartete und auch durch den vom Papste für die Heirat neu aufgestellten Bedingungen nicht zuwider; im nächsten Frühjahr wollte man eine Armee von 40000 Mann auf den Beinen haben und sie unter dem Befehl des Prinzen von Wales nach der Pfalz marschiren lassen. Eben sollte sich der Bote mit dem Ultimatum nach Spanien verfügen, als der frühere Gesandte in Spanien, Cottington

Madrid anlangte und berichtete, wie die spanischen Staatsräthe über die neuen vom Papst gestellten Bedingungen nicht eingestimmt seien und ihre Abänderung verlangten. Dies genügte Jakob wieder zu versöhnen und obwohl alle seine Staatsräthe, Buckingham und sein Sohn an der Spitze, keine Aenderung der Depesche nach Madrid zugeben wollten, kehrte er sich nicht an ihre Meinung und ertheilte dem Lord Digby den Befehl Madrid nicht zu verlassen, wenn die Antwort Philipps nicht zufriedenstellend sein würde, sondern hierüber erst nach Hause zu berichten.*)

Der Bote, der die neuen Weisungen nach Spanien bringen sollte, war ein gewisser Endymion Porter, der durch eine eigenartige Verkettung der Schicksale zuerst einige Jahre im Dienst des Grafen von Olivares gestanden war und später in den Diensten des Herzogs von Buckingham trat. Als er am 11. November 1622 nach Madrid anlangte, war der König nicht in der Stadt, statt dessen einfach dem Lord Digby die Depesche zu übergeben und diesem die weiteren Schritte zu überlassen, glaubte Porter das Beste thun und vielleicht das frühere Verhältniss zu Olivares

*) Gardiner a. a. O. II, 256 und folg.

solle. Als Digby später frug, was diese Sprache
entschuldigte sich Olivares damit, dass er vor ein
Porter nicht die Staatsgeheimnisse habe preis
Musste diese Entschuldigung das Misstrauen ver
war dies vollends der Fall, als Philipp ein o
später gegen Aston wiederholte, dass er im Nothfa
mit denen Englands verbinden werde.*) Entspr
wiederholt zu Gunsten Englands gegebenen Erklär
der königliche Secretär Ciriça bei Khevenhiller
im Namen seines Königs, dass man in Wien di
des P. Hyacinth“ nicht anders auffassen dürfe,
durch Oñate erklärt werde — was es mit dieser
ein Bewandniss hatte, zeigte hinreichend jenes
Memoire Oñate's — dass man also an den Herze
die Kur nicht vor dem bevorstehenden Reichs
tragen dürfe und auf demselben sich aller frie
bedienen müsse. Er drohte, falls diese Forderun
würde, dass der König dem Kaiser keinen weit
leisten werde.***) — Die erste Wirkung der neuen Ha
1622 äusserte sich übrigens in Brüssel, wo man gegen E
einen einjährigen Waffenstillstand zwischen Ja
Infantin vereinbarte, vermöge dessen dem Pfalzgr
künfte aus den Städten Heidelberg, Mannheim un
eingeräumt wurden. Es war nur die Frage, ob d
der Herzog von Baiern in den Waffenstillstand ei
ob der letztere Heidelberg und das eben auch in

er englische Staatssecretär Calvert über diesen Erfolg nicht ohne eine gewisse Genugthuung an den Pfalzgrafen.*)

Man kann nach den Weisungen, die man von Spanien aus nach Brüssel und Wien gelangen liess, nicht im Zweifel sein, dass man aufrichtig einen Ausgleich mit Jakob anstrebte, aber dieser Entschluss litt an zwei Mängeln, die ihn ganz werthlos machten. Zunächst fehlte es an der nöthigen Energie, um den Ausgleich trotz und gegen den Kaiser durchzusetzen und dann lebte man denselben auf einer Basis an, die kaum von Jakob,

aber von dem Pfalzgrafen angenommen werden konnte. Dieses eignete sich nämlich den ursprünglich von Zuñiga vorgeschlagenen Ausgleichsmodus an, vervollständigte ihn in seiner Fassung und theilte ihn dem Grafen Khevenhiller mit, weil man

des Kaisers Zustimmung dazu bedurfte. Ein doppeltes Ziel hatte er, das er dadurch erreichen wollte, er wollte sich der Freundschaft Jakobs versichern und den Pfalzgrafen befriedigen.

Das erste Ziel sollte nicht durch die Vermählung der Infantin Elisabeth dem Prinzen von Wales erstrebt werden, nicht etwa, weil diese dem Sohne des Kaisers zugesagt worden war, sondern weil Elisabeth ihren Widerwillen gegen diese Heirat kannte; sie hatte erst kürzlich erklärt, dass sie bei den geringen Concessionen, die Jakob den Katholiken zugestehe, seinem Sohne nie die Hand reichen, sondern lieber in ein Kloster treten werde. Wenn also

ein Opfer gebracht werden sollte, so sollte es nach der Ansicht des spanischen Ministers der Kaiser bringen und in der That thate sich der letztere — wir wissen nicht wann, aber jedenfalls

im Jahre 1622 — erboten, seine Tochter mit dem Prinzen von Wales zu verloben. Die Versöhnung mit dem Pfalzgrafen sollte dadurch angebahnt werden, dass sein Sohn mit der zweiten kaiserlichen Tochter verlobt, in Wien erzogen und in den Besitz des väterlichen Erbes und Titels gesetzt werden solle.

Man möchte diesen Plan für ein Hirngespinnst ansehen, das ohne soliden Grundlage entbehrt, denn wer gab dem spanischen Minister das Recht zu glauben, dass der Pfalzgraf auf die für ihn und seine Vergangenheit entehrende Bedingung eingehen

*) Münchner StA. Max. an Khevenhiller dd. 21. Nov. 1622. — Ebenda.

Calvert an Friedrich von der Pfalz dd. 20./30. November 1622.

Gindely, Der pfälzische Krieg.

und seinen Sohn ausliefern werde König von England um die Hand österreichischen Erzherzogin warb. Anschein ist der Plan übrigens zweideutigen Haltung erinnert, die schon oft und jetzt wieder bei kundete. Hatte er doch den Käufungen gemacht und einmal geäußert, dass er gern eine Auschiedenen Bekenntnissen versuche für das Haupt der Kirche ansehe entgegen ginge, wenn er nur ein der König geberdeten sich noch v unter andern der englische Gesandte einer schweren Krankheit, die ihn Katholik benahm. Zu Anfang des Vertrauensmann des Gesandten zu hatte ihn über die Mittel auszuhandeln in Deutschland hergestellt werden dass wohl das beste wäre, wenn heimlich aus dem Wege schaffen raten würde.**) Diese Ansprache, beilegen, zeigt zum mindesten, dass Richtungen unter den englischen eine die Interessen des Pfalzgrafen im Verborgenen wühlende und derliche, als deren Haupt man den König in den kirchlichen Fragen nicht je Charakter, der damals die Katholik ausnahmslos beseelte, sondern selb Wunder, wenn Olivares sich der Pfalzgrafen dazu bewegen zu lassen. Der Schooss der katholischen Kirche wusste, dass Jakobs Gemahlin in der lischen Kirche festgehalten hatte,

*) Ranke, die römischen Päpste II, 315

**) Khevenhiller, Annalen IX, 1239.

emahl nicht verheimlichen konnte und deshalb von ihm nicht
 egefeindet wurde, so durfte man mit einiger Wahrscheinlichkeit
 f seine Zustimmung bezüglich der Erziehung seines Enkels
 chnen.*) Trotz alledem war aber der Plan des Grafen Olivares
 durchführbar, denn wiewohl damals die öffentliche Meinung
 ht diejenige Bedeutung hatte, wie heutzutage, so hätte sich
 h bei den Protestanten aller Länder ein Schrei des Unwillens
 oben, sobald er ihnen bekannt geworden wäre und dem ein-
 amigen Verdammungsurtheil hätte sich auch Jakob nicht ent-
 en setzen können.

 El hecho de los tratados del matrimonio pretendido por el principe de
 Gales por F. Francisco de Jesus. Herausgegeben von Gardiner p. 48.
 Khevenhiller IX, 1789.

Der Deputationstag von Regens

- I Bemühungen des Kaisers um die Berufung eines Fürstliche Haltung einzelner Reichsfürsten. Abreise des Kais Ulm in München. Berathungen in Regensburg, ob Propositionen bezüglich des Waffenstillstandes in der us solle. Ablehnung der spanischen Anträge in Folge der ba Bemühungen des Kurfürsten von Mainz gegen die Befried Wünsche in Bezug auf die Kur.
- II Kaiserliche Proposition vom 7. Januar. Ankunft Maxim Berathungen des Deputationstages. Der französische (zu Gunsten Maximilians. Der Pfalzgraf von Neuburg des Deputationstages. Antwort des Kaisers. In weld die Protestanten und Katholiken ihre Meinung bezüglich Pfalzgrafen und der Uebertragung der Kur. Vorschlag Gesandten. Man beschliesst im kaiserlichen Cabinet Baiern die Kur nur persönlich und nicht erblich zu üb schen Gesandten erstatten im Deputationstag den bet der von den Katholiken angenommen wird. Entscheid die Kur. Geheimes kaiserliches Dokument, das dem gegeben wird. Die Investitur. Kaiserliche Erklärung Neuburg gegeben. Der Papst. Abrechnung zwischen de milian. Spanien. Kaiserliche Gnadenbezeugungen. Kaiser in dem badischen und marburger Erbstreite.
- III Art und Weise, wie der Kaiser in Ungarn in den wied eingeführt wird. Stanislaus Thurzo. Die kaiserlichen Con Auslieferung der Krone. Der Reichstag von Oedenbu der durch Bethlen confiscirten Güter. Die Palatinswa den Katholiken und Protestanten. Die deutschen Be Gesandtschaft an den Kaiser und an den Reichstag. Grafen Thurn nach Constantinopel. Das Resultat seiner d Petendi im Haag. Bethlen ist bereit den Kaiser im zugreifen.
- IV Das veltliner Blutbad und seine Folgen. Der Vertrag v der wiener Staatsmänner zu der Streitfrage. Wiederau Sieg der spanischen und österreichischen Waffen. Das

Mansfeld und dem Halberstädter. Der Vertrag von Kalenberg. Zusammenkunft der Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg in Annaberg. Kursachsen schlägt die Aufforderung Brandenburgs zur Bekämpfung des Kaisers ab. Vereinigung Wilhelms von Weimar mit dem Halberstädter. Mansfeld und der brandenburgische Gesandte. Friedrich und Jakob.

Die Katholiken und Protestanten trennen sich in der Beantwortung desjenigen Punktes der kaiserlichen Proposition, in dem von der Sicherung des Reichsriedens die Rede ist. Verhandlungen der Liga mit dem Kaiser über die wechselseitige Hilfe. Gesuche des Kaisers bei dem Papste. Gesuche des Kaisers bei einzelnen Reichskreisen. Die Erledigung der übrigen Punkte der kaiserlichen Proposition. Die Klagen der Reichsstädte und ihre Erledigung. Das polnische Bündniß. Der Kurfürst von Mainz und die sächsischen Gesandten.

I

Schon im Beginne des Jahres 1621 trug sich der Kaiser an die Absicht einen Kurfürstenconvent zu berufen, auf dem die feierliche Uebertragung der Kurwürde an Maximilian II. annehmen wollte, allein verschiedene Umstände, deren Bereinigung gethan wurde, verzögerten die Verwirklichung seiner Absicht. Trotz der mannigfachen Hindernisse schrieb er den Kurtag schliesslich auf Mariä Lichtmess des Jahres 1622 aus. Er verständigte die Kurfürsten hievon, aber schon im Anfang dieses Jahres sah er, dass dieser Termin nicht eingehalten werden würde, weil Spanien seine Zustimmung zu der Uebertragung der Kur noch nicht gegeben hatte, ein neuer Krieg im Anzuge war und man in Wien auch auf die Drohungen Jakobs einige Rücksicht nehmen musste. Der ausgeschriebene Kurfürstentag wurde demnach auf unbestimmte Zeit vertagt.*) Als die späteren Ereignisse auf dem Schlachtfelde eine entschlossenerere Politik gegen Spanien und die Nachrichten aus Spanien gleichfalls günstiger wurden, schrieb Ferdinand am 17. Juni einen neuen Convent ¹⁶²² am 1. September aus, der aber kein blosser Kurfürstentag sein sollte, sondern ein Reichsdeputationstag sein sollte, zu dem nach den Bestimmungen, die man im 16. Jahrhundert getroffen hatte, nicht bloss die Kurfürsten, sondern auch die Herzoge von Baiern, Braunschweig und Pommern, der Landgraf von Hessen-Darmstadt, der Erzbischof von Salzburg und die Bischöfe von Würzburg, Bamberg und Speier Zutritt hatten. Offenbar

Sächs. St.A. Ferd. an Kursachsen dd. 10. Januar 1622.

mag man deshalb zur Berufung eines Deputationstages haben, weil die Beschlüsse dieser zahlreicheren Versammlung mehr ins Gewicht fallen konnten als die eines bloss fürstentages.

In den Einladungsschreiben an die betreffenden ersuchte der Kaiser alle um ihr persönliches Erscheinen auf den Kurfürsten von Trier waren die Katholiken dazu von den Protestanten versprach nur Ludwig von D. dem Rufe zu folgen, von den übrigen Fürsten liefen Absagen, theils so geschraubte Zusagen ein, dass man sein konnte, sie würden nicht erscheinen. Der Kurfürst Brandenburg befolgte die Politik, dass er den Kaiser in seiner ersten Antwort sein Erscheinen hoffen liess, auf die wiederholte Einladung immer schwieriger wurde, bis er ganz ablehnte.*) Später erfasste ihn wieder die Art dieses übel zu deutenden Schritte und er forderte sein Gutachten auf, was er in diesen schwierigen Verhältnissen thun solle. Ihre Meinung lautete nicht genügend; sie berücksichtigten den Widerwillen des Königs gegen die Reise, machten ihn aber auch auf die Gefahren aufmerksam, denen er sich durch eine solche Feindschaft aussetze. Trotzdem blieb er bei seinem Entschlusse, wozu namentlich die Haltung seines Nachbarn und kaiserlichen Genossen, des Kurfürsten von Sachsen, bestärkte.**)

Georg hatte ursprünglich sein Erscheinen unter der Bedingung zugesagt, dass auch die anderen Kurfürsten sich per-

*) Wiener StA. Ferdinand schreibt dd. 17. Juni 1622 den Deputierten auf den 1. Sept. 1622 aus. — Ebend. Kurbrandenburg an Ferdinand dd. $\frac{26. \text{ Juni}}{6. \text{ Juli}}$ 1622. — Der Herzog von Pommern an Ferdinand dd. $\frac{26. \text{ Juni}}{6. \text{ Juli}}$ 1622. — Sächs. StA. Kurbrandenburg an Ferdinand dd. $\frac{26. \text{ Juni}}{6. \text{ Juli}}$ 1622. — $\frac{26. \text{ Aug.}}{5. \text{ Sept.}}$ 1622.

**) Berliner StA. Gutachten der brandenb. Räte dd. 1./11. Aug. Ebend. Memorial Kurbrandenburgs für Sigmund Götz dd. $\frac{30. \text{ Aug.}}{10. \text{ Sep.}}$

finden sollten;*) später wollte er sich an diese Bedingung nicht ketten, sondern versprach zu kommen, machte aber dieses versprechen bald wieder von der Bedingung abhängig, dass wenigstens die geistlichen Kurfürsten erscheinen sollten. Mittlerweile suchte er den Kurfürsten von Brandenburg zu bereden nach Regensburg zu kommen und als dieser beharrlich ablehnte und seiner Besorgniss vor den Plänen Maximilians Ausdruck gab, lehnte auch er sein Erscheinen ab und versprach nur, sich nach dem Beispiele der übrigen protestantischen Fürsten durch Gesandte vertreten zu lassen.**)

14./24.
Oet.
1622

Abgesehen von den wichtigen Interessen, die auf dem Convente entschieden werden sollten und die allerdings die Protestanten zu einer vorsichtigen Haltung nöthigten, trug die ganze Verhandlung wegen Beschickung des Conventes so viel nöthigendes für den Kaiser in sich, dass er wohl die Dornen kennen musste, mit denen die deutsche Krone durchflochten war; wusste er doch um das Erscheinen der Fürsten bitten und zu handeln, als ob er der geringste und schlechteste unter ihnen und nicht das Haupt des Reiches sei. Dass unter diesen Einladungen, Antworten und sonstigen Schreibereien der Termin verstrich, dem der Deputationstag zusammenkommen sollte, ist selbstverständlich und so musste er wieder verschoben und auf den 1622
October verlegt werden, allein auch dieser Termin wurde nicht eingehalten. Der Kurfürst von Mainz hatte noch in der letzten Stunde Schwierigkeiten erhoben und sein Erscheinen von dem des Kurfürsten von Sachsen abhängig gemacht, und erst als ihm dieses zugesichert wurde, erklärte er am 17. October 1622 nach Regensburg abreisen zu wollen,***) ohne dass er die vorherige Ankunft Johann Georgs abgewartet hätte. Er bemühte sich jetzt selbst den letztern zum Besuche des Deputationstages

*) Sächs. StA. Ferd. an Hohenzollern dd. 24. Juli 1622. — Ebenda. Kursachsen an Ferd. dd. 4./14. Juli, $\frac{30. \text{Juli}}{9. \text{Aug.}}$ und $\frac{24. \text{Aug.}}{3. \text{Sept.}}$ 1622.

***) Sächs. StA. Kursachsen an Ferd. dd. $\frac{24. \text{Sept.}}{4. \text{Oct.}}$, 14./24. Oct. 1622. —

Kursachsen an Kurbrandenburg dd. $\frac{30. \text{Sept.}}{10. \text{Oct.}}$ 1622.

**) Wiener StA. Hans Jakob Kurz von Senftenau an Ferd. dd. 23. Sept. 1622.

und so musste der Kurfürst von Sachsen, wenn auf die Sperrung der lutherischen Kirchen in Regensburg wollte, einen neuen Grund ersinnen, der ihm die Reise möglichst mache. Er schrieb, dass er kommen würde von dem Erscheinen Kurbrandenburgs in Kenntniss würde und nun sollte Ferdinand wieder den letzteren kommen lassen.**) Der Kaiser drehte sich und kam nicht vorwärts, bis endlich Johann Georg ein Ende machte, als seine Mutter starb, denn er sich hinter den Schmerz, der ihm die Reise damit war sein Nichterscheinen entschieden.***)

Der Kaiser hatte mit seiner Gemalin die Reise nach Regensburg mit dem gebräuchlichen Luxus jener Tage anfangen lassen, der auf alles andere nur nicht auf die Leere in Regensburg schliessen liess. In seinem Gefolge befanden sich auch der Kurfürst von Sachsen und der Sohn Christians von Anhalt, der bei der Schlacht auf dem weissen Berge gefangen worden war. Mit seinem Ehrenwort hatte verpflichtet müssen, ihm gegönnte Freiheit nicht zur Flucht benützen zu lassen. Sein feines Benehmen hatte er sich den Beifall der in Regensburg gestellten wiener Damen gewonnen, in Folge dessen er in Regensburg seines Ehrenworts entbunden und in Freiheit gesetzt wurde. Neben diesen Fürstlichen Begleitern hatte der Kaiser alle Geheimräthe und sonst hervorragende Persönlichkeiten, wie Eggenberg, Johann Georg von

rrach, Trauttmannsdorff, Lobkowitz, Wratislav von Fürsten-
 rg, Adam von Waldstein, Strahlendorf und Otto von Nostitz.
 diese schlossen sich die Rätthe der verschiedenen Aemter
 ul Kanzleien an, wie z. B. die des Reichshofrathes, der Hof-
 ammer, des Hofkriegsrathes, der ungarischen und böhmischen
 anzelei, denn man hatte es auf einen langen Aufenthalt in
 Regensburg abgesehen und musste also von dort aus die
 gierung führen. Im kaiserlichen Gefolge befand sich noch
 zahlreiches Küchen- und Stallpersonale, 100 Hartschiere und
 Leibtrabanten, so dass die Gesamtzahl der wiener Gäste
 Hinzurechnung der für die Kaiserin bestimmten Dienerschaft
 600 Personen betrug, für deren Unterkunft viele Häuser in
 Regensburg hergerichtet werden mussten, während der Kaiser
 ost in der bischöflichen Residenz seinen Aufenthalt aufschlagen
 ite.*) Als er sich am 24. November Regensburg näherte, 1622
 erde er von dem Erzbischof von Salzburg, dem Bischof von
 ürzburg und dem Landgrafen von Darmstadt, die ihm ent-
 gengezogen waren, erwartet und darauf in die Stadt geleitet;
 en Tag später trafen auch die Kurfürsten von Mainz und Köln
 Obwohl das Erscheinen so vieler und so reicher Gäste, die
 ch mehrere Vertreter auswärtiger Fürsten und zwar des Papstes,
 Königs von Frankreich, der Herzoge von Mantua, Lucca
 Modena vermehrt wurden, für die Bürger von Regensburg
 e ergiebige Einnahmsquelle bilden musste, so begrüßte die
 adt den Convent nicht mit jener Zuvorkommenheit, die man
 emuthen sollte. Die Bürger fürchteten nicht ohne Grund, dass
 die Gäste tausendfache Ausschreitungen zu Schulden kommen
 en würden, und eine derartige Aussicht hatte für die wohl-
 benden Patriezier nichts verlockendes.**)

Die Verhandlungen nahmen nicht gleich nach der Ankunft
 e Kaisers und der genannten Fürsten ihren Anfang, da man
 ch auf das Erscheinen Kursachsens hoffte und sich dieser
 ffnung um so mehr hingab, weil sich keine sächsischen Ge-
 edten angemeldet hatten. Auch von Brandenburg war noch

*) Sächs. StA. Der kais. Hofstaat in Regensburg.

**) Sächs. StA. Memorial der Stadt Regensburg für den Kaiser im Monat
 Oct. oder November 1622.

vermittelten Waffenstillstande seine Zustimmung, Zusammentritt des Deputationstages verschoben, sich früher mit Maximilian verständigen wollen. Er hatte der Plan, sich der pfälzischen Kurlande zu um so mehr an Intensität gewonnen, seit Tilly sich Theiles der untern Pfalz bemächtigt und namentlich Mannheim erobert hatte. Der Kaiser, der sich spanischen Friedenswünschen und den bairischen Vorkriegsgelüsten in einer unbehaglichen Lage befand, schickte seinen vicekanzler Ulm nach München um sich Rath zu holen, er nach Brüssel bezüglich des Waffenstillstandes zu gehen. Dies geschah ungefähr vierzehn Tage vor dem Beginn der burgundischen Verhandlungen. In den wiederholten Gesprächen mit dem Herzoge und seinen Räthen, namentlich mit dem Grafen Mansfeld, überzeugte er sich bald, dass man in München weniger als früher gesonnen sei die Waffen ruhen zu lassen. Alle Gründe, die Maximilian für die Fortführung des Krieges vorbrachte, sollten nur seinen Ehrgeiz verdecken. demnach mehr oder weniger bei den Haaren herbei. einer derselben hatte eine unleugbare Bedeutung. wies darauf hin, dass Mansfeld und Christian von Mansfeld von neuem zu rüsten begännen, dass ihre Kriegsvorbereitungen die Besitzungen des Kurfürsten von Köln bedrohten, deshalb keinen Waffenstillstand mit ihrem notorischen Feinde, dem Pfalzgrafen, abschliessen könne. Thaten die die feindlichen Rüstungen täglich einen bedrohlichen

Tilly die Nachricht ein, dass die Infantin von ihm verlange, er solle sich dem Waffenstillstand anbequemen und die Belagerung von Frankenthal aufgeben. Maximilian theilte dies dem Reichsvicekanzler mit und frug ihn um seine Meinung, die ganz so war, als ob er in bairischen Diensten gestanden wäre. Er setzete nämlich, dass Tilly den Angriff energisch fortsetzen solle, wenn er der Festung in einigen Tagen Herr werden könnte; im Falle aber die Belagerung sich wegen der winterlichen Jahreszeit die Länge ziehen sollte, so solle er sie lieber abbrechen und der Infantin zu Willen sein. — Wie sehr man in München für die Erlangung der Kur erpicht war, zeigte sich auch bei diesen Verhandlungen in schlagender Weise. Maximilian und seine Räthe verübelten es dem Kaiser sehr, dass er eben jetzt die lutherischen Kirchen in Böhmen gesperrt und dadurch Verlassung geboten habe, dass Kursachsen nicht nach Regensburg käme,*) kurz sie trugen eine tolerante Gesinnung zur Schau, deren Dauer allerdings auf eine kurze Spanne Zeit beschränkt sei. Da Maximilian noch nicht nach Regensburg reisen wollte, gleich der Kaiser bereits dort war, die Entscheidung über die Waffenstillstandsfrage aber nicht länger aufgeschoben werden durfte, so schickte er den Dr. Jocher und seinen Vicekanzler Richel dahin ab, um sich durch sie bei den Berathungen zu betheiligen und in der Waffenstillstandsfrage sein Interesse wahren zu lassen.

An den Berathungen, die am 5. December ihren Anfang nahmen, 1622 theilnahmen, betheiligten sich die Räthe der anwesenden Fürsten (Mainz, Köln, Salzburg, Würzburg und Hessen-Darmstadt) und von den abwesenden die von Trier und Baiern. Von Seite der kaiserlichen Kanzlei lagen zwei Schriftstücke vor, ein Schreiben, in dem die Fürsten um ihr Gutachten über den Waffenstillstand ersucht wurden und ein Memorial des spanischen Gesandten, Grafen Oñate, worin er die Bedingungen desselben erörterte.**)

*) Wiener StA. Relation Ulms dd. 26. Nov. 1622. — Ebenda. Ulm an Ferd. dd. 26. Nov. 1622.

***) Sächs. StA. Zuschrift des Kaisers an den Regensburger Convent. — Ebenda. Memorial Oñate's dd. 5. Dec. 1622. — Ebenda. Ludwig von Hessen-Darmstadt an Kursachsen dd. $\frac{29. Nov.}{9. Dec.}$ 1622.

Dem Pfalzgrafen sollten die Einkünfte der Aemter von Heidelberg, Mannheim und Frankenthal eingeräumt und die Stadt Heidelberg übergeben werden, wogegen er Frankenthal und Mannheim (welches zur Zeit des abgeschlossenen Waffenstillstandes noch nicht erobert war) der Infantin einräumen sollte. Würde der Friede binnen einem Jahr nicht abgeschlossen werden, so sollte er Heidelberg räumen, dagegen wieder in den Besitz von Mannheim und Frankenthal treten. — Bei der nun folgenden Berathung vertraten die kurkölnischen Räthe den bairischen Standpunkt. Sie wollten nichts von der Uebergabe Heidelbergs an den Pfalzgrafen wissen, da damit factisch eine Art Restitution ausgesprochen würde, nichts von der Bewilligung eines Waffenstillstandes, da man vor den Angriffen Mansfelds nicht sicher sei, und auf diesen der Waffenstillstand nicht ausgedehnt werden könne, weil er kein Land besitze und Niemand mittlerweile freiwillig seine Armee werde unterhalten wollen. Die bairischen Räthe brachten dieselbe Gründe vor und verstärkten sie durch den Hinweis, dass die längere Unterhaltung der Armee den Katholiken fast unmöglich sei, sie deshalb den Krieg zu Ende führen müssten und nicht durch einen Waffenstillstand verlängern dürften. Die andern Räthe gaben keine bestimmte Meinung ab, sondern erklärten vorher an ihre Herren berichten zu wollen, nur die aus Trier hielten sich in ihrem Gutachten halb zu Baiern, halb zur Infantin.

Als die Berathung am folgenden Tage fortgesetzt wurde, wies Köln nochmals auf die Gefahren hin, die von Mansfeld und den Holländern drohten, Baiern darauf, dass Mannheim mittlerweile (nach Abschluss des Waffenstillstandes in Brüssel) erobert und der Stand der Dinge dadurch ein anderer geworden sei. Die übrigen Räthe näherten sich jetzt diesem Gutachten, nur Hessen-Darmstadt trat für die Waffenruhe ein und ersuchte die Anwesenden, dass sie keinen Beschluss ohne Anhörung des Kurfürsten von Sachsen fassen und deshalb an ihn die Bitte richten möchten, sich an den Berathungen in Regensburg zu betheiligen.*) Dieser Antrag fand allseitige Zustimmung und es wurde eine Einladung an Kursachsen beschlossen, die jedoch

*) Sächs. StA. Protokoll des regensburger Convents.

ebensowenig Erfolg hatte, wie die kaiserlichen Aufforderungen und Bitten.

Aus diesen Angaben ist ersichtlich, dass Maximilian von Baiern durch seine Rätthe auf die katholischen Mitglieder des Convents einen entscheidenden Einfluss ausübte, und dieser Einfluss erstreckte sich auch auf den Kaiser, was sich aus der Antwort ergibt, die der letztere dem spanischen Gesandten auf dessen Anzeige von dem abgeschlossenen Waffenstillstande ertheilte. Ferdinand wollte denselben nur dann ratificiren, wenn dem Pfalzgrafen weder Heidelberg noch Mannheim überliefert und die Waffen allgemein niedergelegt würden, man sonach vor den Angriffen Mansfelds, der bereits in das Stift Münster vorgegriffen war, gesichert wäre. Für den Fall, dass Mansfeld die Hauptrolle im Solde Hollands und nicht des Pfalzgrafen spielen würde, müsste sich die Infantin an seiner Bekämpfung betheiligen und deshalb ihre Truppen auf den Reichsboden abziehen. Da Oñate aufrichtig wünschte, dass der Waffenstillstand auf Grund der von der Infantin vorgeschlagenen Bedingungen abgeschlossen werde, so gab er sich mit dieser Antwort nicht zufrieden, sondern wies darauf hin, dass man den Pfalzgrafen nicht für die holländischen durch Mansfeld ausgeführten Angriffe verantwortlich machen dürfe, er verlangte auch jetzt Heidelberg für den Pfalzgrafen und nur bezüglich Mannheims wollte er weitere Verhandlungen zulassen. Statt nachzugeben erschwerte der Kaiser seine früher gestellten Bedingungen: erst dann wenn Mansfeld und Christian von Halberstadt entwaffnet wären, sollte der Pfalzgraf seinen Aufenthalt in Deutschland aufschlagen dürfen. Wenn der Pfalzgraf feierlich erklären und die Erklärung schriftlich wiederholen würde, dass er die Hand gänzlich von Mansfeld abgezogen habe, so wolle der Kaiser der Behauptung Glauben schenken, aber er könnte auch dann dem Pfalzgrafen den Eintritt in Deutschland nicht zugestehen, so lange er Mansfelds und des Halberstädters nicht Herr geworden sei.*)

*) Sächs. StA. Memorial des spanischen Gesandten dd. $\frac{25. \text{Nov.}}{5. \text{Dec.}}$ 1622.—

Ebenda. Resolutio caesaris. — Ebenda. Oratoris hispanici replica. —
Ebenda. Ulterior resolutio caesaris.

Um ja einer unvorgesehenen Nachgiebigkeit Ferdinands zu begegnen, richteten die bairischen Vertreter eine Zuschrift an den Kaiser, worin sie zwar versicherten, dass es ihnen nur um den Frieden zu thun sei, aber zugleich erklärten, dass ihr Herr Heidelberg und Mannheim nur dann aufgeben werde, wenn der Kaiser sein Versprechen bezüglich der Uebertragung der Kur erfüllen und den Ersatz für die aufgewendeten Kriegskosten leisten würde!*) An dieser Forderung musste jede weitere Verhandlung scheitern, der Kaiser konnte und wollte nicht zahlen und wo sollten der Pfalzgraf oder Jakob die 10 Millionen Gulden hernehmen, die Maximilian für die Occupation der Ober- und Unterpfalz in Rechnung bringen wollte? So wurde also die Nachgiebigkeit des Kaisers gegen die Wünsche des Herzogs von Baiern nicht allein durch die Gefahren herbeigeführt, mit denen ihn Mansfeld von neuem bedrohte und denen er nur mit Hilfe der Liga Widerstand leisten konnte, sondern auch durch die bevorstehende Abrechnung über die von der Liga geleisteten Dienste. Wir haben gesehen, wie der Herzog seit anderthalb Jahren gegen alle Mahnungen aus Wien taub blieb und seine Hilfeleistung in dem böhmischen Feldzug nicht berechnete, bald hatte er die, bald jene Ausflucht, weil er den Kaiser auch mit den Auslagen für den Krieg in der Ober- und Unterpfalz belasten wollte. Als seine Rätthe in Regensburg gesprächsweise andeuteten, dass sich die Gesamtsumme der bairischen Forderungen auf 20 Millionen Gulden belaufen dürfte, geriet der Kaiser in einen unsagbaren Schrecken. Um diese Summe zu verzinsen, genügte nicht die Verpfändung Oberösterreichs allein, es hätte noch halb Böhmen hiezu geschlagen werden müssen**) und von einer Auslösung dieser Gebiete hätte nie mehr die Rede sein können. Er sah ein, dass diese Rechnung nur dann reducirt werden dürfte, wenn er sich den bairischen Forderungen gefügig zeigte. Die Bewilligung der Waffenruhe auf Grund der von Oñate vorgeschlagenen Bedingungen wurde

*) Wiener StA. Die bairischen Gesandten an Ferd. dd. 25. u. 30. Dec. 1622.

**) Münchner StA. Jocher und Schuss an Max. dd. 7. u. 11. Dec. 1622. — Ebenda. Jochers Memorial an den Kaiser dd. 9. Dec. 1622. — Ebenda. Jocher an Max. dd. 7. Dec. 1622. — Ebenda. Max. an Jocher u. Schuss dd. 11. Dec. 1622.

definitiv abgelehnt und die Proposition, die der Kaiser am Januar dem Deputationstage vorlegte und auf die wir später 1623 zurückkommen werden, bewies, dass er der Situation Rechnung hielt und dass Maximilian nach allen Richtungen über seinen eigenen Widerstand gesiegt hatte.

Im Laufe des Monats December waren endlich die Gesandten der Kurfürsten von Sachsen in Regensburg erschienen, während die brandenburgischen, braunschweigischen und pommerschen Gesandten immer auf sich warten liesen. Johann Georg hatte die beiden Esaias Brandenstein, Georg von Werthern, Dr. Tüntzel und den Gesandten am kaiserlichen Hofe Zeidler mit seiner Vertretung betraut und ihnen den Auftrag gegeben gegen die Abschlagnahme der lutherischen Kirchen in Böhmen zu protestiren, allem aber in die Uebertragung der Kur an Maximilian nicht einzuwilligen. Der Kurfürst von Sachsen zog damit seine früheren Aussagen zurück, er fühlte sich durch die Vorgänge in Böhmen in seinem Gewissen beunruhigt und wollte nur dazu seine Zustimmung geben, dass die Kur und die Kurlande auf die Kinder des Pfalzgrafen übertragen würden und somit der letztere nicht ohne Erfolg ausgehe.*)

Nachdem Tag auf Tag verstrich und man bereits die zweite Woche nach Neujahr erreicht hatte, ohne dass die Ankunft der übrigen eingeladenen Fürsten und ihrer Vertreter erfolgt wäre, beschloss der Kaiser nicht länger mit der Vorlage der Proposition zu säumen und namentlich die beabsichtigte Uebertragung der Kur an Baiern anzuzeigen. Man war noch in den ersten Tagen des Jahres im kaiserlichen Cabinet darüber nicht einig, in welche Worte man die Proposition kleiden sollte, man wollte auf die den sächsischen Gesandten ertheilte Instruction Rücksicht nehmen und ersuchte deshalb den Kurfürsten von Mainz, er möchte auf irgend eine Weise hinter das Geheimniss derselben zu kommen suchen.***) Der Kurfürst erklärte sich wohl zu diesem Dienste bereit, aber wie wenig man seines Eifers versichert sein konnte, ergibt sich daraus, dass er sich im letzten Augenblicke gegen die Uebertragung der

*) Sächs. StA. Instruction für die kursächs. Gesandten nach Regensburg.

**) Münchner StA. Hyacinth an Max. von Baiern dd. 2. Januar 1623.

ebenso vergeblich, wie Oñate, der sogar sämtliche bis zur Ankunft des Kurfürsten von Sachsen aufgewollte. Der spanische Gesandte begründete seine Zuschrift, als deren Verfasser man einen modernen und nicht einen glaubenseifrigen Spanier vermuten konnte, keinen Preis, meinte er, dürfe man rücksichtslos die protestantischen Stände von sich stossen, Religionskrieg zur Folge haben würde, man nur Gelegenheit erfassen und Frieden schliessen, währendlich nur nach vorübergehender Restitution möglich war. Oñate trat entschieden als Gegner auf, er folgte den Weisungen der Infantin, die gleich bestimmt gelautet haben mögen, da sie zwar das Kommen des Convents wünschte, im Falle Sachser aber gleichzeitig dem Könige von Spanien ans Kaiser und die deutschen Katholiken nicht zu verwerfen, der erstere trotz aller Abmahnung über die Kur zu einem neuen Krieg käme.*)

Dieser im letzten Augenblicke gegen die Massregeln erhobene Widerstand änderte jedoch den Entschluss des Kaisers: er hatte dem Herzog seit Jahr und Tag so oft das Versprechen gegeben, die Kur übertragen werde, hatte sie ihm auch schon zugesagt und konnte also nicht mehr zurückweichen. 2

1. auf der betretenen Bahn wurde er nicht bloss
ermuntert, auch der P. Hyacinth erschien am Neujahr
Januar
1623

bemerkte aus Anlass eben angelangter Briefe, dass der Kaiser ihm und die Liga gewiss mit Geld unterstützen würde, und dass irgend eine Gefahr aus der Uebertragung der Kur entstehen würde. Bei Gelegenheit dieser Audienz brach Ferdinand in's Klare aus, die ein grelles Licht auf seine Stellung zu Maximilian warfen. Er erklärte, wie er aus Liebe zu seinem Vetter gern bereit sei das gegebene Versprechen zu erfüllen, trotzdem er von allen Seiten, selbst von Spanien gewarnt werde, wie er sich deshalb in unberechenbare Auslagen und Schwierigkeiten verwickelt habe und kein Ende davon abzusehen vermöge. Trotzdem er sich dem habe sich bei der Verhandlung über den von Jakob vermittelten Waffenstillstand gezeigt, dass Maximilian auch die ihm besetzten Theile der Unterpfalz als Pfand für die Rückzahlung der verausgabten Summen behalten und sich also mit der Erzherzogthum Österreich und der Oberpfalz als Pfand nicht begnügen würde! Dies geschehe wider das Versprechen, welches er (Max.) dem Grafen von Hohenzollern gegeben, dass er nämlich keinen Anspruch für die Exekutionskosten in der Unterpfalz beanspruchen würde. Alle diese Klagen und Andeutungen beweisen, dass der Kaiser den Wünschen Spaniens bezüglich der unteren Unterpfalz nachkommen und diese dem Pfalzgrafen wieder einräumen würde, dass er aber durch die stets weiter gehenden Geldsprüche Baierns an jedem entscheidenden Schritte gehindert würde.*)

II

Da der Kaiser also entschlossen war sein Versprechen zu erfüllen, lud er die Mitglieder des Convents ein, sich zur Empfangnahme der Proposition bei ihm einzustellen. Im grünen Saal der bischöflichen Residenz fand die Zusammenkunft statt, der Kaiser erwartete die Fürsten und die fürstlichen Gesandten an dem Tische stehend, begrüßte sie mit einer kurzen Ansprache, 17.
Januar
1623 der er sich ihren Rath ausbat und überreichte dann dem Kurfürsten von Mainz die Proposition ohne die Punkte derselben vorher zur Kenntniss der Anwesenden zu bringen. Da man in jenen Zeiten die parlamentarischen Formen nicht so in der

*) Münchner StA. Hyacinth an Max. dd. 2. Januar 1623.

Glädely, Der pfälzische Krieg.

Die Proposition enthielt einige Punkte von § über die nur dann eine gedeihliche Verhandlung wäre, wenn an der Berathung nicht bloss einige der ganze Reichstag Theil genommen hätte, und der Reichstag berufen worden wäre, die Mitglieder den Glauben getrennt und die Fürsten nicht um die Gestaltung eines einheitlichen Reichswesens unter allen Bedingungen, die damals nicht erfüllt werden konnten, so dass von vornherein die Fassung erspriesslich unmöglich war. Im ersten Punkt theilte der Kaiser in Anbetracht der fortgesetzt feindlichen Haltung der Kur entkleidet, dieselbe dem Herzog von Baiern verliehen habe und ihn während der Kriegsjahre mit ihr belohnen wolle. In dem zweiten Punkt Rath, wie es anzustellen sei, dass er und die Reichsräthe ihren Beistand zur Wiedererwerbung der entlassenen geleistet hatten, des Friedens versichert bleiben und die Anschläge und Praktiken der Feinde verhüten, ferner wie man den Angriffen der Holländer bei den Ausposten aus dem Reiche, wo sie einige Orte besetzt halten könne, wie die seit dem Reichstage von 1613 eingeworfenen Gravamina abzustellen und wie endlich das Reichswesen aus ihrem Verfall zu heben seien. Am Schluss schloss sich die Bitte um eine Geldhilfe behuf

ztere nicht länger mit seiner Abreise nach Regensburg. Mit
 ossem Glanz, den er Monate lang vorbereitet hatte, zog er mit
 iner Gemalin am 12. Januar Abends in diese Stadt ein, be- 1623
 leitet von seinem Bruder, dem Kurfürsten von Köln, der ihm
 unge Meilen entgegenefahren war und gefolgt von seinen
 Beamten und Räthen, Leibgarden und Trabanten und allen
 hervorragenderen Edelleuten, die in seinem Gebiete ansässig
 waren und die er eigens hiezu eingeladen hatte. Die Gesamt-
 zahl des Dienstpersonals, das mit ihm seinen Einzug hielt oder
 nach Regensburg vorausgeeilt war, belief sich auf 451
 Personen.*) Am folgenden Morgen besuchte er den Kaiser,
 dem er des glänzendsten Empfanges sicher sein durfte.
 Wie anders war die Lage Ferdinands vor drei Jahren gewesen,
 die beiden Vettern über ihr Bündniss in München ver-
 handelten und wie war sie jetzt! Dass dieser Umschwung ein-
 getreten war, durfte Maximilian mindestens zur Hälfte als sein
 Verdienst in Anspruch nehmen. Der Kaiser war nichts weniger
 undankbar und so empfing er den Herzog mit eben so
 freundlichen Worten, wie er ihm in Thaten seinen Dank ab-
 zahlen wollte. Anderthalb Stunden brachte der Herzog bei
 seinem ersten Besuch in der kaiserlichen Gesellschaft zu und
 zwei Tage später der Kaiser diesen Besuch erwiderte,
 leb er drei Stunden beim Herzog. Ihre beiderseitige Intimität
 ist klar zu Tage und beschäftigte die Zungen der Mitglieder
 des Conventes ebenso wie die der regensburger Bürger.**)

Es vergingen vierzehn Tage, bevor der Convent die kaiserliche
 Opposition in Berathung nahm. Mittlerweile erschienen endlich
 die brandenburgischen Gesandten, deren Eintreffen dem
 Kaiser durch ein Schreiben des Kurfürsten angekündigt wurde,
 dem es hiess, dass er bereits Anstalten getroffen habe, um
 sich persönlich nach Regensburg zu verfügen, dass aber die
 Mutter des Kurfürsten von Sachsen gestorben sei und er zu
 deren Begräbniss reisen müsse. Nun erfahre er, dass der Kurfürst

*) Sächs. StA. Bairischer Fourierzettel. — Münchner StA. Max. an die
 bairischen Landstände dd. 30. Aug. 1622. — Ebenda. Max. an Ludwig
 von Fürstenberg dd. 3. Oct. 1622, an den Domdechanten dd. 3. Oct.
 1622 und an die Stadt Regensburg dd. 3. Oct. 1622.

**) Sächs. StA. Lebzelter an Kursachsen dd. 7./17. Januar 1623.

Uebung hatte, wie heutzutage und die Rollen nicht in voraus vertheilt waren, so ergriff keiner der Anwesenden das Wort, um dem Kaiser zu entgegnen. Der Kurfürst von Mainz, der das Schriftstück übernahm, ging mit seinen Genossen zur Thür und frug sie, ob einer von ihnen, der geschulter sei als er, die Anrede beantworten wolle. Als dies alle ablehnten, trat er mit ihnen wieder vor und versicherte den Kaiser, dass man seine Proposition „in fleissige und gewissenhafte Berathung“ ziehen und ihm dann über die gefassten Beschlüsse berichten werde.

Die Proposition enthielt einige Punkte von grosser Tragweite, über die nur dann eine gedeihliche Verhandlung möglich gewesen wäre, wenn an der Berathung nicht bloss einige Fürsten, sondern der ganze Reichstag Theil genommen hätte, und wenn, im Falle der Reichstag berufen worden wäre, die Mitglieder nicht durch den Glauben getrennt und die Fürsten nicht um jeden Preis gegen die Gestaltung eines einheitlichen Reichswesens gewesen wäre, alles Bedingungen, die damals nicht erfüllt werden konnten, so dass von vornherein die Fassung erspriesslicher Beschlüsse unmöglich war. Im ersten Punkt theilte der Kaiser mit, dass er in Anbetracht der fortgesetzt feindlichen Haltung des Pfalzgrafen ihn der Kur entkleidet, dieselbe dem Herzog Maximilian von Baiern verliehen habe und ihn während dieses Convents mit ihr belehnen wolle. In den weiteren Punkten verlangte er Rath, wie es anzustellen sei, dass er und die Fürsten, die ihm ihren Beistand zur Wiedererwerbung der entrissenen Länder geleistet hatten, des Friedens versichert bleiben und „die bösen Anschläge und Praktiken“ der Feinde verhütet werden könnten, ferner wie man den Angriffen der Holländer begegnen und sie aus dem Reiche, wo sie einige Orte besetzt hätten, vertreiben könne, wie die seit dem Reichstage von 1613 erhobenen Reichsgravamina abzustellen und wie endlich das Justiz- und Münzwesen aus ihrem Verfall zu heben seien. An diese Anträge schloss sich die Bitte um eine Geldhilfe behufs Instandhaltung der ungarischen Grenzfestungen. *)

Als der Kaiser sich offen dazu bekannt hatte, dass er die Kur an den Herzog von Baiern übertragen habe, zögerte der

*) Sächs. StA. Kais. Proposition dd. 7. Januar 1613.

Pfalzgraf von Neuburg, dass sie zum mindesten nicht dem
 Herzoge von Baiern zu Theil werde. Der Kaiser hatte ihn
 kurz vor Beginn des Convents durch P. Hyacinth um seine
 Zustimmung ersuchen lassen, aber allen Vorstellungen des Kapu-
 ciners begegnete der Pfalzgraf mit dem Hinweise auf die goldene
 Bulle, welche die Rechte der Agnaten wahre, so dass Hyacinth
 unverrichteter Dinge abziehen musste. Der Fürst behielt sich
 das Recht vor seine Sache bei dem Convente zu vertreten*)
 und erfüllte diese Drohung, indem er eine Schrift einschickte,
 in der er in sachkundiger Weise seine Rechte vertheidigte,
 er wies neben der goldenen Bulle auch auf das Herkommen
 der Reiche hin, das eine Schädigung der Agnaten nicht gestatte,
 auf die Familienverträge, die von mehreren Kaisern bestätigt
 worden seien, insbesondere aber auf die früheren Belehnungen,
 unter denen neben der heidelberger Linie auch die neuburgische
 und er selbst namentlich angeführt werde, endlich auf Ferdinands
 eigenes Versprechen, der ihm eine ähnliche Belehnung zusagte,
 als bereits der Pfalzgraf Friedrich sich des Verbrechens schuldig
 gemacht hatte.***)

24.
 Januar
 1623

In der folgenden Sitzung des Convents suchte der Kurfürst
 von Köln den Eindruck abzuschwächen, den die Zuschrift des
 Neuburgers machte, indem er das Verbrechen Friedrichs als so
 unorm schilderte, dass dadurch auch die Agnaten ihrer Rechte
 verlustig geworden seien. Wenn der Pfalzgraf begnadigt würde,
 so wäre der Kaiser allein der gestrafte, da er durch den Krieg
 weit grösseren Schaden in seinen Besitzungen erlitten hätte als
 dieser. Die protestantischen Mitglieder des Convents verwahrten
 sich gegen die Anschauungen Kurkölns und nachdem noch einige
 die Reichsstädte betreffenden Angelegenheiten zur Verhandlung
 gekommen waren, schloss die Sitzung. Zwei Tage später über-
 schickte der Kurfürst von Mainz die Antwort des Convents in
 die kaiserliche Kanzlei; sie enthielt die zustimmende Erklärung
 der Katholiken und die Verwahrung der Protestanten. Die Antwort
 war so gehalten, dass man den Kurfürsten von Mainz nicht

24.
 Januar
 1623

*) Wiener StA. Fra Giacinto an Ferd. II dd. 10. Nov. 1622.

**) Sächs. StA. Pfalzgraf Wolfgang Wilhelm von Neuburg an den Convent
 dd. 24. Jan. 1623.

der geringsten Parteilichkeit in ihrer Zusammenstellung beschuldigen konnte, im Gegentheile es scheint, dass er nochmals dem Kaiser das Gefährliche seiner Entscheidung vor Augen stellen wollte und deshalb die protestantischen Gegengründe mit mehr Nachdruck anführte als die katholische Zustimmung.*) Der Landgraf von Darmstadt suchte den Eindruck, den die Antwort des Convents auf den Kaiser machen musste, noch dadurch zu erhöhen, dass er ihn am selben Tage besuchte und im Interesse eines allgemeinen Friedens um die Restitution des Pfalzgrafen bat.***) Dass schliesslich auch der Bruder des geächteten Kurfürsten einen Vertreter nach Regensburg schickte und um die Uebertragung der Kur auf seine Person ersuchte, im Falle der Kaiser über sie verfügen würde, wollen wir nur nebenbei anführen.***)

Im Rathe Ferdinands wurde jetzt eine Schrift vorbereitet, welche die oppositionellen Ansichten der Protestanten bezüglich der freien Verfügbarkeit über die pfälzische Kur widerlegen sollte. Am 30. Januar wurde man mit ihr fertig und schickte sie dem Convente zu. Ferdinand vindicirte sich in derselben das Recht unbeschränkt über die Kur verfügen zu dürfen und milderte diese Erklärung nur durch den Zusatz, dass er erbötig sei den Pfalzgrafen in Gnaden aufzunehmen und mit ihm über die Restitution in seinen Besitz zu verhandeln.†) Die Katholiken waren mit dieser Erklärung zufrieden, die Protestanten verwarfen sie ebenso, wie den früheren kaiserlichen Antrag.

Mancher Leser dürfte die Frage aufstellen, was eigentlich in Angelegenheit der Kur Rechtens war: ob der Kaiser befugt war den Pfalzgrafen zu ächten und über dessen Kur zu verfügen oder nicht. Was man in Erwägung der gegenseitigen Streitschriften, die bei dieser Gelegenheit und später gewechselt

*) Sächs. StA. Die sächsischen Gesandten an Kursachsen dd. 17./27. und 18./28. Januar 1623. — Ebeuda. Antwort des Convents auf die kais. Proposition dd. 30. Jan. 1623.

**) Sächs. StA. Protokoll des regensburger Convents.

***) Sächs. StA. Castiglione, Pfalz-Simmerscher Gesandter, an den Convent dd. $\frac{18. \text{Jan.}}{7. \text{Febr.}}$ 1623.

†) Sächs. StA. Kais. Antwort dem Convent gegeben dd. 6. Feb. 1623.

urden, auf diese Frage antworten kann, wollen wir hier kurz und bündig anführen.

Die Gegner der über den Pfalzgrafen verhängten Acht suchten das Ungesetzliche dieser Massregel dadurch zu beweisen, dass sie sich auf § 39 und § 26 der kaiserlichen Wahlkapitulation beriefen, von denen der erstere bestimmt, dass der Kaiser nicht ohne „Befragung“ der Kurfürsten in einer „wichtigen Sache“ eine Entscheidung treffen und der letztere, dass über keinen Reichsstand die Acht verhängt werden dürfe, bevor er gehört worden sei. Gleichzeitig führten sie auch die reformirte Kammergerichtsordnung vom Jahre 1555 an, in welcher ausdrücklich festgesetzt wurde, dass die Execution erst dann gegen einen Reichsstand vorgenommen werden dürfe, wenn die Acht über ihn zu Recht erkannt worden sei. Dies sei aber bei dem Pfalzgrafen nicht geschehen, der Process sei gegen ihn nicht ordentlich eingeleitet worden, er sei nicht citirt und nicht verhört und folglich nicht ordnungsmässig abgeurtheilt worden.*)

Auf kaiserlicher und bairischer Seite bemühte man sich den Nachweis zu liefern, dass die Bestimmungen der Executions-

*) Der § 39 der kaiserlichen Wahlkapitulation lautet wörtlich also: „Wir sollen und wollen auch allen des heiligen Reichs Churfürsten, Fürsten und Ständen, sowol ihren Botschaften und Abgesandten jederzeit schleunige Audienz und Expedition ertheilen, denselben ihre Lehenbrief und Lehen nach dem vorigen Tenor unweigerlich widerfahren lassen. In wichtigen Sachen, so das Reich betreffen, bald Anfangs der Churfürsten Raths und Bedenkens uns gebrauchen, insonderheit aber unsern geheimen und des Reichs Hofrath mit Fürsten, Grafen, Herrn vom Adel und anderen ehrlichen Leuten nicht allein aus unsern, auch mehrentheils denen, so im Reich teutscher Nation und andern Orten erzogen und geboren, darin begütert, der Reichssachen wol erfahren, gutes Namens und Herkommens seyn, also bestellen, damit männiglich schleunig unpartheiisch justitia administrirt werden möge.“ — Der § 26 der betreffenden Kapitulation lautet: „Wir sollen und wollen auch fürkommen und keineswegs gestatten, dass nun hiefüro Niemand, hohes oder niedriges Standts, Churfürst oder Fürst oder anderer ohne Ursach auch unverhört in die Acht und Aberacht gethan, bracht oder erklärt werde, sondern in solchen ordentlichen Process und des h. römischen Reichs voraufgesetzte Satzung nach Ausweise des h. römischen Reichs im gemeldtem 55. Jahre reformirten Kammergerichtsordnung und darauf erfolgter Reichsabschied in dem gehalten und vollzogen werde. Doch dem Beschädigten sein Gegenwehr vermög des Landfriedens unabbrüchig.“

ordnung von 1555 auf den gegenwärtigen Fall nicht anwendbar seien und dass es überhaupt überflüssig gewesen sei den Pfalzgrafen, wie der § 26 der Wahlkapitulation vorschreibt, vor der Achtung zu verhören, indem er vom Kaiser früher verurteilt wurde, der Reichsfriedensbruch, dessen er sich durch die Annahme der böhmischen Krone schuldig gemacht habe, notorisch war und bei einer allfälligen Citation und einem Verhöre des Beschuldigten nichts herausgekommen wäre, was seine Schuld vermindert hätte, abgesehen davon, dass bei notorischem Friedensbruch der Schuldige ipso facto in die Acht ver falle. Gewiss, die Gründe, welche die kaiserliche Partei dafür vorbrachte, dass der Pfalzgraf nicht citirt wurde, lassen sich nicht einfach mit der Bemerkung ablehnen, dass man den Buchstaben des Gesetzes verletzt habe. Hatte der Kaiser einen unbestrittenen Anspruch auf die Krone von Böhmen — und vom rechtlichen Standpunkt konnte das Niemand bestreiten — so war der Pfalzgraf ein notorischer Friedensbrecher, der sich nicht auf den Buchstaben des Gesetzes steifen konnte, wenn der Sinn desselben nicht an ihm verletzt wurde. Man hätte auf kaiserlicher Seite die Nichtcitation des Pfalzgrafen auch damit entschuldigen können, dass er dem Rufe des Kaisers gewiss nicht gefolgt wäre und sich nicht zur Verantwortung gestellt hätte, als er die Krone von Böhmen annahm. Auf alle Fälle hatte aber der Kaiser den § 39 seiner Wahlkapitulation dem Buchstaben und dem Sinne nach verletzt, denn er hatte in einer wichtigen Angelegenheit — und was konnte es wichtigeres geben, als die Achtung eines Kurfürsten — den Rath der Kurfürsten nicht eingeholt und war auf diese Weise eigenmächtig vorgegangen.

Dieser Vorwurf wurde selbstverständlich nur von protestantischer Seite und zwar von dem Kurfürsten von Brandenburg erhoben, denn die Katholiken würden ohne viel Widerstreben ihre Zustimmung ertheilt haben. Wenn man aber von brandenburgischer Seite den Kaiser der Verletzung des § 39 seiner Wahlkapitulation anklagte, so musste man doch auch darüber Rede stehen, ob man ihm gegenüber seine Pflicht nicht versäumt habe. Das Reich war verpflichtet den Kaiser als rechtlichen Inhaber der Krone von Böhmen in seinem Besitz zu vertheidigen, statt dessen stand Brandenburg während des ganzen Aufstandes

den friedlichsten Verhältnissen zu dem Pfalzgrafen, hinderte ihn sein moralisches Ansehen, dass sich der obersächsische Kreis dem Kurfürsten von Sachsen anschloss und dem Kaiser Hülfe leistete und handelte überhaupt so, als ob der letztere und sein Besitz ausserhalb des Schutzes der deutschen Reichsverfassung stünden. Wenn die Reichsfürsten dem Kaiser bei der Verwerfung des österreichischen und böhmischen Aufstandes Hülfe hätten, dann hätten sie unstreitig mit Recht fordern können, dass er die Wahlkapitulation in keinem Punkte verletze, jenen Fürsten aber, die ihn offen und verdeckt anfeindeten, kein Recht die Einhaltung der Wahlkapitulation zu verlangen, denn sie wurde unter der, wenn nicht ausdrücklichen, doch stillschweigenden Bedingung beschworen, dass auch das Ansehen seiner Pflicht eingedenk sein würde. Wenn wir durch die Ablegung der bezüglich der Achtung des Pfalzgrafen sich verpflichtenden Gründe gezeigt zu haben glauben, dass der Kaiser nicht so willkürlich handelte, wie man sonst annahm, so legen diese Rechtsdeductionen dennoch keinen besonderen Werth

Wichtige Staatsangelegenheiten lassen sich nicht in der Weise eines gewöhnlichen Privatprocesses entscheiden. So wie es in Europa im Recht zu sein glaubte, als es den Enkel Philipps XIV in der spanischen Succession bekämpfte, trotzdem er der wahre Erbe war, da man die Freiheit Europa's höher schätzte, als die Befriedigung verbrieftener Erbansprüche, konnte auch Ferdinand sich über die Einhaltung gewisser Bestimmungen der Executionsordnung hinaussetzen — da sie nicht in Hinblick auf die letzten erschütternden Ereignisse sondern auf kleine Streitigkeiten und Uebergriffe einzelner Reichsfürsten getroffen worden waren — wenn er seinen Sieg zur Festigung des deutschen Staatswesens ausgebeutet hätte. Dazu war jedoch keine Hoffnung vorhanden: das Volk war im Glauben zertheilt, die Parteien feindeten einander mehr an, als dies Völker verschiedener Nationalität zu thun im Stande sind und aus diesem Grunde wollten sie eben so wenig wie die Fürsten von einer gemeinsamen Kaisergewalt etwas wissen. In den oberen und unteren Schichten der Bevölkerung fehlte es also an einem gemeinschaftlichen Interesse, das allein dem Staatswesen Festigkeit gab und in kritischen Zeiten keinen Zweifel darüber aufkommen

da der Kaiser sich um dasselbe nicht kümmert nur der Führer aber nicht der Herr war — die Ordnung in der Wiener Regierung und der stete Verlust von Provinzen, aber nicht die Erweiterung, kann mit einem Worte die Auflösung ein aber nicht die Neubegründung eines solchen her Aufgabe, wenn sie gelöst werden sollte, erfordert ununterbrochener Arbeit, eine eiserne strenge Sparsamkeit und pünktliche Pflichten, die den Wiener Staatsmännern eben so mütigen und freigebigen Ferdinand abgingen. Als betrachtet waren sie vielleicht liebenswürdig, aber Würdigkeit ist kein Kitt für ein aus den Fugen Staatswesen, das neu eingerichtet werden soll.

Auf dem Convente gewannen die Protest Ueberzeugung, dass der Pfalzgraf nicht mehr und deshalb liessen ihn die kursächsischen Gefolge ihrer Instruction fallen und schlugen in der Verhandlung, die sie mit den brandenburgischen Räten, dass man sich nur seiner Kinder annehmen sollte, die Bürger verwarfen jedoch diesen Ausweg*) und der Kanzler des Landgrafen von Darmstadt erklärte, denselben nicht billigen werde, so hatte der Gesandte kein Resultat und die sächsischen Gesandten

den folgenden Berathungen des Convents einfach gegen die Übertragung der Kur, so dass sich zwischen ihnen, Brandenburg und Hessen-Darmstadt kein Zwiespalt bei der Abstimmung (ab. *) Als dem Kaiser die zweite Entgegnung des Conventes erreicht werden sollte, bemerkte der Kurfürst von Mainz, dass er diesmal die gegentheiligen Ansichten nicht ausführlich vortragen werde, sondern einfach über das Gutachten der Majorität berichten werde, aber seine Ansicht wurde von dem Landgrafen Hessen-Kassel und den übrigen protestantischen Gesandten bekämpft und erwidert, insofern nach, als er sich verpflichtete die Verhandlungsprotokolle dem Kaiser zuzuschicken. Schliesslich wurden aber auch die drei protestantischen Voten in die dem Kaiser erreichte Antwort eingefügt und so den Ansichten der Minorität Rechnung getragen. **)


Der mainzische Kanzler suchte nun in einer Privatunterredung die sächsischen Räte für die Katholiken zu gewinnen, in der er gelangte eben so wenig zum Ziele, wie der französische Gesandte, da die Räte nur ihren Aufträgen folgen konnten. ***) Der Widerstand des Kurfürsten von Sachsen, der sich auf diese Weise den brandenburgischen Anschauungen anschloss und die Haltung des Pfalzgrafen hintanhaltend wollte, noch mehr aber die Rüstungen, die um diese Zeit im niedersächsischen Kreise vorgenommen wurden und die gegen die Katholiken verwendet werden konnten, erschreckten den Kaiser und seine Räte mehr als alle Warnungen des Erzbischofs von Mainz und des Grafen von Salm. Nachdem alle Versuche zur Gewinnung Johann Georgs von Sachsen, die alle noch im Monat Januar und Februar an ihn ergangenen 1623 Ladungen zum Besuche des Conventes resultatlos geblieben waren und man gegen die von Pfalz-Neuburg vorgebrachten Argumente keine stichhaltige Entgegnung fand, begann man im kaiserlichen Cabinet einer anderen Anschauung Raum zu geben. Eggenberg, dem der spanische Gesandte unablässig in den Ohren lag, wagte es zuerst gegen Baiern und Köln mit

*) Sächs. StA. Die sächs. Gesandten an Kursachsen dd. 2./12. Feb. 1623.

*) Ebenda. Relation des Convents auf die kais. Replica dd. 15. Feb. 1623.

— Ebenda. Die sächs. Gesandten an den Kurfürsten dd. 3./13. Feb. 1623.

*) Ebenda. Dieselben an denselben dd. 8./18. u. 11./21. Feb. 1623.



Der Kaiser selbst lud die einzelnen Fürsten, die Kurfürsten von Mainz und den Landgrafen von sich ein und besprach sich mit ihnen in diesem solchem Erfolg, dass der letztere die Versicherung werde den weiteren Widerstand aufgeben.*)

1623 Als nun der Convent am 21. Februar zu diesem die anwesenden Fürsten persönlich zuschlugen die trierer Gesandten entsprechend dem Uebereinkommen vor, dass die kurfürstliche Würde von Baiern zwar jetzt zu übertragen sei, dass die Pfalzgrafen über seine Aussöhnung verhandelt behufe ein neuer Convent ausgeschrieben werde der Friede auch dann nicht zu Stande kommen könne. Das kurfürstliche Collegium darüber urtheilen, ob die Kur frei verfügen oder sie den Kindern der Pfalzgrafen und wem von ihnen zuerkennen sollte. Von Baiern aber solle sich schriftlich verpflichten, das Urtheil des kurfürstlichen Collegiums Folge leisten auf die kurfürstliche Würde verzichten werde. Seine Zustimmung zu diesem Vorschlag gegenwärtig erhob der Kurfürst von Köln keinen Widerspruch. Die anderen Geistlichen stimmten bei und der Landgraf von Darmstadt willigte seinem Versprechen gemäss dem vorgeschlagenen Ausweg unter der Bedingung ein, dass in der Reformation der lutherischen Kirchen die Pfalzgrafen solle. — Von einer andern wahrscheinlich er

zum Urtheil des künftigen Convents betraut und also nichtlich gar nicht investirt werden solle. Davon wollte aber Herzog von Baiern nichts wissen: wenn ihm die Kur nicht übertragen würde, so verlangte er zum mindesten, sie ihm auf Lebenszeit übertragen werde.*) Der spanische Gesandte versuchte noch im letzten Augenblicke den Herzog zu bewegen, dass er auf die Kur verzichte und erbat sich zu dem Ende eine Audienz bei ihm, allein er kam so wenig zu den Zielen, wie sein Beichtvater, den er aus demselben Grunde abgeschickt hatte. Oñate rächte sich schliesslich durch einen Witz für die Nichtbefolgung seiner Rathschläge: sein Witz, sagte er, sei zwar mächtig, aber nicht allmächtig, und werde man erfahren, wenn man seine Hilfe anfehen werde, den durch die Uebertragung der Kur heraufbeschworenen Gefahren zu begegnen.**)

Da alle Anstrengungen umsonst waren den Herzog von Baiern zur Herabminderung seiner Ansprüche zu bewegen, schickte der Kaiser dem entsprechend seine letzte Entscheidung am 23. Februar dem Convente zu. Dieses Schriftstück bot in seinem Inhalte ein treues Bild der Unentschiedenheit, die im kaiserlichen Cabinete herrschte, indem es Unmögliche, einen Ausgleich zwischen den bairischen und sächsischen Forderungen versuchte. Ferdinand erklärte, dass er die Pfalzgrafen in Anbetracht „der grossen und unverantwortlichen Verbrechen,“ die er sich zu Schulden kommen liess, die Entziehung seiner Kur bestrafen müsse, im übrigen den Fürbitten befreundeter Fürsten nachgeben und ihn in den Besitz einsetzen) wolle, wenn der Pfalzgraf sich zur „schuldigen Humiliation und Deprecation“ ablassen würde. Ja er genug mit diesem Versprechen, dessen Einhaltung der Kaiser jedenfalls mit Oberösterreich hätte bezahlen müssen, da es nie ausgelöst hätte, zu dessen Ertheilung ihn jedoch die Spannung Spaniens und Sachsens und die Rüstungen im nieder-

) Simancas. Oñate an Philipp IV dd. 22. und 23. Feb. 1623.

) Sächs. StA. Die sächs. Gesandten an ihren Herrn dd. 16./26. Feb. 1623.

— Coll. Camerar. Löwenberg an ? dd. 15./25. Feb. 1623.



Zurückführung ersehen, als ob er die Kur zu bieten würde und wir glauben fast, dass er selbst Oberösterreich zu verlieren dazu bereit war, was wirklich zu erreichen war und er von seinen besorgen musste, dass sie ihn hinterlistig würdigen. Die Schlussbestimmung, dass er die Kur für Lebenszeit übertrage, hatte bei dem übrig Schriftstückes nichts herausforderndes und würde vielleicht Anklang gefunden haben, wenn die durch die Religion getrennt gewesen wären und noch mehr in die Wagschale fiel — sie nicht die Uebung der kaiserlichen Gewalt verworfen hätte.

Die Protestanten gaben deshalb auf die Verheissung des Kaisers nicht viel und seine Verheissung machten auf sie nicht den gewünschten Eindruck. Das Vertrauen der minder feindlich Gesinnten geschwunden sein, wenn sie Kenntniss von einem erhalten hätten, das Tags darauf zwischen dem Herzog von Baiern vereinbart wurde und darauf den letzteren wegen seiner getäuschten Hoffnung entschädigen. Der Kaiser erklärte in demselben wegen der von Sachsen und Brandenburg erhobene und um des Königs von England willen ihm die Kur in der Form der schriftlichen Zusage vom 22. September (in der die Kur auf Maximilian erblich wurde), und dass, wenn jener Schiedspruch des


Wenn ausfallen, dann verpflichtete sich der Kaiser den Herzog seine Lebenszeit im Besitze der Kur zu lassen. Für den als der Schiedspruch zu Gunsten der Agnaten lautete, erklärte der Kaiser, dass er sich an denselben nicht binden sondern thun werde, was dem Rechte und der Billigkeit entspräche. *)

Der Kaiser bestimmte den 25. Februar zur Vornahme der Investitur. Eingeladen wurden zu diesem Akte alle Mitglieder der Deputationstages und alle fremden Gesandten, aber weder einen noch die andern erschienen vollzählig, denn ausser dem spanischen Gesandten fehlten die Vertreter von Sachsen und Brandenburg. Anwesend waren dagegen der Landgraf von Hessen-Darmstadt mit seinem Sohne, weil er „zu der Investitur dem Kaiser befohlen worden sei“, und er diesen Befehl wegen seiner Privatsachen“ nicht habe unberücksichtigt lassen können.***) Von den fremden Gesandten fand sich ausser andern noch der Nuncius ein; dagegen wird uns von der Anwesenheit des französischen Residenten am Kaiserhofe, Baugy, nichts berichtet. P. Hyacinth hielt am Morgen in der städtischen Kapuzinerkirche in Gegenwart des Kaisers und des Herzogs von Baiern eine Predigt, in der er die Uebertragung der Kur als einen politischen Sieg pries und seine Zuhörer aufforderte, sich um die Gegenallianzen zu kümmern, sondern allein auf die Bewegung der katholischen Kirche bedacht zu sein.

Herzog Maximilian bereitete sich auf die bevorstehende Handlung durch Anhörung dreier Messen vor und verfügte darauf zu Wagen in die Bischofsburg, begleitet von seinen Brüdern, dem Kurfürsten von Köln und dem Herzog von Lothringen, der am frühen Morgen angekommen war. Er trat sofort gleich in den Saal, wo er vom Kaiser belehnt werden sollte, sondern harrte in dem Vorzimmer, bis er gerufen würde. Vor die Handlung ihren Anfang nahm, erschien der Pfalzgraf von Neuburg in der Bischofsburg und verlangte Audienz bei dem Kaiser, um gegen die Verleihung der Kur zu protestiren. Die Audienz wurde ihm versagt, worauf er sich in dem Vorsaale

Wiener StA. Kais. Erklärung dd. 24. Feb. 1623.

Sächs. StA. Protokoll des regensburger Convents dd. 15./25. Feb. 1623.



der Landgraf von Darmstadt und andere hochgeversammelt hatten und ein glänzender Thron antrieben indessen zwei Zwerge und zwei Hofn Schabernack, bis der Eintritt des Kaisers, der in eines zahlreichen Gefolges um die eilfte Vormittag Einzug hielt, diesem Treiben ein Ende machte.

Die feierliche Handlung begann damit, dass vicekanzler Freiherr von Ulm das Wort ergriff wie der gewesene Kurfürst und Pfalzgraf Friedric Verbrechen die Kur verwirkt und wie der Herzog dem Kaiser in seiner Noth treu beigestanden habe deshalb mit der Uebertragung der Kur belohnt Die im Saale anwesenden Vertreter des Herzogs der Oberstkämmerer Graf Johann von Hohenzollmarschall Graf Egon von Fürstenberg und der Preising, wurden nun aufgefordert ihrem Herrn hievon zu machen, was sie in Begleitung des Reichs Grafen von Pappenheim thaten. Nach einigen kehrten sie zurück und berichteten, dass der Herzog sei die Kur anzunehmen, worauf der Vicekanzler dass in diesem Falle der Kaiser die Investitur ertheile Nun erschien der Herzog selbst geleitet von dem Kurfürsten von Salzburg und seinem Bruder Albrecht und beugte sich vor dem Kaiser drei Mal das Knie. Der Reichsvicekanzler hielt eine Ansprache, die der Herzog unter Versicherung seiner Dankbarkeit und Treue beantwortete worauf

Der Kaiser unterhielt sich nun mit dem neuen Kurfürsten durch
 längere Zeit, ohne dass Jemand die gesprochenen Worte verstehen
 konnte, so „heimlich“ wurde das Gespräch geführt und als
 diese Unterhaltung zu Ende war, traten die andern Fürsten
 Maximilian und beglückwünschten ihn. Damit nahm die
 öffentliche Handlung nach einstündiger Dauer ihr Ende. Ihr
 Ende ein Banket und am Schlusse desselben wurde der Kaiser
 in einer Weise bedient, die an die glänzendsten Tage des Mittel-
 alters erinnerte, der neue Kurfürst reichte ihm nämlich in Ge-
 sellschaft mit den beiden Landgrafen von Hessen-Darmstadt
 Wasser und das Handtuch. *)

So war der sehnliche Wunsch des Herzogs von Baiern erfüllt;
 hatte über alle Schwierigkeiten gesiegt und den Kaiser sogar
 veranlasst auf den Widerspruch Spaniens keine Rücksicht zu
 nehmen. Zwar hatte er noch nicht völlig erlangt, was sein
 Herz beehrte, die Kurwürde war ihm nicht erblich übertragen
 worden und ebenso wenig die Länder des vertriebenen Pfalz-
 grafen, allein er schrak vor den zu bewältigenden Schwierig-
 keiten nicht zurück; langsam und vorsichtig entfernte er ein Hin-
 derniss nach dem andern und fand hiebei an der Ueberstürztheit
 die Unvernunft des Pfalzgrafen den besten Bundesgenossen.**)
 Die Einnahmen würden für die Durchführung so grosser Pläne
 nicht hingereicht haben, allein er hatte sich die Einkünfte der
 sächsischen Bischöfe dienstbar gemacht, wie nie zuvor ein Kaiser.
 Die Bischöfe sahen ihn als denjenigen an, der sie vor dem

*) Sächs. StA. Die sächs. Gesandten an Kursachsen dd. 15./25. Feb. 1623.
 — Khevenhiller Annales X, 62. Die brandenburgischen Gesandten, die bei
 diesem Akt nicht zugegen, aber jedenfalls über die Vorgänge dabei gut
 informirt waren, berichten, dass der Herzog von Baiern sich ausdrücklich
 dafür bedankt habe, dass der Kaiser ihm mit der Kur auch die „zuge-
 hörigen Länder und Leute mit verliehen habe,“ obwohl der Reichsvice-
 kanzler bei seinem Vortrage derselben „nicht erwähnt habe.“ Was von
 dieser Angabe zu halten ist, wissen wir nicht mit Bestimmtheit anzu-
 geben, wir glauben aber nicht, dass sie richtig ist, da sie anderweitig
 nicht bestätigt wird und der Herzog Maximilian sich wohl nicht einbilden
 konnte, dass er durch eine derartige Ueberlistung das Ziel seiner
 Wünsche, den Besitz der Ober- u. Unterpfalz, erreichen werde. Berliner
 StA. Die kurbrand. Gesandten an ihren Herrn dd. 18./28. Feb. 1623.

**) Khevenhiller Annales X, 70.

Gladely, Der pfälzische Krieg.

ragenden Fähigkeiten, dem in allen Ländern dies keiner gleichkomme. Man war überzeugt, dass Kraft und Macht für die Aufrechthaltung des h auf das Wohl der Fürsten und der Bischöf Zustandes einsetzen werde und dass, wenn er je e begünstigte, dies nur zu Gunsten der katholisch Fall sein würde. Auch bei dem Kaiser fiel sein Urtheil in die Wagschale; alte Studienerinn wandtschaft und Dankbarkeit für die bewerkste Achtung vor dem nüchternen und klaren Verstan und namentlich vor seiner finanziellen Ordnung b Ferdinand sich seinen Rathschlägen unterordnet Sachlage konnte Maximilian sicher sein, dass sich keiten gegen die Durchführung seiner Wünsche nur tischer Seite erheben und sich deshalb beseitigen denn Spanien hoffte er mit Hilfe des Kaisers s dienstbar zu machen.

Auch nach vollzogener Investitur hörte der Neuburg mit seinen Klagen nicht auf, ja er gab se einen noch drastischeren Ausdruck und schimpfte b eines Besuches, den die Gesandten des Pfalzgrafen l ihm abstatteten, in der gröbsten Weise über den was in der jüngsten Resolution von den Ansprüch und Agnaten auf die Kur und von der Untersuchung versprochen worden sei, seien „lauter Lügen“ und nicht genug wundern, dass man „auch ihm, einer

ren musste, davon gibt das Dokument Zeugniß, das Ferdinand
 f Wochen nach der Investitur dem Pfalzgrafen von Neuburg
 dessen unaufhörliche Klagen ausstellte und das mit der, dem
 rzog Maximilian am 24. Februar ertheilten Zusage ebenso im 1623
 erspruche stand, wie diese Zusage mit der Tags vorher
 n Convent abgegebenen Erklärung. In der dem Pfalzgrafen
 olfgang Wilhelm ausgestellten Urkunde versprach der Kaiser,
 es er ihn und seine Erben mit der Kur und den dazu
 örigen Ländern oder einem Theil derselben nach dem Tode
 ximilians belehnen werde, falls durch späteres Erkenntniß
 kurfürstlichen Collegiums Friedrich und seine Nachkommen
 Kur entkleidet würden. Für den Fall, dass die Kinder
 edrichs in die früheren Rechte eingesetzt würden, sollte der
 lzgraf von Neuburg wieder die nächste Anwartschaft auf
 pfälzische Kur besitzen, falls die Linie Friedrichs IV aus-
 ben sollte. Wie wenig Wolfgang Wilhelm diesen Verspre-
 ngen traute, geht daraus hervor, dass er sich in demselben
 tumente auch das Versprechen geben liess, dass er die
 asten Anrechte auf die Kur nach Maximilian von Baiern
 dessen Erben haben solle, im Falle der letztere in den
 icken Besitz der Kur gelangen würde.*)

Der Kurfürst von Mainz söhnte sich endlich mit der Ueber-
 tung der Kur völlig aus und erbat sich vom Kaiser einige
 äle der unteren Pfalz, welchem Beispiele der Landgraf von
 anstadt folgte. Oñate protestirte vor Eggenberg gegen diesen
 acher, indem er die Frage aufwarf, in welcher Weise man
 mit dem Pfalzgrafen aussöhnen wolle, wenn man ihm auch
 Unterpfalz nehme. Als man in Rom von der Haltung Oñate's
 antniß erhielt, war man darüber erbittert; der Kardinal
 rovisio beschuldigte die Spanier, dass sie sich in ihrer Politik
 von Gewinnsucht leiten liessen, ein Vorwurf, der nicht
 ründet war, denn wenn Philipp IV dem drohenden Kriege
 England und der Gefährdung des spanischen Handels aus-
 icken wollte, so war dies auch vom katholischen Standpunkte
 s nicht blosser Egoismus. Maximilian glaubte sich dem Papste

*) Sächs. StA. Kais. Bewilligung wegen der Anwartschaft auf die Kurpfalz
 gegeben dem Pfalzgrafen von Neuburg dd. 30. März 1623.

dem Dankschreiben, das Maximilian an ihn rief von feurigen Versicherungen, er erklärte, dass etwa bloss die Uebertragung der kurfürstlichen V sondern sie geradezu bewirkt habe.*)

Für den Kaiser hatte die Befriedigung Maximilian den Gewinn, dass der letztere endlich mit sich über die Kriegskosten herausrückte, so dass später in Prag eine Uebereinkunft wegen der Bez werden konnte. Darnach beliefen sich dieselben 28. April 1623 Gulden, die zur einen Hälfte auf Oberösterreich auf die Oberpfalz versichert wurden und 2 perzentiger Verzinsung sich der Kaiser bis zu Rückzahlung verpflichtete.**)

Dem Kaiser und seinen katholischen Freunden vor allen Dingen daran, Spanien in der alten Allianz und den Widerspruch daselbst zu beschwichtigen Philipps, im Falle der Krieg in Deutschland wies sollte, gewiss zu sein. Bevor man in Madrid Regensburg vollzogenen Investitur Kunde erlangt

*) Max. an den Papst bei Khevenhiller Annales X. 7 die sächsischen Gesandten an ihren Herrn dd. 16./26

**) Hurter IX, 205. Wir haben diese Urkunde, über die nicht gefunden, zweifeln aber nicht im geringsten an Aus dem von Hurter angegebenen Inhalte schliessen dem neuen Kurfürsten nicht bloss die gegen Böhmen bezahlen musste, sondern auch die gegen die obere

dem Grafen Khevenhiller weitere Mittheilungen gemacht, auf welcher Grundlage man den Frieden in Deutschland herstellen sollte. Ausser dem Vorschlag dass der Pfalzgraf, wie wir schon vorher erwähnten, seinen ältesten Sohn nach Wien schicken und unter der Aufsicht des Kaisers erziehen lassen und später seine Erbschaft mit dessen jüngeren Tochter zugeben sollte, wollte man dass Maximilian die Kur auf Lebenszeit erhalte und später die bairische Linie mit der pfälzischen in ihrem Besitze alternire. *) Dem Khevenhiller hierüber nach Hause berichtete, wurde auch die Königin Isabella von diesem Plane verständigt und sie ersuchte den Grafen Oñate um dessen Befürwortung bei dem Kaiser. Der Graf kam dem Auftrage nach, verbesserte ihn aber auf eigene Verantwortung, weil er dessen sonstige Verwerfung voraussah. Er schlug vor, dass der Pfalzgraf nicht bloss seinen Sohn zur Erziehung hergebe, sondern sich auch zur Zahlung einer Summe von sechs Millionen Gulden an den Kaiser verpflichte, mit welcher Summe dieser Oesterreich auslösen könnte. Die Kur sollte Maximilian verbleiben, nach seinem Tode aber die pfälzische Linie zurückfallen, die ohne weiteres Zögern den Besitz der unteren Pfalz eingesetzt werden sollte, wogegen die Oberpfalz erst dann erhalten würde, wenn sie mit sechs Millionen ausgelöst würde. Eggenberg, dem Oñate diesen Vorlag mittheilte, machte Schwierigkeiten ihn dem Kaiser mittheilen, da er auf diese Weise auf die Auslösung der Lausitz verzichten müssen. **) Nichtsdestoweniger berichtete er darüber an Ferdinand, in dessen Rath der Vorschlag trotz der Zustimmung von Kurmainz verworfen wurde.

Bei diesen auf die Begnadigung des Pfalzgrafen gerichteten Bestrebungen Spaniens sollte man erwarten, dass die Anfrage des Kaisers von der vollzogenen Investitur daselbst einen eigentlichen Unwillen hervorrufen werde. Dies war jedoch nicht der Fall, in Madrid hatte man schon vor Erhaltener Nachricht die Meinung gewechselt, als man in Erfahrung brachte, dass sich der

*) Simancas. Summario de las cartas del conde de Oñate dd. 9. u. 15. Marzo 1623. — Khevenhiller, Annales X, 78.

**) Simancas. Tres cartas del conde de Oñate de 24. de Abril, 15. y 31. de Mayo 1623.

Als das kaiserliche Schreiben nun in Spanien anlangte, so sollte es um so beschwichtigender wirken, da der Kaiser ihm mittheilte, welche Verpflichtungen er gegen Baiern hatte, sondern gegen Philipp IV dieselbe Sprache gegen den Convent. Auch seinem Vetter gegenüber erklärte er, dass er Maximilian nur vorläufig mit der Kur und es der Entscheidung des künftigen Kurfürsten überlasse, was dieser bezüglich der pfalzgräflichen Agnaten bestimmen werde. Dass Maximilian seinen Besitz der Kur treten solle, im Falle der Ungunsten der Agnaten ausfallen würde, davon sprach die Handschrift nichts zu lesen. Trotzdem billigte Philipp IV drücklich die von dem Kaiser getroffene Massregel, weil der Prinz von Wales nach Madrid gekommen war, die Verhandlungen damit in eine Phase traten, später berichten werden.

Durch die Uebertragung der Kur an Maximilian hatte der Kaiser seiner Dankbarkeit gegen seine Bundesgenossen Ausdruck gegeben, auch seine Anführer und Diener gingen nicht leer aus und wurden bald früher oder jetzt für ihre Leistungen belohnt. Slatin und Sternberg wurden im Jahre 1621 in den Grafenstand erhoben und der Fürst von Liechtenstein mit Jägerndorf, der Grafen Johann Georg entzogen worden war, bei Regensburg ertheilte der Kaiser dem Herrn von Lichtenberg den Grafen von Hohenzollern und Salm den Reichsgrafenstand.

Standeserhöhungen später grosse Geschenke für einzelne der Ausgezeichneten knüpften und dass solche auch anderen bewährten Dienern zu Theil wurden, ist bei der Freigebigkeit des Kaisers selbstverständlich. Auch Tilly sollte in den Fürstenstand erhoben werden, er dankte jedoch für diese Auszeichnung, weil er nicht verheiratet sei und begnügte sich mit den ihm vom Kaiser angebotenen 100.000 Thalern, zu denen die Liga noch 20.000 Thaler beifügte. Einzelne Fürsten zeichneten ihn durch besonders werthvolle Geschenke aus, so verehrte ihm der Kurfürst von Köln eine goldene Kette, der Erzbischof von Salzburg eine „Feldtruhe,“ die prachtvoll mit Silber ausgeschmückt und an 2000 Thaler werth war; der sparsame Herzog Maximilian schenkte seinem genügsamen General ein schönes Pferd.*)

Auch den Landgrafen Ludwig von Darmstadt musste man von kaiserlicher Seite für seine treuen Dienste zu belohnen suchen. Es bot sich hiezu der passendste Anlass, wenn man in den seit Jahren zwischen ihm und seinem kasseler Vetter bei dem Reichshofrath schwebenden Prozess ein Urtheil zu seinen Gunsten fällte. Landgraf Ludwig von Marburg, der im Jahre 1601 starb, hatte in seinem Testamente angeordnet, dass sein kasseler und darmstädter Vetter sich in seine Besitzungen theilen sollten, jeden einzelnen aber hatte er verpflichtet, an der augsburger Confession in dem erworbenen Gebiete festzuhalten, widrigenfalls er zu Gunsten des anderen des Erbes verlustig gehen sollte. Der Landgraf Moritz von Kassel wollte nun dem Testamente gemäss die Theilung vornehmen, Ludwig von Darmstadt behauptete jedoch, dass das Testament den kaiserlichen Rechten, so wie dem grossväterlichen Testamente zuwider sei und verlangte, dass über diese seine Einwendungen zuerst entschieden werde, bevor man an die Theilung gehe. Man einigte sich vorläufig dahin, diese Angelegenheit einem Schiedsgericht, bestehend aus den Landständen der betreffenden Provinz und aus einigen kasseler und darmstädter Räthen, zu übergeben, und dieses Schiedsgericht bestimmte, dass die beiden

*) Sächs. StA. Lebzelter an Kursachsen dd. 12./22. Febr. 1623. Prager erzb. A. Der Erzbischof Lohel an die Grafen von Slawata und Martinic dd. 29. Juni 1621.

stehen. In dem nun anhängig gewordenen Prozesse drei Viertel der marburgischen Hinterlassenschaft vergangen Jahre, ohne dass man in Wien das erst jetzt erfolgte dasselbe auf dem Deputationstabelle, nachdem der Kaiser das Gutachten der Kurfürsten und Maximilians von Baiern eingeholt Landgrafen Ludwig wurde die ganze Erbschaft und Moritz von Kassel zum Ersatz der sämtlichen verurtheilt, seit er im Widerspruch mit dem Test erworbenen Besitzungen die augsburger Confession des Calvinismus unterdrückt habe. Mit dieser letztem ihrem Schlusssatz für den Landgrafen Moritz hart glaubte sich Ludwig für die geleisteten Dienste nicht belohnt, er verlangte noch die Zuweisung einiger ungetheilter Gebietstheile und einiger den Grafen Isenburg, Solmsstein gehöriger Güter. Da die genannten Grafen in Verbindung mit dem Pfalzgrafen die kaiserliche Urtheil herabgeschworen hatten, so drang der Landgraf seine Gesuche durch und es wurde ihm provisorisch die betreffenden Besitzungen zuerkannt.*)

Als Ergänzung unseres Berichtes über die marburgische Sache wollen wir hier auch das kaiserliche Urtheil zwischen dem Markgrafen von Baden und den Kindern des Markgrafen Eduard Fortun von Baden anführen. Die Feindseligkeit des Durlacher wiener Regierung auf das äusserste gereizt u

durch die Abdankung zu Gunsten seines Sohnes Friedrich ihrer
 Ehe entrückt war, so wollte man diese wenigstens an dem
 Tage üben und fällt deshalb schon vor der Eröffnung des
 Disputationstages in dem Erbstreite das Endurtheil. Auf die
 Unebenbürtigkeit der Ehe des Markgrafen Eduard Fortunat
 wurde keine Rücksicht genommen, der Reichshofrath erklärte
 seinen Sohn für erberechtigt und verurtheilte den Markgrafen
 Friedrich zur Auslieferung des fraglichen Erbtheiles und zum
 Entsatze der erhobenen Einkünfte. Die Protestanten glaubten
 dieses Urtheil dem Umstande zuschreiben zu dürfen, dass die
 Mitglieder des Markgrafen Fortunat katholisch waren und dass
 er durch die Entscheidung zu ihren Gunsten ein Gebiet für
 die Gegenreformation gewinnen wollte. Mit dieser Erklärung
 können sie allerdings nicht im Unrecht.

An und für sich liess sich sowohl in der badnischen Streit-
 sache, wie in dem marburger Erbprozeesse das kaiserliche Urtheil
 durch manche juristischen Gründe stützen, jedenfalls lag das
 Urtheil der verurtheilten Parteien nicht offen vor und würden
 leicht unparteiische Richter nicht ohne Bedenken eine Ent-
 scheidung für oder gegen getroffen haben. Allein dass die
 Katholiken zwanzig Jahre auf sich warten liess und zu
 Lasten der Katholiken und ihrer Anhänger gerade in dem
 Augenblicke erfolgte, wo man sich von jeder Rücksicht gegen
 den Gegner entbunden fühlte, klebte dem Urtheil den Mackel
 der Parteilichkeit an und brachte den Reichshofrath bei den
 Katholiken — wenn es dessen noch bedurft hätte — um den
 letzten Rest des Ansehens.

Auch in Betreff der Mutter und des Bruders des Winter-
 felds wurde in Regensburg ein Urtheil gefällt. Wir haben
 geglaubt, dass bei Gelegenheit der gegen den Pfalzgrafen ge-
 richteten Execution das Witthum seiner Mutter und der Besitz
 des jüngeren Bruders Ludwig Philipp mit Beschlag belegt
 und ihnen die Einkünfte entzogen wurden. Da die Beraubten
 halb beim Reichshofrath klagten und die Wiedereinsetzung
 ihres Besitzes verlangten, war diese Klage Gegenstand einer
 Verhandlung in Regensburg und der Reichshofrath beschloss zu-
 gunsten der Pfalzgräfin die Vorweisung ihres Ehevertrages
 zu verlangen, um aus demselben zu ersehen, worauf sie Anspruch

ihren Sohn in den des Fürstenthums Simmern :
Kaiser entschied, dass beide Kläger das Original
Friedrichs IV dem Kurfürsten von Mainz und d
von Darmstadt vorweisen sollten, worauf sie dan
thum zuzulassen seien, mittlerweile trug er dem
auf, ihnen den Nutzgenuss des betreffenden (r
räumen.***) Wir werden später erzählen, wie weni
der Mutter und ihrem Sohne frommte.

Wir können unsern Bericht über die kaiser
bezeugungen und sonstigen Urtheile nicht schlie
Schicksals des mit dem Pfalzgrafen gleichzei
Fürsten von Anhalt und des Grafen von Hohenl
zu thun, da man sich in Regensburg auch mit ihr

Christian von Anhalt hatte sich zum letzt
Convent von Segeberg für den Pfalzgrafen ve
die Haltung Jakobs von England, so wie die
Union weckten in ihm die Ueberzeugung von
keit eines längeren Widerstandes gegen den Ka
von Segeberg seinen ehemaligen Herrn nicht n
begleitet, sondern sich nach Stade begeben und
was er thun, ob er den Kaiser um Gnade anfl
nicht. That er das erstere, so brandmarkte er s
gangenheit: er war die Seele aller seit dem Be
hunderts gegen die Habsburger und die Katholi
Bewegungen gewesen, seine steten Aufhetzun
sprechungen gaben Männern wie Thurn, Rupp

nöthige Entschlossenheit zu der verhängnissvollen That, den böhmischen Aufstand im Gefolge hatte, und nun sollte bittend sich dem Kaiser nahen, sich entschuldigen und Anreue beschuldigen und alles dies, um sein Besitzthum zu retten, freudig tausend und aber tausend reicher Edelleute und Bürger um seine Schuld am Hungertuche nagten? Seine Familie beehrte ihn aber mit Bitten sich in das Unvermeidliche zu ergeben und so gab er, offenbar nach hartem Seelenkampfe nach. Den Kaiser richtete er ein Schreiben, dessen Inhalt man seiner Lage entschuldigen, aber nicht rechtfertigen kann, indem er ihn um Gnade anfleht, behauptet er bei dem vergangenen Unheil kein Anfänger oder Stifter gewesen, sondern langsam in dasselbe verwickelt worden zu sein, auch habe er sich nicht aus böser Affection wider den Kaiser, den er als seine hohe Obrigkeit stets respektire, in die böhmischen Angelegenheiten eingelassen, sondern aus Neigung zu dem englischen Wesen, dessen hohe Noth von den böhmischen Feinden geklagt worden sei und wegen der Treue, zu der er gegen den Kurfürsten von der Pfalz seit vielen Jahren her verbunden gewesen sei.“ Während seines Generalats habe er mehr auf den Frieden abgesehen gehabt und nie zum ersten kommen lassen wollen und nach der erlittenen Niederlage den „neuerwählten König“ Friedrich zum „Accommodant zu disponiren“ geholfen. *) — Nachdem sich Anhalt zu dem Schreiben entschlossen hatte, bat er einige Tage später seine Frau, die Aussöhnung um jeden Preis zu betreiben und seinem Namen zu versprechen, dass er jede Verbindung mit seinen bisherigen Freunden aufgeben und drei Jahre, oder so lange es der Kaiser wolle, ausserhalb Deutschlands zubringen werde. Seine Frau hatte bei der Uebersendung des an den Kaiser gerichteten Briefes ihre Bitten mit denen ihres Gemahls vereint, indem sie zugleich ausdrücklich erklärte, dass sie seine Vergehen nicht entschuldigen wolle. **)

Der Brief Anhalts und seiner Frau wurde zunächst an

) Bernburger Archiv. Anhalt an den Kaiser dd. 2./12. Juni 1621; bei Londorp ist das Datum fälschlich mit dem 2. Juli angegeben.

) Bernburger Archiv. Anna von Anhalt an Ferdinand II dd. 11./21. Juni 1621.

eingelaufen war, so erstattete der Reichshofrath Schriftstücke einen Bericht an den Kaiser, worin von Anhalt den „Autor und Motor“ der vorangebellion und den Grafen Hohenlohe vermöge seiner Stellung als einen der hervorragendsten Theilnehmer bezeichnete, aber ihre Begnadigung nicht absolut auf die Sache auf weitere Berathungen mit einigen Fürsten verschob.*) Man muss über diese Entschlossenheit und wir können sie uns nicht anders erklären als durch jene Nachgiebigkeit, die man damals gegen England in Folge der Ankunft Digby's in Wien betheiligte, die in Bezug auf Christian von Anhalt später nach einer Deputation, die aus Anhalt nach Wien kam, um die Begnadigung des Fürsten ersuchte, versprach, dass er thun werde, was Ehren halber möglich ist.

Als die Zeit für den Zusammentritt des Reichstages in Regensburg sich näherte, neigte man sich an Hofe zu weiterer Milde, wozu jedenfalls der Fürst durch sein chevalereskes Wesen allgemeinen Beifall viel beigetragen haben mag. Zunächst entschloss man sich zur Begnadigung Hohenlohe's und erlaubte ihm, sich zu fügen zu dürfen, um persönlich seine Verzeihung zu empfangen. Darauf wurde der jüngere Anhalt eingeladen, seiner Reise nach Regensburg zu begleiten und

einer feierlichen Zusammenkunft der hervorragendsten Persönlichkeiten von Ferdinand seines Ehrenwortes entbunden und die alles Lösegeld freigelassen. *) Der jüngere Christian und seine Mutter ersuchten nun abermals um Begnadigung ihres Vaters und Gatten, der sich mittlerweile in Schweden niedergelassen hatte und der Kaiser gab dieser Bitte insoferne nach, dass er den Deputationstag und die abwesenden Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg um ihr Gutachten ersuchte. Der Deputationstag sprach sich befürwortend aus und da auch die anwesenden Kurfürsten sich diesem Votum beigesellten, so war schon damit die Begnadigung Anhalts gesichert, wiewohl sie erst später ausgesprochen wurde. **) Diese Angelegenheit mag Friedrich von Haag am schmerzlichsten berührt haben, denn dass sein väterlicher Vormund und Leiter so ganz sein Schicksal von ihm abhängig zu machen würde, wird er kaum erwartet haben. Er hatte schon im Jahre zuvor den Wortlaut jenes Briefes kennen gelernt, in welchem Anhalt den Kaiser um Verzeihung ersuchte, und in dem er die Urheberschaft der grossen Rebellion von sich ablehnte und sich nur als Beamten des Kurfürsten hinstellte. Wie Friedrich seinen Schmerz nicht laut werden liess, so that er es jetzt nicht, aber der freundschaftliche Zusammenhang zwischen ihm und Anhalt war für immer zu Ende.

III

Unter den Punkten, die der Kaiser am 7. Januar dem 1623 Deputationstag zur Berathung vorlegte, befand sich auch einer, welchem er die anwesenden Fürsten und Rätthe um ihr Gutachten befragte, auf welche Weise den „bösen Anschlägen und Vorgehensarten wider den Reichsfrieden“ begegnet werden könnte. Diese Frage war nicht bloss behufs Abwendung zukünftiger Gefahren gestellt worden, sie betraf die Gegenwart selbst, da

*) Wiener StA. Anna von Anhalt an Ferdinand dd. 26. Januar 1623.
 5. Februar

**) Wiener StA. Gutachten des Reichshofraths dd. 13. März 1623. Kaiserliches Decret an den Deputationstag dd. 24. März 1623. Antwort des Deputationstages dd. 30. März 1623.

beruhen. Aber das Zustand hatte ein Interesse die neue Ordnung keinen Bestand habe. Die protestantischen Staaten missgönnten den Katholiken den Sieg und die katholischen missgönnte es den Habsburgern, dass sie durch die Liga eine sichere Stütze gewonnen hatten. Dänemark und Siebenbürgen aus wühlte man also auch gegen die Beschlüsse, die in Regensburg gefasst und Frankreich bot den verschiedenen Gegnern die seine Freundschaft und Unterstützung an, trotzdem die Uebertragung der Kur nicht missbilligte. Nur Jakobus blieb noch weiter seiner Vermittlerrolle treu. In Regensburg also, wo Mansfeld mit den Trümmern seiner Armee und den Holländern vereinte und der Pfalzgraf vermittelte, bereitete sich ein neuer Bund vor, der den Krieg weiter führen wollte und dessen offene Mitglieder Mansfeld, der Halberstädter, Bethlen und die Holländer während Frankreich die Unternehmung im stillen

Was veranlasste den Fürsten Bethlen zu dem Bruche mit dem Kaiser und was war die unmittelbare Ursache der erneuerten Feindschaft zwischen den Habsburgern und Bourbonen zu neuer Geltung kam? Bezüglich dieser Fragen müssen wir auf die Vorgänge in Ungarn nach dem Frieden von Nikolsburg weisen, bezüglich Frankreich weiter zurückgreifen und zwar auf die veltliner Vorkämpfe die im Jahre 1620 ihren Anfang nahmen.

In Nikolsburg war bestimmt worden, dass die kaiserlichen Gebiete in Gegenwart des Kaisers abzutreten sollten.

andern Personen zu seinen Commissären und sandte sie nach Tyrnau, wo sie am 23. Januar eintrafen und Bethlens Commissäre 1623
 bereits vorfanden. Die letzteren entbanden nun die in Tyrnau
 anwesenden Vertreter des pressburger Comitates und mehrerer
 Städte ihres Eides gegen Bethlen, worauf sie von den kaiserlichen
 Commissären zur Eidesleistung für den Kaiser auf den
 folgenden Tag eingeladen wurden.* Von Tyrnau verfügte sich
 Pyber mit seinen Collegen nach Neuhäusel, um diese Festung,
 in der das Kriegsglück des Kaisers im vorigen Jahre Schiff-
 bruch gelitten hatte, in Besitz zu nehmen. Hier erwartete sie
 Stanislaus Thurzo, der Commandant der Festung und zugleich
 General in den diesseits (von Ungarn aus angesehen) der Donau
 gelegenen Comitaten. Die kaiserlichen Commissäre waren be-
 trübt, von Thurzo die Resignation auf beide Aemter zu ver-
 langen, konnten ihn aber trotz aller Mühe nicht zu diesem
 Schritte bewegen. Er erklärte, dass es schimpflich für ihn sei,
 seinen Verzicht zu leisten, zudem fände er es auch nicht
 passend die beiden Aemter offen zu lassen, so lange keine
 neue Palatinswahl stattgefunden habe, denn an wen solle sich
 der ungarische Adel mit seinen Anliegen wenden? Durch seine
 Klagen und Vorstellungen wankend gemacht, glaubten die
 kaiserlichen Commissäre von ihrer Instruction abgehen und ihn
 in beiden Aemtern bestätigen zu dürfen, vorausgesetzt, dass er
 ein verlässlichen Mann (Peter Kohary) als Vicecommandanten
 in Neuhäusel zulassen und dem Kaiser den Eid der Treue
 schwören würde. Schon auf die erste Bedingung wollte Thurzo
 nicht eingehen und wenn Pyber und seine Collegen nur einiger-
 massen den Absichten ihres Herrn entsprochen hätten, so hätten
 die Verhandlungen mit ihm abbrechen müssen, denn welches
 Vertrauen konnte man in die Umkehr eines Rebellen setzen,
 wenn sich derselbe nicht einmal dazu verstehen wollte, ver-
 lässliche Diener seines Herrn in seiner Nähe zu dulden! Nach
 vieler Mühe wurde er endlich dazu gebracht in die Ernennung
 Kohary's zu willigen, dagegen stemmte er sich mit aller Ent-
 schiedenheit gegen die zweite Forderung, gegen die Eidesleistung.

*) Ung. StA. Kaiserliche Instruction für die Commissäre nach Ungarn dd.
 12. Jan. 1622. Ebenda. Die Commissäre an Ferdinand dd. 31. Jan. 1622.

anlegen, da die königliche Auktorität daseibst bruchbar war und derartige Ueberhebungen nicht übel nehmen es sei denn, dass man das Land als ein erobertes betrachtete, wozu man in Wien wohl die Lust, aber nicht die Macht besass. So liessen sich die Commissäre auch über die Forderung in lange Unterhandlungen mit Thurzo einlassen, ohne kein Hehl daraus, dass sie ihn im Verdachte der Verrätherie hätten, kamen aber auch damit nicht weiter. Er erkannte ein, dass die Commissäre in diesem Punkte nicht nachgeben würden, bequeme er sich dazu sich schriftlich zu verpflichten und zur Treue gegen den Kaiser zu verpflichten.

Als die Commissäre darauf ihren Weg fortsetzten, gaben sie weitere Ergebenheitserklärungen entgegennahmen, ein Schreiben Bethlens, in dem sie aufgefordert wurde, die Anknunft in Kaschau zu beschleunigen, wo die letzten Bedingungen erfüllt werden sollten. Sie beeilten sich, die Folge zu leisten und wurden nach ihrer Anknunft in Kaschau in feierlicher Audienz empfangen, wobei er es an sich zu lassen, dass die Aeusserlichkeiten nicht fehlen liess, um dem Kaiser seine Ergebenheit zu beweisen. So hielt er z. B. den Hut vor dem Kaiser als ihn der Bischof Pyber im Namen Ferdinands empfing und beantwortete dessen Rede mit den feurigsten Versicherungen seiner künftigen Treue. „Gott sei sein Zeuge, dass ich mich „unüberwindlichen Abscheu vor fernem Blutvergiessen „nachdem er zu seinem grössten Schmerze Zeuge der „Verwüstung gewesen sei, welche dieses Land in

habt, um dies zu wissen), vor Gott würde derjenige jedenfalls für Verantwortung gezogen werden.“ Mit dem Versprechen, dass er am folgenden Tage auf den Rest der dem Kaiser zutretenden Besitzungen Verzicht leisten würde, entliess er die Commissäre.

Nach dieser Scene erschienen im Auftrage Bethlens Kassai und Michael Karoly bei den kaiserlichen Vertretern und fragten, wann der Kaiser seinerseits die Friedensbedingungen erfüllen, wann er Oppeln und Ratibor übergeben, die versprochenen 100000 fl. auf die Erhaltung der Grenzfestungen erlegen und endlich die 100000 fl. zahlen werde, damit Tokaj von dem auswärtigen Besitzer eingelöst werden könne? Auf das Verlangen nach Geld antworteten die kaiserlichen Commissäre mit Versprechungen, die übrigen Forderungen erfüllten sie jedoch bald, indem sie in einer zu diesem Behufe anberaumten feierlichen Sitzung die Verwaltung der abgetretenen sieben Comitate Bethlen übertrugen und ihm auch die Urkunde übergaben, welche ihm Oppeln und Ratibor als Eigenthum zusicherte. Dafür verlangten sie aber, dass die Obergespanne der sieben Comitate, die Vertreter der königlichen Städte und die Commandanten der Grenzfestungen, welche jetzt der Verwaltung Bethlens unterstehen sollten, dem Kaiser jenen Eid der Treue schwören sollten, der bei Nikolsburg vereinbart worden war, damit auf diese Weise

Zusammengehörigkeit Ungarns sichtlich zu Tage trete und die Herrschaft Bethlens nur als eine vorübergehende gekennzeichnet würde. Die Edelleute und Bürger weigerten sich jedoch dieser Bedingung nachzukommen: wenn sie schwören sollten, sollte der Eid nur in so lang Giltigkeit haben, als der Kaiser selbst ihrem Fürsten in Frieden leben würde. Die kaiserlichen Commissäre verlangten, dass Bethlen seine neuen Unterthanen zur Folgsamkeit ermahne, und als dieser es ohne Erfolg that, erlaubten sie mit ihrer Abreise und erlangten endlich, dass der Kaiser in der von ihnen vorgeschriebenen Form geleistet wurde. Gemäss ihres Auftrages sollten sie auch die Auslieferung der Conföderationsurkunde verlangen, durch welche Ungarn auf dem Passburger und neusohler Reichstag in den Bund mit Böhmen und Oesterreich getreten war; sie erreichten aber nicht, was sie wollten, denn es wurde ihnen entgegnet, dass die Urkunde

17.
März
1622

18.
März
1622



länger man in dieser Angelegenheit nicht klar s
konnte man vermuthen, dass sie die Quelle sp
keiten und Zerwürfnisse bilden werde und man
Bestätigung dieser Vermuthung bekommen. *)

Eine der Versprechungen, zu denen sich
den nikolsburger Friedensverhandlungen herbe
betraf die Berufung eines Reichstags, und dieser
1622 zeitig nach, indem er die ungarischen Stände a
nach Oedenburg beschied. In Ungarn wurde der
wenig eingehalten wie in Deutschland, erst g
Monats versammelten sich die Bischöfe und Edlen
1622 Berathungsort. Am 24. Mai hielt der Kaiser mit
Gemahlin den Einzug in die Stadt und das prä
spiel lockte eine zahllose Menge von Zuschauern
Wagen, in welchem sich die Kaiserin befand, kau
und den Kaiser, der zu Pferde sass, dicht umdrängt
der die Huldigung der Menge stets gern entgegen
sich durchaus nicht beängstigt, ein Lächeln de
breitete sich über seine Züge und mit freund
suchte er sich den Weg zu bahnen. Tags d
feierliche Eröffnung des Reichstages statt, der E
in Gegenwart der Stände dem Erzbischof vo
Propositionen und bemerkte hiebei, wenn Jeman
Tage ihm nicht die Hand gereicht habe und
wünsche, so möge er vortreten, welcher Einla
viele Folge leisteten.

e Geldsteuer, Proviant für die Grenzhäuser, Leistung von
 spann und anderen Diensten, die Renovirung der Grenz-
 user und endlich die Auslieferung der Conföderationsurkunden,
 e also noch nicht gefunden waren, und jener Correspondenz
 erlangt, welche Emerich Liphai, Stephan Doczi und Johann
 ymay im Auftrage Bethlens über ihre Verhandlungen in Con-
 antinopel geführt hatten. Dem Kaiser lag daran zu wissen,
 lche Pläne bei der Pforte gegen ihn geschmiedet wurden und
 halb stellte er diese Forderung, welche die Stände füglich
 at ablehnen konnten, wenn sie ihre neuen Ergebnheitsver-
 erungen nicht Lügen strafen wollten. Die zwei wichtigsten
 kte in der kaiserlichen Proposition bildeten aber die Zurück-
 e der von Bethlen confiscirten Güter an ihre früheren Besitzer
 die Zulassung deutscher Truppen in die Grenzhäuser. Der
 ser stützte seine letzte Forderung durch die Bemerkung, dass
 die Deutschen nicht beleidigen dürfe und dass ohnedies
 Zulassung deutscher Truppen im Falle der Noth durch die
 arischen Gesetze begründet sei. Bezüglich der Güter be-
 ken wir, dass ein Theil derselben ihren früheren Besitzern
 rückgestellt worden war, nur mit jenen, welche Bethlen ein-
 en Personen gegen eine Geldsumme verschrieben, sie ihnen
 verpfändet oder verkauft hatte, war dies noch nicht ge-
 ehen. Wenn diese Angelegenheit friedlich beigelegt werden
 kte, so musste das Land einige Opfer bringen, aber diese
 eferwilligkeit fehlte durchaus: die Stände missgönnten den
 tholiken die Wiedererwerbung jener Güter und diese letzteren
 llten nichts von einer Entschädigung der Pfandbesitzer wissen,
 e sie als Räuber betrachteten.*)

Da nun gleichzeitig mit der Vorlage der kaiserlichen Pro-
 sition die geschädigten geistlichen und weltlichen Besitzer
 n dem Reichstag möglichst bald die Ueberantwortung aller
 en entrissenen Güter verlangten, so musste dieser Gegenstand
 er schleunigen Verhandlung unterzogen werden, und in der
 at entspannen sich hierüber bald die lebhaftesten, um nicht
 sagen leidenschaftlichsten Debatten sowohl bei den Magnaten
 e bei den Ständen. Die Beschädigten verlangten unmittelbare

*) Ung. StA. Die königl. Propositionen. Ebenda. Diarium des Reichstags.



eine Einkommens-Engelung zu bewerkstelligen
geleistet werde. Man einigte sich endlich
scheidung bis nach vollzogener Palatinswahl
so wurde der Kaiser dem Gesetz gemäss
derjenigen bekannt zu geben, deren Wahl er
schlug die Grafen Batthyany, Stanislaus Thurzo
hazy und Thomas Erdödi vor. Es war bezeich-
den Stanislaus Thurzo als Vertrauensmann
dessen feindliche Haltung in den Jahren 1620
Gelegenheit der Uebergabe von Neuhausel das
rege machen musste. Allein die ungeordnet
Ungarn, die den hervorragendsten Wortführe
Wechsel der Partei ermöglichten, die Versprech-
mittlerweile geleistet haben mochte, seine Halt-
tuge und die Aussicht auf seine Bekehrung
Kirche, die er später verwirklichte, brachten il-
Partei viel näher, als man hätte vermuthen kö-
lichen Wünsche Ferdinands gingen aber auf die
hazy's, eines Mannes, der sich ohne Schwan-
setzung seines ganzen Vermögens schon im
Seite gestellt und bei derselben tapfer ausgeha-
nicht in der Hoffnung auf Lohn, der ihm
Theil wurde, sondern in der Ueberzeugung, da-
werfung des kaiserlichen Regiments das türkisc-
und um dieses Grundes willen das erstere
müsse. — Nur eine sehr geringe Zahl der R

Batthyany 3 und Erdödi nur 2 Stimmen erhielten. Thurzo war somit gewählt, der Kaiser bestätigte ihn in der neuen Würde und wies ihm einen Gehalt von 22000 ungarischen Gulden an. Zum Vicepalatin wurde später Johannes Sandor, einer der ungarischen Unterhändler in Nikolsburg, gewählt.

Jetzt sollte die Verhandlung wegen der Güter ihren Anfang nehmen und obwohl die Stände zuerst über ihre Beschwerden berathen wollten, so fassten sie über Aufforderung des Palatins doch den Beschluss, dass in der Güterfrage gemäss den Bestimmungen des nikolsburger Friedens vorgegangen werden solle. In welcher Weise dies geschah, wissen wir nicht anzugeben, doch scheint es, dass die ehemaligen Besitzer allesamt in ihre frühern Rechte traten und die gegenwärtigen ohne Entschädigung vertrieben wurden, denn in den Akten begegnet man keinen weitem Klagen der alten Besitzer, wogegen Bethlen bald darauf die heftigsten Vorwürfe gegen den Kaiser erhob, weil dieser die Leute, welche er gegen eine Pfandsumme mit Gütern belehnt hatte, ohne Entschädigung aus denselben ausgewiesen habe. *)

Die folgenden Verhandlungen auf dem Reichstage betrafen die ständischen Beschwerden und vor allen die religiöse Frage. Die Katholiken erklärten durch den Erzbischof Pazman, dass sie sich zu keinen weitem Zugeständnissen bequemen würden, als die im wiener Frieden von 1606 und im sechsten Artikel des Krönungsdiploms Ferdinands enthalten seien, wogegen die Protestanten die „Aufrechthaltung des gegenwärtigen Zustandes,“ der mancherlei Vergewaltigung der Katholiken in sich schloss, verlangten. Da die letzteren dieses Begehren ablehnten, so wollten die Protestanten sich ihrem Standpunkt anbequemen, wenn in strittigen Fällen die Entscheidung dem Palatin übertragen würde, aber auch diesen Vorschlag wiesen die Katholiken zurück, weil sie dem Palatin keine neue Gerichtsbarkeit übertragen wollten. Die Protestanten brachen darauf die Verhandlung mit einem Proteste ab und erklärten, dass sie sich nach den Krönungsdiplomen der beiden Könige Mathias und Ferdinand und nach dem „wahren Sinn,“ in dem dieselben aufgefasst werden

*) Diarium Sopronicuse u. die spätere Correspondenz im Ung. StA.

müssten, richten und um keinen Preis davon zurückweichen würden.

Nunmehr begannen die Verhandlungen über die deutschen Besatzungen und die Commandanten in den ungarischen Grenzhäusern. Deutsche Truppen befanden sich damals nur in Komorn, Raab und in vier andern kleinen Schlössern. Die Beschwerden der ungarischen Stände waren zunächst gegen die Commandanten von Komorn und Raab gerichtet und als der Kaiser schliesslich in die Entfernung des besonders missliebigen Commandanten von Komorn willigte, bestanden die Stände nicht mehr darauf, sondern verlangten, dass der Commandant den Gesetzen des Königreichs und dem Palatin unterstellt würde und seine Befehle nicht allein vom wiener Hofkriegsrathe erhalte. Der Kaiser bewilligte nicht nur diese Bitte, sondern versprach auch, dass er in Komorn und Raab geborene Ungarn als zweite Commandanten anstellen und die deutschen Besatzungen überhaupt abführen werde, nur in Pressburg wolle er 100 Mann lassen, denen die Bewachung der Krone in Gemeinschaft mit den Ungarn obliegen solle. Bis auf diese geringe Anzahl von Kronwächtern sollte also Ungarn von den so viel angefeindeten deutschen Truppen befreit werden. *) Der Kaiser theilte diesen Beschluss einer Anzahl der hervorragendsten Reichstagsmitglieder mit, die er zu sich eingeladen hatte und versicherte zugleich, dass er fortan keine fremden Truppen in das Königreich einführen werde, weil er sich überzeugt habe, dass dies gegen das Gesetz sei. Als der Palatin diese Worte im Reichstag wiederholte, erhob sich ein allgemeines Jubelgeschrei, man beglückwünschte sich gegenseitig zu der Anerkennung, die die Verfassung beim Könige gefunden habe und schenkte den übrigen Beschwerden nur noch wenig Beachtung, sie wurden entweder eilig erledigt oder durch nie erfüllte Versprechungen beseitigt, wie z. B., dass der Kaiser für die Entfernung der schlechten Münze Sorge tragen werde, während er thatsächlich die Münzen in allen seinen Erblanden im dreifach höheren Nennwerth schlug, als ihr wirklicher Werth war.

Der Reichstag von Oedenburg wurde Anfangs August

*) Gravamina regni. Antwort des Kaisers, Replik u. Duplik im ung. StA.

geschlossen, nachdem einige Tage früher (den 26. Juli) die 1622
 Krönung der Königin stattgefunden hatte. Alle ungarischen
 Reichstage jener Zeit waren nur eine Arena für Rabulisten-
 kämpfe, das Volk, dem dieser Staat seine Entstehung dankte,
 ruhte zum grössten Theile unter dem Joch der Osmanen und
 da dem von dem Kaiser besetzten Gebiete konnte sich keine
 gesunde innere Politik entwickeln, denn hier stritt der ma-
 garische Adel mit der wiener Regierung um die Herrschaft
 über eine grösstentheils slavische Bauernbevölkerung und so
 fehlte dem ungarischen Staatswesen jener Zeit jede gesunde
 Grundlage. Ein energischer Monarch hätte da ein ergiebiges
 Feld vor sich gehabt um dieses Gebiet bleibend mit einem auf
 einer höhern Stufe stehenden Staatswesen zu verbinden, aber
 dazu hätte er auch tüchtiger, sparsamer und sich ihrer Aufgabe
 bewusster Beamten und Krieger bedurft und nicht jener
 italienischen Beutelschneider,*) die damals im österreichischen
 Heere das grosse Wort führten und jener Staatsmänner, die
 nur auf die eigene masslose Bereicherung bedacht waren.

Bethlen hatte kurz vor der Eröffnung des Reichstags
 Gesandte an Ferdinand abgeschickt und ihn um die baldige
 Auszahlung der versprochenen Geldsummen, sowie um die
 Uebertragung der Fürstenthümer Oppeln und Ratibor, welche
 ihm noch immer nicht eingeräumt worden waren, ersucht.**)
 Wir vermuthen, dass die Zusagen, die er erhielt, nicht zufrieden-
 stellend waren, noch weniger war es aber die Antwort, die er
 vom ödenburger Reichstage erhielt, an den er auch Gesandte
 geschickt hatte, wahrscheinlich um in der Güterfrage eine seinen
 Anhängern günstige Entscheidung herbeizuführen. Sie vernahmen
 dort, dass der Reichstag die unmittelbare Ueberantwortung der
 strittigen Güter an ihre früheren Besitzer beschlossen habe, und
 dass ähnliche Weisungen auch in die an Bethlen abgetretenen
 sieben Comitate ergangen seien. Der Fürst dachte nicht daran,
 in dem ihm zugefallenen Gebiete die gegenwärtigen Besitzer

*) Diesen Vorwurf werden wir in den folgenden Bänden ausführlich
 rechtfertigen.

***) Wiener St.A. Die Gesandten Bethlens an ihren Herrn dd. 30. Mai 1622.
 Sächs. St.A. Bethlens Instruction für seinen Gesandten Stephan Kova-
 choczius dd. 1. April 1622.

und ununterbrochen auf den Krieg hinarbeiteten tragen; er hatte eine Gesandtschaft an den Sultan durch dieselbe den Friedensschluss mit dem Kaiser lassen und sich bereit erklärt, den Krieg von ginnen, wenn ihm der Sultan Hilfe leisten würde schaftlichkeit seiner Sprache in den nach Con richteten Briefen und Instructionen überschritt jet er hätte die Türken nicht mit grösserem Eifer aufmuntern können, wenn ihm die Frucht ihrer den Schooss gefallen wäre. Er riet dem Sultan drei Theile zu theilen, mit der Hauptarmee sollte losrücken, ein zweites Corps von 45000 Mann schicken, damit er einen Angriff auf Wien unter das dritte Corps von 28000 Mann verstärkt durch 6 Reiter sollte nach Passau vorrücken. „Ausseror die Beute sein, denn die Völker daselbst seien Bulgaren.“ Habe der Sultan den Sieg über Fer getragen, so könne er auch Italien angreifen und die reichsten Städte plündern. Nicht die leiseste die abendländische Civilisation gibt sich in diese die Türken mögen rauben und plündern, mögen ausbreiten, wenn nur Ferdinand niedergeworfen Markgraf von Jägerndorf der dem Pfalzgrafen di theilte, ***) wollte selbst nach Constantinopel reise Bethlens und des Pfalzgrafen beim Sultan zu vert

lieb es beim blossen Vorhaben. Wahrscheinlich hinderte ihn in andauerndes Unwohlsein, das seinem Leben im folgenden Jahre ein Ende machte, an der Durchführung dieses Entschlusses und so unterzog sich statt seiner der Graf Thurn der beschwerlichen Reise an den Bosphorus und trat sie im August an. 1622

Thurn fühlte wohl, welche Gefahren den Christen durch das türkische Bündniss drohten, aber er beschwichtigte sein Gewissen mit der Bemerkung, dass man nicht verpflichtet sei den Nächsten mehr zu lieben als sich selbst, und dass „derjenige sich der Sinnlosigkeit schuldig mache, der um andere zu schonen, selbst untergehe.“*) Wenn Bethlen sich der Hoffnung hingab, dass Thurn in Constantinopel bessere Resultate erzielen werde, als seine übrigen wiederholt abgeschickten Gesandten, so sollte bald getäuscht werden. Thurn hatte nicht die geringste Anlage zu einem Diplomaten und vollends nicht auf türkischem Boden, wo Geld, Sprachkenntnisse und eine Meisterschaft in der Intrigue einen Ausschlag gaben, alles Eigenschaften, die dem Grafen abgingen. In seinen Briefen, die er von seinem neuen Posten an Friedrich und Elisabeth richtete, zeigt er sich als Phrasenheld und Sanguiniker, denn er stellte ihnen Anfangs die glänzendsten Resultate seiner Verhandlungen in Aussicht,**) später änderte sich aber sein Selbstvertrauen, er schwieg von seinen Erfolgen, beklagte sich hie und da über das Unrecht, das ihm widerfahren sei, als er durch Anhalt und Hohenlohe von dem Commando über das böhmische Heer entfernt wurde und wünschte schliesslich nichts anderes, als sich zu „seinem Könige verfügen und von dessen Gnade leben zu können.“***) Aber bald verfiel er wieder in den dithyrambischen Ton und beglückwünschte seinen König zu einem Schreiben, das der Sultan soeben an ihn geschickt habe.†) Hätten die wiener Staatsmänner gewusst, wie wenig die Türken wegen des persischen Krieges zu Bethlens Unterstützung geneigt waren, so hätten sie sich beruhigt und

*) Münchner StA. Thurn an Friedrich von der Pfalz dd. 5. Aug. 1622.

***) Münchner StA. Derselbe an denselben dd. 2. Sept. 1622. — Thurn an Elisabeth dd. 3. Sept. 1622. — Thurn an Friedrich dd. 16. Sept. 1622.

****) Ebenda Thurn an Friedrich von der Pfalz dd. 15. Oct., 12. November u. 23. December 1622 u. 4. Februar 1623.

†) Ebenda. Thurn an Friedrich dd. 19. März u. 12. April 1623.

hätten nicht in die Warnungsrufe des Erzbischofs von Gran eingestimmt,*) denn thatsächlich erwiesen sich alle Anstrengungen Bethlens um Gewinnung einer Hilfe von den Türken als eitel.

Wenn Bethlen es trotz allem nicht zum Abschlusse einer wirklichen Allianz mit den Türken bringen konnte, so wollte er deshalb doch nicht mit dem Angriff gegen den Kaiser zögern, da die rücksichtslose Entscheidung in der Güterfrage seinen Groll auf das äusserste gereizt hatte, nur verlangte er zuerst von Friedrich eine Geldunterstützung. Zu diesem Behufe schickte er einen ^{2. Aug.} gewissen Petendi nach dem Haag, der dort über seine ganze ¹⁶²² Thätigkeit berichten sollte,**) wie er die Türken um Beistand ersuche und zu diesem Behufe den Grafen Thurn nach Constantinopel schicke und wie er entschlossen sei, den Kampf gegen den Kaiser bis zu dessen Vernichtung zu führen. Da jedoch dazu vor allen Dingen Geld nöthig sei, so solle Friedrich ~~er~~ ihm von seinen Freunden zu verschaffen suchen, er werde ~~dann~~ ein Heer von 42000 Mann eigener Truppen aufstellen und darneben über 18000 Türken und 15000 Tartaren verfügen.***) Aus weiteren Mittheilungen ersehen wir, dass Bethlen auch ¹⁶²³ verlangte, dass der Pfalzgraf mit einem Heere in Böhmen und Mähren einfalle wobei den Beginn des Krieges für das Frühjahr in Aussicht stellte. Diese Anerbietungen und Forderungen trafen im Haag ein, als man daselbst das Misslingen des Frühling- und Sommerfeldzugs des Jahres 1622 beklagte und als alle Mittel zur Ausrüstung einer neuen Armee fehlten. Die Ausdauer und Energie Mansfelds und Christians von Halberstadt liessen jedoch keinen Zweifel aufkommen, dass man bald über ein neues Heer gebieten werde und so berichtete man dies dem Fürsten von Siebenbürgen und ermahnte ihn ja im Frühjahr ^{Febr.} loszubrechen, da man die logistischen Streitkräfte jedenfalls ¹⁶²³ hindern werde dem Kaiser zu Hilfe zu eilen um ihm den Angriff zu erleichtern. †) Auch auf die Hilfe, deren man sich von

*) Bibliothek der ungarischen Akademie: Pazman an Kaiser Ferdinand dd. 15. Nov. 1622.

**) Münchner StA. Bethlen an Friedrich dd. 2. August 1622.

***) Münchner StA. Anliegen Petendis an Friedrich dd. 9./19. October 1622.

†) Münchner StA. Gutachten Dohna's dd. 20./30. Januar 1623. Friedrich an Bethlen dd. 1./11. Februar 1623. Coll. Camer. Notizen Achar r.

ankreich erfreuen würde, verwies man später,*) überhaupt
fte man im Haag, dass der Feldzug des J. 1623 besser enden
rde, als der des vergangenen.

Zu Beginn des Jahres 1623 machte Bethlen dem Kaiser
gegenüber kaum ein Hehl daraus, dass er sich mit feindlichen
ne trage. Denn als der Palatin um diese Zeit mit ihm
an edlichere Beziehungen anzuknüpfen suchte, erklärte Bethlen,
s er einen Gesandten an den Kaiser abschicken und von
t eine Entschädigung für die aus ihrem Besitz Vertriebenen
lan gen wolle, und drohte, wenn der Kaiser sein Verlangen nicht
ille e, werde er sich durch den Friedensschluss nicht für gebunden
ch ten.**) Wenn wir erwägen, dass der Kaiser bis zu dieser
t (Anfang des Jahres 1623) weder die Pfandsumme gezahlt
te, mit der Tokaj für Bethlen ausgelöst werden sollte, noch die
OO 0 Gulden für die Unterhaltung der Grenzfestungen — wie es
: Opehn und Ratibor stand, wissen wir nicht — so können
: nicht in Abrede stellen, dass er einige Friedensbedingungen
letzt und Bethlen zu seinen Beschwerden gegründeten Anlass
geben hatte. Die Machinationen des letzteren, von denen der
äiser manche Kunde erhielt, entschuldigen aber sein Benehmen,
hatte unter anderen Bethlen wieder angefangen sich des
möglichen Titels zu bedienen und damit seine Absichten offen
ung dargelegt. Zwischen dem Kaiser und dem Fürsten von
ebenbürgen konnte eben von einem aufrichtigen Frieden nicht
e Rede sein.

IV

Die alte Gegnerschaft zwischen den Habsburgern und Bour-
onen, die durch die Heirat Ludwig XIII mit der spanischen
rinzessin Anna und durch die Nothlage der deutschen Linie
ngeschläfert schien, wachte bei den unerwarteten Erfolgen

Dohna über die Fortsetzung der durch Petendi eingeleiteten Verhand-
lung (undatirt aber jedenfalls in diese Zeit gehörig.)

*) Münchner StA. Friedrich an Thurn dd. $\frac{27. \text{ März}}{6. \text{ April}}$ 1623.

***) Ung. Akademie: Relatio Michaëlis Bossanii per Palatinum ad Bethlenium
ablegati facta 28. Feb. 1623.

Zeiten des Mittelalters dem Bischof von Chur und e
und Edelleuten. Seit dem Ende des 14. Jahrhu
sich auf diesem Gebiete nach dem Beispiele der
ein Ringen zwischen den Unterthanen und ihre
Anerkennung der wechselseitigen Ansprüche gel
allmählig die Herrschaft in die Hände dreier B
Der erste Bund war der Gotteshausbund, welche
ausdehnte und die Mitte von Rätien einnahm, d
der obere oder graue, der sich im Westen Rätie
dritte der Zehngerichtenbund, umfasste das ös
Diese drei Bünde, die sich zu einem Gesamtb
und ihre Angelegenheiten auf jährlich wiederkehr
tagen, den sogenannten Beitagen entschieden, s
um Aufnahme in die Eidgenossenschaft an, kamen a
Verlangen nicht zum Ziele, da einige Kantone
Gründen die Aufnahme verweigerten und so bild
der drei Bünde neben dem Eidgenossenbund ein
Staatswesen. Im Laufe der Zeit hatten die Bünde
über einige südlich gelegenen Landschaften, da
die Grafschaften Worms (Bormio) und Claevel
erlangt und in Folge eines Uebereinkommens unt
wählten der Reihe nach die einzelnen Gemeinden,
die als Amtleute in die Unterthanenlande geschic
das Regiment dort führten. Da die Gewählten
Personen waren, so mussten sie ihre Befugni
lingen ausüben lassen, die nun im Vereine mit i

sthielten, auch in religiöser Beziehung zu drücken begannen. Die feindselige Stimmung gegen die stets weiter ausgreifenden Protestanten, die in den Bünden selbst die Katholiken bedrückten und aus ihrer Heimat vertrieben, benützte einige der exilirten Katholikenhäupter, um mit Hilfe zahlreicher aus dem Mailändischen, Venetianischen und Tridentinischen um ihrer Verbrechen willen verbannter Personen einen Einfall ins Veltlin zu unternehmen und mit Hilfe der Eingebornen unter den daselbst ohnenden Protestanten ein Blutbad anzurichten. Die Mordenen begannen am 19. Juli 1620 in Tirano und wurden in den folgenden Tagen im ganzen Veltlin fortgesetzt und obwohl über 350 Menschen ihren Tod fanden, weil eben nur wenige Protestanten daselbst wohnten und es vielen gelang sich zu retten, vermehren die dabei verübten Grausamkeiten nur zu sehr an dem Gräuel der Bartholomäusnacht.

Der französische Gesandte Gueffier, der von den Bündnern beleidigt worden war und ihnen deshalb grollte, stand in moralischem Zusammenhange mit diesen Mordscenen. Der politische Urtheil derselben fiel aber zunächst nur Spanien und Oesterreich zu Gunsten des Schooss, denn das Veltlin konnte sich gegen die Rache der Bündner nur schützen, wenn es Hilfe bei den Habsburgern fand und diese waren gern bereit sie zu ertheilen, weil durch den allfälligen Anschluss des Veltlin jene Lücke ausgefüllt wurde, welche die Besitzungen der spanischen und deutschen Habsburger trennte. Unmittelbar nach dem Blutbade rückten spanische Truppen aus dem Mailändischen ins Veltlin ein und besetzten die wichtigsten Orte, während von Tirol aus eine Anzahl aus dem Gebiete der Bünde flüchtiger Personen unterstützt von österreichischen Truppen unter Anführung Rudolfs von Planta ins Münsterthal einfiel und dadurch die Verbindung zwischen dem Tirol, dem Veltlin und Mailand herstellte. Dem Erzherzog Leopold, der als Statthalter in Tirol residirte, handelte es sich dabei um die Eroberung des unteren Engadins, wodurch für Tirol eine bessere Grenze gegen den Westen gewonnen werden sollte.

Als der in Chur versammelte Beitag darüber beriet, was angesichts des veltliner Blutbades und des Einmarsches der Oesterreicher ins Münsterthal zu thun sei, war man im Zweifel,

28.
Juli
1620

wohin man sich zuerst wenden solle. Man schlichte schliesslich die verfügbare Mannschaft zum Angriff gegen das Veltlin, aber in Folge eines ungünstigen Gefechtes bei der Gaudenzbrück an der Adda mussten sich die Bündner wieder zurückziehen und das Veltlin blieb sich selbst oder vielmehr den Spaniern überlassen. Unter den Bünden machte sich nun ein Zwiespelt geltend. Der graue Bund, zum grössten Theil katholisch sympathisirte eigentlich mit den Veltlinern und wollte sich dem Angriffe gegen sie nicht betheiligen, es würde also kaum zu weitem Kämpfen gekommen sein, wenn die beiden anderen Bündnisse nicht einen Rückhalt an den protestantischen schweizer Kantone gefunden hätten, die ihnen mit einigen tausend Mann zu Hilfe eilten. So begann im August ein zweiter Angriff gegen das Veltlin und die bedeutenden Streitkräfte, die dabei verwendet wurden, schienen den Angreifern den Sieg zu verheissen, allein als das berner Contingent bei Tirano eine tüchtige Schlange erlitt, verwickelte es in seinen Rückzug auch die übrigen Bundesgenossen und so blieb auch diesmal das Veltlin den Spaniern überlassen.

2.
August
1620

1620

6.
Febr.
1621

Der graue Bund suchte nun auf eigene Faust den Frieden mit Spanien herzustellen, um so die Herausgabe des Veltlins zu erlangen und schickte zu diesem Zwecke eine Gesandtschaft nach Mailand an den Vicekönig, den Herzog von Feria. Da Spanien schon aus Rücksicht auf Frankreich das Veltlin nicht für sich behalten, sondern sich nur die Durchgangsstrassen daselbst sichern wollte, so erbot sich der Vicekönig zur Rück-erstattung desselben an die drei Bünde, wenn dem Könige von Spanien die Besetzung einiger Orte durch eine Reihe von Jahren und der Pass für Truppendurchzüge nach Deutschland für immerwährende Zeiten zugestanden und die katholische Kirche als alleinberechtigt im Veltlin anerkannt würde. Der graue Bund nahm diese Bedingungen an, den beiden anderen Bündnissen wurde eine Frist von zwei Monaten bestimmt, während welcher man ihrer Zustimmung gewärtig sein wollte. Der Gotteshausbund und der Zehngerichtenbund, die nicht gesonnen waren, sich dem angebotenen Vertrag zu fügen, führten den Kampf indessen fort, richteten aber ihre Angriffe zunächst gegen diejenigen Truppen, die aus Tirol in ihr Gebiet eingebrochen waren. In

aterengadin und an andern Orten schlugen sie die Anhänger Österreichs, lieferten dem grauen Bunde ein glückliches Gefecht bei Tuis und diesem Erfolge folgten andere, so dass in kurzer Zeit im Gebiet der drei Bünde der österreichische Einfluss verdrängt war, nur das Veltlin blieb den spanischen Truppen unterworfen. *)

Mittlerweile sollte das Schicksal des Kampfes an einem andern Orte entschieden werden und zwar in Madrid durch Verhandlungen zwischen dem französischen und spanischen Hofe. Obwohl, wie oben bemerkt, der französische Gesandte Guéffier den Mordscenen im Veltlin nicht fern stand, war man in Frankreich empört, als der Vortheil aus diesen Vorgängen den Habsburgern zu Gute kommen sollte. Aus diesem Grunde wurden die noch in Wien weilenden Mitglieder jener feierlichen französischen Gesandtschaft aufgefordert, sich über die Vorgänge im Veltlin beim Kaiser zu beschweren und den Rückzug der Spanier aus diesem Gebiete zu verlangen. Der Herzog von Angoulême knüpfte deshalb mit Ferdinand auf der Jagd ein Gespräch an, bekam aber keine Antwort und musste also bei einer andern Gelegenheit denselben Gegenstand berühren. Die Unterhaltung begann diesmal damit, dass Ferdinand auf den Aufstand von Seite der Hugenotten vorbereitenden Aufstand aufmerksam machte und seine Hoffnung aussprach, Ludwig werde desselben leicht Herr werden. Angoulême bemerkte, dass diese ohne Zweifel geschehen würde, wenn der König nicht mit andern Sorgen belastet wäre, er deutete damit auf das Veltlin hin und erklärte nun, dass Ludwig dem Könige von Spanien nicht gethan könne, Gebiete in Besitz zu nehmen, die ihm nicht gehörten. Als der Kaiser sein Erstaunen darüber ausdrückte, dass man in Frankreich den Schutz, den Spanien den bedrängten Katholiken ertheile, so übel deute, erwiderte der Herzog, dass sich Ludwig um keinen Preis anders zufrieden geben werde, als wenn die alten Besitzverhältnisse wieder hergestellt und der Kaiser hierin Rath schaffen würde. **)

*) Die Schilderung dieses und der andern Kämpfe geben wir nach der ausgezeichneten Arbeit Conradins von Moor: Geschichte von Curraetics etc.

**) Ambassade. Les ambassadeurs au Roy Louis XIII dd. 24. Januar 1621.

1621 sagt er, dass er am 27. März (also wenige Tage nach dem Tode) vom Papst Gregor XV einen Brief erhalten habe, dem ihn dieser ersuchte, er möge aus Rücksicht auf die Veltliner wohl alles thun, damit die veltliner Frage zu keinem Anlass gebe. Er befehle deshalb seinem Sohn, sich in dieser Angelegenheit bei S. Heiligkeit zu zeigen, seine (Philipps III) Absicht sei stets nur die gewesen, die veltliner Katholiken zu sichern. Der Sinn dieses Briefes geht dahin, dass der König dem Papste die Entscheidung überlässt, in welcher Weise die Differenzen mit Frankreich werden sollen, und dass er seinem Sohne aufträgt, die Entscheidung Folge zu leisten. Da der Papst, wie man einandergesetzt haben, nur den Pflichten seines Amtes und keinerlei Politik weder zu Gunsten Spaniens noch Frankreichs treiben wollte, so war seine Entscheidung, dass die Veltliner sollten dem Druck der protestantischen Herrscher nicht preisgegeben, allein ebenso wenig die Herrscher den Spaniern überlassen werden. Indessen kam es dazu, dass der Papst seine Meinung in dieser Angelegenheit formulirt hätte, denn Philipp IV beauftragte nach seiner Besteigung einige Geheimräthe, darunter das Mailändische Rathes Caymo und seinen Sekretär C...

25. Unterhandlungen im Sinne der Verfügung seines Vaters
April die genannten Personen einigten sich nach wenig
1621 Bassompierre und dem französischen Gesandten in
einen Traktat, der allen Eifersüchteleien ein

alte, *) Nach den Bestimmungen desselben sollte Spanien seine Besatzungen zurückziehen, den Einwohnern des Veltlins und der Grafschaften Worms und Claeven vollständige Amnestie zu Theil werden, in ihrem Gebiete alle Religionsneuerungen (die seit dem Jahre 1617 daselbst eingeführt worden waren) rückgängig gemacht, alle diese Bedingungen von den Bündnern geschworen und für die Einhaltung des Eides von den dreizehn schweizer Kantonen nebst Wallis und von dem Könige von Frankreich Bürgschaft geleistet werden. Ende Mai sollten sich 1621 der Präsident des Parlaments der Grafschaft Burgund (im Namen des Erzherzogs Albrecht), der päpstliche Nuncius und der Gesandte Ludwigs XIII in Luzern einfinden und für die Durchführung dieser Bestimmungen Sorge tragen.

In der That fanden sich in Luzern für den Papst der Nuncius Alessandro Scapi, für Frankreich Herr von Montholon und für den Erzherzog Albrecht Adrian Thomasino, Landvogt von Dôle an, um ihrem Auftrage gemäss für die Durchführung des Vertrages Sorge zu tragen. Allein ihre Aufgabe scheiterte zunächst daran, dass ein Theil der Bündner die verlangte Amnestie den Veltlinern nicht bewilligen und dass die katholischen Kantone der Schweiz sich zur Uebnahme der Bürgschaft nicht verstehen wollten. An die Einhaltung aller dieser Bedingungen hatte aber Spanien die Ratification des Vertrages geknüpft und war seines Wortes entbunden, sobald die Bündner oder die Kantone an einem Punkte nergelten. Zu dem war der Papst damit unzufrieden, dass die Veltliner ihren früheren protestantischen Herren unterworfen werden sollten und schliesslich wollten auch die Veltliner nicht unter das frühere Joch zurückkehren. Einige Historiker beschuldigen die Spanier, sie seien froh gewesen, dass sich eine so allseitige Opposition gegen den madriker Vertrag erhob und hätten selbst die katholischen Kantone durch Bestechung gegen den Vertrag aufgereizt, weil sie die Herrschaft über das Veltlin nicht aufgeben wollten. Die Beschuldigungen haben allerdings viel Wahrscheinlichkeit für sich, doch bemerken wir, dass andererseits auch entschiedene Beweise für die fried-

*) Wiener StA. Die Schriftstücke in diesen Angelegenheiten in der spanischen Correspondenz.

Gindely, Der pfälzische Krieg.

dass die spanischen Staatsmänner im Frühjahr 1621 Politik gespielt haben, die ihnen ihre Gegner zuwider waren, dass sie öffentlich für den Frieden sprachen, heimlich gegen wählten.

Ueber die Stellung, die der wiener Hof zu 1621 einnahm, sind wir genau unterrichtet. Im Monat April 1621 aus dem Veltlin die inständigsten Bitten und Bittschriften beim Kaiser an, in denen er um Schutz gegen die Herrschaft der Bündnerherrschaft ersucht wurde. Er forderte die Reichshofräthe zu einem Gutachten auf und obgleich die meisten Personen*) den Nutzen erkannten, welche die Unterstützung der Veltliner für die Habsburger im Interesse der Kaiserwürde, und wie man dadurch wieder einen Fuß in die Tür setzen könnte, so waren sie doch sammt und sonders der Ablehnung des Gesuches. Alles, was der Kaiser that, sei, dass er den Papst auf die gefährdete Lage der Katholiken aufmerksam mache.***) Die friedfertige Politik des wiener Hofes theilte der Erzherzog Leopold I. mit, er früher oder später den geistlichen Stand aufzugeben und seine Herrschaft in Tirol begründen wollte, an ihre Erweiterung, hatte deshalb jenen Einfall nicht begünstigt und wollte sich des Engadins und westlich nicht bemächtigen. Maximilian von Baiern beobachtete diese Vorgänge und da er nicht wünschte, die geringen österreichischen Kräfte durch neue Un-

in Anspruch genommen würden, so ersuchte er den Kaiser seinen Bruder zur Ruhe zu weisen. *)

Nach der Stimmung, die in Wien herrschte, würde die Mahnung Maximilians Früchte getragen und Leopold auf die kaiserlichen Weisungen hin die Bünde in Ruhe gelassen haben, wenn sich diese nachträglich mit dem madrider Vertrag einverstanden erklärt hätten. Aber auf einem Beitag, an dem sich die bündner Boten zu Chur versammelten, wurde ein neuer Angriff auf das Veltlin beschlossen und hiez zu fast die ganze waffenfähige Mannschaft (an 12000 Mann) aufgeboten. Bevor derselbe durchgeführt wurde, fanden Verhandlungen zwischen den Räten des Erzherzogs und einigen Vertretern der Bünde zu Innsbruck und später zu Imst über einen Ausgleich statt, die jedoch statt zur Einigung zur Vergrößerung des Zwiespaltes dienten, weil Oesterreich auf die Beseitigung alter Beschwerden und auf die Anerkennung seiner Oberhoheit über einige Bundesgebiete drang und sich auch darüber beklagte, dass die Bünde dem Kriegsmaterial, das aus Mailand dem Kaiser zu Hilfe geschickt wurde, den Pass verweigerten.

Während dem suchte der französische Gesandte Gueffier bei den Bünden für die Annahme des madrider Vertrags zu wirken, indem er ihn durch einige Zusätze den Katholiken annehmbarer aber dadurch wieder den Bündnern unannehmbarer machte. Das Veltlin sollte in das frühere unterthänige Verhältniss unter der Bedingung zurückkehren, dass die protestantische Religion daselbst ausgeschlossen bleibe und dass die wegen ihrer religiösen Ueberzeugung aus ihrem Besitze vertriebenen Katholiken (die sogenannten Bandirten) im ganzen Gebiete der drei Bünde wieder in denselben eingesetzt würden, daselbst wohnen, frei und ungehindert ihre Confession üben und Klöster, Kirchen und Schulen begründen dürften. Die protestantischen Bünde sollten also die finanziellen Vortheile, welche mit der Herrschaft über das Veltlin verbunden waren, mit der Schädigung ihrer Kirche und mit der Rückgabe der von ihnen mannigfach verwertheten Güter der Bandirten bezahlen. Der Herzog von Fria, der von diesen Einigungsversuchen Gueffiers Kenntniss erlangt

*) Wiener St.A. Kurz an Ferdinand dd. 24. Juli 1621.

an Bedingungen knüpfen lassen wollte, die, ob sie reich oder Spanien ausgingen, dem Protestantismus setzten.

5. Mittlerweile wurden die zu Imst abgebrochenen Bündnisse wieder aufgenommen, sie nahmen aber erst, als es bekannt wurde, dass die Bünde ihren Zug nach Worms angetreten und dabei Worms angegriffen hätten, an. Der Kaiser selbst nahm für die Angreifer einen günstigen Verlauf, sie wurden bei Worms mit blutigen Köpfen zu dem Kaiser und nun beschloss der Statthalter von Mailand und Leopold zur Offensive überzugehen, ersterer griff Ceroberte dasselbe, während der Oberst Baldiron sich im obern und untern Engadin festsetzte. Die Kaiserlichen lagen zu Boden, wenn nicht Frankreich mit Waffen trat, denn bald überflutheten die Oesterreicher auch die Schweiz. Vor den Verfolgungen der zuchtlosen Soldaten und flüchteten sich zahlreiche Prediger und Bündner in die Berge und Kantone und vermehrten durch ihre Klagen den Haß auch die Bestürzung der Protestanten, denn nie war es davon, dass man den Geschlagenen mit den Waffen verhandeln müsse. Es blieb den Bedrängten nichts anderes übrig als in Verhandlungen anzuknüpfen, um zu retten, was zu retten war. So kam am 25. Januar 1622 zu Mailand ein doppeltes Abkommen zu Stande, von denen der eine das Veltlin und der andere Worms, der andere die Bünde betraf. Im ersten Abkommen verzichteten die letzteren auf ihre Herrschaft über

panien und zur Gestattung des freien Durchzugs seiner Truppen nach Deutschland; die katholische Kirche sollte sich fortan nicht unter ihnen ausbreiten dürfen. Zwischen dem Erzherzog Leopold und den Bünden wurde bestimmt, dass die letzteren das Bündniss mit dem Unterengadin, dem grauen Bunde und der Herrschaft Maienfeld aufgeben und so der Ausbreitung der österreichischen Macht über dieses Gebiet kein Hinderniss entgegenzusetzen sollten.

Es zeigte sich bald, dass Erzherzog Leopold den Bogen nicht so straff gespannt habe, als er nicht bloss seine Macht in dieser Weise ausdehnen, sondern auch der katholischen Kirche in dem gewonnenen Gebiet die Alleinherrschaft verschaffen wollte. Die Prättigauer, obwohl ihrer Waffen grösstentheils beraubt und an allen sonstigen Vorräthen Mangel leidend, erhoben sich plötzlich wie ein Mann, bewiesen eine geradezu ausserordentliche grenzende Tapferkeit und vertrieben oder tödteten in kürzester Zeit die österreichischen Besatzungen. Das Ergebniss dieser Siege zeigte sich in Chur, als daselbst am 24. Juni ein Beitag abgehalten wurde. Das Bündniss mit Spanien wurde für aufgehoben erklärt, von Spanien die Rückgabe Clavens und von Leopold die Räumung der okkupirten Gebiete gefordert, und da der Erzherzog dieses Begehren ablehnte, ein Einfall in Tirol beschlossen. Die Bünde waren bei von der Annahme geleitet, dass sich die Situation auf dem deutschen Kriegsschauplatz nicht ändern und den Erzherzog nicht zu thunigen werde, den grössten Theil seiner Truppen im Elsass zu unterhalten, und da diese Voraussetzung eintraf, erlangten sie nach Ausbruch des Kampfes mehrfache Erfolge. Nach der Schlacht bei Höchst änderte sich aber die Lage zu ihren Ungunsten, in Folge der hier erlittenen Niederlage mussten sich Christian von Halberstadt und Mansfeld nach Frankreich zurückziehen und damit war der Elsass vor jedem Angriff gesichert und der Erzherzog konnte seine zahlreichen Streitkräfte verwenden, wo er wollte. Als trotzdem die Bündner den Kampf fortsetzten, erlitten sie bei Canova am 12. September eine Niederlage, die eine arge Demoralisation unter ihnen im Gefolge hatte: ein Schlag traf sie jetzt nach dem andern. Ueber Anregung der Eidgenossen hatten indessen Verhandlungen in Lindau begonnen,

24.
April
1622

1622

1622

an denen sich Vertreter der Eidgenossenschaft, der Bünde und des Erzherzogs beteiligten. Es kam ein Vertrag zu Stande, in welchem das Unterengadin und das Gebiet des grauen Bundes wieder an Oesterreich abgetreten wurde, die Herrschaft Maienfeld dagegen den beiden anderen Bünden bleiben sollte. Auf dem Beitrage zu Chur wurde der lindauer Vertrag mit Stimmenmehrheit angenommen.

Alle diese Abmachungen sowohl die zu Lindau, wie die zu Mailand musste man umsomehr als provisorische ansehen, da sie zwar im Sinne aber nicht nach dem ausdrücklichen Befehl der massgebenden Auktoritäten, des Kaisers und des Königs von Spanien, abgeschlossen worden waren, diese also die ihnen darin eingeräumten Vortheilen aufgeben konnten, wenn Frankreich sein Veto einlegte. Auf den Widerstand Frankreichs musste man aber gefasst sein, denn wie konnte man erwarten, dass es demjenigen Hause die Erwerbung ~~man~~ ^{man} Gebiete gestatten würde, das so eben durch den böhmischen Aufstand an den Rand des Abgrundes gebracht war und das — nach französischer Auffassung — nur dadurch vor dem tödtlichen Sturz bewahrt wurde, dass der König seine rettende Hand dem Kaiser bot. Als oberster Grundsatz der französischen Politik galt, den Spaniern keine Eroberung zu gestatten, und nun sollte dies auf Kosten alter Verbündeten der Krone Frankreichs geschehen und so Schande auf den französischen Namen gehäuft werden? Das ganze System der Allianzen, denen Frankreich seine Bedeutung verdankte, war bedroht, wenn es länger ruhig zusah. Seine Ruhe war bis dahin keine freiwillige, im J. 1621 war der Krieg mit den Hugenotten ausgebrochen, der den König zu jener demüthigenden Rolle nöthigte, die er bei Gelegenheit des mansfeldischen Einbruches spielte. Nun ¹⁶²² war aber dieser Krieg seit dem 19. October durch einen Vertrag beendet, den Ludwig vor Montpellier unterzeichnete und der ihm die freie Verfügung über seine Kräfte gestattete. Man erwartete nun nichts anderes, als dass er dieselben gegen Spanien benützen würde und legte ihm dies allerseits nahe, denn als er darauf für kurze Zeit in Avignon weilte, kam der Herzog von Savoyen zu ihm und ersuchte ihn dringend um seine Intervention in den Bünden und seine Bitten wurden

von dem venetianischen Gesandten und dem kriegslustigen Connetable dem Herzog von Lesdiguières unterstützt. *) Der König machte Versprechungen, da es aber noch nicht zum Abschluss eines Vertrags kam, so betraute der Herzog von Savoyen nach seiner Abreise seinen Sohn mit der Fortführung der Verhandlung und durch dessen Bemühungen kam ein Vertrag zwischen Frankreich, Venedig und Savoyen zu Stande, der am 7. Februar 1623 zu Lyon unterzeichnet wurde, die Restitution der Bünde in ihre Herrschaft zum Gegenstande hatte und zu diesem Zwecke die Verbündeten zur Aufstellung eines Heeres von 36000 Mann verpflichtete. Wenn Spanien und Oesterreich die erlangten Vortheile nicht aufgaben, musste ein kriegerischer Zusammenstoss erfolgen.

Zwei Fürsten hatten ein hervorragendes Interesse daran, dass der Krieg, der auf diese Weise in Aussicht stand, nicht ausbreche und so richteten beide lange vor dem Abschlusse des lyoner Vertrages ihre Thätigkeit darauf, dass der Stein des Anstosses zwischen Spanien und Frankreich hinweggeräumt werde. Der eine dieser Fürsten war der Papst, der aus religiösen Interessen einen Kampf zwischen katholischen Mächten zu verhindern wünschte, der andere Maximilian von Baiern, der sich um die Zustimmung Frankreichs für die Uebertragung der Kur bewerben wollte und einen abweislichen Bescheid fürchten musste, wenn sich Frankreich gegen Spanien und in weiterer Folge gegen den Kaiser erklärte.

Um den Ausbruch der Feindseligkeit zu verhindern, begann Maximilian einen diplomatischen Feldzug, der wenn auch nicht ganz vom Erfolg gekrönt jedenfalls mit grosser Geschicklichkeit und Ausdauer geführt wurde. Er brachte Vorschläge auf die Bahn, die die beiden rivalisirenden Mächte befriedigen sollten, es handelte sich ihm aber eigentlich darum, dass Frankreich sein altes Bündniss mit den deutschen Protestanten aufgebe und sich den Katholiken anschliesse. Er wollte in Deutschland den Friedens- und Besitzstand in der Weise sichern, wie er sich nach der Aechtung des Pfalzgrafen gestalten sollte, und namentlich — wie wir nicht ohne Grund vermuthen — durch Frankreichs Dazwischen-

*) Münchner StA. Valerian an Jocher dd. 12. November 1622.

kunft sich die Unterpfalz erwerben. Er hatte also dabei sein Interesse im Auge. Zur Entschuldigung oder zur Verurtheilung dieser mit dem Auslande kokettirenden Politik kann man nur sagen: er that dasselbe, was alle deutschen Fürsten zu allen Zeiten thaten, indem sie ihre persönlichen Interessen berücksichtigten, die tüchtigen brachten allerdings ihre Interessen mit den allgemeinen in Einklang und dankten dem ihre Erfolge.

Zur Durchführung seines Planes bediente sich Maximilian der Mitwirkung eines Vertrauensmannes, den er im September 1622 nach Paris abschickte und der gleich dem P. Hyacinth dem Kapuzinerorden angehörte: es war dies ein Italiener, ein gewisser P. Valerianus Magni. Maximilian brauchte nicht zu fürchten, dass er durch die Absendung dieses Mannes das Misstrauen des wiener Hofes wecken werde, denn der Kaiser hatte ihm aufgetragen, den König Ludwig für die Uebertragung der Kur zu gewinnen und er folgte also nur dem ihm erteilten Auftrage, wenn er in Frankreich Verhandlungen anknüpfte. Nur beschränkte sich der Auftrag, den er dem genannten Kapuziner gab, nicht auf diesen Punkt allein, sein Vertrauensmann sollte auch die Beilegung der veltliner Streitigkeiten versuchen und ein Bündniss zwischen Frankreich und der Liga zu Stande bringen.*) Dem Befehl des Herzogs entsprechend schlug deshalb P. Valerianus nach seiner Ankunft in Paris dem Kanzler Brulart de Sillery und dem Präsidenten Jeannin für den Ausgleich in der veltliner Streitfrage vor, dass die festen Plätze daselbst einem unparteiischen Fürsten überantwortet werden und die endliche Entscheidung über das Schicksal des Veltlins späteren Vereinbarungen überlassen bleiben sollte. Mit diesem Auskunftsmittel waren die beiden französischen Staatsmänner nicht zufrieden, sie wollten nichts von der Uebergabe der festen Plätze an einen dritten wissen, weil dadurch die Entfernung der Spanier verzögert würde. P. Valerian trat nun in einer zweiten Conferenz mit einem neuen Vorschlag hervor, der mehr geeignet schien

*) Die Instruction, die Valerianus für seine Reise nach Frankreich vom Maximilian erhielt, haben wir nicht gefunden; es standen uns nur die Briefe zu Gebote, in denen er über sein Thun nach München berichtet und aus denen wir auf seine Aufträge schliessen können.

den Frieden zu sichern: er schlug vor, dass das Veltlin und die Grafschaft Worms als gleichberechtigtes Bundesglied den drei anderen Bünden beitreten solle. War dies der Fall, so war die katholische Kirche daselbst gegen alle Angriffe gesichert, den Wünschen des Papstes entsprochen, und den Spaniern jeder Vorwand genommen, die einzelnen Plätze besetzt zu halten. *) Aber auch dieser Vorschlag gefiel in Frankreich nicht, wohl deshalb, weil man fürchtete, dass, wenn die Veltliner ihre Angelegenheiten selbständig bestimmen würden, sie gute Beziehungen zu Mailand unterhalten, den spanischen Truppen stets den Pass nach Deutschland bewilligen und so der Vortheil aus der neuen Gestaltung der Dinge doch Spanien zu Gute kommen würde. Als Maximilian erfuhr, welchen Schwierigkeiten diese Verhandlungen in Paris begegneten und wie sein Agent auch den Anfeindungen des spanischen Gesandten ausgesetzt sei, trug er ihm auf zu betonen, dass es ihm nur um den Frieden zu thun sei, im Ubrigen aber sich hinter die Person des Nuncius zu flüchten, dem vom Papste die Vermittlung in dieser Angelegenheit übertragen sei und der sonach das erste Wort zu sprechen habe. Im Laufe des Monats Januar berichtete P. Valerian nach München, dass sich das französische Cabinet entschlossen habe, den Papst zu bevollmächtigen, in der veltliner Angelegenheit nach seinem Gutdünken zu entscheiden, doch sollte diese Entscheidung auf dem madriker Verträge fussen und also die Herrschaft der Bünde im Veltlin hergestellt werden. Der Mönch bemerkte, dass er sich alle Mühe gegeben habe seinem Vorschlag wegen Aufnahme Veltlins als selbständiges Bundesglied in die drei Bünde allseitige Zustimmung zu verschaffen und dass Spanien jetzt selbst damit einverstanden sei. Welcher Art der Vertrag war, der im darauf folgenden Sommer in Rom geschlossen wurde, darüber werden wir später berichten.

Seine weitere Thätigkeit beschränkte der Kapuziner nun hauptsächlich auf den dritten Punkt seiner Instruction auf den Abschluss des Bündnisses, er war dabei von der richtigen Ueberzeugung geleitet, dass wenn er damit zum Ziele komme,

*) Münchner StA. P. Valerian an Jocher (?) dd. 29. October 1622 und die folgenden Briefe.

nur noch begieriger zur Anknüpfung von Maximilian billigte seine Haltung und trug ihm Reserve nicht herauszutreten, so lange man ihm Zusage gebe, dass Frankreich sich mit den deutschen einigen wolle; erst dann solle er sich in Verha die Bedingungen des Bündnisses einlassen.**) I sollte Valerian darauf hinweisen, dass die Pro Länder eine revolutionäre Partei bilden, deren I seinem wohlverstandenen Interesse liege. Es ze jetzt, dass den französischen Staatsmännern das den deutschen Katholiken nicht so sehr am He der Kapuziner vermuthete, da mehrere Wochen ohne dass es zu ernstlichen Verhandlungen ge Maximilian ertheilte deshalb seinem Gesandten die Kurfrage zuerst ins Reine zu bringen.**)

Mit dieser Angelegenheit hatte es keine Sel man von Frankreich aus schon vordem, wahr die ersten Andeutungen P. Valerians, dem Ges den Auftrag gegeben hatte, in Regensburg für die der Kur an Maximilian zu wirken. Als nun abe Bündnissvorschläge selbst auf die Bahn brachte, Erfahrung, dass sich der vermuthete Eifer bei d verflüchtigt habe. Nichtsdestoweniger verzweifelt dem Gelingen seiner Aufgabe; in einer Confer 27. dieser Angelegenheit mit dem Kanzler Brulart
Januar Staatssekretär Puvsioux abhielt. bemühte er sich

ga hinwies und bemerkte, dass sie im Stande sein würde, gegen die Macht der Habsburger ein wirksames Gegengewicht zu bilden (!) und die Allianz mit ihr demnach allen willkommen sein müsse, die sich von diesem Hause bedrückt fühlten. Seine Vorstellungen hatten nur das Resultat, dass man ihm keine ergiebige Antwort ertheilte, sondern diese bis zu einer neuen Unterhandlung verschob. Valerian glaubte die zögernde Haltung der Franzosen damit erklären zu müssen, dass das von ihnen gehoffte Zerwürfniß zwischen Spanien und Baiern nicht eintreten sei, denn nur unter dieser Voraussetzung habe das Bündniß für sie einen Werth. *)

Das war übrigens nicht der einzige Grund. Denn so sehr auch das Anerbieten der katholischen Allianz dem Interesse und der Eigenliebe der französischen Staatsmänner schmeichelte, durften sie doch nicht ohne weiters zugreifen, weil der Bund mit den Katholiken jedes Bündniß mit den deutschen Protestanten ausschloss, diese und die Holländer hätten sich Frankreich entfremdet, was mit Nothwendigkeit die Umgestaltung der politischen Beziehungen unter den europäischen Staaten und die Bildung neuer Allianzen zur Folge gehabt hätte. Denn obwohl sich Maximilian mit keinen feindlichen Plänen gegen den Kaiser oder dessen Besitzstand trug, sondern nur den Besitzstand festhalten wollte, wie er sich auf dem Deputationstag

Regensburg gestalten sollte, so würde die Freundschaft mit Frankreich wenn nicht ihn, so doch seine Nachfolger zur Verfeindung der Habsburger geführt haben. Sobald sich aber der Kaiser von den Katholiken preisgegeben sah, so musste er sich den deutschen Protestanten nähern, was nebenbei nicht ohne Einfluss auf die inneren Verhältnisse Oesterreichs geblieben wäre. Der Gewinn den Frankreich durch den Anschluss der Katholiken erlangt hätte, wäre mehr als aufgewogen gewesen durch den Abfall der protestantischen Bundesgenossen. Dies dachte man wohl und wenn Ludwig die Verhandlungen mit Maximilian noch weiter führte, so wollte er dies nur unter der Bedingung thun, dass er seine Beziehungen zu den Protestanten unbekanntlich weiter aufrecht hielt und mit der Liga sich heimlich

*) Münchner St.A. Valerian an Max. von Baiern dd. 28. Januar 1623.

doch selbstverständlichen Bedingung, dass er sich verhalte. Das erste Zugeständniss bestand darin, den Herzog in der Behauptung der kurfürstlich schützen wolle; das zweite, dass er sich seiner nehmen und zu diesem Zwecke den Grafen Mar Angriffe auf Baiern zurückhalten wolle; das dritte Herzog mit Geld unterstützen werde, wenn er Noth sei. Die Worte, deren sich Puyseux bei dieser bediente, liessen keinen Zweifel darüber aufkommen auf französischer Seite verlange, dass Maximilian pfälzischen Besitzungen einem Dritten überlasse, selbst behaupte, in dieser Beziehung wollte man Holländer seine Sache führen. Valerian war nicht zufrieden und bemerkte in seinem Bericht günstiger laute, als eine drei Wochen vorher gegen unbekannte, welche die heimliche Geldhilfe an kein geknüpft habe. *) Er bemühte sich noch jetzt den Staatsmännern den Abschluss des Bündnisses auszu schildern und suchte die Gesandten von Ver Savoyen für dasselbe zu gewinnen. Er fand das beste Entgegenkommen wozu die Waffenerfolge das ihrige beitrugen, auch Puyseux machte ihm ähnlichen Vorstellungen mehr Hoffnung und versicherte, dass er den Befehl erhalten habe, das Gebiet der anzugreifen, er verlangte aber zu wissen, wie sich die Liga gegen ihn verhalten würde. **)

in Regensburg weilte, die Nachricht eingelaufen sein, dass Maximilian und die Liga energische Anstalten trafen, um sich gegen die Raubzüge Mansfelds und seinen gegen den Kaiser beabsichtigten Angriffen zu widersetzen, und so verwarf man die Neutralität des Bündnisses mit der Liga, da man sie nicht zur Neutralität bewegen konnte. Valerian verzweifelte an einem sichern Erfolge, weil man jetzt als Preis für das Bündnis eine kühne Haltung gegen Spanien verlangte und empfahl dem Herzog, eine andere Person mit den Verhandlungen zu betrauen.*) Denn aber die französischen Staatsmänner auf die angebotene Allianz nicht eingingen, so wollten sie deshalb den Herzog nicht als Feind behandeln, sondern ersuchten ihn durch einen eigenen Gesandten, wahrscheinlich im Monat März, um seine Neutralität 1623 zu bestätigen. Die brennenden Boten als Entgelt ihm und der Liga Schutz vor Mansfelds Angriffen vor den Holländern an. Maximilian erklärte dagegen, dass der Kaiser den Angriffen nicht preisgeben und die katholische Liga gegen allfällige Gefahren sichern müsse und lehnte die Neutralität ab, bat aber trotzdem im Geheimen um die Absichten, im Falle die Verhältnisse sich für die Liga nicht günstig gestalten würden.**)

V

Aus diesen Angaben ersieht man, dass man in Deutschland zu jener Zeit als der Deputationstag beisammen war, die abermaligen Raubzüge Mansfelds auf Frankreichs Rechnung setzte und dass die französischen Staatsmänner gar nicht in Abrede stellten, dass die Grafen auf den Grafen einen Einfluss üben und ihm die Richtung des Angriffes vorschreiben könnten. Die grösste Unterstützung erhielt jedoch der Graf bei den Holländern, die allerdings ein Interesse daran hatten, wenn der Krieg grosse Dimensionen nahm und wieder in Deutschland wüthete, weil sie nur dann sicher vor den spanischen Angriffen waren. Nachdem Mansfeld seit drei Monaten in ihrem Dienste stand, rückte er mit

) Münchner StA. Valerian an Max. dd. 1. April 1623.

) Münchner StA. Max. an Valerian dd. 28. Mai 1623.

bindung stehenden Verwüstungen und selbst der
Brandenburg konnte trotz seiner Sympathien für
nicht umhin seinen Besorgnissen Ausdruck zu g

Auch Wilhelm von Weimar tauchte wieder
mit einem Plan hervor, der als eine Art Gege
vom Kaiser patronisirten *societas christianae* def
fassen ist und — nebenbei gesagt — sich als g
erwies. Der genannte Herzog wollte einen „
begründen, der aus offenen und geheimen Theilneh
und sich zu Beiträgen verpflichten sollte, mit de
„starke Armada“ ausrüsten und die nöthigen Mag
könnte. Der Zutritt sollte jedermann ohne Unterschi
gestattet und der Zweck desselben die Restitut
grafen in den Besitz seiner Erbländer und seine
Wahlreichs sein.***) Im ersten Eifer suchte Will
für sein Unternehmen zu gewinnen und schick
Gesandten nach dem Haag ab, der die Generalst
Unterstützung bitten sollte. Alle diese Anstren
jedoch keinen Erfolg und Wilhelms Thätigkeit wa
fruchtbringend für den Pfalzgrafen, als er durc
zur Vergrößerung der neu aufzustellenden Arme
auch seinen Bruder den Herzog Friedrich dahin
dieser einige Fähnlein Kriegsvolk in Bereitsch

*) Münchner StA. Patent Christians von Halberstadt dd.

mit dem von ihm selbst geworbenen Volke verbinden wollte. In Abschluss des betreffenden Vertrages zahlte Friedrich seinem Bruder Wilhelm 30000 Thaler aus.**) Der letztere leitete auch Weiterhandlungen mit dem Fürsten Ludwig von Anhalt ein, in Folge deren sich dieser zur Zahlung einer Summe von 35000 Thalern zur Unterstützung der Werbungen verpflichtete. Wir sehen aus den hierbei gewechselten Schriftstücken, dass Wilhelm 1000 Mann zu Fuss und 2000 Reiter anwerben wollte.**)

Die Herzoge von Weimar hatten beim Abschluss ihres wechselseitigen Vertrages die Hoffnung ausgesprochen, dass der niedersächsische Kreis sie mit ihren Truppen in den Dienst stellen würde, sie glaubten also, dass sich derselbe dem Pfalzgrafen anschliessen und so endlich die auf ihn seit drei Jahren gesetzten Erwartungen erfüllen würde. Als sich die Kreisstände Anfangs Februar in Braunschweig versammelten, lagen ihnen zwei Schriftstücke vor, die sie in eine feindliche Bahn gegen den Kaiser drängen sollten: das eine war eine Anzeige des Grafen Mansfeld, dass er nur dann die Waffen niederlegen würde, wenn die Spanier und Ligisten dasselbe thun würden und enthielt zugleich die Aufforderung demgemäss entsprechende Beschlüsse zu fassen; das andere war ein Gesuch des Herzogs Wilhelm von Weimar, in dem er die von ihm betriebene Anwerbung von 8000 Mann anzeigte und um ihre Aufnahme in die Dienste des niedersächsischen Kreises ersuchte.***)

6.
Febr.
1623

Nach mancherlei Verhandlungen wurde in Braunschweig ein Beschluss gefasst, nicht nur den Herzog Wilhelm mit seinen Truppen in Dienst zu nehmen, sondern noch weitere Rüstungen zuzustellen, und zu diesem Behufe 7000 Mann zu Fuss und 3000 Ross anzuwerben. Der niedersächsische Kreis hätte auf diese Weise über 18000 Mann verfügt. Man wollte sich dadurch

*) Münchener StA. Vertragsentwurf zwischen Wilhelm und Friedrich von Weimar dd. 2. 12. Januar 1623. Der Vertrag zwischen beiden Herzogen dd. 17./27. Jan. 1623.

*) Münchener StA. Vertrag zwischen Wilhelm von Weimar und Ludwig von Anhalt dd. 17./27. Januar 1623.

*) Sächs. StA. Mansfeld an die niedersächs. Kreisstände dd. 12. 22. Januar 1623. — Ebend. Instruction Wilhelms von Weimar für seine Gesandten dd. 12. 22. Januar 1623.



allein er wurde dem Halberstädter gegenüber nicht da man ihn an der Besetzung einiger Orte des niedersächsischen Kreises nicht hinderte und als man später die Idee ob man nicht die Hilfe der Kaiserlichen anrufen sollte, um Mansfeld vorrücken oder die Mansfelds, wenn die Kreise überschwemmen würden, liess man unerledigt. Es war überhaupt nicht anders möglich sich auf dem Kreistage eine wenn auch verdeckte Politik gegen den Kaiser geltend machte, da der Brandenburg den von Sachsen, wie wir gleich bei dem Angriff auf den Kaiser zu bereden suchte, und des Brandenburgers im gegenwärtigen Augenblicke in Norddeutschland war. Zum Obersten über das Kriegsvolk des Kreises wurde der Herzog Georg gewählt und ihm ein entsprechendes Regiment zur Seite gestellt.*) Da man jedoch, soweit man die Kreise erreichen konnte, den Krieg vom niedersächsischen fernhalten wollte, so beschloss man die Absandtschaft an Mansfeld, um ihn zu mahnen, seine Truppen über die Weser gerückt und dadurch in das Reich kommen waren, zurückzurufen. Mansfeld entgegen diesem Wunsche gern nachkommen würde, dass jedoch dem Herzog Christian gehörten, der mit

*) Sächs. St.A. Beschluss des niedersächsischen Kreistages

bindung abgebrochen habe.*) Was es damit für eine Bewandniss hatte, werden wir bald hören.

Der Kaiser und seine Geheimräthe sahen mit Misstrauen dem Zusammentritte des niedersächsischen Kreistages entgegen und ersuchten den Kurfürsten von Sachsen um seine Intervention, damit auf demselben keine feindseligen Beschlüsse gefasst würden, eine Bitte, die der Kurfürst wegen der Verfolgung der Anhänger der augsburger Confession in Böhmen abschlägig **) beantwortete. Gleichzeitig forderte der Kaiser auch einzelne Fürsten, die im niedersächsischen Kreis begütert waren, direkt um ihre Mithilfe bei der Verfolgung Mansfelds und des Halberstädters auf, so den König von Dänemark und den Herzog Christian den älteren von Lüneburg-Zelle. Bei Dänemark hatte diese Aufforderung selbstverständlich keinen Erfolg, dagegen zeigte Christian der ältere nicht übel Lust dem Ansuchen des Kaisers Folge zu leisten, wenigstens begann er mit dem letztern eine vertrauliche Correspondenz, aus der man so viel mit Sicherheit entnehmen kann, dass er sich die mansfeldischen Truppen vom Leibe halten wollte. Zum Schlusse gab der Kaiser seine Zustimmung zu den Werbungen des niedersächsischen Kreises unter der Bedingung, dass man sich bei allfälligen Angriffen gegen Mansfeld wehre. ***)

Im Reichshofrathe wurde auch die Frage aufgeworfen, ob man nicht den Halberstädter mit der Acht belegen solle und man beschloss hierüber das Gutachten Kursachsens und Kurbrandenburgs einzuholen. †) Bald hätte es jedoch der Zufall gefügt, dass der Kaiser von diesem rührigen Gegner nicht weiter angefeindet worden wäre. Mansfeld scheint gegen den Halberstädter eifersüchtig und misstrauisch geworden zu sein und aus diesem Grunde ihm die nöthige Unterstützung verweigert zu haben, als Christian von dem Bisthum Minden

*) Sächs. StA. Relation der niedersächsischen Kreisgesandten dd. 12. 22. Februar 1623.

**) Wiener StA. Kursachsen an Ferdinand dd. 1. 11. Februar 1623.

***) Wiener StA. Ferdinand an die niedersächsischen Kreisstände dd. 14. März 1623. — Ebend. Ferdinand an Christian IV dd. 10. Febr. 1623. — Ebend. an Christian von Lüneburg.

†) Wiener StA. Der Reichshofrath an den Kaiser dd. 10. Februar 1623.

Gindely, Der pfälzische Krieg.

1623 aus, wo er sich mit seinen Trupp
Angriff auf Rinteln versuchte. *)
leidigt war und von Mansfeld als
alle Truppen ihm ebenso, wie d
sollten, mit diesem Begehren aber
scheint, so erweiterte sich die Entf
Kampfgenossen derart, dass der H
Generallieutenant aufgab. Gerade
dieser Streit ausbrach, bemühte s
ihn von der Verfolgung der aben
und mit dem Kaiser auszusöh
keinen Zweifel an der Aufrichtigk
suchte sie ihrem Sohne das Unse
mit den Holländern, die doch vo
und das Unpassende, dass er als
Mansfelds stehe, nahezu legen un
zugänglich zu machen. **) Obwoh
seine Adresse gelangte, so erreich
so viel, dass er sich zu Unterhar
dem Herzog Friedrich Ulrich er
Trennung von Mansfeld besiegelt
scheinlich hoffte, seine Aussöhnun
24.
Febr. 1623 werden sollte. Beide Brüder hat
1623 Kalenberg und hier versprach Chr
Bündnisse mit dem „König Friedr
feld abzulassen, seine Truppen vor
erstoren verpflichtet seien, zu ei
Dienst seines Bruders zu treten
Kreisobersten — doch ohne seiner
zu sein — treuliche Assistenz zu
Angriff nicht den Generalstaaten
gelten würde, auf alle Fälle soll
Einmarsch in die Besitzungen des

*) Münchner StA. Instruction Christian
von Isenburg dd. $\frac{26. \text{Januar}}{5. \text{Februar}}$ 1623
des Halberstädters ausführlich.

**) Oppel I, 406.

mit Gewalt abgehalten werden. Das Document, in dem diese Bedingungen verzeichnet waren, wurde nicht bloss von den beiden Brüdern, sondern auch von ihrer Mutter unterfertigt. Friedrich Ulrich berichtete an den Kaiser über den zu Kalenberg abgeschlossenen Vertrag und drückte seine Befriedigung darüber aus, dass die Verbindung Christians mit Mansfeld gelöst sei und dass er seine Truppen keineswegs gegen den Kaiser oder gegen die Katholiken verwenden, sondern allmählig abdanken werde. Um dieser seiner gegenwärtigen Haltung und um seiner grossen Jugend willen möge ihm der Kaiser seinen begangenen Fehler verzeihen und ihn im Besitze von Halberstadt lassen. *) Eine gleiche Bitte that Christian von Dänemark, der also auch von dem Glauben beseelt war, dass sein Neffe nunmehr in friedliche Bahnen einlenken werde. **) Der Kaiser fühlte sich durch diese beiden Zuschriften etwas beruhigt und antwortete dem Herzog Friedrich Ulrich, dass, wenn sich seine Versprechungen erfüllen würden, er seinen Wünschen Rechnung tragen wolle. ***)

Wenn die bezüglich des Halberstädters gehegten Hoffnungen in Erfüllung gehen sollten, so hätte sein Bruder nicht jenen Ausnahmefällen zustimmen dürfen, die der erstere für die Unterstützung des Kreisobersten festsetzte. Diese Ausnahmefälle zeigten zur Genüge, dass die Spannung zwischen Christian und Mansfeld nicht so weit ging, um den ersteren der gemeinsamen Sache zu entfremden und namentlich zum Angriff gegen die in Diensten „König Friedrichs“ stehenden Truppen — zu denen doch Mansfeld mit seinem Kriegsvolke gehörte — zu vermögen, sondern dass es sich ihm hauptsächlich darum handelte, von seiner bisherigen Unterordnung unter Mansfeld loszukommen und die Verpflegung seiner Truppen seinem Bruder aufzubürden, der sich in der That beim Abschlusse des Vertrages zur Auszahlung von 100000 Thalern erboten hatte. †)

*) Wiener StA. Friedrich Ulrich an den Kaiser dd. $\frac{25. \text{Febr.}}{7. \text{März}}$ 1623.

**) Sächs. StA. Christian IV [an Ferdinand II] dd. 6./16. März 1623.

***) Wiener StA. Ferdinand an Friedrich Ulrich dd. 3. April 1623.

†) Sächs. StA. Vertrag zwischen den beiden Herzogen von Braunschweig dd. 14./24. Februar 1623.

Friedrich Ulrich wurde bald genug des Fehlers inne, den er in Kalenberg begangen, und um ihn wieder gut zu machen, legte er seinem Bruder einen Revers zur Unterzeichnung vor, in dem er sich verpflichten sollte, seine Truppen nach drei Monaten ohne jede Widerrede zu entlassen. Dieser Bedingung nachzukommen weigerte sich aber Christian, indem er seinem Bruder schrieb, dass er sie nur dann erfüllen werde, wenn der Kaiser und die katholischen Stände ihm genugsame Sicherheit gegen weitere Ueberfälle bieten würden. *) Gleichzeitig zeigte er sich mit dem im Herzogthum Braunschweig und im Stifte Minden eingenommenen Quartieren nicht zufrieden, sondern rückte auch nach dem Bisthum Hildesheim vor und stand so mitten im niedersächsischen Kreise. Hätten die niedersächsischen Kreistände den Muth gehabt den Kaiser anzugreifen — wozu sie nicht übel Lust hatten — so hätten sie sich dem Halberstädter anschliessen müssen und vielleicht wäre dies geschehen, wenn der Kurfürst von Sachsen trotz aller Missbilligung der regensburger Vorgänge sich nicht für den Kaiser erklärt und einen Antrag auf dessen Bekämpfung, den der Kurfürst von Brandenburg ihm eben machte, abgelehnt hätte. Dieser merkwürdige Antrag wurde bei Gelegenheit einer Zusammenkunft beider Fürsten in Annaberg gestellt.

Der Kaiser hatte den Kurfürsten von Sachsen gleich nach vollzogener Investitur von derselben benachrichtigt und ihn nochmals zur Reise nach Regensburg eingeladen, damit man über den dem Mansfelder und Halberstädter zu leistenden Widerstand berathen könne. Gleichzeitig schickte er Herrn Ilburg von Wresowic nach Dresden ab, damit dieser durch seine persönlichen Bemühungen den Kurfürsten gefügiger mache. **) Bevor Johann Georg den Brief erhielt und der Gesandte ankam, schrieb er auf die Nachricht von der endgiltig beschlossenen Uebertragung der Kur an Kurmainz und tadelte diese Massregel in einer so heftigen Weise, als ob er niemals seine Zustimmung zu

*) Oppel, I, 416.

**) Khevenhiller Annales X, 78. Sächs. StA. Kursachsen an Kurbrandenburg dd. $\frac{28. \text{Febr.}}{10. \text{März}}$ 1623.

ihr gegeben hätte. Er behauptete, dass sie zu einem immerwährenden Kriege führen werde, dass sie die Rechte der Kurfürsten, deren Meinung jedenfalls vor der Verhängung der Acht gehört werden müsste, mit Füßen trete und dass sie alle Familienverträge und die goldene Bulle über den Haufen werfe, da mit dem Schuldigen auch der Unschuldige gestraft werde. Wohin solle es kommen, wenn man auf dem künftigen Kurfürstentage darüber verhandeln werde, ob die Rechte der Agnaten anerkannt werden sollten oder nicht und so etwas „ungewiss gemacht und auf Disputat gestellt werde,“ was bei der Gesamtbelehrung eines Hauses ausser aller Frage stehe.*) — Maximilian hatte, ehe er noch von diesem Schreiben Kenntniss erhielt, an den Kurfürsten von Mainz geschrieben und ihn um seine guten Dienste bei Johann Georg ersucht, für den er angeblich die grössten Sympathien fühle und dem er jedenfalls zu Hilfe eilen wolle, wenn er angegriffen würde. Der ganze Brief war von dem Schreiber nur zu dem Zwecke verfasst worden, damit er dem Kurfürsten von Sachsen zugeschickt werde, thatsächlich kam der Erzbischof von Mainz diesem Wunsche nach und erschöpfte sich in dem Begleitschreiben in Freundschaftsversicherungen, die übrigens nicht erheuchelt waren, da sich zwischen ihm und Johann Georg in Folge persönlicher Bekanntschaft eine Vertraulichkeit entwickelt hatte, von der jeder ihrer Briefe Zeugniss gibt.**)

Als der Kurfürst von Sachsen diese Briefe erhielt, war er im Begriffe nach Annaberg zu reisen, wohin er den Kurfürsten von Brandenburg eingeladen hatte, um sich mit ihm zu berathschlagen, was man Angesichts der regensburger Vorgänge thun solle. Johann Georg fühlte das Bedürfniss sich den protestantischen Fürsten zu nähern und da keiner in so innigen Beziehungen zu dem verfolgten Pfalzgrafen stand und keiner so mächtig war, wie der Kurfürst von Brandenburg, so lud er ihn zu einer Besprechung ein. Die Einladung wurde angenommen und die beiden Fürsten trafen am 21. März in 1623

*) Ebend. Kursachsen an Kurmainz dd. $\frac{23. \text{Febr.}}{6. \text{März}}$ 1623.

***) Sächs. StA. Max. an Kurmainz dd. 4. März 1623. — Ebend. Kurmainz an Kursachsen dd. 11. März 1623.

Annaberg ein. *) In Begleitung Kursacs
Geheimräthe Schönberg, Pölnitz und I
brandenburgs der Graf Adam von S
von Bellin und Lewin von Knesebeck.

Wenn die Erbitterung Johann Ge
in Regensburg wirklich so gross war
Briefe an Kurmainz annehmen sollte,
bedeutend ab, als er die beiden schme
Regensburg einer näheren Würdigung
seine Räthe mit den Brandenburgern
zu verhandeln begannen und die let
Regensburg, zu der der Kaiser auch
Mansfelders eingeladen hatte, ablehnter
theilte Investitur stillschweigend billig
Reichskrieg ziehen lassen wollten, versic
dass sie diese Politik billigten, meinten
Nichtanerkennung der in Regensburg
nicht zum Ziele kommen werde. Da
sei der Kurhut übertragen worden und
nicht mehr ungeschehen gemacht we
jetzt nicht der Kinder und Agnaten de
und verlangen, dass den ersteren u
milians Tode wieder die Kur übertrage
des Königs von England, der sich blc
empfehle das Betreten dieses Ausweges.
berg und seine Collegen aber verwarfen
die Kinder könnten nur brieflich der
der Kur versichert werden und diese
mehr werth, als das Papier und da
besiegelt werde.

Als am folgenden Tage die Verhandl
traten die brandenburgischen Räthe
erklärten, dass man um keinen Preis d
das kurfürstliche Collegium einlassen

*) Sächs. StA. Kursachsen an Kurbrandenburg
März 1623. Kurbrandenburg an Kursachse

des Pfalzgrafen wider Recht und namentlich wider den Paragraph 26 und 39 der kaiserlichen Wahlcapitulation vor sich gegangen sei. Auf brandenburgischer Seite wollte man es also bezüglich der Vorgänge in Regensburg nicht bei der einfachen Missbilligung bewenden lassen, sondern war entschlossen zu Gunsten des Pfalzgrafen alle Mittel anzuwenden und sich an seiner Vertheidigung zu betheiligen, wenn Sachsen zustimmen würde. Es war das erstmal, dass man von brandenburgischer Seite mit dieser Absicht hervortrat und einer Gefahr kühn in die Augen blickte, vor der selbst der König von Dänemark zurückgewichen war. Die brandenburgischen Rätthe deuteten diese Absicht damit an, indem sie die Wege, die man im Verein mit Kursachsen einschlagen könne, erörterten. Nach ihrer Meinung durfte man weder die Uebertragung der Kur billigen, noch sich mit der etwaigen Verbriefung der Rechte der pfälzischen Kinder und Agnaten begnügen, weil darauf kein Verlass sei und so habe man nur die Wahl zwischen zwei Auskunftsmitteln. Man könne entweder die Dinge gehen lassen und zusehen, welche Richtung sie nehmen würden, aber das sei zu verwerfen, oder endlich Rüstungen anstellen. In letzterer Beziehung entwickelten die Brandenburger einen vollständigen Kriegsplan: man sei des Anschlusses des ober- und niedersächsischen Kreises sicher, der fränkische werde sich grösstentheils gewinnen lassen; der Mitwirkung Bethlens sei man gewiss und ebenso könne man das Heer Mansfelds in Anschlag bringen; England, Dänemark und Savoyen würden das ihrige thun, selbst auf Frankreich könne man hoffen und so würde eine Allianz zu Stande kommen, die dem Bunde des Kaisers mit den Katholiken überlegen sein würde.*)

Alle diese Angaben und Berechnungen mussten die sächsischen Rätthe überzeugen, dass man in Berlin in innigen Beziehungen zu dem Pfalzgrafen stehe und sich jetzt berufen fühle offen zu thun, was man bis dahin heimlich und bloss mit Wünschen gethan. Das vorgeschlagene Bündniss konnte alles das rückgängig machen, was im J. 1620 und 21 geschehen war, Sachsen aber hätte durch den Wechsel seiner Allianz nicht die Freund-

*) Sächs. StA. Protokoll der Zusammenkunft in Annaberg.

schaft des Pfalzgrafen, der Böhmen erkauft: im Falle des Sieges hätte grossgezogen. Die Beredsamkeit d also ihr Ziel, ja sie machte die Sa misstrauischer und so lehnten sie es nicht den Anschein habe, als ob man und Spanien, die die Vermittlung greifen wolle. Da damit jede thätig des Pfalzgrafen abgelehnt war, so Brandenburg nichts anderes übrig, abzurufen. Das Resultat der Zusam auf eine gemeinschaftliche Antwort, w dem kaiserlichen Gesandten, der ihnen Sie missbilligten in derselben die U Friedrich ungehört verdammt word des Kaisers aber, sich an der Berathu zu ergreifenden Vertheidigungsmassre sie unbeantwortet. — Johann Geor sammenkunft in Annaberg war gegen als vorher, er missbilligte die Uebe keine grössere Scheidewand zwisc stantischen Fürsten aufführen wollte, erfahren, wie man auf dieser Seite um j der letzten Jahre rückgängig mache nicht mithelfen, sondern suchte, sow vorbereitenden Kampf zu hindern. Annaberg weggereist, so richtete er eine Warnung nach der anderen, um abzuhalten, ja seinem Kriegsvolke ga gewaltsamen Vertreibung der von Truppen, die sich an einzelnen Orten festgesetzt hatten: auch den Adminis Markgrafen Christian Wilhelm von B einer Vorschubleistung der dem Kais

* Sächs. St.A. Kursachsen und Kurbrande März 1623.

** Sächs. St.A. Protokoll über die Verhand dem Administrator von Magdeburg dd.

und erlangte auf diese Weise, dass die Freunde des Pfalzgrafen zum Theile eingeschüchtert wurden und die weimarer Herzoge nicht die genügenden Kräfte auf die Beine bringen konnten. Endlich berief er die Stände des obersächsischen Kreises nach Jüterbock und machte ihnen den Vorschlag zu rüsten und die Rüstungen gegen jeden Einbrecher — womit zunächst nur Mansfeld oder der Halberstädter gemeint sein konnten, da der Kaiser den Kreis nicht ohne Grund betreten wollte — zu verwenden. *)

Bis dahin hatten alle Kriegsvorbereitungen noch zu keinem rechten Zusammenstoss geführt, ein solcher erfolgte erst, als der Herzog Wilhelm von Weimar, der sich nicht länger in den Besitzungen seiner Brüder und in einigen anstossenden Quartieren halten konnte, aufbrach, um sich mit dem Halberstädter zu vereinigen. Auf dem Zuge berührte er die Stadt Derenburg, die ihm den Durchzug nicht gestatten, sondern nur einige Compagnien beherbergen wollte. In seinem Zorn über den abschlägigen Bescheid liess er die Stadt erstürmen und der Plünderung preisgeben, wobei seine Soldaten Schändlichkeiten aller Art verübten. **). Seine Vereinigung mit den Truppen des Halberstädters, in dessen Sold er jetzt als Oberst über die mitgebrachte Mannschaft trat, wurde darauf ohne Hinderniss vollzogen; man berechnete die Stärke der combinirten Armee auf 20000 Mann, nach unserer Ansicht viel zu hoch, da sie kaum über 12000 Mann betragen haben kann. Dieser Vorgang öffnete dem Herzoge Friedrich Ulrich vollends die Augen und überzeugte ihn, wie wenig ernst sein Bruder es in Kalenberg mit der angedeuteten Aussöhnung mit dem Kaiser gemeint habe. Seine Bestürzung und die der anderen Kreisstände wuchs jetzt von Tag zu Tag, zu dem Entschlusse aber, sich die Schädiger ihres Eigenthums und die Störer ihrer Ruhe vom Halse zu schaffen und so dem Kaiser indirekt zu helfen, waren sie nicht zu bringen. Der Widerwille gegen die kaiserliche Gewalt und die Katholiken liess sie die Hände in den Schooss legen.

26.
März
1623

*) Kursachsen an die Stände des obersächs. Kreises dd. $\frac{22. \text{ März}}{1. \text{ April}}$ 1623.

***) Sächs. StA. Plünderung von Derenburg.

Mittlerweile traf auch Mansfeld in Friesland aufzubrechen. Bevor er die Werbung an den böhmischen Exkanzler Rupp zu machen, bat er mit der Bitte, ihm den Weg in den Norden zu bahnen und die einzelnen Kreisstände zu einer bestimmten Haltung zu veranlassen. Rupp unterzeichnete nur damit, dass er dem Könige die Hilfe stellte, sondern ihm auch — Mansfeld damit beauftragt — die Erwerbung von Ländern eroberten und ihm passend gelegenen Orten zu bewachen. Wir vermuthen, wies der König die Bitte um Unterstützung des Pfalzgrafen zurück, weil er die Sicherheit auf die Hilfe mächtiger Fürsten setzte. Diese Versprechungen ihm nicht genügend zu machen, Pläne Mansfelds unterstützen konnte, nicht zutreten, that er es, wenigstens rühmt der König die Passage seiner Truppen durch die Niederlande nicht gehindert habe. Als in der zweiten Hälfte des März, also zur Zeit der Annaberger Zusammenkunft des Kurfürsten von Brandenburg bei Magdeburg, diesen voller Hoffnung, er hatte damals 10000 Mann Fahnen und hoffte diese Zahl bis auf 20000 zu bringen. Er rühmte sich des innigsten Einverständnisses mit Savoyen und Venedig und behauptete, ein Bund geschlossen habe; seine Angaben über die zeitige Anwesenheit der Gesandten die von Montereau, von Bausse und Berron waren. Ob es zum Abschluss eines genau festgestellten Bündnisses wissen wir nicht, soviel ist aber sicher, dass der Grafen unter die Arme griff und in der Hoffnung half den folgenden Krieg zu schüren.*

Mansfeld hatte übrigens in demselben Jahre sich mit der Organisation eines neuen Heeres abermals der Infantin die Hand geboten

*) Säch. StA. Instruction Mansfelds für Rupp

***) Berliner StA. Wilmersdorf an Kurbrander

mit ihr eingeleitet, die auf die Preisgebung seiner bisherigen Freunde abzielten. Wir haben jene Anerbietungen, die der Graf nach der Schlacht bei Höchst im Monat Juli und später im Monat August nach Brüssel gelangen liess, gar nicht erwähnt, weil sie auf seine kriegerischen Dispositionen ohne jeden Einfluss blieben. Auch diesmal hielt er deshalb mit seinen Rüstungen nicht inne und die neuen Verhandlungen erregen das Interesse nur wegen den grossartigen Versprechungen, zu denen er sich herbeiliess. Seine Boten Oberst Tournon und Kapitän Flamant erklärten in Brüssel, dass wenn der König von Spanien ihn mit allen seinen Truppen in seine Dienste nehmen und ihm eine jährliche Pension von 20000 Thaler zahlen würde, er ihm dann einen wichtigen Platz und einige Nordseehäfen überliefern und dem feindlichen Handel alle möglichen Hindernisse bereiten werde.*) Da Mansfeld thatsächlich in Ost-Friesland als Herr gebot, so konnte er wenigstens einen Theil seiner Versprechungen erfüllen, konnte namentlich Emden den Spaniern in die Hände spielen und deshalb wurden seine Anerbietungen, trotzdem man so oft von ihm getäuscht worden war, in Brüssel nicht abgewiesen, im Gegentheil die Infantin beeilte sich ihm die Erfüllung nahezu aller seinen Forderungen zu versprechen und mit diesem Versprechen seine beiden Unterhändler zurückzuschicken. Mansfeld machte an den Anerbietungen einige Ausstellungen, beauftragte seine beiden Boten abermals nach Brüssel zu reisen und erreichte diesmal einen nahezu vollständigen Erfolg.***) Trotzdem erfüllte er nicht die auf ihn gesetzten Hoffnungen und verwendete schliesslich die von ihm erworbenen Truppen gegen den Kaiser und seine Freunde.

21.
Dec.
1622

10.
Febr.
1623

Bei den auf den Krieg gerichteten Absichten Friedrichs von der Pfalz bedarf es wohl keiner weiteren Auseinandersetzung, dass er seinen Schwiegervater immer von neuem um Geld ersuchte und mit ihm deshalb in einen stets erneuerten Streit geriet. Nach seinem Rückzuge aus der Pfalz hatte sich seiner die trübseligste Stimmung bemächtigt, der er unverholten Ausdruck in einem Brief gab, den er an einen der englischen

*) Villermont I, 183.

**) Villermont II, 189.

Würdenträger abschicken wollte, aber s
keit der darin geführten Sprache nicht a
heisst es darin an seiner Rettung, n
habe, was in seiner Macht stehe, aber l
Schwiegervater nur Hindernisse erfah
Hoffnung beruhe auf der Armee des Gr
diese werde zu Grunde gehen, da Ja
verweigere. *) Die in diesem Briefe
Unterstützung des Grafen Mansfeld ü
später dem König durch Andreas Paw
Eitelkeit durch die diplomatischen Misser
war, so schien er, wie wir berichtet l
Kriege bereit, er gab zur Absendung E
von uns geschilderten Weisungen seine
suchte den Prinzen von Oranien und den
Kassel um die werkhätige Unterstüt
sohnes.**) Als nun aber die Bitte des
von Mansfeld wiederholt wurde und c
einschickte, wornach sich die verlangte
stens 2000000 Thaler belaufen müsste
Groll gegen Spanien durch die in Aussich
in den Heiratsverhandlungen wieder ;
einer Unterstützung wissen und beschu
sohn, dass er ihn in seiner Friedensver
Vertrauen zu Spanien gab er auch dad
von seinem Schwiegersohn verlangte, er se
Tilly vergeblich belagert hatte, der Infa
welche diesen Platz bis zum folgenden Fri
Er setzte seiner Vermittlung schliesslic
dass er mit der Infantin abermals einen
über den wir als über einen neuerding
später berichten werden.

*) Münchner StA. Friedrich an? dd. 1./11. D.

**) Kapitel VII dieses Bandes.

***) Jakob an Moritz von Oranien und den
31. December 1622.
10. Januar 1623. Coll. Camerar.

†) Münchener StA. Jakob an Friedrich dd. $\frac{2}{2}$

VI

Aus den vorangegangenen Mittheilungen kann man nun ersehen, wie Ludwig XIII, Bethlen und der Pfalzgraf einander die Hand reichten und wie durch ihr wechselseitiges Einverständniss und durch die Unterstützung Hollands im Winter von 1622/3 ein neues Kriegsheer ausgerüstet wurde, das unter dem Commando Mansfelds, Christians von Halberstadt und Wilhelms von Weimar sich auf etwa 30000 Mann belief, dass man hiebei auf die Mithilfe Bethlens mit Bestimmtheit rechnete und dass bei dem ersten günstigen Erfolge zahlreiche deutsche Fürsten bereit waren, sich dieser Verbindung anzuschliessen. Nicht Schreckgespenster beängstigten also den Kaiser, sondern wirkliche Gefahren, als er auf dem Deputationstage Rath und Hilfe gegen Mansfeld und die Holländer verlangte und um Geld behufs der Instandhaltung der ungarischen Grenzfestungen bat. Er wollte die Bekämpfung seiner Feinde zu einer Reichsangelegenheit stempeln und deshalb nicht bloss die Katholiken, sondern auch die Protestanten zu den gemeinsamen Rüstungen heranziehen. So wenig sich aber die Mitglieder des Deputationstages zu einem gemeinsamen Beschlusse in der Kurfrage einigen konnten, so wenig konnten sie dies in Bezug auf die Abwehr der feindlichen Angriffe und in Folge dessen gaben die beiden Religionsparteien ein getrenntes Votum ab. Die Katholiken forderten den Kaiser auf, mit seiner Armee dem Mansfelder entgegenzutreten, seinen Fuss nach Norddeutschland zu setzen und hiebei die benachbarten Reichsstände um ihren Beistand zu ersuchen. Durch Pönalmandate solle er alle Theilnehmer an dem Kriegszuge Mansfelds mit der Strafe des Landfriedensbruches bedrohen und die Unfolgsamen mit der Confiscation ihrer Güter bestrafen. Bezüglich der allfälligen Bekriegung der Holländer wollten sich die Katholiken zu keiner bestimmten Meinungsäusserung entschliessen, sondern diese Angelegenheit der Entscheidung eines Reichstages vorbehalten wissen. Es war nach ihrer Ansicht nicht so dringend hierin schon jetzt Beschluss zu fassen, da mittlerweile die Holländer von den Truppen der Infantin Isabella aus ihrer Schanze bei Bonn vertrieben worden seien. Wir bemerken, dass es den Katholiken nicht um die Befehdung der

Holländer zu thun war, weil sie dann Dienste geleistet hätten und deren Intere sie nicht für ihre Pflicht. Ihre heinz Spanien, sobald man dessen Hilfe nic auch in der dem Kaiser vorgelegten Bi dass die Truppen der Infantin die erob möchten. Noch weniger entsprechend kaiserliche Gesuch um eine Geldhilfe ungarischen Grenzfestungen. Darin v den Protestanten einig, dass sie sie gearteten Geldleistung für den Kais Maximilian von Baiern spielte bei d gewiss eine hervorragende Rolle; die mit der Bemerkung abgelehnt, dass Reichstage vorzulegen sei.

Die Antwort der protestantischen M tages fiel auf alle eben angeführten Proposition ablehnend aus und zwar die Gesandten der abwesenden Fürst struction entschuldigten. Dabei unte (der Landgraf von Darmstadt mit ein 1623 den Rath zu geben — es geschah di noch vor der Uebertragung der Kur „so herrlicher Victoria sich selbst üb Güte und Clemenz präponderiren las Posterität unsterblich mache“, d. h. vollständig begnadigen solle, wodurch Ende gemacht würde.*)

Aus der ablehnenden Haltung d der mehr in allgemeinen Phrasen sich Katholiken könnte man vermuthen, d thatsächliche Hilfe zu Theil wurde. I in abseitigen Berathungen unter der Frage der gegen den Grafen Mansfel

*) Sächs. StA. Relation des regensburger 15. Feber 1623. — Wiener StA. Gutacht diese Relation.

macht umständlich erörtert und so viel brachte der Einfluss Maximilians von Baiern zu Stande, dass die Liga entschlossen war, ihre bisherigen Streitkräfte auf den Beinen zu halten. Ferdinand selbst fand dies jedoch nicht genügend und forderte sie zu einer Vermehrung derselben auf, wobei er erbötig war sie mit einem Contingent von 6000 Mann zu Fuss und 2000 Reiter zu unterstützen. Das bisherige Verhältniss zwischen der Liga und dem Kaiser sollte fortan einen anderen Charakter annehmen: während er bisher ihre Hilfe angefleht hatte und den Herzog Maximilian dafür bezahlte, ersuchte jetzt die Liga den Kaiser um Hilfe und dieser gewährte sie ohne auf Bezahlung Anspruch zu erheben. Die Katholiken und Deutschland kamen deshalb nicht billiger dabei weg, denn als die Hilfe geleistet wurde, trat Waldstein an die Spitze der kaiserlichen Truppen und die Nennung dieses Namens genügt, um unsere Behauptung zu rechtfertigen. Gegenwärtig wünschten die Ligisten, dass Ferdinand für das Commando über seine Truppen nicht einen eigenen General ernenne, sondern sie dem Commando Tilly's unterordne, und da damit die Auslagen für einen General erspart wurden, so bewilligte er das Gesuch.*) Wir bemerken, dass mehrere Mitglieder der Liga von den bisherigen Beitragsleistungen etwas abhandeln wollten, so unter andern die neuen Bischöfe von Bamberg und Würzburg, die nicht von dem opferwilligen und glaubenseifrigen Geiste ihres zu Ende des J. 1622 verstorbenen Vorgängers beseelt waren.**) Dagegen war der neue Kurfürst von Baiern erbötig mehr zu leisten, als wozu er verpflichtet war.

Der in sächsischen Diensten stehende Kammerdiener Lebzelter, eine eifrige und in den katholischen Kreisen wohlgelittene Persönlichkeit, gibt uns genaue Auskunft über die Streitkräfte der Liga zu Ende Februar. Sie bestanden aus 14 Regimentern zu Fuss und 6 zu Ross, waren aber durch die vorangegangenen Strapazen so herabgekommen, dass sie alles in allem nicht mehr als 18000 Mann zählten. Wenn die Regimenter gar nicht

*) Wiener StA. Ferdinand an die Liga dd. 30. Januar, dd. 9. Febr. 1623.
— Ebend. Die Liga an den Kaiser dd. 4. Febr. 1623.

***) Recks Bericht über seine Gesandtschaft zu den Bischöfen von Würzburg und Bamberg dd. 21. März 1623. Wiener StA.

ergänzt wurden und wenn man nur in Anschlag brachte und dazu 100 von Sachsen-Lauenburg damals für de hatte, so verfügte man über 27000 Ma als gewachsen waren. Denn wenn über etwa 30000 Mann verfügten, so durch die bessere Qualität der ligia ausgeglichen. Lebzelter berichtet un Regensburg nicht im mindesten zw ihrer Seite sein werde, sie entwickel an den der pfälzischen Partei im J. es bei ihnen, dass man künftig ein s land unterhalten werde, dass es nu und jeden protestantischen Gegner n sich einige hohe Offiziere bereits im Bes die im ober- und niedersächsischen I Besitzern entrissen werden sollten, erwähnen: kurz die Katholiken woll befriedigen, wie vordem die Protestan

Indem der Kaiser und die Ligi durch einen geheimen Vertrag zu we pflichteten, waren sie beide darauf | 1622 des Papstes zu versichern. Schon in Kaiser die ersten Nachrichten erhielt, c von Halberstadt an der Wiederausrüstu beeilte er sich durch seinen Gesandte durch den in Rom befindlichen bairis Kardinal von Hohenzollern, an den Pap der seit einigen Wochen eingestellten ihn zu diesem Ende um monatliche 6 Der Kardinal begegnete aber tauben C dieselbe Bitte gestellt hatte und man lage, die Mansfeld und seine Gefährte Gefahr für geschwunden erachtete u desselben nicht für so bedeutend hiel und die Liga nicht mit eigenen M Man wies also das Gesuch ab und es Katholikenbund theiligen zu wollen,

andere Fürsten zu ihm treten und wenn ernste Gefahren die Ruhe bedrohen sollten. *) Da jedoch der Kardinal sein Begehren immer wieder erneuerte, wurde er schliesslich von dem päpstlichen Nepoten dahin vertröstet, dass der Papst die verlangten Subsidien zahlen werde, sobald der Herzog von Baiern mit der Kur bekleidet worden sei, denn geschehe dies nicht, so habe der Kaiser auch keine Hilfe nöthig. Obwohl der Kardinal Hohenzollern diese Bedingung nicht zugestehen wollte, so musste er sich doch zufrieden geben, zumal der Kardinal Ludovisio daran das Versprechen knüpfte, dass vorläufig 20000 Gulden monatlich gezahlt werden würden. **) Zwei Monate später machte Ludovisio die Hilfeleistung abermals von der Uebertragung der Kur abhängig, versprach in diesem Falle eine monatliche Zahlung von 50000 Gulden und da die Bedingung mittlerweile erfüllt worden war, so konnte man auf kaiserlicher Seite mit Bestimmtheit auf die päpstliche Unterstützung hoffen. ***) Als Maximilian hörte, dass der Papst dem Kaiser 50000 Gulden zugesagt habe, fürchtete er, dass dieses Geld nicht zu den Kriegskosten verwendet, sondern mit demselben leichtsinnig in Wien gewirthschaftet werden würde, und so ersuchte er den Papst das Geld nicht herzugeben, sondern damit den Unterhalt eines Truppencorps von etwa 7000 Mann zu bestreiten. †) Wir bemerken, dass sowohl der Kaiser wie Maximilian in ihren Hoffnungen getäuscht wurden, denn der päpstliche Stuhl wechselte einige Monate später seinen Inhaber und dieser trat nicht in die Fussstapfen seines Vorgängers nicht sowohl aus Geiz, als weil er den Habsburgern feindlich gesinnt war.

Schliesslich ersuchte der Kaiser auch einige Reichskreise um ihre Hilfe. Zu diesem Ende stellte er an den schwäbischen Kreistag, als dieser sich in Ulm versammelte, das Ansuchen, seine Truppen in kaiserliche Dienste treten zu lassen und fand für diese Bitte die Zustimmung der Majorität. Statt nun aber

*) Wiener StA. Ferdinand an Savelli dd. 20. October 1622. — Ebenda. Der Kardinal von Hohenzollern dd. 15. Nov. 1622. — Münchner StA. Maximilian an den Papst dd. 27. October 1622.

**) Wiener StA. Kardinal Hohenzollern an Ferdinand dd. 31. Dec. 1623.

†) Ebenda. Savelli an Ferdinand II dd. 25. Febr. 1623 und 4. März 1623.

r) Münchner StA. Maximilian an den Papst dd. 24. März 1623.

die Truppen dem Kaiser zu überla-
den Kreisdiensten entlassen, sie lö-
und verliefen sich nach allen Seite
den Herzog von Württemberg um
geworbenen Mannschaft, allein er
Truppen, die nur zur Vertheidig
worden seien, ausserhalb desselbe
dürften und trotzdem, dass der letzt
Gesandten mit der erneuerten Bitt
fand er auch diesmal keine besse
Erfahrungen mussten die Katholike
auf irgend eine Hilfe von Seite de
deshalb ersuchten sie den Kaiser
rüstungen zwar sorgfältig bewache
zuheissen, um durch eine derartige
Kreis von feindseligen Schritten
befolgte, wie wir erzählt haben, d
den niedersächsischen Ständen mit
nicht bloss die kaiserlichen Trup
Infantin Isabella als Herzogin von
Ankündigung in Niedersachsen el
Drohung aufgefasst werden konnte

Nur bei der Erledigung jen
Proposition, welche die Reichsgra
Münzwesen betrafen, gab der Dep
Antwort ab. Diese Gemeinsamkeit
denn über die ersten zwei Punk
Katholiken und Protestanten durch
getrennt und das Votum erfolgte
gesamnte Deputationstag die Entsch
heiten auf einen Reichstag verschobe

*) Sächs. StA. Antwort der württembergise

— Wiener StA. Kaiserliche Instruc

**) Wiener StA. Gutachten der katholisel
dd. 10. März 1623.

***) Relation des Deputationstages an
Sächs. StA.

das Münzwesen bestand volle Einigkeit zwischen den getrennten Glaubensparteien, denn es beklagten sich beide über die gräßliche Unordnung, die seit dem böhmischen Aufstand eingerissen war und die vornehmlich in Böhmen ihren Sitz hatte, da der Pfalzgraf daselbst die Münzen um mehr wie ein Drittel leichter hatte prägen lassen. Nach der Wiederaufrichtung der kaiserlichen Herrschaft wurden zwar die pfalzgräflichen Münzen zur Einschmelzung eingefordert, an ihre Stelle trat aber eine Münzfälschung ein, wie sie bis dahin noch nie geübt worden war. Wir werden später bei der Geschichte der kaiserlichen Geldgebarung darauf zurückkommen und bemerken nur, dass die Klagen des Deputationstages ebensowenig fruchteten, wie die Versprechungen des Kaisers: man musste den Kriegsjammer nach allen Richtungen durchkosten.

Nach der Uebertragung der Kur fanden, so viel wir wissen, keine gemeinschaftlichen Berathungen des Deputationstages statt, da die Gesandten der protestantischen Kurfürsten dem Herzoge von Baiern den neuen Titel verweigert hätten und dadurch eine Zusammenkunft unmöglich machten. Trotzdem dauerte es noch einige Wochen, bis der Kaiser und mit ihm die anderen Fürsten und Gesandten Regensburg verliessen, an welcher Verzögerung hauptsächlich die Reichsstädte schuld waren, da sie über die ihnen in jüngster Zeit zugefügten Unbilden Klage erhoben und dringend um Abhilfe baten. Tilly hatte den Sieg über Mansfeld und Christian von Halberstadt dahin ausgebeutet, dass er einen Theil seines Kriegsvolks in den Reichsstädten einquartierte und dasselbe thaten die Spanier in Aachen. Die Reichsstädte, die gleich den Fürsten auf ihre Unverletzlichkeit gepocht hatten, mussten nun alle möglichen Drangsale und Demüthigungen erdulden, sie mussten all ihr Kriegsvolk abschaffen, in alle ihre Häuser Soldaten aufnehmen und für deren Ernährung und Bezahlung Sorge tragen. Die städtischen Obrigkeiten wurden nur insoweit in der weiteren Führung ihres Amtes belassen, als es dem Commandanten der betreffenden Truppschar beliebte. Man verlangte von den Bürgern die Leistung von Frohndiensten und als sie dies unter Hinweisung auf hundertfach bestätigte Privilegien ablehnten, wurden sie mit Gewalt dazu gezwungen. Als nun der Convent in Regensburg zusammen-

- trat, ergriffen die Beschädigten die Gesandten an den Kaiser und den Cardinal. Die Bürger von Aachen waren die ersten, die erlittenen Misshandlungen beklagten. Hofrath die Erhörung dieser Bitte erwiderte in diesem Sinne an Spinola schrieb, sie als ungebetenen Gäste doch nicht los. *)
24. Dec. 1622 Reigen eröffnet hatte, erhoben Worms, Landau, Rothenburg an der Tauber, Schwäbisch-Hall die gleiche Beschwerde gegen die Truppen. Strassburg, Nürnberg und Landau Garnison vom Leibe gehalten hatten,
13. Januar 1623 kränkten Mitbürger an, klagten in ihrer Beschwerde über die Verletzung des bei der Auflösung der Union getroffenen Abkommens und richteten diese Beschwerde nicht bloß an den Kaiser, sondern auch an den Deputationstag. Unter dem Vorwand nahmen sich die Protestanten ihrer euergebratenen Beschwerden drängen die sächsischen Gesandten bei dem Reichstag in Ulm auf Abhilfe. Von sächsischer Seite wurde entschlossen nicht nachzugeben. Tilly, der sich weilte, erklärte vor dem Kaiser, daß er die Städte des Winters in den Städten untergeordnet. Ulm berichtete dies den sächsischen Gesandten (selben mit ihrem Begehren ab.**) Da die Reichsstädte namentlich Wetzlar, Hagheim, Bamberg Garnisonen aufnehmen mußten und dadurch Gelegenheit gegeben wurde, und die sämtlichen Mitglieder des Deputationstages in einer gemeinsamen Eingabe die Abführung der einquartierten Soldaten verlangten, †) so trug der letztere seine Beschwerde vorberathen, was in dieser Angelegenheit zu thun einigermassen den Klagen abzuwehren.
16. Febr. 1623

*) Wiener StB. Gutachten der kaiserlichen Hofräthe Ferdinand an Spinola dd. 24. Dec. 1622.

**) Wiener StA. Strassburg, Nürnberg und Landau Januar 1623.

***) Sächs. StA. Protocoll über den regensburger Deputationstag

†) Relation des regensburger Deputationstages

man solle durch den Kurfürsten von Mainz und den Landgrafen von Darmstadt den Reichsstädten die Nothwendigkeit einer längern Unterhaltung der Garnisonen vor Augen stellen, aber gleichzeitig mit Baiern über die Zurückziehung der Truppen aus einigen Plätzen ein Abkommen treffen.*) Diesem Gutachten kam Ferdinand nach; er ersuchte den Kurfürsten von Mainz und den Landgrafen Ludwig um ihre Vermittlung bei den Städten und verhiess gleichzeitig ein gewisses Mass bei der Eintreibung fernerer Contributionen.**)

Als die beiden Fürsten von der kaiserlichen Verfügung verständigt wurden, wollten sie sich in die aufgetragene Verhandlung nicht einlassen, wofern den Städten nicht grössere Zugeständnisse gemacht, also die Garnisonen abgeführt und ihnen eigene Werbungen gestattet würden. Zur Unterstützung ihrer Forderungen führten sie die Contributionen an, zu denen einige Städte gezwungen wurden, die in Anbetracht des damaligen Geldwerthes haarsträubend sind: Worms musste sich monatlich zu einer Zahlung von 18000 Gulden, Speier zu monatlich 15000 Gulden bequemen, Schwäbisch-Hall aber seit geraumer Zeit täglich 18 bis 20000 Gulden erlegen, so dass die letztgenannte Stadt ihre Leistung bereits auf zwei Millionen Gulden bezifferte. Auf diese Vorstellungen entgegneten die Reichshofräthe,***) die die Verhandlungen führten, dass der Kaiser bezüglich der Abführung der rechtsrheinischen Garnisonen die nöthige Verfügung getroffen habe — weil man bereits die Truppen gegen Norden vorzuschieben begann, um dem Grafen Mansfeld zu begegnen — dass er aber den Städten eigene Werbungen nicht gestatten könne. Damit begnügten sich die beiden Vermittler unter der Bedingung, dass die Städte, in denen die Garnisonen noch weiter belassen werden sollten, zu keinen weiteren Contributionen, sondern nur zur Leistung der „gewöhnlichen Servitien“ verhalten werden sollten. †) Die

*) Wiener StA. Gutachten des Reichshofraths dd. 16. Feber 1623.

***) Ebenda. Kaiserliches Commissionsdekret dd. 21. Feber 1623.

***) Strahlendorf, Reck und Hildbrandt.

†) Wiener Staats-Arch. Bericht der drei Reichshofräthe an den Kaiser dd. 8. Aug. 1623.

7. Städte waren jedoch mit dieser Bestir
 März bewilligt wurde. Es war nicht das erste
 1623 dinand empfangen wurden und ihre Kläg
 sie hatten auch den Herrn von Egger
 gelegenheit zweimal besucht, waren in
 aber nie folgte den Zusicherungen die
 Als sie nun neuerdings bei dem Kaiser
 sie alle ihre Beschwerden vor und we:
 Klagen begründet war — woran man
 zweifeln darf — so war der Jammer,
 unbeschreiblich. Alle die Angaben über
 Contributionen, zu denen sich Speier, V
 Hall bequemen mussten, wurden von ihn
 angeführt, dass Hagenau, welches durch
 bedrängt worden war, auch jetzt gleich
 werde, dass Weissenburg monatlich
 müsse, dass zahlreiche Bürger ihre E
 und in Noth und Elend umherirrten ode
 gegangen seien, während in ihren
 schwelgten und den Rest ihrer Hab
 richteten. Und wie konnte es anders se
 der städtischen Deputirten für den Ober
 Garnison allein 46 Pferde gefüttert w
 ähnlicher Weise auch die anderen Offiz
 diese Noth sei noch nichts gegen die so
 gegen die Gewaltthaten, das Brennen,
 unter dem die bedrückten Bürger und i
 leiden müssten. — Der Kaiser hörte die
 an und gab kein Zeichen der Unged
 drücklich, dass sich die Städte an ih
 versicherte sie beim Abschied, dass
 Bescheid zukommen lassen werde und
 weile zur Geduld.*).

*) Sächs. StA Vorbringen der Städte Strassbu
 Kaiser und dessen Antwort $\frac{25. Febr.}{7. März}$ 162:

So grülich die Leiden waren, unter denen die süddeutschen Städte seufzten, so darf man doch nicht alle Schuld an denselben auf die Katholiken schieben. Die protestantischen Fürsten Deutschlands wollten sich mit der Thatsache, dass der Kaiser wieder Herr in seinen Besitzungen geworden war, nicht aussöhnen, noch weniger aber wollten sie ihm das Recht zuerkennen, den Pfalzgrafen zu strafen. Dem Sieger wollten sie nicht einmal das Recht zugestehen, das zu allen Zeiten gegolten hat, nämlich sich für den erlittenen Verlust schadlos zu halten. Hätten sie dies rückhaltslos anerkannt und den Pfalzgrafen streng zur Ruhe verwiesen, so hätte er sich vielleicht gefügt und wäre mit dem Verlust der Kur davon gekommen. Wollten sie dies aber nicht zugestehen, so mussten sie sich mit aller Macht des Pfalzgrafen annehmen und den Entscheidungskampf gegen die Katholiken und den Kaiser beginnen. Aber auch dieses thaten sie nicht, sondern begannen eine Art anonymen Krieges gegen den Kaiser, denn der Krieg im Frühjahr 1622 wurde nicht von den Fürsten, sondern nur von Freibeutern geführt, von Mansfeld, dem Halberstädter und dem Markgrafen von Baden, der, nachdem er auf sein Fürstenthum verzichtet hatte, auch auf keine andere Bezeichnung Anspruch machen kann; fast alle protestantischen Fürsten und Reichsstädte beobachteten ihren Rüstungen gegenüber eine wohlwollende Neutralität oder förderten sie heimlich. Die Katholiken wussten, dass unter der Firma Mansfeld das protestantische Deutschland gegen sie kämpfte, man kann sich demnach nicht wundern, dass sobald der Sieg in ihre Hände fiel, sie sich für die Kosten desselben entschädigten. Zu dem bereiteten sich Mansfeld und Christian von Halberstadt zu einem neuen Angriffe vor. Die Katholiken mussten deshalb ihr Heer beisammen halten und ernähren, konnte da man vernünftiger Weise etwas anderes von ihnen erwarten, als dass sie die Auslagen hiefür ihren heimlichen Gegnern aufbürdeten und dass sie sich dabei nicht durch die Zusicherungen des mainzer Accordes gebunden erachteten? Von allgemein menschlichem Standpunkte kann man das Treiben der Katholiken und die von ihnen verübten Grausamkeiten beklagen und verurtheilen: zu einer Klage, als ob die Verfassung an ihnen verletzt worden wäre, waren die Protestanten

nicht berechtigt, denn nur wenn alle M Staatskörpers gemeinsam zur Aufrechtl Zustandes beigetragen hätten, durfte der und folglich auch die Reichsstädte nic und der Plünderung preisgeben.

Die beiden Vermittler Mainz und der Städte weiter an und ersuchten den Bitten entweder ganz nachkommen, o verpflichten, die Garnisonen aus jene verbleiben würden, binnen zwei bis d und den städtischen Obrigkeiten in einzugreifen. Auf diese Rathschläge g seiner Abreise von Regensburg das Ve Garnisonen binnen kürzester Zeit abb Speier und Wimpfen so lange bes Frankenthal in die Hände der Infantin Fall, als die Ereignisse ihn zur aber der geräumten Städte nöthigen würde gutwillig nachzugeben. Auch an sonstig es nicht in dem kaiserlichen Erlasse, w schen Obrigkeiten ungehindert ihres An in seiner Religionsübung gestört werden an die Garnisonen streng bemessen w sächlich blieb es aber bei den Verspre sich die Mittel der Reichsstädte diens der Kaiser ihn darin nicht hindern l Städte von ihren Garnisonen befreit v dies nicht dem guten Willen der Ligister Verlauf des Krieges.

Wir können bei dieser Gelegenheit dass einer der kaiserlichen Beamten n trat, der Kaiser solle die ihm güns benützen, um seine Herrschaft in den begründen und sich ein Einkommen au und zwar dadurch, dass er in jeder einsetzte, der die Oberaufsicht führen u

*) Sächs. StA. Kaiserl. Entscheidung für die

seinen Feinden verhindern sollte. Vorläufig wurde dieser Vorschlag bei Seite gelegt, aber in nicht gar langer Zeit berücksichtigte man wenigstens die finanzielle Seite desselben. *)

Noch eine Angelegenheit kam auf dem Convente zu einer allerdings nur abseitigen Verhandlung, die, wenn sie in der angestrebten Weise zum Abschluss gelangt wäre, dem deutschen Staatswesen nur Keime weiterer Zerrüttung eingepflanzt hätte. Wir meinen damit die Verbindung oder „Conföderation“ Polens mit Deutschland.

Als der König Sigismund von Polen von dem türkischen Kriege bedroht wurde, wendete er sich an Ferdinand und trug ihm eine enge Verbindung Polens mit Deutschland an, welche sich auf wechselseitige Hilfeleistung erstrecken sollte. Die geringe staatsmännische Erfahrung jener Tage hoffte von derartigen Bündnissen, deren Werthlosigkeit sich in den Erbverträgen der Krone Böhmen mit den deutschen Fürstenhäusern soeben gezeigt hatte, eine sichere Garantie gegen künftige Gefahren: man begriff nicht, dass zu allen Zeiten die wirklichen oder eingebildeten Interessen eines Staates über die geschriebenen Verträge den Sieg davon tragen. Dem Kaiser war der polnische Antrag insofern angenehm, als er ihm die Allianz eines katholischen Staates zu sichern schien und so antwortete er dem König, dass er seinen Vorschlag bei dem nächsten Kurfürstentag zur Verhandlung bringen werde. **) Mittlerweile war ^{5. Mai} 1621 der Krieg zwischen den Türken und Polen durch einen Frieden am 9. October 1621 beendet worden, weil die Türken von den Persern bedroht die Polen ebenso in Ruhe lassen mussten wie den Kaiser. Die nächste Veranlassung zu dem angebotenen Bündnisse war sonach geschwunden, dennoch gaben weder Ferdinand noch Sigismund den Gedanken daran auf. Der erstere schickte zu Ende des Jahres 1621 einen Gesandten nach Polen in der Person des Herrn Kurz von Senftenau, dessen nächste Aufgabe in der Anwerbung polnischer Truppen bestand, die man damals gegen Bethlen verwenden wollte und

*) Wiener StA. Vorschlag in Bezug auf die Reichsstädte dd. 27. Jan. 1623.

**) Antwort des Kaisers auf das von Polen angetragene Bündniss dd. 5. Mai 1621. Wiener StA.

später in die Niederpfalz schickte, der Auftrag hatte, die Bündnisverhandlung. Kurz kam seinem Auftrag nach, in der der König weilte, die daselbst anwesenden Bündnis zu gewinnen suchte, wobei er auch den Prinzen Wladislaw in gleicher Richtung betrat. In Polen hatte man jetzt allerlei davon gehört, dass die Türken wieder zum Angriff sich vorbereiteten, von der „Conföderation“ mit Deutschland ein ähnliches mehr. Kurz bemühte sich nun, in dem Bündnis der Schutz wider alle Angriffe zu sein und erhielt zuletzt die Zusage, dass man auf dem nächsten polnischen Reichstag

Ob es dazu kam, ist uns nicht bekannt. Der Meinungs-austausch zwischen den polnischen Hofe durch das Jahr 1622 für Regensburg der Deputationstag versammelte die Geheimräthe den Kaiser an seine Zustimmung, dass das Bündnis werde verhandeln lassen. Auf dieser Mahnung und liess den Kurfürsten fordern, hierüber mit den katholischen Fürsten insgeheim in Berathung zu treten. Schwere dieser Weisung die Kurfürsten von der Pfalz, die Vertreter von Trier und Salzburg, sehr diesen Fürsten auch ein katholisch-motiviertes Bündnis mochte, so sahen sie doch ein, dass es von praktischen Folgen sein dürfte und die Verhandlung unter dem Vorwande ab, die am Reichstag hierüber zu berathen berechtigt. Die Gutachten fielen die polnischen Bündnisgegner anheim und wenn der Kaiser in Polen in den folgenden Jahren in de

*) Ebenda. Kurz von Senftenau an Ferd. dd.

***) Kurz von Senftenau an Ferd. II dd. 1. M.

****) Wiener StA. Questenberg an Ferd. dd. 17. d. der Geheimräthe. — Ebend. Ferd. an Kurz

†) Wiener StA. Gutachten der kath. Fürsten dd. 10. März 1623.

stand und mit ihm über eine Allianz verhandeln liess, so sollte sich diese nur auf ihn und nicht auf das deutsche Reich beziehen.

Nachdem Ferdinand am 5. April seine letzte Entscheidung ¹⁶²³ bezüglich der Reichsstädte getroffen hatte, reiste er von Regensburg nach Prag, um diese Stadt zum erstenmale seit seiner Krönung zu besuchen. Einige Tage vor seiner Abreise beschied er die Gesandten der abwesenden Fürsten einzeln vor sich und that dieses namentlich mit den sächsischen, denen er die herzlichsten Grüsse an ihren Herrn auftrug. Die letzteren wurden auch zum Kurfürsten von Mainz eingeladen und als sie dem Rufe folgten, bot derselbe alle seine Liebenswürdigkeit auf, um sich bei ihnen und ihrem Herrn in ein gutes Licht zu setzen. In Angelegenheit der Kur habe er dem allseitigen Bitten und Drängen nachgeben müssen; würde Johann Georg zur Stelle gewesen sein, so würde er einen Einblick in diese Sache gewonnen haben und vielleicht hätte er „viel gutes dabei thun können.“ Auch wegen der Reformation der lutherischen Kirche in Prag entschuldigte sich Schweickhart, er habe es an nichts fehlen lassen, „zur Zeit und Unzeit“ sich bemüht und „dem Kaiser auf das beweglichste zugesprochen,“ darin innezuhalten, derselbe habe aber alle seine Bitten abgewiesen und die Entscheidung bis auf die persönliche Zusammenkunft mit Johann Georg verschoben. Da der Kurfürst von Sachsen in einem Brief, der gerade in diesen Tagen seinem mainzer Collegen zugekommen war, mit der Begründung eines protestantischen Bundes als Gegengewicht gegen die katholische Liga drohte — vielleicht war diese Drohung die einzige Folge der annaberger Zusammenkunft — so suchte Schweickhart den Groll Sachsens damit zu besänftigen, dass er wiederholt den bloss defensiven Charakter der Liga betonte. Zuletzt setzte er seiner Vertraulichkeit gegen die Gesandten dadurch die Krone auf, dass er sie nöthigte, mit ihm das Mittagmal einzunehmen und mit ihm einen „gesalzenen Häring“ zu essen, wobei ausser ihnen nur noch ein Gast zugegen war.*) Wie viel zur folgenden friedfertigen Haltung des Kurfürsten von Sachsen das Gebahren des

*) Sächs. StA. Die sächs. Gesandten an ihren Herrn dd. 20./30. März 1623.

Erzbischofs beitrug, wie viel die A
genossen, im Fall der Sieg ihnen z
dahingestellt, jedenfalls wurde er d
fester an seine bisherigen Freunde ge
hungen und Spöttereien der Protesta
Politik veranlasst. Der Deputationsta
Frieden in Deutschland nicht angeba
geführt, der Kriegsschauplatz aber na
werden.

Neuntes Kapitel.

Die kirchlichen Reformen in Böhmen und Mähren.

I Bemühungen der Katholiken nach der Schlacht auf dem weissen Berge ihr Kirchenwesen in Aufnahme zu bringen und die Protestanten einzuschränken. Beschlagnahme einzelner Kirchen in Prag. Der Nuncius Caraffa und sein Einfluss. Er verlangt die Ausweisung sämtlicher protestantischen Geistlichen. Der Kaiser will die Ausweisung unter dem Vorwande verfügen, dass sich die Geistlichen politischer Vergehen schuldig gemacht haben. Liechtenstein gegen die Ausweisung. Der Kaiser befiehlt am 28. October 1621, dass die Ausweisung erfolgen solle. Die Lutheraner sind von derselben nicht betroffen. Die prager Pfarrer verlassen die Stadt und flüchten nach Sachsen. Slawata's Rathschläge. Man beschliesst das Abendmal unter beiden Gestalten nicht länger verabreichen zu lassen. Pfarrer Locika. Der Generalpardon. Wirksamkeit der katholischen Geistlichkeit auf dem Lande.

II Die Ausweisung der lutherischen Geistlichkeit wird beschlossen. Die Universität wird den Jesuiten übergeben. Erfolge der katholischen Anstrengungen beim Adel und bei den Bürgern. Schreiben des Kurfürsten von Sachsen an den Kaiser. Hoë's Brief an Liechtenstein. Berathungen am kaiserlichen Hofe in Straubing in Folge des kursächsischen Schreibens. Der Kanzler Lobkowitz bei den sächsischen Gesandten in Regensburg. Haltung der katholischen Fürsten in Regensburg gegenüber der Ausweisung der lutherischen Geistlichkeit. Antwort des Kaisers an den Kurfürsten von Sachsen. Neues Schreiben Kursachsens. Reise des Kaisers und des Nuncius nach Prag. Berathungen daselbst. Bemühungen des Erzbischofs und der Aebte in den Besitz ihrer Güter, die sie vor dem Husitismus inne hatten, zu gelangen. Die Gegenreformation in Mähren.

I

Vor und zur Zeit des regensburger Deputationstages erhob der Kurfürst von Sachsen die lebhaftesten Beschwerden über die Verfolgung, welche die Protestanten in Böhmen erdulden mussten und wir haben gesehen, dass selbst der Herzog von Baiern das zu eifrige Vorgehen des Kaisers gegen die Lutheraner tadelte. Aber weder die Klagen von gegnerischer noch die Bitten von befreundeter Seite brachten den letzteren einige Erleichterung, der Kaiser wollte, dass bei seinem beabsichtigten

Besuche in Prag das Reformationsw
festgestellt sei und wich deshalb kein
zwei Jahren betretenen Wege ab.

In dem Gutachten, welches die
sonstigen Rätthe dem Kaiser über die
hatten, wie er seinen Sieg in Böhmen
die kirchliche Reformation eine gros
aller Rathgeber neigte sich der gew.
der Protestanten zu und nur über das
Verfahren theilten sich die Ansichten
auch von den in Passau wohnenden
ein Gutachten über diese Fragen, als
des J. 1620 nach München reiste und
betreffenden Stelle, dass dasselbe leide
einziges, bloss die religiöse Frage betü
die Ansichten des Herrn von Martinic
doch weiss man nicht, ob es vielleicht
dieser Gelegenheit abgegebenen Guta
wurde es von ihm in Passau ausgearb
lautet sein Programm dahin, dass nu
aufgenommen und die Kinder von
Ketzern ferngehalten werden sollten.
für die Erziehung der heranwachsenden
kollegien zu begründen und die Univer
zuliefern. Dabei sollte die Zahl der
der Erzbischof, die Prälaten, sowie die
kollegien unter die Landstände eingere

In welcher Weise wurden nun die
Gutachten angedeuteten Reformem dur

Gleich nach der Schlacht auf d
sammelten sich zahlreiche katholische
und Mönche verschiedener Orden in
vergangenen Jahre sich geflüchtet hat
Maximilian und Buquoy die Wiederein
Unter ihrem Schutze gelang es ihnen

*) Wiener StA. Das Gutachten des Herrn
Concepte Strahlendorfs vom J. 1623 ange

gehörigen kirchlichen Gebäude zu bemächtigen, schwerer wurde es ihnen aber in den Besitz der entfernten und zumeist verwüsteten Güter zu gelangen und so mussten sie vorläufig ihren Lebensunterhalt mit Geschenken fristen, die ihnen reichlich zu Theil wurden.*) Alle diese zurückkehrenden Flüchtlinge hatten zunächst nur ihr Eigenthum im Auge, die Jesuiten dagegen, die auch mit dem siegreichen Heere nach Prag vorgezogen waren, nahmen gleichzeitig ihre geistliche Thätigkeit auf und wenn sie auch nur über sporadische Erfolge zu berichten hatten, so machte sich doch ihre Anwesenheit den Protestanten alsbald bemerkbar. Vielleicht hätten sie gleich im Anfang nachhaltigere Erfolge aufweisen können, wenn sie von einem entschlossenen kirchlichen Oberhaupt unterstützt worden wären, an einem solchen fehlte es aber in Böhmen, da der Erzbischof Lohelius durch Alter und Kränklichkeit darniederbeugt einer angestregten Thätigkeit nicht fähig war und um dieses Grundes willen auch seine Abreise von Wien, wohin er sich geflüchtet hatte, nach Prag längere Zeit verschob. Erst am ersten Februar 1621 hielt er seinen Einzug in diese Stadt und einige Tage später folgte ihm der Abt von Strahow, Kaspar von Questenberg, den wir nebst dem Domherrn Platteis von Plattenstein als die dominirenden Geister bei den folgenden reformatorischen Bestrebungen ansehen müssen. Der Erzbischof nahm alsbald die Umgestaltung der Domkirche für den katholischen Gottesdienst in Angriff und hatte die Genugthuung, dass Ferdinand für alle Bedürfnisse Sorge trug und dem Fürsten von Liechtenstein den Befehl gab, bei dieser Gelegenheit keine Kosten zu scheuen.***) Die Auslagen waren sehr bedeutend, man musste nicht nur neue Kirchenkleider ankaufen, sondern auch die Altäre wieder aufrichten, Bilder und Crucifixe herbeischaffen und überhaupt vieles für die innere Reconstruction thun.***) Dem Erzbischof wurden die nöthigen Geldmittel zur Bestreitung seines Haushaltes aus den königlichen Einkünften angewiesen

*) Caraffa, Commentaria.

***) d'Elvert II, 26, Liechtenstein an Ferd. dd. 17. Feber 1621. — Wiener StA. Aus Prag dd. 8. und 14. Feber 1621. — Skála V, 30. — Caraffa Commentaria. Ferd. an Liechtenstein dd. 29. Jan. 1621.

***) d'Elvert II, 29, Der Erzbischof an Ferdinand dd. 18. Feber 1621.

und gleich freigebig zeigte sich die k. k. die Klöster bei St. Jacob, St. Thomas, Jesuiten, da ihnen die Heranbildung v. geistlichen Stand übertragen wurde und schon jetzt mit Eifer unterzogen. *)

1621 Am 20. Februar war die Domkirch dass der erste Gottesdienst abgehalten we dies eine Feier, an der sich alle her keiten Prags, namentlich Liechtenstein Bei dem Erzbischofe fanden darauf Berat Art der Angriff gegen die Protestanter müsse, um zu dem ersehnten Ziele c ganzen Landes zu führen, und man er schrittweise und zwar zuerst gegen ihre Diesem Programm gemäss beschloss n jenigen Geistlichen, welche im Verdacht und war aus diesem Grunde mit einer Ve der die Kalviner bloss von allen neuen nicht zufrieden, ***) weil diese Verordnu Erfolge in Aussicht stellte. Auf den V musste deshalb Liechtenstein bei Ferd nicht alle kalvinischen Prediger sofort Kaiser beantwortete diese Anfrage um sc Sinne, als er bei der Vertreibung der Ka von Kursachsen rechnen konnte und : zu nehmen brauchte. ††)

Ein Hinderniss stellte sich jedoch das unübersteigbar schien. Was half es stantischen Geistlichen von den einze so lange man ihre Stellen nicht besetze lische Geistlichkeit Böhmens um diese

*) Caraffa Commentaria.

**) Skála V, 43. — Skála gibt den 20. Februa Aufzeichnung in der Prager k. k. Univer Februar an.

***) d'Elvert II. 34, Liechtenstein an Ferdinand

†) d'Elvert II, 37, Liechtenstein an Ferdinand

††) Caraffa Comment. Ferdinand II an Liechte

zusammengeschmolzen war. Dieser Mangel liess sich nicht durch Berufung von Priestern aus anderen Diöcesen decken, da diese nicht böhmisch sprachen und auf einen frischen Zuwachs konnte man erst nach Jahren rechnen, mochten die oben genannten Klöster auch den grössten Eifer in der Heranbildung von Priesteramtskandidaten entwickeln. Der Fürst von Liechtenstein riet deshalb dem Erzbischof diesem Uebelstand dadurch abzuheffen, dass er alle jene Geistlichen, die katholisch geweiht waren, später sich aber der böhmischen Confession angeschlossen hatten, wieder in den Schooss der Kirche aufnehme, im Falle sie sich seinen Geboten fügen würden. Diesen Priestern sollte es auch freigestellt sein, ihren Gemeinden das Abendmal unter beiden Gestalten zu verabreichen, da die Kirche solches seit dem tridentiner Concil gestattet habe. Der Erzbischof liess sich von seinen Domherren ein Gutachten über das vorgeschlagene Auskunftsmittel erstatten und dieses lautete dahin, dass man wohl die abgefallenen Priester aufnehmen könne, aber die Verabreichung der Communion unter beiden Gestalten nicht dulden dürfe.*) Es war klar, dass man jetzt nicht bloss das Bekenntniss der böhmischen Confession unterdrücken, sondern auch den alten mit der römischen Kirche versöhnten und von ihr nur durch die Communion getrennten Utraquismus nicht bestehen lassen wollte; das Gebiet, das man schrittweise eroberte, wollte man voll und unbedingt beherrschen.

Der Erzbischof legte das eingegangene Gutachten dem Fürsten vor, welcher es trotz seiner Feindseligkeit gegen den von ihm verfochtenen Utraquismus günstig aufnahm. Auf seinen Befehl rief der Administrator die prager Pfarrer zu einer Sitzung zusammen und theilte ihnen im Auftrage Michna's einige Punkte mit, über die sie sich entscheiden sollten. Sie sollten erklären, ob sie bereit seien, sich die Priesterweihe vom Erzbischof ertheilen zu lassen — man wollte also nicht bloss die katholisch Geweihten aber Abgefallenen gewinnen, sondern auch die protestantisch Geweihten aufnehmen, um über eine möglichst grosse

*) Bibliothek der Universität Prag XI, D. 14. — Erzbischöfliches Archiv von Prag: Responsio praelatorum ad duos articulos dd. 29. Apr. 1621. — Archiv v. Kuttenberg: Ratio iuvandae religionis per Bohemiam.

Gindely, Der pfälzische Krieg.

Zahl von Priestern zu verfügen — ob die Kirche in allen Punkten übereinstimmend theilung des Abendmals unter beiden und ob sie, wenn sie beweißt seien, in Köchinnen ansehen wollten? Dass sie die Aufforderung zu einem Darlehen nicht selbstverständlich, denn über Darlehen in diesen Tagen alle Corporationen sich Regierung ihnen die Erlaubniss zu eintheilte oder sie ihnen, wie in diesen Mittheilungen des Administrators riefen Schrecken hervor, doch verlautet nicht von ihnen bereit gewesen wäre, in Verfall der Kirche zu treten. Wie willkommen und dem Fürsten von Liechtenstein auch hatten sie es nicht, und aus diesem Grunde dem ersteren die Frage vor, ob man Prag oder wenigstens drei der bedürftigsten Besitz nehmen und von ihnen aus (sollte?**) Der Erzbischof verlangte hiemit von den oben erwähnten Prälaten, das bei Priestern nicht anders lauten konnte, als mit der Beschlagnahme dreier Kirchen.

Der schon jetzt sich fühlbar machte, dass die Mittheilungen des Administrators bestanden laute Klagen erhoben, zahlreiche in Böhmen für gefährdet hielten und das Lande besser für ihre Zukunft zu sein. 1621 200 Geistliche sollen bis zum Anfa

*) Skála V, 66. — Skála gibt den 14. April an, welchem diese Aufforderung an die prager Prälaten Gutachten der Prälaten vom 29. April datirt, ein falsches Datum angegeben, denn wir sind die Aufforderung erst nach ertheiltem Gutachten.

***) Bibl. der Univ. Prag XI, D, 14. Brevi ecclesiasticarum.

***) Responsio Praelatorum dd. 29. April 1621

Schlesien eingewandert sein. *) Die Zurückgebliebenen, sowohl die prager Pfarrer, wie die Professoren der Universität, die sich auch mancherlei Besorgnissen hingaben, richteten an den Kurfürsten von Sachsen ein Schreiben, worin sie ihn um Rath und um Fürbitte bei dem Kaiser ersuchten. **) Da man in Sachsen die Anhänger der böhmischen Confession als dem Lutherthum befreundet ansah, so fanden die Bitten freundliches Gehör. Der Präsident des Geheimraths Schönberg forderte die Universität auf, ihm diejenigen Personen zu nennen, die ihre Sicherheit gefährdeten, und der Kurfürst gab seinem Unwillen dadurch Ausdruck, dass er dem Erzherzog Karl, der gerade in Dresden weilte, bei der Tafel das Schreiben der prager Pfarrer vorlas und sich über die Verfolgung seiner Glaubensgenossen beschwerte.

Während Liechtenstein beim Kaiser anfrug, in welcher Weise er dem Gutachten der prager Prälaten nachkommen solle und mittlerweile drei Kirchen ***) in Beschlag nahm, bemühte man sich auf katholischer Seite das alte Kirchenwesen durch Bussübungen und strenges Einhalten der alten Verordnungen in Aufnahme und Flor zu bringen und dessen Beschimpfung an den Protestanten zu rächen. Am Gründonnerstag wurde eine feierliche Procession in Prag angeordnet, bei der sich die Kapuziner über den nackten Oberleib blutig geisselten. Der Erzbischof erliess an die Unterthanen der Herrschaften Osseg und Schwatz ein strenges Mandat, in dem er unter den stärksten Drohungen allfällige Heiraten bis zum vierten Grad der Verwandtschaft verbot und Liechtenstein befahl eine Untersuchung aller prager Häuser, ob sie nicht Malereien oder sonstige Gegenstände zum Schimpf der Katholiken enthielten. Einzelnen Gemeinden ertheilte er den Befehl, den Processionen am Frohnleichnamstage kein Hinderniss in den Weg zu legen, sondern sie nach Möglichkeit zu fördern. †)

*) Wiener StA. Aus Prag dd. 9. Mai 1621.

**) Skála V, 66. Sächs. StA. Die Universität von Prag an Kursachsen dd. 14. April 1621.

***) Bei St. Nicolaus, bei St. Egidi und bei St. Heinrich.

†) d'Elvert II, 73, Ferdinand an Liechtenstein dd. 3. Juni 1621. — Skála V. — Böhm. Statthalt.-Archiv: Liechtenstein an die Neustadt Prags dd. 24. Mai. — Ebenda. Liechtenstein an die Kommotauer dd. 27. Mai 1621.

Wir müssen nun derjenigen Person obwohler hinter den Coulissen stehend Katholiken leitete, sowie den Kaiser treibung der Protestanten anspronte. I Nuncius in Wien Carlo Caraffa, Bischof Posten im J. 1621 antrat bis zum J. 1 dessen Thätigkeit und nahezu allmä einem von ihm selbst verfassten Bericht unterrichtet werden. *) Die allfällige Würdigkeit desselben werden sowohl durch dieses Stückes, wie auch dadurch widerlegt zugänglichen katholischen Schriftstück reiste seiner Angabe zufolge im Frühjahr sich über die kirchlichen Zustände in Prag schauung zu belehren und dem Kaiser ihre Reformation vorschlagen zu können. Erathungen mit den Wortführern der Reformation ab, unter denen er an dem Domherren seinen Gefallen fand, weil dieser ihm an Eifer Berathungen gipfelte darin, dass man die gesammte protestantische Geistlichkeit und also jedes Zögern aufgeben müssen. Er schlage sollte wahrscheinlich der Kaiser vorstehenden Ankunft in Prag bewilligen. Ferdinand aus mancherlei Gründen zurückging Caraffa nach Wien und verlangte einen Ausweisungsbefehl. **) Er drang mit ganzem Eifer durch, Ferdinand verstand sich nicht auf eine Verordnung an Liechtenstein, die

— Erzbischöfliches Archiv in Prag: Der Bericht der Herrschaften Osseg und Schwaz dd.

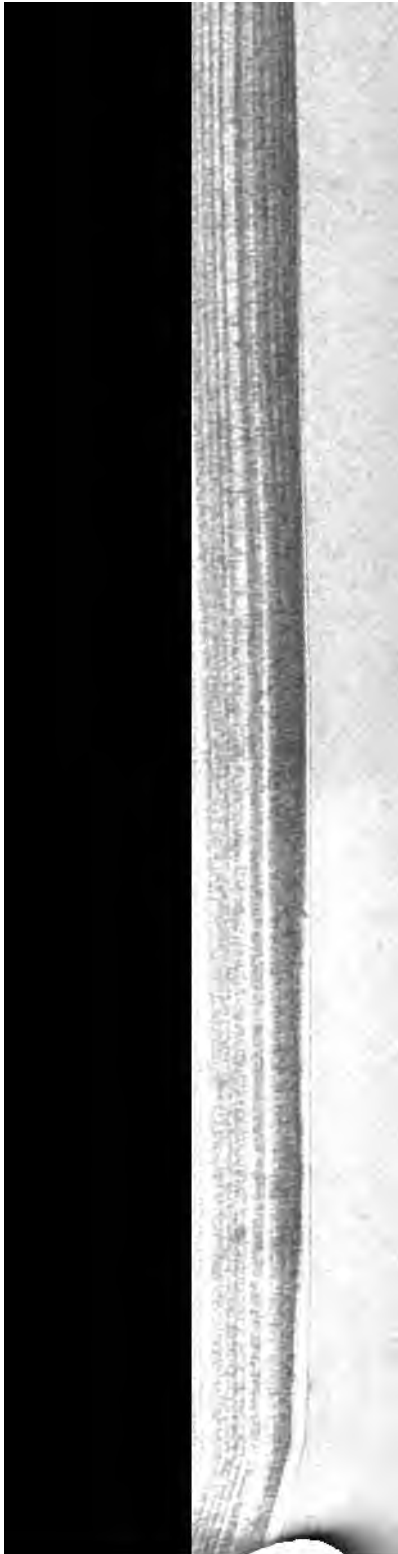
*) Die Relation Caraffa's wurde von Jos. G. Relatione dello stato del Imperio im J. vortrefflichen Einleitung versehen. Schon die Relation unter dem Titel Commentaria de Aversa im Jahre 1630 herausgegeben. (von ordentlichem Werthe.

**) Caraffa's Relatione dello stato del imper

gewünschten Ausweisungsbefehle gleichkommen musste. Der Kaiser billigte nämlich nicht nur die von dem Fürsten verfügte Beschlagnahme jener drei Kirchen, sondern ordnete auch die der St. Adalbertskirche an und forderte Liechtenstein auf, sich mit dem Erzbischof zu berathen, ob man nicht auch die Teinkirche in Beschlag nehmen solle. Noch schwerer fiel aber der Befehl in die Wagschale, dass Liechtenstein alle Prediger, Schulmeister und Professoren, die sich entweder des Calvinismus — wie man die Anhänglichkeit an die Brüderunität immer bezeichnete — schuldig gemacht oder den Berathungen im Carolin beigewohnt, die Rebellion in der Schule und auf der Kanzel befördert, die Wahl Friedrichs auf den Thron vertheidigt und seiner Krönung beigewohnt hatten, unnachsichtlich aus dem Lande jagen und gegen jene, die sich nicht entfernen würden, mit scharfer Strafe vorgehen solle. Nicht ein Mitglied des böhmischen Clerus konnte von sich behaupten, keine der oben angeführten Majestätsbeleidigungen begangen zu haben, zum mindesten hatte vielleicht jeder bei Gelegenheit der Krönung Friedrichs in seiner Predigt auf das Gottgefällige dieses Werkes hingewiesen. Jedermann musste also fürchten, dass, wenn er nicht die Flucht ergreife, heute oder morgen Hand an ihn gelegt werden würde, und so suchten nach Bekanntwerdung dieser Verordnung abermals mehrere Geistliche ihr Heil in der Flucht. Die Masse der protestantischen Geistlichkeit harrete jedoch auf ihrem Platze aus, zum Theil aus Pflichtgefühl, zum Theil aus Mangel an Mitteln, die ihnen und ihren Familien die Auswanderung ermöglicht hätten. *) Caraffa, der dem Kaiser zu diesem Befehle gerathen, machte sich nicht bloss der Härte, sondern in der Art und Weise, wie er denselben zu motiviren empfahl, auch der Heuchelei schuldig. In dem Befehle heisst es nämlich, dass der Kaiser nicht wegen der Religion, sondern wegen der Rebellion in dieser Weise verfare.

Der Kaiser hatte befohlen, dass das Ausweisungsdekret nach der damals bevorstehenden grossen Execution publicirt

*) d'Elvert II, 74, Ferdinand II an Liechtenstein dd. 3. Juni 1621. — Caraffa, Relatione.



werden solle und hatte darauf, wie Wallfahrt nach Maria-Zell unternommen in Loretto abgelegtes Gelübde erneuert in seinen erblichen Besitzungen. Als nach seiner Rückkunft in Wien Nachricht einlief, ob er seinem Befehl oder nicht, forderte Ferdinand den Fürsten auf. Der Fürst, der damals besorgt Mansfelds und des Jägerndorfers zu Aufstandes führen könnten, riet dem Kaiser die Confiscationen einzuhalten und sich vorläufig, was er den Flüchtlingen und Vertreibungen hatte; aus demselben Grunde bat er den Kaiser um Erlaubniss, vorläufig mit der Ausweisung Geistlichen innehalten zu dürfen. In demselben Befehle die Deutung gab, dass die Calvinisten gemünzt sei, meinte er, dass gewonnen sei, weil die Calvinisten ihre Güter verbergen würden oder weil die Gutsbesitzer die Anhänger der böhmischen Confessionen. Das sei aber ohne Nutzen; besser sei an ihre Stelle Katholiken zu setzen. In demselben Befehle fanden in Wien die meisten Staatsmänner und zwar aus dem Grunde, dass man mit den Confiscationen zu thun nichtete also vorläufig auf die Ausführung verzichtete nur, dass der Fürst gegen die Confiscationen vorgehen sollte, welche zu Beginn der Confiscationen von den Direktoren zugeschickte Proclamationen verlesen, sich in notorischer Weise gegen die Krönung vollzogen hätten. In demselben Befehle erledigter Pfarreien in den Städten und Gütern nahm er aber fortan in Anspruch, sich mit dem Erzbischof ins Ein-

*) d'Elvert II, Ferdinand an Liechtenstein d. 14. Juli 1621.
stein an Ferdinand II dd. 14. Juli 1621.

welcher Weise bei Neubesetzungen vorgegangen werden solle. *) Caraffa sah also vorläufig seine Anstrengungen vereitelt.

Wenn man die allgemeine Ausweisung für kurze Zeit verschoben hatte, so wollte man wenigstens in Prag wieder einen Schritt vorwärts thun und abermals einige Pfarreien an sich reißen. Der Erzbischof gedachte deshalb in jedem Stadtviertel zwei oder drei Kirchen mit seinen Geistlichen zu besetzen, und um ihnen einen grössern Wirkungskreis einzuräumen, wollte er, dass die Zahl der Pfarren auf neun verringert werde. Den Protestanten sollten auf der Alt- und Neustadt je zwei Kirchen, auf der Kleinseite eine zum weitem Gebrauch überlassen bleiben. Damit man bei dieser Massregel auf einen geringeren Widerstand stossen möchte, riet er, auf die Stadträthe einen solchen Druck auszuüben, dass sie freiwillig auf die Kirchen, deren man sich bemächtigen wollte, Verzicht leisteten und ihnen die — allerdings falsche — Hoffnung zu machen, dass sie für dieses Opfer im Besitz der übrigen Kirchen bleiben würden. Da damals gerade die Berathungen über den allgemeinen Pardon in Bezug auf Leben und persönliche Freiheit, den Ferdinand ertheilen wollte, stattfanden, riet der Erzbischof, diesen Pardon ja nicht auf die Prediger und Professoren auszudehnen, damit man sie bei der ersten besten Gelegenheit aus dem Lande jagen könne. **)

Da man vorläufig die Geistlichen nicht vertreiben konnte und sie in den Pardon — in Befolgung des erzbischöflichen Rathschlages — nicht einschliessen wollte, so verzögerte sich die Verkündigung des Generalpardons je länger je mehr, trotzdem der Kaiser seit dem Monate August wiederholt von dem Kurfürsten von Sachsen daran erinnert wurde; man fühlte, dass die protestantische Geistlichkeit von demselben nicht ausgeschlossen werden könne, da sie nicht schuldiger war als der Adel und die Bürger. Die durch die unterbliebene Publication des Pardons gewonnene Frist benützte man in der Art, dass man die Wortführer unter der protestantischen Geistlichkeit auszuweisen beschloss, in der Hoffnung, mit den übrigen unter-

*) d'Elvert II, 106. Ferdinand an Liechtenstein dd. 26. Juli 1621.

**) Münchner RA. Der Erzbischof von Prag an Liechtenstein dd. 14. Aug. 1621.

geordneten Gliedern leichter fertig zu erwogenen Schlag leitete man damit einander einzelne hervorragende Pred zog. Der Pfarrer bei St. Martin in P. der Kanzel einige tadelnde Bemerkung tischen Geistlichen vorzubringen, die Aufforderung des Erzbischofs gefolgt Gehorsam erklärt hatten und der Pfar sogar im Karolin eine Versammlung mit abgehalten. Beide wurden deshalb bei
 1621 alsbald ihre Entfernung von den betreff
 Mittlerweile bot Caraffa alle seine um den Kaiser trotz der von Bethler Wiederholung des schon einmal gegeb Befehles wegen Ausweisung der politis lichkeit zu vermögen und drang endlich
 1621 Zu Ende des Monats October erneuerte und der Fürst von Liechtenstein publi
 1621 13. December ein Patent, nach dem Proclamation der Directorialregierung n sturze von der Kanzel verlesen — u alle Pfarrer Prags — und an dem Acte grafen theilgenommen hatten, angewie drei Tagen aus Prag und binnen ach zu entfernen. Aus „lauter Milde und gewiesenen gestattet, ihre fahrende Hal unbeweglichen Güter binnen drei Mon dem Ausweisungsbefehle nicht folgte, de behandelt werden und ebenso derjenige, heimlich Unterkunft gab.**) Zu gle Rätthe der anderen königlichen Stäc im Westen des Landes gelegenen der publiciren und darnach vorzugehen.***

*) Prager Statthaltereiarhiv: Ferdinand II 1621. — Ebenda. Antwort Liechtensteins

**) Böhm. Statth.-A. Pat. Liechtensteins dd. 1

***) Böhm. Statth.-A. Liechtenstein an d. Städte Königsberg, Tachau, Schlackenwerth dd. 1

Der Ausweisungsbefehl lautete so allgemein, dass auch die wenigen Geistlichen augsburger Confession, die sich in Böhmen aufhielten, von ihm betroffen werden mussten. Der Kaiser und Caraffa meinten es auch nicht anders, trotzdem weigerte sich Liechtenstein, der sich zur Zeit der Publication des Ausweisungsbefehles in Wien befand, die Verfolgung auf die Lutheraner auszudehnen, weil er die Empfindlichkeit des Kurfürsten von Sachsen nicht noch mehr reizen wollte. Seine Ansicht fand auch diesmal Beachtung und obwohl Caraffa in einer Conferenz, die er deshalb mit den Mitgliedern des geheimen Rathes hatte, auf der Ausweisung der Lutheraner bestand, so entschieden doch die Geheimräthe, dass man damit bis zu Ostern warten solle*) und erlangten hiefür die kaiserliche Zustimmung. Nach 1622 seiner Rückkehr nach Prag lud Liechtenstein die lutherischen Prediger vor sich und theilte ihnen mit, dass das Ausweisungsdekret sie nicht angehe, da sie sich keiner derartigen Verbrechen, wie die übrigen Geistlichen schuldig gemacht hätten. Es war diese Zusicherung offenbar für den Kurfürsten von Sachsen berechnet, dessen Klagen man von vornherein begegnen wollte. Gleichzeitig entschuldigte sich der Kaiser bei Johann Georg, dass er den Generalpardon noch nicht publicirt habe: er habe dies um verschiedener Gründe willen verschoben, werde es aber bei seiner bevorstehenden Ankunft in Prag gewiss thun.**)

Fast sämtliche Pfarrer Prags, der Administrator an der Spitze, fügten sich dem Ausweisungsbefehl und flüchteten sich nach Schandau, von wo aus sie sich bei dem Kurfürsten von Sachsen beklagten, dass sie unter dem Vorwande der Rebellion aus ihrer Heimat vertrieben worden seien und ihn ersuchten, sich beim Kaiser für ihre Rückkehr zu verwenden.***) Johann Georg wurde durch dieses Gesuch bitter getroffen: die unangenehmen Folgen seines Bündnisses mit Ferdinand zeigten sich jetzt in greller Weise. Er konnte darüber nicht im Zweifel sein, dass der letztere seinen Sieg gegen die Protestanten aus-

*) Relation Caraffa's.

***) Sächs. StA. Ferd. an Kursachsen dd. 17. Dec. 1621. — Ebend. Adam von Waldstein an Kursachsen dd. 19. Jänner 1622.

****) Sächs. StA. Drei verschiedene Gesuche einzelner prager Pfarrer dd. 17./27. Dec., 28. Dec. 1621 und ohne Datum an Kursachsen.

beuten wolle, und dazu geholfen zu
eine Schmach, die er nicht schnell
glaubte. Er schrieb deshalb an den
Kriegszug befreundeten Oberstlandh
stein und tadelte unumwunden das
Vorwand der Rebellion zahlreiche
vertrieben habe, um deren verlassene
zu machen. Wäre es nicht angeze
Prediger zur Verantwortung zugelas
hätte, auf wessen Befehl sie die ein
Last gelegte Handlung unternommen

Waldstein antwortete dem Kur
indem er in geschickter Weise das
unrichtige Angaben Johann Georg
habe ja Niemanden namentlich be
seinem Gewissen nicht schuldig g
können, aber eben der Umstand, da
sich entfernt hätten, zeige zur Ger
Rebellion betheiligte gewesen seien.
falsch berichtet worden, wenn er gl
mit Katholiken besetzt worden seien
im Einverständnisse mit den prager Ge
Geistlichen besetzt worden. Ist die
— und wir zweifeln nicht daran —
solche Priester, die sich zum Gehor
bereit erklärt hatten.**)

Während dieser Vorgänge rei
Trauung nach Innsbruck und hier far
über den Wortlaut des auszustellen
an denen sich auch der eigens da
Slawata betheiligte. Das Aktenstück
1622 Tage nach seiner Trauung den 3. .
Anbetracht dieses freudigen Ereign
gnädigen Inhalt schliessen können, a

*) Sächs. StA. Der Kurfürst von Sachsen a

***) Sächs. StA. Waldstein an Kursachsen d

bei den schon früher gefassten Beschlüssen, die Stände Böhmens nur am Leben und der Ehre zu schonen, an ihre Güter aber Hand anzulegen, da man sich für den im Krieg erlittenen Verlust schadlos halten wollte. Allen Edelleuten wurde deshalb bei sonstiger Strafe des Hochverraths aufgetragen, sich vor die zu bildende Commission zu stellen und daselbst die weiteren Weisungen entgegenzunehmen.*) Doch auch jetzt zögerte man mit der Publication dieses eigenthümlichen Generalpardons, weil man sich in der Vertreibung der Geistlichkeit nicht die Hände binden und einen Theil derselben erst zu Ostern vertreiben wollte. Man besprach sich in Innsbruck auch über die Art und Weise, wie man die böhmische Verfassung umgestalten solle, wobei Slawata mit seinen Vorschlägen den Reigen eröffnete und die wiener Räte durch die Härte seiner Anschauungen überbot. Dem Kaiser scheinen nicht bloss seine Rathschläge, sondern auch seine Manieren gefallen zu haben; er besprach sich mit ihm in vertraulicher Weise über die vorzunehmenden Reformen, forderte ihn zuletzt bei dem Abschiede in Salzburg, bis wohin ihn Slawata auf der Rückreise begleitet hatte, zur Erstattung eines Gutachtens auf, dessen Geheimniss er streng zu wahren versprach. Als Mittelsmann für den weiteren Verkehr zwischen Ferdinand und Slawata sollte der Reichshofrath Freiherr von Questenberg dienen und diesen beschwor Slawata später, dem Kanzler Lobkowitz ja nichts von seinem Gutachten zu verrathen. Im äussersten Falle wollte er es „gegen alle Welt vertheidigen,“ da dieser Fall vorläufig nicht zu erwarten stand, so wollte der gute Mann vorderhand Niemanden in seine Karten blicken und die beginnende Vertraulichkeit in seinem Verhältniss zum Kaiser ahnen lassen.**)

Das Gutachten liegt uns leider nicht vollständig vor, der wichtigste von Slawata ganz besonders geheim gehaltene Theil ist nicht vorhanden. Aus einem an Questenberg gerichteten Schreiben können wir jedoch über den Inhalt einige Vermuthungen anstellen, wir glauben nämlich, dass Slawata die Abschaffung des sogenannten „gemischten Regiments“ in Böhmen

*) Sächs. StA. Kais. Generalpardon dd. 3. Feber 1621.

***) Slawata an Questenberg dd. 28. Feber 1622. Wiener StA.

angerathen habe.*) Nach der Landesordnung zwischen dem König und den Ständen war dem Slawata ein Gräuel und er rief an sich zu ziehen. Mit diesem Rathesinhalt des Aktenstückes nicht erschöpft ist wahrscheinlich bleibend der Verge

Musste das geheime Gutachten — mutheten Inhalt — den Kaiser befriedigendes zweites offen vorliegendes von demselben Aufnahme gefunden haben, da es eben Tendenzen schmeichelte. In Bezug auf die Abschaffung der bisherigen Eidesformel den Beamten nicht bloss dem Könige, sondern auch dem Eid der Treue leisteten, der Eid sollte nicht bezogen werden. Von dem Urtheile der Appellation an den König zulässig und zulässig sein, auch sollten sämmtliche geschriebene rechte revidirt werden, damit sie mit dem Königs in Einklang gebracht werden könnten lauteten seine weiteren Rathschläge, die Abfassung der erneuerten Landesordnung über die religiösen Angelegenheiten übergeben die Katholiken zu den Aemtern zuzulassen der Erzbischof eine hervorragende Stellung bei den Sitzungen des Landrechts jenseits solle, die ehemals die Herren von Felsberg zeigte schon die Berufung Slawata's höher in der Gunst des Kaisers statt Martinic, die man noch immer ruhig in der Befestigung er sich durch dieses Gutachten selbst. Wären dem Kanzler Lobkowitz ein so großes Talent und seine bedeutende Beziehungen zum spanischen Hof zur Seite gestanden, so würde Slawata an seine Stelle getreten sein.

*) Imperium mixtum nennt es Slawata.

**) Gutachten Slawatas dd. 26. Feber. Wien

Das Gutachten bestärkte den Entschluss des Kaisers in der Bekämpfung des Protestantismus vorwärts zu schreiten, wenn er überhaupt darin eines Ansporns bedurft hätte. Die Folge war, dass er seine Zustimmung zu den Massregeln gab, durch die man trotz wiederholter Zusagen jetzt auch die katholisirten Utraquisten zu unterdrücken suchte. In Prag wurde am Gründonnerstag ein Dekret publicirt, wornach die Communion unter beiderlei Gestalt nur noch in der Teinkirche und bei St. Heinrich ertheilt werden durfte. Als am Ostersonntag ein katholischer Geistlicher in der Emauskirche eine heftige Predigt gegen die weitere Duldung der Ketzer hielt, unterbrach ihn ein Tagelöhner und schrie ihn an; aber schon erhoben sich einige Soldaten gegen den Störer und wollten ihn niederschlagen. Nur mit grösster Mühe entschlüpfte er ihnen und flüchtete in ein in Podskal gelegenes Haus, von wo er durch einen geheimen Ausgang seinen Verfolgern entwischte. Diese und andere Vorfälle bestärkten die Eiferer in dem Versuche den Utraquismus ganz und gar auszurotten. Der Erzbischof beschloss deshalb die Teinkirche in Beschlag zu nehmen. An dieser war nach der Entfernung des Administrators Dicastus ein gewisser Locika unter der Bedingung angestellt worden, dass er zwar das Abendmal unter beiden Gestalten verabreichen, im übrigen sich aber den Befehlen des Erzbischofs fügen solle. Diese Nachgiebigkeit genügte nicht mehr; an seine Stelle sollte ein katholischer Geistlicher eingesetzt werden und der Königsrichter erhielt den Auftrag den neuen Geistlichen mit Gewalt in die Kirche einzuführen, da sich Locika weigerte, dieselbe zu räumen. Um einen allfälligen Widerstand niederzuschlagen, liess sich der Königsrichter von einer Anzahl Musketiere mit geladenen Gewehren und brennenden Luntten begleiten und betrat die Kirche an einem Sonntag, als eben Locika vor einer grossen Versammlung den Gottesdienst abhielt. Ein panischer Schrecken bemächtigte sich der Anwesenden, alle suchten ihr Heil in der Flucht, so dass viele Personen bei dem allgemeinen Gedränge verletzt und ein Kind sogar todt getreten wurde. Die Aufregung theilte sich der Stadt mit; die Utraquisten glaubten, dass man Gewalt gegen sie gebrauchen wolle, während die Katholiken eine Erhebung des Volkes befürchteten. Als sich herausstellte,

24.
März
1621

dass nur das Auftreten des Königs verursacht habe, wurde man auf Seite bitterter gegen Locika und ertheilte Auftrag, sich in des Locika Behausung zu verhaften. Der Gefangene wurde Gefängniss geführt und von dort nach er nach einem nicht verbürgten Gerichte sein soll. *) Gleiche Strenge zeigte man triebenen Geistlichen, die aus Sachs zurückgekehrt waren, um ihre Zurückgekehrten zu veräussern, wobei sie verrathen wurden haftet und büssten den letzten Rest ihres es mit der Abschaffung des an der Heutraquistischen Geistlichen vor sich gegeben jedenfalls wird man auch damit nicht

In Prag war seit dieser Zeit mit Aus Protestanten gehörigen Kirchen nur noch dienste gestattet und da nach den Verordnungen allen königlichen Städten, und auf dasselbe gelten sollte, so hatten die A Confession nur noch einigen Rückhalt aber auch hier war ihre Existenz nicht fraglich, wie viele dieser Güter die ihren gegenwärtigen Besitzern belassen kaiserliches Dekret erschienen, welches Clerus sammt und sonders von der hätte, aber alle Anzeichen deuteten dass bald erscheinen werde und jedenfalls so weit sich ihre Wirksamkeit erstreck existire.

Als das Osterfest des J. 1622 heranna Caraffa an die Erfüllung des gegebenen die Lutheraner nur bis zu diesem Zeitpunkt sollten, allein auch diesmal ohne Erfolg in Wien zum Besuch des ödenburger

*) Skála V, 213.

**) Skála V, 207.

sich die Verhandlungen daselbst nicht erschweren, indem man ein Ausweisungsdekret gegen jene erliess, die man erst vor kurzem wegen ihrer Treue gelobt hatte. Diese Erwägungen, so wie die Nachrichten aus Deutschland über die bedeutenden Rüstungen des Markgrafen von Baden und des Halberstädters hatten sogar zur Folge, dass man jetzt den Generalpardon zu publiciren beschloss und sich auf diese Weise selbst einen Riegel gegen die beabsichtigte Ausweisung der Lutheraner vorschob. In Folge eines von Wien gekommenen Auftrags wurde das betreffende Dekret an den Rathhäusern der prager Städte angeschlagen. Leben und Freiheit sollten nicht weiter angetastet werden, dagegen wurde jedermann bezüglich seines Besitzes den ungewissen Wechselfällen eines vexatorischen Processes preisgegeben. Die Edelleute fanden sich nun einzeln in Prag ein und stellten sich vor den Confiscationsrath, um sich selbst anzuklagen und ihre Vergehen zu entschuldigen; die Bürger der königlichen Städte thaten das Gleiche, indem sie sich vor dem Königsrichter verantworteten. Ihren Selbstanklagen und Entschuldigungen zollte man wenig Aufmerksamkeit, um so mehr beachtete man die genauen Verzeichnisse ihres Besitzstandes, die man von jedem einzelnen einforderte und nach denen man die Grösse ihres Vergehens mass. Welches Resultat diese Prozesse hatten, werden wir im folgenden Bande berichten.

Um unsern Lesern einen Einblick in die vorschreitende Gegenreformation ausserhalb Prags zu ermöglichen, wollen wir einige der bezeichnendsten Vorgänge erwähnen. Der Dechant von Leitomischl, ein gewisser Adalbert Hajek, berief die Pfarrer seines Dekanats zu einer Zusammenkunft und theilte ihnen mit, dass vermöge eines päpstlichen Dekrets der Laienkelch nicht mehr gestattet sei und forderte sie auf zu schwören, dass sie dem Verbote nachkommen würden. Da sie alle wussten, dass sie sonst Verfolgungen preisgegeben sein würden, so leisteten sie den verlangten Eid. *) Um auch die Laienwelt zu ähnlichem Gehorsam zu nöthigen, riet Hajek, man solle den Widerspenstigen keine Sakramente verabreichen, keine Trauungen vornehmen

*) Prag Consistorialarchiv. Hajek an den Erzbischof dd. 19. Mai 1622.

und sie nicht in herkömmlicher Weise grössere Strafen über jene verhängen Priester besuchen würden. Während d^{23. Mai}
1622 Erfolge von seiner Wirksamkeit erwartete der Pfarrer von Aussig, dass alle seine Landsleute einem Prädikanten anhängen und dass die Bürger der Stadt Landleute einem Prädikanten anhängen bisher vergeblich bei Michna befürwortete. Der Pfarrer von Pardubic klagte, dass sich der Prädikant aufhalte, trotzdem er von Michna aus man in Chrudim, Aussig und an anderen Orten gehörigen Strenge auftrat, so liess man in Tabor nicht zu Schulden kommen, man nach der Uebergabe in Angriff nahm des wyschehrader Kapitels betraute. In sein hauptsächlichstes Augenmerk das Tabor kommen möglichst erhöhe und in Tabor die Stelle einnehme, doch griff er anderer Strenge schlossenheit die Gegner an, wie sein Niemand wurde von ihm getraut, der er bekannte; alle Anklänge an eine böhmische Kirche er unnachsichtlich und bedrohte die Massregeln nicht fügten, mit der Confession weiteren Strafen.***)

Die Erfolge der Katholiken wurden nicht so gross, dass ab und zu im Laufe des Jahres die Taborer in die Lande nach Prag zur Verantwortung vor dem Kaiserliche Aufforderung nicht folgten und ihr Heil in die Hand Gottes und so dasjenige thaten, was die Gegenpartei anzuhoffenden vollständigen Sieges feierte. Am 1622 Juli in Prag veranstalteten. Liechtenstein selbst im selben Monat ein Patent, worin er die

*) Ebenda. Der Pfarrer v. Aussig an den Erzbischof.

**) Ebenda. Der Pfarrer v. Pardubic dd. 24. Juni 1622.

***) Ebenda. Der Pfarrer in Tabor an den Kaiser. Mehrere Tabor betreffenden Correspondenzen.

†) Ebenda. Dekret des Fürsten von Liechtenstein.

Anmeldungen der Stände vor dem Confiscationsrath und dem Königsrichter behufs Erlangung des Pardons stattfinden sollten, als verstrichen erklärte. Wer sich bis dahin nicht zu Unterhandlungen bezüglich der ihm zu bemessenden Geld- und Güterstrafe herbeigelassen hatte, sollte nicht bloss seinen ganzen Besitz verlieren, sondern auch andern Strafen anheimfallen.*) Dieses Loos traf ausser einer Anzahl unbekannter auch 19 namentlich benannte Personen, darunter den Eigenthümer der Herrschaft Friedland, den Herrn von Redern, auf dessen Besitz Waldstein bereits sein Auge gerichtet hatte. Von nun an häuften sich die Siegesberichte der katholischen Pfarrer auf dem Lande: die einen erzählten von den Erfolgen, die sie erlangt, die anderen von den Schwierigkeiten, die sie mit fester Hand bemeistert hätten.***) So berichtete z. B. der Erzdechant von Krummau, dass die Pfarrer des bechiner und krummauer Dekanats von dem Abendmal unter beiden Gestalten, aber nicht von ihren Frauen lassen wollten, und dass er sich mit der zwangsweisen Abführung einiger Frauen geholfen, die betreffenden Pfarrer aber in ihren Stellen gelassen habe. Der Erzbischof suchte mittlerweile die Reformation dadurch zu fördern, dass er den Kaiser bat, ihm die Besetzung aller Pfarreien im Lande, die sich auf häretischen Besitzungen befanden, zu übertragen, wodurch also thatsächlich für die Einheit der Religion im ganzen Lande Sorge getragen werden sollte.

II

Als der Reichstag in Oedenburg zu Ende war und damit der Grund wegfiel, um dessentwillen die wiener Staatsmänner die Lutheraner geschont wissen wollten, erhob Caraffa von neuem seine Stimme und verlangte von dem Kaiser, dass man mit ihrer Ausweisung nicht länger säume. In Böhmen und Mähren gab es mit Ausnahme des Gebiets von Eger nur drei städtische Gemeinden mit lutherischen Geistlichen, die von Iglau, die seit fast 100 Jahren bestand, die von Brüx und die von Prag,

*) Erzb. Archiv, Patent Liechtensteins dd. 14. Juli 1622.

***) Die Berichte im erzbischöfl. Archiv.

Gindely, Der pfälzische Krieg.

welche letztere sich erst seit dem J. 1622 zwei Kirchen, die eine auf der Klein Altstadt besass. In allen möglichen Tritten vor dem Kaiser seine Klagen, die Prälaten für die katholische Kirche, sie reizten und seien die Quellen einer steten Contention sich gewinnen und ertheilte dem Fürsten der wieder nach Wien gekommen war, die Prediger nicht länger zu dulden. Doch auf die Rücksicht hin, die man wegen der regensburger Deputationstages auf Saft da er mit seinem Einwürfe zurückgekehrt holte er ihn in einer Sitzung des geh. Raths Caraffa Theil nahm. Der letztere setzte auseinander, dass man „um Gotteswille“ die lutherischen Reichsfürsten zu nehmen brähe einen vollen Erfolg. Die Vertreibung wurde beschlossen und der Kardinal von Liechtenstein in Böhmen mit der

Der Fürst leitete nach seiner Rückkehr 1622 weisung damit ein, dass er am 21. October die Glieder des alt- und neustädter Rathes alle Anhänger der böhmischen Confession auf einige Tage bestimmte er auch den Wirkungskreis des Stadthauptmanns in Prag, der fortan die Aufsicht über die Gemeinde führte, die ihm übergeben wurde, wurde ihm das Gemeindegut und die Renten zugesetzt, die bisher dem Bürgermeister zugestanden. Die Bewegung der Gemeinde in ihren Angelegenheiten rathung der Zünfte und sonstiger städtischer Angelegenheiten sollte durch den Stadthauptmann bei dem das öffentliche Leben in feste Bande

*) Relation Caraffa's. Sächs. StA. Die Iglau. dd. 3./13. Oct. 1622.

**) Skála V, 232. Archiv des k. k. Minist. d. Inn. dd. 22. October 1622.

Gleichzeitig mit dieser Instruction erhielt der Stadthauptmann Hermann Černín den Befehl, die deutsche Geistlichkeit von Prag vorzurufen und ihr das Ausweisungsdekret mitzuthemen. Černín kam dem Auftrage nach und theilte den Vorgeladenen mit, dass sie sich aller Functionen enthalten und binnen vier Tagen Prag und das Land räumen müssten. *) Der Ausweisungsbefehl erstreckte sich auch auf die deutschen Schullehrer, und obwohl sie und die Geistlichen um eine Verlängerung der Frist baten, da es ihnen unmöglich sei, in so kurzer Zeit über ihre Habe und ihre Familien zu verfügen, so wurde der Termin doch nur um einen Tag verlängert. Auf einem einzigen Wagen aufgepackt und eskortirt von einer Soldatenabtheilung traten sie die Reise am 29. October an und schlugen ihren Weg nach Dresden ein. Eine grosse nach Tausenden zählende Menschenmenge gab ihnen das Geleite über eine halbe Meile Weges und als es nun zum Scheiden kam, bestieg M. Lippach, der Führer der Ausgewiesenen, einen Hügel und nahm nach einer ergreifenden Rede einen thränenreichen Abschied von den Zurückbleibenden. Eine Sammlung, die bei dieser Gelegenheit unter denselben angestellt wurde, ergab 400 Gulden, die dem scheidenden Pastor eingehändigt wurden. **) — Zu gleicher Zeit oder wenig später erging der Ausweisungsbefehl auch an den Pfarrer in Brüx, der ihm unverweilt nachkam und sich nach Nürnberg verfügte. ***)

Nachdem das Ausweisungsdekret den lutherischen Geistlichen mitgetheilt worden war, traf Tags darauf das Damoklesschwert auch den Rector und die Professoren der prager Universität. Die Jesuiten hatten ihre Stellung bei dem Kaiser ausgenützt, um unter Missachtung der dem Erzbischofe von Prag gebührenden historischen Kanzlerrechte die Uebergabe der Universität in ihre alleinige Gewalt zu erbitten und waren damit vorläufig zum Ziele gelangt. Der Kaiser erliess den Befehl, dass die Anhänger der böhmischen Confession die Universitäts-

24.
Oct.
1622

1622

*) Skála V, 233. Dekret für den Stadthauptmann Černín. Druckschrift in der Prager Univ.-Bibl.

**) Skála V, 233.

***) Sächs. StA. Der evang. Pfarrer von Brüx an Kursachsen dd. 17./27. Dec. 1622.

gebäude räumen und dieselben, so wie den Jesuiten als den nunmehrigen L Nicht bloss die Protestanten waren über auch die Katholiken und namentlich unangenehm davon berührt, dass die Herren an der Universität sein sollten spät von dem kaiserlichen Dekrete F verhüten zu können, protestirte zwar g seinen Protest auch dem Nuncius mit; Sein Nachfolger, der Cardinal von F Schmälerung seiner Rechte nicht fügen entschlossen auf; über zwanzig Jahre v ihm und den Jesuiten, die sich aus il Preis verdrängen lassen wollten. Es l dinals zu den bittersten Anklagen u Jesuiten, trotzdem konnte er sie nicht r nur, wie später erzählt werden wird, erworbenen Rechte zu Stande bringe der Universität wurde den Jesuiten übertragen, wogegen der Erzbischof gegen einen Eingriff in seine inquisito aber auch dieser Protest blieb ohne V

Die auf die Entfernung der prot
1622 gerichteten Massregeln wurden zu E durch vervollständigt, dass Fürst Li publicirte, demzufolge alle Geistliche fession aus ganz Böhmen ausgewiesen w werk war damit zur Hälfte beendet.** lichkeit konnte jetzt eine eingehend ohne einem Widerspruche zu begegnen. die der Jesuiten hatte sich mittlerwe durch die Ueberweisung mehrerer, of an eine Person sorgte man wenigste wendigen Functionen vor sich gehe:

*) Skála V, 233. Erzbischöfliches Archiv. 1
15. Oct. 1622.

***) Skála V, 241.

Aufmerksamkeit verwendete man auf die Gewinnung der Prager. Hier hatte man in jeder Kirche einen Geistlichen angestellt, an einigen hervorragenden, wie z. B. bei St. Heinrich und bei St. Stephan wurden beredte Jesuiten verwendet und diesen Bemühungen verdankte man es, dass man in den letzten Monaten des Jahres 1622 von zahlreichen Uebertritten zur katholischen Kirche hörte.*) Der Gottesdienst war zu jener Zeit ein Bedürfniss des Volkes, das sich doppelt fühlbar machte bei den Drangsalen, denen das Land ausgesetzt war: viele konnten den priesterlichen Zuspruch nicht entbehren und liehen so den neuen Lehrern ihr Ohr, wiewohl sie dies noch vor kurzem für unmöglich gehalten hätten. Furcht vor dem Stadthauptmann und dem Stadtrichter, die es an Drohungen nicht fehlen liessen, und Angst vor den Urtheilssprüchen der Confiscationscommission, die man durch die Nachgiebigkeit in religiösen Dingen zu mildern hoffte, trugen das ihrige bei, um die katholischen Kirchen zu füllen; nicht bloss die Bürger begannen der Gewalt zu weichen, auch einzelne Adelige liessen von der alten Ueberzeugung ab — das erste Beispiel gab Stephan Georg von Sternberg — und was der Adel und die Bürger thaten, fand bei zahlreichen Geistlichen der böhmischen Confession Nachahmung. Von den Professoren der Universität traten Basilius von Deutschenberg und der seiner Zeit hochberühmte M. Campanus zum Katholicismus über, der letztgenannte verwendete seine bedeutenden Kenntnisse in der lateinischen Sprache und seine dichterische Begabung dazu, lateinische Hymnen zu Ehren der allerheiligsten Jungfrau zu verfassen, während er sich früher in der rhythmischen Uebersetzung von Psalmen und Kirchenliedern versucht hatte.***) Mitten in dieser Bewegung starb der Erzbischof von Prag. Zu seinem Nachfolger wurde der kaum majorene Sohn des kaiserlichen Günstlings Freiherrn von Harrach ernannt. Auf einer Jagd theilte Ferdinand diesem seinen Entschluss mit, indem er ihn frug, ob er wisse, wer Erzbischof von Prag werden würde. Als

*) Skála V, 240.

***) Skála V, 241.

Harrach dies verneinte, bemerkte Ferdinandum seinem Sohn übertragen wolle.

Es versteht sich, dass die ausgewiesenen ihr Loos ebenso bitter empfanden, dass sie die Welt mit ihren Klagen erst in Dresden angekommen waren fürsten von Sachsen um Schutz gegen zum Opfer gefallen seien. Der Kurfürst nach und verwendete sich für sie bei er vermuthete, dass man in gleicher Lutheraner vorgehen werde, so warnt Liechtenstein vor einem derartigen Ver Schreiben in Prag anlangte, war die Aus und Liechtenstein rechtfertigte in seine regeln einfach damit, dass die Böhmen die Rebellion aller Privilegien verlustig gegen in des Kaisers Belieben stehe, die Ver er für gut finde. †) Dieses Schreiben aus Rand und Band und war nach den Khevenhiller die eigentliche Ursache, Regensburg reiste. Gegen den Kaiser bittersten Weise über die Verfolgung keine Nachricht im Laufe des böhmisch so aufgeregt, als die von der Sperrung in Prag. Er gab zu, dass die Böhmen ihrer Privilegien verlustig gegangen sei der Kaiser einige Rücksicht auf ihn annehme. Er solle berücksichtigen, dass nur „als Fremdlinge und Gäste“ im und dass sie dem Aufstand nur gezwungen, wie dies ja auch zahlreiche Katholiken Werth habe der vom Kaiser publicirt die Lutheraner nicht frei ihrer Uebel

*) Harrachisches Archiv. Notiz über diesen (

**) Sächs. StA. Kursachsen an Ferdinand dd.

***) Ebenda. Kursachsen an Liechtenstein dd.

†) Ebenda. Liechtenstein an Kursachsen dd.

und welcher Dank werde ihm (dem Kurfürsten) dafür zu Theil, dass er durch seine dem Kaiser geleistete Hilfe die katholische Kirche aus dem Abgrunde gerettet habe. Der Kaiser habe ihn um seinen Beistand mit der Bemerkung ersucht, dass wenn er den Katholiken nicht helfe, ihm von den Calvinern gleiches Verderben drohe. Nun sehe er ein, dass den Lutheranern nichts schlimmeres von den Calvinern hätte widerfahren können, als ihnen jetzt von den Katholiken geschehe. Er habe sich dem niedersächsischen Kreis gegenüber verpflichtet, dass sein dem Kaiser geleisteter Beistand der augsburger Confession nicht abträglich sein werde, diese Versicherung habe den Kreis zur Neutralität vermocht und nun erweise sie sich als unwahr. Um noch ärgere Uebel zu verhüten, ersuche er deshalb den Kaiser um die Zurücknahme des Ausweisungsbefehles. *) — Auf die ungewöhnlich scharfe Sprache dieses Briefes hatte die Mutter des Kurfürsten, die sich durch die Vorgänge in Böhmen in ihrer innersten Ueberzeugung verletzt fühlte, einen bestimmenden Einfluss. **) An die Kurfürsten von Mainz und von Köln schrieb Johann Georg gleichfalls und ersuchte sie ihren Einfluss anzuwenden, damit man auf dem bisherigen Wege in Böhmen nicht weiter vorwärtsschreite, da dies nur schlimme Folgen haben könnte. Bevor er jedoch eine tröstliche Zusicherung erhielt, wurde er von dem aus Brüx vertriebenen lutherischen Geistlichen um seinen Schutz ersucht und richtete nun ein neues Klageschreiben an den Kaiser. ***) Er hatte diesmal dazu um so mehr Grund, da er den Brüxern bei Gelegenheit ihrer Unterwerfung unter das kaiserliche Regiment versprochen hatte, sie in dem Bekenntniss der augsburger Confession so lange zu schützen, bis sie vom Kaiser darauf ein neues Privilegium erlangt haben würden. Sein Versprechen wurde mit Füßen getreten und dies reizte seinen Zorn.

Ebenso wie der Kurfürst von Sachsen fühlte sich sein Hofprediger Hoë durch die gegen die Lutheraner verfügten

*) Sächs. StA. Kursachsen an Ferd. dd. $\frac{29. \text{ Oct.}}{8. \text{ Nov.}}$ 1622.

**) Caraffa's Relation.

***) Sächs. StA. Die sächs. Gesandten in Regensburg in Kursachsen dd. 7./17. Dec. — Kursachsen an Ferd. dd. 20./30. Dec. 1622.

Massregeln getroffen. Er hatte am thierischen der kaiserlichen Allianz mitgewirkt, gezogen und hatte die Verhandlungen sich, dass alle Warnungen und Vorstanzlicher Seite gegen ihn erhoben. In seinem Schmerz ersuchte er den Kaiser mit beweglichen Worten, dass er die Verhandlungen rückgängig machen möge und führt Karl in Dresden bei Gelegenheit der Erwähnung des Namen seines Bruders, des Kaisers“ die Anhänger der augsburger Confession, dass in Mühlhausen der Kurfürst von Brandenburg versichert und sich dabei der Worte bedient, „tholiken lieben und halten die „alten Confession nicht anders als unser eignes und nun würden trotz aller dieser Verfolgung verfolgt und noch ärger behandelt, wiewohl man dulde, obwohl sie die ärgsten Jungfrau seien.*)

Das erste kurfürstliche Schreiben, das wir geschildert haben, kam in die Hände des Kaisers auf der Reise von Wien nach Regensburg. Es erregte grosse Bestürzung, der Kaiser war bewusst, dass er die Vorwürfe verdient hatte und seine Besorgniss wurde durch die Aussagen seiner Begleiter vermehrt, die bereits in der Lager der Gegner sahen. Caraffa, der Kaiser auf dem Wege befand, aber dem Kaiser um eine Audienz wurde von seinen Anhängern auf die Gnade der standhaften Ausdauer Ferdinands in seiner Reise inne und erwartete dass er ihn dadurch zur Ausdauer mahnte. Die Selbstständigkeit bei ihm aufzureizen dürfte doch nicht weniger thun als je

*) Münchner Bibl. Coll. Camerariana: Hofbibliothek, November 1622.

Gebiete thue, und als Ferdinand trotzdem erklärte, dass er sich übereilt habe, so wollte der Nuncius dies nicht zugeben und bemerkte, die Gefahr komme nicht daher, dass das Ausweisungsdekret schon jetzt erlassen worden sei, sondern daher, dass so lange damit gezögert wurde. Gewiss würde es noch schlimmer sein, wenn man mit der Ausweisung bis nach der Ankunft in Regensburg gewartet und sie dort in der Gegenwart des eingeladenen Kurfürsten verfügt hätte. Diese Mahnungen und Rathschläge stärkten das ängstliche Gemüt des Kaisers und als er nach der Entfernung des Nuncius mit seinen Geheimräthen eine Sitzung abhielt, beschloss man den Ausweisungsbefehl, den man schon zurücknehmen wollte, aufrecht zu halten.*) Die Folge war, dass man dem Kurfürsten von Sachsen vorläufig keine Antwort ertheilte.

Da jedoch Johann Georg sich auf diese Art nicht abweisen lassen wollte, so trug er seinen Gesandten in Regensburg auf, bei dem kurfürstlichen Collegium und bei den kaiserlichen Räthen auf die Rücknahme der gegen die Lutheraner verfügten Ausweisung zu dringen, und gab dabei seiner Befürchtung Ausdruck, dass diese Massregel in Deutschland ein ähnliches Unheil zur Folge haben werde, wie in Böhmen die Sperrung der Kirchen von Klostergrab und Braunau.***) Aus diesem Grunde trug er seinen Gesandten auf, dass sie sich der böhmischen Lutheraner nicht bloss in privaten Zusammenkünften annehmen, sondern sich auch über deren Behandlung in den Berathungen des Deputationstages beschweren und Abhilfe begehren sollten. Die Gesandten folgten dem Auftrage: wiederholt besuchten sie den Kurfürsten von Mainz, brachten da ihre Klagen an und hatten wenigstens die Genugthuung, dass dieser sich missbilligend über das Ausweisungsdekret aussprach.***) Wir wollen es gern glauben, dass es dem Erzbischof damit Ernst war, wie er ja auch in der Uebertragung der Kur durchaus nicht das heisse Verlangen

*) Caraffa's Commentaria und Relation.

**) Sächs. StA. Kursachsen an die regensburger Gesandten dd. 20./30. December 1622 und 26. Dec. 1622.
5. Jan. 1623.

***) Sächs. StA. Protokoll über die Verhandlungen in Regensburg.

Maximilians billigte, aber seine Miss-Einfluss auf den Kaiser haben, da er laut werden liess. Denn als Ferdinand von seinen Massnahmen in setzte und sie um ihren Rath befragte, Köln die Vertreibung der lutherischen fertigten sie aus politischen Gründen. hiess also der Erzbischof von Mainz Kurfürsten von Sachsen missbilligte. *)

Der Herzog von Baiern befolgte gebene Beispiel insofern, als er in sächsischen Gesandten aus gleichem Handlungsweise des Kaisers nicht tadelte, sondern nur der Hoffnung Ratriebenen Geistlichen zurückgerufen Kursachsen nach Regensburg komme annehmen würde, er liess ihn dabei fürsten Unterstützung hoffen. Für die nach Regensburg hätten die Katholiken diesen Preis gezahlt und vielleicht Geistlichen der Rückweg gebahnt würde man bald eine Gelegenheit zu Vertreibung gefunden haben. Der Kanzler sächsischen Gesandten auch zur Rede seines Herrn mit der Gewandtheit eines Tages. Er bemerkte: der Kurfürst habe „die Reformation nicht direct und primar secundarie und eventualiter verursacht sein Gewissen durch die Vorgänge in E zu lassen, denn ein Fürst sei nur für Unterthanen und nicht für die eines Kaiser treffe Vorsichtsmassregeln, um zweiten Aufstandes zu verhüten, der sich wiederholen würde. Für die D könne der Kurfürst sich nur auf das il

*) Sächs. StA. Gutachten der geistlichen K. 28. Dec. 1622.

Versprechen berufen, dem niedersächsischen Kreis habe aber der Kaiser kein derartiges Versprechen gegeben und nun solle er um dieses Kreises willen in der Reformation innehalten, trotzdem derselbe seinen Feinden allen Vorschub geleistet habe? Der Kaiser sei nur dem Kurfürsten gegenüber verpflichtet und hoffe, dass er ihn aus seiner Verpflichtung entlassen werde, da die Vertreibung der lutherischen Geistlichen nicht mehr ungeschehen gemacht werden könne und er bereit sei zu erklären, dass er sich mit dieser Vertreibung übereilt habe. Ferdinand verlange vom Kurfürsten, dass er „ihm verzeihe“ und Rücksicht darauf habe, dass er schon um seines Ansehens willen einen Befehl nicht zurücknehmen könne.

Alle diese mit viel Schärfe und Beredsamkeit vorgebrachten Argumente hatten auf die sächsischen Gesandten keine Wirkung, sie bestanden auf der Forderung, die ihnen ihr Herr aufgetragen. Aus einer Mittheilung, die ihnen später durch den darmstädtschen Vicekanzler geworden war, erfuhren sie, dass man dem Herrn von Lobkowitz vorwerfe, er habe in der Verteidigung seines Herrn zu viel Nachgiebigkeit gezeigt; der Kaiser wollte nicht einmal zugestehen, dass er bezüglich Böhmens dem Kurfürsten von Sachsen verpflichtet sei, nur in Betreff der Lausitz und Schlesiens gab er diese Verpflichtung zu. Ferdinand versicherte bei dieser Gelegenheit, dass er lieber zum Bettelstabe greifen würde, als seinem Worte untreu zu werden. Wir wollen nicht bezweifeln, dass der Kaiser, als er diese Versicherung gab, an ihre Wahrhaftigkeit glaubte, auch zugeben, dass er nach der Schlacht auf dem weissen Berge sich nur den Schlesiern und den Lausitzern gegenüber verpflichtete, das Bekenntniss der augsburger Confession freizugeben; aber dass er sich zu gleicher Duldung für alle seine im Aufstand begriffenen Länder mehrere Monate vor der genannten Schlacht verpflichtet hatte, deutet nicht nur die Rede des wohl informirten böhmischen Kanzlers an, sondern auch der Brief des Kaisers vom 6. Juni 1620, auf den wir seiner Zeit hingewiesen haben.*)

Je mehr sich die sächsischen Gesandten in Regensburg

*) Bd. II, S. 439.

der Sache der verfolgten Lutheraner man dabei zur Kenntniss der vorang zwischen dem Kaiser und dem Kurfürst desto mehr fühlten die katholischen F tung, dem letzteren zu irgend einer A helfen. Der Kurfürst von Mainz gab Rolle auf, die er bis dahin in diese hatte und trat mit dem Vorschlag auf, nicht in Prag, aber doch in der Nähe zur weiteren Benützung zu überlasse wollte sich zu keiner Nachgiebigkeit keinen Augenblick unterliess, einer al durch neue Mahnungen und Verspre Er hatte erfahren, dass einer der säc einem Brief an seinen Bruder erklärt Sachsen meine es mit seinen Vorwürfe der lutherischen Prediger nicht gar s und würde sich beruhigen, wenn sich auf Schlesien erstrecke.**) Was von d zu halten sei, wissen wir nicht, wir ha nicht für so falsch, dass er jenen scha nur zum Schein geschrieben haben sol Caraffa seinen Zweck, der Kaiser glaubt und wollte deshalb weder die Prediger noch den von Kurmainz vorgeschlage Der Nuncius schreckte den Kaiser auc dass, wenn er jetzt den Lutheranern ir zu Theil werden liesse, er dafür vor denn als er nach der Schlacht auf böhmischen Privilegien aufgehoben ha Religionsfreiheit aufgehoben worden: e zu einer Concession, so bestätige er bräuche, sondern führe neue ein. S Unterstützung bei dem um seines Re

*) Sächs. StA. Protokoll über die regensburg
Die sächs. Gesandten an Kursachsen dd.

***) Relation Caraffa's.

ehrten Bischöfe Johann Gottfried von Würzburg, der kurz vor seinem Tode dem Kaiser erklärte: er müsse allen Gefahren trotzen, besser sei es durch die Gewalt der Menschen, als durch den Zorn Gottes zu Grunde zu gehen. So von gewichtiger Seite gemahnt, entschloss sich Ferdinand dem Kurfürsten direct einen abweislichen Bescheid zu geben und ihm auf seinen schon fast vor drei Monaten geschriebenen Brief zu antworten. *) Der Abfassung der Antwort ging eine lange Berathung voraus, an der sich Ulm, Lobkowitz, Strahlendorf und Nostitz theilnahmen; **) sie lautete dahin, dass der Kaiser nicht verpflichtet sei, sein am 6. Juni 1620 gegebenes Versprechen zu halten und zwar aus dem Grunde, weil es unter der Voraussetzung gegeben wurde, dass die böhmischen Stände freiwillig zum Gehorsam zurückkehren würden. Dies sei aber nicht geschehen, denn der Herzog von Baiern habe alle Macht aufzubieten müssen, um die Widerspänstigen zu bezwingen und deshalb fühle sich der Kaiser völlig frei von jeglicher Verpflichtung, da sich die Lutheraner ebenso gut wie die anderen an dem Widerstande theilnahmen. ***)

25.
JANUAR
1623

Diesen letzten nicht ungewichtigen Grund suchte Johann Georg mit der Ausrede zu widerlegen, dass er die Regierung des Pfalzgrafen beschuldigte, sie hätte die kaiserlichen Gnadenanerbietungen sorgfältig geheim gehalten und so alle öffentlichen Kundgebungen der Lutheraner zu Gunsten des Kaisers verhütet. †) In einem zweiten Briefe bat der Kurfürst in den beweglichsten Ausdrücken, der Kaiser möge sein Ohr seinen Bitten nicht verschliessen, stellte ihm die Gefahren einer längeren Nichtbeachtung derselben als unmittelbar bevorstehend vor und verlangte, dass ein Generalpardon bewilligt würde, der also nicht sowohl der persönlichen Sicherheit sondern dem religiösen Bekenntnisse der Einwohner Böhmens zu gute kommen sollte. ††) Bevor diese abermalige Klage Johann Georgs in Regensburg

*) Ebendasselbst.

**) Ebendasselbst.

***) Sächs. StA. Ferd. II an Kursachsen dd. 25. Januar 1623.

†) Sächs. StA. Johann Georg an Ferd. dd. 20./30. Januar 1623.

††) Münchner Hofbibl. Coll. Camerar. Kursachsen an Ferd. dd. $\frac{28. \text{ Jan.}}{7. \text{ Feb.}}$ 1623.

6. Febr. 1623 anlangte, hatte der Kaiser sich alle v
 des Deputationstages in die böhmische
 indem er demselben jede Berechtigung
 absprach. Aber schon nach wenigen S
 Mitglieder des Deputationstages eine E
 Berathung, die sich indessen wahrscheinli
 bezog und diese ordneten einige hervor
 Reichshofrath Strahlendorf ab, in desser
 stattfinden sollte.*) Bei dieser Gelegen
 bei dem nunmehr eingenommenen Sta
 Behandlung der Lutheraner und riet i
 den übrigen Mitgliedern der Versamml
 fürsten von Sachsen „in etwas willfahre
 Wege“ suchen müsse, damit ein so
 nicht beleidigt, sondern in dem bisherige
 werde. Allerdings müsse der Kaiser, b
 einige Theologen zu Rath ziehen, ab
 die Gefahren eines abweislichen Beschei
 werden. Neben diesen auf die Befriedig
 richteten Mahnungen gaben die Rathgel
 Ausdruck, dass die Uebertragung der
 Schwierigkeiten begegnen würde, je m
 erbitterte, und dass schon um dieses Gr
 Haltung geboten sei.

Wir sehen aus diesen Angaben, mit
 glatten Worten, aber unverhohlen
 nahmen missbilligten und so ihre früher
 Ob man sich ernstlich der Hoffnung hir
 auf den Kaiser einen Eindruck üben w
 wir nicht anzugeben, soviel ist jedoch
 Kanzler sich bei den sächsischen Gesa
 mittheilte, der Kurfürst würde auf seine
 Weise befriedigt werden, wie man die
 und ein und zwei Tage später vervolls
 durch die Behauptung, der Kaiser selb

*) Sächs. StA. Kais. Replik an den regensbu

***) Wiener StA. Strahlendorf an Ferd. II dd.

gesagt, er müsse dem Kurfürsten irgend eine Genugthuung leisten.*) Trotz aller dieser auf Ferdinands Nachgiebigkeit deutenden Versprechungen erwiesen sich alle darauf gesetzten Hoffnungen als eitel. Ferdinand nahm den Ausweisungsbefehl gegen die lutherischen Geistlichen nicht zurück und wurde in seiner Festigkeit durch einen Bericht aus Prag bestärkt, nach dem seit der Sperrung der lutherischen Kirchen an 4000 Personen katholisch geworden waren.***) Mochte auch dieser Bericht in der Ziffer eine Uebertreibung enthalten, jedenfalls wird er durch die unverdächtigen Angaben des Exulanten und Historikers Skála bestätigt, der die ersten massenhaften Uebertritte gerade in diese Zeit zurückführt.

Der Kaiser hatte nach der Beendigung des Deputationstages Regensburg verlassen, seine Gemalin nach Wien geschickt, selbst aber die Reise nach Prag angetreten, weil er hoffte mit dem Kurfürsten von Sachsen zusammenzukommen und ihn für die Anerkennung der regensburger Beschlüsse zu gewinnen. Caraffa reiste auch nach Böhmen, um sich zu überzeugen, wie weit das Reformationswerk gelungen sei. Seine ersten Erfahrungen bei der Ueberschreitung der Landesgrenzen betrübten ihn, er hörte da nur von Prädikanten sprechen, die sich offen und geheim herumtrieben und erst in Bischofteinitz wurde er von einem katholischen Pfarrer empfangen. In Pilsen traf er auf die erste katholische Einwohnerschaft, aber ihr Wohlstand war ruinirt und in Rokycan war der Pfarrer der einzige Katholik, alle Bürger waren Protestanten. Als er bei Zbirow vorbeifuhr, machte man ihn darauf aufmerksam, dass daselbst jene Personen eingeschlossen seien, die bei dem prager Blutgerichte pardonirt worden waren, und dass ihre Verwandten sich daselbst versammelt hätten, um den Kaiser, der am folgenden Tag denselben Weg kommen sollte um die volle Begnadigung derselben zu bitten. Vor Prag schloss sich Caraffa dem kaiserlichen Gefolge an, um gleichzeitig mit Ferdinand seinen Einzug in diese Stadt zu halten, wobei diesmal in richtiger Würdigung der Lage des Landes jeder Glanz vermieden wurde, nur die

*) Sächs. StA. Die sächs. Gesandten an Kursachsen dd. 11./21. Feb. 1623.

***) Sächs. StA. Lebzelter an Kursachsen dd. 12./22. Feb. 1623.

obersten Beamten eilten nach dem Stürmenden Monarchen entgegen. Nach Begrüßungen entgegengenommen hatte, befahl er auf dem weissen Berge und wohl man vorgeschwebt haben, dass der daselbst für sein treues Festhalten an der Kirche es nicht natürlich, wenn er sein Geld Protestanten keine Zufluchtsstätte in Besitz gestatten wollte? — Zur selben Zeit ohne alles Gepränge in die Burg auf der Oberstburggraf Adam von Sternberg Martinic erst einige Monate vorher (irrig zurückgekehrt war, ohne seit dieser Zeit Einfluss ausgeübt zu haben, da Liech Geschäfte in der Hand hatte. *)

Die erste Bemerkung, die Caraffa über die Armseligkeit des katholischen Geschenke des Kaisers, alle Bemühungen Staatsmänner hatten noch nicht die Kosten der Zahl von Priestern versorgen könnten der Gottesdienst auf den an die Prälaten Bischof einen armseligen Eindruck und Eifer neuerdings aufgestachelt. **) In der That beriet man sich nun, was man mit den entrissenen Kirchen thun solle. Einige wollten niederreißen, allein wie man schon in Erfahrung von dieser vandalischen Massregel angesetzt. Die kleinseitner Bürger wollten die Grund befindliche Kirche zu einer Pfarrkirche dem widersetzte sich aber Caraffa, der in Böhmen einzuführenden Karmeliter Rathschlag fand den Beifall des Kaisers barkeit gegen den Karmeliter Dominicus wollte und so wurde der Orden nach Prag und die Kirche ihm übergeben. Dem I

*) Skála V, 285.

**) Caraffa's Commentaria.

die andere, auf der Altstadt gelegene Kirche eingeräumt und so wurden — wenn wir die undatirten Angaben Caraffa's recht verstehen — bei dieser Gelegenheit auch Bestimmungen bezüglich der Begründung neuer Klöster und der Einführung neuer Orden getroffen und neue Dotationen dem Säcular- und Regularclerus, namentlich dem Kapitel der Kathedralkirche angewiesen. Jetzt oder wenig später wurde auch durch päpstliches Dekret der Gebrauch des Laienkelches verboten.*) Die königlichen Beamten erhielten den Auftrag dafür Sorge zu tragen, dass von den Gebäuden und Kirchen der Kelch, den man in der mannigfaltigsten Weise als Verzierung angebracht hatte, verschwinde; ein Befehl, der mit Ausnahme von Leitneritz binnen kurzer Zeit vollführt wurde.***) Der Kaiser reiste darauf, ohne mit dem Kurfürsten von Sachsen zusammen getroffen zu sein, von Prag nach Wien, nachdem er den Befehl gegeben hatte, einige Bürger, die seit der prager Execution in Haft gehalten wurden, wie z. B. den Sixt von Ottersdorf, aus derselben zu entlassen.***) Alle Hoffnungen auf eine Milderung der Confiscationsdekrete liess er aber unerfüllt, auch die Städte gab er demselben Drucke preis, unter dem bis jetzt der Adel gelitten hatte. Allerdings musste der Besitz in andere Hände übergehen, wenn die Opposition im Lande zum Schweigen gebracht werden sollte.

Bei Gelegenheit der Anwesenheit Ferdinands in Prag hielten eine Anzahl seiner vertrautesten böhmischen Rätthe im Verein mit Strahlendorf eine Berathung über die Reform der Landesverfassung ab. Die dabei gefassten Beschlüsse wurden bei der Abfassung der erneuerten Landesordnung verwerthet und wir werden später auf sie zurückkommen. Nur einen derselben wollen wir schon jetzt erwähnen, weil er alsbald durchgeführt wurde. Er betraf die Krone des Landes, über die der Kaiser „nach dem Rechte der Eroberung“ verfügen dürfe und die demnach ihm allein gehöre. Um dieses Eigenthumsverhältniss in drastischer Weise geltend zu machen, sollte sie nicht mehr im Lande aufbewahrt, sondern vom Kaiser mit nach Wien ge-

*) Caraffa's Commentaria.

**) Caraffa's Relation.

***) Skála V, 306.

Glindely. Der päpstliche Krieg.

nommen werden, und dieser Beschluss wurde bei seiner Abreise durchgeführt.*)

Unsere Schilderung der sich allmählig vorbereitenden kirchlichen Veränderungen in Böhmen würde nur unvollständig sein, wenn wir nicht zu gleicher Zeit der Anstrengungen gedächten, denen sich die katholische Geistlichkeit zur Erhöhung ihres Besitzstandes unterzog. Es wurde bereits erzählt, dass die confiscirten Güter ihr zurückgegeben und ihren Bedürfnissen hie und da durch Geldanweisungen abgeholfen wurde. Dies genügte ihr jedoch nicht mehr, sie beschäftigte sich mit dem Plane, die Güter, die ihr in den vorhusitischen Zeiten gehörten, zurückzufordern und der Erzbischof Lohelius ging ihr hierin mit gutem Beispiele voran. Schon einige Tage nach der Schlacht auf dem weissen Berge stellte er nämlich an den Kaiser die Bitte um Rückstellung aller seit der Begründung des Erzbisthums demselben gehörigen Güter. Da der Kaiser sich nicht beeilte der Bitte zu willfahren, schickte der Erzbischof den strahöwer Abt Questenberg und den Domherrn Platteis nach Wien, um durch sie diese Angelegenheit betreiben zu lassen und nahm auch die Dienste des Nuncius in Anspruch, nachdem er vorher den Papst um seine Vermittlung in der Restitutionsfrage ersucht hatte. In einer neuen Eingabe an den Kaiser bezeichnete der Erzbischof die Güter, deren Uebergabe er forderte, wobei er aber den früheren Besitzstand weitaus unterschätzte, da derselbe, wie die jetzigen Untersuchungen ergeben,**) sich über ein weit grösseres Gebiet erstreckte.***) Ferdinand trug nun dem Fürsten von Liechtenstein auf, die Bitte des Erzbischofs nach Möglichkeit zu erfüllen und auch darüber ein Gutachten zu erstatten, wie die Zahl der Domherren an der Domkirche und

*) Sächs. StA. Lebzelter an Kursachsen dd. 9./19. Mai 1623. — Wiener StA. Strahlendorfs Aufzeichnungen ad 1623.

**) Tomek, Geschichte Prags, Bd. II.

***) Ebend. Drei Zuschriften des Erzbischofs Lohelius an den Kaiser sämmtlich undatirt. In einer derselben reclamirt er namentlich die Güter Rožmital, Bischofteinitz, Herstein, Klingenburg, Řečic, Pilgram, Přeboram u. Chejnov. Ebenda. Der Erzbischof an den Papst, undatirt, Ebenda. Der Nuntius an den Erzbischof dd. 1. Januar 1622.

die der übrigen Kirchendiener vermehrt und dafür die nothwendigen Mittel angewiesen werden könnten.*)

In Folge der Mahnungen des Erzbischofs, denen sich später alle Klosteräbte, namentlich aber der Abt Questenberg, anschlossen und in Folge des Eifers, mit dem der Nuncius dieselben unterstützte, wurde im Laufe des J. 1621 und 1622 der Geistlichkeit in Böhmen eine Gütermasse geschenkt, deren Werth man amtlich auf 1500000 Thaler oder auf die Hälfte der von dem Kaiser eingezogenen Güter berechnete. Nach welchem Massstabe diese Rechnung gepflogen wurde, ist nicht angegeben, denn da man den Werth der bis Ende Juni 1621 confiscirten Güter auf fünf Millionen berechnete, worüber wir an der betreffenden Stelle berichteten, so ist jedenfalls nicht der auf anderthalb Millionen abgeschätzte Gutsbesitz als die Hälfte anzusehen.**) Vielleicht löste der Kaiser bis zum J. 1622 nicht mehr als 3 Millionen aus dem Verkaufe der Güter und man nahm diesen Betrag zur Basis der Berechnung: jedenfalls zeigt es sich, dass der Kaiser gegen die Geistlichkeit nicht kargte, sondern ihr durch seine übergrossen Schenkungen ein glänzendes Leben in Aussicht stellte. Allein der Appetit war jetzt gereizt und die Beschenkten gaben sich nicht zufrieden. Alle Klöster ohne Ausnahme verlangten nur noch heftiger die Restitution in den Besitz, der ihnen bei ihrer Begründung zugewiesen worden war und ersuchten deshalb, dass mit dem Verkaufe etwaiger Kirchengüter innegehalten würde. Einzelne Geistlichen entblödeten sich nicht auf der Kanzel darüber Klage zu führen, dass der Kaiser mit der Rückstellung der Güter säume und bedachten nicht, dass sie Zuhörer vor sich hatten, die an dieser Habsucht das grösste Aergerniss nehmen mussten. Ihre Anklagen richteten sich auch gegen die beiden gewichtigsten Männer Böhmens, gegen Liechtenstein und Albrecht von Waldstein, die sich mit dem Ankauf ausgedehnter Güter beschäftigten, wobei sie sich durch die kirchlichen Reclamationen nicht stören lassen und deshalb mit vollendeten Thatsachen auftreten wollten. Der Erzbischof, der

*) Ebend. Ferd. an Liechtenstein dd. 17. Sept. 1622.

***) Bd. IV. Kap. II.

diese Absicht wohl merkte, ersuchte d um seine Hilfe, damit die beabsichtigt anerkannt würden. In der That ordn über das Begehren der böhmischen C suchung angestellt und ihm hierüber würde. Fürst Liechte nstein hielt eing den Räthen der böhmischen Kamme ragenden Beamten, die sich allesamt fü nicht erwärnten, weil sie dies bei der Un nicht thun konnten. Der Fürst berich die unverweilte Abweisung der Petent deutlich zu erkennen, dass er bei ihne vermisse. Man könnte ihn wegen seine schiedenheit loben, wenn dieselbe eine nicht seines persönlichen Interesses ge lichkeit wurde mit ihrem Gesuche . Weise der Kaiser ihren abermaligen genügte, werden wir später berichten. 7

Ebenso wie in Böhmen spielte sie Process der Gegenreformation ab, da sogar früher und eifriger in Angriff ger Dietrichstein an der Spitze der Verwalt nicht erst angespornt werden musste. S leute des olmützer Kreises schon zu l über einzelne Bedrückungen klagten und der wittenberger Universität um ihre l fürsten von Sachsen ersuchten.***) besserten sich die Verhältnisse für die l Kardinal jede Gelegenheit benützte u katholischen Priestern zu besetzen. Ein

*) Erzbisch. Archiv in Prag. Lobelius an d

***) Wiener StA. 1) Gutachten der böhm. Kar
2) Gutachten über die Ansprüche der Gei
Ferdinand dd. 25. April 1623.

***) Die Stände des olmützer Kreises an die
Tage Concordiae et Constantiae 1621. Di
berg an Kursachsen dd. 3./13. März 1621.

der Protestanten und ihrer Prediger musste jedoch aus demselben Grunde unterbleiben, um dessentwillen man in Mähren die Prozesse wider die Rebellen aufschob: der Krieg mit Ungarn erlaubte eben während des Jahres 1621 keine so tiefgreifende Massregel, die die ganze Bevölkerung des Landes aufreizen musste. Nach dem nikolsburger Frieden bedurfte es jedoch keiner Schonung mehr. Abgesehen von den religiösen Dekreten, die mit den böhmischen mehr oder weniger dieselbe Richtung verfolgten und zunächst die protestantische Geistlichkeit der Verfolgung preisgaben, griff man auch eine grosse Laiengemeinde an, gegen die man um ihres Bekenntnisses willen keine Rücksicht üben zu müssen glaubte. Es waren dies die Wiedertäufer, die im dritten Jahrzehend des 16. Jahrhunderts nach Mähren ihren Eingang gefunden und auf den Gütern einiger Edelleute, darunter auch der späteren Fürsten von Liechtenstein, sich niedergelassen hatten. Obwohl keine Sekte in jener Zeit so verachtet und verfolgt war, wie diese, so erfreute sie sich doch in Mähren einer gesicherten Existenz, weil sie sich in kluger Weise jeder Proselytenmacherei und jeder politischen Einflussnahme enthielt und willig sich besteuern liess. Die einzelnen Gemeinden hatten eine kommunistische Einrichtung, bestellten die Felder und betrieben einzelne Gewerbe, darunter die Tuchmacherei auf gemeinsame Rechnung. Da sie nicht bloss ihren Herren sondern auch dem Lande das doppelte Steuererträgniss der Juden lieferten, so heftete sich an ihre Duldung der Eigennutz und die Zahl ihrer Mitglieder hatte mittlerweile so zugenommen, dass sie sich auf mehr als 20.000 belief. Gegen diese dekretirte nun Ferdinand die Ausweisung. Es war eine harte Sache die lieb-gewonnene Heimat zu verlassen und fast ohne alle Mittel ein neues Unterkommen zu suchen: trotzdem folgte die Mehrzahl dem Gebote und wanderte zumeist nach Ungarn aus,*) wo sie sich bis auf die neueste Zeit erhielten.**) An die Vertreibung der Wiedertäufer schloss sich die Ausweisung der lutherischen Geistlichen aus Iglau an.

17.
Sept.
1622

*) d'Elvert I, 147. Comenius, historie o těžkých protivenstvích cirkve české.

**) Hofrath Beck beabsichtigt die Gedenkbücher der Wiedertäufer herauszugeben und aus ihnen ergibt sich der Beweis ihres Bestandes in Ungarn.

Von einem entschlossenen Widerlichen Reformatiionsdekrete war in MRede wie in Böhmen. Jeder protestantseiner Glaubensgenossen angenommeprotestantischer Geistlichen auf seinenmusste befürchten bei der Confiscatiohärtern Entscheidung betroffen zu vGütern Karls von Žerotín*) sollten sichdes Kardinals Dietrichstein die protestafern. Žerotín hatte bis dahin, so vieAuftreten der Sieger in Mähren seineausser vielleicht im Kreise vertrauterder Angriff ihm galt, wollte er nicht lseine Beschwerde vor dem Kaiser seller nach Wien und als er hier die verberief er sich auf seine Dienste undVersprechen, dass ihm dieselben gelohnder Ausübung seiner Religion gestöwerde aber dies Versprechen nicht eingFeinden des Kaisers in einen Topf geandere Folge haben, als dass der treRebellion in die Arme getrieben weKaisers umging die Frage: er erinnereprechens, könne es aber nicht halten,gestatte, doch möge Žerotín über seineKardinal Dietrichstein reden.***) Wir zjetzt mehr Nachgiebigkeit zeigte als frühesich um das Verbot nicht, beherbergtNamiest einen Prediger der Brüderunitäandern Geistlichen eine Zufluchtsstätte :Auf Seite der Regierung duldete manspenstigkeit, aber als man sich späterŽerotín nachgeben und da er den Zusgenossen nicht entbehren wollte, so zog

*) Entweder zu Ende 1622 oder zu Anfang

***) d'Elvert I, 158. Schreiben aus Wien dd. 1

****) Comenius: Historie o těžkých protivenství

it der Vertreibung der protestantischen Geistlichkeit war man, weit es die Verordnungen betraf, zum Ziele gelangt; um das Reformationswerk zu Ende zu führen, durfte man auch unter den Laien keine Gegner des katholischen Glaubens dulden. In diesen Gegenstand drehten sich die Bestrebungen der folgenden Jahre.

Urkundenbeilage.

A.

Ueber die Verhandlungen Mansfelds mit Maximilian von Baiern und mit Buquoy zur Zeit, als die beiden letztgenannten vor Pilsen lagerten, sowie über die späteren Unterhandlungen desselben bezüglich der Uebergabe Pilsens führe ich hier einige der wichtigsten Aktenstücke an. Meine Angabe Bd. III, S. 315. dass Mansfeld bei Gelegenheit der Anwesenheit Maximilians und Buquoy's vor Pilsen 100000 Gulden als Abschlagszahlung erhalten habe, ergibt sich aus dem Berichte Zeidlers dd.

24. Dec. 1620
3. Januar 1621 (S. 573) und dieser Bericht lag mir vor, als ich

über die Verhandlungen Mansfelds mit Maximilian und Buquoy berichtete. Als ich nun bei der Abfassung dieses vierten Bandes meine Quellenforschungen vervollständigte und hiebei die späteren zu Ende 1620 und im Beginne des J. 1621 fortgesetzten Verhandlungen mit Mansfeld eingehend studierte, befremdete mich die Thatsache, dass in derselben von der geschehenen Zahlung nicht weiter die Rede ist. Soll man das Schweigen dahin erklären, dass dieselbe überhaupt nicht geleistet wurde? Obwohl dieser Annahme der erwähnte Bericht Zeidlers widerspricht und es höchst unwahrscheinlich ist, dass Mansfeld ohne jegliche Abschlagszahlung die Gegner nicht weiter belästigte und so in der verhängnissvollen Novemberwoche seine ehemaligen Freunde ihrem Schicksal überliess, glaube ich nun doch aus diesem Schweigen schliessen zu dürfen, dass die Zahlung kaum geleistet wurde und dass Mansfeld nur in Anhoffung des stipulirten Lohnes den Verrath an Friedrich und den Böhmen begangen habe.

1.

Der sächsische Gesandte Zeidler an den Präsidenten des
sächs. Geheimraths Schönberg dd. Wien den $\frac{22. \text{Oct.}}{1. \text{Nov.}}$ 1620.
(Sächsisches Staatsarchiv).

. . . Der Accordo mit dem von Mansfeld ist richtig, dass Ihre Mt. ihn sollen kontentiren sambt seinem Volk, ihn auch legitimiren als einen Reichsgrafen und einen von Mansfeld, desgleichen eine Grafschaft übergeben im Land zu Lützelburg. Pro sua excusatione hat der Graf den Böhmen einen Tag benannt, darin sie ihn vor sein Volk sollen kontentiren, wo nicht, so will er von ihnen hernach quitt und los sein, welcher Termin aber den Böhmen zu halten unmöglich sein soll.

Zu mehrer Assecuration des erfüllten Accords bleibt Mansfeld so lange zu Pilsen, hernach wird er das Commando Don Balthasaren übergeben und abtreten.

Unter dessen ist den 22. Octobris stilo novo der Baiernfürst sambt Conte de Buquoy und dem übrigen Volk, so mit den vorangeschickten bei 28000 auserlesenen Mann ist, uf Prag fortgeruckt und ist nur einem Obristen ein Wagen Bagagie mitzuführen erlaubt worden.

Kurfürst Pfalzgraf hat Buquoy fragen lassen: ob gar kein Mittel (der Aussöhnung) vorhanden wäre? Respondit: Er sollte nur Conditionen fur schlagen. Darauf hat Pfalz 6 Tag Stillstand begehrt. Bavarus respondit: Er als kais. Commissarius könne nicht eine Stunde zulassen, was er thun wollt, muss bald geschehen.

2.

Oberst Haimhausen an Maximilian von Baiern dd. Prag
2. Dec. 1620 (Münchner Reichsarchiv).

Durchleuchtigster Herzog, genedigster Herr! Mit des Grafen von Mansfelds aufs Pilsen alher nach Prag Abgeordneten ist auf sein Grafens Ratification geschlossen worden: Dass ihme 200000 fl. bar gegeben und noch 100000 fl. von den Bhamischen Stenden verschrioben werden, dargegen soll er alles Kriegsvolk zu Pilsen, Tabor, Pisek und wo er . . . bisher gehabt abdanken, in Pfalz oder wohin sie wollen, sie ziehen lassen und die gemelten Ort übergeben. Wann dann dafür gehalten, es werde dabei pleiben und an den abgemelten 200000 fl. E. D. bewuster massen ain hundert Tausent erlegen lassen sollen, als werdens E. D. an denselben verhoffentlich an izt noch nit erwinden lassen. Weil aber an furderlicher execution dieses anorts auch gelegen, so müssen solche 100000 fl. von E. D. hinterlasnem Golt genommen und solche starke Post aber ehist wider ersetzt, sonderlich auch von E. D. auf das ehiste alher wol specificirt geschrieven werden, was massen E. D. dargegen die Stadt Pilsen solte eingeraumbt werden, es were dann, dass E. D. solche 100000 fl. weiter herzugeben Bedenken, so were vonnöthen, dasselb

ehist und che das Gelt aufgegeben, alher zu avisirn. Sonsten urgirt angeregter Graf sein vorige iberige Przetensiones diser Zeit nit und wirdet vielleicht allein mit solichen Gelt ehist an andern Ort trachten; E. D. mich daneben underthenigist befelhend. Datum Prag den 2. Decembris a. 1620.

3.

Maximilian von Baiern an Tilly und in simili an Haimhausen dd. München den 16. Dec. 1620 (Münchner Reichsarchiv).

Wir haben aus deinem underthenigisten den 2. dis zu Prag datirten Bericht vernommen, was massen mit des von Mansfeld Abgeordneten auf dessen Ratification wegen Pilsen und der andern Ort gehandelt worden und dass nunmehr die durch uns versprochne 100000 fl. zu verordnen und gegen Mansfeldische Abtretung darzugeben.

So wir uns dann unsers hierunder gegebenen fürstlichen Wortes und Handschrift zu erindern und es an solchen 100000 fl. erwinden zu lassen nit gedacht, als haben wir unserm Rath und Tenendt zu Straubing auf Mass, wie inliegende Abschrift vermag, befohlen, auf jedes Abfordern und Begeru gemelte 100000 fl. alsbald darzugeben, welche du, unser Generalleutenant der von Tilly mit pester Sicherheit wanns vonnöten einer genugsamen Convoi geen Furt oder irgents anders verglichens Ort, allda die Erlag zu thun, bringen zu lassen wisset und mögen wir ganz wol leiden, dass solche Erlag allda in Furt oder an einen andern gegen uns herwärts gelegenen Ort beschehe

(Der weitere Inhalt des Briefes enthält die Mahnung dem Mansfeld die 100000 fl. zu geben gegen die Abtretung aller Orte, die er in Böhmen besetzt halte. Nach Pilsen soll dann Oberst von Herliberg als Commandant mit 100 Reitern und 400 Knechten geschickt werden.)

4.

Memoire Mansfelds dd. 11. Dec. 1620. Kopie im münchner Staatsarchiv.

Memoire pour S. Porte à fin de conclure entièrement le traité encommencé avec Mons. le General le Conte de Bouquoy.

Puisque le Roy Frederic est sorti et s'est retiré de ce pays sans me laisser aucun ordre et que je suis au gage des états, qui m'ont sommé de me licencier, je suis content de leur obeir pourveu; que l'on eut esgard à mes justes pretentions qui sont comprises aux articles suivans.

1. Premièrement je demande 200000 fl. en argent content et autres 200000 fl. assignez à Nurnberg et payables assurement la moitié au bout de 6 mois et le reste au bout de l'an en bonne monnaie coursable en Allemagne. Que s'il peut obtenir davantage il le fera selon l'instruction particulière.

2. Les Soldats seront licenciés aux frontières du Palatinat et du Marquisat de Culmbach et leur sera libre de prendre quel parti qu'il leur plaira, assés de servir l'Empereur ou d'aller la part qu'il voudra.

3. Les garnisons d'icy autour ne seront point renforcées et demeurera chaque soldat dans la sienne jusques à tant que nous soyons hors du pays pour éviter tout mal entendu. Et sera permis demander quelqu'un à la place du licentier pour voir ceux qui voudront servir à l'empereur à condition que l'on n'y mande pas gens du nombre.

4. Et puisqu'il ne plaist à Mous. le General nous laisser parvenir les pièces que les Anglais ont laissé en derriere, il luy plaira nous permettre d'emmener avec nous d'icy 4 autres. Et que au lieu du m . . . je prene icy une petite piece qui m'appartient.

5. De mesme nous sera permis d'emmener la munition qui est icy appartenent au Roy Frederic.

6. Item demeurer toutes les armes, qui sont à Tabor, n'appartenant ny aux Estats ny aux Bourgeois. Le mesme nous sera permis icy à Pilsen et à Prag. A l'effect de quoy nous seront fournis des chariots jusques aux frontières.

7. Le Regiment du Colonel Frenck sera aussi compris en ce traité afin d'estre satisfait.

8. Le gens du dit Colonel Frenck qui sont à Tabor en sortiront enseignes deployées, bale en bouche, mesche allumée et tambour battant avec suffisant convoy jusques à Pilsen.

9. Les Bourgeois de Tabor seront laissez en leur anciens privileges sans y estre molestez ny en leur religion. Et plaira à Mous. le General d'y pourvoir affin qu'ils ne soient surcharger et foulez de trop grand nombre de garnison. Ce qui sera aussi observé a l'endroit de ceux de Pilsen.

10. Toutes les troupes estant ensemble tant celles, qui sont au payement du Roy Frederich que des Estats, sortiront ensemblement de Pilsen ou par les chemins du lieu qu'elles se trouveront, enseignes deployées, bale en bouche, tambour batant, mesche allumée avec canon et bagage jusques aux dites frontières dont les troupes du Roy s'en iront au Palatinat, celles des Estats la part qu'il leur plaira.

11. Le Colonel Frenck demande pour son particulier 60000 fl.

12. Cassation du Banne Imperial et pardon general pour tous d'avoir servi à l'un ou l'autre des partis. Item d'obtenir quelques lettres d'honneur selon l'instruction plus particuliere, que le Sr. Porta en a.

5.

Maximilian von Baiern an Tilly dd. München den 25. December 1620 (Münchner Reichsarchiv).

. . . Was den bewussten Accordo mit Pilsen betrifft, zweifelt mir nit ihr werdet mein Resolution unter obbesagtem Dato (davon hieneben ein Dupplicat) empfangen haben, auch wofern der Tractat mit dem Grafen von Mansfeld nit geschlossen, doch neben und mit den kayserlichen in völligem Werk sein. Weil aber mir eben wegen meiner Gränzen an diser Stadt Pilsen merklich gelegen und es villeicht über meine bewilligte 100000 noch an etwas weiterm bewenden solt und nit geschlossen werden kont, so sollet ihr euch gleichwol

befleissen, es bei den 100000 fl. zu lassen, und da, wie vermeldt, es sich darumb zerstossen wolt, noch von 10, 20, 30, bis in 50000 und also aufs best 150000 fl. einwilligen, dardurch die völlige wirkliche Einantwortung berürter Stadt Pilsen und übrigen von Mansfeld inhabenden Orte befürdern. Ich hab auch zun solchem Ende und euerm Andeutten gemäss, damit solche Summa der 150000 fl. nach Frankfurt geliefert werden (sic), auf das ihr solche alda erheben und dem Schluss gemess anwenden kundet.

Wofern aber auf Euer Anmahnen der Tractat mit Mansfeld (wegen das der Buquoy und andere Kayserische es selbsten protrahiren oder nit zur fürderlichen Execution zu bewegen) nit mit chistem seinen Fortgang haben konte und dessen genugsame Anzeig vorhanden, als sollet ihr unvermerkt des Buquoy und der Kayserischen euch selbst (da es anderst ohne Nachteil eures Ampts sein kann) zu dem Mansfeld verfügen, absonderlich und im Vertrauen ihme erstlich tentiren und da ir das Gemüt darzu genaigt findet, folgens den Accord oberstandnenmassen in meinem Namen völlig schliessen. Da auch benennter Mansfeld etwas Difficultet wegen Ihrer Maj. und des übrigen, was ihme versprochen, moviren wolt, hettet ihr ihme meinerwegen das Wort zu geben, dass ich es dergestalt auf mich nemmen und es bei ihrer Maj. also effectuiren wolle, als wann es der Buquoy und die Kayserischen selbst abgehandlet; zu solchem mechte er sich etwan auch desto lieber verstehen, weil er Graf von Mansfeld ohne das mit dem Grafen von Buquoy und vielleicht mit andern Kayserischen nit so gar in guten Correspondenz und das die Tractationes mit den Kayserischen ohne das etwas langsamb entgegen ihme selbst wol gedient sein mechte, auch ich es gerne sehe, das aufs fürderlichst ein ganz gemacht wurde, wie ir dann selbsten mehr andere Motiven ihme zu solchem absonderlichen Schluss zu bewegen werdet wissen fürzubringen.

Wofern aber Ir von dem Grafen von Mansfeldt vermerken würdet, das er zu solchem absonderlichen Accordo . . . gar nit zu induciren, alsdann weret der ferner Discurs etwas zu moderiern, und es geschehe diese Communication mit Mansfeld, auf was Weis es wolle, alles also mit ihme abzureden, das es bei ihme ganz und gar in geheimb verschwiegen bleib, wie dann von den Kayserischen (so ihrer jemens zu Pilsen sich befände) niemand zu disen euren Privat-Tractation zu lassen.

Wofern aber im Fall auch ihr in der Person wegen eurer Function mehrbesagten Mansfeld ganz und gar aus Handen und den Accordo nit eingehen wolltet, so sollet ihr nach Möglichkeit dahin trachten, damit das in euren letzten Schreiben angedeutte Mittel nemlich mit seinen Soldaten zu accordiren den Fortgang nehme und effectuirt werde, disfalls auch kein Fleiss, Mühe oder Arbeit sparen, weilen mir hieran wie ihr zu erachten, sehr vil gelagen.

(Wenn ihr) dise Handlung zu verrichten verhindert, so wäre entweder der Viepekh oder Herliberg dahin zu ordnen, damit derselben einer diser Werk also verrichte, genugsamb instruiert werde, und obbesagtermassen verfare, zur welchem Ende euch 3 Creditiv, eines für euch, die 2 andern für die andern zwei, dieselben auf gesagten Fal zu gebrauchen, hieneben eingeschlossen.

Da auch besagter Tractat auf einen oder andern Weg fortgeht, hab ich in meinem vorigen Schreiben Andeutung gothan, dass man sich wol vorsehe, dass mit ein Betrug unterlaufe, sondern man das Geld nit aus der Hand lasse, bis die Stadt Pilsen und die übrigen Örter in meiner Gewalt, auch man dessen versichert sei

6.

Des sächsischen Gesandten Zeidler Bericht dd. Wien den
24. Dec. 1620.
3. Januar 1621. (Sächsisches Staatsarchiv).

. Jetzo erfahre ich in Geheim, das der accordo mit dem Grafen Ernsten von Mansfeld dahin gegangen, dass man ihme drey Tonnen Goldes baar Geld geben solle, daran er aber nur eine bekommen. Hierüber hat er noch viel Punkta begehret, als Cassation der vorigen Acht und seines Reverses, den er Erzherzog Leopoldo vor der Zeit ausgeantwortet, item völlige Gnade und Pardon, kay. Legitimation seiner Person, die Dignitet eines Reichsgrafens, auch das Statthalteramt in Lüzelburgk, welches weiland sein Herr Vater gehabt, über welches alles von kay. Mt. und dem Haus Österreich er hat Ratification haben wollen.

Ob nun zwar solches einzugehen dem Kayser hoch bedenklich und schwer gewesen, so hat doch damals die hohe Noth und Beschaffenheit des übeln gemeinen Zustands Ihr Mt. bewogen, dass sie eine dergleichen Ratification (wie ich vor etzlichen Wochen referiret) mit dero Cammerdiener Papazoni fortgeschicket hat, auf dessen Ankunfft der von Mansfeld auch vertröstet worden. Weil sichs aber damit verzogen, sintemal man berichtet, dass gemelter Papazon wegen Unsicherheit der Strassen weit umbreisen müsse, so haben die zu solchem accordo deputirte kay. Commissari so lange mit Ausantwortung der obgedachten Ratification zurückgehalten, bis der glückliche eventus mit der pragerischen Victori erfolget und dergestalt man des Mansfelds Favors nicht gar so sehr bedürftig ist. Jetzt vermerke ich soviel hie bei Hof, dass man mit Fleiss des Mansfelds weder in gutem noch bösem erwähnt, sondern man lest ihn auf seinen Kopf sitzen, ubi lupum auribus tenet. Sollte er nun ungestümb die Erfüllung seines vermeinten Accordo tordern, oder sich etwas widerwertig erzeigen wollen, so hat er vom Kayser keinen rechten Schein in Handen und möchte man vielleicht mit der Helfte solches Geldes die Soldaten in Pilsen gewinnen, das sie ihm selbst beim Kopf nehmen. Haec sunt proditorum praemia, disperant simili facto, cui talia cordi

7.

Adam von Waldstein an Kursachsen dd. 20. Januar 1621.
(Sächs. Staatsarchiv).

. Was den von Mansfeld betrifft, gehet der Accordo mit ihm zuruck, dann er uber vorige Summa noch M.100 und dass Fürst Christian von

Anhalts Solm auf freien Fuss gestellet werde, l
 auch das gebe, sieht man nicht, dass auf ihn :
 Werbung Patenta ausgehen und sterkt sich zi
 noch ezliche Orte ein und treibt die Leut sta
 Schwamberg hat er gefenglich in Arrest genom
 Ranzion, spargirt auch in Land und schreibt v
 dem Pfalzgrafen zu Hilf will kommen; der Pfal
 sterk und gar in wenig Wochen mit ein ansenl
 etwas zu tentiren begehrt und will sagen, von
 die er bekommen soll. Gibt aus, der König i
 Holstein und der Niedersächsische Crais hett
 dass sie mit einer grossen armada ihme Assis
 dann E. churst. Gn. (ob es eine Fabul oder E)

Wie gerne nun Monsieur de Tilly auf E.
 Volk gegen die schlesische Granizen legen, so
 felds dessen nit entraten, sondern wird vorn
 schon aldort liegt, etwas zu nehmen und au
 sein, den von Mansfeld sein Intention zu verhi

Weilen man auch gewisse Nachrichtung
 die Stadt Eger, dieweilen sie auf E. churf. C
 Gehorsamb sich accomodiret, wie auch nit we
 hochstgedacht Ihr kay. Mt. aufs neu gehuldigt,
 zu besuchen: also ist Mons. de Tilly bedach
 bogischen Krais ein Anzahl Volk zu legen und
 An mich hat er begehret, E. churf. Gn. solches
 sie wissen können, zu was intento ers thue un
 ungleiche Bericht einkemen, dieselben zu vorn
 begehrt ernelter Mons. de Tilly gehorsambst z
 an den itz gedachten Orten die Not so gross
 stark dieselben Ihr Dchl. in Bayern zur Assist

8.

Tilly und Oberst Herliberg an M
 Mies den 23. März 1621. (Münchner

. . . Sonst haben E. D. aus mein von H
 gnedigst auch vernommen, was sich wegen de
 wol mit ihme selbs als den Hauptleuten in ein
 loffen. Und weilen er, von Mansfeld, durch sei
 grobe und wider alle Billigkait Begern gethan,
 druckenlich angedeit worden, man begere mi
 Conditionen ferner nit zu tractieren, auch dan
 darmit abgefertigt, welcher nur widerumb :
 Pfalz gezogen und seiner Verrichtung auch d
 gethan. Hieruber oft besagter von Mansfeld ihne

schreiben an mich und Tilly widerumb abgefertigt und darnebens miltlich anbringen lassen, dass er allerdings von den iungsten Conditionen cediern und anders nichts als nachfolgende praetendieren, als erstlich, das man ihme die M/400 fl. sambt den M/100 fl., so er noch wegen Oberoesterreich zu praetendiren, wolle geben, zu dem andern zwai Stuck, so er zu Ellenbogen verlassen, drittens das Ihr Kaysl. Mayj. wollen allerguedigist bewilligen, dass er . . . mit allem seinem Volk sich in Polen, alda er last tractieren, begeben. Wir haben gleichwol so vil Nachrichtung, dass er den Carpezau solle zu Ellenbogen abgeordnet und nacher Polen geschickt haben, ob aber dis nun gewiss, das können wir noch bisher nit zu Genügen erfarn.

Wann aber aus disem zu verspüren, dass alles von ihme allain dahin angrachen vieleicht zu betriegen oder die Zeit zu gewinnen, haben wir den oftbesagt Schulthais, welcher an den von Liechtenstein Schreiben geholt, nacher Prag geschickt, ob er heinebens Ihr fürstl. Gn. absonderlich Bericht, was man ihme diser Orten für ein Resolution geben und eben auf ein soliche Weis sollen Ihr fürstl. Gn. ihne auch wiederumben abfertigen. Damit aber der Tractat mit den Hauptleiten in Pilsen nit zurück gestellt, haben wir den Hauptman von Schönenfeldt dahin neben dem Schulthais geschickt, mit der Erklerung, dass man ihnen wolle M 120 fl. zu lest die M 150 fl. gebe, aber uber dises sollen sie sich nur ferner nichts getrösten; was sie sich nun hieuber werden erklären, das gibt die Zeit, vnd E. D. sodan vnderthenigist von uns bericht werden. Wir halten bestendig dafür, dass kain anders und bessers Mütel sei, als sie in Pilsen bis zu völliger Belegung so viel muglich zu schliessen und zu ainem solchen End haben E. D. gnedigist vernommen, was albereit für Anordnung geschen. Die andern in E. D. gnedigist Befelschreiben einverlebte Punkte belangend und insonderhait wegen der aller geschickten M 150 fl., dan der M 50 fl., so der Fürst von Liechtenstain hergeliehen, und was vor E. D. Verraisen in der Cassa an den Ducaten verblieben, damit dieselbige nur gnedigist vermainen, das bis auf den 8. Decemb, das Volk darmit hete kein contentiert werden, wissen wir E. D. vor unser Person kainen andern gehorsamisten Bericht zu thun, als das die künftige Raitungen werde zu erkennen geben, wo alles dises Geld hingewendet und wie weit darmit gefolgt worden. Es haben aber E. D. neben disem von mir von Herliberg gnedigist vernommen, dass allain auf die Rövillische Reformation in die M 90 fl. oder gar M 100 fl. Gulden sein von nöten gewesen: allein ist darbei etwas erspart, das die verblibne nit völlig bezahlt worden, welches sie aber noch zu praetendieren.

9.

Maximilian von Baiern an Tilly und Herliberg dd. München den 29. März 1621 (Münchner Reichsarchiv).

Wir haben euern vuterthenigisten Bericht vom 23. dis zu unsern Handen empfangen. Dass nun der von Tilly nacher Miess geruckt und also Pilsen zu bewusstem Ende genahent, daran ist recht beschehen und wisst ihr also dem

Gegenthail, sonderlich da der Accord mit Pilsen solte, eurer dexteritet und discretion nach, an unsern obristen Zeugmaister, mit deme bei denselben von dem Mansfelder nicht ungleiche Befelh gemess, wohl in Obacht zenemen, in weil unseres Vernemens die Werbungen, da gethan, noch stark continuirn und fortgesetzt zu Tag sich sterker machen thuet, dass vorderis genommen werden. Nachdem uns auch von genedigisten lieben Herrn und Vettern, die Es Pfalz gleichwol aufgetragen, dannenhero der F bleibt, Anlass nemen mechte, sich desto ehe g wol noch zumahl nit entlich resolvirt, uns sol so erfordert doch die Noturft, eventualiter machen und da ihr anderst mit Pilsen ein g solehem Ende in die Nehne also zu quartieren, heit unser konftigen Resolution, dessen zu so begern unter dessen fürderlichs Gutachten, mit Special Vorschlegen, wie, wo, wie stark zu Ros Artolerey Staad, ain solches Werk anzugreifé wie bald ihr vermaint, dass damit fortgekomm habet ihr von nun an dahin zetrachten, wann praevention und Einfal gegen unsern Lande das deme zu begegnen, ihr euch umb sovil de und Fuess herwerts gegen unser Landen G selben, uneingestellt zubegeben, umb befahrend zu verhiten. Inmassen dann mit denen zu unde Musterungen und andern ins Feld gehörigen und vornemblich den von Tilly sub datis 9. zugefertigten Befelen gemess, die ihr daruber s werden, schleinig zuverfahren und allen denen schuldige und auch fürderliche Volziehung zu Pilsen und dass sich die Hauptleut maistens und ihr vermainen thuet, gegen 200 fl. sowo wellen wir eurs ferrern Berichts und ob endlic Auf solchen Fal es dann an Gelt nit mangle nit zu erinnern, das wir uns gegen der Kaysl. mehrers als 100 fl. vernemen lassen, und (euch hierinn das Jenige, dass wir uns gegen et nit irren zulassen) von Ir Mst. wegen der ve Gestaltsame ihr dann solche übrige 100 fl. 1 Fleiss zu sollicitiern damit solche Summa als in sein Wirkung gestelt werde. Solte aber ube embsigen sollicitiern solche 100 fl. bei dem vo sein, aldsann vorher aber nit, megt Ir von u

langung eurs weitem Bericht alsbalden verordnen wollen, die accordirte 200 fl. (ehe das Ir den accord zurück gehen lasset) hernemen und dargeben

10.

Tilly an Maximilian von Baiern dd. Pilsen 7. April 1621.
(Münchner Staatsarchiv).

Eur D. thue ich hiemit vnderthenigst berichten, dass Gott dem allmechtig sei Lob Ehr und Dank, ich vorgestort allhie zu Pilsen ankommen, gleich nach der Mansfeldischen wie auch verschinen Samstag der Fränkischen Knecht Abzug, denen ich zu Tuska, damit man daselbsten der Bezahlung besser abwarten kinde, Quartier fordern lassen. Und dieweil der Fürst von Liechtenstein die M. 150 fl. thails in schlechter Münz, thails auch in Silbergeschirr und zwar sehr hoch angeschlagen, hieher geschickt, mit welchen sie sich durchaus nit haben wollen bezahlen lassen, als bin ich genötigt worden von der Bundts-Cassa M. 50 fl. an Reichstalern darzugeben, benebens aber benanntem Fürsten von Liechtenstein dieselbe in gleichmessiger Münz alsbalden mir zu restituiren, zugeschriben, damit unser Soldatesca so wol an der Muntz, als an der Dilation der Bezahlung keinen Mangel erleide

B.

Erwägungen des Pfalzgrafen Friedrich und seiner Rätthe über die Bedingungen, unter welchen er sich dem Kaiser unterwerfen würde. (Dieses Schriftstück wurde dem Andreas Pawel bei seiner Sendung nach England als Memorial mitgegeben.)
(K. Hof- und Staatsbibl. in München: Coll. Camerar.)

Diese Punkten seind den 2. 12. Junii (1621) in Beisein Ihrer Majestät (des Kurfürsten von der Pfalz) Herrn Grosshofmeisters, Herrn von Dohna und Hofrichters Andreas Pawels gelesen und erwogen worden :

1. Vor allen Dingen ist vonnöten und sich zu Ihrer kön. Mt. Resolution. bemühen, dass I. k. M. in Böhmeim bei zukünftiger Handlung die Könige von Gross-Brittanien und Dennemark und wann es die Zeit und Weite des Wegs zulassen wollte, auch den König in Schweden und dann die beiden Herzogen zu Lunenburg und Braunschweig nicht allein zu Unterhändlern, sondern auch gleichsam zum Beistand haben mögen, derowegen dann bei Zeiten selbige König und Fürsten gebürlich werden zu ersuchen sein. Dann was die Unirte und ihre Abgesandten zu Wien belanget, ist nicht zu hoffen, dass durch sie viel werde I. M. zum besten können erhalten werden, weil dieselbe gestalten Sachen nach gar leis und glimpflich gehn und procediren müssen. Was Frankreich belangt, möchte vielleicht selbiger König honoris gratia und damit er nicht Gädely, Der pfälzische Krieg.

offendiret noch für den Kopf gestossen werde, nicht allein zuzulassen, sondern auch zu ersuchen.

Zum andern ist diese Handlung abzutheilen solche, die können und mögen publicirt werden in geheim mit dem Kaiser und Spanien zu tractiren.

3. Unter die genöthigt bleibt dabei und ist hört die amnestia genöthigt auch aller dero Räte dieser Punct vorhin in grössten bis zu den des Hofrichters Instruction nach der Deprecation genöthigt landt mit mehreren eingedrungen werden, die gerückt worden. dass nicht alleine Fürst der bairischen Fehde

auch der Herzog von Jülich nach dem Jülicher bello germanico etliche protestirende Fürsten dem Carolo quinto in der Person sich haben so ist doch zu hoffen, dass durch Hülfe und Könige und Fürsten und dieweil gleichwohl zwischen I. M. und obgemelten Chur- und Fürsten eine dissimilitudo mit gutem Grund kann angebracht werden auf linde und J. k. M. an ihrer Existimation und diesfalls vermittelt werden können.

4. Die vollkommene Zu Acht zu nehmen. am Rhein ohne ein Reservat wie d

5. Dass belangen Dieser Punct ist in einen Revers gebe, dem 4ten tacite be- anderer Praetension griffen, soll in gene- Ständen in Böhmen ralibus bleiben. facto und ausserord vorgenommen, sonder Possession unturbiret gelassen werden.

6. Da Baiern wege Idem, und ist dahin zu dass die kais. Mt. ih sehen, dass künftig sub in den verglichenen specie iustitiae Pfalz de facto zu tentiren. nicht bedrängt werde.

7. Unter diese Ar In Acht zu nehmen, tion des in Böhmen so so gut man kann. aller der Mobilien ur und in der alten Sta

8. Weil die Kaiser Bleibt darbei. Leopold sich verlaut befugt von I. M. we Kriegs-kostens Satisfaction und Erstattung zu be

limine dieses Begehren zu verwerfen und dass es unbillig, unmöglich und unerachwinglich seie, zu protestiren sein.

9.

Bleibt darbei.

Dieser Punkt ist wohl und vorsichtig in Acht zu nehmen.

Da man wollte I. M. zumuthen, sich hinfüro für sich und ihre Erben in keine Conföderation weder in noch ausser Reichs einzulassen (Nota. Udenheim zu demoliren ne oder zu caviren ne damnum fiat) so wird dasselbe, als das zum churfürstlichen Haus Pfalz niemahlen, ja auch von Maximiliano primo post bellum havaricum Churfürst Philippsen zugemutet worden, zu decliniren und zu vermeiden sein.

10.

Mit dem puncto renuntiationis ist solang zu rückzuhalten, als man kann, zur Erlangung besserer Conditionen.

Unter die articulos generales wird auch gehören die Cessio und renuntiatio aller praetensiones uf die Kron Böhme und die incorporirte Länder, darauf die Kaiserischen sehr dringen und das sowohl sich für I. M. selbst als für Prinz Friedrich Heinrich, designirten König in Böhmen: und die weil sich I. M. allbereit doch sub certis conditionibus zu gemelter Renuntiation anbietig gemacht, so wird man nicht wohl furüber können, sondern die-selbe wirklich leisten müssen, doch mit der Bescheidenheit wie in den articulis secretis mit mehrerem zu finden ist.

Articuli secreti.

1.

So weit zu bringen als möglich etwas gewisses an Land oder Geld semel pro semper.

Weil das Haus Oesterreich und Spanien merklich an obgemelter Cession sonderlich aber an des designati Renuntiation gelegen und Spanien vermuthlich ein stattliches nicht ansehen wird, damit diese designatio abolirt werde und erlösen möge, so wäre nicht zu weichen, sondern mit Hilfe der assistirenden Könige und Fürsten hart darauf zu dringen, dass I. kön. M. entweder eine gute starke Summa semel pro semper erlegt, oder etwas jährlich ad vitam oder uf gewisse Jahr in compensationem supradictae cessionis et renuntiationis von dem Könige in Spanien als der den schwersten Säckel hat, assignirt möge werden.

2.

Hofrichter hätte per occasionem mit dem König in Grossbritannien hiervon zu communiciren.

Und die weil man nicht wohl sehen kann wie I. kön. M. nomine filii primogeniti impuberi et designati regis also diese renuntiationem thun könne, dass sie de iure beständig und kräftig seie, in Betrachtung, dass dem designato so ein stattlich ius quaesitum so nicht von I. kön. M. uf ihn geerbet, sondern von den Ständen der Kron Böhmen herrühret, von Rechtswegen durch I. M. nicht wohl sonderlich in diesem geringen Alter kann genommen werden; über dies auch der designatus in hac tenera et infantiae proxima aetate vermöge Rechtens nicht dergestalt renunciiren kann, dass er nicht mit der Zeit dagegen restitutionem in integrum bitten und begehren könnte: so ist nicht zu zweifeln, die Austriaci und sonderlich Spanien werden wohl dahin zu be-

wegen sein, dass sie pro aliquali renuntiatione und assecuratione dem designato eine ziemliche Summa semel pro semper, oder eine jährliche gebührliche Pension ad vitam assigniren.

3.

Ist in Acht zu nehmen und zu urgiren, doch also behutsam, dass mit dem Gesandten Digby allein hievon zuvor communicirt werde, in Vertrauen zu Vermeidung der Jalousia bei anderen Reichsfürsten.

Dieweil auch I. kön. M. überaus grossen Schaden in dero Erblanden gelitten, auch dero Unterthanen durch das burgundische Kriegsvolk (welches allbereit ein grosses geraubtes Gut den Rhein hinabgeführt hat) dermassen ausgesogen, erschöpft und gebrandschatzet worden, dass das besorglich in vielen Jahren I. kön. M. nichts oder gar wenig zu Führung ihres Staats und Regiments, als auch zu Abstattung gemeiner Reichsbeschwerung und Anlagen von ihnen werden erheben können: so wäre in die kais. Mt. zu dringen, sich in articulis

secretis in aller Geheim dahin gegen I. kön. M. zu obligiren, dass sie in den ersten zehn Jahren von Ihrer kön. M. oder dero Unterthanen keine Reichsanlagen, sie haben Namen, wie sie wollen, fordern, oder so I. k. M. neben anderen Ständen propter exemplum etwas einwilligen sollte, dass doch I. M. und Land und Leut mit wirklicher Erlegung nicht beladen werden.

4.

Wäre wo möglich zu conditioniren.

Es solle sich auch Kaiser. und Spanien in genere dahin verbinden und obligiren, dass sie I. M. und dero Erben in fürfallenden Occurrentien und Occasionen, welche die Zeit mit sich bringen möchte,

allen Favor, guten Willen und Gewogenheit in der That und im Werk erweisen und erzeigen sollen.

5.

Was in gemeinem I. kön. M. zum Besten gedeihen mag, ist mit Fleiss in Acht zu nehmen.

Dass Kaiser ins künftige in fürfallenden Reichsachen den Churfürsten Pfalzgrafen nicht übergeben, noch mit Chursachsen erstlich tractiren und, wie eine Zeit lang her oft geschehen, hernach erst zu Pfalz kommen, sondern darinnen die Ordnung halten solle, die der goldenen Bull und deme alten Herkommen gemäss ist.

Schliesslich ist vonnöthen, dass die Handlung und Vergleichung von denen Unterhändlern unterschrieben und versiegelt, auch versprochen werde, über . . . und Festhaltung derselben mit allem Fleiss und Ernst zuhalten.

Nota. Dem Hofrichter Andreas Pawlen ist zu seiner Abfertigung in Engelland Abschrift dieses Memorials und Resolution beneben anderen Memorialien und Schriften zugestellt worden.

Signatum in dem Hagen den 2./12. Juni 1621.

(In tergo.) Verzeichniss etlicher Puncten, so bei künftiger Handlung und Vergleichung mit der kais. Mt. und mit dem König in Spanien und Erzherzog Albrechten in Acht zu nehmen.

C.

Gutachten des Herzogs Maximilian von Baiern dd. 24. Juli 1621 an den Kaiser Ferdinand II betreffend des vom Könige von England ausgehenden Antrags auf Friedenshandlung mit dem Pfalzgrafen Friedrich und dessen Restitution. (Die Copie dieser Antwort, die wir dem sächsischen Staatsarchiv entnehmen, schickte Maximilian an Chursachsen.)

Allernädigster lieber Herr und Vetter!

Ich hab sowohl aus Ew. kais. Mt. Kammerer des Khurzen mündlichen Anbringen, als aus dero kaiserlichen Schreiben mit mehrerem vernommen, was des Königs in Engellandt Würd. durch dessen Abgesandten Johann Digby mit Ueberreichung zweier Recommendationsschreiben von den königl. W. in Hispania und Erzherzog Alberti Ld. seliger Gedächtnuss mit vielen vorgehenden complimentis furgebracht des Inhalts, dass sein des Königs in Engellandt W. aus sonderbaren gegen Ew. Mt. und dero Haus tragenden fr. Affection sich seines Eidams gegen Ew. Mt. ergriffener Waffen niemal theilhaftig gemacht, zondern desto besser und füglicher den Frieden zu befördern in der Neutralität und Mittel geblieben, endlich aber, nachdem E. M. dero Erbland und Königreich wieder erhalten, nit zusehen soll, dass sein des Königs in Engellandt Eidam, Tochter und junge unschuldige Enikel von ihrer Dignität, Land und Leuten verstossen werden. Dannenhero fürs erste und aller anderer Tractation E. M. sich erklären wollten, ermelten seinen Eidam zu kaiserlichen Hulden und Gnaden ufzunehmen, auch zu der churfürstlichen Hoheit und ingehabten Land und Leuten vollkommenlich zu restituiren, darauf des Königs Würden durch ihre Abgesandte kraft ausgewiesener Plenipotenz und dreier pfläzischer Handschreiben (darinnen er dem König Gewalt aufträgt, uf Mittel und Weg, wie S. Wrd. solches der Billichkeit gemess befinden würden) mit Ew. Mt. ihne den Pfalzgrafen zu versöhnen und Restitution zu begehren, hingegen versprechen und zusagen thäten, den Pfalzgrafen dahin anzuhalten, dass er nit allein alle billiche Satisfaction und mägliche Recompens leisten soll, sondern es wollte sein des Königs in Engellandt Würd. uf solchen Fall gegen alle Ew. Mt. Feind und Widerwärtige sich verbinden, desgleichen, da der Satisfaction Mittel halber E. M. kein Benügen haben würden, dass solch Versprechen und General-Erklärung der Restitution halber uf solchen Fall ohne Kraft und unverbindlich sein soll.

Solche General-Resolution beehrte Engelland derowegen uf dass, wann E. M. den Pfalzgrafen dergestalt zur Aussöhnung und völliger Restitution kommen zu lassen nit gedacht oder vielleicht wegen einer anderen Obligation desselben zu restituiren nit in Ew. M. Macht stünde, alsdann die Tractation von den Mitteln der Gegensatisfaction ganz umbsonst und allein zu Verlängerung der Zeit angestellt sein würde.

Es hätte er der Gesandte mit Ew. Mt. Erklärung und Erinderungen (hievon Chur- und etlichen vertrauten Fürsten zu communiciren) nit acquiest-

ciren wollen mit Vermelden, er müsste mit weine Resolution anhalten in Bedenkung er endlich dal General-Resolution zurück zu avisiren und darat dem Tractat einen Anfang zu machen oder sei weitere Reis nach Spanien zu nehmen und dies nützliche reputirliche Tractation stecken zu lass.

Aus welchem des Königs in Engellandt Int in Dennemark sambt etlichen anderen einstiml Zustand des Römischen Reichs, des Königreichs sich der Protection der Untern Pfalz anmassen, sein Volk auf den Peinen, Jägerndorf und M abgehen lassen, in Italia neue Motus sich erreg die Hilfen divertirt, der Türck bei dieser Ocaa der polnisch Succurs ungewiss, dann auch wie die Katholischen der auf allen Seiten antringe sich handzuhaben getraute (alles mit mehr Um ausgeführt) ich zu ersehen und zu erwegen hätt, geben soll.

Thue mich hierauf dieser allernädigsten bedanken, aber mein underthänigstes treugeme auch (hintangesetzt aller Hinderung mit Darsetzu und der meinen Person) zu dero allernädigsten fart gehende Actiones, darumben nit so oft w dessen vergewisst, auch solches bis uf diese Stu im Werk erfahren.

Wollte auch E. M. hierin mit meinem G gehen, wann diese Sach nit so wichtig, weit au dero Haus, allo getreue und sonderlich die kathol des Röm. Reichs directo concernirte, in der mi Stand gebüren will, furzugreifen oder mit absonde da es nit jeder Zeit oder nach allen Wunsch hi wortung und was man sonst daraus verhoffen u auf mich zu laden, gestalt ich auch nit verhoffe. Verstand hab. Dannenhero ich ohne Massgebung munication mit den getreuen Churfürsten und treuherzig mit allem dem ihrigen zu E. M. ; gleichsamb ein gemeines Werk mit E. M. gemac so hoch interessirte bey der vorhabenden Tracti die ihrigen zu thun nit auszuschliessen) am ratl

Wolle beinebens erachten, obwohl der en gebene und dahin gehende Erklärung dergleich und sein ferneres Vorhaben des Abscheidens en schliessung derselben solcher nothwendigen Comm mit Ew. Mt. gehorsamben getreuen Chur- und I struirt sein, sondern uf fernere Erinderung sich

da der König von Engelland solche Communication E. M. abzuschneiden gemeint, möchte man schliessen, dass S. k. W. wider alle Billichkeit und der Sachen Eigenschaft E. M. begehre zuzumuthen, was er in seinem Königreich in dergleichen wichtigen Dingen, die er mit seinem Parlament und Ständen nothwendig berathschlagen muss, gleichsamb für einen Tragsal und höchste Unbillichkeit würde angeben und darüber sich beschweren. Auf solche vorgehende Communication und Berathschlagung mit den getreuen Chur- und Fürsten, können alsdann E. M. desto besser beständiger und sicherer sich erklären, wie es E. M. eigene, der dabei interessirten und wohl affectionirten Churfürsten und Stände, auch des heil. Röm. Reichs erheischende Nothdurft, Eigenschaft, das Herkommen, gleichmässiges Recht und die Billichkeit erfordert.

Solehem nach E. k. M. ich ganz gehorsamblich bitte, es in keinen Ungnaden oder anderer Gestalt als es wohl gemeint aufzunehmen auch mich allergnädigst für entschuldiget zu halten, dass ich diesmal mit meinen Gedanken zurück bleib und dieselbe nit kann eröffnen.

Sonst wissen E. k. M. und alle unparteiische, wie schmerzlich und betaurlich mir dieser allgemeine leidige Zustand sowohl E. k. M. Königreich und Erbland als des überigen dardurch eingeleiten Römischen Reichs von Anfang her gefallen, wie gotreulich, offen und beweglich ich nit allein den böhmischen und anderen aufgestandenen Ständen, sondern sogar dem Pfalzgrafen selbst alles das Uebel, darin man jetzt begriffen und daraus erfolgt ist, als ein wahrhafter, getreuer, aufrichtiger Freund und Vetter zu Gemüth geführt, alles vorher prognosticirt, sich selbst, andere und das Römische Reich vor augenscheinlicher Gefahr und Untergang zu verhüten schriftlich, mündlich, offenlich und in der Enge ermahnt, gewarat und gebeten, auch umb so viel desto mehr Unmuth und Schmerzen empfinde, dass solches alles so gar ohne Frucht abgelaufen, welches nun denen zu verantworten obliegt, die darzu Ursach, Vorschub und Anlass, aber guten Rath nit statt geben, deswegen sie dann und andere in ihren actionibus und damit dieselben das Werk nit mehr difficultiren oder das meiste Recht oder den Vorzug haben zu bedenken.

Ich trag beinebens die Beisorg, es möchten etliche das engelische Fürgeben (dass sich der König seines Eidams ergriffene Waffen nit theilhaftig gemacht) nit recht verstehen, wegen das nit eine geringe Anzahl englischer Soldatesca zeitlich für den Pfalzgrafen in Böhemb geruckt sondern auch uf diese Stund der Orten wider E. M. und deroselben Königreich sich gebrauchen lassen.

Desgleichen wirdet es vielen frembd und gleichsamb ganz widerwertig fürkommen, dass der Pfalzgraf bis uf diese Stund selbst noch nie gegen E. M. einiche Anzeig einer Humiliation von sich geben, sondern nur andere sich für ihn interponiren, theils derselben E. M. plenariam restitutionem des Pfalzgrafens cum amnistia neben anderen schweren Conditionen (als das E. M. zuvorderist dero Kriegsvolk abführen, abdanken, Fried im Reich verschaffen die gravamina begehrtmassen erledigen, desgleichen dass E. M. sich vor allen Dingen und aller Handlung den Pfalzgrafen zu restituiren erklären solle)

etwas hart und betrohlich zumuthen und alsd dass er sich accomodire, zu handeln sich erbiet den Titel eines Königs in Böhmen führt, unter ur dem Markgrafen von Jägerndorf ernstliche geme sein des Pfalzgrafen Statt zu guberniren, die Li erhalten, darzu zu ermahnen, zu treiben, wider fertiget, aller Orten Feind und Friends Hilf sonderlich hie oben durch seinen anderen Gene eigenes Gewalts mitten durch das Römische Reich katholischen gehorsamben Ständ und dero Unter Rauben, Schänden, Brennen, Blundern, Torquir Schlagen durchführt, einquartirt, sich gar derse und Leut (als noch neulich theils der Landgrafsche Gewaltthat bemächtigt, in E. M. Kron Böheim etliche Plätz gewalthätig vorenthält, E. M. in c thut, auch wie nechst mit Ellenbogen, Falkenau müglich zu succurriren unterstehet, in Böhme Prennen einfällt, auf unwidersprechlich böhmisel aufwirft, auch unangesehen der Pfalzgraf selbst tentiren) sich erboten, und ich bis dahin ihme macht (darunter das Weimarische Regiment, an sonst zugethane Personen, als Obristen, Haupt unfürschens auf besagten unwidersprechlichen Quartier, da man sich dergleichen nit besorgen schlechtem seinem Nutz eingefallen, etliche de fangen, also als ein offener abgesagter Feind gehorsambsten Commissario sich bishero verhalt und mich nunmehr zu natürlichen Defension, wi und kann, gezwungen. Ohne allen Zweifel, v dessen und des beharrlichen feindlichen Ungeh Würd. würde diese Legation anderst formirt, siel derselben bis zu völliger Acquietirung Ihrer Kön Widerwärtige zu gebührenden Gehorsamb zu haben und noch assistiren, wie dann mehr Po nahenden Blutverwandnuss ganz und rühmlich

Sein des Königs W. hat sich der vorige Legationen zu ebenmässigem und zu der Neu den Pfalzgrafen zu der Gebühr zu weisen, Fri und sonderlich dessen, was noch gleich vor de sie gehandelt, gesucht und gebeten worden und gewesen, genugsamb zu erindern und daraus l diese Bemühung solcher Gestalt, wie sie verbract zumahl sowohl Engellandt als andere Interpon Pfalzgrafen alsdann erst zu erhandeln), welche Obligation uf sich haben kann, wellen versprec

Entgegen E. M., die neben andern in so viel Weg mit dero cusscristen und fast unwiederbringlichen Schaden pars innocens et laesa ist, vorher das kaiserl. Wort von sich geben, sich in genere kräftiglich zu vollkommenen Restitution obligiren, ihr die Hand selbst sperren und erst hernach mit gebundner Hand erwarten soll, was für Satisfaction und Recompens wegen des Beleidigers (vermuthlich mit viel und langen Zusammenkünften, die leichtlich in viel Jahr sich erstrecken können) zu erhandlen, der sein übergebne Vollmacht und fürkommende Mittel uf viel Weg hienach difficultiren, darwider excipiren, den Tractat verlängern, leichter E. M. zu weiteren Einwilligen bewegen und gleichsam noch ein freie Hand haben kann, als wann der gemeinen natürlichen Ordnung nach der Beleidiger vorher deprecirt, benebens dem Beleidigten annehmliche Mittel der Versöhnung vorschlägt oder anhört und alsdann erwarten muss, ob und wie dieselben parti laesae annehmlich sein.

Ungehindert, dass uf des Pfalzgrafens Verweigern annehmlicher Mittel Engellandt urbietig ihn darzu zu halten, oder dass E. M. Verspruch gefallen und kräftlos sein soll, sintemahl es vorhero ein langen Tractat über die Mittel und bis der Pfalzgraf oder (weil er sich dabei nit wird befunden) seine Gesandte mit vielen hin und wieder referiren zur Billichkeit inducirt werden können, erfordert, unter dessen abermal E. k. M. der Kron Hispania und Burgund, desgleichen anderen E. M. assistirenden getreuen Ständen, welche sich ohne das sehr hoch angreifen, der grosse täglich laufende Unkosten sambt allen anderen Ungelegenheiten dergestalt anwächst, dass vielleicht E. M. und sie enervirt, anderen Orten distrahirt und bis zu End der Handlung denselben nit continuiren können, oder aber da E. M. denselben Unkosten etwas abzukürzen, ihr Armada gar oder theils wollten abdanken und wegen bewusster mehr als zu viel bekannter Difficultäten, hernach wann der Pfalzgraf nit zu billichen E. M. annehmlichen Mitteln zu vermögen sein möcht, E. M. disarmirt und allerdings bloss sobald ein nothwendige Armadam oder nit so leicht auf die Pein bringen und derohalben wohl hienach das eingehen und bewilligen müssen, was nit ihr sondern andern gefällig, entgegen der Pfalzgraf sambt seinen Adhaerenten unter dessen Zeit, Mittel und Gelegenheit hat, ihre vires Geld, Munition und anderes zu recolligiren, zu mehren, ihre Anschläg und consilia etwas besser, fürsichtiger mit mehrern Nachdenken aufs neu zu effectuiren.

Solches und was durch Pfalzgrafen und seine Adhaerenten bishero practicirt, wird bei vielen nit ohne Ursach diese Gedanken machen, obwohl des Königs in Engellandt als ein friedsamem Fürstens Intention an sich selbst gut und zu billicher Satisfaction gerichtet, dass doch dasselb von berührten Pfalzgrafen wegen seiner hiezwischen continuirter Gegenhandlung einzig und allein nur zu obbesagten Ende (Zeit zu gewinnen, E. M. zu enerviren, zu disarmiren, sich zu colligiren, der verhofften und wie man fürgibt der versprochenen Hilfen habhaft zu werden, hernach desto besser den Krieg zu reassumiren und die Oberhand zu bekommen) angesehen.

Welches des Herrn Churfürstens zu Sachsen Ld. als nach der Pragerischen Victorie der Pfalzgraf durch den Grafen von Hohenlöhe und andere

dasselbet appoggio Rath, Hilf und Interposition ;
 derwegen alle Schickung, Conferenz und Ans
 sei dann, dass der Pfalzgraf den königlichen Ti
 völlig quittire, sich zu E. M. gehorsam begeben,
 gleichen bis jetat fast in das 3. Monat, ausserl
 gethan, nit geschehen, auch er dahin noch
 dass er selbst bei E. M. einiche Anzeig schuldig
 von sich geben.

Mir zweifelt daneben nit, es werden viel
 Tractat (darinnen E. M. durch die beehrte v
 den Pfalzgrafen vollkommlich zu restituiren u
 uf was Mittel er der Pfalzgraf zu bringen se
 wurden und durch welche ein gemeiner Fried
 katholische in viel Weg im Röm. Reich angefo
 zugethane Churfürsten und Ständ vor dergleichen
 versichert, desgleichen wie E. k. M. Hoheit, A
 restituirt und erhalten werde, in Bedenkung ebe
 lichen und mündlichen Handlungen, Legatior
 kais. M. auf Reichs-, Kreis- und Deputations-T
 gravamina wider die kaiserl. Jurisdiction und
 guten, scharfen und bedrohlichen Worten und
 die liebe Justitia im Röm. Reich gesteckt, es
 elenden Wesen gelangen müssen.

Und weil solches alles in besagtem von
 durch den Pfalzgrafen practicirten Tractat kon
 ihn Pfalzgrafen hievon und zu Gebühr wenden, s
 stantien darzu erforderten abgekürzter Zeit oh
 diesen schweren Kriegsausgaben und anderen
 geschlagenen Zweck dirigiren werden können.

Endlich möchte einer sich ebenmässig ver
 E. M. plenariam restitutionem und deren verfa
 doch E. M. beide Königreich Ungarn und Böh
 durch Zuthun und Verursachen des Pfalzgrafen er
 zugefügt, ihr das Königreich Ungarn bis uf d
 gleichen mehr Oerter in Böhheim gewaltthätig v
 neu Praktiken wider E. M. geführt, von dem Be
 citirt, der Jägerndorffer pfälzischer Plenipoter
 nach obhanden, also E. M. zu den ihrigen bis
 restituirt worden oder jemens zu völliger Rest
 oder ein Wort davon meldet.

Gleichwohl, allergnädigster Kaiser und H
 anmelde, dass man allen Friedenstractat, Handlur
 leidigen gefährlichen Krieg in der Christen Blut
 lution und Ruin des heil. Römischen Reichs m
 man die von E. M. eingeführte Difficultäten,

mit solle in Acht nehmen oder dass nit ich sammt den anderen katholischen Ständen vor allen Dingen einen ehrlichen, sicheren, beständigen, billichen Frieden von Herzen wünschen, suchen noch möglich darnach trachten und uns, alle unsere Land und Leut jetziger gefährlicher Bürden des Kriegs zu entladen begehren, zumal dass der Fried aller Krieg End ist und sein muss, sondern dass der Modus, welchen Engellandt und zuvor Dennemark fürgeschlagen, zu solchen Effect nit fürträglich, mehr inconvenientia nach sich zeucht, desgleichen dass man E. M. die Communication mit ihrem gehorsamen Chur- und Fürsten durchaus verweigern oder E. M. sich allein in einem solchen gemeinen Werk einlassen, nit weniger etwas fremd zu sein, dass man E. M. zuvor und ehe der Pfalzgraf (als der jetzigen Uebelstand verursacht) selbst sich gebührender Massen erzeiget und nur die dritten sich anmelden, ein cathoricam resolutionem von sich zu geben zumuthen soll oder dürfe, und dann gleich wie E. M. deducirte Bedenken wohl zu erwägen sein, dass ebenmäßig dasjenig, was dorgegen einlaufft, desgleichen ob Engellandt, Dennemark und andere darumen wider E. M. sich bewegen lassen, die neutral Ständ sich wenden, die spanische Hilf abgeschnitten, den Staaten, auch des Jägerdorfers und Mansfelders Beginnen so gross, dass denen nit in etwan zu begegnen sein wohl zu consideriren eins mit dem andern und welches fürzeucht der grösserer Importanz ist oder leichter zu remediren ist, nit aus der Acht zu lassen.

Gestalt ich zwar in dieser englischen Legation oder auch anderen dergleichen ob dieselben also einzugehen, zu verwilligen oder zu verweigern E. M. nit Mass oder Ordnung zu geben, oder durch meine Gedanken künftiger Eventus, da solche übel ausschlagen, mir zuziehen kann oder will, allein halte ich dies für ein Maximam, E. k. M. werden dero von Gott begabten Verstand in kaiserl. väterlichen Gnaden umbständig alles erwägen und dasjenig eligiren und fürnehmen, was seiner Allmacht, Ehr, der katholischen Religion, E. M. und dero eignen Hauses, aller katholischen Stände und des heil. Röm. Reichs Erhaltung, Sicherheit, Wohlstand und oben angezogene unumgängliche Noturft erfordert, nit weniger dass kein nene oder vorige schädliche Consequentien daraus entspringen oder dass einichen katholischen Stand und insonderheit mir etwas praedicirt werde.

Mein und besagter katholischer Ständ Gelegenheit, Schuldigkeit, Devotion und Affection zu E. M. und gemeinen Wesen ist E. M. zu Genügen bewusst, darauf sie sich wie bisher als auch hinfüro so lang es nur sein kann und sie die Stände (wie bei jetzigen Zustand leichtlich geschehen mag) nit verhindert werden zu verlassen.

E. k. M. bitt ich nochmals ganz unterthänigst, diese mein gehorsambiste erinderliche Entschuldigung in Gnaden aufzunehmen, mich in kaiserl. Hulden und Gnaden, zu denen ich mich jeder Zeit auf fleissigist befehle, beständig zu erhalten.

Datum Straubing den 24. Juli anno 1621.

D.

Andreas Pawel berichtet den Statthalter in der Pfalz, Herzog Johan Verhandlungen des englischen Gesandten wegen einer Vereinbarung zwischen dem Grafen Friedrich.

(K. Hof- und Staatsbibl. in Mü

Gnädigster Fürst und Herr

E. G. werden verhoffentlich mein Statthalter unterthänigst bei dem englischen Curier, welcher ist aufgehalten worden, gethan, nunmehr von den englischen Abgesandten und seiner Majestät gnädigst mit mehrerem vernommen haben, welcher Negotiation weiter vorgegangen oder der von Mechaw (Meggau), der ein Tag vor dem Statthalter und nicht ferners seine Majestät Baierfürsten gewesen, den Herrn Abgesandten und daneben angezeigt, wie dass ihm wohlte lang sein lassen, die Sachen würden eilen, es würde aber die Dilation mit dem werden, weil I. k. M. ganz und gar wohlher Herr Gesandter Ursach genommen Mechaw von ihm gungen, mir erzählt, in Rede einzulassen, dass er nämlich aus dem ihm thäte brauchen, nicht anderst schließe dass man ihm um die Weg zu treiben, in Zeit zu gewinnen begehre, im Fall der Klärung erklären, könnte er wegen Reputation stehen bleiben, sondern wollte wiederumb verzeihen versichern, dass da man ihn würde malcol dass sie nichts anders als einen Krieg vor Der von Mechaw hätte darauf geantwortet dass der Kaiser genug gethan und eine gute auch ferners nichts anders thun, weil der Dilation wollte vorschlagen. Es liesse sich darzu wäre der ganzen Welt bewusst, dass gross Unrecht und den Kaiser zum höchsten Land daher den Krieg anfangen, so musset defendiren. Hierauf hätte der Gesandte gegen I. kais. M. gegebene Resolution also beschiedet extraordinarii Ambassadeur hätte dürfen an Resolution schriftlich et per litteras in die (Dieses hat der Gesandter noch nie sag

kais. Resolution gelobet.) Er hätte keine Mittel vorgeschlagen, wollte es auch noch nicht thun, bis solang der Kaiser etwas gewiss und dass er den Pfalzgrafen Churfürsten in allem wiederum wolle restituiren, sich erklären werde, wobei es noch thäte verbleiben und dass er lieber alles brechen und umstossen, dann den Anfang mit Vorschlagung der Mittel machen wollte. Da sie es würden zum Krieg kommen lassen, würden sie endlich erfahren, was sie gethan; wäre leicht ein Krieg angefangen aber sobald nicht gestillt und hätte der letzte Krieg 40 Jahr zwischen Engelland und Spanien gewähret: so wären auch die Spanier die ersten gewesen, die den Frieden gesucht und begehrt. Ueber dies sollten sie bedenken, in welchem Zustand des Kaisers Sachen jetzo wären, der Churfürst Pfalzgraf hätte nicht so gross Unrecht, wie man ihm thät geben, hätte den Kaiser nicht aus Böhmen vertrieben, sondern es hätten die Ständ gethan. Er, der Pfalzgraf, wäre ad regnum possessione vacuum kommen; man sollte bedenken, ob das ein geringes wäre, dass der Kaiser also ruhig zu der Kron Böhme und den incorporirten Ländern, von welchen er ganz und gar verstossen worden, in so kurzer Zeit wieder kommen könnte. Dieses alles habe ich aus des Gesandten Mund selbst, der mir hae occasione noch ferners angezeigt, dass da er neulich bei der spanischen Botschaft gewesen, noch härter habe geredt, der ihn verträset, dass alles würde gut werden, da er nur ein wenig wollte Geduld haben. Die grösseste Difficultät, so der Kaiser bei diesem Werk thäte finden, wäre diese, dass man einen Respect gegen Baiern tragen müsste, den man ja bei jetzigen Zustände und so beschaffenen Dingen nicht könnte offendiren und vor den Kopf stossen, wollte man anders nit alles über einen Haufen werfen und Baiern sich zu einem offenen Feind machen. Legatus hispaniens hätte legatum britt. requirirt, es dahin bei Spanien zu vermitteln, dass er bei demselben Brief zuwegen bringen, wo solches . . . und durch Imperator ersucht und ihm gleichsam befohlen würde, Churpfalz wieder zu restituiren. Wann nun der Kaiser solches vorzuzeigen (sic), würde man sub bono praetextu etwas thun können und bei Herzog in Baiern desto mehr entschuldiget sein. Dieser Vorschlag thut dem Herrn Abgesandten nit übel gefallen, der dann gänzlich dafür hält, wie dass es unmöglich sei, dass er diese unter Handen habende Sache allhie könne expediren, noch zu End bringen, sondern müsste solches in Spanien geschehen. Und ob zwar ich ihm hierüber zu unterschiedlichen Malen diese Obiection gethan und gefragt, ob er nicht vermeinte, dass in dieser wichtigen Sachen, welche das ganze Haus Oesterreich thäte betreffen, zwischen Spanien und Kaiser nicht communicato consilio würde gehandelt sein und dass sie aus einem Horn blasen thäten, so thut er doch alles antworten: nein, er glaube es ja nicht, sondern beharret darauf, dass, sobald er eine Reise in Spanien thun werde, er alles könne in eine Richtigkeit bringen und daher anjetzo diese Resolution gefasst, dass er wolle warten, auch bei niemand mehr weder bei I. kais. M. selbst oder dero Rätthen seiner Expedition halben anhalten, bis' solang der von Nostiz wiederum von Chursachsen kommen werde, alsdann will er uf eine endliche schleunige Resolution dringen, oder das Werk ganz ufstossen und darvon ziehen. Im Fall aber

ermeldter von Nostiz diese Antwort bringen v
 Churfürstentag sich wolle einstellen und dass
 4 Wochen seinen Fortgang haben werde, alsda
 Tag abwarten, wäre es aber Sach, dass er so
 uf einen Monat 3 oder 4 hinaus gesetzt werde,
 unterdessen verrichten, alles richtig machen un
 bei offermeltem Tag einstellen. Und weil hie
 insonderheit diese vorkommen thut, dass bei wäl
 des Kurfürstentags viel Zeit darauf gehen werd
 vor Churpfalz sein kann, weil dieselbe daru
 Soldaten ganz und gar wird zu Grund geric
 Gesandte diesen Vorschlag, dass er eine genei
 so lang der Fried gemacht, will zuwegen bring
 dass Ihre kön. Mt. sammt dero Gemahlin wied
 mögen. Aber allhie fällt abermal diese grosse
 es mit dem von Mansfeld und seinem Volk w
 bezahlt sein und starke Privatpraetensiones ar
 und so lang er allerdings contentirt, seinem v
 also allem Ansehen nach es auch zu der Cessi
 Aus diesen Labyrinth nun zu kommen hat der
 die aber alle ihre Unvermöglichkeiten gehabt i
 meine Gedanken ihme hierüber zu eröffnen, l
 aus vorgesetzten Ursachen ich an meinem wei
 generalis cessatio armorum zu hoffen, so lange
 bleiben. Nun könnte es aber nit anders sein,
 uf den Beinen behalten müsse, sowohl wegen se
 praetensiones, als auch darum weil zweifelsoh
 würde und man also in nothwendiger Gegen
 derowegen meines Erachtens noch das beste, v
 gehen wie es gienge. Diese Erklärung hat e
 fallen, aber uf weiter Nachdenken ist er uf v
 dafür halt, es dahin bei I. kais. M. zu bringen,
 pfalz eine generalis Cessatio armorum bewilligt
 Schliessung des Friedens suspendirt werde; v
 belangend, könnte es damit also gehalten wer
 Abdankung seines Volkes kommen könnte, de
 scriptus mögte verfolgt werden, wo er anzutre
 seine Gegenwehr, doch dass sich Churpfalz se
 als er könnte, dagegen thun und seinen Un
 könnte. Diesen Vorschlag, sagte er, wolle er d
 auch gebeten, wie ich deswegen nacher Haus v
 und die Herrn Räth hierüber und wie es mit
 vernunftige Gedanken mittheilen und fürderl
 Mich belangend kann ich mir nicht einbilde
 Ursachen hierzu verstehen werden, habe aber

rathen; ich spüre soviel, dass der Gesandte diese Handlung je länger je mehr schwer befindet und fest alle Hoffnung einiges Succes verlieren will, wie das nun sein Secretarius sich dessen ausdrücklich verlauten lassen, welches ihren Gesandten fast desperat macht, weil er siehet, dass im Fall die Handlung sollte zerbrechen, es nothwendig muss zum Krieg kommen, quod odit cane pejus et angue, als welches seinem Anschlag und spanischen Heirath ganz entgegen und woruf sein Ruin erfolgen möchte; hüt neuerlich mit Seufzern gegen einen engelländischen Gentilhomme gesagt, ne suis-je pas malheureux, d'estre entré en ces affaires, mes amys m'en ont bien disconseillé; auch ist er nicht wenig traurig, dass seine Visiten von Hofe fast nullae oder ja nit mehr so stark, gibt bey den seinigen vor, dass Andreas Pawel daran schuldig seie, aber er thut ihm Unrecht, weil es also gewest, ehe Andreas Pawel nach Wien kommen. Neueres hat man allhie vordiesmal nichts anders dann das Bethlen Gabor, der da 40^m Mann stark sein soll, der von Jägerndorff 7^m, hierunter aber nicht des Batthyani Volk begriffen, nunmehr die Stadt und Schloss Pressburg, stark belagert und mit 9 Geschütz beschiessen soll. Die in der Stadt haben noch ein Thor offen, aber die im Schloss seind ganz serrirt. Die Cavallerie par faute de fourrage ist vergangenen Samstag daraus gezogen und seind den ander Tag gegen der Nacht zwo Compagnien darvon anhero in diese Vorstädt gekommen, die berichten, wie das uf beider Seiten defendendo et oppugnando ein Ernst gebraucht worden und dass die Belagerten an Wein und Brot keinen, aber an Fleisch und anderen Victualien Mangel leiden. I. kais. Mt. Kriegsvolk liegt noch in der Schütte, könne von wegen des grossen Wassers, so die Brücken uf beiden Seiten weggeführt, nirgends sein: wie man sagt soll ein kaiserlicher Befehl ergangen sein, dass sich die Regimente aus Böhmen, Schlesien und Mähren herbei machen und Pressburg entsetzen sollen, wie aber die Red gehet, möchten solche schlechte auxilia sein, weil man nit will glauben, dass vermelte Provinzen, in welchen noch so viel Malcontenten, mit den Guarnisonen können entblösset werden. Die Dörfer, so die Hungarn innerhalb 14 Tag abgebrannt, befinden sich nunmehr dass deren etlich hundert und gehet dieser Schad zehn Meilen in die Länge und 3 oder 4 Meilen in die Quere. Der Batthyani, so 6^m Türken bei sich haben soll, hat auch aus dieser Zeit angefangen zu brennen, aber bald nachgelassen. I. kais. M. seind ein Tag etlich ubel auf gewest, als einen Fieber aber nunmehr allerdings wiederum genesen. Die letzten Brief von Brüssel berichten, dass Churpfalz 11^m Philipps-thaler in specie von der spanischen Guarnison zu Odenziell solle abgenommen worden sein und seind diese Zeitungen von der spanischen Botschaft Herrn Abgesandten alsbald communicirt worden.

Der Bassa von Ofen entschuldiget sich gegen I. kais. M., dass etliche Türken in des Bethlens Dienst damit, weil man solches dem gemeinen Soldaten, der seinem Sold nachziehet, nicht habe wehren können, mit dem Erbieten im Fall I. kais. Mt. auch dero Leute zu dero Dienst begehren wollte, solches ihr unabgeschlagen sein sollte.

Der französische in Haag residirende Gesandte Mons. de Maurier hat anhero an Mons. de Beauvy geschrieben, weil man im Niederlande es gewiss

thäte dafür halten, dass durch den englischen würde gemacht werden, als würde der Beaugy Fall auch gute Servitia bei diesem Werk leisten auch in etwas des Danks geniessen möchte. D sandten communicirt worden, hats ihm nicht Dank allein haben: man erwartet allhie : von Berg Ankunfft, welcher sich von L. kais. M solle haben bestellen lassen: Sabaudus hat sic zu bedienen; das Schreiben, welches ohnläng Unirte gethan, ist an kaiserliche Diener zu d dass man sich Raths erhole, was zu antworten, sie zusehen.

Die Querelli, welche die spanische Bot Gesandten wegen des Tituli Excellence hat, w tianische sich in die Hof-Capelle nicht prä drücklich berufen. Dass ein stark Treffen zwi vergangen sein, wird allhie überall gesagt, m keinen Particularitäten. Ew. F. G. in den Sc Datum Wien den 15./25. Aug. 1621.

Ew. F. G.

E.

Kaiserliche Instruction dd. 7. S von Nostiz, der dem Herzoge von I Kurfürsten von Sachsen bezüglich d vorbringen und dessen Meinung hier England angesuchte Waffenruhe einh
(Konzept im wiener Sta

Instruction auf Herrn von Nostiz an der Praemissis praemittendis.

Wasmassen wir uns zum höchsten angel L. selbst erkannte hochnothwendige Zusammen des Reichs Fürsten nach äusserster Möglichke Ihre L. aus den vielfältigen Schickungen und Churfürsten von Sachsen L., als auf welche zuvörderst des Churfürsten von Mainz und K dass ohne dieselbe kein fruchtbarlicher Ausg erwarten, genugsam abnehmen können. Es gel Abgesandten (Titel) Herrn zu Dona und Nost fürsten zu Sachsen L. abgelegte Proposition, zu befinden, mit mehreren zu vernemen. W.

Churfürsten L. nochmal der Gefahr halber und des Mansfelders besorgenden weiteren Einbrechens entschuldigt, solches haben Ihre L. aus der Beilage sub lit. B., wie dann auch mehrgedachtes Churfürstens unvergreifliche Meinung, die von des Königs in England L. durch dero Abgesandten uns zugemutheten Tractation und erstgenannten Abgeordneten Proposition betreffen sub lit. C. zu erschen, woraus dann Ihre L. nicht allein hochverständig selbst würden ermessen, dass bei währender Unsicherheit von dem Mansfelder und dessen rottirten Hauffen umsonst sein würde, der persönlicher Erscheinung halber in des Churfürsten zu Sachsen L. weiter zu setzen. Es gebe auch vorangezogenes desselben Gutachten, die Engländische Handlung anlangende, so viel Andeutung, dass daraus seine Intention bei diesem Werk, sonderlich aus dem Schluss des Schreibens unschwer abzunehmen, nemlich, dass Seine L. sich befahren thäten, da dieses der Königl. Würde Suchen ausgeschlagen oder auf andere Zeit verschoben werden sollte, es dürfte solche Motus nach sich ziehen, die man vielleicht nicht vermeinet und so leichtlich nicht zu stillen sein möchten. Darzu Seine des Churfürsten L. nicht gern Ursache geben, sondern alle Weiterungen lieber verhüten wollte, dass auch S. L. dafür halten, da wir des Königs in England . . . und Bitten, doch auf vorgehende billigmessige Condition und Satisfaction, so wol anderer König und Potentaten Intercession Statt und Raum gaben, es werde das Römische Reich zu Fried und Ruhe gebracht, die besorgende und bevorstehende desselben Ruin verhütet, der fremden und ausländischen Gedanken und Intention sedem belli ins Römische Reich zu transferiren zu Nicht gemacht, unsero Königreich und Länder versichert, der übel affectionirten Gemüther, deren ein grosser Theil, in denselben verändert und vielleicht dahin gebracht werden, dass man mit einmüthigen Gemüth und besserer Zusammensetzung der einbrechenden Gewalt der Türken und Tartaren, auch derjenigen, so es praktiziren, Widerstand thun könne, wie dann S. L. auf ferner unser Begehren sich anerbotten dergestalt ferner ihr Gutachten zu eröffnen, wie es die Pflicht und Treu gegen uns und das heilige Reich werde erfordern.

Was auch dieser Friedenshandlung anhängig (Titulus) des Königs in Hispanien L. durch dero Ambasciadorn den Grafen von Ognate sich gegen uns ferner vernehmen lassen, solches halten wir unter ernalten Ambasciadorn eigene Handschrift lit. D. vor gut angesehen, mit Ihrer L. gleichfalls zu communiciren, welche sich dan hierunter zweifelsohne desjenigen, was hievor sowohl durch Ihrer L. Abgesandten Kantzler, als auch nochmalen unseren Kammerherren und Reichshofrath Hans Jacob Kurtzen zu Senftenau wir an sie gelangen lassen, gutermassen würden erinnern. Demnach wir aber sowohl aus Ihrer L. Antwort, als auch ferneren ausführlichen Bericht, so unser Abgesandter (Titulus) Graf zu Hohenzollern zu seiner Ankunft über erstgemelte unsero Bedenken uns gethan hat, so viel vernehmen können, dass dasjenige, was wegen allorhand angezogenen besorgenden Gefährlichkeiten ausgeführt, dahin von Ihrer L. ermessen, dass es mehrertheils auf zweifelhaften conjectures beruhe, so eben so baldt auf die andere Seiten ausschlagen möchten, und dass man sich des Churfürsten zu Sachsen L. halben und anderer neutral Fürsten und Stände

verhoffentlich keiner Alienation zu vermuthen, da wir schon mit der wirklichen Translation der Chur fortschreiten, als hätten wir ferner für eine sonderbare Nothdurft zu sein erachtet, den hochwürdigste Durchlaucht (Titulus) Erz-Carl zu der Churfürstlichen L. abermahlen förderlich abzuordnen mit der Instruction S. des Churfürsten L. unsere kaiserliche Zusage, so wir E. L. über das churfürstliche Amt und Dignität uns eingelassen, klärlichen zu entdecken, worauff wir dann nicht zweifelten, S. des Churfürsten L. sich soweit hinaus zu lassen Anlass nennen würde, dass wir daraus genugsam würden abnehmen können, was wir neben E. L. uns zu S. L. solcher Translation halber eigentlich zu getrösten, und was derselben Gutachten wegen Fortstellung der Tractation mit dem Engländischen Gesandten im ubrigen sein möchte, zu vernehmen. Welches alles wir aber für gut angesehen halten, zu vörderst mit Ihrer L., denen es zu ihrer Nachrichtung in alle Wege zu wissen gebührt, in hergebrachten Vertrauen anzudeuten, auch in dieser ganzen Sache, zuvörderst aber über des Churfürsten von Sachsen L. Gutachten, als auch des Königs in Hispanien L. weitere Erklärung und was man sich aus einem und andern für Hoffnung der nothwendigen Assistenz zu Ausführung eines so wichtigen Werkes machen können, dero vernünftige Gedanken zu vernehmen.

Demnach auch, fürs ander, mehrgedachter Engländischer Abgesandter fast stark eine suspensionem armorum bei uns sollicitirt, auch zu vermuthen, wann wir uns deswegen nicht etwas gegen denselben diesesfalls erklären, er sich, nachdem wir ihnen auf den vorgehabten conventum weiter nicht weisen können, länger nicht aufhalten lassen werde, wir aber hierinnen ohne ihres des Herzogen aus Baiern L. Gutachten und Einwilligung der Billigkeit und gemachten Capitulation gemäss uns nicht einlassen könnten, also haben wir auch dessenthalben diese Schickung vornemen wollen, Ihre L. nicht allein informiren zu lassen, sondern auch dero Gutachtens zu begehren, ob solcher Stillstand nützlich einzugehen sein möchte. Dabei wir dan Ihre L. gleichwohl auch dieses als ein vornehmes Circumitans nicht hätten unbericht lassen sollen, als wir des Engländischen Gesandten eigentlicher Meinung uns und wie weit er diesfalls befehligt und uns entgegen versichern könnte, durch unsere Rätthe vernehmen lassen, dass derselbe uns hinwieder angedeut, so viel des Mansfelder Persohn als eines Desperaten anlangt, praetensiones wegen etlicher dargeliehenen Waffen, dass sein König eigentlich nichts könnte versprechen oder uns versichern, es würden aber sowohl der Pfalzgraf als auch sein König, im Fall er sich solcher Suspension gegen Zuversicht nicht accomodiret, denselben für ihren Feind öffentlich publiciren, auch allen gegebenen Gewalt von ihnen zurückfördern, dannenhero dann ihme aller Credit bei dem Kriegsvolk niedergelegt, und er sich selbst in die höchste Gefahr praecipitiren würde. Sonsten wären zwar, da wir solches Anstands halber uns recht versichern konten, nicht wenig Ursach vorhanden, so uns zu solchem Stillstand bewegen möchten, in Sonderheit wann auch S. des Herzogen L. befinden würden, dass für den zu nahenden Winter kein sonderlicher Vortheil in der Oberpfalz von dem Feind zu erlangen, sondern der Unkosten der Endts umsonsten angewendet würde. Dann erstlich hierdurch die Ursache des Chur-

fürsten zu Sachsen L. eingewenter Entschuldigung aufgehoben und also zu conventum nochmalen zu gelangen der Weg bereitet, die Restitution Tabor und Wittingau befördert, unser und der catholischen Liga Kriegsvolk an anderen Ort gebraucht, in der Uderpfalz die zunehmenden Beschwerden, wie die unlängst von dem Bischoff zu Speier L. neue Klagen und Lamentationes einkommen, remedirt werden könnten, wir auch in unsern Erbkönigreichen und Ländern nothwendige Bestellung in der zu Boden liegenden Religion, Justiz und Kammerwesens vorzunehmen bessere und sichere Gelegenheit hätten. Bei welchem wir dann Ihrer L. nicht verhalten wollten, dass hiebevorn angedeutete Gefährlichkeit des Erbfeindes halber von Tag zu Tag sich mehr ereignen, wie wir dann von unserem Windischen Obristen gewisse Aviso hätten, dass bei 5000 Türken sich nunmehr ganz ungescheut zu unserem Rebellen dem Batthyani geschlagen, mit und neben desselben Volk auf unserer Steirischen Gränzen die Stadt Gerners stark belagert, die Unterthanen auf etliche Meil Wegs herum in die vichische Dienstbarkeit des Türkens und Huldigung angenommen, dergestalt dass nunmehr keine Connivenz, sondern ein öffentlicher Eids vergessener Friedbruch von dem Türkischem Sultan erscheint. Wie wir dann auch von Constantinopel die sichere Nachrichtung hätten, wasmassen gedachter Sultan seinem Kriegsbefehlshabern und Bassen proponiren lassen ob er sich des Gabors und der Ungaren gegen uns annehmen, oder den Frieden continuiren sollt, und dass von denselben insgesamnt beschlossen, die in Händen habende Gelegenheit bei itziger Prosperirung der Ungarn nicht aus Händen zu lassen, sondern denselben alle mögliche Assistenz und Hilfe zu leisten. Und obzwar etwa dieses Jahr wegen zu nahenden winterlichen Zeit keiner sonderbaren grossen Armee von den Türken man sich nichts zu besorgen, so würden doch Ihre L. in Acht nehmen, dass wir bis daher von unseren rebellischen Ungaren allein wenig Sieges erhalten, unsere teutsche Armada auch durch den langen Krieg und allerhand ausgestandenen Angelegenheiten dahin reduzirt, dass in allem nicht gar die Hälfte (wie wir erst neulich Nachrichtung erlangt) noch übrig sein sollen. Dannhero dann erfolget, dass wir für unseren Angesicht unlängst die erbarmliche Verwüstung dieser unser Niederösterreichischen Erbländer, Verbrennung der von voriger Kriegsgefahr überbliebenen Märkte und Dörfer, Hinführung viel Tausend Christen Seelen in die türkische Dienstbarkeit mit schmerzhaften Gemüth sehen und erfahren müssen, dergestalt, dass diese unsere Oesterreichische Länder fast bis auf den vierten Theil verödet, verbrannt und um ihre Mannschaft kommen, auch meistentheils ganz unerbauet und desolat verbleiben, dass es Jedermann, deme diese Landschaft bekannt gewesen, fast bedauert, woraus dann und über dem vorigen die Jahr übertragene Kriegslast erfolget, dass (wie Ihre L. selbst leichtlichen werden ermessen) unsere Gefüll dermassen erschöpft, unsere Landständ und Unterthanen erarmt, dass es unmöglich solchen Kriegskosten länger zu ertragen und so schwere Ausgaben auf uns ohne endliches Verderben und Ruin weiter zu nehmen. Wie dann Ihre L. dieses alles, dero wir im althergebrachten Vertrauen es nicht verhalten sollen, gutherzig erwägen und die von Ihr gebehrten Gutachten in einem und anderen darnach hochvernünftig

zu richten, nicht werden unterlassen. Ueber welches alles wir dan Ihrer L. hochverständiges Gutachten mit ehesten erwarteten. Wie dann unser Gesandter erheischender Eil und damit Nothdurft nach sich dermassen wird befördern, damit wir mit ehesten immer möglich sein umständige Relation zurück haben können. An dem allen &c.:

Datum, Wien den 7. Septembris Ao. 1621.

F.

Berechnung der bairischen Kriegskosten für die Feldzüge in Oesterreich, Böhmen, der Ober- und Unterpfalz.

Dieses Schriftstück befindet sich im münchner Staatsarchiv und ist uns erst am Schluss unserer Arbeit zugekommen. Dasselbe ergänzt die über diesen Gegenstand im achten Kapitel gemachten Angaben und deshalb wie um seines wichtigen Inhaltes lassen wir es hier folgen.

Kriegskosten vom 8. Oct. anno 1619 bis auf den 28. Dezember des 1622 Jars.

Erste Rechnung, die aber wie ich verstehe, den Kaiserlichen mit übergeben worden.

Auf den fürstl. Hofstaat	142.673 fl. 43 kr. 3 $\frac{1}{2}$ Heller
Hohe Befel und Officirer	191.433 " 20 "
Kriegsräth im Feld	55.797 " — "
Kriegs Canzlei	15.361 " 24 "
Kriegs Zahlambt	45.760 " 20 "
Kriegs und Muster Comissarii	53.740 " — "
Offizianten als Generalquartiermeister, Schult- heiss, Profoss, Rumormeister, Wagenmeister	89.721 " 14 "
Räth, Offizir, Diener, so mit Ihr D. sich im Feld befunden	72.570 " 50 "
Cavalleria so ge-	5,541.422 " 37 " 6 "
Infanteria worben	8,608.938 " 43 " 1 $\frac{1}{6}$ "
Landvolk zu Ross	138.759 " 42 " 1 $\frac{1}{2}$ "
" zu Fuss	404.358 " — "
Intertenirte	22,182 " 46 "
Artolerie-Stat	2,244.525 " 9 " 2 "
Profant-Stat	386.739 " 54 "
Feld-Spital-Kosten	63.971 " 33 " 3 "
Allerlei gemaine und ainzige Krigskosten	290.973 " 31 " 2 $\frac{2}{3}$ "
Kundschaften	32.123 " 30 "
Summa	18,401.053 fl. 48 kr. 5 $\frac{5}{8}$ Heller

Die andere Rechnung, so den Kaiserlichen übergeben worden.

Hohe Befel und Offizirer	196.016 fl. 40 kr.		
Kriegs und andere Rätb im Feld	55.832 " 30 "		
Kriegs Canzlei	14.898 " 4 "		
Kriegs und Muster Commissarii	53.392 " 40 "		
Kriegs Zahlambt	44.781 " 40 "		
Generalquartiermeister, Schultheiss, Profoss, Rumormeister, Ingenir, Wagenmeister	99.271 " 8 "		
Rätb Offizir und Diener denen, so im Leben	27.245 " 50 "		
Der Verstorbenen Erben	45.325 " — "		
Summa	536.763 fl. 32 kr.		
Cavalleria	5,414.042 fl. 13 kr.	6	Heller
Infanteria	6,909.036 " 47 "	1	"
Landvolk zu Ross	138.759 " 42 "	1	"
" zu Fuss	346.753 " 20 "		
Intertenirte	25.682 " 46 "		
Artolerie-Stat	1,855.924 " 51 "		
Profiant-Stat	386.739 " 54 "		
Spital-Kosten	63.971 " 33 "		
Allerlei gemeine und einzige Kriegskosten	290.573 " 31 "		
Kundschaften	32.123 " 30 "		
Summa	16,000.771 fl. 40 kr.	1	Heller.

Von der Ausgab dieser andern Rechnung sein abgezogen worden: erstlich die päbstlich Hilf und Decimation, so gemacht hat 847,993 fl. 37 kr. und fürs ander, was der König in Spanien a. 1620 hergeschossen nämlich 72000 fl., thuen beide Posten 919,993 fl. 37 kr. — Diese von der Ausgab abgezogen, ist noch in Rest verblieben 15,080.778 fl. 3 Kr. 1 Hell.

NOTA. Den 22 May a. 1643 gibt Mandl Cammerpräsident im Beisein Hasslangs, Rühls und Hörwarts diese Erläuterung, dass man zwar a. 1622 bei Übergabung dieser Rechnung vorbehalten, was die künftige Rechnung mit den Bundesständen geben werden, so man alsdann von der Irer Maj. aufgerechneten Summa als ein Empfang abzurechnen hab, dieweil aber der Kaiser, welcher vermög des Münchnerischen Recess die Kriegsspeso über sich genommen, diser Obligation sich enthoben und kurz umb ein ganzes machen wollen, so hab er für die 15 Million gleich per Pausch 12 Million versprochen und sich des Abzugs dessen, was die Bundständ beigetragen, so ohngefähr auf zwei Million damals geschätzt worden, begeben, hat also der Kaiser wegen der Bundesstand Beitrag Bayern weiter nicht abzuziehen, sondern ist damals schuldig verblieben 12 Million. Darauf er Bayern das Land ob der Ens Pfandsweis eingeräumt, zumalen aber dasselbig mit dem Einkommen jährlich so weit nit geloffen, dass man den Zins von den 12 Million haben künden, hat der Kaiser a. 1628 bei Verkaufung und Überlassung der Pfalz für disen Abschuss ein Million versprochen, ist also die Kaufsumma auf 13 Million bestimmt worden. Als verhofft man entgegen, man werde aus einem oder andern auch nichts präjudicirlichs schliessen, sonder wo und warum es vonnöthen sein mechte, Bericht nemen und geben.







